



Kanton Basel-Stadt

2011

2010

2009

2008

2007



2010

# Jahresbericht

**Kanton Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2010**

bestehend aus

**der Jahresrechnung**

**dem 177. Verwaltungsbericht des Regierungsrates**

**dem 164. Bericht des Appellations-Gerichts über die Justizverwaltung**

**dem 23. Bericht der Ombudsstelle**

**an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt**



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Die Einleitung</b>	<b>7</b>
1.1 Vorwort des Regierungsrates	8
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	11
1.2.1 Weltwirtschaft	11
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	11
<b>2 Der Kanton und die Departemente</b>	<b>13</b>
2.1 Finanzielle Eckwerte	14
2.1.1 Überblick	14
2.1.2 Strukturelle Kennzahlen	14
2.1.3 Laufende Rechnung	16
2.1.4 Investitionsrechnung	19
2.1.5 Finanzierungsrechnung	19
2.1.6 Nettoschulden und Schuldenquote	20
2.1.7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	20
2.2 Langfristige Kennzahlen	21
2.2.1 Finanzierungssaldo	21
2.2.2 Nettoschuldenquote	21
2.2.3 Selbstfinanzierungsgrad	22
2.2.4 Steuern nach Kategorie	22
2.2.5 Schulden	23
2.2.6 Schulden pro Kopf	23
2.2.7 Relative Zinsbelastung	24
2.2.8 Durchschnittszinssatz der konsolidierten Schulden	24
2.2.9 Vermögenslage	25
2.3 Schwerpunkte des Regierungsrates	27
2.3.1 Überblick	27
2.3.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	28
2.3.3 Als Region zusammenwachsen	32
2.3.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	36
2.3.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	40
2.4 Inhaltliche Akzente und Finanzen der Departemente	47
2.4.1 Präsidialdepartement	48
2.4.2 Bau- und Verkehrsdepartement	50
2.4.3 Erziehungsdepartement	53
2.4.4 Finanzdepartement	56
2.4.5 Gesundheitsdepartement	58
2.4.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	61
2.4.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	64
<b>3 Die Jahresrechnung</b>	<b>67</b>
3.1 Laufende Rechnung	68
3.1.1 Finanzielle Übersicht	68
3.1.2 Aufwand	69
3.1.3 Ertrag	74
3.1.4 Beiträge an Eigene Anstalten	79
3.1.5 Beiträge an Private Institutionen	80
3.2 Investitionsrechnung	89
3.2.1 Übersicht	89

3.2.2	Ausgaben . . . . .	89
3.2.3	Einnahmen . . . . .	89
3.2.4	Darlehen und Beteiligungen . . . . .	89
3.3	Geldflussrechnung . . . . .	90
3.4	Bilanz . . . . .	92
3.4.1	Überblick . . . . .	92
3.4.2	Aktiven . . . . .	92
3.4.3	Passiven . . . . .	93
3.4.4	Anhang zur Jahresrechnung . . . . .	96
3.5	Antrag des Regierungsrates zur Rechnung . . . . .	116
3.6	Bestätigungsbericht der Finanzkontrolle . . . . .	117
<b>4</b>	<b>Die Investitionen</b>	<b>119</b>
4.1	Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben . . . . .	120
4.1.1	Investitionsplafonds . . . . .	120
4.1.2	Die grössten Vorhaben . . . . .	121
4.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur . . . . .	121
4.1.4	Öffentlicher Verkehr . . . . .	121
4.1.5	Gesundheit . . . . .	122
4.1.6	Bildung . . . . .	122
4.1.7	Übrige . . . . .	123
4.2	Investitionsübersichtslisten . . . . .	124
4.2.1	Ausschöpfung der Plafonds . . . . .	124
4.2.2	Investitionsübersichtliste . . . . .	124
<b>5</b>	<b>Das Personal</b>	<b>147</b>
5.1	Inhaltliche Akzente . . . . .	148
5.2	Personalkennzahlen . . . . .	149
5.2.1	Personalbestand . . . . .	149
5.2.2	Lohnaufwand . . . . .	151
5.2.3	Dauer der Betriebszugehörigkeit . . . . .	151
5.2.4	Altersstruktur . . . . .	152
5.2.5	Beschäftigungsstruktur . . . . .	152
5.2.6	Fluktuationsquote . . . . .	153
5.2.7	Durchschnittliche Absenzen aufgrund von Krankheit oder Unfall . . . . .	153
5.2.8	Verteilung nach Wohnsitzkantonen . . . . .	155
5.2.9	Weiterbildungskostenquote . . . . .	155
5.2.10	Koordination Berufsbildung . . . . .	156
5.2.11	Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount . . . . .	159
<b>6</b>	<b>Die Regierung und die Verwaltung</b>	<b>161</b>
6.1	Die Regierung . . . . .	163
6.2	Verwaltung - Dienststellen ohne Globalbudget . . . . .	167
6.2.1	Präsidialdepartement . . . . .	167
6.2.2	Bau- und Verkehrsdepartement . . . . .	193
6.2.3	Erziehungsdepartement . . . . .	221
6.2.4	Finanzdepartement . . . . .	261
6.2.5	Gesundheitsdepartement . . . . .	277
6.2.6	Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . . .	303
6.2.7	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt . . . . .	325
6.3	Verwaltung - Dienststellen mit Globalbudget . . . . .	347
6.3.1	Museen . . . . .	347
6.3.2	Öffentlicher Verkehr . . . . .	363
6.4	Übrige Dienststellen . . . . .	371
6.4.1	Dienststellen im Ordentlichen Nettoaufwand . . . . .	371
6.4.2	Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag . . . . .	374

---

<b>7 Das Parlament</b>	<b>379</b>
<b>8 Die Gerichte</b>	<b>391</b>
<b>9 Die Funktionale Gliederung</b>	<b>415</b>
9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung . . . . .	416
9.2 Ergebnis Rechnung 2010 . . . . .	416
9.3 Ergebnis der Investitionsrechnung 2010 . . . . .	419
<b>10 Die Erläuterungen</b>	<b>421</b>
10.1 Rechnungslegungsgrundsätze . . . . .	422
10.2 Glossar der finanziellen Fachbegriffe . . . . .	427
<b>11 Die gesonderten Berichte</b>	<b>443</b>
11.1 Staatsanwaltschaft . . . . .	444
11.1.1 Allgemeines . . . . .	444
11.1.2 Abteilungen . . . . .	444
11.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen . . . . .	449
11.3 Rekurskommissionen . . . . .	450
11.3.1 Baurekurskommission . . . . .	450
11.3.2 Psychiatrie-Rekurskommission . . . . .	450
11.3.3 Steuerrekurskommission . . . . .	450
11.4 Ombudsstelle . . . . .	452
11.5 Immobilienbericht Finanzvermögen . . . . .	457
<b>12 Die weiteren Berichte zur Rechnung im Internet</b>	<b>459</b>



# 1 Die Einleitung



## 1.1 Vorwort des Regierungsrates

**Rechnung 2010: Ausbleiben eines starken wirtschaftlichen Einbruchs bringt besseres Ergebnis als erwartet** Der Kanton Basel-Stadt erzielt im Jahr 2010 einen Überschuss von 277.5 Millionen Franken. Im Vorjahr lag der Saldo der Laufenden Rechnung bei 226 Millionen Franken. Das Budget, das noch mitten in der Wirtschaftskrise erstellt wurde, ging von einem Defizit von knapp 70 Millionen Franken aus. Die damaligen Prognosen haben sich als zu pessimistisch erwiesen, der wirtschaftliche Einbruch fand nicht im vorhergesagten Ausmass statt. Dies führt in Basel-Stadt, wie auch beim Bund und den meisten anderen Kantonen zu einem wesentlich besseren Abschluss als budgetiert.

Verantwortlich dafür sind insbesondere die ordentlichen Steuereinnahmen, die rund 300 Millionen Franken höher ausgefallen sind als budgetiert und rund 200 Millionen höher als im Vorjahr. Tiefere Finanzierungskosten und tiefere Ordentliche Nettoausgaben als budgetiert tragen ebenfalls zum guten Ergebnis bei.

Diese Entwicklung führt neben einigen Sonderfaktoren dazu, dass die Schulden erneut deutlich abgebaut werden können, die Nettoschuldenquote sinkt auf 3.3%.

Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit knapp positiven Resultaten in der Laufenden Rechnung. Aufgrund der hohen geplanten Investitionsausgaben ist hingegen wieder mit einer Neuverschuldung zu rechnen.

**Konjunkturell deutlich besseres Umfeld führt zu höheren Steuererträgen** Die Steuererträge liegen insgesamt 324 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Davon fallen 70 Mio. Franken bei den juristischen Personen an, was belegt, wie gut die Basler Firmen die Wirtschaftskrise gemeistert haben. Die Steuererträge der natürlichen Personen erhöhen sich um 240 Mio. Franken, wobei 111 Mio. Franken auf die Aufarbeitung von Rückständen bei der Quellensteuer aus den beiden Vorjahren zurückzuführen sind. Bei einer approximativen Zuordnung dieses Ertrags zu den richtigen Jahren beträgt der Anstieg gegenüber Vorjahr bei den natürlichen Personen insgesamt noch ca. 75 Mio. Franken. Davon entfallen 34 Mio. auf höhere Einkommenssteuern, 23 Mio. auf höhere Vermögenssteuern und 18 Mio. Franken auf höhere Nach- und Strafsteuern.

Gegenüber Budget liegen die effektiven Steuererträge 417 Mio. Franken höher. Abgesehen von den oben erwähnten Sonderfaktoren kommt hinzu, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung von einem deutlich schlechteren konjunkturellen Umfeld ausgegangen wurde. Wie in anderen Kantonen und beim Bund wurden die Steuererträge dementsprechend vorsichtig budgetiert.

**Moderates Ausgabenwachstum und tiefere Finanzierungskosten als budgetiert** Als Folge der konjunkturellen Erholung im 2010 sind auch die Ordentlichen Nettoausgaben weniger stark angestiegen, als erwartet. Die Sozialausgaben verzeichnen zwar gegenüber Vorjahr wieder einen Anstieg von 23 Mio., diese liegen aber um 33 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert. Die meisten Departemente konnten zudem ihr Budget zum Teil deutlich unterschreiten, so dass das Budget für den Ordentlichen Nettoaufwand schliesslich abgesehen von Sonderfaktoren um 56 Mio. Franken unterschritten wurde. Dies führte zu einem um die Sonderfaktoren bereinigten ONA-Wachstum im Vergleich zum Vorjahr von 2.6%.

Aufgrund der guten Einnahmensituation mussten zudem weniger Mittel als erwartet am Kapitalmarkt aufgenommen werden, was gegenüber Budget zu einer Unterschreitung von 29 Mio. Franken bei den Finanzierungskosten führt.

**Sonderfaktoren wegen Pensionskasse und Ausgliederung IWB** Gegenüber Vorjahr und gegenüber Budget fallen eine Reihe von Sonderfaktoren ins Gewicht. Zum einen konnte der nicht benötigte Teil der Rückstellung für die Sanierung der Pensionskasse von 164.8 Mio. Franken erfolgswirksam aufgelöst werden. Zum anderen hat der Regierungsrat in Abstimmung mit der Finanzkontrolle beschlossen, die Arbeitgeberverpflichtungen aus der Pensionskassen-Ausfinanzierung von 2008 auf einen Schlag zu begleichen, so dass die für die kommenden Jahre geplanten Beiträge entfallen. Dies führt zu einer Einmaleinlage von 354.0 Mio. Franken, was die Rechnung entsprechend belastet. Aus der Verselbständigung der IWB resultiert ein Aufwertungsgewinn von 200 Mio. Franken, der in Form eines Darlehens an die IWB dem Kanton gutgeschrieben wurde. Da die Destinatäre der IWB ihren Beitrag zur Ausfinanzierung und Sanierung nun zu Gunsten der IWB leisten, wurde der beim Kanton aktivierte Anteil IWB des Vorschusses zur Ausfinanzierung und Sanierung der PK in Höhe

von 72.3 Mio. Franken an die IWB abgetreten. Netto resultiert damit aus der Ausgliederung ein einmaliger Ertrag von 123.7 Mio. Franken. Ebenfalls als Folge der Verselbständigung der IWB fällt die Gewinnausschüttung analog zur BKB erst im Folgejahr an, was einmalig zu einem entsprechenden Ausfall von gut 20 Mio. Franken führt.

Mit den oben beschriebenen Sonderfaktoren, der Aufarbeitung der Quellensteuern und weiteren, kleineren Effekten resultiert insgesamt für die Rechnung 2010 eine Belastung von 93 Mio. Franken durch Sonderfaktoren. Der Saldo der Laufenden Rechnung würde ohne diese Sonderfaktoren bei 370 Mio. Franken liegen.

**Steigende Investitionen und weiterer Abbau der Schulden** Die Investitionsausgaben des Kantons sind im Vergleich zum Vorjahr um 52 Mio. Franken gestiegen. Mit Ausnahme der Nettoinvestitionen im Bereich Stadtentwicklung und Infrastruktur konnte der Plafond in keinem Investitionsbereich vollständig ausgeschöpft werden. Insgesamt wurde ein Ausschöpfungsgrad von 83% erreicht.

Die Investitionen konnten wie schon in den beiden Jahren zuvor aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Nettoschulden konnten dank eines positiven Finanzierungssaldos in Höhe von 673 Mio. Franken entsprechend abgebaut werden. Die Nettoschuldenquote sinkt damit von 4.6‰ im Vorjahr auf 3.3‰.

**Für die nächsten Jahre optimistischer Ausblick für die Laufende Rechnung ...** Aufgrund des deutlich besseren Konjunkturverlaufs rechnet der Regierungsrat damit, dass die Saldi der Laufenden Rechnung bis ins Jahr 2015 positiv bleiben werden. Diesem optimistischen Ausblick bei den Steuern stehen allerdings beträchtliche Risiken und Unbekannte gegenüber:

- So kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden, wie sich die steuerfreien Agio-Auszahlungen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II auswirken werden. Die Verluste bei der Verrechnungssteuer des Bundes wirken sich bei den Kantonen als Mindereinnahmen bei den Anteilen an der Verrechnungssteuer aus. Zusätzlich werden die von den Firmen anstelle von Dividenden ausgeschütteten Agio-Reserven bei den direkten Bundessteuern als auch bei den kantonalen Einkommenssteuern zu Steuerausfällen führen. Wie stark unser Kanton insgesamt betroffen sein wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen.
- Bei der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank rechnet der Regierungsrat für 2012 mit keiner Ausschüttung (-41 Mio. Franken) und in den Folgejahren mit einem deutlich reduzierten Betrag.
- Noch sehr unklar sind ausserdem auf der Ausgabenseite die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung, da unter Anderem entscheidende Parameter von den Tarifpartnern noch nicht vereinbart wurden.

Nicht zuletzt aufgrund der vielen Unsicherheiten erscheint es dem Regierungsrat angezeigt, seine restriktive Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen und bei den um exogene Faktoren bereinigten Ordentlichen Nettoausgaben weiterhin höchstens ein reales Wachstum von 1.5% zuzulassen und diese Zielvorgabe spätestens für 2013 auch wieder im Budget einzuhalten.

**... aber trotzdem Neuverschuldung aufgrund hoher Investitionsausgaben** Die hohen Investitionsausgaben aufgrund der vielen Projekte, die gemäss Investitionsplanung in den nächsten Jahren auf den Kanton zukommen, können in den nächsten Jahren nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden. Sie werden deshalb nur mittels Neuverschuldung realisiert werden können. Da die geplanten Investitionen unseren Standort nachhaltig stärken und durch den kontinuierlichen Schuldenabbau der letzten Jahre auch ein genügend grosser Handlungsspielraum erarbeitet werden konnte (Nettoschuldenquote Ende 2010 bei 3.3‰), erachtet der Regierungsrat dies als vertretbar

**Damoklesschwert Steuerstreit mit der EU** Völlig in den Schatten gestellt werden die oben genannten Unsicherheiten allerdings von den möglichen Szenarien, die im Zusammenhang mit der Lösung des EU-Steuerstreits am Horizont auftauchen. Sollte die Lösung darin liegen, dass die Steuerstatus der heute privilegiert besteuerten Holding-, gemischten und Domizilgesellschaften gänzlich aufgehoben würden und darauf mit einer massiven Senkung der Gewinnsteuern für alle Unternehmen reagiert würde, hätte dies in den nächsten 5 – 10 Jahren Auswirkungen auf den interkantonalen Steuerwettbewerb in noch nie dagewesenem Ausmass. Einmal mehr würden die Tiefsteuerkantone

der Innerschweiz profitieren, aber diesmal zulasten von Steuerausfällen in den grossen Wirtschaftszentren der Schweiz (ZH, GE und BS) in Milliardenhöhe. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsmotoren der Schweiz sein, diesen Sachverhalt in den nächsten Jahren aufzuzeigen und eine auch für sie tragbare Lösung des Steuerstreits zu entwickeln.

## 1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

### 1.2.1 Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft hat sich im 2010 deutlich besser als erwartet von den Auswirkungen der Finanzkrise erholt, als dies vor gut zwei Jahren erwartet worden wäre. In den verschiedenen Weltregionen hat die Rezession damit deutlich unterschiedliche Spuren hinterlassen. Während sich die aufstrebenden Volkswirtschaften schon wieder auf einem Produktionsniveau befinden, das höher liegt als jenes vor der Krise, sind die fortgeschrittenen Volkswirtschaften zum Teil noch deutlich von diesem Niveau entfernt. Neben einer erhöhten Arbeitslosigkeit kämpfen sie zudem mit einer deutlich höheren Staatsverschuldung als Folge des schwachen Wachstums und der in vielen Ländern ausgelösten Konjunkturprogramme.

Zu den Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kamen im 2010 vor allem im Euro-Raum die Unsicherheiten durch die Staatsschuldenkrise hinzu, die zu einer grossen Belastung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führten. In der Folge geriet der Euro gegenüber den meisten Währungen unter Druck, für die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Länder erhöhten sich die Risikoaufschläge für die (Re)Finanzierung der Staatsschulden enorm.

Noch uneinig sind sich die Wirtschaftsexperten, wie sich die deutlich gelockerte Geld- und Fiskalpolitik mittelfristig auswirken wird. Zur Zeit scheinen die Befürchtungen, dass mittelfristig mit höheren Inflationsraten zu rechnen ist, gegenüber den Deflationsängsten etwas stärker zu sein.

### 1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

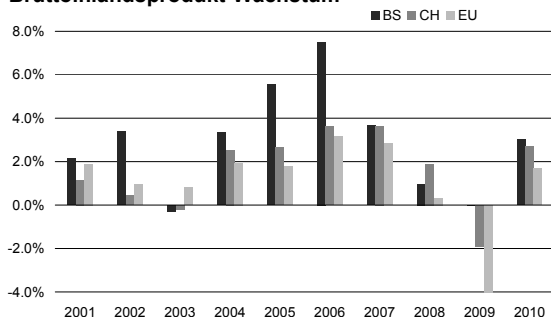
Die **Schweizer Wirtschaft** war nicht nur von der Rezession 2008/2009 weniger stark betroffen als beispielsweise die umliegenden Volkswirtschaften, sondern hat sich im 2010 auch ausserordentlich stark vom Einbruch erholt. Die Erholung hatte schon im zweiten Halbjahr 2009 begonnen und sich im im 2010 fortgesetzt. Die Wertschöpfung der schweizerischen Wirtschaft befindet sich damit gegen Ende 2010 auf einem neuen Höchststand.

Getragen wird der Aufschwung von einem starken privaten Konsum und sich erholenden Investitionen, aber trotz des starken Schweizer Frankens auch vom Exportsektor.

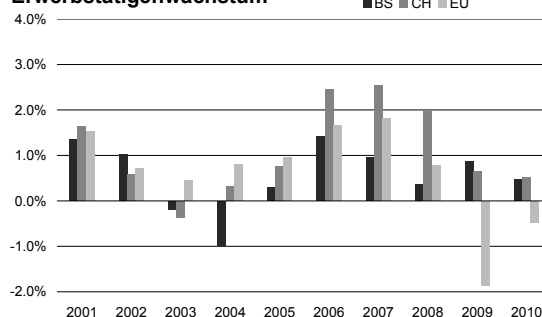
Insgesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz 2010 um 2.7%, was deutlich mehr ist, als die 0.2%, die vor knapp zwei Jahren zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet wurden.

Trotz der guten Wirtschaftsentwicklung sind aber die Folgen der Rezession auf dem Arbeitsmarkt noch sichtbar. Die Arbeitslosenquote der Schweiz hat sich zwar zum Jahresende von 4.4% auf 3.8% vermindert, liegt damit aber immer noch deutlich höher als vor Ausbruch der Wirtschaftskrise.

**Bruttoinlandsprodukt-Wachstum**



**Erwerbstätigenwachstum**

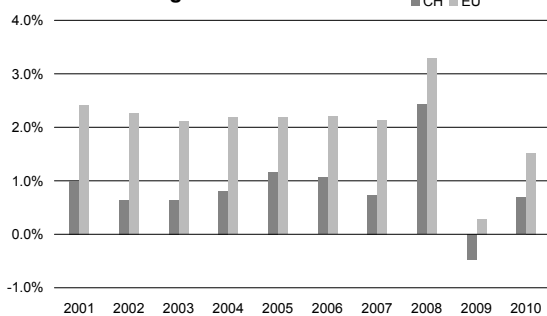


Die durchschnittliche **Teuerung** war 2010 mit 0.7% wieder leicht positiv. Dass die Preise trotz hohem Wirtschaftswachstum und lockerer Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank nicht stärker anstiegen, liegt einerseits am starken Franken, der bei den Preisen für Importgüter dämpfend wirkte

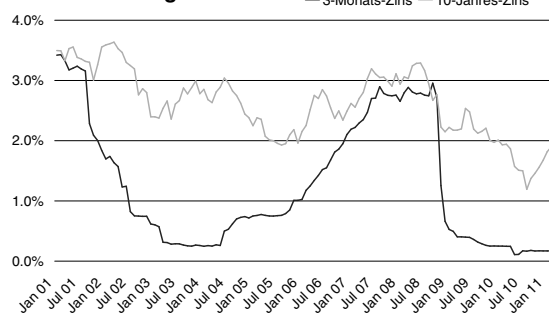
und andererseits auf dem relativ moderaten Anstieg der Mieten, dies als Folge der tiefen Hypothekarzinsen.

Als Folge der weiterhin expansiven Geldpolitik der Nationalbank und der europäischen Währungskrise, die zu einer Flucht in den Franken geführt hat, sind die **Zinsen** in der Schweiz gegenüber dem tiefen Niveau von 2009 nochmals deutlich gesunken. Die Rendite für 10-jährige Bundesobligationen der Eidgenossenschaft lagen im Durchschnitt 2010 auf einem historischen Tiefststand von 1.6%. Die Schweizerische Nationalbank hat während des ganzen 2010 das Zielband für den 3-Monats-Libor bei 0%-0.75% belassen. Um der Gefahr einer Deflation entgegenzuwirken, hat sie zudem am Devisenmarkt massiv gegen eine stärkere Aufwertung des Schweizer Francs interveniert, was allerdings nicht verhindern konnte, dass dieser gegenüber dem Euro und dem US-Dollar stark aufwertete.

Preisentwicklung



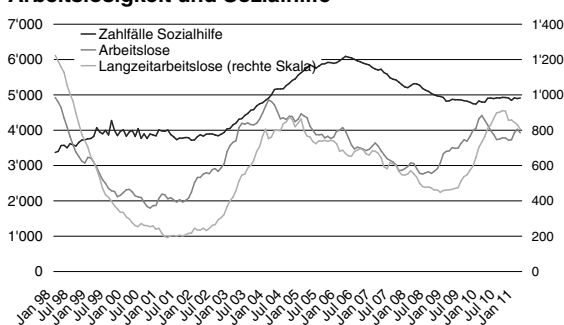
Zinsentwicklung



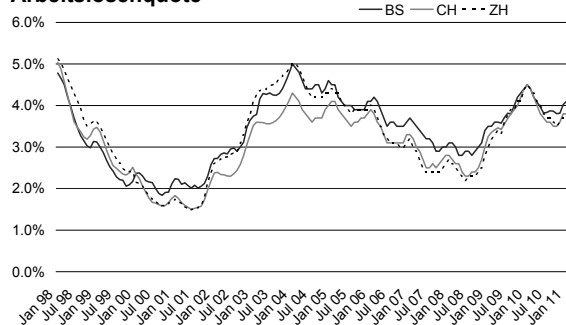
**Basel-Stadt** war dank der chemisch-pharmazeutischen Industrie von der Wirtschaftskrise schon im 2009 weniger stark betroffen als andere Kantone. Im Gegensatz zur Rest der Schweiz verzeichnete die Basler Wertschöpfung im 2009 keinen Rückgang. Auch 2010 ist die Basler Wirtschaft mit 3.0% wieder leicht stärker gewachsen als die Schweizer Wirtschaft insgesamt.

Die Verbesserung auf dem **Arbeitsmarkt** verlief trotz des stärkeren Wirtschaftswachstums etwas weniger positiv als für die gesamte Schweiz. In der Folge lag die Arbeitslosenquote in Basel-Stadt am Jahresende wieder leicht höher als jene der Schweiz insgesamt. Erfreulicherweise hat die Wirtschaftskrise bis jetzt nicht zu einem weiteren Anstieg der Zahlfälle bei der Sozialhilfe geführt. Dies wird sich 2011 allerdings ändern, da aufgrund der verkürzten Bezugsdauern in der Arbeitslosenversicherung mit einem deutlichen Anstieg gerechnet werden muss.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe



Arbeitslosenquote



## **2 Der Kanton und die Departemente**

## 2.1 Finanzielle Eckwerte

### 2.1.1 Überblick

Der Kanton Basel-Stadt erzielt im Jahr 2010 einen Überschuss von 277.5 Millionen Franken. Im Vorjahr lag der Saldo der Laufenden Rechnung bei 226.2 Millionen Franken. Das Budget, das noch mitten in der Wirtschaftskrise erstellt wurde, ging von einem Defizit von 69.6 Millionen Franken aus.

Verantwortlich dafür sind insbesondere die ordentlichen Steuereinnahmen, die rund 300 Millionen Franken höher ausgefallen sind als budgetiert und rund 200 Millionen höher als im Vorjahr. Tiefere Finanzierungskosten und tiefere Ordentliche Nettoausgaben als budgetiert tragen ebenfalls zum guten Ergebnis bei.

Der Saldo der Investitionsrechnung liegt mit 293.5 Mio. um 32.6 Mio. unter dem Budget (326.0 Mio. Franken) und um 51.9 Mio. Franken über dem Vorjahr (230.7 Mio. Franken). Der Finanzierungssaldo zeigt für das Jahr 2010 einen Überschuss von 672.5 Mio. Franken. Budgetiert wurde ein negativer Saldo von 181.8 Mio. Franken. In der Rechnung 2009 lag der Saldo bei 239.2 Mio. Die Nettoschulden sinken dank den hohen Steuereinnahmen und einigen Sonderfaktoren im Jahr 2010 entsprechend und liegen nun bei 1'809.2 Mio. Die Nettoschuldenquote beträgt neu 3.3 Promille. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 4.6 Promille. Der Selbstfinanzierungsgrad erreicht im Jahr 2010 einen Wert von 329.1%. Damit konnten die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Budgetiert wurden 44.3%. Im Vorjahr erreichte der Selbstfinanzierungsgrad einen Wert von 199.0%.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten gesamtstaatlichen Kennzahlen für die Rechnung 2010 im Vergleich zum Budget 2010 und zur Rechnung 2009.

#### Gesamtstaatliche Kennzahlen

in Mio. Franken, ohne interne Verrechnungen	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	% Abweichung R10/R09	%	
Aufwand	4'664.1	4'174.7	4'127.3	489.4	11.7	536.8	13.0
Ertrag	4'941.6	4'105.1	4'353.4	836.5	20.4	588.2	13.5
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>277.5</b>	<b>-69.6</b>	<b>226.2</b>	<b>347.1</b>		<b>51.4</b>	
Investitionsausgaben	276.3	318.8	312.7	-42.5	-13.3	-36.4	-11.6
Investitionseinnahmen	21.7	25.8	71.0	-4.0	-15.6	-49.3	-69.4
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>254.6</b>	<b>293.0</b>	<b>241.7</b>	<b>-38.5</b>	<b>-13.1</b>	<b>12.9</b>	<b>5.3</b>
Veränderung Dar./Bet. Verw.Verm.	38.9	33.0	-0.2	5.9	17.8	39.1	...
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>293.5</b>	<b>326.0</b>	<b>241.5</b>	<b>-32.6</b>	<b>-10.0</b>	<b>51.9</b>	<b>21.5</b>
Selbstfinanzierung	965.9	144.3	480.7	821.6	569.5	485.2	101.0
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	329.1	44.3	199.0				
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>672.5</b>	<b>-181.8</b>	<b>239.2</b>	<b>854.2</b>		<b>433.3</b>	<b>1</b>
<b>Nettoschulden</b>	<b>1'809.2</b>	<b>2'663.3</b>	<b>2'481.6</b>	<b>-854.1</b>	<b>-32.1</b>	<b>-672.4</b>	<b>-27.1</b>
Nettoschuldenquote (in ‰ BIP CH)	3.3	4.9	4.6				<b>2</b>

#### Kommentar

1 Rechnung 2010 und 2009 inklusive direkte Eigenkapitalbuchungen bezüglich Bewertungsdifferenzen (u.a. Finanzvermögen, Derivate) sowie Rücklagen Museen und Heime.

2 Nettoschulden im Verhältnis zum Fr.-Brutto-Inlandprodukt. BIP-Prognose gemäss BAK.

### 2.1.2 Strukturelle Kennzahlen

In Anlehnung an die im 2006 eingeführte Schuldenbremse wird die Laufende Rechnung des Kantons vom Regierungsrat seit einigen Jahren über den Ordentlichen Nettoaufwand und den Allgemeinen Nettoertrag gesteuert. Der Ordentliche Nettoaufwand stellt den Saldo zwischen dem departements-

pezifischen Aufwand und Ertrag dar und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung des Kantons. Der Allgemeine Nettoertrag beinhaltet die nicht zweckgebundenen Einnahmen (primär Steuerertrag und Anteile an Bundeseinnahmen), den Schuldendienst, den Aufwand und Ertrag aus dem Finanzvermögen und - bezüglich Darlehen, Beteiligungen und Renditeliegenschaften - das Verwaltungsvermögen. Diese Grösse ist stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung dieser Kenngrössen und die Überleitung zum Saldo der Laufenden Rechnung.

### Strukturelle Kennzahlen

in Mio. Franken, ohne interne Verrechnungen	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	Abweichung R10/R09		
+ Ertrag / - Aufwand	Saldo	Saldo	Saldo		%	%	
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	-2'445.5	-2'291.5	-2'179.7	-154.0	6.7	-265.7	12.2
Allgemeiner Nettoertrag (ANE)	2'935.0	2'394.2	2'579.1	540.9	22.6	355.9	13.8
Abschreibungen	-212.1	-172.3	-173.2	-39.8	23.1	-38.9	22.4
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>277.5</b>	<b>-69.6</b>	<b>226.2</b>	<b>347.1</b>		<b>51.4</b>	

Das gegenüber dem Budget verbesserte Resultat in der Laufenden Rechnung 2010 liegt unter anderem auch an den generell guten Ergebnissen der Departemente. Per Saldo wird der budgetierte Ordentliche Nettoaufwand zwar um insgesamt 154.0 Mio. Franken überschritten. Aber nach Abzug der Buchungen im Zusammenhang mit den Auflösungen im Bereich der Pensionskasse ergibt sich bei den Departementen eine Unterschreitung von über 50.0 Mio. Franken. Hier zeichnen vor allem die insgesamt tieferen Sozialkosten dafür verantwortlich. Bereinigt um diese Sonderfaktoren wächst der ONA im Vergleich zum Vorjahr um 2.6%.

Sowohl gegenüber dem Vorjahr, wie auch gegenüber dem Budget ist der Allgemeine Nettoertrag stark gestiegen. Mit 2'935.0 Mio. Franken liegt er rund 355.9 Mio. Franken über dem Vorjahreswert und 540.9 Mio. Franken über dem Budget. Neben den höheren Steuereinnahmen (ordentliche Entwicklung) sind auch Sonderfaktoren (Einbuchung Darlehen IWB, Quellensteuer) dafür verantwortlich.

Höher als budgetiert fallen die Abschreibungen aus. Ursache dafür ist eine im Zusammenhang mit der Eigentumsregelung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem ASTRA betreffend die Allmendflächen der Nationalstrassen vorgenommene Wertberichtigung in Höhe von 47.1 Mio. Franken.



### 2.1.3 Laufende Rechnung

Nachfolgend sind die Faktoren kurz erläutert, die in der Laufenden Rechnung 2010 zu den grössten Abweichungen gegenüber dem Budget 2010 und der Rechnung 2009 geführt haben:

in Mio. Franken, + günstig / - ungünstig	Abweichung R10/B10	Abweichung R10/R09
<b>Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)</b>		
<b>Entlastungen:</b>		
PK-Sanierungsbeitrag, Teilauflösung Rückstellung	164.8	164.8
Sozialkosten	33.0	-22.8
<b>Belastungen:</b>		
Auflösung Vorschuss Ausfinanzierung PK AG-Beitrag	-354.0	-353.8
Abschr. Anlagen Schlachthof u. Veterinäramt im Finanzvermögen	-20.1	-20.1
Saldo übrige Positionen	22.3	-33.8
<b>Total Veränderung ONA</b>	<b>-154.0</b>	<b>-265.7</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag (ANE)</b>		
<b>Entlastungen:</b>		
Darlehen IWB aus Aufwertungsgewinn	200.0	200.0
Einkommens- u. Vermögenssteuern NP (ordentliche Entwicklung)	154.5	129.0
Gewinn- und Kapitalsteuern JP	133.8	70.2
Quellensteuer	111.3	111.3
Emissionsgebühren und Abgrenzung Geldaufnahmekosten	28.9	29.5
Erbschafts- und Schenkungssteuern	23.0	28.0
BKB Gewinnablieferung	10.0	10.0
<b>Belastungen:</b>		
PK IWB, Ausfinanzierung und Sanierung zu Lasten Aufwertungsgewinn	-76.3	-76.3
Delkredererhöhung Steuern	-48.7	-48.7
Verschiebung IWB-Gewinnablieferung	-22.6	-34.8
Anteil Direkte Bundessteuern	0.7	-30.5
Saldo übrige Positionen	26.3	-31.6
<b>Total Veränderung ANE</b>	<b>540.9</b>	<b>356.1</b>
<b>Abschreibungen</b>		
Abschreibungen Allmendflächen Nationalstrassen	-47.1	-47.1
Saldo übrige Positionen	7.3	8.2
<b>Total Veränderung Abschreibungen</b>	<b>-39.8</b>	<b>-38.9</b>
<b>Total Veränderung Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>347.1</b>	<b>51.5</b>

#### Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)

##### Entlastende Faktoren:

##### • PK-Sanierungsbeitrag, Teilauflösung Rückstellung

Der Grosse Rat hat im März 2010 der Sanierung der Pensionskasse nach dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Konzept zugestimmt. Als Mindestbetrag für die Einmaleinlage wurde vom Grossen Rat die Deckungslücke per Ende September 2009 in der Höhe von 795 Mio. Franken festgelegt. Der Regierungsrat hat die Wirksamkeit der Gesetzesänderungen zur Sanierung auf Ende 2010 festgelegt. Da die Deckungslücke zu diesem Zeitpunkt leicht kleiner war, als im September 2009, startet

die PKBS mit einem Deckungsgrad von leicht über 100% ins 2011. Die paritätischen Sanierungsbeträge auf Seite der Destinatäre werden damit ab 2011 wirksam. Die Rentnerinnen und Rentner leisten ihren Sanierungsbeitrag mit dem Verzicht auf den Teuerungsausgleich, die Aktiven mit einem um 1.6 Prozentpunkte erhöhten Pensionskassenbeitrag. Der Kanton hat seinen Sanierungsteil per Ende Jahr aus der dafür gebildeten Rückstellung beglichen, der nicht benötigte Teil der Rückstellung von 164.8 Mio. Franken konnte erfolgswirksam aufgelöst werden.

#### • **Sozialkosten**

Die entgegen den Annahmen bei der Budgetierung positiveren wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Ausgaben für die wichtigsten Sozialleistungen 33.0 Mio. Franken unter dem Budget liegen. Hier wiederum sind die jeweils tieferen Bezügerzahlen bei der Prämienverbilligung und die tieferen Zahlfälle bei der Sozialhilfe Hauptursache für die tieferen Kosten. Gegenüber der Vorjahresrechnung nehmen die Sozialkosten aber um 22.8 Mio. Franken zu. Hier sind v.a. die höheren Ergänzungsleistungen verantwortlich.

#### **Belastende Faktoren:**

##### • **Auflösung Vorschuss Ausfinanzierung Pensionskassen Arbeitgeber-Beitrag**

Im Unterschied zur aktuellen Pensionskassensanierung wurde bei der Pensionskassenausfinanzierung per 2008 der Arbeitgeber-Beitrag nicht der Laufenden Rechnung belastet, sondern einer Spezialfinanzierung entnommen. Im politischen Kompromiss wurde diese Spezialfinanzierung schliesslich im Eigenkapital geführt, damit sie trotzdem unter die Schuldenbremse fiel. Der Effekt dieser Konstruktion ist, dass die Arbeitgeber-Belastung der Pensionskassenausfinanzierung nicht einmalig im Jahr 2007 in der Rechnung des Kantons erscheint, sondern verteilt über ca. 19 Jahre, obwohl dieser Belastung der Rechnung in der Zukunft keine direkte Leistung gegenübersteht. Der Regierungsrat hat in Abstimmung mit der Finanzkontrolle den Arbeitgeber-Teil der Spezialfinanzierung zur Pensionskassen-Ausfinanzierung deshalb mittels einer zusätzlichen Einmaleinlage von 354.0 Mio. Franken ausgeglichen. Dadurch fällt die gesamte restliche Arbeitgeberbelastung Belastung der Ausfinanzierung in der Rechnung 2010 an, zukünftige Rechnungen sind dadurch nicht mehr belastet. Da die Spezialfinanzierung im Eigenkapital geführt wurde, führt die erhöhte Einmaleinlage allerdings nicht zu einer weiteren Belastung der Nettoschulden, diese wurde wie oben erwähnt, schon bei der Initialisierung vorgenommen.

##### • **Abgang Anlagen Schlachthof**

Im Jahr 2009 wurden das Schlachthof-Areal entwidmet und die Anlagen ins Finanzvermögen umgebucht. Gemäss dem im Dezember 2010 mit der Betreiberschaft unterzeichneten Vorvertrag gehen die Anlagen per 1.01.2011 an den Baurechtnehmer über, der über die weitere Nutzung selber entscheidet. Aus diesem Grunde wurden die Anlagen auf den Bilanzstichtag hin vollständig abgeschrieben respektive ausgebucht, was Zusatzabschreibungen in der Höhe von 20.1 Mio. Franken zu Folge hatte. In den Büchern des Kantons verbleibt der Landwert.

#### **Allgemeiner Nettoertrag (ANE)**

#### **Entlastende Faktoren:**

##### • **Steuerertrag**

Der Gesamtertrag der kantonalen Steuern liegt 323.8 Mio. über der Vorjahresrechnung bzw. 416.8 Mio. Franken über dem Budget. Die Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen zeigen eine Zunahme von 310.5 Millionen Franken. Bei den natürlichen Personen liegen die Einnahmen um 240.3 Mio. Franken bzw. um 16 Prozent, bei den juristischen Personen um 70.2 Mio. bzw. um 10 Prozent über dem jeweiligen Vorjahresergebnis. Bei den natürlichen Personen sind 111.3 Mio. Franken auf Einmaleffekte im Zusammenhang mit dem Abbau des Rückstandes bei der Quellensteuerverarbeitung und Korrekturen bei der Abgrenzung zurückzuführen. Bei den juristischen Personen wird deutlich, dass die Unternehmen in Basel die Wirtschaftskrise insgesamt gut gemeistert haben. Ebenfalls zum guten Ergebnis haben die Erbschafts- und Schenkungssteuern beigetragen. Diese liegen um rund 28.0 Mio. über dem Vorjahresbetrag.

**• Darlehen IWB aus Aufwertungsgewinn**

Aus der Verselbständigung der IWB resultiert brutto ein Aufwertungsgewinn von 200 Mio. Franken. Dieser wurde in ein Darlehen umgewandelt und entsprechend bilanziert. Demgegenüber stehen die Kosten der Ausfinanzierung und der Sanierung der PK, die noch vom Kanton übernommen wurden (siehe unten).

**• Passivzinsen und Finanzierungsaufwand**

Abweichend zum Budget musste im Jahr 2010 nur eine öffentliche Anleihe über 400 Mio. Franken statt 1'200 Mio. Franken aufgenommen werden. Dadurch sind die Spesen um 21.6 Mio. Franken tiefer ausgefallen. Ausserdem werden neu die Geldaufnahmekosten über die ganze Laufzeit abgegrenzt, was zu einer Entlastung in Höhe von 7.3 Mio. Franken führte.

**• Basler Kantonalbank (BKB) Gewinnablieferung**

Agrund des guten Ergebnis im Jahre 2009 fällt die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank mit 80.7 Mio. Franken um 10.0 Mio. Franken höher aus als in der Rechnung 2009: Derselbe Betrag wird auch für das Budget des Folgejahres verwendet, deshalb ist die Differenz zum Budget identisch.

**Belastende Faktoren:****• Anteil direkte Bundessteuern**

Die Anteile an der Direkten Bundessteuer liegen mit insgesamt 140.7 Mio. Franken ziemlich genau auf dem Budgetwert von 140.0 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr liegen sie aber um 30.5 Mio. Franken tiefer.

**• Delkredereerhöhung Steuern**

Aufgrund neuer Erkenntnisse über die Verlustquoten einzelner Risikogruppen wurde eine (einmaligen) Anpassung bei der Bewertung vorgenommen, welche per Saldo zu Mehrausgaben in Höhe von 48.7 Mio. Franken geführt hat. In den Folgejahren werden nur noch die Veränderungen aufgrund des Debitorenbestandes und aufgrund sich verändernden Risiken erfolgswirksam.

**• Verschiebung IWB-Gewinnablieferung**

Die Rechnung enthält entgegen dem Budget keinen IWB Ertragsanteil. Nach neuem IWB-Gesetz (§29) genehmigt der Regierungsrat die Jahresrechnung und den Bericht der Revisionsstelle und entscheidet auch über die Ausschüttungen an den Kanton, die Zuweisung an die Reserven und den Gewinnvortrag auf neue Rechnung. Beim Abschluss der Staatsrechnung liegen die Daten jeweils noch nicht vor. Deshalb wird der Ertragsanteil basierend auf der Geschäftsperiode 2010 erst im 2011 in der Rechnung des Kantons verbucht (analog zur BKB).

**• PK IWB, Ausfinanzierung und Sanierung zu Lasten Aufwertungsgewinn**

Durch die Ausgliederung der IWB wurden die Bestände für die Ausfinanzierung und Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt in der Höhe von 76.3 Mio. Franken ausgebucht und somit der Rechnung belastet.

**Abschreibungen****• Abschreibungen Allmendflächen Nationalstrassen**

Höher als budgetiert fallen die Abschreibungen aus. Ursache dafür ist eine im Zusammenhang mit der Eigentumsregelung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem ASTRA betreffend die Allmendflächen der Nationalstrassen vorgenommene Wertberichtigung in Höhe von 47.1 Mio. Franken.

### 2.1.4 Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben des Kantons sind im Vergleich zum Vorjahr um 52.0 Mio. Franken gestiegen. Mit Ausnahme der Nettoinvestitionen im Bereich Stadtentwicklung und Infrastruktur konnte der Plafond in allen Investitionsbereichen nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die Unterschreitung gegenüber dem Budget basiert unter anderem auf mehreren nur im reduzierten Umfang realisierte Vorhaben oder auf solche, mit denen noch nicht gestartet werden konnte. Hier spielen zum Beispiel die Schwierigkeiten ein Bauvorhaben parallel zum normalen Betrieb umzusetzen, Einsparungen, aber auch zu optimistische Budgetierungen eine Rolle. Insgesamt wird ein Ausschöpfungsgrad von 83% erreicht.

Die Investitionen konnten wie schon in den beiden Jahren zuvor wiederum aus eigenen Mitteln finanziert werden.

### 2.1.5 Finanzierungsrechnung

In Anlehnung an das neue Konzept der Schuldenbremse zeigt der Finanzierungssaldo seit 2007 exakt die Veränderung der Nettoschulden.

Im 2010 wird eine Selbstfinanzierung in Höhe von 965.9 Mio. Franken ausgewiesen. Damit liegt sie um 821.6 Mio. Franken über dem budgetierten Wert von 144.3 Mio. Franken bzw. 485.2 Mio. Franken über dem Vorjahreswert.

Der Saldo der Position Veränderungen aus zweckgebundenem Eigenkapital beträgt für das Jahr 2010 insgesamt 476.3 Mio. Franken. Dieser Wert setzt sich insbesondere aus der Auflösung des Vorschusses zur Ausfinanzierung des Pensionskassen-Arbeitgeberbeitrages (354.0 Mio. Franken) und aufgrund der Ausgliederung der IWB dem Übetrag der IWB-Bestände für die Ausfinanzierung der Pensionskasse (53.6 Mio. Franken) zusammen. Hinzu kommt der Aufwertungsgewinn bei den Liegenschaften im Finanzvermögen in Höhe von netto 19.2 Mio. Franken (siehe nachfolgenden Abschnitt) und der im Rahmen der Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) zu tätigen-jährlichen Einlage in die Spezialfinanzierung in Höhe von 40.2 Mio. Franken.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des angepassten Finanzhaushaltgesetzes aufgrund der Einführung der Schuldenbremse beschlossen, die einzelnen Liegenschaften im Finanzvermögen (inkl. Parkhäuser) zu Marktwerten nach der Discounted Cash Flow (DCF)-Methode zu bewerten. Diese Neubewertung führte im 2007 zu einer Aufwertung in der Höhe von 119.1 Mio. Franken. Die Folgebewertung 2010 brachte per Saldo einen zusätzlichen Aufwertungsgewinn von 19.2 Mio. Franken (2009: 31.4 Mio. Franken, 2008: 53.2 Mio. Franken), aber auch Abschreibungen in Höhe von 9.4 Mio. Franken (2009: 10.7 Mio. Franken, 2008: 10.5 Mio. Franken) sowie eine positive Korrektur der Wertberichtigung von Marktwerten in Höhe von 6.1 Mio. Franken (2009: 9.3 Mio. Franken, 2008: 3.1 Mio. Franken).

In der nachfolgenden Tabelle sind die einzelnen Werte der Herleitung zusammenfassend aufgeführt.

#### Herleitung Finanzierungssaldo

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	% Abweichung R10/R09	%
Saldo Laufende Rechnung	277.5	-69.6	226.2	347.1	...	51.4
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen	212.1	172.3	173.2	39.8	23.1	38.9
+/- Veränd. zweckgeb. Eigenkapital	476.3	41.6	81.3	434.8	...	395.0
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>965.9</b>	<b>144.3</b>	<b>480.7</b>	<b>821.6</b>	<b>569.5</b>	<b>485.2</b>
./. Saldo Investitionsrechnung	-293.5	-326.0	-241.5	32.6	10.0	-51.9
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>672.5</b>	<b>-181.8</b>	<b>239.2</b>	<b>854.2</b>	<b>...</b>	<b>433.3</b>

### 2.1.6 Nettoschulden und Schuldenquote

Mit der Einführung der Schuldenbremse im 2006 wurde die Schuldenquote (Nettoschulden des Kantons im Verhältnis zum gesamtschweizerischen Bruttoinlandprodukt) als wichtige Kenngrösse zur Beurteilung des Finanzhaushalts eingeführt. Gemäss der derzeit gültigen gesetzlichen Vorgabe darf die Schuldenquote maximal 6.5 % des schweizerischen Bruttoinlandprodukts betragen. Bei einer höheren Schuldenquote darf der Ordentliche Nettoaufwand nur noch maximal mit der Teuerung wachsen. Mit der für das Jahr 2010 ausgewiesenen Schuldenquote von 3.3% wird diese Vorgabe eingehalten.

Die hohen Investitionsausgaben aufgrund der enorm vielen Projekte, die gemäss Investitionsplanung in den nächsten Jahren auf den Kanton zukommen, können in den nächsten Jahren nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden. Sie werden deshalb nur mittels Neuverschuldung realisiert werden können. Bei einer Nettoschuldenquote von 3.3% scheint dies für den Regierungsrat vertretbar zu sein.

### 2.1.7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

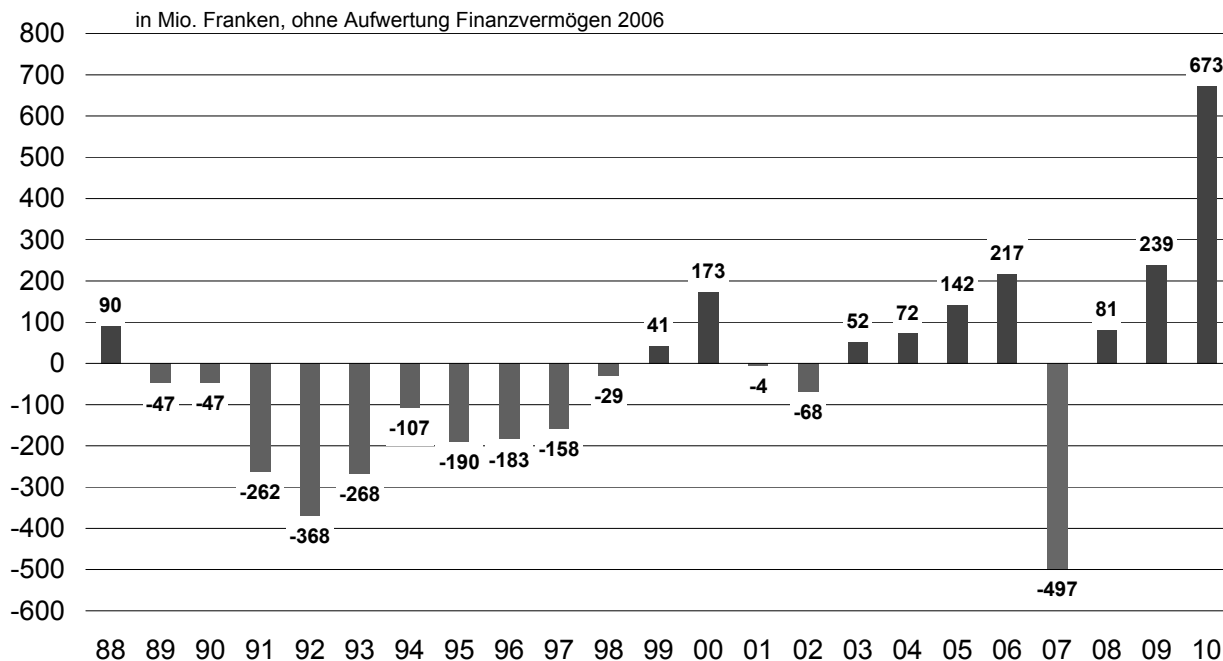
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag, aber noch vor dem Regierungsratsbeschluss zum Geschäftsbericht eintreten. Zwei Arten von Ereignissen können unterschieden werden: Ereignisse, die (weitere) Informationen zu bereits am Bilanzstichtag bestehenden Verhältnissen und Umständen geben (z.B. Änderungen von Grundlagen für die Bewertung von Vermögenswerten) oder Ereignisse, die sich auf Verhältnisse oder Umstände beziehen, die erst nach dem Bilanzstichtag aufgetreten sind, wie z.B. das Einreichen einer Klage oder der Verlust von Anlagevermögen als Folge von Feuer- oder Katastropheneinwirkung etc. Die Finanzverwaltung entscheidet in Kenntnis aller Ereignisse aus den Verwaltungseinheiten abschliessend über die Offenlegung im Finanzbericht.

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine Ereignisse aufgetreten, die eine Neubewertung oder Neubeurteilung von bereits in der Rechnung enthaltenen Geschäftstatbestände erforderlich gemacht hätten noch solche, die in der Rechnung noch nicht berücksichtigt worden wären.

## 2.2 Langfristige Kennzahlen

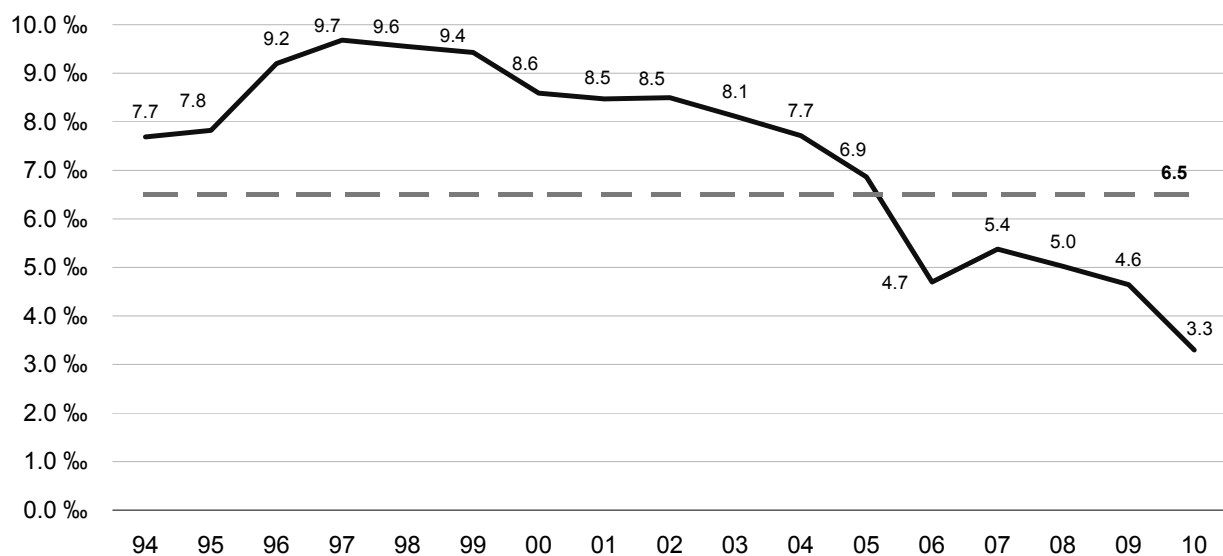
### 2.2.1 Finanzierungssaldo

Mit 672.5 Mio. Franken weist der Finanzierungssaldo 2010 ein deutliches Plus aus. Um diesen Betrag können die Nettoschulden abgebaut werden.



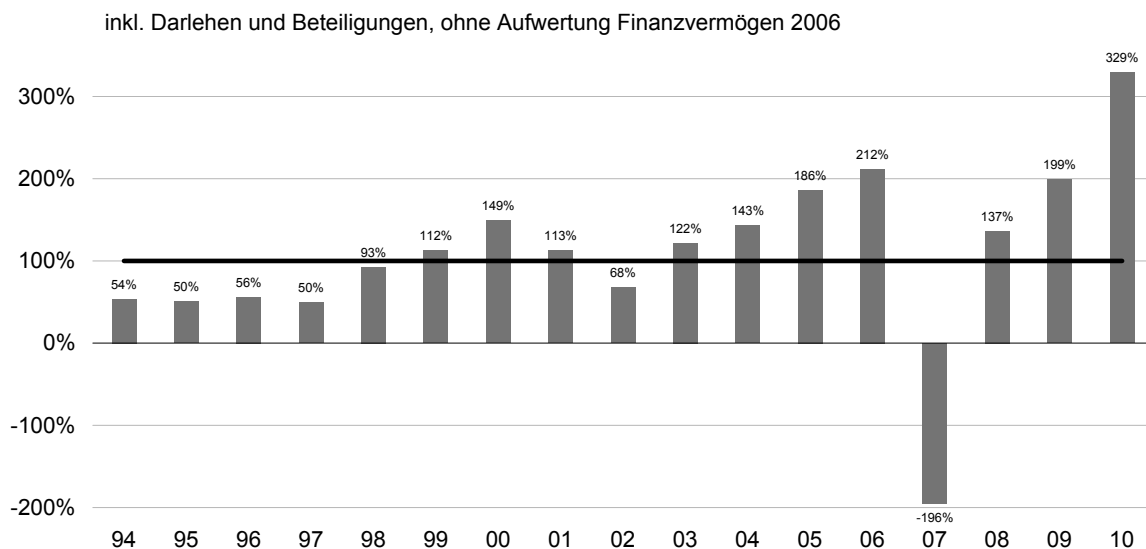
### 2.2.2 Nettoschuldenquote

Die Nettoschuldenquote lag 2010 mit 3.3 Promille um 3.2 Promillepunkte unter der maximal zulässigen Verschuldung von 6.5 Promille des Bruttoinlandprodukts der Schweiz.



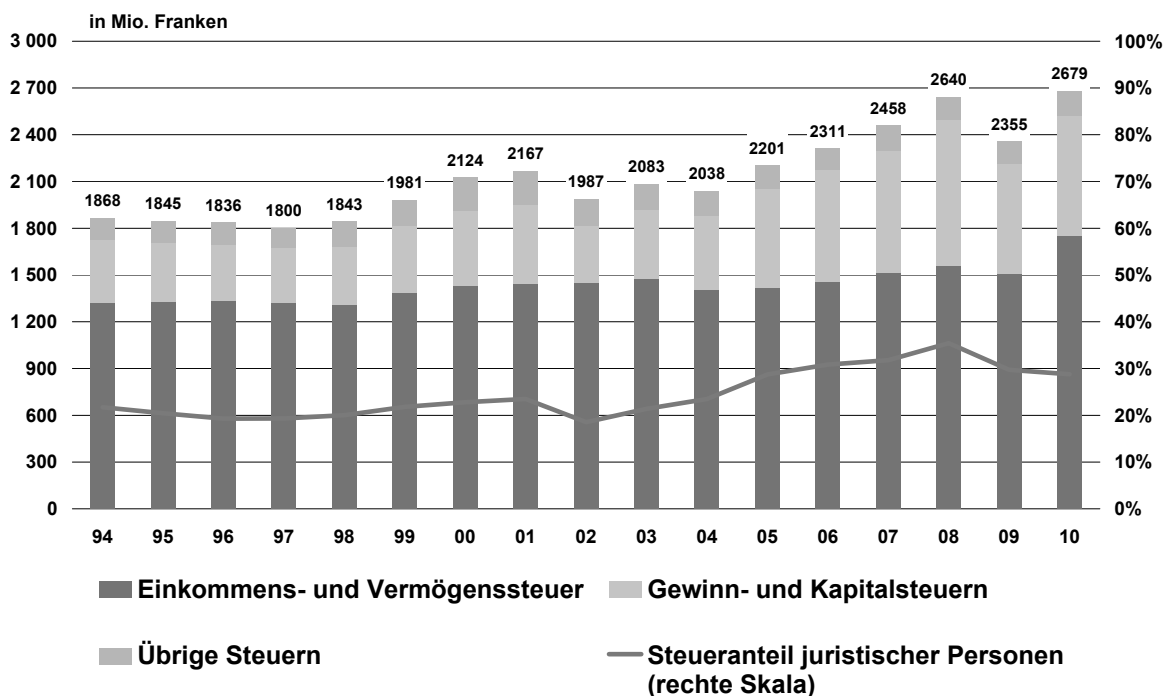
### 2.2.3 Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad war 2010 mit 329.1% wiederum positiv. Das bedeutet, dass wie schon 2008 und 2009 auch die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten.



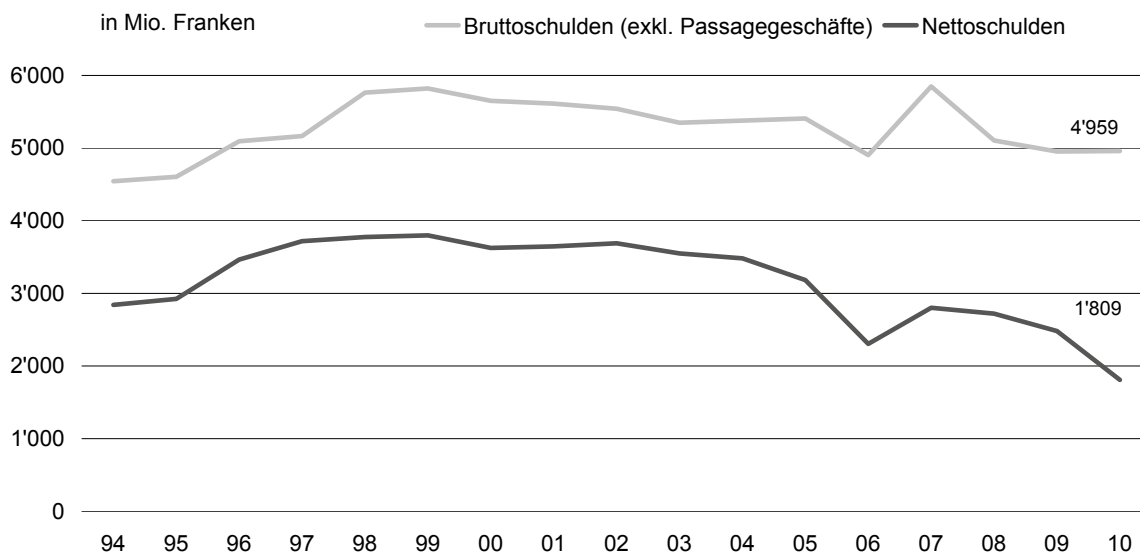
### 2.2.4 Steuern nach Kategorie

Die Steuererträge liegen insgesamt 323.8 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Davon fallen 240.3 Mio. Franken bei den natürlichen Personen an, 70.2 Mio. Franken bei den juristischen Personen. Bei den natürlichen Personen sind allerdings 111.3 Mio. Franken auf die Aufarbeitung von Rückständen bei der Quellensteuer zurückzuführen.



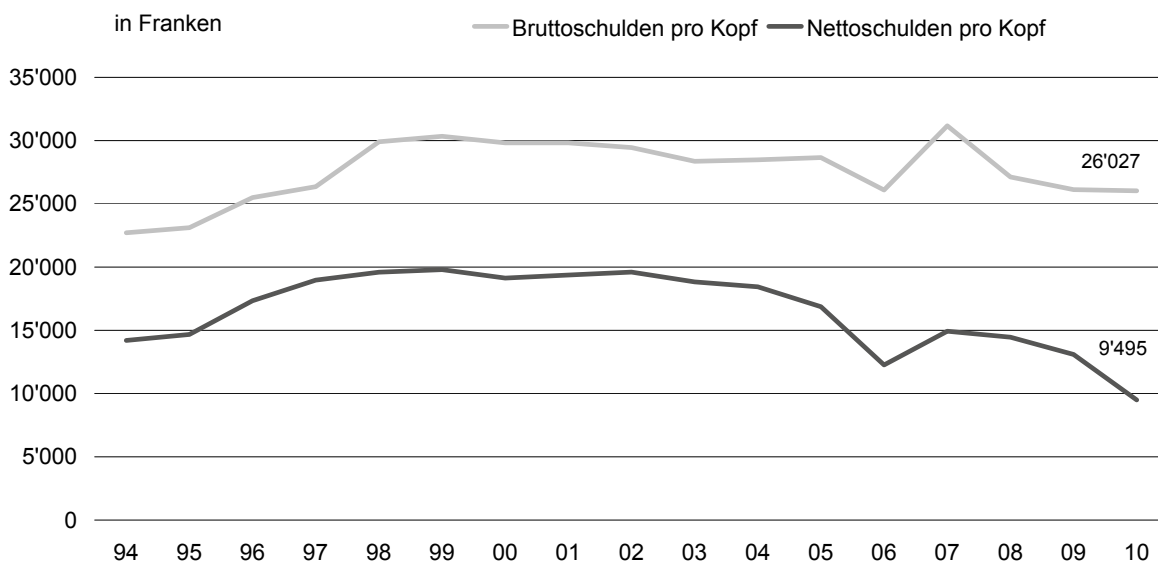
### 2.2.5 Schulden

Die Schuldensituation für das Jahr 2010 ergibt folgendes Bild: Die Bruttoschulden, die sich aus dem Total der Passiven abzüglich dem Eigenkapital errechnen, verbleiben mit 4'959.4 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahres (4'952.2 Mio. Franken). Die Nettoschulden, die sich aus den Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen (inkl. Vorschüsse Spezialfinanzierungen) errechnen, konnten wegen dem positiven Finanzierungssaldo um 27.1% auf 1'809.2 Mio. Franken verkleinert werden.



### 2.2.6 Schulden pro Kopf

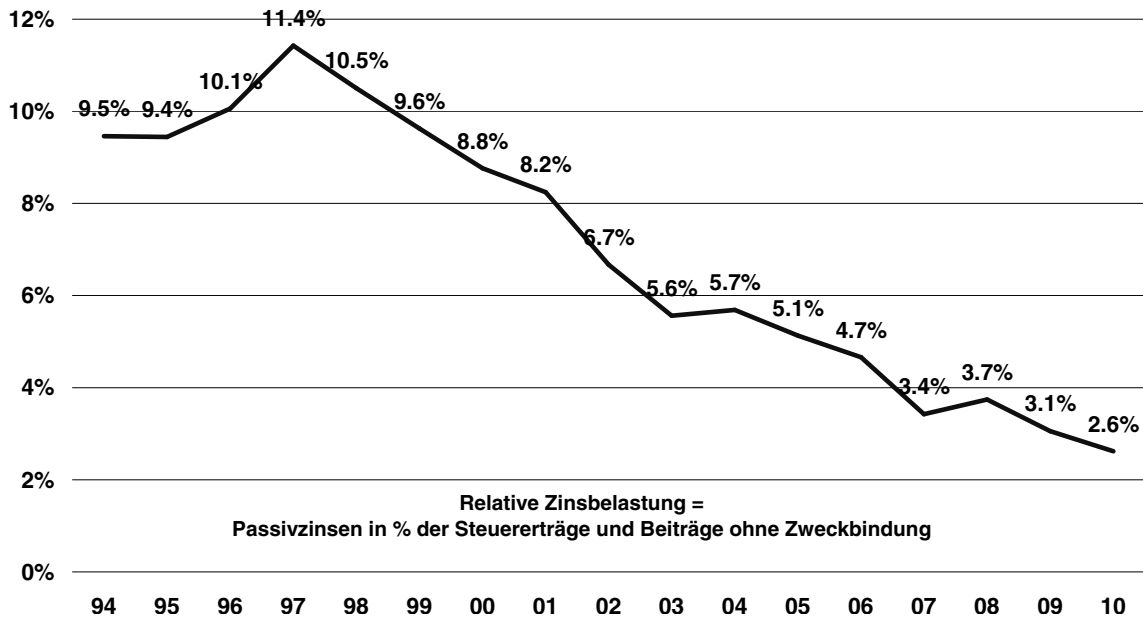
Gemäss den provisorischen Werten der mittleren Bevölkerungszahl des Kantons für das Jahr 2010 liegen die Bruttoschulden pro Kopf mit 26'027 Franken leicht höher als im Vorjahr (26'015 Franken). Die Nettoschulden pro Kopf mit 9'495 Franken liegen um 27.2% tiefer als im Vorjahr.





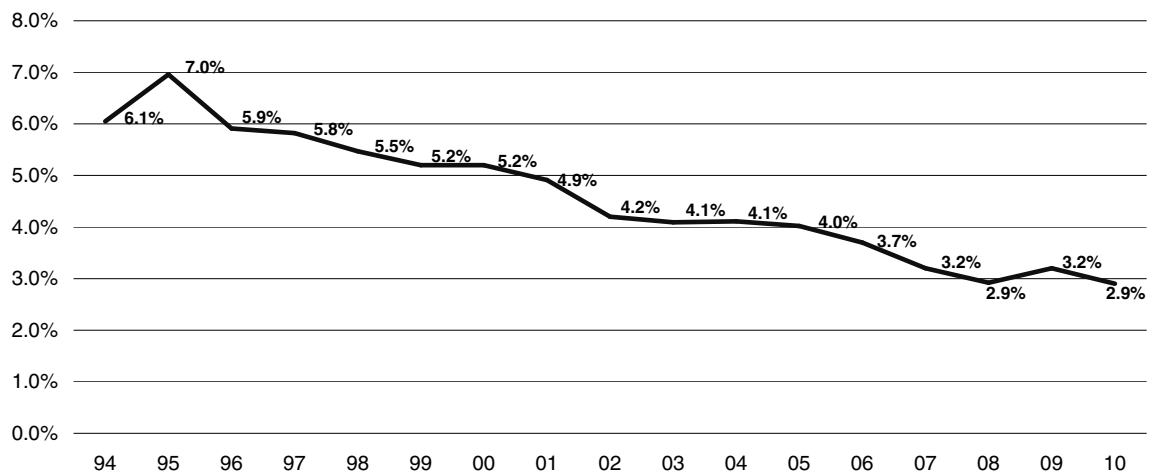
## 2.2.7 Relative Zinsbelastung

Die relative Zinsbelastung nahm um 0.5 Prozentpunkte ab. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Steuereinnahmen 2010 deutlich über dem Wert von 2009 lagen.



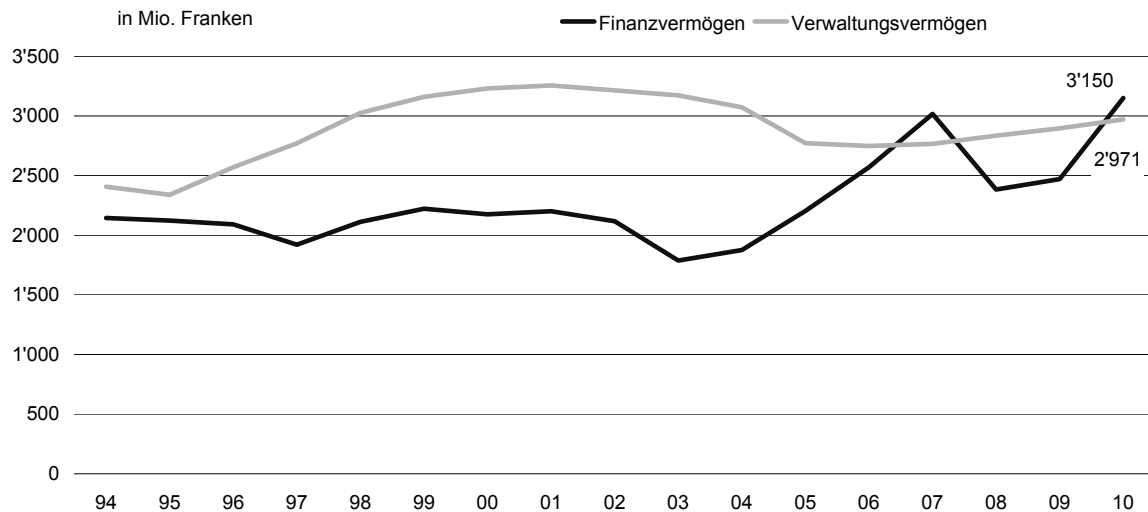
## 2.2.8 Durchschnittzinssatz der konsolidierten Schulden

Die Durchschnittzinssätze der konsolidierten Schulden haben mit 2.9% gegenüber dem Vorjahr (3.2%) leicht abgenommen und erreichen damit wieder das Niveau von 2008.



### 2.2.9 Vermögenslage

Im 2010 erhöhte sich die Bilanzsumme um 754.1 Mio. Franken oder 14.1% von 5'366.8 Mio. auf 6'120.9 Mio. Franken. Das Finanzvermögen (inkl. Vorschüsse Spezialfinanzierung) nahm 679.7 Mio. Franken oder 27.5% zu. Das Verwaltungsvermögen stieg um 74.5 Mio. Franken oder 2.6%. Dies ist der Grund warum 2010 der Anteil des Finanzvermögens an der Bilanzsumme grösser ist als der des Verwaltungsvermögens.





## 2.3 Schwerpunkte des Regierungsrates

### 2.3.1 Überblick

Der Legislaturplan 2009-2013 beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammer um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen wurden Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit abgeleitet, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

#### Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2009-2013

Leitsatz	Schwerpunkt
<b>Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken</b>	Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
<b>Als Region zusammenwachsen</b>	Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
<b>Basel als urbanes Zentrum festigen</b>	Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
<b>Nachhaltig Lebensqualität schaffen</b>	Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Auf den nachfolgenden Seiten folgt im Rahmen der einzelnen Schwerpunkte eine aktuelle Berichterstattung zu den Zielen und den zugehörigen Massnahmen. Aufgrund der kurzen Zeit seit der Publikation der Schwerpunkte und Massnahmen im Legislaturplan 2009-2013 sind vom Regierungsrat keine Änderungen beschlossen worden.

Der erste Teil der Texte zu einem bestimmten Schwerpunkt ist jeweils nach den im Legislaturplan aufgeführten Zielen (im Text fett dargestellt) gegliedert. Es handelt sich um qualitative Einschätzungen des derzeitigen Zielerreichungsstands, die sich teilweise auch auf Indikatoren abstützen. Die Indikatoren sind auf der Internetseite des Statistischen Amtes aufgeschaltet, um die jeweils aktuellste Datenlage abbilden zu können. Die Texte zu den einzelnen Massnahmen bilanzieren kurz die entsprechenden Aktivitäten im Berichtsjahr.

In einem weiteren Kapitel ist am Schluss dargestellt, mit welchen finanziellen Mitteln die Schwerpunkte im Budget und der Planung des Regierungsrates verknüpft sind.

### 2.3.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

#### Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.** Das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts ist in Basel-Stadt aktuell vergleichsweise robust und war im schweizerischen Vergleich im vergangenen Jahrzehnt immer wieder überdurchschnittlich. Basel-Stadt war nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftsstruktur mit einer dominanten Life Sciences-Branche weniger stark von der Wirtschaftskrise betroffen als andere wirtschaftsstarke Kantone der Schweiz. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind bis 2008 auf eine überdurchschnittliche Höhe angestiegen. Dieses Volumen wird sich vermutlich auf tieferem, aber immer noch hohem Niveau einpendeln. Aufgrund der baselstädtischen Wirtschaftsstruktur mit bedeutenden internationalen Grossunternehmen erstaunt es nicht, dass 30% der Unternehmen für 90% der Steuereinnahmen juristischer Personen sorgen. Auch mit eingeführten und beschlossenen Steuersenkungen bei den natürlichen Personen wird der Wirtschaftsstandort gestärkt.
- **Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.** Die internationale Bekanntheit Basels als Wirtschaftsstandort ist unbestritten. Nicht zuletzt tragen die Unternehmen, die global zu den grössten ihrer Branche gehören und ihren Hauptsitz in Basel haben, hierzu wesentlich bei. Die Aktivitäten von BaselArea erhielten durch den Beitritt des Kantons Jura zusätzliche Dynamik. Zudem gilt es, sich im Rahmen der Osec, der nationalen Organisation für Standortpromotion, gut abzustimmen. Ungleiche Interessen der grossen Wirtschaftsregionen auf nationaler Ebene wirken sich diesbezüglich derzeit noch hemmend aus. Die Besucherzahlen der Messen in Basel haben sich trotz des schwierigen Umfelds positiv entwickelt. Basel konnte sich insbesondere mit den zwei Weltmessen (BaselWorld und Art Basel) sehr gut halten und den Ruf als Gastgeberin internationaler Messen weiter festigen. Aufgrund der Budgetierungsprozesse von Unternehmen drücken sich konjunkturelle Veränderungen bei den Messen allerdings nicht immer unmittelbar aus. Basel hat im Kongresswesen noch ausschöpfbares Potenzial, vor allem da die notwendige Infrastruktur (grosse Hotelkapazitäten, Kongresszentrum) grundsätzlich vorhanden ist.
- **Der Kanton-Basel Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.** Das Angebot am EuroAirport hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt, und im internationalen Personen-Schienerverkehr wird die Bedeutung Basels dank den im Bau befindlichen Ausbauten (z.B. Basel-Offenburg, insbesondere Katzenbergtunnel; TGV Rhin-Rhône) weiter wachsen. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen ist Basel bezüglich der Entwicklung der S-Bahn im Rückstand. Ein gut ausgebautes und den wachsenden Bedürfnissen entsprechendes S-Bahn-System würde nicht nur die Ausstrahlung als attraktiver Wirtschaftsstandort deutlich stärken, sondern auch die dynamische Weiterentwicklung der gesamten Region forcieren. Bei der Verkehrsinfrastruktur sind vor allem im Schienenverkehr bedeutende Kapazitätsengpässe absehbar. Hier sind in den nächsten Jahren im Bereich der Kooperation mit dem Bund und der SBB grosse Bemühungen erforderlich. Positive Perspektiven für den Logistikstandort Basel eröffnet der Planungsstart einer strategischen Containerdrehscheibe von nationaler Bedeutung auf dem Areal des ehemaligen badischen Rangierbahnhofs mit Schwerpunkt Rheinschiffahrt-Bahn seitens SBB Cargo und den Schweizerischen Rheinhäfen.
- **Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.** Noch werden relativ wenig Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder in Basel gegründet. Die kommenden Jahre bringen die Herausforderung, die Massnahmen in der Innovationsförderung auszubauen und neu bereitstehende Infrastrukturen auszunutzen, insbesondere der „Basel Inkubator“, den Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz gemeinsam betreiben, sowie der Technologiepark Basel im Stückli Business Park. Erste Auslastungszahlen des Inkubators deuten auf eine positive Entwicklung hin.

### Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Bedürfnisse der Unternehmen kennen** Im vergangenen Jahr traf sich der Regierungsrat mit den Führungspersonen von elf im Kanton Basel-Stadt ansässigen Firmen. Zusätzlich hatte das Amt für Wirtschaft und Arbeit rund 17 qualifizierte Kontakte mit KMU und führte erstmals eine Befragung zur Standortqualität durch. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Departementen wurden in der Anwendung der ab 2011 obligatorischen Regulierungsfolgenabschätzung geschult.
- **Steuerentlastungen bei den juristischen Personen** Der Grosse Rat hat am 10. November 2010 auf Antrag des Regierungsrates beschlossen, den maximalen Gewinnsteuersatz für das Steuerjahr 2011 auf 21 Prozent zu senken. Unter der Bedingung einer positiven Wirtschaftsentwicklung und dem ausreichenden Abstand zur Nettoschuldenquote soll der maximale Gewinnsteuersatz für die zwei folgenden Jahre um jeweils weitere 0.5 Prozentpunkte auf 20 Prozent gesenkt werden. Die neu eingeführte Teilbesteuerung der Dividenden bei mindestens 10-prozentigem Beteiligungsanteil ist ab Steuerjahr 2011 in Kraft.
- **Umsetzung einer regional abgestimmten Strategie** An einer weiteren Bad Schauenburg-Tagung wurde die regionale Strategie für die Entwicklung der Life Sciences-Wirtschaft gemeinsam mit der Handelskammer beider Basel und dem Kanton Basel-Landschaft weiter entwickelt und umgesetzt. Die Massnahmen werden schrittweise umgesetzt.
- **Wirtschaftliche Schwerpunktgebiete schaffen** Der Ausbau der acht im Richtplan des Kantons Basel-Stadt ausgewiesenen wirtschaftlichen Schwerpunktgebiete wird mit ihren jeweiligen Grundeigentümern und Bauherren vorangetrieben. Die jeweiligen Planungs- und Bauverfahren werden gemeinschaftlich mit den privaten Partnern und, soweit angemessen, unter Einbezug der Öffentlichkeit durchgeführt. Im Jahr 2010 wurde u.a. der Bebauungsplan für das Areal von Hoffmann-La Roche an der Grenzacherstrasse, der die planungsrechtliche Grundlage für den Bau eines Hochhauses erstellt, zuhanden des Grossen Rats fertig gestellt und von diesem im Oktober beschlossen.
- **Rekrutierung von Fachpersonal** Der Kanton Basel-Stadt hatte sich zusammen mit den Wirtschaftsverbänden dafür eingesetzt, dass die vom Bund Anfangs 2010 beschlossene Halbierung der Kontingente für Drittstaatsangehörige wieder zurückgenommen wurde. Zur Jahresmitte gab der Bund die zweite Hälfte der Kontingente frei.
- **Leistungsfähige Standortpromotionsorganisation** Die Mitgliederversammlung der BaselArea verabschiedete 2010 eine Strategie, die noch stärker auf die Promotion der Technologiekompetenz setzt. Im Herbst besuchte auf Initiative des Amtes für Wirtschaft und Arbeit eine Delegation der Nordwestschweizer Wirtschaftsförderer den US-Bundesstaat Massachusetts. Mehrere Projekte wurden in der Folge initiiert.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Die international ausstrahlenden Grossanlässe, allen voran die Swiss Indoors Basel, die Weltmessen Baselworld und Art Basel sowie die AVO Session und das Basel Tattoo, wurden mit gezielten Kampagnen für die Imagewerbung und Bekanntheitssteigerung des Metropolitanraums Basel genutzt. Zudem präsentierte sich Basel im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Shanghai zusammen mit Genf und Zürich mit einem gemeinsamen Pavillon an der World Expo in Shanghai.
- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Im Rahmen der langfristigen Planung der Bahninfrastruktur (Bahn 2030) wurde das Bewusstsein der nationalen Entscheidungsträger für die Bedeutung eines neuen Juradurchstichs weiter geschärft. Die Planungen für einen Bahnanschluss des EuroAirport wurden unter französischer Federführung wieder intensiviert, der Bundesrat hat die Fristen für seinen Finanzierungsbeitrag verlängert. Die komplexe Projektierung des Ausbaus der Bahninfrastruktur in der Nordwestschweiz und das Erarbeiten einer langfristigen Perspektive für den Bahnknoten Basel (Rahmenplan) schreiten voran.
- **Zukunftsentwicklung der Rheinhäfen** Mitte Jahr wurde die abgestimmte Hafen- und Stadtentwicklungsplanung für Kleinhüningen der Öffentlichkeit vorgestellt: Im Gegenzug zum neuen, zentral gelegenen Standort für einen Containerterminal Schiff-Bahn von nationaler Bedeutung auf dem Areal des ehemaligen deutschen Rangierbahnhofs (inkl. neues Hafenbecken) und weiteren Ersatzstandorten

für die Hafenlogistik am Westquai soll mittel- und langfristig an bester Lage am Rheinufer ein interessantes, gemischt genutztes Hafenviertel von hoher Qualität entstehen.

- **Förderung junger Unternehmen** Im „Basel Inkubator“ (Stückli-Areal) können heute gegen zehn aus der Universität Basel ausgegründete Unternehmen attraktive Räume zu günstigen Konditionen mieten. Der Aufbau des benachbarten Technologieparks Basel schritt im letzten Jahr weiter voran.
- **Netzwerkpflege im Rahmen der Städtepartnerschaft** Aus der Städtepartnerschaft mit Shanghai sind ein Auftritt an der World Expo in Shanghai sowie fünf Kooperationen im Bereich der Forschung (Universitätsspital Basel und Universitätskinderspital Basel) sowie Bil-

dung (Fachhochschule Nordwestschweiz) hervorgegangen. Im Weiteren wurde das Austauschprogramm für Jungmanagerinnen und -manager erfolgreich fortgesetzt und ein Austausch im Bereich der Stadt- und Raumplanung (Bau- und Verkehrsdepartement) initiiert. Mit der in Basel lebenden chinesischen Gemeinschaft wurde im Rahmen des Projekts „ChinaWorldBasel“ das chinesische Mondfest gefeiert und das soziale Netzwerk gepflegt.

- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Für das überarbeitete Grossprojekt „Messezentrum Basel 2012“ wurden erste bauliche Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Die kantonalen Beiträge an das Projekt wurden plangemäss ausbezahlt und der Projektfortschritt überwacht.

### Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt bietet gemeinsam mit den Hochschulen und anderen privaten und öffentlichen Partnern die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung an.** In den vergangenen 15 Jahren wurde im Rahmen einer konsistenten Strategie der Hochschulbereich konzeptuell und organisatorisch grundlegend erneuert. Die verschiedenen kantonalen Dienststellen und Einzelschulen wurden in die beiden Hochschulen mit interkantonaler Trägerschaft überführt (Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz). Das international sehr renommierte Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH, ehemals Schweizerisches Tropeninstitut) ist mit der Universität in strategischer Allianz assoziiert. Mit den zeitgemässen Organisationsformen sowie der besseren finanziellen und infrastrukturellen Ausstattung der Hochschulen sind die Voraussetzungen für die messbar bessere Positionierung Basels als Wissenszentrum gegeben: Die Universität Basel und insbesondere das Swiss TPH generieren überdurchschnittlich Drittmittel, was ihre Forschungsstärke und Attraktivität für die ansässige Industrie belegt. Auch die FHNW liegt im Quervergleich mit den anderen Fachhochschulen über dem nationalen Schnitt, wenn sie auch nicht gleich viel Drittmittel generiert wie die Universität.
- **Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren den Kanton Basel-Stadt als Wissenszentrum.** Die Hochschulen weisen ein hohes Niveau aus und sind attraktiv, die Tendenz ist trotz anspruchsvoller Ausgangslage weiterhin steigend. Obwohl das unmittelbare Umland stagnierende demographische Werte ausweist, steigen die Studierendenzahlen gesamthaft an. Hierzu hat auch das intensiviertere Marketing der Hochschulen beigetragen. Hauptgrundlage für die Gewinnung der externen Studierenden bildet jedoch das überzeugende Angebot. Da die Hochschulen autonom sind und über mehrere Träger verfügen, erfolgt die ausführliche und vertiefende Bilanzierung ihrer Leistungen im Rahmen des selbständigen in den Leistungsaufträgen festgelegten Reportings.

### Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Das Innovationsförderprogramm i-net BASEL wurde noch einmal leicht ausgebaut, nachdem der Regierungsrat die erforderlichen Mittel bewilligt hat. In seinen Netzwerken sind inzwischen rund 1'500 Unternehmer und Forscher der Nordwestschweiz aktiv. Gemeinsam mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen strebt Basel-Stadt eine engere Vernetzung im Wissens- und Technologie-

transfer an.

- **Hochschul- und Universitätsentwicklung**

Die Campusplanungen für die Universität und das Departement für Biosysteme der ETH sowie für die Fachhochschule Nordwestschweiz wurden eine Etappe vorangetrieben. Auf dem Schällemätteli ist der Wettbewerb für das 70 Meter hohe Laborgebäude abgeschlossen. Daneben wurde ein Baufeld für das D-BSSE-Gebäude (Department of Biosystems Science and Engineering) definiert, für dessen Projektierung und Finanzierung eine Einigung mit der Schulleitung der ETH erzielt werden konnte. Für den Neubau der Hochschule für Gestaltung und Kunst der Fachhochschule Nordwestschweiz wurde das Raumprogramm neu definierten Bedürfnissen angepasst. Mit Blick auf das langfristige Ziel, die Trägerschaft der Universität auf die Kantone Aargau und Solothurn zu erweitern, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie soll Kooperationsprojekte eruiieren, die einen interessengetriebenen und schrittweisen Einstieg in eine Finanzierungspartnerschaft ermöglichen. Der Kanton Basel-Stadt hat den Globalbeitrag an die Universität um 7.2 Millionen erhöht.

- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen**

Im Jahr 2010 wurde der Projektwettbewerb für den Neubau der Life Sciences für das Biozentrum auf dem Areal der ehemaligen Strafanstalt Schällemätteli abgeschlossen. Als Sieger ging das Projekt mit dem Namen „chroma“ vom Büro „ilg santer architekten“ hervor. Mit dem Vorprojekt zur Ausführung dieses Projekts wurde begonnen. Nachdem der Hochschulcampus Volta in Partnerschaft mit der Novartis AG nicht weiter verfolgt werden konnte, wurde anfangs 2010 eine Alternativplanung gestartet. Diese führte zum provi-

sorischen Entscheid, das Areal Schällemätteli mit gesteigertem Flächenpotenzial zum alleinigen Standort für die zentralen Life-Sciences-Aktivitäten der Universität auszugestalten. Ende 2010 starteten die Vorbereitungen für eine Testplanung zur Prüfung der räumlichen und städtebaulichen Machbarkeit dieses Vorhabens.

- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken**

Mit dem 2010 vorgelegten Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt sollen die kantonalen Spitäler rechtlich verselbständigt werden. Die vorgesehene Organisationsform der selbstständigen Anstalt des öffentlichen Rechts gewährt ihnen den unerlässlichen operativen Handlungsspielraum, um im künftig verschärften Wettbewerb ihre profilierte Position als wichtige kantonale, regionale und nationale Anbieter zu erhalten und zu festigen. Die strategische Führung der Spitäler wird künftig von einem Verwaltungsrat wahrgenommen. Zudem können die Spitalleitungen in Zukunft grössere Entscheidungsspielräume nutzen, um ihren Leistungsauftrag in einem sich rasch wandelnden Umfeld effektiv und zeitnah umzusetzen.

- **Förderung von Kindern im Vorschulalter**

Die Tagesbetreuung in Tagesheimen und Tagesfamilien, die ihren Schwerpunkt im Vorschulbereich hat, wurde weiter ausgebaut. 2010 entstanden etwa 130 neue Plätze für Kinder, deren Eltern Beitragsergänzungen vom Kanton erhalten. Im Herbst 2010 organisierte die Fachstelle Tagesbetreuung des Erziehungsdepartements eine Veranstaltungsreihe „Frühe Bildung in Tagesheimen, Spielgruppen und Tagesfamilien“ für Mitarbeitende aus entsprechenden Institutionen.



### 2.3.3 Als Region zusammenwachsen

#### Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.** Basel ist geografisch und wirtschaftlich das Zentrum des Metropolitanraums und trägt stark zu dessen Identität bei. Durch die grosse politische Heterogenität ergeben sich jedoch Herausforderungen, die ein hohes Mass an Kooperation aller Partner in dieser Region verlangt. Will Basel Zentrum der Metropolitanregion sein, muss die Kernstadt auch mit diesem Selbstverständnis agieren und Probleme der Region in intensiver Zusammenarbeit mit allen Gebietskörperschaften der trinationalen Metropolitanregion zielorientiert angehen.

In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen erfolgreich Plattformen der Zusammenarbeit geschaffen. Ein konkretes Ergebnis sind der Trinationale Eurodistrict Basel und die dort organisatorisch angesiedelte Internationale Bauausstellung IBA 2020, die mit ihren Projekten bezüglich Identitätsstiftung für die Region von grosser Bedeutung sein wird. Im Weiteren ist auch die Zusammenarbeit innerhalb der Nordwestschweiz wichtig. Besonders intensiv ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft.

- **Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.** Im Verkehrsbereich wird die Zentrumsfunktion von Basel besonders deutlich. Auf dem Kantonsgebiet von Basel-Stadt treffen sich die Verkehrswege dreier Länder – hier befinden sich die wichtigsten Umsteigeknoten, hier führen die am stärksten belasteten Transitachsen durch. Zur Gewährleistung der Zentrumsfunktion in verschiedenen Bereichen muss Basel sicherstellen, dass das Verkehrssystem attraktiv und leistungsfähig bleibt, ohne dabei jedoch die Umwelt und die Wohnbevölkerung übermässig zu belasten.

Die Regio-S-Bahn stellt das Rückgrat des öffentlichen Verkehrssystems des Metropolitanraums dar. Hier gilt es eine Infrastruktur bereitzustellen, welche die wachsenden Anforderungen erfüllt. Zusammen mit den geplanten, zum Teil grenzüberschreitenden Ausbauten im Tram- und Busnetz sowie Massnahmen zugunsten des Langsamverkehrs stehen viele Projekte an, die mit hohem Druck zu verfolgen sind – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des vom Stimmvolk angenommenen Gegenvorschlags zur Städteinitiative.

Handlungsbedarf besteht auch bei den Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr. Um den Nachteil der hohen Heterogenität des Metropolitanraums auszugleichen, können kantons- und länderübergreifende Organisationsstrukturen ein geeignetes Mittel sein. Damit könnten Planungen oder beispielsweise Fragen der Tarifierung zukünftig schneller und effektiver bearbeitet werden – womit letztlich auch die Vernetzung der Region als Ganzes gefördert würde.

#### Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der klare Variantenentscheid der parlamentarischen Verkehrskommissionen beider Basel bedeutete einen wichtigen Meilenstein im Projekt Herzstück Regio-S-Bahn. Im April unterzeichnete der Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements eine Planungsvereinbarung mit der Communauté de Communes des Trois Frontières, welche die nächsten Schritte zur Planung einer Tramlinie zwischen Basel Burgfelden Grenze und Saint-Louis (Verlängerung Linie 3) regelt. Zur Stellungnahme entgegengenommen hat der Regierungsrat die Traminitiative, die einen konsequenten Ausbau des Tramnetzes fordert. Für die strategische Planung des Tramnetzes der Agglomeration hat der Grosse Rat Ende 2010 einen Planungskredit bereitgestellt. Auch haben die Parlamente beider Basel einen Kredit für die nächste Planungsphase der Tramverbindung „Margarethenstich“ freigegeben.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der Regierungsrat hat unter Einbezug der interessierten Verbände die Strassennetzhierarchie überarbeitet und das Strassennetz basierend auf den gültigen Normen neu klassifiziert.

Die dabei als verkehrsorientiert eingestuften Strassen sollen auch künftig den Durchgangsverkehr aufnehmen und den Verkehr aus den Quartieren sammeln. Der Kanton hat zur Planung des Bundes für einen Ausbau der Osttangente Position bezogen.

- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Im Oktober 2010 wurde die Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020 lanciert. Dieser vom Trinationalen Eurodistrict Basel getragene und durch ein eigenständiges Büro organisierte zehnjährige Prozess sucht gemeinsame Antworten auf aktuelle Fragen zur Stadt- und Regionalentwicklung in der grenzüberschreitenden Agglomeration Basel. Damit trägt die IBA zur Profilierung und zur Qualifizierung der Stadtregion und ihres Kerns bei. Ziel ist, das Wachstum der trinationalen Stadtregion Basel nachhaltig zu gestalten. Ein wissenschaftliches Kuratorium mit international anerkannten Experten unterschiedlicher Disziplinen sichert die strategische Ausrichtung der IBA und die Exzellenz der IBA-Projekte.
- **Abstimmung der Sportpolitik und der Sportanlagenplanung** Für die Entwicklung einer kohärenten Sport- und Sportanlagenpolitik bildet das Sportgesetz, welches der Regierungsrat im April 2010 dem Grossen Rat überwiesen hat, eine wichtige Basis. Bereits wurde eine erste qualitative Erhebung der Schulsportanlagen durchgeführt. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen von Vereinen und Verbänden, unterstützt die Planung.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Für ein sicheres, komfortables und zügiges Vorankommen von Velofahrenden und Fussgängern setzt das Bau- und Verkehrsdepartement laufend Massnahmen um. Einbahnstrassen werden für Velos im Gegenverkehr geöffnet, zusätzliche Radstreifen eingerichtet oder im Rahmen von Umgestaltungsprojekten grosszügige Aufenthaltsflächen geschaffen. Zur systematischen Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs wurde eine umfassende Strategie ausgearbeitet. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur so genannten Städteinitiative beschlossen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine signifikante Reduktion des motorisierten Verkehrsaufkommens (-10 Prozent innert zehn Jahren) auf Kantonsgebiet. Für die Finanzierung von Massnahmen im Bereich des Fussgänger- und Veloverkehrs steht damit ein neuer Rahmenkredit zur Verfügung, der die bisherigen Rahmenkredite ablöst.

### Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.** Basel-Stadt ist als verlässlicher, zugkräftiger und kooperativer Partner im Metropolitanraum anerkannt. Die Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften ist intensiv, insbesondere wurde in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura verstärkt. Auch überregionalen Partnerschaften wird genügend Gewicht beigemessen, gerade im Hinblick auf die Einflussnahme politischer Geschäfte auf Bundesebene. Die zentrale Bedeutung von Partnerschaften wird von allen Beteiligten im Metropolitanraum anerkannt, und die Zusammenarbeit bei Sachgeschäften und die gemeinsamen Vertretungen nach aussen positiv bewertet. Die Vielfalt der Institutionen in der regionalen Zusammenarbeit ist sehr gross. Eine verstärkte Konzentration wird mit der Schaffung einer Metropolitankonferenz angestrebt. Sie hat zum Ziel, in strategisch wichtigen Dossiers gemeinsame Positionen und Botschaften zu verabschieden und gegen aussen zu kommunizieren.
- **Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.** Basel-Stadt gilt auch bezüglich Abstimmung in der Bildungslandschaft als verlässlicher Partner, was die Verhandlungen beispielsweise mit dem Kanton Basel-Landschaft vereinfacht. Der nationale Bildungsraum ist mit den bildungspolitisch wichtigen Entscheiden und Projekten wie HarmoS, Sonderpädagogik-Konkordat, Lehrplan 21 und Integration in der Volksschule gut unterwegs. Der Bildungsraum Nordwestschweiz ist als Prozessziel erreicht, der Prozess ist jedoch nicht mehr so dynamisch wie zu Beginn. Ursprünglich war geplant, den Bildungsraum Nordwestschweiz auf einen vierkantonalen Staatsvertrag abzustützen. Dieser Vertrag ist aber vorderhand nicht zustande gekommen. Trotzdem schreiten die Arbeiten weiter voran und funktionieren gut auf der Ebene

von Kooperationen. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft ist dank der Regierungsvereinbarung und einer bikantonalen Vereinbarung auf Departementsebene gut abgestützt.

- **Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.** Zusammenarbeit im täglichen Betrieb und auf der planerisch-strategischen Ebene ist eine zwingende Voraussetzung für ein funktionierendes Verkehrssystem, da Fahrten nicht an der Kantongrenze enden und Verkehrswege oft durch mehrere Gebietskörperschaften führen. Wichtig sind zudem Kooperationen im Rahmen des trinationalen Eurodistricts Basels TEB und im Bereich des Agglomerationsprogramms. Weiter findet auch mit nichtstaatlichen Organisationen regelmässig ein konstruktiver Austausch statt. Die Vielfalt an Partnern und Akteuren in unserer Region stellt eine grosse Herausforderung dar, der sich der Kanton Basel-Stadt auch künftig proaktiv stellen möchte.
- **Der Kanton Basel-Stadt bildet zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz einen gemeinsamen Gesundheitsraum.** Ein gemeinsamer Versorgungsbericht Nordwestschweiz der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn erlaubte die Vereinbarung gemeinsamer Planungskriterien für die Gestaltung der kantonalen Spitallisten ab 2012 (KVG Revision). Die zweite Vertragsphase (2010-2014) des Pilotprojekts grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Grüz) hat begonnen. Dadurch ist es für 92% der Kantonseinwohner möglich (je nach Krankenversicherung), Rehabilitationsaufenthalte über ihre Grundversicherung im grenznahen Ausland zu finanzieren. Im Projekt E-Health wird im Rahmen des Modellversuchs „Regio B@sel“ die Basisinfrastruktur für den elektronischen Datenaustausch zwischen regionalen Leistungserbringern geschaffen.

### Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz hat zu wichtigen Themen gemeinsame Positionen erarbeitet und damit das Bekenntnis zu einer intensiveren Zusammenarbeit weiter gestärkt. Die Kantonsregierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft arbeiten im Lenkungsausschuss Partnerschaft konstruktiv zusammen. Zudem haben die zwei Kantone eine Prioritätenliste gemeinsamer Schwerpunktthemen erarbeitet. Im Rahmen der Kooperation zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Jura wurden verschiedene Projekte in den Bereichen Bildung und Wirtschaft umgesetzt.
- **Harmonisierung der Schulen von Basel-Stadt** In Entsprechung zu den Zielen der Bildungsartikel in der Bundesverfassung hat der Grosse Rat 2010 den Beitritt des Kantons zu den Konkordaten der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) HarmoS und Sonderpädagogik beschlossen und das Schulgesetz entsprechend angepasst. Die Reformentscheide fielen sehr deutlich aus und geniessen in den Schulen und der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz, weshalb auch kein Referendum ergriffen wurde. Die Schulen von Basel-Stadt erhalten damit Anschluss an die Schulen der übrigen Schweiz, werden in Kooperation mit den Part-
- **nerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz entwickelt und sind dank analogen Beschlüssen des Landrats und der basellandschaftlichen Stimmberechtigten eng mit den Schulen im Baselbiet abgestimmt.**
- **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Ein gemeinsamer Versorgungsbericht Nordwestschweiz der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn machte die Vereinbarung gemeinsamer Planungskriterien für die Gestaltung der kantonalen Spitallisten ab 2012 (KVG-Revision) möglich. Die Planung des Bauprojekts für ein gemeinsames Zentrums für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR) auf dem Bruderholz läuft weiter, wird aber einer externen Überprüfung unterzogen. Die zweite Vertragsphase (2010-2014) des Pilotprojekts grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Grüz) hat begonnen. Dadurch ist es für 92 Prozent der KantonseinwohnerInnen möglich (je nach Krankenversicherung), Rehabilitationsaufenthalte über ihre Grundversicherung im grenznahen Ausland zu finanzieren. Im Projekt E-Health wird im Rahmen des Modellversuchs „Regio B@sel“ die Basisinfrastruktur für den elektronischen Datenaustausch zwischen regionalen Leistungserbringern geschaffen.

- **Institutionalisierung des Lobbyings auf Bundesebene** Der Aufbau und die Stärkung des Lobbyings auf Bundesebene wurden weiter professionalisiert und ausgebaut. Die Schwerpunktdossiers wurden um die Positionen der anderen Nordwestschweizer Kantone erweitert. Die Vertretung vor Ort erfolgte mittels regelmässig durchgeführten Netzwerkveranstaltungen.
- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** In die neuen Subventionsverträge mit den Organisationen im Bereich der regionalen und trinationalen Zusammenarbeit wurden Entwicklungsklauseln hinsichtlich einer Vereinfachung der Strukturen und einer Bündelung der Kräfte eingearbeitet. Für eine stärkere Kommunikation und Aussenwirkung wurde ein Konzept zur Bildung einer Metropolitankonferenz Basel entwickelt.
- **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Dank der trinationalen räumlichen

Strategie TEB 2020 und der guten Vernetzung mit den grenzüberschreitenden Partnern, die auf einer langjährigen Zusammenarbeit im Rahmen des Eurodistricts basiert, verfügt der Metropolitanraum Basel über eine starke Identität. Mit der IBA Basel 2020 wird diese weiter gestärkt. Der 2010 ausgearbeitete Entwurf für eine Metropolitankonferenz sieht eine Straffung der institutionellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, eine Bündelung der Kräfte sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Metropolitanräumen vor. Dazu zählt auch die Trinationale Metropolregion Oberrhein, die am 9. Dezember 2010 gegründet wurde. Die Zusammenarbeit zwischen Basel, Genf und Zürich im Rahmen des Auftritts an der World Expo in Shanghai hat eine starke Innenwirkung erzielt. Die drei Städte wollen die guten Erfahrungen der Zusammenarbeit auf nationaler Ebene fortsetzen und vor dem Hintergrund sich neu bildender funktionaler Räume (Metropolitanräume) intensivieren.

### 2.3.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

#### Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.** Seit 2007 nimmt die Bevölkerungszahl kontinuierlich leicht zu. Die Nachfrage nach dem Kanton als Lebensmittelpunkt lässt sich auch anhand des Zufriedenheitsgrads mit dem unmittelbaren Lebensumfeld im Quartier abschätzen. Ein grosser Teil der Bevölkerung ist mit dem Leben in den Quartieren zufrieden und schätzt insbesondere die bestehenden Grünanlagen. Trotz objektiven Verbesserungen bei der Luftqualität wird diesbezüglich subjektiv eine Verschlechterung wahrgenommen.
- **Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.** Die Siedlungsentwicklung muss in einer längerfristigen Perspektive betrachtet werden. So wird im Kanton Basel-Stadt die Entwicklung des Siedlungsraums durch den Richtplan bestimmt, dessen Vorgaben behördenverbindlich und entsprechend einzuhalten sind. Der durch den Richtplan als Daueraufgabe festgelegten Siedlungsentwicklung nach innen wurde in den letzten Jahren Rechnung getragen, d.h. die Siedlungsentwicklung erfolgte weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes des Kantons Basel-Stadt.
- **Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.** In den vergangenen Jahren wurde laufend neuer Wohnraum von hoher Qualität geschaffen, einerseits durch Neubauten, andererseits durch Sanierungen und Umbauten. Im Markt zeichnet sich ein Trend zu mehr Drei- und Vierzimmerwohnungen im Verhältnis zu Ein- und Zweizimmerwohnungen ab. Neubauten werden in der Regel hindernisfrei und mit Liften gebaut, so dass sie für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bewohnbar sind. Eine Qualitätszunahme findet auch dank (energetischen) Sanierungen statt.
- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.** In der Stadt sind Frei- und Grünflächen als Begegnungs- und Kommunikationsräume entscheidende Faktoren für eine gute Lebensqualität und für die Ökologie. Die Ansprüche an Funktion und Nutzung dieser Räume sind gesellschaftlich bedingt und verändern sich. Mittels Anhörungen, Mitwirkungsverfahren und Analysen wird jeweils das Potenzial eines Ortes eruiert. Es gilt, dem gewachsenen Bedarf an solchen Flächen und den vielfältigen Nutzungswünschen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Bedürfnisse von Familien mit Kleinkindern spielen dabei eine besondere Rolle. Für die Zukunft lassen sich zudem drei Trends festmachen: eine zunehmende Bedeutung der Vorgärten und Gebäudebegrünungen als Grünfläche und grüne Visitenkarte der Stadt, der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten innerhalb des städtischen Raums (urban agriculture/farming) sowie die Öffnung von Landwirtschaftsbetrieben für die städtische Bevölkerung.

#### Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot** Nach umfangreichen Vorarbeiten erfolgte im Jahr 2010 die öffentliche Planaufgabe des ersten Ratschlags der Zonenplanrevision. Mit dem vorgeschlagenen Siedlungswachstum an den Stadträndern einerseits und der Schaffung neuer Schutzgebiete in den Bereichen Ortsbild, Natur und Landschaft andererseits wird der Rahmen der künftigen Entwicklung zwischen den beiden Polen Bewahren und Wachstum abgesteckt. Per Ende 2010 wurde das Projekt Logis Bâle abgeschlossen. Für die weitere Förderung von hochwertigem Wohnraum wurde zudem eine kantonale Strategie für die Wohnraumentwicklung für 2011 bis 2016 mit entsprechenden Massnahmen sowie ein Entwurf für ein Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG) erarbeitet.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Ein-**

### bezug der Immobilien des Finanzvermögens

Im Jahr 2010 wurde der Einbezug der Wohngenossenschaften in die Umsetzung der Wohnpolitik mit Schwerpunkt Stadtwohnen weiter gefördert. Der standardisierte Vertragstext für den partnerschaftlichen Baurechtsvertrag Plus wurde in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften fertig gestellt. Weiter wurden grosse Entwicklungsprojekte wie das Areal des alten Kinderspitals und die Areale Rüchligweg sowie Volta Ost vorangetrieben. Viele Sanierungsprojekte wurden durchgeführt, und es sind attraktive Wohnungen mit einem hohen energetischen Standard entstanden (Minergie oder vergleichbarer Standard).

- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** Kinder und Jugendliche können in den Quartieren Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit nutzen. Darüber hinaus hat das Erziehungsdepartement eine Reihe von Massnahmen in die Wege geleitet, die Kindern und Jugendlichen in jedem Quartier einen leichten Zugang zu Innen- und Aussenräumen ermöglichen. So werden etwa verschiedene Schulhausplätze abends und an den Wochenenden für die Kinder und Jugendlichen zur freien Nutzung geöffnet. Auch werden in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro Innenhöfe von Siedlungen für eine kindergerechte Nutzung zugänglich gemacht.
- **Konzept für den öffentlichen Raum** Im Jahr 2010 wurde ein Vorgehensplan für die Konzepterstellung zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit erarbeitet, der die verschiedenen departementalen Aktivitäten zusammenbringt und die weiteren Arbeiten koordiniert. Eine durch die interdepartementale Legislaturplankonferenz gesteuerte Arbeitsgruppe hat die Arbeiten am Konzept aufgenommen.
- **Lärmschutz und Sauberkeit gewährleisten** Diverse Massnahmen zur Förderung stadtrechter Verkehrsarten, haben die Situation in den Wohngebieten verbessert. Plangemäss wurde gleichzeitig die Zahl der Gebäude mit Schallschutzfenstern gesteigert und die Bepflanzungskontingente für öffentliche Räume wurden nicht zulasten von Anwohnenden ausgedehnt. Die Menge an Abfällen durch Littering im öffentlichen Stadtraum nahm weiter zu. Wirkungsvolle Massnahmen, bestehend aus Intervention, Prävention und Repression zur Reduzierung der achtlos weggeworfenen Abfälle, aber auch zur Eindämmung der illegal abgelagerten Abfälle, wurden ausgebaut. Unter-

irdische Abfallcontainer mit grösserem Fassungsvermögen wurden unter ökologischen und ökonomischen Aspekten erfolgreich getestet. Die neu eingerichtete Sauberkeitshotline der Stadtreinigung unterstützt eine schnelle und kundenfreundliche Behandlung der Reklamationen zur Stadtsauberkeit.

- **Attraktive und belebte Basler Innenstadt** Die 2009 erarbeiteten Ergebnisse der Mitwirkung zur zukünftigen Entwicklung der Basler Innenstadt wurden 2010 von der Verwaltung geprüft. Der Regierungsrat hat anschliessend die Umsetzung der Anliegen in vier Teilprojekten vorgeschlagen und dem Grossen Rat den entsprechenden Ausgabenbericht vorgelegt. Dieser wurde Mitte Dezember gutgeheissen.
- **Projekt „Welcome“** Mit der neu lancierten Sauberkeitshotline wird angestrebt, Schmierereien innert 48 Stunden zu beheben. Zudem wurden Fokusaktionen im Gerbergässlein und der Elisabethenstrasse durchgeführt. Die Kampagne „Basel – unverschmiert schön“ machte diese Neuerungen bekannt. Für das Ziel des besseren Ersteindrucks wurden die Begrüssungen der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger im Rathaus und in den Quartieren stark optimiert und mit viel Informationsmaterial angereichert. Die Konzeption eines Stadtrundgangs für Neuzugezogene konnte abgeschlossen werden. Schliesslich wurde eine Vorstudie für ein neues Fussgängerleitsystem erarbeitet.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Märkte** Mit der Umsetzung der neuen Verordnung für Messen und Märkte und einer den Bedürfnissen angepassten Standstellung des Stadtmarktes wurden zwei wichtige Massnahmen für eine Attraktivitätssteigerung umgesetzt. Die Schaffung von „Brands“ für die Basler Herbstmesse und den Basler Weihnachtsmarkt sowie die Ausweitung der Kampagnen im In- und Ausland führten zu einer grösseren Ausstrahlung und Anziehungskraft.
- **Akquisition von Grossveranstaltungen** Mit dem Laufanlass „Manor Run to the Beat“ wurde im September 2010 erstmals ein Grossanlass durchgeführt, der Laufen gezielt mit Musik verbindet. Das internationale Springreitturnier „CSI Basel“, welches 2010 erstmals durchgeführt wurde, war ein voller Erfolg und wird im kommenden Jahr eine Neuauflage erleben. Für das Jahr 2012 wurden die Curling-Weltmeisterschaften der Männer für Basel akquiriert.

### Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.** Basel ist als „Kulturstadt mit Ausstrahlung“ auf gutem Weg, sowohl im Verhältnis zu seiner Grösse als auch im Vergleich zur Angebotsdichte anderer Städte. Vor allem im Bereich der Bildenden Kunst (ART Basel, Kunstmuseum, Fondation Beyeler), mit dem Theater Basel (zweimalige Auszeichnung zum Opernhaus des Jahres 2009 und 2010) und der Kaserne Basel, der Schola Cantorum Basiliensis, der Hochschule für Alte Musik sowie der Architekturszene wird Basel international als kulturell bedeutende Stadt wahrgenommen. Teilweise erreichen auch die Bereiche Literatur (Messe Buchbasel 2010) und Neue Medienkunst (shift, plug in) überregionale und internationale Ausstrahlung. Das breite Interesse am Entwurf zum Kulturleitbild und der intensive Vernehmlassungsprozess zeigen, dass Basel eine lebendige Kulturszene hat, die sich engagiert und konstruktiv in den laufenden Prozess einbringt.
- **Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.** Der Kanton konnte im Jahr 2010 einige wichtige und potente Partnerschaften eingehen, beispielsweise beim Neubau des Kunstmuseums (privates Mäzenatentum), der Betriebsfinanzierung Kaserne und dem Haus der elektronischen Künste (Christoph Merian Stiftung). Die Frage nach Finanzierungs-Partnerschaften (Public Private Partnerships) wird auch im Entwurf zum Kulturleitbild gestellt. Auf der Ebene der Mitträgerschaft und Mitfinanzierung von kulturellen Zentrumsleistungen ist der Kanton aktiv. Die umliegenden Gebietskörperschaften beteiligen sich jedoch in der Regel nur zurückhaltend an diesen Leistungen. Bedauerlicherweise wurde in der wichtigen Frage der verstärkten Mitfinanzierung des Theaters Basel 2010 im Nachbarkanton Basel-Landschaft das Referendum ergriffen, dem im Februar 2011 zugestimmt worden ist.
- **Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.** Das Angebot der basel-städtischen Kulturinstitutionen ist breit und vielfältig. Besonders zu erwähnen sind die „Education Projekte“ mit Schulklassen, die gerade auch Kinder mit Migrationshintergrund erreichen. Dies ist umso wichtiger, als dass ein grosser Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Kulturangebote noch zu wenig nutzt. Die Kulturvermittlung hat in allen Institutionen einen hohen Stellenwert inne und ist unbestritten wichtig. Es fehlen aber allen Institutionen die finanziellen Mittel für breite Vermittlungsangebote.

### Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik und Kulturleitbild** Auf der Grundlage des per 2010 in Kraft getretenen Kulturfördergesetzes wurde im August 2010 der Entwurf eines Kulturleitbildes vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt. Das Mitwirkungsverfahren bezog alle staatlichen und privaten Akteure sowie alle interessierten Personen ein und regte eine intensive Debatte an. Die Arbeiten am Erweiterungsbau Kunstmuseum laufen nach Plan. Die partnerschaftliche Finanzierung des Theater Basel war wesentlicher Inhalt der partnerschaftlichen Verhandlungen.
- **Akquisition von neuen Grossanlässen und Betreuung von Grossveranstaltern** Seit 2009 wurden diverse Grossveranstaltungen im Kulturbereich erfolgreich beraten und finanziell unterstützt. Das in Vernehmlassung gegebene Kulturleitbild sieht vor, ein Festivalkonzept zu erstellen, um eine bestmögliche Koordination, Qualität und eine Steigerung der Aussenwahrnehmung zu erzielen. Dank gezielten Akquisitionsbemühungen hat der Veranstaltungsort Basel im Bereich von TV-Produktionen und Musikfestivals Zusagen erhalten. Mit einem Bereich Kultur durch den Kanton Basel-Landschaft sollen so rasch wie möglich nach den Spielregeln des Neuen Finanzausgleichs (NFA) erfolgen.
- **Interkantonaales Finanzierungsmodell** Längerfristige Verhandlungen über die Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen im

umfassenden Benchmarkvergleich wurden die Stärken und Schwächen des Veranstaltungsortes Basel evaluiert und die Potenziale formuliert.

- **Förderung der kreativen Aktivitäten** Die Kreative Förderung (Förderung der Entstehung eines Kunstwerks) hat mit den verschiedenen Gefässen der Projektförderung permanent einen hohen Stellenwert. Hervorzuheben ist das Projekt Nordtangente-Kunsttangente,

das 2010 mit einer Publikation abgeschlossen wurde. Innovative Orte der freien Kunstszene wie der Kaskadenkondensator im Warteck-Areal, dock in der Klybeckstrasse und das Kulturbüro profitierten von einer Fortführung der Subvention. Auf dem Dreispitzareal wurde 2010 das Haus der elektronischen Künste zusammen mit der Christoph Merian Stiftung initiiert und der freie Kunstraum „OSLO“ finanziell unterstützt.



### 2.3.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

#### Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- **Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.** Das Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern bleibt weiterhin aktuell. Obwohl Frauen und Männer seit 1981 gesetzlich gleichberechtigt sind, verdienen Frauen immer noch rund 20% weniger als Männer, leisten mehr unbezahlte Arbeit, sind seltener in Kaderpositionen anzutreffen und auch in der Regierung und im Parlament untervertreten. Ein grosser Teil der Frauen und der Männer sind der Ansicht, dass Chancengleichheit gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch nicht erreicht ist. Dazu braucht es weitere Anstrengungen des Kantons, von Seiten der Wirtschaft und der Gesellschaft. Massnahmen sollten dahin zielen, dass Teilzeitarbeit für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. Zudem gilt es für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Tagesstrukturen weiter auszubauen, auch wenn der Versorgungsgrad mit familienergänzender Kinderbetreuung in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.
- **Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen. Dabei orientieren sich die Schulen im Kanton Basel-Stadt an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft.** Das Umsetzungsprojekt „Förderung und Integration“, das die Förderung aller Kinder und Jugendlichen unterstützt, wie auch die frühe Sprachenförderung tragen wesentlich zur Chancengleichheit bei. So sind Basler Jugendliche auch mehrheitlich zufrieden mit ihrer Schule oder ihrer Lehrstelle. Anstrengungen im Bildungsbereich werden jedoch teilweise durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends behindert. Soweit möglich orientieren sich die Schulen an den Erfordernissen der Gesellschaft und der Wirtschaft.
- **Migrantinnen und Migranten haben gleichberechtigten Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.** Der gleichberechtigte Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem ist heute nicht gewährleistet. Im Bereich der Erwerbstätigkeit liegt die Erwerbstätigenquote ausländischer Frauen weit unter jener der ausländischen Männer. Dagegen weisen Migrantinnen im Vergleich zu Migranten eine höhere Gymnasialquote auf. Künftige Anstrengungen zielen darauf, die ausländische Bevölkerung mit den bestehenden Angeboten besser zu erreichen. Zudem steht der Kanton vor der Herausforderung, eine angemessene Gesundheitsversorgung für ältere Menschen mit Migrationshintergrund bereitzustellen.
- **Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.** Bei öffentlichen Bauten und im öffentlichen Verkehr sind von Seiten des Kantons erste Schritte hin zu einer behindertengerechten Zugänglichkeit und Benutzbarkeit eingeleitet worden. Aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hindernisse gestaltet sich die Integration von Menschen mit einer Behinderung im Ausbildungs- und Arbeitsbereich als schwierig. Die integrative Förderung und die Integration von Kindern mit einer Behinderung in die Regelschule tragen dagegen wesentlich zur Chancengleichheit bei. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Behinderung und der dafür notwendigen Sensibilisierung von Führungskräften.

#### Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt**  
Im Juni 2010 wurden der Öffentlichkeit die Resultate der kantonalen Jugendbefragung vorgestellt, im Dezember 2010 diejenigen der Familienbefragung. Die Auswertung beider Befragungen zeigt, dass sich eine grosse Mehrheit der Kinder, Jugendlichen und Familien im Kanton Basel-Stadt wohl fühlt. Weiter hat das Erziehungsdepartement Unterlagen und Daten der Stadt Basel zur Standortbestimmung „Kin-

derfreundliche Gemeinde“ an Unicef Schweiz eingereicht. Ausgehend von der Auswertung durch Unicef Schweiz wird der Regierungsrat entscheiden, mit welchen weiteren Massnahmen die Kinder- und Familienfreundlichkeit im Kanton Basel-Stadt zu verbessern ist.

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung** Zurzeit nehmen rund 24 Prozent der Kinder im Schulalter eine familienergänzende Betreuung in Tagesstrukturen, Tagesheimen und Tagesfamilien in Anspruch. Auf Beginn des Schuljahrs 2010/2011 wurde das vielfältige Angebot an schulischen Tagesstrukturen um 222 auf rund 1'500 Plätze ergänzt. Die Eltern entscheiden, in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen wollen. Der weitere Ausbau der Tagesstrukturen orientiert sich am Bedarf der Familien und an den zur Verfügung stehenden Mitteln.
- **Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“** Die Arbeit des Round Table „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“ mit Unternehmen, Verbänden und Stellen aus der Verwaltung wurde weiterhin koordiniert und ausgebaut. Die Erarbeitung von Praxistools für die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege wurden in Auftrag gegeben. Der erste Teil einer dreiteiligen Benchmarkstudie zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zürich „Familienfreundliche Unternehmenspolitik“ wurden mit guten Ergebnissen für Basel-Stadt publiziert. Die Kampagne „Beruf und Familie unter einen Hut bringen“ mit einem Online-Adventskalender und einem Familienplaner für das Jahr 2011 stiessen sowohl bei den Beteiligten, wie in den Medien auf grossen Anklang.
- **Integrative Volksschule** Die Volksschule trägt die Verantwortung für alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler, auch für jene mit besonderem Bildungsbedarf. Sie werden wenn immer möglich in Regelklassen eingeteilt, im Bedarfsfall zusätzlich gefördert oder wenn nicht anders möglich in Sonderschulen geschult. Das dreistufige Fördersystem mit kollektiv finanziertem Grundangebot sowie Förderangebot in der Schule und individuell finanzierten „verstärkten Massnahmen“ entspricht dem Konkordat Sonderpädagogik sowie dem sonderpädagogischen Konzept der beiden Basel. Es ist 2010 zusammen mit dem Entscheidungsablauf für die Ressourcenzuteilung im revidierten Schulgesetz und der neuen Verordnung Sonderpädagogik geregelt. Die Ausgestaltung der sonderpädagogischen Landschaft in den Schulen erfolgt schrittweise im Rahmen des Projekts „Integration und Förderung“.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** 2009 hatte der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen für das Projekt Deutschförderung für Dreijährige gelegt. Ziel ist, dass möglichst viele Kinder ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten mindestens zwei Mal wöchentlich eine Spielgruppe mit integrierter Sprachförderung besuchen können. Einkommensschwache Familien erhalten seit Sommer 2010 staatliche Beiträge. Im vergangenen Jahr wurde beschlossen, dass ab 2013 Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen zum Besuch der Spielgruppen verpflichtet werden können.
- **Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen** Die verschiedenen Projekte zum Aktionsprogramm „Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen“ wenden sich an Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Berufsberatende, Eltern und Betriebe. Fokussiert wurde auf die praxisnahe Arbeit mit Berufsfrauen und -männern, welche in einem geschlechtsatypischen Beruf arbeiten. Mit dem Stand „no limits“ an der 3. Basler Berufs- und Bildungsmesse konnte der Idee der Öffnung der Berufswahl ein lebendiges Gesicht verliehen werden, und es waren persönliche Kontakte und Gespräche möglich.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung** Im Berichtsjahr wurde eine auf die Beratung von Erwachsenen mit Bedarf nach beruflicher Nachholbildung spezialisierte Stelle eingerichtet. Es sind vor allem Frauen, welche die Angebote in Anspruch nehmen. An der Spitze der beruflichen Nachholbildung steht der Bereich Gesundheit, wo mehrheitlich Frauen und viele Migrantinnen als Ungelernte arbeiten. Bei der nicht-formalen Bildung fördert der Kanton Basel-Stadt Angebote der Berufsfachschulen sowie der Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel. Ein Spezialgebiet der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung sind die Deutsch- und Integrationskurse für die Migrationsbevölkerung.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** 2010 wurden zahlreiche Massnahmen zur Sensibilisierung und Information der Bevölkerung durchgeführt. Dazu zählen die Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“, die Migrationszeitung MIX, die Begrüs-

sung von Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern im Rathaus und die über 8'000 Beratungs- und Informationsgespräche der Ausländerberatung der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG). Strategien und Massnahmen im Bereich „Abbau struktureller Hürden“ und „Diskriminierungsbekämpfung“ sind in Abstimmung mit den neuen Schwerpunkten des Bundes und im Hinblick auf das Programmkonzept 2014 in Entwicklung. Im Rahmen der Projektförderung wurden 29 Sprachförder- und 60 Integrationsförderprojekte unterstützt und 44 Projektträgerschaften durch die Subventionspartnerin Ausländerberatung der GGG beraten.

- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Der Bundesrat genehmigte im Herbst 2010 das von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam erarbeitete Behindertenkonzept. Für dieses

partnerschaftliche Grossprojekt bewilligte der Grosse Rat im Dezember einen Projektkredit, zeitgleich mit dem Landrat. Mit den Museen Basel wurde die Infrastruktur für Museumsbesucherinnen und -besucher mit einer Behinderung verbessert. Mit der Universität Basel wurden technische und bauliche Massnahmen geplant, um Studierenden mit einer Behinderung ein hindernisfreies Studium zu ermöglichen. 17 grössere und kleinere bauliche Massnahmen, welche die Begeh- und Nutzbarmachung für behinderte Menschen verbessern, wurden an öffentlichen Gebäuden vorgenommen. Zudem wurden 15 neue Behindertenparkplätze im Stadtzentrum geschaffen, die hindernisfreie Überquerung der Freien Strasse ermöglicht und 30 Trottoirabsenkungen realisiert. Eine Bestandesaufnahme bezüglich der Zugänglichkeit der kantonalen Webseiten für Menschen mit einer Behinderung wurde ebenfalls durchgeführt.

### Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- **Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.** Der Kanton Basel-Stadt deckt den Strombedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien. Hier nimmt Basel eine Vorbildrolle ein. Im Bereich der Wärme besteht jedoch grosses Verbesserungspotenzial. Vor allem die Sanierung von Gebäudehüllen älterer Bauten spielt eine wichtige Rolle. Auch die Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien kann noch ausgebaut werden. Das neue kantonale Energierecht bildet eine wichtige Grundlage für entsprechende Massnahmen.
- **Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.** Die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt selber nimmt bei neuen Gebäuden und im Mobilitätsbereich eine Vorbildfunktion ein, die mit dem Label Energiestadt Gold honoriert wurde. Für die energetische Sanierung der zahlreichen älteren Verwaltungsgebäude gibt es klare Vorgaben, deren Umsetzung aber viel Zeit und Aufwand beanspruchen. Die Förderpolitik unterstützt die Anwendung neuer Technologien, namentlich bei der Haustechnik und in anderen Wirtschaftsbereichen. Auch die fortschrittliche Energiepolitik als Ganzes setzt positive Impulse für die Ansiedlung neuer Unternehmen.
- **Die Entwicklung des Siedlungsraums im Kanton Basel-Stadt ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.** Die Entwicklung des Siedlungsraums erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gebietskörperschaften. Sowohl auf kommunaler und kantonaler Ebene wie auf der Nutzungs- und Richtplanebene setzt der Kanton Basel-Stadt auf eine intensive Koordination. Die umliegenden Gebietskörperschaften werden regelmässig eingeladen, sich im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zu äussern. Auch für innerkantonale und angrenzende Gebiete wird eine möglichst koordinierte Planung zwischen den Partnern angestrebt. Intensiv verfolgt Basel auch den Austausch in überkommunalen Institutionen, bei welchen die Planungen gegenseitig abgeglichen werden.
- **Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahreshöchstwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.** Im Bereich der Luftschadstoffe sind die Probleme erkannt. Für eine saubere Luft in

Wohnquartieren gilt es, bestehende Potenziale auszuschöpfen. Der neue Luftreinhalteplan beinhaltet dazu ein ganzes Massnahmenbündel, das bis 2015/2020 umgesetzt wird. Die Ozonbelastung dagegen kann nicht direkt beeinflusst werden, da sie von grossräumigen Luftbewegungen abhängt. Trinkwasser sparen ist hinsichtlich des Energieverbrauchs bei dessen Produktion und Förderung ein wichtiges Thema. Beim Pro-Kopf-Verbrauch konnte eine Abnahme verzeichnet werden, der Gesamtbedarf dagegen nahm zu. Durch den konsequenten Einsatz wassersparender Haushaltsgeräte und einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme wird dieser Pro-Kopf-Verbrauch in Zukunft stagnieren. Auch öffentliche Brunnen werden möglichst wassersparend betrieben. Die Belastung der Gewässer ist auf einem niedrigen Niveau stabil. Für neu als problematisch erkannte Stoffe (z.B. hormonaktive Substanzen) besteht Handlungsbedarf. Folglich wurden Massnahmen im Hinblick auf eine Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage eingeleitet.

- **Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.** Mit einer Nettoschuldenquote von 3.3 Promille für das Jahr 2010 ist das Ziel erreicht, unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote zu bleiben. Eine prospektive Betrachtung deutet allerdings auf eine Verschlechterung der Quote hin. So stehen bei den Spitälern, dem öffentlichen Verkehr, den Volksschulen, der Universität und der Fachhochschule grössere Investitionen an – diese tragen allerdings zur Steigerung respektive zum Halten der Standortattraktivität des Kantons bei. Hinsichtlich des haushälterischen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen setzt sich der Regierungsrat das Ziel, die Ausgaben real nicht höher wachsen zu lassen als die durchschnittliche langfristige Wachstumsprognose für das nationale reale Wachstum des Bruttoinlandprodukts. Diese Zielvorgabe wurde im vergangenen Jahr unter Ausklammerung von Sonderfaktoren erreicht. Das Budget 2010 lag allerdings noch deutlich über dieser Zielvorgabe, und dies gilt auch für das Budget 2011. Deshalb müssen die Budgets der Jahre 2012 und 2013, sofern keine unvorhergesehenen zusätzlichen Ausgaben auf den Kanton zukommen, wieder auf die Zielvorgabe des Regierungsrates zurückgeführt werden.

### Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die „2000-Watt-Gesellschaft“ als Leitmotiv** Dank des Holzheizkraftwerkes konnte der Anteil erneuerbarer Wärme seit 2009 um 30 Prozent gesteigert werden. Ein weiteres Grossprojekt ist die Abwärmenutzung aus der Regionalen Sondermüllverbrennungsanlage (RSMVA) für die Wärme- und Kälteversorgung des Stücki-Areals. Diese Anlage wurde vom Bundesamt für Energie mit dem Watt d'Or 2011 ausgezeichnet. Als erstes grösseres Projekt der klimaneutralen Verwaltung konnte 2010 die Sanierung der Allgemeinen Gewerbeschule abgeschlossen werden. Im Bereich Bauen startete der zweite Modernisierungswettbewerb, im Bereich Verkehr will das Pilotprojekt „EmobilitätBasel“ den Zugang zur individuellen elektrischen Mobilität vereinfachen. So erhalten Firmen attraktive Leasing-Angebote, und für die Bevölkerung steht ein Carsharing mit Elektrofahrzeugen zur Verfügung.
- **reicht wurden.** Weder wurde weniger Abfall illegal entsorgt, noch verbesserte sich die Sauberkeit der Stadt. Die Bekämpfung der illegalen Abfallablagerungen wurde weiter intensiviert. Gegenüber den Vorjahren konnten mehr Verursacherinnen und Verursacher eruiert werden.
- **Knapper Raum wird optimal genutzt** Mittels Umgestaltungsprojekten wurden verschiedene öffentliche Räume attraktiver gemacht, insbesondere ist die weitere Etappe der Rheinuferanierung Kleinbasel zu erwähnen. Das Potenzial öffentlicher Räume wurde eruiert und strategische Ziele definiert, damit die Chancen des öffentlichen Raums noch besser genutzt werden. Ein wichtiges Ziel ist die Erarbeitung einer Nutzungsstrategie, die in Ansätzen bereits bei der Konzeption der neuen Plätze auf der Erlentatt zur Anwendung gekommen ist.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Ende 2010 wurde der zweijährige Pilotversuch der kostenlosen Sperrgutentsorgung abgebrochen, da die Ziele nicht er-
- **Luftbelastung vermindern** Mit einer Messkampagne wurde die Luftbelastung flächendeckend erfasst und ein Modell zur Ermittlung der stark belasteten Standorte ermittelt. Danach

wurden die Beiträge der einzelnen Quellen zur Gesamtbelastung errechnet. Ende 2010 konnte der nachgeführte Luftreinhalteplan Basel-Stadt und Basel-Landschaft den beiden Parlamenten zugestellt werden.

- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Mit dem Budget 2011 konnte der Regierungsrat wie versprochen das Wachstum des Ordentlichen Nettoaufwands auf real 1.5 Prozent beschrän-

ken. Damit dies trotz einem exogen verursachten Ausgabenwachstum (neue Pflegefinanzierung, Justizreform) und den Mehrausgaben für schon beschlossene Schwerpunkte möglich war, mussten die Budgetvorgaben in anderen Bereichen reduziert werden. Dank einem zurückhaltenden Ausgabenverhalten der Departemente und guten Steuereinnahmen im Jahr 2010 konnten die Nettoschulden des Kantons weiter gesenkt werden.

### Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- **Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.** Die Angst vor dem Verlust der körperlichen Integrität hat einen grossen Einfluss auf das psychische Wohlbefinden und somit auf die Lebensqualität. Wie die im Frühjahr 2007 durchgeführte dritte Bevölkerungsbefragung zeigt, fühlen sich insgesamt 94,4% der befragten Baslerinnen und Basler im Alltag ganz allgemein „sehr sicher“ oder „eher sicher“. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird je nach Geschlecht, Wohnort, Altersgruppe und Einkommen unterschiedlich eingeschätzt. Zur objektiven Sicherheit: Werden die gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen betrachtet, fällt die Kriminalitätsbelastung des Kantons Basel-Stadt im Jahr 2009 mit 109.6 Straftaten pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner im Vergleich mit anderen Schweizer Städten wie Genf (190,7), Lausanne (176,2), Bern (172,4) oder Zürich (158,0) deutlich geringer aus. Basel liegt über dem gesamtschweizerischen Wert (71,9). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass urbane Gebiete allgemein stärker belastet sind als ländliche. Allerdings ist auch festzuhalten, dass die Gewaltbereitschaft wie in anderen urbanen Umfeldern auch in Basel-Stadt über die Jahre betrachtet tendenziell gestiegen ist.
- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.** Das soziale Sicherungssystem des Kantons wird laufend den aktuellen Herausforderungen angepasst. Entsprechende Massnahmen tragen zur Zielerreichung bei und sichern die materielle Existenz der Empfängerinnen und Empfänger. Der Trend in der Sozialhilfe deutet auf eine immer längere Unterstützungsdauer hin. Grund dafür ist die wirtschaftliche Lage und der Strukturwandel des Arbeitsmarkts. Der Anteil an Personen mit Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV steigt, dagegen zeigen die Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit Wirkung. Künftige Schwerpunktthemen umfassen die Familienarmut, die optimale Erreichbarkeit von leistungsberechtigten Personen sowie das Sozialhilferisiko von Jugendlichen.
- **Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.** Die Gesundheitsversorgung ist nicht zuletzt aufgrund der Nähe und engen Zusammenarbeit mit den Life Sciences qualitativ hochstehend. Im Hinblick auf das zukunftsweisende Vorhaben Gesundheitsraum Nordwestschweiz wird die Gesundheitsversorgung insgesamt bedarfsgerechter und sowohl für den Kanton als auch für das Individuum kostengünstiger. Die zurzeit wachsenden Kosten im Gesundheitswesen stellen jedoch eine finanzielle Mehrbelastung dar. Trotz Prämienverbilligungen steigen die Krankenkassenkosten anteilmässig pro Kopf.
- **Der Kanton Basel-Stadt setzt sich für Erhalt und Förderung der Gesundheit ein und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.** Die konsequente Gesundheitsprävention zeigt Wirkung. Für die gesamte Bevölkerung werden zu verschiedenen Gesundheitsthemen wie Ernährung, Bewegung oder psychische Gesundheit Informationen, Workshops, Kurse, Kampagnen und Beratungen durchgeführt. Um auf dem neuesten Kenntnisstand zu

sein, wird im Rahmen von regelmässigen Befragungen der Gesundheitszustand der Basler Bevölkerung untersucht. Dadurch wird gewährleistet, dass sämtliche Aktivitäten von Gesundheitsförderung Basel-Stadt bedürfnisgerecht und zielgerichtet wirken können. Mittels Evaluationen wird zudem überprüft, ob eine Massnahme im Bereich Gesundheitsförderung oder Prävention wirkungsvoll gewesen ist.

- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.** Die Zahl der freiwillig und ehrenamtlich Tätigen ist schweizweit rückläufig, urbane Gebiete wie Basel sind dabei besonders betroffen. Um Freiwilligenarbeit zu honorieren, unternimmt der Kanton diverse Anstrengungen. Drei mal pro Jahr wird der Förderpreis „schappo“ durch den Regierungsrat an Menschen verliehen, die sich in besonderem Masse für andere Menschen engagieren. Und als Zeichen des Danks und der Anerkennung lädt der Regierungsrat jährlich zum internationalen Tag der Freiwilligen ein. Künftig gilt es, das Potenzial jener Gruppen, die bei der Ausübung von Freiwilligenarbeit untervertreten sind, besser zu erschliessen. Dies sind Migrantinnen und Migranten, über 60-Jährige und unter 25-Jährige.
- **Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.** Die Mobilitätsplanung berücksichtigt für den Strassenraum verschiedene Nutzungsbedürfnisse und -ansprüche im städtischen Raum. Beim öffentlichen Verkehr und beim Nationalstrassennetz orientiert sich die Planung an demografischen Entwicklungen und Pendlerströmen. Im Bereich Sicherheit werden Angebot, Einsatzkonzept und -instrumente laufend an die demografische Entwicklung bezogen auf Straftaten angepasst. Im Rahmen der Betagtenbetreuung ist eine ständige Überwachung der Kennzahlen (z.B. Heimeintritte) nötig, damit in der Planung und Umsetzung rechtzeitig reagiert werden kann. Im Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sind Problemräume und -themen bekannt und benannt und entsprechende Massnahmen eingeleitet. Schliesslich gehen sowohl die Zonenplanrevision als auch die Massnahmen im Bereich Wohnraumentwicklung von den aktuellen Zahlen zur demografischen Entwicklung aus.

### Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Gefährdungsanalyse** Im Jahr 2010 hat die Kantonale Krisenorganisation (KKO) innerhalb des Projekts für eine kantonale Gefährdungsanalyse sämtliche möglichen Szenarien definiert. In einer weiteren Phase wird die Bewältigung dieser Szenarien in Workshops analysiert. Der Regierungsrat hat die KKO beauftragt, ein Risikoprofil für den gesamten Kanton Basel-Stadt zu erstellen und ihn über mögliche Defizite zu unterrichten.
- **Bekämpfung der Jugendkriminalität** Die 2009 eingeführte Jugend- und Präventionspolizei (JPP) hat sich im Jahr 2010 strukturell gefestigt sowie ihr internes und externes Netzwerk ausgebaut. Zu ihren Hauptaufgaben gehört, die bei Jugendlichen beliebten Brennpunkte aufzusuchen. Das Pilotprojekt „Meine Grenzen – deine Grenzen“ wurde erfolgreich abgeschlossen und in ein obligatorisches flächendeckendes Angebot für alle zweiten Primarklassen umgewandelt. Dieses Präventionsangebot ist Teil der Früherkennung von auffälligen Kindern.
- **Erdbebenvorsorge** Der Kanton Basel-Landschaft hat aufgrund einer Prioritätenverschiebung das partnerschaftliche Projekt zur Erdbebenvorsorge sistiert. Mit Blick auf die geleisteten Vorarbeiten erarbeitet die Kantonale Krisenorganisation (KKO) derzeit eine Analyse, aufgrund derer die Regierung entscheidet, ob das Projekt auf städtischem Boden mit den gleichen Zielsetzungen weiter verfolgt wird. Mit dem Projekt zur Erdbebenvorsorge sollen den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht werden.
- **Planung Senioren- und Alterspflegepolitik** 2010 wurden weitere Bauprojekte vorbereitet und vorangetrieben, um den angestrebten Angebotsausbau im Bereich der Pflegeheimplätze zu erreichen. Ebenso wurden die notwendigen rechtlichen Anpassungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung fristgerecht auf Anfang 2011 durchgeführt. Die neuen Finanzierungsregeln führen insgesamt zu einer finanziellen Entlastung der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner. Die Seniorenkonferenz und deren

Zusammenarbeit mit dem Seniorenforum wurde optimiert und insbesondere an der Schnittstelle zwischen Partikularinteressen einzelner Organisationen und dem Gesamtinteresse einer kantonalen Seniorenpolitik klarer strukturiert. In der Verwaltung wurden die Zuständigkeiten der Departemente klar geregelt und kommuniziert. Die Leitlinien wurden hinsichtlich Inhalt und Umsetzbarkeit sowohl in der Seniorenkonferenz wie auch im Seniorenforum analysiert und kritisch begutachtet. Daraus abgeleitet definierte das Seniorenforum für das Jahr 2011 pro Leitlinie eine konkrete Zielsetzung.

- **Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung** 2010 wurden die Entwürfe für ein neues Gesundheitsgesetz und ein Gesetz über die öffentlichen Spitäler und die dazugehörigen Ratschläge erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Beide Gesetzesentwürfe wurden anschliessend dem Grossen Rat überwiesen. Ebenfalls wurde mit der umfassenden Überarbeitung der übrigen kantonalen Gesundheitsgesetzgebung begonnen. Die gesamten Überarbeitungen sollen den Rechtssuchenden wie den rechtsanwendenden Behörden moderne Instrumente in die Hand geben, welche das veränderte Umfeld in der nationalen wie kantonalen Gesundheitsgesetzgebung gebührend berücksichtigen.
- **Konzept Gesundheitsförderung und Prävention** Basierend auf den regierungsrätlichen Leitthesen wird die Gesundheitsförderung und Prävention nachhaltig weiterentwickelt und umgesetzt. Im Bereich Monitoring stellte die Veröffentlichung des Kinder- und Jugendgesundheitsberichts Basel-Stadt 2010 einen wichtigen Meilenstein dar. Unter anderem wurden im Frühbereich und bei der Gesundheitsförderung für Seniorinnen und Senioren entscheidende Entwicklungsschritte gemacht. Mit dem neu gestarteten Programm „Psychische Gesundheit“ wird ein wichtiges Präventionsthema angegangen.
- **Ambulante Hilfen für Familien in Krisensituationen** Die Leitlinien zur Indikation und

Begleitung von ausserfamiliären Platzierungen wurden entwickelt und Auftragserteilungen an private Erbringer ambulanter Leistungen ausgeweitet. Dies betrifft vor allem Aufträge für sozialpädagogische Familienbegleitungen. Als Folge dieser Massnahmen zeichnet sich auch für 2010 ein Rückgang der Zahl ausserfamiliärer Unterbringungen ab. Seit Mitte 2010 wurde die Praxis bei eingehenden Meldungen über häusliche Gewalt geändert: Neu werden die betroffenen Familien persönlich zu Hause besucht. Dabei werden Gespräche sowohl mit den Erwachsenen als auch mit den von den Gewalterfahrungen direkt oder indirekt betroffenen Kindern geführt.

- **Finanzielle Unterstützung von Familien** Im Februar 2010 berichtete der Regierungsrat im Zusammenhang mit dem Anzug Rita Schiavi, dass er aus finanzpolitischen Gründen im Moment auf die Umsetzung von familienpolitischen Massnahmen im Bereich der Mietzinsbeiträge, der Alimentenhilfe und der Tagesbetreuung verzichte. Er ist jedoch von der Wichtigkeit dieser kantonalen Massnahmen überzeugt und wird die Umsetzung weiterverfolgen, auch weil der Bund mittelfristig keine Familien-Ergänzungsleistungen einführen wird. Trotz des momentanen Verzichts auf spezifische familienpolitische Massnahmen konnte dank der Harmonisierung der Sozialleistungen im Jahr 2010 die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von Mietzinsbeiträgen auf knapp 900 gesteigert werden.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien sicherstellen** 2010 bezogen rund 25 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt Prämienverbilligung (inkl. Prämienbeiträge über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und Sozialhilfe). Wie schon für das Jahr 2010 beschloss der Regierungsrat auch für das kommende Jahr, den Anstieg der Krankenkassenprämien durch eine entsprechende Erhöhung der Prämienverbilligung abzufedern. Über das Internet informiert der Kanton zudem über Sparmöglichkeiten in der Krankenversicherung.

## **2.4 Inhaltliche Akzente und Finanzen der Departemente**



### 2.4.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement unterstützt den Regierungspräsidenten bei der Leitung des Departements, bei der Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums und bei seinen Repräsentationsaufgaben. Dieses Tätigkeitsfeld umfasst die mittel- und langfristige Planung und die Durchführung komplexer Querschnittsprojekte sowie die Kommunikation. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die fristgerechte und qualitativ hochstehende Umsetzung der Schwerpunktprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen externen Anspruchsgruppen.

**Aussenbeziehungen** Die Bildung einer Metropolitankonferenz Basel ist im Berichtsjahr ein gutes Stück weiter gekommen. Basel konnte mit dem gelungenen Auftritt an der Worldexpo in Shanghai nicht nur eine erstmalige Kooperation mit den Städten Genf und Zürich im Ausland als Erfolg verbuchen sondern auch die guten Beziehungen zu Shanghai untermauern.

**Integration** Die Informationsveranstaltung „Willkommen in Basel“ für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, die im Berichtsjahr 9 Mal im Rathaus stattgefunden hat, erfreute sich einer grossen Beliebtheit bei den Zugewanderten. Gleiches gilt für die Willkommensveranstaltungen in den Quartieren. Ebenfalls fanden die 7 Quartiergespräche, an denen je ein Regierungsratsmitglied teilgenommen hat, eine beachtliche Resonanz.

**Kultur** Der Beschluss des Grossen Rates über den Erweiterungsbau des Kunstmuseums Basel und die grosszügige private Unterstützung der Laurenz-Stiftung ermöglichen dem Museum bedürfnisgerechte, attraktive Ausstellungsräume. Der unternehmerische Handlungsspielraum und die Ausstrahlung des Kunstmuseums Basel werden zunehmen. Die zum Teil in Kellern schlummernde, hochkarätige Öffentliche Kunstsammlung kann nun vermehrt gezeigt und Sonderausstellungen können gestärkt werden. Dieser Impuls wird sich sowohl kulturell als auch wirtschaftlich positiv auf die Stadt und Region Basel übertragen.

Der Entwurf des in §8 Kulturförderungsgesetz (SG 494.300) vorgesehenen Kulturleitbildes ist im August des Berichtsjahres vom Regierungsrat verabschiedet worden, so dass folglich das Mitwirkungsverfahren eingeleitet werden konnte. Dieser Mitwirkungsprozess hat eine breite Auseinandersetzung und Diskussion bewirkt, wodurch eine hohe Identifikation mit dem Kulturleitbild erreicht werden kann. Die überarbeitete Version des Kulturleitbildes wird dem Regierungsrat im Sommer 2011 zur Genehmigung und danach dem Grossen Rat zur Kenntnis vorgelegt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	378.6	373.0			
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	371.1	367.1			
Anzahl bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	89	65			
Anzahl Lehrstellen im Präsidialdepartement	Anz	16	11			1

**Kommentar**

1 ohne Berufsmatur Praktika

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	52'892.8	51'660.6	51'309.6	1'232.2	2.4	1
31 Sachaufwand	43'721.2	38'089.5	38'476.3	5'631.7	14.8	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	42.0	5.6	6.5	36.4	649.7	
36 Eigene Beiträge	65'704.0	66'577.8	65'661.6	-873.7	-1.3	
K	0.0	532.3	0.0	-532.3	-100.0	3
<b>Total Aufwand</b>	<b>162'360.1</b>	<b>156'333.5</b>	<b>155'454.0</b>	<b>6'026.5</b>	<b>3.9</b>	
41 Regalien und Konzessionen	-3.1	-10.0	-3.6	6.9	69.2	
42 Vermögenserträge	-337.0	-329.6	-248.6	-7.4	-2.2	
43 Entgelte	-14'611.7	-11'434.1	-12'889.4	-3'177.6	-27.8	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3'608.3	-2'229.7	-2'723.5	-1'378.6	-61.8	
48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen	-1'260.6	-115.0	-92.5	-1'145.6	-996.2	
<b>Total Ertrag</b>	<b>-19'820.7</b>	<b>-14'118.4</b>	<b>-15'957.6</b>	<b>-5'702.3</b>	<b>-40.4</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>142'539.4</b>	<b>142'215.1</b>	<b>139'496.4</b>	<b>324.2</b>	<b>0.2</b>	
davon Aufgabenfelder:						
1.1 Kulturförderung	116'834.5	115'750.6	114'668.9	1'083.9	0.9	
1.2 Kantonsentwicklung	6'928.6	7'106.0	6'263.6	-177.4	-2.5	
1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarkt	4'865.7	5'044.5	4'322.8	-178.8	-3.5	
1.4 Gleichstellung und Chancengleichheit	3'377.3	3'398.6	3'624.7	-21.3	-0.6	
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	10'533.2	10'915.4	10'616.5	-382.2	-3.5	
5 Ausgaben Investitionen	4'631.4	4'600.0	2'611.0	31.4	0.7	
6 Einnahmen Investitionen	-514.7	0.0	-259.1	-514.7	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>4'116.7</b>	<b>4'600.0</b>	<b>2'351.9</b>	<b>-483.3</b>	<b>-10.5</b>	

**Kommentar**

- Die Mehrkosten beim Personalaufwand sind einerseits auf den Einsatz vom temporärem Personal für Sonderausstellungen 320'000 Franken sowie 280'000 Franken aufgrund der ab 2010 eingeführten längeren Öffnungszeiten (Happy Hour von 17:00 bis 18:00 Uhr) entstanden. Hinzu kommen auch Kosten 562'000 Franken für die Anstellungen von projektbezogenen MitarbeiterInnen, welche nicht budgetiert wurden. Für einen grossen Teil dieser Personalkosten kommen Dritte auf und sind entsprechend unter Position 46 kompensiert.
- Die Mehrkosten sind hauptsächlich im Kulturbereich bei den Grabungen angefallen. Gemäss RRB 07/25/67.5 vom 14.8.2007 kann das Budget um die Höhe der Grabungskosten überzogen werden. Für das Rechnungsjahr 2010 belaufen sich die Ausgaben auf 1'450'000 Franken. Es wird darauf geachtet, dass der Gesamtkredit gemäss Investitionsprogramm nach Abschluss 2012 eingehalten wird. Bei den Werkleitungsbauten Münsterhügel stehen den Mehrausgaben von 1'254'000 Franken Mehreinnahmen in derselben Höhe gegenüber (Pos. 43). Im weiteren resultieren die Mehrkosten durch einen erhöhten Aufwand im Zusammenhang mit den Ausstellungen beim Kunstmuseum Basel (KMB) 1'003'000 Franken und beim Antikenmuseum Basel (AMB) 1'591'000 Franken. Diesen Mehrausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber.
- Kreditübertrag Rechnung 2009 auf Rechnung 2010 in der Position 36 Eigene Beiträge, gemäss Grossratsbeschluss Nr. 10/15/13G vom 14. April 2010 (Projekt NRP/ETZ, Interreg IV 2007-2013/15).

## 2.4.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Öffentlicher Raum, Mobilität, Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation, Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

Das Departement hat im Berichtsjahr an seinen strategischen Themen zur Nutzung des öffentlichen Raums, zur Förderung des Stadtwohnens und zur Förderung des Langsamverkehrs gearbeitet. Im Rahmen der Arbeiten zur Revision des Allmendgesetzes, zum regierungsrätlichen Schwerpunkt Wohnen und zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Städteinitiative konnten vor diesem Hintergrund wichtige Impulse und Prioritäten gesetzt werden.

Auch organisatorisch wurden im Berichtsjahr Kräfte gebündelt. Nach der Neuorganisation im Generalsekretariat wurden ausserdem die Bereiche des Hochbau- und Planungsamtes und der Denkmalpflege zusammengeführt. Mit weniger Schnittstellen soll nicht nur mehr Effizienz, sondern auch eine höhere Wirkung durch die direktere Zusammenarbeit dieser Aufgabenbereiche erreicht werden. Mit dem Motto „Zukunft braucht Geschichte - Geschichte hat Zukunft“ soll das neue Amt die städtebaulichen, stadthistorischen und architektonischen Qualitäten Basels weiter entwickeln. Mit einer neuen Namensgebung brachte man diesen Aufbruch zum Ausdruck: Das Hochbauamt, das Planungsamt und die Kantonale Denkmalpflege wurden im Berichtsjahr unter der Bezeichnung „Städtebau & Architektur“ zusammengefasst. Im Berichtsjahr konnte man bei den Arbeiten zur Zonenplanrevision und zur Revision des Denkmalschutzgesetzes bereits mit sehr guten Resultaten zusammenarbeiten.

Auch die positiven Ergebnisse der RV09 konnten mit einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den Ämtern verstärkt werden. So konnte an grossen Projekten wie Herzstück Regio-S-Bahn, Autobahnanschluss Basel-City, Entwicklungsplanung Dreispitz, Testplanung Hafengebiet Klybeck-Kleinhüningen von Beginn weg noch ziel- und wirkungsorientierter zusammengearbeitet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	905.9	906.9			
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	891.9	876.1			1
Parlamentarische Geschäfte	Anz	97	132	186	119	86
Lehrstellen im Departement (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	54	64	55	55	44

**Kommentar**

- 1 Zusätzliche Stellen im Hochbau- und Planungsamt zur Erhöhung der Planungskapazitäten (Budgetpostulat T. Krattiger). Aufgrund der Veränderungen durch RV09 sind die Headcount-Werte vor 2009 nicht darstellbar.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	113'768.8	117'174.5	111'146.8	-3'405.8	-2.9
31 Sachaufwand	59'591.8	60'391.6	71'501.0	-799.8	-1.3
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	21.9	110.5	233.7	-88.6	-80.2
36 Eigene Beiträge	82'356.3	82'694.9	78'172.2	-338.6	-0.4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	347.8	20.0	3'022.0	327.8	...
<b>Total Aufwand</b>	<b>256'086.6</b>	<b>260'391.6</b>	<b>264'075.6</b>	<b>-4'304.9</b>	<b>-1.7</b>
42 Vermögenserträge	-2'057.0	-2'314.5	-2'263.1	257.5	11.1
43 Entgelte	-92'868.5	-89'913.4	-99'989.4	-2'955.1	-3.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9'487.5	-8'793.5	-9'307.5	-694.0	-7.9
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-450.7	0.0	-2'427.7	-450.7	...
<b>Total Ertrag</b>	<b>-104'863.7</b>	<b>-101'021.4</b>	<b>-113'987.7</b>	<b>-3'842.3</b>	<b>-3.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>151'222.9</b>	<b>159'370.2</b>	<b>150'087.9</b>	<b>-8'147.3</b>	<b>-5.1</b>
davon Aufgabenfelder:					
2.1 Raumplanung	3'714.0	3'420.3	2'915.9	293.7	8.6
2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinf.	1'531.5	1'190.5	1'026.7	341.0	28.6
2.3 Öffentlicher Raum	39'312.9	42'186.6	42'003.0	-2'873.7	-6.8
2.4 Mobilität	83'077.4	83'092.6	78'026.5	-15.2	0.0
2.5 Stadtbild und Baukultur	3'984.1	4'010.4	4'098.8	-26.3	-0.7
8.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabh.RK)	236.4	256.8	242.2	-20.3	-7.9
9.4 Bau und Unterhalt	8'764.8	13'964.3	9'252.9	-5'199.5	-37.2
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	10'601.9	11'248.8	12'429.1	-646.9	-5.8
5 Ausgaben Investitionen	97'134.5	90'300.0	100'721.7	6'834.5	7.6
6 Einnahmen Investitionen	-17'225.6	-13'500.0	-30'158.9	-3'725.6	-27.6
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>79'908.9</b>	<b>76'800.0</b>	<b>70'562.8</b>	<b>3'108.9</b>	<b>4.0</b>

**Kommentar**

- 1 Infolge deutlich höher prognostiziertem Investitionsvolumen wurde im Bereich Hochbau das Budget für Personalkosten um 1.6 Mio. Franken erhöht. Da die Suche nach geeigneten Projektleitern und ihre Anstellung länger dauerte, konnten die zusätzlichen Budgetmittel im 2010 noch nicht vollumfänglich eingesetzt werden.

Auch im Bereich Tiefbau resultierten Minderausgaben von 0.6 Mio. Franken, da vakante Stellen aus mangelndem Angebot an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt noch nicht besetzt werden konnten. Weitere Minderausgaben von 0.6 Mio. Franken bei den Personalkosten im Bereich Tiefbau sind auf die Umstrukturierungen innerhalb der Regiebetriebe zurück zu führen, im Speziellen auf die Schliessung der Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt.

Im Grundbuch- und Vermessungsamt ist ein Minderaufwand von 0.3 Mio. Franken zu verzeichnen, ebenfalls aufgrund noch nicht besetzter Stellen.

Minderausgaben von 0.4 Mio. Franken sind auf die Korrektur der Familien- und Unterhaltszulagen zurück zu führen.

- 2 Einlage in die Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefonds im Generalsekretariat in der Höhe von 0.3 Mio. Franken, entsprechend den Einnahmen aus Mehrwertabgaben unter FDK 43. Der Fonds wird in der Rechnung 2010 als Anhang zur Bilanz in der Rubrik „Spezialfinanzierungen“ ausgewiesen. Einnahmen aus Mehrwertabgaben, welche bei Bauten durch Nutzungsänderungen anfallen und erst bei Baubeginn fällig werden, können im Voraus nicht budgetiert werden. Die Fondseinlage erfolgt erst nach effektiven Zahlungseingängen der Abgaben.

- 3 Durch den Wegfall der Verzinsung von Festgeldanlagen durch die Banken resultierte in Minderertrag von 0.2 Mio. Franken im Bereich Stadtgärtnerei.
  - 4 Einnahmen aus Mehrwertabgaben von 0.3 Mio. Franken im Generalsekretariat, entsprechend den Einlagen in den Mehrwertabgabefonds (siehe FDK 38). Mehreinnahmen von 0.8 Mio. Franken resultieren aus der Weiterverrechnung von Aufwänden für die Geschäftsstelle Infrastruktur. Die Geschäftsstelle Infrastruktur wird im Auftrag des Regierungsrates geführt (RRB 07/27/41+41.1 vom 27.08.2007).

Im Tiefbau fielen 2.3 Mio. Franken ausserordentliche Einnahmen aus dem Erlös Landverkauf Pro Volta an. Das erwähnte Geschäft konnte erst erfolgswirksam verbucht werden, nachdem der für die Expropriationen zu verrechnende Anteil an diesem Landbereinigungsgeschäft bekannt war.
  - 5 Beim Tiefbauamt fiel der Ertrag aus der Mineralölsteuer (Benzinzoll) um 0.1 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Weitere Mehreinnahmen von 0.3 Mio. Franken sind auf die Bundesbeiträge an die Kosten des betrieblichen Strassenunterhaltes und des Wasserbaus zurück zu führen.

Die Zahlungen des Kantons Baselland aus der Abgeltungsrechnung Öffentlicher Verkehr fielen um 0.2 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Zudem leistete die Tivona AG ihren Beitrag an die Anschubsfinanzierung der Buslinie 36 (Einkaufszentrum Stückli) in der Höhe von 0.2 Mio. Franken.
  - 6 Entnahme aus Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefonds im Generalsekretariat von 0.4 Mio. Franken zur Deckung der Kleininvestitionen, die infolge Harmonisierung der Steuerungsgrössen im ordentlichen Unterhalt unter FDK 31 verbucht werden.
-

### 2.4.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement umfasst die Dienststellen Zentrale Dienste, Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufs- und Erwachsenenbildung, Hochschulen sowie Jugend, Familie und Sport. Im Vordergrund standen im Berichtsjahr folgende Themen:

**Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschule** In Entsprechung zu den Zielen der Bildungsartikel in der Bundesverfassung hat der Grosse Rat 2010 den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschlossen und das Schulgesetz entsprechend angepasst. Die Reformentscheide fielen sehr deutlich aus und geniessen auch in Schulen und Gesellschaft eine hohe Akzeptanz. Deswegen ist auch von keiner Gruppierung das Referendum ergriffen worden. Die Schulen von Basel-Stadt erhalten damit Anschluss an die Schulen der übrigen Schweiz, werden in Kooperation mit den Partnerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz entwickelt und sind dank analogen Beschlüssen des Landrats und der Stimmberechtigten Basel-Landschaft eng mit den Schulen im Baselbiet abgestimmt. In den beiden Basel wird in den nächsten Jahren das gleiche Schulsystem eingerichtet mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen. Nach Abschluss der elf obligatorischen Schuljahre erhalten die Jugendlichen einen Volksschulabschluss und treten im gleichen Zeitpunkt in die Angebote der Sekundarstufe II über - in die Berufsbildung, in die Fachmaturitätsschule und ins vierjährige Gymnasium. Mit der Reform wird insbesondere der Berufsbildungsweg aufgewertet, der durch die aktuelle Schullaufbahn benachteiligt wird. Die Angleichung der Strukturen ist Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Kantone. Diese erleichtert die laufende Anpassung der Bildungssysteme an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

**Weiterer Ausbau des Tagesstrukturangebots in den Schulen** Auf Beginn des Schuljahrs 2010/2011 ist das vielfältige Angebot an schulischen Tagesstrukturen um 222 auf rund 1'500 Plätze ergänzt worden. Von diesen werden noch nicht alle besetzt. Zurzeit nehmen insgesamt rund 22 Prozent der Kinder im Schulalter eine familienergänzende Betreuung in Tagesstrukturen, Tagesheimen und Tagesfamilien in Anspruch. Die Betreuungsangebote der Tagesstrukturen werden nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet. Tagesstrukturen fördern die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit, erweitern das Förderangebot für Kinder und Jugendliche und helfen, Erziehungs- und Bildungsdefizite zu kompensieren. Die Eltern entscheiden, in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen wollen. Der weitere Ausbau der Tagesstrukturen orientiert sich am Bedarf der Familien und an den zur Verfügung stehenden Mitteln.

**Lehr- und Forschungsschwerpunkt „Life Science“** Im Berichtsjahr ist die Projektierung des Life Science-Gebäudes auf dem Schällemätteli zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft termingerecht weitergeführt worden. Auf der Grundlage eines sehr gehaltvollen Wettbewerbs wurde dem Architekturbüro Ilg Santer aus Zürich der Auftrag für ein 70 Meter hohes Laborgebäude zugeschlagen. Der Entwurf berücksichtigt optimal die Bedürfnisse der Universität und hat die Jury auch vom städtebaulichen Standpunkt her überzeugt. Das Laborgebäude bildet den Ausgangspunkt für die Gesamtgestaltung des Life Science-Campus Schällemätteli, auf dem auch der Neubau für das Departement für Biosysteme (D-BSSE) der ETHZ seinen Platz findet. Auch diesbezüglich konnten im Berichtsjahr die Projektierungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit der ETHZ beschlossen werden. Ebenfalls im Berichtsjahr wurde der Masterplan für das Gesamtareal in Angriff genommen. Denn nach dem Scheitern des Hochschulcampus Volta wird unter Einbezug des Gevierts Pestalozzistrasse / St. Johannis-Ring das Potenzial des Schällemätteliareals erhöht, damit ein Zusammenschluss der Kerndisziplinen der Life Sciences auf diesem Standort möglich wird.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	2'952.9	2'910.7				1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	2'934.9	2'870.1				
Anzahl bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	95	63	54	61	69	
Anzahl Lehrstellen im Erziehungsdepartement	Anz	55	56	63	68	58	2

### Kommentar

1 Aufgrund der Veränderungen durch RV09 sind die Plafonds- und Headcount-Werte vor 2009 nicht darstellbar.

2 Im Rahmen von RV09 wurden netto 14 Ausbildungsplätze an das PD und WSU transferiert.

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	463'535.0	468'340.3	460'419.7	-4'805.3	-1.0	1
31 Sachaufwand	142'497.9	144'602.5	146'599.7	-2'104.6	-1.5	2
32 Passivzinsen	1.3	4.0	1.4	-2.7	-67.4	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	379.7	4.0	6.9	375.7	...	3
36 Eigene Beiträge	390'984.5	388'449.0	370'006.5	2'535.5	0.7	4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'885.9	0.0	1'734.4	1'885.9	...	5
<b>Total Aufwand</b>	<b>999'284.3</b>	<b>1'001'399.8</b>	<b>978'768.7</b>	<b>-2'115.5</b>	<b>-0.2</b>	
42 Vermögenserträge	-131.8	-148.3	-127.5	16.6	11.2	
43 Entgelte	-49'579.9	-44'039.3	-52'430.0	-5'540.5	-12.6	6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-100'085.9	-91'344.1	-95'107.4	-8'741.9	-9.6	7
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-182.2	0.0	0.0	-182.2	...	
<b>Total Ertrag</b>	<b>-149'979.8</b>	<b>-135'531.7</b>	<b>-147'665.0</b>	<b>-14'448.0</b>	<b>-10.7</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>849'304.5</b>	<b>865'868.1</b>	<b>831'103.7</b>	<b>-16'563.5</b>	<b>-1.9</b>	
davon Aufgabenfelder:						
3.1 Volksschulbildung	319'978.0	329'968.8	319'378.7	-9'990.8	-3.0	
3.2 Weiterführende Schulbildung und Beru	179'464.4	179'164.3	177'809.1	300.1	0.2	
3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterb	226'324.1	229'165.8	217'872.3	-2'841.6	-1.2	
3.4 Sport	17'179.7	15'714.7	18'075.4	1'465.0	9.3	
3.5 Kinder, Jugendliche und Familien	92'913.1	97'694.8	86'184.2	-4'781.6	-4.9	
9.5 Zentrale Materialdienste	353.3	646.2	273.3	-292.8	-45.3	
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	13'091.8	13'513.5	11'510.6	-421.7	-3.1	
5 Ausgaben Investitionen	4'733.8	4'040.0	6'678.2	693.8	17.2	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>4'733.8</b>	<b>4'040.0</b>	<b>6'678.2</b>	<b>693.8</b>	<b>17.2</b>	

### Kommentar

1 Unter Berücksichtigung der zentral beim Finanzdepartement budgetierten Minderkosten für die Familien- und Unterhaltskosten von -1.60 Mio. Franken wird das Personalbudget effektiv um Fr. 3.2 Mio. unterschritten. Die günstige Abweichung geht hauptsächlich auf zahlreiche Personalvakanz, insgesamt etwas tiefere Schülerzahlen, die nicht volle Ausschöpfung der Lektionendächer in den Berufsfachschulen und die Unterschreitung zahlreicher Projektbudgets im Bereich Bildung zurück.

2 1.3 Mio. Franken der Minderausgaben entfallen auf den geringeren Dienstleistungsbezug insbesondere aufgrund nicht beanspruchter Budgetmittel im Projektbereich. Weiter liegen die Kosten für das Büro-, Schulmaterial und die Drucksachen mit 0.9 Mio. Franken sowie für den Unterhalt mit 0.7 Mio. Franken unter Budget. Mehrkosten sind hingegen bei den Verbrauchsmaterialien aufgrund des vermehrten Warenhandels der Materialzentrale (vgl. Kostenart 43) von 0.8 Mio. Franken zu verzeichnen.

3 0.29 Mio. Franken der Mehrkosten betreffen die Abschreibung einer uneinbringlichen Debitorenforderung bei der St. Jakobshalle. Die restliche Differenz geht vor allem auf die pauschale Wertberichtigung des Debitorenbestandes entsprechend den Abschlussweisungen zurück.

4 Die Mehrkosten sind mehrheitlich bei der Dienststelle ED-265 im Zusammenhang mit der Neuregelung der Beitragszahlungen an die überbetrieblichen Kurse in der beruflichen Grundbildung entstanden. Mit der Umstellung der Auszahlung vom Vergangenheits- zum Gegenwartsprinzip ist einmalig ein doppelter Aufwand von 2.73 Mio. Franken entstanden.

- 5 Am 20.10.09 hat der RR gestützt auf die positive Beurteilung durch die Finanzkommission der Bildung und Auflösung von Rücklagen in den kantonalen Schulheimen zugestimmt. Die Grundlage dafür basiert auf der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE). Neu sind Überschüsse aus der Rechnung in Rücklagen einzulegen. Durch dieses Vorgehen werden die beteiligten Kantone gleich behandelt und es entsteht dem Standortkanton kein Vorteil. Diesen Ausgaben stehen Mehreinnahmen aus erhöhter Auslastung der Heime gegenüber (siehe Mehreinnahmen Kostenart 46).
  - 6 2.1 Mio. Franken entfallen auf einmalige periodenfremde Mehrerträge u.a. bezüglich der Rückführung überschüssiger Rücklagen beim Frauenverein. Weiter liegen die Einnahmen beim Verkaufsertrag um 1.7 Mio. Franken, bei der Verrechnung von Dienstleistungen um 1.6 Mio. Franken und bei den Rückerstattungen sowie sonstigen Positionen um 0.7 Mio. Franken über Budget. Lediglich bei den Gebühren für die Sportanlagen wurde das Budgetziel um 0.6 Mio. Franken nicht erreicht.
  - 7 Die Mehreinnahmen gehen hauptsächlich auf höhere Bundessubventionen (2.7 Mio. Franken), Kantons- (4.8 Mio. Franken) und Gemeindebeiträge (1.1 Mio. Franken) zurück.
-



## 2.4.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das eigentliche Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung, die Finanzverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

**Gewinnsteuersenkungen für Firmen** Der Kanton Basel-Stadt ist für Firmen ein attraktiver Standort. Im interkantonalen Vergleich sind die Gewinnsteuer aber relativ hoch. Für den Erhalt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit hat der Regierungsrat deshalb dem Grossen Rat im März 2010 beantragt, den maximalen Gewinnsteuersatz schrittweise von 22 auf 20 Prozent zu senken. Der Grosse Rat ist diesem Vorschlag gefolgt. Der maximale Gewinnsteuersatz sinkt somit per Steuerjahr 2011 auf 21 Prozent. Zwei weitere Teilschritte auf 20 Prozent folgen, sofern sich die Wirtschaft nicht in einer Rezession befindet und ein genügender Abstand zur Nettoschuldenquote der Schuldenbremse besteht. Zudem hat der Regierungsrat in einer Absichtserklärung mit den Präsidenten der Wirtschaftsverbände vereinbart, dass der maximale Gewinnsteuersatz mittelfristig auf 18 Prozent gesenkt werden soll.

**Partnerschaftsverhandlungen BL/BS** Die Federführung für die seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS liegt bei den beiden Finanzdepartementen. Im Jahre 2010 wurde vor allem an den Teilprojekten in den Bereichen Bildung und Gesundheit gearbeitet. Zudem wurde der Lenkungsausschuss neu aufgestellt, so dass in Zukunft auch die gemeinsamen Investitionsprojekte koordiniert behandelt werden können.

**Stadtwohnen** Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei wurden sowohl staatliche Projekte weitergeführt wie auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Für das Areal des alten Kinderspitals wurde der Rückbau vorbereitet, so dass nach Auszug des UKBB umgehend mit den Rückbauarbeiten begonnen werden kann. In Riehen wurde für das Areal Niederholz ein Studienauftrag zur Bebauung des Areals mit Genossenschaftswohnungen und für einen Neubau für das Alters- und Pflegeheim Humanitas durchgeführt. Ebenfalls in Riehen konnte das Areal an der Rauracherstrasse 131/133 vom Kanton erworben und an eine Wohngenossenschaft im Baurecht abgegeben werden. Im vergangenen Jahr wurde durch den Abschluss des Mustervertrags des Partnerschaftlichen Baurechtsvertrags Plus die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Trägern des genossenschaftlichen Wohnungsbaus weitergeführt.

**Sanierung der Pensionskasse** Der Grosse Rat hat im März 2010 der Sanierung der Pensionskasse nach dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Konzept zugestimmt. Als Mindestbetrag für die Einmaleinlage wurde vom Grossen Rat die Deckungslücke per Ende September 2009 in der Höhe von 795 Mio. Franken festgelegt. Der Regierungsrat hat die Wirksamkeit der Gesetzesänderungen zur Sanierung auf Ende 2010 festgelegt. Da die Deckungslücke zu diesem Zeitpunkt leicht kleiner war, als im September 2009, startet die PKBS mit einem Deckungsgrad von leicht über 100% ins 2011. Die paritätischen Sanierungsbeträge auf Seite der Destinatäre werden damit ab 2011 wirksam. Die Rentnerinnen und Rentner leisten ihren Sanierungsbeitrag mit dem Verzicht auf den Teuerungsausgleich, die Aktiven mit einem um 1.6 Prozentpunkte erhöhten Pensionskassenbeitrag. Der Kanton hat seinen Sanierungsteil per Ende Jahr aus der dafür gebildeten Rückstellung beglichen, der nicht benötigte Teil der Rückstellung von gut 160 Mio. Franken konnte erfolgswirksam aufgelöst werden.

**Wirksamkeitsbericht NFA** Die vom Bundesrat auf der Basis des Wirksamkeitsberichts NFA vorgelegte Botschaft zur Neudotierung der Ausgleichsgefässe zum Finanzausgleich ab 2012 berücksichtigt die Forderungen des Kantons Basel-Stadt nur teilweise. So wurde vom Bundesrat insbesondere am soziodemografischen Lastenausgleich, der aus Sicht von Basel-Stadt zu tief dotiert ist, keine Korrektur vorgenommen. Hingegen wurde die zu starke Gewichtung der Grenzgängereinkommen etwas reduziert. Die Botschaft des Bundesrates wird im Frühling und Sommer 2011 im National- und Ständerat behandelt.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	482.5	472.2	471.0	454.0	464.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	468.0	467.6	438.3	449.0	449.0
Anzahl bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	36	27	24	17	29
Anzahl Lehrstellen im Finanzdepartement	Anz	14	13	13	12	10

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	68'144.6	68'653.3	66'772.6	-508.7	-0.7
31 Sachaufwand	26'196.9	28'443.0	27'102.9	-2'246.1	-7.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	13.8	0.0	...
<b>Total Aufwand</b>	<b>94'341.5</b>	<b>97'096.3</b>	<b>93'889.4</b>	<b>-2'754.8</b>	<b>-2.8</b>
42 Vermögenserträge	-24.9	-22.0	-24.9	-2.9	-13.0
43 Entgelte	-37'882.8	-34'743.3	-35'020.3	-3'139.5	-9.0
<b>Total Ertrag</b>	<b>-37'907.7</b>	<b>-34'765.3</b>	<b>-35'045.2</b>	<b>-3'142.3</b>	<b>-9.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>56'433.8</b>	<b>62'330.9</b>	<b>58'844.2</b>	<b>-5'897.1</b>	<b>-9.5</b>
davon Aufgabenfelder:					
4.1 Steuererhebung	30'395.6	31'213.5	30'810.2	-817.9	-2.6
8.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabh.RK)	334.6	185.0	211.8	149.6	80.8
9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste	4'692.1	6'044.2	5'172.6	-1'352.1	-22.4
9.2 Zentrale Personaldienste	5'622.6	8'029.5	7'033.8	-2'406.9	-30.0
9.3 Zentrale Informatik- und Telefond.	12'606.4	13'463.3	12'848.1	-856.9	-6.4
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	2'733.4	3'395.5	2'751.7	-662.1	-19.5
5 Ausgaben Investitionen	5'920.1	41'900.0	6'023.4	-35'979.9	-85.9
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-1'000.0	0.0	1'000.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>5'920.1</b>	<b>40'900.0</b>	<b>6'023.4</b>	<b>-34'979.9</b>	<b>-85.5</b>

**Umsetzung Rechenzentrumsstrategie** Im Februar 2010 überwies der Regierungsrat dem Grossen Rat einen optimierten Ratschlag für das Bauprojekt des neuen Informatikzentrums am Steinen-graben 51. Im Laufe des Jahres konnte aber mit der IWB eine Einigung über eine Mietlösung im Telehouses erzielt werden. Der Regierungsrat entschied sich deshalb, kein eigenes Rechenzentrum zu bauen, sondern sich am Erststandort bei der IWB an der Margarethenstrasse 40 einzumieten und den Zweitstandort bei der EBM in Münchenstein zu betreiben. Damit können sich die Zentralen Informatikdienste (ZID) auf ihre Kernkompetenz der Verwaltungsinformatik fokussieren und der Betrieb der Rechenzentrumsinfrastruktur erfolgt durch die kantonseigene Spezialistin IWB. Zur Erhöhung der Datenverfügbarkeit im Katastrophenfall werden seit September alle durch die ZID gesicherten Daten an einen dritten Standort im Mittelland auf Band ausgelagert. Die Optimierung der aktuellen manuellen Lösung findet im Rahmen des Bezuges des neuen Datenfernlagers Ende 2011 statt.

## 2.4.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Gesundheitsschutz (Laboratorium, Rechtsmedizin, öffentliche Zahnkliniken, Veterinäramt sowie Betrieb des Schlachthofes), Gesundheitsdienste (Kantonsärztlicher Dienst, Heilmittelwesen, Sucht, Gesundheitsförderung und Prävention), Gesundheitsversorgung (ambulante und stationäre Versorgung in Spitälern, Langzeitpflege in Pflegeheimen und durch Spitexorganisationen).

**Bereich Gesundheitsdienste** Im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention wurden 2010 verschiedenste Kampagnen lanciert (z.B. Förderung der Ernährung und Bewegung, Suchtprävention, Sexualerziehung, Frühförderung und psychische Gesundheit). Der Prävention von ansteckenden Krankheiten wird besondere Beachtung geschenkt (Grippepandemie, Syphilis u.a.). Die Konzept- und Standortüberprüfung der Kontakt- und Anlaufstellen konnte 2010 konkretisiert werden. Im Berichtsjahr konnte mit dem Projekt „Café Balance“ in drei Quartiertreffpunkten erfolgreich ein Projekt zur quartiersnahen Umsetzung von Gesundheitsförderung für Seniorinnen und Senioren gestartet werden. Erneut durchgeführt wurde die Muba-Sonderschau „älter werden macht Spass“.

**Bereich Gesundheitsschutz** Das Lebensmittelinspektorat hat 2010 1'200 Betriebe zum Teil risikobasiert inspiziert. Davon mussten 15% als mangelhaft oder schlecht taxiert und nachkontrolliert werden. Die Bio- und Chemiesicherheit in Basel ist nach wie vor sehr gut. Grosse Anstrengungen wurden im Bereich der Tiergesundheit unternommen (u.a. Blauzungenkrankheit, Staupe). Weiter wurde die Aus- und Weiterbildung der Tierhalterinnen und -halter begleitet und überprüft. Das Institut für Rechtsmedizin konnte 2010 als erste Schweizer Institution alle seine Abteilungen erfolgreich akkreditieren. Der Kanton zieht sich per 2011 aus der operativen Führung des Schlachthofes zurück. Die Bell AG hat das Schlachthofareal im Baurecht übernommen.

**Umsetzung neue Spitalfinanzierung (Generalsekretariat und Bereich Gesundheitsversorgung)** Die Vorarbeiten für die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung, welche per 2012 in Kraft tritt, stand im Berichtsjahr im Zentrum. Als Grundlage für die künftige Spitalplanung wurde ein gemeinsamer Versorgungsbericht der Nordwestschweizer Kantone erstellt, gemeinsame Planungskriterien für die Gestaltung der kantonalen Spitalisten erarbeitet und das Konzept für einen Gesundheitsversorgungsbericht entwickelt. Daneben wurden die finanziellen Auswirkungen der Einführung der neuen Spitalfinanzierung für den Kanton Basel-Stadt analysiert und Vorarbeiten für die Festlegung des Kantonsanteils in 2011 durchgeführt. Zur Vorbereitung der Einführung der Swiss DRG rechnet der Kanton für die Jahre 2010 und 2011 mit den akutsomatischen Privatspitälern die Subventionen bereits nach dem Fallkostenpauschalen-System APDRG ab.

**Bereich Gesundheitsversorgung (Teil 2)** Die notwendigen rechtlichen Anpassungen zur Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung konnten fristgerecht durchgeführt werden. Auch 2010 wurden weitere Bauprojekte für Pflegeplatzangebote vorangetrieben. Positiv entwickeln sich das Projekt Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen mit dem süddeutschen Raum und der Modellversuch „Regio B@sel“ im Rahmen der bundesrätlichen eHealth-Strategie.

**Spitäler** Im Berichtsjahr wurde ein Ratschlag zur Verselbständigung der öffentlichen Spitäler des Kantons an den Grossen Rat überwiesen. Die drei staatlichen Spitäler bereiten sich gleichzeitig intensiv auf die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung vor.

2010 wurde der Neubau des UKBB vollendet. Der ordentliche Betrieb am neuen Standort an der Spitalstrasse läuft seit dem 29. Januar 2011. Das Universitätsspital konnte seine Position als Zentrumsspital durch weitere Kooperationen stärken und gleichzeitig die dringende Sanierung des Operationstraktes OP-Ost in die Wege leiten. Das Felix Platter-Spital konnte 2010 die Instandhaltungsarbeiten am Hauptgebäude erfolgreich parallel zum ordentlichen Betrieb durchführen. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken schlossen interne Reorganisationen in Forschung und Administration erfolgreich ab und erweiterten die erfolgreiche Privatabteilung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	5'135.1	5'027.8	4'925.0	4'953.0	5'014.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	5'022.1	4'969.6	4'930.9	4'909.0	4'949.0
Anzahl Lehrstellen im Gesundheitsdepartement	Anz	183	163	136	126	110
Anzahl bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	32	29	28	25	48

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	701'968.6	693'076.4	684'487.9	8'892.1	1.3 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	341'675.2	334'564.7	333'111.4	7'110.5	2.1 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	808.0	825.7	859.3	-17.7	-2.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	22'489.6	2'170.3	2'538.1	20'319.3	936.2 <sup>3</sup>
36 Eigene Beiträge	202'440.3	197'852.5	194'777.9	4'587.8	2.3 <sup>4</sup>
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	60.0	0.0	0.0	60.0	...
<b>Total Aufwand</b>	<b>1'269'441.7</b>	<b>1'228'489.7</b>	<b>1'215'774.7</b>	<b>40'952.0</b>	<b>3.3</b>
40 Steuern	-670.1	-630.0	-648.1	-40.1	-6.4
42 Vermögenserträge	-2'468.0	-2'163.0	-2'024.9	-305.0	-14.1
43 Entgelte	-687'277.3	-662'981.4	-662'451.3	-24'296.0	-3.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-65'739.8	-70'218.7	-67'822.6	4'479.0	6.4 <sup>5</sup>
<b>Total Ertrag</b>	<b>-756'155.2</b>	<b>-735'993.1</b>	<b>-732'946.8</b>	<b>-20'162.1</b>	<b>-2.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>513'286.5</b>	<b>492'496.5</b>	<b>482'827.9</b>	<b>20'789.9</b>	<b>4.2</b>
davon Aufgabenfelder:					
8.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabh.RK)	339.4	518.9	431.9	-179.5	-34.6
5.1 Gesundheitsschutz	15'106.5	10'600.0	10'074.8	4'506.5	42.5
5.2 Gesundheitsdienste	18'213.4	20'473.0	19'047.6	-2'259.6	-11.0
5.3 Gesundheitsversorgung	395'824.2	397'287.9	388'464.7	-1'463.6	-0.4
5.4 Klinische Lehre und Forschung	62'271.8	55'757.1	58'387.3	6'514.7	11.7
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	5'689.7	7'212.1	5'582.7	-1'522.4	-21.1
5 Ausgaben Investitionen	31'408.5	37'000.0	32'456.6	-5'591.5	-15.1
6 Einnahmen Investitionen	-774.8	0.0	-19'549.8	-774.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>30'633.7</b>	<b>37'000.0</b>	<b>12'906.8</b>	<b>-6'366.3</b>	<b>-17.2</b>

### Kommentar

- Die Überschreitung des Personalkostenbudgets um 8.9 Mio. Franken setzt sich aus folgenden Teilabweichungen zusammen: Das Universitätsspital überschritt das Budget aus diversen Gründen (s. Begründungen bei der Dienststelle Universitätsspital) um 11.7 Mio. Franken, unterschritten wurden die Personalkosten bei den Öffentlichen Zahnkliniken (-1 Mio. Franken) aufgrund nicht besetzbarer Vakanzen sowie bei den Universitären Psychiatrischen Kliniken (-1.4 Mio. Franken), bei welchen noch nicht alle Stellen der Forensik besetzt werden konnten. Aufgrund vakanter Stellen wurde bei den restlichen Dienststellen das Personalkostenbudget gesamthaft um weitere 0.4 Mio. Franken unterschritten.
- In den Spitälern sind Mehraufwendungen im Bereich des medizinischen Bedarfes aufgrund der hohen Auslastung in der Höhe von rund 3 Mio. Franken entstanden. Ebenso mussten sowohl im Universitätsspital wie auch beim Felix Platter-Spital und den Universitären Psychiatrischen Kliniken mehr Ausgaben für den Gebäudeunterhalt aufgewendet werden als budgetiert (rund 3.7 Mio. Franken). Die Mehrausgaben konnten mit Mehreinnahmen in der Kontengruppe 43 kompensiert werden.
- Die Differenz ist ausschliesslich auf die Abtretung des Schlachthofareals an die Bell AG zurückzuführen. Die in der Staatsbilanz verbleibenden Restbuchwerte der Gebäude, welche sich im Finanzvermögen befanden, mussten abgeschrieben werden.
- Die Überschreitung ist auf den Mehrbedarf in der Spitalversorgung zurückzuführen: Beim Einzelposten „Sockelbeitrag Zusatzversicherte“ sind aufgrund von Tarifierhöhungen Mehrkosten in der Höhe 3.7 Mio. Franken entstanden. Die Privat-spitalsubventionen mussten um 2 Mio. Franken erhöht werden, wegen der Patientenverlagerung durch die Schliessung des Gemeindespitals in Riehen. Da diverse Beiträge tiefer ausfielen als budgetiert, konnte ein Teil der Überschreitungen kompensiert werden.

- 5 Einerseits fielen die Beiträge der Universität an die klinische Lehre und Forschung tiefer aus als budgetiert (um rund 1.8 Mio. Franken), andererseits führte eine Änderung der Verbuchungspraxis bei den Universitären Psychiatrischen Kliniken dazu, dass budgetierte Einnahmen in der Höhe von 4.6 Mio. Franken in der Kontengruppe 46 in der Kontengruppe 43 verbucht werden mussten.
-

### 2.4.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) setzt sich zusammen aus den drei operativen Bereichen Kantonspolizei, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration sowie den drei Stabsbereichen Generalsekretariat, Recht und Services. Dem Departement administrativ angegliedert ist die Staatsanwaltschaft. Das JSD ist verantwortlich für die fünf Aufgabenfelder Sicherheit und Ordnung, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration, Straf- und Massnahmenvollzug sowie Strafverfolgung, aber auch für das Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation.

Im Berichtsjahr konnte das JSD den ehemaligen „Sympany“-Flügel des Spiegelhofes beziehen. Es schloss damit alle Umzüge ab, die auf die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 (RV09) zurückgehen. Die geplante räumliche Konzentration des JSD im Spiegelhof ist realisiert. Im Berichtsjahr standen zudem die folgenden Themen im Vordergrund (um die Zahl der Wiederholungen möglichst klein zu halten, finden sich die Berichterstattungen zu den hier nicht ausgeführten Themen aus dem Budget 2010 in den Berichten zu den JSD-Dienststellen):

**Vereinbarung mit dem FC Basel** Der Kanton Basel-Stadt und der FC Basel 1893 haben am 29. Juni 2010 eine Vereinbarung über die Sicherheit rund um Fussballspiele abgeschlossen. Der Kanton Basel-Landschaft, der ebenfalls einen Beitrag leistet, hat die Vereinbarung mitunterzeichnet. Sie umschreibt die gemeinsamen Anstrengungen, um die Gewalt im und um das Stadion St. Jakob-Park einzudämmen. Sie regelt zudem die Beteiligung des FC Basel an den Sicherheitskosten der öffentlichen Hand. Die Vereinbarung ist auf der Internetseite des JSD ([www.jsd.bs.ch](http://www.jsd.bs.ch)) unter „Dokumente“ einsehbar.

**Umsetzung der Justizreform des Bundes** Das Departement, namentlich dessen Stabsbereich Recht, beschäftigte sich im Berichtsjahr massgeblich mit der Justizreform des Bundes und der Umsetzung der Schweizerischen Prozessordnungen in das kantonale Recht. Dazu erarbeitete es die Entwürfe zu den folgenden Vorlagen, die es dann in den politischen Gremien zu vertreten hatte: Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO), Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (EG JStPO) sowie Gesetz über den Vollzug von jugendstrafrechtlichen Sanktionen (Jugendstrafvollzugsgesetz, JStVG) und das Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO). Der Regierungsrat genehmigte im Berichtsjahr die gestützt auf diese Gesetze erarbeiteten Ausführungserlasse. StPO, JStPO und ZPO traten am 1. Januar 2011 in Kraft. Neben dem Stabsbereich Recht hatten die Kantonspolizei Basel-Stadt und die dem JSD administrativ angegliederte Staatsanwaltschaft grosse Vorbereitungsarbeiten zu leisten. Zu erwähnen ist nicht zuletzt die personalrechtliche Ausgliederung der bisher detachierten Korpsangehörigen der Kantonspolizei zur Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft.

**Informations- und Datenschutzgesetz** Im Berichtsjahr erarbeitete das Departement und dessen Stabsbereich Recht die Verordnung zum Informations- und Datenschutzgesetz (IDG). Das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen sollen frühestens auf den 1. Juli und spätestens auf den 1. September 2011 vom Regierungsrat wirksam erklärt werden. Der Basler Grosse Rat hatte das IDG, das für die Behörden den Wechsel vom traditionellen Geheimhaltungsgrundsatz zum Öffentlichkeitsprinzip bringt, im Juni 2010 gutgeheissen.

**Kantonale Staatsschutzverordnung** Am 21. September 2010 hat der Regierungsrat eine kantonale Staatsschutzverordnung verabschiedet und am 1. Oktober 2010 in Kraft gesetzt. Die rechtliche Grundlage dazu hatte der Bundesrat am 18. August 2010 geschaffen, indem er eine Teilrevision der Verordnung über den Nachrichtendienst des Bundes verabschiedet. Bereits im Jahr 2009 hatte die Basler Regierung auf den Bund Druck ausgeübt. Sie hiess eine kantonale Staatsschutzverordnung gut, die sie aber aufgrund der fehlenden Rückmeldung des Bundes über die Konformität mit dem eidgenössischen Recht nicht in Kraft gesetzt hatte. Mit seiner den Bundesvorgaben angepassten Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. September 2010 ist Basel-Stadt der erste Kanton, der von der Möglichkeit einer verbesserten Kontrolle der Staatsschutzaktivitäten durch die Kantone Gebrauch macht und diese umsetzt. Als ersten Schritt zur Umsetzung wählte die Regierung am 12. Oktober 2010 die drei Mitglieder des kantonalen Staatsschutz-Kontrollorgans. Ständerätin Anita Fetz und die beiden Basler Rechtsprofessoren

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	1'598.8	1'579.4			<sup>1</sup>
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'522.0	1'495.0			
Anzahl parlamentarische Geschäfte	Anz	119	108	91	94	80
Anzahl Lehrstellen im Departement	Anz	25	24	21	21	15

**Kommentar**

1 Aufgrund der Veränderungen durch die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 09 (RV09) sind die Plafonds- und Headcount-Werte vor 2009 nicht darstellbar. Im Plafonds 2010 sind 19.5 Stellen enthalten, die mit Blick auf die Parkraumbewirtschaftung vorgesehen waren.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	214'244.7	218'098.6	210'712.4	-3'853.9	-1.8
31 Sachaufwand	81'124.3	79'777.6	75'515.2	1'346.7	1.7 <sup>1</sup>
K	0.0	145.0	0.0	-145.0	-100.0 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	1.1	0.0	0.0	1.1	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'097.9	1'256.7	1'107.5	-158.8	-12.6
36 Eigene Beiträge	2'455.3	2'421.9	2'163.7	33.4	1.4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	135.9	1'396.0	151.4	-1'260.1	-90.3
<b>Total Aufwand</b>	<b>299'059.2</b>	<b>302'950.8</b>	<b>289'650.3</b>	<b>-3'891.6</b>	<b>-1.3</b>
40 Steuern	-30'830.0	-31'000.0	-30'803.7	170.0	0.5
42 Vermögenserträge	-45.4	-54.5	-154.8	9.1	16.7
43 Entgelte	-87'387.9	-90'656.7	-85'003.2	3'268.8	3.6 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3'603.8	-3'294.3	-3'377.7	-309.5	-9.4
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-97.0	0.0	-43.9	-97.0	...
<b>Total Ertrag</b>	<b>-121'964.1</b>	<b>-125'005.6</b>	<b>-119'383.3</b>	<b>3'041.4</b>	<b>2.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>177'095.1</b>	<b>177'945.3</b>	<b>170'267.0</b>	<b>-850.2</b>	<b>-0.5</b>
davon Aufgabenfelder:					
6.1 Sicherheit und Ordnung	73'897.6	72'275.7	72'917.6	1'621.9	2.2
6.2 Rettung	20'279.7	20'450.5	18'640.0	-170.7	-0.8
6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und I	17'120.8	20'646.1	17'629.6	-3'525.3	-17.1
6.4 Straf- und Massnahmenvollzug	27'656.7	26'959.5	24'768.9	697.2	2.6
6.5 Strafverfolgung	20'501.7	20'444.3	19'846.3	57.4	0.3
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	17'635.5	17'169.3	16'464.7	466.2	2.7
5 Ausgaben Investitionen	3'990.8	0.0	2'014.8	3'990.8	...
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-1'657.0	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>3'990.8</b>	<b>0.0</b>	<b>357.8</b>	<b>3'990.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Die Abweichung von 1.3 Mio. Franken ist hauptsächlich auf Mehraufwendungen im Strafvollzug (1.0 Mio. Franken), externe Analysen bei Strafverfahren der Staatsanwaltschaft (0.7 Mio. Franken) und IT-Beschaffungen im Bereich Services (0.4 Mio. Franken) zurückzuführen. Für die Parkraumbewirtschaftung (-0.8 Mio. Franken) wurden keine Mittel ausgegeben.

2 Kreditübertragung: siehe dazu Anmerkung bei der Kantonspolizei

3 Die Abweichung von 3.3 Mio. Franken begründet sich grösstenteils mit Mindereinnahmen bei den Bussen (5.3 Mio. Franken) und Parkgebühren (2.6 Mio. Franken Parkraumbewirtschaftung) bei der Kantonspolizei sowie folgenden Mehreinnahmen: Kostgeld bei den Gefängnissen infolge starker Auslastung (-1.4 Mio. Franken), höhere Anzahl Ausländerausweise und Bewilligungen beim Kundenzentrum der Bevölkerungsdienste und Migration (-1.1 Mio. Franken), Mehreinnahmen im Bereich Rettung (mehrheitlich Tarifierpassungen Sanität) von -1.0 Mio. Franken und höhere Anzahl kostenpflichtiger Änderungen beim Handelsregisteramt (-0.3 Mio. Franken) und Verschiedenem (-0.8 Mio. Franken).

Heinrich Koller und Markus Schefer unterstützen den Vorsteher des JSD bei der Wahrnehmung der Dienstaufsicht.

**Querschnittsdienstleistungen** Im Bereich Services des JSD erwiesen sich die Entwicklung der Querschnittsdienstleistungen als erfreulich. Es konnten weitere Optimierungen für eine bestmögliche betriebswirtschaftliche Führung des Departementes umgesetzt werden – so etwa die Zusammenlegung des Personaldienstes JSD und des Personaldienstes Kantonspolizei.

**Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht** Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben im Berichtsjahr die Eckwerte für eine Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht beider Basel als öffentlich-rechtliche Anstalt verabschiedet. Der für partnerschaftliche Geschäfte vorgesehene Lenkungsausschuss hiess in der Folge den Entwurf eines Staatsvertrages gut und reichte ihn für die Genehmigungsverfahren in beiden Kantonen weiter.



## 2.4.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Wirtschaft- und Arbeitsmarkt, Soziale Sicherheit, Umwelt und Energie. Die Leistungen im Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation werden im Generalsekretariat erbracht.

Im Berichtsjahr standen folgende Themen im Vordergrund:

**Wirtschaft und Arbeitsmarkt** Wegen schlechter Arbeitsmarktprognosen und der Zuwanderungsabnahme aus den EU-17 und EFTA-Staaten halbierte der Bund für das Berichtsjahr die Kontingente für Drittstaatsangehörige. Da Basel-Stadt keinen sehr starken wirtschaftlichen Einbruch zu verzeichnen hatte, und der Bedarf an Fach- und Kaderkräften ungebrochen war, setzte sich das Departement zusammen mit den Wirtschaftsverbänden für die Erhöhung der Kontingente ein. Aufgrund des Drucks gab der Bund per 1. Juli die zweite Hälfte der Kontingente frei.

Die Arbeitslosigkeit blieb stark unter den Prognosen. Die vom Bund eingeführten Sondermassnahmen für Jugendliche wurden in Basel-Stadt - wie auch in der übrigen Schweiz - nur zu einem Bruchteil in Anspruch genommen, da Lehrstellen- und Arbeitsmarkt für Jugendliche sehr aufnahmefreundlich blieben. Die Anzahl der Arbeitnehmenden, die im Rahmen des Vollzugs der flankierenden Massnahmen kontrolliert wurden, konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im Rahmen der Bekämpfung der Schwarzarbeit wurden zwar etwas weniger Betriebe und Arbeitnehmende kontrolliert, hingegen erhöhte sich die Anzahl der Verdachtsmeldungen an die zuständigen Sozialversicherungs- und Steuerbehörden, welche für allfällige Sanktionen zuständig sind.

Als eine der wichtigen Massnahmen der KMU-Entlastungsstrategie wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Departementen in der Anwendung der ab 2011 obligatorischen Regulierungsfolgenabschätzung geschult.

Mitte Jahr konnte die abgestimmte Hafen- und Stadtentwicklungsplanung für Kleinhüningen der Öffentlichkeit vorgestellt werden: Im Gegenzug zum neuen zentral gelegenen Standort für ein Containerterminal Schiff-Bahn auf dem Areal des ehemaligen deutschen Rangierbahnhofs (inkl. neues Hafenbecken) und weiteren Ersatzstandorten für die Hafenlogistik am Westquai soll mittel- und langfristig an bester Lage am Rheinufer ein interessantes gemischt genutztes Hafenviertel von hoher Qualität entstehen.

**Soziale Sicherheit** Das neue Erwachsenenschutzrecht des Bundes, welches das bisherige Vormundschaftsrecht ablöst, tritt 2013 in Kraft. Im kantonalen Umsetzungsprojekt standen Klärungen von Organisationsfragen sowie die Formulierung des neuen kantonalen Gesetzes und des Ratsschlages im Vordergrund. Die geplante Vernehmlassung wird in der ersten Hälfte des Folgejahres stattfinden.

Der Bundesrat genehmigte im Herbst 2010 das von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam erarbeitete Behindertenkonzept. Für dieses partnerschaftliche Grossprojekt bewilligte der Grosse Rat im Dezember einen Projektkredit, zeitgleich mit dem Landrat. Die Einführung des neuen Systems, welches den individuellen Bedarf der Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellt, ist für 2015 geplant.

Für die Umsetzung der Aktivierungsstrategie wurde die Zusammenarbeit zwischen der Sozialhilfe und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA verstärkt: Das Arbeitsintegrationszentrum AIZ wurde neu organisiert, um die Bedürfnisse der Sozialhilfe besser abzudecken. Projekte wie Sozialfirma und iJob (Langzeitarbeitsplätze für Dauerarbeitslose) oder Passage (Arbeitseinsatz vor Sozialhilfebezug) wurden in enger Zusammenarbeit mit dem AWA soweit konzipiert und vorbereitet, sodass sie 2011 starten können.

**Umwelt und Energie** Bei der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ startete im Bereich Bauen der zweite Modernisierungswettbewerb. Im Bereich Mobilität stand das Pilotprojekt „EmobilitätBasel“ im Vordergrund: Firmen erhalten attraktive Leasing-Angebote; für die Bevölkerung steht ein Carsharing mit Elektrofahrzeugen zur Verfügung. Im Projekt „hy.muve“ stand das Wischfahrzeug nach einigen Monaten Unterbruch wegen einer fehlerhaften Brennstoffzelle erst Ende des Berichtsjahres wieder im Testeinsatz.

Die Arbeiten zur modell- und messtechnischen Ermittlung der lufthygienischen Situation für die Jahre 2010, 2015 und 2020 sowie das Minderungspotenzial für Massnahmen sind beinahe abgeschlossen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	639.0	585.9			
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	617.1	575.0			
Anzahl bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	50	78	79	48	56
Anzahl Lehrstellen im Departement	Anz	32	32	13	14	10

**Kommentar**

- Die Veränderung der Vollzeitstellen (HC) IST 2010 gegenüber Budget 2010 (Plafonds) ist im Wesentlichen auf die Sozialhilfe (SH) zurückzuführen. Der Headcount der SH wird durch die Referenzwerte „Anz. Fälle pro Mitarbeiter“ (Sozialhilfe) und „Anz. unterstützte Personen pro Mitarbeiter“ (Migration) gesteuert und hängt von den jeweils aktuellen Fallzahlen Sozialhilfe sowie Anzahl Personen Migration ab. Da diese Zahlen tiefer ausfielen als budgetiert, ist in Konsequenz darauf auch der Headcount deutlich tiefer als budgetiert ausgefallen, was sich direkt auf den HC des Gesamtdepartements auswirkt. Aufgrund der Veränderungen durch RV09 sind die Plafonds- und Headcount-Werte vor 2009 nicht darstellbar.
- Die Zunahme gegenüber IST 2009 ist im Wesentlichen auf den Transfer des Behindertenheims Burgfelderstrasse vom Gesundheitsdepartement (GD) ins Amt für Sozialbeiträge (ASB) zurückzuführen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	99'265.7	100'557.5	92'508.0	-1'291.8	-1.3
31 Sachaufwand	49'006.0	47'101.5	48'637.5	1'904.5	4.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'435.4	941.6	921.0	493.8	52.4
36 Eigene Beiträge	510'723.5	549'822.4	495'479.6	-39'098.9	-7.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	22'704.2	20'103.5	26'712.3	2'600.7	12.9
<b>Total Aufwand</b>	<b>683'134.8</b>	<b>718'526.6</b>	<b>664'258.4</b>	<b>-35'391.8</b>	<b>-4.9</b>
41 Regalien und Konzessionen	-17.6	-17.0	-20.1	-0.6	-3.6
42 Vermögenserträge	-1'140.1	-1'202.0	-1'103.4	61.9	5.1
43 Entgelte	-90'543.5	-86'238.9	-86'725.5	-4'304.6	-5.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-173'916.0	-172'957.5	-175'089.0	-958.5	-0.6
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-9'242.9	-11'231.1	-7'615.0	1'988.2	17.7
<b>Total Ertrag</b>	<b>-274'860.2</b>	<b>-271'646.6</b>	<b>-270'553.0</b>	<b>-3'213.6</b>	<b>-1.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand Departement</b>	<b>408'274.6</b>	<b>446'880.0</b>	<b>393'705.4</b>	<b>-38'605.4</b>	<b>-8.6</b>
davon Aufgabenfelder:					
7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt	5'689.3	7'689.3	16'450.0	-2'000.0	-26.0
7.2 Soziale Sicherheit	401'155.9	437'151.4	377'804.2	-35'995.5	-8.2
7.3 Umwelt und Energie	-5'320.5	-4'700.7	-5'784.2	-619.7	-13.2
9.6 Führungsunterstützung und Kommunik.	6'749.8	6'740.0	5'235.3	9.9	0.1
5 Ausgaben Investitionen	4'080.8	0.0	6'102.9	4'080.8	...
6 Einnahmen Investitionen	-562.0	0.0	-530.0	-562.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>3'518.8</b>	<b>0.0</b>	<b>5'572.9</b>	<b>3'518.8</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- Da die Entwicklung der Anzahl der Stellensuchenden als auch der Sozialhilfefälle besser als budgetiert verlief, konnte der Personalbestand entsprechend tiefer gehalten werden (- 4.7 Mio. Franken). Der erst nach Abschluss der Budgetierung 2010 erfolgte Transfer des Wohnheims Burgfelderstrasse (GD zu WSU/ASB) verursachte dagegen einen zusätzlichen Personalaufwand von rund 3.9 Mio. Franken.
- Die gegenüber dem Budget resultierende Überschreitung des Sachaufwands ist im Wesentlichen auf den Transfer des Wohnheims Burgfelderstrasse (+ 45 Mio. Franken, siehe Pos. 30) und einer Änderung der Buchungspraxis in der Sozialhilfe (+ 1.9 Mio. Franken, Verschiebung von Pos. 36 zu Pos. 31) zurückzuführen.
- Aufgrund von höheren Rückerstattungen (Leistungsbereich ASB) mussten die Wertberichtigungen gegenüber der budgetierten Grösse angepasst werden.
- Die positivere wirtschaftliche und arbeitsmarktliche Entwicklung wirkte sich bei der Sozialhilfe mit einer Beitragsreduktion (Unterstützungskosten) von rund 7.3 Mio. Franken aus. Beim ASB ergaben sich durch ein geringeres Wachstum der Bezügerzahlen teilweise massive Unterschreitung des Budgets (EL - 9.6 Mio. Franken, PV - 9.2 Mio. Franken, Familienzulagen Nichterwerbstätige -4.4 Mio. Franken). Die Verschiebung der Inkraftsetzung der Leistungssicherung bewirkte einen Minderaufwand gegenüber Budget (- 3.5 Mio. Franken). Auch bei der Behindertenhilfe wurde das Budget unterschritten (- 3.5 Mio. Franken).

- 5 Der Bund gewährte dem Kanton Basel-Stadt ein zinsloses Darlehen (3 Mio. Franken) zugunsten des Standortförderungsfonds (siehe auch Pos. 46, Zahlungseingang).
  - 6 Beim AWA führten nachträgliche Kostenübernahmen des Bundes aus Vorjahren (periodenfremder Ertrag) sowie höhere Einnahmen aus Bewilligungsgebühren und dem Standortförderungsfonds zu höheren Entgelten gegenüber dem Budget (1.5 Mio. Franken). Der nicht budgetierte Transfer des Wohnheims Burgfelderstrasse wirkt sich auch auf der Ertragsseite aus (höhere Entgelte 3.6 Mio. Franken) und kompensiert damit die höheren Kosten im Aufwand. Gegenüber dem Budget verzeichnet das AUE Mindereinnahmen an Abfallgebühren und Förderabgaben (1.5 Mio. Franken).
  - 7 Die gegenüber dem Budget reduzierte Entnahme aus Spezialfinanzierung ist praktisch vollständig auf den leichten Rückgang der aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanzierten Programmaktivitäten zurückzuführen.
- 

Die Ergebnisse werden verwaltungsintern im Februar 2011 den beteiligten Amtsstellen vorgestellt und erste Handlungsoptionen diskutiert. Zudem verabschiedete der Regierungsrat Ende des Berichtsjahres den ergänzten Luftreinhalteplan 2010 von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zuhanden des Grossen Rates.

Die Ergebnisse der Risikoanalyse zum Deep Heat Mining (Geothermie) wurden bereits Ende 2009 vorgestellt. Aufgrund der prognostizierten Unsicherheiten bezüglich Auslösung von Erdstössen beschloss der Regierungsrat, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

**Führungsunterstützung und Kommunikation** Seit Mitte des Berichtsjahres steht dem Departement mit der IT WSU eine zentrale Informatikdienstleisterin zur Verfügung. Dazu wurden die Informatikmitarbeiter der Dienststellen am Standort des Generalsekretariats zusammengezogen. Auf Basis der mit den Dienststellen vereinbarten Leistungsvereinbarung nahm die IT WSU bis Ende Jahr den Betrieb planmässig auf. Neben der Unterstützung der Mitarbeitenden im Tagesgeschäft leistet die IT WSU auch in strategischen Projekten wie die Ablösung von spezifischen IT-Systemen den Dienststellen wichtige Unterstützung. Die Personalabteilung konnte im Berichtsjahr die mit der Integration der Sozialhilfe notwendig gewordenen Einreichungsverfahren abschliessen.

## 3 Die Jahresrechnung

## 3.1 Laufende Rechnung

### 3.1.1 Finanzielle Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	Abweichung R10/R09	%
<b>Aufwand</b>							
Personalaufwand	1'738.9	1'734.4	1'714.7	4.5	0.3	24.2	1.4
Sachaufwand	1'112.6	693.4	736.0	419.1	60.4	376.6	51.2
Passivzinsen	75.5	79.7	79.1	-4.3	-5.4	-3.6	-4.6
Abschreibungen	348.0	233.6	244.2	114.4	49.0	103.7	42.5
Eigene Beiträge	1'322.3	1'370.4	1'280.0	-48.1	-3.5	42.3	3.3
Einlagen in Spez.Finanzierungen	66.9	63.1	73.3	3.7	5.9	-6.4	-8.7
<b>Aufwand ohne interne Verrechnungen</b>	<b>4'664.1</b>	<b>4'174.7</b>	<b>4'127.3</b>	<b>489.4</b>	<b>11.7</b>	<b>536.8</b>	<b>13.0</b>
Interne Verrechnungen	238.9	217.8	238.1	21.2	9.7	0.8	0.3
Aufwand inklusive interne Verrechnungen	4'903.0	4'392.4	4'365.3	510.5	11.6	537.6	12.3
<b>Ertrag</b>							
Steuern	2'679.1	2'262.3	2'355.4	416.8	18.4	323.8	13.7
Regalien und Konzessionen	43.5	43.9	43.8	-0.3	-0.8	-0.3	-0.8
Vermögenserträge	236.0	229.3	290.4	6.6	2.9	-54.4	-18.7
Entgelte	1'451.8	1'035.7	1'100.9	416.1	40.2	350.8	31.9
Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	203.2	198.7	234.9	4.4	2.2	-31.7	-13.5
Beiträge für eigene Rechnung	316.8	323.8	317.8	-7.0	-2.2	-1.0	-0.3
Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	11.3	11.4	10.2	-0.1	-1.2	1.1	10.5
<b>Ertrag ohne interne Verrechnungen</b>	<b>4'941.6</b>	<b>4'105.1</b>	<b>4'353.4</b>	<b>836.5</b>	<b>20.4</b>	<b>588.2</b>	<b>13.5</b>
Interne Verrechnungen	238.9	217.8	238.1	21.2	9.7	0.8	0.3
Ertrag inklusive interne Verrechnungen	5'180.5	4'322.8	4'591.5	857.7	19.8	589.0	12.8
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>277.5</b>	<b>-69.6</b>	<b>226.2</b>	<b>347.1</b>		<b>51.4</b>	

### 3.1.2 Aufwand

#### Kontengruppe 30 Personalaufwand

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	Abweichung %	Abweichung R10/R09	Abweichung %
301 Löhne Personal Verw & Betr	1'397.0	1'389.6	1'371.4	7.5	0.5	25.7	1.9 <sup>1</sup>
303 Sozialversicherungsbeiträge	79.0	79.6	77.9	-0.5	-0.7	1.1	1.5
304 Personalvers.beiträge	204.3	210.1	201.3	-5.8	-2.7	3.1	1.5 <sup>2</sup>
305 Unfall & Krankenvers.beitr	20.7	21.2	20.6	-0.5	-2.5	0.1	0.4
306 Zulage Kleider,Verpfl,Whg	7.4	7.0	7.6	0.4	5.3	-0.2	-3.0
307 Rentenleistungen	0.1	0.0	0.0	0.1	...	0.1	...
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	13.8	10.6	12.3	3.2	30.7	1.5	12.1 <sup>3</sup>
309 Übriger Personalaufwand	16.5	16.3	23.7	0.2	1.3	-7.1	-30.2 <sup>4</sup>
<b>30 Personalaufwand</b>	<b>1'738.9</b>	<b>1'734.4</b>	<b>1'714.7</b>	<b>4.5</b>	<b>0.3</b>	<b>24.2</b>	<b>1.4</b>

#### Kommentar

1 Gesamtstaatlich liegen die Löhne um 7.5 Mio. Franken oder 0.5% über Budget. Um fast den gleichen Betrag liegen die Kosten für die Überstundenabgrenzungen über Budget (7.3 Mio. Franken). Nachdem die Rückstellung für die Stundenguthaben im letzten Jahr erstmals die Grenze von 100 Mio. Franken überstieg, beträgt diese nun 107.4 Mio. Franken.

Höhere Löhne im Bereich der Schulen und auch der Spitäler sind im Wesentlichen für die Vorjahresabweichung verantwortlich. Im Bereich der Schulen entfällt ein grosser Teil des Mehraufwandes auf die Überstundenabgrenzungen. Mit 529.3 Mio. Franken liegen die Löhne bei den staatlichen Spitäler um 11.9 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Dieser Mehraufwand kann durch höhere Einnahmen bei den Spitaltaxen wieder kompensiert werden.

2 Die Abweichungen in der Kontengruppe 304 sind fast ausschliesslich durch die PK-Prämien begründet. Die Abweichungen bei den Risikoversicherungsprämien sind nur gering.

3 2.8 Mio. Franken der gesamten Budgetabweichung entstehen bei den Spitälern, die insgesamt 8.8 Mio. Franken für ihr Temporärpersonal aufwenden.

4 Im Zusammenhang mit dem hängigen Musterprozess zur Frage der Schichtdienstzulagen auf den Ferienlohn, wurde im Vorjahr eine Rückstellung von 9.2 Mio. Franken gebildet. Im Berichtsjahr musste diese Rückstellung um nochmals 1.2 Mio. Franken erhöht werden. Insgesamt wurden im 2010 Nachzahlungen von 6.5 Mio. Franken geleistet.

**Kontengruppe 31 Sachaufwand**

in Mio. Franken	Rechnung Budget		Rechnung	Abw. R10/B10		Abw. R10/R09	
	2010	2010	2009	abs.	%	abs.	%
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	19.1	20.9	18.6	-1.7	-8.4	0.6	3.0
311 Abschreibungen GWG	6.7	7.8	7.4	-1.0	-13.0	-0.6	-8.7
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	41.4	41.9	40.4	-0.5	-1.2	1.0	2.5
313 Verbrauchsmaterialien	203.5	198.6	196.1	5.0	2.5	7.4	3.8 <sup>1</sup>
314 Baulicher Unterhalt	74.9	61.8	65.9	13.2	21.3	9.1	13.8 <sup>2</sup>
315 Übriger Unterhalt	81.1	92.1	88.4	-11.1	-12.0	-7.4	-8.3 <sup>3</sup>
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	36.3	34.5	30.9	1.9	5.5	5.4	17.6 <sup>4</sup>
317 Spesenentschädigungen	6.2	6.7	5.8	-0.5	-7.3	0.4	7.1
318 Dienstleistungen und Honorare	197.7	223.7	192.6	-26.0	-11.6	5.1	2.7 <sup>5</sup>
319 Übriger Sachaufwand	445.5	5.5	89.9	439.9	...	355.6	395.5 <sup>6</sup>
<b>31 Sachaufwand</b>	<b>1'112.6</b>	<b>693.4</b>	<b>736.0</b>	<b>419.1</b>	<b>60.4</b>	<b>376.6</b>	<b>51.2</b>

**Kommentar**

- 1 179.3 Mio. der 203.5 Mio. Franken in dieser Kontengruppe entfallen auf die Materialeinkäufe, der Rest auf Nahrungs- u. Genussmittel, auf Treibstoffe und sonstiges. Von den 179.3 Mio. Franken wiederum entfallen 160.3 Mio. Franken auf die Spitäler, die damit um 3.4 Mio. Franken über Budget und um 6.4 Mio. Franken über Vorjahr liegen. Diesen Mehraufwendungen stehen auch höhere Einnahmen (Spitaltaxen) gegenüber.
- 2 Für den Rückbau des Hafens St. Johann und die damit verbundenen Bodensanierungen wurden der Rechnung im Berichtsjahr 6.7 Mio. Franken belastet. Im Vorjahr wurden hierfür 1.5 Mio. aufgewendet. Da diese Kosten unregelmässig anfallen und die Ergebnisse nach Projektfortschritt abgegrenzt werden, wird hierfür jeweils auch nichts ins Budget eingestellt. Die restliche Abweichung zu Budget und Vorjahr wird durch einen höheren Gebäudeunterhalt verursacht.
- 3 In dieser Kontengruppe wird u.a. der Unterhalt (ordentlicher und ausserordentlicher) für Mobiliar und Einrichtungen verbucht. Mit 13.9 Mio. Franken liegt dieser um 11.8 Mio. unter Budget und 3.4 Mio. Franken unter dem Vorjahr. Diese Einsparungen werden v.a. bei IBS erzielt, wovon der überwiegende Anteil im Finanzvermögen entsteht.
- 4 Mehrkosten bei den Mieten, aber auch Mehrausgaben bei den Softwarelizenzen sind Gründe für den Kostenanstieg gegenüber Vorjahr.
- 5 Neu werden die Geldaufnahmekosten auf die Laufzeit der jeweiligen Anleihen abgegrenzt, was zu einer Glättung dieser Kosten über die gesamte Laufzeit führt. Budgetiert wurden insgesamt 29.4 Mio. Franken, der Rechnung belastet nur deren 0.5 Mio. Franken. Während die Kosten für IT-Dienstleistungen mit 16.6 Mio. Franken über Budget liegen, ergeben sich Einsparungen bei den Gutachten und Expertisen und den übrigen Dienstleistungen. Das Minus bei den übrigen Dienstleistungen ergibt sich teilweise auch durch geänderte Verbuchungspraxen, bzw. durch Verschiebungen in andere Kontengruppen wie 39 Interne Verrechnungen Aufwand u.a.
- 6 443.1 Mio. der 445.5 Mio. Franken entfallen auf ausserordentliche Positionen, wovon die Ausbuchung des PK-Ausfinanzierungsanteils (Anteil Arbeitgeber) mit 354.0 Mio. die grösste Aufwandposition darstellt. Für die Ausfinanzierung und Sanierung der Deckungslücke IWB wurden der Rechnung 76.3 Mio. Franken belastet. Schliesslich führten neuste Erkenntnisse betreffend der Altlastensanierung Elsässer-/Hünigerstrasse zu einer Erhöhung der Altlastenrückstellung von 10.5 Mio. Franken. Die grössten Positionen im Vorjahr waren die Einbuchung der Aufwendungen früherer Jahre beim Projekt Campus Novartis / Hafen St. Johann von 30.6 Mio. oder auch die Zahlung von Ertragsausfallentschädigungen von 48.8 Mio. ebenfalls im Bereich des Campus-Projektes. Neben den Jahres- und Mitgliederbeiträgen werden in dieser Kontengruppe auch die 3 Mio. Franken des Kompetenzkontos des Regierungsrats eingestellt, Gelder, die mit entsprechendem Beschluss an anderer Stelle anfallen und verbucht werden.

**Kontengruppe 32 Passivzinsen**

in Mio. Franken	Rechnung Budget		Rechnung	Abw. R10/B10		Abw. R10/R09	
	2010	2010	2009	abs.	%	abs.	%
320 Laufende Verpflichtungen	0.0	0.0	0.0	0.0	10.8	0.0	-96.8
321 Kurzfr. Schulden	0.0	3.7	0.2	-3.7	-99.4	-0.2	-86.6 <sup>1</sup>
322 Mittel- & lfr Schuld	75.1	74.1	78.4	1.1	1.5	-3.3	-4.2 <sup>2</sup>
323 Sonderrechnungen	0.3	2.0	0.4	-1.7	-85.7	-0.1	-29.8 <sup>3</sup>
<b>32 Passivzinsen</b>	<b>75.5</b>	<b>79.7</b>	<b>79.1</b>	<b>-4.3</b>	<b>-5.4</b>	<b>-3.6</b>	<b>-4.6</b>

**Kommentar**

- 1 Dank ausreichendem Mittelzufluss mussten keine kurzfristigen Kredite aufgenommen werden. So musste das Budget nicht beansprucht werden.
- 2 Schuldenabbau und günstigere Refinanzierungen sind Gründe für die Abnahme zum Vorjahr.
- 3 Diese Positionen (u.a. Kontokorrentzinsen mit anderen Anstalten) sind stark volatil und somit schwer abzuschätzen.

**Kontengruppe 33 Abschreibungen**

in Mio. Franken	Rechnung Budget		Rechnung	Abw. R10/B10		Abw. R10/R09	
	2010	2010	2009	abs.	%	abs.	%
330 Abschreibungen Finanzvermögen	135.9	61.3	71.0	74.6	121.8	64.9	91.4 <sup>1</sup>
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	212.1	172.3	173.2	39.8	23.1	38.9	22.4 <sup>2</sup>
<b>33 Abschreibungen</b>	<b>348.0</b>	<b>233.6</b>	<b>244.2</b>	<b>114.4</b>	<b>49.0</b>	<b>103.7</b>	<b>42.5</b>

**Kommentar**

- 1 In dieser Kontengruppe werden auch die Debitorenverluste verbucht. Mit total 102.6 Mio. Franken liegen diese um 43.5 Mio. Franken über Budget respektive um 45.9 Mio. Franken über Vorjahreswert. Der Mehraufwand ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Delkredererückstellung bei der Steuerverwaltung zurückzuführen. Dort führten neue und bessere Erkenntnisse über die Verlustquoten einzelner Risikogruppen zu einer (einmaligen) Anpassung bei der Bewertung. Da künftig dann nur die Veränderungen der Delkredererückstellung zu berücksichtigen sind (neben den dann tatsächlich realisierten Verlusten), ist mit wieder einem stark sinkendem Aufwand zu rechnen.

Im letzten Jahr wurde der Schlachthof entwidmet und die Anlagen ins Finanzvermögen umgebucht. Gemäss dem im Dezember mit der Betreiberschaft unterzeichneten Vorvertrag, gehen die Anlagen per 1.01.2011 an den Baurechtnehmer über, der über die weitere Nutzung selber entscheidet. Aus diesem Grunde wurden die Anlagen auf den Bilanzstichtag hin vollständig abgeschrieben respektive ausgebucht, was Zusatzabschreibungen in der Höhe von 20.1 Mio. Franken zu Folge hatte. In den Büchern des Kantons verbleibt der Landwert.

Die Folgebewertung bei den Renditeliegenschaften ergaben Abschreibungen von 9.4 Mio. Franken. Die Abschreibungen werden, da sie kaum abschätzbar sind, jeweils nicht budgetiert. Im Vorjahr lagen diese Abschreibungen 1.3 Mio. Franken höher.

- 2 Gemäss der im Herbst erzielten Einigung mit dem Bund gehen ein Viertel der beanspruchten Allmendflächen entschädigungslos ins Eigentum des Bundes über und für drei Viertel werden zu Gunsten des Bundes unbeschränkt dauernde, nicht selbständige und vor allem auch unentgeltliche Baurechte errichtet. Bei den verbleibenden 75% des Landeigentums, die zwar im Besitz des Kantons bleiben und bei denen aber unbeschränkte und unentgeltliche Baurechte eingeräumt werden, hat der Kanton auf heute nicht bestimmbare Zeit keinen Nutzen, weshalb der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 11/03/46 vom 25. Januar einer Vollabschreibung der Restbuchwerte zugestimmt hat. Damit wurde auch einer Empfehlung der Finanzkontrolle Folge geleistet, die eine Überprüfung der Buchwerte dieser Parzellen forderte. 47.1 Mio. Franken der Budgetabweichung entfallen auf diese Sonderabschreibungen. Die übrigen Abschreibungen liegen um 7.4 Mio. unter Budget. Den tieferen Abschreibungen bei den Hochbauten und den Investitionsbeiträgen stehen höhere Abschreibungen bei den Tiefbauten gegenüber.



**Kontengruppe 36 Eigene Beiträge**

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung	Abweichung		
		2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	%
360	Bund	4.2	4.4	4.3	-0.2	-4.4	0.0	-1.1
361	Kantone	132.0	136.3	135.5	-4.3	-3.2	-3.5	-2.6 <sup>1</sup>
362	Gemeinden	9.0	7.0	6.9	2.0	27.9	2.0	29.5
363	Eigene Anstalten	283.8	282.4	268.6	1.4	0.5	15.2	5.6 <sup>2</sup>
365	Private Institutionen	340.9	360.1	330.3	-19.3	-5.3	10.6	3.2 <sup>3</sup>
366	Beiträge an private HH	552.5	580.2	534.4	-27.8	-4.8	18.0	3.4 <sup>4</sup>
<b>36</b>	<b>Eigene Beiträge</b>	<b>1'322.3</b>	<b>1'370.4</b>	<b>1'280.0</b>	<b>-48.1</b>	<b>-3.5</b>	<b>42.3</b>	<b>3.3</b>

**Kommentar**

- 1 Unter Budget liegen die Sozialhilfe mit den Beiträgen gem. Zuständigkeitsgesetz sowie der Bereich Bildung mit den Kosten für das regionale Schulabkommen.
- 2 Siehe dazu die Beitragsübersichtsliste in Kapitel 3.1.4.
- 3 Siehe dazu die Beitragsübersichtsliste in Kapitel 3.1.5.
- 4 In dieser Kontengruppe wird ein grosser Teil der Sozialkosten verbucht, über die die untenstehende Tabelle eine separate Übersicht gibt.

**Sozialkosten netto**

Den in den eigenen Beiträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen von Bund und Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung dieser Kosten zu vermitteln sind nachfolgend die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialkosten aufgezeigt.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung	Abweichung		
	2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	%
Prämienverbilligung	57.6	71.6	56.6	-14.0	-19.6	1.0	1.8
Ergänzungsleistungen	152.1	154.7	138.2	-2.6	-1.7	13.9	10.0
Beihilfen	10.8	11.7	10.7	-0.9	-7.7	0.1	1.1
Risikobeiträge Krankenkasse	11.5	11.5	13.8	0.0	0.0	-2.3	-16.7
Sozialhilfe zulasten des Kantons	146.0	155.1	139.1	-9.1	-5.9	6.9	4.9
Beitrag an Arbeitslosenversicherung Bund	4.2	4.4	4.3	-0.2	-4.5	-0.1	-2.3
Beitrag an Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	7.0	7.0	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Stationäre Jugendhilfe	50.9	53.6	49.1	-2.7	-5.0	1.8	3.7
Behindertenhilfe	70.7	74.2	69.2	-3.5	-4.7	1.5	2.2
<b>Total</b>	<b>510.8</b>	<b>543.8</b>	<b>488.0</b>	<b>-33.0</b>	<b>-6.1</b>	<b>22.8</b>	<b>4.7</b>

Für weitergehende Ausführungen siehe den Kommentar zu den Sozialkosten im Kapitel 2.1.3 Laufende Rechnung.

**Kontengruppe 38 Einlagen in Spezialfinanzierungen**

in Mio. Franken		Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	Abweichung R10/R09	%
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	63.5	63.1	71.5	0.4	0.6	-8.0	-11.2 <sup>1</sup>
382	Einlagen in Rücklagen	3.4	0.0	1.7	3.4	...	1.7	95.2 <sup>2</sup>
<b>38</b>	<b>Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>	<b>66.9</b>	<b>63.1</b>	<b>73.3</b>	<b>3.7</b>	<b>5.9</b>	<b>-6.4</b>	<b>-8.7</b>

**Kommentar**

- Die Einnahmen aus den Förderabgaben liegen mit 11.6 Mio. Franken um 7.0 Mio. Franken unter Vorjahr, was zu einer entsprechend tieferen Fondseinlage führt. Die restliche Abweichung ist auf die als Spezialfinanzierung im Eigenkapital geführte PK-Ausfinanzierung zurückzuführen.
- Die kantonalen Heime haben von der ihnen eingeräumten Möglichkeit der Bildung von Rücklagen Gebrauch gemacht und diese mit 1.9 Mio. Franken alimentiert. Der Betrag liegt leicht höher als im Vorjahr (1.7 Mio. Franken).

Mit Beschluss 11/05/46 vom 8. Februar 2011 hat der Regierungsrat dem Konzept für ein nachhaltiges Immobilienmanagement im Finanzvermögen zugestimmt und gleichzeitig einer Fondsäufnung von insgesamt 4.0 Mio. Franken bewilligt. Von diesen 4.0 Mio. Franken werden 1.5 Mio. Franken der Rechnung belastet. Die restlichen 2.5 Mio. werden den Neubewertungsreserven entnommen (Buchung im Eigenkapital).

**Kontengruppe 39 Interne Verrechnungen**

in Mio. Franken		Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	Abweichung R10/R09	%
390	IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10.1	10.0	10.1	0.1	1.2	0.1	0.6
391	IVR Aufwand Kommunikation	7.2	7.0	7.2	0.2	2.8	0.0	-0.6
392	IVR Aufwand Personalentwicklung	0.6	0.5	0.8	0.1	18.4	-0.3	-32.5
393	IVR Aufwand Güter	8.2	7.4	8.6	0.8	10.7	-0.4	-4.7
394	IVR Aufwand Kapital	1.9	2.0	2.1	-0.1	-3.4	-0.1	-7.1
396	IVR Aufwand Liegenschaften	146.5	145.5	148.0	1.0	0.7	-1.4	-1.0
398	IVR Übriger Aufwand	64.4	45.4	61.3	19.0	42.0	3.1	5.0 <sup>1</sup>
<b>39</b>	<b>Interne Verrechnungen</b>	<b>238.9</b>	<b>217.8</b>	<b>238.1</b>	<b>21.2</b>	<b>9.7</b>	<b>0.8</b>	<b>0.3</b>

**Kommentar**

- Die Abweichung entsteht hauptsächlich durch Änderungen bei der Verbuchung der internen Verrechnung von Subventionen. Budgetiert wurden etliche dieser Beiträge in der Kontengruppe 36 Eigene Beiträge, verbucht wurden sie dann teilweise in der Kontengruppe 39.

### 3.1.3 Ertrag

#### Kontengruppe 40 Steuern

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung		Abweichung		
	2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	%	
Einkommensteuern Nat. Personen	1'454.8	1'259.1	1'255.0	195.7	15.5	199.8	15.9	1
Vermögenssteuern Nat. Personen	263.2	216.5	240.7	46.7	21.6	22.5	9.4	2
Nach- u. Strafsteuern	33.3	10.0	15.4	23.3	233.4	18.0	117.1	3
<b>Einkommens- und Vermögenssteuern</b>	<b>1'751.4</b>	<b>1'485.6</b>	<b>1'511.0</b>	<b>265.8</b>	<b>17.9</b>	<b>240.3</b>	<b>15.9</b>	
Gewinnsteuern Jur. Personen	637.6	506.7	596.3	130.9	25.8	41.3	6.9	4
Kapitalsteuern Jur. Personen	133.2	130.3	104.3	2.9	2.2	29.0	27.8	4
<b>Gewinn- und Kapitalsteuern</b>	<b>770.8</b>	<b>637.0</b>	<b>700.6</b>	<b>133.8</b>	<b>21.0</b>	<b>70.2</b>	<b>10.0</b>	
Erbschafts- und Schenkungssteuern	53.0	30.0	25.0	23.0	76.7	28.0	112.0	5
Handänderungssteuern	29.3	35.0	30.3	-5.7	-16.3	-1.0	-3.5	5
Motorfahrzeugsteuern	30.8	31.0	30.8	-0.2	-0.5	0.0	0.1	
Grundstückgewinnsteuern	31.1	28.0	35.1	3.1	11.2	-4.0	-11.3	
Grundstücksteuern Jur. Personen	12.0	15.1	21.9	-3.1	-20.4	-9.9	-45.1	
Stempelsteuern	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	84.4	
Hundesteuern	0.7	0.6	0.6	0.0	6.4	0.0	3.4	
<b>Übrige Steuern</b>	<b>156.9</b>	<b>139.7</b>	<b>143.8</b>	<b>17.2</b>	<b>12.3</b>	<b>13.2</b>	<b>9.2</b>	
<b>Gesamtertrag Steuern</b>	<b>2'679.1</b>	<b>2'262.3</b>	<b>2'355.4</b>	<b>416.8</b>	<b>18.4</b>	<b>323.8</b>	<b>13.7</b>	

#### Kommentar

- 1 Bei den Einkommenssteuern sind 111.3 Mio. der rund 200 Mio. Franken Mehreinnahmen aufgrund ausserordentlicher Quellensteuererträge entstanden. Einerseits wurden im Jahr 2010 Verarbeitungsrückstände abgebaut, andererseits musste die Verbuchungspraxis beim Ausweis der Akontozahlungen von Quellensteuern angepasst werden.
- 2 Die zum Zeitpunkt der Budgetierung im Jahr 2009 erwartete Börsenentwicklung mit wegen der Finanzkrise eher düsteren Prognosen hat sich nicht bewahrheitet und führte bei den Vermögenssteuern zu einer deutlichen Budgetüberschreitung.
- 3 Die höheren Erträge aus Nach- und Strafsteuern sind auch auf die Anfang 2010 neu eingeführte straflose Selbstanzeige zurückzuführen.
- 4 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich nicht im erwarteten Ausmass auf die Steuererträge aus Gewinn- und Kapitalsteuern ausgewirkt. Die baselstädtischen Schlüsselbranchen haben sich einmal mehr als krisenresistent erwiesen.
- 5 Erbschafts- und Schenkungssteuern wie auch Handänderungssteuern sind kaum budgetierbar. Abweichungen aufgrund von Mengen- und Volumenschwankungen sind zu erwarten.

**Kontengruppe 41 Regalien und Konzessionen**

in Mio. Franken		Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	Abweichung R10/R09	%
410	Regalien	2.3	2.3	2.3	0.0	0.2	0.0	0.1
412	Patente und Abgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	-23.3	0.0	-12.5
413	Nationalbankgewinn	41.2	41.5	41.5	-0.3	-0.8	-0.3	-0.8
<b>41</b>	<b>Regalien &amp; Konzessionen</b>	<b>43.5</b>	<b>43.9</b>	<b>43.8</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.8</b>

**Kontengruppe 42 Vermögensertrag**

in Mio. Franken		Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	Abweichung R10/R09	%
420	Geldmittel	1.1	1.7	1.0	-0.6	-35.0	0.0	3.8
422	Anlagen Finanzvermögen	5.5	0.5	0.8	5.0	992.9	4.7	616.2 <sup>1</sup>
423	Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	103.3	105.9	106.3	-2.6	-2.5	-3.0	-2.8 <sup>2</sup>
424	Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	18.1	0.0	43.8	18.1	...	-25.6	-58.6 <sup>3</sup>
425	Darlehen des Verwaltungsvermögens	0.5	6.7	0.5	-6.2	-93.3	-0.1	-12.3 <sup>4</sup>
426	Beteiligung Verwaltungsvermögen	104.0	111.4	134.8	-7.5	-6.7	-30.8	-22.9 <sup>5</sup>
427	Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	3.9	3.2	3.3	0.7	21.9	0.6	19.5
429	Übrige Vermögenserträge	0.4	0.1	0.1	0.3	448.4	0.3	534.3
<b>42</b>	<b>Vermögenserträge</b>	<b>236.0</b>	<b>229.3</b>	<b>290.4</b>	<b>6.6</b>	<b>2.9</b>	<b>-54.4</b>	<b>-18.7</b>

**Kommentar**

- Die IWB-Darlehen von 200 Mio. Franken wurden dem Finanzvermögen zugerechnet und sind auch dort bilanziert. Deshalb wurde auch der Zins auf diesen Darlehen (4.7 Mio. Franken) in der Kontengruppe 422, und nicht wie budgetiert in der Kontengruppe 425, verbucht.
- Von der Budgetabweichung entfallen 1.6 Mio. Franken auf die Liegenschaftserträge und 1.0 Mio. Franken auf die Baurechtszinsen. Im Vergleich mit dem Vorjahr nehmen die Baurechtszinsen leicht zu, während die Erträge der allgemein produktiven Liegenschaften zurückgehen.
- In dieser Gruppe werden die Erträge aus den Liegenschaftsverkäufen verbucht. Diese liegen mit 12.0 Mio. Franken um 22.1 Mio. Franken unter dem Wert des Vorjahres. Die restlichen 6.1 Mio. Franken stammen aus der Folgebewertung bei den Renditeliegenschaften. Dort konnten Wertberichtigungen aus dem Vorjahr wieder aufgelöst werden. Im Vorjahr waren sowohl die Erträge aus den Verkäufen (34.1 Mio. Franken) wie die Korrekturen auf den Wertberichtigungen der Marktwerte (9.7 Mio. Franken) höher.
- Siehe Ausführungen zu Kontengruppe 422 Liegenschaftserträge.
- Die Gewinnablieferung der BKB liegt mit 90.7 Mio. Franken um je 10.0 Mio. Franken über Budget und Vorjahr. Die Rechnung enthält dagegen keinen IWB Ertragsanteil. Nach neuem IWB-Gesetz (§29) genehmigt der Regierungsrat die Jahresrechnung und den Bericht der Revisionsstelle und entscheidet auch über die Ausschüttungen an den Kanton, die Zuweisung an die Reserven und den Gewinnvortrag auf neue Rechnung. Beim Abschluss der Staatsrechnung liegen die Daten jeweils noch nicht vor. Im Vergleich zum Vorjahr fehlen unter dieser Gruppe die IWB-Einnahmen (17.0 Mio. Franken an Kapitalzins und 28.4 Mio. Franken an Ertragsanteil).

**Kontengruppe 43 Entgelte**

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung		Abweichung	
				R10/B10	%	R10/R09	%
430 Ersatzabgaben	17.3	16.7	26.9	0.6	3.5	-9.6	-35.8 <sup>1</sup>
431 Gebühren für Amtshandlung	75.3	74.8	77.0	0.5	0.6	-1.7	-2.3 <sup>2</sup>
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	638.2	615.3	615.2	22.9	3.7	23.1	3.7 <sup>3</sup>
433 Schulgelder	5.6	5.3	5.5	0.4	7.3	0.2	2.8
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	197.7	197.9	187.4	-0.2	-0.1	10.4	5.5 <sup>4</sup>
435 Verkaufsertrag	45.7	39.7	39.9	6.0	15.1	5.8	14.4 <sup>5</sup>
436 Rückerstattungen	57.4	55.1	56.1	2.3	4.3	1.3	2.3 <sup>6</sup>
437 Bussen	21.2	26.6	19.5	-5.5	-20.6	1.7	8.7 <sup>7</sup>
439 Übrige Entgelte	393.4	4.2	73.5	389.1	...	319.9	435.2 <sup>8</sup>
<b>43 Entgelte</b>	<b>1'451.8</b>	<b>1'035.7</b>	<b>1'100.9</b>	<b>416.1</b>	<b>40.2</b>	<b>350.8</b>	<b>31.9</b>

**Kommentar**

- Die Einnahmen aus den Förderabgaben nehmen von 18.6 Mio. Franken im Vorjahr auf noch 11.6 Mio. Franken im Berichtsjahr ab. Das Vorjahr enthielt zudem auch 3.0 Mio. Franken an bezahlten Mehrwertabgaben, von denen im Berichtsjahr deren 0.3 Mio. vereinnahmt werden konnten.
- Im Vorjahr konnten beim TBA deutlich mehr Erschliessungsgebühren vereinnahmt werden (2.8 Mio. Franken gegenüber 0.5 Mio. Franken im Berichtsjahr).
- Von den 638.2 Mio. Franken entfallen 615.4 Mio. Franken auf die Spitäler, die damit das Budget um 19.3 Mio. und den Vorjahreswert um 20.7 Mio. Franken übertreffen. Diesen Mehrerträgen stehen auch höhere Aufwendungen gegenüber.
- Neu liefern die IWB dem Staat eine Konzessionsgebühr für die Allmendbenützung ab. Nach Abzug der Anteile für die Einwohnergemeinden (zusammen 0.6 Mio. Franken) verbleiben dem Kanton 10.4 Mio. an Einnahmen, was den Anstieg zu Vorjahr in dieser Kontengruppe erklärt.
- Die Abweichung zu Budget ergibt sich v.a. durch Ertrag aus Allmendverkäufen (Volta), höheren Erträgen aus dem Warenhandel (z.B. USB) oder aber höheren Erträgen bei der Stadtgärtnerei.
- Von den Personalversicherungen (Krankentag- und Unfallgelder) sind dem Kanton Mittel in der Höhe von 18.4 Mio. Franken zugeflossen. Der Wert liegt um 2.1 Mio. Franken über Budget, aber nur leicht über dem Wert des Vorjahres (plus 0.9 Mio. Franken).
- Zur Begründung der Mindereinnahmen bei den Bussen verweisen wir auf den Dienststellenbericht der Kantonspolizei in Kapitel 6. Dort werden die Mindereinnahmen ausführlich begründet.
- Bei der Steuerverwaltung werden die Erfolge aus der Verlustscheinbewirtschaftung neu nicht mehr mit den Debitorenverlusten verrechnet, sondern im Ertrag (Zahlungseingänge von bereits abgeschriebenen Forderungen) brutto dargestellt. So werden in diesem Knoten erstmals Einnahmen von 2.8 Mio. Franken ausgewiesen. Auch das Universitätsspital kann dererlei Einnahmen auf 1.6 Mio. Franken steigern.

388.0 Mio. Franken der insgesamt 393.4 Mio. Franken entfallen auf ausserordentliche oder periodenfremde Erträge. Zu den wichtigsten gehören die Einbuchung der IWB-Darlehen von 200.0 Mio. Franken, die Ausbuchung der nicht mehr benötigten PK-Sanierungsrückstellung von 164.8 Mio. Franken oder auch die Anpassung der Rückstellung für die PK-Deckungslücken der Institutionen von 4.6 Mio. Franken. Bedeutende Erträge liefern hier aber auch die Steuerverwaltung (3 Mio. Franken aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen auf Empfehlung der Finanzkontrolle) oder auch die IBS. Bei der IBS konnte die restliche Rückstellung für die Sanierung der Markthallekuppel ebenfalls aufgelöst werden.

Im Vorjahr war die Einbuchung früherer Zahlungseingänge rund um das Projekt Campus zur Hauptsache für die Erträge in dieser Kontengruppe verantwortlich. Und auch im Vorjahr konnte die Rückstellung für die PK-Deckungslücke bereits um 7.5 Mio. Franken zurückgenommen werden.

**Kontengruppe 44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung**

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung		Abweichung			
				R10/B10	%	R10/R09	%		
440	Anteile an Bundeseinnahmen	198.5	194.4	230.6	4.2	2.1	-32.0	-13.9	<sup>1</sup>
445	Gemeindebeiträge	4.6	4.4	4.4	0.3	6.4	0.3	6.4	
<b>44</b>	<b>Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</b>	<b>203.2</b>	<b>198.7</b>	<b>234.9</b>	<b>4.4</b>	<b>2.2</b>	<b>-31.7</b>	<b>-13.5</b>	

**Kommentar**

- 1 Während die Anteile an der Direkten Bundessteuer mit 140.7 Mio. Franken und auch die Erträge des NFA Lastenausgleichs mit 46.3 Mio. auf Budgetkurs liegen, konnten beim Anteil an der Eidg. Verrechnungssteuer Mehreinnahmen von 3.5 Mio. Franken verbucht werden (Einnahmen aus der Verrechnungssteuer total 11.6 Mio. Franken).

Im Vergleich zur Vorjahr liegt der Anteil an der Direkten Bundessteuer aber um 30.5 Mio. tiefer.

**Kontengruppe 46 Beiträge für eigene Rechnung**

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung		Abweichung			
				R10/B10	%	R10/R09	%		
461	Kantone	55.0	116.8	55.8	-61.7	-52.9	-0.8	-1.4	<sup>2</sup>
462	Gemeinden	6.2	9.0	9.8	-2.8	-31.0	-3.7	-37.1	
463	Beiträge von Eigenen Anstalten	66.2	12.3	66.2	53.9	438.1	0.1	0.1	<sup>3</sup>
469	Übrige Beitr. für eigene Rechnung	4.4	3.0	4.0	1.4	47.7	0.4	10.9	<sup>4</sup>
<b>46</b>	<b>Beiträge für eigene Rechnung</b>	<b>316.8</b>	<b>323.8</b>	<b>317.8</b>	<b>-7.0</b>	<b>-2.2</b>	<b>-1.0</b>	<b>-0.3</b>	

**Kommentar**

- 1 Die Rechnung enthält erstmals Einnahmen aus der C02-Abgabe von total 1.9 Mio. Franken. Als Konjunkturstützungsmaßnahme hatte der Bundesrat beschlossen, gleichzeitig die Abgaben der Jahre 2006 - 2008 auszuführen. In der Folge werden die Erträge aus dieser Abgabe wieder tiefer sein.
- 2 Die Abgeltung der Uni an das Universitätsspital für deren klinischen Lehre und Forschung wurde in der Kontengruppe 461 budgetiert, richtigerweise aber in der Kontengruppe 463 verbucht. Ein Teil der hier budgetierten Aufwendungen wurde in der Rechnung über die Kontengruppe 49 Interne Verrechnungen Ertrag verbucht.
- 3 Siehe obige Ausführungen.
- 4 Die Mehreinnahmen zu Budget werden hauptsächlich durch höhere Beiträge von Privaten bei den Museen erzielt.

### Kontengruppe 48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung		Abweichung	
		2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	%
480	Entnahmen a.Spez.finanzeungen	9.8	11.3	10.1	-1.5	-13.0	-0.3	-2.7 <sup>1</sup>
482	Entnahmen aus Rücklagen	1.4	0.1	0.1	1.3	...	1.3	... <sup>1</sup>
<b>48</b>	<b>Entnahmen a.Spez.Finanzierungen</b>	<b>11.3</b>	<b>11.4</b>	<b>10.2</b>	<b>-0.1</b>	<b>-1.2</b>	<b>1.1</b>	<b>10.5</b>

#### Kommentar

- 1 Die Beiträge für Projekte, die aus dem Krisenfonds finanziert werden, fallen mit 7.4 Mio. Franken um 2.0 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert, liegen aber über Vorjahr (5.8 Mio. Franken). Dagegen fallen die Entnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds mit 0.5 Mio. Franken um 2.0 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr aus. Budgetiert werden diese Einnahmen jeweils nicht, da sie höchst unregelmässig anfallen.
- 1 Um auf Budgetkurs abschliessen zu können, entnahm das Kunstmuseum 1.3 Mio. Franken aus seinen Reserven.

### Kontengruppe 49 Interne Verrechnungen

Die Erträge entsprechen dem Total der Aufwendungen in der Kontengruppe 39. Vergleiche deshalb dazu die Ausführungen zu den Internen Verrechnungen im Aufwand.

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung		Abweichung	
		2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	%
490	IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10.1	10.0	10.1	0.1	1.2	0.1	0.6
491	IVR Ertrag Kommunikation	7.2	7.0	7.2	0.2	2.8	0.0	-0.6
492	IVR Ertrag Personalentwicklung	0.6	0.5	0.8	0.1	18.4	-0.3	-32.5
493	IVR Ertrag Güter	8.2	7.4	8.6	0.8	10.7	-0.4	-4.7
494	IVR Ertrag Kapital	1.9	2.0	2.1	-0.1	-3.4	-0.1	-7.1
496	IVR Ertrag Liegenschaften	146.5	145.5	148.0	1.0	0.7	-1.4	-1.0
498	IVR Übriger Ertrag	64.4	45.4	61.3	19.0	42.0	3.1	5.0
<b>49</b>	<b>Interne Verrechnungen</b>	<b>238.9</b>	<b>217.8</b>	<b>238.1</b>	<b>21.2</b>	<b>9.7</b>	<b>0.8</b>	<b>0.3</b>

### 3.1.4 Beiträge an Eigene Anstalten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
271811000001 Globalbeitrag Uni GRB 11.11.09 10-13	141'200'000	141'200'000	132'500'000	0	0.0
271821000020 Globalbeitrag an FHNW GRB 10.12.08 09-11	34'161'000	34'161'000	33'509'000	0	0.0
271811000021 Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	1'106'700	970'000	970'000	136'700	14.1
271841000001 Volkshochschule BB GRB 10.12.08 09-12	632'500	632'500	652'500	0	0.0
271811000018 Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	483'000	455'000	455'000	28'000	6.2
271821000022 Übergangslösung PK (FHBB/MAB)	77'651	0	157'550	77'651	-
271821000023 BS-Anteil aus Gewährleistung Fusion FHNW	0	0	123'883	0	-
<b>DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)</b>	<b>177'660'850</b>	<b>177'418'500</b>	<b>168'367'933</b>	<b>242'350</b>	<b>0.1</b>
<b>Total Erziehungsdepartement</b>	<b>177'660'850</b>	<b>177'418'500</b>	<b>168'367'933</b>	<b>242'350</b>	<b>0.1</b>
410005090023 Betriebsbeiträge Nachzahlungen	600'000	0	1'450'000	600'000	-
<b>DST4100 Allgemeine Verwaltung (stat. Aufträge)</b>	<b>600'000</b>	<b>0</b>	<b>1'450'000</b>	<b>600'000</b>	<b>-</b>
<b>Total Finanzdepartement</b>	<b>600'000</b>	<b>0</b>	<b>1'450'000</b>	<b>600'000</b>	<b>-</b>
661850060001 Abgeltung Ortsverkehr BVB	52'153'324	52'800'000	48'819'657	-646'676	-1.2
661852060000 U-Abo Beiträge	20'118'280	20'200'000	20'186'276	-81'720	-0.4
661850060000 BVB RPV	3'752'564	2'900'000	2'929'347	852'564	29.4
661851060005 SBB/BLT RPV	2'863'079	2'900'000	2'666'643	-36'921	-1.3
661850060002 Anschubfinanzierung Nachtnetz	305'400	400'000	260'647	-94'600	-23.7
661850060003 Finanzierung Mehrpreis Biogas	165'138	110'000	121'378	55'138	50.1
661851060001 SBB Shuttle St. Jakob	110'708	123'500	110'708	-12'792	-10.4
661851060002 SBB Bahnhof St. Johann	58'574	57'000	4'881	1'574	2.8
661851060000 SBB Stadion St. Jakob	9'729	20'000	48'603	-10'271	-51.4
661851060003 SBB Haltestelle Dreispitz	5'908	74'400	77'254	-68'492	-92.1
661852060001 SBB Tageskarten An- und Verkäufe	0	150'000	158'320	-150'000	-100.0
661851060004 SBB Mehrkosten S1	0	10'000	255	-10'000	-100.0
<b>DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)</b>	<b>79'542'704</b>	<b>79'744'900</b>	<b>75'383'969</b>	<b>-202'196</b>	<b>-0.3</b>
<b>Total Bau- u. Verkehrsdepartement</b>	<b>79'542'704</b>	<b>79'744'900</b>	<b>75'383'969</b>	<b>-202'196</b>	<b>-0.3</b>
730900806021 UKBB Stationäre Versorgung	6'883'838	7'100'000	5'819'833	-216'162	-3.0
730900806023 UKBB Sonstige Leistungen	5'200'000	4'200'000	3'500'000	1'000'000	23.8
730900806024 UKBB Sonderfinanzierung Umzugskosten	1'900'000	1'900'000	0	0	0.0
730900806041 KIQ Pilotprojekt Psychiatrie	36'149	30'000	39'030	6'149	20.5
<b>DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)</b>	<b>14'019'987</b>	<b>13'230'000</b>	<b>9'358'863</b>	<b>789'987</b>	<b>6.0</b>
<b>Total Gesundheitsdepartement</b>	<b>14'019'987</b>	<b>13'230'000</b>	<b>9'358'863</b>	<b>789'987</b>	<b>6.0</b>
8018N9190001 Defizit Basl. Personenschiff. BPG GRB	470'000	470'000	260'000	0.0	0.0
<b>DST8010 Generalsekretariat WSU (stat. Aufträge)</b>	<b>470'000</b>	<b>470'000</b>	<b>260'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
8075210S0048 Risikobeiträge an Krankenversicherer	11'500'000	11'500'000	13'800'000	0.0	0.0
<b>DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)</b>	<b>11'500'000</b>	<b>11'500'000</b>	<b>13'800'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
<b>Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt</b>	<b>11'970'000</b>	<b>11'970'000</b>	<b>14'060'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
<b>Total Beiträge an Eigene Anstalten</b>	<b>283'793'542</b>	<b>282'363'400</b>	<b>268'620'765</b>	<b>1'430'142</b>	<b>0.5</b>



### 3.1.5 Beiträge an Private Institutionen

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
201891000005 „Prix de la Ville de Bâle“	0	0	10'060	0	-
<b>DST2010 Zentrale Dienste (stat. Aufträge)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>10'060</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
220805000001 Musikakademie GRB 7.11.2007 2008-2011	10'210'182	10'210'000	10'210'182	182	0.0
220805000002 MAB Pers.-fürsorge GRB 7.11.07 2008-2011	1'225'586	1'590'000	1'409'280	-364'414	-22.9
220807200001 Lukasclubs RRB 11.11.2008 2009-2011	43'000	43'000	43'000	0	0.0
220814000006 Projekt AKEP RRB 28.10.2008 2008-2011	35'000	35'000	35'000	0	0.0
220801000019 Schw.-Schule Sao Paulo RRB 10.2.09 08-12	25'000	25'000	25'000	0	-
220801000020 SDBB (Beitrag für Internet-Portal)	22'340	16'000	13'758	6'340	39.6
<b>DST2200 Leitung Bildung (stat. Aufträge)</b>	<b>11'561'108</b>	<b>11'919'000</b>	<b>11'736'220</b>	<b>-357'892</b>	<b>-3.0</b>
245802000001 HKV-Defizitabdeckung GRB 15.10.08 10-14	14'112'609	14'138'000	13'946'334	-25'391	-0.2
245802000002 HKV: PK-Kosten GRB 15.10.2008 10-14	2'194'950	2'154'000	2'191'704	40'950	1.9
245922000619 Beitrag Ausbildung Chemikantenlehrlinge	79'200	90'000	70'700	-10'800	-12.0
<b>DST2450 Berufsbildende Schulen (stat. Aufträge)</b>	<b>16'386'759</b>	<b>16'382'000</b>	<b>16'208'738</b>	<b>4'759</b>	<b>0.0</b>
264901500001 Pauschalbeiträge an BF Gesundheit BL	4'469'850	4'022'735	3'914'250	447'115	11.1
264901500006 Stud. BG Pflege bei Bethesda Bildung AG	3'070'405	3'307'000	3'376'534	-236'595	-7.2
264901500003 Spitalschulabk. BS-Schüler in BE-Schulen	321'100	182'200	188'000	138'900	76.2
264901500004 Spitalschulabk. BS-Schüler in SO-Schulen	322'500	145'200	135'300	177'300	122.1
264901500002 Spitalschulabk. BS-Schüler in AG-Schulen	98'200	71'800	60'000	26'400	36.8
264901500015 Rettungssanitäter	6'860	70'000	72'630	-63'140	-90.2
264901500010 BS-Schüler bei übrigen Schulen	0	39'400	12'000	-39'400	-100.0
264901500009 BS-Schüler bei Ergotherapieschule Zürich	0	30'000	0	-30'000	-100.0
264901500027 Schulabk. BS-Schüler in LU-Schulen	28'900	13'900	0	15'000	107.9
<b>DST2640 Bildungszentrum Gesundheit (stat. Aufträge)</b>	<b>8'317'815</b>	<b>7'882'235</b>	<b>7'758'714</b>	<b>435'580</b>	<b>5.5</b>
265813000004 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	3'625'560	1'734'500	1'625'080	1'891'060	109.0
265813000003 Lehrabschlussprüfungen LAP	2'415'982	2'580'500	2'042'491	-164'518	-6.4
265813000014 Lehrbetriebe LBB GRB 09.12.09 2010-2013	2'039'875	2'025'000	1'588'240	14'875	0.7
265813000006 Subv. Beiträge Überkantonale: ÜK	1'270'508	371'000	598'413	899'508	242.5
265813000005 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: WB	82'221	129'000	79'355	-46'779	-36.3
265813000007 Subv. Beiträge Überkantonale: WB	65'977	40'000	0	25'977	-
265813000001 Subv. Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	41'580	0	0	41'580	-
265813000008 Subv. Beiträge Ing. Schule Wädenswil	0	20'000	0	-20'000	-100.0
265813000009 Subventions-Beiträge Diverse	0	5'000	0	-5'000	-100.0
265813000015 LBB, nBBG Ausgleich Bundessubventionen	0	0	465'000	0	-
<b>DST2650 Berufs- u. Erwachsenenbildung (stat. Aufträge)</b>	<b>9'541'703</b>	<b>6'905'000</b>	<b>6'398'578</b>	<b>2'636'703</b>	<b>38.2</b>

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
271811000003 Swiss TPH GRB 5.12.2007 2008-11	700'000	700'000	700'000	0	0.0
271811000015 Stift. Wildt'sch.Haus GRB 7.2.2007 07-11	66'600	85'000	8'544	-18'400	-21.6
271811000011 Preis d.Stadt BS wiss.Forsch. RRB 2.4.85	20'030	20'000	20'030	30	0.2
271811000012 Histor.-/Antiquar.Ges.: Publikation	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000014 Archäologie Schweiz (ex. Ur- u. Frühg.)	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000013 Geogr.-ethnolog. Gesells. Basel	15'000	15'000	15'000	0	0.0
271811000017 Zschokkehaus Engelberg	8'000	8'000	8'000	0	0.0
<b>DST2710 Hochschulen (stat. Aufträge)</b>	<b>849'630</b>	<b>868'000</b>	<b>791'574</b>	<b>-18'370</b>	<b>-2.1</b>
290939000001 BFV Tagesheime GRB 17.9.03	13'182'251	13'100'000	13'051'348	82'251	0.6
290939000003 Kinderkrippe Bläsisitift GRB 17.09.03	2'115'032	2'100'000	1'698'478	15'032	0.7
290939000004 V. für Basler Tagesfamilien GRB 17.09.03	1'604'572	1'500'000	1'483'062	104'572	7.0
290939000002 Kinderkrippen Gundeldingen GRB 17.09.03	1'581'386	1'800'000	1'380'649	-218'614	-12.1
290939000008 Generationenhaus Neubad GRB 17.09.03	944'744	825'000	868'085	119'744	14.5
290939000007 Tagesheim Verena Hof GRB 17.09.03	925'455	900'000	932'883	25'455	2.8
290939000006 Krippe St. Peter GRB 17.09.03	811'791	850'000	810'072	-38'209	-4.5
290939000005 Kinderhaus Gellert GRB 17.09.03	695'866	1'300'000	642'209	-604'134	-46.5
290939000010 Spanische Krippe GRB 17.09.03	528'999	515'000	423'105	13'999	2.7
290939000012 Tagesheim Fourmi GRB 17.09.03	466'858	325'000	355'145	141'858	43.6
290939000009 Krippe St. Leonhard GRB 17.09.03	408'229	530'000	278'192	-121'771	-23.0
290939000011 Tagesheim Rhy-Spatze GRB 17.09.03	334'876	365'000	290'332	-30'124	-8.3
290939000013 Kindernest Gundeli GRB 17.09.03	247'276	275'000	257'723	-27'724	-10.1
290939000016 JUFA Ferienbetreuung RRB 23.01.07	2'525	20'000	10'725	-17'475	-87.4
290939000017 Erweiterung Platzangebot GRB 17.09.03	0	250'000	0	-250'000	-100.0
290939000014 Tagesheim Wirbelwind GRB 17.09.03	0	160'000	0	-160'000	-100.0
290939000015 Beitr. an Ausbildungskosten GRB 17.09.03	0	130'000	0	-130'000	-100.0
Zwischensumme Tagesbetreuung	23'849'860	24'945'000	22'482'007	-1'095'140	-4.4
290933000005 Bürgerl. Waisenhaus RRB 19.2.08 08-11	2'673'121	3'600'000	3'132'117	-926'879	-25.7
290933000006 BFV KH Lindenberg RRB 15.01.08 08-11	1'524'105	1'800'000	1'582'022	-275'895	-15.3
290933000009 Kinderheim Holee RRB 9.1.07 07-10	1'308'575	1'300'000	1'619'206	8'575	0.7
290933000007 Kinderhaus Gellert RRB 26.01.10 10-13	1'229'654	1'800'000	1'449'626	-570'346	-31.7
290933000012 BFV KH Vogelsang RRB 15.01.08 08-11	1'166'423	800'000	872'388	366'423	45.8
290933000008 BFV Schifferkinderheim RRB 15.1.08 08-11	1'165'595	1'450'000	1'309'795	-284'405	-19.6
290933000013 Erlenhof RRB 11.03.08 08-11	1'053'642	650'000	796'552	403'642	62.1
290933000010 Aufnahmeheim RRB 17.02.09 08-11	616'836	900'000	393'940	-283'164	-31.5
290933000011 Wohngr. Karpfenweg RRB 15.01.08 08-11	595'166	800'000	606'201	-204'834	-25.6
290933000014 Wohnheim Schössli RRB 08.01.08 08-11	438'839	600'000	429'046	-161'161	-26.9
290933000017 Foyer Rütimeyerstrasse RRB 17.2.09 09-12	433'606	600'000	552'323	-166'394	-27.7
290933000016 Foyer i.d. Ziegelhöfen RRB 17.2.09 09-12	366'382	450'000	376'601	-83'618	-18.6
290933000015 Foyer Neubad RRB 17.02.09 09-12	305'172	650'000	465'172	-344'828	-53.1
290933000026 Pflegefamiliendienst RRB 24.03.09 09-12	200'000	200'000	200'000	0	0.0
Zwischensumme Jugendhilfe	13'077'116	15'600'000	13'784'990	-2'522'884	-16.2
290938000001 BFA BS Freizeitaktion GRB 16.01.08 08-11	2'884'723	2'884'723	2'884'723	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
290931000001 FaBe GRB 07.11.07 08-11	1'700'000	1'700'000	1'700'000	0	0.0
290938000002 V. Robi-Spiel-Aktionen GRB 16.1.08 08-11	1'255'000	1'255'000	1'255'000	0	0.0
290931000005 Mütter- und Väterber. GRB 5.12.07 08-10	460'000	860'000	460'000	-400'000	-46.5
290938000003 V. Mobile Jugendarbeit GRB 16.1.08 08-11	340'000	340'000	340'000	0	0.0
290938000007 Freizeit.Dreirosen RRB 1.12.09 10	225'000	160'000	240'000	65'000	40.6
290938000004 Spielwerkst. Kl'hün. GRB 16.01.08 08-11	218'000	218'000	218'000	0	0.0
290938000006 Jugendtreff Dalbeloch GRB 16.01.08 08-11	200'000	200'000	200'000	0	0.0
290938000008 V. Connect Café RRB 02.03.10 10-11	148'000	150'000	150'000	-2'000	-1.3
290938000010 Spilruum Elsässerstr. GRB 16.01.08 08-11	120'000	120'000	120'000	0	0.0
290911000003 Projekt Leseförderung GRB 16.12.09	100'000	100'000	0	0	0.0
290938000011 V. Eulerstross 9 GRB 16.01.08 08-11	90'000	90'000	90'000	0	0.0
290938000012 Verein Fanprojekt RRB 17.02.09 09-11	80'000	80'000	80'000	0	0.0
290938000013 Kindertheater RRB 16.10.07/18.3.08 08-11	80'000	80'000	80'000	0	0.0
290931000003 Begl. Besuchstage RRB 23.12.08 09-11	60'000	60'000	60'000	0	0.0
290938000014 Off. Kindera.ob.KI'BS RRB 09-02-10 10-11	40'000	40'000	40'000	0	0.0
290938000015 PEB Progr.Elternbild. RRB 17.10.06 07-11	31'500	31'500	31'500	0	0.0
290938000016 V. zum Burzelbaum RRB 16.10.07 08-11	30'000	30'000	30'000	0	0.0
290938000017 Familienpass RRB 02.02.10 10-12	22'500	22'500	0	0	0.0
290931000004 Telefon Kinder 147 RRB 20.12.07 08-11	20'000	20'000	20'000	0	0.0
290938000018 V. Spielestr. Kaserne RRB 16.10.07 08-11	11'000	11'000	11'000	0	0.0
290931000006 Elternvereinigung b. BS 15.12.09 09-12	10'000	10'000	10'000	0	0.0
290938000019 Sekundenzeiger RRB	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000020 Mädchen- und Genderarbeit RRB	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000021 Kindermitwirkung RRB	0	20'000	0	-20'000	-100.0
290938000005 V. Schwarzer Peter GRB 16.01.08 08-11	0	0	240'000	0	-
290938000009 Verein Gassenküche GRB 14.12.06 07-11	0	0	147'500	0	-
Zwischensumme Jugend- und Familienangebote	8'125'723	8'522'723	8'407'723	-397'000	-4.7
290961000001 Kopfquotenbeiträge an Sportvereine	120'060	140'000	117'125	-19'940	-14.2
290961000002 Betriebsbeiträge an Sportvereine	31'560	20'000	32'640	11'560	57.8
290961000003 Stift. Ferienkolonien RRB 10.2.09 09-12	60'000	60'000	60'000	0	0.0
Zwischensumme Sport	211'620	220'000	209'765	-8'380	-3.8
<b>DST2900 Jugend, Familie und Sport (stat. Aufträge)</b>	<b>45'264'319</b>	<b>49'287'723</b>	<b>44'884'485</b>	<b>-4'023'404</b>	<b>-9.0</b>
<b>Total Erziehungsdepartement</b>	<b>91'921'335</b>	<b>93'243'958</b>	<b>87'788'368</b>	<b>-1'322'623</b>	<b>-1.8</b>
321812090000 Subventionen Beratung Frauenverein	380'000	380'000	380'000	0	0.0
321821090000 Subventionen GGG (Subv GGG)	300'000	300'000	300'000	0	0.0
<b>DST3210 Gleichstellung und Integration (stat. Aufträge)</b>	<b>680'000</b>	<b>680'000</b>	<b>680'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
340503090000 Reg. Basiliensis 94-10	343'000	343'000	343'000	0	0.0
340503090001 N. Projekte im Regiobereich	5'909	6'000	1'691	-91	-1.5
340503090002 Gem. Sekr. ORK 01-10	31'728	39'000	35'250	-7'272	-18.6
340503090003 Del.-Sekr. ORK 01-10	58'000	58'000	58'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
340503090004 Einm. Proj. Regio unbe	0	250'000	0	-250'000	-100.0
340503090005 Eurodistrict TEB 07-10	91'287	115'000	103'690	-23'713	-20.6
340503090006 Infobest Palmrain 10	52'143	70'000	56'222	-17'857	-25.5
340503090007 NRP/ETZ Interreg IV	0	250'000	0	-250'000	-100.0
340503090008 Jährlicher Deckungsbeitrag Metrobasel fo	75'000	75'000	75'000	0	0.0
34050309A017 Technische Hilfe INTERREGIVA Oberrhein	16'510	0	49'510	16'510	-
34050309A027 NEUREX und Forschungsnetzwerk	37'500	0	45'000	37'500	-
34050309A037 Tarifkooperation Dreiländereck	0	0	14'931	0	-
34050309A047 Geopotenziale Oberrheingraben	0	0	19'125	0	-
34050309A057 TRI-PRO-COMmunikation	0	0	10'010	0	-
34050309A067 Austausch-Zentrum Oberrhein	0	0	4'663	0	-
34050309A077 Alice im Wunderland	4'000	0	16'000	4'000	-
34050309A087 Tourismus Metropolregion Oberrhein	0	0	12'010	0	-
34050309A107 Stärkung öffentl. Verkehr+ Park u. Ride TEB	6'573	0	46'455	6'573	-
34050309A117 Trinat. Schülerforschungsnetzwerk Dreil.	29'000	0	0	29'000	-
34050309A127 Digitale Medienkunst am Oberrhein	28'080	0	0	28'080	-
34050309A157 TMO-Koordinationsstelle	11'332	0	0	11'332	-
34050309P014 ORK-Kooperationsfonds	18'772	0	21'426	18'772	-
34050309P024 Dreiländer-Kongress 2010	49'067	0	50'000	49'067	-
34050309P034 Metropolregion Oberrhein	4'706	0	0	4'706	-
34050309P054 URBACT EGTC	3'653	0	4'620	3'653	-
34050309P074 NRP Begleitmassnahmen Regio Basiliensis	3'875	0	0	3'875	-
34050309P084 Kanton Jura	50'000	0	50'000	50'000	-
34050309P124 2. ORK-Präsidium Basel	7'966	0	0	7'966	-
34050309P134 Trinationaler Anlass in Shanghai	52'249	0	0	52'249	-
34050309P144 Regio-Studie	30'000	0	0	30'000	-
34050309P154 Kommunikationskonzept TEB	6'994	0	0	6'994	-
<b>DST3400 Aussenbeziehungen (stat. Aufträge)</b>	<b>1'017'344</b>	<b>1'206'000</b>	<b>1'016'602</b>	<b>-188'656</b>	<b>-15.6</b>
350812090001 V. Treffpunkt Breite GRB 12.01.11/ 11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090002 QTP LoLa GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090003 V. Famzentr. Gundeli GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090004 V.KS Elt. + Kinder BW GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090005 V. QT Kasernenareal GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090006 V. Burg am Burgweg GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090007 Trägerverein QuBa GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090008 V. QTP Kleinhüningen GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090009 Stadtteilsekr.Kl'baselGRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090010 V. QT Hirzbrunnen GRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090011 V. ElternC.HirzbrunnenGRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090012 TS Eltern-Kind-Z.MaKlyGRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090013 V. Beg.zentr.KB Union GRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	50'000	0	0.0
350812090014 V. ATD Vierte Welt RRB 12.12.06 07-09	40'000	40'000	40'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
350812090015 Stadtteilsekr.Basel-W GRB 12.01.11/11-13	30'000	30'000	30'000	0	0.0
<b>DST3500 Kantons- und Stadtentwicklung (stat. Aufträge)</b>	<b>1'080'000</b>	<b>1'080'000</b>	<b>1'080'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
360813090001 Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	42'000	42'000	40'000	0	0.0
<b>DST3600 Statistisches Amt (stat. Aufträge)</b>	<b>42'000</b>	<b>42'000</b>	<b>40'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
370821100001 Theater Basel GRB 17.5.06 06/07-10/11	28'632'000	28'632'000	28'632'000	0	0.0
370821000020 Orch.-leist. an Theater GRB 7.6.06 06-11	6'300'000	6'300'000	6'300'000	0	0.0
370821000001 Stift. Basler Orch. GRB 7.6.06 06-10/11	6'207'000	6'707'000	6'745'462	-500'000	-7.5
370821300001 Allg. Biblioth. GGG GRB 07.11.07 2008-11	4'246'750	4'246'750	4'246'750	0	0.0
370821100002 Theater PK GRB 17.5.06 2006/07-2010/11	2'700'000	2'700'000	2'700'000	0	0.0
370821200001 Beyeler Museum AG GRB 12.9.07 10.07-2011	1'865'000	1'865'000	1'865'000	0	0.0
370821000002 SBO Pers.fürsorge GRB 7.6.06 06-10/11	1'492'000	1'492'000	1'492'000	0	0.0
370821100005 Kulturwerkst.Kaserne GRB 14.01.10 10-12	1'460'000	1'560'000	1'360'000	-100'000	-6.4
370504000001 Zolli Basel GRB 16.04.08 2008-2012	1'450'000	1'450'000	1'450'000	0	0.0
370821200002 Basler Kunstverein GRB 18.10.07 2008-11	795'000	795'000	795'000	0	0.0
370822200001 Kunstkredit GRB 14.2.2007 2007-2010	519'755	520'000	520'000	-245	0.0
370822100001 FA Theater, Tanz BS/BL GRB 22.4.09 09-12	474'300	465'000	465'000	9'300	2.0
370910100016 Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A u. L	401'147	414'000	435'535	-12'853	-3.1
370821000021 Rockförderverein, GRB 10.9./15.10.08,RRB	360'000	360'000	330'000	0	0.0
370821000012 Kammerorchester Basel GRB 17.12.09 10-13	355'000	300'000	300'000	55'000	18.3
370821300005 Verein Literatur GRB 24.06.09 2009-11	350'000	350'000	350'000	0	0.0
370822400001 FA Audiov.+Multimed. GRB 14.2.2007 07-10	305'199	340'000	300'301	-34'801	-10.2
370502000001 Kulturpauschale RRB 25.9.07 2007-2010	302'797	300'000	297'493	2'797	0.9
370821400001 Stadt-/Landkino GRB 18.10.2006 07-2010	270'000	270'000	270'000	0	0.0
370821000017 Basel Sinfonietta GRB 17.12.09 2010-2013	234'000	200'000	200'000	34'000	17.0
370821100004 Vorstadt-Theater GRB 18.10.2006 07-2010	200'000	200'000	200'000	0	0.0
370821300006 Kinderliteratur Bus	200'000	100'000	0	100'000	100.0
370821000010 Musikwerkstatt Basel GRB 17.12.09 10-13	170'000	170'000	170'000	0	0.0
370502000003 Stift. BS Papiermühle GRB 7.11./5.12.07	160'000	160'000	160'000	0	0.0
370821000004 Musikverband b. Basel GRB 17.12.09 10-13	160'000	150'000	150'000	10'000	6.7
370821200003 Ausstl.raum Klingent. GRB18.10.07,RRB 21	120'000	122'000	122'000	-2'000	-1.6
370821000003 Knabenmusik Basel GRB 16.12.09 2010-2013	112'000	100'000	100'000	12'000	12.0
370502000002 Augusta Raurica RRB 21/66 26.5.98 BS/BL	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821100003 Gen. BS Kleintheater GRB 18.10.06 07-10	100'000	100'000	100'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
370821400003 plug in GRB 7.11./5.12.07, RRB 16.10.07	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821000016 Ensemble Phoenix GRB 17.12.09 2010-2013	94'000	80'000	80'000	14'000	17.5
370822000001 FA Musik BS/BL GRB 14.01.10 2010-2013	90'000	90'000	90'000	0	0.0
370822300001 FA Literatur BS/B RRB 04.09.07 2008-2010	80'010	80'000	79'977	10	0.0
370821500000 Jüdisches Museum RRB 17.3.09 2009-2011	80'000	80'000	80'000	0	0.0
370821500003 Schw.Architekturmuseum GRB 9.6.10 10-13	80'000	0	0	80'000	-
370822200003 Atelierkredit RRB 01.12.09 2010-2012	76'731	75'000	71'990	1'731	2.3
370821300003 Leseförderung Kleinhüningen RRR pend.	70'000	70'000	32'500	0	0.0
370821000005 Knabenkantorei Basel RRB 17.11.09 10-13	60'000	60'000	60'000	0	0.0
370821000018 Ver. Jazz-Live Basel RRB 17.11.09 10-13	60'000	50'000	50'000	10'000	20.0
370822200002 Cité Paris RRB 3.7.90	59'735	50'000	52'953	9'735	19.5
370502000005 Kulturbüro RRB 18.3.08	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000013 Int.Ges.f.neue Musik RRB 17.11.09 10-13	50'000	45'000	45'000	5'000	11.1
370821000015 Mädchenkantorei RRB 17.11.09 2010-2013	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
370821100006 IG-Tanz/Tanzbüro Basel RRB 16.1.07 07-10	28'000	28'000	28'000	0	0.0
370821000011 Freunde alter Musik RRB 17.11.09 10-13	28'000	25'000	25'000	3'000	12.0
370821200004 Kaskadenkondesator RRB 16.1.2007 07-10	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370821200005 dock:aktuelle Kunst aus Basel RRB6.11.07	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370910100003 Kulturpreis der Stadt Basel RRB 15.10.02	20'030	20'000	20'030	30	0.2
370910100007 Preise BaKa_FORUM	10'000	10'000	0	0	0.0
370504000000 Pendente Subventionsverhältnisse	0	240'000	0	-240'000	-100.0
370821500001 Sportmuseum Schweiz RRB 13.04.10 10-12	0	150'000	0	-150'000	-100.0
370502090000 Kulturprojekte	0	0	50'000	0	-
<b>DST3700 Kultur (stat. Aufträge)</b>	<b>61'178'453</b>	<b>61'861'750</b>	<b>61'161'992</b>	<b>-683'297</b>	<b>-1.1</b>
376821190002 Publikationsfonds	5'000	5'000	5'000	0	0.0
<b>DST3760 Staatsarchiv (stat. Aufträge)</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
<b>Total Präsidialdepartement</b>	<b>64'002'797</b>	<b>64'874'750</b>	<b>63'983'594</b>	<b>-871'953</b>	<b>-1.3</b>
501101093603 Opferberatungsstellen, Subvention	879'184	950'500	1'004'078	-71'316	-7.5
501101093604 Stiftung Frauenhaus, Subvention	425'000	428'000	413'000	-3'000	-0.7
501101093602 Neustart, Subvention	50'000	50'000	50'000	0	0.0
501101093601 Telehilfe, darg. Hand, Subvention	48'400	48'400	48'400	0	0.0
501101093605 Männerbüro Region Basel	32'000	32'000	32'000	0	0.0
<b>DST5010 Stabsbereiche JSD (stat. Aufträge)</b>	<b>1'434'584</b>	<b>1'508'900</b>	<b>1'547'478</b>	<b>-74'316</b>	<b>-4.9</b>
<b>Total Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	<b>1'434'584</b>	<b>1'508'900</b>	<b>1'547'478</b>	<b>-74'316</b>	<b>-4.9</b>
602901060005 Subvention Pro Infirmis 06-10 (Vertrag)	40'000	40'000	40'000	0	0.0
<b>DST6020 Bauinspektorat (stat. Aufträge)</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>40'000</b>	<b>0</b>	<b>0.0</b>
614120000240 Beitrag Erlenverein BS,GRB 27.6.02,02-06	300'000	300'000	300'000	0	0.0
614900000110 Beitrag Verein Beirat Natur	150'000	150'000	150'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
614110000003 Jubiläum SF 150 Jahre	21'000	0	0	21'000	-
<b>DST6140 Stadtgärtnerei (stat. Aufträge)</b>	<b>471'000</b>	<b>450'000</b>	<b>450'000</b>	<b>21'000</b>	<b>4.7</b>
614110000003 Ges. Schweiz. Kunstgeschichte (Münster BS)	15'000	0	0	15'000	-
<b>DST6410 Denkmalschutz (stat. Aufträge)</b>	<b>15'000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>15'000</b>	<b>-</b>
651890006001 Feste Betriebsbeiträge Münster	885'000	900'000	837'000	-15'000	-1.7
651890006002 Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	40'000	40'000	40'000	0	0.0
651030006100 Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00 2007-2012	6'000	6'000	6'000	0	0.0
<b>DST6510 HPA / DST Verwaltung (stat. Aufträge)</b>	<b>931'000</b>	<b>946'000</b>	<b>883'000</b>	<b>-15'000</b>	<b>-1.6</b>
661850060004 KBB Behinderten Transport	1'109'500	1'260'000	1'214'479	-150'500	-11.9
<b>DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)</b>	<b>1'109'500</b>	<b>1'260'000</b>	<b>1'214'479</b>	<b>-150'500</b>	<b>-11.9</b>
<b>Total Bau- u. Verkehrsdepartement</b>	<b>2'566'500</b>	<b>2'696'000</b>	<b>2'587'479</b>	<b>-129'500</b>	<b>-4.8</b>
701900706027 Toxikologisches Infozentrum	32'137	32'000	31'889	137	0.4
<b>DST7010 Generalsekretariat GD (stat. Aufträge)</b>	<b>32'137</b>	<b>32'000</b>	<b>31'889</b>	<b>137</b>	<b>0.0</b>
702900806022 Subvention SRB	3'155'000	3'155'000	2'965'000	0	0.0
702900806004 Subvention Tageshaus Wallstrasse	395'000	395'000	395'000	0	-
702900806018 Subvention Blaues Kreuz	385'000	385'000	385'000	0	0.0
702900106018 Subvention Aids-Hilfe beider Basel	348'000	348'000	348'000	0	0.0
702900306009 Subvention Verein für Suchtprävention	240'000	240'000	240'000	0	0.0
702900106027 Beitrag Krebsregister	205'000	205'000	0	0	0.0
702900806021 Subvention MUSUB	200'000	200'000	110'000	0	0.0
702900806017 Subvention FrauSuchtGesundheit	190'000	190'000	156'000	0	0.0
702900306008 Subvention Gsünder Basel	115'000	115'000	115'000	0	0.0
702900106026 Subvention Diabetesgesellschaft	84'550	90'000	80'000	-5'450	-6.1
702900900011 Migration und Gesundheit	53'000	0	0	53'000	-
702900806009 SSJ Stiftung f. Sucht- u. Jugendprobleme	50'000	0	0	50'000	-
702900306010 Subvention Band Jugendhilfe	40'000	40'000	40'000	0	0.0
702900106023 HIV-Test- und Beratungsangebot	30'000	30'000	30'000	0	-
702900900023 Frühbereich: Verstärkung Gesundheitsförderung	6'500	0	0	6'500	-
702900900001 Beiträge G+P	6'000	0	5'000	6'000	-
702900900020 Psychische Gesundheit	6'000	0	0	6'000	-
<b>DST7020 Gesundheitsdienste (stat. Aufträge)</b>	<b>5'509'050</b>	<b>5'393'000</b>	<b>4'869'000</b>	<b>116'050</b>	<b>2.2</b>
706900100004 Viehversicherung	5'010	0	4'710	5'010	-
706900100005 Jahresbeiträge VetAmt	15'472	0	1'138	15'472	-
<b>DST7060 Gesundheitsschutz (stat. Aufträge)</b>	<b>20'482</b>	<b>0</b>	<b>5'848</b>	<b>20'482</b>	<b>-</b>
730900806001 Claraspital	17'240'000	0	14'525'000	17'240'000	-
730907506103 Spitex Basel-Stadt	15'461'024	18'920'000	15'703'433	-3'458'976	-18.3
730900806002 Merian Iselin Akut.	5'710'000	0	5'589'456	5'710'000	-
730900806008 Krankenhaus Adullam	5'140'000	0	4'851'491	5'140'000	-
730907206099 Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	4'400'175	5'250'000	4'994'100	-849'825	-16.2
730900806004 Bethesda-Spital	2'527'532	0	2'206'379	2'527'532	-
730900806005 Sonnenhalde	1'982'000	0	1'865'371	1'982'000	-
730907506111 Tagesheime	1'579'322	1'700'000	1'719'588	-120'678	-7.1

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
730907406106 Pro Senectute	805'000	845'000	845'000	-40'000	-4.7
730900706019 Selbsthilfezentrum Hinterhuus	300'000	285'000	285'000	15'000	5.3
730907506112 Curavis	250'000	250'000	170'253	0	0.0
730900706016 Patientenstelle Basel	63'000	63'000	63'000	0	0.0
730900706028 MedGes. ärztlicher Notfalldienst	47'300	80'000	80'000	-32'700	-40.9
730907306002 Ombudsstelle für Altersfragen+Spitex	7'500	7'500	7'500	0	0.0
730900806050 Beiträge Privatspitäler Allg.Vers.	0	30'800'000	0	-30'800'000	-100.0
730900706011 Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	0	0	650'000	0	-
730900706018 Stiftung Melchior	0	0	410'000	0	-
730900706026 Regionale Fachstelle Heilmittel (Kst071)	0	0	40'000	0	-
<b>DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)</b>	<b>55'512'853</b>	<b>58'200'500</b>	<b>54'005'569</b>	<b>-2'687'647</b>	<b>-4.6</b>
731901006001 Krebsregister	0	0	118'672	0	-
<b>DST7310 Universitätsspital Basel (stat. Aufträge)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>118'672</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
733900100001 Kantonsbeiträge an Uni-Institute	48'071	58'000	42'567	-9'929	-17.1
<b>DST7330 Felix-Platter-Spital (stat. Aufträge)</b>	<b>48'071</b>	<b>58'000</b>	<b>42'567</b>	<b>-9'929</b>	<b>-17.1</b>
<b>Total Gesundheitsdepartement</b>	<b>61'122'593</b>	<b>63'683'500</b>	<b>59'073'545</b>	<b>-2'560'907</b>	<b>-4.0</b>
806832090102 Subvention Basel-Tourismus Betriebsmitt.	1'900'000	1'840'000	1'840'000	60'000	3.3
806831091001 Basel Area Beitrag 2010	882'500	850'000	850'000	32'500	3.8
806210191003 Beitrag Handelskammer	24'500	9'300	0	15'200	163.4
806210199004 Beitrag Gewerkschaftsbund	20'000	20'000	20'000	0	0.0
806210198003 BSG SAFFA, Verwaltungskostenbeitrag	6'569	0	2'237	6'569	-
806210197003 BTG Treuhand	4'855	0	3'323	4'855	-
806210191004 Beitrag an Gleichstellungsbüro Website	0	3'000	0	-3'000	-100.0
806210199003 Basel Tourismus/Fussgänger Wegweiser	0	0	35'000	0	-
<b>DST8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit (stat. Aufträge)</b>	<b>2'838'424</b>	<b>2'722'300</b>	<b>2'750'560</b>	<b>114'269</b>	<b>4.2</b>
807522090051 Prämienbeiträge an Krankenversicherer	108'858'792	121'590'000	104'287'472	-12'731'208	-10.5
807818090204 Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	113'314	157'000	72'512	-43'686	-27.8
807818090202 Bildungsclub Regio BS RRB 15.1	50'000	50'000	50'000	0	0.0
807818090201 Wohnhilfe für Körperbehinderte RRB 13.02	50'000	50'000	47'104	0	0.0
807818090207 Tageszentrum PSAG RRB 09/07/23	0	650'000	0	-650'000	-100.0
807818090206 Stiftung Melchior RRB 09/07/23	0	410'000	0	-410'000	-100.0
807818090205 Psychosoz. Arbeitsgemeinschaft RRB 13.12	0	73'000	0	-73'000	-100.0
807818090203 Stiftung Mosaik RRB 13.12.05.0	0	21'500	0	-21'500	-100.0
<b>DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)</b>	<b>109'072'106</b>	<b>123'001'500</b>	<b>104'457'088</b>	<b>-13'929'394</b>	<b>-11.3</b>
822230690017 Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	240'000	240'000	0	0	0.0
822230690011 Verein Budget- und Schuldenberatung	225'891	230'000	230'000	-4'109	-1.8
822230690018 Verein „Gassenküche“	147'500	148'000	0	-500	-0.3
822230690015 Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	141'000	141'000	141'000	0	0.0
822230690016 IG-Wohnen	70'000	70'000	70'000	0	0.0
822230690019 „Wärmestube“	37'318	0	43'928	37'318	-
822230690013 Beratungsstelle für Asylsuchende	25'000	25'000	25'000	0	0.0
822230690010 Winterhilfe Basel-Stadt	20'000	20'000	21'155	0	0.0
822230690014 Kontaktstelle für Arbeitslose	18'000	18'000	18'000	0	0.0
822230690012 Konsumentenvereinigung NW	6'000	6'000	6'000	0	0.0



	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
822230690020 Beiträge SKOS	0	0	13'445	0	-
<b>DST8220 Sozialhilfe Basel SHB (stat. Aufträge)</b>	<b>930'709</b>	<b>898'000</b>	<b>568'528</b>	<b>32'709</b>	<b>3.6</b>
8318132ARA Betriebskosten ARA BS	6'878'310	7'300'000	7'344'531	-421'690	-5.8
8318600WALD Beiträge Forstwirtschaft	97'794	109'500	145'713	-11'706	-10.7
8318500LUFT Beiträge Umwelt	3'882	6'600	5'833	-2'718	-41.2
8318400LAND Beiträge Landwirtschaft	1'099	77'000	23'927	-75'901	-98.6
<b>DST8310 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)</b>	<b>6'981'085</b>	<b>7'493'100</b>	<b>7'520'004</b>	<b>-512'015</b>	<b>-6.8</b>
<b>Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt</b>	<b>119'822'324</b>	<b>134'114'900</b>	<b>115'296'180</b>	<b>-14'294'431</b>	<b>-10.7</b>
<b>Total Beiträge an Private Institutionen</b>	<b>340'870'132</b>	<b>360'122'008</b>	<b>330'276'643</b>	<b>-19'650'731</b>	<b>-5.5</b>

## 3.2 Investitionsrechnung

### 3.2.1 Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung	Abweichung		
	2010	2010	2009	R10/B10	%	R10/R09	
Sachgüter	257.0	318.8	294.1	-61.8	-19.4	-37.1	-12.6
Eigene Beiträge	19.3	0.0	18.6	19.3	...	0.7	3.9
<b>Total Ausgaben</b>	<b>276.3</b>	<b>318.8</b>	<b>312.7</b>	<b>-42.5</b>	<b>-13.3</b>	<b>-36.4</b>	<b>-11.6</b>
Abgang von Sachgütern	0.0	0.0	26.9	0.0	...	-26.9	-100.0
Beiträge für eigene Rechnung	18.4	25.8	42.7	-7.3	-28.5	-24.3	-56.9
Beiträge Spezialfinanzierungen	3.3	0.0	1.3	3.3	...	2.0	145.5
<b>Total Einnahmen</b>	<b>21.7</b>	<b>25.8</b>	<b>71.0</b>	<b>-4.0</b>	<b>-15.6</b>	<b>-49.3</b>	<b>-69.4</b>
Nettoinvestitionen	254.6	293.0	241.7	-38.5	-13.1	12.9	5.3
Bet. Verw. Verm. / Umw.	38.9	33.0	-0.2	5.9	17.8	39.1	...
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>293.5</b>	<b>326.0</b>	<b>241.5</b>	<b>-32.6</b>	<b>-10.0</b>	<b>52.0</b>	<b>21.5</b>

Bei Ausgaben von 276.3 Mio. Franken und Einnahmen von 21.7 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 254.6 Mio. Franken. Zusammen mit den Ausgaben von 38.9 Mio. Franken bei der Position Veränderungen von Darlehen, Beteiligungen und Umwidmungen beläuft sich der Saldo der Investitionsrechnung auf 293.5 Mio. Franken.

### 3.2.2 Ausgaben

Die gesamten Bruttoausgaben für Investitionen betragen für das Jahr 2010 257.0 Mio. Franken und liegen damit um 61.8 Mio. Franken (-19.4%) unter dem Budget 2010 resp. 37.1 Mio. Franken (-12.6%) unter der Rechnung 2009. Die Unterschreitung gegenüber dem Budget basiert u.a. auf mehrere nur im reduzierten Umfang realisierte oder auf noch nicht umgesetzte Vorhaben. Hier spielen zum Beispiel die Schwierigkeiten ein Bauvorhaben parallel zum normalen Betrieb zu vollziehen, Einsparungen, aber auch zu optimistische Budgetierungen eine Rolle.

### 3.2.3 Einnahmen

Die Position Beiträge für eigene Rechnung umfasst die Beiträge vom Bund, von anderen Kantonen und von Privaten an Investitionen > 300'000 Franken. Die Rechnung 2010 weist mit 18.4 Mio. Franken im Vergleich zur Rechnung 2009 einen um 24.3 Mio. Franken tieferen Betrag aus. Diese Abnahme ist insbesondere auf den Rückgang im Bereich des Nationalstrassenbaus zurückzuführen.

Bei den Spezialfinanzierungen, bei denen es sich um Beiträge aus dem Mehrwertabgabefonds handelt, wird in der Rechnung 2010 ein Wert von 3.3 Mio. Franken erreicht. Im 2010 sind rund 3.2 Mio. Franken für das Vorhaben Erlenmatt eingesetzt worden. Im Vorjahr wurden über diesen Fonds Vorhaben von insgesamt 1.3 Mio. Franken finanziert.

### 3.2.4 Darlehen und Beteiligungen

Per Saldo zeigt die Rechnung 2010 bei den Darlehen und Beteiligungen eine Zunahme von 39.1 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2009. Für die Realisierung des Projektes „Messezentrum Basel 2012“ wurde im 2010 ein Darlehen an die Messe Basel in Höhe von 30.0 Mio. Franken gewährt. Für den Umbau des BVB-Depots Wiesenplatz wurde ein Darlehen in Höhe von 10.0 Mio. Franken gewährt.

### 3.3 Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt die Änderungen des Bestandes an Flüssigen Mitteln sowie die Ursachen dieser Änderungen. Im Jahre 2010 hat der Bestand an Flüssigen Mitteln (Kasse, Postcheck, Banken) um rund 170.1 Mio. Franken von 160.2 Mio. auf 330.3 Mio. Franken zugenommen.

Bei den Finanzströmen wird unterschieden zwischen einem Geldfluss aus Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit. Als Vergleich sind die Werte des Jahres 2009 aufgeführt.

in Mio. Franken	2010	2009
<b>Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten</b>		
Saldo Laufende Rechnung	277.5	226.2
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	212.1	173.2
Veränderungen zweckgeb. Eigenkapital	476.3	81.3
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>965.9</b>	<b>480.7</b>
Zunahme (+) Abnahme (-) Rückstellungen Laufende Rechnung	-565.2	16.3
Sonstiger Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten	-474.5	258.4
<b>Total Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten</b>	<b>-73.8</b>	<b>755.4</b> <sup>1</sup>
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten</b>		
<b>Verwaltungsvermögen</b>		
Saldo Investitionsrechnung	-293.5	-241.5
Zunahme (+) Abnahme (-) Rückstellungen Investitionsrechnung	0.0	0.0
Liquiditätsunwirksame Buchungen Verwaltungsvermögen	12.5	-0.8
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten Verwaltungsvermögen</b>	<b>-281.0</b>	<b>-249.5</b>
<b>Finanzvermögen</b>		
Zunahme (-) Abnahme (+) Wertschriften	0.3	-0.2
Zunahme (-) Abnahme (+) Liegenschaften	-12.7	-12.3
Zunahme (-) Abnahme (+) Mobilien, Maschinen, Fahrz.	0.4	-1.6
Zunahme (-) Abnahme (+) Festgelder	142.7	-149.5
Zunahme (-) Abnahme (+) Darlehen und Hypotheken	-235.7	0.3
<b>Geldfluss aus Investitionstätigkeiten Finanzvermögen</b>	<b>-105.0</b>	<b>-163.3</b>
<b>Total Geldfluss aus Investitionstätigkeiten</b>	<b>-386.0</b>	<b>-412.8</b> <sup>2</sup>
<b>Total Geldfluss aus Verwaltungstätigkeiten und Investitionstätigkeiten</b>		
<b>Free Cash Flow</b>	<b>-459.8</b>	<b>342.6</b> <sup>3</sup>
<b>Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten</b>		
Zunahme (+) und Abnahme (-) Obligationenanleihen	-50.0	-200.0
Zunahme (+) und Abnahme (-) Übrige	730.0	-240.0
Zunahme (+) und Abnahme (-) Bet. und Darlehen	-50.0	-11.5
<b>Total Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten</b>	<b>630.0</b>	<b>-451.5</b> <sup>4</sup>
<b>Zunahme (+) / Abnahme (-) flüssige Mittel</b>	<b>170.1</b>	<b>-108.8</b> <sup>5</sup>
<b>Flüssige Mittel am Jahresende</b>	<b>330.3</b>	<b>160.2</b>
<b>Flüssige Mittel am Jahresanfang</b>	<b>160.2</b>	<b>269.0</b>

**Kommentar**

- 1 Im Berichtsjahr sind dem Kanton Basel-Stadt aus den Verwaltungstätigkeiten Flüssige Mittel in Höhe von 73.8 Mio. Franken abgeflossen.
  - 2 Aus Investitionstätigkeiten in den Bereichen Verwaltungs- und Finanzvermögen resultierte ein Mittelabfluss von 386.0 Mio. Franken.
  - 3 Als Saldo resultiert der sogenannte Free Cash Flow. Dieser betrug für das Jahr 2010 -459.8 Mio. Franken. Zur Deckung dieses Cash-Drains mussten Geldmittel aufgenommen werden.
  - 4 Aus Finanzierungstätigkeiten resultiert ein Mittelzufluss von 630.0 Mio. Franken.
  - 5 Der Saldo aus Free Cash Flow und Finanzierungstätigkeiten zeigt die Veränderungen bei den Flüssigen Mitteln. Diese nehmen 2010 um 170.1 Mio. Franken zu.
-

## 3.4 Bilanz

### 3.4.1 Überblick

Die Bilanzsumme hat im Berichtsjahr erstmals die Grenze von 6 Mia. Franken überschritten. Mit 6'120.9 Mio. Franken liegt diese um 754.1 Mio. Franken oder 14.1% über dem Vorjahreswert. Die Anteile von Finanz- und Verwaltungsvermögen am Gesamtvermögen verändern sich, nicht zuletzt wegen dem neuen Vorschuss für Spezialfinanzierung von 374.8 Mio. Franken, die PK-Sanierung Anteil Destinatäre betreffend. Auf der Passivseite sind nun fast 50% der Bilanzsumme in Mittel- und Langfristschulden angelegt. Der Anteil des Eigenkapitals, auf das unter den Passiven noch separat eingegangen wird, erhöht sich von 7.7 auf nun 19.0% deutlich, was auf das sehr gute Rechnungsergebnis zurückzuführen ist.

Die Zunahme hat im Wesentlichen 3 Gründe: hohe Einnahmen (v.a. Steuern) führten zu einem starken Geldzufluss, was sich positiv auf den Bestand der Flüssigen Mittel auswirkte (plus 170.1 Mio. Franken zu Vorjahr). Dann brachte die Einbuchung der IWB-Darlehen aus der Neubewertung des Unternehmenswertes 200 Mio. Franken an Darlehen im Finanzvermögen. Und schliesslich führte die bereits erwähnte Vorfinanzierung des PK-Sanierungsanteils der Destinatäre zu einer Zunahme von 374.8 Mio. Franken. Diese 3 Beträge zusammengerechnet entsprechen ziemlich genau dem Zuwachs der Bilanzsumme.

Die Bruttoschulden, die sich aus dem Total der Passiven abzüglich dem Eigenkapital errechnen, erhöhen sich um 7.2 Mio. auf 4'959.4 Mio. Franken. Die Nettoschulden, die sich aus den Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen sowie dem Vorschuss für Spezialfinanzierung errechnen, vermindern sich um 672.5 Mio. Franken, von 2'481.6 Mio. auf noch 1'809.2 Mio. Franken. Bereits im Vorjahr konnten die Nettoschulden um 239.2 Mio. Franken abgebaut werden. Bei den Pro-Kopf-Schulden ergibt sich folgendes Bild: die Bruttoschulden erhöhen sich um 13 Franken auf 26'027.– Franken. Die Nettoschulden reduzieren sich um 3'542.– Franken auf 9'495.–.

### Bilanz

in Mio. Franken	2010	Anteile in %	2009	Anteile in %	Abw.in Mio Franken	Abw. in %
Finanzvermögen	2'775.4	45.3	2'470.5	46.0	304.9	12.3
Verwaltungsvermögen	2'970.7	48.5	2'896.3	54.0	74.4	2.6
Vorschüsse für Spezialfinanzierungen	374.8	6.1	0.0	0.0	374.8	-
<b>Total Aktiven</b>	<b>6'120.9</b>	<b>100.0</b>	<b>5'366.8</b>	<b>100.0</b>	<b>379.3</b>	<b>7.1</b>
Kurzfristige Verpflichtungen	1'307.2	21.4	1'350.3	25.2	-43.1	-3.2
Mittel- und Langfristschulden	3'001.0	49.0	2'321.0	43.2	680.0	29.3
Übrige Verpflichtungen	557.3	9.1	1'179.8	22.0	-622.5	-52.8
Spezialfinanzierungen	93.9	1.5	101.1	1.9	-7.2	-7.1
Eigenkapital	1'161.5	19.0	414.6	7.7	746.9	180.1
<b>Total Passiven</b>	<b>6'120.9</b>	<b>100.0</b>	<b>5'366.8</b>	<b>100.0</b>	<b>754.1</b>	<b>14.1</b>

### 3.4.2 Aktiven

Die Zunahme der Flüssigen Mittel wurde bereits eingangs erwähnt. Mit 330.3 Mio. Franken hat sich der Bestand im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Eine Abnahme ist bei den Guthaben zu verzeichnen. Dort haben die Festgeldanlagen deutlich abgenommen. Bei der noch vorhandenen Position handelt es sich um Kundengelder der Staatsanwaltschaft. Eine Abnahme ergibt sich auch bei den Debitoren der Kontengruppe 115. Bei der Steuerverwaltung führten bessere Erkenntnisse über die Verlustquoten einzelner Risikogruppen zu einer Neu beurteilung respektive Bewertung des Delkredererisikos und zu einer Erhöhung der entsprechenden Wertberichtigung. Diese hat sich in der Folge von 47.8 Mio. Franken auf 97.0 Mio. Franken

mehr als verdoppelt. Die übrigen Steuerguthaben haben um 55.3 Mio. auf insgesamt 265.3 Mio. Franken zugenommen. Diese Erhöhung ist auf die höheren Ausstände bei den Quellensteuern (plus 48.3 Mio. auf 62.6 Mio. Franken) sowie auf den höheren Ausstand bei den veranlagten Steuern der Juristischen Personen zurückzuführen.

Das Total der Finanz- und Sachanlagen beträgt 1'775.5 Mio. Franken und liegt um 245.1 Mio. über dem Vorjahreswert. Von den 245.1 Mio. Franken entfallen 200 Mio. Franken auf das bereits eingangs erwähnte Darlehen der IWB und 35 Mio. Franken auf das Schuldscheindarlehen an die MCH Messe Schweiz AG. Der Wertzuwachs bei den Immobilien beträgt 12.7 Mio. Franken (auf 1'476.1 Mio. Franken) und wäre höher ausgefallen, wenn die Anlagen des Schlachthofs nicht vollständig abgeschrieben worden wären, was Zusatzabschreibungen von 20.1 Mio. Franken zur Folge hatte. Diese Zusatzabschreibung drängte sich auf, weil die Anlagen gemäss unterzeichnetem Vorvertrag bereits auf den 1.01.2011 hin unentgeltlich dem Baurechtnehmer übertragen wurden und das zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung der Werteverlust bekannt war. Das der Anlagenbestand bei den Liegenschaften dennoch höher liegt, hat mit den gestiegenen Neubewertungsreserven zu tun, was sich im Eigenkapital widerspiegelt.

Zugenommen haben auch die Aktiven Rechnungsabgrenzungspositionen, dies um 15.1 Mio. auf 135 Mio. Franken. Ein grosser Teil dieser Zunahme entfällt auf die Praxisänderung bei den Geldaufnahmekosten. Im Sinne einer korrekten Abgrenzung werden die Geldaufnahmekosten (wie auf der anderen Seite das Agio auch) über die gesamte Laufzeit der Anleihe abgegrenzt. Diese Abgrenzung führt zu einer entsprechenden Glättung dieser Aufwandposition über die nächsten Jahre.

Das Total der Sachanlagen im Verwaltungsvermögen nimmt um 24.5 Mio. auf 1'792.9 Mio. Franken zu, und dies obwohl auf den Grundstücken der Nationalstrassen Sonderabschreibungen in der Höhe von 47.2 Mio. Franken verbucht wurden. Die Sonderabschreibungen werden im Kapitel Laufende Rechnung (Kontengruppe 33 Abschreibungen) ausführlich begründet.

Bei den Finanzanlagen erhöhen sich sowohl die Saldi bei den Eigenen Anstalten wie auch jene bei den Privaten Institutionen. Erstere erhöhen sich um 20.6 Mio. Franken auf 1'104.8 Mio. Die Zunahme betrifft das Dotationskapital der BVB, das sich um 11.1 Mio. auf 292.4 Mio. Franken erhöht. Auch wurde eine erste Tranche von 10.0 Mio. Franken des Darlehens von maximal 45.1 Mio. Franken für den Um- respektive Ausbaus des Depots am Wiesenplatz ausbezahlt. Der Grosse Rat hatte mit Beschluss vom 20. Februar 2008, gestützt auf den Ratschlag 07.1354.01 und dem Bericht der UVEK Nr. 07.1354.02 den Regierungsrat ermächtigt, den BVB dieses Darlehen zu gewähren. Die Darlehen an Private Institutionen nehmen um 29.4 Mio. auf 73 Mio. Franken zu. Die Zunahme geht auf ein Darlehen an die MCH Messe Schweiz (Basel) AG zurück und steht im Zusammenhang mit dem Neubau Messezentrum Basel 2012.

Auf den Arbeitnehmeranteil an den PK-Sanierungskosten, der als Vorschuss auf eine Spezialfinanzierung geführt und über die nächsten Jahre wieder abgetragen wird, wurde bereits eingangs kurz hingewiesen.

Weitere Details zu den Sach- und den Finanzanlagen können dem Anhang zur Jahresrechnung entnommen werden.

### 3.4.3 Passiven

Die Abnahme beim Total der Laufenden Verpflichtungen ist auf die Abnahme bei den Kontokorrent- und den übrigen Verpflichtungen zurückzuführen. Die Kontokorrentverbindlichkeiten reduzieren sich um 55.5 Mio. auf 197.4 Mio. Franken und die übrigen Verpflichtungen um 194.5 Mio. auf 619.9 Mio. Franken. Bei den Kontokorrenten erhöht sich der Saldo bei den Direkten Bundessteuern, während sich jene mit den IWB und den BVB zurückbilden. Unter den übrigen Verpflichtungen werden auch die Steuervorauszahlungen ausgewiesen. Hier weisen die Natürlichen - wie auch die Juristischen Personen tiefere Endbestände aus. Diese Positionen, wie auch die Kontokorrente sind aber jeweils starken Schwankungen unterworfen.

Der Pensionskasse wurden die Anteile Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwiesen, die Gelder hierfür weitgehend auf dem Kapitalmarkt aufgenommen. Der Bestand an Festen Vorschüssen erhöht sich gegenüber Vorjahr um 915 Mio. Franken. Von diesen haben 185 Mio. Franken eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Die Schulden am Geldmarkt (Anleihen) betragen 2 Mia. Franken. Hier konnten im Berichtsjahr 50 Mio. Franken abgebaut werden. Im Anhang zur Jahresrechnung können weitere Details dazu entnommen werden.

Die Überweisung der Sanierungsbeiträge an die PK zeigt sich deutlich bei den Rückstellungen. Von den zurückgestellten Arbeitgeberanteilen von 562.3 Mio. Franken wurden deren 397.5 Mio. Franken überwiesen und die restlichen, nicht mehr benötigten 164.8 Mio. Franken erfolgswirksam aufgelöst. Reduziert hat sich auch die Rückstellung betreffend der Sammelklage in Sachen Schichtzulagen auf den Ferienlohn. Von den Ende 2009 zurückgestellten 9.2 Mio. Franken wurden 6.5 Mio. an die Mitarbeitenden ausbezahlt. Aufgrund einer neuen Einschätzung musste diese Rückstellung aber nochmals um 1.2 Mio. Franken erhöht werden. Erneut erhöht (um 7.1 Mio. Franken auf nun 107.4 Mio. Franken) hat sich die Rückstellung für die Zeitguthaben.

Deutlich reduziert hat sich das Total der Passiven Rechnungsabgrenzungen, dies v.a. durch die Rückbuchung der Vorjahresabgrenzungen beim Campus-Projekt in der Höhe von 33 Mio. Franken. Ein Teil der im Vorjahr unter den Transitorischen Passiven bilanzierten Beträge wird lediglich an anderer Stelle passiviert, so beispielsweise unter den Kontokorrenten (Kontengruppe 206) oder unter den übrigen Verpflichtungen (Kontengruppe 209).

Ebenfalls reduziert hat sich das Total bei den Spezialfinanzierungen, dies um 7.2 Mio. auf neu 93.9 Mio. Franken. Tiefere Bestände weisen der Mehrwertabgabe- und der Förderabgabefonds aus. Ersterer nimmt um 3.4 Mio. auf 27.4 Mio. Franken, letzterer um 7.7 Mio. Franken (auf einige wenige hundert Franken) ab. Höhere Bestände dagegen weisen der Krisen- und der Standortförderungs-fonds aus. Die Fondsentwicklungen sämtlicher genannten Fonds wird im Anhang dargestellt.

Das Eigenkapital des Kantons erhöht sich um beinahe 750 Mio. Franken auf 1'161.5 Mio. Franken. Damit beträgt der Anteil Eigenkapitals am Gesamtkapital nun 19% gegenüber 7.7% im Vorjahr. Das sehr gute Rechnungsergebnis erlaubte zudem die Vollabschreibung des Vorschusses des Arbeitgeberanteils der PK-Ausfinanzierung. Ein detaillierter Eigenkapital-Veränderungsnachweis findet sich ebenfalls im Anhang.





### 3.4.4 Anhang zur Jahresrechnung

#### 1 Aktiven

Bilanz in Franken	31.12.2010	31.12.2009	Abweichung	in %
100 Kasse	2'164'053	1'988'584	175'469	8.8
101 Postcheck	44'657'107	45'918'794	-1'261'687	-2.7
102 Banken	283'507'859	112'247'643	171'260'217	152.6
<b>Total Flüssige Mittel</b>	<b>330'329'019</b>	<b>160'155'021</b>	<b>170'173'998</b>	<b>106.3</b>
111 Kontokorrente	9'832'604	15'479'351	-5'646'747	-36.5
112 Steuerguthaben	265'257'638	209'947'100	55'310'539	26.3
115 Debitoren	238'867'896	275'510'421	-36'642'525	-13.3
116 Festgelder	8'304'188	151'000'000	-142'695'813	-
119 Übrige Guthaben	12'281'562	8'175'026	4'106'537	50.2
<b>Total Guthaben</b>	<b>534'543'888</b>	<b>660'111'897</b>	<b>-125'568'010</b>	<b>-19.0</b>
121 Wertschriften	15'401'092	15'668'519	-267'427	-1.7
122 Darlehen und Hypotheken	241'066'342	5'396'547	235'669'795	4'367.0 *
123 Liegenschaften	1'476'129'002	1'463'380'605	12'748'397	0.9 *
124 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	1'077'972	1'437'299	-359'327	- *
125 Vorräte	16'163'442	17'113'731	-950'289	-5.6 *
126 Anlagen in treuhändischer Verwaltung	25'667'841	27'390'484	-1'722'643	-6.3
<b>Total Anlagen</b>	<b>1'775'505'692</b>	<b>1'530'387'185</b>	<b>245'118'506</b>	<b>16.0</b>
130 Zinsen	4'593'423	2'542'699	2'050'723	80.7
131 Mieten, Pacht- u. Baurechtszinsen	7'029'952	2'839'084	4'190'868	147.6
132 Versicherungen	4'745'769	1'390'024	3'355'745	241.4
133 Subventionen	22'433'441	24'233'806	-1'800'364	-7.4
139 Übrige	96'193'765	88'859'785	7'333'981	8.3
<b>Total Aktive Rechnungsabgrenzungen</b>	<b>134'996'350</b>	<b>119'865'398</b>	<b>15'130'952</b>	<b>12.6</b>
<b>TOTAL FINANZVERMÖGEN</b>	<b>2'775'374'949</b>	<b>2'470'519'502</b>	<b>304'855'447</b>	<b>12.3</b>
140 Grundstücke	75'455'878	120'308'894	-44'853'016	-37.3
141 Tiefbauten	228'485'952	213'559'971	14'925'981	7.0 *
143 Hochbauten	1'321'459'499	1'259'812'945	61'646'554	4.9 *
144 Diverse Altanlagen	7'129'997	7'372'003	-242'006	-3.3 *
145 Sachanlagen aus Kleininvestitionen	25'540'593	25'998'634	-458'042	-1.8 *
146 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	130'223'087	127'582'464	2'640'622	2.1 *
149 Übrige	4'627'432	13'818'600	-9'191'168	-66.5 *
<b>Total Sachgüter</b>	<b>1'792'922'438</b>	<b>1'768'453'513</b>	<b>24'468'925</b>	<b>1.4 *</b>
153 Anstalten	1'104'784'929	1'084'151'342	20'633'587	1.9
155 Private Institutionen	73'014'239	43'662'862	29'351'377	67.2 *
<b>Total Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>1'177'799'168</b>	<b>1'127'814'204</b>	<b>49'984'964</b>	<b>4.4 *</b>
<b>TOTAL VERWALTUNGSVERMÖGEN</b>	<b>2'970'721'606</b>	<b>2'896'267'717</b>	<b>74'453'889</b>	<b>2.6</b>
180 PK-Sanierung Anteil Destinatäre	374'813'744	0	374'813'744	-
<b>TOTAL VORSCHÜSSE SPEZIALFINANZIERUNG</b>	<b>374'813'744</b>	<b>0</b>	<b>374'813'744</b>	<b>-</b>
<b>TOTAL AKTIVEN</b>	<b>6'120'910'299</b>	<b>5'366'787'218</b>	<b>754'123'081</b>	<b>14.1</b>

#### Kommentar

\* Details im Anhang zur Bilanz

**2 Passiven**

Bilanz in Franken	31.12.2010	31.12.2009	Abweichung	in %
200 Kreditoren	217'566'263	221'476'728	-3'910'466	-1.8
201 Depotgelder	77'161'810	57'637'539	19'524'272	33.9
205 Durchlaufende Beiträge	507'899	184'543	323'357	175.2
206 Kontokorrente	197'425'344	252'893'466	-55'468'122	-21.9
209 Übrige Verpflichtungen	619'941'038	814'412'937	-194'471'899	-23.9
<b>Total Laufende Verpflichtungen</b>	<b>1'112'602'354</b>	<b>1'346'605'212</b>	<b>-234'002'858</b>	<b>-17.4</b>
210 Feste Vorschüsse	185'000'000	0	185'000'000	-
219 Übrige kurzfristige Schulden	9'655'871	3'693'571	5'962'300	161.4
<b>Total Kurzfristige Schulden</b>	<b>194'655'871</b>	<b>3'693'571</b>	<b>190'962'300</b>	<b>5'170.1</b>
223 Obligationsanleihen	2'000'000'000	2'050'000'000	-50'000'000	-2.4
229 Übrige	1'001'000'000	271'000'000	730'000'000	269.4
<b>Total Mittel- und langfristige Schulden</b>	<b>3'001'000'000</b>	<b>2'321'000'000</b>	<b>680'000'000</b>	<b>29.3</b>
231 Personalversicherungskassen (PK)	3'912'376	18'435'737	-14'523'361	-78.8
233 Verwaltete Stiftungen	103'084'908	109'976'298	-6'891'390	-6.3
234 Eigenversicherungen für Schäden	34'445'056	26'349'862	8'095'193	30.7
<b>Total Verpflichtungen für Sonderrechnungen</b>	<b>141'442'339</b>	<b>154'761'898</b>	<b>-13'319'558</b>	<b>-8.6</b>
240 Laufende Rechnung	221'672'767	786'882'525	-565'209'758	-71.8
<b>Total Rückstellungen</b>	<b>221'672'767</b>	<b>786'882'525</b>	<b>-565'209'758</b>	<b>-71.8</b>
250 Zinsen	44'468'975	41'046'805	3'422'170	8.3
251 Mieten, Pacht- u. Baurechtzinsen	541'450	35'300	506'150	1'433.9
252 Versicherungen	22'318'182	15'572'609	6'745'573	43.3
253 Subventionen	8'744'438	6'048'122	2'696'316	44.6
259 Übrige	118'020'766	175'370'801	-57'350'036	-32.7
<b>Total Passive Rechnungsabgrenzungen</b>	<b>194'093'811</b>	<b>238'073'638</b>	<b>-43'979'827</b>	<b>-18.5</b>
280 Spezialfinanzierungen	93'893'609	101'134'879	-7'241'270	-7.2
<b>Total Spezialfinanzierungen</b>	<b>93'893'609</b>	<b>101'134'879</b>	<b>-7'241'270</b>	<b>-7.2</b>
<b>TOTAL FREMDKAPITAL</b>	<b>4'959'360'751</b>	<b>4'952'151'723</b>	<b>7'209'028</b>	<b>0.1</b>
290 Gewinnvortrag Laufende Rechnung	700'731'655	423'206'104	277'525'551	65.6
290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-490'800'292	-938'579'348	447'779'056	-47.7
290 Neubewertungsreserven Renditeliegenschaften	946'027'414	925'370'930	20'656'484	2.2
290 Gewinnrücklagen Museen und Heime	5'590'771	4'637'809	952'962	20.5
<b>TOTAL EIGENKAPITAL</b>	<b>1'161'549'548</b>	<b>414'635'495</b>	<b>746'914'052</b>	<b>180.1</b>
<b>TOTAL PASSIVEN</b>	<b>6'120'910'299</b>	<b>5'366'787'218</b>	<b>754'123'081</b>	<b>14.1</b>

**Kommentar**

\* Details im Anhang zur Bilanz

**Kontengruppe 121 Wertschriften**

Finanzvermögen in Franken	Anzahl	aktueller Wert	Buchwert	Buchwert	1
		31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009	
Schuldner / Beteiligungsgesellschaft					
AG zum Storchen, Namenaktien	80	12'000'000	12'000'000	12'000'000	
Novartis AG, Basel, Namenaktien	49'480	2'718'926	330'766	330'766	
Übrige	Diverse	682'166	901'815	901'815	
<b>Total Wertschriften vor Wertberichtigungen</b>		<b>15'401'092</b>	<b>13'232'581</b>	<b>13'232'581</b>	
Einzelwertberichtigungen		0	2'168'511	2'435'938	
<b>Total Wertschriften nach Wertberichtigungen</b>		<b>15'401'092</b>	<b>15'401'092</b>	<b>15'668'519</b>	

**Kommentar**

1 Aktueller Wert = Kurs- oder Steuerwert, falls nicht vorhanden, Nominalwert

**Kontengruppe 122 Darlehen und Hypotheken**

Finanzvermögen in Franken	Buchwert	Buchwert	1
	31.12.2010	31.12.2009	
Bezeichnung / Schuldner			
Ausbildungsdarlehen	1'092'182	944'617	
UKBB	58'766	50'371	
Übrige kurzfristige Darlehen	24'541	6'312	
Delkredere	-55'000	-100'000	
<b>Kurzfristige Darlehen und Vorschüsse</b>	<b>1'120'489</b>	<b>901'300</b>	
Industrielle Werke Basel IWB	200'000'000	0	2
MCH Messe Schweiz AG	35'000'000	0	3
<b>Langfristige Darlehen</b>	<b>235'000'000</b>	<b>0</b>	
Gesellschaft der Feuerschützen Basel	3'384'923	3'419'647	
Übrige Hypothekarguthaben	1'560'930	1'075'600	
<b>Hypothekarguthaben</b>	<b>4'945'853</b>	<b>4'495'247</b>	
<b>Total Darlehens- und Hypothekarguthaben</b>	<b>241'066'342</b>	<b>5'396'547</b>	

**Kommentar**

1 Aktueller Wert = Kurs- oder Steuerwert, falls nicht vorhanden, Nominalwert

2 Gemäss RRB Nr. 09/31/25-25.3 vom 13. Oktober 2009, Ratschlag zum Gesetz Industrielle Werke, Wirksamkeit, Ziff. 3. (P-Nummern 081344, 091724, 075165 und 058315). Zum Aufwertungsgewinn siehe Ausführungen in Kapitel 3 Laufende Rechnung, Details zur Kontengruppe 43 Entgelte.

3 10-jähriges, rückzahlbares und verzinsliches Schuldscheindarlehen gemäss Vertrag vom 16. Juni 2010.

**Kontengruppe 123 Liegenschaften**

Finanzvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010	
Immobilien	611'494'457	25'854'606	-686'836	-8'132'987	0	628'529'240	<sup>1</sup>
Veränderung durch Neubewertung	716'039'195	26'281'288	0	0	-1'830'720	740'489'762	<sup>1</sup>
Parkhäuser	40'398'787	630'609	0	0	0	41'029'395	<sup>1</sup>
Veränderung durch Neubewertung	74'701'213	0	0	-7'124'804	-1'495'805	66'080'605	<sup>1</sup>
Schlachthof	20'746'953	0	0	0	-20'746'953	0	<sup>2</sup>
<b>Total Grundstücke und Bauten</b>	<b>1'463'380'605</b>	<b>52'766'502</b>	<b>-686'836</b>	<b>-15'257'790</b>	<b>-24'073'479</b>	<b>1'476'129'002</b>	

**Kommentar**

- 1 Ergeben in der Summe das Total „Marktwerte der Renditeliegenschaften“. Siehe auch Übersicht zu den Leasingverpflichtungen, Versicherungs- und Marktwerte im Anhang.
- 2 Siehe auch Kommentar zu den Abschreibungen (Kontengruppe 33) in Kapitel 3 Die Jahresrechnung.

**Kontengruppe 124 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge**

Finanzvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010	
Maschinen, Mobilien, Fahrzeuge	1'437'299	0	0	-3	-359'324	1'077'972	<sup>1</sup>
<b>Total Maschinen, Mobilien, Fahrzeuge</b>	<b>1'437'299</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-3</b>	<b>-359'324</b>	<b>1'077'972</b>	

**Kommentar**

- 1 Beim Abgang handelt es sich um den Restbuchwert der 3 Fahrgastschiffe, die im 2010 an die BPG AG übertragen wurden (RRB 09/41/36 vom 22.12.2009).

**Kontengruppe 140 Grundstücke (unbebaut)**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010	
Grundstücke allgemein	120'308'894	2'290'515	0	0	-47'143'531	75'455'878	<sup>1</sup>
<b>Total Grundstücke</b>	<b>120'308'894</b>	<b>2'290'515</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-47'143'531</b>	<b>75'455'878</b>	

**Kommentar**

- 1 Siehe auch Kommentar zu den Abschreibungen (Kontengruppe 33) in Kapitel 3 Die Jahresrechnung.

**Kontengruppe 141 Tiefbauten**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
Anlagen und Plätze	6'305'413	2'470'101	-116'277	0	-1'055'287	7'603'950
Strassen / Stadtgestaltung	129'651'389	35'178'244	-12'953'544	270'346	-16'171'128	135'975'308
Brücken / Viadukte	8'359'428	3'079'477	0	0	-1'394'324	10'044'581
Parkhäuser	2'603'058	0	0	0	-390'459	2'212'599
Abwasseranlagen	7'574'093	1'833'109	0	6'266	-1'226'178	8'187'290
Kanalisation	52'291'530	13'946'740	0	-6'266	-8'626'934	57'605'070
Gewässerkorrekturen	4'677'971	3'073'624	0	0	-894'441	6'857'154
Übrige Anlagen im Tiefbau	2'097'089	0	0	-1'966'021	-131'068	0
<b>Total Tiefbauten</b>	<b>213'559'971</b>	<b>59'581'295</b>	<b>-13'069'821</b>	<b>-1'695'675</b>	<b>-29'889'818</b>	<b>228'485'952</b>

**Kontengruppe 143 Hochbauten**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
Bauten im Bereich						
Sicherheit (Strafanstalten)	87'386'288	1'320'270	-5'590	0	-3'529'640	85'171'328
Verwaltung	77'074'497	876'295	0	0	-3'089'866	74'860'926
Bildung und Kultur	644'345'013	54'019'893	-2'618'419	-5	-26'498'662	669'247'819
Gesundheit	364'478'655	49'893'076	-23'604	0	-12'693'940	401'654'187
Übrige	86'528'493	2'819'719	-6'755	4'935'280	-3'751'498	90'525'239
<b>Total Hochbauten</b>	<b>1'259'812'945</b>	<b>108'929'253</b>	<b>-2'654'368</b>	<b>4'935'275</b>	<b>-49'563'606</b>	<b>1'321'459'499</b>

**Kontengruppe 144 Diverse Altanlagen**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
Hochbauten	227'968	0	0	0	-5'636	222'332
Tiefbauten	50'444	0	0	0	-42'106	8'338
Zivilschutzanlagen	7'093'591	0	0	0	-194'264	6'899'327
<b>Total Diverse Altanlagen</b>	<b>7'372'003</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-242'006</b>	<b>7'129'997</b>

**Kontengruppe 145 Sachanlagen aus Kleininvestitionen**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
Maschinen / Anlagen	6'242'953	2'123'398	0	-23'042	-1'208'828	7'134'482
Mobiliar / Einrichtungen	1'405'108	147'096	0	-51'181	-265'264	1'235'760
IT, Hard- und Software	2'519'831	1'249'892	0	-85'744	-544'913	3'139'067
Verkehrsmittel	4'278'458	1'550'209	0	0	-1'775'122	4'053'544
Anlagen Spitäler	11'552'285	549'655	0	-500'515	-1'623'685	9'977'741
<b>Total Sachanlagen Kleininv.</b>	<b>25'998'634</b>	<b>5'620'250</b>	<b>0</b>	<b>-660'481</b>	<b>-5'417'811</b>	<b>25'540'593</b>

**Kontengruppe 146 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge Umbewert. 2010	Erhalt. Beiträge 2010	Abgänge Umbuch. 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
Anlagen	10'887'170	972'102	0	0	-3'492'031	8'367'242
Maschinen / Apparate	53'062'180	15'351'774	-774'795	0	-18'704'724	48'934'436
Signalanlagen	2'828'461	2'615'026	0	1'905'511	-664'073	6'684'924
Mobilien / Einrichtungen	12'980'327	11'104'368	0	0	-10'141'554	13'943'141
Hardw. / Netzwerke / Grossrechner	25'179'189	10'761'163	0	0	-9'232'213	26'708'139
Software / Informatiklösungen	15'521'419	5'072'175	-17'400	-66'951	-5'473'453	15'035'791
Fahrzeuge	7'008'586	6'682'921	-331'962	0	-3'285'818	10'073'727
Schiffe / Boote	115'132	484'752	0	0	-124'198	475'687
<b>Total Mob., Masch., Fahrz.</b>	<b>127'582'464</b>	<b>53'044'282</b>	<b>-1'124'157</b>	<b>1'838'560</b>	<b>-51'118'064</b>	<b>130'223'087</b>

**Kontengruppe 149 Übrige Sachgüter**

Verwaltungsvermögen in Franken	Buchwert 01.01.2010	Zugänge 2010	Erh.Beiträge 2010	Abgänge 2010	Abschreib. 2010	Buchwert 31.12.2010
A.O. Rechnungsabgrenzungen	13'818'600	4'627'432	0	-13'818'600	0	4'627'432 <sup>1</sup>
<b>Total Übrige Sachgüter</b>	<b>13'818'600</b>	<b>4'627'432</b>	<b>0</b>	<b>-13'818'600</b>	<b>0</b>	<b>4'627'432</b>

**Kommentar**

- 1 Der Regierungsrat hat mit Beschluss 11/03/11 vom 25. Januar 2011 ausserordentliche Rechnungsabgrenzungspositionen von insgesamt 4'831'717 Franken beschlossen. Bei der Differenz handelt es sich um Positionen, die über die Laufende Rechnung und nicht über die Investitionsrechnung geführt werden.

**Kontengruppe 153 Darlehen und Beteiligungen an Anstalten**

Buchwert > 1 Mio. Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009
<b>Dotationskapital Basler Kantonalbank</b>				
Tranche	4.550%	29.09.00-29.09.10	0	10'000'000
Tranche	2.270%	30.11.05-29.09.10	0	25'000'000
Tranche	0.980%	02.03.09-02.03.11	20'000'000	20'000'000
Tranche	3.750%	20.07.01-20.07.11	15'000'000	15'000'000
Tranche	3.100%	25.09.07-20.07.11	8'000'000	8'000'000
Tranche	2.900%	18.08.06-18.08.12	30'000'000	30'000'000
Tranche	1.230%	31.03.09-30.03.12	20'000'000	20'000'000
Tranche	2.800%	01.02.08-01.02.13	10'000'000	10'000'000
Tranche	3.240%	30.09.08-30.09.13	10'000'000	10'000'000
Tranche	2.040%	12.12.08-12.12.13	10'000'000	10'000'000
Tranche	2.950%	30.09.04-30.09.14	46'000'000	46'000'000
Tranche	1.220%	29.09.10-29.09.15	35'000'000	0
<b>Total Dotationskapital Basler Kantonalbank</b>			<b>204'000'000</b>	<b>204'000'000</b>
Industrielle Werke Basel (IWB)			530'000'000	530'000'000
Basler Verkehrsbetriebe Basel (BVB)			292'380'598	281'267'011 <sup>1</sup>
Schweiz. Rheinhäfen (SRH)			38'404'331	38'404'331
Universität beider Basel			30'000'000	30'000'000
Basler Verkehrsbetriebe Basel (BVB)			10'000'000	0 <sup>2</sup>
Basler Personen-Schiffahrtsgesellschaft (BPG)			0	480'000 <sup>3</sup>
<b>Total Übrige</b>			<b>900'784'929</b>	<b>880'151'342</b>
<b>Total Darlehen und Beteiligungen an Anstalten</b>			<b>1'104'784'929</b>	<b>1'084'151'342</b>

**Kommentar**

- 1 Veränderung durch Investitionen nach §16 Gesetz über den öffentlichen Verkehr (Bahninfrastruktur).
- 2 Siehe auch Ausführungen in Kapitel 3.4 Bilanz (Details zu den Aktiven in Kapitel 3.4.2).
- 3 Das Darlehen wurde per 31.12.2010 zurückbezahlt.

**Kontengruppe 155 Darlehen u. Beteiligungen an privaten Institutionen**

Buchwert > 1 Mio. Franken	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009		
Schuldner:				
MCH Messe Schweiz AG	30'000'000	0	2	
Verein für Jugendfürsorge, Basel	4'914'648	4'914'648		
E.E. Zunft zu Safran, Basel	2'304'116	2'349'008		
Schweizerisches Tropeninstitut, Basel	2'000'000	2'000'000		
St. Claraspital AG, Basel	1'740'000	1'875'000		
Gemeinnütziger Verein für Alterswohnungen, Basel	1'387'795	1'396'864		
Übrige Hypotheken / Darlehen	2'564'733	2'974'394		
<b>Total Hypotheken und Darlehen</b>	<b>44'911'292</b>	<b>15'509'914</b>		
Kurswert > 1 Mio. Franken oder Anteil > 50%	Beteil.Quote 31.12.2010	akt. Wert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009
Beteiligungsgesellschaft:				
MCH Messe Schweiz AG, NA Nom Fr. 100.–	33.5%	76'840'884	25'905'170	25'905'170
AG zum Storchen, Basel		12'000'000	800'000	800'000
Vereinigte Schweiz. Rheinsalinen, Pratteln	14%	11'375'243	520'500	520'500
Schweiz. Nationalbank		1'342'440	406'800	406'800
RIMAS Insurance-Broker AG, Basel	100%	200'000	200'000	200'000
BLT Baselland Transport		1'027'700	124'621	124'621
Übrige Aktien, Partizipations- u. Anteilscheine	Diverse	493'050	145'856	195'857
<b>Total Wertschriften</b>		<b>103'279'317</b>	<b>28'102'947</b>	<b>28'152'948</b>
<b>Total Darlehen und Beteiligungen an privaten Institutionen</b>			<b>73'014'239</b>	<b>43'662'862</b>

**Kommentar**

- 1 Aktueller Wert = Kurs- oder Steuerwert.
- 2 Der Grosse Rat hat mit Beschluss Nr. 08/11/9G vom 12.03.2008 dem Ratschlag betreffend Messezentrum Basel 2012 zugestimmt. Ziff VIII regelt die Finanzierungsbeiträge.



**Kontengruppe 210 Feste Vorschüsse**

in Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	<sup>1</sup>
Fester Vorschuss	0.170%	31.12.10-31.03.11	20'000'000	0	
Fester Vorschuss	0.170%	31.12.10-31.03.11	30'000'000	0	
Fester Vorschuss	0.210%	31.12.10-31.05.11	100'000'000	0	
Fester Vorschuss	0.125%	01.07.10-01.07.11	35'000'000	0	
<b>Total Feste Vorschüsse</b>			<b>185'000'000</b>	<b>0</b>	

**Kommentar**

1 Die Buchwerte entsprechen den Nominalwerten.

**Kontengruppe 223 Anleihen**

in Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	<sup>1</sup>
Anleihe	4.000%	08.03.00-08.03.10	0	150'000'000	
Anleihe	2.500%	12.11.03-12.11.10	0	300'000'000	
Anleihe	4.250%	08.09.00-08.09.11	250'000'000	250'000'000	
Anleihe	3.625%	15.05.02-15.05.12	200'000'000	200'000'000	
Anleihe	2.500%	28.11.08-28.11.13	250'000'000	250'000'000	
Anleihe	2.500%	28.01.05-28.01.15	500'000'000	500'000'000	
Anleihe	1.875%	31.05.10-31.05.19	400'000'000	0	
Anleihe	3.250%	31.01.08-31.01.20	400'000'000	400'000'000	
<b>Total Anleihen</b>			<b>2'000'000'000</b>	<b>2'050'000'000</b>	

**Kommentar**

1 Die Buchwerte entsprechen den Nominalwerten.

**Kontengruppe 229 Übrige mittel- und langfristige Schulden**

in Franken	Zinssatz	Laufzeit	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	<sup>1</sup>
Darlehen	2.380%	27.08.04-27.08.10	0	50'000'000	
Darlehen	4.500%	29.09.00-29.09.10	0	10'000'000	
Darlehen	3.700%	20.07.01-20.07.11	15'000'000	15'000'000	
Darlehen	2.620%	30.01.04-30.01.12	50'000'000	50'000'000	
Darlehen	0.670%	31.03.10-30.03.12	100'000'000	0	
Darlehen	0.430%	31.12.10-31.12.12	100'000'000	0	
Darlehen	3.030%	31.10.03-31.10.13	100'000'000	100'000'000	
Darlehen	0.670%	31.12.10-31.12.13	50'000'000	0	
Darlehen	0.700%	31.12.10-31.12.13	50'000'000	0	
Darlehen	1.440%	04.01.10-02.05.14	70'000'000	0	
Darlehen	1.520%	04.01.10-04.09.14	100'000'000	0	
Darlehen	2.900%	30.09.04-30.09.14	46'000'000	46'000'000	
Darlehen	0.940%	31.12.10-31.12.14	200'000'000	0	
Darlehen	1.813%	04.01.10-04.01.16	120'000'000	0	
<b>Total Übrige mittel- und langfristige Schulden</b>			<b>1'001'000'000</b>	<b>271'000'000</b>	

**Kommentar**

1 Die Buchwerte entsprechen den Nominalwerten.

**Kontengruppe 233 Verpflichtungen gegenüber verw. Stiftungen (Fonds, Legate etc.)**

in Franken	Verantw. Dienststelle	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	
Stromsparfonds Betriebe	831	47'342'214	52'696'784	<sup>1</sup>
Swisslos-Fonds	501	13'575'473	10'996'905	
Stromsparfonds Haushalte	831	12'534'097	14'666'707	<sup>1</sup>
Swisslos-Sportfonds	290	9'150'760	8'998'111	
Nachlass G. + M. Kinzel	375	7'079'086	6'796'606	
Diverse Fonds im Spitalbereich	DIV. GD	4'665'971	3'523'308	
Diverse Fonds im Schulbereich	DIV. ED	2'079'634	1'861'585	
Stipendienfonds der Basler Schulen	271	1'034'187	1'103'217	
Alkoholzehntel	701	1'010'375	998'871	
Drittmittel Gesundheitsschutz	706	689'830	0	<sup>2</sup>
Louis-Dietrich-Böhme Legat	290	680'263	685'450	
Restmittel diverse Fonds Sozialhilfe (ex. Bürgergemeinde)	822	639'378	639'378	
Schützen-Totofonds	509	536'104	428'540	
Nachlass Karl Wilhelm Kratt	403	508'076	226'826	
Fonds Sonderschulheim zur Hoffnung	290	409'254	178'929	
Rückforderungen Fonds Mehrwertabgaben	601	268'866	560'354	
Spielsuchtabgabe	701	183'805	184'059	
St. Jakobs- und Winkelriedfonds	501	0	4'599'936	<sup>3</sup>
Übrige unter 100'000.– Franken	DIV. DST	697'535	830'731	
<b>Total Verpflichtungen gegenüber Stiftungen</b>		<b>103'084'908</b>	<b>109'976'298</b>	

**Kommentar**

- 1 Die Verwendung der Mittel aus diesem Fonds müssen gemäss gesetzlicher Bestimmung in der Staatsrechnung offengelegt werden. Die Fondsentwicklung ist im Anhang separat dargestellt.
- 2 Bisher in der Kontengruppe 206 Kontokorrente bilanziert.
- 3 Der Fonds wird extern weitergeführt. Die Mittel werden in einer selbständigen Stiftung geführt.

**Kontengruppe 234 Eigenversicherungen**

in Franken	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009
Schwankungsrückstellungen		
Personen / Sach / Haft	34'445'056	26'349'862
<b>Total Schwankungsrückstellungen</b>	<b>34'445'056</b>	<b>26'349'862</b>

**Kontengruppe 240 Rückstellungen Laufende Rechnung**

in Franken	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009
Ferien- und Überzeitguthaben	107'381'538	100'240'832
PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen	66'800'000	71'360'000
Alllastensanierungen	20'819'417	10'198'642
Eingetretene Versicherungsschäden	7'902'834	8'682'215
Mehrwertabgaben Schoren Areal	4'500'000	4'500'000
Sammelklage Ferienzulagen	3'984'519	9'200'000
Bildungsraum Nordwestschweiz, Zusatzfinanzierung	2'050'000	1'450'000
Grabungskosten Archäologische Bodenforschung	2'012'234	2'177'622
Kosten an ein EU-Forschungsprojekt (UPK)	1'448'705	944'775
PK-Umstellungskosten Institutionen	1'352'139	1'352'139
Neuordnung Abfallbewirtschaftung, Transfer und Auflösung alter Bukr.	1'050'000	1'050'000
AG-Beiträge und Honorare aus privatärztlicher Tätigkeit (USB)	806'000	820'000
PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Staat	0	562'300'000
Einnahmefälle im Spitalbereich	0	3'497'000
Repartitionsanteile an der Direkten Bundessteuer	0	3'000'000
Sanierungsbeitrag an die Kuppel der Markthalle, Anteil Staat	0	2'771'297
Sanierung PK Basler Personenschiffahrtsgesellschaft	0	1'400'000
Übrige unter 500'000 Franken	1'565'381	1'938'003
<b>Total Rückstellungen betr. die Laufende Rechnung</b>	<b>221'672'767</b>	<b>786'882'525</b>

**Kommentar**

1 Aufgelöst auf Empfehlung der Finanzkontrolle.

**Kontengruppe 280 Spezialfinanzierungen**

in Franken	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	46'335'253	44'538'839	1
Arbeitslosenfonds	8'808'263	8'811'193	
Standortförderungsfonds	8'658'543	6'718'583	1
Hilfsfonds für das Staatspersonal	335'960	327'390	
Poolgelder privatärztlicher Tätigkeiten	103'508	0	2
<b>Total Fonds aus allgemeinen Mitteln</b>	<b>64'241'527</b>	<b>60'396'006</b>	
Fonds Mehrwertabgaben	27'387'232	30'787'266	1
Fonds Ersatzbeiträge für Schutzbauten	1'522'314	1'483'418	
Fonds Gasttaxen	416'070	437'018	1
Fonds Mehrwertabgaben Walderhaltung	158'840	161'497	
Fonds Rodungsersatz	100'000	100'000	
Fonds Ersatzabgaben Baumfällungen	49'800	24'400	
Fonds Rheinbewirtschaftung	16'955	16'330	
Fonds Förderabgaben	871	7'728'944	1
<b>Total Fonds aus zweckgebundenen Mitteln</b>	<b>29'652'082</b>	<b>40'738'873</b>	
<b>Total Spezialfinanzierungen</b>	<b>93'893'609</b>	<b>101'134'879</b>	

**Kommentar**

- 1 Die Fondsentwicklung wird im Anhang separat dargestellt.
- 2 Im Vorjahr unter Rückstellungen Laufende Rechnung (Kontengruppe 240) bilanziert.

**Kontengruppe 290 Eigenkapital**

Eigenkapitalveränderungsnachweis in Franken	Bestand pro Kategorie 2010	Bewegungen 2010	Bestand pro Kategorie 2009	Bewegungen 2009
<b>Eigenkapital per 01.01.</b>		<b>414'635'495</b>		<b>113'666'999</b>
Gewinn- und Verlustvortrag	423'206'104		197'041'208	
Ergebnis Laufende Rechnung	277'525'551	277'525'551	226'164'896	226'164'896
<b>Ergebnis Laufende Rechnung</b>	<b>700'731'655</b>		<b>423'206'104</b>	
Vortrag Spezialfinanzierungen	-938'579'348		-978'884'348	1
Ausfinanzierung Anteil Versicherte	48'809'812	48'809'812	18'004'000	18'004'000 1
Ausfinanzierung Anteil Arbeitgeber	398'969'244	398'969'244	22'301'000	22'301'000 1
<b>Spezialfinanzierungen im Eigenkapital</b>	<b>-490'800'292</b>		<b>-938'579'348</b>	1
Vortrag Wertschwankungsreserven	0		-207'814	
Einfluss positive Schwankungsreserven	0	0	0	0
Einfluss negative Schwankungsreserven	0	0	207'814	207'814
<b>Wertschwankungsreserven Derivate</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	
Vortrag Neubewertungsreserven	925'370'930		894'002'159	
Neubewertung Renditeliegenschaften	16'656'484	16'656'484	31'368'771	31'368'771
<b>Bewertungsreserven</b>	<b>942'027'414</b>		<b>925'370'930</b>	
Vortrag IBS Nachhaltigkeitsfonds	0		0	
Einfluss durch Erhöhung von Rücklagen	4'000'000	4'000'000	0	2
Einfluss durch Entnahmen von Rücklagen	0	0	0	
<b>IBS Nachhaltigkeitsfonds</b>	<b>4'000'000</b>		<b>0</b>	
Vortrag Bonus/Malus	474'380		197'482	
Einfluss Bonus-Gutschriften	292'400	292'400	281'000	281'000
Einfluss Malus-Belastungen und Entnahmen	-282'522	-282'522	-4'102	-4'102
<b>Bonus/Malus-Vorträge (v.a. Museen)</b>	<b>484'258</b>		<b>474'380</b>	
Vortrag Rücklagen Museen	2'428'996		1'518'312	
Einfluss durch Erhöhung von Rücklagen	241'400	241'400	1'002'000	1'002'000
Einfluss durch Entnahmen von Rücklagen	-1'002'000	-1'002'000	-91'316	-91'316
<b>Rücklagen Sonderausstellungen Museen</b>	<b>1'668'396</b>		<b>2'428'996</b>	
Vortrag Rücklagen Schulheime	1'734'433		0	
Einfluss durch Erhöhung von Rücklagen	1'895'907	1'895'907	1'734'433	1'734'433
Einfluss durch Entnahmen von Rücklagen	-192'223	-192'223	0	0
<b>Rücklagen Schulheime</b>	<b>3'438'116</b>		<b>1'734'433</b>	
<b>Eigenkapital per 31.12.</b>	<b>1'161'549'548</b>	<b>1'161'549'548</b>	<b>414'635'495</b>	<b>414'635'495</b>

**Kommentar**

1 Siehe auch Anhang zu 290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital.

2 Der Regierungsrat hat mit Beschluss 11/05/46 vom 08. Februar 2011 dem Konzept für ein nachhaltiges Immobilienmanagement im Finanzvermögen des Kantons und damit auch der Äufnung des Fonds zugestimmt.

**Anhang zu 233 Verwaltete Stiftungen / Fonds**

in Franken

2010

2009

**Fonds Stromsparfonds Haushalte**

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>14'666'707</b>	<b>15'233'755</b>
Lenkungsabgabe	9'889'503	10'941'917
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	1'173'694	1'715'187
Zinsen	332'296	346'827
<b>Total Einnahmen</b>	<b>11'395'493</b>	<b>13'003'931</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-13'163'500	-13'212'375
Übrige Dienstleistungen	-86'197	-103'087
Sachkosten	-8'723	-10'063
Spesen PC	-13'132	-13'795
Verwaltungsaufwand	-256'550	-231'659
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-13'528'103</b>	<b>-13'570'979</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>12'534'097</b>	<b>14'666'707</b>

**Fonds Stromsparfonds Betriebe**

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>52'696'784</b>	<b>43'561'017</b>
Lenkungsabgabe	28'209'635	27'610'040
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	5'899'437	5'742'715
Zinsen	719'259	722'918
<b>Total Einnahmen</b>	<b>34'828'330</b>	<b>34'075'674</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-39'173'968	-23'570'245
Rückzahlung an Energie-intensive Betriebe	-472'277	-830'373
Übrige Dienstleistungen	-10'858	-5'896
Sachkosten	-729	-4'841
Spesen PC	-201	-211
Verwaltungsaufwand	-524'867	-528'341
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-40'182'900</b>	<b>-24'939'907</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>47'342'214</b>	<b>52'696'784</b>

**Anhang zu 280 Spezialfinanzierungen / Diverse Fonds**

in Franken	2010	2009
<b>Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>44'538'839</b>	<b>42'147'189</b>
Einlage gemäss § 3 des Fondsgesetz	7'000'000	7'000'000
a.o. Einlage gem. GRB 08/37/7.16		
<b>Total Einlagen</b>	<b>7'000'000</b>	<b>7'000'000</b>
Projekte Jugendarbeitslosigkeit	-2'809'297	-2'754'090
Arbeitslosenhilfe ALH	-721'887	-702'329
Kostenbeteiligung an Bundesmassnahmen	-366'651	-36'316
Worklight	-734'765	-627'655
Gemeinde Riehen	-200'000	-200'000
Deutsch Integration	-140'000	-120'000
Notfälle	-8'162	
Kontaktstelle für Arbeitslose	-69'000	-36'000
Saga Taglohnarbeit	-125'000	-125'000
Stiftung Arbeitslosenrapen	-2'640	-6'960
Verwaltungsaufwand	-26'183	
Total Programme	-5'203'586	-4'608'350
<b>Ergebnis Fonds (Entnahme)</b>	<b>-5'203'586</b>	<b>-4'608'350</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>46'335'253</b>	<b>44'538'839</b>
<b>Standortförderungsfonds</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>6'718'583</b>	<b>6'804'210</b>
Einlage gem. §3 des Fondsgesetz	1'000'000	1'000'000
Darlehen Bund	3'000'000	
<b>Total Einlagen</b>	<b>4'000'000</b>	<b>1'000'000</b>
Mietzins erleichterung	47'336	-134'692
Euro Airport, Jet Aviation		-293'386
Kreativwirtschaft	-45'005	
Technologiepark Basel	-1'569'237	
i-net Basel Nano	-250'709	-179'667
Spin-off-Inkubator	-210'145	-445'602
Swiss Innovation Forum	-32'280	-32'280
<b>Ergebnis Fonds (Entnahme)</b>	<b>-2'060'040</b>	<b>-1'085'627</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>8'658'543</b>	<b>6'718'583</b>
<b>Gasttaxen-Fonds (5-erli Fonds)</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>437'019</b>	<b>406'693</b>
Gasttaxen 5-erli-Fonds	105'780	94'473
<b>Total Einlagen</b>	<b>105'780</b>	<b>94'473</b>
TNW/BLT / Basel Mobility	-69'581	

in Franken	2010	2009
Welcome-Aktion „Basel-World“ 2010	-18'648	-13'708
Welcome-Aktion „Art Basel“ 2010	-13'592	-33'314
PD/Welcome-Geschenke 10	-20'000	-17'125
Kreisvier	-4'882	
Debitorenverlust	-26	
<b>Total Entnahmen</b>	<b>-126'728</b>	<b>-64'147</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>416'070</b>	<b>437'019</b>

#### Fonds Mehrwertabgaben BPG § 121

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>30'787'266</b>	<b>31'537'675</b>
Bezahlte Mehrwertabgaben	322'393	3'021'966
<b>Total Einlagen</b>	<b>322'393</b>	<b>3'021'966</b>
Erlenmatt, Reinig. 1+2, GRB 07/42/10G, 17.10.07	-3'172'408	
Volta West, Beitrag Hofgestaltung	-290'000	
Falkensteinerpark Neugestaltung, GRB 06/03/23G, 18.01.06	-61'043	
Voltamatte Projektierungskredit	-49'510	
Dreirosenanlage, Neugestaltung Entwicklungsbeitrag (Laufende Rechnung)	-40'814	
Claramatte, Entwicklungsbeitrag (Laufende Rechnung)	-33'376	
Klingentalweglein, Planungskredit (Laufende Rechnung)	-23'847	
Elisabethenanlage, Umgestaltung GRB 05/23/15G, 08.06.05 (P050359)	-22'021	
Matthäuskirchplatz, Neugestaltung, GRB 05/36/13/G, 07.09.05	-21'214	
Theodorsgrabenanlage, GRB 05/50/16G, 15.12.05	-12'000	
Matthäuskirchplatz, Neugestaltung Entwicklungsbeitrag (Laufende Rechnung)	-10'873	
St. Johannis-Park mit Pavillon, GRB 10/42/21G, 20.10.10	-10'869	
Diverse Kanalisationsbeiträge	-2'273	
Voltamatte Neugestaltung, GRB 19.5.2010	-2'182	
Beitrag Private an Erlenmattspielplatz (Lions Club, BS)	30'000	
<b>Total Entnahmen</b>	<b>-3'722'428</b>	<b>-3'772'375</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>27'387'231</b>	<b>30'787'266</b>

#### Fonds Förderabgabe ENG § 16

<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>7'728'944</b>	<b>3'430'969</b>
Einnahmen Förderabgabe	10'611'353	11'195'020
Globalbeitrag Bundesamt für Energie	918'800	7'401'700
Bundesbeitrag Entwicklung Gebäudeprogramm	778'975	12'000
Externe Beiträge an Aktionen	0	4'000
Rückzahlung Darlehen/Contracting	60'000	
<b>Total Einnahmen Förderabgabe</b>	<b>12'369'128</b>	<b>18'612'720</b>
Energieberatung	-370'144	-370'144
Infos / Drucksachen / Statistik EnG	-278'304	-196'842
Studien Veranstaltungen	-130'251	-111'296
Akonto Verwaltungsaufwand Vollzug EnG	-893'900	-1'028'500
Ausgleich Vollzug EnG Differenz Vorjahr	69'000	47'096
Akonto Verwaltungsaufwand Förderung	-922'800	-825'500



in Franken	2010	2009
Ausgleich Förderung Differenz Vorjahr	-37'716	18'091
Beiträge		
Beiträge Gebäudeprogramm	-778'975	0
Isolationen	-2'696'965	-3'312'459
Solar thermisch	-1'987'560	-1'730'863
Photovoltaik	-1'083'235	-1'452'996
Wärmepumpen / Blockheizkraftwerke	-146'149	-257'814
Spezial-Projekte	-1'411'986	-1'260'111
Energiestudien	-71'489	-36'546
Wärmerückgewinnungsanlagen	-288'412	-2'100'541
Absorptionskälteanlagen	-94'327	-180'000
Aktionen		
Gesamtsanierungsprogramm	-4'673'988	-1'516'320
Riehen plus	-4'000'000	0
Forschungsstelle Nachhaltige Energienutzung	-300'000	
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-20'097'201</b>	<b>-14'314'745</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>871</b>	<b>7'728'944</b>

**Anhang zu 290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital**

in Franken	2'010	2'009
<b>Spezialfinanzierung PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>-539'610'104</b>	<b>-557'614'104</b>
Beitrag Aktive	12'767'500	13'341'000
Beitrag Rentner	21'279'500	22'235'000
Ausserordentliche Einlage (IWB)	30'796'812	0
<b>Total Einnahmen</b>	<b>64'843'812</b>	<b>35'576'000</b>
Zinsaufwand	-16'034'000	-17'572'000
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-16'034'000</b>	<b>-17'572'000</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>-490'800'292</b>	<b>-539'610'104</b>
<b>Spezialfinanzierung PK-Ausfinanzierung Anteil Arbeitgeber</b>		
<b>Bestand per 01.01.</b>	<b>-398'969'244</b>	<b>-421'270'244</b>
Beitrag Arbeitgeber	34'047'000	35'576'000
Ausserordentliche Einlage (IWB)	22'770'109	0
Ausbuchung Arbeitgeber-Anteil	354'007'135	0 <sup>1</sup>
<b>Total Einnahmen</b>	<b>410'824'244</b>	<b>35'576'000</b>
Zinsaufwand	-11'855'000	-13'275'000
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-11'855'000</b>	<b>-13'275'000</b>
<b>Bestand per 31.12.</b>	<b>0</b>	<b>-398'969'244</b>
<b>Total Bestand Spezialfinanzierung per 01.01.</b>	<b>-938'579'348</b>	<b>-978'884'348</b>
<b>Total Bestand Spezialfinanzierung per 31.12.</b>	<b>-490'800'292</b>	<b>-938'579'348</b>

**Kommentar**

- 1 Siehe dazu auch Ausführungen in Kapitel 3 Die Jahresrechnung (Erläuterungen zu Kontengruppe 31 Sachaufwand).

**Eventualverpflichtungen**

in Franken	31.12.2010	31.12.2009
<b>Staatsgarantien</b>		
Garantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss § 2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.	unbeschränkt	unbeschränkt
Garantie gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss § 14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz, Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.	unbeschränkt	unbeschränkt
<b>Garantieverpflichtungen</b>		
Zinsausfallrisiko beim Science Park Basel gegenüber der Tivona AG, nach RRB 07/09/8 vom 20.03.2007	-	750'000
<b>Bürgschaftsverpflichtungen</b>		
Verpflichtung nach § 592 ZGB für Schulden aus Erbschaften, die dem Gemeinwesen zufallen. Dies im Umfange der Vermögenswerte, die es aus Erbschaften erhält.	4'201'799	4'197'225
Generalbürgschaft gegenüber der Eidgenössischen Zollverwaltung für alle dem Kunst- und dem Historischen aus der Zollzahlungspflicht erwachsenden Verbindlichkeiten nach § 10 und § 67 bis 71 des Bundesgesetzes vom 01.10.1925 über das Zollwesen.	12'000	12'000
<b>Total Eventualverpflichtungen (exklusive unbeschränkte Staatsgarantien)</b>	<b>4'213'799</b>	<b>4'959'225</b>

**Leasingverpflichtungen, Versicherungs- und Marktwerte**

in Franken	Jahr	Betrag	31.12.2010	31.12.2009	
<b>Leasingverpflichtungen</b>			<b>303'087</b>	<b>338'588</b>	<b>1</b>
Fällig werdende Leasingraten im Jahr	2011	134'914			
	2012	77'139			
	2013	58'861			
	2014	32'173			
<b>Sachversicherungs- und Marktwerte</b>					
<b>Gebäudeversicherungswerte</b>			<b>7'345'902'000</b>	<b>7'249'035'000</b>	<b>2</b>
<b>Marktwerte der Renditeliegenschaften</b>			<b>1'476'129'000</b>	<b>1'463'381'000</b>	<b>3</b>
<b>Sachanlagen, Versicherungswert</b>			<b>2'050'192'000</b>	<b>2'050'192'000</b>	<b>4</b>

**Kommentar**

- 1 Diese Leasingverpflichtungen betreffen Verpflichtungen, die der Kanton für die eigenen Dienststellen eingegangen ist. Ein Grossteil dieser Verpflichtungen betreffen die Fahrzeuge der Kantonspolizei.
- 2 Liegenschaften des Finanz- und des Verwaltungsvermögens.
- 3 Der Marktwert berechnet sich aus der Summe der neu ermittelten DCF-Werte der Wohn- und Geschäftsimmobilien (inkl. Parkhäuser) und Baurechte, sowie der Anlagenwerte (Buchwerte) der übrigen Immobilien. Vgl. dazu auch Tabelle zu Kontengruppe 123 Liegenschaften.
- 4 Zu den Sachanlagen gehören alle Maschinen, maschinelle Anlagen, Mobiliar, Fahrzeuge sowie Gebrauchsgegenstände des Kantons Basel-Stadt. Die Kunstgegenstände im Kunstmuseum sind darin nicht enthalten. Im Nachgang zur Umsetzung der Verwaltungsreform (RV09) werden die Sachversicherungen neu gruppiert. Gleichzeitig werden deren Versicherungswerte überprüft. Diese Überprüfung erfolgt unter Zuzug von externen Beratern.

### 3.5 Antrag des Regierungsrates zur Rechnung

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreiten wir dem Grossen Rat folgenden Antrag:

Die Rechnung 2010 ist wie folgt zu genehmigen:

#### Laufende Rechnung

in Franken	<b>Kanton Basel-Stadt</b>
Ordentlicher Aufwand	4'902'972'771
Ordentlicher Ertrag	5'180'498'322
<b>Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)</b>	<b>277'525'551</b>

#### Investitionsrechnung

in Franken	<b>Kanton Basel-Stadt</b>
Ausgaben	316'311'866
Einnahmen	22'853'291
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>293'458'575</b>

#### Bilanz

in Franken	<b>Kanton Basel-Stadt</b>
Total Finanzvermögen (inklusive Vorschuss für Spezialfinanzierung)	3'150'188'693
Total Verwaltungsvermögen	2'970'721'606
<b>Total Aktiven</b>	<b>6'120'910'299</b>
Total Fremdkapital	4'959'360'751
Total Eigenkapital	1'161'549'548
<b>Total Passiven</b>	<b>6'120'910'299</b>

#### Anhang zur Jahresrechnung

Der Anhang zur Jahresrechnung, die Seiten 96 bis 115 des Jahresberichts, wird genehmigt.

Basel, 22. März 2011

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Dr. Guy Morin

Die Staatsschreiberin:  
Barbara Schüpbach-Guggenbühl

## 3.6 Bestätigungsbericht der Finanzkontrolle



### Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

#### **Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt zur Staatsrechnung 2010** an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) vom 17. September 2003 (SG 610.200) haben wir die **Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt**, bestehend aus Bilanz (Bestandesrechnung), Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) und dem Anhang für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

##### *Verantwortung des Regierungsrates:*

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Staatsrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 16. April 1997 sowie die darauf basierenden Erlasse) verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Staatsrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

##### *Verantwortung der Finanzkontrolle:*

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Staatsrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 16. April 1997 sowie die darauf basierenden Erlasse) und den Grundsätzen des Berufsstandes vorgenommen. Nach diesen Grundsätzen haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Staatsrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die - nach §1 des FVKG unabhängige - Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Staatsrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Staatsrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Staatsrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Staatsrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Seite 2

*Prüfungsurteil:*

Nach unserer Beurteilung entspricht die Staatsrechnung für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 16. April 1997 sowie die darauf basierenden Erlasse).

Wir empfehlen, die vorliegende Staatsrechnung zu genehmigen.

Basel, 28. April 2011

**FINANZKONTROLLE DES KANTONS BASEL-STADT**



Daniel Dubois  
Revisionsexperte  
Leitender Revisor

Dieter von Allmen  
Revisionsexperte

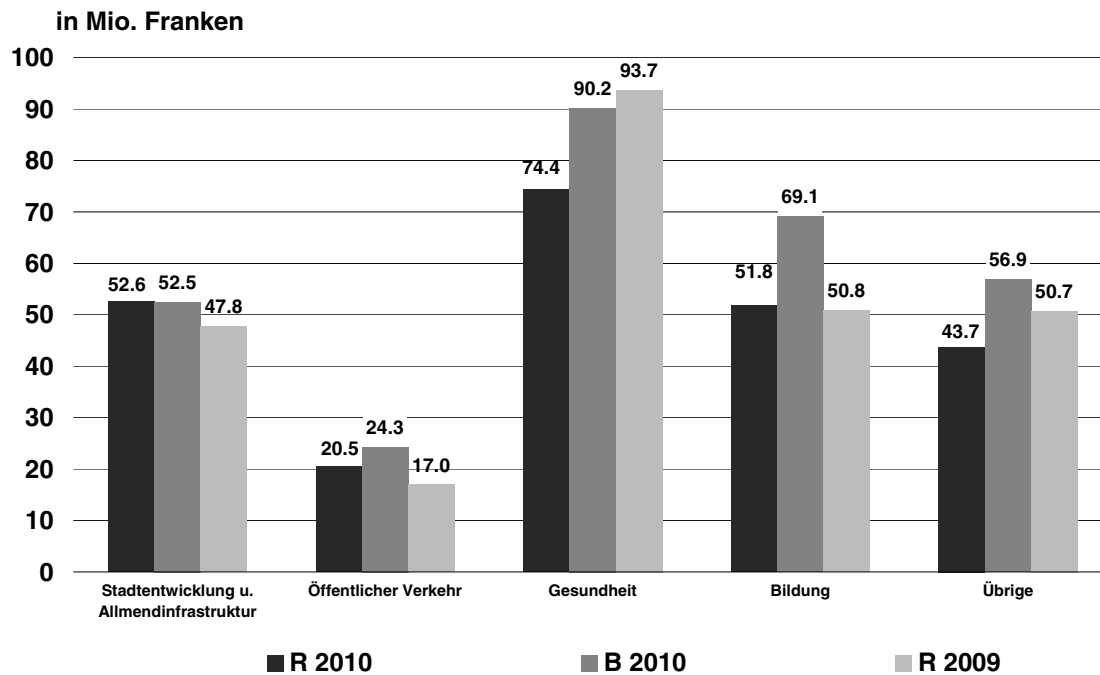
## 4 Die Investitionen



## 4.1 Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben

### 4.1.1 Investitionsplafonds

Die nachfolgende Grafik zeigt die Höhe der Investitionsplafonds der einzelnen Investitionsbereiche für die Rechnung 2010 im Vergleich zum Budget 2010 und zur Rechnung 2009:



Der Investitionsbereich Gesundheit hat für das Jahr 2010 mit 74.4 Mio. Franken die höchsten Ausgaben sämtlicher Bereiche realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 30.6% an der Gesamtausgabe von 243.1 Mio. Franken. Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur investierte 2010 52.6 Mio. Franken (21.6%), gefolgt von den Bereichen Bildung 51.8 Mio. Franken (21.3%), Übrige 43.7 Mio. Franken (18.0%) und Öffentlicher Verkehr 20.5 Mio. Franken (8.4%). Insgesamt wurde ein Ausschöpfungsgrad von 83% erreicht.

### 4.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben grösser 300'000 Franken, für welche im 2010 am meisten Geld ausgegeben wurde:

Vorhaben	Investitionsbereich	Brutto	Beiträge für	
			eigene Rechnung	Netto
1 UKBB Neubau	Gesundheit	16.8		16.8
2 Rahmenkredit Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	13.5		13.5
3 Rahmenkredit Med. Apparate 2006 - 2010	Gesundheit	13.3	0.8	12.5
4 Tramverlängerung Nr. 8	Stadtent./Öff. Verkehr	13.1	4.5	8.6
5 Messenzentrum Basel 2012	Übrige	10.0		10.0
6 Rahmenkredit Erhaltung Strassen	Stadtentw. u. Allmendifr.	8.4		8.4
7 Rahmenkredit Informatik 2008 - 2011	Gesundheit	7.3		7.3
8 Rahmenkredit Abwasserleitungsanlagen	Stadtentw. u. Allmendifr.	7.0		7.0
9 Felix-Platter-Spital Sanierungen 2009 - 2012	Gesundheit	7.0		7.0
10 Entwässerungskonzept Novartis Campus Plus	Stadtentw. u. Allmendifr.	5.4	2.7	2.7
<b>Total</b>		<b>101.8</b>	<b>8.0</b>	<b>93.8</b>

### 4.1.3 Stadtentwicklung und Allmendifrastruktur

Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendifrastruktur schliesst 2010 mit netto 52.6 Mio. Franken ab und liegt damit um 0.1 Mio. Franken über dem ordentlichen Budget von 52.5 Mio. Franken bzw. 4.8 Mio. Franken über dem Wert von 2009 (47.8 Mio. Franken). Die Rahmenkredite zur Erhaltung und Umgestaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbau, Abwasserableitungsanlagen und Lichtsignalanlagen) schliessen 2010 mit 21.5 Mio. Franken ab und liegen damit 1.9 Mio. Franken oder 8% unter dem Budget (23.4 Mio. Franken) bzw. 5.9 Mio. Franken über dem Wert von 2009 (15.6 Mio. Franken). Die Rahmenkredite stellen einen Anteil von 41% am Gesamtergebnis des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendifrastruktur (2009: 33%). Zu den grössten Projekten gehörten im Jahr 2010 die Vorhaben Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von netto 4.9 Mio. Franken (Budget netto 4.5 Mio. Franken) und einem Anteil von 9% am Gesamtergebnis sowie die Sanierung des Heuwaageviaduktes mit Ausgaben von 4.4 Mio. Franken (Budget 2.4 Mio. Franken) und einem Anteil von 8% am Gesamtergebnis. Weitere grössere Projekte waren die Umsetzung des Entwässerungskonzeptes Novartis Campus Plus mit Ausgaben von netto 2.7 Mio. Franken (Budget 2.0 Mio. Franken) und einem Anteil von 5% am Gesamtergebnis, die Sanierung der Rheinuferböschung und der Bermewege im Kleinbasel von der Dreirosen- bis zur Mittleren Brücke mit Ausgaben von netto 1.3 Mio. Franken (Budget 1.9 Mio. Franken) sowie das Vorhaben St. Johann Verkehrsinfrastruktur mit netto 0.8 Mio. Franken (Budget 0.3 Mio. Franken). Das Vorhaben Nordtangente war noch mit netto 1.1 Mio. Franken (Budget 1.6 Mio. Franken) am Gesamtergebnis beteiligt (Ausgaben 2009 netto 7.9 Mio. Franken) und ist erstmals nicht mehr das grösste Projekt. Neu begonnen wurde u.a. mit dem Vorhaben Umgestaltung Luzerner- / Wasgenring, dem Ideenwettbewerb für ein Gestaltungsprojekt am Schaffhauserrheinweg, der Erschliessung Erlenmatt Ost, dem Neubau des Birskopfsteigs, der Erneuerung der Werkleitungen und der Oberflächen am Spalenberg sowie der Erarbeitung des Gesamtverkehrsmodells.

### 4.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr schliesst 2010 mit netto 20.5 Mio. Franken ab und liegt damit 3.8 Mio. Franken unter dem Budget (24.3 Mio. Franken) bzw. 3.5 Mio. Franken über dem Wert von 2009 (17.0 Mio. Franken). Der Rahmenkredit Gleisanlagen weist Ausgaben von 13.5 Mio. Franken aus und liegt damit 1.0 Mio. Franken über dem Budget (12.5 Mio. Franken) bzw. 2.1 Mio.

Franken unter dem Wert von 2009 (15.6 Mio. Franken). Der Rahmenkredit Gleisanlagen stellt im Jahr 2010 einen Anteil von 66% am Gesamtergebnis des Investitionsbereichs Öffentlicher Verkehr (2009: 92%). Die Überschreitung der Budgetrate im Rahmenkredit Gleisanlagen ist auf verschiedene Massnahmen zur Erhaltung der BVB-Infrastruktur zurückzuführen, wie zum Beispiel die Arbeiten in der Allschwilerstrasse, in der Aeschenvorstadt, oder die Erneuerung der Fahrleitungen in der Austrasse. Zu den grössten Vorhaben gehört, wie auch im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, die Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von netto 3.7 Mio. Franken (Budget netto 6.7 Mio. Franken) und einem Anteil von 18% am Gesamtergebnis. Weitere grössere Projekte waren die Ausrüstung der Tramhaltestellen mit Normwartehallen mit Ausgaben von 1.0 Mio. Franken (Budget 0.6 Mio. Franken) und einem Anteil von 5%, die neue Zufahrt zum Depot Wiesenplatz mit 0.8 Mio. Franken sowie die ÖV-Erschliessung St. Johann mit netto 0.6 Mio. Franken. Neu begonnen wurde mit der 1. Etappe des Projekts ÖV-Erschliessung Erlenmatt und mit der Planung der Tramlinie Erlenmatt-Kleinhüningen. Die Planung der Tramverlängerung nach Saint-Louis und das Projekt Margarethenstich sollen im Jahr 2011 begonnen werden.

#### 4.1.5 Gesundheit

Die Ausgaben im Investitionsbereich Gesundheit beliefen sich im Berichtsjahr auf total 74.4 Mio. Franken, was deutlich unter den für 2010 budgetierten Mitteln in Höhe von 90.2 Mio. Franken lag. Sowohl die Investitionen in die Bauten des Verwaltungsvermögens als auch die betrieblichen Investitionen fielen tiefer aus als geplant. Bei den betrieblichen Investitionen führte vorab die Verzögerung beim Projekt „Ersatz Käfige und Waschanlage Tierversuchsstation“ im Universitätsspital sowie eine tiefer als geplante Ausschöpfung des Rahmenkredites für Informatik (ebenfalls Universitätsspital) für die Unterschreitung. Weitere Verzögerungen bei diversen Projekten im Felix Platter-Spital, den Universitären Psychiatrischen Kliniken sowie im Universitätsspital führten zu einer gesamthaften Unterschreitung bei den betrieblichen Investitionen von rund 5.6 Mio. Franken.

Bei den Hochbauten betrug der Plafond 2010 53.2 Mio. Franken, davon 3.2 Mio. Franken für die Projektierung des gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums. Die wichtigsten Vorhaben 2010 waren: Der bikantonal durchgeführte Neubau für das UKBB an der Schanzenstrasse (16.8 Mio. Franken; zusammen mit dem Anteil des Kantons Basel-Landschaft von 24.7 Mio. Franken sind für den Neubau 2010 insgesamt 41 Mio. Franken aufgewendet worden) das Gebäude ist fristgerecht und innerhalb des Kostenrahmens fertiggestellt, die Übergabe an die Nutzer hat am 17. September 2010 stattgefunden, diverse Etappen der Sanierungen 2009/2010 des Felix Platter-Spitals unter laufendem Betrieb mit 7 Mio. Franken, die abgeschlossene Sanierung des Ökonomiegebäudes in der UPK mit 3.9 Mio. Franken, die Projektierung für die sehr anspruchsvolle Sanierung und Erweiterung des Operationstrakts Ost und die nachträglichen Sanierungen im Klinikum 1 des USB mit je 2.2 Mio. Franken. Für die Projektierung des gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums wurden 2010 2.6 Mio. Franken aufgewendet.

Die Vorgabe für die Hochbauten im Investitionsbereich Gesundheit wurde um 9.4 Mio. Franken unterschritten. Die Abweichung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in vielen Fällen die genaue Planung der neu beginnenden Vorhaben erst nach der Budgetierung erfolgt und deshalb der mögliche Plafond auch in der Planung nicht erreicht wird. Oft waren auch seitens der Nutzenden vertiefere Abklärungen nötig, dadurch konnten dann die Projekte optimiert werden.

Im Falle des UKBB-Neubaus wurde der Beitrag von Basel-Landschaft nicht in der erfolgten Höhe budgetiert. Beim gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrum konnte nicht im vorgesehenen Umfang projektiert werden.

#### 4.1.6 Bildung

Vom budgetierten Investitionsplafond von 69.1 Mio. Franken entfallen auf die Hochbauten im Verwaltungsvermögen (Teil Bildung) 60.5 Mio. Franken, davon betreffen die Life Science-Investitionen für die Universität 2.5 Mio. Franken.

Die wichtigsten Vorhaben der Hochbauten im Bereich Bildung 2010 waren die Sanierung der Allgemeinen Gewerbeschule mit 4.9 Mio. Franken, die Projektierung für den Neubau der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW mit 4.1 Mio. Franken, der abgeschlossene Neubau des Trakts 6 am Bruderholzschulhaus – erstes Minergie-Eco Gebäude des Kantons – mit 2.2 Mio. Franken, die Sanierungen 2010 der St. Jakobshalle mit 2.1 Mio. Franken. Im Teil Kultur waren die wichtigsten Vorhaben der Umbau für die Erneuerung der Dauerausstellung im UG des Historischen Museums mit 2.1 Mio. Franken, die laufenden Sanierungsprojekte für die Museen an der Augustinergasse (drei Projekte mit insgesamt 4.3 Mio. Franken), und die Sanierung der Haus- und Bühnentechnik am Stadttheater mit 1.9 Mio. Franken. Für die Projektierung der Erweiterung des Kunstmuseums wurden 2010 2.0 Mio. Franken aufgewendet.

Bei der Projektierung für das Life Science-Projekt der Universität wurden nach dem Beitrag des Kantons Basel-Landschaft von 1.7 Mio. Franken zu Lasten des Plafonds 1.1 Mio. Franken umgesetzt.

Der Plafond für die Hochbauten im Investitionsbereich Bildung wurde um 15.4 Mio. Franken unterschritten, obwohl weiterhin ein Investitionsüberhang besteht. Die Gründe dafür sind die optimistische Budgetierung vor der Planung von im Berichtsjahr beginnenden Projekten, Einsparungen, langwierige Bewilligungsprozesse und Bauverzögerungen, insbesondere beim Bauen unter Betrieb. Diverse Bauprojekte für die Schulen wurden hinsichtlich der inzwischen beschlossenen Harmonisierung überprüft und angepasst und gerieten deswegen in Verzug.

#### 4.1.7 Übrige

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen grösser als 300'000 Franken enthalten, welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartements, die Mehrheit der Vorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartements sowie die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei (Bau- und Verkehrsdepartement), Amt für Sozialbeiträge sowie Amt für Umwelt und Energie (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Messezentrum Basel 2012, Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

Vom budgetierten Investitionsplafond über 56.9 Mio. Franken entfallen 15.9 Mio. Franken auf die Investitionsbeiträge, 16.0 Mio. Franken auf Hochbauten und 25.0 Mio. Franken auf den allgemeinen Teil. Die Ausschöpfung des Plafonds betrug bei den Investitionsbeiträgen 16.7 Mio. Franken, bei den Hochbauten 8.3 Mio. Franken und im allgemeinen Teil 18.7 Mio. Franken.

Das grösste Vorhaben innerhalb des Investitionsbereiches Übrige war im 2010 der Messezentrum Basel 2012. Für dieses Objekt wurden Ausgaben in Höhe von 10.0 Mio. Franken getätigt. Die Minderausgaben gegenüber dem Budget 2010 sind u.a. auf geringere Kosten beim Vorhaben FileMail-TeamBS (2.7 Mio. Franken) zurückzuführen. Im Bereich Hochbauten sind die grössten realisierten Vorhaben die Massnahmen für die Behindertengerechtigkeit der öffentlichen Bauten mit 2.7 Mio. Franken, der Kredit „Klimaneutrale Verwaltung“, der mit 1.4 Mio. Franken für die Massnahmen der Allgemeinen Gewerbeschule belastet wurde, und die zweite Sanierungsetappe des Kapellengebäudes auf dem Friedhof Hörnli mit 0.9 Mio. Franken.

Der Plafond für die Hochbauten im Investitionsbereich Übrige wurde um 7.7 Mio. Franken unterschritten. Die wichtigste Abweichung betrifft das Projekt für den Neubau für die ZID, welcher nicht realisiert wird. Daneben sind es auch die oben angeführten Gründe, welche zu der Unterschreitung geführt haben, obwohl weiterhin hoher Investitionsbedarf besteht.

## 4.2 Investitionsübersichtslisten

### 4.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste werden die Ausgaben im 2010 für die einzelnen Vorhaben der jeweiligen Investitionsbereiche gezeigt.

Dabei ist zu beachten, dass die in der Investitionsübersichtsliste budgetierten Vorhaben zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist denn auch als Pauschale im Generalsekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements budgetiert. Ausnahme bilden die IBS und das Generalsekretariat des Präsidialdepartements. Hier wurden die Pauschale für den Investitionsbereich „Hochbauten-Verwaltungsvermögen“ sowie die für den Investitionsbereich Bildung-Teil Kultur verantwortlichen Dienststellen in der Investitionsrechnung budgetiert.

Investitionsbereiche	Rechnung 2010	Budget 2010 (Plafonds)	Budget 2010 (max. 130% des Plafonds)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	52'624'629	52'500'000	67'130'141
Öffentlicher Verkehr	20'499'555	24'300'000	24'689'000
Gesundheit	74'393'461	90'200'000	97'050'000
Bildung	51'824'256	69'140'000	74'320'000
Übrige	43'721'193	56'900'000	67'714'981
<b>Total Investitionsübersicht</b>	<b>243'063'094</b>	<b>293'040'000</b>	<b>330'904'122</b>

### 4.2.2 Investitionsübersichtliste

Auf der Investitionsübersichtliste wird bei den Investitionsbereichen Gesundheit, Bildung und Übrige neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die betrieblich bedingten Vorhaben ("Teil Allgemein") und für die Hochbauten ("Teil Hochbauten VV") gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben diesen zwei Teilsaldi zusätzlich den Saldo für die baulichen Investitionsbeiträge ("Teil Investitionsbeiträge") aus. Mit dieser Darstellung der Teilsaldi kann eine klare Verbindung zwischen der externen Darstellung (Investitionsübersichtliste), der ordentlichen Budgetierung (Plafonds) und der internen Steuerungsgrößen hergestellt werden.

Damit ein Überblick besteht, bei welchen Vorhaben eine Objektabrechnung vorliegt bzw. noch nicht vorliegt, werden auf der Investitionsübersichtliste spezielle Kennzeichen (Abrechnungsstati, Spalte AS) verwendet (siehe nachfolgende Legende).

Die auf der Investitionsübersichtlisten dargestellten Werte zur Ausschöpfung (Total Ausgaben) beinhalten die Ausgaben für das Jahr 2010. Das gleiche gilt auch für die erhaltenen Beiträge für Investitionen, welche aufgrund des Bruttoprinzips separat aufgeführt werden.

#### Legende

##### Abrechnungsstatus (Spalte AS):

- 1 Das Vorhaben ist noch am laufen; es liegt entsprechend keine Abrechnung vor
- 2 Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.
- 3 Das Vorhaben ist mit der letzten Rate auf der IÜL; es liegt aber noch keine Abrechnung vor. Diese muss bis spätestens ein Jahr nach Abschluss des Vorhabens erstellt sein.

4 Das Vorhaben ist mit keiner Rate mehr auf der IÜL; es liegt eine Abrechnung vor.

#### Finanzrechtlicher Status (Spalte ST):

**G** für Objektkredite grösser 300'000 Franken (gebundene Ausgaben), die vom Grossen Rat anlässlich der Budgetdebatte bewilligt worden sind.

**N** für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat noch nicht - aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenbereiches - bewilligt worden sind.

**B** für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt worden sind.

#### K,N (Spalte KN):

**K** steht für Kreditübertragungen

**N** steht für Nachtragskredite

#### Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
APS Proj. Kasernenareal	600'000	9'728	200'000	1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
350501000001 Kantons- u.Stadtentwicklung	9'728						
Stadtentwicklung Basel-Nord	3'000'000	904'864	960'984	3	B		R 05.0278.02 / GRB 15.12.2005
350501000015 Kantons- u.Stadtentwicklung	1'610'787						
Stadtwohnen Logis Bäle	800'000	299'151	335'157	3	B		B 06.0239.01 / GRB 17.01.2007
350502000019 Kantons- u.Stadtentwicklung	418'846						
APS Kasernenareal Projektierung	600'000	826		1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
420638026001 Liegenschaften VV	191'046						Budget sowie Fortführung des Projekts unter Pos.350501000001 Kantons- und Stadtentwicklung.
B 091712 Geschäftsmodell Infrastruktur	310'000	10'606		3	B		B 09.0045.01 / GRB 22.04.2009
601001020010 Generalsekretariat BVD	310'950						
MWA Elisabethenanlage, Umgestaltung SF	3'100'000	22'021		2	B		R 05.0359.01 / GRB 08.06.2005
601001020201 Generalsekretariat BVD	3'141'402						
Beiträge für Investitionen	-3'141'402	-22'021					
MWA Claramatte, Erweiterung SF	410'000			4	B		R 9377 / GRB 21.10.2004
601001020203 Generalsekretariat BVD	406'010						
Beiträge für Investitionen	-406'010						
MWA Nachtigallenwäldli, Parkanlage SF	7'200'000		1'900'000	1	B		R 10.0866.01 / GRB 16.02.2011
601001020207 Generalsekretariat BVD							
Beiträge für Investitionen			-1'900'000				
MWA Matthäuskirchplatz, Neugestaltung SF	2'018'600	21'214		3	B		R 05.0412.01 / GRB 07.09.2005
601001020209 Generalsekretariat BVD	1'649'606						
Beiträge für Investitionen	-1'649'606	-21'214					
MWA Theodorsgrabenanlage, Umgestaltung	1'230'000	12'000		3	B		R 05.0897.01 / GRB 15.12.2005
601001020210 Generalsekretariat BVD	1'377'293						Teuerungsbedingte Überschreitung
Beiträge für Investitionen	-1'377'293	-12'000					
MWA Liestaleranlage, Umgestaltung	1'564'000		330'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 03.11.2009
601001020211 Generalsekretariat BVD							
Beiträge für Investitionen			-330'000				
MWA Falkensteinerpark, Neuanlage	1'668'000	61'043		3	B		R 05.1580.01 / GRB 18.01.2006
601001020212 Generalsekretariat BVD	1'633'649						
Beiträge für Investitionen	-1'633'649	-61'043					
MWA Erlenmatt, Reinigung+Gestaltung 1+2	14'960'000	3'172'408	6'050'000	1	B		R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
601001020214 Generalsekretariat BVD	4'889'618						
Beiträge für Investitionen	-4'889'618	-3'172'408	-6'050'000				
MWA DB-Areal, Reinigung	1'000'000		100'000	1	B		R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
601001020216 Generalsekretariat BVD	332'810						
Beiträge für Investitionen	-332'810		-100'000				

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
MWA Voltamatte Neugestaltung	4'436'000	2'182	1'500'000	1	B		R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
601001020217 Generalsekretariat BVD	2'182						
Beiträge für Investitionen	-2'182	-2'182	-1'500'000				
MWA St. Johannis-Park, m. Pavillon	2'598'800	10'869	600'000	1	B		R 10.1153.01 / GRB 20.10.2010
601001020221 Generalsekretariat BVD	10'869						
Beiträge für Investitionen	-10'869	-10'869	-600'000				
MWA Heuwaage, Umgestaltung	3'960'000		850'000	1	B		R 10.0866.01 / GRB 16.02.2011
601001020222 Generalsekretariat BVD							
Beiträge für Investitionen			-850'000				
MWA Bläsiring, Müllheimerstrasse	415'000		400'000	1	B		B 10.1307.01 / GRB 20.10.2010
601001020224 Generalsekretariat BVD							
Beiträge für Investitionen			-400'000				
Sicherheit auf Kinderspielplätzen	5'300'000	687'782	1'500'000	1	B		R 05.0824.01 / GRB 17.01.2007
614030050501 Stadtgärtnerei	2'527'921						
Auf der Lyss	620'000	260'697	612'000	1	B		B 09.0046. / GRB 03.06.2009
617010020000 Tiefbauamt	267'799						
Einkaufszentrum Untere Rebgrasse 17	360'000		350'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 16.09.2008
617010020001 Tiefbauamt							
Horbgrasse Begrünung und Platzumbau	1'488'000	519'422	1'200'000	1	B		B 09.0810.01 / GRB 14.10.2009
617010020002 Tiefbauamt	519'422						
Grenzacher-/Rankstrasse	5'000'000		50'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 12.08.2008
617010020004 Tiefbauamt							
Beiträge für Investitionen			-50'000				
Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anpassung	8'100'000		100'000	1	B		R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
617010020007 Tiefbauamt							
Neugestaltung Lichtstrasse	988'000	4'109	700'000	1	B		B 09.1687.01 / GRB 19.05.2010
617010020010 Tiefbauamt	4'109						
Schanzenstr./Spitalstr UKBB Umgestaltung	785'000	570'915	200'000	1	B		B 10.0277.01 / GRB 23.06.2010
617010020011 Tiefbauamt	570'915						
Aeschenvorstadt, Erneuer. Leitungen Umges	7'190'000		400'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
617010020012 Tiefbauamt							
Spalen-Gems-Heuberg Trillergässlein Ern.	1'715'000	199'008	164'000	1	B		R 10.0520.01 / GRB 13.10.2010
617010020013 Tiefbauamt	199'008						
Chrischonarain Abschn. Leimgrube/Hohestr	2'900'000	9'944	1'800'000	1	B		R 09.1837.01 / GRB 09.06.2010
617010020014 Tiefbauamt	9'944						
Messeplatz, Bau	12'540'000	35'421		3	B		R 9044 / GRB 12.12.2000
617011021006 Tiefbauamt	12'662'475						
Beiträge für Investitionen	-145'000						
Flughafenstr./Kannenfeldplatz -Lachenstr	2'000'000	27'415		2	B		R 05.0110.01 / GRB 15.03.2006
617011021013 Tiefbauamt	2'322'174						Teuerungsbedingte Überschreitung
Birsstrasse/Zürcherstr. bis St. Jakobstr	1'570'000			4	B		R 9315 / GRB 24.06.2004
617011021022 Tiefbauamt	2'024'880						Aufgrund des sehr schlechten Baugrundes musste zusätzlicher Mehraushub für Materialersatz getätigt werden. Dieser Mehraushub musste teilweise in eine Inertstoffdeponie gebracht werden. Mit RRB 06/20/1 vom 06.06
DB-Areal Infrastr.-Plan. Erlenmatt	1'000'000	33'006		1	B		R 9299 / GRB 09.06.2004
617011021031 Tiefbauamt	733'653						
Aeschengraben - Aufw Grünanlage	719'000			4	B		B 06.0836.01 / GRB 13.06.2007
614030020701 Stadtgärtnerei	715'095						
EP-Birmannsgasse/Eulerstrasse/Socinstrasse	810'000			4	B		B 0501 / GRB 12.05.2004
617011021029 Tiefbauamt	662'513						
Güterstrasse Boulevard	7'900'000	1'395		3	B		R 9349 / GRB 21.10.2004
617011021036 Tiefbauamt	10'146'580						Die Mehrkosten sind grösstenteils teuerungsbedingt.
Beiträge für Investitionen	-34'300						
Wettsteinplatz	4'000'000			4	B		R 05.0897.02 / GRB 15.12.2005
617011021047 Tiefbauamt	4'064'535						

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
St. Johann, Verkehrsinfrastruktur	22'000'000	1'112'562	274'000	1	B		R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021051 Tiefbauamt	19'865'429						
Beiträge für Investitionen	-1'162'575	-331'962					
Steinengraben/Bushaltestellen	1'460'000	1'190'342	660'000	3	B		B 06.0631.01 / GRB 14.01.2009
617011021053 Tiefbauamt	1'336'713						
Luzernerring / Wasgenring - Rückbau	600'000	47'281		3	B		B 06.0147.01 / GRB 05.04.2006
617011021059 Tiefbauamt	588'882						
Velo/Mofa, Neuer Rahmenkredit	8'000'000	1'081'236	1'500'000	1	B		R 04.1614.01 / GRB 18.01.2006
617011021061 Tiefbauamt	3'594'358						
Rahmenkredit Förderung des Fussverkehrs	5'000'000	810'270	1'200'000	1	B		R 9209 / GRB 19.02.2003
617011021062 Tiefbauamt	4'177'893						
Grenzacherstr., Landauerstr. bis Hörnli	2'300'000		1'000'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 06.07.2004
617011021063 Tiefbauamt							
Karl Barth Platz / Umgestaltung	1'100'000	15'805	60'000	3	B		B 05.0745.01 / GRB 17.01.2007
617011021071 Tiefbauamt	1'067'155						
Elisabethenstr. Umgestaltung	9'381'000		300'000	1	B		R 09.0223.01 / GRB 19.01.2011
617011021072 Tiefbauamt							
Predigerhofstrasse	440'000		20'000	1	G		RRB 11.07.2006
617011021077 Tiefbauamt	259'804						
Erlenmatt Erschliessung Mitte	4'867'800	707'394	800'000	1	B		R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
617011021078 Tiefbauamt	3'254'699						
Beiträge für Investitionen							
Stadion St. Jakob, Veloabstellplätze	670'000	12'419		1	B		B 06.0880.02 / GRB 14.05.2008
617011021081 Tiefbauamt	452'986						
Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	29'950'000	225'418	300'000	1	B		R 07.2145.01 / GRB 10.12.2008
617011021083 Tiefbauamt	225'418						
Erlenmatt Erschliessung Ost	9'570'000	44'893	1'000'000	1	B		R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
617011021084 Tiefbauamt	44'893						
Veloparking Vogesenplatz	1'460'000	6'034		2	B		B 07.1275.01 / GRB 16.01.2008
617011021085 Tiefbauamt	1'494'845						
Reinacherstr.Süd/Jakobsberger-Giornico	650'000		70'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 16.09.2008
617011021086 Tiefbauamt							
Wettsteinallee „Neue Baumreihe“	650'000	248'236	325'000	1	B		R 07.2099.01 / GRB 14.05.2008
617011021087 Tiefbauamt	491'610						
Beiträge für Investitionen	-491'610	-248'236	-325'000				
Aeussere Baselstrasse,Riehen Teil 2	12'000'000		300'000	1	B		R 10.2346.01 / GRB 02.03.2011
617011021088 Tiefbauamt							
Morgartenring,Im langen Loh-General Guis	3'420'000		1'000'000	1	B		R 10.0372.01 / GRB 20.10.2010
617011021090 Tiefbauamt							
N2 Projekt und Bauleitung		1'567'277	390'000	1	G		Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961(vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 47. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).
617012120001 Tiefbauamt							
N2 Landerwerb		468'901	770'000	1	G		siehe Text Auftrag 617012120001
617012220002 Tiefbauamt							
N2 Bauausführung		3'247'209	4'920'000	1	G		siehe Text Auftrag 617012120001
617012320003 Tiefbauamt							
N2 Einnahmen und Rückerstattung				1	G		Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
617012320400 Tiefbauamt							
Beiträge für Investitionen		-4'183'210	-4'455'000				
Landabtretungen		5'250	200'000	1	G		gemäss §70 Strassengesetz
617014220016 Tiefbauamt							
Initiative Wiese	2'010'000	766'010	1'000'000	1	B		R 06.0285.03 / GRB 12.11.2008
617020020000 Tiefbauamt	766'010						
Birskopfsteg Neubau	2'400'000	13'247	200'000	1	B		R 10.1293.01 / GRB 20.10.2010



Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
617020020002 Tiefbauamt	13'247						
Beiträge für Investitionen	-8'444	-8'444	-100'000				
Wiese Revitalisierung Dämme Projekt	2'000'000		1'000'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
617020020003 Tiefbauamt							
Fussgängerüberf. Leonardstr./Steinen	600'000		600'000	1	B		B 06.0631.01 / GRB 14.01.2009
617020020004 Tiefbauamt							
Fussgängersteg inkl. Abgänge 2. SBB Rhbr	2'700'000	22'596	300'000	1	B		R 10.0863.01 / GRB 20.10.2010
617020020005 Tiefbauamt	22'596						
IB1 Tramverl. Nr.8 K. Hünigen - Weil	32'106'000	7'469'266	6'500'000	1	B		R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
617021028002 Tiefbauamt	10'227'149						
Beiträge für Investitionen	-3'640'000	-2'590'000	-2'000'000				
Rheinuferböschung/Bermewegsan. Kl. Basel	9'000'000	2'102'559	3'000'000	1	G		RRB 12.07.2005
617022056001 Tiefbauamt	8'230'867						
Beiträge für Investitionen	-2'960'000	-839'355	-1'100'000				
Heuwaageviaduktkt	9'500'000	4'399'270	2'400'000	3	G		RRB 27.05.2003 Die Mehrkosten sind teuerungsbedingt
617023053002 Tiefbauamt	11'369'769						
Erhaltungsabschnitt Basel-Augst	41'000'000			4	G		RRB 31.08.2004
617023055001 Tiefbauamt	39'719'694						
Beiträge für Investitionen	-32'867'604						
Birskopfsteg	232'000	25'000		3	G		RRB 25.04.2006 Kreditüberschreitung von Fr. 420'000 bewilligt mit RRB 08/01/8 vom 08.01.2008
617023057001 Tiefbauamt	684'399						
R 8576 EUROVILLE Bahnhofvorfahrt Süd	17'500'000	-81'583	10'000	1	B		R 8576 / GRB 17.05.1995
617025120302 Tiefbauamt	11'901'315						
Tempo-30 Basel Ost/Süd/West	2'310'000	22'140	30'000	1	B		R 8774 / GRB 12.11.1997
617025120567 Tiefbauamt	2'218'106						
Tempo-30 Basel Nord	1'930'000	125'304	100'000	1	B		R 8470 / GRB 16.02.1994
617025120767 Tiefbauamt	1'107'862						
Aeussere Baselstrasse, Riehen, Grundwass	2'640'000	9'519		1	G		RRB 30.06.1992
617025150756 Tiefbauamt	2'694'225						
OT 7: A2-ABAC Projektst. An. BS-City	1'700'000	718'242	500'000	1	G		RRB 06.07.2004
617030055002 Tiefbauamt	1'433'746						
Beiträge für Investitionen	-839'888	-375'831	-325'000				
Rahmenkr. Wiederbesch. v. FRG u. Zusatzg	11'950'000	2'670'026	2'390'000	1	G		RRB 14.08.2007
617050057001 Tiefbauamt	7'551'991						
Beiträge für Investitionen	-101'850						
Entwässerungskonz. Novartis Campus Plus	19'850'000		2'500'000	1	B		R 09.1316.01 / GRB 14.10.2009
617070020001 Tiefbauamt							Ausgaben unter Pos. 617070020002.
Entwässerungskonz. Novartis Campus Plus	19'850'000	5'446'581		1	B		R 09.1316.01 / GRB 14.10.2009
617070020002 Tiefbauamt	5'690'471						Budget unter Pos. 617070020001.
Beiträge für Investitionen	-2'700'000	-2'700'000					
Kanalinformationssystem	1'880'000		200'000	1	B		R 8639 / GRB 14.12.1995
617070020557 Tiefbauamt	265'311						
R 7434 allg. Sanierung Kanalisation		418'298		1	B		R 7434 / GRB 18.10.1978
617070050130 Tiefbauamt							
Erlenmatt/DB Areal Erlenmattstr. Kanal.	1'250'000	41'244	250'000	3	B		R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
617070050665 Tiefbauamt	1'227'729						
Anschlussleitungen auf Allmend	4'000'000	5'091		1	G		RRB 11.07.2006
617070050666 Tiefbauamt	3'219'585						
Anschlussleit. auf Allmend 3	5'000'000	953'305		1	G		RRB 01.09.2009
617070050709 Tiefbauamt	953'305						Budget unter Pos. 617070050799
Anschlussleit. auf Allmend 3			1'250'000	1	G		RRB 01.09.2009
617070050799 Tiefbauamt							Ausgaben unter Pos. 617070050709
Wiederbeschaff. Fahrzeuge, 2. Rahmenkredit			1'440'000	1	G		RRB 03.11.2009
617091050000 Tiefbauamt							Ausgaben unter Pos. 617091050003
Rahmenkredit 2 Wiederbesch. Fahrzeuge	4'320'000	1'373'749		1	G		RRB 03.11.2009
617091050003 Tiefbauamt	1'373'749						Budget unter Pos. 617091050000
Beiträge für Investitionen							
Rahmenkredit WUV	22'500'000	335'185	1'474'000	1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
61709990001 Tiefbauamt	19'411'203						
<b>Rahmenkredit Umgestalt Allmend Strassen</b>	<b>6'000'000</b>	<b>680'496</b>	<b>1'500'000</b>	<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 16.09.2008</b>
617010050002 Tiefbauamt	701'319						Total Rahmenkredit Umgestaltung
Sammelposition Projekte Umgestaltung		680'496		1	G		RRB 16.09.2008
617010053002 Tiefbauamt							Teil des Rahmenkredits Umgestaltung
<b>Rahmenkredit Erhaltung Strassen</b>	<b>37'600'000</b>	<b>8'361'135</b>		<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 09.09.2008</b>
617010052001 Tiefbauamt	28'775'883						Total Rahmenkredit Strassen
Rahmenkredit Erhaltung Strassen			7'540'000	1	G		RRB 09.09.2008
617010050001 Tiefbauamt							Budget Rahmenkredit Strassen
Sammelposition Projekte Strassen		2'577'186		1	G		RRB 09.09.2008
617010052002 Tiefbauamt	2'577'186						Teil des Rahmenkredits Strassen
Gärtnerstrasse (Inselstr.-Bändelgasse)		517'915		1	G		RRB 09.09.2008
617010052003 Tiefbauamt	517'915						Teil des Rahmenkredits Strassen
Im tiefen Boden (Wasserturm-Batterie)		355'158		1	G		RRB 09.09.2008
617010052004 Tiefbauamt	355'158						Teil des Rahmenkredits Strassen
Kannenfeldplatz		696'943		1	G		RRB 09.09.2008
617010052005 Tiefbauamt	696'943						Teil des Rahmenkredits Strassen
Dornacher (Reinach-Münch)		5'338		1	G		RRB 09.09.2008
617010052006 Tiefbauamt	5'338						Teil des Rahmenkredits Strassen
Klybeckstrasse (Gärtner-Kleihüniger)		397'096		1	G		RRB 09.09.2008
617010052007 Tiefbauamt	397'096						Teil des Rahmenkredits Strassen
Schwarzwaldallee		74'236		1	G		RRB 09.09.2008
617010052008 Tiefbauamt	74'236						Teil des Rahmenkredits Strassen
Inzlingerstrasse		50'799		1	G		RRB 09.09.2008
617010052011 Tiefbauamt	50'799						Teil des Rahmenkredits Strassen
Morgartenring		71		1	G		RRB 09.09.2008
617010052012 Tiefbauamt	71						Teil des Rahmenkredits Strassen
Allschwilerstrasse		550'076		1	G		RRB 09.09.2008
617010052019 Tiefbauamt	550'076						Teil des Rahmenkredits Strassen
Rahmenkredit z. Erh. Strasseninfrastruk.		3'008'671		1	G		RRB 12.07.2005
617015056001 Tiefbauamt	23'423'418						Teil des Rahmenkredits Strassen
Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke Dorenbach		127'646		1	G		RRB 09.09.2008
617091050001 Tiefbauamt	127'646						Teil des Rahmenkredits Strassen
<b>Rahmenkredit Erhaltung Kunstbauten</b>	<b>26'400'000</b>	<b>3'059'093</b>	<b>3'160'000</b>	<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 09.09.2008</b>
617020054001 Tiefbauamt	4'483'219						Total Rahmenkredit Kunstbauten
Margarethalbrücke 201		4'520		1	G		RRB 09.09.2008
617020054002 Tiefbauamt	4'520						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
Sammelposition Projekte Kunstbauten		829'116		1	G		RRB 09.09.2008
617020054003 Tiefbauamt	1'681'858						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
3 Viaduktstrasse		64'417		1	G		RRB 09.09.2008
617020054004 Tiefbauamt	64'417						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
4 Birskopfsteig Anteil Gebunden		232'122		1	G		RRB 09.09.2008
617020054005 Tiefbauamt	232'122						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
Beiträge für Investitionen	-112'588	-112'588					
Redingbrücke: Instandsetzung		7'015		1	G		RRB 12.04.2005
617023053004 Tiefbauamt	384'419						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
Markthallenbrücke: Instandsetzung		2'000'957		1	G		RRB 12.04.2005
617023056001 Tiefbauamt	2'082'349						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke Dorenbach		33'534		1	G		RRB 09.09.2008
617091050001 Tiefbauamt	33'534						Teil des Rahmenkredits Kunstbauten
<b>Rahmenkredit Wasserbau</b>	<b>10'240'000</b>	<b>831'548</b>		<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 09.09.2008</b>
617020055001 Tiefbauamt	1'258'221						Total Rahmenkredit Wasserbau
Rahmenkredit Wasserbau Erh. Massn.			990'000	1	G		RRB 09.09.2008
617020050002 Tiefbauamt							Budget Rahmenkredit Wasserbau
Sammelposition Projekte Wasserbau		402'720		1	G		RRB 09.09.2008
617020055002 Tiefbauamt	820'862						Teil des Rahmenkredits Wasserbau
Beiträge für Investitionen	-160'000						
Birsigrinne		320'774		1	G		RRB 09.09.2008
617020055003 Tiefbauamt	329'306						Teil des Rahmenkredits Wasserbau
Gewährleistung Grossschiffahrt		108'053		1	G		RRB 09.09.2008

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
617020055004 Tiefbauamt	108'053						Teil des Rahmenkredits Wasserbau
<b>Rahmenkredit Abwasserableitungsanlagen</b>	<b>47'610'000</b>	<b>6'973'456</b>		<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 09.09.2008</b>
617070056001 Tiefbauamt	11'797'950						Total Rahmenkredit Abwasser
Rahmenkredit Abwasserableitung Erhalt.Ma			7'920'000	1	G		RRB 09.09.2008
617070050001 Tiefbauamt							Budget Rahmenkredit Abwasser
Kanalstation Nordtangente		61'494		1	G		RRB 14.03.1995
617070050440 Tiefbauamt	198'038						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Abflusssimulationsrechnung Kanalnetz BS		215		1	G		RRB 26.08.1997
617070050455 Tiefbauamt	429						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Spalenberg (Globalkredit)		48'157		1	G		RRB 27.05.2003
617070050636 Tiefbauamt	63'242						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Projektierung von Kanalisationen (Global)				1	G		RRB 30.08.2005
617070050655 Tiefbauamt	86'571						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation im Langen Loh (Globalkredit)		18'201		1	G		RRB 07.02.2006
617070050661 Tiefbauamt	62'160						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalstation Utengasse / Lindenberg		384'863		1	G		RRB 10.07.2007
617070050680 Tiefbauamt	842'839						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Gasstrasse Pro Volta (Globalkredit)		50'004		1	G		RRB 10.07.2007
617070050682 Tiefbauamt	658'295						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Breisacherstrasse Süd / Flo		1'243'436		1	G		RRB 10.07.2007
617070050685 Tiefbauamt	1'300'588						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanal. Mittlere Strasse (Globalkredit)		3'000		2	G		RRB 27.05.2008
617070050688 Tiefbauamt	510'934						Teil Rahmenkredit Abwasser
Kanal. Wasgenring Luzernerring (Global)		37'287		1	G		RRB 12.08.2008
617070050689 Tiefbauamt	53'918						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Beiträge für Investitionen	-5'000	-4'000					
Kanal. Drahtzugstrasse (Globalkredit)		-27'674		2	G		RRB 27.05.2008
617070050691 Tiefbauamt	323'892						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Dornacherstrasse (Global)		371'100		1	G		RRB 27.05.2008
617070050692 Tiefbauamt	373'499						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Hochbergerstrasse (Globalkredit)				1	G		RRB 27.05.2008
617070050693 Tiefbauamt	45'591						Teil des Rahmenkredits Abwasser.
Kan. Münsterhügel, 2. Etappe (Global)		884'695		1	G		RRB 27.05.2008
617070050694 Tiefbauamt	1'512'799						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Tramverl. Linie 8, Kanalisation, (Global)		75'154		1	G		RRB 12.08.2008
617070050697 Tiefbauamt	1'000'522						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kan. Markircherstrasse (Globalkredit)		99'172		1	G		RRB 12.08.2008
617070050699 Tiefbauamt	462'573						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Giessliweg (Globalkredit)		251'368		1	G		RRB 12.08.2008
617070050700 Tiefbauamt	268'047						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Kleines Klingental (Global)		575'443		1	G		RRB 12.08.2008
617070050701 Tiefbauamt	662'193						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Gärtnerstrasse (Global)		566'136		1	G		RRB 12.08.2008
617070050703 Tiefbauamt	579'152						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Wiesenschanz (Globalkredit)		169'243		1	G		RRB 12.08.2008
617070050704 Tiefbauamt	593'872						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanalisation Mühlegraben (Gobalkredit)		187'456		1	G		RRB 12.08.2008
617070050705 Tiefbauamt	189'456						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanal. Münsterhügel 3. Etappe (Global)				1	G		RRB 12.08.2008
617070050706 Tiefbauamt	15'972						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanal. Strassburgerallee (Globalkredit)		164'490		1	G		RRB 12.08.2008
617070050708 Tiefbauamt	169'945						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Kanal. Ryffstrasse (Globalkredit)		223'713		1	G		RRB 12.08.2008
617070050710 Tiefbauamt	225'451						Teil des Rahmenkredits Abwasser
SE Kleinprojekte Diverses		68'136		1	G		RRB 09.09.2008
617070056002 Tiefbauamt	68'136						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Schönaustrasse		321'262		1	G		RRB 09.09.2008
617070056713 Tiefbauamt	321'262						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Klybeckstrasse		121'758		1	G		RRB 09.09.2008
617070056716 Tiefbauamt	121'758						Teil des Rahmenkredits Abwasser

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
AW Schönbein-/Hebelstrasse		109'224		1	G		RRB 09.09.2008
617070056717 Tiefbauamt	109'224						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Allschwilerstrasse		25'963		1	G		RRB 09.09.2008
617070056718 Tiefbauamt	25'963						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Schorenweg		225'652		1	G		RRB 09.09.2008
617070056719 Tiefbauamt	225'652						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Leimgruben-/Walkenweg		328'977		1	G		RRB 09.09.2008
617070056720 Tiefbauamt	328'977						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Neubadstrasse		60'950		1	G		RRB 09.09.2008
617070056723 Tiefbauamt	60'950						Teil des Rahmenkredits Abwasser
AW Morgartenring		26'810		1	G		RRB 09.09.2008
617070056725 Tiefbauamt	26'810						Teil des Rahmenkredits Abwasser
Dornacherstr. (Reinacher-Münchensteiner)		301'774		1	G		RRB 09.09.2008
617091050002 Tiefbauamt	309'238						Teil des Rahmenkredits Abwasser
R 8944 APS Stadtentwicklung St. Johann	2'200'000	7'341		1	B		R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020005 HPA / DST Verwaltung	1'383'201						
R 050477 Zonenplanrevision Basel-Stadt	2'500'000	228'860	500'000	1	B		R 05.0477.01 / GRB 09.11.2005
651030020014 HPA / DST Verwaltung	1'387'806						
Beiträge für Investitionen	-50'000						
Innenstadt-Qualität im Zentrum Projekt	950'000	139'165	520'000	1	B		B 05.0865.01 / GRB 16.04.2008
651030020016 HPA / DST Verwaltung	460'458						
Hochbergerplatz Umgestaltung Projekt	300'000		150'000	1	B		R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
651030020021 HPA / DST Verwaltung							
Rheinuferpromenade Kl.BS, Schaffhauserrh	400'000	212'861	400'000	1	B		B 09.1314.01 / GRB 18.11.2009
651030020022 HPA / DST Verwaltung	212'861						
Bad Bhf, Konzeptarb. Siedlungsstruktur	465'000		200'000	1	B		B 10.1294.01 / GRB 08.12.2010
651030020023 HPA / DST Verwaltung							
Lörracherstrasse Riehen, Umgestaltung	300'000		250'000	1	B		B 10.0357.01 / GRB 23.06.2010
651030020024 HPA / DST Verwaltung							
Dreispietz, Entwicklungsplanung	1'900'000		480'000	1	B		10.0368.01 / GRB 08.12.2010
651030020025 HPA / DST Verwaltung							
Internationale Bauausstellung IBA	1'880'573	355'715	420'000	1	B		R 09.0837.01 / GRB 09.09.2009
651030026000 HPA / DST Verwaltung	671'030						
Beiträge für Investitionen	-271'306						
Elsässerstr./Hünigerstr. Projektierung	350'000	97'883	150'000	1	B		B 09.0765.01 / GRB 14.10.2009
651030029002 HPA / DST Verwaltung	97'883						
GVM Gesamtverkehrsmodell	1'300'000	79'559	300'000	1	G		RRB 01.09.2009
661810050000 Mobilität	79'559						
Beiträge für Investitionen	-17'400	-17'400	-150'000				
Tempo 30-Zonen, übrige Gebiete, Sign./PI	1'350'000	40'547	50'000	1	B		B 8774 / GRB 12.11.1997
661830020098 Mobilität	1'282'505						
Rahmenkredit Lichtsignalanlagen (LSA)	8'000'000	1'651'544	2'300'000	1	G		RRB 04.11.2008
661830051070 Mobilität	2'109'995						
<b>Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur</b>		<b>52'624'629</b>	<b>67'130'141</b>				

## Öffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
R 0000 Elsässerstr./Kohlenstr.; Knoten	4'900'000		100'000	1	N		R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
617010020008 Tiefbauamt							
Erschliessung St. Johann	18'200'000	969'939	170'000	1	B		R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021056 Tiefbauamt	12'922'737						
Beiträge für Investitionen	-6'400'000	-400'000	-1'000'000				
Erlenmatt ÖV 1. Etappe	970'000	180'973	500'000	1	B		R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
617011021079 Tiefbauamt	180'973						
IB2 Tramverl. Nr.8 K. Hünigen - Weil	17'329'000	3'461'693	5'000'000	1	B		R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
617021028003 Tiefbauamt	4'052'389						
Beiträge für Investitionen	-1'870'000	-1'870'000					

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
Erlenmatt ÖV 2. Etappe Projektierung 651030020003 HPA / DST Verwaltung	1'000'000 75'331	75'331		1	B		R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
Tram Margarethenstich Vorprojekt 661820020001 Mobilität	640'000		200'000	1	B		B 10.0851.02 / GRB 16.02.2010
Beiträge für Investitionen	-320'000						
Tram Erlenmatt-Kleinhüningen Projekt 661820020002 Mobilität	300'000 102'138	102'138	200'000	1	B		R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
Beteiligung an den Planungskosten Weil/Rh 661820040104 Mobilität	3'330'000 254'943	70'000		1	B		R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008 Budget unter Position 661820040106
Tramverlängerung Weil/Rhein, Planung 661820040105 Mobilität	1'825'000 1'202'040	102'271	10'000	1	B		R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
Beteiligung Planungskosten Weil/Rhein 661820040106 Mobilität	3'330'000		700'000	1	B		R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008 Ausgaben unter Pos. 661820040104
Tramverläng. Weil/Rh, Zinsen f.Vorfinanz 661820040107 Mobilität	1'560'000		56'000	1	B		R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
Tramverlängerung N. St. Louis, Plankredit 661820040108 Mobilität	4'000'000 14'069		800'000	1	B		R 10.1193.01 / GRB 08.12.2010
Beiträge für Investitionen			-3'000'000				
LSA - Bus - Anmeldemittel 661830025003 Mobilität	912'000 977'529			4	B		B 04/51/05G / GRB 15.12.2004
Pauschale ÖV-Behinderungen 661830020001 Mobilität	1'500'000 134'999	38'494		1	B		R 05.1315.02 / GRB 18.01.2006 Budget unter Pos. 661850020001
Pauschale ÖV-Behinderungen 661850020001 Mobilität	1'500'000		500'000	1	B		R 05.1315.02 / GRB 18.01.2006
Planung Erlenmatte 661850025601 Mobilität	200'000 74'989	918		3	B		R 9299 / GRB 09.06.2004
Sammelkredit Normwarte Halle BVB 661850027319 Mobilität	3'000'000 1'953'073	1'001'083	625'000	1	B		R 07.1895.02 / GRB 09.04.2008
Wartehalle Claraplatz 661850027321 Mobilität	600'000 616'255	10'988		3	G		RRB 11.07.2006
Rückbau Trolley Fahrleitung 661850027325 Mobilität	3'500'000 1'447'611	517'881	1'100'000	1	G		RRB 14.08.2007
Beiträge für Investitionen	-105'175	-105'175					
Gleisanpassung St. Johann-Vorstadt 661850028310 Mobilität	1'100'000 3'147	3'147	50'000	1	B		B 08.1849.01 / GRB 22.04.2009
Tramverlängerung Weil/Rh, Bahnbau 661850028321 Mobilität	13'466'000 2'441'500	2'077'064	4'700'000	1	B		R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
Beiträge für Investitionen	-70'000	-70'000					
Neue Zufahrt Depot Wiesenplatz 661850029301 Mobilität	1'149'000 755'743	755'743		1	B		R 07.1354.01 / GRB 20.02.2008
Infrastrukturmassnahmen Behinderte 661850029303 Mobilität	3'000'000	-147'463	300'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 09.09.2008
Aeussere Baselstr, Riehen Ant Neuinvest 661850029306 Mobilität	4'257'000		158'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 12.08.2008
Tiefbauarbeiten Montage DFI (§16 BVB-OG) 661850029601 Mobilität	540'000 151'212	129'264	470'000	1	B		B 10.0369.01 / GRB 23.06.2010
Regio S-Bahn; Infrastrukturanpass Bhf 661851040012 Mobilität	6'020'000 7'124'029	-50'884		3	B		R 05/02/22G / GRB 12.01.2005 GRB 04/1137G vom 17.03.2004 Fr. 1'120'000 und Ratschlag vom 12.01.2005 Fr. 4'900'000 sowie genehmigte Kostenüberschreitung mit RRB 08/06/7 vom 26.02.2008 Fr. 1'450'000
Regio S-Bahn; Bhst Niederh 661851040014 Mobilität	3'800'000 3'800'000		100'000	1	B		R 04.0335.03 / GRB 05.04.2006
Regio S-Bahn Herzstück Projektierung 661851040015 Mobilität			400'000	1	B		B 08.2020.01 / GRB 14.10.2009 Ausgaben unter Pos. 661851040016
Regio S-Bahn Herzstück Projektierung 661851040016 Mobilität	830'000 212'773	179'604		1	B		B 08.2020.01 / GRB 14.10.2009 Budget unter Position 661851040015
<b>Rahmenkredit Gleisanlagen 2009-2012</b>	<b>50'000'000</b>	<b>13'466'546</b>	<b>12'500'000</b>	<b>1</b>	<b>G</b>		<b>RRB 04.11.2008</b>

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	Beschlüsse / Begründungen
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	
661850029000 Mobilität	37'408'135						Total Rahmenkredit Gleisanlagen
K Barth-Platz:Hardstr 137 - Adlerstr 21	1'144'000			4	G		RRB 12.07.2005
661850026303 Mobilität	1'427'363						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Zeughaus/Zeughausstr div Abschnitte	4'060'000	74'071		1	G		RRB 14.08.2007
661850027301 Mobilität	4'085'785						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Steinenring (Fahrleitung)	1'075'000	10'205		1	G		RRB 11.07.2006
661850027308 Mobilität	481'008						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Austrasse (Fahrleitung)	980'000	50'403		1	G		RRB 11.07.2006
661850027309 Mobilität	1'031'810						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
St. Alban-Anlage	1'784'000	1'241'403		1	G		RRB 11.07.2006
661850027316 Mobilität	2'545'147						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Jakobsberg HS	1'536'000	-717		1	G		RRB 30.05.2006
661850028301 Mobilität	66'601						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Elisabethenstr. 15 - 62	4'238'000			1	G		RRB 12.08.2008
661850028302 Mobilität	231'566						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Postkurve	890'000	7'983		1	G		RRB 12.08.2008
661850028304 Mobilität	819'627						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Walkenweg	1'590'000	2'406		1	G		RRB 14.08.2007
661850028305 Mobilität	1'651'820						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Allschwilerstr. HS Bereich Morgartenring	2'410'000	136'622		1	G		RRB 12.08.2008
661850028307 Mobilität	3'268'203						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Allschwilerstrasse 2-120 Fahrleitung	830'000	214'076		1	G		RRB 14.08.2007
661850028308 Mobilität	621'882						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Spalenring Fahrleitung Schützenhaus	1'290'000			1	G		RRB 14.08.2007
661850028309 Mobilität	459'651						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Lichtraumprofilanpassungen Schützenhaus	1'440'000	220'041		1	G		RRB 14.08.2007
661850028311 Mobilität	220'041						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
SEK-05 Burgfelderplatz	1'590'000			4	G		RRB 14.08.2007
661850028313 Mobilität	1'685'337						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
SEK-11 Münchensteinerstrasse	2'100'000	34'077		1	G		RRB 14.08.2007
661850028314 Mobilität	2'362'049						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
SEK-15 Dringend. Gleisersatz Aeuss BSstr	760'000	282'909		1	G		RRB 12.08.2008
661850028320 Mobilität	796'082						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Bankverein Weichen	1'697'000	26'776		1	G		RRB 12.08.2008
661850029308 Mobilität	1'515'029						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Helfenbergerstr 600V-Fahrleitungsersatz	380'000			1	G		RRB 12.08.2008
661850029309 Mobilität	361'734						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Aeschvorstadt	370'000	1'162'310		1	G		RRB 12.08.2008
661850029310 Mobilität	1'162'310						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Diensträume	964'000	503'946		1	G		RRB 04.11.2008
661850029312 Mobilität	503'946						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
S-POS Anteil Infrastruktur	1'000'000	134'897		1	G		RRB 12.08.2008
661850029602 Mobilität	2'746'005						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Depot Wiesenplatz Tramschlaufe	2'350'000	166'916		1	G		RRB 04.11.2008
661850050303 Mobilität	166'916						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Weichenanfang 359 bis Ende Kreuzung 61	900'000	917'152		1	G		RRB 04.11.2008
661850050304 Mobilität	917'152						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Gärtnerstrasse	990'000	695'961		1	G		RRB 04.11.2008
661850050305 Mobilität	695'961						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Klybeckstrasse	1'180'000	1'311'349		1	G		RRB 04.11.2008
661850050306 Mobilität	1'311'349						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Riehenstrasse	760'000	1'984'496		1	G		RRB 04.11.2008
661850050307 Mobilität	1'984'496						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
St. Johannisring - Friedensgasse	1'600'000	1'737'071		1	G		RRB 04.11.2008
661850050308 Mobilität	1'737'071						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Allschwilerstrasse	1'955'000	2'077'908		1	G		RRB 04.11.2008
661850050309 Mobilität	2'077'908						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Münchensteinerstrasse LRP Anpassung	500'000	255'633		1	G		RRB 04.11.2008
661850050314 Mobilität	255'633						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Riehenstrasse Anpassung Lichtraumprofil	210'000	209'644		1	G		RRB 04.11.2008

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2010	Budget 2010	A S K			Beschlüsse / Begründungen
				S	T	N	
661850050315 Mobilität	209'644						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
Zürcherstrasse	5'745'000	9'009		1	G		RRB 04.11.2008
661850051302 Mobilität	9'009						Teil des Rahmenkredits Gleisanlagen
<b>Öffentlicher Verkehr</b>		<b>20'499'555</b>	<b>24'689'000</b>				

## Gesundheit

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2010	Budget 2010	A S K			Beschlüsse / Begründungen
				S	T	N	
Dossiermanagement	650'000	190'658	50'000	1	G		RRB 29.08.2006
702050500001 Gesundheitsdienste	550'025						
CT-Gerät IRM 2010	682'500		900'000	1	B		B 10/49/12G / GRB 08.12.2010
706021020101 Gesundheitsschutz							
Flüss.Chromatograph/Mass.Spektrometer	400'000		10'000	2	G		RRB 12.08.2008
706022000001 Gesundheitsschutz							
SU-Wagen SZK	600'000		200'000	2	G		RRB 14.08.2007
720056202008 Oeffentliche Zahnklinik	605'632						
Umstellung Fallpauschalen DRG	975'000	185'081		1	B		B 06.1772.01 / GRB 07.02.2007
731001000003 Universitätsspital Basel	686'900						
Sanierung Personalrestaurant und Cafeteria	6'800'000	12'834		2	G		RRB 12.07.2005
731001000004 Universitätsspital Basel	6'834'963						
Brandschutzmassnahmen VELF, Geschoss 02	3'780'000	1'742'483	1'800'000	1	G		RRB 09.09.2008
731001000021 Universitätsspital Basel	2'447'377						
Optimierung Entsorgungszentrum	940'000	32'400	940'000	1	G		RRB 12.08.2008
731001000023 Universitätsspital Basel	32'400						
Kooperation USB-UKBB Infrastruktureintr.	1'980'000	1'351'948	1'360'000	1	B		B 09.0356.01 / GRB 03.06.2009
731001000024 Universitätsspital Basel	1'401'614						
Ersatz Lüftungsmonoblocs Hörs. 6/Audiol.	450'000	479'220	450'000	1	G		RRB 09.09.2008
731001000025 Universitätsspital Basel	479'220						
Ersatz der Netzsteuerung	495'000	487'067	300'000	1	G		RRB 12.08.2008
731001000026 Universitätsspital Basel	596'787						
Reorg./baul. Sanierung Radiologie	1'750'000	685'214	600'000	1	G		RRB 12.08.2008
731001000027 Universitätsspital Basel	836'291						
Zutrittsschutz nicht öffentl. Zonen	800'000	314'272	400'000	1	B		B 09.0556.01 / GRB 09.09.2009
731001000028 Universitätsspital Basel	793'810						
Einbau Lüftungsanlage Zentralsteril West	495'000		10'000	2	B		B 09.0419.01 / GRB 06.05.2009
731001000029 Universitätsspital Basel	453'562						
Einbau GMP-Reinraum	1'600'000	1'133'188	800'000	1	B		R 09.0622.01 / GRB 09.09.2009
731001000033 Universitätsspital Basel	1'569'055						
Sanierung Küche	17'200'000	165'805	800'000	1	G		RRB 01.09.2009
731001000045 Universitätsspital Basel	165'805						
Ersatz Käfige Waschanlage Tierversuchsstation	4'250'000	648'194	4'250'000	1	G		RRB 01.09.2009
731001000046 Universitätsspital Basel	648'194						
K1 Ost, Ers. Steuerung MTA	600'000	-28'298	10'000	2	G		RRB 11.09.2007
731001001000 Universitätsspital Basel	659'036						
Kooperation USB-UKBB: Transporttechnikanal.	2'410'000	719'536	300'000	1	B		08.0744.01 / GRB 12.11.2008
731001001001 Universitätsspital Basel	2'346'092						
Ersatz Pflegerufanlage K1 Ost	670'000	38'004	110'000	1	G		RRB 11.09.2007
731001001002 Universitätsspital Basel	690'146						
Ersatz Speiseverteilssystem	1'260'000		10'000	2	G		RRB 11.09.2007
731001001003 Universitätsspital Basel	1'256'616						
Ersatz Gebäudeleitsystem/Unterst. EY1200	2'500'000		10'000	2	G		RRB 14.08.2007
731001006002 Universitätsspital Basel	2'487'287						
Ersatz DDC-Unterstationen EY 2400	2'500'000	440'544	500'000	1	G		RRB 01.09.2009
731001006003 Universitätsspital Basel	440'544						
VELF/ZLF Ersatz Wasserleitungen	310'000	2'625	60'000	1	G		RRB 04.07.2000
731001010023 Universitätsspital Basel	243'320						
K2, Einbau Drallauslässe	800'000	251'529	230'000	1	G		RRB 29.08.2000

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2010	Budget 2010	A S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
731001020034 Universitätsspital Basel	837'173					
Ersatz Leistungsschalter Elektro-HV	3'600'000	189'717	330'000	1	G	RRB 06.07.2004
731001020045 Universitätsspital Basel	3'531'386					
STA Ersatz Aufzüge	3'300'000		10'000	2	G	RRB 06.07.2004
731001020046 Universitätsspital Basel	3'556'244					
Rahmenkredit med. Apparate 2001-2005	65'000'000			4	B	R 9087 / GRB 12.09.2001
731001032000 Universitätsspital Basel	65'329'656					
Rahmenkredit med. Apparate 2006-2010	72'000'000	13'308'178	15'400'000	1	B	R 05.1363.01 / GRB 08.02.2006
731001032003 Universitätsspital Basel	73'607'585					
Beiträge für Investitionen	-1'419'689	-774'795				
Optim. Transportlogistik Lagerbetriebe	3'506'000	481'832	10'000	1	G	RRB 29.08.2006
731001060053 Universitätsspital Basel	2'078'003					
Rahmenkredit Informatik 2008 bis 2011	32'000'000	7'276'280	8'000'000	1	B	R 07.1525.01 / GRB 13.12.2007
731001062008 Universitätsspital Basel	20'876'889					
Leistungsorientierte Finanzierung	645'000		145'000	1	G	RRB 29.08.2006
733001000701 Felix-Platter-Spital	321'198					
Ersatz von 420 Spitalbetten	3'400'000	20'041		1	G	RRB 11.09.2007
733001000844 Felix-Platter-Spital	2'594'960					
Ersatz Analysegeräte Klinisches Labor	540'000	330'993	540'000	1	G	RRB 12.08.2008
733001000981 Felix-Platter-Spital	330'993					
IT-Architektur für das FPS	1'340'000		800'000	1	G	RRB 01.09.2009
733001001001 Felix-Platter-Spital						
Wohnheim 2 - Umbau VG und Gebäude D+L	2'900'000			4	B	R 9322 / GRB 17.03.2004
735001003919 UPK	3'010'661					
Releasewechsel SAP	340'000			4	G	RRB 31.08.2004
735001005924 UPK	365'868					
Elektronische Patientenakte	1'040'000	75'750	50'000	1	G	RRB 01.11.2005
735001005925 UPK	1'062'589					
Leistungsorientierte Finanz. (Rekole)	650'000	103'593	300'000	1	G	RRB 29.08.2006
735001005927 UPK	579'748					
Ersatz Elektrohauptverteilung	2'125'000	769'781	1'400'000	1	G	RRB 11.09.2007
735001005929 UPK	1'593'646					
<b>Teil Allgemein</b>		<b>30'633'672</b>	<b>41'085'000</b>			
Abteilung Sucht Standortwechsel	565'000			4	G	RRB 06.11.2007
420711656000 Liegenschaften VV	467'666					
Schulzahnklinik San. Fassade+Klimaanlage	1'750'000	987	50'000	2	G	RRB 11.09.2007
420735056000 Liegenschaften VV	1'507'222					
Beiträge für Investitionen	-12'566					
Rechtsmedizin Fassade + Dach San.	1'430'000	1'028'758	1'395'000	1	G	RRB 03.11.2009
420745056001 Liegenschaften VV	1'078'553					Erhöhung Nominalkredit um Fr. 630'000 mit RRB 10/11/79 vom 13.04.2010
Kantonsspital Klinikum 1-West Gesamtsan.	206'481'000	2'200'016	3'500'000	1	B	R 8418 und GRB B 8472 / GRB 16.02.1994
420750026002 Liegenschaften VV	206'849'311					
Beiträge für Investitionen	-2'560'774					
USB Sanierung Personalrest.Cafeteria	3'900'000			4	G	RRB 12.07.2005
420750056000 Liegenschaften VV	3'964'992					
Beiträge für Investitionen	-53'580					
USB Sanierung 3. Bauetappe Projektierung	500'000	29'666	42'000	3	G	RRB 12.09.2006
420750056002 Liegenschaften VV	500'937					
USB K2 Umbau Hämatologielabor	700'000	619'976		1	G	RRB 29.08.2006
420750056004 Liegenschaften VV	619'976					
USB Optimierung Warenannahme Entsorgung	400'000	186'017	400'000	1	G	RRB 12.08.2008
420750056005 Liegenschaften VV	186'017					
USB Sanierung OP-Ost	128'200'000	1'000'000	3'000'000	1	B	R 10.0861.01 / GRB 13.10.2010
420750056006 Liegenschaften VV	1'000'000					
USB Reorg./Optimierung Radiologie	2'280'000	1'243'759	800'000	1	G	RRB 12.08.2008
420750056007 Liegenschaften VV	1'243'759					
USB, Bettenhaus 3, Sanierung Gebäudetechnik	1'650'000	1'084'027	1'450'000	1	G	RRB 01.09.2009
420750056008 Liegenschaften VV	1'084'027					



Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
USB, Betriebsfähigkeit Etap.3 ZLF	2'500'000	29'633	500'000	1	G		RRB 01.09.2009
420750056009 Liegenschaften VV	29'633						
USB Betriebsfähigkeit Pathologie 3. Et.	600'000	407'204	350'000	1	G		RRB 01.09.2009
420750056010 Liegenschaften VV	407'204						
USB Betriebsfähigkeit Klinikum 2 3. Et.	1'000'000	369'378	500'000	1	G		RRB 01.09.2009
420750056011 Liegenschaften VV	369'378						
DK Universitätsspital Geb. 38 Abdichtung	900'000				1	G	B 10.2253.01 / GRB 09.02.2011
420750056022 Liegenschaften VV			900'000			N	DK 10/40/25 vom 21.12.2010
USB, Sanierung 3. Bauetappe Proj. Etap.1	1'850'000		400'000	1	G		RRB 03.11.2009
420750059000 Liegenschaften VV							
USB Sanierung und Erweiterung OP Ost	5'400'000	2'197'602	2'200'000	2	G		RRB 03.11.2009
420750059005 Liegenschaften VV	5'400'000						
UAK Integration in USB Projektierung	540'000		40'000	1	B		B 06.0068.01 / GRB 07.06.2006
420760029000 Liegenschaften VV							
Geriatric-/Rehabzentrum GKZ Projekt	8'900'000	2'600'000	3'500'000	1	B		R 08.2098.01 / GRB 03.06.2009
420770026000 Liegenschaften VV	2'600'000						
Felix Platter-Spital Sanierungen 2009/12	24'000'000	7'000'028	7'500'000	1	G		RRB 23.10.2007
420770056001 Liegenschaften VV	18'949'522						
Beiträge für Investitionen	-18'494	-18'494					
UPK Gebäude R Anbau Forensik Projekt	570'000	239'123	800'000	1	B		B 09.2214.01 / GRB 13.01.2010
420780026004 Liegenschaften VV	239'123						Projektierungskredit Fr. 570'000 mit RRB 10/01/15 vom 12.01.2010
UPK Geb. SC Forschung	4'960'000	47'596	50'000	2	G		RRB 12.08.2008
420780026005 Liegenschaften VV	4'708'766						
Beiträge für Investitionen	-14'915						
UPK Gebäude S3 Wohnmodule	4'150'000	1'682'691	2'600'000	1	B		R 10.0453.01 / GRB 08.09.2010
420780026007 Liegenschaften VV	1'682'691						Erhöhung Nominalkredit von Fr. 2.6 Mio. um Fr. 1'550'000 auf Fr. 4'150'000 mit RRB 10/09/48 vom 23.03.2010
UPK Klinik Ersatz Hausleitsystem	2'500'000	550'686	398'000	1	G		RRB 12.07.2005
420780056003 Liegenschaften VV	2'770'609						Teuerungsbedingte Überschreitung
UPK Gebäude A Sanierung Erdgeschoss	900'000	92'899	20'000	1	G		RRB 12.07.2005
420780056005 Liegenschaften VV	934'042						
Beiträge für Investitionen	-5'110	-5'110					
UPK Gebäude Umbau Gebäude C + K	5'400'000			4	G		RRB 12.07.2005
420780056006 Liegenschaften VV	5'184'351						
Beiträge für Investitionen	-13'120						
UPK Ökonomiegebäude Gesamtsanierung	11'825'000	3'896'630	5'100'000	1	G		RRB 18.09.2007
420780056007 Liegenschaften VV	11'203'653						
UPK Gebäude M Projektierung	320'000	260'570	320'000	1	G		RRB 01.09.2009
420780056011 Liegenschaften VV	260'570						
UPK Gebäude A Vorfahrt Patientenaufnahme	500'000	182'141	450'000	1	B		B 09.2213.01 / GRB 14.04.2010
420780056013 Liegenschaften VV	182'141						
UPK Gebäude B/J Anpassungen/Erdbebens.	9'700'000	65'115	600'000	1	G		RRB 04.11.2008
420780056014 Liegenschaften VV	65'115						
R 050724 UKBB Spitalstrasse Neubau	74'650'000	16'768'888	20'000'000	1	B		R 05.0724.01/02 / GRB 19.10.2005
420790026000 Liegenschaften VV	76'973'026						Teuerungsbedingte Überschreitung
<b>Teil Hochbauten VV</b>		<b>43'759'789</b>	<b>55'965'000</b>				
			<b>900'000</b>			<b>N</b>	
<b>Gesundheit</b>		<b>74'393'461</b>	<b>97'050'000</b>				
			<b>900'000</b>			<b>N</b>	

## Bildung

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
Mobiliarersatz an Schulen 3. Etappe	6'800'000	3'517'688	3'400'000	1	G		RRB 01.09.2009
201862000020 Zentrale Dienste	3'517'688						

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
Ersatz Zusatzbestuhlung SJH	640'000	648'578	640'000	2	G		RRB 01.09.2009
201871010001 Zentrale Dienste	648'578						
Ankäufe KM 2006 - 2009 GRB 28.06.2006	3'200'000			1	B		R 05.1076.01 / GRB 28.06.2006
371503000014 Kunstmuseum	1'342'103						
Beiträge für Investitionen	-663'059	-404'000					
Ankäufe von KM 2010 - 2013 GRB	3'200'000	1'623'416	1'000'000	1	B		R 09.2122.01 / GRB 10.03.2010
371503000015 Kunstmuseum	1'623'416						
Beiträge für Investitionen	-110'654	-110'654					
Erneuerung Dauerausstellung BK UG	4'250'000	1'137'375	1'450'000	1	B		R 06.0934.02 / GRB 14.02.2007
373501000005 Historisches Museum	1'320'773						
Beiträge für Investitionen			-1'050'000				
Ern. Dauerausstellungen + Betriebs.einr.	2'750'000	197'580	650'000	1	G		RRB 03.11.2009
374830000000 Naturhistorisches Museum	197'580						
Wiedereröffnung Museum	3'810'000	140'513	1'160'000	1	B		R 09.1852.02 / GRB 03.02.2010
375835000000 Museum der Kulturen	140'513						
<b>Teil Allgemein</b>		<b>6'750'496</b>	<b>7'250'000</b>				
Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	600'000	11'983	200'000	1	B		B 09.1408.01 / GRB 18.11.2009
420013026002 Liegenschaften VV	11'983						
Ausbau Tagesbetreuung 1. Etappe	10'800'000		1'000'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
420100026000 Liegenschaften VV							
Brandschutzmassnahmen in Schulhäusern	4'500'000	281'194	1'500'000	1	G		RRB 01.09.2009
420100026002 Liegenschaften VV	281'194						
Schulstrukturen (Harmonisierung) Projekt	2'400'000		1'000'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
420100029001 Liegenschaften VV							
Tagesschulen 4 Projekte	3'000'000	22'563	385'000	1	B		R 06.1537.02 / GRB 06.12.2006
420100126000 Liegenschaften VV	2'597'407						
HGK FHNW Dreispitz Neubau	121'600'000	4'147'295	4'500'000	1	B		R 09.0043.01 / GRB 22.04.2009
420100526000 Liegenschaften VV	9'130'876						
Beiträge für Investitionen	-208'434						
Schulraumcontainer diverse Standorte	1'000'000	389'749	600'000	1	G		RRB 11.09.2007
420101056000 Liegenschaften VV	718'796						
Archäolog. Bodenforschung Depot Lyonstrasse	2'500'000	1'287'098	2'200'000	1	G		RRB 09.09.2008
420117026000 Liegenschaften VV	1'327'639						
St. Jakobsdenkmal Renovation + Sicherheit	360'000	243'738	160'000	1	G		RRB 16.06.2009
420118256000 Liegenschaften VV	261'511						
R 0000 Bandproberäume	1'500'000		100'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 11.09.2007
420119426000 Liegenschaften VV							
R 060032 Kulturwerkstatt Kaserne, 2. Etappe	2'000'000			4	B		R 06.0032.01 / GRB 13.09.2006
420119426078 Liegenschaften VV	2'237'857						
Beiträge für Investitionen	-226'759						
Stadtheater Unterh.Haus-+Bühnentechnik	10'000'000	1'935'370	2'000'000	1	G		RRB 29.08.2006
420124056000 Liegenschaften VV	6'780'899						
Beiträge für Investitionen	-30'315						
Theater Basel Ersatz Drehscheibenwagen	1'500'000	935'087	300'000	1	G		RRB 12.08.2008
420124056002 Liegenschaften VV	1'680'532						Bewilligung zur Überschreitung des Kredits mit RRB 10/06/23 vom 2.03.2010
Theater, San. Platzbelag zur Elisabethen	1'300'000	547'722	800'000	1	G		RRB 01.09.2009
420124056004 Liegenschaften VV	547'722						
Stadtheater Sanierung Untermaschinerie	8'850'000	315'253	50'000	1	G		RRB 02.11.2004
420124056099 Liegenschaften VV	8'641'718						
AGS Sanierung Kanalisation	1'560'000	8'205	320'000	1	G		RRB 01.09.2009
420126056000 Liegenschaften VV	8'205						
AGS Sanierung Fassade und HLK	31'470'000	4'923'767	4'900'000	1	G		RRB 11.09.2007
420126456000 Liegenschaften VV	32'213'190						
Beiträge für Investitionen	-1'895'000		-500'000				
BFS Kohlenberggasse 10 Innensanierung	3'000'000	174'775	300'000	1	G		RRB 01.09.2009
420128456000 Liegenschaften VV	174'775						
BFS Kohlenberggasse 11 Bewegungsraum	800'000	10'000	700'000	1	G		RRB 01.09.2009
420128826000 Liegenschaften VV	10'000						

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	Beschlüsse / Begründungen
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	
Gymnasium Münsterplatz, Einbau Mensa 420130026001 Liegenschaften VV	920'000 809'920	809'920	900'000	1	B		B 09.2072.01 / GRB 10.02.2010
Gym. Münsterplatz San. WC+Kanalisation 420130056000 Liegenschaften VV	930'000 1'008'899	17'896		2	G		RRB 11.09.2007
B 070087 Gym Kirschgarten Einbau Mensa 420131026000 Liegenschaften VV	1'000'000 1'043'740			4	B		B 07.0087.01 / GRB 21.03.2007
De Wette-Schulhaus Treppenhäuser San. 420132056000 Liegenschaften VV	1'000'000 571'554	-179	375'000	1	G		RRB 29.08.2006
Bäumlihof Gymnasium Lüftungsanlage Ersatz 420136056000 Liegenschaften VV	8'000'000 731'636	413'521		1	G		RRB 29.08.2006
Bäumlihof Gymnasium Proj. + Sofortmassn. 420136056002 Liegenschaften VV	4'000'000		800'000	1	B		R 10.1043.01 / GRB 08.09.2010
Bäumlihof Gymnasium San. Pausenhof 420136056057 Liegenschaften VV	400'000 465'985			4	G		RRB 19.09.2000
St. Alban-Schule Rasenplatz Turnplatz 420139056000 Liegenschaften VV	1'440'000 1'013'398			4	G		RRB 11.09.2007
St. Alban-Schule D+F Asbestsanierung 420139056080 Liegenschaften VV	26'000'000 25'357'607			4	G		RRB 27.05.2003
Beiträge für Investitionen	-231'612						
Bläsischule TH Sanierung Dach und Fach 420139456000 Liegenschaften VV	600'000		200'000	4	G		RRB 11.09.2007
Bläsischule, Ersatz Lüftungsanlagen 420139456001 Liegenschaften VV	800'000 80'233	80'233	600'000	1	G		RRB 16.06.2009
Bruderholz Schulhaus Umbau u Erweiterung 420139826000 Liegenschaften VV	4'545'000 4'261'749	2'191'218	1'643'000	1	B		R 08.1822.01 / GRB 14.01.2009
Bruderholz Schule WC-Anlagen+Lehrertrakt 420139856000 Liegenschaften VV	1'620'000 1'456'176	616'975	820'000	1	G		RRB 12.08.2008
Brunnmattschule Proj. + Sofortmassnahmen 420140256000 Liegenschaften VV	1'950'000 752'054	752'054	1'650'000	1	G		RRB 01.09.2009
Dreirosen Schule Altbau Dach + Fenster 420141456000 Liegenschaften VV	1'700'000 837'241	837'241	450'000	1	G		RRB 01.09.2009
Erlenmatt Schule Projektierung 420141729000 Liegenschaften VV	1'000'000		200'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 09.09.2008
Gottfried Keller-Schulhaus Fensterersatz 420142456000 Liegenschaften VV	1'400'000 826'749	404'758	497'000	2	G		RRB 11.09.2007
Gotthelfschule TH Fassaden Sanierung 420142856002 Liegenschaften VV	600'000		50'000	1	G		RRB 01.09.2009
Hirzbrunnen Schule Fenster/Gangzone San. 420143656000 Liegenschaften VV	6'400'000 265'122	231'993	2'200'000	1	G		RRB 01.09.2009
Kleinhüningschule Gesamtsanierung 420145256090 Liegenschaften VV	3'500'000 3'265'455	9'055		4	G		RRB 27.08.2002
Neubad Schulhaus Fenster Ersatz 420145656000 Liegenschaften VV	1'700'000 957'171	597'965	600'000	1	G		RRB 11.09.2007
Neubadschule Innensanierung Haus Nord 420145656082 Liegenschaften VV	680'000 674'967			4	G		RRB 31.08.2004
Schoren Primarschule Erweiterung 420148426000 Liegenschaften VV	1'453'000 1'251'489	1'232'875	1'050'000	1	B		B 09.0475.01 / GRB 03.06.2009
Sevogel Schulhaus Gänge und Treppenhäuser 420148856000 Liegenschaften VV	920'000 499'335	218'218	350'000	1	G		RRB 12.08.2008
Thomas Platter-Schule Innensanierung 420151256000 Liegenschaften VV	350'000 352'602	352'602	350'000	1	G		RRB 01.09.2009
Vogelsangschule Fenstersanierung 420151656000 Liegenschaften VV	900'000 921'878		30'000	4	G		RRB 11.09.2007
Wasgenringschule II Fassadensanierung 420152056000 Liegenschaften VV	1'150'000 1'420'616	1'011'975	700'000	2	G		RRB 11.09.2007 Bedingt durch den langen Bauunterbruch zwischen Hochbauten und Flachbauten (5 Jahre) wurden automatisch andere Grundlagen und Rahmenbedingungen geschaffen, was sich auch auf den Preis auswirkte.

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
Wettsteinschule Innensanierung 420152456000 Liegenschaften VV	350'000		350'000	1	G		RRB 01.09.2009 Wird nicht realisiert, Projekt gelöscht
Schule Erlensträsschen Sanierung 420154456000 Liegenschaften VV	4'720'000 4'909'372	140'036		2	G		RRB 11.09.2007 Teuerungsbedingte Mehrkosten
Beiträge für Investitionen	-113'334	-5'000					
Hebelschule Umnutzung TH in Aula 420154826000 Liegenschaften VV	950'000		600'000	1	G		RRB 01.09.2009
Hebelschule Gesamtsanierung und Umbau Aula 420154856000 Liegenschaften VV	18'760'000 645'602	513'344	3'500'000	1	G		RRB 02.11.2010
Niederholzschule WC-Anlagen Sanierung 420155256000 Liegenschaften VV	600'000 632'298			4	G		RRB 11.09.2007
Wasserstelschule Fensterersatz 420156056000 Liegenschaften VV	800'000 921'091	921'091	800'000	1	G		RRB 01.09.2009 Kreditüberschreitung RRB 10/21/79 vom 29.06.2010 über Fr. 300'000
Bettingen Schule TH Dach + Drainagen San 420156456000 Liegenschaften VV	400'000 213'174		200'000	1	G		RRB 12.08.2008
Bettingen Schule TH Heizung/Lüftung 420156456001 Liegenschaften VV	450'000 176'047	176'047	200'000	1	G		RRB 01.09.2009
Schulhaus Hinter-Gärten Riehen Neubau 420157026050 Liegenschaften VV	15'130'000 15'104'535	45'455		2	B		R 9151 / GRB 12.06.2002
Beiträge für Investitionen	-18'109						
Belforterstr. 126a KG Wärmetechnik 420160056000 Liegenschaften VV	500'000		500'000	1	G		RRB 01.09.2009
Gustav Wenk-Strasse KG Sanierung 420160056001 Liegenschaften VV	750'000 229'466	229'466	350'000	1	G		RRB 01.09.2009
Heim Gute Herberge, Projektierung 420176456001 Liegenschaften VV	400'000		300'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
Turnhalle St. Jakobstrasse 115 420181056000 Liegenschaften VV	1'000'000 1'071'971			4	G		RRB 29.08.2006
Kasernenstrasse Turnhalle San. Fassaden 420181056001 Liegenschaften VV	600'000		300'000	1	G		RRB 01.09.2009
Theaterstrasse TH Innensanierung 420181056002 Liegenschaften VV	450'000 14'545	14'545	150'000	1	G		RRB 01.09.2009
TH + SH Rittergasse, Ers.Heizung/Lüftung 420182056001 Liegenschaften VV	600'000 30'380	30'380	600'000	1	G		RRB 01.09.2009
St. Alban Schule Schwimmhalle Sanierung 420182056100 Liegenschaften VV	2'500'000 2'452'300			4	G		RRB 31.08.2004
B 0000 St. Jakobshalle Projektierung 420183026999 Liegenschaften VV	700'000		100'000	1	N		B .... / GRB .... / RRB 29.08.2006
St. Jakobshalle kl. Halle, San. Boden 420183056002 Liegenschaften VV	700'000 1'076'762	-42'526		3	G		RRB 12.08.2008 Bei den Sanierungsarbeiten entstand ein Brandschaden welcher durch die GVBS nicht vollständig übernommen wurde (Mehrwertanteil).
St. Jakobshalle allg. Sanierungen III 420183056003 Liegenschaften VV	1'000'000 1'026'951			4	G		RRB 09.09.2008
St. Jakobshalle, Sanierungen 2010 420183056004 Liegenschaften VV	2'200'000 2'139'772	2'139'772	2'200'000	1	G		RRB 01.09.2009
St. Jakob Sportanlage Merzweckgebäude 420184026001 Liegenschaften VV	16'350'000		200'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
Sportanl. St Jakob Mehrzweckgebäude Proj 420184029000 Liegenschaften VV	1'700'000 220'869	220'869		1	N		B 10.1553.01 / GRB 13.10.2010
			850'000			N	
Schützenmatte Sportanlage Tribüne 420184056003 Liegenschaften VV	1'200'000 347'798	347'798	100'000	1	G		RRB 01.09.2009
Buschweilerhof Sportplatz Restsanierung 420184056007 Liegenschaften VV	2'700'000		250'000	1	G		RRB 01.09.2009
Bachgraben Gartenbad Restaurant San. 420185156000 Liegenschaften VV	1'500'000		100'000	1	G		RRB 29.08.2006
St. Jakob Gartenbad Sanierungsarbeiten	3'200'000	676'798	800'000	1	G		RRB 30.08.2005

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	Beschlüsse / Begründungen
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	
420185256000 Liegenschaften VV	2'586'436						
St. Jakob Gartenbad San. Rutschbahn	1'000'000	1'064'094	50'000	1	G		RRB 16.06.2009
420185256001 Liegenschaften VV	1'081'776						
St. Jakob Gartenbad Eingangsbereich	1'100'000	230'727	500'000	1	G		RRB 03.11.2009
420185256002 Liegenschaften VV	230'727						
KEB Eglisee San. Eisbahnplatte	500'000			4	G		RRB 29.08.2006
420185856000 Liegenschaften VV	486'734						
Klingentalkirche Sanierung Dach u. Fach	5'000'000	1'847'294	1'800'000	1	G		RRB 29.08.2006
420192056000 Liegenschaften VV	4'381'761						
Kunstmuseum Erweiterung Projektierung	2'800'000	2'015'093	2'100'000	1	B		R 08.0322.01 / GRB 14.01.2009
420216029000 Liegenschaften VV	2'692'109						
Antikenmuseum Ateliers/Labor Sanierung	900'000	519'095	800'000	1	G		RRB 01.09.2009
420217056002 Liegenschaften VV	519'095						
Historisches Museum Dauerausstellung UG	2'750'000	2'119'721	2'100'000	1	B		R 06.0934.02 / GRB 11.09.2008
420220026000 Liegenschaften VV	2'410'970						
Hist. Museum Dachsan/Wechselausstellung	2'100'000	272'483	80'000	1	G		RRB 11.09.2007
420220056000 Liegenschaften VV	1'801'716						
Historisch. Museum Verwaltung Dach+Fach	500'000	500'430	400'000	2	G		RRB 01.09.2009
420220056001 Liegenschaften VV	500'430						
Hist Museum San Hauptverteil/Brandschutz	660'000	389'943	660'000	1	G		RRB 03.11.2009
420220056002 Liegenschaften VV	389'943						
Museum der Kulturen San. Vischer-Bau	8'600'000	1'117'720	5'000'000	1	G		RRB 12.08.2008
420224056000 Liegenschaften VV	5'976'761						
Museum der Kulturen div. San. D + F	600'000	180'263	550'000	1	G		RRB 01.09.2009
420224056001 Liegenschaften VV	180'263						
R9340 Museum Augustinergasse Sanierung	11'000'000	1'095'155	1'600'000	1	B		R 9340 / GRB 20.01.2005
420226026075 Liegenschaften VV	9'843'151						
Museum Augustinergasse Sanierung II	9'100'000	2'144'118	2'000'000	1	G		RRB 12.08.2008
420226026076 Liegenschaften VV	4'816'401						
Rheinbad Breite San. Stahlkonstruktion	900'000			1	G		RRB 30.08.2005
420659056000 Liegenschaften VV	523'301						
Beiträge für Investitionen	-200'000	-200'000					
St. Johann Rheinbad Gesamtsanierung	1'200'000	306'759	850'000	1	G		RRB 11.09.2007
420659056001 Liegenschaften VV	401'525						
Life Sciences Spitalstrasse 41 Projekt	11'000'000	1'050'669	3'500'000	1	B		R 08.1691.03 / GRB 24.06.2009
422170526001 Liegenschaften VV	2'122'383						
Beiträge für Investitionen			-500'000				
<b>Teil Hochbauten VV</b>		<b>45'073'759</b>	<b>67'070'000</b>				
			<b>850'000</b>			<b>N</b>	
<b>Bildung</b>		<b>51'824'256</b>	<b>74'320'000</b>				
			<b>850'000</b>			<b>N</b>	

## Übrige

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	Beschlüsse / Begründungen
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	
Gerichte 2010	3'500'000	-174'765	1'008'681	1	G		RRB 14.08.2007
111000000001 Appellationsgericht	3'325'235						
Informatisierung Staatsarchiv 3. Etappe	940'000	318'741	300'000	1	B		B 08.0524.01 / GRB 04.06.2008
376104020002 Staatsarchiv	578'576						
MailBS-Ersatz der bisherigen OCS-Lösung	3'500'000		3'000'000	1	G		RRB 03.11.2009
403835000002 Finanzverwaltung							Rechnung unter Pos. 406811500000
FileBS-Migration der kant OCS-Dateiablage	1'500'000		1'400'000	1	G		RRB 03.11.2009
403835000003 Finanzverwaltung							
Erneuerung Steuerlösung NEST	2'000'000	389'774	630'000	1	G		RRB 03.11.2009
404001000059 Steuerverwaltung	389'774						
Releasewechsel SAP RE Classic auf RE FX	1'900'000	14'244		1	G		RRB 14.08.2007
405000000014 Immobilien Basel-Stadt	1'625'130						

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nom.-Kredit Ausschöpfung	Rechnung 2010	Budget 2010	A S T	K N	Beschlüsse / Begründungen
Ersatz Informatik RZ Mobiliar	4'000'000		500'000	2	N	R .... / GRB .... / RRB 05.07.2005 Das Vorhaben wurde mit GRB 10.0173.02 vom 15.12.2010 zurückgezogen.
406000000720 ZID						
Aktualisierung der Teilnehmervermittlung	2'200'000	466'919	500'000	1	G	RRB 01.09.2009
406000000743 ZID	466'919					
FileMailTeamBS	4'500'000	1'749'612		1	G	RRB 03.11.2009
406811500000 ZID	1'749'612					Budget unter Pos. 403835000002
Erneuerung zentraler Anlagenkomponenten	12'000'000	2'130'319	3'000'000	1	G	RRB 12.09.2006
406A10100718 ZID	10'377'085					
Erneuerung zentr. Kommunikationssysteme		887'645	1'500'000	1	G	RRB 16.07.1985
406A10100719 ZID	4'926'946					
Überführung des Projektes Systempflege	2'090'000	207'694	320'000	1	G	RRB 07.11.2006
409004000001 Zentraler Personaldienst	1'091'246					
Redesign OM und IKS	370'000	73'919		1	G	RRB 14.08.2007
409015000002 Zentraler Personaldienst	291'172		152'700		K	
Optimierung Fehlzeitenmanagement	1'350'000		1'250'000	1	G	RRB 09.09.2008
409015000003 Zentraler Personaldienst						
Weiterentwicklung SAP HR II	4'000'000		320'000	1	G	RRB 03.11.2009
409015000004 Zentraler Personaldienst						
Registerharmonisierung	3'000'000	398'048		2	G	RRB 12.08.2008
410005000001 Behörden/Allg. Verwaltung	3'013'275		385'000		K	
Neue SW für die Gesetzessammlung	380'000		339'000	1	G	RRB 01.09.2009
501103020000 Stabsbereiche JSD						
Umsetzung ISV, Techn. Massnahmen	600'000	39'464		2	B	B 1356 / GRB 15.03.2006
506535025001 Kantonspolizei	369'799					
POLYCOM Kanton Basel-Stadt	19'700'000	711'256		2	B	R 1355 / GRB 20.09.2006
506541025001 Kantonspolizei	18'496'843					
Beiträge für Investitionen	-3'637'694					
Inst. u. Betrieb Videoüberwachungsanlage	680'000		680'000	1	N	B .... / GRB .... / RRB 22.09.2009
506555020000 Kantonspolizei						
Ersatz Polizeiboot	700'000	712'800	700'000	1	G	RRB 01.09.2009
506555220000 Kantonspolizei	712'800					
Ersatzbeschaffung Unterziehwesten (2010)	550'000	550'000	550'000	1	G	RRB 01.09.2009
50655520000 Kantonspolizei	550'000					
Erdbebenvorsorge (partnerschaftl. Projekt)	870'000		195'000	1	N	B .... / GRB .... / RRB 12.08.2008
506559020000 Kantonspolizei						
Verkehrsüberwachungsanlagen (BP Vogel)	650'000	33'601		2	B	B 90856 / GRB 14.10.2009
506581220000 Kantonspolizei	683'601					
ZJ: 2009 KATA-Einsatzfahrzeuge	1'450'000	-4'519		2	G	RRB 12.08.2008
509010020001 Bereich Rettung	1'445'481					
ZJ: 2009 Pionierfahrzeug 42, Ersatz	1'200'000	800'000	800'000	1	G	RRB 12.08.2008
509020020003 Bereich Rettung	1'200'000					
ZJ: 2010 Revision Löschboot	500'000	484'385	500'000	2	G	RRB 01.09.2009
509020020008 Bereich Rettung	484'385					
ZJ: 2008 4 Rettungswagen Sanität, Ersatz	1'324'000	328'785	331'000	1	G	RRB 14.08.2007
509030020006 Bereich Rettung	985'351					
Biometriegeräte / IT 2009	1'116'026	-24'154		2	G	RRB 30.06.2009
510072020000 Bevölk.dienste/ Migration	441'872					
Risk Assessment	1'200'000	359'148	25'000	1	B	B 07.0631.01 / GRB 16.04.2008
510094020001 Bevölk.dienste/ Migration	713'548					
Kant. Inventar geschützter Naturobjekte	590'000	93'627	100'000	3	G	RRB 25.04.2006 bewilligte Überschreitung mit Budgetpostulat 2009 Fr. 100'000 (GRB 09/17/29G) und vorgezog. Budgetpostulat 2010 Fr. 100'000 (GRB 09/51/43G)
614014050601 Stadtgärtnerei	736'981					
San. Freizeitgarten Areal Nagelfluh	493'000	92'287	200'000	1	G	RRB 01.09.2009
614030020001 Stadtgärtnerei	92'287					
San. Freizeitgarten Areal Gundeldingen	344'000	140'479	150'000	1	G	RRB 01.09.2009
614030020002 Stadtgärtnerei	140'479					

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
Gemeinschaftsgrabanlage Abt. 9 Hörnli 614030020503 Stadtgärtnerei	3'000'000 1'978'855	1'945'971	1'000'000	1	B		R 09.0422.01 / GRB 24.03.2009
Urnennischenplätze Abt. 12 Hörnli 614030020504 Stadtgärtnerei	420'000 175'972	165'359	400'000	1	B		R 09.0422.01 / GRB 24.03.2009
B 0396 Baumpflanzungen laut Richtplan 614030020603 Stadtgärtnerei	2'500'000 2'776'699	489'944	500'000	1	B		B 0396 / GRB 23.06.1999
Förderung der Wohnlichkeit V (2009-2013) 614030020951 Stadtgärtnerei	750'000 276'220	72'382	150'000	1	B		B 08.1727.01 / GRB 07.01.2009
Wolfsgottesacker Instandsetzung 614030020953 Stadtgärtnerei	341'000 263'658	21'789		1	G		RRB 09.09.2008
Werkleitungen Hörnli, Instandsetzung 614030050702 Stadtgärtnerei	1'185'000 1'235'600	-27'561		2	G		RRB 11.07.2006
Lastwagen Ersatz 614871020001 Stadtgärtnerei	395'000 387'360	387'360	395'000	2	G		RRB 01.09.2009
Salzsilos, Ersatz Tiefbauamt 617050026003 Tiefbauamt	550'000 495'445	495'445	550'000	1	B		B 10/11/12G / GRB 17.03.2010
Sanierung öffentl. Toilettenanlagen II 617060050001 Tiefbauamt	2'500'000 394'080	394'080		1	G		RRB 01.09.2009 Das Budget 2010 wurde unter 420634056000 eingestellt. Das Proj. ist nun an das TBA Stadtreinigung übergegangen.
Ersatz Kehrriechtfahrzeug 617060059001 Tiefbauamt	440'000 422'915	-17'080		2	G		RRB 01.09.2009
St. Johann Hafen Campus Novartis Neunutzung 651030020020 HPA / DST Verwaltung	900'000 1'002'920	183'605		2	B		B 05.1445.01 / GRB 18.01.2006 Höhere Kosten wegen Bodenuntersuchungen (Kontaminierung).
Ersatz Verkehrsrechner 661830054003 Mobilität	3'100'000 2'696'118	279'881	1'000'000	1	G		RRB 12.08.2008
Ersatz Einzelparkuhren 661830055006 Mobilität	2'330'000 1'691'902	27'913	100'000	3	G		RRB 20.10.2005
Beitrag Jugendherberge St. Alban 806412640001 Amt f. Wirtschaft und Arbeit	750'000 750'000	750'000		2	B		B 09.1644.02 / GRB 14.01.2010
Ersatzbeschaff.SW Ergänzungsleistungen 807812Z20003 Amt für Sozialbeiträge	1'350'000 781'214	431'514	500'000	1	G		RRB 04.11.2008
Ersatzbeschaff.SW Prämienverbilligung 807825Z20001 Amt für Sozialbeiträge	544'000 544'039			4	B		B 08.0732.01 / GRB 10.09.2008
Ersatzbeschaffung SW BISS 807825Z20002 Amt für Sozialbeiträge	750'000 373'500			4	B		B 08.0732.01 / GRB 10.09.2008 N
2000-Watt-Gesellschaft 831080004008 Amt für Umwelt u. Energie	1'320'000 1'437'616	289'770		2	B		R 9367 / GRB 13.04.2005 Teuerungsbedingte Überschreitung Budgetrate siehe 831080004009
2000-Watt-Gesellschaft 831080004009 Amt für Umwelt u. Energie	2'080'000		523'000	1	B		R 08.1671.01 / GRB 22.04.2009
Erh. + Erst. Kataster Altlastenstandorte 831081002007 Amt für Umwelt u. Energie	1'345'000 828'516	274'019	323'000	1	G		RRB 11.09.2007
Beiträge für Investitionen 831081022005 Amt für Umwelt u. Energie	-254'500	-154'500	-50'000				
Abwasserreinigungsanlage BS baul. Teil 831081022006 Amt für Umwelt u. Energie		36'911		1	B		R 7167 / GRB 25.06.1975
Abwasserreinigungsanlage BS masch. Teil 831081022006 Amt für Umwelt u. Energie		583'824	2'200'000	1	B		R 7167 / GRB 25.06.1975
MIHABE; Rückhaltebecken ARA BS baul. Teil 831081022012 Amt für Umwelt u. Energie	9'904'250 10'013'115	239'179		3	B		R 05.1582.01 / GRB 15.12.2005 Nach der Weiterverrechnung von Kosten für die Bodensanierung im 2011 wird die Kreditsumme unterschritten sein. Siehe auch Budgetposition ARA 831081022006
LSM: Weitere Strassenabschnitte 3A 831083004003 Amt für Umwelt u. Energie	3'600'000 1'764'159	305'984		1	B		R 9380 / GRB 15.12.2004 Budget auf Auftrag 831083004005.
Beiträge für Investitionen 831083004004 Amt für Umwelt u. Energie	-418'098	-180'000					
LSM: Weitere Strassenabschnitte 3B/1 831083004004 Amt für Umwelt u. Energie	5'000'000 3'328'390	1'037'854		1	B		R 9380 / GRB 15.12.2004 Budget auf Auftrag 831083004006.

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	Beschlüsse / Begründungen
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	
Beiträge für Investitionen	-597'319	-227'526					
LSM: Weitere Strassenabschnitte 3A 831083004005 Amt für Umwelt u. Energie			450'000	2	B		R 9380 / GRB 15.12.2004 Infolge Wechsel des Investitionsbereichs musste für das Budget 2010 ein neuer Auftrag angelegt werden. Verbuchung der Ausgaben auf Auftrag 831'083'004'003
Beiträge für Investitionen			-225'200				
LSM: Weitere Strassenabschnitte 3B/1 831083004006 Amt für Umwelt u. Energie			1'800'000	2	B		R 9380 / GRB 15.12.2004 Infolge Wechsel des Investitionsbereichs musste für das Budget 2010 ein neuer Auftrag angelegt werden. Verbuchung der Ausgaben auf Auftrag 831'083'004'004
Beiträge für Investitionen			-528'000				
Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartier 831085003002 Amt für Umwelt u. Energie	350'000 142'108	131'779	185'000	1	B		B 09.0525.01 / GRB 09.09.2009
<b>Teil Allgemein</b>		<b>18'717'203</b>	<b>27'571'481</b>				
			<b>537'700</b>			<b>K</b>	
Grossratssaal Projektierung 420010026000 Liegenschaften VV	350'000 257'484		150'000	1	B		B 07.1485.01 / GRB 14.05.2008
Öffentliche Bauten Behindertengerecht 420013026001 Liegenschaften VV	7'000'000 3'519'960	2'680'021	2'200'000	1	B		R 04.0704.02 / GRB 04.06.2008 Bewilligung zur Kreditüberschreitung um Fr. 300'000 auf Fr. 7'300'000 mit RRB 10/07/9 vom 9.03.2010
Klimaneutrale Verwaltung (Fonds) 420013026003 Liegenschaften VV	33'500'000 1'370'000	1'370'000	1'000'000	1	B		R 07.1825.02 / GRB 25.06.2008
Appellationsgericht Dachstock Ausbau 420016026000 Liegenschaften VV	2'900'000 277'379	277'379	200'000	1	B		R 10.1203.01 / GRB 08.09.2010
Strafgericht, Verwaltungsbau, Sanierung 420018056001 Liegenschaften VV	800'000 19'045	19'045	200'000	1	G		RRB 01.09.2009
Spalentor Gesamt-Aussensanierung 420189456000 Liegenschaften VV	1'600'000 20'121	20'121	100'000	1	G		RRB 01.09.2009
St. Clarakirche Sanierung Dach + Fach 420190456001 Liegenschaften VV	3'600'000 3'353'042	38'427	300'000	1	G		RRB 11.09.2007
Strafanstalt Bostadel San. Küche und Dach 420349056000 Liegenschaften VV	1'864'000 1'840'000			4	G		RRB 09.09.2008
Beiträge für Investitionen	-1'572'044						
Voltmatte Verlegung und Neubau Robinson 420350026000 Liegenschaften VV	1'894'000 41'540	41'540	850'000	1	B		R 09.1687.02 / GRB 05.05.2010
ZID, Neubau Informatikrechenzentrum 420412026009 Liegenschaften VV	17'000'000		2'000'000	2	N		R .... / GRB .... / RRB 12.12.2006 Das Vorhaben wurde mit GRB 10.0173.02 vom 15.12.2010 zurückgezogen.
Petersgasse 23 Fassaden-Fenstersanierung 420420056000 Liegenschaften VV	500'000 498'485	69'208	50'000	1	G		RRB 12.08.2008
Theaterparkhaus Betonsanierung 420465056000 Liegenschaften VV	2'450'000 520'183	1'830	30'000	1	G		RRB 11.09.2007
R 9366 SID1 Spiegelhof One-Stop-Shop 420510026011 Liegenschaften VV	2'961'000 3'057'902			4	B		R 9366 / GRB 20.01.2005
Beiträge für Investitionen	-13'200						
R 0000 SID Alarmzentralen Projekt 420510026018 Liegenschaften VV	3'000'000		200'000	2	N		R .... / GRB .... / RRB 10.05.2005 Projekt wurde zurückgezogen.
Spiegelhof Eingangsportal San. Fassade 420510056000 Liegenschaften VV	450'000 383'775	2'652		2	G		RRB 11.09.2007
Beiträge für Investitionen	-5'590	-5'590					
DK Nr. 05 Spiegelhof Ausb. Kundenhalle 420510056001 Liegenschaften VV	650'000 648'788	18'812		2	G		RRB 30.06.2009
Schällemätteli Rückbau 420512056000 Liegenschaften VV	2'498'000 1'595'872	755'338	1'258'000	1	B		R 08.1690.01 / GRB 07.01.2009
Autobahnpolizeistützpunkt Umbau/San. 420517056000 Liegenschaften VV	1'400'000		1'300'000	1	G		RRB 01.09.2009
Rheinpolizei, Einbau Waffenbüro	520'000	349'006	520'000	1	G		RRB 01.09.2009



Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
420520056000 Liegenschaften VV	349'006						
B 0540 Bezirkswache Kleinbasel Eingang	350'000			4	B		B 0540 / GRB 21.10.2004
420525026016 Liegenschaften VV	338'942						
Clarahof SID II San. Fassade+Glasersatz	350'000	126'564	12'000	1	G		RRB 11.09.2007
420525056001 Liegenschaften VV	333'502						
Zeughaus Instandsetzung Dach	1'700'000		200'000	1	G		RRB 11.09.2007
420531056000 Liegenschaften VV							
R 9063 Schiessanlage Allschwilerweiher	6'900'000			4	B		R 9063 / GRB 07.02.2001
420534026009 Liegenschaften VV	586'839						
Feuerwache Lützelhof San. Werkstätten	3'000'000		200'000	1	G		RRB 29.08.2006
420540056000 Liegenschaften VV	155'887						
Feuerwache Lützelhof Fenster, Küche, San	620'000	9'146	50'000	1	G		RRB 01.09.2009
420540056004 Liegenschaften VV	9'146						
Friedhof Hörnli Kapellengebäude 2. Etappe	2'550'000	850'166	762'000	1	G		RRB 29.08.2006
420617056001 Liegenschaften VV	2'018'543						
Friedhof Hörnli Sanierung Kanalisation	1'350'000	140'124	365'000	1	G		RRB 29.08.2006
420617056002 Liegenschaften VV	776'520						
Werkstätten HPA/TBA Neubau	9'913'000	80'601	36'000	3	B		R 02.1802.04 / GRB 07.06.2006
420625026001 Liegenschaften VV	11'250'796						Teuerungsbedingte Mehrkosten
Beiträge für Investitionen	-25'184						
TBA Regiebetriebe San. Fahrzeughalle	1'500'000	3'970		2	G		RRB 29.08.2006
420626056000 Liegenschaften VV	2'029'791						Mit RRB vom 3.06.2008 wurde der
Beiträge für Investitionen	-12'473						Kredit auf Fr. 1.95 Mio. erhöht.
TBA-Werkstätten Belag + Kanalisation	560'000	287'385		1	G		RRB 11.09.2007
420626056001 Liegenschaften VV	371'267						
TBA Stadtreinigung neues Magazinkonzept	450'000	123'145	300'000	1	B		B 07.2098.01 / GRB 16.04.2008
420627026000 Liegenschaften VV	123'278						
Kehrichtabfuhr TBA Sanierung Lift	330'000		470'000	1	G		RRB 01.09.2009
420627056001 Liegenschaften VV							
Elisabethenanlage Umnutzung Kapelle	1'080'000	229'124	800'000	1	B		B 09.0844.01 / GRB 09.09.2009
420630026000 Liegenschaften VV	229'124						
Stadtgärtnerei, neues Magazinkonzept	5'130'000		250'000	1	N		R .... / GRB .... / RRB 01.09.2009
420630026001 Liegenschaften VV							
Stadtgärtnerei, Stützpunkt Schliengerweg	400'000		400'000	1	G		RRB 01.09.2009
420630056000 Liegenschaften VV							
Weidenhof Arlesheim Sanierungsarbeiten	750'000			4	G		RRB 29.08.2006
420631056000 Liegenschaften VV	782'354						
Öffentliche WC-Anlagen Neue WC-A	6'900'000	219'439	608'000	1	B		R 9281 / GRB 09.06.2004
420634026003 Liegenschaften VV	5'156'684						
Öff. WC-Anlagen San. II Neu 617060050001			650'000	4	G		RRB 01.09.2009
420634056000 Liegenschaften VV							Das Projekt ist unter 61706005000
							in Ausführung.
Spitalstrasse 2 Vorderhaus Sanierungen	3'750'000	20'968	1'000'000	1	G		RRB 01.09.2009
420718056000 Liegenschaften VV	20'968						
Rathaus Sanierung der Marktplatzfassade	1'100'000	538'854	500'000	1	G		RRB 01.09.2009
420810056000 Liegenschaften VV	538'854						
<b>Teil Hochbauten VV</b>		<b>8'267'274</b>	<b>16'961'000</b>				
Inv.Beitr.Schweiz.Tropeninstitut (BSL3)	3'600'000		116'000	2	B		R 07.1562.01 / GRB 05.12.2007
271811000024 Hochschulen	3'600'000						
Investitionsbeiträge für Tagesheimplätze	3'750'000	567'550	750'000	1	B		R 09.0503.01 / GRB 03.06.2009
290039000001 Jugend, Familie und Sport	1'335'550						
Grabungen ABBS für Novartis - Campus +	4'740'000		1'185'000	1	G		RRB 14.08.2007
377501000003 Archäolog. Bodenfors							
Messezentrum Basel 2012	20'000'000	10'000'000	10'000'000	1	B		R 06.0179.02 / GRB 12.03.2008
410032000001 Behörden/Allg. Verwaltung	10'000'000						
Denkmalschutz 2003-2007	11'000'000	837'937	700'000	1	B		R 03/07/36G / GRB 12.02.2003
641001020004 Denkmalpflege	9'729'741						
Denkmalschutz 2008-2012	12'500'000	2'415'896	2'500'000	1	B		R 07/37/10G / GRB 12.09.2007
641001020005 Denkmalpflege	4'225'248						
Bürgerliches Waisenhaus			931'500	1	B		R 09.0996.01 / GRB 16.09.2009

Vorhabenbezeichnung	Nom.-Kredit	Rechnung	Budget	A	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2010	2010	S	T	N	Beschlüsse / Begründungen
641001020012 Denkmalpflege							Das Projekt ist unter 650004040006 in Ausführung.
Bürgerliches Waisenhaus	1'561'500	580'541		1	B		R 09.0996.01 / GRB 16.09.2009
650004040006 HPA / Baukostenbeitr	580'541						
R 9265 Stift. Förd.Museum Kulturen Halle	4'420'000	2'205'282	2'000'000	2	B		R 9265 / GRB 11.12.2003
650006040008 HPA / Baukostenbeitr	4'420'000						
R 071242 Pflegeheim Wiesendamm Sanierung	2'120'000	129'510		3	B		R 07.1242.01 / GRB 25.06.2008
650007040015 HPA / Baukostenbeitr	1'904'510						
Förderung der San. Büro- u.Gewerbebauten	10'000'000		5'000'000	2	N		R .... / GRB .... / RRB 08.09.2009 Seit der Inkraftsetzung der neuen Energieverordnung am 1. Jan. 2010 werden Gesamtsanierungen von Büro- und Gewerbebauten aus der Förderabgabe unterstützt, analog zu den Wohnbauten.
831087204011 Amt für Umwelt u. Energie							
<b>Investitionsbeiträge</b>		<b>16'736'716</b>	<b>23'182'500</b>				
<b>Übrige</b>		<b>43'721'193</b>	<b>67'714'981</b>				
			<b>537'700</b>			<b>K</b>	



## 5 Das Personal

## 5.1 Inhaltliche Akzente

Die für 2010 gesetzten Schwerpunkte konnten umgesetzt und damit die kontinuierliche Verbesserung im Personalmanagement bei BASEL-STADT fortgesetzt werden. Mit den neu definierten personalstrategischen Leitlinien (siehe unten) wird es in Zukunft möglich, die weitere Entwicklung des Personalmanagements noch enger an den Anforderungen des Service Public auszurichten.

**Come back** Die Implementierung des Reintegrationsangebotes Come back wurde plangemäss fortgesetzt und das Team mit den dazu nötigen Case Manager/innen im Rahmen der Vorgaben ergänzt. Nach gestaffelter Einführung ist die Dienstleistung seit 2010 rund 11'500 Personen zugänglich: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Departemente und der Gerichte, sowie aufgrund von Service-Level-Agreements den Beschäftigten der IWB und - auf deren Anfrage - auch der IV-Stelle Basel-Stadt. 2011 wird das USB noch dazu kommen. Come back wird auch vom 2010 erweiterten Kundenkreis mit grosser Offenheit aufgenommen. Das Angebot entspricht einem Bedürfnis der Führungs- und Personalverantwortlichen und der Mitarbeitenden gleichermaßen. Diese setzen hohe Erwartungen in die Come back Begleitung, in deren Mittelpunkt immer eine schwierige gesundheitliche Situation steht, verbundenen mit zum Teil existenziellen Fragen, die es zu lösen gilt. Die Erfahrungen sind sehr positiv. Im Rahmen der regelmässigen Wirksamkeitsprüfung zeigte es sich, dass die ursprüngliche Zielsetzung, die durch Langzeitabsenzen verursachten Ausfallkosten um zehn Prozent zu reduzieren, in den am Pilot beteiligten Organisationseinheiten deutlich übertroffen wurde: Die Krankentaggeldzahlungen reduzierten sich in den Pilotjahren 2006 bis 2008 um durchschnittlich 53 Prozent, dies im Vergleich zu den dem Pilot vorausgegangenen Jahren 2003-2005. Die Krankentaggeldzahlungen für die gesamte Verwaltung (inkl. Pilotorganisationen) reduzierte sich im gleichen Zeitraum um 4 Prozent.

**Personalstrategie** Der Auftrag zur Entwicklung einer Personalstrategie beschäftigt die Personalfachorganisation seit Oktober 2008. Im Verlauf der Erarbeitung wurde deutlich, dass der Schritt zu einer gemeinsamen Personalstrategie angesichts der zurzeit noch zu heterogenen Personalmanagementpraxis in den einzelnen Departementen zu gross wäre. Der Regierungsrat hat deshalb „Personalstrategische Leitlinien für das Personalmanagement bei BASEL-STADT“ verabschiedet, welche sich inhaltlich an den Anforderungen zur Erbringung des Service Public orientieren. Die Leitlinien legen die verbindliche Basis für den notwendigen, ersten Schritt in Richtung Personalstrategie: sie stecken einen Rahmen, der die gemeinsame Absicht und Entwicklungsrichtung des Personalmanagements sichtbar macht, sie lassen aber Spielraum für die konkrete Ausgestaltung in den Departementen. 2010 wurde starkes Gewicht auf die Information, Auseinandersetzung und Verankerung der Leitlinien gelegt, die sich in unterschiedlichen Formen (Präsentationen, Workshops, Info-Flyer, Intranet, BS-intern) an alle Führungsverantwortlichen und Personaldienste, aber auch die Mitarbeitenden und Sozialpartner richtete. Im Weiteren wurde überprüft und sichergestellt, dass bestehende Führungsinstrumente und Seminarangebote die Leitlinien unterstützen. Zusätzliche Aktivitäten müssen folgen, damit die Leitlinien als grundsätzliche Haltung verinnerlicht werden und ihre Wirkung damit sukzessive wächst.

**Personalmarketing** Die Erbringung des Service Public ist direkt abhängig von der Qualifikation und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihn erbringen. Diese Erkenntnis macht die Wichtigkeit einer attraktiven Positionierung des Arbeitgebers BASEL-STADT auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die geplante Stelle, welche sich mit Personalmarketing befassen sollte, konnte zwar nicht geschaffen werden, stattdessen wurde eine permanente Arbeitsgruppe Personalmarketing eingesetzt, deren Schwerpunkte vor allem Marktsegmentierung, Marktforschung sowie Arbeitsmarktauftritt beinhaltet. Erste Resultate umfassen die völlige Umgestaltung und Modernisierung des Stellenportals [www.stellen.bs.ch](http://www.stellen.bs.ch) sowie Verbesserungen beim Insertionsmanagement.

## 5.2 Personalkennzahlen

### 5.2.1 Personalbestand

#### Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2010 (Headcount)

Departemente / Betriebe	Ist/I VZ 2010	Plafond/P VZ 2010	Ist/I VZ 2009	Abw. I10/P10	Abw. I10/I09	Personen 2010
<b>Gerichte</b>	<b>232</b>	<b>229</b>	<b>224</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>285</b>
<b>Erziehungsdepartement total</b>	<b>2'935</b>	<b>2'953</b>	<b>2'870</b>	<b>-18</b>	<b>65</b>	<b>4'835</b>
ED Departement	588		546		42	942
ED Schulen	2'347		2'323		24	3'893
<b>Präsidentialdepartement</b>	<b>371</b>	<b>379</b>	<b>367</b>	<b>-7</b>	<b>4</b>	<b>587</b>
<b>Finanzdepartement</b>	<b>468</b>	<b>483</b>	<b>468</b>	<b>-15</b>	<b>0</b>	<b>527</b>
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	<b>1'522</b>	<b>1'597</b>	<b>1'495</b>	<b>-75</b>	<b>27</b>	<b>1'651</b>
JSD Departement	652		653		-1	741
JSD Kantonspolizei	870		842		28	910
<b>Bau- und Verkehrsdepartement</b>	<b>891</b>	<b>906</b>	<b>876</b>	<b>-15</b>	<b>15</b>	<b>986</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>	<b>5'023</b>	<b>5'135</b>	<b>4'970</b>	<b>-112</b>	<b>53</b>	<b>6'583</b>
GD: Departement	279		278		1	364
Universitätsspital	3'510		3'489		21	4'695
Felix-Platter-Spital	548		587		-39	680
Universitäre Psych. Kliniken	685		616		69	844
<b>Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>	<b>617</b>	<b>639</b>	<b>575</b>	<b>-22</b>	<b>42</b>	<b>782</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>12'059</b>	<b>12'320</b>	<b>11'844</b>	<b>-261</b>	<b>215</b>	<b>16'236</b>
Behörden / Allg. Verwaltung	36	33	22	3	15	50
Sozialstellenplan	8	20	10	-12	-2	13
<b>Total Staat</b>	<b>12'103</b>	<b>12'373</b>	<b>11'876</b>	<b>-269</b>	<b>227</b>	<b>16'299</b>

Der Personalbestand wird in Vollzeitäquivalenten (VZ) und Personen ausgewiesen. (Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Arbeitsvolumens in Vollzeitstellen.)

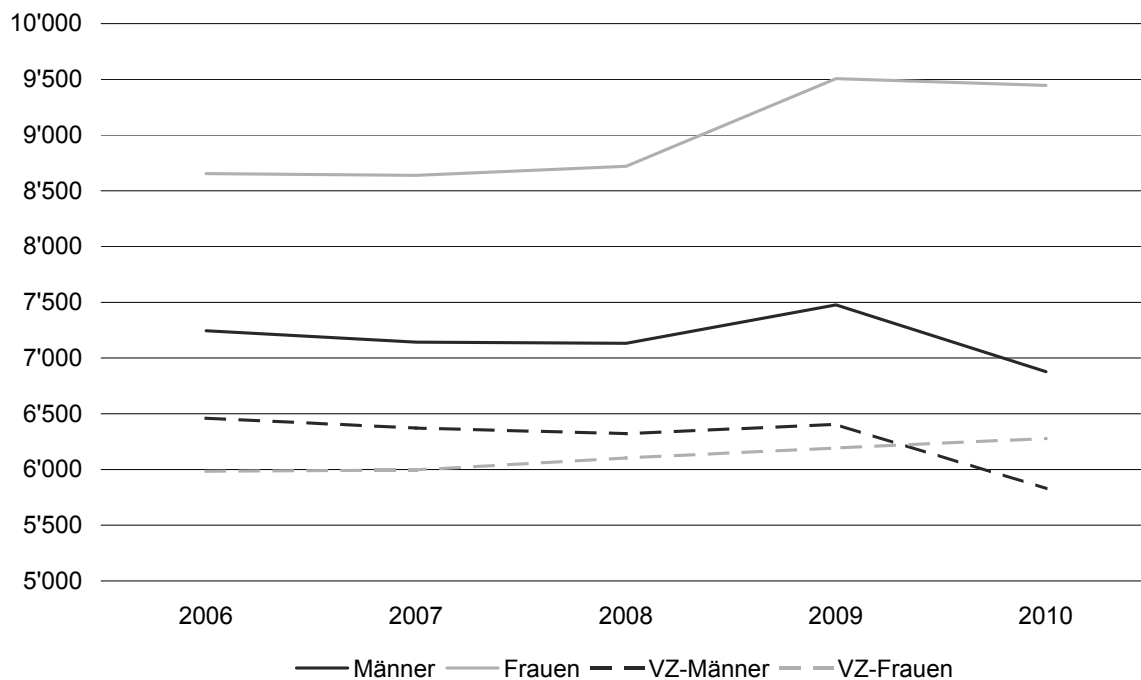
Im **Headcount enthalten** sind:

- alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn
- alle befristet angestellten Mitarbeitenden, die länger als ein Jahr angestellt sind
- alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement (Assistenz- und Oberärzte)

Im **Headcount nicht enthalten**, aber bei Bedarf separat ausgewiesen werden:

- alle befristet angestellten Mitarbeitenden, die bis maximal ein Jahr angestellt sind
- alle Ausbildungs-, Kredit- und weiterverrechnete Stellen
- Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements

### Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2010 nach Geschlecht

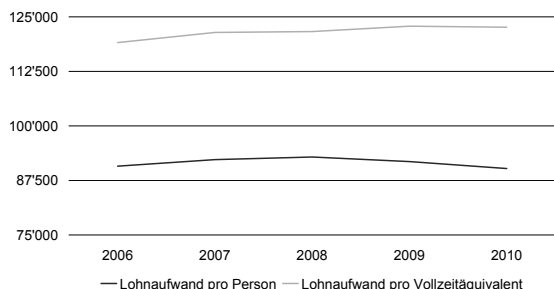


Stellen- und Personalstatistik	2006	2007	2008	2009	2010
Vollzeitäquivalent	12'444	12'368	12'424	12'597	12'103
davon Männer	6'459	6'371	6'321	6'404	5'844
davon Frauen	5'984	5'996	6'103	6'193	6'259
Personen	15'899	15'780	15'852	16'984	16'299
davon Männer	7'244	7'142	7'132	7'477	6'873
davon Frauen	8'655	8'638	8'720	9'507	9'426

Die Reduktion der Stellen und Personen im 2010 ist hauptsächlich auf den Wegfall der Industriellen Werke Basel (IWB) zurückzuführen.

### 5.2.2 Lohnaufwand

#### Lohnaufwand pro Kopf/Vollzeitäquivalent

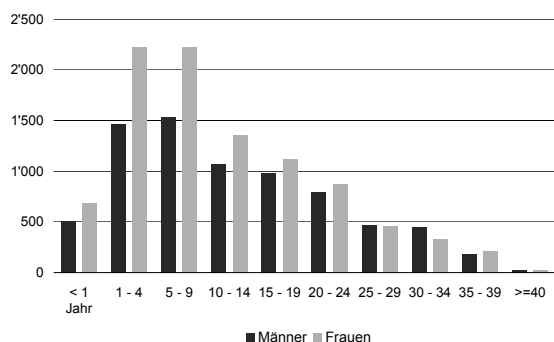


Die Basis des Lohnaufwandes bilden die Stellenstatistik sowie die Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount. Der Lohnaufwand beinhaltet Lohn/Gehalt, Inkonvenienzen sowie sämtliche Sozialversicherungsleistungen des Arbeitgebers.

Lohnaufwand	2006	2007	2008	2009	2010
pro Vollzeitäquivalent	119'103	121'428	121'632	122'865	122'624
pro Personen	90'772	92'268	92'873	91'817	90'230

### 5.2.3 Dauer der Betriebszugehörigkeit

#### Anzahl Personen nach Arbeitsjahren

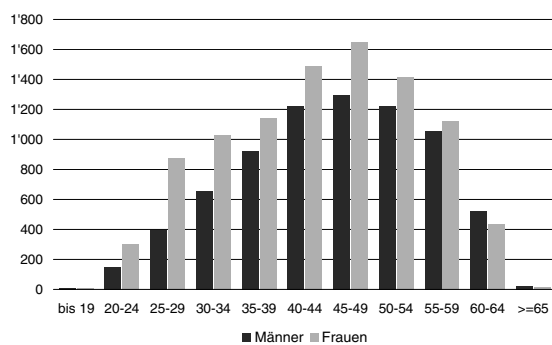


Betriebszugehörigkeit	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1 Jahr	475	696	1'171
1 - 4	1'479	2'230	3'709
5 - 9	1'258	2'026	3'284
10 - 14	1'051	1'408	2'459
15 - 19	820	1'096	1'916
20 - 24	783	922	1'705
25 - 29	388	472	860
30 - 34	412	324	736
35 - 39	178	209	387
grösser / gleich 40	29	43	72
<b>Gesamt</b>	<b>6'873</b>	<b>9'426</b>	<b>16'299</b>



## 5.2.4 Altersstruktur

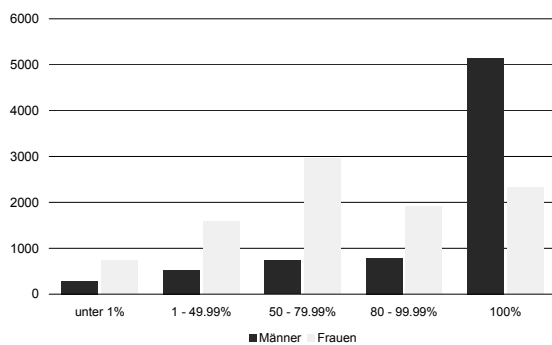
### Anzahl Personen nach Lebensalter



Alterskategorie	Männer	Frauen	Gesamt
bis 19	14	32	46
20-24	179	327	506
25-29	367	803	1'170
30-34	625	1'080	1'705
35-39	811	1'109	1'920
40-44	1'048	1'371	2'419
45-49	1'194	1'633	2'827
50-54	1'155	1'437	2'592
55-59	949	1'163	2'112
60-64	498	455	953
grösser / gleich 65	33	16	49
Total	6'873	9'426	16'299

## 5.2.5 Beschäftigungsstruktur

### Anzahl Personen nach Beschäftigungsgrad

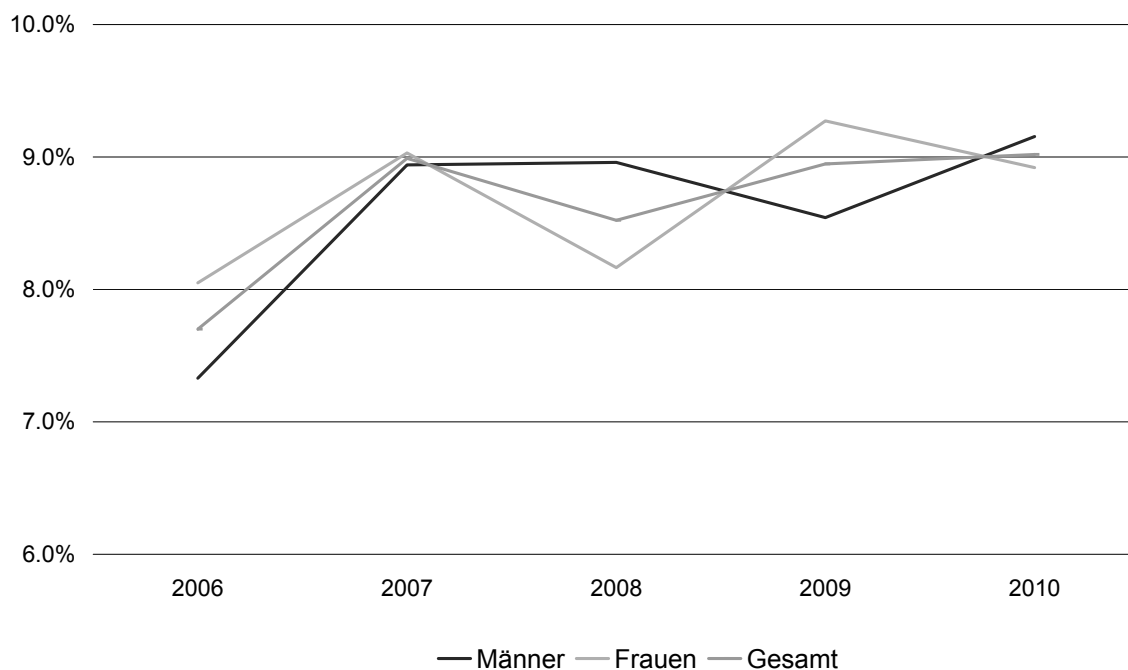


Beschäftigungsgrad	Männer	Frauen	Gesamt
unter 1%	305	642	947
1 - 49.99%	574	1'630	2'204
50 - 79.99%	764	2'967	3'731
80 - 99.99%	859	1'953	2'812
100%	4'371	2'234	6'605
Total	6'873	9'426	16'299

### 5.2.6 Fluktuationsquote

Die Fluktuationsquote (Headcount) entspricht der Anzahl Austritte pro Jahr geteilt durch den durchschnittlichen jährlichen Personalbestand.

#### Fluktuationsquote nach Geschlecht



Fluktuationsquote	2006	2007	2008	2009	2010
Männer	7.33%	8.94%	8.96%	8.54%	9.16%
Frauen	8.05%	9.03%	8.17%	9.27%	8.92%
Total	7.70%	8.99%	8.52%	8.95%	9.02%

### 5.2.7 Durchschnittliche Absenzen aufgrund von Krankheit oder Unfall

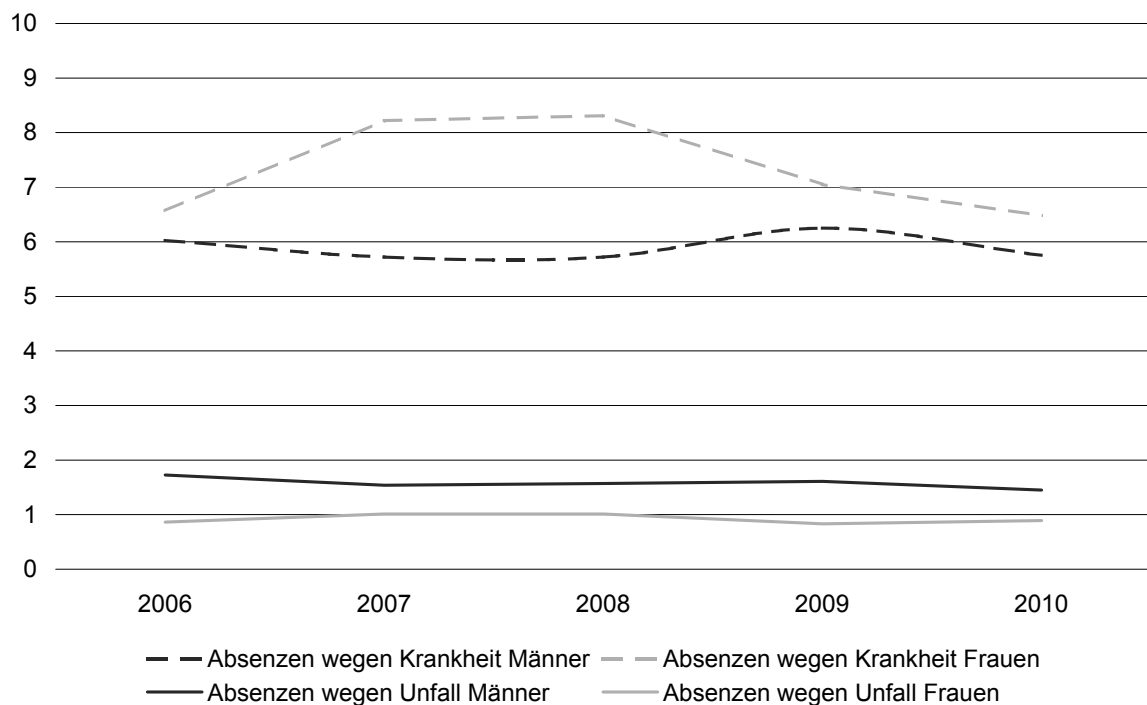
Die Kennzahl Absenzen misst die durchschnittliche Absenz pro Mitarbeitende in Anzahl Tagen (Basis Headcount).

Die Absenzen wegen Krankheit wurden bis 2009 anhand der Ausfalltage bedingt durch Krankheit und Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubstage berechnet.

Ab 2010 werden die Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubstage separat ausgewiesen.

Die Absenzen wegen Unfall berechnen sich anhand der Ausfalltage bedingt durch Unfall. Die Krankheits- und Unfallgründe werden nicht differenzierter erhoben.

### Durchschnittliche Absenzen in Tage nach Geschlecht und Grund



Durchschnittl. Absenzen in Tage	2006	2007	2008	2009	2010
Absenzen wegen Krankheit	6.33	7.09	7.14	6.68	6.17
Männer	6.02	5.72	5.72	6.25	5.75
Frauen	6.57	8.22	8.31	7.05	6.48
Absenzen wegen Unfall	1.24	1.25	1.26	1.19	1.13
Männer	1.73	1.54	1.57	1.61	1.45
Frauen	0.86	1.01	1.01	0.83	0.89

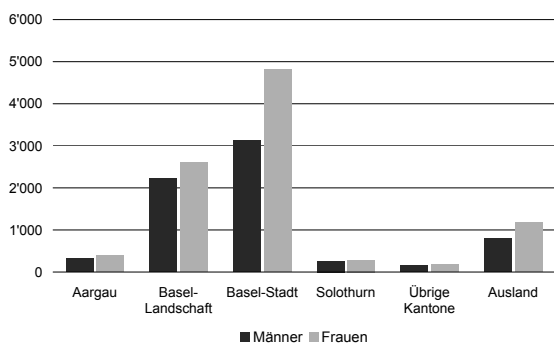
### Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubstage

Ab 2010 wurden die Absenzen bedingt durch Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubstage separat ausgewertet und sind nicht mehr in den Absenzen wegen Krankheit enthalten.

Im 2010 sind im Durchschnitt 0,85 Absenztage pro Mitarbeiterin auf eine Schwangerschaft und Mutterschaft zurückzuführen. Im WSU und BVD wurden im 2010 diesbezüglich keine Angaben gemacht.

### 5.2.8 Verteilung nach Wohnsitzkantonen

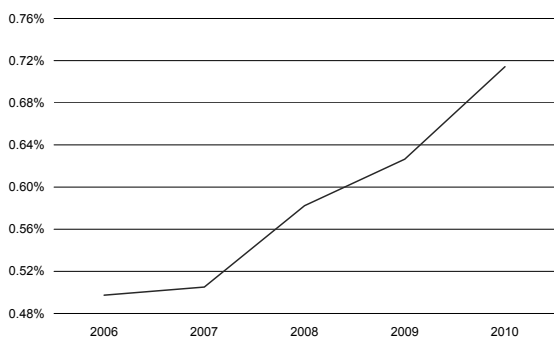
Anzahl Personen nach Wohnsitzkanton



Wohnsitz	Männer	Frauen	Gesamt
Aargau	331	389	720
Basel-Landschaft	2'211	2'586	4'797
Basel-Stadt	3'127	4'808	7'935
Solothurn	261	286	547
Übrige Kantone	155	180	335
Ausland	788	1'177	1'965
Total	6'873	9'426	16'299

### 5.2.9 Weiterbildungskostenquote

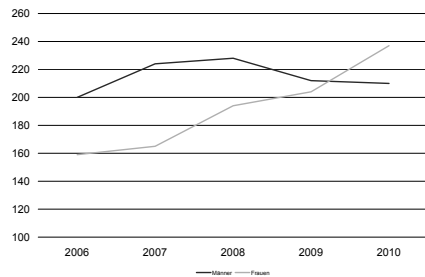
Weiterbildungskosten im Verhältnis zum Lohnaufwand



Weiterbildung	2006	2007	2008	2009	2010
Lohnaufwand	1'486'355'478	1'584'570'801	1'584'699'774	1'639'109'737	1'660'091'804
Weiterbildungskosten	7'393'081	8'002'850	9'228'601	10'268'227	11'734'180
in % des Lohnaufwands	0.50%	0.51%	0.58%	0.63%	0.71%

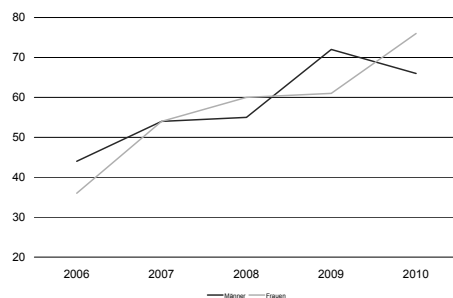
## 5.2.10 Koordination Berufsbildung

### Anzahl Lehrverhältnisse BBT-Berufe



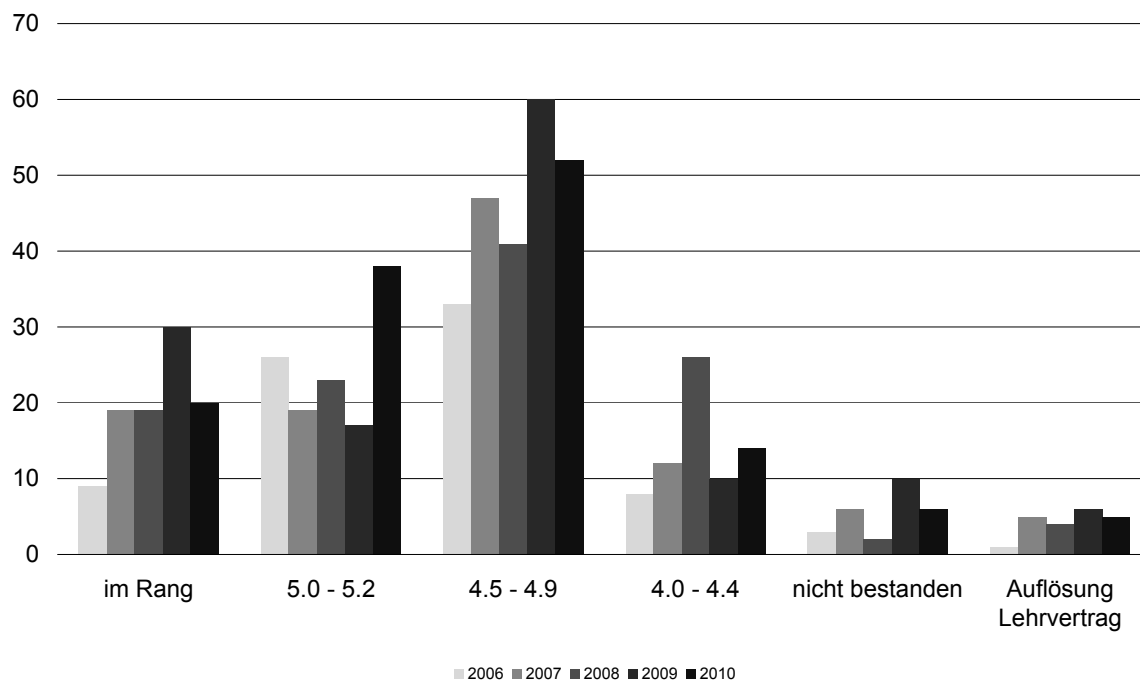
Lehrverhältnisse BBT	2006	2007	2008	2009	2010
Männer	200	224	228	212	210
Frauen	159	165	194	204	237
Total	359	389	422	416	447

### Anzahl der Lehrabgänger/innen (Ende Juli)



Lehrabgänger/innen	2006	2007	2008	2009	2010
Männer	44	54	55	72	66
Frauen	36	54	60	61	76
Total	80	108	115	133	142

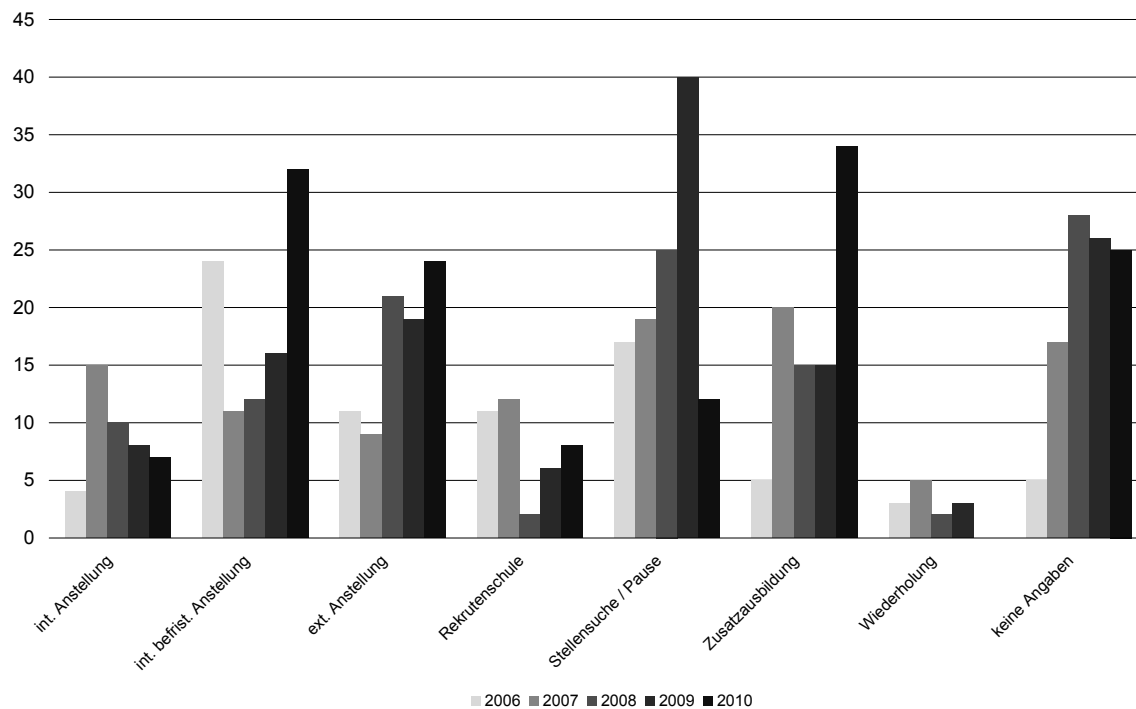
### Lehrabschlüsse nach Abschlussqualität



#### Lehrabschlüsse nach Abschlussqualität

	2006	2007	2008	2009	2010
im Rang	9	19	19	30	20
5.0 - 5.2	26	19	23	17	38
4.5 - 4.9	33	47	41	60	52
4.0 - 4.4	8	12	26	10	14
bestanden Anlehre/Attest (ohne Note)					7
nicht bestanden	3	6	2	10	6
Auflösung Lehrvertrag	1	5	4	6	5
<b>Total</b>	<b>80</b>	<b>108</b>	<b>115</b>	<b>133</b>	<b>142</b>

### Weiterbeschäftigung der Lehrabgänger/innen jeweils per Ende Juli



	2006	2007	2008	2009	2010
int. Anstellung	4	15	10	8	7
int. befrist. Anstellung	24	11	12	16	32
ext. Anstellung	11	9	21	19	24
Rekrutenschule	11	12	2	6	8
Stellensuche / Pause	17	19	25	40	12
Zusatzausbildung	5	20	15	15	34
Wiederholung	3	5	2	3	0
keine Angaben	5	17	28	26	25
<b>Total</b>	<b>80</b>	<b>108</b>	<b>115</b>	<b>133</b>	<b>142</b>

### 5.2.11 Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount

Departemente / Betriebe	Ausbildungsstellen		unterjährige Stellen		weiterverrechn. Stellen		Kreditstellen <sup>1</sup>	
	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen	VZ Personen
<b>Gerichte</b>	<b>25</b>	<b>25</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
<b>Erziehungsdepartement total</b>	<b>263</b>	<b>276</b>	<b>37</b>	<b>351</b>	<b>11</b>	<b>18</b>	<b>4</b>	<b>7</b>
ED Departement	109	112	33	157	10	16	0	1
ED Schulen	153	164	4	194	1	2	4	6
<b>Präsidialdepartement</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	<b>12</b>	<b>35</b>	<b>14</b>	<b>25</b>		
<b>Finanzdepartement</b>	<b>19</b>	<b>19</b>	<b>16</b>	<b>18</b>				
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	<b>86</b>	<b>86</b>	<b>11</b>	<b>18</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>2</b>
JSD Departement	42	42	5	8	4	6	0	2
JSD Kantonspolizei	44	44	7	10				
<b>Bau- und Verkehrsdepartement</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>25</b>	<b>30</b>	<b>18</b>	<b>28</b>		
<b>Gesundheitsdepartement total</b>	<b>461</b>	<b>473</b>	<b>6</b>	<b>20</b>	<b>123</b>	<b>175</b>	<b>10</b>	<b>15</b>
GD Departement	22	23	5	11	17	19	1	1
Universitätsspital Basel	280	281	0	0	70	100		
Felix-Platter-Spital	94	94	0	0				
Universitäre Psych. Kliniken	65	75	1	9	36	56	9	14
<b>Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>	<b>62</b>	<b>64</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>130</b>	<b>157</b>	<b>2</b>	<b>16</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>990</b>	<b>1'020</b>	<b>130</b>	<b>510</b>	<b>300</b>	<b>412</b>	<b>19</b>	<b>44</b>
Behörd./allg. Verwaltung	2	2	1	1				
<b>Total Staat</b>	<b>992</b>	<b>1'022</b>	<b>131</b>	<b>511</b>	<b>300</b>	<b>412</b>	<b>19</b>	<b>44</b>

#### Kommentar

- 1 Ausbildungsstellen beinhalten Lehrstellen, Bildungszentrum Gesundheit/Pflege/Soziales, Polizei/Rettung, Vorpraktikumstellen und Praktikumstellen





## **6 Die Regierung und die Verwaltung**



---

## 6.1 Die Regierung

## Regierungsrat

RR-410

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regieren	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

### Regieren

**Umsetzungsstrategie Basel 2020, neu: Legislaturplan** Der Regierungsrat hat mit dem Legislaturplan 2009 bis 2013 den bis anhin jährlich erscheinenden Politikplan abgelöst. Die vier Kernaussagen des Legislaturplans – die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, das Zusammenwachsen der Region, die Festigung Basels als urbanes Zentrum und die Schaffung nachhaltiger Lebensqualität – werden durch 30 Massnahmen konkretisiert. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt nicht nur inhaltlich, was in den Jahresberichten der Departemente dargestellt wird, sondern muss auch messbar sein. Zu diesem Zweck hat der Regierungsrat ein Indikatorensystem verabschiedet, das ihm eine zuverlässige Kontrolle des Erreichten erlaubt.

**Wirtschaftslage** Nachdem Basel in den Krisenjahren 2008 und 2009 keine Rezession ausweisen musste, sondern die BIP-Wachstumsquoten stets positiv blieben, hat sich im Berichtsjahr die Wirtschaftslage nochmals positiver entwickelt als ursprünglich angenommen: Das Bruttoinlandprodukt ist um 3.0% gewachsen und hat somit wesentlich stärker zugelegt als in den Vorjahren. Die Arbeitsmarktsituation hat sich stetig verbessert. Die Chemie- und Pharmabranche ist das wirtschaftliche Zugpferd der Region.

**Nachhaltige Entwicklung** Im November wurde der Nachhaltigkeitsbericht „Zukunft Basel konkret – Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2010“ publiziert, der Ergebnisse des seit 2001 betriebenen Monitorings zur nachhaltigen Entwicklung darstellt. Im ersten Schlüsselbereich „Wirtschaft“ lässt sich zeigen, dass Wertschöpfung und Beschäftigungsentwicklung seit Jahren positiv verlaufen und dass der Kanton mit seiner hohen Wirtschaftskraft Wachstumsleader der Schweiz ist. Im zweiten Schlüsselbereich „Umwelt“ ist ausgeführt, dass sich die Flusswasserqualität dank der konsequenten Umsetzung der Gewässerschutzverordnung leicht gebessert hat. Beim Lärm wurden u.a. durch die Eröffnung der Nordtangente Erfolge erzielt, und die CO<sub>2</sub>-Emissionen konnten gegenüber 1990 um 11% gesenkt werden. Somit hat Basel-Stadt die Ziele des Bundes erreicht. Allerdings wird die Verbesserung bei Lärm und Luftqualität durch das wachsende Verkehrsvolumen kompensiert respektive abgeschwächt werden. Im letzten Schlüsselbereich „Gesellschaft“ wird unter anderem aufgezeigt, dass der Altersquotient seit 2001 leicht sinkend, im Vergleich zum schweizerischen Mittelwert aber relativ hoch ist. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden nahm seit 2006 leicht ab und stagniert, ist jedoch im Vergleich zu anderen Städten immer noch hoch.

Der Nachhaltigkeitsbericht dient als Instrument, um die nachhaltige Entwicklung mit der Legislaturplanung optimal zu verknüpfen.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

**Finanzen**

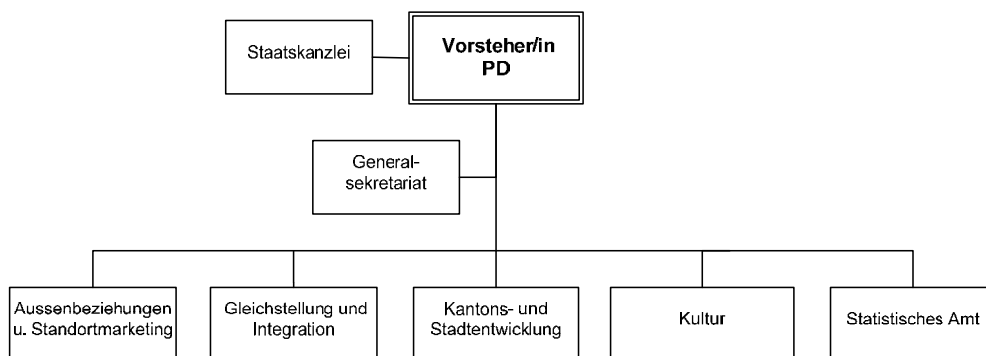
in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'033.2	3'109.4	3'857.9	-76.2	-2.5
31 Sachaufwand	3.1	3.9	4.2	-0.8	-21.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'036.2</b>	<b>3'113.3</b>	<b>3'862.1</b>	<b>-77.0</b>	<b>-2.5</b>
43 Entgelte	-3.4	-3.4	-3.5	0.0	0.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3.4</b>	<b>-3.4</b>	<b>-3.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'032.9</b>	<b>3'109.9</b>	<b>3'858.6</b>	<b>-77.0</b>	<b>-2.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Regieren	3'032.9	3'109.9	3'858.6	-77.0	-2.5



## 6.2 Verwaltung - Dienststellen ohne Globalbudget

### 6.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	168
PD-321	Gleichstellung und Integration	170
PD-330	Staatskanzlei	174
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	177
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	180
PD-360	Statistisches Amt	183
PD-370	Kultur	185
PD-376	Staatsarchiv	187
PD-377	Archäologische Bodenforschung	190





**Generalsekretariat PD**

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal unterstützt es die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Das Generalsekretariat ist für die reibungslose Geschäftsabwicklung des Departements zuständig.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

**Tätigkeiten und Projekte**

Das Generalsekretariat leitet und überwacht die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Abteilungen und der staatlichen Museen. Das Generalsekretariat ist insbesondere verantwortlich für

- die laufende Optimierung und Anpassung der Ablauforganisation, Strukturen und Prozesse
- die Weiterentwicklung der Führungs- und Zusammenarbeitskultur sowie den Einsatz entsprechender Instrumente und Methoden,
- die Schwerpunktbildung im Departement und das entsprechende Controlling sowie
- das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen (Chancen und Risiken) und die entsprechende Beratung für den Vorsteher in politischen und führungsrelevanten Bereichen.

**Bemerkungen zum 2010**

- Das Generalsekretariat baut systematisch ein Netzwerk von Kontakten im Umfeld des Präsidialdepartements auf.
- Der Aufbau des Präsidialdepartements gemäss RV09 konnte abgeschlossen werden.
- Departementale Kommunikationsstrukturen wurden implementiert.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.3	19.0	40.5	41.3	43.1
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	236	100			

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'036.9	2'957.2	2'995.5	79.7	2.7
31 Sachaufwand	1'499.5	1'771.4	1'468.8	-271.9	-15.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'536.4</b>	<b>4'728.6</b>	<b>4'464.3</b>	<b>-192.2</b>	<b>-4.1</b>
43 Entgelte	-51.4	-5.0	-63.6	-46.4	-928.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-51.4</b>	<b>-5.0</b>	<b>-63.6</b>	<b>-46.4</b>	<b>-928.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'485.0</b>	<b>4'723.6</b>	<b>4'400.7</b>	<b>-238.6</b>	<b>-5.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	4'485.0	4'723.6	4'400.7	-238.6	-5.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	4'600.0	0.0	-4'600.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>4'600.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-4'600.0</b>	<b>-100.0</b>

## Gleichstellung und Integration

PD-321

Die Abteilung Gleichstellung und Integration (GI), bestehend aus den drei Fachstellen Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM), Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung (GMB) und Integration und Antidiskriminierung (FIA), fördert und unterstützt die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Chancengleichheit und die Integration von Menschen mit einer Behinderung sowie der zugezogenen Bevölkerung. Sie kooperiert mit anderen inner- und ausserkantonalen Fachdepartementen und mit Organisationen ausserhalb der Verwaltung. Mit zielgruppenspezifischen Projekten und Massnahmen werden die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen gefördert und strukturelle Benachteiligungen abgebaut. Regierungsrat, Behörden, Organisationen und Privatpersonen werden beraten und unterstützt. Mit dem Integrationskredit des Bundes wird mittels Projektförderung ein differenziertes und flächendeckendes Sprach- und Integrationsangebot sichergestellt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung	1.4 Gleichstellung und Chancengleichheit
Integration	1.4 Gleichstellung und Chancengleichheit

## Tätigkeiten und Projekte

«Integration Basel» baute die Begegnung zwischen Behörden und Bevölkerung aus und intensivierte die Information bei spezifischen Bevölkerungsgruppen zur Förderung deren Eigenverantwortung. Die Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern setzte einen Schwerpunkt bei den Legislaturplanmassnahmen Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel und Öffnung der Berufswahl, ebenso in der Einbindung von Männer-/Jugendorganisationen und bei der Medienkompetenz von Jugendlichen. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung baute in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den Institutionen der Behindertenhilfe und betroffenen Fachpersonen weiter Diskriminierungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Bauen und Kommunikation ab.

### Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

#### Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung wird insbesondere mit Schwerpunktprojekten und durch die Vernetzung mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft erreicht. Für Fachreferate und Podiumsbeiträge ist die GFM als Kompetenzzentrum vielfach gefragt. Wichtig sind auch die regelmässige Information durch den Newsletter BRISE sowie die Massnahmen aus den Projekten, welche eine breite Öffentlichkeit ansprechen. Die Kurse zum Gleichstellungsgesetz für Personalfachleute und Beratungsinstitutionen erfreuen sich einer beachtlichen Nachfrage.

**Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel** Ziel dieses Schwerpunktprogramms ist es, Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren. Dazu gehört, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Mütter und Väter in Nordwestschweizer Firmen und Familienfreundlichkeit als wirtschaftlichen Standortfaktor zu fördern. Die Aktivitäten des Programms und die Lancierung von neuen gesellschaftsrelevanten Themen stossen bei Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und in den Medien auf grosse Resonanz, z.B. die Benchmarking-Studie «Familienfreundliche Unternehmenspolitik der Kantone Basel-Stadt und Zürich» oder die Kampagne «Beruf und Familie unter einen Hut bringen» mit einem Adventskalender im Internet und dem Basler Familienplaner für 2011.

**Öffnung Berufswahl** Die verschiedenen Projekte zum Aktionsprogramm Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen wenden sich an SchülerInnen, Lehrpersonen, Berufsberatende, Eltern und Betriebe. Fokussiert wurde auf die praxisnahe Arbeit mittels Schnuppertagen von SchülerInnen in geschlechtsuntypischen beruflichen sowie familiären Umfeldern und durch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.0	10.5	3.1	3.1	3.1
Projekte zur Förderung der Gleichstellung Frauen und Männer	Anz	13	12	12	11	11
Projekte zur Integration von Menschen mit Behinderungen	Anz	7	7			
Projekte Förderungen Chancengleichh.von MigrantInnen u.Einh	Anz	60	74	45	62	40
Öffentliche Veranstaltungen der Integration Basel	Anz	82	80	80	85	56
Befragtenanteil, dem das Thema Chancengleichheit wichtig ist	%				84.1	1
Befragtenanteil, der das Teilzeitstellenangebot gut findet	%				24.5	2
Lohndifferenz zwischen Frau und Mann in der Privatwirtschaft	%			18		19

#### Kommentar

- 1 Erhebung alle vier Jahre. Die Ergebnisse der neuesten Bevölkerungsbefragung liegen voraussichtlich Mitte 2011 vor.
- 2 Erhebung alle vier Jahre. Die Ergebnisse der neuesten Bevölkerungsbefragung liegen voraussichtlich Mitte 2011 vor.
- 3 20% in den Jahren 2004 und 2002, 21% im Jahr 2000 (Zahlen werden alle zwei Jahre erhoben; neueste Ergebnisse liegen voraussichtlich im November 2011 vor)

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'493.4	1'595.7	1'560.0	-102.3	-6.4
31 Sachaufwand	1'906.9	1'618.7	2'159.1	288.2	17.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	680.0	680.0	680.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'080.3</b>	<b>3'894.3</b>	<b>4'399.1</b>	<b>186.0</b>	<b>4.8</b>
43 Entgelte	-62.8	-39.5	-57.2	-23.3	-58.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-640.2	-456.2	-717.3	-184.0	-40.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-703.0</b>	<b>-495.7</b>	<b>-774.4</b>	<b>-207.3</b>	<b>-41.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'377.3</b>	<b>3'398.6</b>	<b>3'624.7</b>	<b>-21.3</b>	<b>-0.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gleichstellungsförderung inner-/ausserhalb der Verwaltung	1'709.2	1'728.4	1'544.5	-19.2	-1.1
Integration	1'668.1	1'670.2	2'080.1	-2.1	-0.1

#### Kommentar

- 1 Mehraufwand Projektgelder Integrationsfachstelle: Höherer Aufwand gekoppelt mit Beiträgen Bund und Kantone NWCH, die zweckgebunden für Projekte und Projektförderung eingesetzt werden.

Workshops in den Schulen mit Frauen und Männern, welche in einem geschlechtsatypischen Beruf arbeiten. Mit dem Stand «no limits» war die Fachstelle an der 3. Basler Berufs- und Bildungsmesse präsent. Der Stand und das Konzept mit den GenderbotschafterInnen sind beliebt bei SchülerInnen, Eltern, Lehr- und Fachpersonen. Mit diesem Konzept wird der Idee der Öffnung der Berufswahl ein lebendiges Gesicht verliehen.

**Café Secondas Basel-Stadt** Die GFM konzipierte das Projekt als Informations- und Vernetzungsplattform rund um das Thema Secondas. Durch die Stärkung der jungen Migrantinnen der zweiten Generation und dank der Kooperation mit diversen Stiftungen entwickelt sich die Drehscheibe zu einem Expertinnenpool, der über die kantonalen Grenzen ausstrahlt. 2010 wurde das Projekt mit dem Basler Integrationspreis geehrt.

**Chancengleichheitspreis** Der Chancengleichheitspreis beider Basel 2010 wurde an den Verein rubinia djanes verliehen. Rubinia djanes fördert gezielt mit Angeboten und Beratung Mädchen und Frauen im DJ- und Plattenbusiness, gilt als erste DJ-Schule für Mädchen und Frauen und hat somit Pionierarbeit geleistet.

**Männer & Buben** Die Veranstaltung «Bubenträume – Männerrealitäten» fokussierte den Übergang von Buben ins Erwachsenenalter und wie deren Lebensentwürfe realisiert werden können. Spezifische Themen im Zusammenhang mit dem Erwachsenwerden kamen zur Sprache und bilden eine Grundlage für die weitere Vernetzung und Stärkung des Schwerpunkts der GFM.

**Medien & Jugendliche** Die Fachstelle hat im Newsletter BRISE das Thema Medien und Jugendliche unter dem Aspekt des Geschlechts lanciert. In Kooperation mit der Medienfalle und dem Erziehungsdepartement wurden Workshops zu Gender- und Medienkompetenz für Erziehungspersonen und Interessierte durchgeführt.

**Frauenrat** Schwerpunkt des Jahres 2010 war die Erarbeitung neuer Strukturen für den Frauenrat ab 2013. Der Schwarze Kaffee thematisierte die Finanzkrise und die damit verbundene Arbeitsmarktsituation aus Genderperspektive.

### **Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung**

**Verbesserung Zugänglichkeit von kantonalen Gebäuden und Mobilität in der Innenstadt** Zahlreiche öffentliche Gebäude werden bis ins Jahr 2012 behindertengerecht umgebaut und hindernisfrei benutzbar sein. Die im 2010 geplanten Bauprojekte konnten unter Federführung des Hochbau- und Planungsamtes durchgeführt werden. Mit dem Tiefbauamt wurde das Projekt «Hindernisfreies Trottoirnetz Basel-Stadt» lanciert, die hindernisfreie Überquerung der Freien Strasse für Rollstuhlfahrende realisiert und deren Mobilität zwischen Bahnhof SBB und Kunstmuseum durch Trottoirabsenkungen verbessert. In den Quartieren wurden im Rahmen von Unterhaltsarbeiten 25 Trottoirs abgesenkt und in der Innenstadt 15 neue Behindertenparkplätze erstellt.

**Behindertengerechte Dienstleistungen** Fachliche Begleitung von Institutionen, die ihre Dienstleistungen für Menschen mit einer Behinderung öffnen: Museen Basel, Universität Basel, Tagesheime, Musikschule, Sportamt. Das Schwerpunktprojekt «Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Tramnetz Basel» wurde unter Federführung der zuständigen Departemente beider Basel lanciert. Zusammen mit der Staatskanzlei und den ZID wurde eine Bestandsaufnahme der Zugänglichkeit von kantonalen Websites für Menschen mit Behinderung gemacht, um Massnahmen für eine bessere Web-Accessibility vorzuschlagen.

**Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung** Die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Lernende mit einer Behinderung und die chancengleiche Rekrutierung von Menschen mit einer Behinderung bei BASEL-STADT und bei privaten Unternehmen wird durch unterschiedliche Projekte gefördert. Information und Begleitung von Führungskräften und Personalverantwortlichen, die über Anstellungen entscheiden.

**Palaver Loop** Die beiden Podien zu den Themen «Invalidenversicherung: Retten durch Sparen?» und «Integrative Schule: Eingliedern oder ausschliessen?» waren sehr gut besucht.

**Stolpersteine** Im Herbst wurde der gemeinsam mit dem Behindertenforum im Kleinbasel konzipierte Rundgang «Stolpersteine - Streifzug Behinderung» erstmals öffentlich angeboten.

**Dialog Behinderung** Das zusammen mit dem Behindertenforum neu gegründete Gefäss mit betroffenen und nicht betroffenen Fachpersonen aus Politik, Verwaltung sowie Behindertenfach- und -selbsthilfe befasst sich mit aktuellen Fragen der Behindertenpolitik.

**Museumssterne** Die fünfte und letzte Auszeichnung für Museen, die sich beispielhaft für die Bedürfnisse von behinderten und betagten Besucher/innen einsetzen, ging an das Museum am Burghof und die Kunsthalle Basel.

## Integration

### Fachstelle Integration und Antidiskriminierung

**Öffentlichkeitsarbeit** Die erfolgreiche Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Kantone AG, BE, BL, BS, SO und ZH fand 2010 ihren Abschluss. Sie beinhaltete Tram-/Busplakate, Kinospots sowie die jährlich zweimal erscheinende Migrationszeitung MIX. Die erste Ausgabe «Innovation und Mehrwert» befasste sich mit unternehmerischen Tätigkeiten von Migrantinnen und Migranten, die zweite Ausgabe «Perspektivenwechsel» beleuchtete die Schweiz aus Sicht der Zugezogenen. Mit «Tischgespräche» waren der Regierungspräsident und die Abteilungsleiterin in sechs Quartieren, um mit der Bevölkerung das Thema «Zusammenleben verschiedener Nationen» zu diskutieren und Anliegen aufzunehmen.

**Projektförderung** Rund 60 Projekte im Bereich «Soziale Integration» und «Information und Kommunikation» wurden finanziell unterstützt. Die Projektträgerschaften leisten einen wesentlichen Beitrag zur Multiplikation von integrationsrelevanten Informationen (36 Projekte), wirken zugunsten des allgemeinen Empowerments, der Arbeitsintegration und der Prävention (21) wie auch zugunsten des interreligiösen Dialogs, dem Schutz von Diskriminierung und der Frühförderung (9). Zentral bei der Projektförderung ist der Zugang auch zu schwer erreichbaren Zielgruppen. «Integration Basel» arbeitet eng mit der Fachstelle Erwachsenenbildung (ED) zusammen, welche die Projekte zur Sprachförderung beurteilt und finanziert. 2010 waren es 29 grössere Angebote.

**Subvention GGG Ausländerberatung** Die Beratungsstelle leistete rund 8'000 Einzelberatungen zu den Themen Arbeit, Sozialversicherungen, Deutschkurse, Steuern, Aufenthalt u.a. in 17 Sprachen. Die Informationsstelle Integration führte 321 Informationsgespräche zu Themen wie Migration/Integration, Deutschkurse, Schulungen, Diplom- und Schülerarbeiten u.a. Zudem wurden 44 Trägerschaften zu 45 Projekten beraten. Es fanden 23 Auftritte und Besuche bei Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften statt, 290 weitere an Schulungen, Informationsveranstaltungen, bei Firmen und sozialen Institutionen u.ä. Die Integrationsdatenbank [www.integration-bsbl.ch](http://www.integration-bsbl.ch) wird laufend angepasst.

**Integrationsgesetz und -vereinbarungen** Auch 2010 war der Bedarf an Informationen zu Integrationsgesetz und -vereinbarungen gross und wurde durch Workshops und Veranstaltungen abgedeckt. Das Pilotprojekt Integrationsvereinbarungen (in Kooperation mit BL, AG, SO, ZH und dem Bundesamt für Migration) wurde erfolgreich abgeschlossen und durch die FHNW evaluiert.

**Koordination für Religionsfragen** Die Koordinatorin bearbeitete religionsbezogene Fragestellungen aus der Verwaltung (kantonale Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Standesinitiative Religionsartikel etc.) und aus der Bevölkerung. Der von ihr geleitete «Runde Tisch der Religionen beider Basel», eine wichtige Schnittstelle zwischen Verwaltung, Religionsgemeinschaften und Bevölkerung, tagte insgesamt fünf Mal. Sie organisierte interreligiöse Anlässe (Auftritt von fünf Kantonen an der MUBA, Eröffnung der Woche der Religionen, Diskussionen mit Vertretern von Moscheevereinen etc.). Grundsätzliche Aspekte religiöser Betreuungstätigkeit von Personen aus Drittstaaten wurden im Dokument «Kompaktwissen religiöse Betreuungstätigkeit» festgehalten.

**Neuzuziehende** «Integration Basel» hat seit 2010 die Verantwortung für die Informationsabende «Willkommen in Basel» für Neuzugezogene. An neun Veranstaltungen haben rund 1'000 Anwesende von Verwaltungsmitarbeitenden wichtige Informationen in zehn Sprachen erhalten. Eine grosse Zuwanderungsgruppe konnte «Integration Basel» an der EXPAT EXPO in der Messe Basel mit Informationen erreichen. Auch ist die Fachstelle neu an den «Welcome Days» der Novartis präsent. Um Zuziehenden unmittelbar nach der Ankunft wichtigste Grundinformationen zu liefern, wurde das Konzept «Begrüssungsgespräche» entwickelt.

**Studie** Im September wurde die Studie «Migration und Integration in Basel-Stadt. Ein Pionierkanton unter der Lupe» mit einer Analyse zu zehn Jahren Integrationspolitik vorgestellt, in Auftrag gegeben und finanziert von «Integration Basel», der CMS und der GGG.

**Gremien** Die Kommission für Migrations- und Integrationsfragen (MIK) traf sich zweimal zum Schwerpunkt Religion. Für das Interdepartementale Netzwerk Integration (INI) haben die Departemente 2010 neue Vertreter/innen delegiert.

## Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Eine umfassende Geschäftskontrolle stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente. Die interne und externe Information mittels Medienmitteilungen und -konferenzen, Internet und Intranet, Personalinformationen, Kantonsblatt und diversen Publikationen sorgt für Transparenz der Entscheide und Handlungen des Regierungsrates und der Verwaltung. Sie ermöglicht allen interessierten Kreisen die Teilhabe an der Politik des Regierungsrates und an der Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Auch die Organisation von Anlässen und die Unterstützung der Regierungsmitglieder bei Repräsentationsaufgaben zeichnen sich durch Professionalität und Qualität aus.

Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten berät und schlichtet bei Mietstreitigkeiten. Ebenso werden der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum geprüft und bewilligt.

Der Rechtsdienst bereitet die verwaltungsinternen Rekursentscheide auf Ebene Regierungsrat vor und sorgt im Bereich Wahlen und Abstimmungen für eine korrekte und effiziente Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen, prüft Initiativen in formeller Hinsicht und bereitet Verfügungen über das Zustandekommen von Initiativen und Referenden vor und übt die Rechtsaufsicht über die Gemeinden aus.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Schlichtungswesen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Unterstützung des Regierungsrates	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

### Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

**Kommunikation** Das Jahr 2010 stand im Zeichen der Social Media. Die Grundlagen für den Einsatz von Facebook, Twitter und Youtube wurden erarbeitet. Seit Anfang 2010 werden sämtliche Medienmitteilungen des Kantons auch über Twitter verschickt. Mitte Jahr startete BS-TV: Kurze Filme rund um Themen und Dienstleistungen von Regierungsrat und Verwaltung werden in einem zweimonatlichen Rhythmus produziert, auf Youtube eingestellt und auf der Homepage bs.ch veröffentlicht. Schliesslich verfügen der Regierungsrat und die Staatskanzlei seit Dezember 2010 unter „Rathaus Basel“ über einen eigenen Auftritt auf Facebook. Daneben wurden ein Merkblatt und eine Dokumentation Web 2.0 entwickelt und übers Intranet den Mitarbeitenden von BASEL-STADT zur Verfügung gestellt. Das Merkblatt nennt die wichtigsten Verhaltensregeln, wenn Mitarbeitende von BASEL-STADT bei Web-2.0-Diensten mitmachen.

Für die Rekrutierung von Personal wurde zusammen mit dem Zentralen Personaldienst eine Broschüre entwickelt. Sie gibt einen Überblick über Aufgaben und Tätigkeiten im Kanton und hebt die attraktiven Arbeitsbedingungen von BASEL-STADT hervor. „Gestalten Sie Basel-Stadt“, so der Titel der Broschüre, ist ein nützliches Arbeitsinstrument für die Personaldienste.

Bei Krisenübungen wurden im Rahmen der kantonalen Krisenorganisation die Instrumente der Kommunikation weiter verfeinert.

**Rechtsdienst und politische Rechte** Neben der Vorbereitung diverser Rekursentscheide zuhanden des Regierungsrates oder des Regierungspräsidenten verfasste der Rechtsdienst im Berichtsjahr insbesondere im Bereich der politischen Rechte verschiedene Berichte zu politischen Vorstössen und arbeitete diverse Erlasse aus bzw. wirkte an deren Ausarbeitung mit.

Initiativen und Referenden: Im Berichtsjahr wurden die Unterschriftenlisten von fünf kantonalen Initiativen in formeller Hinsicht geprüft und im Kantonsblatt publiziert. Bei ebenfalls fünf Initiativen konnte aufgrund des Einreichens von mehr als 3'000 Unterschriften das Zustandekommen verfügt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.3	28.8	19.7	18.7	19.3
Anzahl Regierungsgeschäfte	Anz	2'539	2'256			
Anzahl Beglaubigungen	Anz	16'821	17'964			
Anzahl Schlichtungsverhandlungen bei Mietstreitigkeiten	Anz	1'757	1'857			
Durchs. Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	105	120			

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'886.4	4'104.3	4'002.5	-217.9	-5.3
31 Sachaufwand	2'928.7	3'861.6	2'949.9	-932.9	-24.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.8	5.4	2.4	-0.6	-11.6
36 Eigene Beiträge	1.3	3.0	1.1	-1.7	-58.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6'821.1</b>	<b>7'974.3</b>	<b>6'955.9</b>	<b>-1'153.2</b>	<b>-14.5</b>
42 Vermögenserträge	-2.4	-5.2	0.0	2.8	54.6
43 Entgelte	-770.5	-1'777.2	-740.1	1'006.7	56.6 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-772.8</b>	<b>-1'782.4</b>	<b>-740.1</b>	<b>1'009.6</b>	<b>56.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>6'048.2</b>	<b>6'191.9</b>	<b>6'215.8</b>	<b>-143.6</b>	<b>-2.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	1'102.1	1'063.8	1'121.7	38.2	3.6
Schlichtungswesen	1'022.1	1'076.3	978.7	-54.2	-5.0
Unterstützung des Regierungsrates	3'924.0	4'051.7	4'115.4	-127.7	-3.2

### Kommentar

- 1 Das IT-Projekt „Staatskalender“, welches im 2010 geplant und budgetiert war, musste aus Kapazitätsgründen seitens ZID verschoben werden. Dies führte einerseits zu Minderausgaben im FDK 31 Bereich, andererseits auch zu Mindereinnahmen im FDK 43-Bereich.

Bei vier Initiativen musste aufgrund zu geringer Unterschriftenzahl bzw. zufolge Ablaufs der Sammelfrist das Nichtzustandekommen festgestellt und verfügt werden. Drei kantonale Initiativen wurden schliesslich zurückgezogen.

Wahlen und Abstimmungen: Im Berichtsjahr wurde der vom Regierungsrat im Mai 2009 beschlossene, insgesamt zwei Jahre dauernde Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten in Zusammenarbeit mit dem Kanton Genf erfolgreich fortgeführt. An drei Abstimmungswochenenden gaben zwischen 46.81% und 52.15% der stimmenden Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Stimme auf elektronischem Weg ab.

An vier Abstimmungswochenenden kamen sieben eidgenössische und neun kantonale Vorlagen zur Abstimmung. Bei der Ersatzwahl einer Richterin bzw. eines Richters des Zivilgerichts konnte der Regierungsrat auf den am 26. September 2010 angesetzten Wahlgang verzichten und den Kandidierenden als in stiller Wahl gewählt erklären.

Beziehungen zu den Einwohner- und Bürgergemeinden: Im Berichtsjahr wurden neben der Bearbeitung verschiedener Anfragen Änderungen der Gemeindeordnungen der Einwohnergemeinde Riehen und der Bürgergemeinde Riehen sowie die Aufhebung der Ordnung der Einwohnergemeinde Bettingen vom 26. April 1994 betreffend die Aufsicht über den Schutz von Personendaten sowie das zentrale Register der Datensammlung geprüft und vom Regierungsrat genehmigt.

### Schlichtungswesen

**Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten** Neben der nach wie vor sehr nachgefragten Beratungs- und Schlichtungstätigkeit stand im Berichtsjahr die Vorbereitung auf die Umsetzung



der per 1. Januar 2011 wirksamen vereinheitlichten Zivilprozessordnung an. Auf Kanzleiebene musste eine Anzahl neuer Verfahrensabläufe generiert werden, was einen beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand verursachte.

Mit dem Rücktritt von Dr. Franz Brönnimann als Ersatzmitglied des Vorsitzenden verlor die Schlichtungsstelle ein Mitglied, das sich in seiner über 30-jährigen Amtsdauer leidenschaftlich und erfolgreich für die Erhaltung des sozialen Wohnfriedens in unserem Kanton eingesetzt hat. Als Nachfolgerin von Dr. Franz Brönnimann wurde lic. iur. Andrea Meier gewählt.

Unvermindert stark beschäftigte die Schlichtungsstelle wiederum der Bereich der Heiz- und Nebenkosten. Fragen zu Mietzinssenkungen infolge der Referenzzinssatzsenkungen führten erstaunlicherweise nicht zu grossen Mehrbelastungen. Hingegen war die Überwälzung der Kosten von Liegenschafts- bzw. Wohnungssanierungen auf die Mietzinse ein viel angesprochenes Thema.

Im Berichtsjahr wurden 1'529 (1'972 im Vorjahr) Schlichtungsverfahren eröffnet. 1'757 (1'857) Verfahren konnten erledigt werden.

Beim Vollzug des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) wurden der Schlichtungsstelle 181 (159) Abbruch- und Teilabbruchgesuche durch das Bauinspektorat zur Bearbeitung zugestellt. Im Weiteren waren 34 (31) Gesuche um Bewilligung von Zweckentfremdungen zu behandeln.

Unverminderter Beratungsbedarf herrschte im Bereich der Gesetzgebung über den Grundstückerwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland. Die Fragestellungen, die der Schlichtungsstelle unterbreitet wurden, lassen auf eine hohe potenzielle Nachfrage ausländischer Staatsangehöriger nach Investitionen in Wohnhäusern in der Schweiz schliessen.

## **Unterstützung des Regierungsrates**

**Anlässe und Begegnungen** Im Berichtsjahr stattete der Regierungsrat den Regierungen der Kantone Solothurn und Schwyz offizielle Besuche ab. Der Regierungsrat des Kantons Thurgau reiste im April zum freundeidgenössischen Besuch nach Basel. Am grossen Festumzug der diesjährigen OLMA zu Ehren der Nordwestschweiz nahm der Gesamregierungsrat teil. Zum traditionellen Empfang anlässlich des Morgestraich und zum 1. August-Feuerwerk auf der Terrasse der alten Universität lud der Regierungsrat auch dieses Jahr Ehrengäste ein.

Der Regierungsrat konnte auch in diesem Jahr verschiedene China-Delegationen in Basel empfangen. Zum chinesischen Mondfest, welches im September erstmals im Rathaus gefeiert wurde, konnten rund 200 Gäste begrüsst werden.

Mit den für unseren Standort bedeutenden Unternehmen, den Nachbargemeinden und den Spitzen der Gerichte traf sich der Regierungsrat in gewohntem Rhythmus. Zum traditionellen Botschafterempfang reisten die Botschafterinnen und Botschafter von China, Indonesien, Kanada, Kolumbien, Russland, Uruguay, der Slowakischen Republik und der USA nach Basel. Ein Höhepunkt war der Empfang des Staatspräsidenten der Republik Gabun.

Im Berichtsjahr wurden 361 Jubelpaare (Goldene, Diamantene und Eiserne Hochzeit) zu einer Feier im Rathaus empfangen. Erneut konnte der Regierungsrat dem ältesten Basler zum 108. Geburtstag persönlich gratulieren. Das hohe Alter von 105 Jahren konnten zwei Jubilarinnen feiern. 37 Jubilarinnen und Jubilaren konnten die Glückwünsche zum 100. Geburtstag überbracht werden.

## Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Der Auftrag besteht darin, die Aussenbeziehungen des Kantons zu stärken und gleichzeitig für eine wahrnehmbare und zielgerichtete Aussenwirkung zu nutzen. Ziel ist es, ein internationales Netzwerk aus politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakten zu knüpfen, auszubauen und daraus Kooperationen mit Mehrwert für Basel zu generieren. Letztlich müssen die Aussenbeziehungen und die Aussenwirkung einen Beitrag zur positiven Entwicklung des Standortes und erfolgreichen Positionierung im internationalen Standortwettbewerb leisten. Das Zusammenwachsen der Region und das Vertreten der gemeinsamen Interessen der Metropolitanregion auf nationaler und internationaler Ebene sind hierfür eine wichtige Voraussetzung. Gleichzeitig gilt es, im Sinne der Hauptzielgruppen, allen voran Einwohnerinnen und Einwohner, Zuziehende, Unternehmen und Veranstalter, zur Bekanntheitssteigerung und Standortattraktivität Basels beizutragen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Stärkung des Veranstaltungsortes Basel, der Betreuung und Akquisition von Grossveranstaltungen sowie der Durchführung von Messen und Märkten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing
Standortmarketing	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr wurde mit dem gemeinsamen Auftritt der Städte Basel, Genf und Zürich an der World-expo in Shanghai ein Leuchtturmprojekt im Rahmen der Städtebeziehung mit Shanghai realisiert. Auf nationaler Ebene konnte mit dem Auftritt der Kantone BS, BL und JU an der OLMA in St. Gallen ein Marketingauftritt auf nationaler Ebene erfolgreich realisiert werden. Im Bereich der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden die Leistungsvereinbarungen und Subventionen mit den wichtigsten Organisationen für die nächste Periode geregelt. Auf Bundesebene wurde die Stärkung der Interessensvertretung vorangetrieben. Unter dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel“ wurde ein Vergleich mit anderen Schweizer Städten angestellt. Die erfolgreiche Durchführung der 540. Basler Herbstmesse, die verstärkte Zusammenarbeit bei der Basler Weihnacht sowie die Erweiterung des Internetauftrittes [www.basel.ch](http://www.basel.ch) mit einer Chinesisch-Version waren weitere wichtige Projekte und Tätigkeiten.

### Standortmarketing

Im Berichtsjahr fand mit dem gemeinsamen Auftritt der Kantone BS, BL und JU an der OLMA in St. Gallen ein mehrjähriges Projekt einen erfolgreichen Abschluss. In Zusammenhang mit dem Auftritt in der Ostschweiz wurde auch die nationale Imagewerbung in diesen Raum ausgedehnt, allen voran die Werbung für die 540. Basler Herbstmesse. Darüber hinaus wurden verschiedene Kommunikationskampagnen im Rahmen ausgewählter Grossanlässe für die Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung des Standorts Basel genutzt. Zudem sind Kontakte zu Medienschaffenden aus der Schweiz, Europa und der ganzen Welt gepflegt und intensiviert worden. Die Internetplattform [www.basel.ch](http://www.basel.ch) wurde zudem um eine Chinesisch-Version erweitert.

Zu den weiteren Schwerpunkten im Berichtsjahr gehörte die Stärkung der „Basler Weihnacht“, welche durch eine gemeinsame Vermarktung im 2011 fortgesetzt werden soll. Auch die Planung der Erweiterung des Weihnachtsmarktes auf den Münsterplatz wurde im Berichtsjahr vorangetrieben. Als ausserordentlicher Grossanlass gilt es die Live-Produktion der AIDA-Oper am Rhein hervorzuheben.

Im Hintergrund wurde mittels einer wissenschaftlichen Studie die Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel überprüft. Die daraus hervorgegangenen Handlungsfelder sollen im 2011 konkretisiert und bearbeitet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.0	12.0	4.6	4.9	4.0
Gutgeheissene Rekurse Messen und Märkte	Anz	1				
Realisierung von Imagekampagne-Plattformen im Ausland	Anz	2	2	2	2	3
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	3	2	2	3	3
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz	16				

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'695.7	1'751.5	1'623.4	-55.9	-3.2
31 Sachaufwand	4'119.1	3'770.5	3'281.7	348.6	9.2 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.9	0.0	0.0	4.9	...
36 Eigene Beiträge	2'667.3	2'856.0	2'665.6	-188.7	-6.6
K	0.0	532.3	0.0	-532.3	-100.0 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'487.0</b>	<b>8'378.0</b>	<b>7'570.6</b>	<b>109.0</b>	<b>1.3</b>
41 Regalien und Konzessionen	-3.1	-10.0	-3.6	6.9	69.2
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-3'618.2	-3'323.5	-3'244.3	-294.7	-8.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3'621.3</b>	<b>-3'333.5</b>	<b>-3'247.8</b>	<b>-287.8</b>	<b>-8.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'865.7</b>	<b>5'044.5</b>	<b>4'322.8</b>	<b>-178.8</b>	<b>-3.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen	1'261.4	1'744.4	1'292.9	-483.1	-27.7
Standort-Marketing	3'604.4	3'300.1	3'029.9	304.2	9.2

### Kommentar

- Die Überschreitung resultiert in Folge Ersatzanschaffung von neuen Markthäuschen für die Herbstmesse und den Weihnachtsmarkt, Zusatzausgaben für Lobbyingmassnahmen, Übersetzungskosten ins Chinesische in Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft Basel-Shanghai sowie Neuanschaffung von Gastgeschenken für die Umsetzung der Welcome-Aktionen im Eventbereich.
- Kreditübertrag Rechnung 2009 auf Rechnung 2010 in der Position 36 Eigene Beiträge, gemäss Grossratsbeschluss Nr. 10/15/13G vom 14. April 2010 (Projekt NRP/ETZ, Interreg IV 2007-2013/15).

### Aussenbeziehungen

Im Bereich der institutionellen Zusammenarbeit wurden im Berichtsjahr die Subventionsverträge mit den wichtigsten Organisationen geregelt und verabschiedet. Zudem wurde an der Bildung einer Metropolitankonferenz Basel gearbeitet, welche sich im 2011 konkretisieren soll. In enger Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Koordinationsstelle der Regio Basiliensis wurden Interreg-Projekte in den Bereichen Medienkunst, nachhaltiges Bauen, Rad- und Wanderwege, Design am Oberrhein sowie die Trinationale Metropolregion am Oberrhein (TMO) lanciert. Zudem fand der Dreiländerkongress zum Thema Bildung, Forschung und Innovation in Basel statt. Die Arbeiten des Eurodistricts standen im Berichtsjahr ganz im Zeichen der Auftaktsveranstaltung für die IBA Basel 2020.

Die zielgerichtete Interessensvertretung wurde in verschiedenen Gremien und Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene intensiviert. Durch die Aufbereitung von Positionspapieren und die Organisation von Informations- und Netzwerkveranstaltungen konnte der Austausch mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie die Interessensvertretung in wichtigen Geschäften auf Bundesebene verstärkt werden.

Im Weiteren wurden die Kooperationen mit Shanghai und Massachusetts erfolgreich vertieft. Mit

der Realisierung des gemeinsamen Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich an der World Expo 2010 in Shanghai konnte durch die Akquisition von namhaften Sponsoringbeiträgen aus der Privatwirtschaft ein erfolgreiches Public-Private-Partnership-Projekt realisiert werden. Das Projekt stellte auch ein starkes Zeichen nach Innen dar, zumal es der erste gemeinsame Auftritt der drei grössten Schweizer Städte im Ausland war. Der Auftritt überzeugte und verzeichnete 2 Millionen Besucherinnen und Besucher. Mit der Unterzeichnung eines neuen Partnerschaftsprogrammes mit Shanghai sowie mehreren neuen Kooperationen im Bereich Bildung, Wirtschaft und Gesundheit konnten die Zielsetzungen klar erreicht werden.

Bei der Entwicklungszusammenarbeit hat der Kanton Basel-Stadt Projekte mit einem Betrag in Höhe von Fr. 1.65 Mio. unterstützt.

## Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung berät und unterstützt den Regierungspräsidenten und das Regierungskollegium in der Aufgabe, alle für den Kanton und die Region bedeutsamen Entwicklungen laufend zu beobachten, zu beurteilen und rechtzeitig zweckmässige Vorkehrungen zu empfehlen. Des Weiteren fördert die Abteilung die Lebensqualität in Wohn- und Stadtraum, insbesondere auch in den Quartieren.

Die Kantons- und Stadtentwicklung beherbergt die Kontaktstelle für Quartierarbeit sowie die beiden Koordinationsstellen Freiwilligenarbeit und Bewilligungswesen. Die Abteilung setzt sich ein für ein modernes, zukunftsweisendes Stadtwohnen. Sie ist darüber hinaus verantwortlich für das Projekt „Welcome“, welches im Legislaturplan verankert ist. Für diese vielfältigen Aufgaben ist die Abteilung in die Fachstellen „Grundlagen und Strategien“, „Stadtteilentwicklung“ und „Stadtwohnen“ gegliedert.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Kantons- und Stadtentwicklung	1.2 Kantonsentwicklung

## Tätigkeiten und Projekte

### Leitung

#### Projekt Welcome Erreichte Projektschritte 2010:

- Pilot und definitive Einführung des neuen Meldewesens bei Verschmierungen (und Nutzung der Abteilungshomepage für Meldungen aus der Bevölkerung) zusammen mit der Stadtreinigung sowie weiteren in- und externen Partnern. Bekanntmachung der Neuerungen mittels der Kampagne „Basel – unverschmiert schön“. Durchführung von zwei Reinigungs-Fokusaktionen in der Elisabethenstrasse und im Gerbergässlein. Planung weiterer Fokusaktionen und Ausbau des Meldewesens für 2011.
- Neupositionierung der Begrüssung von Neuzugezogenen im Rathaus zusammen mit Integration Basel. Reichhaltigere Information. Verbesserung der Netzwerk-Möglichkeiten unter Neuzuzüglern. Gruppierung nach Sprachen. Kombination der Begrüssung mit einem neu konzipierten Neuzuzüger-Stadtrundgang (in Zusammenarbeit mit Standortmarketing und Basel Tourismus, operativ ab 2011). Abstimmung des Informationsdargebots auf Welcome-Anlässe in der Privatwirtschaft (z.B. Novartis) und Relocation-Agenturen. (Weitere Neuerungen siehe „Willkommensveranstaltungen“ unter „Quartierarbeit“.)
- Erarbeitung einer Studie zur Verbesserung der Gäste-Navigation (Fussgängerleit- und Informationssystem). Bessere Anbindung des bisherigen Systems „Basel zu Fuss“ an das Gundeldinger Quartier (operativ 2011). Planung der Anbindung der neuen Markthalle an das Fussgängerleitsystem.

### Grundlagen und Strategien

**Strategien** Das Konzept zum strategischen Controlling betreffend den Legislaturplan konnte im vergangenen Jahr ausgearbeitet werden und wurde vom Regierungsrat genehmigt. Teile der Umsetzung finden sich in diesem Jahresbericht, in Kapitel 2.3. Der Legislaturplan konnte im vergangenen Jahr mit verschiedenen Partnern regional und überregional diskutiert werden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit vergleichbaren Fachstellen in anderen Kantonen hat sich als wichtiger Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Legislaturplanung erwiesen.

**Grundlagen** Grundlagenarbeit wurde im vergangenen Jahr insbesondere zum Thema „Stadtentwicklung“ als solches geleistet. Diese Grundlagenarbeit floss in einen veröffentlichten Bericht ein und bildete die inhaltliche Basis für den eine breite Öffentlichkeit ansprechenden Film zur Stadtentwicklung „Basel lebt“, der an einer Premiere mit ca. 1'000 Besuchern ein erstes Mal präsentiert worden ist. Weitere, verwaltungsinterne Grundlagenberichte wurden zu den Themen Gentrifizierung, Wohnortmarketing und Herzstück der Regio-S-Bahn erarbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.9	12.7			
Subventionierte Institutionen Quartierarbeit	Anz	15				
Grundlagenberichte	Anz	9				
Neu gebaute Wohnungen im Kanton	Anz	372	468			

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'802.3	2'128.2	1'474.3	-325.9	-15.3
31 Sachaufwand	1'119.6	762.2	754.8	357.5	46.9 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.2	0.0	0.0	0.2	...
36 Eigene Beiträge	1'130.0	1'130.0	1'107.9	0.0	0.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'052.1</b>	<b>4'020.4</b>	<b>3'337.0</b>	<b>31.8</b>	<b>0.8</b>
43 Entgelte	-37.8	-4.5	-0.3	-33.3	-741.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-37.8</b>	<b>-4.5</b>	<b>-0.3</b>	<b>-33.3</b>	<b>-741.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'014.3</b>	<b>4'015.9</b>	<b>3'336.7</b>	<b>-1.6</b>	<b>0.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Kantons- und Stadtentwicklung	4'014.3	4'015.9	3'336.7	-1.6	0.0
5 Ausgaben Investitionen	1'213.7	0.0	825.6	1'213.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1'213.7</b>	<b>0.0</b>	<b>825.6</b>	<b>1'213.7</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- 1 Die Überschreitung begründet sich insbesondere aus zusätzlichen statistischen Leistungen für unsere Grundlagenberichte sowie IT-Dienstleistungen für das Bewilligungswesen entsprechend Aufträgen aus Regierung und Grosse Rat, und konnte durch den FDK Bereich 30 Minderausgaben und FDK Bereich 43 Mehreinnahmen kompensiert werden.

### Stadtteilentwicklung

Die Fachstelle Stadtteilentwicklung steigert mit einem integralen Arbeitsansatz die Lebensqualität in Basel und strebt eine nachhaltige Quartierentwicklung an. Dabei ergänzen sich Stadtteilentwicklung, Quartierarbeit und Förderung der Freiwilligenarbeit optimal.

**Basel Nord** Im Vordergrund standen die Fortführung und Ende 2010 – nach fünfjähriger Laufzeit – der erfolgreiche Abschluss des Projekts „Stadtentwicklung Basel Nord“ mit folgenden Aufgaben und Projekten:

- Kommunikation: z.B. Magazin „Fokus Basel Nord“ (inkl. Vorträge zu den Themenheften), Ausstellung „Stadtentwicklung Basel 1:1000“ mit Bustouren Basel Nord, Kurzfilmwettbewerb „Mein Basel Nord“;
- Koordination: z.B. Entwicklung Kasernenareal;
- Analyse und Konzeption: z.B. „Auf Augenhöhe 1.20m – Leitfaden für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung (verwaltungsinterne Schulung für Projektleiter der kantonalen Verwaltung, inkl. Riehen), Monitoring Erlenmatt, Projekt „7m<sup>3</sup>“ zur Evaluation der Nutzerbedürfnisse Ackermätteli und Giessliweg;
- Kooperation: z.B. Unterstützung Stellwerk – Gründerzentrum im Bahnhof St. Johann; Aktienmühle – Freizeit- und Arbeitsort im Klybeck.

**Quartierarbeit** Die Kontaktstelle für Quartierarbeit hat die Umsetzung der Konzepte Quartiertreffpunkte Basel-Stadt sowie Quartiersekretariate Basel weiterverfolgt. 14 bisherige und zwei neue Trägerschaften der Quartierarbeit erhalten in den Jahren 2011 bis 2013 teilweise erhöhte Subventionsbeiträge. Die Regierungsratsmitglieder nahmen in Zusammenarbeit mit der Basler Zeitung an sieben Quartiergesprächen teil, die in den Quartiertreffpunkten durchgeführt wurden.

Radio DRS 1 thematisierte künftige Gesellschaftsmodelle in einer Livesendung aus einem Treffpunkt. Sechs Willkommensveranstaltungen in den Quartieren fanden gemäss einem neuen Rahmenkonzept statt. Im Auftrag der Quartierorganisationen und der Verwaltung beobachtete die Hochschule Luzern verschiedene Mitwirkungsverfahren.

**Freiwilligenarbeit** Das Potenzial der Freiwilligenarbeit im Kanton Basel-Stadt wurde mit folgenden Arbeiten gefördert: Durchführung „Internationaler Tag der Freiwilligen“, drei Anerkennungspreise „schappo“, Fachtagung Freiwilligenarbeit. Zudem wurde für die Freiwilligenarbeit eine konzeptionelle Basis erstellt. Eine Medienkampagne für das Europäische Freiwilligenjahr wurde lanciert. Mit der Broschüre „Goldene Stunden“ würdigten die Herausgeber die Vielseitigkeit der Freiwilligenarbeit, indem ihr ein Gesicht verliehen wurde. Die Broschüre dient auch als Arbeitsinstrument für das Freiwilligenjahr 2011.

**Bewilligungswesen** Die Koordinationsstelle Bewilligungswesen führte, in enger Zusammenarbeit mit dem interdepartementalen Koordinationsgremium, die Optimierungen im kantonalen Bewilligungswesen fort. Im Zentrum stand dabei der Ausbau der Dienstleistungen für Grossfirmen und KMU bei den Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen. Dies erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Firmen F. Hoffmann-La Roche AG, Novartis Pharma AG, Panalpina Management AG und Bell AG. Darüber hinaus wurden die elektronischen Services für Allmendnutzungen erweitert und kundengerecht gestaltet.

Mit dem systematischen Ausbau des eGovernment-Angebots hat sich die Optimierung des Bewilligungswesens 2010 zur zentralen kantonalen eGovernment-Initiative entwickelt. Dabei wurden massgebliche Impulse für weiterführende Lösungen generiert (z.B. standardisierte Formularanpassungen).

## Stadtwohnen

Die Fachstelle Stadtwohnen fördert die Wohnraumentwicklung, namentlich die Schaffung und Erhaltung von attraktiven, modernen und grosszügigen Wohnungen. Zu den Massnahmen gehören Koordination, Beratung und Information von Akteuren mit dem Ziel, private Investoren zur Realisierung guter Wohnbauprojekte zu motivieren. Im Besonderen werden Wohnungen für Familien und grosszügige Wohnungen gefördert.

Dazu erarbeitete die Fachstelle Stadtwohnen zusammen mit weiteren Dienststellen verschiedener Departemente eine kantonale Strategie zur Wohnraumentwicklung für die Jahre 2011 – 2016 sowie ein Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG). Dieses geht 2011 in die Vernehmlassung und zur Behandlung in den Grossen Rat.

Das Programm „Logis Bâle“, dessen Geschäftsstelle die Fachstelle Stadtwohnen führt, wurde per Ende 2010 abgeschlossen. Das Ziel von „Logis Bâle“, zwischen 2001 und 2010 5'000 neue resp. neuwertige Wohnungen zu schaffen, wurde mit gut 4'600 Wohnungen knapp nicht erreicht.

**Beratung** Finanzierung kostenloser Erstberatungen für Wohnbaugenossenschaften durch die Förderstelle gemeinnütziger Wohnungsbau des SVW (Schweizerischer Verband für das Wohnungswesen). Anlaufstelle für Wohnfragen.

**Veranstaltungen** Auftritt an der Swissbau Real Estate in Zusammenarbeit mit BaselArea. Teilnahme an der ImmoExpo Basel mit einer Sonderschau Stadtwohnen. Organisation und Durchführung des 9. Basler Investorengesprächs. Expertenpanel „Augen auf. Basel wächst.“ zum Thema „Basel braucht mehr Wohnraum“.

**Stadtwohnekampagne** Weiterführung der Stadtwohnekampagne 2009: Mit Tramaushängen und Trailern auf dem E-Board im Bahnhof Basel SBB und im Hauptbahnhof Zürich anlässlich der ImmoExpo Basel. Trailer Stadtwohnen auf Telebasel und anlässlich von Live-Opernübertragungen in Kinos in Basel. Inserate mit Motiven der Stadtwohnekampagne.

## Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehört mit zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Statistik und Analyse	1.2 Kantonsentwicklung

## Tätigkeiten und Projekte

Das Statistische Amt hat auch 2010 wiederum eine Zunahme der Nachfrage an Dienstleistungen feststellen können. Mittlerweile liegt die Zahl der Kurzanfragen, welche telefonisch, per Mail oder auch persönlich an das Statistische Amt gerichtet werden, bei über 5'000 und auch Unterstützungsleistungen bei Befragungen und Datenmanagement wurden rege nachgefragt. Dazu kommen etliche Spezialanalysen, die beim Statistischen Amt in Auftrag gegeben wurden. Bei den grossen Projekten konnte nach umfangreichen Vorarbeiten die in enger Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung neu aufgebaute Steuerstatistik veröffentlicht werden. Ebenso wurden die Resultate der Familienbefragung und der Jugendbefragung der Öffentlichkeit vorgestellt. Umfangreich waren die Arbeiten für die Aktualisierung des Nachhaltigkeitsberichtes und auch das Projekt Registerharmonisierung zur Vorbereitung der Volkszählung hat weiterhin viele Ressourcen gebunden.

### Statistik und Analyse

**Dreilandbefragung** Die im Rahmen des generellen Befragungskonzeptes für 2010 vorgesehene Dreilandbefragung wurde nach eingehenden Vorabklärungen nicht neu konzipiert, sondern wird wie 2005 als Vertiefungsteil der Bevölkerungsbefragung 2011 durchgeführt werden.

**Aufbau und Unterhalt Monitoring/Controllingsysteme** Das Statistische Amt hat im Auftrag der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung ein Indikatorensystem zum Legislaturplan entwickelt sowie innerhalb des Monitoring der Erlenmatt einerseits Kennzahlen erhoben und andererseits eine Erstmieterbefragung durchgeführt. Wo immer möglich wurden die bestehenden Kennzahlensysteme aktualisiert. Zurzeit laufen die Arbeiten für die Entwicklung eines prozessorientierten Gesamtsystems aufbauend auf allen am Statistischen Amt geführten thematischen Kennzahlensystemen. Die so neu geordneten Informationen sollen mittelfristig auf der Homepage des Statistischen Amtes zugänglich sein.

**Registerharmonisierung/Volkszählung** Die vom Bund vorgegebene Registerharmonisierung konnte erfolgreich durchgeführt werden. Auf ihrer Basis erfolgte die Datenlieferung mit dem Stichtag 31. Dezember 2010 im Rahmen der Volkszählung 2010. Die vorerst verlangte Datengüte konnte erreicht werden, so dass die Lieferung vom Bund akzeptiert worden ist. Trotzdem stehen in verschiedenen Bereichen noch Arbeiten an, die mindestens das ganze Jahr 2011 dauern werden.



<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	15.5	16.1	13.5	13.9
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	-	176'361	171'045	147'898	110'616 <sup>1</sup>
Kurzanfragen	Anz	5'552	4'639	4'330	3'736	2'094
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	191	189	157	91	139
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0			

**Kommentar**

1 Aufgrund des Wechsels auf eine völlig neue Homepage Mitte Jahr stehen für 2010 keine Daten über die Zugriffe zur Verfügung. Aufgrund der veränderten Kategorien bei der Zugriffsstatistik muss die Kennzahl für 2011 neu definiert werden.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'877.4	2'477.6	2'473.5	399.8	16.1 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	835.0	901.8	902.7	-66.7	-7.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.3	0.0	...
36 Eigene Beiträge	42.0	42.0	40.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'754.4</b>	<b>3'421.4</b>	<b>3'416.5</b>	<b>333.0</b>	<b>9.7</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-824.2	-315.3	-481.6	-508.9	-161.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-16.0	-16.0	-8.0	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-840.2</b>	<b>-331.3</b>	<b>-489.6</b>	<b>-508.9</b>	<b>-153.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'914.3</b>	<b>3'090.1</b>	<b>2'926.9</b>	<b>-175.8</b>	<b>-5.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Statistik und Analyse	2'914.3	3'090.1	2'926.9	-175.8	-5.7

**Kommentar**

1 Die Mehrausgaben beim Personal sind durch Übernahme von zusätzlichen Projekten entstanden und wurden durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt.

**Statistikgesetz** Erste Vorarbeiten für die Ausarbeitung eines kantonalen Statistikgesetzes konnten 2010 durchgeführt werden. Aufgrund der Entwicklungen in der öffentlichen Statistik hin zu Registerauswertungen können bestehende kantonale Gesetze wie auch das Bundesstatistikgesetz nur sehr bedingt als Vorlage dienen. Zudem ist die Doppelfunktion als kantonales und städtisches Statistisches Amt bislang in keinem bestehenden Statistikgesetz abgebildet.

## Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur fördert und unterstützt über Beiträge an Institutionen, Festivals, frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kulturschaffen und die Kulturvermittlung in den Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision, und setzt sich in verschiedenen Gremien für kulturpolitische Belange und Anliegen ein. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese der Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Die Abteilung Kultur pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Die Museumsdienste gewinnen mit geeigneten Massnahmen neues Publikum, über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen subventionierten Kulturinstitutionen und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien (Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten, Konferenz der Schweizer Kulturstädte, Oberrheinkonferenz u.a.m.) setzt sich die Abteilung Kultur für den regionalen und nationalen Austausch, für Synergien und gemeinsame kulturpolitische Anliegen ein.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Förderung des Kunstschaffens	1.1 Kulturförderung und -pflege
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Der neue Subventionsvertrag für das Theater Basel für die Spielzeit 2011/12 bis 2014/15 im Kontext der Einigung in den Partnerschaftsverhandlungen TP4 KULTUR wurde vom Grossen Rat am 10. Juni 2010 genehmigt. Er steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass er im Falle eines negativen Ausgangs der Referendumsabstimmung im Kanton Basel-Landschaft (am 13. Februar 2011) neu verhandelt werden muss. Das Theater Basel wurde im Berichtsjahr zum zweiten Mal in Folge mit der renommierten Auszeichnung „Opernhaus des Jahres“ der deutschen Fachpresse geehrt. Eine sehr erfreuliche Anerkennung der überaus erfolgreichen Arbeit des Teams von Direktor Georges Delnon und Opernchef Dietmar Schwarz.

Die Kaserne Basel stand noch im Oktober 2009 vor dem Konkurs. Der Regierungsrat sprach zur Verhinderung des Konkurses einen Beitrag aus dem Kompetenzkonto. Der Grosse Rat stimmte in der Folge der erhöhten Subvention für die Jahre 2010 bis 2012 am 14. Januar 2010 grossmehrheitlich zu. Im Berichtsjahr hat die Kaserne Basel ihre Finanzlage nachhaltig konsolidiert und die meisten der geforderten Massnahmen zur Verbesserung des Controllings bereits umgesetzt. Die Berichte der Finanzkontrolle BS zu den Quartalsabschlüssen sind alle positiv ausgefallen.

Am 17. November 2010 hat der Grosse Rat dem Baukredit sowie der notwendigen Zonenplanänderung für den Erweiterungsbau des Kunstmuseums (Siegerprojekt der Basler Architekten Christ & Gantenbein) mit grosser Mehrheit zugestimmt. Der private, hälftige Anteil der Baukosten wurde durch die grosszügige Schenkung der Laurenz-Stiftung vollständig erbracht. Das Museum der Kulturen war im Berichtsjahr durch den Bau der Sonderausstellungshalle sowie die Sanierung des gesamten Gebäudes nur sehr beschränkt geöffnet. Auch im Naturhistorischen Museum sind grössere Sanierungsarbeiten im Gange, zudem hat die Frage nach einem neuen Standort prioritäre Bedeutung. Das Projekt Heuwaage wurde von der Regierung zu Gunsten des Zoo Basel zurückgenommen. Einen weiteren grossen Erfolg konnte das Kunstmuseum Basel im Berichtsjahr mit der Sonderausstellung „Andy Warhol – die frühen Jahre“ verbuchen.

## Stabsleistungen Abteilung Kultur

Am 1. Januar 2010 ist das neue Kulturfördergesetz des Kantons Basel-Stadt in Kraft getreten. Darin festgeschrieben ist das Kulturleitbild, in dem der Regierungsrat seine kulturpolitischen Ziele der Le-

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.8	11.0	9.6	10.5	9.1
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	178'716	176'166	164'935	158'000	178'000
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	167	155	155	153	141
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	957	955	837	942	920
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	28'912	28'383	29'591	27'949	21'205

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'093.4	1'656.6	1'644.4	436.8	26.4
31 Sachaufwand	1'582.6	1'601.9	1'621.6	-19.3	-1.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	61'178.5	61'861.8	61'162.0	-683.3	-1.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>64'854.5</b>	<b>65'120.2</b>	<b>64'428.0</b>	<b>-265.7</b>	<b>-0.4</b>
42 Vermögenserträge	0.0	-0.1	0.0	0.0	64.3
43 Entgelte	-289.0	-128.7	-103.6	-160.3	-124.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-376.1	-420.0	-360.5	43.9	10.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-665.1</b>	<b>-548.8</b>	<b>-464.2</b>	<b>-116.4</b>	<b>-21.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>64'189.4</b>	<b>64'571.5</b>	<b>63'963.8</b>	<b>-382.1</b>	<b>-0.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Förderung des Kunstschaffens	62'341.3	62'929.1	62'317.2	-587.8	-0.9
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1'848.1	1'642.4	1'646.6	205.7	12.5

gislatur definiert. Dazu ist im Jahr 2010 der vom Gesetz vorgeschriebene breite Mitwirkungsprozess lanciert worden, der in vollem Gange ist.

Auf Ende Jahr ist der Leiter der Abteilung Kultur, Michael Koechlin, nach achtjähriger Tätigkeit zurückgetreten. Am 1. Januar 2011 hat Philippe Bischof die Nachfolge angetreten.

## Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Unmenge von Unterlagen - Akten, elektronische Daten, Bilder -, die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien, einschliesslich Fotoarchive.

Das Staatsarchiv stellt die Akten, Bilder usw. der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Staatsarchiv	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Neben der plangemässen Weiterführung des Projektes „Informatisierung des Staatsarchivs, dritte Etappe“ wirkte das Staatsarchiv im Lenkungsausschuss des Projektes „Migration CMIKonsul: Informationsverwaltung“ (Staatskanzlei ff.) mit. Dabei war es wesentlich an der Erarbeitung der „Richtlinien zum Einsatz von Konsul in der kantonalen Verwaltung Basel-Stadt“ beteiligt und erarbeitete ferner die konzeptuellen Leitlinien für die Definition der Anforderungen an die Archivierungsfunktionalitäten im Geschäftsverwaltungssystem Konsul. Der gewichtigste Schwerpunkt bildete das Projekt „Staatsarchiv, neue Räumlichkeiten“. Bericht (FD) und Mitbericht (PD) mit den Resultaten der vertieften Überprüfung der Machbarkeit eines Neubaus sowie einer Wirtschaftlichkeitsüberprüfung eines Neubaus im Vergleich mit einer Zweistandortlösung konnten am 7. Dezember dem Regierungsrat zum Entscheid vorgelegt werden.

### Staatsarchiv

**Konkretisierung Raumplanung** Das Projekt „Staatsarchiv, neue Räumlichkeiten“ kam mit Vorliegen der Resultate der Machbarkeitsstudien sowie einem Wirtschaftlichkeitsvergleich der Varianten Neubau und Zweistandortlösung in eine entscheidende Phase. Nach einem Grundsatzentscheid zugunsten einer Einstandortstrategie entschied der Regierungsrat nach Überprüfung der Finanzierbarkeit am 21. Dezember, dass das Staatsarchiv in einen Neubau verlegt wird. Das Bau- und Verkehrsdepartement (ff.) ist gemeinsam mit dem Staatsarchiv (PD) und dem Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt) mit der Ausarbeitung des Ratschlags für den Projektierungskredit beauftragt.

**Informatisierung des Staatsarchivs (dritte Etappe)** Das Projekt Informatisierung III verlief 2010 weitgehend nach Plan. Im Teilprojekt 1 (Digitalisierung von Archivgut) wurden die Digitalisierungsvorhaben mit Ausnahme kleinerer Nacharbeiten, die anfangs 2011 durchgeführt werden, abgeschlossen. Es wurde zudem ein Werkzeug beschafft, mit dem die Digitalisate online präsentiert werden. Im Teilprojekt 2 (Digitale Archivierung) wurde die 2009 entwickelte Lösung getestet und funktionale Ausbauten definiert. Zugleich wurde die Speicherinfrastruktur ausgebaut. Im Teilprojekt 3 (Integration von scopeArchiv in die kantonale Systemlandschaft) wurde die Schaffung einer Schnittstelle zum Kantonalen Datenmarkt zur Pflege der Adressdaten spezifiziert und die entsprechenden Realisierungsaufträge erteilt. Die Abnahme der Schnittstelle wird anfangs 2011 erfolgen.

**Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung)** Die „Richtlinien zum Einsatz von Konsul in der kantonalen Verwaltung“ entstanden in enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv. Sie dienen der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verwaltungstätigkeit gegen innen und aussen und

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Headcount (Vollzeitstellen 100 %)	Anz	16.4	15.8	16.1	15.0	16.1
Benützungen	Anz	8'538	9'358	8'490	9'516	8'872 <sup>1</sup>
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	308	312	308	311	351 <sup>2</sup>
Fristerreichung Anfragenbeantwortung innerhalb von 10 Tagen	%	85.0	88.9	89.4	89.1	87.7

#### Kommentar

- 1 Die Anzahl Benützungen widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), Anfragen, Reproduktionen und sonstige Benützungen (Leihgaben, Führungen usw). Veränderung Ist 10 zu Ist 09: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationsvermittlung“.
- 2 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen. Veränderung Ist 10 zu Ist 09: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationssicherung“.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'249.4	2'291.5	2'233.1	-42.2	-1.8
31 Sachaufwand	1'331.2	1'284.1	1'327.3	47.0	3.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.7	0.2	0.0	0.5	241.3
36 Eigene Beiträge	5.0	5.0	5.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'586.3</b>	<b>3'580.9</b>	<b>3'565.4</b>	<b>5.4</b>	<b>0.1</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-262.0	-244.0	-296.7	-18.0	-7.4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-262.0</b>	<b>-244.0</b>	<b>-296.8</b>	<b>-18.0</b>	<b>-7.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'324.2</b>	<b>3'336.9</b>	<b>3'268.6</b>	<b>-12.6</b>	<b>-0.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Staatsarchiv	3'324.2	3'336.9	3'268.6	-12.6	-0.4
5 Ausgaben Investitionen	318.7	0.0	259.8	318.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>318.7</b>	<b>0.0</b>	<b>259.8</b>	<b>318.7</b>	<b>...</b>

tragen zu einer verlässlichen Aktenführung bei, welche die Basis für die rationelle Langzeitarchivierung archivwürdiger Unterlagen im Staatsarchiv darstellt.

Trotz einer vergleichsweise tieferen Anzahl neuer Ablieferungen und einer erneuten Steigerung der Ablieferungsqualität als Folge einer hohen vorarchivischen Präsenz (indirekte Reduktion des nachfolgenden Erschliessungsaufwands) konnten Anzahl und Umfang der unbearbeiteten Ablieferungen nicht gesenkt werden. Die bestehenden personellen Ressourcen sind unter anderem durch die Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Digitalen Langzeitarchivierung und Records Management unzureichend und verunmöglichen einen Abbau des vorhandenen Erschliessungsrückstandes.

Ferner wurden folgende Vorhaben ins Investitionsprogramm aufgenommen: „Ersatz von nicht-archivgerechten Verpackungen bei Urkunden und Aktenbeständen des 13. bis 20. Jahrhunderts“ zur Behebung von gravierenden Defiziten in der Bestandserhaltung und „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“.

**Informationsvermittlung** Das 2009 erarbeitete Kommunikationskonzept wurde durch Leitlinien für die konkrete Umsetzung verfeinert. Diese bilden nun die Basis für die weitere Vermittlungstätigkeit des Staatsarchivs, die in erster Linie der Profilierung der Kernfunktionen dienen soll. Die Kommunikations- und Vermittlungsaktivitäten konnten verstetigt und konsolidiert werden.

Das Archivportal ([www.archivesonline.org](http://www.archivesonline.org)), das von fünf grossen Schweizer Archiven evaluiert wurde und archivübergreifendes Recherchieren in allen angeschlossenen Archiven ermöglicht, wurde am 13. August erfolgreich in Betrieb genommen.

Die Benützungen vor Ort (Lesesaal) haben – möglicherweise als Folge der verstärkten online-Zugänglichkeit der Archivbestände - gegenüber dem Vorjahr abgenommen und lagen nur knapp über

den Zielwerten. Deutlich zugenommen haben erneut die arbeitsintensiveren Anfragen, was sich auch in einem etwas tieferen Fristerreichungsgrad widerspiegelt.

## Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

2010 führte die Archäologische Bodenforschung mit den Rettungsgrabungen im ehemaligen Hafen St. Johann und wegen der Sanierung der Werkleitungen auf dem Münsterhügel wiederum aussergewöhnlich grosse Rettungsgrabungen durch. 2010 erschienen insgesamt drei Publikationen, darunter der Jahresbericht 2008 und der Jahresbericht 2009 in vollständig überarbeiteter Form. Bei der Vermittlungsarbeit wurde ein Schwerpunkt bei der Zielgruppe WissenschaftlerInnen gesetzt.

### Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen

2010 wurden 43 archäologische Untersuchungen, hauptsächlich Rettungsgrabungen unterschiedlichster Grösse und Dauer, neu eingeleitet. 8 Grabungen des Vorjahres wurden 2010 fortgesetzt.

Auf dem Münsterhügel, einer Fundstelle von nationaler Bedeutung, standen mehrere Kleinteams gleichzeitig im Einsatz, um die Rettungsgrabungen wegen der Sanierung der Werkleitungsbauten bewältigen zu können. Dabei konnten zahlreiche wichtige Entdeckungen zu den Anfängen der Stadt Basel gemacht werden. Allein auf dem Martinskirchplatz mussten entlang der Südfassade der Martinskirche 77 Bestattungen geborgen werden. Die Bestattungen datieren sowohl in die Zeit vor als auch nach der Reformation. Kleidungsbestandteile und Nachweise für Sarg- und Tuchbestattungen geben Aufschluss über die Bestattungssitten dieser Zeit. Am Übergang vom Münsterplatz zur Rittergasse kam ein fundreicher frühromischer Keller zum Vorschein. Unmittelbar an der Fassade zur Liegenschaft Münsterplatz 11 stiessen die Grabungsteams auf einen Feuerungskanal eines grösseren römischen Gebäudes. Auf dem Kleinen Münsterplatz wurden mehrere Gruben aus der Zeit des spätkeltischen Oppidums gefasst. Ein gut erhaltener Eichenstamm, vermutlich das Konstruktionselement einer Brücke, wurde 5 Meter tief in der Verfüllung des Keltengrabens an der Rittergasse entdeckt. Die vorgenommene Dendrodatierung ergab ein Datum um 1075 n.Chr. Der Eichenstamm datiert also aus jener Epoche, in der Bischof Burkart von Fenis die mittelalterliche Stadt erstmals mit einer Wehrmauer hatte umgeben lassen.

In der spätkeltischen Fundstelle Basel-Gasfabrik mussten Flächen von rund 9'000 m<sup>2</sup> wegen des Rückbaus des Rheinhafens St. Johann und den damit verbundenen ausgedehnten Bodensanierungen untersucht werden. Ein aussergewöhnliches Fundensemble innerhalb eines Grubenkomplexes machte es im August 2010 aus zeitlichen und konservatorischen Gründen notwendig, einen 9 t schweren Erdblock mit den darin eingebetteten Funden zu bergen. Die dicht in- und übereinander gestapelten Objekte, darunter Gefässe aus Keramik und Metall sowie Waffen und Schmuck, werden nach und nach mit restauratorischer Unterstützung freigelegt, dokumentiert und geborgen. Es handelt sich um die bisher bei weitem umfangreichste Deponierung aus dem Areal der spätlätenezeitlichen Siedlung. Die Arbeiten am Block werden sich noch weit ins Jahr 2011 fortsetzen und versprechen noch viele Überraschungen und herausragende Fundobjekte.

Die Bauarbeiten für ein neues Gebäude auf dem Waisenhausareal führten zur Entdeckung eines frühmittelalterlichen Gräberfeldes. Es gibt neue Hinweise auf die Anfänge von Kleinbasel. Mit seiner

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.1	21.9	20.4	20.5	21.9
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	88	90	90	89	90
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	43	50	39	35	33
Publikationen pro Jahr	Anz	3	2	3	2	3

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'075.0	3'090.4	2'969.9	-15.4	-0.5
31 Sachaufwand	3'973.3	929.6	3'448.9	3'043.7	327.4 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7'048.3</b>	<b>4'020.0</b>	<b>6'418.9</b>	<b>3'028.2</b>	<b>75.3</b>
42 Vermögenserträge	-18.9	0.0	-18.9	-18.9	...
43 Entgelte	-1'431.7	-74.2	-1'354.6	-1'357.5	... <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-203.7	-2.5	-411.8	-201.2	... <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'654.3</b>	<b>-76.7</b>	<b>-1'785.3</b>	<b>-1'577.6</b>	...
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'393.9</b>	<b>3'943.3</b>	<b>4'633.6</b>	<b>1'450.6</b>	<b>36.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Sicherung, Erforschung, Vermittlung des archäologischen Erbes	5'393.9	3'943.3	4'633.6	1'450.6	36.8

#### Kommentar

- 1 Kostenart 318940 Grabungen; Museum der Kulturen: Den Mehrausgaben in Höhe von Tsd.Fr. 136 stehen Mehreinnahmen bei FDK 43 von Tsd.Fr. 85 gegenüber, welche gemäss Abmachung dem BVD in Rechnung gestellt wurden. Werkleitungsbauten Münsterhügel: Den Mehrausgaben in Höhe von Tsd.Fr. 1'254 stehen Mehreinnahmen in derselben Höhe gegenüber (siehe Mehreinnahmen auf FDK 43). Novartis-Areal: Die Mehrausgaben in Höhe von Tsd.Fr. 150 konnten durch Bundessubventionen abgedeckt werden. Grabung Campus Plus Rheinhafen St. Johann: Gem. RRB vom 14.8.2007 Nr. 07/25/67.5 kann das Budget um die Höhe der Grabungskosten überzogen werden. Für das Rechnungsjahr 2010 belaufen sich die Ausgaben auf Tsd.Fr. 1'450. Es wird darauf geachtet, dass der Gesamtkredit gemäss Investitionsprogramm nach Abschluss 2012 eingehalten wird.
- 2 Siehe Mehrausgaben bei Kostenart 318.940 Grabungen
- 3 Siehe Mehrausgaben bei Kostenart 318.940 Grabungen

Datierung ins 5. Jahrhundert n.Chr. gehört das neu entdeckte Gräberfeld zu den ältesten frühmittelalterlichen Friedhöfen in unserer Gegend. Damit lassen sich die Anfänge der dörflichen Vorgängersiedlungen von Kleinbasel deutlich früher ansetzen als bisher angenommen.

**Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen** Der Entscheid, Befunde auf Grabungen nur noch digital zu fotografieren, hat weitreichende Konsequenzen nicht nur bezüglich der Befund- und Funddokumentation, sondern auch bezüglich der Archivierung. Die verschiedenen Sammlungen der Diapositive und der Schwarzweiss- und Farbnegative können nun abgeschlossen werden. Die Langzeitsicherung der digitalen Fotografien wird zukünftig mittels Mikroverfilmung gewährleistet. Neben der adäquaten Ablage der analogen Archivalien und der Vorbereitung für die hybride Mikroverfilmung kommt mit der Kontrolle der Benennung und Ablage der gesamten digitalen Dokumentation einschliesslich Digitalfotos der Grabungen ein neuer Aufgabenbereich bei der Archivierung hinzu. Die Mikroverfilmung von analogen Grabungsdokumentationen betraf im Berichtsjahr den Jahrgang 2007 der Fundstellen im engeren Stadtgebiet und in den Aussenquartieren. Im Ressort Gasfabrik haben die Mitarbeitenden 34 Ordner mit Dokumentationen der Grabungsjahre 1981 bis 2004 (ca. 6'500 Seiten) archivgerecht aufgearbeitet. Anschliessend erfolgte die hybride Mikroverfilmung und die Scans wurden strukturiert abgespeichert. Weiter sind zahlreiche Dias der Grabungsdokumentationen gescannt und mikroverfilmt worden. Im Bereich Fundinventarisierung gelang es nahezu alle Funde der umfangreichen Grabungen im Hof des Museums der Kulturen zu inventarisieren. Im Ressort Gasfabrik konnte die Fundinventarisierung ebenfalls vorangetrieben werden.



### **Vermittlung und zur Verfügung Stellen historischer Erkenntnisse**

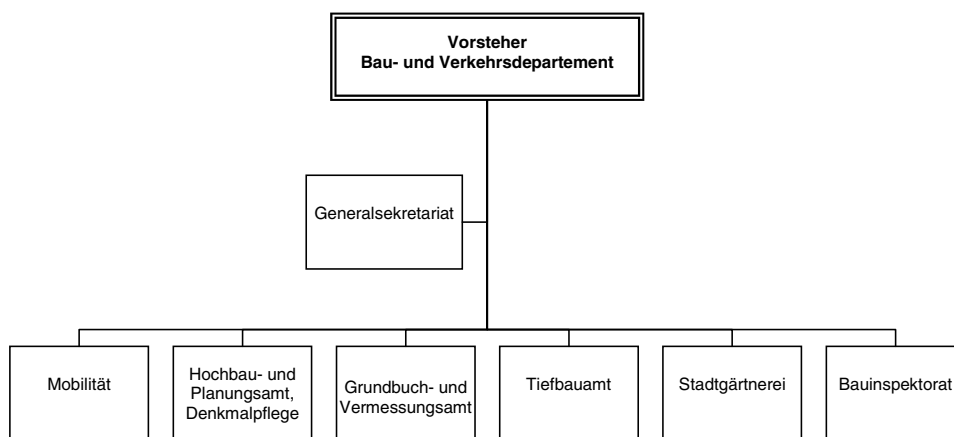
2010 wurde ein Schwerpunkt auf die Forschung gelegt. Sie bildet die Grundlage jeglicher Vermittlungsarbeit. Im September hat der Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds, SNF, das Projekt „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen“ bewilligt. Das interdisziplinäre Auswertungsprojekt dauert vorerst 3 Jahre und wird in Kooperation mit den Universitäten Basel und Mainz durchgeführt. Im Rahmen des vom SNF unterstützten Forschungsprojekts „Keltische Münzen der Schweiz“ wurde der umfangreiche Münzbestand der Fundstelle Basel-Gasfabrik wissenschaftlich bearbeitet. Die Erforschung der frühen Stadtgeschichte wurde mit der an der Universität Bern eingereichten Dissertation „Der Münsterhügel in spätrömischer Zeit“ auf eine ganz neue Grundlage gestellt.

Anlässlich der Werkleitungsgrabungen auf dem Münsterhügel war der goldene Info-Container täglich geöffnet; während des Openair-Kinos war er auch am Abend zugänglich. Die Plakate zur aktuellen Grabung und zum besonderen Fund wurden mehrmals erneuert. Zudem fanden wöchentliche Kurzführungen zu den Ausgrabungen statt. An der Museumsnacht 2010 standen die Funde der Werkleitungs-Grabungen im Zentrum: ArchäologInnen stellten den BesucherInnen der Museumsnacht in 20-minütigen Vorträgen ihren persönlichen Lieblingsfund vor. Die Medienorientierung „Keltische Opferfunde mit Kran geborgen“ stiess auf ein sehr grosses Interesse bei zahlreichen Medien; u.a. brachte SF DRS einen Beitrag in der Hauptausgabe der Tagesschau vom 3. November 2010.

Bei den Publikationen wurde ein besonderer Effort geleistet: Neben dem Materialheft, Bd 21, über den Jüdischen Friedhof unter dem Kollegiengebäude der Universität erschien der 264 Seiten umfassende Jahresbericht 2008 der Archäologischen Bodenforschung. Der Jahresbericht 2009 wurde im November erstmals in einer inhaltlich und gestalterisch überarbeiteten Form publiziert. Neben informativen Beiträgen wie Tätigkeitsbericht und Fundchronik wird der Jahresbericht in Zukunft nur noch jeweils einen kurzen, wissenschaftlich ausgerichteten Aufsatz enthalten. Eine reich bebilderte und im Genre des Wissenschaftsjournalismus aufbereitete Cover Story zu einem speziellen Fund oder Befund des jeweiligen Berichtsjahrs wird in Zukunft das Herzstück des Jahresberichts bilden.

## 6.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	194
BVD-602	Bauinspektorat	197
BVD-614	Stadtgärtnerei	199
BVD-617	Tiefbauamt	202
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	207
BVD-641	Denkmalpflege	210
BVD-651	Hochbau- und Planungsamt	212
BVD-661	Mobilität	216



## Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Informatik, Infrastruktur sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets der Stadtbildkommission, des Submissionsbüros und der Baurekurskommission. Das Submissionsbüro führt die administrativen Abläufe der Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Damit trägt es zu einer wirtschaftlichen Erbringung der Leistungen aller Dienststellen bei. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubehörden in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	2.5 Stadtbild und Baukultur
Baurekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Generalsekretariat	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Personal	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Recht	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Regionalplanungsstelle	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Submissionen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

Zu Beginn des Berichtsjahrs wurde die übergreifende Struktur der Stabs- und Supportabteilungen des Departements neu organisiert. Die einzelnen Fachabteilungen wurden zwei Kompetenzbereichen zugeordnet: *Politik, Recht & Kommunikation* und *Ressourcen und Prozesse*. Durch diese organisatorische Veränderung konnten Kompetenzen gebündelt und Schnittstellen geklärt werden. Die beiden Bereiche setzen sich seit dem 1. Januar 2010 wie folgt zusammen:

Politik, Recht & Kommunikation (Leitung: Generalsekretärin Dr. Caroline Barthe)

- Recht
- Politikvorbereitung
- Kommunikation

Ressourcen und Prozesse (Leitung: Generalsekretär Dr. Marc Zimmermann)

- Strategie & Prozesse
- Finanzen & Controlling
- Personal
- Submissionen
- Informatik
- Zentrale Dienste (Raum & Logistik mit Kundenzentrum)

Die Geschäftsstelle Infrastruktur, vormals Teil der Abteilung Strategie & Prozesse, wurde Ende 2010 dem Tiefbauamt angegliedert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	67.0	63.8	62.9	60.4	43.0
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'995	2'981	2'574	2'832	3'082
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	126	103	129	176	180

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	9'350.0	9'406.0	9'479.3	-56.0	-0.6
31 Sachaufwand	5'992.5	5'535.7	9'273.8	456.8	8.3 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	1.4	0.0	...
36 Eigene Beiträge	89.6	90.0	84.4	-0.4	-0.5
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	322.4	0.0	3'022.0	322.4	... <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>15'754.4</b>	<b>15'031.7</b>	<b>21'860.9</b>	<b>722.7</b>	<b>4.8</b>
42 Vermögenserträge	-12.6	0.0	-48.3	-12.6	...
43 Entgelte	-4'497.3	-3'579.8	-6'689.4	-917.5	-25.6 <sup>3</sup>
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-450.7	0.0	-2'427.7	-450.7	... <sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'960.6</b>	<b>-3'579.8</b>	<b>-9'165.4</b>	<b>-1'380.8</b>	<b>-38.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'793.8</b>	<b>11'451.9</b>	<b>12'695.6</b>	<b>-658.1</b>	<b>-5.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	-44.5	-53.7	-68.4	9.2	17.1
Baurekurskommission	236.4	256.8	242.2	-20.3	-7.9
Generalsekretariat	7'256.8	7'873.4	9'005.4	-616.6	-7.8
Personal	1'530.6	1'538.6	1'641.4	-8.0	-0.5
Recht	1'317.6	1'322.5	1'332.6	-4.9	-0.4
Regionalplanungsstelle	89.6	90.0	84.4	-0.4	-0.5
Submissionen	407.2	424.3	365.2	-17.0	-4.0
5 Ausgaben Investitionen	3'312.3	63'000.0	1'645.0	-59'687.7	-94.7
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-10'500.0	0.0	10'500.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>3'312.3</b>	<b>52'500.0</b>	<b>1'645.0</b>	<b>-49'187.7</b>	<b>-93.7</b>

### Kommentar

- 1 Durch die Harmonisierung der Steuerungsgrössen im Budgetjahr 2007 wurden die Kleininvestitionen des Mehrwertabgabefonds im ordentlichen Unterhalt gebucht. Im Jahre 2010 betragen diese Kleininvestitionen 451'000 Franken. Dieser Betrag wird unter FDK 48 vollumfänglich durch Fondsentnahme kompensiert (Bruttoprinzip gemäss FHG).
- 2 Die Einlage in den Mehrwertabgabefonds entspricht genau dem Betrag, der in FDK-Position 43, Konto 430010 „Einnahmen aus Mehrwertabgaben“ verbucht wurde. Diese vorgeschriebene Verbuchungspraxis (Bruttoprinzip gemäss FHG) wirkt sich in der Staatsrechnung erfolgsneutral aus. Der Fonds wird der Rechnung 2010 als Anhang 280 Spezialfinanzierungen zur Bilanz ausgewiesen. Einnahmen aus Mehrwertabgaben, welche bei Bauten durch Nutzungsänderungen anfallen und erst bei Baubeginn fällig werden, können im Voraus nicht budgetiert werden. Die Fondseinlage erfolgt erst nach effektiven Zahlungseingängen der Abgaben.
- 3 322'000 Franken entsprechen der Gegenposition zur Einlage in den Mehrwertabgabefonds (Siehe FDK 38). Mehreinnahmen von 797'000 Franken welche in FDK-Konto 434.389 verbucht wurden, resultieren aus der Weiterverrechnung von Aufwänden für die Geschäftsstelle Infrastruktur an andere Dienststellen und Dritte gemäss vereinbartem Kostenteil (Bruttoprinzip gemäss FHG). Die Geschäftsstelle Infrastruktur wird im Auftrag des Regierungsrates betrieben. (RRB 07/27/41+41.1 vom 27.08.07) Weitere Mehreinnahmen von 90'000 Franken resultieren aus Projektverrechnungen in den Bereichen Kommunikation und Rechtsberatung, Urteils- und Gerichtsgebühren sowie aus Vergütungen seitens ZPD für Attest- und Lehrstellenoffensive. Mindereinnahmen im Bereich der Weiterverrechnung von Dienstleistungen Finanzen & Controlling an die Dienststellen des BVD in der Höhe von 370'000 Franken. Diese Mindereinnahmen führen bei den Dienststellen des BVD zu Minderausgaben im Sachaufwand. Im Bereich der Stadtbildkommission resultieren Mindereinnahmen von 32'000 Franken aus Gebührenausschreibungen des Bauinspektorates. Höhere Rückerstattungen durch Personalversicherungen z.B. SUVA in der Höhe von 105'000 Franken
- 4 451'000 Franken wurden aus der Spezialfinanzierung Mehrwertabgabefonds entnommen zur Deckung der Kleininvestitionen, die infolge Harmonisierung der Steuerungsgrössen im ordentlichen Unterhalt unter FDK 31 verbucht werden.

## Kommissionen

**Baurekurskommission** Der Bericht der Baurekurskommission befindet sich im Kapitel „Die gesonderten Berichte“.

**Stadtbildkommission** Die Stadtbildkommission hat im Jahr 2010 ca. 800 Bau- und Reklamebegehren sowie bauliche Massnahmen auf Allmend begleitet und beurteilt. Der grösste Teil der Gesuche wurde in den wöchentlichen Sitzungen der Stufe 2 behandelt. Die Stufe 3 hat in acht monatlichen Sitzungen ca. 45 grössere Sachgeschäfte behandelt.

Im Bereich des öffentlichen Raums konnten im Berichtsjahr auf dem Marktplatz die neuen, sehr filigranen und sich gut ins Stadtbild einpassenden Normwartehallen der BVB genehmigt werden. Die neue Gestaltung des Wiesenplatzes wurde in mehreren Sitzungen in der Stadtbildkommission thematisiert. Als weiterer Teil des Beleuchtungskonzeptes „B-leuchtet“ konnte die neue Beleuchtung des Theaterplatzes und des Steinenbergs beurteilt und genehmigt werden.

Im Zusammenhang mit diversen Neubauten wurde die Thematik der Dachnutzung resp. der Dachgestaltung an verschiedenen Objekten thematisiert. In der Schonzone wurden vermehrt Volumenveränderungen in Form von zusätzlichen Aufstockungen oder hofseitigen Anbauten nachgefragt. Dies führte vermehrt zu Klärungsbedarf betreffend Kubus und Massstäblichkeit, die in der Schonzone respektiert werden müssen. Im Bereich der Aussenwärmedämmungen wurde festgestellt, dass die Einreichung von kaum überprüfbareren Unterlagen bei Baugesuchen zunimmt bzw. häufig ohne die notwendige Bewilligung bereits Wärmedämmarbeiten ausgeführt werden. Dies führte zu einem erhöhten Aufwand bei der Bearbeitung für die Stadtbildkommission.

Von den grösseren Bauprojekten wurde im Berichtsjahr die neueste Variante des Hochhauses auf dem Rocheareal beurteilt.

## Submissionen

Im Berichtsjahr wurden 2'995 Aufträge (+0.47 % verglichen mit 2'981 Aufträgen im 2009) vergeben. Dies entspricht einem Gesamtbetrag von Fr. 205'043'793 (-0.22 % verglichen mit dem Gesamtbetrag von Fr. 205'480'784 für das Jahr 2009). 128 Aufträge wurden im Berichtsjahr öffentlich ausgeschrieben (-18.99% verglichen mit 158 öffentlichen Ausschreibungen im Jahr 2009).

Vier neue Rekurse sind im Berichtsjahr eingegangen. Ein Rekurs wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, auf einen Fall wurde nicht eingetreten und zwei sind pendent. Ein Rekurs aus dem Jahre 2009 wurde 2010 vom Verwaltungsgericht abgewiesen, weitere zwei Rekurse wurden zurückgezogen.

Zu Beginn des Jahres 2010 wurde die Internet-Plattform für öffentliche Beschaffungen der Schweiz (simap.ch) offizielles Publikationsorgan für Ausschreibungen im Staatsvertragsbereich. Sie ersetzt seither das Schweizerische Handelsamtsblatt (SHAB) in diesem Bereich. Im Juli 2010 erfuhr das Submissionswesen mit der Senkung der Schwellenwerte für Ausschreibungen im Staatsvertragsbereich eine weitere entscheidende Veränderung. Ausserdem wurde im Jahr 2010 im Kanton Basel-Stadt die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Vergabe von Aufträgen an Anbietende, die sich für die Ausbildung von Lernenden engagieren.

## Bauinspektorat

BVD-602

Das Bauinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und die Sicherstellung eines koordinierten Entscheides sicher. Es vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission. Im Fall der Bewilligung zur Führung eines Gastgewerbebetriebes prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers oder der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung. Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung erfolgen die Überwachung der Bau- und Betriebsführung und die Sanktionierung allfälliger Verstösse. Schliesslich geht das Bauinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bau- und Betriebssicherheit	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

## Tätigkeiten und Projekte

Seit dem 17. März 2010 ist gesetzlich festgeschrieben, dass die Bewilligungsbehörde innerhalb eines Monats nach Erhalt der vollständigen und korrekten Unterlagen über das Gesuch bezüglich der Führung eines dem Gastgewerbegesetz unterstellten Betriebs entscheidet. Seit der Inkraftsetzung dieser neuen Bestimmung konnte das Bauinspektorat in 100% aller Fälle diese neue gesetzlich verankerte Frist einhalten.

Am 1. April respektive am 1. Mai 2010 traten die Bestimmungen zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft. Mit dem Vollzug dieser Bestimmungen hat das Bauinspektorat ein vollkommen neues Tätigkeitsfeld übernommen. Der Vollzug erfordert Kontrollen von Restaurationsbetrieben in Bezug auf die Einhaltung des Rauchverbots, sowie die dazugehörigen Sanktionierungen bei Verstössen. Im Berichtsjahr stand im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen die Beratung von Betrieben, die Bearbeitung von Medienanfragen und parlamentarischen Geschäften sowie die Betreuung von Bürgeranliegen im Vordergrund.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.2	22.1	21.3	16.1	17.2
Eingegangene Begehren	Fälle	2'669	3'181	3'761	1'627	1'475 <sup>1</sup>
Abgewiesene Entscheide	Fälle	63	77	87	91	81
Bewilligte Begehren innert gesetzlicher Frist von 3 Monaten	%	90	94	93	94	92

**Kommentar**

1 Von diesen 2'669 Fällen sind 1'434 Baubegehren und 1'235 Begehren aus dem Ressort Betriebsbewilligungen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'071.9	3'016.6	2'980.8	55.3	1.8
31 Sachaufwand	2'304.9	2'524.6	2'561.5	-219.7	-8.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8.1	35.0	76.0	-26.9	-76.7
36 Eigene Beiträge	40.0	40.0	40.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>5'424.9</b>	<b>5'616.2</b>	<b>5'658.3</b>	<b>-191.3</b>	<b>-3.4</b>
42 Vermögenserträge	-0.6	0.0	-0.3	-0.6	...
43 Entgelte	-4'461.8	-5'227.1	-4'759.8	765.3	14.6 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'462.4</b>	<b>-5'227.1</b>	<b>-4'760.1</b>	<b>764.7</b>	<b>14.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>962.6</b>	<b>389.1</b>	<b>898.2</b>	<b>573.5</b>	<b>147.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bau- und Betriebssicherheit	962.6	389.1	898.2	573.5	147.4

**Kommentar**

1 Tiefere Gebühreneinnahmen aufgrund von weniger Baugesuchen mit hohen Baukosten und dem Wegfall der Gebühren für Lotto- und Tombolabewilligungen (Umwandlung in ein kostenloses Meldeverfahren gem. RRB 10/09/36 vom 23.03.2010).

## Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des gesamten öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (v.a. Freizeitgärten, Kinderspielplätze, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie die Voraussetzungen

- für Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, für Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- für Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- für ein günstiges Stadtklima sowie
- für die individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, welches umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und sind Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Sportstätten und Freibäder, Fließgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind ebenso wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums, sie liegen jedoch nicht in der Verantwortung der Stadtgärtnerei.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stadtgrün	2.3 Öffentlicher Raum

## Tätigkeiten und Projekte

### Stadtgrün

Ende 2010 wurde der Erlenmattpark mit 176 Bäumen bepflanzt und kann sich somit nun zur grünen Lunge im Kleinbasel entwickeln. Mit der Bepflanzung wurden die Abschlussarbeiten der ersten Baustufe des 'Erlenmattparks' und der Grünfläche 'im Triangel' eingeläutet. Die Baumbilanz für das gesamte Stadtgebiet zeigt im Berichtsjahr ein Plus von 100 Bäumen.

Die Voltamatte soll als letztes Projekt im Rahmen des Baus der Nordtangente zu einem vielfältig nutzbaren Quartierpark aufgewertet werden. Der Grosse Rat hat im Berichtsjahr einem Begehren für einen Baukredit zur Neugestaltung der Voltamatte und des Quartierspielplatzes der Robi-Spielaktion zugestimmt. Im Herbst konnte die öffentliche Planaufgabe im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens sowie die Publikation der Verkehrsordnung zur Veloverbindung am Ostrand der Voltamatte gestartet werden. Das Bau- und Verkehrsdepartement möchte, vorbehaltlich der Erteilung der Baubewilligung, mit den Bauarbeiten im Winter 2011 beginnen. Die Fertigstellung der Voltamatte und des Quartierspielplatzes der Robi-Spielaktionen ist für das Frühjahr 2012 vorgesehen.

Für eine Teilumgestaltung des St. Johannis-Parks konnte dem Grossen Rat ein Kreditbegehren unterbreitet werden. Für den Bau eines Pavillons hatte der Regierungsrat zuvor dem Zuschuss eines Beitrags von Fr. 2 Millionen aus dem Anteil der Einwohnergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung zugestimmt. Nachdem das Parlament dem Projekt noch im Berichtsjahr zugestimmt hat, kann mit einer Realisierung des Projekts im Frühjahr 2011 gerechnet werden.

Unter den interessierten Augen der kleinen und grossen Parkbesucherinnen und Parkbesucher konnten im Sommer des Berichtsjahrs im Kannenfeldpark drei neue Spielinseln zum schaukeln, rutschen und plantschen offiziell eröffnet und eingeweiht werden.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	190.1	182.7	184.7	187.6	185.7
Baumpflanzungen	Anz	416	330	447	570	588 <sup>1</sup>
Baumfällungen	Anz	232	193	257	247	387
Todesfälle	Anz	1'692	2'457	1'919	2'228	2'004
Kremationen	Anz	4'204	4'226	4'125	3'680	3'826

#### Kommentar

1 Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse können zu vermehrten Fällungen führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei je ca. 300 Bäume. Der Baumsaldo ist auf jeden Fall positiv. Im Jahr 2006 war die Anzahl gepflanzter Bäume ausserordentlich hoch, weil sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen anfielen (z.B. Aeschengraben, Albananlage, Kannenfeldpark, Schützenmattpark, Dreirosenanlage).

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	22'123.7	21'878.3	21'326.1	245.4	1.1
31 Sachaufwand	12'452.1	12'193.3	17'166.5	258.8	2.1
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	17.0	32.5	80.6	-15.5	-47.8
36 Eigene Beiträge	628.6	612.0	566.3	16.6	2.7
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	25.4	20.0	0.0	5.4	27.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>35'246.8</b>	<b>34'736.1</b>	<b>39'139.5</b>	<b>510.6</b>	<b>1.5</b>
42 Vermögenserträge	-1'490.1	-1'708.5	-1'527.1	218.4	12.8 <sup>1</sup>
43 Entgelte	-10'719.1	-11'461.3	-15'929.9	742.2	6.5 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-80.2	-85.0	-90.8	4.8	5.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-12'289.4</b>	<b>-13'254.8</b>	<b>-17'547.7</b>	<b>965.4</b>	<b>7.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>22'957.4</b>	<b>21'481.3</b>	<b>21'591.9</b>	<b>1'476.0</b>	<b>6.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Stadtgrün	22'957.4	21'481.3	21'591.9	1'476.0	6.9
5 Ausgaben Investitionen	4'069.4	0.0	4'074.5	4'069.4	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>4'069.4</b>	<b>0.0</b>	<b>4'074.5</b>	<b>4'069.4</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

1 Durch den Wegfall der Verzinsung von Festgeldanlagen durch die Banken resultiert ein Minderertrag von 0.2 Mio. Franken.

2 Im Bereich der Grabbesorgungen ergaben sich Mindereinnahmen von rund 1.1 Mio. Franken aufgrund eines Rückgangs von Grabpflegeaufträgen. Diese resultierten aufgrund der unerwartet hohen Nachfrage nach Bestattungsmöglichkeiten ohne verrechenbare Grabpflege (Gemeinschaftsgrab, Wiesengräber, Urnennischen) und Beisetzungen ausserhalb der Basler Friedhöfe. Zeitgleich wurde auf dem Friedhof am Hörnli ein grösseres Grabfeld aufgehoben. Weitere Mindererträge von ca. 0.5 Mio. Franken ergaben sich durch nicht bezogene MWA-Entwicklungsbeiträge. Entwicklungsleistungen wurden stattdessen an externe Firmen abgegeben und dem MWA direkt belastet. Dieser Einnahmeausfall konnte teilweise durch den grossen Verkauf von Baumsubstraten sowie unerwarteter nicht budgetierter Aufträge in der Höhe von 880'000 Franken kompensiert werden.

Im Berichtsjahr, welches zugleich UNO-Jahr der Biodiversität war, richtete die Stadtgärtnerei ein besonderes Augenmerk auf die Natur in der Stadt. Von Frühling bis Herbst 2010 wiesen 40 Informationstafeln an diversen Standorten auf die vielfältigen Naturaspekte im Stadtkanton hin.

Die Stadtgärtnerei will sich zu einem ökologischen Vorzeigebetrieb entwickeln und prüft in diesem Zusammenhang die Zertifizierung zum Bio-Betrieb. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für diesen Schritt weiter vorangetrieben.

Für den Vollzug der Sanierung und Aufwertung der Familiengarten-Areale Nagelfluh bzw. Gundelinden/Fritz Hauser-Strasse konnte im Berichtsjahr die Freigabe von gebundenen Ausgaben erreicht werden. Die genannten Areale sollen in den kommenden Jahren erneuert und aufgewertet werden.

Die Sanierung und der Umbau des „Totenhüsli“, der ehemaligen Friedhofskapelle im Elisabethenpark, wurden im Berichtsjahr in Angriff genommen. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird ein Pächter den Betrieb aufnehmen und den Elisabethenpark durch ein gastronomisches Angebot ergänzen.

Im Ackermätteli und Giessliweg hat eine Anwohneranhörung zur Entwicklung der Grün- und Freiräume stattgefunden. Gemeinsam mit dem Präsidentsdepartement wurde das Projekt „7m<sup>3</sup>“ ausgewählt. Im Rahmen dieses Projekts werden punktuell Interventionen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raums vorgenommen.

Mit dem Ziel, eine abgestimmte Planungsgrundlage für laufende und künftige Entwicklungen im Bereich des Unterlaufs der Wiese zu schaffen, wurde im Berichtsjahr eine Testplanung durchgeführt. Im Zuge dieser Testplanung wurde u.a. das Potential der Wieselandschaft als öffentlichem Freiraum ausgelotet.

Für die Entwicklung und Sanierung des Margarethenparks wurde das Parkpflegewerk als Grundlage für die nachfolgenden Entwicklungsmassnahmen fertig gestellt.

Zur Sicherung, Pflege und Entwicklung des schützenswerten Naturobjekte wurde im Berichtsjahr die Erarbeitung des kantonalen Inventars weiter vorangetrieben.

**Bestattungen** Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die organisatorische Zusammenführung des gesamten Bestattungsprozesses in einem Amt beschlossen. Ab Beginn 2011 wird es neu eine dem Bau- und Verkehrsdepartement unterstellte Kompetenz- und Ansprechstelle für Angehörige im Todesfall geben. Diese befindet sich am Sitz des Zivilstandesamts an der Rittergasse 11. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Massnahmen wurden im Berichtsjahr abgeschlossen.

Bereits zum 15. Mal zeichnete die Friedhofskommission des Kantons Basel-Stadt handwerklich und künstlerisch beispielhafte Grabzeichen aus. Der jährlich verliehene Preis will auf individuell gestaltete Grabsteine aufmerksam machen die allgemeine Qualität der Grabmalkultur fördern sowie der überhand nehmenden Massenproduktion entgegenwirken.

Im Sommer 2010 haben die Bauarbeiten für die neue Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof am Hörnli begonnen. Mit den durch den Grossen Rat bewilligten Mitteln konnte bis Ende 2010 ein neues zeitgemässes Gemeinschaftsgrab auf dem Hörnli erstellt werden.

Die Erarbeitung eines Konzepts zur Gesamterneuerung / Sanierung des Friedhofsdenkmals musste aus Kostengründen zurückgestellt werden.

## Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasseranlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und z.T. Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Allmendverwaltung koordiniert als Leitbehörde alle Allmendnutzungsgesuche. Als kundenfreundliche Anlaufstelle sorgt sie für einen transparenten Bewilligungsprozess.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht im Einsammeln und umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums.

Die Regiebetriebe des Tiefbauamts warten die kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons, sie bauen und unterhalten öffentliche Infrastrukturen wie Kinderspielflächen, Turnhallen, Parkbänke und bewirtschaften die Stadtbeflaggung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allmendnutzung	2.3 Öffentlicher Raum
Sauberkeit	2.3 Öffentlicher Raum
Regiebetriebe	9.4 Bau und Unterhalt
Tiefbaudienste	9.4 Bau und Unterhalt

## Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr wurden die dringend notwendigen Arbeiten zur Modernisierung der Standorte der betrieblichen Einheiten des Tiefbauamts weiter vorangetrieben. Die betroffenen Einheiten Allmendverwaltung, Regiebetriebe und Stadtreinigung sind heute mehrheitlich in Liegenschaften untergebracht, die den Ansprüchen an moderne Produktionsstätten nicht mehr genügen. Im Zuge der geplanten Modernisierung soll die Lastwagen-Montagehalle der Regiebetriebe an der Brüssel-Strasse neu gebaut, die heute auf vier Standorte verteilte Markierungs- und Signalisationsabteilung der Allmendverwaltung im umgebauten Brückenkopf Breite konzentriert und das neue Magazinkonzept der Stadtreinigung mit dem Um- bzw. Ausbau von drei bestehenden Standorten umgesetzt werden. Zu Handen des Grossen Rats wurden im Budgetjahr entsprechende Kreditanträge erarbeitet.

Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurden auf Ende 2010 die beiden Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt der Regiebetriebe des Tiefbauamtes geschlossen. Aufträge für Schreiner- und Storenunterhaltsarbeiten des Kantons werden künftig an private Gewerbebetriebe vergeben. Von den sechs betroffenen Mitarbeitenden konnte für fünf eine neue Stelle innerhalb der Verwaltung gefunden werden, ein Mitarbeiter wurde frühpensioniert.

## Allmendnutzung

Das Ressort Baulinien und Landerwerb wurde per 1. Januar 2010 der Allmendverwaltung des Tiefbauamtes angegliedert und damit das Aufgabengebiet der Allmendverwaltung massgeblich erweitert. Neu eingeführt wurde im Zuge dieser Massnahme die Möglichkeit, Planaufgaben im Internet und im Kundenzentrum des Bau- und Verkehrsdepartements am Münsterplatz 11 einzusehen.

Für die Digitalisierung des Markierungs- und Signalisationskatasters wurde zu Handen des Grossen Rats ein Kreditbegehren erarbeitet. Das Bau- und Verkehrsdepartement führt heute einen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	405.1	422.7	294.0	297.1	315.3
Nutzungseinschränkungen wegen Baustellen auf Allmend	Anz	9	12	10	30	68
Bewilligungspflichtige Grossanlässe	Anz	34	23	21	25	25
Grundberührungen von Schiffen	Anz	0	0	0	0	0
Wischgutmenge	t	5'005	5'050	4'697	5'662	6'000

**Kommentar**

- 1 Der Transfer der Abteilung Lichtsignalanlagen in das Amt für Mobilität und die Schliessung der Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt führten zur Abnahme des Headcount im Ist 2010.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	47'364.9	49'206.1	48'015.0	-1'841.2	-3.7
31 Sachaufwand	29'700.7	30'426.9	32'586.8	-726.2	-2.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-5.2	40.0	63.9	-45.2	-113.0
36 Eigene Beiträge	0.0	2.0	0.0	-2.0	-100.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>77'060.4</b>	<b>79'675.0</b>	<b>80'665.7</b>	<b>-2'614.6</b>	<b>-3.3</b>
42 Vermögenserträge	-421.9	-475.0	-553.6	53.1	11.2
43 Entgelte	-59'206.3	-54'226.2	-58'665.6	-4'980.0	-9.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-6'324.1	-5'933.5	-6'209.2	-390.6	-6.6
<b>4 Ertrag</b>	<b>-65'952.2</b>	<b>-60'634.7</b>	<b>-65'428.3</b>	<b>-5'317.5</b>	<b>-8.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>11'108.2</b>	<b>19'040.2</b>	<b>15'237.4</b>	<b>-7'932.0</b>	<b>-41.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allmendnutzung	-5'047.2	-2'389.6	-2'082.1	-2'657.6	-111.2
Abfallbewirtschaftung	-1'285.2	-994.0	-314.6	-291.3	-29.3
Sauberkeit	20'684.2	22'239.4	20'742.5	-1'555.2	-7.0
Regiebetriebe	4'290.4	6'471.0	5'441.5	-2'180.7	-33.7
Tiefbaudienste	-7'533.8	-6'286.6	-8'549.9	-1'247.3	-19.8
5 Ausgaben Investitionen	64'861.9	0.0	71'527.8	64'861.9	...
6 Einnahmen Investitionen	-13'731.3	0.0	-28'542.9	-13'731.3	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>51'130.6</b>	<b>0.0</b>	<b>42'984.9</b>	<b>51'130.6</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen (LSA) per 1.6.2010 vom Tiefbauamt (Allmendverwaltung) zur Dienststelle Mobilität (Buchungskreis 6610, Verkehrssteuerung) werden die entsprechenden Budgetmittel im Personalaufwand um rund 400'000 Franken unterschritten. Aufgrund der Umstrukturierung innerhalb der Regiebetriebe, im Speziellen die Schliessung der Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt, konnten bestehende Vakanzen aufgrund des Facharbeitermangels auf dem Markt nur teilweise besetzt werden. Dies führte zu einem Minderaufwand von rund 600'000 Franken. Minderaufwand von 600'000 Franken infolge noch vakanter Stellen im gesamten Tiefbauamt, die aus mangelndem Angebot an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden konnten. Differenz zwischen Rechnung und Budget 2010 aufgrund Belastung der Dienststellen im Zusammenhang mit der Korrektur von Familien- und Unterhaltszulagen von 167'409 Franken.
- 2 Der Minderaufwand von 800'000 Franken im Bereich des Einkaufs von Energie zum Verkauf begründet sich mit den tieferen Einkaufspreisen für Erdölprodukte und die Schliessung der Tankanlage (siehe FDK 43). Aus der Schliessung der Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt resultierte ein Minderaufwand beim Materialeinkauf und Bezug von Dienstleistungen von rund 300'000 Franken. Die Erhöhung des Auftragsvolumens in den Bereichen der Kommunalfahrzeuge (einmalige Grossaufträge) und Kommunalservices (zusätzliche Aufträge im Bereich Spielplatzbau und -Kontrolle) führte zu Mehraufwand beim Materialeinkauf von rund 450'000 Franken. Der Sachaufwand reduziert sich aufgrund der unter FDK 30 erwähnten Verschiebung von Aufgaben der Lichtsignalanlagen zur Dienststelle Mobilität um 800'000 Franken. Mehraufwand von 270'000 Franken (Einzelposten) im Bereich des Kosten- und Gebührenerlasses bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund gemäss RRB Nr. 10/12/56.1 vom 20. April 2010. 250'000 Franken Mehraufwand aus Materialeinkauf für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen die an das Amt für Mobilität weiterverrechnet wurden (siehe FDK 43). Im Bereich der Ingenieurvermessung resultiert aus zusätzlichen Aufträgen mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Bund ein Mehraufwand von 200'000 Franken, der an Bund und Kanton Basel-Stadt weiterverrechnet werden konnte (siehe FDK 43).

- 3 2.2 Mio. Franken Mehreinnahmen aus Erlös Landverkauf ProVolta. Das erwähnte Geschäft konnte erst verbucht werden, nachdem der für die Expropriationen zu verrechnende Anteil an diesem Landbereinigungsgeschäft bekannt war. Mindereinnahmen im Bereich der Plakatierung auf Allmend aufgrund der Wirtschaftslage von 500'000 Franken. Mehreinnahmen von 250'000 Franken aus Weiterverrechnung von Baudienstleistungen und Materialeinkauf an das Amt für Mobilität im Bereich der Erneuerung von Lichtsignalanlagen (siehe FDK 31). Gemäss Empfehlung der Finanzkontrolle mussten die Einnahmen von rund 185'000 Franken aus dem Verkauf von Fahrzeugen (i.d.R. Eintausch beim Kauf von Neufahrzeugen) sowie die Entschädigung der Versicherung für einen Schadenfall von 115'000 Franken in die laufende Rechnung umgebucht werden, was zu Mehreinnahmen von 300'000 Franken beim Ertrag der Kommunalfahrzeuge führt. Ein hohes Auftragsvolumen in den Bereichen Kommunalfahrzeuge (einmalige Grossaufträge) und Kommunalservices (zusätzliche Aufträge im Bereich Spielplatzbau und -Kontrolle) der Regiebetriebe führte zu Mehreinnahmen von 1.5 Mio. Franken. Mindereinnahmen aufgrund der Auftragsrückgänge in den Abteilungen Schreinerei und Storenunterhalt der Regiebetriebe von 400'000 Franken. Mindereinnahmen von 560'000 Franken entstanden aus dem Verkauf von Treibstoff im Bereich der Regiebetriebe (siehe FDK 31). Mehreinnahmen von 450'000 Franken aus Rückerstattung von Personalversicherungen aus diversen Bereichen des Tiefbauamtes. Mehreinnahmen aus der Kantine der Abfallsammlung von 140'000 Franken. Mehreinnahmen 360'000 Franken im Bereich der Rückvergütungen für die Sammelware Papier/Karton. Mehreinnahmen im Bereich der Stadtentwässerung aus Erschliessungsgebühren und Abwassergebühren (Einzelposten) von gesamthaft 1.1 Mio. Franken. Mindereinnahmen im Bereich der Nationalstrassen für Bauherrenleistungen infolge Projektverzögerungen von 140'000 Franken. Im Bereich der Ingenieurvermessung resultieren aus zusätzlichen Aufträgen mit dem Kanton Basel-Stadt und dem Bund Mehreinnahmen von 200'000 Franken (siehe FDK 31).
- 4 Der effektive Ertrag aus Benzinzoll (Zuweisung von ASTRA Bern) ist um 90'000 Franken höher als zum Zeitpunkt der Budgetierung ausgefallen. Mehreinnahmen im Bereich des betrieblichen Strassenunterhalts und des Wasserbaus von 210'000 Franken aus Beiträgen des Bundes. Mehreinnahmen aus projektbezogenen Beiträgen des Bundes für Hauptstrassen von 100'000 Franken.

Markierungs- und Signalisationskataster auf physischer Plangrundlage (Papier). Mit der Digitalisierung des Planwerks können massgebliche Effizienzgewinne bei der Nutzung der Plangrundlagen erzielt werden. Mit der noch im Berichtsjahr erfolgten Zustimmung durch den Grossen Rat wurde in der Folge die Umsetzung lanciert.

Für eine Totalrevision des Allmendgesetzes wurden die Arbeiten im Berichtsjahr vorangetrieben. Eine erste departementsinterne Bedürfnisabklärung diente als Grundlage für einen ersten Entwurf. Im Jahr 2011 sind verwaltungsinterne- und externe Vernehmlassungen vorgesehen.

## Sauberkeit

**Abfallsammlung** Die Stadtreinigung des Tiefbauamts hat im Jahr 2010 auf dem Erlenmatt-Areal als Pilotversuch eine erste Unterflursammelstelle für Hauskehrichtabfälle in der Stadt Basel in Betrieb genommen. Die Auswertung des Versuchs nach rund einem Jahr und eine Anwohnerbefragung werden als Grundlage dienen für den Entscheid über das weitere Vorgehen.

Der Pilotversuch zur Gratis-Sperrgutabfuhr wurde im Berichtsjahr, in enger Abstimmung mit dem Amt für Umwelt und Energie, fortgeführt und auf Ende 2010 beendet. Auf Basis der Auswertung wurde entschieden, ab 2011 eine neue Lösung für die Abfuhr von Sperrgut einzuführen (Sperrgutvignetten und Abfuhr mit dem Hausmüll statt gesonderte Gratisabfuhr).

**Stadtreinigung** Die Stadtreinigung des Tiefbauamts ist seit dem 1. Juli 2010 um die Gruppe Spray-Ex ergänzt worden (vormals Regiebetriebe). Die neue Organisationseinheit, bestehend aus hauptsächlich ausgebildeten Malerfachkräften, ist dafür zuständig, Sprayschäden (Verschmierungen) auf Verwaltungsvermögen (Schulhäuser, Brücken, Museen, usw.) rasch zu entfernen. Mit dieser neuen operativen Einheit und der neu strukturierten Sauberkeitshotline (ehemals Abfallhotline), sowie die Zusammenarbeit mit dem Malermeisterverband (Spray-Out), soll durch schnelles Reinigen (innerhalb 48h im Innenstadtbereich) der Sauberkeitsgrad der Stadt erhöht werden.

## Tiefbaudienste

**Gewässer** Mit dem Baubeginn für die Revitalisierung des „Alten Tychs“, als Teil der Umsetzung der vom Grossen Rat geforderten „Wiese-Initiative“ in den Langen Erlen, konnte die ökologische Aufwertung dieses Gewässers im Budgetjahr gestartet werden.

Die Vorbereitungs- und Bauarbeiten für die Instandsetzung der Niederwasserrinne im Birsigtunnel (Abschnitt Marktplatz bis Fischmarkt) wurden im Herbst des Berichtsjahrs aufgenommen. Sie werden voraussichtlich - abhängig von der Wasserführung von Birsig und Rhein - bis Frühjahr 2011 dauern.

Für die im Herbst 2009 eingereichte Initiative «Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel», wonach der Birsig im Bereich des heutigen Birsigparkplatzes ausgedolt und zu einer grünen Erholungszone umgestaltet werden soll, wurde im Berichtsjahr zu Händen des Grossen Rats ein Gegenvorschlag ausgearbeitet. Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 12. Januar 2011 dem Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Volksinitiative betreffend „Öffnung des Birsig – eine Rivietta für Basel“ zugestimmt. Die Initiative wurde in der Folge zurückgezogen.

Am neugestalteten Kleinbasler Rheinufer sollen die Spundwände im Abschnitt Rampe Leuengasse bis Ueli-Fähre verkleidet und damit die Uferpartie verschönert werden. Die Bauarbeiten hierzu wurden im Berichtsjahr in Angriff genommen und werden - sofern es die Witterung zulässt - Ende Februar 2011 abgeschlossen sein. Im Herbst 2010 konnte zudem die bauliche Umgestaltung der vierten und letzten Etappe der Umgestaltung des Rheinufers im Abschnitt Klingentalfähre bis Mittlere Brücke gestartet werden. Im April 2011 werden diese Arbeiten abgeschlossen.

**Abwasseranlagen** Die vorgesehenen Massnahmen gemäss Investitionsbudget 2010 konnten zum überwiegenden Teil planmässig realisiert werden. Der Globalkredit für die Kanalerhaltungsmassnahmen wurde mit ca. Fr. 8.3 Mio umfänglich ausgeschöpft. Unter Berücksichtigung der Sondermassnahmen im Zusammenhang mit dem Generellen Entwässerungskonzept Novartis Campus wurde im Jahr 2010 ein aussergewöhnlich grosses Bauvolumen von insgesamt ca. Fr. 14 Mio realisiert.

Um die zukünftigen städtebaulichen Entwicklungen im Novartisareal möglich zu machen, wurden in Abstimmung mit den Vertragspartnern die Massnahmen zur Verlegung der öffentlichen Kanalisation um fast ein Jahr erfolgreich beschleunigt. Der wesentliche Teil der Mittel wurde durch die Umlegung des Allschwilerbachs gebunden (Fr. 5.6 Mio). Für April 2011 wird die Inbetriebnahme dieses Grosskanals erwartet.

Ende 2010 wurden die Vertragsverhandlungen mit der Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSWN) über den Betrieb der Entwässerungsanlagen im Bereich des Autobahnperimeters erfolgreich zu Ende gebracht. Sofern NSNW dem Vertragsentwurf nach Abstimmung mit ASTRA auch formell zustimmt, sind hiermit die Zusammenarbeit und die Vergütung der Leistungen für die Zukunft umfassend und beispielgebend für die anderen Kantone geregelt.

Die Zahl der Kanalisationsbewilligungen hat in 2010 geringfügig abgenommen (Total 652). Entsprechend wurde auch das Budget für die Sanierungen von Hausanschlüssen nicht voll ausgeschöpft (Fr. 0.8 Mio). Ein langjähriger Trend lässt sich hieraus jedoch nicht ableiten.

Die personelle und technische Integration der Mitarbeitergruppe für den Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Sanitäranlagen Basel-Stadt und für die Reinigung der Strassenentwässerungsanlagen (Saugfahrzeug) wurde im Laufe des zurückliegenden Jahres abgeschlossen.

An der Kleinbasler Rheinuferpromenade wurden insgesamt vier neue WC-Container aufgestellt, die den Besucherinnen und Besuchern der Rheinuferpromenade während der Sommersaison kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden.

**Strassen** Das beliebte sogenannte „Steinplätzli“, ein Spielplatz an der Kreuzung Isteinerstrasse/Sperrstrasse im Kleinbasel, konnte im Herbst des Berichtsjahrs nach verschiedenen baulichen Massnahmen offiziell eingeweiht werden. Dieser Kleinspielplatz ist ein seit Jahren verfolgter, ausdrücklicher Wunsch der Kinder und Jugendlichen insbesondere aus der direkten Nachbarschaft.

Die verschiedenen Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein („Tram 8 – grenzenlos“) schritten auch im Jahr 2010 zügig voran. Die Gleisbau- und Strassenbelagsarbeiten in der Kleinhünigeranlage wurden weitgehend abgeschlossen (einzig die Tramhaltestellen müssen noch fertig gebaut werden). Im Bereich der Gärtnerstrassenbrücke wurde der Leitungstunnel unter der Wiese fertig gestellt. Der Abbruch der Gärtnerstrassenbrücke wurde vorbereitet, die Ausführung erfolgt Anfang 2011. Eine Fachjury unter Beizug der Quartierbevölkerung hat zudem aus vier Vorschlägen für eine neue Brücke das Projekt „Primavera“ ausgewählt. Auf deutscher

Seite hat der Gemeinderat der Stadt Weil am Rhein im Berichtsjahr die letzten rechtlichen Hindernisse für das Projekt aus dem Weg geräumt, wodurch der Bebauungsplan «Verlängerung Tramlinie 8» in Weil am Rhein nun definitiv ist.

Der Abbruch des Rheinhafens St. Johann wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Ende 2011 sollen die Bodensanierungsarbeiten abgeschlossen und der Rheinhafen St. Johann zugunsten der neuen Nutzung verschwunden sein.

Nach Abschluss der Instandsetzung des Heuwaage-Viadukts im Sommer des Berichtsjahrs wurden zusätzlich die vom Grossen Rat bewilligten Massnahmen wie die Erstellung zweier oberirdischer Fussgängerübergänge über den Steinengraben (mit Lichtsignalanlagen im Bereich Kanonengasse und Leonhardsstrasse), sowie Belagsarbeiten im Bereich des Steinengrabens abgeschlossen.

Nach umfassenden Vorbereitungsarbeiten konnte im Herbst 2010 mit der ersten Bauetappe der Erneuerung des Spalenbergs und Umgebung begonnen werden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Geschäfte am Spalenberg, der Anwohnerschaft und der Verwaltung hat zuvor einvernehmlich den Terminplan für die einzelnen Bauetappen verabschiedet.

Für den Neubau des so genannten „Birkopfstegs“ wurde im Berichtsjahr zu Handen des Grossen Rats eine Kreditvorlage ausgearbeitet. Die Finanzierung erfolgt durch die Kantone Basel-Stadt, Baselland und die Gemeinde Birsfelden. Ein Preisgericht, welches partnerschaftlich aus Vertretungen der genannten Gebietskörperschaften zusammengesetzt war, hat sich zuvor für das Siegerprojekt entschieden. Mit der Zustimmung zur Kreditvorlage durch alle beteiligten Parlamente können die Bauarbeiten im Sommer 2011 beginnen, so dass der neue Steg vor der Sommersaison 2012 betriebsbereit sein wird.

Dem Grossen Rat wurde ein Kreditbegehren für den Bau eines neuen Fussgängerstegs an der zweiten, neuen SBB-Eisenbahnbrücke über den Rhein unterbreitet. Die Inbetriebnahme des neuen Fussgängerstegs ist für Frühjahr 2013 vorgesehen, die Bauarbeiten beginnen nach Erstellung des Rohbaus der neuen SBB-Brücke ab 2012. Das Parlament hat noch im Berichtsjahr dem Kreditbegehren zugestimmt.

Die Verbindungsstrasse „Auf der Lyss“ zwischen Schützengraben und Leonhardsgraben wurde - auch im Zusammenhang mit Baumersatzmassnahmen - umgestaltet. Mit der Umgestaltung konnte die Strasse aufgewertet und die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Auf dem Münsterhügel wurde im Berichtsjahr die zweite Bauetappe in Angriff genommen. Trotz komplexen Verhältnissen mit mehrfachen Unterbrechungen aufgrund der Vielzahl von Veranstaltungen konnten die Werkleitungsarbeiten auf dem Münsterplatz termingerecht abgeschlossen und die Pflasterungsarbeiten zur Neugestaltung der Oberfläche begonnen werden. Infolge aufwändiger archäologischer Untersuchungen und der Dokumentationen von Funden kommt es bei den Bauarbeiten in der Rittergasse zu Verzögerungen.

Die Projektstudie für den Autobahnanschluss Basel-City (ABAC) zur Entlastung des Gundeldingerquartiers von quartierfremdem Durchgangsverkehr ist in Bearbeitung. Zur Weiterbearbeitung werden der Regierung und dem Parlament ein Massnahmenpaket mit einem Tunnel zur Unterquerung des Gundeldingerquartiers sowie flankierende Massnahmen zur Lenkung des Verkehrs empfohlen. Ein entsprechender Bericht ist in der ersten Hälfte 2011 zu erwarten.

## Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Es führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturbauten.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst, zusammengeführt werden und über das Geoportal für berechnigte Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung stehen. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche unabhängig vom Standort Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Es bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der trinationalen Agglomeration Basel.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Geodateninfrastruktur	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation
Grundbuch und amtliche Vermessung	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

## Tätigkeiten und Projekte

### Grundbuch und amtliche Vermessung

**Grundbuch** Die Zahl der Anmeldungen hat um 9% abgenommen und betrug 3'279 (2009: 3'607). Im laufenden Jahr wurden 3'321 (3'201) Grundbuchauszüge ausgestellt. Insgesamt 55'792 (57'187) Grundbuchauszüge wurden von berechtigten Benutzerinnen und Benutzern elektronisch bezogen. Die der Öffentlichkeit via Internet zugängliche einfache Eigentümergegenkunft wurde 53'296 (24'136) mal abgerufen.

Im Berichtsjahr konnte das 150-jährige Bestehen des kantonalen Grundbuchs (zugleich das älteste Grundbuch der Schweiz) gefeiert werden. Mittels Informatik hat sich das Grundbuch bis heute zu einem wesentlichen Bestandteil des Basler Grundstückinformationssystems entwickelt. Im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2010 wurden die historischen Katasterpläne aus der Gründungszeit neu aufbereitet und im Internet veröffentlicht. Dadurch kann die interessierte Öffentlichkeit neu kostenlos unter anderem die räumliche Entwicklung der Stadt im GeoPortal des Kantons Basel-Stadt ([www.stadtplan.bs.ch](http://www.stadtplan.bs.ch)) verfolgen.

Der papierlose Schuldbrief, welcher insbesondere für das Kreditgeschäft Erleichterungen bringen soll, sowie die Einführung der elektronischen Abfrage und Verarbeitung von Grundbuchdaten waren im Berichtsjahr Hauptthemen einer Jahrestagung der Grundbuchinspektorate und der zentralen Grundbuchämter der Zentral- und Nordwestschweiz in Basel.

Im Zuge der Umsetzung der übergeordneten Bundesverordnung wurden die Arbeiten zur schrittweisen Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBK) auf Kantonaler Ebene weitergeführt. Der Regierungsrat hat die beabsichtigte Umsetzung zur Kenntnis genommen.

Die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung und zum Betrieb eines eidgenössischen Grundstückinformationssystems (eGris), das eine über die ganze Schweiz harmonisierte Sicht auf das Grundbuch mit standardisierten Abfrage- und Datenbezugsmöglichkeiten ermöglicht, wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Parallel dazu wurden die hierfür notwendigen Koordinationsarbeiten zwischen Bund, Wirtschaft und Kantonen aufgenommen.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	47.2	44.4	44.3	44.1	46.2
Nachführungsgeschäfte Grundbuch und Amtliche Vermessung	Anz	3'999	4'291	4'161	3'693	3'935
Nachführungsgeschäfte Leitungskataster	Anz	3'333	2'725	2'768	2'614	2'648
Anteil Katastererneuerungen am Aufwand der Produktgruppe 1	%	11	15	20	20	14
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals in Mio	Anz	5.0	4.9	4.6	3.9	4.0

**Kommentar**

1 Unter Katastererneuerung wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Datenmodelle und Schnittstellen, sowie die gesetzlich vorgeschriebene periodische Nachführung der amtlichen Vermessung verstanden.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	6'403.5	6'752.3	6'313.1	-348.8	-5.2
31 Sachaufwand	1'739.0	1'618.0	1'651.9	120.9	7.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.0	3.0	3.8	-1.0	-32.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'144.5</b>	<b>8'373.4</b>	<b>7'968.7</b>	<b>-228.9</b>	<b>-2.7</b>
42 Vermögenserträge	-0.5	0.0	0.0	-0.5	...
43 Entgelte	-7'553.1	-7'507.0	-7'791.2	-46.1	-0.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-22.0	-65.0	-48.9	43.0	66.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-7'575.6</b>	<b>-7'572.0</b>	<b>-7'840.1</b>	<b>-3.6</b>	<b>0.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>568.9</b>	<b>801.4</b>	<b>128.5</b>	<b>-232.5</b>	<b>-29.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Geodateninfrastruktur (GDI)	1'646.3	1'271.8	1'306.5	374.4	29.4
Grundbuch und amtliche Vermessung	-1'077.4	-470.4	-1'178.0	-606.9	-129.0

**Kommentar**

1 Minderaufwand von rund 350'000 Franken wegen aufgeschobener Wiederbesetzung vakanter Stellen und reduziertem Einsatz von temporärem Personal (siehe FDK 31).

2 Der vermehrte Bezug von externen IT-Dienstleistungen im Bereich der Geodateninfrastruktur führt zu Mehraufwand von rund 120'000 Franken, der durch Minderaufwand beim temporären Personal kompensiert wird.

**Kantonales Schiffsregister** Im laufenden Jahr wurden 19 Schiffe (2009: 15) aufgenommen und 8 (19) Schiffe gestrichen. Es fanden 10 (4) Handänderungen statt. Am Jahresende waren somit 220 (209) Schiffe eingetragen. Die Tragfähigkeit der Güter- und Tankschiffe betrug 183'712t (150'783t).

**Schweizerisches Seeschiffsregister** In das im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements geführte Register wurden 6 (1) Schiffe aufgenommen und 4 (1) Schiffe wurden gelöscht. Am Jahresende waren 38 (36) Schiffe eingetragen mit einer Nettotonnage von 406'043t (355'642t).

**Amtliche Vermessung** Im Berichtsjahr hat die Zahl der Nachführungsaufträge in der amtlichen Vermessung um 5% auf 720 (2009: 683) zugenommen. Im Leitungskataster nahmen die Nachführungsaufträge um 22% auf 3'333 (2009: 2'725) zu. Diese grosse Zunahme ist auf den Ausbau des Glasfasernetzes zurückzuführen.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des neuen Landeskoordinatensystems im Jahre 2012 wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Hintergrund des so genannten „Bezugsrahmenwechsel“ ist die neue Landesvermessung LV95, die der Bund 1995 im Hinblick auf die Erneuerung der Landesvermessungsgrundlagen auf Basis modernster satellitengestützter Messtechnologie eingeführt hat.

Im Rahmen des NFA und der Eigentumsübertragung der Nationalstrassen an den Bund hat das GVA im Jahr 2010 im Auftrag des Regierungsrates mit der Erstellung der erforderlichen 60 Mutations- und

Servitutpläne begonnen. Der Abschluss der Arbeiten in Zusammenarbeit mit dem Büro für Baulinien und Landerwerb ist auf Ende 2011 vorgesehen.

**Bewertungskommission** Die Bewertungskommission hat in 23 Sitzungen 15 Grundstücke bewertet, darunter Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, unbebaute Parzellen, Landwertermittlungen von bebauten Parzellen und Baurechtsparzellen sowie Hinterland. In verschiedenen Bewertungsfragen stand die Bewertungskommission der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung.

### Geodateninfrastruktur

**Fachstelle für Geoinformation** Die Arbeiten zur Anpassung der kantonalen Erlasse im Zuge der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG) wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Dem Regierungsrat konnten Leitbild, Handlungsfelder und strategische Ziele einer kantonalen Geoinformationsstrategie zum Entscheid vorgelegt und dessen Zustimmung erwirkt werden. Mit dieser Geoinformationsstrategie gibt der Regierungsrat nun die Entwicklungsrichtung auf kantonomer Ebene für eine koordinierte und breite Nutzung von Geoinformationen durch Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Privatbereich vor.

Das durch das Grundbuch- und Vermessungsamt aufgebaute Geoportal Basel-Stadt erfreut sich nach wie vor einer grossen Nachfrage (4.88 Millionen Karten- und Geodatenzugriffe im Jahr 2009, 4.96 Millionen Zugriffe im Jahr 2010). Die Anzahl der verfügbaren Geodatenebenen erhöhte sich auf 155. Neu dazu gekommen sind: Erdbebenmikrozonierung, Strassenlärmsanierung, Baumkataster, historische Katasterpläne und Siegfriedkarten). Geoinformationen geben Auskunft über raumbezogene Objekte und Flächen, so beispielsweise über unterirdische Leitungen, Strassen, Grundstücke, Gebäude und Nutzungseinschränkungen.

**Kartografie** Die Pläne und Infoteile des Fussgänger-Leitsystems Basel (Basel Tourismus) wurden vollständig erneuert. Für die zentralen Dienste des Erziehungsdepartements wurden diverse thematische Stadtpläne, zum Beispiel mit den Standorten der Schulhäuser oder der Schulhäuser gemäss Allokationsplan erarbeitet. Die Vorarbeiten für den im Frühjahr 2011 erscheinenden Velostadtplan und die Neuauflage des offiziellen Stadtplans im Sommer 2011 konnten planmässig durchgeführt werden.

## Denkmalpflege

BVD-641

Auf den 1. September 2010 wurde die Basler Denkmalpflege organisatorisch mit dem Hochbau- und Planungsamt zusammengelegt.

Das Ziel der Tätigkeiten der Basler Denkmalpflege ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Als Denkmäler gelten dabei Bauten, Baugruppen und Anlagen, die auf Grund ihres kulturellen, geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Wertes erhaltenswürdig sind. Diese Werte sind zu erforschen und in ihrem gewachsenen Zusammenhang zu sichern. Die Aufgaben der Denkmalpflege im Einzelnen sind in §6 der Verordnung zum Gesetz über den Denkmalschutz aufgeführt. Im Wesentlichen gehören dazu: Inventarisierung und Erforschung, Durchführung baugeschichtlicher Untersuchungen, Beratung von Bauherren, Architekten und Behörden in denkmalpflegerischen Fragen, Mitwirkung in Baubewilligungsfragen, Verwaltung der Denkmalpflegesubventionen, fachliche Bearbeitung im Verfahren auf Eintragung im Denkmalverzeichnis, Führung des Denkmalverzeichnisses, Erstellen und Revidieren eines Denkmälerinventars, Grundlagenbeschaffung sowie Öffentlichkeitsarbeit. Ausserdem ist der Denkmalpflege das Museum „Kleines Klingental“ mit dem dazugehörigen Vermietungsbetrieb angeschlossen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhaltung des baulichen Erbes	2.5 Stadtbild und Baukultur

## Tätigkeiten und Projekte

Auf den 1. September 2010 wurde die Basler Denkmalpflege mit dem Hochbau- und Planungsamt zusammengelegt. Mit dieser Massnahme ist nicht nur das Ziel einer verbesserten Nutzung von Synergien verbunden, sondern auch eine Stärkung der Denkmalpflege in ihrer Rolle als Kompetenzzentrum für das bauliche Erbe im Kanton. Zeitgleich mit der Zusammenlegung der beiden Ämter hat der neue Leiter der Denkmalpflege, Dr. Daniel Schneller, sein Amt angetreten (im Zuge der Nachfolgeregelung für Alexander Schlatter, der Ende Juni 2010 in Pension gegangen ist).

Im Jahresbericht 2010 dagegen berichten die beiden Dienststellen nochmals getrennt.

## Denkmalpflege

Im Jahr 2010 konnte das 30-jährige Bestehen des Basler Denkmalschutzgesetzes gefeiert werden. Auf Grund des Denkmalschutzgesetzes hat sich die Bauforschung zu einem festen Bestandteil einer wissenschaftlich orientierten Denkmalpflege entwickelt. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr zudem einem Begehren auf Änderung der Verordnung betreffend die Denkmalpflege zugestimmt, welche insbesondere die Rechtssicherheit für die Eigentümerschaft von Denkmälern erhöht und eine freiere Zusammensetzung des Denkmalrats ermöglicht.

Unter der neuen Leitung von Dr. Daniel Schneller wurde ein Leitbild erarbeitet sowie neue interne Strukturen festgelegt. Neu wird die Kantonale Denkmalpflege in die Abteilungen Bauberatung, Bauforschung, Inventarisierung und Dokumentation, Dienste sowie die Stabsstelle Vermitteln gegliedert. Die Abteilungsleiter diskutieren gemeinsam mit der Führung in einer neu eingerichteten Geschäftsleitung strategische Fragen. Die Veränderungen wurden im Hinblick auf ein prozessorientiertes Arbeiten, die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und die Eingliederung in die neue Organisationsstruktur von Städtebau & Architektur vorgenommen.

Die Denkmalpflege entdeckte bei ihren Untersuchungen im Haus des „Ackermannshofs“ in der St. Johannis-Vorstadt eine reiche und geschichtsträchtige Innenausstattung. Gemeinsam mit den Architekten und der Bauherrschaft entwickelte sie im Berichtsjahr ein Konzept zur Integration der wertvollen historischen Substanz in die neue Nutzung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.2	18.5	19.1	18.9	16.8
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	631	637	658	675	638
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	129	108	103	96	92
Publikums-Führungen	Anz	44	70	55	60	65
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	17'949	17'471	17'100	19'085	21'105

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'920.6	3'004.4	3'040.7	-83.8	-2.8
31 Sachaufwand	1'078.5	1'053.0	1'046.3	25.5	2.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.1	0.0	...
36 Eigene Beiträge	15.0	0.0	0.0	15.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'014.0</b>	<b>4'057.4</b>	<b>4'087.1</b>	<b>-43.3</b>	<b>-1.1</b>
42 Vermögenserträge	-122.3	-130.0	-102.5	7.7	6.0
43 Entgelte	-148.6	-155.3	-116.7	6.7	4.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-270.8</b>	<b>-285.3</b>	<b>-219.2</b>	<b>14.5</b>	<b>5.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'743.2</b>	<b>3'772.1</b>	<b>3'867.9</b>	<b>-28.9</b>	<b>-0.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Erhaltung des baulichen Erbes	3'743.2	3'772.1	3'867.9	-28.9	-0.8
5 Ausgaben Investitionen	3'253.8	0.0	1'997.3	3'253.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>3'253.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'997.3</b>	<b>3'253.8</b>	<b>...</b>

Für das „Schifferhaus“, einem traditionsreichen, barocken Herrschaftshaus im Herzen des alten Kerns von Kleinhüningen hat der Regierungsrat einem durch die Denkmalpflege unterbreiteten Begehren auf Aufnahme ins Denkmalverzeichnis zugestimmt. Das zwischen 1927 und 2009 in Staatsbesitz befindliche Gebäude wurde in der Folge vom neuen Eigentümer einer sorgfältigen Restaurierung unterzogen und wird nun durch eine gastronomische Nutzung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Für das stattliche Anwesen des Spiesshofs (Heuberg 5/7 / Gemsberg 10) hat der Regierungsrat im Berichtsjahr ein Subventionsgesuch gutgeheissen. Als Baudenkmal von nationaler Bedeutung wurde der Spiesshof im Jahr 2008 aus privater Hand erworben und für eine umfassende Sanierung vorgesehen. Das mit grossem persönlichem Engagement verfolgte Sanierungs- und Nutzungskonzept respektiert vollumfänglich die historische Substanz. Die zuständigen Fachstellen sprachen sich einstimmig für den beantragten Subventionsbetrag aus. In Zusammenarbeit mit der neuen Eigentümerschaft ist ausserdem ein neuer Kunstführer zum Spiesshof bei der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte herausgegeben worden.

Anlässlich des Europäischen Tags des Denkmals am Samstag 11. September organisierte die Basler Denkmalpflege einen attraktiven Rundgang „Am Lebensweg“ durch Basler Baudenkmäler.

### Erhaltung des baulichen Erbes

**Baubegleitung und Restaurierungen** Die Summe der insgesamt denkmalpflegerisch betreuten Vorhaben (631) bewegt sich im gleichen Rahmen wie im Vorjahr (637). Die Subventionsgesuche hielten sich mit 129 Neuzugängen im gewohnten Rahmen bei leicht steigender Tendenz. Die Subventionsbeiträge lagen ebenfalls im üblichen, budgetierten Rahmen.

**Bauforschung** Es wurden insgesamt 31 Objekte untersucht, 12 davon im Rahmen umfangreicher Einsätze.

**Inventarisierung** Das Hauptpensum beanspruchte die Fertigstellung des Inventars 1940-1970 mit den Bauten der Nachkriegsmoderne. Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Verfassen von 9 Gutachten für Unterschutzstellungsverfahren.

## Hochbau- und Planungsamt

BVD-651

Der Hochbau projiziert, realisiert und unterhält im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt, der Universität Basel und der Basler Verkehrsbetriebe Liegenschaften im Eigentum des Kantons und der Einwohnergemeinde und unterstützt die Dienststellen aller Departemente bei Ausstattungs- und Mobiliarfragen. Dabei werden Kriterien der architektonischen und baulichen Qualität, der Wirtschaftlichkeit, der Ökologie sowie der Energieeffizienz besondere Beachtung geschenkt.

Die Planung sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton BS sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes. Sie ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung, die Nutzungsplanung und die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Raumentwicklung und Städtebau	2.1 Raumplanung
Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2.3 Öffentlicher Raum
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten der öffentlichen Hand	2.5 Stadtbild und Baukultur
Hochbaudienste	9.4 Bau und Unterhalt

## Tätigkeiten und Projekte

Auf den 1. September 2010 wurde die Basler Denkmalpflege mit dem Hochbau- und Planungsamt zusammengelegt. Mit dieser Massnahme ist nicht nur das Ziel einer verbesserten Nutzung von Synergien verbunden, sondern auch eine Stärkung der Denkmalpflege in ihrer Rolle als Kompetenzzentrum für das bauliche Erbe im Kanton. Zeitgleich mit der Zusammenlegung der beiden Ämter hat der neue Leiter der Denkmalpflege, Dr. Daniel Schneller, sein Amt angetreten (im Zuge der Nachfolgeregelung für Alexander Schlatter, der Ende Juni 2010 in Pension gegangen ist).

Mit der Zusammenlegung der beiden Ämter drängte sich ebenfalls eine neue Namensgebung auf: Hochbauamt, Planungsamt und Kantonale Denkmalpflege werden künftig unter der Bezeichnung „Städtebau & Architektur“ (S&A) zusammengefasst.

Im Jahresbericht 2010 dagegen berichten die beiden Dienststellen nochmals getrennt.

## Raumentwicklung

Der im Januar 2009 vom Regierungsrat erlassene Richtplan des Kantons Basel-Stadt wurde im März 2010 vom Bundesrat genehmigt. „Mit der Strategie und den Konzeptkarten gibt sich der Kanton einen ausgezeichneten Rahmen für die Steuerung der räumlichen Entwicklung der nächsten 15-20 Jahre“, so der Bundesrat in seinem Prüfungsbericht.

Als Teil der Umsetzung der „Wiese-Initiative“ wurde im Berichtsjahr zu Handen des Grossen Rats ein „Erholungsnutzungskonzept“ und ein „Aufwertungskonzept Natur“ erarbeitet. Gleichzeitig erfolgte die Berichterstattung über den Stand der Arbeiten am Konzept „WieseVital“. Die genannten Konzepte sind als Konkretisierung und Detaillierung des Landschaftsrichtplans Landschaftspark Wiese zu betrachten. Sie definieren keine grundsätzlich neuen übergeordneten Planziele, sondern entfalten die unbestrittenen Ziele des übergeordneten Planwerks.

Im Oktober 2010 fand der Auftakt zur Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 unter dem Motto „Au-delà des frontières, ensemble – Gemeinsam über Grenzen wachsen“ statt. Diese erste grenzüberschreitende IBA unter der Trägerschaft des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) will die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Agglomeration Basel sichtbar machen. Angestrebt wird die Realisierung modellhafter Projekte bis 2020 aus den Bereichen Architektur, Städtebau, Landschaftsplanung, Mobilität und Kultur.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	114.3	98.8	115.5	115.0	120.0	1
Objektabrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	88	87				2
Von der Fiko beanstandete Objektabrechnungen, kleiner	%	2	3				
Anzahl laufende Projekte	Anz	216	186				

**Kommentar**

- 1 Zusätzliche Stellen zur Erhöhung der Planungskapazitäten (Budgetpostulat T. Krattiger).
- 2 Für das Budget 2009 wurden neue Kennzahlen definiert. Daher keine Angabe von Ist-Werten 06 - 08. Dies gilt auch für die beiden untenstehenden Kennzahlen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	18'626.6	20'188.6	16'633.5	-1'562.1	-7.7	1
31 Sachaufwand	3'514.0	4'816.0	4'893.4	-1'302.0	-27.0	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	7.9	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	931.0	946.0	883.0	-15.0	-1.6	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>23'071.6</b>	<b>25'950.6</b>	<b>22'417.8</b>	<b>-2'879.1</b>	<b>-11.1</b>	
42 Vermögenserträge	-9.0	-1.0	-31.4	-8.0	-799.0	
43 Entgelte	-5'051.1	-6'608.1	-4'744.5	1'557.0	23.6	3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-5'060.1</b>	<b>-6'609.1</b>	<b>-4'776.0</b>	<b>1'549.0</b>	<b>23.4</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>18'011.5</b>	<b>19'341.6</b>	<b>17'641.8</b>	<b>-1'330.1</b>	<b>-6.9</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Raumentwicklung und Städtebau	3'714.0	3'420.3	2'915.9	293.7	8.6	
Strassen und Plätze	2'003.8	1'849.4	2'103.9	154.4	8.3	
Werkstätten Hochbau			-38.5			
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten d. öffentl. Hand	285.4	292.0	299.3	-6.6	-2.3	
Hochbaudienste	12'008.3	13'779.8	12'361.3	-1'771.6	-12.9	
5 Ausgaben Investitionen	1'300.8	0.0	457.2	1'300.8	...	
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-271.3	0.0	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1'300.8</b>	<b>0.0</b>	<b>185.9</b>	<b>1'300.8</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Infolge deutlich höher prognostiziertem Investitionsvolumen wurden zusätzliche Personalaufwendungen für Bauherrenleistungen budgetiert, welche durch die entsprechende Verrechnung zu höheren Entgelten (s. Pos. 43) geführt hätten.
- 2 Der budgetierte Projektierungsaufwand von 500'000 Franken für Objekte des Verwaltungsvermögens wurde gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 09/36/40 vom 17.11.2009 zu den Immobilien Basel-Stadt (FD) verschoben. Weiter sind im Budget Sachaufwand Ausgaben im Zusammenhang mit dem Budgetpostulat Krattiger enthalten. Dieser Aufwand war vorgesehen, um zusätzliche Projektmanagementaufträge extern vergeben zu können.
- 3 Nicht realisierte Entgelte, weil die Bauherrenleistungen für Projekte nicht verrechnet werden konnten und Entgelte für Projekte, welche noch nicht abgerechnet werden können (s. Pos. 30).

Für das Projekt «Innenstadt - Qualität im Zentrum» konnte im Berichtsjahr die Umsetzung lanciert werden. Vorgesehen sind vier Teilprojekte, bei denen die Mitwirkung der bisher beteiligten Organisationen wiederum eine wichtige Rolle spielen wird. Der Grosse Rat hat einem eingereichten Kreditbegehren für die Umsetzungsphase zugestimmt.

Der Grosse Rat hat im Berichtsjahr einem Kreditbegehren zur Erarbeitung eines Stadtteilentwicklungskonzepts für den Badischen Bahnhof und Umgebung zugestimmt. Der Auftrag für dieses Vorhaben ergibt sich aus dem kantonalen Richtplan, in dem der Badische Bahnhof mit seiner bedeutenden Verkehrsfunktion als siedlungsstruktureller Schwerpunkt ausgewiesen wurde.

### **Arealentwicklung und Nutzungsplanung**

Für die vom Basler Stimmvolk geforderte Umzonung des Landhof-Areals in die Grünzone wurde im August 2010 die öffentliche Planaufgabe durchgeführt und anschliessend der entsprechende Ratschlag dem Grossen Rat unterbreitet.

Mit der Weiterleitung des Bebauungsplans zum geplanten Bürohochhaus der Firma Roche an den Grossen Rat konnte ein wichtiger Meilenstein zur Realisierung dieses bedeutenden Grossprojekts erreicht werden. Noch im Berichtsjahr hat das Parlament dem Bebauungsplan zugestimmt, wodurch nun die Eingabe des Baubehrens erfolgen kann.

Für die Erweiterung des Kunstmuseums Basel wurde dem Grossen Rat ein Begehren zur erforderlichen Zonenänderung sowie über einen Bebauungsplan unterbreitet. Mit der Zustimmung des Grossen Rats liegen nun die Grundlagen für die Realisierung des neuen Museumsbaus vor.

Verbunden mit einer Ausstellung zu den Themen Stadtrandentwicklungen, Freiraumnutzungen und Ortsbildschutz wurde im Sommer 2010 die öffentliche Planaufgabe des Basisratschlags zur Zonenplanrevision der Stadt Basel durchgeführt.

Für die Entwicklung des Gebiets zwischen Heuwaage und Zoo wurde zu Handen des Grossen Rats ein Ratschlag zu den erforderlichen Zonenänderungen, sowie für die Kredite für die Neugestaltung des Nactigallenwäldeli, den Abbruch des Birsig-Parkdecks und die Revitalisierung des Birsig unterbreitet. Mit dem Ratschlag soll zudem die Voraussetzung für den Bau eines Parkings unter dem Erdbeergraben geschaffen werden. Als Basis für die verschiedenen Begehren wurde zuvor ein Stadtteilrichtplan Heuwaage - Zoo erarbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet.

Die Planungen und Projektierungen im Rahmen der Entwicklungsplanung Dreispitz konnten im Berichtsjahr weiter vorangetrieben werden. Der Grosse Rat bewilligte ein Begehren für Planungsmittel, womit die in den kommenden Jahren anstehenden Aufgaben zur Entwicklung des Dreispitz' in den Bereichen Gesamtkoordination Nutzungsplanung und Verkehr finanziert werden.

Im Juli 2010 konnte die Testplanung für das Hafengebiet Klybeck-Kleinhüningen abgeschlossen werden. Die Ergebnisse zeigen Entwicklungsperspektiven eines neuen gemischt genutzten „Hafenquartiers“ an bester Lage am Rheinufer auf. Abgestimmt auf diese Ergebnisse verfolgt der Regierungsrat die Strategie einer eigenständigen, schrittweisen Transformation mit einer hohen Verdichtung, bei der ein Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen, Bildung, Kultur und Freizeit angestrebt wird. Im Mittelpunkt für die noch im Berichtsjahr angegangenen nächsten Schritte steht die Abstimmung mit den Betroffenen, dabei insbesondere mit der SBB und der DB, dem Bund, den Hafengebieten, den betroffenen Quartieren sowie den Nachbarstädten Huningue und Weil am Rhein.

### **Gestaltung Stadtraum Verkehr**

Vom St.Johanns-Park bis zur französischen Grenze wird entlang des ehemaligen Hafens St. Johann ein öffentlicher Rheinuferweg erstellt. Mit dieser neuen Fussgänger- und Veloverbindung, die durch einen Wettbewerb ermittelt wurde, kann im Interesse der ganzen Bevölkerung ein wesentlicher Punkt aus der Grundsatzvereinbarung mit Novartis aus dem Jahr 2005 realisiert werden. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Für die zukünftige Gestaltung der Kleinbasler Rheinpromenade wurde ein Wettbewerb durchgeführt. Ziel war es, für die gesamte Promenade zwischen Solitude und Dreirosenbrücke ein grobes Konzept vorzuschlagen. Auf dieser Grundlage sollte ein konkreter Vorschlag für die Umgestaltung des Schaffhauser Rheinwegs, wo mit der neuen Nutzung des Kinderspitalareals eine wichtige Veränderung bevorsteht, entwickelt werden.

Für die Projektierung und Ausführung geplanter Umgestaltungen in der Elsässerstrasse und der Hüningerstrasse wurde im Berichtsjahr zu Handen des Grossen Rats ein Kreditbegehren ausgearbeitet. Die längst anstehende Sanierung der Elsässerstrasse von der Endhaltestelle der Tramlinie 11 bis an die Lichtstrasse sieht Velospuren in beide Richtungen vor. Die Vorfahrt für das Tram wird über eine verkehrsabhängige Ampelsteuerung gesichert.

Die Allmend soll im Bereich der Markthalle neu gestaltet werden. Der Grosse Rat hat im Berichtsjahr einem Kreditbegehren für die Neugestaltung des Steinentorbergs zugestimmt. Mit der Umgestaltung wird die Situation für Fussgängerinnen und Fussgänger bei der Markthalle verbessert.

Die Grenzacherstrasse muss im Abschnitt Bushaltestelle Allmendstrasse bis Hörnli Grenze saniert werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine Umgestaltung und Aufwertung geplant, wofür dem Grossen Rat ein Kreditbegehren beantragt wurde.

Für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens sowie zur Ausarbeitung eines Vorprojekts im Hinblick auf zwei vorgesehene neue Stadtplätze im Erlenmattquartier hat der Grosse Rat einem Kreditbegehren zugestimmt. Die Neuschaffung der beiden Plätze von je rund 8'000 Quadratmetern stellt eine gestalterisch anspruchsvolle Aufgabe dar.

### **Hochbaudienste**

Am 17. September wurde der Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) kosten- und termingerecht an die Nutzer übergeben. Die Umgebungsarbeiten an der Spitalstrasse konnten noch im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Für das komplexe Sanierungsprojekt Operationstrakt Ost des Universitätsspitals Basel USB hat der Grosse Rat den beantragten Ausführungskredit bewilligt.

Die Bauten der Allgemeinen Gewerbeschule als Denkmal der Baukunst der 60er-Jahre sind kosten- und termingerecht saniert worden. Mit der Sanierung nach Minergie-Standard erfüllen die Schulen an der Vogelsangstrasse 15 nun eine wichtige Vorbildfunktion für energietechnisch mustergültige Sanierungen. Für die nach bald 40 Betriebsjahren erforderliche Sanierung der Schulanlage Bäumlhof wurde dem Grossen Rat ein Kreditbegehren unterbreitet und vom Parlament noch im Berichtsjahr verabschiedet.

Das Schulhaus Bruderholz wurde mit einem neuen Trakt ergänzt. Dieser Neubau ist der erste Bau, der den Anforderungen von Minergie-ECO entspricht. Zum ersten Mal wurde in Basel-Stadt Recyclingbeton eingesetzt.

In sehr kurzer Zeit wurde das Projekt Erweiterung Kunstmuseum zur Ratschlagsreife weiterentwickelt. Nach dem zustimmenden Beschluss des Grossen Rates können die Projektierungs- und Ausschreibungsarbeiten zudem fast unterbrochlos fortgeführt werden.

Die aktuelle Entwicklung in der Psychiatrie zeigt, dass nebst der Erwachsenenforensik auch im Jugendbereich ein deutlich gesteigener Bedarf an spezialisierter ambulanter und stationärer forensischer Behandlung besteht. Der Grosse Rat hat im Berichtsjahr einem Kreditbegehren für den Bau eines Anbaus am Gebäude R der Universitären Psychiatrischen Kliniken zugestimmt, mit dem die benötigten zusätzlichen räumlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Fassade des Rathauses zum Marktplatz musste nach 16 Jahren restauriert werden. Die Arbeiten konnten im Berichtsjahr durchgeführt werden.



## Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Es hat die Aufgabe, auf Basis dieser Analysen innovative und integrale Strategien zur Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens zu erarbeiten.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag für eine hohe Standortqualität des Kantons. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll im Interesse der Wohnqualität gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziel ist dabei die Verbesserung des Verkehrsflusses im Individualverkehr, der Ausbau des Angebots und die Verstärkung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr sowie die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und plant, baut und betreibt sämtliche Lichtsignalanlagen inklusive dem zentralen Verkehrsrechner.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen und den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amtes für Mobilität fällt die Ausarbeitung von Stellungnahme zu Konzessionsgesuchen und die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiber öffentlicher Verkehrsleistungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Mobilität	2.4 Mobilität

## Tätigkeiten und Projekte

Im Juni 2010 übernahm das Amt für Mobilität von der Allmendverwaltung die Aufgabenbereiche Service und Unterhalt sowie Bau von Lichtsignalanlagen. Zusammen mit diesem Aufgabentransfer wurden die zuvor in der Abteilung Mobilitätslenkung zusammengefassten Bereiche Verkehrssteuerung und Verkehrstechnik in jeweils eigenständige Abteilungen der Mobilität umgewandelt.

### Mobilität

**Mobilitätsstrategie** Die Kantonale Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative) wurde in der Volksabstimmung vom 28. November 2010 abgelehnt. Der Gegenvorschlag des Grossen Rates für eine Anpassung des Umweltschutzgesetzes und einen Rahmenkredit zur Förderung des Langsamverkehrs wurde angenommen. Der Gegenvorschlag schreibt eine Reduktion der Strassenverkehrsleistung ausserhalb von Hochleistungsstrassen um zehn Prozent innert zehn Jahren vor. Mit dem Rahmenkredit stehen wichtige finanzielle Mittel zur Verfügung, um den Fuss- und Veloverkehr weiterhin zu fördern.

Mit einer Motion wurde im Berichtsjahr die gesetzliche Verankerung einer vollumfänglichen Verwendung der kantonalen Anteile aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für den umweltfreundlichen Verkehr gefordert. Der Grosse Rat hat in der Folge einer Vorlage des Regierungsrats für eine entsprechende Ergänzung des Umweltschutzgesetzes zugestimmt.

Die Arbeiten für ein neues Gesamtverkehrsmodell (GVM) der Region wurden im Berichtsjahr weitergeführt (geplanter Abschluss des Projekts: Anfang 2013). Mit dem neuen GVM können die Auswirkungen von Änderungen am Verkehrssystem in der Region noch genauer untersucht werden als bisher.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.8	23.1	4.8	4.8	4.8

**Kommentar**

- 1 Das Amt für Mobilität ist neu gebildet worden, die Vollzeitstellen (Headcount 100%) 2006-2008 entsprechen denjenigen der Dienststelle Öffentlicher Verkehr des WSD. Weitere Kennzahlen werden noch erarbeitet. Wir verweisen aber auf die Wirkungs- und Leistungsziele im Globalbudget Öffentlicher Verkehr und den zugeordneten Produktgruppen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'907.6	3'722.1	3'358.3	185.4	5.0
31 Sachaufwand	2'810.2	2'224.1	2'320.8	586.1	26.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6'717.8</b>	<b>5'946.3</b>	<b>5'679.1</b>	<b>771.5</b>	<b>13.0</b>
43 Entgelte	-1'123.4	-1'043.6	-931.5	-79.8	-7.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-2.0	0.0	2.0	100.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'123.4</b>	<b>-1'045.6</b>	<b>-931.5</b>	<b>-77.8</b>	<b>-7.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'594.3</b>	<b>4'900.7</b>	<b>4'747.5</b>	<b>693.7</b>	<b>14.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Mobilität	5'594.3	4'900.7	4'747.5	693.7	14.2
5 Ausgaben Investitionen	2'392.3	0.0	2'468.6	2'392.3	...
6 Einnahmen Investitionen	-17.4	0.0	0.0	-17.4	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>2'374.9</b>	<b>0.0</b>	<b>2'468.6</b>	<b>2'374.9</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Durch die Verschiebung von Aufgaben im Bereich der Lichtsignalanlagen vom Tiefbauamt (Allmendverwaltung) zur Dienststelle Mobilität (Verkehrssteuerung) per 01.06.2010 fallen hier Mehrausgaben von 377'000 Franken im Personalbereich an. Diesen Mehrausgaben im Personalbereich der Mobilität stehen entsprechend Minderausgaben im Personalbereich des Tiefbauamtes gegenüber. Minderausgaben von 200'000 Franken aufgrund von Vakanzen welche zum Teil nicht nahtlos besetzt werden konnten. Auch der Mangel an entsprechenden Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt hat zu diesem Resultat beigetragen.
- 2 Der Sachaufwand erhöht sich aufgrund der unter FDK 30 erwähnten Verschiebung von Aufgaben der Lichtsignalanlagen zur Dienststelle Mobilität um 586'000 Franken. Diesen Mehrausgaben im Sachaufwand der Mobilität stehen entsprechend Minderausgaben im Sachaufwand des Tiefbauamtes gegenüber.

Unter Federführung der Mobilität wurde im Berichtsjahr ein Strategieprozess zum departementsinternen Schwerpunktthema „Fuss- und Veloverkehr fördern“ durchgeführt. Neben zentralen strategischen Handlungsfeldern und Zielen konnte die Vision für die kommenden Jahre entwickelt werden, wonach Basel zur velo- und fussgängerfreundlichsten Stadt der Schweiz avancieren soll.

Die Erarbeitung der zweiten Generation des Agglomerationsprogramms Basel wurde im Berichtsjahr vorangetrieben (Eingabe beim Bund Mitte 2012). In Zusammenarbeit mit dem Trinationalen Euro-district Basel (TEB) organisierte die Mobilität hierzu auch eine erste Mitwirkungsveranstaltung. Die Umsetzung des Programms beginnt im Jahr 2015. Die Betreuung des Agglomerationsprogramms wurde im Berichtsjahr von der Mobilität geleistet, die geplante Geschäftsstelle beider Basel wird ihren Betrieb zum 1. Februar 2011 aufnehmen.

Der Umbau des Wettsteinplatzes ist seit rund zwei Jahren abgeschlossen. Mit Vorher-/Nachher-Erhebungen und einer Befragung bei Arbeitsstellen und Verkehrsverbänden wurden im Berichtsjahr die Auswirkungen der Umgestaltung auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer überprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass der neue Wettsteinplatz bezüglich Gestaltung und Verkehrsführung mehrheitlich positiv beurteilt wird.

**Mobilitätsplanung** Im Rahmen einer internen Optimierung der Organisation wurden alle Aufgaben im Bereich des öffentlichen Verkehrs in der Abteilung Mobilitätsplanung konzentriert. Dies betrifft auch einzelne im Budget 2010 bei der Abteilung Mobilitätsstrategie ausgewiesene Schwerpunkte.

Zu den Tätigkeiten der Mobilitätsplanung zählte auch im Berichtsjahr das Einbringen von Mobilitätsanforderungen in grössere Projekte und das Erarbeiten von Vorstudien wie z.B. zum Projekt „Innenstadt - Qualität im Zentrum“, zur Umsetzung der Behindertengleichstellung an ÖV-Haltestellen, zur Tramverbindung Erlenmatt – Kleinhüningen, zu den Entwicklungsprojekten Roche, Dreispitz, Hafen, etc.

Im Zusammenhang mit der Planung des städtischen und grenzüberschreitenden Tramnetzes konnten im Berichtsjahr mehrere wichtige Meilensteine erreicht werden. So konnte eine Finanzierungsvereinbarung für eine Tramverbindung zwischen Basel und Saint-Louis entwickelt und bei den betroffenen Gebietskörperschaften zur Unterschrift gebracht werden. Das ÖV-Programm 2010-2013 wurde gemäss den Anträgen des Parlaments ergänzt und abgeschlossen. Dem Grossen Rat wurde ein Antrag für einen Planungskredit unterbreitet, mit dem die strategische Entwicklung des Tramnetzes der Agglomeration Basel untersucht werden soll. Die Untersuchungen werden zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft durchgeführt und finanziert. Die Planung einer Tramverbindung über den Margarethenstich wurde durch die Formulierung eines Kreditbegehrens für die Projektierung zu Händen des Grossen Rats weiter vorangetrieben.

Ebenfalls im Jahr 2010 konnten erste Erfahrungen betreffend der neuen Rahmenvereinbarung zwischen Kanton und Basler Verkehrs-Betrieben BVB (2010-13) ausgewertet werden. Ein weiterer Schwerpunkt stellten die Arbeiten bezüglich der Beteiligung der Kantone an der Weiterentwicklung des Tarifverbunds Nordwestschweiz TNW dar (grenzüberschreitende Tarife, politisch gewünschte Tarifanpassungen etc.). Für die Neuorganisation der Behindertentransporte beider Basel (KBB) wurde zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft ein Umsetzungskonzept erarbeitet.

Für das Herzstück der Regio-S-Bahn wurde im Jahr 2010 gemeinsam mit den zuständigen Stellen in Baselland eine erneute Überprüfung eines umfangreichen Variantenfächers durchgeführt. Auf Basis der Ergebnisse wurde die Empfehlung zu Händen der Parlamente in Basel-Stadt und Baselland formuliert, die Variante „Mitte“ weiterzuverfolgen und beiderseits bestätigt.

Die Überarbeitung der Strassennetzhierarchie wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und dem Regierungsrat zum Entscheid unterbreitet. Durch seine Zustimmung sind nun die Weichen gestellt für die vorgesehene Überarbeitung der Tempo 30-Zonen und für einen neuen Rahmenkredit zu deren Erweiterung.

Dem Grossen Rat konnte ein Kreditbegehren für die Umsetzung des Neuen Verkehrskonzepts für die Basler Innenstadt unterbreitet werden. Das Konzept sieht eine Erweiterung der Fussgängerbereiche vor, Tempo 30 im ganzen Perimeter sowie eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Beschilderung und der Regelungen (z.B. der Anlieferungszeiten).

Für die anstehende Sanierung der Elisabethenstrasse wurde die Ausarbeitung eines Ratschlagsprojekts abgeschlossen und dem Grossen Rat ein Kreditbegehren unterbreitet. Ziel ist es mit der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und des Fussverkehrs den vorhandenen Raum der Elisabethenstrasse optimal zu nutzen und somit einen Beitrag an eine stadtgerechte, attraktive Mobilität zu leisten.

Für die Umgestaltung der Lössacherstrasse (Abschnitt Gartenstrasse bis Inzlingerstrasse) wurde dem Grossen Rat ein Planungs- und Projektierungskredit unterbreitet. Die Planungs- und Projektierungsarbeiten dienen auch als flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse.

**Verkehrstechnik** Im Sinne des strategischen Schwerpunkts des Bau- und Verkehrsdepartements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs konnte im Berichtsjahr die schrittweise Öffnung von 16 weiteren Einbahnstrassen für den Velo- und Mofa-Gegenverkehr in die Wege geleitet und teilweise bereits umgesetzt werden. Parallel wurden die Rahmenbedingungen für Veloverbindungen, die im Gegenverkehr durch Einbahnstrassen führen, überarbeitet (Aufhebung der Vortrittsbelastung). Im Herbst 2010 konnte mit den Detailprojektierungen begonnen werden, die Umsetzung ist für das Jahr 2011 vorgesehen.

Mit der Öffnung von drei neuen Veloverbindungen konnte die Attraktivität Basels als Velostadt weiter verbessert werden: neu stehen die Verbindungssachse Greifengasse und Claraplatz, das Badweglein

sowie der Verbindungsweg zwischen der Riehen- und der Egliseestrasse den Velofahrerinnen und -fahrern als attraktive und schnelle Routen zur Verfügung.

Eine regionale Handwerkerparkkarte soll die unterschiedlichen Karten in den Gemeinden der Agglomeration ablösen. Mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone Baselland und Basel-Stadt, sowie von Gemeinden und Gewerbeverbänden wurde im Berichtsjahr ein offener und konstruktiver Dialog zur Erörterung der Rahmenbedingungen für eine künftige gemeinsame Lösung lanciert.

Nach der Annahme des Referendums zur Parkraumbewirtschaftung im Juni 2010 wurde das Projekt im Berichtsjahr neu konzipiert. Es ist vorgesehen, im Jahr 2011 dem Grossen Rat eine neue Vorlage zu unterbreiten.

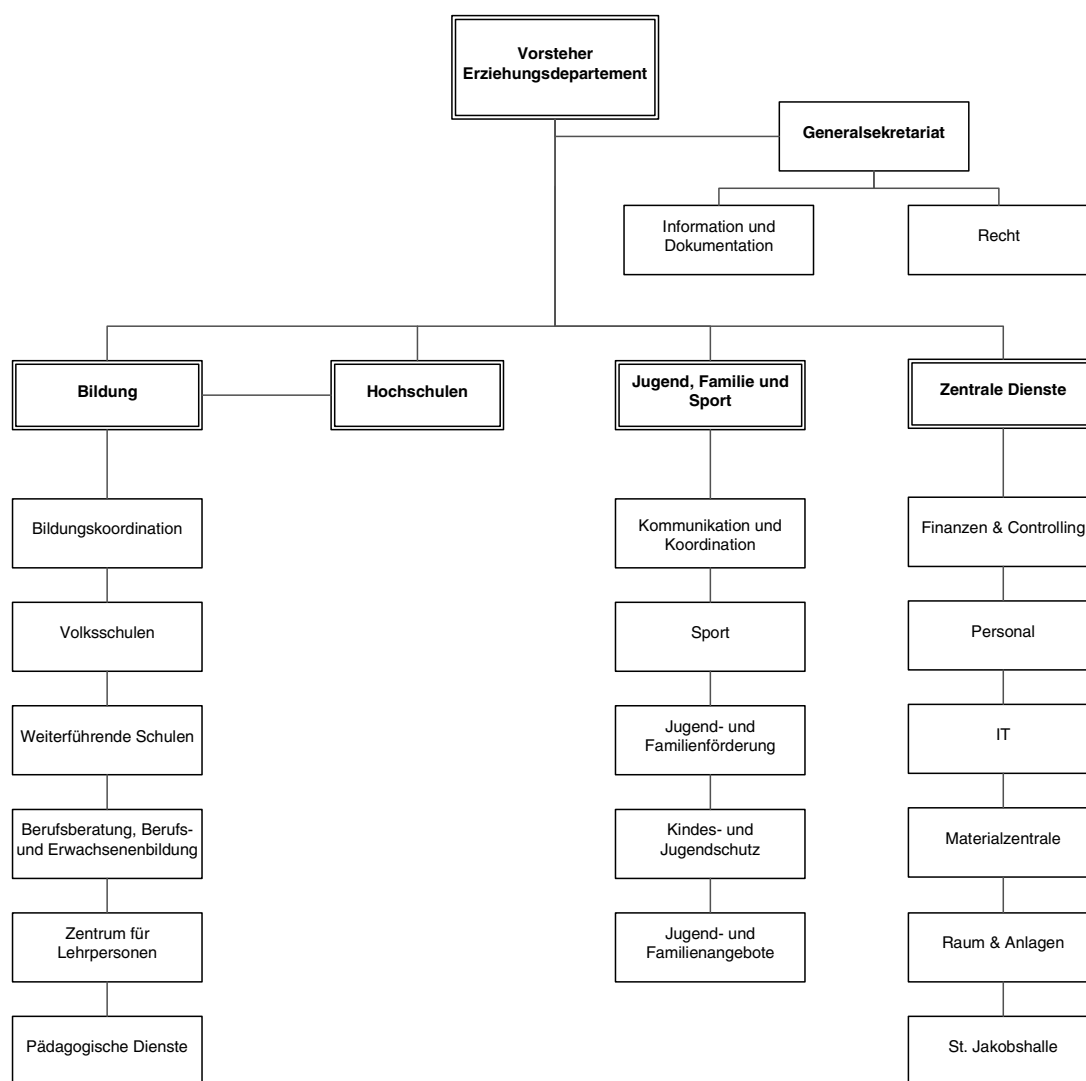
**Verkehrssteuerung** Im Zuge der regulären Erhaltungsmassnahmen wurden im Berichtsjahr mehrere Lichtsignalanlagen erneuert und technisch auf den neuesten Stand gebracht. Dabei konnten dank erweiterter Steuerungsmöglichkeiten auch jeweils die Durchfahrtszeiten der betroffenen Tram- und Buslinien zum Beispiel am Knoten Dorenbach Ost, entlang des Cityrings oder am Aeschengraben verkürzt und verstetigt werden. An einigen Lichtsignalanlagen (z.B. Luzernerring/Burgfelderstrasse zugunsten des Öffentlichen Verkehrs) wurde die bestehende Software optimiert. Für Sehbehinderte konnten an etlichen Lichtsignalanlagen speziell entwickelte Drücker installiert werden.

Die Arbeiten zur Inbetriebnahme des neuen Verkehrsrechners wurden 2010 weiter vorangetrieben. Weitere Steuergeräte älterer Bauart wurden so umgerüstet, dass sie die Möglichkeiten des neuen Verkehrsrechners ausschöpfen können.



### 6.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	222
ED-220	Leitung Bildung	226
ED-230	Volksschulen	232
ED-240	Allgemeinbildende weiterführende Schulen	236
ED-245	Berufsbildende Schulen	243
ED-265	Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung	249
ED-271	Hochschulen	252
ED-290	Jugend, Familie und Sport	255



## Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich Zentrale Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden sechs Abteilungen: Finanzen & Controlling, Personal, Raum & Anlagen, Informatik, Materialzentrale und St. Jakobshalle.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz-, das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist für den Betrieb (Abwartswesen, Unterhalt, Reinigung, Raumzuteilung usw.) der baulichen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Heime, Verwaltungsgebäude usw.) zuständig. Sie vertritt die Nutzerinteressen in Bezug auf den baulichen Unterhalt gegenüber dem Bau- und Verkehrsdepartement (Hochbau- und Planungsamt) und dem Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt).

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der sportliche wie nichtsportliche Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb Schul- u. Verwaltungsinfrastruktur	3.1 Volksschulbildung
Betrieb und Unterhalt Sportinfrastruktur	3.4 Sport
St. Jakobshalle	3.4 Sport
Materialzentrale	9.5 Zentrale Materialdienste
Administrative Dienste ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Generalsekretariat ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

Nachdem im Jahr 2009 erste Erfahrungen mit dem neuen Service-Bereich der „Zentralen Dienste“ gesammelt worden waren, erfolgten per 1. Januar 2010 zwei kleinere organisatorische Anpassungen. Im Jahr 2010 haben sich die neuen Bereichsstrukturen und Abläufe weiter eingespielt und konsolidiert. Die Aufteilung der Stabsleistungen zwischen Generalsekretariat und Zentralen Diensten hat sich bewährt.

Mit dem Einsetzen eines bereichsübergreifenden Kommunikationsstabes konnte zudem die ED-interne Koordination im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit optimiert werden.

### Unterhalt Schul- und Verwaltungsinfrastruktur / Betrieb Sportinfrastruktur

Der Bericht „Sachplanung Schulraum“ wurde dem Regierungsrat im Mai 2010 unterbreitet. Dabei wurde eine externe Prüfung der Ergebnisse beschlossen, die Ende 2010 abgeschlossen werden konnte. Der entsprechende Schlussbericht wird dem Regierungsrat Anfang 2011 vorgelegt. Ab August 2010 war die Haupttätigkeit der Fachstelle Schulraumplanung die Aktualisierung der Allokation des Schulraumes infolge der Strukturharmonisierung des baselstädtischen Schulsystems. Dabei wurden die neuen Schulstufen auf die bestehenden Schulräume verteilt. Zusätzlich wird die Erstellung von vier neuen Schulhäusern (drei Primar- und ein Sekundarschulhaus) notwendig, die bei Immobilien Basel-Stadt als Eigentümervertreterin bestellt worden sind. Die Allokationsplanung konnte Ende 2010 abgeschlossen werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	261.5	256.5	44.5	41.3	42.3	1
Bearbeitete Rekurse/Beschwerden	Anz	95	55	73	94	162	2
Eintritte Bäder und Kunsteisbahnen	Anz	594'650	620'500	581'000	510'500	660'600	
Bestellungen bei der Materialzentrale	Anz	8'507	8'478	8'146	7'543	7'963	
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	68.3	63.6	75.1	73.4	66.8	

**Kommentar**

- Die Headcount-Veränderung zwischen 2008 und 2009 ist auf die Reorganisation RV09 zurückzuführen.
- Die Mehrheit der Rekurse betrifft den Schulbereich. Hinzu kommen Rekurse im Bereich Personal, Tagesbetreuung sowie Berufsbildung.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	31'126.2	32'146.5	30'673.0	-1'020.3	-3.2	1
31 Sachaufwand	41'470.2	40'143.9	40'967.2	1'326.3	3.3	2
32 Passivzinsen	1.3	4.0	1.4	-2.7	-68.4	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	339.1	0.0	-45.2	339.1	...	3
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	10.1	0.0	...	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>72'936.7</b>	<b>72'294.4</b>	<b>71'606.5</b>	<b>642.3</b>	<b>0.9</b>	
42 Vermögenserträge	-16.5	-10.0	-14.8	-6.5	-65.1	
43 Entgelte	-23'977.0	-22'690.2	-22'409.7	-1'286.7	-5.7	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-217.6	-32.0	-384.2	-185.6	-580.1	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-24'211.1</b>	<b>-22'732.2</b>	<b>-22'808.7</b>	<b>-1'478.9</b>	<b>-6.5</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>48'725.6</b>	<b>49'562.2</b>	<b>48'797.8</b>	<b>-836.6</b>	<b>-1.7</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Unterhalt Schul- und Verw. -infrastruktur	21'603.9	23'040.0	22'179.9	-1'436.0	-6.2	
Betrieb Sportinfrastruktur	9'950.8	8'983.1	10'014.6	967.7	10.8	
St. Jakobshalle	3'725.7	3'379.4	4'819.3	346.4	10.2	
Zentrale Materialdienste	353.3	646.2	273.3	-292.8	-45.3	
Administrative Dienste ED	12'273.7	12'680.2	10'760.5	-406.5	-3.2	
Generalsekretariat ED	818.1	833.3	750.1	-15.3	-1.8	
5 Ausgaben Investitionen	4'166.3	4'040.0	3'493.8	126.3	3.1	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>4'166.3</b>	<b>4'040.0</b>	<b>3'493.8</b>	<b>126.3</b>	<b>3.1</b>	

**Kommentar**

- Etliche Vakanzen in der Verwaltung und dem Hauswartswesen konnten nicht wie geplant besetzt werden. Insbesondere im Hauswartswesen ist es bei der Personalrekrutierung zu Verzögerungen gekommen.
- 0.6 Mio. Franken der Abweichung sind auf den erhöhten Umsatz im Warenhandel bei der Materialzentrale zurückzuführen. Diesem Mehraufwand steht ein Mehrertrag von 0.9 Mio. Franken gegenüber. Die restliche Abweichung ist hauptsächlich bei der St. Jakobshalle (SJH) im Event- und Cateringbereich angefallen. Diesen Mehrkosten stehen innerhalb der SJH entsprechende Mehreinnahmen und Minderlohnkosten gegenüber.
- 0.29 Mio. Franken gehen auf die Abschreibung einer uneinbringlichen Forderung der St. Jakobshalle gegenüber einer Drittfirma (Eventveranstaltung Budo Gala 2010) zurück. Weitere 0.03 Mio. Franken entfallen auf die pauschale Wertberichtigung des Debitorenbestandes entsprechend den Abschlussweisungen.
- Bei der Materialzentrale konnte der Verkaufsumsatz um 0.9 Mio. Franken gesteigert werden. Weiter liegt der Verkaufsertrag insbesondere bezüglich dem Catering um 0.7 Mio. Franken über dem Budget. Die Benützungsgebühren liegen hauptsächlich bei den Sportanlagen mit 0.6 Mio. Franken unter und die Einnahmen für Dienstleistungen mit 0.2 Mio. Franken über dem Budget. Die restliche Differenz geht auf leicht höhere Rückerstattungen und Entgelte zurück.

Die Fachstelle Sicherheit hat den Aufbau der Sicherheitsteams pro Schulhaus mit je einer ganztägigen Weiterbildung abgeschlossen. Die notwendigen Informationsmittel stehen den Sicherheitsteams pro Schulhaus zur Verfügung. Die Fachstelle Betrieb Schulanlagen hat die Zuteilung der rund 150 Kindergärten auf die Primarschulhäuser abgeschlossen. Den Reinigungspersonen, Kindergärtnerin-



nen und Kindergärtnern stehen neu die Schulhauswarte als direkte Ansprechpersonen zur Verfügung.

### **St. Jakobshalle**

Mit 104 Veranstaltungstagen konnte die Belegung der St. Jakobshalle bei gleich bleibendem Mix nochmals markant gesteigert werden: 35 Tage Sport, 34 Tage Unterhaltung (Shows, Konzerte, Partys) und 35 Tage übrige Veranstaltungen (GVs, Ausstellungen, Tagungen). Erfreulich ist insbesondere die Verdoppelung der Anzahl Konzerte.

Am 1. März 2010 trat der neue Geschäftsführer sein Mandat an. Er hat sich schnell und gut in seine neue Aufgabe mit dem bestehenden Team eingearbeitet. Für 2010 bis 2012 konnte er bereits zahlreiche neue Veranstaltungen gewinnen; Verhandlungen mit den Organisatoren von TV-Shows (Musikantenstadl, Wetten dass....?) sind im Gange. Auch die Dienstleistungen für unsere Kunden wurden weiter ausgebaut. Während der Sommermonate wurde die grosse Halle farblich aufgefrischt und in Partnerschaft mit einem Spezialisten ein Prerigg installiert, das einen rascheren Auf- und Abbau der Eventinfrastruktur (v.a. bei Konzerten) ermöglicht.

### **Administrative Dienste ED / Generalsekretariat ED**

**Personal** Neben dem Tagesgeschäft wurden einige Schwerpunkte in der Personalarbeit gesetzt: Im Team Bildung wurden die „Umsetzung Leitungsreform an den Volksschulen“ sowie die „strategische Vorbereitung auf die kommende Schulharmonisierung“ angegangen. Aufgrund der an den Volksschulen eingeführten Teilautonomie werden bisher dezentrale Aufgaben in das Personal Team Bildung transferiert. Diese Änderung zieht im 2011 die Übernahme von vier Mitarbeitenden nach sich. Idealerweise konnte der Bereichspersonalleiter Bildung zum Teilprojektleiter Personal im Projekt Schulharmonisierung ernannt werden.

Die Zusammenführung der beiden HR-Organisationen Zentrale Dienste und Jugend, Familie und Sport samt der damit verbundenen Angleichung der Prozesse und Abläufe wurden erfolgreich abgeschlossen. Die Mitarbeitenden der beiden HR-Organisationen haben sich zu einem Team zusammengefügt. Die Personalprozesse und das Zeiterfassungssystem der drei Bereiche wurden zusammengeführt, vereinheitlicht und vereinfacht. In der Personalentwicklung wurde mit dem Projektstart in der Führungsentwicklung und Nachfolgeplanung eine wichtige Basis für die Zukunft gelegt.

**Finanzen und Controlling** Auf Anfang 2009 wurden verschiedene Prozesse auf Departementsebene zentralisiert. Die neuen Abläufe haben sich zwischenzeitlich gut eingespielt und funktionieren einwandfrei. Die seit einem Jahr eingesetzte neue Buchhaltungslösung für die Schulstandorte bewährt sich. Im abgelaufenen Jahr ist es bei einigen Aussenstellen zu unvorhergesehenen längeren Personalvakanz in der Finanzbuchhaltung gekommen. Dank der Zentralisierung und der damit zusammenhängenden Bündelung der Kräfte konnten diese Vakanz aber von der Abteilung F&C ohne grössere Probleme überbrückt werden.

Die Controllingaufgaben im Zusammenhang mit der Finanzplanung und Budgetierung für das kommende Jahr waren anspruchsvoll. Einerseits waren die finanziellen Vorgaben eng, andererseits mussten zahlreiche organisatorische Änderungen (u.a. Verschiebung der Sportanlagen und der beiden Fachstellen Tagesstrukturen und Zusätzliche Unterstützung innerhalb des ED) im Rechnungswesen neu abgebildet werden. Zudem wurde in einigen Projekten (Bsp. Schulharmonisierung und Sonderpädagogik) insbesondere bei der Berechnung und Sicherstellung aller finanziellen Aspekte tatkräftig mitgearbeitet.

**Informatik** Die Projekte Servervirtualisierung und -Konsolidierung, Citrix-Update auf XenApp sowie das Einrichten der WLAN-Hotspots für Gäste an der Leimenstrasse konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Fachapplikationen NESUBA und Tutoris wurden organisatorisch und technisch den neuen Anforderungen angepasst. Die notwendigen Anpassungen in der Schulverwaltungssoftware in Bezug auf HARMOS wurden initialisiert und werden laufend den Anforderungen ange-

passt. Im Weiteren wurde dem Bedürfnis der Lehrpersonen an den Gymnasien Rechnung getragen und ein zeitlich begrenztes Pilotprojekt 'Noteneingabe über Remote Access' gestartet.

**Materialzentrale** Im April 2010 wurde die neue Version des Online-Shops aufgeschaltet. Nach anfänglichen Problemen funktioniert der neue Shop inzwischen tadellos. Die Beschaffung von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie der Lehrmittel verlief problemlos. Die Kopiersysteme wurden erfolgreich neu submissioniert. Das Copycenter wurde mit neuen Hochleistungskopierern ausgestattet.

**Recht** Die Abteilung Recht ist stark in die Umsetzung der Harmonisierungsvorlage eingebunden. Sie überprüft sämtliche Erlasse, die in der Projektorganisation entworfen werden, auf ihre Übereinstimmung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein Grossprojekt ist zudem die Überarbeitung des Veranstaltungsvertrages der St. Jakobshalle samt aller damit zusammenhängenden Verträge und der Hallenordnung.

Die Abteilung Recht hat sich auch intensiv mit ihrer eigenen Organisation und ihrem Aufgabenportfolio auseinandergesetzt und sich ein neues Organisationskonzept gegeben. Schwergewichtig verfolgt sie eine Präventionsstrategie, deren Ziel die Abwendung bzw. Vermeidung von Nachteilen für das Departement ist. Teil dieser Präventionsstrategie ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für rechtlich relevante Problemstellungen im Arbeitsalltag. In diesem Zusammenhang werden neu Seminare und Informationsveranstaltungen für die Mitarbeitenden angeboten.

**Information und Dokumentation** Neben ihren Kernaufträgen (Records-Management und Archiv) war die Abteilung Information und Dokumentation schwergewichtig mit dem Releasewechsel von Konsul befasst. Die Abteilung hat das Projekt für das Erziehungsdepartement betreut, die Datenqualität gesichert und interne Schulungen für alle Mitarbeitenden durchgeführt. Zugleich hat die Abteilung Information und Dokumentation das Erziehungsdepartement in der Projektgruppe Informationsverwaltung vertreten.

## Leitung Bildung

ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung umfasst die Abteilung Volksschulen (Dienststelle 230), die Abteilung Weiterführende Schulen (Dienststelle 240 Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Dienststelle 245 Berufsbildende Schulen), die Abteilung Berufs- und Erwachsenenbildung (Dienststelle 265), die Abteilung Hochschulen (Dienststelle 271) sowie die Dienststelle 220 Leitung Bildung.

Die Dienststelle Leitung Bildung leitet und koordiniert den Geschäftsbereich Bildung und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Gliederungseinheiten dieser Dienststelle sind die Stabsstelle Bildungskoordination, das Zentrum für Lehrpersonen und die Pädagogischen Dienste.

Die Bildungskoordination erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich Bildung: die Bildungsplanung, die Politikvorbereitung zuhanden der politischen Behörden, das Bildungsmonitoring, die Kommunikation und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen sowie der Instrumente für die Qualitätsentwicklung und Finanzsteuerung. Ausserdem leitet sie abteilungsübergreifende strategische Projekte wie den Auf- und Ausbau der schulischen und schulergänzenden Tagesstrukturen.

Im Zentrum für Lehrpersonen sind sämtliche Schuldienste zusammengefasst, welche Dienstleistungen für die Lehrpersonen – Weiterbildung, Beratung, Unterrichtsmedien – erbringen. Es sind dies das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ULEF), der Schuldienst Unterricht, der Dienst für technische Unterrichtsmittel (DTU), die Pädagogische Dokumentationsstelle (PDS) und die ICT-Koordinationsstelle. Mit der Bündelung der bereits bestehenden Schuldienste zum Zentrum für Lehrpersonen sollen die Dienstleistungen verbessert werden.

In den Pädagogischen Diensten sind all jene Schuldienste zusammengefasst, die Kinder und Jugendliche in ihrer seelischen Gesundheit, in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung, in ihrer schulischen Leistungsfähigkeit und beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Es sind dies der Schulpsychologische Dienst (SPD), der Logopädische Dienst (LPD), die Schulsozialarbeit, die Fachstelle Sonderpädagogik und das Case Management Berufsbildung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Leitung Bildung	3.1 Volksschulbildung
Musikalische Bildung im nichtberuflichen Bereich	3.1 Volksschulbildung
Pädagogische Dienste	3.1 Volksschulbildung
Sonderpädagogisches Angebot	3.1 Volksschulbildung
Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler	3.1 Volksschulbildung
Zentrum für Lehrpersonen	3.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Förderung Berufsbildung

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit auf direktem Weg eine Lehrstelle antreten, ist nach wie vor tief. Aus diesem Grund wurden im Jahr 2010 mehrere Projekte lanciert, welche dazu beitragen sollen, inskünftig mehr Schülerinnen und Schüler für den direkten Übertritt aus der Volksschule in die Berufsbildung zu gewinnen. Weiter sollen die Chancen, welche eine Berufslehre mit Berufsmaturität eröffnen, bei Lehrpersonen, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bekannter gemacht werden.

Die unter dem Titel „Förderung der Berufsbildung und Information über die Gleichwertigkeit der Bildungswege“ zusammengefassten Projekte beinhalten eine Imagekampagne zur Förderung der Berufsbildung (insbesondere der Berufsmaturität), gezielte Information der Lehrpersonen über die Berufsbildung, ein Beginn der Berufsinformation schon in der Orientierungsschule und eine verstärkte Information jener Eltern, denen die hervorragenden Qualifikationschancen der schweizerischen Berufsbildung unbekannt sind. Aufbauend auf der letzten Lehrstellenkampagne wird der Fokus dieser neuen Kampagnen, die bis 2013 dauern werden, auf den Aspekt „Chance nutzen“ gerichtet.

Ein weiteres Projekt hat die Neukonzeption der so genannten Triagestelle und des Triageverfahrens am Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II zum Inhalt. Die Triagestelle soll

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	117.1	98.8	210.3	194.6	192.0	<sup>1</sup>
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung ULEF	Anz	11'040	11'677	13'581	13'656	13'595	<sup>2</sup>
Ausleihen Unterrichtsmedien DTU und PDS	Anz	62'379	58'228	58'629	45'063	45'589	<sup>3</sup>
Klientinnen und Klienten des Schulpsychologischen Dienstes	Anz	2'074	1'939	1'664	1'531	1'451	
Klientinnen und Klienten des Logopädischen Dienstes	Anz	2'639	2'370	2'440	2'560	2'083	
Klientinnen und Klienten der Schulsozialarbeit	Anz	2'156	1'804	1'378	1'500	1'434	<sup>4</sup>
Klientinnen und Klienten des Case Management Berufsbildung	Anz	400	380	130			<sup>5</sup>
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	24	23	16	13		<sup>6</sup>

#### Kommentar

- Die Headcount-Veränderung zwischen 2008 und 2009 ist auf die Reorganisation RV09 zurückzuführen. Die Steigerung 2010 gegenüber 2009 ist hauptsächlich durch den Ausbau der Tagesstrukturen bedingt.
- Umfasst Teilnehmende von berufs begleitender, schulinterner Weiterbildung und von Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung, aber nicht die Kontakte für die Beratung der Lehrpersonen.
- Berücksichtigt sind die Ausleihen, nicht aber die Rückgaben und Verlängerungen.
- Die gesamte Schülerschaft WBS und WBS KKL nimmt das Angebot der Schulsozialarbeit in Anspruch, zusätzlich auch Lernende der Primarschule und der Kindergärten St. Johann, der Primarschule Volta und der OS Vogesen. Bei den Gruppenbegleitungen und der Einzelfallhilfe beträgt der Anteil rund 50 %.
- Das Angebot besteht seit Sommer 2008.
- Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS). Sie umfasst jene Schülerinnen und Schüler, welche die Tagesschulen OS, KG/PS, PS/OS sowie die ausserschulischen Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesheime, Tageseltern) nutzen. Die Daten sind erst ab 2007 verfügbar.

sicherstellen, dass möglichst alle Volksschulabsolventinnen und -absolventen eine gute Anschlusslösung finden und alle an dieser wichtigsten Nahtstelle tätigen Akteure (Laufbahnvorbereitung, Casting, Einschätzungskonferenzen, Lehrstellenkoordination) und Unterstützungsdienste (Berufsberatung, Gap) die Jugendlichen koordiniert unterstützen.

#### Weiterbildung Schulleitungen im Umgang mit Bedrohungen an Schulen

Für den Bereich Bildung wurde im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Arbeitssicherheit Schweiz ein umfassendes, an den jeweiligen Standort angepasstes Sicherheitskonzept erarbeitet. Für den Erwerb des dafür erforderlichen Fachwissens wurden im Laufe des Jahres Schulungen für die Schulleitung und die Schul(haus)leitungen durchgeführt. Insgesamt wurden rund 170 Personen an 15 Schulungen während je eines Tages die Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz vermittelt. Die Sicherheitsteams haben damit die nötigen Hilfsmittel erhalten, um ein standortgerechtes Handbuch aufzubauen.

#### Netzwerk Gesundheitsförderung und Prävention

Ende 2010 ist die 30. Schule dem Netzwerk für Gesundheitsförderung und Prävention beigetreten. Damit profitieren im Kanton Basel-Stadt insgesamt mehr als 10'000 Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis zu den Berufsfachschulen von einer Mitgliedschaft ihrer Schule. Eine Netzwerkschule verpflichtet sich, Gesundheitsförderung als ganze Institution gezielt umzusetzen sowie zu einem Austausch mit Schulen aller Stufen. Fachlichen Support leisten zwölf Fachstellen, die je für einen Themenbereich verantwortlich sind.

#### Netzwerk 4057

Das Kleinbasler Netzwerk für Bildung, Betreuung und Erziehung koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Schulen und ausserschulischen Akteuren (z.B. Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder Sport- und Kulturvereine). Die bedarfsgerechte Vernetzung von formalen, non-formalen

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	25'124.1	26'781.7	23'525.1	-1'657.6	-6.2 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	12'304.5	13'842.9	13'301.5	-1'538.3	-11.1 <sup>2</sup>
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	49.7	0.3	...
36 Eigene Beiträge	54'486.1	55'772.6	53'297.6	-1'286.5	-2.3 <sup>3</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>91'915.0</b>	<b>96'397.1</b>	<b>90'173.9</b>	<b>-4'482.1</b>	<b>-4.6</b>
42 Vermögenserträge	-44.3	-40.3	-42.8	-4.0	-9.9
43 Entgelte	-3'950.6	-3'472.4	-4'559.7	-478.3	-13.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-30'882.5	-30'673.2	-29'409.6	-209.3	-0.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-34'877.4</b>	<b>-34'185.8</b>	<b>-34'012.1</b>	<b>-691.6</b>	<b>-2.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>57'037.6</b>	<b>62'211.3</b>	<b>56'161.9</b>	<b>-5'173.7</b>	<b>-8.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Leitung Bildung	-15'820.4	-13'109.9	-14'223.1	-2'710.5	-20.7
Musikal. Bildung im nichtberufl. Bereich	12'315.7	12'679.9	12'539.6	-364.2	-2.9
Pädagogische Dienste	7'566.9	7'743.2	7'263.3	-176.3	-2.3
Schulische Tagesbetreuungsangebote	5'844.3	6'588.8	4'371.1	-744.4	-11.3
Sonderpädagogisches Angebot	35'719.2	36'446.8	34'778.0	-727.6	-2.0
Zentrum für Lehrpersonen	11'412.0	11'862.5	11'432.9	-450.6	-3.8

**Kommentar**

- Die Lohnkosten bei den Tagesstrukturen sind um 0.5 Mio. Franken geringer, da u.a. ein Teil der neuen Tagesschulplätze bei externen Anbietern eingekauft wird (Verschiebung in Kostenart 36). Zudem liegen beim ULEF die Aufwendungen für die Weiterbildungsveranstaltungen um 0.6 Mio. Franken unter Budget. Weiter mussten auch einige Projektbudgets nicht vollumfänglich beansprucht werden.
- Von der Unterschreitung entfallen alleine 0.9 Mio. Franken auf nicht beanspruchte Budgetmittel im Projektbereich. Ferner fielen die Kosten für das Qualitätsmanagement um 0.3 Mio. Franken tiefer aus.
- Die Abgeltungen für den auswärtigen Schulbesuch liegen um 0.5 Mio. Franken und die angefallenen Kosten für die Pensionskasse der Musikakademie um 0.4 Mio. Franken unter Budget. Bei der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung sind die NFA-Baubeiträge über 0.5 Mio. Franken nicht beansprucht worden. Mehraufwendungen sind hingegen im Rahmen des externen Einkaufs von Leistungen für die Tagesstrukturen (vgl. Kostenart 30) entstanden.

und informellen Bildungsangeboten unterstützt Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu ihrem individuell bestmöglichen Lern- und Lebenserfolg. Nach der erfolgreichen Durchführung von Quartierrundgängen mit Kindergarten- und Primarschulklassen zum Kennenlernen von Freizeitangeboten sind weitere Aktionen in Planung. So werden über das Netzwerk 4057 beispielsweise an der OS Insel im zweiten Semester des Schuljahres 2010/11 drei Wahlfächer organisiert, die von ausserschulischen Institutionen durchgeführt werden.

**Bildungsbericht Kanton Basel-Stadt**

Ein Bildungsbericht 2010 wurde in Auftrag gegeben. Anhand gesammelter Kennzahlen der Bildungsstatistik stellt der Bildungsbericht Basel-Stadt in Abstimmung mit dem Bildungsbericht Schweiz (erschienen im Jahr 2010) den heutigen Zustand des Schulsystems Basel-Stadt vor der anstehenden Reform dar. Der Bericht erscheint voraussichtlich im Juni 2011. Er soll eine Vergleichsbasis für die nachfolgenden vierkantonalen Bildungsberichte (ab 2012) schaffen.

**Regionales Schulabkommen**

Per 1. August 2010 ist der Kanton Jura dem Regionalen Schulabkommen (RSA 2009) beigetreten, das die Abgeltung des Besuchs von ausserkantonalen Schulen und Bildungseinrichtungen im Raum der Mitgliedkantone regelt. Der Kanton Jura verfolgt mit dem Beitritt zum RSA das Ziel, im Bildungsbereich enger mit der Nordwestschweiz zusammenzuarbeiten. Mit dem Beitritt des Kantons Jura zum RSA 2009 steigt die Zahl der Mitglieder von bisher neun auf zehn Kantone. Aufgrund des grösseren Angebotes im Kanton Basel-Stadt ist eher mit einem Einnahmenüberschuss zu rechnen. Die zu

erwartenden Schüler- und Finanzströme zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Jura dürften sich aber eher in einem kleinen Rahmen bewegen.

### **Fachschulvereinbarung/Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen**

Die Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV) vom 27. August 1998 muss im Zusammenhang mit dem Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002 an das veränderte Finanzierungssystem, das seit 1. Januar 2008 umgesetzt ist, angepasst werden. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat den Entwurf zur neuen Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) bis zum 30. November 2010 an die Kantone in Vernehmlassung gegeben. Die neue HFSV wird frühestens per 1. August 2013 in Kraft treten.

### **Fachstelle Qualitätsmanagement**

Der laufende Entwicklungsprozess des Qualitätsmanagements Basel-Stadt ist durch die Impulse und Anregungen der Systemevaluationsberichte der Befragung 2009 zweifach unterstützt worden. Einerseits haben die Handlungsempfehlungen Vereinbarungen zu Massnahmen zwischen den Schul(haus)leitungen mit ihren Linienvorgesetzten ausgelöst. Andererseits ist in der kantonalen Steuergruppe ein „QM-Massnahmenpapier 2010“ mit Impulsen und Massnahmen an die Adresse von Akteuren auf verschiedenen Ebenen entstanden. Neu ist das Zusammenspiel zwischen QM und dem angelaufenen Schulharmonisierungsprojekt. In einer ersten Kooperation ist konzeptionell die teilweise gemeinsame Evaluation des Projektes Schulharmonisierung mit anderen gleichzeitig aktuellen Projekten und Themen – wie dem QM – entstanden. Im Bereich Evaluation steht die Bearbeitung des Konzeptes „Schulevaluation Basel-Stadt, Element 7“ kurz vor dem Abschluss. Die externe Evaluation an den fünf Berufsfachschulen, am Gymnasium Bäumlhof und an der Schule für Brückenangebote (Q2E-Schulen) hat sich als Grundlage für die Implementierung des QM an diesen Schulen erwiesen. Der damit erste Durchgang externer Evaluation (durch das IFES) ist damit erfolgreich abgeschlossen.

### **Zentrum Lehrpersonen**

Im Rahmen der RV09 wurde das Zentrum für Lehrpersonen (ZLP) geschaffen. Es umfasst das ULEF (Institut für Unterrichtsfragen und Weiterbildung mit den Bereichen Weiterbildung und Beratung), den SDU (Schuldienst Unterricht), die PDS (Pädagogische Dokumentationsstelle) sowie die Fachstelle ICT an Basler Schulen. Die Organisationsstruktur des ZLP und seine Produkte wurden neu so definiert, dass sie in möglichst guter Passung auf die Bedürfnisse der Schulleitungen, der Lehrpersonen und der Reformprojekte ausgerichtet werden können. Die oben erwähnten ZLP-Betriebe werden ab August 2011 in zwei Abteilungen zusammengefasst: In die Abteilung Medien und die Abteilung Unterrichts- und Schulentwicklung/Weiterbildung/Beratung.

**ULEF** Mehr als 7'500 Lehrpersonen erweiterten im Rahmen der berufsbegleitenden und schulinternen Weiterbildung ihre Kompetenzen. Etwa 3'300 Lehrerinnen und Lehrer nutzten die freien Kursangebote. Die Auswertung der Kurse widerspiegelte die hohe Qualität und Zufriedenheit der Kursteilnehmenden. Die Zahl der Beratungen nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Die Beratungskapazitäten wurden leicht erhöht.

**Schuldienst Unterricht (SDU)** Elf Fachexpertinnen und Fachexperten sowie die Leitung des SDU unterstützten die Schulen und den Geschäftsbereich Bildung in allen Bereichen des Unterrichts. Insgesamt wurde in 250 Produkten oder Teilprodukten der Schulen mitgewirkt und Wissen eingebracht. Das Engagement umfasste zudem die anstehenden Reformarbeiten (Bildungsraum Nordwestschweiz, HarmoS und Deutschweizer Lehrplan).

**Dienst für technische Unterrichtsmittel (DTU)** Sein Medienverleih ist mit jenem der PDS zusammengelegt worden und findet neu in deren Räumlichkeiten statt. Die Ausleihzahlen gingen leicht zurück. Bei der Beschaffung und Installation von technischen Unterrichtsmitteln (Beamer, Projektionswagen, Videogeräten sowie einer grossen Palette von Audio-Geräten) stieg der Bedarf stark an.

**Pädagogische Dokumentationsstelle (PDS)** Der Verleih von didaktischen Materialien wurde neu gestaltet, die Öffnungszeiten wurden ausgeweitet.

**ICT** ICT koordiniert und fördert den Einsatz von ICT an den Basler Schulen. Es wurden die gesamte Fileserver- sowie die Identity- und die Accessmanagementlösung erneuert. Mit dem neuen Betriebssystem werden mehr als 25'000 Benutzerinnen und Benutzer verwaltet und es wird auf mehr als 1'400 Windows-Computer zugegriffen.

### **Pädagogische Dienste**

**Logopädischer Dienst (LPD)** Die Dienstleistungen des LPD wurden im Rahmen von 19 Vollstellen von 29 fest und befristet angestellten logopädischen Fachpersonen und weiteren Fachpersonen im Stundenlohn für die Logopädie (14) und die Therapie von Legasthenie und Dyskalkulie (21) zentral (an der Binningerstrasse 6) und dezentral in drei Aussenstationen des LPD, 21 Schulhäusern und 22 freien logopädischen Praxen bzw. Lernstudios an insgesamt 47 Standorten angeboten. Die Fachpersonen des LPD beteiligten sich an der berufspraktischen Ausbildung von neun Studentinnen und Studenten der Logopädie und boten auf Anfrage zahlreichen Schülerinnen und Schülern aus weiterführenden Schulen Gelegenheit, im Rahmen von Schnupperpraktika Einblick ins Praxisfeld einer logopädischen Fachperson zu nehmen. Das mit Beginn des Schuljahres 2009/10 installierte Pilotprojekt für die Integration der Legasthenie- und Dyskalkulietherapie an drei Schulstandorten wurde im August 2010 um ein weiteres Schuljahr verlängert. Die Konzeption der logopädischen Leistungen ist auch Gegenstand der vom Grossen Rat und vom Erziehungsrat erlassenen neuen rechtlichen Grundlagen im Bereich von Sonderpädagogik, Integration und Förderung. Mit den Umsetzungsarbeiten, deren Ergebnis die Integration der Logopädie in die Volksschule sein wird, wurde begonnen.

**Case Management Berufsbildung (Gap)** Der Regierungsrat setzt seit dem Jahre 2005 einen Schwerpunkt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Als grosse Herausforderung gilt für Jugendliche mit diskontinuierlichen Bildungsverläufen die erfolgreiche Gestaltung der Übergänge von der obligatorischen Schule bis zum Erwerbseinstieg. Oftmals tauchen sie zwischen der Schule und dem Berufseinstieg ab und sprechen mit komplexen Problemlagen – und meist ohne berufliche Grundbildung – bei der Sozialhilfe vor. Gap will mit Massnahmen zur Früherkennung und zur Früherfassung dieser beruflichen Desintegration entgegenwirken. Jugendliche werden systematisch an der Volksschule selektioniert und erhalten eine durchgehende Unterstützung von der Schule bis zum erfolgreichen Berufseinstieg in Form eines Case Management Verfahrens. Damit wird Jugendarbeitslosigkeit verhindert und die Abschlussquote auf Stufe Sek II im Kanton erhöht. Gap startete im August 2008 und ist bald seit zweieinhalb Jahren operativ tätig.

Nach der vorausgegangenen Pilotphase 2008 - 2010 ist Gap in die Konsolidierungsphase übergetreten. Das Selektionsverfahren – im Sinne der Früherkennung – an der Volksschule in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen und der Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Die Abläufe haben sich eingespielt und die Entlastung der Lehrpersonen an der Schule wird deutlich. Insgesamt profitierten über 839 Jugendliche vom Angebot im Jahre 2010. Die Fallbelastung wird kontinuierlicher und pendelt sich nächstes Jahr – gemäss den Planungsvorgaben – bei ca. 450 - 500 Jugendlichen ein. Das Konzept einer durchgehenden Begleitung von der Volksschule bis in den Arbeitsmarkt scheint für Jugendliche mit einer Mehrfachbelastung stimmig und beginnt zu greifen.

**Schulsozialarbeit (SSA)** Mit der Differenzierung der Dienstleistungen im Quartier St. Johann wird die SSA erstmalig vollständig an allen Kindergarten- sowie Schulstandorten innerhalb eines Stadtquartiers angeboten. Im Bereich der Spezialangebote konnten die Dienstleistungen der SSA seit Januar ausgebaut und differenziert werden. Zu den ausserordentlichen Tätigkeiten im vergangenen Jahr gehörte die Überarbeitung und Vereinheitlichung von Schriften und Dokumenten der SSA. Im Zuge dieser Bearbeitung wurden einheitliche Standards der Arbeit auf allen Schulstufen verankert. Des Weiteren wurde im vergangenen Jahr der Aufbau einer Internetseite vorangetrieben, auf die interessierte Eltern und Schulen sowie Fachpersonen in Zukunft verwiesen werden können.

**Schulpsychologischer Dienst (SPD)** Das Jahr 2010 stand im Zeichen des Beitritts des Kantons Basel-Stadt zum HarmoS und Sonderpädagogik-Konkordat. Der Vorzug der integrativen vor der separativen Förderung hat zur Folge, dass der SPD vermehrt vor Ort in den Schulklassen Unterstützung gibt und Lehrerkollegien beratend begleitet. Durch die Zusammenarbeit der pädagogischen

Teams mit den Fachstellen richtet sich die Aufmerksamkeit in erwünschtem Sinne vermehrt auf das soziale Zusammenleben einer Schulklasse, auf die Zusammenarbeit im Team der Lehrpersonen, die in der Klasse unterrichten, auf das familiäre Umfeld sowie auf den kulturellen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler. Bedingt durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und den Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat wurden neue Instrumente für den SPD entwickelt, die als so genanntes standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV) ab kommendem Jahr eingesetzt werden. In der Zusammenarbeit mit der Volksschulleitung wurde das Verfahren den lokalen Bedürfnissen angepasst. Die fachliche Arbeit in Form psychologischer Interventionen hat zugenommen.



## Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in elf Jahren die obligatorische Grundausbildung. In den ersten neun Schuljahren werden sie unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren Leistungen in Lerngruppen und Klassen eines Quartierstandorts aufgenommen. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten optimale Lernanreize. Mit Hilfe von Förder- und Unterstützungsangeboten können die Lehrpersonen Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf gerecht werden. In einzelnen Fällen sind auch separative Schulformen möglich. Die Schule bezieht die Eltern als Partner in die Verantwortung für eine erfolgreiche Schulbildung ein und unterstützt sie in der Kinderbetreuung. Der Unterricht findet in verlässlichen Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus über Mittag und am Nachmittag betreut und gefördert.

In den beiden Jahren des Kindergartens sammeln Jungen und Mädchen im Spiel Erfahrungen im Zusammenleben, lernen selbstständig zu handeln und üben ihre Wahrnehmungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit.

In der vierjährigen Primarschule werden sie mit den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen vertraut gemacht und lernen die natürliche und geschaffene Umwelt kennen.

In der anschliessenden dreijährigen Orientierungsschule werden das Grundwissen und die Grundfertigkeiten im Fachunterricht vertieft. Neu dazu kommt der Unterricht in zwei Fremdsprachen. Im Unterricht und im Niveauunterricht der Kernfächer im dritten Jahr lernen die Jugendlichen ihre Neigungen und Fähigkeiten besser kennen. Nach Abschluss des Schuljahres werden sie in drei verschiedene Bildungswege aufgeteilt.

Im allgemeinen Zug der zweijährigen Weiterbildungsschule werden die Grundlagen für die Berufsbildung gelegt. Der erweiterte Zug der Weiterbildungsschule nimmt Jugendliche auf, die sich auf eine anspruchsvolle Lehre vorbereiten möchten. Über die Berufs- oder Fachmatur kann ihre Bildungslaufbahn auch in eine Hochschule führen. Leistungsfähige Schülerinnen und Schüler, die ihre Allgemeinbildung verbreitern und vertiefen wollen, besuchen ab dem 10. Schuljahr das Gymnasium (Teil der Dienststelle 240 Allgemeinbildende weiterführende Schulen). Nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit sollten die Lernenden über eine Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz verfügen, die sie für eine Ausbildung der Sekundarstufe II befähigt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung Primarstufe	3.1 Volksschulbildung
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	3.1 Volksschulbildung

## Tätigkeiten und Projekte

**Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschule** In Entsprechung zu den Zielen der Bildungsartikel in der Bundesverfassung hat der Grosse Rat 2010 den Beitritt des Kantons zu den Konkordaten der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) HarmoS und Sonderpädagogik beschlossen und das Schulgesetz entsprechend angepasst. Die Reformentscheide fielen sehr deutlich und geniessen auch in Schulen und Gesellschaft eine hohe Akzeptanz. Deswegen ist auch von keiner Gruppierung das Referendum ergriffen worden. Die Schulen von Basel-Stadt erhalten damit Anschluss an die Schulen der übrigen Schweiz, werden in Kooperation mit den Partnerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz entwickelt und sind dank analogen Beschlüssen des Landrats und der Stimmberechtigten Basel-Landschaft eng mit den Schulen im Baselbiet abgestimmt. In den beiden Basel wird in den nächsten Jahren das gleiche Schulsystem eingerichtet mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen. Nach Abschluss der elf obligatorischen Schuljahre erhalten die Jugendlichen einen Volksschulabschluss und treten im gleichen Zeitpunkt in die Angebote der Sekundarstufe II über – in die Berufsbildung, in die Fachmaturitätsschule und ins vierjährige Gymnasium. Mit der Reform wird insbesondere der Berufsbildungsweg aufgewertet, der durch die aktuelle Schullaufbahn benachteiligt wird. Die Angleichung der Strukturen ist Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Kantone. Diese erleichtert die laufende Anpassung der Bildungssysteme an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Zu diesen gehören die höheren Bildungsanforderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft und die gewachsene Heterogenität in den Klassen. Sie machen eine Individualisierung des Unterrichts und

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'415.6	1'396.5	1'381.8	1'393.6	1'420.6
Schüler/-innen (per 15. Sept.)	Anz	12'287	12'423	13'275	13'496	13'892 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 15. Sept.)	%	53.4	53.3	51.4	51.3	50.4 <sup>2</sup>
Unterrichtslektionen	Anz	30'158	30'493	32'107	32'748	33'615 <sup>3</sup>
Anteil Schüler/-innen in separativem heilpädagog. Angebot	%	2.9	3.2	3.9	5.3	6.5 <sup>4</sup>
Behinderte Minderjährige in separativen/integrativen Schulen	Anz	558	509	525	527	513
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	24.3	23.9	26.9	25.8	26.6 <sup>5</sup>
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	33.7	36.1	36.1	36.3	34.2
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	39.1	37.1	34.0	35.6	33.6
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine Berufslehre	%	20.7	17.3	20.6	17.8	15.6 <sup>6</sup>
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine weiterführende Schule	%	25.0	22.2	22.6	23.6	25.9
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in ein Brückenangebot	%	48.9	56.1	52.2	52.6	52.4
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	1.2	0.3	0.8	0.9	2.1 <sup>7</sup>

#### Kommentar

- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2010 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2010/2011 aufgeführt).
- Grund für den Rückgang sind zahlreiche Massnahmen zur Förderung der Integration in der Volksschule.
- Die Summe der Übertritte an die WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100 %. Grund dafür sind u.a. Übertritte in eine Kleinklasse oder Wegzug.
- Die Zahlen bei den WBS Kleinklassen wurden erst ab Schuljahr 2006/2007 erhoben.
- Inkl. WBS Kleinklassen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	211'807.6	211'331.3	209'415.8	476.3	0.2 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	45'730.2	47'923.5	48'244.6	-2'193.3	-4.6 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10.8	0.0	9.9	10.8	...
36 Eigene Beiträge	178.4	46.5	129.3	131.9	283.7 <sup>3</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>257'727.0</b>	<b>259'301.3</b>	<b>257'799.6</b>	<b>-1'574.3</b>	<b>-0.6</b>
42 Vermögenserträge	-5.1	-3.5	-5.0	-1.6	-46.7
43 Entgelte	-4'082.2	-3'283.0	-4'264.8	-799.2	-24.3 <sup>4</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-12'303.2	-11'297.3	-12'492.8	-1'006.0	-8.9 <sup>5</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-16'390.5</b>	<b>-14'583.8</b>	<b>-16'762.7</b>	<b>-1'806.8</b>	<b>-12.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>241'336.5</b>	<b>244'717.5</b>	<b>241'036.9</b>	<b>-3'381.1</b>	<b>-1.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung Primarstufe	105'875.1	108'557.1	109'143.3	-2'682.0	-2.5
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	135'461.4	136'160.4	131'893.6	-699.0	-0.5

#### Kommentar

- Die Abweichung zum Budget ist auf folgende, gegenläufige Effekte zurückzuführen: tiefere Schülerzahlen bei den Regelschulen als budgetiert (-1.3 Mio. Franken); Mehraufwand Heilpädagogische Schule infolge höherer Schülerzahl und Erhöhung der Pauschale pro Schüler/in (+1.2 Mio. Franken, entsprechender Mehrertrag in Kostenart 46); Unterschreitung bei den Projekten und nicht besetzte Stellen bei der Leitung Volksschulen (-1.3 Mio. Franken); einmaliger Aufwand bei der Bildung von Rückstellungen für die Zeitguthaben der Lehrpersonen (+1.4 Mio. Franken); überdurchschnittlich viele Langzeit-Krankheitsfälle (+0.7 Mio. Franken, entsprechender Mehrertrag in Kostenart 43).

- 2 1.4 Mio. Franken der Unterschreitung sind auf nicht verwendete Projektbudgets zurückzuführen. Die restliche Abweichung setzt sich aus einer Vielzahl von kleineren Unterschreitungen zusammen.
- 3 Die Kosten an die Gemeinde Riehen für zwei Basler Kinder, die eine Integrationsklasse in Riehen besuchen, wurden nicht budgetiert.
- 4 Die Mehrerträge gegenüber dem Budget betreffen fast ausschliesslich die Kranken- und Unfalltaggelder (0.7 Mio. Franken, siehe Kostenart 30).
- 5 Der Mehrertrag ist auf die nicht budgetierte Erhöhung der Pauschale, die die Fachstelle „Zusätzliche Unterstützung“ (Dienststelle 220 Leitung Bildung) pro Schüler/in der Heilpädagogischen Schule ausrichtet, zurückzuführen (entsprechende Mehrausgaben in Kostenart 30).

eine zeitliche Flexibilisierung der Schullaufbahn nötig. Zur Angleichung der Bildungsinhalte werden die gesamtschweizerischen Bildungsstandards, der Deutschschweizer Lehrplan und die Aufgabensammlung sowie die Leistungstests des Bildungsraums Nordwestschweiz dienen. Die Umstellung der Schulstruktur erfolgt in Etappen und beginnt 2013 mit der Verlängerung der Primarschule. Die Umsetzung der Reform ist einer Projektleitung anvertraut. Per Ende 2010 konnten der Schulraum-Allokationsplan sowie Konzept und Kriterien zum Stufenwechsel der Lehrpersonen fristgerecht abgeschlossen werden.

**Leitungsreform Volksschulen** Die Leitungsreform stellt Leitungen und Lehrpersonenteams an den Standorten in die Verantwortung für die örtliche Schulpraxis. Sie fördert das Zusammenwirken von Leitung, Lehrpersonen und übrigen Personal, Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Schulrat und gibt der teilautonomen Schul- und Unterrichtsentwicklung genügend Schwung. Die Schulleitungen sind mit den nötigen Kompetenzen und Zeitressourcen ausgestattet und zuständig für Personal- und Schulführung. Die bisherigen Rektorate werden durch die Leitung Volksschulen abgelöst. Diese konzentriert sich auf die strategische Führung und die Aufsicht über Schulleitungen und Schulen. Anstelle der Inspektionen schliesslich wird für jede Schule ein Schulrat mit internen und externen Mitgliedern geschaffen, der dem Dialog zwischen Schule und Gesellschaft und der Vermittlung zwischen den Beteiligten dient.

Die Veränderung erfolgt in zwei Etappen. Am 1. August 2009 erhielten die Standorte der Sekundarstufe I (Orientierungs- und Weiterbildungsschule) und die Gemeindeschulen von Bettingen und Riehen lokale Leitungen und Schulräte. 2011 werden in allen Primarschulhäusern auf Stadtboden gemeinsame Leitungen von Kindergärten und Primarschulen eingerichtet.

**Kommunalisierung** Seit dem 1. August 2009 tragen die Gemeinden von Bettingen und Riehen die Verantwortung für das Personal und die Infrastruktur der Primarschulen in ihrem Gemeindebann und können die Primarschulen zusammen mit den bereits kommunalisierten Kindergärten führen. Für das pädagogische Programm, die Standards und die strategische Ausrichtung bleibt weiterhin der Kanton zuständig. Per Schuljahr 2013/14 werden das siebte und im Jahr darauf das achte Schuljahr kommunalisiert.

**Sprachförderung** Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule sollen die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden - vorab jene von benachteiligten Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. 2009 hat der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen für das Projekt Deutschförderung für Dreijährige gelegt. Ziel ist, dass möglichst viele Kinder ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten mindestens zwei Mal wöchentlich eine Spielgruppe mit integrierter Sprachförderung besuchen können. Einkommensschwache Familien erhalten seit Sommer 2010 staatliche Beiträge. Ab 2013 können Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen zum Besuch der Spielgruppen verpflichtet werden. Im Kindergarten sind Standarddeutsch und Dialekt seit Beginn des Schuljahrs 2009 gleichberechtigte Unterrichtssprachen und Förderziele. Die Lehrpersonen sprechen mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit Standarddeutsch. Die Kinder sind in ihrer Sprachwahl frei. Der Unterricht in den Volksschulen erfolgt in allen Fächern in Standarddeutsch. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zum frankophonen Sprachraum an (Basel-Landschaft, Solothurn, Bern, Freiburg, Wallis). Der Erziehungsrat Basel-Stadt hat die künftige Stundentafel für den Fremdsprachenunterricht an der Volksschule beschlossen. In den interkantonalen Gremien fielen die Entscheide über Lehrplan und Lehrmittel. Gleichzeitig hat Basel-Stadt die künftigen Französisch-Lehrpersonen sprachlich und didaktisch ausgebildet. Ab August 2011 wird der

Französischunterricht im fünften Schuljahr (3. Klasse der Primarschule) einsetzen. Der vorverlegte Englischunterricht beginnt zwei Jahre später im siebten Schuljahr.

**Sonderpädagogik** Die Volksschule trägt die Verantwortung für alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler, auch für jene mit besonderem Bildungsbedarf. Dazu gehören Kinder mit einer Behinderung, mit Leistungsschwächen, mangelnden Deutschkenntnissen, auffälligen Verhaltensweisen und Hochbegabung. Sie werden wenn immer möglich in Regelklassen eingeteilt, im Bedarfsfall zusätzlich gefördert oder wenn nicht anders möglich in nichtstaatlichen Sonderschulen sowie staatlichen Spezialangeboten (gelegentlich in Privatschulen) geschult. Das dreistufige Fördersystem mit kollektiv finanziertem Grundangebot sowie Förderangebot in der Schule (unter anderem mit Heilpädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Logopädie) und individuell finanzierten „Verstärkten Massnahmen“ entspricht dem Konkordat Sonderpädagogik sowie dem sonderpädagogischen Konzept der beiden Basel und ist zusammen mit dem Entscheidungsablauf für die Ressourcenzuteilung im revidierten Schulgesetz und der neuen Verordnung Sonderpädagogik geregelt. Wenn die Fördermöglichkeiten der Schule in einem bestimmten Fall nicht ausreichen, beantragt die Schulleitung bei der Volksschulleitung verstärkte Massnahmen. Nach Abklärung des Bildungsbedarfs durch den Schulpsychologischen Dienst bereitet die zur Volksschulleitung gehörige Fachstelle „Zusätzliche Unterstützung“ die Entscheidung vor. Die Mittel für verstärkte Massnahmen wechseln per 1.1.2011 vom Budget Leitung Bildung (220) ins Budget Volksschulen. Bei der anschliessenden Umsetzung der Massnahmen werden Schulleitungen, Lehr- und Fachpersonen vom Fachzentrum „Sonderpädagogik“ der Volksschulleitung beraten. Die Ausgestaltung der sonderpädagogischen Landschaft in den Schulen erfolgt schrittweise im Rahmen des Projekts „Integration und Förderung“.

**Weiterer Ausbau des Tagesstrukturangebots in den Schulen** Auf Beginn des Schuljahrs 2010/2011 ist das vielfältige Angebot an schulischen Tagesstrukturen um 222 auf rund 1500 Plätze ergänzt worden. Von diesen werden noch nicht alle besetzt. Zurzeit nehmen insgesamt rund 24 Prozent der Kinder im Schulalter eine familienergänzende Betreuung in Tagesstrukturen, Tagesheimen und Tagesfamilien in Anspruch. Tagesstrukturen fördern die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit. Die Betreuungsangebote der Tagesstrukturen werden nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet. Sie sind in die Schule integriert oder in Partnerschaft mit Externen eng mit ihr verbunden. Die Schule übernimmt damit neben dem Bildungs- vermehrt auch einen Erziehungs- und Betreuungsauftrag und wird als Lebensraum konzipiert. Sie erweitert das Förderangebot für Kinder und Jugendliche und hilft, Erziehungs- und Bildungsdefizite zu kompensieren. Die Eltern entscheiden, in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen wollen. Dieses besteht aus Frühhort, Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung. Die Kostenbeiträge der Eltern sind entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Familien abgestuft. Ihre Berechnung ist seit Beginn des laufenden Schuljahrs erheblich vereinfacht. Es gelten die Tarifklassen für die Krankenkassenverbilligung. Der weitere Ausbau der Tagesstrukturen orientiert sich am Bedarf der Familien und an den zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Projektmittel sind im Budget Leitung Bildung (220) angesiedelt.

## Allgemeinbildende weiterführende Schulen

ED-240

Diese Dienststelle gliedert sich in das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium, die Fachmaturitätsschule, die Maturitätsschule für Berufstätige und den Passerellenlehrgang von der Berufsmaturität zur Maturität.

Die Gymnasien führen junge Menschen, die sich von einem breit gefassten Bildungs- und Leistungsbegriff herausfordern lassen wollen, in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben des Eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements MAR zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist. Zum Pflichtwahlbereich gehören die profilbildenden Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer, zum freien Wahlbereich die Sportklassen, die Immersionsangebote (Fachunterricht in englischer Sprache) und ein freies Kursangebot im Bereich von Sprachen, Natur- und Geisteswissenschaften, Kunst und Kultur sowie Sport. Übergangsklassen bieten leistungsfähigen Absolventinnen und Absolventen der Weiterbildungsschule die Möglichkeit, sich für das Gymnasium zu qualifizieren. Mit speziellen Angeboten für Benachteiligte und für besonders Begabte erfüllen die Gymnasien den Auftrag zur Individualisierung des Bildungsgangs. Mit Bildungselementen, welche den Regelunterricht ergänzen (Praktika in der Arbeitswelt, Studienwochen, Kultur- und Wirtschaftsprojekte), wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Die Fachmaturitätsschule FMS schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet junge Menschen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer Höheren Fachschule vor. Die FMS führt sechs Fachrichtungen. Sie vermittelt eine breit gefächerte Allgemeinbildung und bereitet spezifisch auf jene Berufsfelder vor, welche die Schülerinnen und Schüler nach dem ersten Jahr wählen. Ausserdem führt die FMS ein differenziertes Förderangebot. Nach drei Jahren wird der Fachmittelabschluss erworben. Er berechtigt zu einem Studium an einer Höheren Fachschule. Die Fachmaturität kann erwerben, wer Zusatzleistungen wie Praktika, Fremdsprachenaufenthalt, zusätzliche richtungsspezifische Allgemeinbildung erbringt sowie eine Fachmaturitätsarbeit verfasst. Die Fachmaturität berechtigt zu einem Studium an einer Fachhochschule.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerellenlehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS

3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

## Tätigkeiten und Projekte

**Gymnasien und Bildungsraum Nordwestschweiz** Der Regierungsausschuss des Bildungsraums Nordwestschweiz hat verschiedene Beschlüsse über die Weiterentwicklung der Gymnasien gefällt. Die Gymnasien der vier Kantone sollen ab dem Schuljahr 2014/15 im Grundsatz allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von den Kantonsgrenzen offen stehen. Diese Freizügigkeit soll den Schülerinnen und Schülern mehr Wahlmöglichkeiten eröffnen und die lokale Schulentwicklung fördern. Sie wird allerdings eine gelenkte sein, damit einzelne Schulen weder überlastet noch in ihrer Existenz gefährdet werden. Ausserdem hat der Regierungsausschuss per Schuljahr 2013/14 die Einführung von harmonisierten Maturitätsprüfungen beschlossen. Das bedeutet, dass alle Maturandinnen und Maturanden einer Schule in den Grundlagen- und Schwerpunktfächern dieselbe schriftliche Maturitätsprüfung ablegen werden. Ab Schuljahr 2011/12 bilden alle Gymnasien der vier Bildungsraumkantone ein Netzwerk Begabungsförderung. Jedes Gymnasium benennt eine Person, die für die Koordination der Massnahmen zuständig ist und eine entsprechende Weiterbildung besucht. Das Thema Begabungsförderung wird somit in allen Schulen als Auftrag fest verankert.

**Schulharmonisierung** Im Zusammenhang mit der Schulharmonisierung wurde eine Projektorganisation für das Teilprojekt Gymnasien aufgebaut. Das neue, auf vier Jahre verkürzte Gymnasium wird in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft geplant. Im Zentrum der Arbeiten stehen die Überarbeitung des Bildungsplans, der Stundentafel und der Promotionsordnung sowie die

Umsetzung der Beschlüsse des Bildungsraums (s. oben), die Definition der Raumstandards und die Klärung der sich aus der Verkürzung ergebenden Personalfragen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	402.0	385.3	431.7	425.7	425.7	<sup>1</sup>
Schüler/-innen und Schüler (per 15. Sept.)	Anz	3'606	3'573	4'077	4'063	3'971	<sup>2</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 15. Sept.)	%	24.7	22.8	24.0	22.7	20.6	<sup>3</sup>
Unterrichtslektionen	Anz	7'083	7'017	8'073	7'866	7'835	<sup>4</sup>
Erworbene Abschlüsse	Anz	820	734	816	711	709	<sup>5</sup>
Anteil Maturanden mit erfolgreichem Abschluss eines Studiums	Anz			65.0	66.6	64.4	<sup>6</sup>

#### Kommentar

- 1 Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 2 Die Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen). Die Schüler/innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 3 Die Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Schüler/innen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2010 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2010/2011 aufgeführt). Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 5 Umfasst ab 2007 die FMS-Abschlüsse nach neuem Reglement. Das heisst zum Beispiel: Der Wert 2008 umfasst die 66 Schüler/innen mit einem Fachmaturitätsabschluss und die 199 Schüler/innen mit einem Fachmittelschulabschluss. Dies erklärt die Differenz zu 2007. Der 2008-Wert ist ein Ist-Wert.
- 6 Anteil all jener Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die im Kanton Basel-Stadt 1996 bzw. 1995 die Matur bestanden und die 10 Jahre später, also 2006 bzw. 2005, einen Universitätsabschluss auf Niveau Lizentiat / Master erworben haben. Die Datenerhebung des Bundesamtes für Statistik bringt es mit sich, dass die IST-Werte um zwei Jahre nachhinken.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	70'231.7	69'749.3	69'048.5	482.5	0.7	<sup>1</sup>
31 Sachaufwand	10'706.8	10'475.1	11'582.9	231.7	2.2	<sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.0	0.0	0.3	1.0	...	
36 Eigene Beiträge	63.9	69.7	58.8	-5.8	-8.3	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>81'003.4</b>	<b>80'294.0</b>	<b>80'690.5</b>	<b>709.4</b>	<b>0.9</b>	
43 Entgelte	-1'172.6	-1'070.5	-958.5	-102.1	-9.5	<sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-782.1	-684.5	-709.2	-97.6	-14.3	<sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'954.7</b>	<b>-1'755.0</b>	<b>-1'667.7</b>	<b>-199.7</b>	<b>-11.4</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>79'048.7</b>	<b>78'539.0</b>	<b>79'022.8</b>	<b>509.7</b>	<b>0.6</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Gym. Bildung und Bildung an der FMS	79'048.7	78'539.0	79'022.8	509.7	0.6	

#### Kommentar

- 1 Die entstandenen Mehrkosten sind vor allem auf Lektionenmehrkosten und zusätzliche Aushilfen aufgrund von Krankheitsfällen und Mutterschaften zurückzuführen.
- 2 Beim Gymnasium Bäumlhof werden die Informatikleistungen durch eine externe Firma erbracht, der Aufwand wurde hingegen in Kostenart 30 budgetiert. Am Gymnasium Münsterplatz sind für den Lehrgang „International Baccalaureate“ leicht höhere Kosten angefallen und bei den Lehrmitteln sind an mehreren Schulen höhere Ausgaben entstanden (vgl. Kostenart 43).
- 3 Die Änderung bei der Gebührenverordnung im Bereich der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) hat zu Mehreinnahmen bei den Kursgeldern geführt. Bei den Gymnasien wird die Lehrmittelpauschale für Lernende im postobligatorischen Schulbereich MWST-bedingt neu bei allen Schulen über die Kostenart 43 statt 46 geführt.
- 4 Aufgrund der Änderung der Gebührenverordnung im Bereich der MfB und mehr ausserkantonalen Studierenden sind bei den MfB und der Passerelle Mehreinnahmen aus Kantonsbeiträgen entstanden.

**Sprachförderung** Im Rahmen des dreijährigen Projektes „Sprachförderung an den Oberen Schulen“ wurde die im letzten Jahr entworfene flächendeckende Weiterbildung in integrierter Sprachdidak-

tik für alle Lehrpersonen dieser Stufe durchgeführt und abgeschlossen. Alle Gymnasiallehrpersonen der Stadt haben sich zum Thema Sprachprofile weitergebildet. Das Thema Sprachförderung bleibt weiterhin ein wichtiges Anliegen der Gymnasien und wird nun in den Regelbetrieb überführt. An allen Standorten wurden oder werden ausserdem Sprachförderzentren aufgebaut. Neu konzipiert und bereits begonnen wurde eine Weiterbildung in „Deutsch als Zweitsprache“ für Leitende der Förderzentren an den Maturitätsschulen und der Schule für Brückenangebote. Ziel ist, die sprachlichen Kompetenzen von Lernenden sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Regelunterrichtes zu fördern.

**Qualitätsmanagement QM** Der Aufbau des QM und der dazu nötigen Instrumente an den Gymnasien und der Fachmaturitätsschule FMS wird fortgesetzt. Da die Schulen zu unterschiedlichen Zeiten mit der Entwicklung ihres QM begonnen haben, ist der aktuelle Stand des Aufbaus verschieden. Bis 2012 wird der Aufbauprozess überall abgeschlossen sein. Alle Lehrpersonen arbeiten in Qualitätsgruppen und holen sich regelmässig eine Rückmeldung zu ihrer Arbeit. Fast an allen Schulen sind inzwischen auch die Mitarbeitergespräche mit den Lehrpersonen eingeführt. Mit dem QM werden die Unterrichtsentwicklung, die Weiterbildung der Lehrpersonen und die Entwicklung der Schule als Organisation eng aufeinander bezogen und systematisiert.

**Revision Promotionsverordnung Gymnasien** Ab Schuljahr 2011/12 wird es in den ersten Klassen der Gymnasien ein Jahreszeugnis für alle Schülerinnen und Schüler geben. Damit wird eine Schriftliche Anfrage aus dem Grosse Rat umgesetzt, in der kritisiert wurde, dass für die definitiv ins Gymnasium aufgenommenen Schülerinnen und Schüler die Noten des ersten Semesters nicht promotionsrelevant sind. Am Ende des zweiten Quartals erhalten nun alle Schülerinnen und Schüler einen Lernbericht. Dieser gilt für diejenigen Schülerinnen und Schüler mit einer Probezeit als Entscheidungsgrundlage für die Frage, ob sie die Probe bestanden haben oder nicht.

**Mensakonzzept Gymnasien** Mit der Eröffnung der Mensa im Gymnasium am Münsterplatz verfügen nun alle Gymnasien und die FMS über eine Mensa.

**Zusammenarbeit Universität und Gymnasien** Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Basel und den Gymnasien der Region Nordwestschweiz wurde weiter intensiviert. Das Projekt „Schülerstudium“, das im Rahmen der Exzellenzförderung in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt initiiert wurde, steht neu allen Schülerinnen und Schülern des Bildungsraums offen. Ein weiteres Projekt „Schulpraktikum“ soll dem Mangel an Lehrpersonen auf der Sekundarstufe II in bestimmten Fächern (Mathematik, Physik, Chemie, Wirtschaft, Informatik und Französisch) entgegenwirken.

**IT-Infrastruktur** Im Berichtsjahr konnte die IT-Vernetzung fast aller Allgemeinbildenden Weiterführenden Schulen den modernen Erfordernissen angepasst werden.



### **Fachmaturitätsschule (FMS)**

**Fachmaturität generell** Rund 70% aller Schülerinnen und Schüler, welche nach drei Jahren FMS den Fachmittelschulabschluss erworben haben, streben die Fachmaturität an. Von den 145 jungen Erwachsenen, welche im Jahre 2009 die Fachmaturität in Angriff genommen haben, schlossen 109 im Jahr 2010 erfolgreich ab. Dies entspricht einer Erfolgsquote von ca. 75%. Die Fachmaturität – gleichbedeutend mit der Fachhochschulreife – stellt also nochmals einen anforderungsreichen Schritt nach dem Erlangen des Fachmittelschulabschlusses dar. Eine Analyse der Gründe für den Misserfolg auf dem Weg zur Fachmaturität zeigt, dass nur wenige das dazu notwendige Praktikum nicht erfolgreich absolvieren. Die FMS-Praktikantinnen und -Praktikanten geniessen in den am häufigsten belegten Praktikumsinstitutionen im Gesundheits- und Sozialbereich vielmehr eine hohe Wertschätzung. Die Mehrheit der in der Fachmaturität nicht Reüssierenden erreicht in der anspruchsvollen, thematisch mit dem Praktikum in Verbindung stehenden Fachmaturitätsarbeit keine genügende Note.

**Fachmaturität Pädagogik** Auch in der Fachrichtung Pädagogik, in welcher als einziger Fachrichtung zur Erlangung der Fachmaturität kein Praktikum, sondern ein allgemeinbildender, einsemestri-ger Fachmaturitätskurs besucht wird, scheitern mehr Schülerinnen und Schüler an der Fachmaturitätsarbeit als in den Prüfungen am Ende des Fachmaturitätskurses.

Der Fachmaturitätskurs Pädagogik wird seit Beginn im Jahre 2007 gemeinsam mit der FMS Basel-Landschaft mit gleichem Lehrplan und identischen Abschlussprüfungen durchgeführt. Um keinen zusätzlichen kleinen Kurs in Basel zu führen, haben im Berichtsjahr zum zweiten Mal auch Schülerinnen und Schüler, welche an der FMS Basel den Fachmittelschulabschluss erworben haben, den Fachmaturitätskurs an der FMS des Gymnasiums Münchenstein besucht. Der Vergleich der durchschnittlichen Prüfungsergebnisse über die drei Jahrgänge des Fachmaturitätskurses Pädagogik zeigt, dass sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler der FMS Basel-Stadt und der FMS Basel-Landschaft in den gleichen Bandbreiten bewegen.

### **Gymnasium Bäumlhof (GB)**

**Projekt GBplus** Im Schuljahr 2010/2011 wurde mit einer Klasse ein Schulprojekt gestartet, mit welchem das individualisierte Lernen gefördert wird. Die Projektklasse wird in einer Tagesstruktur geführt. Neben den Lektionen, die im Klassenverband erteilt werden, ist ein Teil der Unterrichts- und Präsenzzeit dem individualisierten Lernen gewidmet. Jede Woche planen die Schülerinnen und Schüler ihr Lernen zusammen mit ihren persönlichen Coaches.

**Kulturelles** Zu Beginn jedes Berichtsjahrs gelangt das grosse Musikprojekt, an welchem jeweils über 200 Schülerinnen und Schüler beteiligt sind, zum Abschluss und zur Aufführung. Im Berichtsjahr 2010 wurde in der Elisabethenkirche mit grossem Erfolg geistliche Musik des 20. Jahrhunderts aufgeführt.

**Raumallokation** Im Hinblick auf die Schulharmonisierung und auf die geplante Gesamtsanierung des Bäumlhofschulhauses beschäftigt und beschäftigt das Thema Raum die Schulen am Standort Bäumlhof sehr stark. Auch in Zukunft wird eine sehr grosse Zahl von Kindern und Jugendlichen auf dem Areal zur Schule gehen, die grösste Gruppe davon im Sekundarschulalter. Wenn es im Rahmen der Gesamtsanierung des Bäumlhofschulhauses gelingt, die Schulgebäude und den Aussenraum klar zu gliedern, lässt sich für die fünf Schulen ein attraktiver und lebendiger Campus gestalten.

### **Gymnasium Kirschgarten (GKG)**

**Qualitätsarbeit** Die Evaluationen attestieren dem GKG einen guten Stand bei den Q-Arbeiten. In den kommenden Jahren wird die Q-Arbeit primär auf die anstehende Gymnasialreform ausgerichtet sein.

**Politische Bildung** Das GKG fördert auch in diesem Jahr die politische Bildung - zum Beispiel mit einem Streitgespräch zur Entwicklung der Basler Zeitung.

**Kulturelles** Höhepunkt eines reichhaltigen kulturellen Angebotes bildete Ende November die Aufführung von Jean Philippe Rameaus Barockoper „Les Indes Galantes“ im Foyer des Theaters Basel in Zusammenarbeit mit dem Gymnasium am Münsterplatz.

**Partnerschaft mit der PH-FHNW** Das GKG wurde von der PH-FHNW als Partnerinstitution für eine intensivierte Zusammenarbeit ausgewählt. Als erster Schritt bei der Partnerschaft sollen im Schuljahr 2011/12 in einem Pilotversuch neue Formen bei der berufspraktischen Ausbildung von Studierenden erprobt werden.

#### **Gymnasium am Münsterplatz (GM)**

**Neue Mensa** Zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2010 wurde am GM die Mensa gebaut und eingerichtet. Die historischen Gymnasialbauten bieten für den neuen Mensaaufenthaltsraum des GM inmitten der zwei Pausenhöfe einen attraktiven baulichen Rahmen.

**Förderzentrum** Angesichts der vielen Quereinsteigerinnen und -einsteiger aus dem Ausland und aus Privatschulen am GM wurden die Förderprogramme in den Fächern Französisch und Deutsch ausgebaut. Die Förderprogramme richten sich nach den individuellen Bedürfnissen der betroffenen Schülerinnen und Schüler und werden von der Fach- und der Förderlehrperson regelmässig, je nach Fortschritt und nach Rücksprache mit der Schulleitung, angepasst. Die Förderprogramme - die zum Teil von den betroffenen Eltern mitfinanziert werden - sollen die rasche Integration fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler fördern, die bisher ein anderes Schulsystem besucht haben.

**Einführung des Diploma Programms der International Baccalaureate Organization IBO** Nach einem zweijährigen, seitens IBO standardisierten Bewerbungsprozess soll im Frühjahr 2011 die Akkreditierung des GM als Mitgliedschule der International Baccalaureate Organization erfolgen. Damit wird das bisherige Immersionsangebot zum IB-Programm weiterentwickelt und inskünftig freiwillig das IB-Diplom zusätzlich zur kantonalen Maturität absolviert. Im Verlauf des Jahres 2010 haben zahlreiche GM-Lehrpersonen IB-Workshops in ganz Europa besucht und die betroffenen Fachschaften ihre Lehrpläne angepasst, um im August 2011 mit dem IB-Diploma Programm starten zu können. Mit der Einführung des IB-Diploma Programms wird das GM Teil des verbindlichen Qualitätssystems einer weltweiten Schulgemeinschaft mit gemeinsamen Bildungsidealen und Bildungsstandards. Die von Hochschulen anerkannten Anforderungsprofile und Notenskalen von IBO ermöglichen den Schülerinnen und Schülern mit IB-Diplom einen erleichterten Zugang zu Hochschulen weltweit.

#### **Gymnasium Leonhard (GL)**

**Lehrkustdidaktik** Die im letzten Jahr begonnene Weiterbildung in Lehrkustdidaktik fand ihre Fortsetzung in drei weiteren Tertialtreffen. Im Zentrum steht die Arbeit in kollegialen Werkstätten an Lehrstücken, die im natur- wie auch geisteswissenschaftlichen Bereich einen wesentlichen Beitrag zur Unterrichtsvielfalt in der Tradition von Martin Wagenschein leistet.

**Qualitätsmanagement QM** Bis Mitte 2011 wird im Rahmen eines Pilotprojekts ein Konzept zur Führung von Mitarbeitendengesprächen erprobt und evaluiert. Ab nächstem Schuljahr werden dann die Gespräche im Rahmen der kantonalen Vorgaben regulär durchgeführt; die Arbeiten an den übrigen Teilen (insbesondere Q-Handbuch) werden weiter vorangetrieben.

**Schulentwicklung** Der Immersionsunterricht des GL wurde nach der fünfjährigen Versuchsphase mittlerweile eidgenössisch anerkannt. Neu wird nun das Fach Geografie auch in der 4. Klasse auf Englisch unterrichtet. Intensiv setzte sich das Kollegium angesichts der neuen Gewichtung der Maturaarbeit mit der anforderungsreichen Beurteilungspraxis auseinander. In einem längeren Prozess entstand schliesslich auch eine neue Wegleitung.

**Politische Bildung** Aus Anlass des 50. Jahrestages der Schuman-Deklaration organisierte das GL ein Gespräch zwischen interessierten oberen Klassen und dem schwedischen Botschafter in Bern. Den Teilnehmenden wurde durch die Einbettung des Besuchs in eine Unterrichtsreihe „Europäische Einigung“ ein wichtiges zeitgenössisches Thema des politischen Unterrichts nahegebracht.

#### **Wirtschaftsgymnasium (WG)**

**Qualitätsmanagement QM** Die Arbeit in den so genannten Q-Gruppen wurde in diesem Schuljahr ausgebaut und intensiviert. Am Dreitageblock beschäftigten sich die Lehrpersonen intensiv mit dem Thema „Kollegiale Unterrichtshospitation“. Im Verlauf des Schuljahres wurden innerhalb der Q-Gruppe gegenseitig Unterrichtsbesuche durchgeführt und analysiert.

**Förderzentrum** Nach entsprechender Vorbereitung konnte im Schuljahr 2010/2011 das „Förderzentrum“ eröffnet werden. Im Förderzentrum wird gezielt und individuell Unterstützung angeboten für Deutsch, Französisch, Mathematik sowie Wirtschaft und Recht. Diese Förderung kommt jedoch nicht nur diesen Fachbereichen zugute, sondern soll sich im gesamten Fächerangebot positiv auswirken. Neben dieser Lern- und Arbeitsförderung wird auch Unterstützung für besonders interessierte und begabte Schülerinnen und Schüler angeboten.

**Immersionsunterricht** Das Immersionsangebot mit zusätzlichem Fachunterricht in englischer Sprache wurde eidgenössisch anerkannt. Damit besteht am Wirtschaftsgymnasium neu die Möglichkeit, eine zweisprachige Maturität (Deutsch-Englisch) zu erwerben. Die vorgesehenen Lehrpersonen für den ersten Bildungsgang haben an den Lehrplänen und vorgesehenen Unterrichtsinhalten mitgearbeitet und sind bereit, die erste Immersionsklasse ab August 2011 zu führen.

#### **Maturitätskurse für Berufstätige (MfB)**

In den Maturitätskursen für Berufstätige sind 30 Studierende auf dem Weg zur kantonal anerkannten Matur. Sie werden im Juni 2011 hoffentlich erfolgreich abschliessen. Seit Januar sind in zwei neuen Klassen rund 40 Schülerinnen und Schüler neu auf diesem Weg.

#### **Passerelle**

Im August traten 45 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Abschlussprüfungen der Passerelle an. 27 legten die Prüfungen erfolgreich ab. Die Erfolgsquote von 60% lag dieses Jahr deutlich unter den Vorjahren (2009: 71%, 2008: 77%, 2007: 75%). Erneut waren die Naturwissenschaften massgebend für Erfolg oder Misserfolg. Im Schuljahr 2010/11 werden drei Klassen, eine mehr als bisher, geführt. Die gute Zusammenarbeit mit den anderen Passerelle-Standorten wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Auch in Zukunft sollen die Prüfungsinhalte mit den Schulen in St. Gallen und Luzern koordiniert werden. So kann sichergestellt werden, dass dieser noch junge Ausbildungsweg und die Anforderungen überall vergleichbar sind.

## Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle gliedert sich in die Schule für Brückenangebote (SBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Die SBA bietet Jugendlichen, die neun Schuljahre absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die vollschulischen Angebote werden im Grundniveau (Basis) und im anspruchsvolleren Erweiterungsniveau (Basis plus) geführt. Die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) führt zu den kaufmännischen Berufslehren. Die kombinierten Brückenangebote bestehen aus der Vorlehre A extern (zwei Tage Unterricht, 3 Tage Praktikum in einem Betrieb), dem heilpädagogischen Angebot Vorlehre A Job sowie der Vorlehre A aprentas. Für fremdsprachige Jugendliche, die neu in die Schweiz eingereist sind, werden verschiedene Integrationsangebote geführt.

Die Berufsfachschulen leisten sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest EBA, dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ sowie der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität) einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt. Mit dem breiten Bildungsangebot im Bereich der Höheren Berufsbildung, der berufsorientierten Weiterbildung und der Nachholbildung unterstützen die Berufsfachschulen die berufliche Weiterentwicklung und Flexibilität sowie die soziale und berufliche Integration. Die AGS ist das Zentrum für die gewerblich-industrielle Berufsbildung. An der Lehrwerkstätte für Mechaniker werden zum Teil in Ausbildungskooperation mit Firmen Polymechaniker und Polymechanikerinnen ausgebildet. Die SfG ist für Grundbildungen im gestalterisch-künstlerischen Bereich die wichtigste Bildungsstätte der Nordwestschweiz. Sie bietet Grundbildungen an, die sowohl im dualen Modus wie auch im Vollzeitpensum absolviert werden können. Die BFS ist das Ausbildungszentrum im Bereich Detailhandel, Hauswirtschaft, Mode und Gestaltung sowie der sozialen Berufe. In den Couture-Ateliers der Lehrwerkstatt werden Bekleidungs-gestalterinnen und -gestalter ausgebildet.

Die WMS, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die Handelsmittelschule HMS, die Informatikermittelschule IMS und die Verkehrsschule VS. An der HMS kann in einer Vollzeitausbildung das eidgenössisch anerkannte Berufsdiplom HMS und die Berufsmaturität erworben werden. Die IMS führt zum eidgenössischen Fähigkeitsausweis und zur Berufsmaturität. Die Verkehrsschule ist ein zweijähriges Brückenangebot, welches in erster Linie auf kaufmännische Berufslehren vorbereitet.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule HF und bildet auf der Tertiärstufe als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. Sie führt die Studiengänge Pflege HF, Biomedizinische Analytik HF, Medizinisch-technische Radiologie HF sowie in Kooperation mit der Berner Fachhochschule den Studiengang Physiotherapie auf Niveau Fachhochschule FH. Ein breites Weiterbildungsangebot dient der beruflichen Weiterentwicklung.

Die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel HKV, welche vom Kanton Basel-Stadt subventioniert wird, bietet die berufliche Grundbildung, Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung im Bereich der kaufmännischen Berufe an.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Vor- und Grundbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

**Berufsbildung und Bildungsraum Nordwestschweiz** Schwerpunkt der Berufsbildungsaktivitäten im Bildungsraum Nordwestschweiz bilden die beiden Projekte „gemeinsame Einföhrung kompetenzorientierter Berufsmaturitätsprüfungen“ und „Förderung von Berufsabschlüssen von Erwachsenen“. Im Rahmen des Projekts „Validierung plus“ sind die Eingangsportale aller vier Kantone inzwischen aktiv. Deren wichtigste Aufgaben sind die Information und Beratung, die Triage und das Monitoring im Zusammenhang mit Nachholbildung von Erwachsenen. Sie zeigen den Interessentinnen und Interessenten deren Möglichkeiten auf, einen Berufsabschluss zu erwerben, und sind dabei Bindeglied zu den übrigen Beratungspartnern (Berufsberatung, Lehraufsicht, Berufsfachschule, Prüfungsleitung).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	508.9	506.4	457.5	455.7	442.0	<sup>1</sup>
Schüler/-innen SBA (per 15. Sept.)	Anz	805	854	902	907	906	<sup>2</sup>
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (15.9.)	Anz	303	308	260	285		<sup>3</sup>
Lernende berufliche Grundbildung (15.9.)	Anz	4'272	4'225	4'360	4'264		
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (15.9.)	Anz	314	322	279	249		
Unterrichtslektionen	Anz	8'495	8'548	7'179	7'101		<sup>4</sup>
Erworbene Abschlüsse HMS	Anz	43	59	58	53	75	<sup>5</sup>
Übertrittsquote SBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	68.5	68.2	68.6	66.5	68.7	

#### Kommentar

- 1 Ab 2009 inkl. WMS (bis 2008 unter Allgemeinbildende weiterführende Schulen).
- 2 Die Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen.
- 3 Inkl. Schüler/innen der Vorkurse SfG.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2010 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2010/2011 aufgeführt). Ab Prognose 2009 neu inkl. WMS (bis 2008 unter Allgemeinbildende weiterführende Schulen).
- 5 Werte ohne Informatikmittelschule und Verkehrsschule.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	89'854.4	92'155.7	92'780.0	-2'301.2	-2.5	<sup>1</sup>
31 Sachaufwand	21'074.3	21'178.8	21'989.5	-104.5	-0.5	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	22.3	0.0	0.7	22.3	...	
36 Eigene Beiträge	24'705.8	24'264.2	23'967.5	441.5	1.8	<sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>135'656.8</b>	<b>137'598.7</b>	<b>138'737.6</b>	<b>-1'941.9</b>	<b>-1.4</b>	
42 Vermögenserträge	-45.2	-59.5	-42.7	14.3	24.1	
43 Entgelte	-7'766.6	-7'047.1	-10'031.0	-719.5	-10.2	<sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-25'757.1	-22'803.2	-23'045.2	-2'953.8	-13.0	<sup>4</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-33'568.8</b>	<b>-29'909.8</b>	<b>-33'118.9</b>	<b>-3'659.0</b>	<b>-12.2</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>102'088.0</b>	<b>107'688.9</b>	<b>105'618.7</b>	<b>-5'600.9</b>	<b>-5.2</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Berufliche Vor- und Grundbildung	78'651.2	81'770.4	80'891.7	-3'119.2	-3.8	
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	23'436.8	25'918.5	24'727.1	-2'481.7	-9.6	

#### Kommentar

- 1 Die Budgetunterschreitung ist teilweise durch die tiefere Schülerzahl bedingt (-1.1 Mio. Franken). Die restliche Abweichung erfolgte zur Hauptsache durch Unterschreitungen des Unterrichtslektionendachs bzw. Personalbudgets in der Berufsfachschule Basel (BFS), der Schule für Gestaltung und beim Bildungszentrum Gesundheit (BZG).
- 2 Die erstmalige Bildung einer Abgrenzung beim BZG erhöhte den Aufwand um 0.4 Mio. Franken. Dadurch wird der Aufwand für Schüler/innen aus Basel-Stadt, die in anderen Kantonen eine Ausbildung im Gesundheitswesen absolvieren, periodengerecht verbucht.
- 3 Beim BZG entstanden Mehreinnahmen bei der Weiterbildung und aus Praktika infolge zu vorsichtig angesetzter Budgetwerte (-0.6 Mio. Franken).
- 4 Bei allen Berufsfachschulen, v.a. aber bei der BFS lagen die Einnahmen aus den verschiedenen Schulabkommen wegen eines Anstiegs der Schülerzahlen und/oder Tarifierpassungen über dem Budget (-1.7 Mio. Franken). Beim BZG wurde analog Kostenart 36 die erstmalige Bildung einer Abgrenzung vorgenommen (-1.4 Mio. Fr.).

**Berufsmaturitätsverordnung** Für die Berufsmaturitätsschulen wurde eine kantonale Berufsmaturitätsverordnung erlassen, welche die eidgenössischen Vorschriften präziser und enger fasst und die Steuerung der verschiedenen Angebote, die Aufnahmevoraussetzungen sowie die Promotions- und Prüfungsbedingungen regelt. Damit kann die Rechtssicherheit erhöht und die Einheitlichkeit der

Anforderungen verbessert werden.

### **Schule für Brückenangebote (SBA)**

**Reformprojekt Basis** Die SBA hat ein Reformprojekt gestartet mit dem Ziel, das schulische Brückenangebot „Basis“, welches sich an schulisch schwache Jugendliche wendet, neu zu konzipieren. Der Unterricht soll individueller gestaltet werden und das Schulkonzept näher bei der Arbeits- und Lebensrealität sein. Das neue Modell soll im Schuljahr 2012/13 eingeführt werden.

**Anpassung Aufnahmeverordnung** Mit einer Änderung der Aufnahmebedingungen verfolgte die SBA das Ziel, das Angebot Basis nur noch denjenigen Jugendlichen offen zu halten, die den Einstieg in das Berufsleben eigenverantwortlich und mit Engagement anstreben.

**Qualitätssicherung Q2E** Im Schuljahr 2009/10 konnte sich die SBA nach dem System Q2E zertifizieren lassen.

**Jubiläum SBA** Im Sommer 2010 feierte die SBA im neu renovierten Schulhaus Clara ihr elfjähriges Jubiläum.

### **Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS)**

**Gebäudesanierung** Im Herbst 2010 wurden die umfangreichen dreijährigen Sanierungsarbeiten auf dem Areal Vogelsang abgeschlossen.

**Qualitätsmanagement QM nach Q2E** Die AGS Basel hat im Berichtsjahr das Rezertifizierungsverfahren nach Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) erfolgreich durchlaufen und das Zertifikat ohne Auflagen wieder erhalten. Ein strategisches Ziel der AGS „90% der Lernenden sehen im Unterricht an der AGS einen Nutzen für ihre berufliche und ausserberufliche Zukunft“ wurde erreicht.

**Berufliche Vor- und Grundbildung** Die neuen Bildungsverordnungen wurden in folgenden Berufen umgesetzt: Gebäudetechnikplanerin/Gebäudetechnikplaner EFZ, Köchin/Koch EFZ, Zeichner/Zeichnerin Fachrichtung Architektur EFZ sowie Zeichner/Zeichnerin Fachrichtung Ingenieurbau EFZ. Über die drei Fachabteilungen wurden die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner durch die Schulleitung zu drei Informationsanlässen eingeladen, um die Zusammenarbeit zwischen den Partnern zugunsten der Lernenden weiter zu verbessern. Gleichzeitig hat eine Erhebung durch die Schule aufgezeigt, dass die Verbände mit der Form der Zusammenarbeit sehr zufrieden sind.

**Lehrwerkstätte für Mechaniker Basel** Zwei Lernende der Lehrwerkstätte für Mechaniker schafften es an den Ausscheidungen zur Schweizermeisterschaft Polymechniker unter die besten acht. Sie konnten an der Endausscheidung teilnehmen und belegten in ihrer Kategorie je den fünften Rang. Das elektronische Q-Handbuch wurde neu erstellt. Die Firma Medartis AG, welche im Bereich der Medizinaltechnik tätig ist, hat 2010 zwei Lernende angestellt. Diese werden in der Lehrwerkstätte für Mechaniker während zwölf Monaten die Basisausbildung absolvieren.

**Höhere Berufs- und Weiterbildung** Der Weiterbildungsbereich der AGS hat das erfolgreiche Zwischenaudit EduQua im September 2010 erfolgreich durchlaufen. Zudem ist das neue Anerkennungsverfahren HF Business Processmanagement (Unternehmensprozesse) eingeleitet worden. Um die Weiterbildungsangebote noch zielgerichteter und besser zu leisten, ist neu die Funktion „Kordinator Höhere Berufsbildung“ geschaffen worden.

### **Schule für Gestaltung (SfG)**

**Berufliche Vor- und Grundbildung** In den Vorkursen konnten die umfassenden Reformarbeiten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Umsetzungsarbeiten der Bildungsverordnung Grafiker/Grafikerin EFZ, insbesondere die Abstimmung zwischen der dualen und vollschulischen Grundbildung laufen weiterhin planmässig. Das erste Lehrjahr im Beruf des Polydesigners 3D/der Polydesignerin 3D (ehemals Dekorationsgestalter) auf Grundlage der neuen Bildungsverordnung wurde wie geplant durchgeführt. Der schulische Teil wird nach einem degressiven Modell geführt.

**Qualitätsmanagement QM** Die externe Evaluation nach Q2E wurde vom IFES (Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II) durchgeführt. Die mündliche Berichterstattung erfolgte kurz vor Jahresende. Die Vorgaben des Erziehungsdepartements wurden erreicht, die Schulleitung wird die Handlungsempfehlungen umsetzen.

**Höhere Berufs- und Weiterbildung** Das BBT hat das Anerkennungsverfahren für den Bildungsgang Gestaltung und Kunst, HF Produktdesign, Vertiefung Textildesign eröffnet.

### **Berufsfachschule (BFS)**

**130 Jahre Berufsfachschule Basel (BFS Basel)** Am 21. August 1879 begann der Unterricht der damaligen ersten schweizerischen Frauenarbeiterschule mit viermonatigen Kursen in „Weissnähen“, „Glätten“ sowie „Rechnen und Buchführung“. Dies war eine Pioniertat, denn erstmals konnten Frauen und Töchter in der Schweiz eine freiwillige hauswirtschaftliche Grundschulung absolvieren. Ausgewählte Aspekte der Schulgeschichte wurden in einer viel beachteten Publikation „Aus Altem Neues – Schlaglichter auf 130 Jahre BFS“ veröffentlicht. Lernende der Vorkurse zeigten eine Collage mit Szenen aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ und Passagen aus „Dreck“ von Robert Schneider. Das Theater-Projekt zum Thema Integration dauerte ein Semester und wurde von der Hirschmann-Stiftung namhaft unterstützt.

**Vorlehre Betreuung** Die Vorlehre Betreuung konnte in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Brückenangebote der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt auf Anfang des Schuljahrs 2009/10 eingeführt werden. Die Vorlehre Betreuung bereitet spezifisch auf Berufslehren im Betreuungsbereich vor.

**Berufsmaturität** Erstmals konnte an der BFS Basel eine Klasse die Berufsmaturität gewerbliche Richtung für gelernte Berufsleute nach einem Vollzeitjahr abschliessen. Die lehrbegleitende Berufsmaturität gesundheitliche und soziale Richtung wurde eidgenössisch anerkannt.

**Fachkundige individuelle Begleitung** Damit eine zweijährige berufliche Grundbildung erfolgreich abgeschlossen werden kann, wird den Lernenden bei Bedarf eine fachkundige individuelle Begleitung zur Seite gestellt. Das erfolgreiche vierjährige bikantonale Projekt „Fachkundige individuelle Begleitung“ wurde abgeschlossen und an der BFS Basel in den Regelbetrieb überführt.

**Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalter und Bekleidungsgestalterinnen** Die Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalter/Bekleidungsgestalterinnen wurde von Swiss Olympic als leistungssportfreundlicher Lehrbetrieb anerkannt.

**Gartenanlage als neuer Lernort** Als letzte Etappe der Aussenrenovation des von Hans Bernoulli von 1914 – 1916 errichteten Schulgebäudes (Kohlenberggasse 10) wurde der Garten nach den Originalplänen des Architekten restauriert. Im Juni 2010 konnte die Anlage für den Schulbetrieb freigegeben werden.

### **Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG)**

**Qualitätsmanagement QM** Das BZG bereitete sich auf die Rezertifizierung im Jahr 2011 vor.

**Neuformulierung des Leitbilds** Das Leitbild der ehemaligen Berufsschule im Gesundheitswesen BiG aus dem Jahre 1998 muss überarbeitet und aktualisiert werden, um den Entwicklungen des BZG und den Gesundheitsberufen Rechnung zu tragen. Mit den Arbeiten zur Neuformulierung des Leitbilds wurde 2010 begonnen, abgeschlossen werden sie anlässlich der traditionellen Weiterbildung für die Mitarbeitenden im Frühjahr 2011.

**Übergang vom 42-Stunden-Modell zur Steuerung über das Unterrichtslektionendach ULD** Per Schuljahr 2010/2011 wurde am BZG das ULD eingeführt. Der Wechsel, der im ersten Jahr als Pilotprojekt geplant war, stellte das BZG vor grosse Herausforderungen im Bereich der Arbeitszeitberechnung von Lehrpersonen.

**Bildungsgänge Medizinisch-Technische Radiologie HF und Biomedizinischen Analytik HF**

Die Studierenden des ersten Bildungsgangs auf Stufe Höhere Fachschule wurden im September 2010 nach dreijähriger Ausbildung mit Erfolg diplomiert.

**Bildungsgang Pflege HF** Mit dem letzten Ausbildungsgang DN II, der im Frühjahr 2010 mit dem Diplom abschloss, geht eine Ära zu Ende. Der Übergang vom altrechtlichen Bildungssystem in den Gesundheitsberufen von der Steuerung durch das Schweizerische Rote Kreuz hin zur Integration in die Bildungssystematik der Berufsbildung beim BBT ist damit in Basel vollzogen. Die ersten Vorarbeiten für einen berufsbegleitenden Ausbildungsgang Pflege HF wurden abgeschlossen. Damit ist eine von mehreren Massnahmen umgesetzt, um die drohende Verknappung von ausgebildeten Fachpersonen in den Pflegeberufen abzuwenden. Gegenwärtig wird abgeklärt, ob von Seiten der Institutionen und der OdA Gesundheit beider Basel genügend Bedarf für einen solchen Ausbildungsgang besteht. Das Anerkennungsverfahren für den Bildungsgang Pflege des BBT sollte im Herbst 2011 abgeschlossen sein.

**Studiengang Physiotherapie FH** Die ersten Studierenden konnten im Herbst 2010 ihr dreijähriges Grundstudium am BZG abschliessen. Nach einem letzten Praktikum von zehn Monaten werden sie 2011 von der Berner Fachhochschule ihr Bachelor-Diplom erhalten.

**Wirtschaftsmittelschule (HMS, IMS und VS)**

**Qualitätsmanagement QM** Die Arbeit in den so genannten Q-Gruppen wurde in diesem Schuljahr ausgebaut und intensiviert. Am Dreitageblock beschäftigten sich die Lehrpersonen intensiv mit dem Thema „Kollegiale Unterrichtshospitation“. Im Verlauf des Schuljahres wurden innerhalb der Q-Gruppe gegenseitig Unterrichtsbesuche durchgeführt und analysiert.

**Förderzentrum** Nach entsprechender Vorbereitung konnte im Schuljahr 2010/2011 das „Förderzentrum“ eröffnet werden. Im Förderzentrum wird gezielt und individuell Unterstützung angeboten für Deutsch, Französisch, Mathematik sowie Wirtschaft und Recht. Diese Förderung kommt jedoch nicht nur diesen Fachbereichen zugute, sondern soll sich im gesamten Fächerangebot positiv auswirken. Neben dieser Lern- und Arbeitsförderung wird auch Unterstützung für besonders interessierte und begabte Schülerinnen und Schüler angeboten.

**Wirtschaftsmittelschule WMS** Ab August 2011 startet die Wirtschaftsmittelschule WMS, wie die bisherige Handelsmittelschule HMS neu heisst. Die neue WMS ist eine Berufsmaturitätsschule, die als dreijährige Vollzeitschule mit anschliessendem Praxisjahr zum Abschluss führt. Das bisherige Handelsdiplom wird durch das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis als Kaufmann/Kauffrau abgelöst. Um mit dem Angebot starten zu können, wurden im Laufe des Jahres 2010 im Rahmen eines bikantonalen Projekts Basel-Stadt/Basel-Landschaft alle Lehrpläne der WMS neu geschrieben und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen angepasst. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Integration der beruflichen Praxis in den Schulunterricht.

**Kaufmännische Berufsbildung HKV**

**Neuerungen bei den Büroassistenten und Büroassistentinnen EBA** Aufgrund des neuen Ausbildungsreglements sind im Frühjahrssemester 2010 erstmals die neuen Unterrichtsgefässe (begleitete, fächerübergreifende Arbeit und das Wintersportlager) sowie das revidierte Qualifikationsverfahren umgesetzt worden.

**Lehrabschluss 2010** An der Schlussfeier vom 1. Juli konnten 566 Berufsatteste, Fähigkeitszeugnisse und Berufsmaturitätsausweise verteilt werden. Bei den Büroassistentinnen und Büroassistenten EBA haben 96.8%, bei den Kaufleuten B-Profil 89.3%, im E-Profil 88.7% und bei den Berufsmaturanten 98.3% das Ziel erreicht. Diese Werte entsprechen denjenigen des Vorjahres.

**Neues Schuljahr 2010/11** Die Gesamtzahl der Lernenden, welche ab August eine kaufmännische Grundbildung absolvieren, hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und beträgt 1'647. Davon besuchen 1'407 eine Berufslehre, 206 eine Nachholbildung oder eine Berufsmaturität für gelernte Berufsleute und 34 belegen die Repetitionskurse zur Vorbereitung auf die Wiederholung der Lehrabschlussprüfung.



**Methodisch Didaktisches Labor (MeDiLab)** Diese neu geschaffene Fachstelle für methodisch-didaktische Anliegen übernimmt an der Handelsschule KV Basel eine Drehscheibenfunktion in Sachen Pädagogik, Didaktik und Methodik und steht sowohl den Lehrpersonen als auch der Schulleitung zur Verfügung.

**Selbstevaluation: verkürzte Lehre im B-Profil** Im Oktober 2010 ist das Ergebnis der Selbstevaluation präsentiert worden. Das eingesetzte Modell der verkürzten Lehre im B-Profil als Anschlussangebot für die Büroassistentinnen und Büroassistenten EBA überzeugt. Alle direkt Betroffenen (Lehrbetriebe, Lernende, Lehrpersonen) beurteilen das Modell gut bis sehr gut und sind damit zufrieden. Die bisher erreichten Ergebnisse beim Lehrabschluss der Absolventinnen und Absolventen sind ebenfalls sehr gut.

**Leitbild** Aus den bisherigen drei verschiedenen Leitbildern der Schule (allgemeines, pädagogisches und Q-Leitbild) ist ein gemeinsames Leitbild erarbeitet worden, das ab 1. Juli 2010 die bisherigen ersetzt.

## Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung

ED-265

Die Dienststelle „Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung“ erbringt folgende Dienstleistungen gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG), kantonalem Berufsbildungsgesetz und kantonalem Integrationsgesetz: Bereitstellen eines breiten und aktuellen Informationsangebots über Berufe, Schulen, Aus- und Weiterbildungen; Durchführung der individuellen Berufs- und Laufbahnberatung; Durchführung der Aufsicht über die Berufslehren und der Lehrstellenförderung; Durchführung der berufspädagogischen Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner der Lehrbetriebe; Sicherstellung einer bedarfsgerechten Vielfalt an Sprach- und Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten.

Die Dienststelle betreut die Subventionsverhältnisse, ist verantwortlich für die Weiterentwicklung der Angebote und stellt deren Qualität sicher. Sie wirkt bei der Umsetzung der Strategie des Regierungsrats zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit mit. Sie koordiniert ihre Tätigkeiten vierkantonal gemäss dem Programm des Bildungsraums Nordwestschweiz für die Berufsbildung.

Mit Erbringen der genannten Dienstleistungen sollen folgende Wirkungen erzielt werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren; Jugendliche und Erwachsene sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- oder Laufbahnwahl zu treffen; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Betriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Bildung entspricht dem Gesetz und den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot, damit mehr Jugendliche mit Wohnsitz Basel-Stadt eine Berufsausbildung absolvieren können; die Migrationsbevölkerung benutzt ein vielfältiges Angebot an Sprach- und Integrationskursen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufsberatung und Berufsbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Erwachsenenbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

### Berufsberatung

Die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Fachstelle Berufsberatung war wiederum gross. Mit 2'556 (2'536) beratenen Personen wurde in der Einzelberatung ein neues Maximum erreicht. Die Online-Beratung nahmen 92 (48) Personen in Anspruch. 6'068 (6'796) Besucherinnen und Besucher verzeichnete die Berufsinformation. Hier nimmt die Anzahl der Informationssuchenden ab, dafür werden die arbeitsintensiveren Angebote Kurzberatung und Bewerbungsunterstützung mehr in Anspruch genommen: In eine Kurzberatung kamen 199 (178) Personen, von der Bewerbungsunterstützung profitierten 123 (61) Personen.

Zum ersten Mal führte die Fachstelle Berufsberatung Informationsanlässe an den Orientierungsschulen (OS) durch. An allen 16 Standorten wurden die Lehrpersonen über die Bildungssystematik und über die Gleichwertigkeit der Bildungswege orientiert. Mit allen 62 3. Klassen der OS wurden Eltern-SuS-Abende durchgeführt. Ein Berufsberater oder eine Berufsberaterin erläuterte die Durchlässigkeit des Bildungssystems, mögliche Bildungswege und initiierte erste Schritte im Berufswahlprozess. Das Projekt „Elterntreff Berufswahl“ konnte in eine neue Struktur übergeführt werden und soll ab dem Jahr 2011 als Ergänzung zu den Elternabenden an der OS angeboten werden. Erste Zielgruppe sind zugewanderte Eltern aus dem fremdsprachigen Ausland.

Im März 2010 startete das vierkantonale Projekt „Eingangsportale“ offiziell in die Umsetzungsphase. Die Beratungsstelle für Erwachsene informiert und berät im Hinblick auf eine Nachholbildung und betreut das Monitoring.

### Lehraufsicht

Die Berufsreformen beschäftigten die Fachstelle Lehraufsicht auch im 2010 in grossem Masse. In 50 bikantonalen Arbeitsgruppen wurden insgesamt 72 erneuerte berufliche Grundbildungen umgesetzt und begleitet; sieben Umsetzungsgruppen bereiteten die Einführung von zehn Berufsausbildungen mit Start im 2011 vor, 30 Erfa-Gruppen begleiteten die erstmals laufenden neuen Ausbildungslehrgänge von 45 Berufen, und 13 LQE-Gruppen (lernortübergreifende Qualitätsentwicklung) überprüften die Standards von 17 erneuerten Ausbildungen, die bereits umgesetzt sind. Ziel ist die Quali-

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.8	26.5	26.6	24.3	24.1
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'556	2'536	2'154	2'305	2'463
Lehrstellen	Anz	5'351	5'386	5'348	5'191	4'957
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz		1'692	1'647		
Maximale Wartezeit Berufsberatung	Tg	21.0	17.0	16.0	18.0	15.0
Lehrabbruchquote aufgrund mangelnder Ausbildung im Betrieb	%	0.2	1.0	0.5	0.5	1.0

**Kommentar**

1 Die Zahlen für die Berichterstattung 2010 werden im April 2011 veröffentlicht. Vor 2008 sind keine Zahlen verfügbar.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	4'064.2	4'474.9	4'245.7	-410.6	-9.2
31 Sachaufwand	1'882.1	1'884.2	1'641.1	-2.1	-0.1
36 Eigene Beiträge	17'567.1	14'176.8	13'289.1	3'390.3	23.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>23'513.5</b>	<b>20'535.9</b>	<b>19'175.9</b>	<b>2'977.6</b>	<b>14.5</b>
43 Entgelte	-305.8	-288.5	-299.4	-17.3	-6.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-467.0	-456.8	-396.3	-10.2	-2.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-772.8</b>	<b>-745.3</b>	<b>-695.7</b>	<b>-27.5</b>	<b>-3.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>22'740.7</b>	<b>19'790.6</b>	<b>18'480.2</b>	<b>2'950.1</b>	<b>14.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Berufsberatung und Berufsbildung	21'764.5	18'854.8	17'894.7	2'909.6	15.4
Erwachsenenbildung	976.2	935.7	585.5	40.5	4.3

**Kommentar**

- Die Aufwendungen und Erträge für das Projekt „Ich lerne Deutsch fürs Kind“ wurden noch im BBE budgetiert, die entsprechenden Honorare für die Projektleitung, Kursleitungen und Kinderbetreuung über insgesamt 0.16 Mio. Franken sind jedoch neu in der Dienststelle 220 Leitung Bildung (Schuldienst Unterricht) abgerechnet worden. Zudem liegen die Personalkosten bei verschiedenen Projekten mit 0.25 Mio. Franken unter Budget.
- Die Beitragzahlungen an die überbetrieblichen Kurse in der beruflichen Grundbildung wurden im Zusammenhang mit der neuen Pauschalisierung der Beitragsleistungen vom Kalender- auf das Lehrjahr analog den Schulabkommen umgestellt. Damit einher geht gleichzeitig auch ein Wechsel bei der Auszahlung vom Vergangenheits- zum Gegenwartsprinzip hin. Als Folge dieser Umstellung entstand einmalig ein doppelter Aufwand von 2.73 Mio. Franken (vgl. RRB 11/02/36). Durch eine grössere Anzahl Lernende in ausserkantonalen Berufsfachschulen sind zudem höhere Ausgaben von 0.45 Mio. Franken an die entsprechenden Kantone entstanden. Weiter mussten nachfragebedingt zusätzliche Deutsch- und Migrationskurse finanziert werden und die Kostenrückerstattungen bei auswärtigen Berufsfachschulbesuchen sind höher als budgetiert.

tätsentwicklung in der beruflichen Grundbildung sowie die Sicherung des Lehrstellenangebots trotz Reform.

Die Zahl der Lehrstellen konnte gehalten werden: 1'933 (1'935) neue Lehrverträge wurden genehmigt. Erfreulich ist auch die Entwicklung der beruflichen Grundbildung mit Attest: 244 (219) Lehrverträge wurden eingereicht.

Die Zusammenarbeit mit Gap, Case Management Berufsbildung, ist etabliert und für die Fachstelle Lehraufsicht sehr hilfreich, da Schwierigkeiten der Jugendlichen im Privatleben häufig die Leistungen im Lehrbetrieb schmälern. Die unbürokratische und rasche Unterstützung hilft in manchen Fällen, so dass Jugendliche, die infolge vielschichtiger Problemlagen aus einer Berufsausbildung ausscheiden, mit „Case Management“ Selbstvertrauen gewinnen und eine Anschlusslösung finden. 20 Kurse für neue Berufsbildner und Berufsbildnerinnen (40 Lektionen) wurden intern durchgeführt, 13 Kurse von Unternehmen fanden extern bei grösseren Firmen statt. Diese obligatorischen Kurse wurden rege besucht: Insgesamt 587 (582) Kursausweise konnten abgegeben werden. 34 Personen besuchten den neuen, auf dem obligatorischen Kurs aufbauenden weiterführenden Ausbildungsgang (100 Lernstunden) und erhielten nach einem erfolgreichen Audit das eidgenössisch anerkannte Diplom.

### **Erwachsenenbildung**

Die Fachstelle Erwachsenenbildung finanzierte 31 (25) Deutsch- und Integrationsangebote von 18 (16) verschiedenen Institutionen mit Kantons- und Bundesgeldern. Fast die Hälfte davon bietet zusätzlich Kinderbetreuung mit Sprachförderung an. Erstmals benutzten 2009 alle subventionierten Anbieter im Bereich Sprachförderung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft ein gemeinsames Datenerfassungsinstrument für die Berichterstattung. Diese koordinierte Erhebung ist Teil eines Qualitätssystems zur zielgerichteten Weiterentwicklung des Segments der subventionierten Sprachangebote. Damit wird auch das jährliche Reporting des Kantons an den Bund professionalisiert. An einem Workshop mit allen Deutschkursanbietern wurden die Resultate der Auswertung 2009 präsentiert und diskutiert. Die Daten 2010 erhält die Fachstelle Erwachsenenbildung im März 2011. Die bikantonale und departementsübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen Sprachförderung und Integration wurden 2010 intensiviert und effizienter gestaltet.

### **Imagekampagne zur Förderung der Berufsbildung (Lehrstellen/Berufsmaturität)**

Aufbauend auf der inzwischen abgeschlossenen Lehrstellenkampagne wurde eine Imagekampagne zur Förderung der Berufsbildung (insbesondere der Berufsmaturität) mit Fokus auf den Aspekt „Chance nutzen“ vorbereitet. Mittels verschiedener Medien (Zeitung, Radio, Tram- und Busplakate, ev. Kino) und einem Begleitprogramm mit Veranstaltungen für alle interessierten und involvierten Kreise soll die Öffentlichkeit gezielt über die Möglichkeiten der Berufslehre plus Berufsmaturität informiert und bezüglich Gleichwertigkeit der Bildungswege sensibilisiert werden.

### **Implementierung der neuen Grundlagen WMS BS/BL**

Mit dem Schuljahr 2011/12 erfahren die drei Wirtschaftsmittelschulen in den beiden Halbkantonen ein bedeutendes Facelifting: Die Handelsdiplome werden durch das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis Kauffrau/Kaufmann und den Berufsmaturitätsausweis ersetzt, die Wirtschaftsmittelschulen werden zu berufsbildenden Schulen und aus Handelsschülerinnen und Handelsschülern werden künftig Lernende der Berufsbildung. Die Ausbildung dauert neu vier Jahre, das heisst drei Jahre vollschulische Bildung, angereichert mit Praxiselementen, und ein Jahr Wirtschaftspraktikum. Eine bikantonale Umsetzungsgruppe, welche aus Vertreterinnen und Vertretern von Schulen, Wirtschaft und Kantonen gebildet wurde, setzt die Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT um.

### **Konzept „Triage Volksschule-Sekundarstufe II“**

Im Auftrag des Bereichs Bildung wurde mit einer achtköpfigen Projektgruppe ein Konzept für ein Triageverfahren Volksschule-Sekundarstufe II entwickelt.

## Hochschulen

ED-271

Die Abteilung Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt die Abteilung Hochschulen Koordinationsaufgaben wahr und ist für die Verbindung zu den politischen Instanzen (Bundesbehörden, interkantonale Gremien, Grosser Rat, Regierungsrat) zuständig.

Im Rahmen der Reorganisation des Erziehungsdepartements ist in der Dienststelle Hochschulen ab 1. Januar 2009 das Amt für Ausbildungsbeiträge integriert worden. Dieses Amt gewährt aufgrund und im Rahmen des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in der Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung, sofern sie sich dafür eignen und sofern sie oder ihre Eltern nicht oder nur zum Teil selbst dafür aufkommen können. Neben der Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf der Tertiärstufe (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, Höhere Fachschulen) werden auch Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (weiterführende Schulen ab dem 10. Schuljahr, Berufsbildung) gefördert.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Ausbildungsbeiträge	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

## Tätigkeiten und Projekte

Für die Abteilung Hochschulen stand im Rechnungsjahr das Projektieren der Grossinvestitionen für die Universität Basel zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft im Vordergrund. Ein weiteres Schwerpunktthema bildete der Nachtragskredit für den Globalbeitrag der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sowie die Pensionskassenlösung FHNW. Im Stipendienwesen stand einerseits die Harmonisierung auf nationaler Ebene im Vordergrund, andererseits die Vorbereitung einer neuen Berechnungsmethode, die in Abstimmung mit einigen anderen Kantonen im Jahr 2012 im Kanton Basel-Stadt eingeführt werden soll.

## Ausbildungsbeiträge

Im Berichtsjahr hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt als erster den Beitritt zum Stipendienkonkordat bewilligt. Beigetreten sind auch die Kantone Freiburg, Graubünden, Neuenburg und Thurgau. Mit der interkantonalen Vereinbarung für die Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge wird angestrebt, die derzeit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für Stipendien in den verschiedenen Kantonen einander anzunähern. Das Konkordat tritt in Kraft, sobald zehn Kantone beigetreten sind. Im Zuge der nationalen Harmonisierung wird der Kanton Basel-Stadt in Abstimmung mit einigen anderen Konkordatskantonen auch eine neue Berechnungsmethode für die Stipendien einführen. Sie soll das bisherige 40 Jahre alte System ablösen und die Berechnungsgrundlagen transparenter und nachvollziehbarer gestalten.

## FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistung

Wie in den Jahren zuvor hat sich die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) dynamisch und erfolgreich weiterentwickelt. Die Studierendenzahlen haben zugenommen, die Forschung und die Dienstleistungen konnten ausgebaut werden. Die betreffenden Indikatoren weisen der FHNW einen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.0	8.0	8.0	7.3	7.3
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'377	12'109	11'360	10'769	10'100
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'624	4'433	4'378	4'203	4'060
Studierende an der FHNW	Anz	8'473	8'200	7'435	6'520	6'162
Stipendienausgaben	MioFr	11.8	11.6	11.9	11.6	11.3
Bewilligte Stipendien	Anz	2'197	2'123	2'128	2'048	1'986

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'246.6	1'212.9	1'184.2	33.7	2.8
31 Sachaufwand	444.6	777.3	646.3	-332.8	-42.8 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.5	0.0	...
36 Eigene Beiträge	201'155.0	201'036.5	191'398.2	118.5	0.1 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>202'846.2</b>	<b>203'026.7</b>	<b>193'229.2</b>	<b>-180.5</b>	<b>-0.1</b>
42 Vermögenserträge	-20.6	-35.0	-22.2	14.4	41.1
43 Entgelte	-308.5	-80.1	-37.2	-228.4	-285.1 <sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-606.0	-600.0	-610.0	-6.0	-1.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-935.1</b>	<b>-715.1</b>	<b>-669.4</b>	<b>-220.0</b>	<b>-30.8</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>201'911.1</b>	<b>202'311.6</b>	<b>192'559.8</b>	<b>-400.5</b>	<b>-0.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Ausbildungsbeiträge	11'871.1	12'708.0	11'766.6	-836.9	-6.6
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	40'000.7	39'740.2	39'624.3	260.5	0.7
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	149'406.8	149'192.1	140'516.4	214.7	0.1
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	632.5	671.3	652.5	-38.8	-5.8
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	2'416.4	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>2'416.4</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- 1 Im Hochschulbereich sind insbesondere die Projektpauschalen nicht voll ausgeschöpft und geplante Informatik-Arbeiten beim Amt für Ausbildungsbeiträge ins folgende Jahr verschoben worden.
- 2 Einerseits liegen die Stipendienauszahlungen mit 0.8 Mio. Franken unter Budget, andererseits sind aber höhere Abgeltungen für mehr BS-Studierende an anderen Universitäten und Fachhochschulen von 0.7 Mio. Franken entstanden. Die restliche Abweichung betrifft die Anpassung der Beiträge an die Studienberatung und die Universitätsbibliothek (0.17 Mio. Franken) sowie die Übergangsregelung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft bezüglich Teuerungsregelung ex PK FHBB/HPSA.
- 3 Die Rückstellung betreffend Gewährleistungspflicht FHNW wird nicht mehr benötigt und konnte somit aufgelöst werden.

sehr guten Platz unter den schweizerischen Fachhochschulen zu. Der stark politisch definierte Globalbeitrag 2009 bis 2011 der vier Trägerkantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn war für diese – allerdings dem Leistungsauftrag entsprechende – Entwicklung allerdings zu knapp bemessen. Im zweiten Halbjahr 2010 haben deshalb die Parlamente der Trägerkantone auf der Basis einer entsprechenden Vorlage der Regierungen einen Zusatzkredit für die drei Jahre von Fr. 17.5 Mio. gesprochen. Gleichzeitig haben die Verhandlungen über den Globalbeitrag für die anstehende Leistungsperiode 2012 bis 2014 begonnen. Die Weiterführung der bisherigen ausgesprochen erfolgreichen Entwicklung bedingt, dass die Träger die FHNW auf eine nachhaltigere finanzielle Grundlage stellen.

Auf den 1. Januar 2011 wurden alle Mitarbeitenden der FHNW in eine einheitliche Vorsorgelösung überführt. Damit konnte im Jahre 2010 das sozialpartnerschaftlich und politisch anspruchsvolle Pensionskassenprojekt FHNW gemäss der im Staatsvertrag vorgegebenen Frist abgeschlossen werden.

### **Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen**

Im Jahr 2010 sind die Projektierungsarbeiten für die Umgestaltung des Universitätscampus „Schällemätteli“ weiter vorangeschritten. Die Planungsarbeiten für den Neubau für das Biozentrum, der an der Spitalstrasse 41 neben dem Neubau für das UKBB zu stehen kommt, sind konkretisiert worden. Im Rahmen der im Jahr 2009 von beiden Kantonsparlamenten bewilligten Projektierung wurde der Architekturwettbewerb erfolgreich durchgeführt. Gewonnen hat das Projekt des Architekturbüros Ilg Santer, das in städtebaulich überzeugender Weise ein 70 Meter hohes Laborgebäude vorsieht, das den Bedürfnissen der Universität optimal entspricht. Das Projekt wird eng von einer bikantonalen Projektstruktur unter der Leitung von Regierungsräten beider Kantone geführt.

Im Berichtsjahr ist die Universität Basel 550 Jahre alt geworden. Das Jubiläum wurde mit einem über das ganze Jahr sich erstreckenden Fest gefeiert. Die Feierlichkeiten wurden an mehreren Austragungsorten in der Region durchgeführt, um auch über die beiden Trägerkantone hinaus das Einzugsgebiet der Universität in das Fest einzubinden. Der feierliche Auftakt fand am 17. April 2010 unter Beisein von Bundesrat Moritz Leuenberger und Ehrengästen aus der ganzen Region in der Stadtkirche Liestal statt. Abgeschlossen wurde das Fest in würdigem Rahmen im Basler Münster. Den Medienberichterstattungen und direkten Rückmeldungen aus der Bevölkerung zufolge, darf das von der Universität organisierte Fest als ausgesprochen erfolgreich beurteilt werden.

## Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton das Aufgabenfeld Kinder, Jugend und Familie zusammengeführt mit dem Ziel, die verschiedenen Angebote sinnvoll aufeinander zu beziehen und abzustimmen. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen konsequenter zu würdigen und zu nutzen. Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kindes- und Jugendschutz“ und „Sport“.

Die Abteilung „Jugend- und Familienförderung“ erarbeitet Entscheidungsgrundlagen zur Entwicklung einer kohärenten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Sie überprüft im Rahmen einer Masterplanung bestehende Leistungen und formuliert Verbesserungsvorschläge. Dabei lädt sie die Anspruchsgruppen und die Organisationen der Trägerschaften zur Mitwirkung ein. Weiter führt sie Pilotprojekte durch, um zukunftsweisende Angebote für den Kanton Basel-Stadt zu evaluieren.

Die Abteilung „Jugend- und Familienangebote“ führt die Angebote „Tagesbetreuung“, „ambulante und stationäre Jugendhilfe“ sowie „offene Kinder- und Jugendarbeit“. Sie schliesst mit den entsprechenden privaten Trägerschaften Leistungsvereinbarungen bzw. Subventionsverträge ab. Sie führt die „Zentrale Behörde Adoption und Pflegefamilien“ des Kantons und ist damit die Auskunfts- und Informationsstelle für Fragen, die das Thema Adoption betreffen. Neu hinzugekommen ist die „Zentrale Behörde Haager Kindes- und Erwachsenenschutzübereinkommen“. Weiter berät sie Eltern mit entwicklungsauffälligen oder behinderten Kindern im Vorschulalter und bietet pädagogisch-therapeutische Massnahmen für Kinder im Vorschulalter an. Sie führt vier kantonale Schulheime, in denen verhaltensauffällige und/oder behinderte Kinder betreut und geschult werden. Die Abteilung ist auch Verbindungsstelle der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE.

Der Auftrag der Abteilung „Kindes- und Jugendschutz (AKJS)“ besteht darin, Eltern und Minderjährige zu beraten, bei Bedarf Gefährdungssituationen von Amtes wegen zu untersuchen, verschiedene Hilfen zu koordinieren, Kinderschutzmassnahmen anzuordnen sowie zivil- und jugendstrafrechtliche Kinderschutzmassnahmen zu führen. Weiter erstellt die Abteilung Kindes- und Jugendschutz Berichte zuhanden des Zivilgerichts bei strittigen Positionen von Eltern in Trennungs- oder Scheidungsverfahren.

Die Abteilung „Sport“ hat die Aufgabe, den Breitensport und die Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, die Sportvereine zu unterstützen und sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten. Sie nutzt die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports.

Eine kleine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sport	3.4 Sport
Abklärung, Beratung, Intervention	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Ausserschulische Tagesbetreuung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Prävention und Förderung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien

## Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2010 hat der noch junge Bereich Jugend, Familie und Sport Grundlagen für weitere Entwicklungen geschaffen. Dabei ging es nicht um Visionen, sondern um eher bodenständige Arbeiten am Fundament. Wichtige Bausteine entstanden aus dem Austausch von Erfahrungen: Erfahrungen mit einer Kostenrechnung - vor einiger Zeit für die Schulheime entwickelt - werden beispielsweise jetzt für den Sport nützlich, oder Erfahrungen der Mütter- und Väterberatung sind auch für das Zentrum für Frühförderung relevant. Weitere wichtige Bausteine sind erkennbare Standpunkte, ohne die sich nichts bewegen lässt. Unter anderem ist ein umfangreicher Bericht zur Planung der offenen Kinder- und Jugendarbeit vorbereitet worden. Wo nötig sind Korrekturen von Fehlentwicklungen angebracht worden, beispielsweise um die Anzahl von Heimeinweisungen im Kindes- und Jugendschutz zu vermindern. Und schliesslich ist nach innen und aussen die Verbindlichkeit erhöht worden, indem Abläufe vereinheitlicht und Schnittstellen geklärt worden sind. Die Zusammenarbeit nach innen und nach aussen hat damit zugenommen und ist so stärker als bisher auf gemeinsame Ziele bezogen.



Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.0	191.1	343.3	421.7	418.2
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'534	2'362	2'155	1'976	1'813
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	857	877	918	894	891
Gefährdungsmeldungen betreffend Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'166	1'216	1'144	1'183	1'261
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'352	33'898	31'971	34'135	30'317
Jugendliche (10 - 20j.), die an einem J+S-Angebot teilnehmen	%	86	87	86	85	86

### Kommentar

1 Die Headcount-Veränderung zwischen 2008 und 2009 ist auf die Reorganisation RV09 zurückzuführen.

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	30'080.1	30'488.0	29'547.6	-408.0	-1.3
31 Sachaufwand	8'885.3	8'376.9	8'226.5	508.4	6.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	6.2	4.0	-9.1	2.2	54.6
36 Eigene Beiträge	92'828.2	93'082.7	87'856.0	-254.5	-0.3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'885.9	0.0	1'734.4	1'885.9	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>133'685.6</b>	<b>131'951.7</b>	<b>127'355.5</b>	<b>1'733.9</b>	<b>1.3</b>
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-101.7
43 Entgelte	-8'016.6	-6'107.5	-9'869.6	-1'909.1	-31.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-29'070.4	-24'797.1	-28'060.2	-4'273.3	-17.2
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-182.2	0.0	0.0	-182.2	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-37'269.3</b>	<b>-30'904.7</b>	<b>-37'929.9</b>	<b>-6'364.6</b>	<b>-20.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>96'416.3</b>	<b>101'047.0</b>	<b>89'425.6</b>	<b>-4'630.7</b>	<b>-4.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Sport	3'503.1	3'352.2	3'241.5	150.9	4.5
Abklärung, Beratung, Intervention	57'112.3	60'026.0	54'743.0	-2'913.7	-4.9
Ausserschulische Tagesbetreuung	27'162.4	27'996.1	22'740.5	-833.6	-3.0
Prävention und Förderung	8'638.4	9'672.7	8'700.6	-1'034.3	-10.7
5 Ausgaben Investitionen	567.6	0.0	768.0	567.6	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>567.6</b>	<b>0.0</b>	<b>768.0</b>	<b>567.6</b>	<b>...</b>

### Kommentar

- Den Mehrausgaben - insbesondere in den kantonalen Schulheimen - stehen Mehreinnahmen gegenüber, die das Dreifache übersteigen (siehe auch Bemerkungen zu Kostenarten 38 und 46).
- Am 20.10.09 hat der RR gestützt auf die positive Beurteilung durch die Finanzkommission der Bildung und Auflösung von Rücklagen zugestimmt. Die Grundlage dafür basiert auf der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE). Neu sind Überschüsse aus der Rechnung in Rücklagen einzulegen. Durch dieses Vorgehen werden die beteiligten Kantone gleich behandelt und es entsteht dem Standortkanton kein Vorteil. Diesen Ausgaben stehen Mehreinnahmen aus erhöhter Auslastung der Heime gegenüber (siehe Mehreinnahmen Kostenart 46).
- Der Basler Frauenverein hat die zulässigen Rücklagen aus leistungsabhängigen Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der Liquidität und zum Ausgleich von Schwankungen in der Auslastung der Tagesheime überschritten und muss daher einen Betrag von 1.15 Mio. Franken an den Kanton zurückführen. Die übrigen Mehreinnahmen sind namentlich bei den kantonalen Schulheimen durch Rückerstattungen für längere Krankheitsabwesenheiten stark erhöht. Aufgrund erhöhter Aktivitäten durch den Sport im Bereich der Bewegungsförderung konnten ebenfalls Mehreinnahmen erzielt werden.
- Der Betrag für die Sonderschulung in den kantonalen Schulheimen fällt um 1.82 Mio. Franken höher aus. Zudem konnten neue Einnahmen des Bundes (IV) für HilflosenentschädigungsbezüglerInnen und von den Gemeinden für Platzierungen im Bereich der Jugendhilfe und der Tagesbetreuung realisiert werden (0.83 Mio. Franken). Aufgrund guter Auslastung können die kantonalen Schulheime weitere Mehreinnahmen aus Platzierungen von 1.45 Mio. Franken realisieren. Der übrige Betrag stammt aus Mehreinnahmen des Bundes für die J+S-Aktivitäten im Sport.
- Ein kantonales Schulheim hat die Soll-Auslastung nicht erreicht und zum Ausgleich der Rechnung 2010 Entnahmen aus den Rücklagen vornehmen müssen (siehe Bemerkungen unter Kostenart 38).

Der Bereich Jugend, Familie und Sport zählte im Berichtsjahr total 552 Mitarbeitende (2009: 558). Der Frauenanteil betrug 63.8% (62.4%), 65.5% (60.4%) der Mitarbeitenden arbeiteten mit einem Teilzeitpensum. Der Anteil Frauen im mittleren Kader (einschliesslich mittleres Fachkader) betrug 57.8% (56.5%). In diesen Zahlen noch nicht integriert sind die Sportanlagen, die per 1. Januar 2010 organisatorisch in die Abteilung Sport des Bereichs Jugend, Familie und Sport integriert worden sind. Im vorliegenden Jahresbericht werden sowohl die Finanzaufgaben als auch die Anzahl Mitarbeitende noch im Bereich Zentrale Dienste abgebildet.

### **Schwerpunkt Frühbereich**

Aufbauend auf den konzeptionellen Vorarbeiten konzentrierten sich die Aktivitäten im Schwerpunkt auf die Schaffung von Strukturen im Wohnumfeld der Familien, welche die Kontinuität und Nachhaltigkeit der Leistungen gewährleisten. So wurden Eltern-Kind-Zentren und Quartiertreffpunkte in sozial belasteten Quartieren bei der Bündelung und Qualitätsentwicklung ihres Angebots unterstützt. Weiter wurden Kooperationsformen mit anderen Institutionen im Frühbereich erarbeitet.

Mit dem beantragten Ausbau der Mütter- und Väterberatung soll die Basis geschaffen werden, dass die Nutzung gesteigert und die Qualität verbessert werden kann. Die Tagesbetreuung konnte ihre Bedeutung als Ort der frühen Bildung stärken und mehr Plätze für Kinder im Vorschulalter anbieten. Mit einem von der Berufsfachschule erarbeiteten Weiterbildungskonzept wurde den Betreuungspersonen ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem sie ihre Kompetenzen zu Gunsten der betreuten Kinder stärken können.

Der zweite Durchgang des aufsuchenden Förderungsprogramms „schritt:weise“ startete erfolgreich in zwei Quartieren. Es wurden Elternbildungs- und Unterstützungsangebote in verschiedenen Sprachen durchgeführt.

### **Abteilung Jugend- und Familienangebote**

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation wurden vom ehemaligen Justizdepartement mehrere Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen in die Abteilung Jugend- und Familienangebote transferiert. In einem Organisationsentwicklungsprozess innerhalb der Abteilung wurden die fachspezifischen Zuständigkeiten geklärt und die neu übernommenen Subventionsverhältnisse den entsprechenden Fachstellen zugeordnet.

**Offene Kinder- und Jugendarbeit** Die Fachstelle offene Kinder- und Jugendarbeit betreut elf Subventionsverhältnisse im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit. Im Berichtsjahr wurden die Controllinggespräche mit den privaten Trägerschaften neu strukturiert.

**Jugendhilfe** Die Fachstelle Jugendhilfe erweiterte ihren bisher auf die stationäre Jugendhilfe konzentrierten Aufgabenbereich mit der Übernahme der Zuständigkeiten für die sozialpädagogische Familienbegleitung „HELP! For Families“, die „Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe“ und die „Begleiteten Besuchstage BBT“. Die Fachstelle ist damit zuständig für die Betreuung der Leistungsvereinbarungen, die durch indizierte, fallbezogene Interventionen gekennzeichnet sind.

Gemäss einem Urteil der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes sind Pflegeeltern, die für die Beherbergung und Betreuung von Kindern eine Entschädigung erhalten, als unselbstständig Erwerbende zu behandeln. Der Lohnanteil des Pflegegeldes ist sozialversicherungsrechtlich entsprechend zu behandeln. Diese Vorgabe wurde umgesetzt und der Lohnanteil der AHV-Beitragspflicht unterstellt.

**Kantonale Schulheime** Das Pilotprojekt „Leistungsvereinbarungen kantonale Schulheime“ befindet sich in der Halbzeit. Das erste Controllinggespräch ist mit allen kantonalen Schulheimen in gleicher Weise wie mit den privaten Institutionen durchgeführt worden. Die Erfahrungen sind grundsätzlich positiv und vielversprechend.

**Tagesbetreuung** In einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den Trägerschaften und der Fachstelle Tagesbetreuung wurden Grundlagen für die zukünftigen Leistungsvereinbarungen entwickelt und aktuelle Problemstellungen diskutiert. Drei Abendveranstaltungen zum Thema „Frühe Bildung“, welche die Fachstelle Tagesbetreuung organisierte, wurden rege besucht. Die Abläufe bei den Elternbeitragsberechnungen konnten optimiert werden.

**Zentrum für Frühförderung (ZFF)** Der Fokus der Arbeit wurde vermehrt auf die Situierung und Annäherung des ZFF im Netz des gesamten Frühbereichs gesetzt. Neben dem Mitwirken in verschiedenen Projekt- und Arbeitsgruppen geschah dies auch in der Durchführung einer Weiterbildungsveranstaltung für und mit den Netzwerkpartnern. Diese Veranstaltung hatte das Thema „Netzwerke der Verlässlichkeit – von den Möglichkeiten der Schaffung von resilienzfördernden Bedingungen“.

**Zentrale Behörden** Am 1. Januar 2010 hat die Zentrale Behörde die Aufgabe übernommen, die verschiedenen Adoptionsvollzugsverfahren durchzuführen. Dazu gehören auch die Abklärungen in Bezug auf Stiefkind- und Erwachsenenadoptionen. Diese Aufgaben waren vorher im Justiz- und Polizeidepartement angesiedelt. Damit werden alle Formen von Adoptionen nun von einer kantonalen Stelle bearbeitet.

Weiter konnten erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Haager Kindes- und Erwachsenenschutzübereinkommen gesammelt werden. Diese Erfahrungen sind zudem interkantonal an einem Treffen aller kantonalen Stellen ausgetauscht worden.

### **Abteilung Jugend- und Familienförderung**

Im Juni wurden der Öffentlichkeit die Resultate der kantonalen Jugendbefragung vorgestellt, im Dezember diejenigen der Familienbefragung. Beide Befragungen erfolgten unter Federführung des statistischen Amtes in enger Zusammenarbeit mit dem Fachdepartement und den Beauftragten für Jugendfragen bzw. Familienfragen. Die nun vorliegenden umfangreichen Datenbestände bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Angebote weiter an die Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten. Die Auswertung beider Befragungen zeigte, dass sich eine grosse Mehrheit der Kinder, Jugendlichen und Familien im Kanton Basel-Stadt wohl fühlt. Die Angaben zu Punkten, die als verbesserungswürdig eingeschätzt wurden, zeigten, dass im Bereich Jugend, Familie und Sport aktuelle Themen aufgenommen wurden, die auch die Bevölkerung beschäftigen. Vornehmlich fehlen Räume drinnen und draussen für Jugendliche. Bereits im Jahr 2009 wurde im Rahmen eines Pilotprojekts der Pausenhof des Schulhauses Kleinhüningen für die Kinder und Jugendlichen im Quartier an den Wochenenden und während der Ferien geöffnet. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurden Vorbereitungen getroffen, damit in anderen Quartieren weitere Pausenhöfe geöffnet werden können. Gleichzeitig werden ausgesuchte Innenhöfe von Siedlungen in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro Basel für die Kinder aus der Umgebung besser zugänglich gemacht.

Die Verbesserung der Kinderfreundlichkeit in der Stadt bildete ein weiteres Schwerpunktthema. Wichtigstes Element war die Einberufung des Roundtable Kinderfreundlichkeit, an dem Vertreter aus fünf Departementen teilnehmen. Mit diesem Gefäss werden die zahlreichen Massnahmen zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit auf den verschiedensten Ebenen im Kanton koordiniert, damit sie eine möglichst grosse Wirkung erzielen. 2010 führte die Abteilung Jugend- und Familienförderung zudem im Auftrag des Regierungsrates die Standortbestimmung «Kinderfreundliche Gemeinde» von Unicef Schweiz durch. Die Resultate der Standortbestimmung sollen aufzeigen, welche weiteren Massnahmen zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit im Kanton Basel-Stadt nötig und sinnvoll sind.

### **Abteilung Kindes- und Jugendschutz (AKJS)**

Die Abteilung Kindes- und Jugendschutz entwickelte 2010 Leitlinien zur Indikation und Begleitung von ausserfamiliären Platzierungen. Mit dem Handlungskonzept verpflichten sich die Mitarbeitenden, alles daran zu setzen, dass Kinder in ihrer Familie bleiben können. Dies geschieht, indem in jedem Fall Hilfen, die das Zusammenbleiben der Familie ermöglichen könnten, geprüft, angeboten und ausgeschöpft werden. Dieser Leitsatz bezieht sich auf die Art. 5, 9 und 18 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

Weiter hat die AKJS ihre Auftragserteilungen an private Erbringer von ambulanten Leistungen ausgeweitet. Dies betrifft vor allem Aufträge für sozialpädagogische Familienbegleitungen. Als Folge davon zeichnet sich auch für 2010 ein weiterer Rückgang der Zahl der ausserfamiliären Unterbringungen ab.

Seit Mitte 2010 hat die AKJS ihre Praxis bei eingehenden Meldungen über häusliche Gewalt geändert. Neu werden die betroffenen Familien persönlich zu Hause besucht. Die AKJS-Mitarbeitenden

führen dabei Gespräche sowohl mit den Erwachsenen als auch mit den von den Gewalterfahrungen direkt oder indirekt betroffenen Kindern. Die ersten Erfahrungen mit dieser Praxis sind ermutigend. Die Betroffenen fassen die Konfrontation mit den Auswirkungen der häuslichen Gewalt auf die Kinder mehrheitlich akzeptierend auf.

Per 1. Juli 2010 hat die AKJS von den Gemeinden Riehen und Bettingen die Aufgaben der Berechnung und des Inkassos der Elternbeiträge sowie der Nebenkostenabwicklung für ausserfamiliär platzierte Kinder übernommen. Dieser Transfer wurde zwischen dem Kanton und den Gemeinden vertraglich geregelt. Damit können diese Aufgaben effizienter und nach im ganzen Kanton einheitlichen Standards vorgenommen werden.

Ein wichtiges Ziel der AKJS betraf - im Sinne von Art. 12 der Kinderrechtskonvention - die direkte Ansprache von Kindern in allen Belangen und Entscheidungen, die sie betreffen. Entsprechend haben die Mitarbeitenden der AKJS auch da, wo sie vornehmlich mit Eltern arbeiten, die Kinder über die Vorgänge informiert und sie dabei miteinbezogen. Weiter wurden die Kinder und Jugendlichen vor der Errichtung von zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen wenn immer möglich angehört. Bei Verzicht auf Anhörung wird die Begründung dieses Verzichts dokumentiert.

Bis Ende 2010 war die AKJS nebst der Zuständigkeit für den freiwilligen und den zivilrechtlichen Kinderschutz auch für die Führung der jugendstrafrechtlichen Massnahmen verantwortlich. Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung der neuen Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 gingen alle Zuständigkeiten im Bereich des Jugendstrafrechts an die Jugendanwaltschaft über. Der Transfer der laufenden strafrechtlichen Mandate erfolgt im Zeitraum zwischen Oktober 2010 und Juni 2011.

### **Abteilung Sport/Sportamt**

Die Sportanlagen sind am 1. Januar 2010 vom Bereich Zentrale Dienste in die Abteilung Sport integriert worden. Bereits im Laufe des Jahres hat sich die neue Struktur konsolidiert. Die Reorganisation und Rückführung der Sportanlagen unter die Leitung der Abteilung Sport hat sich bewährt. Die Abläufe und die Zusammenarbeit gestalten sich einfacher, die Austauschwege sind kürzer.

**Sportförderung** Im Frühjahr hat die dritte Durchführung eines Bewegungsförderungsprojekts mit Schrittzählern mehr als 4'000 Personen aus verschiedenen Grossfirmen in Basel während sechs Wochen täglich in Bewegung gebracht. Die Gesundheitsförderung Schweiz ist auf das erfolgreiche und auf viele namhafte Partner abgestützte Projekt aufmerksam geworden und plant für nächstes Jahr einen Projekteinstieg mit anschliessender Multiplikation schweizweit.

Generell haben viele Pilotprojekte von 2009 ihren Zweittest bestanden. So konnte mit dem Projekt „Cooltour“ ein weiterer Schritt auf dem Weg zu integrativen Lagerangeboten gemacht werden und beim Camp für übergewichtige Kinder ist das Sportamt des Kantons Basel-Landschaft als Partner eingestiegen. Das begehrte FCB-Plauschtraining hat nach einem Jahr Pause wieder stattfinden können; die 600 Plätze waren binnen weniger Stunden vergeben. Der gleiche Erfolg ist jedes Jahr den Sommerschwimmkursen beschieden, wo sich insbesondere viele Kinder mit Migrationshintergrund mit viel Freude die Angst vor dem Wasser nehmen lassen.

**Jugend und Sport (J+S)** Im Rahmen der J+S-Kaderbildung fanden Grund-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmodule in diversen Sportarten statt. Insgesamt konnten über 800 Leiterinnen und Leiter erfolgreich aus- und weitergebildet werden. In der J+S-Kids-Kaderbildung wurden die Einführungskurse (für J+S-Leiter/innen und Lehrkräfte) und die Module Fortbildung erweitert. Neu konnten alle J+S-Kids-Kurse als Jahreskurse angeboten werden. Das Angebot umfasst 50 Kurse für Kinder aus Kindergarten und Primarklassen und 28 spezielle Kurse in Bewegungsförderung für bewegungsauffällige Kinder. Damit bewegen sich wöchentlich über 1'300 Kinder eine Stunde zusätzlich zu den obligatorischen drei Sportstunden unter fachkundiger Leitung. Im April fand der zweite „J+S-Kids-Day“ als Abschluss der Semesterkurse der Kindergärten und ersten Primarklassen statt, an welchem über 300 Kinder in drei Workshops neue Sportarten ausprobieren konnten.

**Freiwilliger Schulsport** Die Abteilung Sport hat in einer Steuergruppe zusammen mit Vertretungen des „Schuldienstes Unterricht“ und der Volksschule zuhanden der Bereichsleitungen Bildung und Jugend, Familie und Sport ein Konzept für den gesamten freiwilligen Schulsport entwickelt: Mit den drei Angebotsbereichen Bewegungs-, Sport- und Talentförderung wird eine deutliche Quantitäts- und

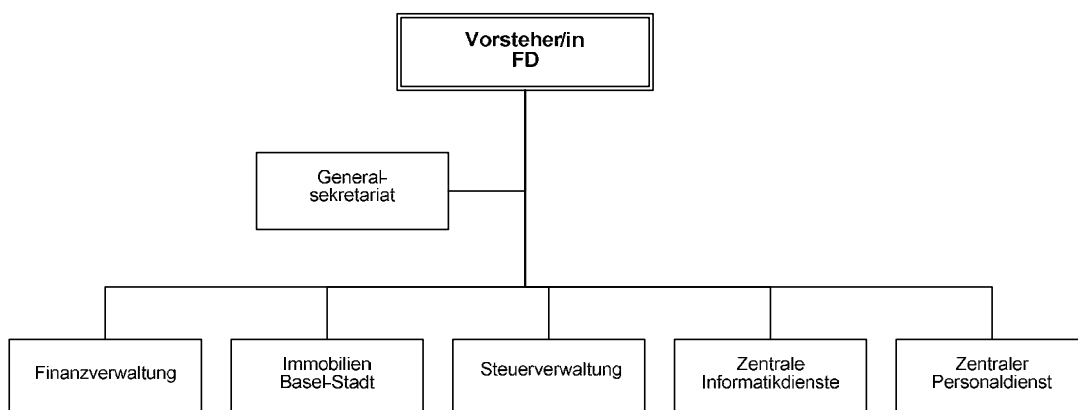
Qualitätssteigerung erreicht. Das Konzept wurde in einem ersten Entwurf gutgeheissen. Für das nächste Jahr ist die probeweise Einführung geplant.

**Leihmaterial** Schülerinnen und Schüler bezogen im Jahr 2010 Material im Umfang von 11'916 Artikeln (2009: 11'642).

**Sportanlagen** Die Sportstättenplanung ist weiter vorangetrieben worden. Die geplante Zonenplanrevision Basel-Stadt hat für die Sportanlagen nicht nur Vorteile zur Folge. So sind zwei Bauprojekte (Kunstrasen Schorenmatte und Buschweilerhof) von den Neuerungen im Zonenplan negativ tangiert. Das Gartenbad St. Jakob hat zu Beginn der Saison eine neue Wasserrutschbahn erhalten – ein Publikumsmagnet für Gross und Klein. Das Projekt „Winterdach“ für ein gedecktes 50-Meter-Schwimmbaden konnte aus technischen Gründen nicht realisiert werden. Für die Sportanlagen St. Jakob ist die Planung eines Projekts aufgenommen worden: Zwischen dem Leichtathletikstadion und den Fussballplätzen entsteht in den nächsten zwei Jahren ein Mehrzweck- und Garderobengebäude, welches für die gesamte Anlage einen Mehrwert verspricht. Im Sportzentrum Schützenmatte ist die Leichtathletikhalle saniert worden.

**6.2.4 Finanzdepartement**

FD-401	Generalsekretariat FD	262
FD-403	Finanzverwaltung	264
FD-404	Steuerverwaltung	266
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	268
FD-406	Zentrale Informatikdienste	270
FD-409	Zentraler Personaldienst	274



## Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements in verschiedenen Belangen. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltsführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert ist die Steuerrekurskommission.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rekurskommissionen	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Stabsleistungen FD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat des Finanzdepartements befasste sich im 2009 - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählen weiterhin die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft sowie die Mitwirkung beim bereits seit 2005 laufenden Grossprojekt „Neunutzung Hafen St. Johann“.

### Stabsleistungen FD

**Partnerschaftsverhandlungen BS/BL** Die Stabstelle für die seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS wird im Kanton Basel-Stadt durch das Generalsekretariat des Finanzdepartements wahrgenommen. Im Jahre 2010 wurde vor allem an den Teilprojekten in den Bereichen Bildung und Gesundheit gearbeitet. Zudem wurde der Lenkungsausschuss neu aufgestellt, so dass in Zukunft auch die gemeinsamen Investitionsprojekte koordiniert behandelt werden können.

**Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus** Das Finanzdepartement wirkt weiterhin sowohl in der Gesamtprojektsteuerung als auch in der fachlichen Gesamtprojektleitung des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus“ mit. Im 2010 wurde ein grosser Teil des Hafens St. Johann rückgebaut.

**Subventionsgesetz** Das heutige Subventionsgesetz vom 18. Oktober 1984 ist revisionsbedürftig. Ein wesentlicher Mangel ist u.a. die fehlende Unterscheidung zwischen so genannten Finanzhilfen und Abgeltungen, so wie es andere kantonale Gesetzgebungen und der Bund vorsehen. Aus diesem Grund wird zurzeit das Subventionsgesetz im Rahmen einer Totalrevision an die heutigen Anforderungen angepasst.

**Abösung File- und Mail/Kalendersystem** Das Generalsekretariat hat den Vorsitz des Steuerungsausschusses des Projektes FileMailTeamBS inne. In diesem Projekt werden die File- und Mail-systeme abgelöst und auf Microsoft Exchange umgestellt. Gleichzeitig wird der Betrieb an die Swisscom IT Services übergeben, welche die entsprechende Ausschreibung für sich entschieden hat. Dieses Projekt setzt auch die regierungsrätliche Sourcingstrategie um, indem Standarddienste von externen Partnern eingekauft werden, damit die kantonale Informatik sich verstärkt auf das Kerngeschäft einer modernen öffentlichen Verwaltung fokussieren kann.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.8	15.6	14.7	17.7	17.8
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	168	231	163	135	148

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'428.6	2'412.2	2'416.3	16.4	0.7
31 Sachaufwand	1'034.2	1'450.3	812.3	-416.2	-28.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'462.8</b>	<b>3'862.5</b>	<b>3'228.6</b>	<b>-399.7</b>	<b>-10.3</b>
43 Entgelte	-400.8	-282.0	-265.1	-118.7	-42.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-400.8</b>	<b>-282.0</b>	<b>-265.1</b>	<b>-118.7</b>	<b>-42.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'062.0</b>	<b>3'580.5</b>	<b>2'963.5</b>	<b>-518.5</b>	<b>-14.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Rekurskommissionen	337.5	185.0	211.8	152.5	82.0
Stabsleistungen FD	2'724.5	3'395.5	2'751.7	-671.0	-20.0
5 Ausgaben Investitionen	0.0	41'900.0	0.0	-41'900.0	-100.0
6 Einnahmen Investitionen	0.0	-1'000.0	0.0	1'000.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>40'900.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-40'900.0</b>	<b>-100.0</b>



## Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.

Der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die Dienstleistungen im Bereich Rechnungswesen und Controlling für den Betrieb des Finanzdepartements werden zentral im Servicecenter Finanzen der Finanzverwaltung abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich. Den Anwendern soll ein zweckmässiges System mit hoher Verfügbarkeit und einem hohen Integrationsgrad bezüglich der betriebswirtschaftlichen Prozesse zur Verfügung stehen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Controlling und Beratungsdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
Interne Finanzdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
SAP Betrieb und Entwicklung	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

## Tätigkeiten und Projekte

### Controlling und Beratungsdienstleistungen

**Anpassung Rechnungslegung nach HRM2 in Anbindung an IPSAS** Die Rechnungslegung von öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz erfährt zurzeit einen Wandel. Nahezu alle Kantone haben aufgrund einer Empfehlung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) aus dem Jahr 2008 zum „Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ Umsetzungsprojekte gestartet oder bereits abgeschlossen. Basel-Stadt hat im Jahr 2010 die Arbeiten aufgenommen. Ziel ist Start der Buchführung nach HRM2 ab 01.01.2013.

**Beteiligungsmanagement** Die Erarbeitung der vom Regierungsrat verabschiedeten Public Corporate Governance-Richtlinien wurde von der Finanzverwaltung federführend begleitet. Damit kann der Kanton eine optimale Steuerung seiner Beteiligungen gewährleisten. Neben einer verbesserten, möglichst einheitlichen Steuerung soll durch das Beteiligungsmanagement auch eine durchgängige Transparenz und Kontrolle gewährleistet werden.

**Umsetzung Registerharmonisierungsgesetz** Per 31.12.2010 wurde erstmals die Volkszählung auf Basis der Daten aus den Einwohnerregistern anstelle der Erhebung mittels Fragebogen durchgeführt. Basel-Stadt übermittelte dem Bundesamt für Statistik die elektronischen, verschlüsselten Volkszählungsdaten termingerecht. Die registerbasierte Volkszählung und die Ansprüche des Bundes an die Datenqualität erhöhen die Anforderungen an die Registerführung bei Einwohner- und Gebäuderegister.

**Strategische Informatikplanung** Im Auftrag der Informatik-Konferenz des Kantons wird die strategische Informatikplanung mit den geeigneten Steuerungs- und Planungsinstrumenten unterstützt. Die Fachstelle für Informatik und Organisation hat im Berichtsjahr an der Konzeption des IT-Controlling gearbeitet und wird diese im ersten Quartal 2011 fertigstellen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.5	32.6	30.3	28.4	31.4
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'916	3'348	3'500	3'150	4'319
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	116	121	108	109	107
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	2.9	3.2	2.9	3.2	3.7

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	5'128.3	5'337.2	5'183.7	-208.8	-3.9
31 Sachaufwand	3'754.4	3'735.1	3'783.8	19.2	0.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8'882.7</b>	<b>9'072.3</b>	<b>8'967.5</b>	<b>-189.6</b>	<b>-2.1</b>
43 Entgelte	-4'116.9	-3'252.7	-3'791.2	-864.2	-26.6 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'116.9</b>	<b>-3'252.7</b>	<b>-3'791.2</b>	<b>-864.2</b>	<b>-26.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>4'765.8</b>	<b>5'819.6</b>	<b>5'176.3</b>	<b>-1'053.8</b>	<b>-18.1</b>
davon Produktgruppe(n):					
Controlling und Beratungsdienstleistungen	2'689.4	2'959.0	2'746.2	-269.6	-9.1
Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen	708.3	1'174.0	1'057.2	-465.7	-39.7
SAP Betrieb und Entwicklung	1'312.8	1'686.6	1'356.9	-373.8	-22.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	20.5	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>20.5</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- 1 Neu wird im Bereich Asset- und Liability Management für gewährte Darlehen an Beteiligungsgesellschaften eine kleine Bearbeitungsgebühr erhoben. Im Bereich SAP CCC wurden mehr Projekte für Dritte ausgeführt, die weiterverrechnet werden konnten, was so nicht budgetiert war.

### Interne Finanzdienstleistungen

**Weiterentwicklung Servicecenter Finanzen** Im 2010 wurden die Prozesse zwischen dem kantonalen Zahlungsverkehr und Cashmanagement (Abteilung Finanzbewirtschaftung) mit der Ablösung der alten bzw. Einführung einer neuen Treasury-Applikation weiter optimiert. Das Projekt wurde im 2010 abgeschlossen.

**Optimierung der kantonalen Debitorenbewirtschaftung** Eine zentrale Inkassostelle soll das rechtliche Inkasso (Betreibungen und Verlustscheinbewirtschaftung) für die Dienststellen übernehmen. Im 2010 konnten Standort, Inhalt und Umfang der kantonalen Inkassostelle geklärt werden. Diese wird im Finanzdepartement bei der Steuerverwaltung eingerichtet und übernimmt das rechtliche Inkasso für die Dienststellen. Die Nutzung der Inkassostelle ist verbindlich, um einen einheitlichen, professionellen Inkassoauftritt des Kantons sicherzustellen.

**Internes Kontrollsystem (IKS)** Bei diesem Projekt geht es um Transparenz bezüglich Risiken und Massnahmen bei den internen Prozessen (primär Buchführung und finanzielle Berichterstattung). Mit einem IKS-Piloten (Servicecenter Finanzen) konnten erste Erfahrungen gemacht und Grundlagen erarbeitet werden.

### SAP Betrieb und Entwicklung

**Projekt Zeitwirtschaft** Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) fungierte als Pilot für die Einführung einer integrierten Zeitwirtschaftslösung. Diese wurde in den Dienststellen Generalsekretariat, Vormundschaftsbehörde und Amt für Sozialbeiträge im Oktober 2010 eingeführt. Die Dienststellen Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Amt für Umwelt und Energie wurden per 1.1.2011 produktiv gesetzt.

## Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung
Erhebung der periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung

## Tätigkeiten und Projekte

Im Bereich Quellensteuer wurde das Scanning der umfangreichen Akten konzipiert und eingeführt. Der durch die Systemumstellung in den Jahren 2008 und 2009 entstandene Arbeitsrückstand konnte aufgeholt werden und verschiedene Ausbauten des Informatiksystems ermöglichen in Zukunft eine effiziente und zeitnahe Bearbeitung und wird auch die abrechnenden Arbeitgebenden entlasten.

Mit der neu eingeführten straflosen Selbstanzeige wurden rund 300 Fälle nachdeklariert und im Nachsteuerverfahren veranlagt. Die Steuererträge daraus belaufen sich auf einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag.

Die von elf Kantonen eingesetzte Steuersoftware NEST wird in den Jahren 2010 bis 2013 in eine neue, zukunftsfähige Softwareumgebung überführt. Die Arbeiten zur Umstellung von Gupta auf .NET sind wie geplant im Jahr 2010 vorangetrieben worden und erste Programme wurden erfolgreich umgestellt.

Im Sommer 2010 konnte die neukonzipierte Steuerstatistik publiziert werden. In Zusammenarbeit des Statistischen Amtes mit der Steuerverwaltung entstand ein 152-Seitiges Werk mit Auswertungen, Karten und Kommentaren. Es ist vorgesehen, in Zukunft eine jährliche Aktualisierung im Internet bereit zu stellen.

Mit dem neuen schweizweiten elektronischen Meldesystems (CH-Meldewesen) können Steuerauscheidungen natürlicher Personen sowie Kapital- und Rentenmeldungen elektronisch versandt und empfangen werden. Diese Meldungen werden medienbruchfrei im Veranlagungssystem verarbeitet. Im Jahr 2010 wurden zwischen den fünf Pilotkantonen und der Eidgenössischen Steuerverwaltung rund 250'000 Meldungen automatisiert ausgetauscht.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	210.8	209.6	206.8	208.1	209.9
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'045	10'316	11'820	9'839	11'041
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	121'787	124'239	129'543	126'350	129'261 <sup>1</sup>
Einsprache-Entscheide	Anz	1'950	1'842	1'790	1'540	1'415
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'248	1'254	1'286	1'325	1'230
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	91.3	93.1	93.0	94.0	97.0 <sup>2</sup>

**Kommentar**

1 ab 2009 ohne Wochenaufenthalter

2 Anzahl in Rechnung gestellte Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung / Anzahl innert drei Monaten nach Eingang erledigte nichtperiodische Fälle - im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	30'243.3	29'850.1	30'204.4	393.3	1.3
31 Sachaufwand	7'839.1	7'839.4	7'661.9	-0.3	0.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>38'082.4</b>	<b>37'689.5</b>	<b>37'866.3</b>	<b>392.9</b>	<b>1.0</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-7'686.8	-6'476.0	-7'056.1	-1'210.8	-18.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-7'686.8</b>	<b>-6'476.0</b>	<b>-7'056.1</b>	<b>-1'210.8</b>	<b>-18.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>30'395.6</b>	<b>31'213.5</b>	<b>30'810.2</b>	<b>-817.9</b>	<b>-2.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	3'325.6	3'482.9	3'444.2	-157.4	-4.5
Erhebung der periodischen direkten Steuern	27'070.0	27'730.5	27'366.0	-660.5	-2.4
5 Ausgaben Investitionen	389.8	0.0	0.0	389.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>389.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>389.8</b>	<b>...</b>

## Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Immobiliendienste	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

## Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen wurde die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt. Verschiedene Arealentwicklungen wurden vorwärts gebracht und weitere Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt. Im Verwaltungsvermögen standen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Wertentwicklung und die wirtschaftliche Raumnutzung im Zentrum.

### Immobiliendienste

**Stadtwohnen** Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei wurden sowohl staatliche Projekte weitergeführt wie auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Für das Areal des alten Kinderspitals wurde der Rückbau vorbereitet, so dass nach Auszug des UKBB umgehend mit den Rückbauarbeiten begonnen werden kann. In Riehen wurde für das Areal Niederholz ein Studienauftrag zur Bebauung des Areals mit Genossenschaftswohnungen und für einen Neubau für das Alters- und Pflegeheim Humanitas durchgeführt. Ebenfalls in Riehen konnte das Areal an der Rauracherstrasse 131/133 vom Kanton erworben und an eine Wohngenossenschaft im Baurecht abgegeben werden.

Im vergangenen Jahr wurde durch den Abschluss des Mustervertrags des Partnerschaftlichen Bauvertrags Plus die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Trägern des genossenschaftlichen Wohnungsbaus weitergeführt.

**Nachhaltigkeit** Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aspekte konnte weiter umgesetzt werden. Das Konzept für ein nachhaltiges Immobilienmanagement wurde ergänzt durch den Fonds für ein nachhaltiges Immobilienmanagement. Ziel des Fonds ist die Förderung von ökologischen und gesellschaftlichen Projekten und Massnahmen der Nachhaltigkeit im Immobilienportfolio des Finanzvermögens, die nicht wirtschaftlich finanzierbar sind. Das Immobilienportfolio des Finanzvermögens soll wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig entwickelt werden.

Mit der Umsetzung des Projekts zum Austausch der bestehenden Haushaltsgeräte in den Liegenschaften des Finanzvermögens und Ersatz durch ökologische Haushaltsgeräte wurde im vergangenen Jahr erfolgreich gestartet. Ziel ist eine konsequente Reduktion des Energieverbrauchs.

Auch die energetische Sanierung von Liegenschaften wurde weitergeführt. Im Altstadtbereich konnten bspw. die Liegenschaften am Spalenberg 32 und an der Rheingasse 61 - 69 energetisch optimiert werden.

**Verwaltungsstandorte** Wichtige Standortentscheide zur Konzentration der Verwaltungsstandorte des Kantons wurden getroffen. Dienststellen des Finanzdepartements sowie des Departements für

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.0	69.4	68.4	66.5	61.5	1
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	30.5	29.2	28.9	26.8	24.7	2
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.9	5.8	5.9	5.8	5.8	3
Investitionsquote Finanzvermögen	%	4.2	4.4	6.1	3.7	1.6	4
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'481	6'405	6'474	5'846	5'707	

**Kommentar**

- 1 Gesamte Immobilien Basel-Stadt inklusive Parkhäuser Basel-Stadt.
- 2 Bruttoertrag der Baurechtsparzellen im Finanzvermögen stieg dank neuer Verträge.
- 3 Die Bruttorendite wird auf dem Marktwert berechnet.
- 4 Die Investitionsquote wird für die Wohn- und Geschäftsliegenschaften auf dem Marktwert berechnet.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	7'236.4	7'387.5	7'105.6	-151.1	-2.0
31 Sachaufwand	2'643.5	2'729.3	3'103.0	-85.8	-3.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9'880.0</b>	<b>10'116.8</b>	<b>10'208.5</b>	<b>-236.9</b>	<b>-2.3</b>
43 Entgelte	-9'898.4	-9'892.2	-10'196.2	-6.2	-0.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-9'898.4</b>	<b>-9'892.2</b>	<b>-10'196.2</b>	<b>-6.2</b>	<b>-0.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-18.5</b>	<b>224.6</b>	<b>12.4</b>	<b>-243.1</b>	<b>-108.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Immobiliendienste	-18.5	224.6	12.4	-243.1	-108.2
5 Ausgaben Investitionen	14.2	0.0	1'576.9	14.2	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>14.2</b>	<b>0.0</b>	<b>1'576.9</b>	<b>14.2</b>	<b>...</b>

Wirtschaft, Soziales und Umwelt ziehen mittelfristig an die Spiegelgasse. Damit kann die Ergänzung des Verwaltungsstandorts an der Spiegelgasse und am Fischmarkt in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

## Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) stellen eine zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Informatikgrundversorgung für die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt sicher. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen:

- Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore usw.)
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Zentrale Dateiablage, Mail/Kalender und Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung

Zusätzlich zu oben erwähnten Services erbringen die ZID eine Vielzahl von weiteren Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Beratung und Projektmanagement, Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Client-Management, Entwicklung von Softwarelösungen, Realisierung von Webaufträgen usw.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anwendungen, Services, Projekte (ASP)	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Datendienste	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Betrieb	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Informatik-Infrastruktur	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr 2010 standen neben der Sicherstellung der Informatikgrundversorgung für die Verwaltung mehrere kantonale Projekte im Mittelpunkt der Tätigkeit:

1. Die Geschäftsverwaltung KONSUL wurde auf die neue Version CMIKONSUL migriert und verwaltungsweit eingeführt und geschult.
2. Die im Rahmen der Umsetzung der eidgenössischen Registerharmonisierung notwendigen Anpassungen am kantonalen Datenmarkt sowie am Einwohner-Informationen-System EWIS konnten erfolgreich und termingerecht abgeschlossen werden.
3. Der erste Teil des Projektes FileMailTeamBS, das die Ablösung der heutigen, intern betriebenen Bürokommunikationslösung Oracle Collaboration Suite durch extern gehostete Services zum Ziel hat, konnte erfolgreich abgeschlossen werden.
4. Eine neue Rechenzentrumsstrategie konnte verabschiedet werden. Diese sieht die Auslagerung des Haupt-Rechenzentrums in das Telehouse IWB und des Zweit-Rechenzentrums in das Datacenter der EBM vor. Das Datenfernlager wird bei der Firma Bedag in Bern eingerichtet. Die Büroräumlichkeiten der ZID werden an der Spiegelgasse 2 konzentriert.

Die letzten beiden Punkte repräsentieren bereits eine konsequente Umsetzung der vom Regierungsrat im Februar 2010 beschlossenen IT-Sourcingstrategie, welche die Fokussierung der ZID auf den Kern einer Verwaltungsinformatik sowie das selektive Outsourcing von IT-Standardleistungen an externe Dienstleister vorsieht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	100.1	99.8	85.4	80.3	82.2	1
Verfügbarkeit ZID-Services, max. Ereignisanzahl pro Service	Fälle	1	0	2	1		2
Datenintegrität	Fälle	0	0	0	0		3
Nutzung kantonaler Datenmarkt (indexiert)	Wert	149	133	118	91	100	4
Effizienz Dienststelle (indexiert)	Wert	111	117	109	101	100	5
Basis-05 Accounts	Anz	6'562	6'203	5'955			6

#### Kommentar

- Die ZID übernehmen ab 1.1.2009 11.6 Stellen der Telefonvermittlung aus dem JSD und 1 Stelle für den Betrieb von Konsul.
- Die Kennzahl für Verfügbarkeit definiert die maximale Anzahl schwerwiegender Störungen mit einer Wiederherstellungszeit von max. 4 Stunden, pro Service und Jahr während den Betriebszeiten (IKT-Basisdienste). Details sind in den Qualitätsreports an die Informatik-Konferenz enthalten. Im 2010 wurde 1 Ereignis gemäss dieser Definition registriert.
- Kennzahl für Datenintegrität: Maximale Anzahl Ereignisse pro Jahr mit möglicher Verletzung der Datenintegrität.
- Diese Messung umfasst die Anzahl Benutzer, Visits, Pages und die genutzte Datenmenge. Das Resultat wird in Form eines Benchmarks gegenüber dem Jahr 2006 dargestellt.
- Mit dieser Kennzahl wird die Effizienz der Dienststelle dargestellt. Dabei werden die betriebswirtschaftlichen Grössen Wirtschaftlichkeit (Aufwand vs. Ertrag) und Produktivität (Ertrag pro Mitarbeiter) kombiniert und in Form eines Benchmarks verglichen. Basis ist der Wert von 2006.
- Die Basis-05 Accounts entsprechen der Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit BS sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven User. Die Basis-05 Accounts werden ab 2009 anstelle der IP-Adressen auch als Basis für die Berechnung der Umlageleistungen verwendet.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	15'559.5	15'605.2	15'227.6	-45.7	-0.3
31 Sachaufwand	8'683.4	8'921.7	9'436.4	-238.3	-2.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	13.8	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24'242.9</b>	<b>24'526.9</b>	<b>24'677.7</b>	<b>-284.0</b>	<b>-1.2</b>
42 Vermögenserträge	-24.9	-22.0	-24.9	-2.9	-13.0
43 Entgelte	-11'611.7	-11'041.6	-11'804.8	-570.1	-5.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-11'636.5</b>	<b>-11'063.6</b>	<b>-11'829.6</b>	<b>-573.0</b>	<b>-5.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>12'606.4</b>	<b>13'463.3</b>	<b>12'848.1</b>	<b>-856.9</b>	<b>-6.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Anwendungen, Services, Projekte (ASP)	3'398.2	3'772.2	3'745.3	-374.0	-9.9
Datendienste	3'189.5	3'726.1	2'582.4	-536.6	-14.4
Informatik-Betrieb	2'151.5	2'113.8	2'458.8	37.7	1.8
Informatik-Infrastruktur	3'867.2	3'851.2	4'061.5	16.0	0.4
5 Ausgaben Investitionen	5'234.5	0.0	4'009.8	5'234.5	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>5'234.5</b>	<b>0.0</b>	<b>4'009.8</b>	<b>5'234.5</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- Die Realisation des für 2010 geplanten Datenfernlagers wurde bis zum Entscheid über die neue Rechenzentrumsstrategie verschoben. Aus diesem Grund sind die Sachkosten 2010 tiefer als budgetiert.
- Die gegenüber dem Budget 2010 höheren Einnahmen resultieren aus der Verrechnung der Eigenleistungen an das Projekt FileMailTeamBS. Dieses Volumen war bei der Budgetierung 2010 noch nicht bekannt.



### **Anwendungen, Services, Projekte (ASP)**

**OCS Competence Center** Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag bei der Mitarbeit am Projekt File-MailTeamBS. Das OCS-CC hatte eine federführende Rolle bei der Migration der Dateiablage inklusive Berechtigungen sowie beim Aufbau der neuen Services für die Volltextsuche und die virtuelle Zusammenarbeit. Per 20.12.2010 konnten die neuen Services plangemäss und ohne Umstellungsschwierigkeiten verwaltungsweit in Betrieb genommen werden.

**Clientbetrieb** Der Clientbetrieb erbrachte das Desktop-Management für die FD-eigenen Dienststellen im Rahmen der vereinbarten Servicevereinbarungen. Mit vier anderen Departementen wurde die Zusammenarbeit im Bereich der Softwareverteilung „enteo“ intensiviert und eine gemeinsame Infrastruktur sowie gemeinsame Vertragsbasis geschaffen.

**KONSUL Competence Center** Im vergangenen Jahr stand die Migration von KONSUL auf CMI-KONSUL (Projekt GekoBS) im Mittelpunkt der Tätigkeit. Eine neue Benutzeroberfläche zur Bewirtschaftung von Geschäften auf den Stufen Parlament, Regierung und Departement konnte zur Verfügung gestellt und alle Daten aus dem alten Konsul-Version verlustfrei übernommen werden.

**Projekte** Die MitarbeiterInnen des Projektteams waren vollumfänglich bei den bereits erwähnten grösseren kantonalen Projekten engagiert und leisteten dort ihren Beitrag zum Gelingen der Vorhaben.

### **Informatik-Datendienste**

**Kantonaler Datenmarkt** Drei neue Datenbezüger/-Lieferanten wurden an den Datenmarkt angeschlossen. Zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der Datenqualität wurden in Abstimmung mit den zuständigen Fachstellen umgesetzt. Diverse Anforderungen der IT-Governance respektive des Datenschutzes wurden umgesetzt (z. B. Dateneigentümerschaft AHVN13, neuen Authorisierungsgesuche für den Datenbezug).

**Bewilligungswesen** Es konnten Funktionserweiterungen für den Grosskundenzugang und die Prozessabwicklung bei den Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen realisiert werden. Diverse Bewilligungsformulare und Selektionskriterien im Bewilligungsbaum wurden optimiert und die Prozessunterstützung erweitert. Eine Machbarkeitsstudie zur Einführung der SuisseID wurde erarbeitet.

**Webdienste** Eine Reihe neuer Webauftritte wurde für diverse Verwaltungsstellen realisiert. Die Services im Intranet- und Internet-Umfeld wurden ausgebaut (z. B. Bildergalerie, LiveStreams über WebCam). Die Grundlagen für den Bericht an den RR betreffend Barrierefreiheit von Websites wurden erarbeitet.

**Applikationsdienste** Das Projekt Registerharmonisierung wurde mit erfolgreicher Datenlieferung an das Bundesamt für Statistik als Grundlage für die registerbasierende Volkszählung 2010 abgeschlossen. Das Projekt BISS (Harmonisierung Sozialleistungen) wurde ebenfalls mit der Einführung des zweiten Release abgeschlossen. Die Applikation „Institutionen Tagesbetreuung“ wurde um die zentralen Module Betreuung und Verfügung mit enger Integration in BISS erweitert.

### **Informatik-Betrieb**

**Optimierung der Betriebsabläufe** Schwerpunkte der Tätigkeiten im 2010 waren die Weiterführung der Optimierung der Betriebsabläufe und die Effizienzsteigerung. Mittels diverser Massnahmen konnten sowohl bei den Kosten als auch bei den Betriebsabläufen Verbesserungen erreicht werden.

**Realisierung Server-Virtualisierung** Das Projekt zur Server-Virtualisierung wurde im 1. Quartal 2010 erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt wurden bis Ende Dezember rund 60 bestehende Server migriert und 15 neue virtuelle Server in Betrieb genommen. Alle Erwartungen an die Lösung hinsichtlich Verfügbarkeit, Performance und Flexibilität wurden erfüllt.

**Ersatz der bestehenden Archivierungsinfrastruktur** Im Rahmen einer Ausschreibung wurde eine neue Archivierungslösung gewählt und technisch bis Ende Jahr in Betrieb genommen. Die Migration der bestehenden Anwendungen und Daten wird im 1. Quartal 2011 abgeschlossen.

**Datenauslagerung** Zur Erhöhung der Datenverfügbarkeit im Katastrophenfall werden seit September alle durch die ZID gesicherten Daten an einen dritten Standort im Mittelland auf Band ausgelagert. Die Optimierung der aktuellen manuellen Lösung findet im Rahmen des Bezuges des neuen Datenfernlagers Ende 2011 statt.

**FileMailTeamBS** Für die neuen Services wurde die notwendige Infrastruktur aufgebaut respektive wo nötig angepasst. Der externe Provider wurde in die verwaltungsinternen Betriebsprozesse integriert.

### **Informatik-Infrastruktur**

**DANEBS (Daten-Netzwerk Basel-Stadt)** Der Umzug des Netzwerkknotens vom UKBB wurde durchgeführt, der Rückbau erfolgt jedoch erst nach dem definitiven Auszug des UKBB aus der Römeggasse. Im Rheinsprung und in der Spiegelgasse wurden grössere Um- und Neubauarbeiten durchgeführt. Ein Drittel der am Glasfasernetz angeschlossenen Gebäude wurde in der Erschliessungsleitung von 100Mbit auf Gigabit aufgerüstet. Der externe Provider für die neuen Services im Zusammenhang mit dem Projekt FileMailTeamBS wurde an DANEBS angebunden.

**Telefonie** Die geplante Hochrüstung der Telefonvermittlungsanlagen konnte planmässig ausgeführt werden. Die Volks- und Schulzahnklinik wurde erfolgreich in den Telefonieverbund integriert.

**Security Competence Center** Ein grosser Teil der benötigten Dienste für den sicheren Betrieb in Firewallzonen konnte erfolgreich umgesetzt und in Betrieb genommen werden. Eine neue Lösung für einen optimierten Remote Access wurde aufgebaut.

## Zentraler Personaldienst

FD-409

Im Auftrag des Regierungsrates entwickelt der ZPD Konzepte, Instrumente und Systeme von verwaltungsweiter Bedeutung im Rahmen des Personalmanagement BASEL-STADT. Er berät und betreut den Regierungsrat in allen personalpolitischen und -strategischen Fragestellungen. Die vom Regierungsrat verabschiedeten strategischen Leitlinien setzen den Rahmen für das Personalmanagement von BASEL-STADT. Der ZPD unterstützt die Dezentralen Personaldienste bei der Umsetzung ihrer Personalarbeit. Durch eine kompetente Beratung der Personal- und Führungsverantwortlichen wird einerseits die korrekte Anwendung der gesetzlichen Grundlagen im Bereich Personalmanagement unterstützt, und andererseits für eine optimale Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates gesorgt. Der regelmässige Austausch mit den Sozialpartnern bildet die Grundlage für eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zentrales Personalmanagement	9.2 Zentrale Personaldienste

## Tätigkeiten und Projekte

Als Querschnittsfunktion unterstützt, steuert und koordiniert die Personalfachorganisation die Personalprozesse. Entsprechend den personalstrategischen Leitlinien steht dabei Professionalität in Organisation, Gestaltung und Dienstleistungserbringung an oberster Stelle. An dieser Richtschnur und zugleich Messlatte orientierten sich die Schwerpunkte des Zentralen Personaldienstes auch im Jahr 2010.

### Zentrales Personalmanagement

**Systempflege der Funktionsbewertung** Die Gewährleistung korrekter und nachvollziehbarer Funktionsbewertungen sowie die Überprüfung bzw. Schaffung zeitgemässer Bewertungs- und Zuordnungsinstrumente stehen im Zentrum des 2007 gestarteten Projektes Systempflege. 2010 wurde im Rahmen der Projektphase 3 der Vorschlag für einen neuen Einreihungsplan erstellt, an welchen sich in Phase 4 die Erarbeitung der Überführungskonzeption anschliessen soll. Der Bericht zum Abschluss von Phase 3 an den Regierungsrat und der Beginn der Phase 4 verzögerten sich. Gründe hierfür waren einerseits Ressourcenengpässe in der Abteilung Vergütungsmanagement - auch nach RV09 stehen durch diverse Strukturveränderungen in der Verwaltung eine grosse Zahl an Bewertungsgeschäften an – andererseits zeigte es sich, dass die Resultate der Phase 3 noch nicht vollumfänglich befriedigen; in diesem Zusammenhang zu nennen ist v. a. die Komplexität, die heutige Ausbildungslandschaft in geeigneter Weise abzubilden. Entsprechende Optionen bzw. Vorschläge werden anfangs 2011 zu Händen des Regierungsrates erarbeitet.

**Redesign Organisationsmanagement und Internes Kontrollsystem** Das Projekt Redesign Organisationsmanagement wurde 2010 abgeschlossen und umgesetzt. Damit liegt nun die auf der Organisationsstruktur basierende Grundlage vor für weitere Effizienzsteigerungen im Bereich Lohnadministration und funktionale Erweiterungen des Systems SAP HR.

Die im Rahmen der Revision der Finanzkontrolle festgestellten Mängel im Bereich IKS (Internes Kontrollsystem) wurden aufgenommen. Per Januar 2011 wurden in einem ersten Schritt die notwendigen Schlüsselkontrollen bei den monetären HR-Prozessen sowie bei den mit Sozialversicherungsfragen verbundenen Prozessen eingebaut. Die Anpassungen bei den übrigen HR-Prozessen werden bis Ende 2011 umgesetzt.

**Fehlzeitenmanagement und Zeitwirtschaft** Zur Optimierung der Prozesse rund um das Fehlzeitenmanagement, zur Reduktion von „Handarbeit“ für die Datenermittlung sowie zur verbesserten Ausschöpfung von zustehenden Leistungen der Sozialversicherungen wurden 2009 mehrere Lösungsvorschläge erarbeitet. Angesichts hoher Realisierungskosten wurden diese Vorschläge anfangs 2010 nochmals überprüft mit dem Ergebnis, dass die bis anhin nicht erwogene Realisierung mit SAP sehr viel kostengünstiger ist und zudem eine integrierte Lösung darstellt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	40.8	36.1	32.6	30.1	26.0	<sup>1</sup>
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	87	85	84	83	100	
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	90	100	77	
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	83	-	-	80	87	<sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Einführung eines flächendeckenden Case Managements (zusätzlicher HC 7.8) mit dem Ziel, eine wirksame Reintegrationsunterstützung bei Krankheit und Unfall zu bieten. Die Einführung erfolgt gestaffelt über 3 Jahre (2009-2011).
- 2 Beim Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards handelt es sich um eine inhaltliche Kennzahl, die wesentliche Aussagen über die wichtigsten zentralen und dezentralen HRM-Aktivitäten beinhaltet.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	7'548.4	8'061.2	6'635.2	-512.8	-6.4
31 Sachaufwand	2'242.4	3'767.1	2'305.6	-1'524.7	-40.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9'790.7</b>	<b>11'828.3</b>	<b>8'940.7</b>	<b>-2'037.6</b>	<b>-17.2</b>
43 Entgelte	-4'168.2	-3'798.8	-1'906.9	-369.4	-9.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'168.2</b>	<b>-3'798.8</b>	<b>-1'906.9</b>	<b>-369.4</b>	<b>-9.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'622.6</b>	<b>8'029.5</b>	<b>7'033.8</b>	<b>-2'406.9</b>	<b>-30.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zentrales Personalmanagement	5'622.6	8'029.5	7'033.8	-2'406.9	-30.0
5 Ausgaben Investitionen	281.6	0.0	416.2	281.6	...
K	0.0	152.7	0.0	-152.7	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>281.6</b>	<b>0.0</b>	<b>416.2</b>	<b>281.6</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- 1 Die Abweichungen zum Budget 2010 begründen sich primär durch die, aufgrund der Einführungsphase eines flächendeckenden Case Managements, noch nicht voll genutzten Mittel der Chancenkasse und des Reintegrationsstellenbudgets, sowie der Verschiebung des Projekts Fehlzeitenmanagement ins Jahr 2011.
- 2 Der ZPD erzielte zusätzliche Einnahmen durch die Verrechnung der Leistungen ZPD an die IWB. Ab dem Jahr 2011 reduziert sich der ordentliche Nettoaufwand des ZPD um die Höhe der Einnahmen der IWB. Die restlichen Mehreinnahmen begründen sich aus zusätzlichen Einnahmen verrechneter Kurse POE.

Im Verlauf der Arbeiten hat sich im Weiteren gezeigt, dass in der kantonalen Verwaltung elf unterschiedliche Zeitwirtschaftssysteme eingesetzt werden. Diese Vielzahl und Heterogenität behindern die einheitliche Handhabung von rechtlichen Bestimmungen (z.B. Arbeitszeitverordnung, Ferien- und Urlaubsverordnung) und den Datenaustausch zwischen den Systemen bzw. gesamthafte Auswertungen. Aus diesen Gründen ist ein einheitliches und integriertes Zeitwirtschaftssystem anzustreben.

Da das WSU ein neues Zeitwirtschaftssystem mit SAP einführte, wurde dies als Pilot genutzt für die Evaluation, ob SAP die Fehlzeitenmanagement-Anforderungen erfüllen kann. Das Ergebnis ist positiv, die Umsetzung erfolgt voraussichtlich per Juli 2011. Bei denjenigen Organisationseinheiten, welche für die Zeitwirtschaft aktuell nicht SAP verwenden, erfolgt der Datentransfer aus den bestehenden Systemen ins SAP HR. Im Weiteren wurde auch die technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit von SAP als Zeitwirtschaftsinstrument für die gesamte Verwaltung geprüft. Diese Auswertung erfolgt anfangs 2011. Aufgrund der Erkenntnisse wird ein Standardisierungsantrag für die gesamte Verwaltung ausgearbeitet. Unabhängig vom Pilot scheint eine einheitliche Lösung mit SAP auf Akzeptanz zu stossen, planen doch bereits jetzt verschiedene Dienststellen die Ablösung ihrer bestehenden Zeiterfassung durch SAP.

**Personalcontrolling** Mit einem Wechsel von einem Personalreporting zu einem strategiebasierten Personalcontrolling sollen Regierungsrat, Führungsverantwortliche und Personalfachorganisati-

on bei der Steuerung und Erreichung der gesetzten Ziele im Bereich Personalmanagement unterstützt werden. In dem zu diesem Zweck 2008 gestarteten Projekt wurde nach Abschluss der Grob- und Detailkonzeption 2010 die Umsetzung des Detailkonzeptes mit SAP Business Warehouse (BW) geplant, genehmigt und begonnen. Ende März 2011 werden voraussichtlich die Kennzahlendaten der Bereiche Personal- und Stellenplanung sowie Fluktuation zur Verfügung stehen. Die Zeitwirtschaftsdaten werden zu einem späteren Zeitpunkt ins BW einbezogen, wenn über die künftige Art der Zeitwirtschaft (siehe oben „Fehlzeitenmanagement und Zeitwirtschaft“) entschieden ist. Das Projekt befindet sich damit in der Endphase: Die Arbeiten zur Erreichung der nötigen Datenkonsistenz konnten erfolgreich abgeschlossen und das erforderliche Controllinginstrumentarium geschaffen werden. Letzteres wird voraussichtlich per 2012 in Form eines Managementcockpits noch verfeinert, welches die Hinterlegung von Sollwerten und das Erkennen von Abweichungen ermöglicht.

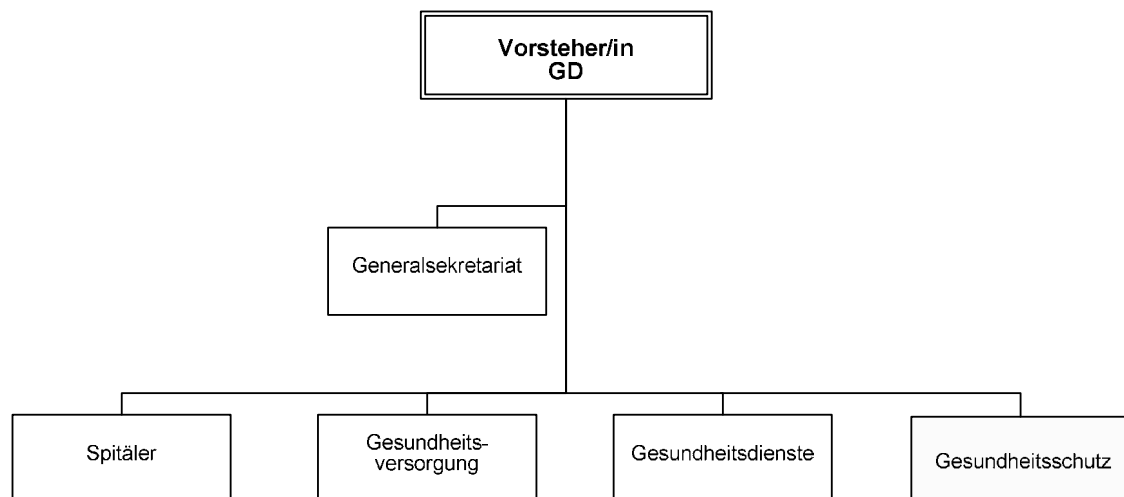
**Schaffung eines Human Resources Dienstleistungs-Center** Zusätzlich zu den für 2010 geplanten Vorhaben erarbeitete der ZPD zusammen mit den Dezentralen Personalleitenden den Vorschlag zur Schaffung eines Human Resources Dienstleistungs-Centers (HR-DLC) im ZPD, der vom Regierungsrat im Oktober 2010 genehmigt wurde. Im Dienstleistungszentrum werden bestimmte, bis anhin dezentrale Aufgaben neu zentral und in standardisierter Art und Weise erledigt. Diese Aufgaben umfassen unter anderem die Bearbeitung von Lohndaten im SAP, Mutationen im SAP, Abrechnung mit Sozialversicherungen, Bearbeitung von Familien- und Unterhaltszulagen, Abrechnung von Dolmetscherentschädigungen, Verarbeitung der Geldflüsse mit den Personenversicherungen sowie die Quellensteuerabrechnung mit den Kantonen. Im Weiteren zählen dazu die Zentrale Pflege der Organisationsmanagement-Daten sowie die Bereitstellung von Daten für das Personalcontrolling. Für die in departemental unterschiedlichem Umfang zentralisierten Aufgaben wurden die entsprechenden Mitarbeitenden der Dezentralen Personaldienste ins Dienstleistungszentrum transferiert; dieses nahm seine Tätigkeit per Januar 2011 auf. Mit der Zentralisierung und Standardisierung können qualitative und quantitative Verbesserungen bei gleichzeitiger Senkung der Kosten erzielt werden. Im Juni 2012 wird der ZPD dem Regierungsrat über die Erfahrungen der Zentralisierung und die daraus abzuleitenden Massnahmen berichten.

**Schaffung zusätzlicher Lehrstellen** Zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt sollen in der kantonalen Verwaltung und den Betrieben von 2010 bis 2012 insgesamt 55 zusätzliche, v. a. niederschwellige Lehrstellen mit zwei- und dreijähriger Lehrdauer (Abschluss eidg. Berufsattest und eidg. Fähigkeitszeugnis) geschaffen werden. Mit diesem Vorhaben wird die Attestlehrstelleninitiative abgelöst, die von 2006 bis 2008 zur Schaffung von insgesamt 130 zusätzlichen Lehrstellen in der Verwaltung geführt hat.

Per Ende 2010 konnten bereits 30 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Für 13 dieser Lehrstellen konnte die Anschubfinanzierung durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen werden. Die weitere Umsetzung erfolgt in allen Departementen und Betrieben mit hohem Engagement. Es zeigt sich aber, dass die Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen im niederschweligen Bereich begrenzt sind. Es wird zunehmend schwieriger, neue Lehrbetriebe mit einer für die Ausbildung von niederschweligen Lehrberufen geeigneten Aufgabenstruktur zu finden, die den Anforderungen an die Ausbildung gerecht werden können.

**6.2.5 Gesundheitsdepartement**

GD-701	Generalsekretariat GD	278
GD-702	Gesundheitsdienste	280
GD-706	Gesundheitsschutz	283
GD-709	Schlachthof	288
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	290
GD-730	Gesundheitsversorgung	293
GD-731	Universitätsspital Basel	296
GD-733	Felix Platter-Spital	299
GD-735	Universitäre Psychiatrische Kliniken	301



## Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen sowie den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Funktionen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Kanzlei und Planungskoordination unterstützt es die Dienststellen des Departements. Das Generalsekretariat führt ausserdem die Administrationsarbeiten der Psychiatrie-Rekurskommission.

Internet: [www.gd.bs.ch](http://www.gd.bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

**Nationale Gesundheitspolitik** Die Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) mit Schwerpunkt Spitalfinanzierung im Kanton Basel-Stadt stand auch 2010 im Vordergrund der Tätigkeiten. Die angepassten Bestimmungen gemäss KVG bringen folgende Neuerungen im Gesundheitswesen mit sich: die Einführung der sogenannten Fallpauschalen (Swiss-DRG), die Einführung des Vollkostenprinzips und der freien Spitalwahl sowie die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Spitälern. Gleichzeitig wurden die finanziellen Auswirkungen der Einführung der neuen Spitalfinanzierung für den Kanton Basel-Stadt analysiert und Vorarbeiten für die Festlegung des Kantonsanteils in 2011 durchgeführt.

Im Rahmen von SwissDRG wurde per 30. Juni 2009 das erste Gesuch zur Genehmigung der Tarifstruktur beim Bundesrat eingereicht. Dieses Gesuch wurde vom Bundesrat im Juni 2010 mit Auflagen genehmigt. Ferner beschäftigte das Departement die Umsetzung der neuen Regelungen zur Pflegefinanzierung, welche per 1. Januar 2011 in Kraft treten.

**Hochspezialisierte Medizin (HSM)** Die interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (IVHSM) ist per 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Alle 26 Kantone sind ihr beigetreten. Zweck der IVHSM ist die gemeinsame Planung derjenigen medizinischen Bereiche und Leistungen, die durch ihre Seltenheit, durch ihr hohes Innovationspotenzial, durch einen hohen personellen oder technischen Aufwand oder durch komplexe Behandlungsverfahren gekennzeichnet sind. Angestrebt wird eine qualitativ hochstehende und effiziente Versorgung der Bevölkerung sowie die Stärkung des Spitalstandorts Schweiz. Im Berichtsjahr wurden nun die ersten Entscheide (u.a. die Koordination der Herztransplantationen und der Protonentherapie) gefällt. Der Kanton Basel-Stadt wird im HSM-Beschlussorgan durch den Vorsteher des Gesundheitsdepartements vertreten.

**Rechtssetzung** Im Berichtsjahr wurde die Verordnung über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (KVO) geändert. Diese Änderung tritt per 1. Januar 2011 in Kraft. Zudem wurden Entwürfe für ein neues Gesundheitsgesetz und ein Gesetz über die öffentlichen Spitäler und die dazugehörigen Ratschläge erarbeitet und die Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Beide Gesetzesentwürfe wurden dem Grossen Rat überwiesen.

In der Berichtsperiode wurden gegenüber Medizinalpersonen 227 (2009: 205) Entbindungen vom Berufsgeheimnis für das Betreibungsverfahren ausgesprochen. In 25 (34) Fällen erfolgten Entbindungen vom Berufsgeheimnis aus anderen Gründen, etwa zum Zweck der Vornahme von Zeugnisaussagen in Strafverfahren.

Im Weiteren waren im Rahmen von kantonalen und eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren insgesamt 66 (91) Stellungnahmen zu verfassen, wie zum Beispiel zur Totalrevision des Alkoholgesetzes, zur Teilrevision der Chemikalienverordnung oder zur Revision der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung und der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.1	28.75	27.65	26.25	28.5
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	154	148	131	176	222
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	6	11	14	13	16
Anteil Rekursentscheide innert neun Monaten nach Eintreffen	Anz	100%	0	0		1

**Kommentar**

1 Wert wird erst seit 2010 erfasst

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	4'724.9	4'986.8	4'492.6	-261.9	-5.3
31 Sachaufwand	1'455.9	2'871.1	1'618.2	-1'415.2	-49.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.3	...
36 Eigene Beiträge	32.1	32.0	31.9	0.1	0.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6'213.3</b>	<b>7'890.0</b>	<b>6'142.7</b>	<b>-1'676.6</b>	<b>-21.3</b>
43 Entgelte	-184.2	-159.0	-128.1	-25.3	-15.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-184.2</b>	<b>-159.0</b>	<b>-128.1</b>	<b>-25.3</b>	<b>-15.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>6'029.1</b>	<b>7'731.0</b>	<b>6'014.5</b>	<b>-1'701.9</b>	<b>-22.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	339.4	518.9	431.9	-179.5	-34.6
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	5'689.7	7'212.1	5'582.7	-1'522.4	-21.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	37'000.0	0.0	-37'000.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>37'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-37'000.0</b>	<b>-100.0</b>

**Kommentar**

- 1 Aufgrund von Vakanzen wurde der Personalaufwand unterschritten.
- 2 Für Projekte im Bereich der regionale Zusammenarbeit sowie der Umsetzung der KVG-Revision mussten deutlich weniger Leistungen eingekauft werden als ursprünglich geplant. Die Finanzkontrolle regte zudem aus Überlegungen der Kostentransparenz an, den bislang zentral budgetierten und verbuchten Einkauf von Büroeinrichtungen und die baulichen Kleininvestitionen den Dienststellen weiterzuerrechnen. Die Budgetunterschreitung wird teilweise durch Überschreitungen im Sachkostenbereich dieser Dienststellen neutralisiert.

Zudem hatte das Departement sechs (11) Rekurse zu behandeln. Diese Rekurse wurden unter anderem gegen Verfügungen des Veterinäramtes betreffend Verstösse gegen das kantonale Hundegesetz oder gegen Verfügungen des Kantonsärztlichen Dienstes betreffend Prüfung in nicht-ärztlicher Komplementärmedizin erhoben.

**Kommissionen** Die *Prüfungskommission Komplementärmedizin* hat im laufenden Berichtsjahr 16 Anträge zur selbstständigen Ausübung der nicht-ärztlichen Komplementärmedizin bearbeitet und sich dabei wieder mit verschiedensten Fragen der Komplementärmedizin befasst. Bereits zum zehnten Mal wurde die schriftliche Prüfung gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft durchgeführt. Es nahmen 51 Kandidatinnen und Kandidaten an der Prüfung teil.

Die *Zahnpflegekommission* konnte im Berichtsjahr auf die Durchführung einer Sitzung verzichten.

Der Bericht der *Psychiatrie-Rekurskommission* befindet sich im Kapitel „Gesonderte Berichte“.



## Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in vier Abteilungen (Kantonsärztlicher Dienst, Gesundheitsförderung und Prävention, Heilmittelwesen und Sucht) Dienstleistungen für die Einwohnerinnen/Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Aufgaben des Kantonsärztlichen Dienstes beinhalten hoheitliche Funktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlage sowie konzeptionelle und operationelle Aufgaben und Beratungstätigkeiten.

Die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Heilmittelwesen ist als Fachinstanz insbesondere zuständig für Heilmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Dies sind die pharmazeutischen Belange der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, der Vollzug der Gesetzgebung über den Verkehr mit Heilmitteln und über die Betäubungsmittel, die Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe und Heilmittelabgabestellen (Apotheken und Drogerien) sowie Bewilligungen.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Internet: [www.gesundheitsdienste.bs.ch](http://www.gesundheitsdienste.bs.ch); [www.mixyourlife.ch](http://www.mixyourlife.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gesundheitsdienste	5.2 Gesundheitsdienste

## Tätigkeiten und Projekte

**Kantonsärztlicher Dienst** Unter Einhaltung des Zulassungsstopps für Ärztinnen/Ärzte wurden im Berichtsjahr 42 (2009: 34) Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit an Ärztinnen/Ärzte erteilt. 2010 wurden 1'053 (1'090) Anträge für Kostengutsprachen für ausserkantonale Spitalaufenthalte bearbeitet. Ende 2010 standen 960 (952) Personen in einem opioidgestützten Substitutionsprogramm. Bei den meldepflichtigen Krankheiten wurde im Berichtsjahr wie auch in der übrigen Schweiz mit 74 (52) Fällen eine Zunahme von Syphilis beobachtet. Gleiches gilt für die Tuberkulose, bei der 27 (18) Fälle gemeldet wurden. In allen Tuberkulosefällen wurden die erforderlichen Massnahmen getroffen. Im Berichtsjahr nutzten 3 (3) Personen das kantonale Förderprogramm zur Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen. 2010 wurden 764 (770) vertrauensärztliche Untersuchungen durchgeführt. Es erfolgten 412 (469) Beratungen und Abklärungen im Bereich Wohnungswesen. Das Verhältnis der Anzahl Problemsituationen wegen Ungeziefer, Ratten, defizitärer Wohnverhältnisse und Immissionen aus der Umwelt blieb gegenüber dem Vorjahr gleich. Auch 2010 wurde die medizinische Versorgung in den zwei Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen sichergestellt. Es erfolgten dort 367 (378) bzw. 132 (173) Konsultationen. Bei 307 (328) von insgesamt 450 (467) Einsätzen musste eine Fürsorgerische Freiheitsentziehung ausgesprochen werden.

**Gesundheitsförderung und Prävention** Im Berichtsjahr wurden verschiedenste Kampagnen (z.B. Psychische Gesundheit, Förderung gesunder Ernährung und Bewegung, Suchtprävention, Sexualerziehung, Frühförderung, Alter und Gesundheit) durchgeführt. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung erfolgten 134 (2009:143) Informationsveranstaltungen und es wurden 23 (25) Fachbeiträge zu Gesundheitsthemen veröffentlicht. Im Schuljahr 2009/10 untersuchte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 4'136 (4'201) Kinder und Jugendliche. Es erfolgten 1'770 (2'338) Spezialuntersuchungen, Abklärungen und Beratungen. Bei 2'744 (2'698) Schülerinnen/Schülern wurden die vorhandenen Impfungen überprüft und bei Bedarf individuelle Impfangebote gemacht. Seit Beginn des kantonalen Programms gegen Gebärmutterhalskrebs im August 2008 wurden 4'394 Mädchen und junge Frauen dagegen geimpft. Es wurden 2'004 (2'052) Gesundheitsbeurteilungen bei Lernenden vorgenommen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.1	54.4	54.4	52.9	50.9
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	42	34	11	28	28
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	73	72	70	69	69
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	79	117	106	148	174
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100			1
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100			2

**Kommentar**

- 1 Der Wert wird erst seit 2008 erfasst.  
 2 Der Wert wird erst seit 2008 erfasst.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	8'048.3	8'107.1	8'094.1	-58.8	-0.7
31 Sachaufwand	3'415.0	5'185.1	4'420.0	-1'770.1	-34.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	9'275.4	9'657.0	9'391.9	-381.6	-4.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>20'738.7</b>	<b>22'949.2</b>	<b>21'906.1</b>	<b>-2'210.5</b>	<b>-9.6</b>
42 Vermögenserträge	-11.4	-11.4	-11.4	0.0	...
43 Entgelte	-1'268.6	-1'089.5	-1'748.8	-179.1	-16.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'245.3	-1'375.3	-1'098.3	130.0	9.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'525.3</b>	<b>-2'476.2</b>	<b>-2'858.5</b>	<b>-49.1</b>	<b>-2.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>18'213.4</b>	<b>20'473.0</b>	<b>19'047.6</b>	<b>-2'259.6</b>	<b>-11.0</b>
davon Produktgruppe(n):					
Gesundheitsdienste	18'213.4	20'473.0	19'047.6	-2'259.6	-11.0
5 Ausgaben Investitionen	190.7	0.0	359.4	190.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>190.7</b>	<b>0.0</b>	<b>359.4</b>	<b>190.7</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Die Beiträge des Kantons Basel-Land an die Kontakt- und Anlaufstellen sind geringer ausgefallen als budgetiert.

**Heilmittelwesen** Im Berichtsjahr wurde der Etablierung einer praxisnahen Risikobewertung der zulassungsbefreiten Präparate im Rahmen des 2. Revisionspakets zur Heilmittelverordnung besondere Beachtung eingeräumt. In Zusammenarbeit mit der Apothekenvisitationskommission wurde das standardisierte Visitationsprotokoll unter Berücksichtigung der ab Oktober 2010 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen überarbeitet. Mit Blick auf die Patientensicherheit wurde das Arzneimittelrückrufkonzept der Basler Apotheken eng begleitet. Die Zahl der Apotheken im Kanton betrug im Berichtsjahr 73 (2009: 72), diejenige der Drogerien 20 (21).

**Abteilung Sucht** Im Oktober 2010 fand das Forum für Suchtfragen zum Thema „Killergames, Barbie & Co. – Prävention trifft Jugendkultur“ statt. Aufgrund der 2007 erfolgten Angebotsüberprüfungen und Bedarfsabklärungen im Suchtbereich wurde 2010 eine weitere interne Mittelverschiebung aus dem Budget für stationäre Suchttherapien in den Bereich der ambulanten Suchtberatung mit Fokus auf die bedarfsorientierte Beratung Alkoholabhängiger und die psychosoziale Betreuung vorgenommen. Ferner wurde an einer Konzept- und Standortüberprüfung der Kontakt- und Anlaufstellen gearbeitet. Zur Behandlung der Glücksspielsucht wurde 2010 das neu geschaffene Kooperationskonzept zusammen mit dem Bereich Abhängigkeitserkrankungen der Psychiatrischen Universitätskliniken und weiteren Partnern umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 999 (2009: 930) Personen betreut. Davon entfielen 44% (42%) auf das Team Suchtberatung und 56% (58%) auf das Team Case Mana-

gement. 2010 erfolgten 486 (515) Neumeldungen. Davon meldeten sich 186 (204) Personen freiwillig für eine Suchtberatung, 300 (311) Personen wurden über das Intake (Falleingang für Erstkontakte) ins Case Management aufgenommen. Dabei handelte es sich vor allem um schriftliche Abklärungsmeldungen der Kantonspolizei. Von den 186 freiwilligen Neumeldungen in der Suchtberatung waren 10% (9%) Drittberatungen (Angehörige, Arbeitgeber etc.). Bei rund 83% (84%) aller Betreuten lag ein Alkoholproblem vor (Alkohol allein oder in Kombination mit anderen Substanzen). 2010 befanden sich 124 (125) Personen mit insgesamt 21'650 (21'877) Belegtagen in einer stationären Therapieeinrichtung. Am Arbeitsintegrationsprogramm „Worklight“ für Teilnehmende einer opioidgestützten Behandlung und seit Herbst 2009 auch für Personen mit einer Alkoholproblematik (Gesundheitsdepartement als Träger) nahmen 77 (65) Personen teil, davon 11 Personen mit einer Alkoholproblematik. Durchschnittlich arbeiteten täglich 27 (27) Personen im Programm.

**Seniorenpolitik** 2010 beteiligten sich die Gesundheitsdienste erneut an der muba-Sonderpräsentation „älter werden macht Spass“. Zudem wurden Vorarbeiten für die Ausgabe 2011 geleistet, die neu unter dem Titel „älter werden - aktiv bleiben“ durchgeführt wird. Das Projekt „Café Bâalance“ zur quartiersnahen Umsetzung von Gesundheitsförderung im Seniorenalter konnte 2010 mit grossem Erfolg in drei Quartiertreffpunkten gestartet werden. Weiter hat eine Arbeitsgruppe des Seniorenforums mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung der Leitlinie „Freiwilligenarbeit“ begonnen. Die Seniorenkonferenz und deren Zusammenarbeit mit dem Seniorenforum wurden laufend optimiert und insbesondere an der Schnittstelle zwischen Partikularinteressen einzelner Organisationen und dem Gesamtinteresse einer kantonalen Seniorenpolitik klarer strukturiert. Auf Ebene Verwaltung wurden die Zuständigkeiten der Departemente klar geregelt und kommuniziert. Die Leitlinien wurden hinsichtlich Inhalt und Umsetzbarkeit in der Seniorenkonferenz sowie im Seniorenforum analysiert und kritisch begutachtet. Dabei wurde festgestellt, dass zwischen generell abstrakter Leitlinie und konkret geplanter Massnahme die wichtige Handlungsebene der konkreten Zielsetzung fehlte. Deshalb wird das Seniorenforum für das Jahr 2011 pro Leitlinie mindestens eine konkrete Zielsetzung umsetzen. Dazu gehören:

- Die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung werden im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt Basel-Stadt systematisch und repräsentativ erhoben.
- Seniorengerechten Gaststätten, Geschäften und andere öffentlich zugängliche Orte in der Stadt sollen zertifiziert werden.
- Das erfolgreiche Projekt „Café Bâalance“ soll ausgebaut und eventuell auf BL ausgeweitet werden.
- Im Rahmen der Umgestaltung des St. Johann-Park werden Outdoor-Fitnessgeräte für SeniorInnen als Prototyp fix installiert. Im Erfolgsfall soll eine Ausweitung auf weitere Pärke erfolgen.
- Mentales Training als Thema der muba 2011 soll mit Folgemaassnahmen weiter gefördert werden.
- Zur Nutzung neuer Technologien (iPad, iPhone, Internet, e-banking und Facebook) als Kommunikationsmittel sollen seniorengerechte Aus- und Fortbildungsangebote geschaffen werden.
- Eine implementierte Arbeitsgruppe Freiwilligenarbeit erarbeitet aktuell Antworten auf die Frage „Was ist für SeniorInnen eine adäquate Anerkennung für geleistete Freiwilligenarbeit?“
- Eine neue Informationsplattform (Website) des Seniorenforums wird laufend aktualisiert abbilden, was im Bereich der SeniorInnenpolitik von der Verwaltung bereits geleistet wird und künftig geleistet werden soll.
- Im Sicherheitsbereich wird in Zusammenarbeit mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie mit Banken laufend auf aktuelle Gefährdungen hingewiesen (z.B. Enkel-Trick, Kaffeefahrten).
- In Zusammenarbeit mit dem Präsidialdepartement und MigrantInnen-Organisationen sollen Plattformen und Massnahmen zur Information der älter werdenden MigrantInnen über die vielfältigen Angebote und Tätigkeitsfelder im Seniorenbereich bereitgestellt werden.

## Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium (KL), Institut für Rechtsmedizin (IRM) und Veterinäramt/Schlachthof (VA/SH) sowie dem Betrieb Öffentlichen Zahnkliniken (ZKB) gebildet.

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel beziehen kann, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung bzw. Aufmachung nicht täuschend sind. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklassierung regelmässig inspiziert, Verstösse werden geahndet. Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchsttrisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das IRM bietet seinen Auftraggebern aus verschiedenen Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot: Abklärungen von aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Opfern von Körperverletzungsdelikten sowie forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen, bei in Körperverletzungsdelikte involvierten Personen und bei Strassenverkehrsteilnehmenden. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten. Die forensisch-chemischen Untersuchungen von Betäubungsmitteln zeigen die Reinheit und den Wirkstoffgehalt von illegalen Drogen.

Bevölkerung und Tiere sind auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen soweit möglich geschützt. Private und gewerbsmässige Tierhaltungen und Tierversuche werden gemäss Tierschutzgesetzgebung kontrolliert und Verstösse verwaltungs- und/oder strafrechtlich geahndet. Das Fleisch aller Schlachttiere wird systematisch auf seine Genusstauglichkeit kontrolliert. Der Einsatz von Tierarzneimitteln wird überprüft, um die KonsumentInnen von unerwünschten Rückständen in Lebensmitteln tierischer Herkunft zu schützen. Hundehaltende werden über ihre Pflichten informiert. Potenziell gefährliche Hunde werden besonders überwacht. Allfällige Hundebisse werden gemeldet, deren Ursache abgeklärt und die nötigen Massnahmen getroffen. (Schlachthof s. Kapitel GD-709)

Internet: [www.gesundheitsschutz-bs.ch](http://www.gesundheitsschutz-bs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5.1 Gesundheitsschutz
Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen	5.1 Gesundheitsschutz
Kontrolle und Überwachung von Tieren und Tierprodukten	5.1 Gesundheitsschutz
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	5.1 Gesundheitsschutz

## Tätigkeiten und Projekte

### Kantonales Laboratorium

**Laboruntersuchungen und Inspektionen** In Zusammenarbeit mit den Kantonalen Laboratorien Aargau und Baselland wurden Permanent-Make-Up-Farben auf unerlaubte Pigmente, Konservierungsmittel sowie gesundheitsrelevante Verunreinigungen untersucht. Dabei mussten 14% der Proben wegen gesundheitsgefährdender Mängel aus dem Verkehr gezogen werden. Die hohe Beanstandungsrate von insgesamt 45% zeigt, dass die gesetzlich vorgeschriebene Selbstkontrolle bei den Herstellern, Importeuren und Händlern von Permanent Make Up Farben noch ungenügend ist.

Für die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten werden regelmässig Lebensmittel auf gentechnisch veränderte Organismen (GVO) untersucht. Nachdem 2009 seit langem wieder deklarationspflichtige GMO-Gehalte gefunden wurden, wurden in diesem Jahr in über 100 untersuchten Proben keine Spuren gefunden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	77.1	79.85	73.8	78.5	92.9
Meldungen betr. verhaltensauffälliger Hunde	Anz	92	129	217	176	170 <sup>1</sup>
Von Rekursinstanz abgew. Rekurse gg. Verfügungen des VA	Anz	0	0	0	0	0 <sup>2</sup>
Anteil geprüfter Lebensmittelbetriebe der Höchststrisikoklasse	%	100	100	100	100	100
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	5'690	4'275	3'600	3'400	3'200
Zeitger. gelieferte Gutachten zu Drogen im Strassenverkehr	%	100	100	100	100	

**Kommentar**

- 1 Seit 2009 werden nur noch Meldungen über verhaltensauffällige Hunde ausgewiesen. Bis 2008 wurden alle Hundevorfälle gezählt.
- 2 betreffend Hundehaltung

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	14'202.2	14'059.1	13'683.6	143.1	1.0
31 Sachaufwand	5'369.0	4'885.7	5'451.7	483.3	9.9 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4'988.5	30.8	256.9	4'957.7	... <sup>2</sup>
36 Eigene Beiträge	20.5	0.0	5.8	20.5	...
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	60.0	0.0	0.0	60.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24'640.2</b>	<b>18'975.6</b>	<b>19'398.0</b>	<b>5'664.5</b>	<b>29.9</b>
40 Steuern	-670.1	-630.0	-648.1	-40.1	-6.4
42 Vermögenserträge	-494.1	-440.0	-441.2	-54.1	-12.3
43 Entgelte	-7'059.4	-6'229.6	-7'078.5	-829.8	-13.3 <sup>1</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-322.6	-318.0	-316.3	-4.6	-1.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-8'546.2</b>	<b>-7'617.6</b>	<b>-8'484.1</b>	<b>-928.6</b>	<b>-12.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>16'093.9</b>	<b>11'358.0</b>	<b>10'913.9</b>	<b>4'735.9</b>	<b>41.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	6'340.2	6'063.2	6'368.4	277.0	4.6
Katastrophenbewältigung/ABC-Ereignissen/ausserordentl. Lagen	1'956.0	2'051.3	2'099.0	-95.3	-4.6
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	5'317.7	732.7	642.5	4'585.1	625.8
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	2'480.0	2'510.8	1'803.9	-30.8	-1.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	408.8	0.0	...
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-5'146.2	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-4'737.4</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Die Überschreitung rührt einerseits daher, dass Ausgaben für Mobiliar und kleinere Umbauten zentral beim Generalsekretariat (Dst. 701) budgetiert worden waren, die anfallenden Kosten jedoch auf Grund der Kostenwahrheit bei den Dienststellen verbucht worden sind, welche die Leistungen tatsächlich auch bezogen haben. In der Dst. 701 wurde das Budget um die entsprechenden Beträge unterschritten. Andererseits wurden im Institut für Rechtsmedizin sowie im Kantonalen Labor aufgrund des hohen Auftragsvolumens deutlich mehr Labormaterialien benötigt als budgetiert waren. Die Mehrausgaben wurden aber durch deutlich höhere Einnahmen auf Kto. 43 kompensiert.
- 2 Aufgrund der Veräusserung des Schlachthofareals (inkl. Sachanlagen Veterinäramt) an die Bell AG musste das Anlagevermögen des Veterinäramts um 4.9 Mio. Franken abgeschrieben werden.

Bei vorgekochten Speisen wurde ein Viertel der untersuchten Proben bezüglich hygienerelevanter Parameter beanstandet. Da die Probenahme gemäss Schweizerischem Lebensmittelrecht risikoba-

siert erfolgt, ist diese Zahl nicht repräsentativ für alle Betriebe des Kantons. Auch wenn Toleranzwertüberschreitungen nicht eine akute Gesundheitsgefährdung darstellen, sind sie Indiz für ein ungenügendes Hygieneverhalten.

Das Lebensmittelinspektorat inspizierte im Berichtsjahr risikobasiert 1'200 (1'000) Betriebe. 85% der kontrollierten Lebensmittelbetriebe wurde ein genügender bis guter Zustand attestiert, während 15% der Betriebe als mangelhaft oder schlecht taxiert wurde. Als Konsequenz werden die als ungenügend taxierten Lebensmittelbetriebe in kurzen Zeitintervallen so oft kontrolliert, bis das Inspektionsergebnis befriedigend ausfällt. Das vergangene Jahr war ein ausgesprochen gutes Pilzjahr. Die Pilzkontrolle wurde rege in Anspruch genommen.

Die Kontrollen im Bereich Bio- und Chemiesicherheit ergaben ein durchwegs positives Bild. Die Sicherheitsvorkehrungen bei Betrieben und auf den Verkehrswegen sind in Basel auf einem guten Stand. Ein punktueller Verbesserungsbedarf besteht bei der Lagerung und dem Umschlag von Chemikalien. Bezüglich Gefahrgutverkehrs wurden der vom kantonalen Tiefbauamt erstellte Kurzbericht zum Gebiet St. Johann sowie die Kurzberichte zu den Güterbahnen im Kleinhüninger Hafen und im Gewerbegebiet Dreispitz beurteilt. Die Risikoanalyse des Geothermieprojektes „Deep Heat Mining Basel“ wurde fachlich begleitet und im Mai 2010 im Rahmen einer Medienorientierung termingerecht abgeschlossen.

## Veterinäramt

**Ausbildungsprogramm Kind & Hund** 88 (66) Kindergartenklassen haben 2010 den Präventionskurs Kind & Hund besucht. Damit wurde mindestens die Hälfte aller Kindergartenklassen des Kantons Basel-Stadt unterrichtet.

**Hundewesen** 92 (129) Meldungen über auffällige Hunde (Bissverletzungen und aggressive Hunde) sind eingegangen. In 55 (74) Fällen wurden Massnahmen angeordnet.

**Artenschutz, Import/Export** Insgesamt 2'734 (2'758) Sendungen von in die Schweiz eingeführten Tieren und Waren, welche der internationalen bzw. der eidgenössischen Artenschutzgesetzgebung unterliegen, wurden kontrolliert. Bei 107 (118) Sendungen handelte es sich um lebende Tiere.

**Tierschutz** 100 (98) mutmassliche Verstösse gegen das Tierschutzrecht wurden abgeklärt. Davon fielen zehn (16) Verstösse auf Tiere im Schlachthof. In sieben (11) Fällen erfolgte eine Verzeigung an den Strafbefehlsrichter.

**Tierversuche** Die Zahlen für das Jahr 2010 liegen noch nicht vor. Im Kanton Basel-Stadt wurden im Jahr 2009 205'577 Tiere in bewilligungspflichtigen Tierversuchen eingesetzt. Das sind 3'816 Tiere (1.8%) weniger als 2008. Labornagetiere (Mäuse, Ratten, Gerbils, Hamster und Meerschweinchen) waren mit 95% am stärksten vertreten. In abnehmender Reihenfolge wurden ferner Fische, Kaninchen, Hunde, Primaten, Vögel, Minipigs sowie Amphibien verwendet. Die Zahl der Primaten (insgesamt 244 Affen) nahm um 24 Tiere zu.

Bei der Durchführung der bewilligungspflichtigen Tierversuche waren 6'114 (6'485) Tiere (3%) einer schweren Belastung ausgesetzt. Die Anzahl der Tiere mit einer mittleren Belastung verringerte sich um 8'184 Tiere auf 50'440 Tiere. 149'023 Tiere wurden wenig oder gar nicht belastet. Im Beisein von Mitgliedern der Tierversuchskommission fanden im Jahr 2010 21 Inspektionen von Tierversuchen und der Haltung von Versuchstieren statt. In drei Fällen erfolgte eine Verzeigung.

**Überwachung der Aus- und Weiterbildung der Tierhalterinnen und Tierhalter** Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Tierversuche wurde die Aus- und Weiterbildung der Versuchsleitenden und Versuchsdurchführenden überprüft. Ausbildungskurse für Auszubildende und für den Sachkundenachweis von Tierhaltenden wurden durch das Bundesamt für Veterinärwesen anerkannt. Eingereichte Sachkundenachweise von Hundehaltenden wurden überprüft und registriert.

**Tiergesundheit** Wegen der nach wie vor drohenden Blauzungenepidemie wurden in den Nutztier- und Wildtierhaltungen die Klauentiere auch 2010 gegen die Blauzungenerkrankung schutzgeimpft. Im

Rahmen der schweizweiten Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe wurden alle neugeborenen Tiere der Rindergattung auf den Erreger untersucht. Das Virus wurde bei keinem Tier nachgewiesen. 30 Füchse wurden negativ auf Tollwut untersucht. Fünf der untersuchten Tiere waren Träger des Fuchsbandwurms, zwei wiesen einen Räudebefall auf und bei einem Tier wurde das Staupevirus nachgewiesen. Aufgrund des Staupefalles wurde der Bevölkerung, insbesondere Hundehalterinnen und -halter in einer Medienmitteilung die Möglichkeit einer Staupeimpfung für ihre Haustiere empfohlen.

**Fleischgewinnung** Die Schlachtieruntersuchung und die Fleischkontrolle werden von amtlichen Tierärzten des Veterinäramtes durchgeführt. Sämtliche geschlachteten Schweine der Schlachthöfe Basel und Cheseaux/VD, ausserkantonal geschlachtete Pferde und ausserkantonal sowie im Ausland erlegte Wildschweine wurden im Trichinenlabor auf allfällige Parasitenlarven untersucht. Insgesamt wurden 680'993 Trichinenproben genommen.

Die amtlichen Tierärzte des Schlachthofs liefern dem Bund umfangreiches Datenmaterial (nationales Monitoring) über folgende Schwerpunkte: Probenahmen für die Ermittlung des Vorhandenseins zoonotischer Erkrankungen in unseren nationalen Tierbeständen wie Salmonellen beim Schwein und BSE beim Rind, tierspezifische Seuchen wie die Aujeszkykrankheit oder die enzootische Pneumonie beim Schwein, Stichprobenahme oder bei Verdacht auf Rückstände von Fremdstoffen und Antibiotika, zur Bestimmung der Antibiotikaresistenz. Sämtliche Proben waren negativ.

Im Jahr 2010 war die Fleischkontrolle weiterhin mit der Umsetzung der Untersuchung von gegen Ebergeruch geimpften Schweinen beschäftigt. Das Projekt hat zum Ziel, taugliche Methoden für die Eberverwertung und Alternativen zur chirurgischen Kastration zu evaluieren. Von 3'777 geimpften Tieren mussten 20 wegen Ebergeruch beanstandet werden. Die Erhebungen sind nach Ende der Projektphase im Pflichtenheft festgehalten.

### Institut für Rechtsmedizin

Die Erstakkreditierung der Forensischen Medizin als Inspektionsstelle nach ISO 17020 und die Überwachung der Abteilungen Forensische Genetik und Forensische Chemie und Toxikologie durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle SAS verliefen erfolgreich. Somit ist das IRM Basel das erste Institut für Rechtsmedizin in der Schweiz, das alle seine Abteilungen akkreditiert hat.

In der **Forensischen Medizin** haben sich nach dem deutlichen Anstieg der Aufträge im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr in 2010 die Untersuchungszahlen sowohl in der forensischen Pathologie als auch in der klinischen Rechtsmedizin stabilisiert. Im Auftrag der Ermittlungsbehörden wurden insgesamt 313 (314) Todesfälle am Auffindeort untersucht (Legalinspektion), wobei in 174 (178) Fällen (56%) eine gerichtliche Obduktion zur Klärung von Todesursache und Todesart durchgeführt wurde. Weitere drei Leichenöffnungen erfolgten im Privatauftrag und in einem Fall nach gerichtsarztlicher Anordnung (sog. Bestattungsobduktion). Geringfügig höher als 2009 war die Anzahl der Begutachtungen von lebenden Personen. So wurden insgesamt 350 (343) Opfer von Straftaten und Tatverdächtige untersucht, wobei mit 306 (265) Fällen vor allem ein Anstieg der Anzeigen wegen eines Körperverletzungsdeliktes zu verzeichnen war, während die Anzahl von Untersuchungen im Zusammenhang mit Sexualdelikten mit 44 (78) Fällen geringer war als 2009. Zur Bestimmung des Lebensalters wurden vier (18) Personen begutachtet.

In der **Forensischen Toxikologie** waren die Untersuchungen von Todesfällen mit 96 (136) Fällen rückläufig, doch haben die forensisch-toxikologischen Untersuchungen von lebenden Personen ausserhalb des Strassenverkehrs mit 483 (403) Fällen zugenommen.

In 747 (733) Fällen wurden Blutalkoholbestimmungen im Strassenverkehr durchgeführt. Die Untersuchungen bei Fragestellungen zum Fahren unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss haben mit 412 (491) Aufträgen wieder abgenommen.

Die forensisch-toxikologischen Untersuchungen sind mit 1'036 (1'050) Untersuchungen in der Gröszenordnung des Vorjahrs verblieben, wobei nun erstmals neben der Untersuchung von Körperflüssigkeiten auch Haaruntersuchungen auf Drogen und Alkoholmarker durchgeführt worden sind. Die immunchemischen Vortests sind mit 888 (982) Fällen rückläufig.

Im Bereich der **Forensischen Chemie** blieben die Untersuchungen mit 739 (758) Analysen praktisch unverändert. Gehaltsbestimmungen von Betäubungsmitteln wurden in 154 (178) Fällen mit 446 (430) Analysen durchgeführt. Qualitative Analysen auf Betäubungsmittel wurden in 35 (48) Fällen vorgenommen. Das mobile Drogen-Detektionsgerät IMS wurde in 84 (100) Fällen eingesetzt, doch dabei mehr Einzelproben als im Vorjahr gemessen.

Die **Forensische Genetik** untersuchte im Berichtsjahr insgesamt 1'610 (1856) Spurenfälle und führte 40 (59) Abstammungsbegutachtungen durch.

Es wurden bei 3'076 (3'235) einzelnen Spuren DNA-Analysen durchgeführt. Für 196 (61) Proben wurde die Spurensart bestimmt [Blut 57 (12), Ejakulat 25 (27), Speichel 114 (22)]. Aus Proben von Personen wurden 1'688 (1'598) DNA-Profile erstellt. 573 (842) DNA-Profile aus Spuren und 1'529 (1'406) DNA-Profile von Personen wurden in die Eidgenössische DNA-Datenbank (EDNA-Informationssystem) eingestellt. Davon erzielten 329 Profile eine Übereinstimmung („Hit“) mit bereits im EDNA-IS erfassten Spuren oder Personen-Profilen.

Abstammungsuntersuchungen wurden bei 113 (168) Personen durchgeführt. In 23 (30) Fällen wurden die Untersuchungen gerichtlich angeordnet, in 17 (29) Fällen von Privatpersonen in Auftrag gegeben. In sechs (3) Fällen wurden Probenentnahmen im Auftrag anderer Institute durchgeführt.

Es wurden zwei (2) nationale und vier (4) internationale Ringversuche erfolgreich abgeschlossen.



## Schlachthof

GD-709

Der Kanton Basel-Stadt ist Besitzer der Bau- und Arealsubstanz des Schlachthofes. Als privatrechtliche Aktiengesellschaft betreibt die Schlachtbetrieb Basel AG (SBA) den Schlachtbetrieb und ist Besitzerin der eingebauten schlachttechnischen Anlagen. Die Schlachthofverwaltung ist zuständig für den Unterhalt der Gebäude und der technischen Einrichtungen sowie für die Energiebewirtschaftung und deren Bereitstellung für alle Mietparteien auf dem Schlachthofareal.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb des Schlachthofes	5.1 Gesundheitsschutz

## Tätigkeiten und Projekte

**Betrieb des Schlachthofes** 2010 wurden an folgenden Objekten Sanierungs- und Ersatzarbeiten vorgenommen: Drei Warenlifte im Schlachthof, Kompressoren, Fäkalienpumpe, Leistungserhöhung der Transformatorenstation und Umbau der Hauptverteilung und Kühlraumböden. Neu wurde eine Räderdesinfektionsanlage für den Fall des Auftretens von hochansteckenden Seuchen gebaut. Zusammen mit der SBA wurden bei den Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Kälteanlagen weitere Energiesparmassnahmen umgesetzt.

Der Kanton zieht sich aus der operativen Führung des Schlachthofs zurück. Die Bell AG wird den Schlachthof und die Fleischverarbeitung am heutigen Standort die nächsten acht bis zehn Jahre weiter betreiben und erwirbt zu diesem Zweck vom Kanton Basel-Stadt das Areal ab 1.1.2011 im Baurecht. Dies führt im Berichtsjahr beim Schlachthof, welcher ins Finanzvermögen umgewidmet worden war, in der Dienststelle 709 zu Abschreibungen in Höhe von rund 14.9 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.7	4.73	5.7	6.0	23.0	1
Schlachtmenge	t	53'054	54'550	53'257	50'174	51'346	
Kontrollierte Tiere	Anz	614'056	627'328	616'111	576'401	585'694	

**Kommentar**

- 1 Die amtlichen Tierärzte der Fleischkontrolle sind organisatorisch dem Veterinäramt, welches Teil der Dienststelle 706 (Gesundheitsschutz) ist, direkt unterstellt.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	467.2	424.5	479.4	42.7	10.1	
31 Sachaufwand	2'766.0	3'290.3	2'717.3	-524.3	-15.9	1
32 Passivzinsen	737.2	749.7	775.4	-12.5	-1.7	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	15'841.5	647.5	842.4	15'194.0	...	2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>19'811.9</b>	<b>5'112.0</b>	<b>4'814.6</b>	<b>14'699.8</b>	<b>287.6</b>	
42 Vermögenserträge	-81.6	-70.0	-77.7	-11.6	-16.6	
43 Entgelte	-4'876.1	-5'152.5	-4'737.0	276.3	5.4	1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-4'957.8</b>	<b>-5'222.5</b>	<b>-4'814.7</b>	<b>264.7</b>	<b>5.1</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>14'854.1</b>	<b>-110.5</b>	<b>-0.1</b>	<b>14'964.5</b>	<b>...</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Betrieb des Schlachthofes	-987.4	-758.0	-839.0	-229.4	-30.3	
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-14'238.6	0.0	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-14'238.6</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Durch die Installation einer Wärmepumpe können neu im Schlachthof rund 40 % der Wärme zurückgewonnen werden. Dadurch sind die Energiekosten auf Konto 31 massiv gesunken. Entsprechend tiefer fielen dementsprechend auch die Erträge aus der Benutzergebühr auf Konto 42 für den Schlachthof aus.
- 2 Aufgrund der Veräusserung des Schlachthofareals und der darauf befindlichen Gebäude an die Bell AG musste der Anlagebestand des Schlachthofes, welcher bereits früher ins Finanzvermögen umgewidmet worden war, um 14.9 Mio. Franken korrigiert werden.

## Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Die Öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der sozialen Zahnpflege beauftragt.

Die soziale Zahnpflege umfasst für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif (alt: SUVA-Tarif). Bei entsprechendem Anspruch werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt. Mit der Schuluntersuchung wird auch eine Erstbeurteilung von Stellungsanomalien der Zähne und des Kiefers vorgenommen, und es werden Empfehlungen für eine detaillierte Abklärung abgegeben.

Die Volkszahnklinik steht allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern, welche Zuschüsse zu den Krankenkassenprämien erhalten, zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Für diesen Personenkreis sieht das Gesetz eine gestaffelte Reduktion der Behandlungskosten vor. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif. Im Gegensatz zur Schulzahnklinik steht die Volkszahnklinik bei entsprechenden Kapazitäten auch ausserkantonalen Patientinnen und Patienten offen. Diesen wird auf den UVG-Tarif ein Zuschlag verrechnet.

Die Öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und 1 Büro-Assistentin ausgebildet.

Internet: [www.zahnkliniken.bs.ch](http://www.zahnkliniken.bs.ch)

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Zahnmedizinische Betreuung

5.3 Gesundheitsversorgung

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemeines** Eine Verbesserung der Behandlungskooperation von Kindern wurde durch die Installation von TV-Geräten an der Decke von sieben Behandlungszimmern in der Schulzahnklinik erreicht. Auffallend ist, dass die Erwartungen der Zahnärzteschaft in Bezug auf Ablenkung und Begeisterungsfähigkeit mit Comic-Filmen übertroffen wurden. Die Kinder müssen teilweise fast aus der Filmgeschichte „herausgerissen“ werden, wenn die Behandlung beendet ist. Die Zeit des Zahndurchbruchs bis zur Erreichung der definitiven Zahnstellung ist immer eine kariesanfällige Zeit, da der junge Schmelz noch nicht ausgereift ist. In der Vergangenheit hat man versucht, die tiefen Furchen auf der Kaufläche mit einem flüssigen Kunststoff zu versiegeln. Mit dieser Massnahme konnten höchstens die Kauflächen, nicht aber die übrigen gefährdeten Flächen der Zähne geschützt werden. Neu wird diese Zahndurchbruchszeit mit einem 2-3 x jährlich aufzutragenden Fluoridlack überbrückt. Somit kann in vielen Fällen auf die Versiegelung verzichtet werden, und der Schmelz kann schneller Fluoride als wirksamen Zahnschutz einlagern.

**Zahnmedizinische Betreuung** Sowohl in der Schulzahnklinik wie auch in der Volkszahnklinik werden die zahnmedizinischen Behandlungen im Bereich der Schulzahnpflege und in der sozialen Zahnmedizin gemäss den angepassten Planungs- und Behandlungsempfehlungen (Standards) der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz durchgeführt. Bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Regulationen (Zahnspangen) durchgeführt werden, sind der Nachweis einer über 18 Monate erfolgreichen Mitarbeit bei der Mundpflege und ein Interesse an der Zahngesundheit zu erbringen.

**Zahnmedizinische Prophylaxe** Die Zahngesundheit der 12-Jährigen im bleibenden Gebiss hat sich leicht verbessert. So ist der durchschnittliche Kariesindex an bleibenden Zähnen von 0.94 auf 0.93 leicht gesunken. Diese Zahl zeigt auf, dass durchschnittlich bei jedem 12-jährigen Kind 0.93

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	92.4	94.16	95.2	93.3	99.0
Narkosebehandlungen UKBB	Anz	471	480	494	467	450
Prozentuale Zunahme Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	-1.0	4.4	-11.0	0.0	-4.4
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.62	0.71	0.88	0.93	0.81

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	11'674.2	12'679.0	11'852.0	-1'004.9	-7.9
31 Sachaufwand	2'652.4	2'311.0	2'441.3	341.4	14.8 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	81.2	44.5	92.7	36.7	82.5
36 Eigene Beiträge	2'952.5	2'700.0	2'938.2	252.5	9.4 <sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17'360.3</b>	<b>17'734.5</b>	<b>17'324.3</b>	<b>-374.2</b>	<b>-2.1</b>
42 Vermögenserträge	-2.5	-0.6	-1.0	-1.9	-311.1
43 Entgelte	-11'574.4	-12'184.9	-11'747.1	610.5	5.0 <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-11'576.9</b>	<b>-12'185.5</b>	<b>-11'748.2</b>	<b>608.6</b>	<b>5.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'783.4</b>	<b>5'549.0</b>	<b>5'576.1</b>	<b>234.4</b>	<b>4.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Zahnmedizinische Betreuung	5'783.4	5'549.0	5'576.1	234.4	4.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	605.6	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>605.6</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- Die Budgetüberschreitung ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: Durch die Vollbesetzung der kieferorthopädischen Abteilung sowie einer längerfristigen internen Schulungsmassnahme im eigenen zahntechnischen Labor fielen gegenüber dem Budget Mehrkosten von rund 150'000 Franken für die Fremdvergabe von zahntechnischen Leistungen an. Dies sind Kosten, die an die Patientinnen und Patienten bzw. deren Eltern weiter verrechnet werden. Die IT-Dienstleistungen wurden insgesamt knapp 180'000 Franken zu tief budgetiert.
- 2010 wurden höhere Reduktionen bzw. gesetzliche Gratisleistungen erbracht, die eine Budgetüberschreitung von rund 250'000 Franken auslösten. Diese Sozialkosten sind jeweils nur sehr schwer abzuschätzen. Eine Steuerungsmöglichkeit besteht nicht, da die Patientinnen und Patienten einen gesetzlichen Anspruch auf diese Leistungen haben.
- Aus Auslastungsgründen, aber auch weil kein geeignetes Personal gefunden wurde, wurden erneut nicht alle vakanten Stellen besetzt. Dies führte zwar zu erheblichen Einsparungen im Bereich Personalaufwand (> 1 Mio. Franken), aber auch zu Mindereinnahmen von rund 610'000 Franken.

Zähne entweder kariös, wegen Karies geflickt sind oder wegen Karies fehlen. Erfreulicherweise erhöhte sich der Anteil der kariesfreien Kinder bei den 5-Jährigen erneut von 63% auf 63.5%. Eine Zunahme der kariesfreien 6-Jährigen war feststellbar. Die Zunahme bewegte sich von 53% auf 54.8%. Hingegen reduzierte sich der Anteil der kariesfreien 16-jährigen Jugendlichen von 31.78 auf 29.47%.

**Zahnärztliche Behandlung in Narkose im Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB** Insgesamt wurden im UKBB 471 Behandlungen in Vollnarkose durchgeführt. Dies bedeutet zum zweiten Mal hintereinander eine Abnahme um knapp 2% im Vergleich zum Vorjahr. Dabei ist der Anteil der Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt mit 265 Kindern von 62% auf 56% gesunken. Von den Patienten aus dem Kanton Basel-Stadt reduzierte sich der Anteil der Schweizer von 54% auf 51%. Im Gegenzug erhöhte sich der Anteil der Ausländer von 46% auf 49%. 83% (Vorjahr 81%) der im UKBB behandelten Kinder aus dem Stadtkanton leben seit ihrem Geburtsjahr hier. Der Anteil der Kinderbehandlungen in Vollnarkose bis zum 6. Altersjahr erhöhte sich von 71.5% auf 72%. Dabei ist auffallend, dass die Zahl behandelte Kleinkinder bis zum 2. Altersjahr von 14 auf 23 gestiegen ist. Die nicht in Basel-Stadt wohnhaften Kinder kamen zu 83% (2009: 87%) aus dem Kanton Basellandschaft, zu 2% (2%) aus dem Kanton Aargau, zu 7% (3%) aus dem Kanton Solothurn und zu 2% (3%) aus dem Kanton Jura. Die bereits intensiven Anstrengungen der Schulzahnklinik in Kooperation mit den privaten Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie den Kinderärztinnen und Kinderärzten zur

Kariesreduktion im Kleinkind- und Vorschulalter werden auch im kommenden Jahr weitergeführt. Die Öffentlichen Zahnkliniken haben die lokalen Zahnärztesellschaften BS und BL bei der Erarbeitung eines Deutschmoduls für Migranten über die Zahngesundheit und -prophylaxe aktiv unterstützt.

## Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung des Gesundheitsdepartements ist verantwortlich für die Sicherstellung der Spitalversorgung, die Gewährleistung der Pflege und Betreuung von Betagten in Heimen oder zu Hause. Er umfasst drei Abteilungen:

Die Abteilung Leistungseinkauf und Planung stellt eine qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung im stationären Bereich sicher. Zudem nimmt sie die Zuständigkeit für die Tarifgenehmigung und -festsetzung gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) und die Überwachung der Qualitätssicherung der Spitäler wahr.

Die Abteilung Langzeitpflege koordiniert und beaufsichtigt die privaten Anbieter von Pflege-, Hilfs- und Spitex-Angeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Vermittlung von Pflegeplätzen zuständig.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von Schlüsselprojekten im Gesundheitswesen und stellt die Querschnittsfunktionen (zentrales Sekretariat, Rechtsdienst, Finanzen und Controlling) im Bereich Gesundheitsversorgung sicher.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	5.3 Gesundheitsversorgung
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	5.3 Gesundheitsversorgung

## Tätigkeiten und Projekte

**Bedarfsplanung und Anpassung Spitalliste** Als Grundlage für die künftige Spitalplanung wurde der gemeinsame Versorgungsbericht Nordwestschweiz der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn erstellt. Vereinbart wurden gemeinsame Planungskriterien für die Gestaltung der kantonalen Spitallisten.

**Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)** Der Neubau ist vollendet. Die Inbetriebnahme des UKBB-Neubaus für die Testung der Infrastruktur, der Kernprozesse und Betriebsabläufe sowie der Funktions-, Sicherheits- und Qualitätschecks fand im September 2010 statt. Der ordentliche Betrieb am neuen Standort läuft ab 29. Januar 2011.

**Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung** Neben den vom BAG und den vom nationalen Verein für Qualitätssicherung in Spitälern und Kliniken (ANQ) durchgeführten Messungen wurde im Kanton auch noch der Qualitätssicherungsindikator CIRS (Critical Incident Reporting System = Systemische Erfassung von Zwischenfällen oder möglichen Zwischenfällen im Spital) erhoben.

**Fallpauschalen in den akutsomatischen Privatspitälern** Für die Jahre 2010 und 2011 wurde im Rahmen des Privatspitalvertrags vereinbart, dass die kantonalen Beiträge für akutsomatische Fälle nach dem Fallkostenpauschalen-System APDRG (All Patient Diagnosis Related Groups) abgegolten werden. Dies dient der Vorbereitung der Einführung der SwissDRG ab 1. Januar 2012.

**Ausbau der Pflegeplatzangebote** 2010 konnten weitere Bauprojekte vorbereitet und vorangetrieben werden, um den angestrebten Angebotsausbau im Bereich der Pflegeheimplätze zu erreichen.

**Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung** Der Kanton Basel-Stadt hat die notwendigen rechtlichen Anpassungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung fristgerecht durchgeführt. Damit sind die neuen Finanzierungsregeln auf Anfang 2011 vollständig umgesetzt. Diese führen insgesamt zu einer finanziellen Entlastung der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner. Bisher nicht subventionierte Spitex-Dienste (ca. 70) können neu ihren Anspruch auf kantonale Beiträge geltend machen. Spitex Basel wird weiterhin im Rahmen eines besonderen Leistungsauftrages in der Stadt Basel eine umfassende und flächendeckende Versorgung mit Basis- und Spezialangeboten sicher stellen.

**eHealth** Im Rahmen der bundesrätlichen eHealth Strategie werden kantonale und regionale Modell- und Pilotprojekte koordiniert und gefördert, um eHealth Prozesse zwischen den Leistungserbringern im Gesundheitswesen zu etablieren. Im Modellversuch „Regio B@sel“ wird in Zusammenarbeit mit regionalen Leistungserbringern und privaten IT-Anbietern eine regionale Basisinfrastruktur

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.6	19.8	16.25	15.5	15.5
Marktanteil öffentliche Spitäler allgemein Versicherte	%		69	70	70	71 <sup>1</sup>
Marktanteil übliche Spitäler Zusatzversicherte	%		48	45	45	44 <sup>2</sup>
Kostenentwicklung zu Lasten der oblig. Grundversicherung	%	5.0	0.0	6.0	3.6	5.5 <sup>3</sup>
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	67	64	88	77	53

**Kommentar**

- 1 Anteil Pflegeetage, Wert 2010 erst im Sommer 2011 vorliegend
- 2 Anteil Pflegeetage, Wert 2010 erst im Sommer 2011 vorliegend
- 3 Monitoring der Kostenentwicklung des Bundesamts für Gesundheit (3. Quartal 2010)

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'120.0	3'277.9	2'644.8	-157.9	-4.8
31 Sachaufwand	713.9	1'171.8	532.0	-457.9	-39.1
36 Eigene Beiträge	190'111.7	185'405.5	182'248.8	4'706.2	2.5 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>193'945.6</b>	<b>189'855.2</b>	<b>185'425.6</b>	<b>4'090.4</b>	<b>2.2</b>
43 Entgelte	-36.6	-31.2	-101.4	-5.4	-17.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-36.6</b>	<b>-31.2</b>	<b>-101.4</b>	<b>-5.4</b>	<b>-17.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>193'909.1</b>	<b>189'824.0</b>	<b>185'324.1</b>	<b>4'085.1</b>	<b>2.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	99'167.0	101'152.9	99'065.4	-1'985.9	-2.0
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	94'742.0	88'671.1	86'258.7	6'070.9	6.8

**Kommentar**

- 1 Die Überschreitung ist auf den Mehrbedarf in der Spitalversorgung zurückzuführen: Beim Einzelposten „Sockelbeitrag Zusatzversicherte“ sind aufgrund von Tarifierhöhungen Mehrkosten in der Höhe 3.7 Mio. Franken entstanden. Die Privat-spitalsubventionen mussten wegen der Patientenverlagerung durch die Schliessung des Gemeindespitals in Riehen um 2 Mio. Franken aufgestockt werden. Diverse Beitragszahlungen fielen hingegen tiefer aus als budgetiert, womit ein Teil der Überschreitungen kompensiert werden konnte.

geschaffen und getestet. Der allmählige Einbezug weiterer Leistungserbringer wird einen zunehmenden Datenaustausch ermöglichen.

**Pilotprojekt grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Gruz)** Im Jahr 2010 hat die zweite, fünfjährige Phase des Pilotprojektes begonnen. Es konnten fast alle Krankenversicherer (drei Ausnahmen) für die neue Vertragsphase gewonnen werden, so dass im Kanton Basel-Stadt rund 92% der Bevölkerung die grenznahen Angebote im süddeutschen Raum nutzen kann. Der Abschlussbericht zur Begleitforschung während der ersten Projektphase (2007-2009) hat belegt, dass die Projektziele mehrheitlich erreicht wurden. Baselstadtische Patientinnen und Patienten nehmen die grenzüberschreitenden Behandlungsangebote mit steigender Tendenz wahr (ca. 100 Fälle pro Jahr, vor allem Rehabilitationsaufenthalte). Im Gegensatz zu den privat und zusatzversicherten deutschen Patientinnen und Patienten begeben sich die gesetzlich Versicherten aufgrund der erheblichen Preisdifferenz eher selten in die Basler Spitäler. Die Kooperationen zwischen Basler und Lörracher Spitälern wurden weiter ausgebaut.

**Gesundheitsversorgungsbericht Basel-Stadt** Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 wurde das Konzept für einen Gesundheitsversorgungsbericht entwickelt. Dieser Bericht wird inskünftig eine strukturierte und regelmässige Information von Parlament und interessierter Öffentlichkeit über Angebot, Nutzung und Finanzierung der kantonalen

Spitalversorgung und Langzeitpflege sicherstellen.



## Universitätsspital Basel

GD-731

Das Universitätsspital Basel (USB) ist Stadt-, Zentrums- und Universitätsklinik und eines der fünf grössten Gesundheitszentren der Schweiz. Es ist ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Das USB ist ein Ort der Begegnung für Wissenschaft und Forschung und sorgt diesbezüglich für einen stetigen Wissenstransfer zwischen Universität und Industrie.

Die Bedeutung als wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor mit hoher Wertschöpfung für die Region ist unbestritten. Das Universitätsspital bietet rund um die Uhr hochspezialisierte Leistungen mit ausgeprägter Interdisziplinarität und hoher zwischenmenschlicher Betreuungsqualität an. Es will dabei Garant für qualitativ hoch stehende Leistungen in Medizin, Lehre und Forschung sein. Als lernende Organisation überprüft das USB permanent seine strategischen unternehmenspolitischen Positionen und Grundsätze, gerade auch im Hinblick auf die sich verändernden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Der Auftrag des Universitätsspitals ist dreigeteilt und umfasst medizinische Dienstleistung, Lehre und Forschung: Die medizinische Dienstleistung beinhaltet die Untersuchung, medizinische Behandlung, Pflege und Nachsorge von Patientinnen und Patienten. Die Lehre dient der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Zudem erfolgt die Aus- und Weiterbildung in pflegerischen, technischen und therapeutischen Berufen. Die medizinische Forschung strebt nach der wissenschaftlichen Lösung patientinnen- und patientenorientierter Probleme.

Internet: [www.unispital-basel.ch](http://www.unispital-basel.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung USB	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung USB	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemeines** Das Jahr 2010 stand im Zeichen wichtiger Vorbereitungsarbeiten auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2012. Im Besonderen bereitet sich das USB aktiv auf den zunehmenden Wettbewerb unter den Leistungserbringern in der Region und in der ganzen Schweiz vor. Dabei kommt der Steigerung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit unserer Leistungserbringung hohe Bedeutung zu. Über allem jedoch steht das Handeln nach ethischen Grundsätzen zum Wohle unserer Patientenschaft.

Um für den kommenden Wettbewerb unter den Leistungserbringern noch besser gerüstet zu sein heisst es für das USB, schneller auf Bedürfnisse der Patientenschaft reagieren zu können und Innovation rascher und gezielter umzusetzen. Insbesondere sollen Investitionsentscheide schneller erfolgen können. Das USB setzt diesbezüglich grosse Hoffnung auf die durch den Regierungsrat beantragte Verselbständigungsvorlage.

**Positionierung des universitärmedizinischen Zentrums** Das USB erbringt durch eine regional möglichst breit verankerte Trägerschaft für die gesamte Region Basel nebst der Grundversorgung spitzenmedizinische Leistungen. Damit soll seine Position im nationalen und internationalen Wettbewerb weiter gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Inselspital Bern und weitere Allianzen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura, aber auch mit dem benachbarten Ausland, stehen dabei im Vordergrund.

**Kooperation Medizin Basel-Bern** Nebst der 2006 initiierten gemeinsamen Herzchirurgie am Universitätsspital Basel und dem Inselspital Bern werden in den nächsten Jahren weitere Kooperationsprojekte folgen. Im Rahmen der Kooperation zwischen den Medizinischen Fakultäten und dem USB sowie dem Inselspital Bern werden Nachfolgeregelungen der Ordinariate gemeinsam geregelt. Mit der Allianz, der auch der Kanton Basel-Landschaft beigetreten ist, streben die Kantone Basel-Stadt und Bern zusammen mit Basel-Landschaft sowohl medizinische als auch ökonomische, versorgungspolitische und forschungsmässige Ziele an.

**Vorbereitung der Einführung von Fallkostenpauschalen (DRG)** Das USB bereitet sich auf die schweizweite Einführung der Fallkostenpauschalen (DRG) im stationären Bereich per 1. Januar 2012 vor. Einerseits geschieht dies durch Prozessanalyse und Prozessoptimierungen, andererseits durch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3'510.0	3'489.0	3'469.0	3'415.2	3'435.0	
Austritte stationäre Patient/-innen	Anz	31'151	30'205	29'308	26'802	26'480	
Pflegetage	Anz	240'016	238'517	244'685	225'611	218'808	
Fakturierte ambulante Taxpunkte	Anz	96.6	96.9	159.6	147.1	136.7	1
Häufigkeit spitalerworbener Infektionen	%				10.8	7.2	2
Mortalitätsrate	%	1.99	2.21		2.97		3

#### Kommentar

- 1 Anzahl in Mio. Bis 2008 sind „errechnete Taxpunkte“ aufgeführt. Für 2008 beläuft sich der neue, fakturierte Wert auf 91.5, 2007 auf 83.2, 2006 auf 77.1
- 2 Kann für 2009 und 2010 nicht eruiert werden
- 3 Kennzahl wird seit 2007 erhoben, für 2008 kein Wert eruiert

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	497'456.0	485'753.0	489'007.7	11'703.0	2.4	1
31 Sachaufwand	270'222.0	263'367.0	262'652.0	6'855.0	2.6	2
32 Passivzinsen	70.8	76.0	83.8	-5.2	-6.8	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'504.6	1'289.0	1'026.3	215.6	16.7	3
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	118.7	0.0	...	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>769'253.4</b>	<b>750'485.0</b>	<b>752'888.5</b>	<b>18'768.4</b>	<b>2.5</b>	
42 Vermögenserträge	-1'553.0	-1'435.0	-1'312.4	-118.0	-8.2	
43 Entgelte	-539'232.9	-517'563.0	-515'931.2	-21'669.9	-4.2	1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-54'298.2	-56'064.0	-55'605.4	1'765.8	3.1	4
<b>4 Ertrag</b>	<b>-595'084.1</b>	<b>-575'062.0</b>	<b>-572'849.0</b>	<b>-20'022.1</b>	<b>-3.5</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>174'169.3</b>	<b>175'423.0</b>	<b>180'039.5</b>	<b>-1'253.7</b>	<b>-0.7</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Medizinische Versorgung USB	115'380.0	121'123.7	124'903.1	-5'743.7	-4.7	
Lehre und Forschung USB	58'789.3	54'299.3	55'136.4	4'490.0	8.3	
5 Ausgaben Investitionen	29'917.7	0.0	26'295.1	29'917.7	...	
6 Einnahmen Investitionen	-774.8	0.0	-165.0	-774.8	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>29'142.9</b>	<b>0.0</b>	<b>26'130.1</b>	<b>29'142.9</b>	<b>...</b>	

#### Kommentar

- 1 Der Personalaufwand übersteigt das Budget um 11.7 Mio. Franken bzw. um 2.4%. Die in der Kontengruppe budgetierten Grössen waren zu tief veranschlagt. Die Personalaufwendungen 2009 überstiegen das Budget des Jahres 2010 bereits um rund 3.2 Mio. Franken. Im Geschäftsjahr 2010 waren durchschnittlich 20.1 Stellen mehr besetzt als im Vorjahr. Die aufgrund der gestiegenen Auslastungen (+ 5.2% stationäre Austritte gegenüber Vorjahr) bedingten betrieblichen Aufstockungen sowie die zu tiefe Budgetierung der Personalaufwendungen per se führten zu einer Überschreitung von rund 6 Mio. Franken. Zur Abdeckung der Spitzenauslastungen musste der Einsatz von Temporärpersonal erhöht werden. Das diesbezügliche Budget von 1.5 Mio. Franken wurde um rund 2 Mio. Franken überschritten. Schliesslich stiegen auch die Arzthonorare zufolge der stark gestiegenen Frequenzen sowie der wesentlich besser verhandelten Tarife im Halbprivat- und Privat-Bereich gegenüber dem Vorjahr um rund 3.6 Mio. Franken. Den höheren Honoraraufwendungen stehen wesentlich höhere fakturierte Honorar- bzw. Spitalerträge gegenüber. Die gesamten fakturierten Entgelte (Konto 43) überstiegen im Geschäftsjahr 2010 das Budget um rund 21.7 Mio. Franken bzw. um 4.2%. Die höheren Personalaufwendungen (und Sachaufwendungen) konnten damit mehr als kompensiert werden.
- 2 Der Sachaufwand 2010 übersteigt das Budget um 6.8 Mio. Franken bzw. um 2.5%. Eine Überschreitung in der Höhe von 3.1 Mio. Franken erfolgte im Bereich des Medizinischen Bedarfs. Dieser umfasst namentlich die Verbräuche von Medikamenten, Implantaten, Einwegmaterialien/ Textilien und Chemikalien sowie die eingekauften medizinischen Fremleistungen. Die Veränderungen im medizinischen Bedarf stehen im direkten Zusammenhang mit der positiven ambulanten und stationären Leistungsentwicklung. Weitere rund 3.7 Mio. Franken sind für Mehraufwendungen im Gebäudeunterhalt, im Unterhalt der Medizintechnik sowie für den Informatikbetrieb angefallen. Die Mehrausgaben folgen einerseits aus höheren Neuinvestitionen und andererseits - bezogen auf den Gebäudeunterhalt – aufgrund zurückgestellter Ersatzinvestitionen.

- 3 Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen 2010 übersteigen das Budget um 0.2 Mio. Franken bzw. um 16.7%. Die Position wird ausschliesslich für Abschreibungen auf Forderungen (praktisch ausschliesslich auf Patientenforderungen) verwendet. Die Abschreibungen folgen dem Fortschritt aus den laufenden Inkasso- bzw. Betreibungsverfahren und sind in der Folge nicht präzise planbar. Die Wertberichtigung auf den Forderungen (Delkretere) musste im Geschäftsjahr 2010 nicht angepasst werden.
- 4 Die Beiträge für eigene Rechnung fielen 2010 um rund 1.8 Mio. Franken bzw. 3.1% tiefer als budgetiert aus. Die Position wird ausschliesslich für den Beitrag der Universität für Lehre und Forschung verwendet. Basis für die Budgetierung bzw. für die Kostenabgeltung bildet die Leistungsvereinbarung zwischen der Universität und dem Universitätsspital. Der Abgeltungsmechanismus berücksichtigt dabei Vakanzen von strukturellen Professuren (Ordinarie, Extraordinarie) und weiterem akademischem Personal, die im Berichtsjahr höher bzw. länger ausgefallen sind als erwartet.

aufwändige spezifische Schulungsaktivitäten. Ein neues eigenes Medizincontrolling erlaubte den Aufbau von Analysefähigkeiten zur positiven Beeinflussung der medizinischen Prozesse. Veränderungen am Leistungsangebot sollen aufgrund der DRG-Einführung nicht erfolgen. Das USB setzt darauf, dass sich das neue Abrechnungsmodell den Behandlungsrealitäten der Spitäler anpasst und nicht umgekehrt.

**Strategische Raumplanung, Sanierung der Gebäude der dritten Bauetappe** Um einerseits die bevorstehenden Sanierungsmassnahmen für die Gebäude der sogenannten dritten Bauetappe (Klinikum 2, Operationstrakt OP-Ost, Pathologie) und andererseits den nachgewiesenen Erweiterungsbedarf des USB in einem strategisch stringenten, geordneten und planbaren Rahmen vollziehen zu können, wird ein baulicher Masterplan erarbeitet. Die notwendigen Arbeiten werden gemeinsam mit den anderen beteiligten Departementen und involvierten Dritten vorangetrieben. Der Kredit für die dringende Sanierung des OP-Ost wurde im Jahr 2010 durch den Grossen Rat genehmigt.

## Felix Platter-Spital

GD-733

Das Felix Platter-Spital (FPS) besteht aus drei Bereichen. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum, die Rheumatologische Universitätsklinik und die Orthopädische Frührehabilitation ergänzen sich und stützen sich auf umfassende Diagnostikeinrichtungen und breit gefächerte Therapieangebote ab. Alle drei Bereiche unterhalten enge Beziehungen zum Universitätsspital Basel. Kernstück ist die durchgehende Behandlungskette von der Akutklinik über die Rehabilitation in den spezialisierten Abteilungen bis zum Austritt nach Hause. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum des Felix Platter-Spitals ist auf sämtliche altersmedizinischen Fragen spezialisiert. Verschiedene ambulante Angebote ergänzen das breite, stationäre Leistungsspektrum. In der Rheumatologischen Universitätsklinik und Poliklinik sowie in der Orthopädischen Frührehabilitation erbringt das Felix Platter-Spital Dienstleistungen im Bereich Akutmedizin und Rehabilitation zum Erhalten und Wiederherstellen der Bewegungsfähigkeit. In der orthopädischen Frührehabilitation werden die Patientinnen und Patienten von der Akutphase bis zur Rehabilitation, also vom Eintritt ins Universitätsspital Basel bis zur Entlassung aus dem Felix Platter-Spital von einem gemeinsamen Ärzteteam betreut. Die Rheumatologische Universitätsklinik ist das universitäre Zentrum für Diagnostik und Behandlung aller rheumatologischen Erkrankungen.

Internet: [www.felixplatterspital.ch](http://www.felixplatterspital.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung FPS	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung FPS	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

**Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit der Spitalgebäude** Die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen für die Zeit bis zum geplanten Bezug des neuen Geriatriekompetenzzentrums liegen im vorgesehenen Zeitplan. Der parallele Vollbetrieb des FPS konnte bisher ohne grössere betriebliche Einschränkungen oder Unannehmlichkeiten für die Patientinnen und Patienten sowie für das Personal aufrecht erhalten werden. Die Arbeiten werden noch bis Ende 2011 andauern.

**Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation Basel-Stadt/Basel-Landschaft (BS/BL)** Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Neubau auf dem Areal des Bruderholzspitals wurden weiter vorangetrieben. Das Geschäftsmodell für den Betrieb des gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation BS/BL und die Finanzierbarkeit des Neubaus werden im Hinblick auf die künftigen, bundesrechtlichen Finanzierungsregeln eingehend überprüft.

**Vorbereitung auf die neuen bundesrechtlichen Rahmenbedingungen ab 2012** Das FPS bereitet sich intensiv auf die verschiedenen Änderungen ab 2012 vor. Neben der Intensivierung des strategischen Managements und des Prozessmanagements stehen die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf eine Verselbständigung des FPS im Vordergrund. Verschiedene betriebliche Optimierungen müssen mit gezielten Anpassungen der Infrastruktur unterstützt werden.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	548.1	586.6	591.9	577.1	583.2	
Austritte stationäre Patienten/-innen	Anz	3'194	3'073	2'944	2'947	3'257	
Pflegetage	Anz	110'508	118'984	124'894	120'773	116'222	<sup>1</sup>
Fakturierte ambulante Taxpunkte	Anz	3.8	5.3	5.1	5.1	4.6	<sup>2</sup>
Patientenzufriedenheit	%				83.2		<sup>3</sup>
Häufigkeit spinalerworbener Infektionen	%	5.8	6.0	6.0	7.2	7.2	

**Kommentar**

- 1 per 1.1.2010 Trägerschaftswechsel des Wohnheims Burgfelderstrasse zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU)
- 2 Anzahl in Mio. Ab 1.1.2010 integration Immunologisches Labor in die Labormedizin des Universitätsspitals Basel
- 3 Ergebnisse Mecon-Befragung 2010 liegen im 2. Quartal 2011 vor

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	69'629.7	69'748.7	72'993.4	-119.0	-0.2	
31 Sachaufwand	23'735.0	23'062.2	24'011.8	672.8	2.9	<sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	98.5	38.5	217.4	60.0	155.9	
36 Eigene Beiträge	48.1	58.0	42.6	-9.9	-17.1	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>93'511.3</b>	<b>92'907.4</b>	<b>97'265.2</b>	<b>603.9</b>	<b>0.6</b>	
42 Vermögenserträge	-292.9	-173.0	-148.9	-119.9	-69.3	
43 Entgelte	-52'807.0	-50'945.5	-54'967.2	-1'861.5	-3.7	<sup>1</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-610.5	-607.9	-2'684.2	-2.6	-0.4	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-53'710.4</b>	<b>-51'726.4</b>	<b>-57'800.3</b>	<b>-1'984.0</b>	<b>-3.8</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>39'800.9</b>	<b>41'181.0</b>	<b>39'464.9</b>	<b>-1'380.1</b>	<b>-3.4</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Medizinische Versorgung FPS	39'321.5	40'685.9	38'992.6	-1'364.4	-3.4	
Lehre und Forschung FPS	479.4	495.1	472.2	-15.7	-3.2	
5 Ausgaben Investitionen	351.0	0.0	3'351.1	351.0	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>351.0</b>	<b>0.0</b>	<b>3'351.1</b>	<b>351.0</b>	<b>...</b>	

**Kommentar**

- 1 Mehraufwand beim medizinischen Bedarf, hauptsächlich durch die laufende Zunahme ambulanter, medikamentöser Infusionstherapien in der Rheumatologie. Die Medikamentenkosten dieser ambulanten Behandlungen wurden weiterverrechnet (Mehrertrag FDK-Kostenartengruppe 43). Überdies Mehraufwendungen beim Unterhalt durch diverse, zusätzliche Unterhaltsarbeiten, welche sinnvollerweise im Zuge der Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden mussten.

## Universitäre Psychiatrische Kliniken

GD-735

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) übernehmen Aufgaben in der psychiatrischen Versorgung, in der universitären Lehre und Forschung sowie in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowohl intern als auch extern. Sie gewährleisten ihren Patientinnen und Patienten ein modernes psychiatrisches Angebot an Diagnostik, Behandlung und Pflege. Dies umfasst die stationäre und die ambulante psychiatrische Versorgung sowohl von Erwachsenen als auch von Kindern und Jugendlichen.

Die UPK bieten allen Patientinnen und Patienten, die sich in ihren Kliniken aufhalten, eine für sie angemessene medizinisch-pflegerische Behandlung sowie eine angenehme Umgebung. Ausser der Grundversorgung bieten die UPK umfassende und hoch spezialisierte Dienstleistungen an: Spitzenmedizin im Sinne der Behandlung von komplexen Krankheitsbildern sowie im Angebot von Methoden. Aktuelle Erkenntnisse aus der klinischen psychiatrisch-psychotherapeutischen Forschung werden in die Behandlung der Patientinnen und Patienten einbezogen. Erkrankte Erwachsene und Kinder sollen, wenn immer möglich, wieder nach Hause in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren. Denn der Einbezug des sozialen Umfelds ist für die Rehabilitation entscheidend. Eine zeitgemässe psychiatrische Versorgung umfasst auch moderne und nach anerkannten Standards eingerichtete Pflegeabteilungen.

Die Erwachsenen-Psychiatrische Klinik EPK behandelt Patientinnen und Patienten sowohl in akuten Situationen als auch über längere Zeiträume. Die Klinik verfügt über 240 Betten im stationären Bereich. Zudem können Patientinnen und Patienten auch ambulant betreut werden. Stationäre, tagesklinische und ambulante Angebote garantieren im Zusammenspiel eine psychiatrische Versorgung auf hohem Qualitätsniveau.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik KJPK widmet sich der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 18 Jahren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, steht ein Behandlungsteam, bestehend aus zahlreichen Fachleuten aus den Gebieten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychologie, der Kinderkranken- und Psychiatriepflege, der Sozial- und Heilpädagogik sowie der Sozialarbeit und der Psychomotorik, zur Verfügung.

Die Forensisch-Psychiatrische Klinik FPK begutachtet und behandelt im Auftrag der Justizbehörden Erwachsene und Jugendliche mit psychiatrischen Störungen, die zu einem strafbaren Verhalten geführt haben. Die FPK verfügt über ein stationäres und ein ambulantes Angebot in der Erwachsenenforensik. In der Jugendforensik ist neben dem bestehenden ambulanten Angebot ab Ende 2011 auch eine stationäre Abteilung vorgesehen. Der Aufgabenbereich der FPK umfasst weiter den Bereich der Versicherungsmedizin sowie die Begutachtung im Straf-, Prozess-, Zivil- und Verkehrsrecht.

Die UPK sind auch Ausbildungsstätten für Berufe im medizinischen, paramedizinischen und pflegerischen Bereich. Ärztinnen und Ärzte, dipl. Pflegefachpersonal, Fachangestellte Gesundheit, klinische Psychologen und Ergotherapeuten absolvieren ihre Ausbildung im Rahmen ihrer Tätigkeit an den UPK. In der Ausbildung der künftigen Ärztinnen und Ärzte arbeiten die Kliniken eng mit der Medizinischen Fakultät der Universität Basel zusammen. In den UPK können Ärztinnen und Ärzte ihre FMH-Fachausbildung in Psychiatrie und Psychotherapie absolvieren.

Internet: [www.upkbs.ch](http://www.upkbs.ch)

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Medizinische Versorgung UPK	5.3 Gesundheitsversorgung
Lehre und Forschung UPK	5.4 Klinische Lehre und Forschung

## Tätigkeiten und Projekte

**Angebot für Privatpatientinnen und -patienten an der UPK Basel** Die UPK haben unter den Psychiatrischen Universitätskliniken in der Schweiz eine starke Stellung bei der Betreuung von Privatpatienten. Im Hinblick auf die neue Spitalfinanzierung werden die Privatklinik-Häuser B und J baulich angepasst, um auch gegenüber privaten Institutionen konkurrenzfähig zu bleiben und die starke Position der UPK in diesem Segment zu festigen beziehungsweise auszubauen. Pro Haus werden neu 17 Einzelzimmer angeboten, was eine rationellere Führung der Abteilungen ermöglicht. Um die Dienstleistungen noch professioneller erfüllen zu können, wurde 2010 eine einheitliche Führungsstruktur für beide Häuser gebildet und neu neben den Berufsgruppen Ärzte und Pflege eine Leitung Hotellerie eingesetzt.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	685.0	616.0	596.4	575.9	582.7
Austritte stationärer Patient/-innen	Anz	3'052	2'707	2'666	2'484	2'520
Pflegetage	Anz	100'694	100'210	98'281	93'221	95'388
Fakturierte ambulante Taxpunkte	Anz	7.8	4.2	3.9	3.7	3.5 <sup>1</sup>
Patientenzufriedenheit	%			67		<sup>2</sup>

**Kommentar**

1 in Mio.

2 Die nächste Befragung findet erst 2011 statt

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	92'646.1	94'040.2	81'240.3	-1'394.2	-1.5
31 Sachaufwand	31'346.0	28'420.5	29'267.1	2'925.5	10.3 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-25.0	120.0	102.4	-145.0	-120.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>123'967.1</b>	<b>122'580.7</b>	<b>110'609.8</b>	<b>1'386.4</b>	<b>1.1</b>
42 Vermögenserträge	-32.5	-33.0	-32.2	0.5	1.4
43 Entgelte	-70'238.1	-69'626.2	-66'011.7	-611.9	-0.9 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9'263.1	-11'853.5	-8'118.5	2'590.5	21.9 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-79'533.7</b>	<b>-81'512.7</b>	<b>-74'162.4</b>	<b>1'979.0</b>	<b>2.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>44'433.4</b>	<b>41'068.0</b>	<b>36'447.4</b>	<b>3'365.4</b>	<b>8.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung UPK	41'430.3	40'105.3	33'668.7	1'325.0	3.3
Lehre und Forschung UPK	3'003.1	962.7	2'778.6	2'040.4	211.9
5 Ausgaben Investitionen	949.1	0.0	1'436.7	949.1	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>949.1</b>	<b>0.0</b>	<b>1'436.7</b>	<b>949.1</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

1 Mit dem Ausbau der IT (elektronische Patientenakte, REKOLE-Analysetool), sind die IT-Lizenzen stark gestiegen (rund 0.8 Mio. Franken). Ebenso sind höhere Mietkosten angefallen. Für Dienstleistungen im EDV-Bereich sowie bei medizinischen Dienstleistungen (externe Laborleistungen und Untersuchungen) fielen rund 1.3 Mio. Franken höhere Ausgaben an als budgetiert.

2 Durch den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierungen im Behindertenbereich änderte sich die Verbuchungspraxis. Der Kantonsanteil wurde nicht wie budgetiert in der Kontengruppe 46, sondern 43 verbucht. Allerdings konnte das ambitionierte Ertragsbudget dort nicht ganz erreicht werden, weshalb keine vollständige Kompensation möglich war.

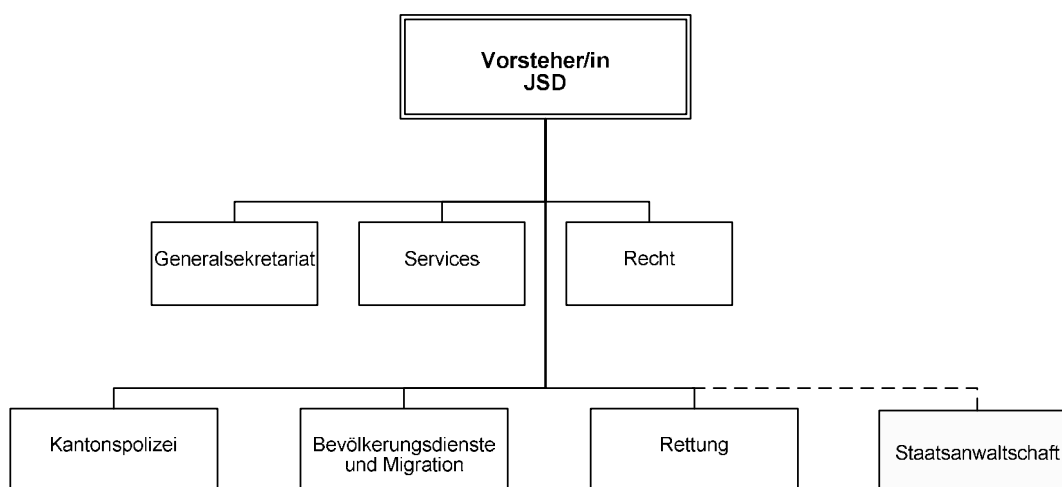
**Transfakultäre Forschungsplattform** Im Berichtsjahr wurde eine transfakultäre Forschungsplattform zwischen der Medizinischen und der Psychologischen Fakultät sowie den UPK Basel geschaffen. Seit 1. August 2010 ist sie unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Papassotiropoulos tätig.

**Reorganisation der Sekretariate REOSEK** Mit dem 2010 umgesetzten Projekt Reorganisation der Sekretariate REOSEK wurden die Strukturen und Prozesse der Sekretariatsfunktionen einheitlich gestaltet. Dies soll eine Erhöhung der Effizienz im administrativen Bereich schaffen. Weiter wurde eine systematische Organisationsstruktur der Sekretariatsfunktionen gemäss der UPK Unternehmensstruktur erarbeitet. Diese tritt per 1. März 2011 in Kraft.

**Zufriedenheitsumfrage für Mitarbeitende 2010** Die UPK Basel führten im November 2010 eine benchmarkfähige Mitarbeitendenbefragung durch. Diese wird alle drei Jahre durchgeführt. Bei einer Rücklaufquote von rund 58 Prozent liessen die Mitarbeitenden eine positive Arbeitszufriedenheit und ein hohes «Commitment» erkennen.

## 6.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	304
JSD-501/2	Services	306
JSD-501/3	Recht	308
JSD-506	Kantonspolizei	312
JSD-509	Rettung	316
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	319
JSD-520	Staatsanwaltschaft	323





## Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, den Verantwortlichen für die Politikvorbereitung und das Beschwerdewesen unterstützt das Generalsekretariat die operativen Bereiche. Die Fachstelle Halt-Gewalt erbringt vernetzt Leistungen zur Gewaltverminderung (häusliche Gewalt). Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Generalsekretariat JSD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

**Generalsekretariat** Bei der Migration des Geschäftsverwaltungs-Systems „Konsul 3“ auf eine neue Lösung hat das Generalsekretariat die departementsinternen Bereiche beratend unterstützt. Die Erneuerung dieses wichtigen Steuerungs- und Planungsinstrumentes für die Geschäfte verlief erfolgreich und ohne grössere Probleme – wie auch die im Dezember durchgeführte Umstellung der Ablage-Software von OCS (Oracle Collaboration Suite) auf FileBS.

Im Berichtsjahr bearbeitete das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) 119 (Vorjahr 108) parlamentarische Geschäfte. Diese teilten sich auf in 40 (36) Anzüge, 36 (24) Motionen, 23 (25) Interpellationen, 18 (21) Schriftliche Anfragen und zwei (2) Planungsanzüge.

**Beschwerdewesen** 2010 bearbeitete das Beschwerdewesen 75 (Vorjahr 82) Beschwerden. In dieser Zahl nicht enthalten sind 23 (14) an den Vorsteher gerichtete Beschwerden sowie die gegen Ordnungsbussen eingereichten Beschwerden, die auf den ordentlichen Rechtsweg geleitet wurden. In 50 (59) Fällen beschwerten sich Männer, in 25 (23) Frauen.

Zwei (9) Beschwerden richteten sich gegen den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration (eine berechtigt, eine unberechtigt) und eine (5) gegen die Rettung (unberechtigt). Die restlichen 72 (68) Beschwerden richteten sich gegen die Kantonspolizei. In elf (7) Fällen wurde die Beschwerde als berechtigt beurteilt, in acht (11) Fällen als teilweise berechtigt und in 53 (50) als unberechtigt.

**Kommunikation** Die Kommunikation gegen aussen erfolgte im Berichtsjahr nach der vorgegeben One-Voice-Strategie über alle Bereiche. Mit dem elektronischen Versand von rund 650 Medienmitteilungen, gut 4'000 zu behandelnden Medienanfragen sowie 14 durchgeführten Medienkonferenzen oder „Points de Presse“ bewegte sich die situative und proaktive Medienarbeit leicht über dem Durchschnitt der Vorjahre. Dies ist vorab die Folge einer zunehmenden Inanspruchnahme der Kommunikationsverantwortlichen durch die elektronischen Medien auf lokaler und nationaler Ebene. Während der gesamten Berichtsperiode kam es weder zu schwerwiegenden Problemen in der Kommunikation noch zu Informationspannen. Der 24-Stunden-Pikettendienst war jederzeit gewährleistet. Die bestehenden Dispositive einer Krisen- und Katastrophenkommunikation mussten lediglich in Übungsszenarien umgesetzt werden, da die Region von adäquaten Grossereignisse verschont blieb.

**Halt-Gewalt** Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (Halt-Gewalt) startete gemeinsam mit dem Statistischen Amt im Herbst 2010 das Projekt Monitoring häusliche Gewalt. Ziel ist eine mit verwandten Statistiken (beispielsweise der Polizeilichen Kriminalstatistik) sowie internen und externen Fachstellen vernetzte Berichterstattung über Interventionen und Massnahmen bei Vorfällen von häuslicher Gewalt.

In Zusammenarbeit mit Integration Basel und der Beratungsstelle für binationale Paare und Familien führte Halt-Gewalt die Veranstaltungsreihe *Ehe und Partnerschaft in der Schweiz – Chancen und Modelle* durch. An sieben Abenden wurden fremdsprachige Einwohnerinnen und Einwohner über die rechtliche Situation und Beratungsstellen informiert. Im Berichtsjahr begann Halt-Gewalt mit

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.1	12.6	16.6	16.1	8.2
Eingegangene Beschwerden	Anz	75	82	87	53	91
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	26.7	26.8	25.3	18.9	17.6
Gesuche an den Lotteriefonds	Anz	556	509	483	495	487
- davon bewilligt	%	43.7	44.8	43.6	38.4	44.8
Anzahl Medienmitteilungen	Anz	650	604	612	520	

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'910.2	1'732.2	1'894.6	178.0	10.3 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	441.5	436.6	540.3	4.9	1.1
36 Eigene Beiträge	1'434.6	1'508.9	1'547.5	-74.3	-4.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'786.2</b>	<b>3'677.6</b>	<b>3'982.4</b>	<b>108.6</b>	<b>3.0</b>
42 Vermögenserträge	-32.5	-54.5	-104.3	22.0	40.5
43 Entgelte	-385.8	-367.5	-307.8	-18.3	-5.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-418.3</b>	<b>-422.0</b>	<b>-412.0</b>	<b>3.7</b>	<b>0.9</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'367.9</b>	<b>3'255.6</b>	<b>3'570.4</b>	<b>112.3</b>	<b>3.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Generalsekretariat JSD	3'367.9	3'255.6	3'570.4	112.3	3.4

#### Kommentar

- 1 Die Erhöhung ist auf eine juristische Stelle im Generalsekretariat sowie auf Mehraufwendungen für die externe Unterstützung bei der Einführung der schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO) zurückzuführen.

dem Verein Regenbogen als Trägerschaft das schweizweite Pilotprojekt Türkische Teestuben. Multiplikatoren türkisch-kurdischer Herkunft sensibilisieren ihre Landsmänner über Gewalt in Ehe und Familie dort, wo sich diese aufhalten: in Cafés und Teestuben. Das Pilotprojekt dauert bis 2012. Am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November wurde in der Innenstadt mit einer Menschenkette mit roten Schirmen „Wir lassen Frauen nicht im Regen stehen!“ auf das Problem der häuslichen Gewalt aufmerksam gemacht.

**Swisslos-Fonds** Das JSD hat im Berichtsjahr den Lotteriefonds in Swisslos-Fonds umbenannt. Der Regierungsrat stimmte der Namensänderung am 11. Mai 2010 zu. Der neue Name betont die Marke SWISSLOS, unter der die 1937 gegründete Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie heute auftritt. In der Bevölkerung ist deren Unternehmenszweck weitgehend unbekannt. Dies gilt auch für den Umstand, dass SWISSLOS den Kantonen jedes Jahr Mittel von insgesamt über 300 Mio. Franken für gute Zwecke verteilt.

Der Anteil der ausgeschütteten SWISSLOS-Gelder an den Kanton Basel-Stadt lag im vergangenen Jahr bei rund 11 Mio. Franken. Diese Gelder müssen – gemäss Gesetz – in gemeinnützige, wohltätige oder soziale, kulturelle und sportliche Projekte fliessen, die nicht in einer gesetzlichen Aufgabe oder einem entsprechenden Auftrag für die öffentliche Hand definiert sind.

Im 2010 wurden dem Swisslos-Fonds 556 (Vorjahr 509) Gesuche eingereicht. Davon wurden 243 (228) durch den Regierungsrat bewilligt, 263 (267) Gesuche wurden abgelehnt. In Kulturprojekte und in den Sportbereich flossen rund 50 Prozent der Mittel, in Sozial-, Jugend- und Umweltprojekte rund 30 Prozent und in diverse Basler und Schweizer Projekte rund 20 Prozent.

## Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen, Personal, Gebäudemanagement, Logistik und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem stellt der Bereich Services die Controllingunterstützung sicher und übernimmt verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Services	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten des Bereichs Services sind geprägt vom Tagesgeschäft und vielen Projekten zu Gunsten der internen Kunden. Im Jahr 2010 standen die folgenden grösseren Vorhaben im Vordergrund:

**Örtliche Konzentration JSD** Das JSD konnte im Berichtsjahr den ehemaligen „Sympany“-Flügel des Spiegelhofes übernehmen und beziehen. Damit sind im Departement sämtliche Umzüge, die auf die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 (RV09) zurückgehen, abgeschlossen; die geplante räumliche Konzentration des JSD ist realisiert. Die Zusammenführung des Sicherheitsdepartements mit wesentlichen Teilen des Justizdepartements zum neuen Justiz- und Sicherheitsdepartement hatte in den Jahren 2009 und 2010 für alle Querschnittsdienstleister (z.B. Finanzen, Personal) einen erheblichen Mehraufwand bedeutet. Sie verlief für alle Beteiligten erfolgreich.

**Bestell- und Kreditorenprozesse** Mit der Einführung des SAP-Moduls Materialwirtschaft für alle Bereiche des JSD lassen sich nun sämtliche bestellbezogenen Rechnungen elektronisch verarbeiten.

**Optimierung Personaldienste** Im Jahr 2010 wurden der Personaldienst JSD und der Personaldienst Kantonspolizei zusammengelegt. Die neue Organisation ist seit dem 1. Juli 2010 operativ tätig. Ziel der Zusammenlegung war es, die Personalarbeit im gesamten Departement weiter zu optimieren und stärker zu vereinheitlichen – insbesondere bei der Anwendung der rechtlichen Grundlagen.

**IKS (internes Kontrollsystem) JSD** Im JSD besteht – noch mit Ausnahme der dem Departement administrativ zugeordneten Staatsanwaltschaft – ein formales IKS Finanzen. Die wesentlichen finanziellen Prozesse wurden systematisch dokumentiert. Die Risiken sind bekannt und werden durch geeignete Massnahmen verringert. Zusätzlich wurde in diversen Bereichen ein Risikomanagement eingeführt.

**Weitere Schwerpunkte** Das Projekt Inkasso Geldstrafen und Bussen wurde im Jahr 2010 erfolgreich abgeschlossen, deshalb kann das Inkasso der Strafbefehle ab Januar 2011 im JSD bearbeitet werden.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	75.1	70.0	43.2	37.7	35.5 <sup>1</sup>
Lehrstellen im Departement	Anz	25	24	21	21	15
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	311	306	352	123	150
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	207	200	147	155	150
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	223	205	194	193	-

**Kommentar**

1 Die Zunahme im Jahr 2010 ist vor allem auf die Zentralisierung der Personaldienste im Bereich Services zurückzuführen.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	9'195.6	9'323.0	9'287.2	-127.5	-1.4
31 Sachaufwand	5'404.5	4'524.7	4'198.3	879.9	19.4 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	0.6	0.0	0.0	0.6	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>14'600.7</b>	<b>13'847.7</b>	<b>13'485.6</b>	<b>753.0</b>	<b>5.4</b>
43 Entgelte	-1'738.2	-1'471.0	-1'928.4	-267.2	-18.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'738.2</b>	<b>-1'471.0</b>	<b>-1'928.4</b>	<b>-267.2</b>	<b>-18.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>12'862.5</b>	<b>12'376.7</b>	<b>11'557.2</b>	<b>485.8</b>	<b>3.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Services	12'859.3	12'376.7	11'557.2	482.7	3.9

**Kommentar**

1 Die durch die RV09 bedingte örtliche Zentralisierung im Spiegelhof verursachte im Bereich Services höhere Kosten beim Mobiliar (0.3 Mio. Franken). Zusätzlich sind höhere IT-Kosten angefallen (0.4 Mio. Franken). Aufgrund der neuen eidgenössischen Strafprozessordnungen ist das Inkasso der Strafbefehle ins Cefis des Bereichs Services integriert worden; dies verursachte Projektkosten in der Höhe von 0.2 Mio. Franken.

## Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) besteht aus einer Stabsstelle des Vorstehers JSD (Rechtsabteilung) und aus zwei operativen Abteilungen: Handelsregisteramt sowie Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht. Zudem gehören diverse Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde zum Bereich Recht.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anträge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Zivilstandsamtswesen sowie über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente sowie Durchführungsbewilligungen für den Kanton Basel-Stadt im Zusammenhang mit Lotterien und Wetten verfasst.

Das Handelsregisteramt sowie die Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht sind in ihren jeweiligen Aufgabengebieten für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Recht	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

**Bereich Recht** Die Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht sowie das Handelsregisteramt konnten im Berichtsjahr ihre neuen Räumlichkeiten im ehemaligen „Sympany“-Flügel des Spiegelhofes beziehen. Mit dieser örtlichen Konzentration im Spiegelhof konnte der Bereich Recht die noch offenen Pendenzen aus der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation (RV) 09 abschliessen.

**Rechtsabteilung** Im Jahr 2010 hat sich die Rechtsabteilung massgeblich mit der Justizreform des Bundes und der Umsetzung der Schweizerischen Prozessordnungen in das kantonale Recht befasst. Es wurden die Entwürfe folgender Vorlagen erarbeitet und in den politischen Gremien vertreten: Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO), Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (EG JStPO) sowie Gesetz über den Vollzug von jugendstrafrechtlichen Sanktionen (Jugendstrafvollzugsgesetz, JStVG) und das Gesetz über die Einführung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO). Die gestützt auf diese Gesetze erarbeiteten Ausführungserlasse wurden vom Regierungsrat noch im Berichtsjahr beschlossen. Die Rechtsabteilung verfasste zudem die Berichte zu den finanziellen Auswirkungen der Schweizerischen Strafprozessordnung und der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung. Den Bericht zu den finanziellen Auswirkungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung fertigte das Präsidialdepartement aus; ihm sind die Gerichte administrativ zugeordnet. Die Rechtsabteilung erarbeitete weiter einen Gesetzesentwurf zu einem neuen Feuerwehrgesetz (Totalrevision) und Ausführungsbestimmungen zum Informations- und Datenschutzgesetz. Das Informations- und Datenschutzgesetz soll zusammen mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen frühestens auf den 1. Juli und spätestens auf den 1. September 2011 vom Regierungsrat wirksam erklärt werden. Dieser Zeitrahmen ermöglicht, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung bestmöglich auf das wirksam werdende Öffentlichkeitsprinzip vorbereiten können.

Die Rechtsabteilung erarbeitete weiter die Schlussfassung der kantonalen Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit. Die Erarbeitung dieser Schlussfassung erfolgte im Nachgang zur Anpassung der Verordnung des Bundes über den Nachrichtendienst und wurde vom Regierungsrat auf den 1. Oktober 2010 wirksam erklärt. Der Regierungsrat hat auf

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.4	26.6	16.6	16.1	16.0
Eingegangene Rekurse SiD (ab 2009 JSD)	Anz	197	216	168	153	183
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	-	-	132	140	135
Beaufsichtigte Stiftungen	Anz	1'058	1'044	1'096	1'094	1'119
Beanstandete Stiftungsjahresrechnungen	%	50.0	50.0	53.9	50.0	59.0
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	8'483	9'838	7'490	7'410	7'960
Zugriffe via Internet auf kostenlose Auszüge des HR BS	Anz	-	783'009	862'000	361'189	314'662
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'554	6'834	6'400	6'500	6'500

**Kommentar**

1 2008 und früher: ohne Stiftungsaufsicht und Rechtsabteilung JSD

2 Wird nicht mehr erhoben.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	3'927.0	3'920.4	3'797.6	6.6	0.2
31 Sachaufwand	758.6	541.1	634.1	217.5	40.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	19.4	20.0	36.3	-0.6	-2.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'705.0</b>	<b>4'481.5</b>	<b>4'468.0</b>	<b>223.6</b>	<b>5.0</b>
43 Entgelte	-3'296.8	-2'944.5	-3'130.9	-352.3	-12.0
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3'296.8</b>	<b>-2'944.5</b>	<b>-3'130.9</b>	<b>-352.3</b>	<b>-12.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'408.3</b>	<b>1'537.0</b>	<b>1'337.1</b>	<b>-128.7</b>	<b>-8.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Recht	1'408.3	1'537.0	1'337.1	-128.7	-8.4

**Kommentar**

1 Die Abweichung von 0.2 Mio. Franken ist hauptsächlich auf eine bauliche Anpassung der Räumlichkeiten (0.1 Mio. Franken) und das Projekt Strukturreform BVG Stiftungsaufsicht (0.1 Mio. Franken) zurückzuführen.

Antrag des Vorstehers des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) drei Mitglieder in das kantonale Kontrollorgan gewählt, welches diesen bei der Ausübung der Dienstaufsicht unterstützt (vgl. dazu auch Jahresbericht 2009). Ein Vertreter der Rechtsabteilung hat (als Vertreter der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, KKJPD) Einsitz in eine vom Bund einberufene und geleitete Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsabteilung sind nach wie vor in Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit der Umsetzung der Änderung des Zivilgesetzbuches im Bereich des Erwachsenenschutzrechts befasst.

Im Herbst 2010 wurde das Projekt Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) eröffnet.

Bei der Rechtsabteilung sind im Berichtsjahr eine grosse Anzahl Rekurse eingegangen – vornehmlich aus den Bereichen Ausländerrecht, Strassenverkehrsrecht und Strafvollzug. Die Rechtsabteilung prüfte weiter die rechtliche Zulässigkeit von vier eingereichten Initiativen und 25 eingereichten Motionen und arbeitete federführend mehrere Entwürfe zu Vernehmlassungen des Kantons Basel-Stadt zuhanden der Bundesbehörden aus. Daneben verfasste die Rechtsabteilung 39 Bewilligungen zur Durchführung von Lotterierprodukten der Swisslos im Kanton Basel-Stadt. Sie behandelte zudem 192 Gesuche um Namensänderungen.

Die Rechtsabteilung arbeitete zudem einen Subventionsvertrag für die Stiftung Frauenhaus beider Basel aus und verfasste den dazugehörigen Ausgabenbericht für das Jahr 2010 im Sinne einer Übergangslösung. Dies drängte sich auf, nachdem sich gegen Jahresende 2009 abzeichnete, dass die Revision des Frauenhausgesetzes im Kanton Basel-Landschaft mindestens noch die erste Jahreshälfte 2010 in Anspruch nehmen würde. Diese Revision ist notwendig für eine partnerschaftliche Finanzierung der Stiftung durch die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Die Gesetzessammlung des Kantons und der Gemeinden wird auf eine neue EDV-Lösung umgewandelt. Dieses Projekt wurde im Jahr 2010 vorangetrieben. Die Arbeiten sollen im Frühjahr 2011 abgeschlossen sein, womit auch die Aktivierung dieser neuen Datenbank erfolgen kann. Die Rechtsabteilung prüfte 231 Erlasse für die Aufnahme in die Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden.

Die Nomenklaturkommission beantragte beim Justiz- und Sicherheitsdepartement die Festlegung folgender Strassennamen: Tschudi-Park, Grosspeteranlage und Hexenweglein. Diese Benennungen wurden daraufhin vom JSD beschlossen. Positiv nahm der Regierungsrat den Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Ergänzung von Strassenschildern mit biographischen oder historischen Informationen (08.5203) auf. Daher befasste sich die Nomenklaturkommission mit der Thematik der Zusatzinformationen zu Strassennamen auf Strassenschildern. Sie begann, die einzelnen Kurzerläuterungen zu den Basler Strassennamen festzulegen.

Die Justizkommission hat im Berichtsjahr zwei Sitzungen abgehalten, an denen neben den üblichen Geschäften (Erneuerung der Amtsdauer von Notarinnen und Notare, Visitationen, Wahlvorschläge) insbesondere vier Beschwerdefälle im Bereich der Notariatsaufsicht behandelt wurden. Sie prüfte ausserdem eine Anpassung des Notariatstarifs („direkt vollstreckbare öffentliche Urkunden“) an die Schweizerische Zivilprozessordnung (Artikel 347 bis 352).

Die Opferhilfekommission (OHK) beider Basel wurde im Berichtsjahr vom Kanton Basel-Stadt präsiert. Ins vergangene Jahr fiel die Anpassung der für die Beratungsstelle massgebenden Richtlinien zur Übernahme von Drittkosten. Zudem fanden Subventionsverhandlungen der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit dem Verein Gemeinsame Opferhilfe beider Basel für die Jahre 2011 und 2012 statt.

Im Berichtsjahr setzte der Regierungsrat auf entsprechenden Antrag in sechs Fällen jeweils einen ausserordentlichen Staatsanwalt zur Untersuchung von Strafanzeigen gegen die Staatsanwaltschaft oder gegen Mitglieder einer Strafbehörde ein.

**Handelsregisteramt** Die Anzahl der Tagesregistereinträge ist im Berichtsjahr um knapp 14% auf 8'483 zurückgegangen. Diese historisch gesehen immer noch zweithöchste Anzahl ist vornehmlich auf die am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Verschärfung des eidgenössischen Revisionsrechts zurückzuführen, welche die Mehrzahl aller vor 2008 gegründeten Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften zu einer der Handelsregisterpublizität unterliegenden Neuordnung ihrer Revision verpflichtete. Die handelsregisteramtlichen Aufforderungsverfahren gegenüber säumigen Gesellschaften führten gleichzeitig zu einer Bereinigung des Handelsregisters von „Registerleichen“, womit der im Handelsregister eingetragene Firmenbestand realistischer wird.

**Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht** Das Schweizer Parlament hat im März 2010 die Vorlage über die sogenannte Strukturreform verabschiedet. Diese zwingt die Kantone, ihre Aufsichtsbehörde BVG aus der Staatsverwaltung auszulagern und eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit zu errichten. Auf Kantonebene liegt zudem ein parlamentarischer Vorstoss (Anzug) vor zur Prüfung einer Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht beider Basel. Im Berichtsjahr haben die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Eckwerte einer öffentlich-rechtlichen Anstalt beider Basel verabschiedet. In der Folge wurde der Entwurf eines Staatsvertrages erarbeitet. Der für partnerschaftliche Geschäfte vorgesehene Lenkungsausschuss hiess diesen Entwurf gut und reichte ihn für die Genehmigungsverfahren in beiden Kantonen weiter. Der Bund hat vorgesehen, dass die eingangs erwähnte Strukturreform vom Bund auf den 1. Januar 2012 hin umgesetzt ist. Auf diesen Zeitpunkt soll auch die Zusammenführung der Aufsichtsbehörden BVG und Stiftungsaufsichten beider Basel in eine gemeinsame Stiftungs- und BVG Aufsicht beider Basel erfolgen.

Die Finanzmarktkrise im Vorsorgebereich hatte für die Aufsichtsbehörde BVG auch im Berichtsjahr 2010 Auswirkungen. Die Folge war unter anderem eine verstärkte Rapportpflicht gegenüber dem Bund (Bundesamt für Sozialversicherungen) als fachliche Oberaufsichtsbehörde.



## Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Katastrophenvorsorge und -einsätze	6.1 Sicherheit und Ordnung
Prävention	6.1 Sicherheit und Ordnung
Querschnittsdienstleistungen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Sicherheitspolizei	6.1 Sicherheit und Ordnung
Spezialformationen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Verkehrsmanagement	6.1 Sicherheit und Ordnung

## Tätigkeiten und Projekte

### Katastrophenvorsorge und -einsätze

**Erdbebenvorsorge** Der Kanton Basel-Landschaft hat aufgrund einer Prioritätenverschiebung das partnerschaftliche Projekt zur Erdbebenvorsorge sistiert. Mit Blick auf die geleisteten Vorarbeiten erarbeitet die Kantonale Krisenorganisation (KKO) derzeit eine Analyse, aufgrund derer die Regierung entscheidet, ob das Projekt auf dem städtischen Boden mit den gleichen Zielsetzungen weiter verfolgt wird. Mit dem Projekt zur Erdbebenvorsorge sollen den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht werden.

**Gefährdungsanalyse** Im Berichtsjahr hat die KKO innerhalb des Projektes für eine kantonale Gefährdungsanalyse sämtliche möglichen Szenarien definiert. In einer weiteren Phase wird die Bewältigung dieser Szenarien in Workshops analysiert. Der Regierungsrat hatte die KKO beauftragt, ein Risikoprofil für den gesamten Kanton Basel-Stadt zu erstellen und ihn über mögliche Defizite bei deren Bewältigung zu unterrichten.

### Prävention

**Jugend- und Präventionspolizei** Die 2009 eingeführte Jugend- und Präventionspolizei (JPP) hat sich im Berichtsjahr strukturell gefestigt sowie ihr internes und externes Netzwerk ausgebaut. Zu ihren Hauptaufgaben gehört, die bei Jugendlichen beliebten Brennpunkte aufzusuchen. Die so geschaffenen Kontakte erwiesen und erweisen sich als wichtige Voraussetzung, um Probleme wie beispielsweise Gewalt oder Alkoholmissbrauch zu vermindern. Die JPP kontrollierte aber auch regelmässig Alkoholverkaufsstellen und meldete Verstösse gegen den Jugendschutz konsequent der jeweiligen Bewilligungsbehörde.

**Früherkennung** Das Ressort Besondere Prävention konnte im Jahr 2010 sein Pilotprojekt *Meine Grenzen – deine Grenzen* erfolgreich abschliessen und nach Absprache mit dem Erziehungsdepartement in ein obligatorisches flächendeckendes Angebot für alle zweiten Primarklassen umwandeln. Dieses Präventionsangebot ist Teil der Früherkennung von auffälligen Kindern.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	870.3	842.2	886.3	912.4	945.5
Subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung	Wert	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2 <sup>1</sup>
Mobilitätzufriedenheit der Bevölkerung	Wert	3.2	3.2	3.2	3.0	3.0 <sup>2</sup>
Erwartete Hilfsbereitschaft	Wert	3.4	3.4	3.4	3.6	3.6 <sup>3</sup>
Anzahl Unfallschwerpunkte in Basel-Stadt	Anz	7	16	21	32	33 <sup>4</sup>

**Kommentar**

- 1 Basiert auf KONSO Umfragen 2009 und 2006 auf die Frage: „Ich fühle mich sicher und vertraue der Polizei.“ Note 1-4 (4 = sehr einverstanden, 1 = gar nicht einverstanden). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2010, 2008 und 2007 nicht durchgeführt.
- 2 Basiert auf KONSO Umfragen 2009 und 2006 auf die Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich als VerkehrsteilnehmerIn im Kantonsgebiet.“ Note 1-4 (4 = sehr sicher, 1 = gar nicht sicher). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2010, 2008 und 2007 nicht durchgeführt.
- 3 Basiert auf KONSO Umfragen 2009 und 2006 auf die Frage: „Wie hat sich die Polizei Ihnen gegenüber am Telefon verhalten?“ Note 1-4 (4 = sehr hilfsbereit, 1 = sehr abweisend). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2010, 2008 und 2007 nicht durchgeführt.
- 4 Örtlichkeiten mit fünf und mehr Unfällen (ohne Autobahn)

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	121'356.4	124'540.5	118'782.4	-3'184.1	-2.6
31 Sachaufwand	22'671.7	24'513.5	21'567.1	-1'841.8	-7.5
K	0.0	145.0	0.0	-145.0	-100.0 <sup>1</sup>
32 Passivzinsen	0.5	0.0	0.0	0.5	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	208.1	145.0	225.0	63.1	43.5
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	1'316.0	0.0	-1'316.0	-100.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>144'236.7</b>	<b>150'515.0</b>	<b>140'574.5</b>	<b>-6'278.3</b>	<b>-4.2</b>
40 Steuern	-30'830.0	-31'000.0	-30'803.7	170.0	0.5
42 Vermögenserträge	-12.6	0.0	-50.0	-12.6	...
43 Entgelte	-38'501.8	-46'362.8	-35'957.1	7'861.0	17.0 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-994.8	-876.6	-846.1	-118.2	-13.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-70'339.2</b>	<b>-78'239.4</b>	<b>-67'656.9</b>	<b>7'900.2</b>	<b>10.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>73'897.6</b>	<b>72'275.7</b>	<b>72'917.6</b>	<b>1'621.9</b>	<b>2.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Katastrophenvorsorge und -einsätze	1'244.5	1'375.3	1'054.1	-130.8	-9.5
Prävention	3'256.9	3'607.1	2'855.6	-350.3	-9.7
Querschnittsdienstleistungen	23'749.2	24'137.5	24'121.2	-388.3	-1.6
Sicherheitspolizei	45'694.5	46'680.0	44'708.7	-985.5	-2.1
Spezialformationen	19'627.2	20'705.1	19'381.9	-1'077.9	-5.2
Verkehrsmanagement	-19'674.7	-24'229.3	-19'204.0	4'554.6	18.8
5 Ausgaben Investitionen	2'047.1	0.0	-1'308.2	2'047.1	...
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-85.0	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>2'047.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'393.1</b>	<b>2'047.1</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Kreditübertragungen Rechnung 2009 auf Rechnung 2010 für die Studie Alarmierung (100 Tsd. Fr.) und für den Motorräderersatz (45 Tsd. Fr.), gemäss Grossratsbeschluss 10/15/13G vom 14. April 2010.
- 2 Die Abweichung von 7.9 Mio. Franken ist wie folgt zu begründen:

\*Davon 5.3 Mio. Franken Bussen im Verkehr: Im Jahr 2010 wurden die Einführung der zusätzlichen Überwachungsanlagen (Budgetpostulat Vogel) eingeplant und deshalb Mehreinnahmen von 2 Mio. Franken budgetiert. Da diese Anlagen erst Mitte Jahr in Betrieb genommen werden konnten, sind 1 Mio. Franken weniger Einnahmen erzielt worden. Auch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung war für das Berichtsjahr vorgesehen und daher eine Erhöhung der Parkbusseneinnahmen von 1.9 Mio. Franken budgetiert. Das Volk hatte im Juni 2010 dieses Projekt verworfen. Der automatisierte Halterdatenaustausch mit Frankreich konnte erst im zweiten Quartal dieses Jahres realisiert werden. Die dadurch entstehende Verzögerung wirkt sich mit 2.4 Mio. Franken negativ auf das Ergebnis aus.

\*Davon 2.6 Mio. Franken Gebühreneinnahmen bei der Parkraumbewirtschaftung: Weil das Volk das Projekt Parkraumbewirtschaftung verworfen hat, fallen die budgetierten Einnahmen aus Parkplatzgebühren von 2.6 Mio. Franken weg.

## Querschnittsdienstleistungen

**Einsatzzentrale** Im Berichtsjahr gingen auf der Einsatzzentrale der Kantonspolizei 48'621 Anrufe (2009: 51'517) über die Notrufnummern 117 und 112 ein. Daraus eröffnete die Einsatzzentrale rund 25'650 Fälle. Rund 31'000 Mal bot sie aufgrund von Anrufen eine Fahrzeugpatrouille auf. Diese Zahlen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.

**REOPEZ neu UMIS** Im Projekt REOPEZ wurde die organisatorische und räumliche Zusammenlegung der heutigen Einsatzzentralen (EZ) von Polizei (EZ und Verkehrsleitzentrale), Berufsfeuerwehr und Sanität geprüft – mit dem Ziel, deren Effizienz zu steigern. Im gleichen Zug sollte die Führungsinfrastruktur der KKO den heutigen Anforderungen angepasst werden. Inzwischen hat die Regierung entschieden, dass die neue Infrastruktur im Spiegelhof verwirklicht werden soll. Das Projekt REOPZ wurde in das Projekt Umbau und Instandstellung des Spiegelhofes (UMIS) umgewandelt.

**Personal** Im Berichtsjahr wurden der Personaldienst des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) und jener der Kantonspolizei zusammengelegt (vgl. Bereich Services). Die Personalrekrutierung der vergangenen Jahre und die jährlich zwei Polizeischulen führten dazu, dass das Polizeikorps Ende 2010 wie geplant den Soll-Bestand erreicht hat.

**Waffenbüro** Die Vorarbeiten für die räumliche und organisatorische Zusammenführung des Waffenbüros mit der Rheinpolizei konnten im Jahr 2010 abgeschlossen werden. Gemeinsam mit der Sicherheitspolizei bewirtschaftet seit Februar 2011 der um das Personal des Waffenbüros verstärkte Polizeistützpunkt am Unteren Rheinweg 24 die Allmendfläche Rhein (vgl. Sicherheitspolizei).

## Sicherheitspolizei

**Grundversorgung** Die Sicherheitspolizei hat auch im Berichtsjahr an 365 Tagen rund um die Uhr die polizeiliche Grundversorgung sichergestellt. Insgesamt wurden 14'582 (2009: 15'982) Anzeigen an den Schaltern der Polizeiwachen und -posten entgegengenommen. Dazu kommen rund 26'000 (rund 30'000) Meldungen.

**Bike Patrol** Gemeinsam mit dem Einsatzzug der Abteilung Spezialformationen hat die Sicherheitspolizei im Berichtsjahr die „Bike Patrol“ mit einem überarbeiteten Organisations- und Einsatzkonzept neu ausgerichtet. Die 36 Fahrrad-Polizistinnen und -Polizisten mit Zusatzausbildung arbeiten ganz normal in der ihr zugeteilten Gruppe. Sie werden sowohl in der Grundversorgung als auch in Aktionen eingesetzt.

**Allmendfläche Rhein** Im Berichtsjahr wurde unter anderem die Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheits- und der Rheinpolizei auf der und um die Allmendfläche Rhein neu geregelt. Mit der Zusammenlegung der Rheinpolizei und des Waffenbüros auf Anfang Februar 2011 sind die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Vorgesehen ist unter anderem, die Bootspatrouillen namentlich in den Sommermonaten zu verstärken.

## Spezialformationen

**Fahndungsdienst** Der Fahndungsdienst nahm im Jahr 2010 insgesamt 644 (2009: 731) Personen zuhänden der zuständigen Behörden fest. Er bearbeitete 114 (186) Vermisstenanzeigen und fahndete nach 594 (583) entlaufenen Personen. 130-mal wurden die Fahnderinnen und Fahnder zu einer Leichenidentifikation gerufen. Aus 1'209 (1'201) Vorführbefehlen resultierten 67 (111) Festnahmen. Aus 365 (378) ausserkantonalen Busseneinzügen flossen 69'611 (61'376) Franken in die Staatskasse. Ausserdem wurden im Berichtsjahr 188 (122) Ein- und Ausgrenzungen beim Migrationsamt beantragt.

**Sozialdienst** Im Berichtsjahr intervenierte der Sozialdienst in 344 (2009: 437) Fällen von häuslicher Gewalt. Daraus resultierten 38 (68) Wegweisungen. Die Kantonspolizei analysiert die Gründe dieses Rückganges (zum Beispiel Anzeigeverhalten) mit dem Ziel, allfällige Massnahmen einzuleiten. Der Sozialdienst ist zudem in das Projekt Monitoring häusliche Gewalt eingebunden (vgl. Halt-Gewalt unter Generalsekretariat).

**Interventionen** Der Einsatzzug hat gemeinsam mit der Sondereinheit Basilisk und der Diensthundegruppe sowie dem Fahndungsdienst im Berichtsjahr zahlreiche Schwerpunktaktionen durchgeführt. Dazu zählen die Grosskontrollen wegen Drogenhandels rund um den Claraplatz. Aus ihnen folgte, dass im Berichtsjahr im Auftrag des Migrationsamtes im Ripol 188 (2009: 122) Ein- und Ausgrenzungen ausgeschrieben wurden. Dies entspricht einer Zunahme von 54%.

## Verkehrsmanagement

**Verkehrspolizei** Auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt ereigneten sich im Berichtsjahr 1'151 (1'350) polizeilich rapportierte Unfälle. Zudem wurden 1'431 (1'458) Unfälle unter Beizug der Polizei unter den Beteiligten gütlich geregelt. Bei den Verkehrsunfällen wurden 458 (563) Personen verletzt und vier (4) Personen getötet; in zwei Fällen kam es zu einem Verkehrsunfall, weil der Lenker am Steuer verstarb. Der entstandene Sachschaden bewegt sich in der Höhe von 5,67 Mio. (6,51) Mio. Franken. Die so genannten Alkoholunfälle haben 2010 im Vergleich mit dem Vorjahr von 86 auf 92 zugenommen.

**Administrativmassnahmen** Das Ressort Administrativmassnahmen der Abteilung Verkehr der Kantonspolizei verfügte im Berichtsjahr über 3'000 Führerausweisentzüge wegen mittelschweren oder schweren Verkehrsregelverstössen. Zudem sprach sie 800 Verwarnungen aus.

**Motorfahrzeugkontrolle** Die Motorfahrzeugkontrolle zählte im Jahr 2010 rund 70'000 Kundenkontakte an den Schaltern. Zudem erteilte sie rund 80'000 telefonische Auskünfte. Sie disponierte rund 36'000 Fahrzeugprüfungen und erstellte rund 30'000 Fahrzeugausweise. Im Berichtsjahr stellte sie rund 9'000 neue Führerausweise aus und versandte rund 6'000 Aufgebote zur ärztlichen Untersuchung der Fahrtauglichkeit, deren Einhaltung sie dann überprüfte.

## Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einsatzkoordination	6.2 Rettung
Einsatzunterstützung	6.2 Rettung
Feuerwehr	6.2 Rettung
Führungsunterstützung	6.2 Rettung
Sanität	6.2 Rettung

## Tätigkeiten und Projekte

Gestützt auf die im Jahr 2009 geschlossene Vereinbarung über die rettungsdienstliche Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt sowie den Städten Bern und Zürich startete Anfang Mai 2010 in Basel die erste gemeinsame Berufsfeuerwehrschule. Die Exekutivvertreter der Vertragspartner trafen sich im Berichtsjahr zur konstituierenden Sitzung der Vereinbarungsbehörde. Deren Leitung obliegt im ersten Jahr dem Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes des Kantons Basel-Stadt. Die von der Vereinbarung betroffenen rettungsdienstlichen Organisationen erhielten Umsetzungsaufträge. So haben sie namentlich die geplanten Zusammenarbeit bei der Beschaffung zu konkretisieren.

Als Fachbereich der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) wirkte der Bereich Rettung bei den Startarbeiten zur Gefährdungsanalyse für den Kanton Basel-Stadt mit. Zudem beteiligte er sich an der Vorbereitung der kantonalen Stellungnahme zum Sicherheitspolitischen Bericht, den der Bundesrat am 23. Juni 2010 verabschiedet hat.

### Einsatzkoordination

**Mobilisierung** Die KKO überprüft in ihrem Projekt Mobilisierung zurzeit die Alarmierungsprozesse und -systeme im Kanton Basel-Stadt mit dem Ziel, allfällige Anpassungen vorzunehmen. Als Fachbereich hat die Rettung im Jahr 2010 die Ist-Situation ihrer Alarmierung erfasst und dieses Ergebnis in das KKO-Projekt eingebracht.

**Neuer Einsatzleitwagen** Der neue Einsatzleitwagen für die Führungsunterstützung auf Schadenplätzen hat sich im Berichtsjahr bei einem Grossereignis bereits bestens bewährt: Die Rettung konnte dieses Fahrzeug während der wochenlangen Löscharbeiten des Kühlhaus-Brandes an der Neudorfstrasse (vgl. unter Feuerwehr) optimal nutzen.

**Feuerwehrausbildung** Die Kantone sind daran, die bislang föderalistisch geregelte Feuerwehrausbildung gesamtschweizerisch zu vereinheitlichen. Im Berichtsjahr haben sie – als erster Schritt – ein Reglement Einsatzführung verabschiedet.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	235.0	236.1	237.9	241.9	245.6
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	13'188	12'459	15'318	14'472	13'495
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'943	1'936	2'100	2'221	2'426
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	95	94	92	92	93
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'158	2'288	2'353	2'694	2'770
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	91	92	92	91	92
Einsätze der Sanität	Anz	17'816	18'879	20'918	19'989	19'941

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	34'171.8	33'360.0	33'125.2	811.8	2.4
31 Sachaufwand	11'360.3	11'130.2	11'544.3	230.0	2.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	709.6	831.5	574.8	-121.9	-14.7
36 Eigene Beiträge	97.0	0.0	0.0	97.0	...
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	135.9	80.0	151.4	55.9	69.9
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>46'474.6</b>	<b>45'401.7</b>	<b>45'395.7</b>	<b>1'072.9</b>	<b>2.4</b>
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	...
43 Entgelte	-24'551.4	-23'533.5	-25'268.1	-1'017.9	-4.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'546.3	-1'417.7	-1'443.6	-128.6	-9.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-97.0	0.0	-43.9	-97.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-26'194.9</b>	<b>-24'951.2</b>	<b>-26'755.7</b>	<b>-1'243.6</b>	<b>-5.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>20'279.7</b>	<b>20'450.5</b>	<b>18'640.0</b>	<b>-170.7</b>	<b>-0.8</b>
davon Produktgruppe(n):					
Einsatzunterstützung	10'303.7	10'699.4	10'154.7	-395.7	-3.7
Feuerwehr	3'997.1	3'536.8	3'219.6	460.3	13.0
Führungsunterstützung	33.3	30.9	30.5	2.5	8.0
Katastrophenvorsorge und -einsatz	2'789.1	2'725.4	2'756.0	63.7	2.3
Sanität	3'156.6	3'458.0	2'479.2	-301.5	-8.7
5 Ausgaben Investitionen	1'608.7	0.0	2'479.9	1'608.7	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1'608.7</b>	<b>0.0</b>	<b>2'479.9</b>	<b>1'608.7</b>	<b>...</b>

### Einsatzunterstützung

**Zivilschutz** Im Berichtsjahr hat der Zivilschutz Basel-Stadt seine veraltete Fahrzeugflotte erneuert und am 6. Mai 2010 25 neue Personen- und Materialtransporter sowie Zugfahrzeuge übernehmen können.

Der Zivilschutz Basel-Stadt hat mit 2'139 Schutzdienstpflichtigen in 122 Kursen total 8'930 Dienstage geleistet. Bereits zum zweiten Mal erfolgte die praktische Ausbildung der Betreuer in mit dem Verband der Basler Alters- und Pflegeheime koordinierten Altersheimeinsätzen sowie jene der Pioniere während Einsätzen im Kanton Uri. Aufgrund der im Jahr 2009 gemachten Erfahrungen modifizierte der Zivilschutz die Ausbildungsinhalte und -formen; diese sind nun standardisiert.

**Dienstbekleidung** Der Standort Zeughaus wird für die Lagerung, Ausmessung und Ausgabe der Dienstbekleidung für sämtliche Einsatzkräfte in den JSD-Bereichen weiterentwickelt.

### Feuerwehr

**Feuerwegesetz** Der Bereich Rettung hat gemeinsam mit dem Bereich Recht im Jahr 2010 den Entwurf des neuen Feuerwegesetzes Basel-Stadt ausgearbeitet. Er liegt vor und wird im ersten

Quartal 2011 dem Regierungsrat überwiesen mit dem Antrag, ein kantonales Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

**Kühlhausbrand und andere Einsätze** Ein am 27. März 2010 in einem Grosskühlhaus an der Neudorfstrasse ausgebrochener Brand löste den bislang längsten Einsatz der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt aus: Während knapp dreier Wochen hielt dieses Ereignis insgesamt 341 Einsatzkräfte der Rettung Basel-Stadt sowie der inner- und ausserkantonalen Partnerorganisationen auf Trab. Am 12. April konnte das Departement vermelden, dass die Feuerwehren den Brand im einsturzgefährdeten Gebäude gelöscht haben. Die Gesamtanzahl Einsätze liegt mit rund 2'400 im Bereich der Vorjahre.

**Mittel und Ausrüstung** Im Oktober 2010 löste die zentrale Beschaffung des Departementes die Bestellung für den Ersatz des alten Pionierfahrzeuges (Kranwagen) aus. Plangemäss und die Budgetvorgaben einhaltend verlief im Berichtsjahr die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Feuerlöschbootes auf der Werft im deutschen Speyer.

Die ganze Bezirksfeuerwehr Basel-Stadt ist nun mit der neuen Brandschutzbekleidung ausgerüstet. Im Berichtsjahr erhielt zudem jede Kompanie eine Motorspritze und einen Hochleistungslüfter. Der Ersatz veralteter Bekleidung und Gerätschaften trägt dazu bei, die Attraktivität der Bezirksfeuerwehr zu steigern.

### **Führungsunterstützung**

Im Rahmen des Risikomanagements des Justiz- und Sicherheitsdepartements legte der Bereich Rettung die Schlüsselrisiken fest. Daraus leitete er den Massnahmenbedarf ab und verfasste ein erstes Reporting.

### **Sanität**

**Einsätze** Die Sanität Basel-Stadt leistete im Berichtsjahr 17'816 Einsätze. Diese Zahl liegt knapp 6% unter dem Vorjahreswert (2009: 18'879). Dies ist auf eine Abnahme bei den Krankentransporten (geplante Patiententransporte) zurückzuführen.

**Gesamtschweizerische Weiterbildung** Ende November 2010 fand in Basel der mehrtägige gesamtschweizerische Weiterbildungskurs „Sanitätsdienstliche Führung Grossereignis SFG“ für Rettungssanitäter und Notärzte statt. Für dessen Organisation war der Bereich Rettung Basel-Stadt mit seiner Abteilung Sanität Basel-Stadt besorgt. Der Weiterbildungskurs, den mehrere nationale Organisationen tragen, wird auch 2011 und 2012 in Basel durchgeführt.

## Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt eine breite Aufgabenpalette im Dienste der Öffentlichkeit.

Das Einwohner- und Zivilstandsamt führt die Einwohner- und Personenstandsregister. Damit verbunden sind insbesondere das Meldewesen im Einwohnerbereich, das Passwesen, das Durchführen von Ziviltrauungen und die Entgegennahme von Bestattungsanordnungen. Ebenso werden Fundsachen verwaltet und allgemeine Auskünfte zur Verwaltung erteilt.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen. Es ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen und die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Für Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es ist zudem Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug ist verantwortlich für die Inhaftierung von Personen zur Sicherung laufender Untersuchungs-, Gerichts- oder Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einwohner- und Zivilstandsamt	6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration
Gefängnisse	6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration
Migrationsamt	6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration
Stabs- und Rechtsdienste	6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration
Strafen und Massnahmen	6.4 Straf- und Massnahmenvollzug

## Tätigkeiten und Projekte

Mehrere bislang dezentrale Abteilungen des Bereiches Bevölkerungsdienst und Migration haben im Berichtsjahr ihre neuen Räumlichkeiten im ehemaligen „Sympany“-Flügel an der Spiegelgasse 12 bezogen. Damit sind das Migrationsamt (mitsamt des ehemaligen Bürgerrechtsdienstes), die Strafvollzugsbehörden sowie der Stab des Bereiches deutlich näher zueinandergerückt. Dies erleichtert die internen Arbeitsabläufe und die Kommunikation.

Im Berichtsjahr verzeichnete der Bereich ein hohes Geschäftsvolumen. Dies schlägt sich äusserlich namentlich bei den Frequenzen im Kundenzentrum der Einwohnerdienste sowie den Belegungszahlen der Gefängnisse, aber auch bei den Einnahmen nieder.

### Migrationsamt

**Neue Kundenzone** Durch den Umzug des Migrationsamtes von der Petersgasse 11 - 15 und der Rittergasse in den ehemaligen „Sympany“-Flügel liess sich eine eigene Kundenzone schaffen. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Ansprechpartner vorab für Visumsgeschäfte, Einbürgerungen, Asyl und dringende Bewilligungsgeschäfte im Ausländerbereich generell. Die Kundinnen und Kunden profitieren dadurch von einer zentralen Anlaufstelle für alle Ressorts des Migrationsamtes.

**Organisationsstruktur angepasst** Vor der örtlichen Konzentration des Migrationsamtes betreuten zwei räumlich getrennte Ressorts die Laufkundschaft. Die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 (RV09) sowie die neu geschaffene Kundenzone waren Anlass, die Organisationsstruktur des Migrationsamtes zu überdenken und auf den 1. November 2010 hin an die neuen Bedürfnisse anzupassen. So betreibt seither ein Ressort die Kundenzone. Das Amt schuf neu ein Ressort für Spezialfälle. Dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen die Fälle von ausländischen Langzeitbezüglerinnen und -bezügern in der Sozialhilfe sowie von schwer straffällig gewordenen Ausländerinnen und Ausländern mit dem Ziel, die ausländerrechtlichen Verfahren zu beschleunigen.



<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.8	200.0	217.4	220.3	226.9
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	22	13	8	9	13
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	26'582	24'965	27'361	27'861	35'446
Ziviltrauungen	Anz	934	909	929	845	824
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	470	732	1'067	910	913
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'039	7'396	10'750	9'997	9'783
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	4	5	2	1	0
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	82'214	75'812	73'522	74'023	67'580

**Kommentar**

1 Inkl. erleichterte Einbürgerungen

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	26'044.7	26'994.8	26'229.5	-950.1	-3.5
31 Sachaufwand	33'909.2	32'952.3	31'238.1	956.8	2.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	77.7	80.2	76.9	-2.5	-3.2
36 Eigene Beiträge	923.7	913.0	616.3	10.7	1.2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>60'955.2</b>	<b>60'940.3</b>	<b>58'160.9</b>	<b>14.9</b>	<b>0.0</b>
42 Vermögenserträge	-0.3	0.0	-0.4	-0.3	...
43 Entgelte	-15'114.7	-12'334.7	-14'674.0	-2'780.0	-22.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'062.7	-1'000.0	-1'088.0	-62.7	-6.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-16'177.7</b>	<b>-13'334.7</b>	<b>-15'762.3</b>	<b>-2'843.0</b>	<b>-21.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>44'777.5</b>	<b>47'605.6</b>	<b>42'398.5</b>	<b>-2'828.1</b>	<b>-5.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Einwohner- und Zivilstandsamt	3'368.4	3'705.0	3'500.2	-336.7	-9.1
Gefängnisse	10'416.4	12'466.8	10'336.7	-2'050.4	-16.4
Migrationsamt	3'106.8	4'231.6	3'624.2	-1'124.8	-26.6
Stabs- und Rechtsdienste	229.2	242.7	168.5	-13.5	-5.5
Strafen und Massnahmen	27'656.7	26'959.5	24'768.9	697.2	2.6
5 Ausgaben Investitionen	335.0	0.0	843.0	335.0	...
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-1'572.0	0.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>335.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-729.0</b>	<b>335.0</b>	<b>...</b>

**Bewilligungswesen für Grösstkunden** Die 2009 eingeführte Bewilligungsplattform und die damit verbundene ämterübergreifende elektronische Bearbeitung von Einreisegesuchen für erwerbstätige Personen ausserhalb des EG/EFTA-Raumes wurde im Berichtsjahr weiterentwickelt. So erfuhr die Schnittstelle zum Amt für Wirtschaft und Arbeit eine Verbesserung: Neu lassen sich alle Schritte der Gesuchsstellung und -bearbeitung für Bewilligungen im Ausländerbereich (arbeitsmarktliche Prüfung, Verlängerungen, Einreiseregulungen EU/EFTA) elektronisch abwickeln; der bisher teilweise noch notwendige Postweg entfällt. Die bereits nach der Einführung der Bewilligungsplattform gemachten guten Erfahrungen haben sich bestätigt: Die involvierten Ämter konnten die Gesuchsbearbeitungsdauer für Grösstkunden um bis zu drei Tagen verkürzen.

**Einbürgerungen** Gemeinsam mit den drei Bürgergemeinden Basel, Riehen und Bettingen hat das Migrationsamt einen Leitfaden für Einbürgerungsverfahren erarbeitet und eingeführt.

## Einwohner- und Zivilstandsamt

**Einführung biometrischer Pässe** Im Berichtsjahr hat das Einwohneramt erstmals über 200'000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet. Nicht zuletzt wegen der Einführung der neuen biometrischen Reisepässe anfangs Jahr war dies zu erwarten gewesen. Das Einwohneramt bearbeitete bis Ende Jahr 8'075 solcher Passbegehren. Dazu erfasste es bei den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern die notwendigen biometrischen Daten. Dank der notwendigen Infrastruktur und der Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlief die Einführung der biometrischen Reisepässe reibungslos.

**Neues Kundenleitsystem** Das Einwohneramt bereitete sich mit verschiedenen organisatorischen und baulichen Massnahmen auf das erhöhte Kundenaufkommen vor. So nahm es im Dezember 2010 das neue Kundenleitsystem in Betrieb. Dieses ermöglicht unter anderem, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je nach Kundenfrequenz optimal an den Schaltern oder im Back Office einzusetzen mit dem Ziel, die Wartezeiten für die Kundinnen und Kunden zu verkürzen.

**Registerharmonisierung** Das Einwohneramt hat die arbeitsintensive Überarbeitung des Einwohnerregisters zu einem grossen Teil abgeschlossen. Sie ist aufgrund der Registerharmonisierung notwendig. Es gilt, im Einwohnerregister die Wohnungsnummer abzubilden und in Zusammenarbeit mit der zuständigen Stelle des Bundes falsch zugewiesene AHV-Nummern „AHVN13“ zu bereinigen. Die gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene wurde mit der Anpassung des Aufenthaltsgesetzes geschaffen, die der Grosse Rat am 14. April 2010 gutgeheissen hat. Namentlich die Zuordnung der Wohnungsnummern erwies sich als zeitintensiv. Diese Arbeiten werden bis Ende 2011 abgeschlossen sein.

## Strafvollzug und Gefängnisse

**Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt** Im Untersuchungsgefängnis im Waaghof, das im Berichtsjahr sein 15-Jahr-Jubiläum begehen konnte, stiegen die Hafttage von 39'700 (2009) auf 44'100. Diese Zunahme geht vorab auf die Belegung in den Männerstationen (Strafvollzugsbereich und Untersuchungshaft) zurück. Im Tagesdurchschnitt zählte das Untersuchungsgefängnis 120 Insassen, 2009 waren es 109. Die Gesamtauslastung lag bei 83% (2009: 75%).

Seit dem 1. Oktober 2010 ist die Überwachung des gesamten Waaghofes im Bereich Sicherheit und Sicherheitsanlagen an eine Fremdfirma ausgelagert. Zudem wurde ein Vertrag mit Spitexpress abgeschlossen. Dieser Spezialdienst von Spitex Basel gewährleistet allfällige pflegerische Massnahmen in der Nacht und an Wochenenden.

**Ausschaffungsgefängnis** Das Ausschaffungsgefängnis, das im Berichtsjahr sein 10-Jahr-Jubiläum begehen konnte, verzeichnete mit 18'200 Hafttagen eine vergleichbare Auslastung wie im Vorjahr (2009: 18'500 Hafttage). Die Haftplätze wurden zu 72% von ausserkantonalen Insassinnen und Insassen belegt. Der Anteil der baselstädtischen Fälle blieb denn auch klein. Der Betrieb der für die Sicherheit im Gefängnis notwendigen Videokameras ist in einem neuen Reglement geregelt. Eine Erleichterung im Umgang mit vorübergehend aggressiven Insassinnen und Insassen bringt die im Berichtsjahr eingerichtete „Cool Down Pink“-Zelle, mit der andernorts bereits positive Erfahrungen in der Gewaltprävention und der Gewalteinämmung gemacht worden sind.

**Strafvollzug** Am 31. Dezember 2010 standen 142 (31.12.2009: 134) Personen im Strafvollzug bzw. im vorzeitigen Strafvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 49'993 im Vorjahr auf 54'011. Ende 2010 befanden sich 75 (31.12.2009: 75) Personen im Massnahmenvollzug bzw. im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Die Zahl der Vollzugstage erhöhte sich von 25'810 auf 28'203. Die Strafvollzugsbehörde erliess im Berichtsjahr 135 (2009: 107) Verfügungen zu Entlassungen von verurteilten Personen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug. Den Hauptteil bildeten dabei die 110 (95) Entscheide zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe. 25 (18) Entscheide fällte die Behörde zu Aufhebungen der Massnahme oder zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Massnahme.

**Vollzugszentrum Klosterfiechten** Im Vollzugszentrum Klosterfiechten (VZK) absolvierten insgesamt 22 (2009: 21) Personen 1'621 (2'147) Hafttage in den Vollzugsstufen Arbeitsexternat, sowie

in der Halbgefangenschaft. Die Bussenumwandlungen in Arbeit betrafen 641 (623) Personen mit insgesamt 18'528 (9'759) Arbeitsstunden. Davon konnten 9778 Stunden im gleichen Jahr vollzogen werden. Weitere 3522 Stunden Übertrag vom 2009 wurden zusätzlich vollzogen. 41 (51) Personen haben 7645 Stunden (2009: 6'900) gemeinnütziger Arbeit geleistet. Im Electronic Monitoring wurden vom VZK insgesamt 2'919 (2'983) Hafttage an 25 Personen vollzogen.

Mit Blick auf die Platzsituation bei den therapeutischen Massnahmen gemäss Art. 59 des StGB hat das VZK im Berichtsjahr fünf Plätze für den offenen Massnahmenvollzug eingerichtet, die ab 2011 belegt werden. Ziel ist ein Ausbau auf zwölf Plätze. Die Forensische Ambulanz der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel stellen die therapeutische Betreuung der verurteilten Personen sicher.

**Bewährungshilfe** Die Bewährungshilfe betreute 97 Personen (2009: 95), die von den Gerichten und den Strafvollzugsbehörden die Auflagen von Schutzaufsicht oder Weisungen erhalten haben. 34 (56) Personen nahmen Beratung im Rahmen des §37c des Polizeigesetzes Basel-Stadt (Wegweisung bei häuslicher Gewalt) in Anspruch. Insgesamt wurden über 600 Personen beraten und betreut, was sich im Rahmen des Vorjahres bewegt. Die Bewährungshilfe hat die Risikoorientierung in ihrer Arbeit verstärkt. Ein unterstützendes Instrument bildet hierbei KARA (Kriminologisch Analytisches Risk Assessment), das nach einem zweijährigen Pilotprojekt auf Ende des Berichtsjahres in den Normalbetrieb überführt worden ist. Es hilft der Behörde, auf wissenschaftlicher Grundlage das Rückfallrisiko eines Straftäters einzuschätzen.

### **Interkantonale Strafanstalt Bostadel**

Die Auslastung betrug insgesamt 97% (2009: 96%), im Normalvollzug 99,2% (97,8%) und in der Sicherheitsabteilung 73,6% (76,4%). Insgesamt 13 Gefangene mit Verwahrung und 11 Gefangene mit lebenslänglicher Strafe hielten sich 2010 in der Strafanstalt Bostadel auf. Über die Hälfte der Eingewiesenen verbüsst Strafen von mehr als fünf Jahren, Verwahrungen eingeschlossen. Die sechs Produktionsbetriebe waren über das ganze Jahr gut bis hervorragend ausgelastet. Die Rechnung 2010 schliesst mit einem Defizit von 1'150'387.90 Franken (2009: 766'272.70 Franken). Das budgetierte Defizit von 1'152'400 Franken wurde um 2'012.10 Franken unterschritten.

## Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung oder eines Einstellungsbeschlusses. Im Bereich der Jugendkriminalität werden von der Jugendanwaltschaft auch erstinstanzliche Urteile gefällt.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen nicht Gegenstand der Aufsicht des Regierungsrates. Der Verkehr zwischen Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das JSD vermittelt (§50 GOG).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stawa Entscheide	6.5 Strafverfolgung
Stawa Ermittlungen	6.5 Strafverfolgung

## Tätigkeiten und Projekte

**Projekt „Stawa 2011“** Im Projekt „Stawa 2011“ konnten amtsintern und in Zusammenarbeit mit den Partnerbehörden alle organisatorischen, personellen und rechtlichen Arbeiten erfolgreich abgeschlossen werden, damit mit der Inkraftsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung und Jugendstrafprozessordnung per 1. Januar 2011 in allen Abteilungen und im Stab effizient und zielgerichtet gearbeitet werden kann.

Der Wechsel der Beurteilungszuständigkeit bei Übertretungen vom Strafgericht zur Staatsanwaltschaft und die neue Strafbefehlskompetenz der Staatsanwaltschaft führten zu einer signifikanten Personalvermehrung und zur Realisierung entsprechender Informatikvorhaben.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	106.4	107.6	105.0	106.3	106.1
Gesamtzahl der Strafanzeigen	Anz	21'933	22'672	23'783	23'149	23'865
Hiervon Gewaltdelikte	Anz	1'334	1'364	1'175	1'193	1'276
Ausländeranteil Kriminalität	%	59	58	55	54	55
Rückstände	Anz	454	440	512	692	663 <sup>1</sup>

**Kommentar**

1 Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt.

**Finanzen**

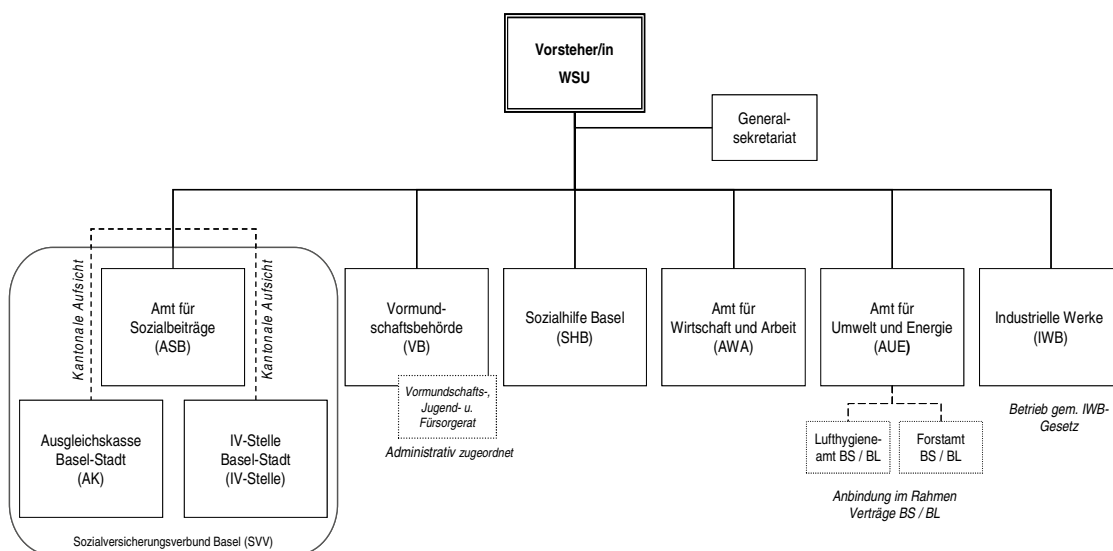
in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	17'639.2	18'227.7	17'595.9	-588.6	-3.2
31 Sachaufwand	6'578.6	5'679.3	5'792.9	899.3	15.8 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	83.1	180.0	194.5	-96.9	-53.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24'300.8</b>	<b>24'087.0</b>	<b>23'583.4</b>	<b>213.8</b>	<b>0.9</b>
43 Entgelte	-3'799.2	-3'642.8	-3'737.1	-156.4	-4.3
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3'799.2</b>	<b>-3'642.8</b>	<b>-3'737.1</b>	<b>-156.4</b>	<b>-4.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>20'501.7</b>	<b>20'444.3</b>	<b>19'846.3</b>	<b>57.4</b>	<b>0.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Stawa Entscheide	408.5	660.7	367.9	-252.2	-38.2
Stawa Ermittlungen	20'093.1	19'783.6	19'478.4	309.6	1.6

**Kommentar**

1 Die Abweichung von 0.9 Mio. Franken ist einerseits durch die Einführung der neuen eidgenössischen Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 und andererseits durch Mehraufwendungen bei Strafverfahren (DNA-Analysen vom Institut für Rechtsmedizin und Dolmetscher-Honorare) zurückzuführen.

### 6.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	326
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	329
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	333
WSU-821	Vormundschaftsbehörde	336
WSU-822	Sozialhilfe	339
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	343



## Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des WSU, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Generalsekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die Industriellen Werke Basel IWB sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Beteiligungen Betriebe	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Unterstützungsleistungen WSU	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

## Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr haben sich die für das WSU geschaffenen Strukturen bewährt. Die Zusammenarbeit des Generalsekretariats mit den Dienststellen funktionierte gut; die departementalen Führungsgefässe konnten ihre Rolle spielen. Organisatorische Veränderungen für das Generalsekretariat brachte vor allem die Mitte Jahr erfolgte Zusammenfassung der Informatikkräfte aus den Dienststellen zur zentralen IT WSU.

## Unterstützungsleistungen

Auch das Berichtsjahr stand für die zentralen Dienste des Generalsekretariats noch unter dem Eindruck der Auswirkungen der RV 09-Veränderungen: Für die Personalabteilung brachte v.a. die mit den erforderlichen Einreichungsentscheiden erst im Lauf des Jahres vollständig erfolgte Einbindung der Sozialhilfe in das kantonale Lohnsystem eine sehr grosse Belastung mit sich. Daneben galt es, die Prozesse in der Personalabteilung noch weiter auf die höheren Mitarbeiterzahlen im WSU abzustimmen. Auf Ende Jahr wurde dabei ein Teil der administrativen Aufgaben und Ressourcen an das neu geschaffene HR-Service-Center im Zentralen Personaldienst ZPD abgegeben. Mit der ab Oktober erfolgten Einführung des standardisierten Zeitwirtschaftssystems übernahm die Personalabteilung zudem neue und anspruchsvolle Aufgaben.

Seit 1. Juli steht dem Departement mit der IT WSU eine zentrale Informatikdienstleisterin zur Verfügung. Dazu wurden die Informatikmitarbeiter der Dienststellen am Standort des Generalsekretariats zusammengezogen. Auf Basis der mit den Dienststellen vereinbarten Leistungsvereinbarung nahm die IT WSU bis Ende Jahr den Betrieb planmässig auf. Die Änderung bei der IT hatte Auswirkungen v.a. auch für den Bereich Finanzen und Rechnungswesen: Die Budgetierungs- und Controllinggrundlagen mussten neu aufgebaut werden und das Volumen an Buchungsfällen hat sich deutlich vergrössert. Bei den Projekten dominierte für die Finanzabteilung weiter das departementsweite Management Information Systems MIS.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.45	23.65	15.42	14.5	14.3	<sup>1</sup>
Eingegangene Rekurse	Anz	247	267	199	246	181	
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSD	%	97.0	100.0	97.0	97.0	50.0	<sup>2</sup>
Anteil Rekursentscheide innert drei Monaten nach Eintreffen	%	67.0	71.0	76.0	78.0	80.0	<sup>3</sup>
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.10	3.85	4.26	4.27	4.02	<sup>4</sup>

**Kommentar**

- Seit dem Jahr 2009 wird auf Wunsch der Finanzkommission der Stichmonatswert Dezember und nicht der Jahresdurchschnitt (Generalsekretariat 2010: 26.01 Stellen) verwendet. Deswegen und aufgrund von Strukturänderungen infolge RV09 sind die Zahlen vor 2009 nicht vergleichbar mit den Werten aus den Folgejahren. Wegen der Zentralisierung der Informatik WSU per 1. Juli 2010 wurde der für die neue IT WSU im Generalsekretariat erforderliche Headcount von den Dienststellen ins Generalsekretariat transferiert, weshalb der Headcount per 31. Dezember 2010 vom Vorjahreswert abweicht.
- Die Ausnahme für das Nichterreichen der 100%-Marke bleibt weiterhin die Sozialhilfe, eine umfassende „Flottenerneuerung“ ist im Frühjahr 2011 geplant.
- Die Rekurszunahme im Vorjahr führte zu Verzögerungen bei deren Bearbeitung, dieser Überhang konnte mit befristeten Ressourcen etwas abgebaut werden. Zur Mehrbelastung führt auch die stark zunehmende Tendenz, gegen einen Departementsentscheid bei der nächsthöheren Instanz (Appellationsgericht) zu rekurrieren (24 Fälle).
- Das Wachstum der Passagierzahl gegenüber dem Vorjahr ist markant. Gründe sind die deutliche Konjunkturerholung nach den Krisenjahren 2008/2009 mit erheblicher Nachfragesteigerung und der nochmalige Kapazitätsausbau der am EuroAirport basierten Fluggesellschaften.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	4'147.7	4'415.0	3'502.6	-267.4	-6.1
31 Sachaufwand	2'943.2	2'546.0	2'356.3	397.2	15.6 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.1	0.0	0.3	0.1	...
36 Eigene Beiträge	475.0	475.0	260.0	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7'565.9</b>	<b>7'436.0</b>	<b>6'119.2</b>	<b>129.9</b>	<b>1.7</b>
43 Entgelte	-10'775.5	-11'140.5	-621.0	365.1	3.3 <sup>2</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'800.0	-2'800.0	-2'800.0	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-13'575.5</b>	<b>-13'940.5</b>	<b>-3'421.0</b>	<b>365.1</b>	<b>2.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-6'009.5</b>	<b>-6'504.5</b>	<b>2'698.1</b>	<b>495.0</b>	<b>7.6</b>
davon Produktgruppe(n):					
Beteiligungen Betriebe	-12'759.4	-13'244.5	-2'537.2	485.1	3.7 <sup>3</sup>
Unterstützungsleistungen WSU	6'749.8	6'740.0	5'235.3	9.9	0.1

**Kommentar**

- Die Überschreitung bei den Sachkosten resultiert wiederum v.a. aus der Zentralisierung der Informatik WSU per 1. Juli 2010. Während die Aufgaben transferiert wurden, wurden die IT-Mittel grundsätzlich in den Dienststellen belassen. Die aus den neuen IT-Aufgaben im GS entstandenen Mehrkosten werden daher durch entsprechende Minderausgaben bei den Dienststellen auf Stufe Departement neutralisiert. Einmalige Mehrausgaben entstanden wegen baulichen Massnahmen im Blauen Haus und im Rahmen des Projekts zur Einführung der standardisierten Zeitwirtschaft im WSU. Diese Zusatzkosten wurden durch Reservemittel auf Stufe Departement gedeckt.
- Der Saldo setzt sich einerseits durch die Mehreinnahmen von verrechneten Informatik-Dienstleistungen zusammen, andererseits aus den Mindereinnahmen beim Einzelposten IWB. Von den budgetierten 11 Mio. Franken werden der Gemeinde Riehen 550'000 Franken gutgeschrieben und der Gemeinde Bettingen 55'000 Franken gemäss RRB 10/40/41 vom 21. Dezember 2010.
- Mindereinnahmen beim Einzelposten IWB. Von den budgetierten 11 Mio. Franken werden der Gemeinde Riehen 550'000 Franken gutgeschrieben und der Gemeinde Bettingen 55'000 Franken gemäss RRB 10/40/41 vom 21. Dezember 2010.



## Beteiligungen Betriebe

Im Rahmen der vom Grossen Rat im Juni 2009 gutgeheissenen Leistungsvereinbarung 2010-2014 gestaltete sich im Berichtsjahr der Betrieb der Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft BPG erfolgreich. Mit dem im Frühjahr erfolgten Wechsel des Geschäftsführers konnte der nautische Bereich der BPG gestärkt werden. Weiter vorangetrieben wurden Anpassungen in den Prozessabläufen zur Erhöhung der Produkt- und Servicequalität. Positiv hat sich ausserdem die mehrheitlich gute Witterung ausgewirkt. Finanziell konnte damit ein positives Unternehmensergebnis erreicht werden.

Die von den Schweizerischen Rheinhäfen SRH und dem Kanton partnerschaftlich durchgeführte Testplanung zur Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen ergab einen für die gemeinsame Zukunftsplanung wichtigen Entscheid: unter der Voraussetzung der Schaffung von Ersatzstandorten für die Hafenlogistik am Westquai und der Kapazitätssteigerung für die Transportkette Schiff-Bahn im Containerverkehr kann die perspektivische Umnutzung der Rheinuferlagen im Hafengebiet für städtebauliche Nutzungen schrittweise umgesetzt werden. Aufbauend auf diesem Konsens wurde die nächste Planungsphase gestartet, in der die weitere Konkretisierung der Entwicklungsprojekte vorangetrieben wird. Im Bereich der trinationalen Zusammenarbeit der Rheinhäfen wurde die Dauer der vor zwei Jahren gegründeten trinationalen Arbeitsgemeinschaft RheinPorts Basel-Mulhouse-Weil um drei Jahre verlängert. Schwerpunkte der Kooperation sind der Ausbau des Standortmarketings, insbesondere die Stärkung des Standorts am südlichen Oberrhein als Hinterlandhub für den Containerverkehr, und die Harmonisierung der Organisationsmodelle der drei Häfen (v.a. die Einführung des Landlordprinzips nach dem Vorbild der Schweizerischen Rheinhäfen) als Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Hafeninfrastruktur und -entwicklung.

Der EuroAirport verzeichnete im Berichtsjahr eine positive Entwicklung. Die Fluggastzahlen stiegen um 7% gegenüber 2009 auf 4.1 Mio. Passagiere. Im Frachtbereich mit einem Gesamtaufkommen von 107'000 Tonnen war das Wachstum mit plus 26% noch ausgeprägter. Darin spiegelt sich auch der Nachholbedarf der Wirtschaft nach den Einbrüchen in 2009 wider. 2010 wurden total 17 neue Destinationen lanciert. Die Gesellschaft easyJet hat im Juli und Dezember ihr fünftes und sechstes Flugzeug am EuroAirport stationiert, airberlin im März ihr zweites. Die zunehmende Erweiterung um Destinationen, die von den Geschäftskunden geschätzt werden, wie beispielsweise Kopenhagen, Dresden, Edinburg, Nantes oder Tel Aviv, belegt die Bedeutung des Flughafens und seiner Verbindungen für die regionale Wirtschaft. Auch im Bereich Flugzeugwartung und Flugzeuginnenausbau in der Industriezone des Flughafens konnte ein weiterer Aktivitätsausbau verzeichnet werden. Die Zahl der Starts und Landungen im Verkehr nach Instrumentenflugregeln betrug 77'152 (2009: 74'992). Der Zuwachs von 3% liegt aber immer noch unter dem der Fluggastzahlen. Im Hinblick auf die Fluglärmsituation muss eine Jahresquote der Südanflüge via ILS 33 von knapp 10% konstatiert werden (7.86%). Der Anstieg hat seinen Grund vor allem in den lang anhaltenden Nordwindlagen im Frühjahr. Auf Initiative der Regierungsräte von Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat der Flughafen im Oktober zusätzliche Lärmschutzmassnahmen eingeführt, u.a. eine Anhebung der Zusatzgebühr für Landungen und Starts in sensiblen Zeiten sowie eine Beschränkung von lauten Flugzeugen an Sonntagen und Feiertagen. Damit wird eine Eingrenzung v.a. des Randzeiten-Fluglärms erreicht.

Für die Industriellen Werke Basel IWB stand das Berichtsjahr ganz im Zeichen der erfolgten Ver selbstständigung und der Etablierung der mit dem neuen IWB-Gesetz angelegten Strukturen. Der neue Verwaltungsrat hat dabei erste strategische Weichenstellungen vorgenommen, um die IWB im Sinn der energiepolitischen Ziele und der Eigentümerinteressen des Kantons als führendes Unternehmen einer ökologischen Energieversorgung aufzustellen. Entsprechend wurden v.a. die Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien forciert. Die Beteiligung an einem grossen Offshore-Windpark in der deutschen Nordsee wurde vom Regierungsrat im Sommer gutgeheissen. Wesentliche Entwicklungen eingeleitet wurden zudem durch das Investitionsvorhaben zum Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes bis zu den Endkunden (FTTH-BS). Dieses Projekt, das gemeinsam mit der Swisscom realisiert wird, ist ein wichtiger Beitrag für die Standortqualität von Basel-Stadt. Der entsprechende Ratschlag wurde per Ende Jahr dem Grossen Rat unterbereitet.

## Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es pflegt den Kontakt zu den im Kanton ansässigen Unternehmen und fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung betreffend Einzel-, Gesamt- und Normalarbeitsverträgen. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Eingliederung in Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Standortförderung Wirtschaft	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

## Tätigkeiten und Projekte

Die Arbeitslosigkeit bildete sich bereits zu Beginn des Berichtsjahres erfreulicherweise zurück. Dementsprechend musste der Personalbestand im Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht weiter ausgebaut werden. Seit Frühjahr wurde gar ein Sinken des Personalbestandes angestrebt, indem vakante Stellen nicht mehr besetzt wurden.

Das CMI-Konsul, die elektronische Basis für Arbeitsbewilligungen mit Anbindung an die Bewilligungsplattform des Kantons, konnte nicht wie geplant weiter ausgebaut werden. Im Vordergrund standen die Anpassungen auf technischer und organisatorischer Ebene. Per Mitte Jahr wurde die IT des AWA zur neuen departementalen IT WSU transferiert. Die Umstellung verlief ohne grössere Probleme.

## Standortförderung Wirtschaft

Der „Basel Inkubator“ bietet inzwischen gegen zehn aus der Universität Basel ausgegründeten Unternehmen attraktive Räume zu günstigen Konditionen. Der Technologiepark Basel im selben Gebäude konnte im Berichtsjahr planmässig ausgebaut werden und wird 2011 eröffnet. Das Innovationsförderprogramm i-net BASEL wurde noch einmal leicht ausgebaut; in seinen Netzwerken sind inzwischen rund 1'500 Unternehmer und Forscher der Nordwestschweiz aktiv. Mit zwei in Basel-Stadt tätigen Bürgerschafts-genossenschaften konnten neue Verträge ausgehandelt werden, zudem leistet der Kanton ab 2011 auch Beiträge an die Verbürgung sogenannter Mezzanine-Darlehen. In der zweiten Jahreshälfte hat das AWA rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung in der Anwendung der ab 2011 obligatorischen Regulierungsfolgenabschätzung geschult. Vorher wurde das Umsetzungskonzept mit den Wirtschaftsverbänden beraten und vom Regierungsrat genehmigt. Im Rahmen des vom Volk genehmigten Gegenvorschlags zur Volksinitiative „Gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“ wurde auf der Basis des revidierten Umweltschutzgesetzes eine Fachstudie abgeschlossen, die die Wirkung zusätzlicher kantonalen Standorte auf die Mobilfunkmissionen im Kantonsgebiet untersucht hat. Entsprechende Beschlüsse des Regierungsrates werden 2011 erfolgen. Im Herbst besuchte auf Initiative des AWA eine Delegation der Nordwestschweizer Wirtschaftsförderer den US-Bundesstaat Massachusetts. Mehrere Projekte konnten in der Folge initiiert werden. Das Programm zur Förderung der Basler Kreativwirtschaft wurde gegen Ende des Berichtsjahrs gestartet, nachdem der Regierungsrat die erforderlichen Mittel bewilligt hatte.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	186.52	180.77	173.5	177.0	179.1	<sup>1</sup>
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	63.09	55.4	57.3	56.1	40.4	<sup>2</sup>
Firmengespräche	Anz	17	13	15	15		
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	94	99	83	85	89	
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'692	5'356	4'340	4'665	5'357	<sup>3</sup>
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	folgt	40	46	48	52	<sup>4</sup>
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	530	1'176	1'481	797	304	<sup>5</sup>

#### Kommentar

- Die Zunahme gegenüber 2009 begründet sich durch budgetierte Aufstockungen, insgesamt wurde das Budget 2010 (189.1 Stellen) nicht überschritten.
- Dies entspricht dem Stichmonatswert Dezember 2010. Der Durchschnittswert 2010 betrug 59.14 Stellen. Aufgrund eines systembedingten Fehlers sind im Stichmonatswert Dezember 2010 auch refinanzierte Stellen enthalten, effektiv liegt der Headcount unter Budget 2010 (60.5 Stellen).
- Aufgrund der konjunkturellen Lage im 2008 ("Krise") und den diesbezüglichen Hochrechnungen wurde für das Jahr 2010 eine wesentlich höhere Anzahl von Stellensuchenden budgetiert als tatsächlich Anmeldungen beim RAV erfolgt sind. Die Anzahl der Stellensuchenden ist jedoch im Vergleich zum 2009 nochmals leicht gestiegen, da die konjunkturelle Erholung erst mit Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt ihre Wirkung zeigt.
- Die Kennzahl des Jahres 2010 wird im Verlauf des Jahres 2011 bekanntgegeben.
- Da eine Kontrolle vom SECO in der Leistungsvereinbarung anders definiert worden ist, ist die Zahl der Kontrollen zurückgegangen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	22'517.6	24'827.4	21'876.1	-2'309.8	-9.3	<sup>1</sup>
31 Sachaufwand	10'567.9	10'639.3	10'454.4	-71.4	-0.7	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	49.2	31.6	30.7	17.6	55.6	
36 Eigene Beiträge	7'864.8	8'793.3	7'008.4	-928.5	-10.6	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	11'106.0	8'095.0	8'094.5	3'011.0	37.2	<sup>2</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>52'105.5</b>	<b>52'386.6</b>	<b>47'464.1</b>	<b>-281.1</b>	<b>-0.5</b>	
43 Entgelte	-6'210.4	-4'054.8	-5'732.7	-2'155.6	-53.2	<sup>3</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-19'998.9	-18'003.0	-16'924.0	-1'995.9	-11.1	<sup>4</sup>
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-7'447.5	-9'394.9	-5'820.3	1'947.5	20.7	<sup>5</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-33'656.8</b>	<b>-31'452.8</b>	<b>-28'476.9</b>	<b>-2'204.0</b>	<b>-7.0</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>18'448.7</b>	<b>20'933.8</b>	<b>18'987.2</b>	<b>-2'485.1</b>	<b>-11.9</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Eingliederung in Arbeitsmarkt	12'663.3	14'424.9	13'159.8	-1'761.5	-12.2	
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	1'758.4	2'568.6	2'006.8	-810.3	-31.5	
Standortförderung Wirtschaft	4'027.0	3'940.3	3'820.6	86.7	2.2	
5 Ausgaben Investitionen	750.0	0.0	0.0	750.0	...	
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>750.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>750.0</b>	<b>...</b>	

#### Kommentar

- Die Budgetunterschreitung beim Personalaufwand ist im Wesentlichen auf die tieferen Kosten für die kantonale Arbeitslosenhilfe sowie die gegenüber Budget tiefere Anzahl der Stellensuchenden zurückzuführen.
- Der Bund gewährte eine zinsloses Darlehen in Höhe von drei Mio. Franken, welches in den Standortförderungsfonds floss(→ Einlage in den Standortförderungsfonds). Der Zahlungseingang wurde auf dem Ertragskonto 46 (Beiträge für eigene Rechnung) verbucht.
- Nachträgliche Kostenübernahmen des Bundes aus Vorjahren (periodenfremder Ertrag) sowie höhere Einnahmen aus Bewilligungsgebühren und dem Standortförderungsfonds führten zu höheren Entgelten gegenüber dem Budget.
- Zinsloses Darlehen des Bundes für den Standortförderungsfonds von 3 Mio. Franken. Rückzahlbar ab Rechnungsjahr 2012

---

5 Weniger hohe Projektkosten, welche durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanziert werden.

---

### **Eingliederung in den Arbeitsmarkt**

Die Arbeitslosigkeit blieb mehr als 20% unter den Prognosen. Dementsprechend waren keine weiteren speziellen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig. Die vom Bund zu Beginn des Berichtsjahrs eingeführten Sondermassnahmen für Jugendliche wurden in Basel-Stadt, wie auch in der übrigen Schweiz, nur zu einem Bruchteil in Anspruch genommen, trotz starker Bewerbung durch die Bundesbehörden und das AWA. Die Dienstleistungen gegenüber den Versicherten konnten dank dem im Vorjahr erhöhten Personalbestand ohne Einschränkung erbracht werden. Bei den arbeitsmarktlichen Massnahmen konnte das AWA die Sozialhilfe bei der Entwicklung und Projektierung von Langzeitarbeitsplätzen für Dauerarbeitslose (Sozialfirma) und bei der Weiterentwicklung der Aktivierungsstrategie tatkräftig unterstützen. Der von der Arbeitslosenversicherung für arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung gestellte Betrag von 14'800'000 Franken wurde annähernd ausgeschöpft.

### **Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt**

Wegen schlechter Arbeitsmarktprognosen und der Zuwanderungsabnahme aus den EU-17 und EFTA-Staaten halbierte der Bund für das Berichtsjahr die Kontingente für Drittstaatsangehörige. Da Basel-Stadt keinen wirtschaftlichen Einbruch zu verzeichnen hatte, und der Bedarf an Fach- und Kaderkräfte ungebrochen war, setzte sich das AWA zusammen mit den Wirtschaftsverbänden für die Erhöhung der Kontingente ein. Aufgrund des Drucks gab der Bund per 1. Juli die zweite Hälfte der Kontingente frei. Insgesamt wurden 401 bzw. 555 (2009: 381 bzw. 507) kontingentierte Dauer- bzw. Kurzaufenthaltsbewilligungen an Drittstaatsangehörige vergeben.

Im Rahmen der mit dem Bund geschlossenen Vereinbarung über den Vollzug der flankierenden Massnahmen wurden 1'468 (2009: 1'176) Arbeitnehmende bei 498 (566) Betrieben kontrolliert, wovon 278 (288) inländische und 220 (278) ausländische Firmen waren. 46 (84) Firmen, die nicht unter den Geltungsbereich eines allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrags fielen, haben die orts- und branchenüblichen Löhne nicht beachtet und wurden daher vom Sekretariat der Tripartiten Kommission (TPK) aufgefordert, dies künftig zu tun. Gemäss den Feststellungen der TPK handelte es sich jedoch um Einzelfälle und nicht um ein systematisches und missbräuchliches Lohndumping, sodass keine Massnahmen ergriffen wurden. Die Paritätische Kommission für das Basler Ausbaugewerbe hat 71 (38) Kontrollen und die Paritätische Kommission Gipsergewerbe 18 (drei) Kontrollen durchgeführt. Bei beiden Branchen kommt ein kantonaler allgemeinverbindlich erklärter Gesamtarbeitsvertrag zur Anwendung. Wegen Verstössen gegen die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen wurden vom AWA, gestützt auf die Entsendegesetzgebung, 53 (37) Firmen sanktioniert, bzw. 31 (18) Bussen, 16 (13) Sperren und vier (neun) Verwarnungen ausgesprochen. Ferner wurden 62 (73) Bussen und 85 (68) Verwarnungen wegen Verletzung der Meldepflichten verhängt. Im Bereich der Schwarzarbeit wurden 484 (507) Betriebe bzw. 2'030 (2'903) Arbeitnehmende kontrolliert und 615 (518) Verdachtsmeldungen an die zuständigen Sozialversicherungs- und Steuerbehörden weitergeleitet. Diese sind für allfällige Sanktionen zuständig.

Ferner wurde die Arbeitssicherheit in Basler Betrieben mit 40 (51) Systemkontrollen gemäss den Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) kontrolliert.

## Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die Prämienverbilligung sowie die individuellen Mietzinsbeiträge nach kantonalem und eidgenössischem Recht. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes (OHG) berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	7.2 Soziale Sicherheit
Behindertenhilfe	7.2 Soziale Sicherheit

## Tätigkeiten und Projekte

Das ASB wirkte bei der weiteren Konkretisierung des Sozialversicherungsverbundes (SVV) mit der kantonalen Ausgleichskasse und der IV-Stelle mit. Zudem wurden verschiedene Projekte zur Optimierung der Abläufe und zur Erneuerung der IT-Systeme abgeschlossen. Die IT-Projekte für die Ergänzungsleistungen und Beihilfen sowie die Alimentenhilfe laufen hingegen noch weiter. Die entsprechenden Produktivstarts sind für Oktober 2011 geplant.

Das Wohnheim Burgfelderstrasse wechselte per 1. Januar vom Gesundheitsdepartement ins ASB und wurde in das Verbundsystem der kantonalen Behindertenheime integriert.

Im Berichtsjahr begann das ASB, bei groben Meldepflichtverletzungen und Betrug im Zusammenhang mit dem Bezug von Sozialleistungen, konsequenter Strafanzeigen zu erstatten. Erste Verurteilungen liegen mittlerweile vor.

## Bedarfsabhängige Sozialleistungen

Die Anzahl Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV erhöhte sich um 1.4%, während bei der EL zur IV die Bezügerzahlen erstmals stagnierten. Durch die organisatorische und räumliche Zusammenführung von EL und Behindertenhilfe wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen spürbar verbessert.

Bei der Prämienverbilligung konnten bereits zwei Jahre nach Einführung der Harmonisierung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen sämtliche Fälle ins neue Recht überführt werden. Mit den neuen Abläufen konnte die Intensität der Überprüfungen (Revisionen) bei den laufenden Fällen wesentlich erhöht werden: Jeder Fall wird spätestens nach Vorliegen einer neuen Steuerveranlagung wieder überprüft, während früher die Revisionskadenz bei zwei bis drei Jahren lag. Die im Berichtsjahr durchgeführten 16'000 Revisionen führten zu über 4'000 Leistungseinstellungen. Deshalb blieb die Zahl der laufenden Fälle in etwa konstant, obwohl knapp 7'000 Neuansprüche bearbeitet und davon rund 4'000 gutgeheissen wurden.

Seit der Harmonisierung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen erhöht sich bei den Mietzinsbeiträgen für Familien die vorher unerklärlich tiefe Ausschöpfungsquote kontinuierlich. Im Berichtsjahr nahm die Fallzahl um über 50% auf nahezu 900 Familien zu.

Mit der im Berichtsjahr beschlossenen Teilrevision des eidgenössischen Krankenversicherungsgesetzes wird ab Januar 2012 das bisherige Institut der Leistungssistierung schweizweit abgeschafft. Künftig entfallen also die problematischen Folgen der Leistungssistierung in der obligatorischen Grundversicherung. Im Gegenzug werden die Kantone verpflichtet sein, die bestehenden Zahlungsrückstände grösstenteils zu übernehmen. Mit dieser Teilrevision orientierte sich der Bund weitgehend

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	236.28	196.69	80.92	84.11	84.5 <sup>1</sup>
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'339	13'180	12'906	12'440	12'497
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	26'745	26'851	24'568	25'209	26'093
Gutgeheissene Einsprachen EL	Anz	75	57	53	46	36 <sup>2</sup>
Gutgeheissene Einsprachen IPV	Anz	12	15	19	24	27

#### Kommentar

- Die 236.28 Stellen entsprechen dem Stichmonatswert Dezember 2010. Der Durchschnittswert 2010 betrug 238.97 Stellen. Die Zunahme gegenüber R09 ist auf den Transfer des Wohnheims Burgfelderstrasse vom Gesundheitsdepartement ins ASB zurückzuführen. In der Rechnung 2010 fehlen dem ASB 2.6 HC, die mit der Übernahme des Wohnheims Burgfelderstrasse per 1. Januar 2010 an das ASB nicht transferiert wurden. Aufgrund von Abgängen konnte der HC des ASB trotzdem ungefähr eingehalten werden.
- Parallel zur Steigerung der Anzahl gutgeheissener Einsprachen ist auch die Anzahl der erledigten Einsprachen angestiegen, d.h. prozentual ist keine Zunahme an gutgeheissenen Einsprachen zu verzeichnen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	30'507.7	26'581.2	25'962.0	3'926.5	14.8 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	6'042.0	5'590.7	5'437.3	451.3	8.1 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'237.1	870.0	808.7	367.1	42.2 <sup>3</sup>
36 Eigene Beiträge	365'792.1	396'133.0	358'359.8	-30'341.0	-7.7 <sup>4</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>403'578.8</b>	<b>429'174.9</b>	<b>390'567.8</b>	<b>-25'596.1</b>	<b>-6.0</b>
42 Vermögenserträge	-9.4	0.0	-10.1	-9.4	...
43 Entgelte	-21'058.9	-17'508.4	-19'660.1	-3'550.4	-20.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-131'941.8	-133'469.5	-135'579.0	1'527.7	1.1 <sup>5</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-153'010.0</b>	<b>-150'977.9</b>	<b>-155'249.2</b>	<b>-2'032.1</b>	<b>-1.3</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>250'568.8</b>	<b>278'197.0</b>	<b>235'318.6</b>	<b>-27'628.2</b>	<b>-9.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	178'792.9	202'913.6	164'884.8	-24'120.7	-11.9
Behindertenhilfe	71'775.9	75'283.4	70'433.8	-3'507.5	-4.7
5 Ausgaben Investitionen	431.5	0.0	901.1	431.5	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>431.5</b>	<b>0.0</b>	<b>901.1</b>	<b>431.5</b>	<b>...</b>

#### Kommentar

- Per 1. Januar 2010 wurde das Behindertenheim Burgfelderstrasse vom Gesundheitsdepartement (GD) übernommen. Dabei sollte der Budgettransfer vom GD ins ASB budgetneutral erfolgen. Der Budgettransfer konnte aber nicht rechtzeitig fürs Budget 2010 umgesetzt werden. Daher fehlten sowohl die Löhne und Sachkosten auf der Aufwandseite (in den Positionen 30 und 31) als auch die Erträge (in den Positionen 43 und 46). Die Mehrkosten bei den Löhnen werden vollständig kompensiert durch die Mehrerträge in den Pos. 43 und 46. Das Wohnheim Burgfelderstrasse präsentiert also eine ausgeglichene Rechnung.
- Siehe Position 30 Personalaufwand (Fussnote 1).
- Höherer Abschreibungsbedarf (Debitorenverluste) von Rückerstattungen in allen Leistungsbereichen, insbesondere aber bei den Leistungen nach Opferhilfegesetz (seit einigen Jahren müssen Rückforderungen der staatlichen Leistungen an Täter gestellt werden, diese sind jedoch häufig nur zum Teil oder gar nicht einbringlich).
- Die massive Unterschreitung des Budgets ist v.a. auf folgende Faktoren zurückzuführen: Minderaufwand von Ergänzungsleistungen zur AHV zu Hause von 4.0 Mio. Franken, Minderaufwand von Ergänzungsleistungen zur IV von 5.6 Mio. Franken (Bei der EL/IV sind wir im Budget von einem zu starken Wachstum der Fallzahlen ausgegangen. Es zeigt sich - nicht zuletzt aufgrund der letzten IVG-Revision sowie der verschärften Praxis - dass sich die Bezügerzahlen bei der EL/IV gesamtschweizerisch stabilisieren.), Minderaufwand von 9.2 Mio. Franken bei der Prämienverbilligung (Bezügerzahl im Budget überschätzt), Minderaufwand für die bundesweite Änderung in der Leistungssistierung von 3.5 Mio. Franken (Bundesregelung tritt vermutlich erst am 1. Januar 2012 in Kraft), Minderaufwand bei der Behindertenhilfe von 3.5 Mio. Franken.
- Entsprechend den gegenüber Budget deutlich tieferen Leistungsauszahlungen (siehe Pos. 36) ist auch der Bundesbeitrag an diese Leistungen tiefer ausgefallen.

am bewährten Basler Modell mit seinem Rahmenvertrag zwischen Kanton und Krankenversicherern.

Bei der Alimentenhilfe musste die geplante Einführung einer neuen Fachapplikation mit Anbindung ans Basler Informationssystem für Sozialleistungen (BISS) wegen der hohen Komplexität des Vorhabens auf 2011 verschoben werden.

### **Behindertenhilfe**

Im September genehmigte der Bundesrat das Behindertenkonzept der beiden Basler Kantone. Mit dieser Genehmigung endete formell die verfassungsmässige Übergangszeit, während welcher die Kantone verpflichtet waren, alle Leistungen der Behindertenhilfe, die sie im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) vom Bund übernommen hatten, weiterzuführen. In Basel-Stadt und Basel-Landschaft konnten jetzt die Umsetzungsarbeiten gestartet werden. Für dieses partnerschaftliche Grossprojekt bewilligte der Grosse Rat im Dezember einen Projektkredit, zeitgleich mit dem Landrat. Die Einführung des neuen Systems, welches den individuellen Bedarf der Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellt, ist für 2015 geplant. Voraussichtlich im Jahr 2012 wird dem Grossen Rat der entsprechende Ratschlag unterbreitet. Weitere Ziele des Systemwechsels sind die verbesserte Steuerbarkeit der bis Ende 2009 stark gestiegenen Kosten der Behindertenhilfe sowie eine konsequentere Leistungsfinanzierung. Im Sinn einer Verlängerung der Übergangszeit bis zum eigentlichen Systemwechsel erliess der Grosse Rat im Dezember mit dem neuen Bau- und Betriebsbeitragsgesetz eine gesetzliche Grundlage für die Auszahlung von kantonalen Beiträgen an die Institutionen der Behindertenhilfe.



## Vormundschaftsbehörde

WSU-821

Die Vormundschaftsbehörde (VB) unterstützt Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre persönlichen und/oder finanziellen Angelegenheiten selbständig zu besorgen, und deren Umfeld sie nicht ausreichend dabei unterstützen kann. Ziel der VB ist, dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln, und dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben.

Die Vormundschaftliche Abteilung (VA) bearbeitet Anträge betreffend vormundschaftlicher Massnahmen für erwachsene Personen und setzt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Beistand, Beirat oder Vormund als gesetzliche Vertreterin oder Vertreter ein. Neben privaten Mandatsträgern führt die Amtsvormundschaft (AV) den grössten Teil der vormundschaftlichen Massnahmen. Als Dienstleistung für die Klientinnen und Klienten der Amtsvormundschaft führt die Finanzabteilung deren Buchhaltungen, verwaltet ihr Vermögen und ihre Wertschriften und zahlt an der Kasse Bargeld aus.

Die VB trägt weiterhin die übergeordnete Verantwortung für die Errichtung der vormundschaftlichen Kinderschutz-Massnahmen (z.B. Erziehungsbeistandschaft, vorsorglicher Obhutsentzug), die wegen des Wechsels der Abteilung Kindes- und Jugendschutz seit 1. Januar 2009 bis zur Inkraftsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts des Bundes delegierterweise im Erziehungsdepartement vorgenommen werden.

Der Vormundschafts- und Fürsorgerat ist bei Erwachsenen zuständig für Fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE), die Jugendschutzkammer für Obhutsentzüge bei Kindern und Jugendlichen. Diese Räte gehören als richterliche Behörden aus Gründen der Unabhängigkeit nur administrativ zur VB. Dies trifft ebenfalls auf das eigenständige Jugendstrafgericht zu.

Produktgruppen

Aufgaben-/Ressourcenfeld

Vormundschaftswesen

7.2 Soziale Sicherheit

## Tätigkeiten und Projekte

Im Projekt zur Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts standen Klärungen von Organisationsfragen sowie die Formulierung des neuen kantonalen Gesetzes und des Ratschlags im Vordergrund. Diese Arbeiten sind zum Ende des Berichtsjahres kurz vor dem Abschluss. Die geplante Vernehmlassung wird in der ersten Hälfte des Folgejahres stattfinden.

Kurz vor Beginn des Berichtsjahres wurde die Leitungsfunktion der Amtsvormundschaft neu besetzt. Die neue Leiterin ist nicht mehr gleichzeitig für ein eigenes Team zuständig, sondern kann sich auf die Leitungsaufgabe konzentrieren. Diese Optimierung hat sich bewährt und es ist möglich geworden, die notwendige Entwicklung der Amtsvormundschaft auf die Anforderungen mit dem neuen Recht in die Wege zu leiten.

Im Berichtsjahr verstarb nach schwerer Krankheit die langjährige Amtsvormundin und frühere Abteilungsleiterin Gemma Scollo. Die Vormundschaftsbehörde musste sich von einer Kollegin verabschieden, die mehr als 20 Jahre als Amtsvormundin für ihre Klientinnen und Klienten gewirkt hatte.

## Entscheide und Massnahmen Vormundschaftswesen

**Vormundschaftliche Abteilung (VA)** Das Arbeitsvolumen der Vormundschaftlichen Abteilung bemisst sich vor allem an der Anzahl der neu zu bearbeitenden Meldungen und der zu betreuenden Dossiers mit einer vormundschaftlichen Massnahme (Beistandschaft/Beiratschaft/Vormundschaft). Mit 1'506 (2009: 1'454) Meldungen ist gegenüber dem Vorjahr erneut eine Zunahme von 3.5% zu verzeichnen. Die Zunahme der Meldungen bei der VA entspricht einem jahrelangen Trend. Seit 1998 hat sich die Zahl der Meldungen mehr als verdoppelt. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen. Denn vermehrt ist festzustellen, dass soziale Institutionen von ihnen betreute Klientinnen und Klienten an die VA verweisen, wenn ihnen die Mittel für die Weiterführung dieser Betreuungen fehlen. Der Gesamtbestand der Dossiers beträgt per Ende des Berichtsjahres 2'803 (2009: 2'726). Insgesamt werden 627 Massnahmen (609) von privaten Mandatsträgern geführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	59.2	59.6	109.0	109.0	102.0	1
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	%	2'160	2'194	2'027	2'066	2'061	
Meldungen an die Vormundschaftliche Abteilung	Anz	1'506	1'454	1'347	1'345	1'259	2
Entscheide VJFR (inkl. Präsidialentscheide)	%	93	116	102	98	142	3
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide der VB	%	11	5				4
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide des VJFR	%	14	5				5

#### Kommentar

- Die Abweichung zum Budget 2010 (57.7 Stellen) rührt daher, dass zum einen Aushilfspersonal wegen längeren Krankheitsabsenzen eingesetzt werden musste und zum andern daher, dass wir vom GS WSU die Erlaubnis erhielten, die vormundschaftliche Abteilung und Amtsvormundschaft bis Ende Jahr um je 1.5 Stellen aufzustocken.
- Die Anzahl Meldungen hat wiederum zugenommen.
- Die Fallzahlen beim Vormundschafts- und Jugendfürsorgerat (VJFR) variieren erfahrungsgemäss von Jahr zu Jahr stark. Oft schwanken die Jugendgerichtsfälle, die auch vom VJFR behandelt werden, gegenläufig. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Fallzahl so tief bleibt.
- Der relativ hohe Prozentsatz an gutgeheissenen Rekursen ergibt sich aus einer insgesamt tiefen Anzahl an Rekursen: drei von 26 im 2010 entschiedenen Rekursen (aus den Jahren 2009 und 2010) wurden (teilweise) gutgeheissen, davon einer von der vormundschaftlichen Abteilung (VA) und zwei von der Abteilung für Kinder- und Jugendschutz (AKJS).
- Auch hier vermittelt der Prozentsatz fälschlicherweise eine hohe Anzahl von gutgeheissenen Rekursen. Effektiv wurde lediglich einer von sieben Rekursen teilweise gutgeheissen.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	9'218.9	8'960.4	8'879.1	258.4	2.9	1
31 Sachaufwand	1'033.5	959.0	1'017.2	74.5	7.8	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	14.5	0.0	4.6	14.5	...	
36 Eigene Beiträge	348.6	330.0	301.6	18.6	5.6	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>10'615.5</b>	<b>10'249.4</b>	<b>10'202.5</b>	<b>366.1</b>	<b>3.6</b>	
43 Entgelte	-2'251.2	-2'128.0	-2'341.6	-123.2	-5.8	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'251.2</b>	<b>-2'128.0</b>	<b>-2'341.6</b>	<b>-123.2</b>	<b>-5.8</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>8'364.3</b>	<b>8'121.4</b>	<b>7'860.8</b>	<b>242.9</b>	<b>3.0</b>	
davon Produktgruppe(n):						
Vormundschaftswesen	8'364.3	8'121.4	7'860.8	242.9	3.0	

#### Kommentar

- Das Personalbudget wurde um rund 250'000 Franken überschritten. Gründe hierfür sind: 1. Langfristige Krankheitsausfälle, für die eine Aushilfe eingesetzt werden musste. Hierfür gingen kompensierend rund 132'000 Franken an Krankentagegeldern ein, anstelle von budgetierten 20'000 Franken. 2. Die Abgrenzung von Überzeiten und GLAZ-Saldi, die wir nicht steuern können, beträgt im 2010 117'000 Franken gegenüber nur 17'000 Franken im Vorjahr. 3. Wir erhielten vom GS WSU die Erlaubnis, Personal im Rahmen von 300 Stellenprozenten einzustellen, wenn im Gegenzug mehr Einnahmen getätigt werden. Letzteres gelang erst in einem begrenzten Rahmen, die getroffenen Massnahmen werden im 2011 aber wirksam werden.

Zur Entlastung der Amtsvormundschaft werden seit Mitte 2007 sogenannte „Heimbeistände“ eingesetzt. Per Ende des Berichtsjahres waren insgesamt 38 Heimbeiständinnen und Heimbeistände in 39 Institutionen tätig. Im Lauf des Jahres wurden ihnen 78 neue Fälle übertragen. Die Anzahl der durch Heimbeistände betreuten Personen beträgt per Ende des Berichtsjahres 195 Personen (2009: 178).

**Amtsvormundschaft (AV)** Die konsequente Ausrichtung auf den Hauptauftrag, die Betreuung der Klientinnen und Klienten, beeinflusst auch die eingeleitete Reorganisation der AV, welche die Nutzung von Synergien zwischen den einzelnen Teams und die Optimierung von Arbeitsabläufen zum

Ziel hat. Eine erste strukturelle Änderung wurde angegangen, indem vier der neun Amtsvormundschafsteams zu zwei grösseren Teams zusammengefasst wurden. Zudem wurde zur Entlastung der Amtsvormundinnen und Amtsvormunde, die jeweils bis zu 300 Fälle führen, ein Teil der vormundschaftlichen Mandate auf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter übertragen. Dies ist in der deutschen Schweiz seit längerem üblich.

Das Berichtsjahr schliesst mit 2'160 Mandaten ab. 341 Neuaufnahmen bewirkten eine Fallsteigerung um 58 Mandate, da gleichzeitig nur 282 Fälle abgeschlossen werden konnten. Die Klientinnen und Klienten der Amtsvormundschaft repräsentieren die gesamten Gesellschafts- und Altersschichten. Das macht die Arbeit täglich spannend, und jede Lebensgeschichte birgt für die AV ihre eigene Herausforderung.

**Abteilung Vermögensverwaltung und Rechnungswesen (Finanzabteilung FA)** Im Berichtsjahr wurden zusammen mit den Mandatsträgerinnen und -trägern rund 465 Wertschriftendepots (2009: 445) verwaltet, davon 56 als sogenannte „offene Depots“. Der gesamte Marktwert der von der FA betreuten Finanzmarktanlagen betrug per Ende des Berichtsjahres ungefähr 305 Mio. Franken (310 Mio.). Am hausinternen Kassenschalter wurden in über 19'500 Auszahlungen (19'200) rund 6.9 Mio. Franken an die Klientinnen und Klienten ausbezahlt. Die Klientenbuchhaltung verarbeitete rund 210'000 Belege/Buchungen (200'000).

**Richterliche Behörde: Jugendschutzkammer, Vormundschafts- und Jugendrat (VJFR)** Der Vormundschafts-, Jugend- und Fürsorgerat (VJFR) ist der VB administrativ angegliedert. Im Berichtsjahr fällte die richterliche Behörde als Rat oder Kammer betreffend Kinder und Jugendliche 31 (2009: 24), betreffend Erwachsene 38 (56) Entscheide. In 13 Fällen (zehn) wurden bei Unmündigen Obhutsentzüge ausgesprochen, ein Verfahren wurde ausgestellt und in einem Fall (zwei) wurde ein entsprechender Antrag auf Aufhebung der elterlichen Obhut abgelehnt. Bei den Erwachsenen wurden vom Fürsorgerat zehn Einweisungen (zehn) in eine Behandlungsstation (inkl. Verlängerungen und aufgeschobene Vollzüge) angeordnet. Es wurden von der Abteilung Sucht der Gesundheitsdienste deutlich weniger Begutachtungen beantragt (drei), was einen direkten Zusammenhang mit dem intensivierten Case Management haben könnte. Vom Vormundschaftsrat wurden neun fürsorgerische Freiheitsentziehungen (acht) ausgesprochen. Bei den Erwachsenen sieben Rekurse (sechs) gegen Entscheide des VJFR eingereicht, vier (fünf) wurden abgewiesen, zwei Rekurse wurden zurückgezogen und ein Rekurs wurde teilweise gutgeheissen. Gegen die Entscheide der Jugendschutzkammer wurde in einem Fall Rekurs erhoben, der noch hängig ist.

## Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, Bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie die Selbständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind.

Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit; auch an nicht unterstützte Personen. Ebenfalls betreut die Sozialhilfe einige Subventionen im sozialen Bereich. Die Sozialhilfe fördert zudem die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Ziel dienen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Sozialhilfe	7.2 Soziale Sicherheit
Migration	7.2 Soziale Sicherheit

## Tätigkeiten und Projekte

Die mit dem Projekt „Optimierung Prozesse und Abläufe“ (OPAL) reorganisierten Abteilungen nahmen ab 1. Januar ihre Aufgaben in den neuen Strukturen wahr. Nach einer Pilotphase erfolgten die Fallübergaben ab Mitte des Jahres entsprechend den neu definierten Abläufen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen (z.B. Amt für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Sozialbeiträge, IV-Stelle, Migrationsamt) wurde im Berichtsjahr intensiviert, um gemeinsame Fragestellungen zu diskutieren und Prozesse zu optimieren. Auf Ende des Berichtsjahres trat Rolf Maegli, der während elf Jahren die Sozialhilfe geleitet hatte, von seiner Funktion zurück, um in Luzern eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen.

**Fallentwicklung:** Zu Beginn des Berichtsjahres war ein starker Anstieg der Zahlfälle zu verzeichnen. Dieser Trend beruhigte sich aber bereits im April wieder. Das Niveau blieb unverändert bei 4'888 Zahlfällen, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 65 Fällen bedeutet. Der mit Abstand meistgenannte Unterstützungsgrund ist die „Arbeitslosigkeit“; aus diesem Grund werden heute bereits die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden unterstützt. Die weiteren Unterstützungsgründe sind (in absteigender Reihenfolge): „Gesundheitliche Gründe“, „ungenügendes Einkommen“, „Alleinerziehende“ und „Ausbildung“.

**Bereich Migration:** Die Neuaufnahmen im Migrationszentrum schwankten zwischen fünf und 28 Personen pro Monat, ohne dass eine klare Tendenz erkennbar war. Insgesamt wurden ungefähr fünf Prozent mehr Asylpersonen dem Kanton zugewiesen als im Vorjahr. Im Lauf des Berichtsjahres sank die Anzahl der von der Sozialhilfe unterstützten Asylsuchenden von anfangs rund 260 Personen auf einen Endbestand von 210 Personen. Hingegen stieg in der gleichen Zeitperiode die Anzahl der Flüchtlinge von 290 auf 390 Personen. Die Zahl der Personen, welche Nothilfe erhält, blieb mit 51 in etwa gleich wie im Vorjahr (2009: 57).

## Allgemeine Sozialhilfe

Im Berichtsjahr stand vor allem die Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit im Vordergrund: Das Arbeitsintegrationszentrum (AIZ) wurde neu organisiert, um die Bedürfnisse der Sozialhilfe besser abzudecken. Projekte wie Sozialfirma und iJob (Langzeitarbeitsplätze für Dauerarbeitslose) oder Passage (Arbeitseinsatz vor Sozialhilfebezug) wurden in enger Zusammenarbeit mit dem AWA soweit konzipiert und vorbereitet, dass sie 2011 starten können.

Das Projekt „Optimierung Prozesse und Abläufe“ (OPAL) brachte auf Anfang des Berichtsjahres für zwei wichtige Abteilungen der Sozialhilfe tiefgreifende Änderungen: Aus dem vormaligen „Intake“ wurde neu die Abteilung AZU (Abklärung, Zuweisung, Überprüfung) und aus der vormaligen „Integration“ neu die Abteilung MPH (Materielle und persönliche Hilfe). Die Umstellungen, welche vor

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	184.9	185.75	179.70	179.7	185.9	1
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Anz	4'888	4'823	5'035	5'383	5'833	2
Mittlerer Personalbestand Migration	Anz	633	635				3
Bruttounterstützungsbedarf	MioFr	170.2	166.2	167.60	177.80	191.92	
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	28.47	32.60	35.37	33.78	35.65	4
Ablösung aus allg. SH innerhalb der ersten 12 Monate	%	3.97					5
Übergabequote Intake-Integration	%		46.30	31.10	32.20	34.70	6

#### Kommentar

- Die 184.9 Stellen entsprechen dem Stichmonatswert Dezember 2010. Der Durchschnittswert 2010 betrug 186.15 Stellen. Der Headcount wird durch die Referenzwerte „Anz. Fälle pro Mitarbeiter“ (Sozialhilfe) und „Anz. unterstützte Personen pro Mitarbeiter“ (Migration) gesteuert und hängt von den jeweils aktuellen Fallzahlen Sozialhilfe sowie Anzahl Personen Migration ab. Da diese Zahlen weit tiefer ausfielen als budgetiert, ist in Konsequenz darauf auch der Headcount deutlich tiefer als budgetiert (Budget 2010: 205.00) ausgefallen.
- Aufgrund der Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen rechnete man 2009 schweizweit mit einem starken Anstieg der Sozialhilfe-Beziehenden. Wider Erwarten ist dieser aber praktisch überall ausgeblieben, in Basel gingen die Fälle - im Vergleich zu anderen Städten - sogar zurück. Die Fälle im Dezember 2010 bewegen sich immer noch auf dem gleichen Niveau. Insgesamt wurde 2010 eine Zunahme gegenüber 2009 von 50 Fällen verzeichnet. Das ist bemerkenswert, auch wenn wir die Tendenzen in anderen Schweizer Städten beobachten wo die Fälle eher zunehmen. Verschiedene Ursachen wie die Zusammensetzung des lokalen Arbeitsmarktes, der Bevölkerung etc. aber auch unsere konsequente Aktivierung haben dazu beigetragen, die Fälle auf gleichem Niveau zu halten.
- Durch Personalaufstockung im Verfahrensbereich Bundesamt für Migration (BFM) wurden 2010 mehr Asylentscheide gefällt und die Pendenzen konnten so von 14'000 auf 8'000 gesenkt werden. Zudem gab es 2010 regelmässige Zugangszahlen, keine Schwankungen in den Kantonzuweisungen gegen oben wie z.B. im Jahr 2008. Dem Kanton BS als EVZ-Standortkanton werden ab EVZ vollzogene Dublin-Rückübergabe-Fälle angerechnet. D.h., die Fälle werden virtuell zugewiesen, erscheinen aber nicht physisch in den Strukturen der SH, was teilweise erklärt, dass sich trotz Pendenzenabbau beim Bund die Anzahl Personen Migration gegenüber 2009 nicht wesentlich gesenkt hat.
- Aufgrund der korrigierten Familienzulage für Nichterwerbstätige (neue Erkenntnisse in Zusammenarbeit mit der Ausgleichskasse (AK) haben ergeben, dass weit weniger Fälle Anspruch auf Familienzulagen haben, als ursprünglich angenommen) und den tieferen Fallzahlen liegt dieser Ertrag stark unter Budget.
- Diese Kennzahl wurde per Budget 2011 eingeführt, deswegen stehen keine Vergleichswerte aus der Vergangenheit zur Verfügung. Begründung für neue Kennzahl: Mit der Reorganisation OPAL wurden auch die bisherigen Kenn- und Steuerzahlen überprüft und angepasst. Es hat sich herausgestellt, dass bei der bisherigen Erhebung der Ablösequote grosse Unschärfen und Definitionsprobleme bestanden. Neu wird ausgewiesen, wie erfolgreich Neuzugänge innerhalb der ersten zwölf Monate abgelöst werden können. Dies geschieht durch andere Lösungen als Sozialhilfebezug und ist ein Qualitätsmerkmal für die sozialarbeiterische Intervention. Erfahrungsgemäss wird bei zunehmendem Sozialhilfebezug eine Ablösung immer schwieriger.
- Nach Umstrukturierung OPAL findet keine Übergabe von Intake an Integration mehr statt nach 4 Monaten. Diese Kennzahl wurde durch obenstehende ersetzt.

allem auf die interne Fallübergabe Auswirkungen haben, wurden nach einer ersten Pilotphase ab Mitte Jahr vollständig vorgenommen. Die Feinabstimmung der Schnittstellen und die Details der Abläufe und Prozesse werden kontinuierlich bereinigt.

Im Berichtsjahr wurde der Bestand der Notwohnungen von bisher 129 auf neu 117 reduziert, weil zwölf Wohnungen für den Migrationsbereich umgenutzt wurden. Die durchschnittliche Auslastung der Notwohnungen lag bei 70%, wobei diese zum Jahresbeginn mit 62% tiefer lag als zum Jahresende mit 79%. Im Lauf des Berichtsjahres kam es zu 54 Wohnungswechseln.

Die Kapazität der Notschlafstelle blieb im Berichtsjahr mit gesamthaft 75 Betten unverändert (63 in der Männerabteilung und zwölf in der Frauenabteilung). Die durchschnittliche Auslastung lag bei 66% (2009: 56.5%), allerdings ging sie im Dezember deutlich zurück auf gut 51%. Im Schnitt übernachteten ca. 50 Personen pro Nacht in der Notschlafstelle.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	24'026.8	26'479.2	23'375.6	-2'452.4	-9.3
31 Sachaufwand	9'510.6	7'566.8	9'624.6	1'943.8	25.7 <sup>1</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	117.3	40.0	69.5	77.3	193.3
36 Eigene Beiträge	129'261.9	136'598.0	122'029.8	-7'336.1	-5.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>162'916.6</b>	<b>170'684.0</b>	<b>155'099.6</b>	<b>-7'767.4</b>	<b>-4.6</b>
42 Vermögenserträge	-1'130.7	-1'202.0	-1'093.3	71.3	5.9
43 Entgelte	-783.0	-249.0	-517.3	-534.0	-214.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-18'780.2	-18'400.0	-18'864.2	-380.2	-2.1
<b>4 Ertrag</b>	<b>-20'693.9</b>	<b>-19'851.0</b>	<b>-20'474.8</b>	<b>-842.9</b>	<b>-4.2</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>142'222.7</b>	<b>150'833.0</b>	<b>134'624.8</b>	<b>-8'610.3</b>	<b>-5.7</b>
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Sozialhilfe	133'733.1	140'674.4		-6'941.3	-4.9 <sup>2</sup>
Materielle Hilfe			113'361.3		
Migration	8'489.6	10'158.6		-1'669.0	-16.4 <sup>3</sup>
Persönliche und Generelle Hilfe			21'263.5		

**Kommentar**

- Der Budgetabweichung des Sachaufwands liegt ein kleiner Mehraufwand zugrunde. Die grösste Abweichung (ca. 1,6 Mio. Franken) liegt an einer anderen Buchungssystematik. Bei der Budgetierung sind wir noch davon ausgegangen, dass die Liegenschaftskosten für den Migrationsbereich in den Unterstützungskosten ausgewiesen werden. Da sie jedoch zu einem Grossteil über ein IKKV-Konto belastet werden, erfolgt das automatisch in der Klasse 31.
- Das positive Ergebnis ist auf zwei Hauptfaktoren zurückzuführen: 1. Die durchschnittlichen Zahlfälle liegen niedriger als budgetiert (-491, budgetiert: 5'379). Das hat im Unterstützungskostenbereich zur Nichtausschöpfung des Budgets geführt. Innerhalb der verschiedenen Unterstützungsleistungen gab es keine markanten Veränderungen, ausser, dass die Erträge nach wie vor leicht zurück gingen und die Kosten in der Heimunterbringung und in den Integrationsprogrammen gestiegen sind. 2. Im Verwaltungskostenbereich konnten ebenfalls durch die niedrigeren Zahlfälle Mittel in den Personalkosten gespart werden. In den Verwaltungssachkosten haben sich zusätzlich die Sparmassnahmen und die Verlagerung der IT-Kosten ins Generalsekretariat des WSU ausgewirkt.
- Auch die Produktgruppe Migration liegt tiefer als budgetiert. Hier wurde der erwartete Personenbestand genauer erreicht. Im Budget wurde mit 650 Personen gerechnet, durchschnittlich waren 633 im System. Es gab jedoch mehr Bewegungen (Durchlauf) als im Vorjahr. Die leichte Unterschreitung ist auch hier auf den etwas niedrigeren Personenbestand zurückzuführen. Kostensteigernd war die andere Zusammensetzung der Klientenstruktur. Es waren viel weniger Asylsuchende im System, dafür mehr Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, für welche höhere Unterstützungsansätze zur Anwendung kommen. Trotzdem konnte das Budget, durch sparsamen Einsatz der Mittel, eingehalten werden.

**Migration**

Dank flexiblen Lösungen, bei welchen die Notwohnungen und die Notschlafstelle miteinbezogen wurden, konnten im Migrationsbereich teure Übergangslösungen (z.B. Eröffnung einer Zivilschutzanlage) verhindert werden: Die Notwohnungen an der Belforterstrasse und an der Theodor Herzl-Strasse werden nun gemeinsam mit der öffentlichen Sozialhilfe genutzt. Für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sowohl innerhalb der Asylliegenschaften als auch in den Quartieren wurde ein Liegenschaftsverantwortlicher angestellt.

Um zu vermeiden, dass die Tagesheime für Obdachlose übermässig von Asylpersonen genutzt werden, die in der Notschlafstelle übernachten und tagsüber keine Unterkunft haben, wurde ab November 2010 eine Wärmestube zur Verfügung gestellt, welche unter der Trägerschaft u.a. der evangelisch-reformierten und der römisch-katholischen Kirche Basel-Stadt sowie den Jesuiten Schweiz steht. Allerdings wurde dieses Angebot bis zum Jahresende kaum genutzt, sodass die Weiterführung im nächsten Winter fraglich erscheint.

Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene werden in Behindertenheimen zur Betreuung eingesetzt. Im Berichtsjahr wurde dieses Beschäftigungsprogramm auf geriatrische Einrichtungen ausgeweitet. Eine neu geschaffene Teilzeitstelle betreut die Asylpersonen und die Einrichtungen und akquiriert gemeinnützige Einsatzplätze.

Die Rückkehrberatungsstelle führte im Asylbereich mit 89 Personen Beratungsgespräche durch. 30 Personen (2009: fünf) reisten im Anschluss freiwillig und mit Rückkehrhilfe aus. Der Grund für diese Steigerung liegt u.a. in den intensiven Bemühungen der Rückkehrberatung, auch abgewiesene Asylsuchende mit einem Nichteintretensentscheid zu erreichen. Das Angebot der Rückkehrberatung steht auch Personen mit gültiger oder aufgehobener Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung offen und wurde im Berichtsjahr von 100 Personen (115) wahrgenommen. Davon reisten 47 Personen (49) aus. 39 der Ausgereisten (45) hatten Sozialhilfe bezogen. 22 Personen sind mit einer finanziellen Rückkehrhilfe von gesamthaft 29'250 Franken (80'400 Franken) in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Der im Berichtsjahr tiefere Rückkehrhilfe-Betrag hängt damit zusammen, dass sich viele Ausgereiste ihre Freizügigkeitsleistungen haben ausbezahlen lassen und somit über Startkapital verfügten. Die Rückkehrberatung (bestehend aus: Perspektivenberatung, Koordination und Begleitung des Remigrationsprozesses sowie der Beantragung einer allfälligen finanziellen Rückkehrhilfe) trug in vielen Fällen entscheidend dazu bei, dass die potenziellen Rückkehrerinnen und Rückkehrer sich für eine freiwillige Ausreise entscheiden konnten und ihre Reintegration im Zielland nachhaltig war.

## Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Energie	7.3 Umwelt und Energie
Umwelt	7.3 Umwelt und Energie

## Tätigkeiten und Projekte

Die organisatorischen Änderungen im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV 09 sind abgeschlossen. Die Abteilung Energie ist im September an den Hauptsitz des AUE umgezogen. Mit Ausnahme des Labors sind somit alle Abteilungen des AUE an der Hochbergerstrasse 158 vereint. Aufgrund einer Neubeurteilung der Standorte der WSU-Dienststellen wurde der ursprünglich geplante Umzug des AUE in das Weisse und Blaue Haus nicht vollzogen. Der Regierungsrat hat im Dezember beschlossen, im Rahmen des Masterplans zur Entwicklung des Verwaltungsstandortes Spiegelgasse dort auch einen Neubau zu erstellen, in welches das AUE voraussichtlich 2016/17 wird einziehen können.

### Energie

Der Regierungsrat setzte die neue Verordnung zum kantonalen Energiegesetz per Beginn des Berichtsjahres in Kraft. Die Aktion zur energetischen Gesamtanierung von Gebäuden verlief sehr erfolgreich: Die bereitgestellten Mittel werden voraussichtlich zu 90 Prozent ausgeschöpft. 125 Gebäude sind bereits fertig saniert, weitere 265 Liegenschaften stehen kurz vor der Vollendung.

Die Ergebnisse der Risikoanalyse zum Deep Heat Mining (Geothermie) wurden bereits Ende 2009 vorgestellt. Aufgrund der prognostizierten Unsicherheiten bezüglich Auslösung von Erdstössen beschloss der Regierungsrat, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

### Umwelt

Bei der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ startete im Bereich Bauen im Herbst der zweite Modernisierungswettbewerb. Projektvorschläge können bis Ende Februar 2011 eingegeben werden. Im Bereich Mobilität stand das Pilotprojekt „EmobilitätBasel“ im Vordergrund: Firmen erhalten attraktive Leasing-Angebote; für die Bevölkerung steht ein Carsharing mit Elektrofahrzeugen zur Verfügung. Im Projekt „hy.muve“ stand das Wischfahrzeug nach einigen Monaten Unterbruch wegen einer fehlerhaften Brennstoffzelle erst Ende Jahr wieder im Testeinsatz.

Für den Kataster der belasteten Standorte hat das AUE knapp 800 weitere Verdachtsflächen bearbeitet. Davon mussten 51 Standorte in den Kataster aufgenommen werden. Derzeit sind insgesamt



Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	45.2	54.10	91.90	87.90	85.40	<sup>1</sup>
Energetisch sanierte Gebäudehüllenfläche seit 2000 in m2	Anz	117'560	153'784	152'437	130'810	129'223	<sup>2</sup>
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	646	562	508	468	433	<sup>3</sup>
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	21.0	26.0	11.0	12.0	6.0	<sup>4</sup>
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	%	21.0	21.0	25.0	20.4	23.0	

**Kommentar**

- 1 Im Headcount 2009 wurden systembedingt refinanzierte Kreditstellen mitberücksichtigt, deswegen war er zu hoch. Der Headcount 2010 wird nun richtig berechnet und liegt im Budgetrahmen.
- 2 Die Kennzahl ist tiefer als budgetiert (160'000 m2), weil noch nicht alle Sanierungen abgeschlossen werden konnten. Mit den Zusagen im Jahr 2010 werden insgesamt 249'500 m2 Gebäudehüllenfläche saniert sein.
- 3 Anzahl Gebäude tiefer als budgetiert aufgrund von Lieferverzögerungen bei den Fensterbauern durch starke Nachfrage aus der Gebäudesanierung.
- 4 15 Überschreitungen gab es während des Zwei-Strassenbetriebs (reparaturbedingt) in den Wochen neun bis elf 2010. 19 Überschreitungen betreffen den Richtwert für Nitrit. Eine technische Aufrüstung ist geplant.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	8'847.1	9'294.3	8'912.5	-447.1	-4.8
31 Sachaufwand	18'908.8	19'799.8	19'747.7	-890.9	-4.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	17.2	0.0	7.3	17.2	...
36 Eigene Beiträge	6'981.1	7'493.1	7'520.0	-512.0	-6.8
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	11'598.2	12'008.5	18'617.8	-410.3	-3.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>46'352.4</b>	<b>48'595.6</b>	<b>54'805.3</b>	<b>-2'243.2</b>	<b>-4.6</b>
41 Regalien und Konzessionen	-17.6	-17.0	-20.1	-0.6	-3.6
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	...
43 Entgelte	-49'464.6	-51'158.2	-57'852.8	1'693.5	3.3 <sup>1</sup>
46 Beiträge für eigene Rechnung	-395.1	-285.0	-921.9	-110.1	-38.6
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'795.4	-1'836.2	-1'794.7	40.8	2.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-51'672.9</b>	<b>-53'296.4</b>	<b>-60'589.5</b>	<b>1'623.5</b>	<b>3.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-5'320.5</b>	<b>-4'700.7</b>	<b>-5'784.2</b>	<b>-619.7</b>	<b>-13.2</b>
davon Produktgruppe(n):					
Energie	49.6	363.2	-6.9	-313.6	-86.3
Umwelt	-5'370.1	-5'064.0	-5'777.3	-306.1	-6.0
5 Ausgaben Investitionen	2'899.3	0.0	5'201.8	2'899.3	...
6 Einnahmen Investitionen	-562.0	0.0	-530.0	-562.0	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>2'337.3</b>	<b>0.0</b>	<b>4'671.8</b>	<b>2'337.3</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

- 1 Mindereinnahmen bei den Abfallgebühren (Gratis-Sperrgutabfuhr, höhere Kosten des Sackherstellers, weniger verkaufte Abfallsäcke) sowie der Förderabgabe (Senkung Globalbeitrag des Bundes) ergaben insgesamt eine Ertragsreduktion von rund 1.5 Mio. Franken gegenüber Budget.

365 Standorte eingetragen und im Internet öffentlich einsehbar. Noch nicht bearbeitet sind das Bauhauptgewerbe, die Branche Elektronik und diverse kleinere Branchen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt, der Eidgenössischen Anstalt für Wasser, Abwasser und Gewässerschutz (EAWAG) und den Firmen der Chemischen Industrie in Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Grenzach wurde das Rhein-Messprogramm um Industriechemikalien erweitert. Die Erweiterung wird 2011 erstmals getestet und soweit vervollständigt, dass 2012 ein Probelauf durchgeführt werden kann. Zudem entwickelt das AUE zusammen mit dem Bund eine Methode, um

täglich im Rhein unbekannte Stoffe suchen zu können. Damit wird die Überwachung des Rheins auf einen Grossteil der Mikroverunreinigungen erweitert.

Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) der Stadt Basel wurde mit Unterstützung eines Ingenieurbüros erarbeitet; er befindet sich bis Ende Januar 2011 in einer kantonsinternen Vernehmlassung. Die Genehmigung durch den Regierungsrat ist für Mitte 2011 vorgesehen.

Im Bewilligungsverfahren sowie bei der Einsprachebeantwortung und den Rekursstellungennahmen im Zusammenhang mit Gastgewerbebetrieben haben sich die behördenverbindlichen Vollzugsinstrumente GASBI (Gastronomie-Sekundärlärm-Beurteilungs-Instrument) und der Boulevardplan (Öffnungszeiten für die Bewirtung im Freien) als sehr hilfreich erwiesen. Alle erstinstanzlichen Entscheide, die auf diesen Vollzugshilfen basierten, sind im Rekursverfahren gestützt worden. Aufgrund von 323 Requisitionen durch die Polizei werden alle fehlbaren Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber von Gastgewerbebetrieben gebührenpflichtig auf ihre Verfehlungen hingewiesen und nach wiederholter Übertretung von Auflagen auch verzeigt.

Der Einbau von Schallschutzfenstern an stark durch Verkehrslärm belasteten Strassen und Bahnlinien verläuft plangemäss. Es konnten im Berichtsjahr 83 Gebäude (2009: 55) mit Schallschutzfenstern ausgerüstet werden. Pilotprojekte für den Einbau von lärmarmen Strassenbelägen sind beim Tiefbauamt initiiert.

Die Arbeiten zur modell- und messtechnischen Ermittlung der lufthygienischen Situation für die Jahre 2010, 2015 und 2020 sowie das Minderungspotenzial für Massnahmen sind beinahe abgeschlossen. Die Ergebnisse werden verwaltungsimtern im Februar 2011 den beteiligten Amtsstellen vorgestellt und erste Handlungsoptionen diskutiert. Zudem verabschiedete der Regierungsrat Ende des Berichtsjahres den ergänzten Luftreinhalteplan 2010 von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zuhanden des Grossen Rates.



## 6.3 Verwaltung - Dienststellen mit Globalbudget

### 6.3.1 Museen

PD-371	Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	348
PD-372	Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	351
PD-373	Historisches Museum	354
PD-374	Naturhistorisches Museum	356
PD-375	Museum der Kulturen	359

## Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Nach dem Rekordjahr 2009 (Van Gogh) ist das Kunstmuseum Basel wieder in die Normalität zurückgekehrt.

Die Besucherzahlen sind wieder im langjährigen Durchschnitt. Im 2010 fanden 217'945 Besucher den Weg ins Kunstmuseum Basel und ins Museum für Gegenwartskunst sowie in die Bibliothek. Hervorzuheben ist, dass die Besucher im Museum für Gegenwartskunst um rund 20% auf 24'308 Besucher zugenommen haben. Ebenso war die Sonderausstellung Warhol mit 101'685 Besuchern eine der bestbesuchten Ausstellungen seit Bestehen des Kunstmuseums.

Am 17. November 2010 hat sich der Grosse Rat mit überwältigendem Mehr hinter den Erweiterungsbau des Kunstmuseums gestellt. Sowohl in baulicher wie finanzieller Hinsicht sind damit die Voraussetzungen gegeben, damit Planung und Realisierung des Erweiterungsbaus fortgeführt werden können.

**Sammlung/Forschung** Die Sammlung der Galerie und des Kupferstichkabinetts konnte auch 2010 in qualitativer und quantitativer Hinsicht durch Ankäufe, Geschenke und Legate erweitert werden.

Dank verschiedener privater Zuwendungen konnten wiederum diverse wertvermehrnde Restaurierungsarbeiten an Kunstwerken durchgeführt werden. Durch eine beträchtliche Zuwendung des früheren Patronatskomitees konnte das Katalogprojekt „Kunstmuseum Basel, Die Meisterwerke“ in Angriff genommen werden. Der Katalog erscheint im Herbst 2011.

**Vermittlung** Im Laufe des Jahres haben 13 verschiedene Ausstellungen stattgefunden und mehrere Sammlungsumhängungen wurden durchgeführt. Die Highlights des Jahres aus Sicht des Publikums war die Sonderausstellung „Andy Warhol. The Early Sixties“ und aus fachlicher Sicht „Gabriel Orozco“.

Monica Bonvicini / Tom Burr, bis 03.01.2010

Dürer bis Goyer, bis 24.01.2010

Frans II. Francken, bis 28.02.2010

Silberkuppe zu Gast, 16.01. – 14.03.2010

Albert Müller, 06.02. – 09.05.2010

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstausstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	216'837	665'234	200'000	217'945
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	447	2'655	450	495
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'350	1'273	1'360	1'060
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	5%	5%	5%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	340	500	500	500

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Personalaufwand	11'072.2	9'837.4	10'437.2	1'234.8	12.6
Übriger Aufwand	10'164.5	9'131.0	7'620.0	1'033.5	11.0
Ertrag	-7'631.2	-5'403.6	-5'415.9	-2'227.6	-41.2
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>13'605.5</b>	<b>13'564.8</b>	<b>12'641.3</b>	<b>40.7</b>	<b>0.3</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	445.0	855.0	306.6	-410.0	-48.0
Umlagen Querschnittsleistungen	2'069.9	2'118.9	2'048.1	-49.1	-2.3
<b>Vollkosten</b>	<b>16'120.4</b>	<b>16'538.7</b>	<b>14'995.9</b>	<b>-418.4</b>	<b>-3</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>1'108.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'083.0</b>	<b>1'108.8</b>	<b>...</b>

Kilian Rüthemann, 24.03. – 24.05.2010  
Gabriel Orozco, 18.04. – 08.08.2010  
Rosemarie Trockel, 30.05. – 05.09.2010  
Rodney Graham, 13.06. – 26.09.2010  
Andy Warhol. The Early Sixties, 05.09.2010 – 23.01.2011  
Lovis Corinth. Die Druckgraphik, 25.09.2010 – 09.01.2011  
Kirstine Roepstorff, 16.10.2010 – 30.01.2011  
Thurneysser Superstar, 13.11.2010 – 13.02.2011

Die Kunstvermittlung umfasst öffentliche und kommerzielle Führungen sowie die Arbeit mit Schulklassen. In qualitativer Hinsicht wurde das Angebot in der zweiten Hälfte des Jahres überarbeitet und erneuert, so dass in Zukunft auch in quantitativer Hinsicht ein weiterer Ausbau möglich ist.

**Dienstleistungen** Das Bistro Kunstmuseum hat sich 2010 zu einem festen Standbein des Kunstmuseums entwickelt. Der Pächter Gamma Catering AG hat das Bistro in Basel etabliert und das Museum profitiert auch in finanzieller Hinsicht davon.

Der Eventbereich konnte im Vergleich zu früheren Jahren zulegen. Insbesondere bei Publikumsausstellungen fanden sehr viele Anlässe durch Firmen statt.

Im Innenhof hat sich mittlerweile ebenfalls ein öffentliches Programm entwickelt: während der Weihnachtszeit die Kunsteisbahn und im Sommer das Stadtmusikfestival. Zu den beiden Anlässen kamen rund 30'000 Besucher.

Die Bibliothek entwickelt sich erfreulich. Die Frequentierung hat um 24% stark zugenommen. Die technologischen Anpassungen auf Stand Uni-Bibliothek sind erfolgt.

Der Museums Shop bleibt auch weiterhin das Sorgenkind. Wohl konnte das Budget dank Warhol erreicht werden. Der Shop bleibt jedoch unrentabel. Weitere Massnahmen müssen ergriffen werden.

## Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel (AMB) betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

**In Gedenken an Frau Prof.Dr. Irene Ludwig-Monheim** Am 28. November 2010 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit Frau Irene Ludwig-Monheim im Alter von 83 Jahren. Irene Ludwig und ihr vor 14 Jahren verstorbener Mann Peter Ludwig gehörten zu den bedeutendsten Kunstsammlern und Mäzenen Deutschlands mit einem Wirkungskreis weit über ihre Heimat hinaus. Das Ehepaar hat seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts auch Werke der griechischen und römischen Antike erworben - nicht zuletzt inspiriert durch Ernst Berger, den Gründungsdirektor des Antikenmuseums Basel. Durch die Verbindung zu und die Bindung an Basel schenkten Peter und Irene Ludwig die damals gut 250 Werke umfassende Antikensammlung dem Antikenmuseum unter der Auflage einer räumlichen Erweiterung, die dann zwischen 1984 und 1988 durch den Einbezug der Domprobstei realisiert wurde. Seitdem trägt das Antikenmuseum das Cognomen „und Sammlung Ludwig“. Beide haben wesentlich mitgeholfen, das Antikenmuseum zu einem führenden europäischen Haus und damit auch Basel zu einem Zentrum für antike Kunst zu machen.

**Tätigkeiten und Projekte** Während des Berichtsjahres wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen über die Aufgaben des Antikenmuseums nachgedacht und eifrig diskutiert. Die Ergebnisse wurden zu einem eigentlichen Leitbild verdichtet, gleichsam eine aktuelle Visitenkarte des Hauses.

Die Skulpturhalle entwickelte im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Aktivitäten, so drei kleine, aber feine Sonderausstellungen. Erfreulich ist weiter, dass in den Räumen der ehemaligen Abgusswerkstatt an der Schanzenstrasse ein „Architekturarchiv“ eingerichtet werden konnte, so dass nun verschiedene, bisher magazinierte griechische und römische Friese für Besucher zugänglich sind.

**Sammlung/Forschung** Die internationale Wertschätzung unseres Hauses wird jedes Jahr auch daran ersichtlich, dass wir von Leihgesuchen geradezu überschwemmt werden, aber auch daran, dass auch in diesem Berichtsjahr zahlreiche Werke dem Museum als Schenkung übereignet wurden. Hervorzuheben ist ein geometrischer Bronze-Dreifuss, der nur dank grosszügiger Unterstützung aus dem Kreis der Museumskommission erworben werden konnte. Weitere Neuerwerbungen sind ein römisches Privatportrait eines Mannes mit separat bearbeiteter Schädelkalotte (Ankauf durch die Stiftung zur Förderung des Antikenmuseums), eine römische Bronzestatuetten eines Lar und eine



Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	61'041	33'066	66'000	33'262 1
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	356	190	300	130 2
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	443	354	350	458
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generationen, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	50%	55%	50%	55%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	10	82	30	113
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/innen	=	218	215	200	230

**Kommentar**

1 Die Sonderausstellung Eretria brachte weniger Besucher als budgetiert.

2 Siehe Fussnote 1.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Personalaufwand	3'632.2	3'739.6	3'645.3	-107.4	-2.9
Übriger Aufwand	3'327.3	1'739.0	2'106.0	1'588.2	91.3
Ertrag	-1'676.3	-187.5	-510.7	-1'488.8	-794.0
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'283.2</b>	<b>5'291.1</b>	<b>5'240.7</b>	<b>-7.9</b>	<b>-0.2</b>
Umlagen Querschnittsleistungen	1'373.2	1'388.1	1'383.4	-14.9	-1.1
<b>Vollkosten</b>	<b>6'656.4</b>	<b>6'679.2</b>	<b>6'624.0</b>	<b>-22.8</b>	<b>-0.3</b>

kleine Bronzestatuette eines Pan (Schenkung Galerie Bader Koller). Im Oktober erfolgten zwei weitere Schenkungen: Andreas Steiner aus Wermatswil hat uns vier Fragmente von hethitischen Schrifttäfelchen aus Ton und Peter Köchlin aus Basel hat uns neun römische Objekte wie Tonlampen und Vasen überlassen. Die ägyptische Abteilung durfte abermals gewichtigen Zuwachs entgegen nehmen: Prof.em. Erik Hornung schenkte dem Museum 57 Objekte, vornehmlich Skarabäen. Mit Hilfe des Ryhiner-Fonds konnten ein bronzenes Sichelschwert mit dazugehörigem Dolch aus dem neuen Reich, ein bronzener Möbelbeschlag mit der seltenen Darstellung eines Nilgottes und eine beinahe 70 cm hohe Bes-Figur aus Terracotta beschafft werden. Mit Hilfe der Novartis konnten ein sogenannter Räucherarm aus Bronze, ein Kultinstrument in Gestalt eines menschlichen Armes und der Ankauf eines Obeliskenfragmentes aus Rosengranit mit der Darstellung des Gottes Amun-Re aus der Zeit Tutmosis III. finanziert werden.

**Vermittlung** Zwei unterschiedliche Ausstellungen prägten das Berichtsjahr im Antikenmuseum. Mit der im Frühjahr und Sommer gezeigten Schau „Hermes statt SMS“ rückten wir rund 80 Werke der permanenten Sammlung in ein neues Licht: Unter dem Stichwort Kommunikation gaben sie darüber Auskunft, wie in Gesellschaften ohne die heute kaum noch wegzudenkenden Kommunikationsmittel

dennoch wesentliche Inhalte und Verhaltensmuster transportiert werden konnten.

Mit „ausgegraben! Schweizer Archäologen erforschen die griechische Stadt Eretria“ folgte dann im Herbst wieder eine eher monumentale Sonderausstellung mit über 400 auswärtigen Leihgaben, vor allem aus Griechenland, und einem hohen museographischen Aufwand an Inszenierung. Genau wie die ebenfalls hochkarätige Ausstellung „Gold der Thraker“ verfügt „Eretria“ über zu wenig emotionales Potential für einen Blockbuster. Das ist darum schade, weil die Ausstellung das Leben in einer antiken Polis mustergültig zur Darstellung bringt. Die tatsächlich da gewesenen Besucher sind - wie die Medien auch - des Lobes voll.

Beide Sonderausstellungen wurden von unserer Abteilung Bildung und Vermittlung mit neuen Workshops begleitet. Neue Wege der Vermittlung wurden anlässlich der Sonderausstellung „ausgegraben!“ erarbeitet. Für das junge Publikum wurde ein interaktiver Parcours gestaltet. Ausgerüstet mit einem „Archäologen-Koffer“ mussten die jungen Besucher verschiedene Posten in der Ausstellung suchen und dort Aufgaben lösen. Für die jugendlichen Besucher wurde die Gratis-Zeitschrift „Eretria News“ geschaffen, die in einem zeitgemässen Design verschiedene Aspekte des Lebens in einer antiken Stadt Griechenlands thematisierte.

In der Skulpturhalle fanden drei Sonderausstellungen statt. „Coole Götter. Total spannend!“ wurde vom federführenden Kinderbüro mit einigen Kindern realisiert, die zweite war die Ausstellung „Floriane Tissières: Architecture utopiques“ und im Rahmen des Jubiläums der Universität Basel konnte mit den Studierenden des Archäologischen Seminars die Ausstellung „Kuba und die Klassische Antike“ präsentiert werden.

### **Dienstleistungen**

Der Museumsshop konnte im Berichtsjahr das Angebot weiter kundengerecht ausbauen und erfreuliche Umsätze erzielen, die über unseren Erwartungen liegen.

## Historisches Museum

Das Historische Museum Basel (HMB) betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Zwei Sonderausstellungen in der Barfüsserkirche „Verdingkinder reden – Fremdplatzierungen damals und heute“ (4. Dezember 2009 bis 28. März 2010) und „In der Fremde. Mobilität und Migration seit der Frühen Neuzeit“ (23. September 2010 bis 30. April 2011) sowie zwei Wechsausstellungen im Musikmuseum „Trichtereien“ (22. Januar bis 4. Juli 2010) und „Ein Kloster ist ein Gefängnis ist ein Museum“ (ab 5. November 2010) bildeten die Schwerpunkte des Jahres. Ausserdem konnte das 10-jährige Jubiläum des Musikmuseums im November gefeiert werden. Die Ausstellungen und damit verbundene zahlreiche Aktivitäten haben zu einer erfreulichen Erhöhung der Besucherzahlen und Einnahmen geführt. Lediglich die zusätzlichen Personalkosten für die Sicherheit während des laufenden Umbaus des Untergeschosses in der Barfüsserkirche verursachten ein geringfügiges Defizit.

**Sammlung/Forschung** Sämtliche 461 neu eingegangenen Sammlungsobjekte sind in der Datenbank inventarisiert und sachgerecht gelagert. Im Hauptdepot wurde eine zusätzliche Compactusanlage zur Platzoptimierung eingebaut. Beim Aufstellen eines neuen Fahnenschanks ist vom HMB unverschuldet ein Unfall geschehen, welcher zum Umkippen von mehreren Schränken mit Keramikobjekten geführt hat. Mit den Bergungsarbeiten wird 2011 begonnen. In einem Nebendepot konnte eine Brandmeldeanlage zur Verbesserung der Sicherheit eingebaut werden. Das mehrjährige Projekt zur Erforschung der Basler Möbel wurde mit dem Ziel einer zweiten Publikation fortgesetzt. Ausserdem wurde mit einem ebenfalls mehrjährigen, privat finanzierten Forschungsprojekt zur Basler Goldschmiedekunst weitergefahren. Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten und Fachhochschulen geschah fallweise im Zusammenhang mit gemeinsamen Lehrveranstaltungen oder durch Unterstützung von Forschungs- oder Abschlussarbeiten.

**Vermittlung** Die genannten Ausstellungen wurden von zahlreichen Führungen und Veranstaltungen begleitet und haben das Vermittlungsprogramm weitgehend bestimmt. Die Anfragen für Schulklassenführungen - vor allem in den Sonderausstellungen in der Barfüsserkirche - überstiegen die Kapazitäten, weshalb einigen Schulklassen abgesagt werden musste. Die Anzahl Schulen erreichte dementsprechend ein absolutes Maximum. Das übrige Angebot für Schulklassen – auch für fremdsprachige Schüler bzw. zum Erlernen von Französisch und Deutsch im Museum – wurde ausgebaut und erfreute sich regen Zuspruchs. Ein Projekt zur Ausarbeitung von Bildungsangeboten für sehbehinderte und blinde Personen, welches von einer Stiftung finanziert wird, wurde ausgearbeitet und soll 2011 erstmals angeboten werden. Die jährliche Museumsnacht erfreute sich eines enormen Publikumszuspruchs.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	147'504	142'906	100'000	154'926
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	342	296	200	347
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	394	358	350	555
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	22	21	15	13
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	86	123	65	44
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	46	48	40	40
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	443	731	400	461

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Personalaufwand	6'669.0	6'524.8	6'591.9	144.2	2.2
Übriger Aufwand	4'158.9	4'210.9	3'946.1	-51.9	-1.2
Ertrag	-653.4	-572.0	-588.7	-81.4	-14.2
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'174.5</b>	<b>10'163.7</b>	<b>9'949.2</b>	<b>10.9</b>	<b>0.1</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	199.0	147.1	155.6	51.9	35.3
Umlagen Querschnittsleistungen	1'079.1	1'119.2	1'100.8	-40.1	-3.6
<b>Vollkosten</b>	<b>11'452.6</b>	<b>11'429.9</b>	<b>11'205.6</b>	<b>22.7</b>	<b>0.2</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>1'137.4</b>	<b>0.0</b>	<b>183.4</b>	<b>1'137.4</b>	<b>...</b>

**Dienstleistungen** Nach einem Jahr Betrieb mit der neuen Gerantin, Frau Karin Wutholen, erfreut sich das Café Barfüsserkirche grosser Beliebtheit. Die Gäste wissen die ausgesprochen qualitätvolle Getränke- und Speiseauswahl sehr zu schätzen. Die erstmals im Sommer aufgestellten grossen Pflanzentröge auf dem Boulevard haben ebenfalls zu einem Aufschwung geführt. Die Erhöhung der Preise für die Oberrheinischen Museumspässe hat zwar zu einem geringfügigen Rückgang der Verkäufe geführt, jedoch die Einnahmen gesteigert. Hingegen gingen die Verkäufe von Publikationen, Postkarten und Geschenkartikeln nochmals zurück. Die Frequentierung der Bibliothek durch Studierende von verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen blieb auf hohem Niveau.

**Planung** Wiedereröffnung der neuen Dauerausstellung im UG Barfüsserkirche im November 2011. Dazu erscheint eine umfangreiche Publikation.

## Naturhistorisches Museum

Das Naturhistorische Museum Basel (NMB) betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Unter dem Arbeitstitel „NMB wie weiter“ hat das Museum in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kultur, dem Baudepartement sowie Immobilien Basel-Stadt erste Standortabklärungen gemacht. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag erhalten, bis August 2011 aus fünf Standorten für einen Neubau des NMB einen Vorschlag dem Regierungsrat vorzulegen. Die Sanierung der Gebäudehülle inklusive Klima- und Heizungsanlagen und der Statik des Berri-Baus wird 2011 weiter projektiert. Die Suche nach einem zusätzlichen externen Lager ist nach wie vor dringlich. Ab Ende Januar erfolgt die Umsetzung des 2010 projektierten Neu- und Umbaus der Präparatorien und technischen Werkstätten. Für die Präparatorien und Werkstätten müssen unter anderem im Hof Provisorien eingerichtet werden.

**Sammlung/Forschung** Die EDV-Inventarisierung konnte in einzelnen Sammlungsbereichen vorangetrieben werden. Insbesondere wurde die Inventarisierung der Sammlung Käfer Frey abgeschlossen, die mit rund drei Millionen Objekten eine der grössten ihrer Art in Europa ist.

Die Forschungsschwerpunkte des Museums sind im Bereich der Biowissenschaften Evolution und Systematik von Insekten, Käfern und Spinnen. Die Geowissenschaften sind schwerpunktmässig im Bereich der Taxonomie und Paläobiogeographie fossiler mesozoischer Reptilien und känozoischer Säugetiere sowie der Evolution von marinem Plankton tätig. Momentan führt das Museum vier Forschungsprogramme durch. Zwei davon finanziert der Schweizerische Nationalfonds, eines der Kanton Graubünden. Das Projekt ‚Käferfauna in Laos‘ wird aus unterschiedlichen externen Quellen finanziert. Ausserdem wurden diverse Sammlungsprojekte von den Stiftungen des NMB unterstützt.

Mehrere Konservatoren beteiligen sich an der Lehre an der Universität Basel, daneben werden Studierende betreut. Aktuell werden drei Doktoranden sowie drei Diplomanden betreut.

**Vermittlung** Die Sonderausstellung „Messel, Urpferd & Co“ wurde bis am 2. März 2010 gezeigt. Ab dem 22. Oktober konnte die Sonderausstellung „Pilze“ des Naturmuseums Winterthur präsentiert werden. Am 21. Januar wurde die neue Dauerausstellung „Quagga & Dodo“ eröffnet. Die Ausstellung nimmt in ihrer Gestaltung die Idee der „Archive des Lebens“, der Depoträume des Museums, auf. Neben vielen bedrohten Arten werden auch Präparate von über zwanzig Arten, die bereits ausgestorben sind, präsentiert. Die Ausstellung zeigt auf, weshalb viele Tierarten ausgestorben sind. Sie thematisiert aber auch die Bemühungen von Organisationen, die sich dem Schutz von Arten

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	144'618	90'028	70'000	97'064
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	380	296	300	347
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'424	1'030	900	1'230
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	406	9'258	300	26'635
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	409	370	300	273
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	28'519	4'460	500	43'669

#### Kommentar

- 1 Die hohe Zahl an Ausleihen ist insbesondere auf die grosse Anzahl Neueingänge in der Entomologie zurückzuführen (vgl. Fussnote 3). Ein grosser Teil dieser Neueingänge wird an externe Spezialisten zur Bestimmung ausgeliehen.
- 2 Aufgrund der Sanierungsarbeiten in den Sammlungskellern war vorübergehend ein erheblicher Teil der Sammlung nicht mehr zugänglich. Entsprechend wurde die Sammlung auch weniger von Gastwissenschaftler/-innen besucht.
- 3 Der grosse Sammlungszuwachs betrifft insbesondere die entomologische Sammlung und verdankt sich einem erfolgreichen Feldforschungsprojekt in Laos.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Personalaufwand	5'022.5	4'997.8	5'179.2	24.7	0.5
Übriger Aufwand	3'358.6	3'144.1	3'328.1	214.5	6.8
Ertrag	-1'000.3	-745.7	-1'062.6	-254.7	-34.2
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>7'380.7</b>	<b>7'396.2</b>	<b>7'444.8</b>	<b>-15.5</b>	<b>-0.2</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	86.9	64.7	66.7	22.2	34.3
Umlagen Querschnittsleistungen	818.1	845.2	749.4	-27.2	-3.2
<b>Vollkosten</b>	<b>8'285.7</b>	<b>8'306.2</b>	<b>8'260.9</b>	<b>-20.5</b>	<b>-0.2</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>197.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>197.6</b>	<b>...</b>

verschrieben haben. „Gips & Gold - Kristalle der Region Basel“ war das Thema der kleinen Vitrinenausstellung (12. Februar - 29. August). Zudem war in einem ehemaligen Sammlungskeller ein Teil des Artparcours der Art Basel 2010 zu Gast.

Die Museumspädagoginnen führten 124 Veranstaltungen durch, an denen 3737 Personen teilnahmen. Am Tag der Behinderten und an insgesamt acht weiteren Veranstaltungen konnten 222 Menschen mit Behinderungen das Museum erleben.

**Dienstleistungen** Durch die Vermietung der Aula und des Wal & Fisch-Saals für externe Anlässe können neue Kunden und auch Besuchende gewonnen werden und zusätzliche Einnahmen aus

deren Vermietung erzielt werden. Zum Dienstleistungsangebot gehört selbstverständlich auch der Museumsshop mit einer grossen Auswahl von Artikeln zum Thema Naturwissenschaften.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.nmb.bs.ch](http://www.nmb.bs.ch)

## Museum der Kulturen

Das Museum der Kulturen Basel (MKB) betreibt in 11 Liegenschaften (9 davon ausschliesslich vom MKB genutzt) ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung der Verbundenheit mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Veränderungen europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

## Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2010 konzentrierten sich die Aktivitäten auf das Bauprojekt und auf die Eröffnung des Haupthauses im 2011. Die Bauübergabe erfolgte erst im Dezember 2010. Dadurch verzögerten sich die Arbeiten bezüglich Bespielung der sanierten Ausstellungssäle sowie der neuen Ausstellungshalle. Das entsprechende Gesuch zum Investitionsvorhaben Neueinrichtung und Neueröffnung des Museums wurde um mehr als eine Million Franken gekürzt mit 3.81 Millionen Franken genehmigt. Obwohl die Baumassnahmen den laufenden Ausstellungsbetrieb stark einschränkten, wurde das Nebenhaus mit zwei temporären Ausstellungen bespielt. Damit konnte weiterhin gewährleistet werden, dass das Museum das ganze Jahr für das Publikum zu den ordentlichen Öffnungszeiten zugänglich war. Ein beachtlicher Teil der Personalressourcen des Museums war durch das Projekt für die Ausarbeitung museumsspezifischer und betrieblicher Lösungen (Neuauftritt Museum, Besucherleitsystem, Schliess- und Haustechniksysteme, inhaltliche Vorarbeiten für die Neueröffnung 2011, etc.) gebunden und wird es auch im 2011 sein.

**Sammlung/Forschung** 2010 konnte der Umzug von Sammlungen aus dem Museumsgeviert in die Lagerräume am Tellplatz erfolgreich beendet werden. Während sieben Jahren wurden mehr als 300'000 Objekte aus den zahlreichen Standorten in die zwei zentralen Depots verschoben. Die elektronische Basisdatenerfassung ist zu 100% abgeschlossen und die Dokumentationsaufarbeitung wurde und wird auch weiterhin intensiv weitergeführt. Nebst bereits bestehenden Forschungskoperationen (zu Mexiko, Brasilien und Nagaland/Indien) wurde die Erarbeitung des Forschungsprogramms Fellowship „Museum der Kulturen“ begonnen.

**Vermittlung** Die Vermittlungstätigkeit konzentrierte sich in der Liegenschaft „Augustinergasse 8“ des Museums der Kulturen. Im Erdgeschoss bis und mit dem 2. Obergeschoss wurde auf insgesamt 500m<sup>2</sup> bis im Mai 2010 die temporäre Ausstellung „Raffiniert und schön - Textilien aus Westafrika“ gezeigt und mit zahlreichen themenbezogenen Veranstaltungen ergänzt. Ab Ende August wurde im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss die temporäre Ausstellung „Zwischenräume“ (Fotografien vom Bau in Beziehung gesetzt zu Objekten aus den Sammlungen) gezeigt. Im zweiten Obergeschoss war das ganze Jahr hindurch eine Präsentation zum Bauprojekt eingerichtet. Diese zeigte die Baueingabe, den Baufortschritt und Informationen genereller Art über das Bauprojekt.

Das Nebenhaus (Eingang Augustinergasse 8) ermöglicht es dem Museum während der ganzen Bauphase für die Öffentlichkeit zugänglich zu bleiben. Davon ausgeschlossen sind leider Menschen



Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Zeitgemässe thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	52'216	23'266	25'000	22'518
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	308	115	80	104
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	193	67	70	74
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der QWelt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	8/167	7/167	10/100	9/146
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	2/2	6/16	5/25	7/239
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	169	158	150	98
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	214	452	100	1'202
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	279	934	100	0

#### Kommentar

- 1 Hoher Anstieg aufgrund der Nachinventarisierung
- 2 Kein Ankauf von Fotografien/Dias im 2010

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Personalaufwand	4'287.1	4'507.9	4'479.4	-220.8	-4.9
Übriger Aufwand	3'447.4	3'362.9	3'565.1	84.6	2.5
Ertrag	-251.5	-387.7	-517.5	136.2	35.1
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>7'483.1</b>	<b>7'483.1</b>	<b>7'527.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	492.3	472.9	487.6	0.0	...
Umlagen Querschnittsleistungen	776.7	803.7	751.2	-27.1	-3.4
<b>Vollkosten</b>	<b>8'752.0</b>	<b>8'759.7</b>	<b>8'765.8</b>	<b>-7.6</b>	<b>-0</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>140.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>140.5</b>	<b>...</b>

mit einer Gehbehinderung, da die Liegenschaft nicht behindertengerecht ausgestattet ist (kein Lift, keine Rampen).

**Dienstleistungen** Im Eingang des Museums wurde wiederum ein Shop für den Verkauf von zu den Ausstellungen passenden Produkten und Publikationen eingerichtet, welcher von Museumsbesuchern und Passanten besucht und lobend bewertet wird.



## 6.3.2 Öffentlicher Verkehr

	Öffentlicher Verkehr	363
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	365
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	367
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbünde	369

### Öffentlicher Verkehr

#### Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

#### Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

#### Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität behinderte Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbünde	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

### Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010	
Marktanteil am gesamten motorisierten Verkehr (Wohnbevölkerung BS )	Anteil (%) ÖV-Fahrten bzw. kombin. Fahrten LV/ÖV an den täglichen motorisierten Fahrten gem. Bevölkerungsbefragung BS	>	83	83			1
Zufriedenheit der Wohnbevölkerung	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Bevölkerungsbefragung	>	95.1	95.1			2
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB-Linien)	>	123.5	126.1	125.0	128.7	3
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-Kilometer) BVB+BLT im städtischen Netz	>	290.3	291.1	295.0	304.0	4
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>	15.6	16.5	16	17.3	
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kundenzufriedenheitsstudie	>=		77.0			5

#### Kommentar

- 1 Die Bevölkerungsbefragung findet nur alle vier Jahre statt, nächstes Mal im 2011. Die beiden Indikatoren werden dann ein letztes Mal zu Vergleichszwecken ausgewiesen. Für den Modal Split wird ein neuer Indikator, basierend auf einem verbesserten Datengerüst zum gesamten Verkehrsgeschehen ausgearbeitet. Die Zufriedenheit wird neu standardisiert erhoben. (Siehe Indikator Nr.6)
- 2 Gleiche Bemerkung wie Fussnote Nr. 1
- 3 provisorischer Wert, geschätzte Zunahme 2 %
- 4 provisorischer Wert, geschätzte Zunahme 4 %
- 5 2009 führte der Kanton Basel-Stadt erstmals eine standardisierte Befragung der ÖV-Kundschaft durch. Im Vergleich mit anderen Agglomerationen nimmt Basel einen Spitzenplatz ein. Die Befragung soll alle zwei Jahre durchgeführt werden, nächstes Mal im 2011.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Tram und Bus	54'704.6	55'042.0	50'666.8	-337.4	-0.6
Regio-S-Bahn	2'660.1	2'779.9	2'472.7	-119.8	-4.3
Tarife und Verbände	20'118.3	20'370.0	20'139.5	-251.7	-1.2
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>77'483.0</b>	<b>78'191.9</b>	<b>73'279.0</b>	<b>-708.9</b>	<b>-0.9</b>
<b>Investitionen ab TFR 300.0</b>	<b>17'768.7</b>	<b>24'300.0</b>	<b>18'551.3</b>	<b>-6'531.3</b>	<b>-26.9</b>

## Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus- und Tram-Linienerverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienerverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch besondere Transporte für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung.

## Tätigkeiten und Projekte

Seit Dezember 2009 verkehrt die neue Buslinie 48 (Einführung zum Fahrplanwechsel 2009/2010). Sie verbindet das rasch wachsende Gewerbegebiet Bachgraben und diverse Gebiete Allschwils direkt und rasch mit dem Bahnhof Basel SBB. Verdichtet wurde auch der Fahrplan zwischen der Basler Innenstadt und dem Bachgrabengebiet (Buslinie 38). Die im September 2009 von der BVB bereits gestartete Verbesserung des Busangebots zwischen dem Badischen Bahnhof und Kleinhüningen wurde im Berichtsjahr ins reguläre Angebot übernommen. Sie sichert die Anbindung des Einkaufszentrums Stückli mit einer eigenen Haltestelle.

Im TNW-Nachtnetz wurde das Angebot nach Riehen um eine neue Tramlinie N6 erweitert.

Die Planung einer Neuorganisation des Fahrdiensts für Behinderte wurde abgeschlossen, die Umsetzung ist auf den 1. Januar 2012 vorgesehen. Die Bauarbeiten am Neubau des BVB-Depots Wiesenplatz liefen 2010 auf Hochtouren.

### Leistungen:

**Leistungserbringer BVB** : Betrieb städtischer Tram und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.

**Leistungserbringer BLT** : Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortverkehrs aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

**Leistungserbringer AAGL** : Betrieb regionaler Buslinien aufgrund Angebotsvereinbarungen gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

**Leistungserbringer KBB / 33er Taxi** : Behindertentransport aufgrund einer Leistungsvereinbarung.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010	
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	>	24.2	24.5	24.3	24.5	1
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kanton und Gemeinden (Fr.) je Pkm (BVB)	<=	0.194	0.203	0.199	0.210	2
Hohe Qualität des Angebots im Ortsverkehr	Ist 2006 = Index 100	>	104%	109%	105%	105 %	3
Angebot der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>	85.6%	78.1%	85		4

**Kommentar**

- 1 Schätzung aufgrund der Angebotsentwicklung, definitive Zahlen liegen vsl. Ende Mai vor.
- 2 provisorischer Wert auf der Basis der Leistungsvereinbarung 2010 geschätzt.
- 3 Wert auf der Basis des provisorischen Qualitätsberichtes 2010
- 4 Die Auswertung der Befragung Dezember 2010 wird durch die Geschäftsstelle der KBB im Frühjahr mit dem Geschäftsbericht vorgelegt.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Übriger Aufwand	57'485.9	57'470.0	53'345.5	15.9	0.0
Ertrag	-2'781.3	-2'428.0	-2'678.7	-353.3	-14.6
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>54'704.6</b>	<b>55'042.0</b>	<b>50'666.8</b>	<b>-337.4</b>	<b>-0.6</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	0.3	0.0	1'196.9	0.3	...
<b>Vollkosten</b>	<b>54'704.9</b>	<b>55'042.0</b>	<b>51'863.6</b>	<b>-337.1</b>	<b>-0.6</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>17'768.7</b>	<b>24'300.0</b>	<b>18'551.3</b>	<b>-6'531.3</b>	<b>-26.9</b>

## Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

## Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn blieb 2010 bis auf zusätzliche Fahrplanverdichtungen am frühen Morgen und späten Abend praktisch unverändert.

### Leistungen

**Leistungserbringer SBB Regionalverkehr:** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz; Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.

**Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH:** Betrieb der S-Bahnlinie S6, aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.



Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	>	325	329	340	337
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (Fr.) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<	0.149	0.144	0.152	1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>		99	95	2

#### Kommentar

- Die Zahlen aus der Fahrgastzählung und die Einnahmenverteilung im TNW liegen für 2010 noch nicht vor. Die Transportunternehmen haben diese jeweils bis Ende Mai vollständig ausgewertet, weshalb der IST-Wert 2010 erst mit dem Globalbudget 2012 ausgewiesen wird.
- Die Auswertungen zu den Qualitätsindikatoren der Regio S-Bahn liegen im Frühjahr 2011 vor. Der Indikator wird deshalb mit dem Globalbudget 2012 vorgelegt.

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Übriger Aufwand	3'048.0	3'184.9	2'908.3	-136.9	-4.3
Ertrag	-387.9	-405.0	-435.6	17.1	4.2
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'660.1</b>	<b>2'779.9</b>	<b>2'472.7</b>	<b>-119.8</b>	<b>-4.3</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	128.7	18.9	9'480.2	109.8	579.8
<b>Vollkosten</b>	<b>2'788.9</b>	<b>2'798.8</b>	<b>11'953.0</b>	<b>-10.0</b>	<b>-0.4</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>17'768.7</b>	<b>24'300.0</b>	<b>18'551.3</b>	<b>-6'531.3</b>	<b>-26.9</b>

### **Produktgruppe Tarife und Verbände**

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus. Verkauf der beliebten „Tageskarte Gemeinde“ über das Kundenzentrum im Spiegelhof.

### **Tätigkeiten und Projekte**

An der Vollversammlung des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) im November 2010 wurde auf Antrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Baselland die Aufhebung des Tarifizuschlags für die Benützung des Nachtnetzes beschlossen. Die Umsetzung erfolgt ab Dezember 2011.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2008	Ist 2009	Soll 2010	Ist 2010
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatbasis	>	851	859	850	860 1

**Kommentar**

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monatsabonnemente, Jahresabonnemente werden umgerechnet.

**Finanzen**

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
Übriger Aufwand	20'118.3	20'350.0	20'344.6	-231.7	-1.1
Ertrag	0.0	20.0	-205.1	-20.0	-100.0
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>20'118.3</b>	<b>20'370.0</b>	<b>20'139.5</b>	<b>-251.7</b>	<b>-1.2</b>
<b>Vollkosten</b>	<b>20'118.3</b>	<b>20'370.0</b>	<b>20'139.5</b>	<b>-251.7</b>	<b>-1.2</b>
<b>Investitionen ab TFR. 300.0</b>	<b>17'768.7</b>	<b>24'300.0</b>	<b>18'551.3</b>	<b>-6'531.3</b>	<b>-26.9</b>

## 6.4 Übrige Dienststellen

### 6.4.1 Dienststellen im Ordentlichen Nettoaufwand

#### 409090 ZPD (Sozialleistungen)

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	1'184.0	1'144.3	1'359.4	39.7	3.5	1
31 Sachaufwand	195.0	215.0	134.6	-20.0	-9.3	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1'379.0</b>	<b>1'359.3</b>	<b>1'493.9</b>	<b>19.7</b>	<b>1.5</b>	
43 Entgelte	-328.3	-152.3	-507.5	-176.1	-115.6	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-328.3</b>	<b>-152.3</b>	<b>-507.5</b>	<b>-176.1</b>	<b>-115.6</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'050.7</b>	<b>1'207.0</b>	<b>986.4</b>	<b>-156.3</b>	<b>-13.0</b>	

#### Kommentar

- 1 Der Fehlbetrag Personalaufwand für den Sozialstellenplan 2009 (Kostenstelle 4090910) beträgt effektiv 496'464 Franken.

Die verfügbaren Budgetmittel für den Sozialstellenplan (607'000 Franken) wurden schon vor Ende des ersten Tertials 2009 ausgeschöpft. Dies ist auf die Massnahme zurückzuführen, welche die Regierung zur Linderung des revidierten §34 des Personalgesetzes im Vorfeld der Inkraftsetzung des neuen PKG entschieden hat (RRB 07/40/32). Wie mit dem Zwischenbericht ZPD/RD an den Regierungsrat schon letztes Jahr informiert wurde, ist die Beanspruchung der Mittel aus dem Sozialstellenplan seit Inkraftsetzung des neuen §34 gestiegen.

#### 410 Allgemeine Verwaltung

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	-21'990.1	-31'085.0	-9'270.3	9'094.9	29.3	1
31 Sachaufwand	374'170.6	9'235.0	8'745.7	364'935.6	...	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	1'440.4	850.0	2'290.5	590.4	69.5	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	40'217.2	41'575.0	41'588.0	-1'357.8	-3.3	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>393'838.1</b>	<b>20'575.0</b>	<b>43'353.9</b>	<b>373'263.1</b>	...	
43 Entgelte	-177'050.0	-6'000.0	-13'714.2	-171'050.0	...	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9'835.2	-6'333.0	-7'221.7	-3'502.2	-55.3	5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-186'885.2</b>	<b>-12'333.0</b>	<b>-20'935.9</b>	<b>-174'552.2</b>	...	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>206'952.9</b>	<b>8'242.0</b>	<b>22'418.0</b>	<b>198'710.9</b>	...	

#### Kommentar

- 1 Die zentral eingestellten Mittel für den Teuerungsausgleich wurden mit -8'850'000 Franken budgetiert. Für die Ausrichtung von Zulagen während den Ferien wurde die bestehende Rückstellung von 9.2 Mio. Franken um 1'215'000 Franken erhöht.
- 2 Der Vorschuss des Arbeitgeber-Anteils für die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt wurde ausgebucht, 354 Mio. Franken hierfür der Rechnung belastet. Die Rückstellung für Altlasten Elsässer-/Hünigerstr. und Depot Wiesenplatz mussten mit 10.6 Mio. Franken aufgestockt werden.
- 3 Für den Anteil des Kantons BS an der Zusatzfinanzierung der FHNW wurde ein Betrag von 600'000 Franken zurückgestellt.
- 4 Die restliche Rückstellung für den Arbeitgeber-Anteil an der Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt konnte aufgelöst werden, was einen Ertrag von 164.8 Mio. Franken brachte. Gleichzeitig konnte die Rückstellung für die PK-Deckungslücke der Institutionen um 4.6 Mio. Franken reduziert werden. Aufgrund eines Anlagetransfers von 2009 entstand bei der UPK eine Bewertungsdifferenz von 1.4 Mio. Franken, welche in die Allgemeine Verwaltung transferiert und dort ertragswirksam ausgebucht wurde.

- 5 Der Kantonsanteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgab (LSVA) fiel um 1.6 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Aus der erstmaligen Rückverteilung der CO2-Abgabe an die Wirtschaft haben wir 1.9 Mio. Franken erhalten. Das Budget enthält keine Erträge aus den CO2-Abgaben des Bundes.

### 420050 Liegenschaften (Verw. V.) Eigennutzung

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
31 Sachaufwand	48'625.4	44'413.4	42'506.1	4'212.0	9.5	1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.6	0.0	0.3	0.6	...	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>48'625.9</b>	<b>44'413.4</b>	<b>42'506.3</b>	<b>4'212.6</b>	<b>9.5</b>	
42 Vermögenserträge	-143'749.7	-142'112.5	-145'226.8	-1'637.2	-1.2	
43 Entgelte	-675.1	-800.0	-777.8	124.9	15.6	2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-5.0	0.0	-2.0	-5.0	...	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-144'429.8</b>	<b>-142'912.5</b>	<b>-146'006.5</b>	<b>-1'517.3</b>	<b>-1.1</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>-95'803.8</b>	<b>-98'499.1</b>	<b>-103'500.2</b>	<b>2'695.3</b>	<b>2.7</b>	
Investitionen > 300'000 Fr., Ausgaben	99'866.5	140'950.0	130'613.4	-41'083.5	-29.1	
Investitionen > 300'000 Fr., Einnahmen	-2'647.6	-11'250.0	-11'316.2	8'602.4	76.5	
<b>Investitionen &gt; 300'000 Fr., netto</b>	<b>97'218.9</b>	<b>129'700.0</b>	<b>119'297.2</b>	<b>-32'481.1</b>	<b>-25.0</b>	

#### Kommentar

- 1 Für 2.5 Mio. Franken besteht ein nachträglich bewilligter Kredit für Planungs- und Projektierungsarbeiten, um die Investitionen für den nachhaltigen Unterhalt der Hochbauten im Verwaltungsvermögen besser vorbereiten zu können und dadurch eine höhere Planungs- und Ausführungsgenauigkeit zu erlangen. Weitere Abweichungen stammen aus den Heizkosten (u.a. Budgetpostulat zur Klimaneutralen Fernwärme) der Verwaltungsobjekte sowie deren ordentlichem Unterhalt (Unterhaltungspauschale).
- 2 Die erhaltenen Rückerstattungen lagen leicht unter Budget.

### Konsolidierung BS

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	-563.4	-476.0	-834.9	-87.4	-18.4	
31 Sachaufwand	-186'882.0	-183'714.3	-191'597.0	-3'167.7	-1.7	
32 Passivzinsen	-1'925.6	-1'992.5	-2'073.5	66.9	3.4	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	-49'543.6	-31'580.6	-43'578.7	-17'963.0	-56.9	
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
39 Interne Verrechnungen	238'914.7	217'763.4	238'084.0	21'151.3	9.7	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>	
40 Steuern	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
42 Vermögenserträge	148'439.9	147'522.3	150'036.6	917.5	0.6	
43 Entgelte	40'931.2	38'660.4	44'468.8	2'270.8	5.9	
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
46 Beiträge für eigene Rechnung	49'543.6	31'580.6	43'578.7	17'963.0	56.9	
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	
49 Interne Verrechnungen	-238'914.7	-217'763.4	-238'084.0	-21'151.3	-9.7	
<b>4 Ertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>	
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>	

**Dienststellen Kapitel 6 bis 8**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'174'794.7	1'172'838.9	1'146'146.8	1'955.8	0.2
31 Sachaufwand	520'718.5	517'561.5	521'312.3	3'157.0	0.6
32 Passivzinsen	809.1	833.7	859.3	-24.6	-2.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	31'280.7	10'434.9	9'623.4	20'845.8	199.8
36 Eigene Beiträge	795'137.6	817'048.3	764'414.9	-21'910.7	-2.7
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	11'649.7	9'511.0	11'267.9	2'138.7	22.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>2'534'390.3</b>	<b>2'528'228.2</b>	<b>2'453'624.6</b>	<b>6'162.0</b>	<b>0.2</b>
40 Steuern	-31'500.1	-31'630.0	-31'451.8	129.9	0.4
42 Vermögenserträge	-4'552.3	-5'200.5	-4'671.3	648.2	12.5
43 Entgelte	-959'911.0	-931'016.1	-927'218.9	-28'894.9	-3.1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-242'283.8	-244'437.6	-243'359.3	2'153.8	0.9
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-7'995.2	-9'394.9	-8'291.9	1'399.8	14.9
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'246'242.4</b>	<b>-1'221'679.2</b>	<b>-1'214'993.2</b>	<b>-24'563.2</b>	<b>-2.0</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>1'288'147.9</b>	<b>1'306'549.0</b>	<b>1'238'631.5</b>	<b>-18'401.1</b>	<b>-1.4</b>

**Kanton Basel-Stadt**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	1'738'476.6	1'733'856.8	1'714'092.8	4'619.8	0.3
31 Sachaufwand	994'807.7	618'856.6	616'034.3	375'951.1	60.7
32 Passivzinsen	-1'115.2	-1'154.8	-1'212.8	39.6	3.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	31'985.8	10'746.7	10'049.9	21'239.0	197.6
36 Eigene Beiträge	1'206'560.8	1'257'087.9	1'164'973.4	-50'527.1	-4.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	65'350.9	63'094.5	73'208.1	2'256.4	3.6
39 Interne Verrechnungen	238'914.7	217'763.4	238'084.0	21'151.3	9.7
Eliminationen	-737.2	-749.7	-775.4	12.5	1.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'274'244.2</b>	<b>3'899'501.4</b>	<b>3'814'454.3</b>	<b>374'742.8</b>	<b>9.6</b>
40 Steuern	-31'500.1	-31'630.0	-31'451.8	129.9	0.4
41 Regalien und Konzessionen	-20.7	-27.0	-23.7	6.3	23.3
42 Vermögenserträge	-1'584.6	-1'600.6	-1'433.6	16.0	1.0
43 Entgelte	-1'228'793.6	-1'022'080.5	-1'036'479.0	-206'713.0	-20.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-316'737.9	-323'590.2	-317'072.8	6'852.3	2.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-11'233.4	-11'346.1	-10'179.1	112.7	1.0
49 Interne Verrechnungen	-238'914.7	-217'763.4	-238'084.0	-21'151.3	-9.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1'828'784.9</b>	<b>-1'608'037.9</b>	<b>-1'634'723.9</b>	<b>-220'747.0</b>	<b>-13.7</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'445'459.3</b>	<b>2'291'463.5</b>	<b>2'179'730.4</b>	<b>153'995.8</b>	<b>6.7</b>

## 6.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag

### 403090 Finanzverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
31 Sachaufwand	84'038.9	29'880.0	81'304.2	54'158.9	181.3	<sup>1</sup>
32 Passivzinsen	75'384.8	79'657.2	78'939.6	-4'272.3	-5.4	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	287.7	0.0	333.0	287.7	...	
36 Eigene Beiträge	115'709.9	113'320.0	115'026.5	2'389.9	2.1	<sup>2</sup>
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	40.9	50.0	68.9	-9.1	-18.3	
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>275'462.2</b>	<b>222'907.2</b>	<b>275'672.2</b>	<b>52'555.1</b>	<b>23.6</b>	
40 Steuern	0.5	0.0	3.3	0.5	...	
41 Regalien und Konzessionen	-41'236.4	-41'566.0	-41'568.4	329.6	0.8	
42 Vermögenserträge	-119'582.6	-121'016.3	-172'820.2	1'433.7	1.2	<sup>3</sup>
43 Entgelte	-200'040.9	-50.0	-49'189.9	-199'990.9	...	<sup>4</sup>
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-62'469.3	-58'726.0	-63'717.4	-3'743.3	-6.4	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-68.0	-200.0	-761.8	132.0	66.0	
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-31.0	-50.0	-12.5	19.0	38.0	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-423'427.7</b>	<b>-221'608.3</b>	<b>-328'066.8</b>	<b>-201'819.4</b>	<b>-91.1</b>	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-147'965.5</b>	<b>1'298.9</b>	<b>-52'394.6</b>	<b>-149'264.3</b>	<b>...</b>	

#### Kommentar

- Die Abweichung von total 54.2 Mio. Franken setzt sich wie folgt zusammen: Für den Rückbau und die Neugestaltung des Hafens St. Johann sind Aufwendungen in der Höhe von 6.9 Mio. Franken angefallen. Durch die Ausgliederung der IWB wurden die Bestände für die Ausfinanzierung und Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt in der Höhe von 76.3 Mio. Franken ausgebucht. Abweichend zum Budget wurde im Jahr 2010 nur eine öffentliche Anleihe über 400 Mio. Franken statt 1'200 Mio. Franken aufgenommen. Dadurch sind die Spesen um 21.6 Mio. Franken tiefer. Ausserdem werden neu die Geldaufnahmekosten über die ganze Laufzeit abgegrenzt. Für die Rechnung 2010 fallen die Kosten somit um 7.3 Mio. Franken tiefer aus.
- Bei der Berechnung des Ressourcenausgleichs an die Einwohnergemeinden Riehen und Bettingen musste u.a. bei den Anteilen an der Gewinnsteuern der Juristischen Personen eine Korrektur bei der Herleitung vorgenommen werden, was zu höheren Beiträgen für diese führte. Der Finanz- und Lastenausgleich an die Einwohnergemeinden liegt mit 2.5 Mio. Franken um 2.1 Mio. Franken über Budget.
- An dieser Stelle verweisen wir auf die Ausführungen zu Kontengruppe 42 in Kapitel 3 Die Jahresrechnung.
- Durch die Ausgliederung der IWB konnte ein Aufwertungsgewinn von 200 Mio. Franken verbucht werden.

**404090 Steuerverwaltung (Allgemein)**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
33 Abschreibungen Finanzvermögen	92'831.3	50'000.0	49'060.6	42'831.3	85.7
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>92'831.3</b>	<b>50'000.0</b>	<b>49'060.6</b>	<b>42'831.3</b>	<b>85.7</b>
40 Steuern	-2'647'607.8	-2'230'700.0	-2'323'908.8	-416'907.8	-18.7
43 Entgelte	-5'828.4	0.0	0.0	-5'828.4	...
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-140'701.8	-140'000.0	-171'194.6	-701.8	-0.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-2'794'138.0</b>	<b>-2'370'700.0</b>	<b>-2'495'103.4</b>	<b>-423'438.0</b>	<b>-17.9</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-2'701'306.7</b>	<b>-2'320'700.0</b>	<b>-2'446'042.8</b>	<b>-380'606.7</b>	<b>-16.4</b>

**Kommentar**

Siehe Ausführungen in Kapitel 3.2

**411 Dreispitzverwaltung**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
31 Sachaufwand	0.0	0.0	429.5	0.0	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>429.5</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-15.6	0.0	...
43 Entgelte	0.0	0.0	-615.6	0.0	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-631.1</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-201.7</b>	<b>0.0</b>	<b>...</b>

**Kommentar**

Die Dreispitzverwaltung wurde auf anfangs 2008 an die Christoph Merian Stiftung (CMS) verkauft. Mit der CMS wurde betreffend der Liquidation des Buchungskreises (insbesondere Inkassobemühungen) eine Verwaltungsvereinbarung getroffen, die auf 2 Jahre befristet wurde, und Ende 2009 auslief. Bei den Aufwendungen und Erträgen der Dienststelle handelt es sich im Wesentlichen um die Auflösung von nicht mehr benötigten Delkreder-Rückstellungen und den Gewinnanteilen der CMS am Rechnungsergebnis der Dienststelle.

**412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin. Verm.)**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	459.2	467.7	477.5	-8.5	-1.8
31 Sachaufwand	5'696.5	8'661.4	4'757.6	-2'964.9	-34.2
32 Passivzinsen	1'188.0	1'242.8	1'297.3	-54.8	-4.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'878.6	186.0	156.3	1'692.6	910.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9'222.3</b>	<b>10'557.9</b>	<b>6'688.7</b>	<b>-1'335.6</b>	<b>-12.7</b>
42 Vermögenserträge	-545.3	-522.0	-532.6	-23.3	-4.5
43 Entgelte	-13'029.4	-13'184.4	-13'015.9	155.0	1.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-13'574.7</b>	<b>-13'706.4</b>	<b>-13'548.5</b>	<b>131.7</b>	<b>1.0</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-4'352.4</b>	<b>-3'148.5</b>	<b>-6'859.8</b>	<b>-1'204.0</b>	<b>-38.2</b>

**Kommentar**

- 1 Es handelt sich um Abschreibungen aufgrund der jährlichen Neubewertung der Parkhäuser zu Marktwerten. Veränderungen bei den Bewertungen sind nicht budgetierbar.



**415 Liegenschaften FV**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%	
30 Personalaufwand	-32.9	60.0	165.8	-92.9	-154.9	
31 Sachaufwand	23'314.6	30'349.1	27'157.6	-7'034.5	-23.2	
32 Passivzinsen	0.0	1.0	34.3	-1.0	-100.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8'858.5	299.8	11'439.0	8'558.7	...	1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'500.0	0.0	0.0	1'500.0	...	2
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>33'640.3</b>	<b>30'709.9</b>	<b>38'796.7</b>	<b>2'930.3</b>	<b>9.5</b>	
41 Regalien und Konzessionen	-2'257.8	-2'257.8	-2'257.8	0.0	0.0	
42 Vermögenserträge	-78'913.5	-64'146.2	-76'378.1	-14'767.3	-23.0	
43 Entgelte	-3'753.9	-190.0	-1'450.1	-3'563.9	...	
<b>4 Ertrag</b>	<b>-84'925.3</b>	<b>-66'594.1</b>	<b>-80'086.0</b>	<b>-18'331.2</b>	<b>-27.5</b>	
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-51'285.0</b>	<b>-35'884.1</b>	<b>-41'289.4</b>	<b>-15'400.9</b>	<b>-42.9</b>	

**Kommentar**

- 1 Es handelt sich bei diesen Abschreibungen um erfolgswirksame Bewertungsveränderungen, welche nicht budgetierbar sind. Netto konnten auch dieses Jahr wieder Aufwertungen des Immobilienportfolios verbucht werden, allerdings handelt es sich dabei vorwiegend um reine Bilanzbuchungen, welche somit nicht erfolgswirksam sind.
- 2 Es handelt sich bei den 1.5 Mio. Franken um Zuweisungen in den Nachhaltigkeitsfonds der Immobilien im Finanzvermögen.

**420000 Liegenschaften (Verw. V.) Drittnutzung**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	4.1	12.0	6.1	-7.9	-65.6
31 Sachaufwand	4'697.1	5'661.4	6'267.5	-964.2	-17.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	77.5	40.0	-12.8	37.5	93.8
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4'778.8</b>	<b>5'713.4</b>	<b>6'260.8</b>	<b>-934.6</b>	<b>-16.4</b>
42 Vermögenserträge	-35'333.7	-42'038.0	-39'174.1	6'704.3	15.9
43 Entgelte	-314.0	-152.1	-173.4	-161.9	-106.5
<b>4 Ertrag</b>	<b>-35'647.7</b>	<b>-42'190.1</b>	<b>-39'347.5</b>	<b>6'542.4</b>	<b>15.5</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-30'868.9</b>	<b>-36'476.7</b>	<b>-33'086.8</b>	<b>5'607.8</b>	<b>15.4</b>

**Kommentar**

- 1 Wegen des geplanten partnerschaftlichen Geschäfts betreffend Verkaufs der FHNW Muttenz an BL wurden die entsprechenden Mieterträge (3.8 Mio. Franken) passiviert. Eine weitere Abweichung stammt aus der zu hohen Budgetierung der seit T3/2009 direkt bezahlten Mieten für die Schulen in Riehen und Bettingen, welche früher über die internen Mieten des ED beglichen wurden.

**Kanton Basel-Stadt**

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	430.5	539.7	649.3	-109.3	-20.2
32 Passivzinsen	76'572.8	80'901.0	80'271.2	-4'328.1	-5.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	103'933.6	50'525.8	60'976.1	53'407.8	105.7
36 Eigene Beiträge	115'709.9	113'320.0	115'026.5	2'389.9	2.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'540.9	50.0	68.9	1'490.9	...
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>415'934.9</b>	<b>319'888.4</b>	<b>376'908.4</b>	<b>96'046.5</b>	<b>30.0</b>
40 Steuern	-2'647'607.3	-2'230'700.0	-2'323'905.5	-416'907.3	-18.7
41 Regalien und Konzessionen	-43'494.2	-43'823.8	-43'826.2	329.6	0.8
42 Vermögenserträge	-234'375.1	-227'722.5	-288'920.6	-6'652.6	-2.9
43 Entgelte	-222'966.7	-13'576.5	-64'444.8	-209'390.2	...
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-203'171.1	-198'726.0	-234'911.9	-4'445.1	-2.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-68.0	-200.0	-761.8	132.0	66.0
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-31.0	-50.0	-12.5	19.0	38.0
Eliminationen	737.2	749.7	775.4	-12.5	-1.7
<b>4 Ertrag</b>	<b>-3'350'976.2</b>	<b>-2'714'049.1</b>	<b>-2'956'008.0</b>	<b>-636'927.1</b>	<b>-23.5</b>
<b>Allgemeiner Nettoertrag</b>	<b>-2'935'041.4</b>	<b>-2'394'160.8</b>	<b>-2'579'099.6</b>	<b>-540'880.6</b>	<b>-22.6</b>



## 7 Das Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	380
PARL-410	Ombudsstelle	382
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	386
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	388

## Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich unabhängig und selbständig.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen sowie nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes aus. Ihre Aufgaben gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Finanzaufsicht 17.9.2003	gemäss Finanzkontrollgesetz vom 9.7 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle sind die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Empfehlungen informiert.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.9	14.1	15.3	15.3	16.3

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'771.9	3'034.5	2'780.7	-262.6	-8.7
31 Sachaufwand	313.4	478.8	310.7	-165.4	-34.5
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'085.3</b>	<b>3'513.3</b>	<b>3'091.3</b>	<b>-428.0</b>	<b>-12.2</b>
42 Vermögenserträge	-2.2	-2.2	-2.2	0.0	...
43 Entgelte	-131.2	-103.2	-213.7	-28.0	-27.2
<b>4 Ertrag</b>	<b>-133.5</b>	<b>-105.4</b>	<b>-216.0</b>	<b>-28.0</b>	<b>-26.6</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'951.8</b>	<b>3'407.9</b>	<b>2'875.3</b>	<b>-456.1</b>	<b>-13.4</b>
davon Produktgruppe(n):					
Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003	2'951.8	3'407.9	2'875.3	-456.1	-13.4

## Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner, die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle, die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung, der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen sowie die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen Ombudsstelle	9.7 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

**2010: Konsolidierung auf hohem Niveau** Im Jahr 2010 hat die Ombudsstelle 524 neue Fälle eröffnet. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist gering. Es zeigt sich, dass sich die Arbeitsbelastung auf diesem Niveau einpendeln könnte. Die Anstellung eines juristischen Mitarbeiters hat sich bewährt und der Wechsel im Sekretariat ist reibungslos verlaufen. Juristische Volontärinnen und Volontäre sind uns immer wieder eine grosse Unterstützung.

Wie in früheren Jahren konnten wir auch im 2010 in Einzelfällen Hinweise auf generelle Problematiken finden und diese mit der Verwaltung besprechen.

Die Konsolidierung auf hohem Niveau konnten wir mit dem neuen juristischen Mitarbeiter (50%) und den engagierten Volontärinnen (100%) meistern. Ohne zeitliches Engagement der Ombudsleute von zusammen 120 bis 140 Stellenprozenten ist die Arbeit jedoch nicht zu bewältigen. Mit dem grossen Zuwachs an Personen, die die Ombudsstelle für Gesprächstermine aufsuchen sowie einer gewissen Zunahme von „Laufkundschaft“ ist die räumliche Aufteilung der Ombudsstelle zu einem Problem geworden: Im offenen Warteraum können wir die Diskretion für die Ratsuchenden nicht so gewährleisten, wie dies notwendig wäre und die gemeinsame Benutzung eines Büros durch den Ombudsmann und den juristischen Mitarbeiter führt zu Engpässen. Wir suchen deshalb nach einer neuen Lösung für unsere Büroräumlichkeiten.

Die Zahl der Falldossiers, d.h. der Hilfesuchenden, die zu mindestens einem Gespräch auf die Ombudsstelle kommen, haben im Berichtsjahr von 515 auf 524 Fälle leicht zugenommen. Korrespondenzfälle und Weiterverweisungen haben leicht abgenommen und telefonische Beratungen sind in etwa gleich geblieben. Konkrete Details können der beigefügten Statistik entnommen werden. Total wurden 2010 461 Fälle aus dem laufenden Jahre und 39 Fälle aus den Vorjahren abgeschlossen. In 29% der Fälle wurde das Verwaltungshandeln überprüft. In 24% der Fälle haben wir versucht zu vermitteln und zu deeskalieren. In 37% der Fälle haben einmalige oder mehrmalige Beratungen stattgefunden. 10% der Fälle waren komplexe Mischformen oder die Fakten konnten nicht geklärt werden.

Bei der Verteilung der Fälle auf die Departemente hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur wenig verändert. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) mit der Sozialhilfe, dem Amt für Sozialbeiträge und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (mit der Arbeitslosenversicherung) liegt mit 142 Fällen (29% aller Fälle) entsprechend an der Spitze. Die sozialen Probleme der Menschen haben sich trotz einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2010 nicht entspannt. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), enthaltend Bevölkerungsdienste und Migration sowie die Kantonspolizei, zeichnet für 23% oder 111 Fälle. Aufenthaltsrechtliche Probleme und der Kontakt mit der Polizei sind sensible Bereiche, bei denen sich Betroffene absichern möchten ob alles rechtlich korrekt verläuft. Im Finanz- (12%), Erziehungs- (9%), Gesundheits- (7%), Bau- und Verkehrs- (4%) und Präsidialdepartement (2%) fallen erfahrungsgemäss weniger Beschwerden an. In allen Departementen haben wir uns mit komplexen Fragestellungen zu befassen. 14% der Fälle sind auf andere öffentlich-rechtliche Institutionen zurückzuführen wie z.B. Betreibungs- und Erbschaftsamt (richterliche Behörden), Pensionskasse, Universität, BVB etc.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.5	3.5	3.7	3.6	3.5
Dossier	Anz	524	515	433	399	358
Korrespondenzfälle	Anz	33	54	47	42	70
Telefonische Auskünfte, Weiterverweisungen	Anz	269	290	289	267	216

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	565.6	574.0	494.8	-8.4	-1.5
31 Sachaufwand	79.8	125.0	77.7	-45.2	-36.1
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>645.4</b>	<b>699.0</b>	<b>572.4</b>	<b>-53.6</b>	<b>-7.7</b>
43 Entgelte	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1.5</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.5</b>	<b>-1.5</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>643.9</b>	<b>699.0</b>	<b>571.0</b>	<b>-55.1</b>	<b>-7.9</b>
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen Ombudsstelle	643.9	699.0	571.0	-55.1	-7.9

#### Generelle Wirkung von Einzelfällen

**Mitwirkungspflicht oder Untersuchungsgrundsatz** Im Jahre 2010 wurden vier Fälle geschiedener oder getrennt lebender Frauen mit IV-Rente und Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) an die Ombudsstelle herangetragen. Den Fällen war eines gemeinsam: Die betroffenen Frauen hatten nebst Anspruch auf die EL auch Anspruch auf Unterhaltsbeiträge der geschiedenen bzw. getrennt lebender Ehemänner. Diese Männer kamen jedoch ihrer Zahlungspflicht nicht nach. Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) verlangte von den betroffenen Frauen Unterlagen, welche nachweisen sollten, dass die pflichtigen Ehemänner nicht mehr willens oder in der Lage seien zu bezahlen oder sie nicht mehr auffindbar waren. Es war für die betroffenen Frauen nicht einfach, sachdienliche Beweise vorzulegen. Vor allem war nicht klar, was als „Beweis“ akzeptiert wird. Die Ombudsstelle hat die Betroffenen bei der Beschaffung der geforderten Unterlagen unterstützt. In einem Fall verlangte das ASB von der betroffenen Frau, den Unterhaltsbeitrag durch ein Gericht herabsetzen bzw. gänzlich streichen zu lassen. Da der pflichtige Ehemann nicht auffindbar war, dauerte die Erfüllung dieser Bedingung eine geraume Zeit. Das Zivilgericht hat erklärt, es sei systemwidrig von einer unterhaltsberechtigten Person zu verlangen ihren Anspruch aus eigener Initiative reduzieren zu lassen oder gänzlich auf diesen zu verzichten.

Die betroffenen Frauen erhalten während der Dauer dieser Abklärungen nur eine reduzierte EL. Dies führt zu unnötig langen finanziellen Engpässen.

Die Ombudsstelle wandte sich an die Leitung des ASB. Aus der Sicht der Ombudsleute waren die Anforderungen des ASB an die Mitwirkungspflicht anspruchsberechtigter EL-Bezüglerinnen teilweise unverhältnismässig hoch. Diese anspruchsvolle Mitwirkungspflicht kann in Einzelfällen zu Rechtsverzögerungen führen. Im weiteren Gespräch mit dem ASB zeigte sich, dass die Integration von Alimenteninkasso und Alimentenbevorschussung ins ASB Zeit braucht und die durch die Verwaltungsreform erhofften Synergien noch nicht wirklich greifen. Auch hier kann ein dadurch entstehender grosser bürokratischer Aufwand zu Rechtsverzögerungen führen. Das ASB überprüft nun die internen Abläufe und arbeitet daran, ein Gleichgewicht zwischen Mitwirkungspflicht der Betroffenen und dem Untersuchungsgrundsatz des ASB zu suchen. Die Anforderung an die Mitwirkungspflicht von EL-Berechtigten bei der Abklärung oder Revision ihrer Ansprüche soll in einem verhältnismässigen Rahmen sein.

#### Dura lex sed lex (Das Gesetz ist hart aber es ist das Gesetz)

**Steuerreform** Bis zum Inkrafttreten der Steuerreform im Kanton Basel-Stadt wurden Steuererlassgesuche von EL-Beziehenden in der Regel grosszügig gehandhabt. Nach Inkrafttreten der Reform



haben verschiedentlich EL-Beziehende bei der Ombudsstelle vorgesprochen und moniert, der früher unproblematische Steuererlass werde ihnen nicht mehr gewährt. Diese Praxisänderung wurde seitens der Steuerbehörde der Ombudsstelle bestätigt.

Durch diese Praxisänderung zeigte sich eine für die Betroffenen schwer nachvollziehbare Rechtslage: IV- und AHV-Renten müssen versteuert werden, EL jedoch nicht. Ein Beispiel: Ein Einkommen besteht aus einer 50% IV-Rente und Ergänzungsleistungen. Der IV-Rentnerin geht es gesundheitlich schlechter und sie erhält eine 100% IV-Rente, dementsprechend reduziert sich der EL-Anteil bei gleichem Einkommen. D.h. konkret, dass die 100% IV-Rentnerin mehr Steuern bezahlen muss, obwohl ihr effektiv nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Demnach werden Personen mit einem hohen Einkommensanteil an EL oft gar nicht steuerpflichtig, Personen mit einer geringen Ergänzungsleistung jedoch schon. Diese gesetzliche Regel trifft vor allem Personen, die während langer Arbeitsjahren bei relativ kleinem Einkommen regelmässig AHV/IV-Beiträge bezahlt haben. Personen, die jedoch nur für relativ kurze Zeit oder wegen unregelmässiger Arbeitstätigkeit wenig in die Sozialwerke einbezahlt haben, fallen oft gar nicht unter die Steuerpflicht, da ihr relativ hoher EL-Anspruch nicht besteuert werden darf. Diese ungleiche Behandlung von IV/EL-Beziehenden mit gleich hohem Gesamteinkommen ist gesetzlich so verankert, kann jedoch von Betroffenen schwer akzeptiert werden. Die Steuerverwaltung hat veranlasst, dass im Rahmen einer etwas grosszügigeren Einzelfallbeurteilung, das als unfair empfundene Resultat, unter strikter Anwendung der Grundsätze für den Steuererlass, etwas zu mildern.

**Niedrige Bussen / hohe Gebühren** Verschiedentlich wird die Ombudsstelle angefragt bezüglich hoher Kosten, welche im Zusammenhang mit Verzeigungsverfahren von niedrigen Bussen (z.B. wegen geringfügiger Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit, Parkbussen, Fahren ohne Licht mit dem Fahrrad) entstanden sind. Betroffene haben wenig Verständnis für Gebühren von Polizei und Strafbefehlsrichter, die meist ein Mehrfaches der eigentlichen Busse betragen. Manchmal fragen Betroffene auch nach den Kosten eines Verfahrens, wenn sie die Anfechtung einer Busse in Erwägung ziehen. In solchen Fällen machen wir Betroffene auf den Unterschied zwischen Bussen und Gebühren aufmerksam. Wir versuchen auch zu erklären, warum die Polizei in bestimmten Situationen nicht einfach eine Busse ausstellen kann. So führt beispielsweise unbefugtes Parkieren auf einem Privatreal bei Meldung durch die Grundbesitzerin an die Polizei automatisch zu einer Verzeigung und nicht zu einem Bussenzettel unter dem Scheibenwischer. Wir machen deswegen Personen in der Regel darauf aufmerksam, dass bei der Anfechtung einer geringfügigen Busse hohe Gebühren anfallen können. Es lohnt sich abzuwägen zwischen der Bezahlung der Busse oder der Durchsetzung des eigenen Standpunktes als Prinzipfrage, verbunden mit hohen Kosten.

### **Kontakte zum Parlament, zu Kommissionen und nach aussen**

- Wie jedes Jahr führte eine Abordnung der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates mit den Ombudsleuten ein Hearing zum Bericht über das Jahr 2009 durch. Themen waren dieses Jahr u.a. die Verhältnisse im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut und verschiedene Einzelfälle, die auch an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) herangetragen worden sind.
- Die Ombudsleute haben die Frage des Whistleblowing im Hinblick auf eine Regelung in der Personalgesetzgebung mit einer externen Expertin und dem Zentralen Personaldienst (ZPD) diskutiert und bei der Erarbeitung eines Berichtes durch den ZPD mitgewirkt.
- Verschiedentlich haben die Ombudsleute Einzelfälle oder grundsätzliche Problematiken mit dem Datenschutzbeauftragten diskutiert.
- Die Ombudsleute wurden im Herbst 2010 zu einer Kaderklausur des JSD eingeladen, um anonymisiert und generalisiert über die Fälle betreffend dieses Departements zu berichten und Feedback zu geben. Wir schätzen den Austausch mit dem JSD auf dieser Ebene ausserordentlich.
- Mit der Fachstelle für Gleichstellung haben wir im Hinblick auf einen entsprechenden Anzug das Thema Lohngleichheit besprochen.
- Mit dem Zivilstandsamt und dem Migrationsamt wurden Problematiken rund um das Thema Umgang mit heiratswilligen Ausländerinnen und Ausländer, die bei der Papierbeschaffung Schwierigkeiten haben (z.B. Identitätspapier für Tamilinnen und TAMILen), besprochen.

- Erneut haben Beatrice Inglin und Dieter von Blarer an den drei halbtägigen Sitzungen der Vereinigung Parlamentarischer Ombudsleute Schweiz (VPO+) teilgenommen. Beatrice Inglin wurde an der Herbstsitzung der VPO+ für ein weiteres Jahr zur Präsidentin gewählt.
- Dieter von Blarer nimmt als Vorstandsmitglied an den Vorstandssitzungen des Europäischen Ombudsman Institutes (EOI) teil. Er hat auch 2010 das EOI bei Veranstaltungen des Europarates in Strassburg vertreten. Des Weiteren hat er auf Einladung des Europarates nach Vilnius einen runden Tisch mit Vertretern aus Georgien, Abchasien, Südossetien und Russland co-moderiert.

### **Dank**

Die Bevölkerung hat der Ombudsstelle auch im Jahr 2010 ihr Vertrauen entgegengebracht. Dafür danken wir. Viele Menschen kommen aufgrund von Empfehlungen von Personen zu uns, die die Dienste der Ombudsstelle schon in Anspruch genommen haben und zufrieden waren. Wir danken den Ratsuchenden für Ihr Verständnis, da bei hoher Arbeitsbelastung Wartezeiten nicht vermieden werden können.

Wir danken unseren Ansprechpersonen der kantonalen Verwaltung, den direkt betroffenen Sachbearbeiter/innen, den Mitarbeitenden von Stabsstellen, den Regierungsmitgliedern herzlich. Wir schätzen die unkomplizierte, konstruktive und speditive Zusammenarbeit sehr. Bei der Abklärung vielfältiger, anspruchsvoller Sachverhalts- und Rechtsfragen sind wir immer wieder auf ihre Expertise und Erfahrungen angewiesen.

Unser Dank geht auch an den Grossen Rat und sein Büro, die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission. Die Einladungen zu Anlässen des Parlaments geben uns die Gelegenheit, unsere Arbeit im direkten Kontakt mit den Parlamentsmitgliedern zu erklären. Dabei nehmen wir gerne auch Anregungen entgegen.

Unkomplizierte Kontakte mit dem Datenschutzbeauftragten und mit der Finanzkontrolle helfen uns, Fragestellungen aus diesen Gebieten der parlamentarischen Kontrolle rasch und effizient zu klären und allenfalls die Ratsuchenden direkt an eine dieser spezialisierten Stellen zu verweisen. Herzlichen Dank!

Die vereinzelt „grenzüberschreitenden“ Fälle mit anderen parlamentarischen Ombudsstellen verlaufen entgegenkommend und in herzlicher Atmosphäre. So können bei Problemen, in welche Verwaltungen verschiedener Kantone verwickelt sind, unkompliziert Lösungen gefunden werden. Dafür sind wir dankbar.

Ein grosses Dankeschön geht an Jacqueline Zeuggin, Christine Rotberg (bis 31.03.2010) und Marianne Röthlisberger (ab 15.03.2010). Ihr unermüdlicher Einsatz für die Ombudsstelle erleichtert unsere Arbeit immens. Sie tragen auch wesentlich zu der guten Stimmung bei, die im Team herrscht. Ihr menschlicher und kompetenter Umgang mit der teilweise schwierigen Kundschaft ist ein Qualitätsmerkmal der Ombudsstelle.

Nicht zuletzt bedanken wir uns herzlich bei unserem juristischen Mitarbeiter Adrian Weibel sowie den juristischen Volontärinnen Anna Besch, Noelle Cerletti und Stefanie-Daniela Waldmeier. Die teilweise kniffligen und grenzüberschreitenden Rechtsfragen fordern uns alle. Die juristische Unterstützung ist für die gute Qualität unserer Arbeit unverzichtbar.

## Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Grosser Rat	9.7 Behörden
Parlamentsdienst	9.7 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen waren im Rechnungsjahr 2010 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten von Bedeutung:

### Parlamentsdienst

- Anpassung der Ressourcen an die Erfordernisse des verkleinerten Grossen Rates
- Planung und Vorbereitung der technischen Erneuerung des Grossratssaals im Sommer 2011
- Federführung und Vorsitz Basel-Stadt in der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz IPK sowie des Districtsrats des Trinationalen Eurodistricts Basel TEB

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.9	7.3	7.0	7.2	7.2
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	46	40	32	36	42 <sup>1</sup>
Kommissionssitzungen	Anz	418	410	371	390	446
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	134	112	114	94	105
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	315	247	277	313	255

#### Kommentar

1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'745.5	2'573.9	2'479.3	171.7	6.7 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	968.9	1'513.1	1'146.9	-544.2	-36.0
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'714.4</b>	<b>4'087.0</b>	<b>3'626.2</b>	<b>-372.5</b>	<b>-9.1</b>
43 Entgelte	-9.1	0.0	-23.6	-9.1	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-9.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-23.6</b>	<b>-9.1</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>3'705.4</b>	<b>4'087.0</b>	<b>3'602.5</b>	<b>-381.6</b>	<b>-9.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Grosser Rat	2'073.4	2'379.0	2'000.1	-305.6	-12.8
Parlamentdienst	1'631.9	1'708.0	1'602.4	-76.0	-4.5

#### Kommentar

1 Der Mehraufwand von 172'000 Franken beim gesamten Personalaufwand hat mehrere Ursachen. Ein Anteil von 110'000 Franken bei der Kostenstelle Grosser Rat beruht auf einer höheren Anzahl von Sitzungen. Die optimistische Prognose, dass ein verkleinertes Parlament zu weniger Sitzungen führen würde, hat sich nicht bestätigt. Für den auf den Parlamentsdienst fallenden Mehraufwand von 62'000 Franken sind hauptsächlich zwei Faktoren massgebend. Zum einen war dies die ausserordentliche Situation bei der Unterstützung einzelner Kommissionen, insbesondere für die rechtzeitige Umsetzung der Anpassungen bei den Prozessordnungen an die Vorgaben des Bundes. Der zweite Faktor war die Einführung der vollständigen Protokollierung der Plenumsitzungen ab 2009. Die entsprechenden HR-Ressourcen wurden auf der Basis 2008 budgetiert (nur Wortprotokolle der Sachgeschäfte und Interpellationen). Da die umfangreichen Protokolle nicht mehr gedruckt, sondern nur noch zum Download bereitgestellt werden, konnte dieser Mehraufwand beim Sachaufwand vollständig kompensiert werden.

## Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte übt seine Aufsichtstätigkeit in völliger Unabhängigkeit aus. Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe des Kantons und aller Gemeinden beim Bearbeiten von Personendaten;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über das Bearbeiten von Personendaten nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audit);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- Stellungnahme zu datenschutzrelevanten Erlassen;
- Information für Bevölkerung, Medien und öffentliche Organe;
- Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden anderer Kantone, des Bundes und des Auslandes;
- Berichterstattung;
- Autorisierung von Online-Zugriffen von öffentlichen Organen auf Datenbestände anderer öffentlicher Organe und von Videoüberwachungsanlagen, die durch staatliche Organe betrieben werden.

Mit der Inkraftsetzung des am 9. Juni 2010 beschlossenen Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG) wird das Aufgabenfeld des Datenschutzbeauftragten über die Bearbeitung von Personendaten hinaus auf den Umgang mit Informationen generell ausgeweitet werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Datenschutzbeauftragter	9.7 Behörden

## Tätigkeiten und Projekte

Im zweiten Jahr der neu strukturierten Datenschutzaufsichtsstelle standen die Konsolidierung und die Weiterentwicklung der neu einzuführenden Prozesse im Vordergrund.

Seit der Abschaffung der kommunalen Datenschutzkommissionen der Einwohnergemeinden Riehen und Bettingen hat der Datenschutzbeauftragte die Aufsicht über alle Gemeinden.

Die Nachfrage nach Beratungsdienstleistungen zugunsten der öffentlichen Organe war ungebrochen hoch. Die Themen reichten vom Recht aus Auskunft und Einsicht von betroffenen Personen (z.B. Sozialhilfebezüger(inne)n), von der Überwachung am Arbeitsplatz (Telefon, Internet, weitere Log-Daten), der Videoüberwachung und der Internet-Fahndung über den Umgang mit E-Mail-Konten (bei Abwesenheit, Ausscheiden, Tod), die Rechtsgrundlagen bei Datenbekanntgaben (insb. bei Online-Zugriffen) bis hin zu Erhebungen für Statistik und Forschung, zur Aufbewahrung von Daten, zum Care Management, zu Personal- und Patientendossiers und Kirchensteuern.

Im Bereich der anlassfrei durchzuführenden Kontrollen (Datenschutz-Audit) wurden die zwei Pilotversuche abgeschlossen. Der erste „richtige“ Datenschutz-Audit wurde begonnen, konnte aber bis Jahresende noch nicht abgeschlossen werden. In Abstimmung mit dem Bund und anderen Kantonen wurde die „Schengen-Kontrolle“ unter Beizug externer Auditoren durchgeführt und die Methodologie für künftige schweizweite „Schengen-Kontrollen“ vorbereitet.

Im Hinblick auf die Umsetzung des IDG führte der Datenschutzbeauftragte mehrere Informations- und Schulungsveranstaltungen für öffentliche Organe durch. Ausserdem wurde er zu den Vorbereitungsarbeiten der Informations- und Datenschutzverordnung beigezogen.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	2.9			

#### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	561.5	633.5	441.8	-72.0	-11.4
31 Sachaufwand	112.0	181.4	204.2	-69.4	-38.3
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>673.5</b>	<b>814.9</b>	<b>646.0</b>	<b>-141.4</b>	<b>-17.4</b>
43 Entgelte	-1.1	0.0	-1.8	-1.1	...
<b>4 Ertrag</b>	<b>-1.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.8</b>	<b>-1.1</b>	<b>...</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>672.4</b>	<b>814.9</b>	<b>644.2</b>	<b>-142.6</b>	<b>-17.5</b>
davon Produktgruppe(n):					
Datenschutzaufsichtsstelle	672.4	814.9	644.2	-142.6	-17.5

Die Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden anderer Kantone, des Bundes und - v.a. im Zusammenhang mit „Schengen“ - des Auslandes ist intensiv, insbesondere im Rahmen von privatim, der Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten (im Vorstand und in diversen thematischen Arbeitsgruppen). Ausserdem wurde der Datenschutzbeauftragte zur Mitarbeit in verschiedenen Experten- und Arbeitsgruppen des Bundes beigezogen.



## 8 Die Gerichte



## Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht es seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

## Tätigkeiten und Projekte

Personelle Änderungen: Per 1. November 2010 haben Dr. Caroline Meyer und lic. iur. André Equey zu gleichen Teilen als Nachfolgerin bzw. Nachfolger von Dr. Andreas Schröder dessen richterliche Aufgaben beim Einzelgericht für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht übernommen. Daneben sind sie als Gerichtsschreiberin bzw. Gerichtsschreiber tätig. Dr. Schröder ist auf Anfang 2011 im Kanton Basel-Landschaft zum Strafgerichtspräsidenten gewählt worden.

Das Jahr 2010 stand bei den Gerichten ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die ab 1. Januar 2011 geltenden eidgenössischen Prozessgesetze, d.h. Zivilprozessordnung (ZPO) und Strafprozessordnung (StPO). In diesem Zusammenhang war eine Vielzahl von Arbeiten notwendig, die nebst der eigentlichen Aufgabe der Rechtsprechung haben bewältigt werden müssen. So haben Mitarbeitende der Gerichte in den Arbeitsgruppen mitgewirkt, welche die Entwürfe der kantonalen Einführungsgesetze (EG StPO und EG ZPO) verfasst haben. Ebenso wurden die Entwürfe zu verschiedenen Verordnungen erarbeitet sowie interne Reglemente erlassen und Anpassungen der Organisation vorgenommen. Ausserdem haben die Juristinnen und Juristen der Gerichte Veranstaltungen zur Weiterbildung besucht, welche natürlich auch unter der Geltung des neuen Rechts noch weitergeführt werden muss. Eine sehr aufwändige Arbeit beinhaltet die Anpassung des EDV-Systems an das neue Recht, wobei ebenfalls noch laufend Ergänzungen vorzunehmen sind.

All diese Arbeiten haben im Jahr 2010 von allen Beteiligten einen grossen Einsatz verlangt, nicht zuletzt, weil die Gesetzgebungsarbeiten zum Erlass der erwähnten Einführungsgesetze, vor allem des EG ZPO, vom Regierungsrat sehr spät in Angriff genommen worden sind. Dies hat dazu geführt, dass auch die Mitglieder des Grossen Rates und vor allem der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission ihre Arbeit unter grossem Zeitdruck haben verrichten müssen. Die Gerichte sind der Legislative dankbar, dass die Gesetzgebung schliesslich noch rechtzeitig abgeschlossen worden ist.

Das Appellationsgericht hat sich seit Frühjahr 2008 mit Abklärungen zur Abschätzung der Auswirkungen der schweizerischen Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung sowie der bereits seit Anfang 2009 geltenden Rechtsweggarantie gemäss Art. 29a der Bundesverfassung auf die Geschäftslast beschäftigt und der Regierung Anfang Juli 2008 einen ersten Bericht über den erwarteten Mehraufwand übermittelt. Dieser wurde 2009 und zu Beginn des Jahres 2010 mehrfach ergänzt und präzisiert. Ab 2010 fanden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung statt. Dabei gewannen die Angehörigen der Gerichte aufgrund der Äusserungen von Mitarbeitenden des Finanzdepartements den Eindruck, dass ihren Anträgen um zusätzliche personelle Ressourcen gefolgt würde, allerdings finanziell eine Aufteilung der Erhöhungen auf die Budgets der Jahre 2011 und 2012 vorgesehen werde. Mit einer solchen Etappierung der Aufstockungen konnten sich die Gerichte einverstanden erklären, unter der Voraussetzung, dass sie die verlangten Ressourcen bis Ende 2012 vollumfänglich erhalten würden. Vorbehalten blieb lediglich, dass das Budget 2012 nochmals hätte überdacht werden können, wenn der Aufwand (z.B. die Fallzahlen beim Appellationsgericht oder die Anzahl der schriftlich zu begründenden Urteile beim Zivil- und Strafgericht) im Jahre 2011 wesentlich unter den Annahmen der Gerichte zurückgeblieben wäre. Die Gerichte waren dann einigermaßen überrascht, als die Regierung in ihrem Ratschlag vom 2. Juni 2010 den Gerichten schematisch bloss die Hälfte der beantragten personellen Kapazitäten zugestehen wollte und eine weitere gesetzliche Anpassung von einer eingehenden Untersuchung ab 2011 und Berichterstattung durch eine externe

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.8	23.5	22.5	20.6	15.55
Hängige Verfahren	Anz	1'765	1'707	1'650	1'577	1'514
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	35'277	63'160	5'500	40'500	51'000

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	4'643.0	4'626.2	4'563.7	16.8	0.4
31 Sachaufwand	2'141.0	2'259.2	2'509.0	-118.1	-5.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	35.3	50.0	63.2	-14.7	-29.4
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6'819.3</b>	<b>6'935.3</b>	<b>7'135.8</b>	<b>-116.0</b>	<b>-1.7</b>
42 Vermögenserträge	-0.5	-0.6	-0.4	0.1	14.0
43 Entgelte	-522.2	-780.8	-967.5	258.6	33.1 <sup>1</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-522.7</b>	<b>-781.4</b>	<b>-967.9</b>	<b>258.7</b>	<b>33.1</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>6'296.6</b>	<b>6'154.0</b>	<b>6'167.9</b>	<b>142.6</b>	<b>2.3</b>
davon Produktgruppe(n):					
Keine Daten					
5 Ausgaben Investitionen	-174.8	0.0	1'750.0	-174.8	...
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>-174.8</b>	<b>0.0</b>	<b>1'750.0</b>	<b>-174.8</b>	<b>...</b>

### Kommentar

1 Die Einnahmen aus Gebühren sind wie jedes Jahr stark abhängig von der Art der Gerichtsfälle und vom Appellationsgericht nur schätzbar. Im 2010 sind sie deutlich tiefer ausgefallen als erwartet.

Fachperson abhängig gemacht wurde. Ein solches Vorgehen hätte bedeutet, dass eine Erhöhung der Anzahl Präsidien erst nach Ablauf mehrerer Jahre hätte realisiert werden können, da nach der aufwändigen Evaluation erneut das Gesetzgebungsverfahren hätte durchlaufen werden müssen. Da die Gerichte die im Hinblick auf das neue Recht benötigten Mittel ihrer Ansicht nach seriös und mit Zurückhaltung abgeschätzt hatten und keine Kapazitäten erkennbar waren, die noch hätten ausgeschöpft werden können, mussten sie befürchten, dass sich in diesen Jahren eine Menge von unerledigten Verfahren aufstauen würde und die Rechtsuchenden jahrelang auf die Behandlung ihrer Anliegen warten müssten. Hinzu kam, dass im Ratschlag keine sachliche Begründung zu finden war, weshalb die Hälfte der beantragten Ressourcen genügen sollte. Die Gerichte sahen sich daher veranlasst, anlässlich einer Medienkonferenz vom 12. August 2010 auf diese Gefahr aufmerksam zu machen.

Das Appellationsgericht hat mit grosser Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass der Grosse Rat seiner Argumentation gefolgt und demzufolge seinen Anträgen auf Erhöhung der im Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) festgelegten Zahl der Gerichtspräsidien vollumfänglich gefolgt ist. Entsprechend muss auch der Bestand des übrigen Personals (GerichtsschreiberInnen und Kanzleimitarbeitende) erhöht werden.

Aufgrund der neu geltenden Vorschriften des Bundes muss das Appellationsgericht ab 1. Januar 2011 im Zivil- und Strafprozess Fälle bearbeiten, die bislang durch die erstinstanzlichen Gerichte als einzige kantonale Instanzen behandelt worden sind. Im Bereich des Strafrechts geht es um Beschwerden gegen Verfügungen der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere gegen Einstellungsbeschlüsse der Staatsanwaltschaft, und im Zivilrecht um Verfahren betr. geistiges Eigentum, Kartellrecht, Gebrauch einer Firma und unlauteren Wettbewerb etc. Hinzu kommen jedenfalls für eine Übergangszeit Patentrechtsstreitigkeiten, weil das Bundespatentgericht entgegen früheren Erwartungen seine Arbeit nicht per 1. Januar 2011 aufnehmen können. Aufgrund der Verschiebung dieser Kompetenzen zwischen den kantonalen Gerichten wird es nach dem Beschluss des Grossen Rates über die Revision des GOG auch zu einer Verschiebung der Kapazitäten in den Präsidien kommen. Bis dies umgesetzt ist, d.h. bis die im Jahr 2011 zu wählenden Präsidentinnen und Präsidenten des Appellationsgerichts ihr Amt antreten, ist gemäss Plenarbeschluss desselben vorgesehen, dass die fraglichen Aufgaben in Anwendung von §62 Abs. 3 GOG von je zwei Präsidenten des Zivilgerichts

bzw. des Strafgerichts übernommen werden. Freundlicherweise haben sich die Herren Strafgerichtspräsidenten Dr. Lukas Faesch und Dr. René Ernst sowie Zivilgerichtspräsidenten Dr. Hardo Loehr und lic. iur. Bruno Lötscher bereit erklärt, in diesem Sinne ab 1. Januar 2011 während beschränkter Zeit als ausserordentliche Präsidenten des Appellationsgerichts tätig zu werden.

Das Appellationsgericht hofft, die in den nächsten Jahren anfallende Arbeit mit den jetzt bewilligten Ressourcen bewältigen zu können. Eine gewisse Skepsis besteht allerdings, vor allem im Hinblick auf die bereits jetzt stark angestiegenen Fallzahlen im Bereich des Verwaltungsrechts (siehe Statistik sowie Bemerkungen dazu). Indessen ist abzuwarten, ob sich darin ein Trend manifestiert oder ob die Eingänge ab 2011 wieder einen üblichen Umfang aufweisen werden. Ebenso wird zu prüfen sein, wie sich die Arbeitsbelastung unter der Geltung der neuen Prozessordnungen im Zivil- und Strafrecht entwickeln wird. Diesbezüglich ist eine Evaluation der erforderlichen Ressourcen durch einen Experten vorgesehen.

Fest steht allerdings, dass das Appellationsgericht während mindestens den nächsten zwei Jahren eine sehr starke Belastung erfahren wird durch die Bearbeitung eines in den letzten Tagen des Jahres 2010 vom Strafgericht überwiesenen Falles einer Anklage wegen Wirtschaftsdelinquenz. Die Akten des Verfahrens sind ausserordentlich umfangreich, und vor allem die Tatsache, dass über tausend Geschädigte daran beteiligt sind, wird zu einem sehr grossen Arbeitsaufwand führen. Das Appellationsgericht behilft sich zwar seit Jahrzehnten mit dem Einsatz von nebenamtlichen Richterinnen und Richtern als sog. ausserordentlichen Referentinnen und Referenten, wozu jeweils pensionierte Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten (zur Zeit die Herren Dr. Eugen Fischer, Alt-Präsident des Appellationsgerichts, und Dr. Jeremy Stephenson, Alt-Präsident des Strafgerichts) sowie wenige andere nebenamtliche Richterinnen und Richter mit langjähriger Erfahrung und zeitlichen Kapazitäten gehören, um umfangreiche Verfahren erledigen zu können. Indessen übersteigt dieser neu eingegangene Fall, für dessen Akten eigens ein Raum hat frei gemacht werden müssen, die im Normalbetrieb vorhandenen Kapazitäten des Appellationsgerichts, und zwar selbst unter Berücksichtigung der ab 2011 zusätzlich bewilligten (aber noch nicht amtierenden) Präsidien.

Im Zusammenhang mit den gesetzgeberischen Arbeiten zur Anpassung des kantonalen Rechts an die eidgenössischen Prozessordnungen hat sich die Notwendigkeit gezeigt, das mittlerweile über 115-jährige Gerichtsorganisationsgesetz einer Totalrevision zu unterziehen. Zum einen ist das Gesetz in seiner Systematik wie auch bezüglich zahlreicher Vorschriften schlichtweg veraltet, und zum andern ist es durch die vielen Teilrevisionen sehr unübersichtlich geworden. Darüber hinaus soll diese Totalrevision nach Auffassung der Gerichte zum Anlass genommen werden, die Rolle der Justiz im Staatswesen zu überdenken und dieser durch entsprechende Normen Rechnung zu tragen. Wie bereits in früheren Jahresberichten ausgeführt (vgl. insb. Jahresbericht 2009), sind die Gerichte der Auffassung, dass die institutionelle Unabhängigkeit der Basler Justiz gegenüber der Exekutive verstärkt werden sollte. Ob und wie dieses Anliegen umgesetzt werden kann, wird sich bei der Totalrevision des GOG zeigen.

Im Berichtsjahr hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zu einer erneuten Revision des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) eröffnet, mit der eine deutliche Verschärfung des erst seit Anfang 2007 geltenden Sanktionenrechts angestrebt wird. Das Appellationsgericht hat sich dazu nach Anhörung des Strafgerichts im Hinblick auf die vom Kanton einzureichende Stellungnahme zu Händen des Regierungsrates geäussert. Dabei hat es die Auffassung vertreten, dass die Bestimmungen über strafrechtliche Sanktionen eine gewisse Beständigkeit haben und deshalb nicht innert wenigen Jahren mehrfach radikal geändert werden sollten. Zumindest sollten damit während einigen Jahren Erfahrungen in der Praxis gesammelt werden. Das Appellationsgericht hat auch davor gewarnt, nach der erwähnten Revision der in Frage stehenden Bestimmungen per 1. Januar 2007, die teilweise sehr weitgehende Milderungen zu Gunsten von Straftätern gebracht hat, nun ausschliesslich den Anliegen und der Kritik der Strafverfolgungsbehörden Rechnung zu tragen. Bei einem solchen Vorgehen besteht die Gefahr, dass das Gesetz in wenigen Jahren wieder geändert werden muss, um den verschiedenen Interessen angemessene Lösungen zu finden. Es wurde daher vorgeschlagen, nur jene Bestimmungen zu ändern, bei denen einigermassen Konsens von verschiedenen mit Strafverfahren befassten Institutionen über die Notwendigkeit einer Anpassung besteht. Im Übrigen erscheint diese erneute Revision auch deshalb nicht als besonders dringlich, weil bereits im Rahmen des geltenden Rechts gewisse Verschärfungen der strafrechtlichen Praxis möglich sind,

wenn solche als angezeigt erachtet werden. Diesbezüglich kann z.B. auf den Beschluss des Präsidiums des Basler Strafgerichts von Ende 2009 hingewiesen werden, wonach Gewaltdelikte künftig generell härter bestraft werden sollten. Darüber wurde in den Medien eingehend berichtet.

Ebenso wie das Strafgericht (vgl. dessen Jahresbericht) hat das Appellationsgericht im Bereich des Strafvollzugs feststellen müssen, dass recht lange Zeit zwischen der rechtskräftigen Aussprechung von Freiheitsstrafen und der effektiven Verbüßung derselben verstreicht. Der Strafvollzug als Teil des Amtes für Justizvollzug beim Justiz- und Sicherheitsdepartement erlässt zwar pflichtgemäss die nötigen Aufgebote für den Antritt der Strafen, doch kann dieser – offenbar wegen Kapazitätsengpässen in den Vollzugsanstalten – oft jeweils erst mehrere Monate später erfolgen. Dies erscheint unter verschiedenen Gesichtspunkten als unhaltbarer Zustand. Zum einen sollte in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, dass rechtskräftige Strafen zwar ausgesprochen, aber auf absehbare Zeit nicht vollzogen werden. Die Strafjustiz läuft so Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, nicht zuletzt auch gegenüber Personen, die gefährdet sind, in die Delinquenz abzurutschen. Zum andern sollten die Verurteilten den Strafvollzug möglichst bald hinter sich bringen können, damit anschliessend eine Reintegration in die Gesellschaft möglich ist. Vor dem Freiheitsentzug leben sie in einer sozial und wirtschaftlich unsicheren Lage, was im Hinblick auf ihre Rückfallgefahr problematisch ist. Zudem muss, da sie kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, unter Umständen die Sozialhilfe Leistungen für sie erbringen.

Als Beispiel für das eben Gesagte sei folgender Fall erwähnt: Das Appellationsgericht hat im Jahr 2010 gegen einen Beurteilten insbesondere wegen Vergewaltigung, Gefährdung des Lebens und Nötigung eine Freiheitsstrafe von 27 Monaten ausgesprochen, wovon er aufgrund der Gewährung des teilbedingten Vollzugs deren 13 Monate verbüßen muss. Nach rechtskräftiger Erledigung des Strafverfahrens erhielt er ein Aufgebot zum Strafvollzug in etwa einem halben Jahr. Darauf begann er Morddrohungen gegen die in jenem Strafprozess als Opfer beteiligte Person auszustossen, was dazu führte, dass er in Untersuchungshaft genommen und ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet werden musste.

Bereits in den vergangenen Jahren hat das Appellationsgericht über die Einführung des neuen elektronischen Geschäftsführungssystems JURIS berichtet. Nachdem das Appellationsgericht im Dezember 2009 damit zu arbeiten begonnen hatte, erfolgte im Jahr 2010 die Umstellung beim Sozialversicherungsgericht und beim Zivilgericht. Die Einführung beim Strafgericht ist auf Januar 2011 terminiert. Wie es bei solchen komplizierten Projekten nicht selten vorkommt, sind in der Anfangsphase einige Mängel aufgetreten, und es dauerte auch mehr als ein halbes Jahr, bis die Herstellerfirma die vom Appellationsgericht benötigten Texte durch Anpassung der Software integriert hatte. Diese Schwierigkeiten konnten beim Appellationsgericht bis Ende 2010 aber weitestgehend behoben werden. Dies war beim Sozialversicherungsgericht und vor allem beim Zivilgericht aufgrund der erst im Oktober 2010 erfolgten Umstellung noch nicht der Fall. Zum einen sind noch diverse Anpassungsarbeiten vorzunehmen, und zum andern müssen sich die Mitarbeitenden weiter an das neue System gewöhnen. Generell noch nicht realisiert werden konnte das Vorhaben, die zu verschickenden Dokumente zentral auszudrucken und durch eine automatische Verpackungsanlage für den Versand vorzubereiten. Demgegenüber funktioniert die elektronische Erfassung bzw. Erstellung sämtlicher Prozessakten inzwischen reibungslos, was den Juristinnen und Juristen bei ihrer Arbeit sehr zugute kommt.

Im Sommer 2010 hat der Grosse Rat einer Vorlage zum Ausbau des Dachstock des Gerichtsgebäudes an der Bäumleingasse 1 zugestimmt. Damit wird dem durch die personelle Verstärkung der dort befindlichen Gerichte (Appellationsgericht und Zivilgericht) entstehenden zusätzlichen Raumbedarf Rechnung getragen. Die Einrichtung von Arbeitsplätzen in ungenutzten Räumen innerhalb der bestehenden Gebäudehülle ist trotz der dadurch entstehenden Kosten auf lange Sicht zweifellos die beste Lösung, und zwar sowohl im Hinblick auf das raumplanerische Ziel des haushälterischen Umgangs mit dem knappen Boden als auch unter dem Gesichtspunkt der betrieblichen Bedürfnisse der Gerichte. Im Übrigen wurde der betreffende Dachstock bereits bei der umfassenden Renovation des Gerichtsgebäudes in den Jahren 1988 bis 1991 als „Raumreserve“ bezeichnet.

Die Statistik des Appellationsgerichts zeigt für das Jahr 2010 in einigen Kategorien etwas ansteigende Fallzahlen (z.B. bei den zivilrechtlichen Beschwerden und den Haftbeschwerden), die aber im

langjährigen Vergleich nicht aus dem Rahmen fallen.

Eine deutliche Erhöhung von fast 40% ist hingegen bei den strafrechtlichen Appellationen zu verzeichnen. Die künftige Entwicklung wird zeigen, ob dieser Anstieg von Dauer sein wird oder ob die Situation im Jahr 2010 vor Einführung der schweizerischen StPO zu einer einmaligen Erhöhung der Fallzahlen in einem solchen Ausmass geführt hat. Das Strafgericht hat sich bemüht, 2010 noch zahlreiche Fälle zu erledigen, damit es ab 2011 nicht durch grosse Rückstände belastet ist, denn die neue StPO schreibt vor, dass nach der mündlichen Eröffnung eines Urteils innert Frist von 60 Tagen bzw. in Ausnahmefällen 90 Tagen die schriftliche Begründung versandt werden muss. Immerhin ist festzustellen, dass die eingegangenen Straffälle seit 2000 eine stetig steigende Tendenz zeigen.

Absolut aussergewöhnlich ist die Zahl der im Jahr 2010 eingegangenen Verwaltungsrekurse. Im Jahr 2009 waren 159 bzw. im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2009 169 Eingänge solcher Fälle zu verzeichnen. Demgegenüber gingen im Jahr 2010 deren 291 ein. Das entspricht einer Zunahme um 83 % gegenüber 2009 bzw. 72% gegenüber dem langjährigen Durchschnitt. Die gestiegenen Zahlen entfallen zu einem guten Teil auf Rekurse gegen Entscheide des Justiz- und Sicherheitsdepartements im Bereich des Ausländerrechts. Dazu sind in zahlreichen Fällen die Entscheide des Strafgerichts betr. Bussenumwandlungen angefochten worden. Im zweitgenannten Fall wird der direkte Instanzenzug ab 2011 nicht mehr bestehen, weshalb hier ein Rückgang zu erwarten ist. Darüber hinaus kann die Frage, ob die Entwicklung im Jahr 2011 gleich weitergehen wird, vorausblickend nicht beantwortet werden.

Der starke Anstieg der Fallzahlen beim Verwaltungsgericht und in etwas vermindertem Masse bei den Strafappellationen hat zwangsläufig zu einem erheblichen Anstieg der unerledigten Fälle geführt. Dieser Umstand, dass das Appellationsgericht bei Einführung der neuen Prozessordnungen im Zivil- und Strafrecht, wovon künftig eine deutliche Erhöhung der Fallzahlen in gewissen Bereichen zu erwarten ist, bereits grosse Rückstände verzeichnen muss, gibt Anlass zur Sorge. Dies gilt umso mehr, als schon in den vorangegangenen Jahren ein stetiges, wenn auch moderates Ansteigen der Zahl der unerledigten Fälle zu verzeichnen war. Dies führte denn auch, nicht zuletzt in wirtschaftlich bedeutsamen Fällen, zu einer Zunahme der Rückfragen von Anwältinnen und Anwälten zum Verfahrensstand. Wie schon anlässlich einer Medienkonferenz der Gerichte vom 12. August 2010 im Zusammenhang mit deren Anträgen auf Bewilligung zusätzlicher Ressourcen ab 2011 bemerkt wurde, will das Appellationsgericht auch in Zukunft unter allen Umständen vermeiden, dass hier „italienische Zustände“ mit einer riesigen Last unerledigter Gerichtsfälle herrschen.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahr 2010 (2009) insgesamt 81 (94) Entscheide getroffen. Davon ergingen 75 (90) in 60 (64) Sitzungen, während 6 (4) Fälle ohne Verhandlung beurteilt wurden.

Insgesamt wurde 55 (59) mal vom Migrationsamt angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft. Davon erwiesen sich 48 (56) Fälle als zulässig; in 7 (3) Fällen wurde die Ausschaffungshaft als unzulässig beurteilt. Weiter standen 12 (22) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 11 (22) bewilligt und 1 (0) nicht bewilligt wurden. In 6 (3) Fällen wurde Vorbereitungshaft genehmigt, in 0 (0) Fällen wurde sie nicht genehmigt. 0 (2) Haftentlassungsgesuche wurden abgewiesen und 1 (2) Haftentlassungsgesuche als gegenstandslos erklärt. Sodann wurden 4 (2) Rekurse gegen Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügungen erhoben. 2 (1) wurden abgewiesen, 2 (1) wurden für gegenstandslos erklärt. In 1 (1) Fall wurde die angeordnete Durchsetzungshaft bestätigt. In 2 (3) Fällen wurde die Verlängerung der Durchsetzungshaft genehmigt. In 0 (0) Fällen wurde der Antrag abgewiesen. Von den 81 (94) beurteilten Fällen betrafen 79 (85) Männer und 2 (9) Frauen. Das Bundesgericht hatte im Berichtsjahr 4 (3) Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide der Einzelrichterin und des Einzelrichters zu beurteilen. Eine Beschwerde wurde abgeschrieben und auf drei Beschwerden wurde nicht eingetreten.

Aus der diesjährigen Rechtsprechung der Einzelrichterinnen und Einzelrichter für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht ist - beispielhaft für die oft komplexen aufgeworfenen Fragen und Interessen im Ausländerrecht - folgender Fall hervorzuheben: Gleichzeitig mit dem Entscheid des Nichteintretens auf das Asylgesuch eines Irakers verfügte das Bundesamt für Migration seine Wegweisung und eine 20-tägige Empfangsstellenhaft nach Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 5 (a)AuG. In der Folge zeigte sich, dass die Ausschaffung wohl nicht innert dieser 20 Tage würde vollzogen werden können.

Das kantonale Migrationsamt verfügte daher zu Recht unverzüglich und noch während der laufenden Empfangsstellenhaft Ausschaffungshaft für drei Monate. Diese erwies sich bei ihrer Überprüfung mangels Haftgrund als unzulässig, womit der Ausländer aus der vom kantonalen Migrationsamt angeordneten Ausschaffungshaft zu entlassen war. Das Bundesamt für Migration hat dem kantonalen Migrationsamt nach Kenntnisnahme des Entscheids telefonisch mitgeteilt, der Ausländer würde nicht aus der Empfangsstellenhaft entlassen. In der Folge ergab sich, dass der Ausländer offenbar tatsächlich nicht innert der 20 Tage ausgeschafft werden konnte und er darüber hinaus noch wenige weitere Tage im „Flughafentransit“ festgehalten wurde. Dieses Vorgehen des Bundesamtes für Migration erachten die Einzelrichterinnen und Einzelrichter als höchst fragwürdig. Denn mit der Anordnung der Ausschaffungshaft während laufender Empfangsstellenhaft fällt diese dahin (vgl. BVerwGer 2C\_197/2009 vom 28. Mai 2009: „a remplace“). Ist die (ersetzende) Ausschaffungshaft unzulässig, ist der Ausländer ohne Weiteres aus der Haft zu entlassen. Das kantonale Migrationsamt hat sich anlässlich einer Besprechung mit den Einzelrichterinnen und Einzelrichtern mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt. Es wäre allerdings wünschenswert, wenn der Bundesgesetzgeber den Kompetenzkonflikt klären würde.

Im Folgenden sind die Statistiken des Appellationsgerichts in gekürzter Form angeführt. Für deren detaillierte Fassung sowie die Übersicht über die Rechtsprechung des Appellations- bzw. Verwaltungsgerichts wird auf die im Internet abrufbare Rubrik „Spezialberichte“ verwiesen.

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten zehn Jahren präsentiert sich wie folgt:

### Tabelle Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Zivilsachen	42	40	38	65	42	53	39	45	47	36	47
Strafsachen	144	105	109	102	94	98	83	80	77	88	78
Verzeigungssachen	14	16	23	12	18	18	12	20	10	17	27
Verwaltungs-, Verfassungs-, Disziplinar- und Lohnrekurse	291	159	174	168	195	178	157	158	189	176	140
Beschwerden	124	113	122	123	152	150	124	136	132	149	123
Haftbeschwerden	35	19	19	19	21	27	32	34	22	15	24
Diverse Eingaben und Geschäfte	781	923	736	665	727	672	670	610	873	454	538
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	94	192	248	138	149	131	127	169	243	276
<b>Total</b>	<b>1'512</b>	<b>1'469</b>	<b>1'413</b>	<b>1'402</b>	<b>1'387</b>	<b>1'345</b>	<b>1'248</b>	<b>1'210</b>	<b>1'519</b>	<b>1'178</b>	<b>1'253</b>

	Fälle 2010	Fälle 2009
Unerledigt wurden aus dem Vorjahr übernommen:	253	238
Im Berichtsjahr gingen ein:	1'512	1'469
<b>Total Fälle</b>	<b>1'765</b>	<b>1'707</b>
Ende 2010 waren hiervon zurückgezogen, zurückgewiesen, verglichen, gegenstandslos geklärt, dahingefallen, nicht eingetreten oder sonstwie erledigt:	270	193
Unerledigt blieben am 31. Dezember:	365	245
<b>Erledigte Fälle</b>	<b>1'130</b>	<b>1'269</b>
Die erledigten Fälle verteilen sich auf:		
Zivilsachen	14	22
Strafsachen	56	58
Verzeigungssachen	8	11
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	98	92
Beschwerden	67	57
Haftbeschwerden	25	12
Diverse Eingaben und Geschäfte	781	923
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	94
In den 14 (Jahr 2009: 22) Zivilsachen wurde das erstinstanzliche Urteil		
bestätigt in	6	15
abgeändert in	8	7
Fällen		
In den 56 (Jahr 2009: 58) Strafsachen wurden 60 (Jahr 2009: 68) Personen beurteilt.		
Es erfolgte:		
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils bei	24	35
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten Beurteilten bei	22	24
resp. zuungunsten der Beurteilten bei	14	9
Fällen		
In den 8 (Jahr 2009: 11) Verzeigungssachen wurden 8 (Jahr 2009: 11) Personen beurteilt.		
Es erfolgte:		
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils bei	5	6
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten der Beurteilten bei	3	5
resp. zuungunsten der Beurteilten bei	0	0
Fällen		

Von den 98 (85) behandelten Rekursen wurden 22 (14) gutgeheissen und 76 (71) abgewiesen.

Von den 67 (57) behandelten Beschwerden gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 15 (18) gutgeheissen und 52 (39) abgewiesen.

Von den 25 (13) behandelten Haftbeschwerden wurden 1 (0) gutgeheissen und 24 (13) abgewiesen.

Sechsmal (4) tagte im Berichtsjahr die Präsidentenkonferenz, einmal (1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

Im Berichtsjahr fanden 143 (149) Sitzungen statt, wovon 45 (43) auf die drei Kammern, 38 (41) auf den Ausschuss und 60 (64) auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter entfielen. 0 (1) tagte die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte.

28 (23) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 28 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 59 (64) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten registriert und 27 (26) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es waren 0 (9) Gesuche von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz zu behandeln. In 14 (9) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.



**Bundesgericht**

	Beschwerde in Zivilsachen		Beschwerde in Strafsachen		Beschwerde in öffentl. rechtl. Angelegenheiten		Verfassungsbeschwerde	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Am 1. Januar 2007 waren pendent	7	7	8	14	9	8	2	2
Im Berichtsjahr gingen ein	13	15	28	34	26	25	4	8
<b>Total</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>48</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>10</b>
Zurückgezogen, nicht eingetreten	4	6	2	11	8	16	4	5
gutgeheissen	2	1	3	3	3	0	0	1
abgewiesen	4	7	22	25	9	10	0	1
unerledigt blieben	10	8	9	9	15	7	2	3
<b>Total</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>48</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>10</b>

## Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich sämtliche Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen werden. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze sowie die Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt. Je nach Schwere und Art der Straftat kommt entweder das Verfahren auf öffentliche Klage (Anklagen der Staatsanwaltschaft; meist schwerere Delikte), das Verzeigungsverfahren (Verzeigungen der Staatsanwaltschaft oder anderer baselstädtischer Behörden; meist Übertretungen, rund 60% aus dem Strassenverkehrsbereich) oder das Privatklageverfahren (die geschädigte Person tritt selber als Anklägerin auf, insbesondere bei Ehrverletzungen, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch) zur Anwendung. Die Rekurskammer des Strafgerichts entscheidet über Rekurse gegen Verfahrenseinstellungen und Einspracheentscheide des Ersten Staatsanwaltes sowie über Entschädigungen wegen ungerechtfertigter Strafverfolgung, während der Haftrichter über die Anordnung bzw. Verlängerung der Untersuchungshaft zu befinden hat. Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb dieser verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

## Tätigkeiten und Projekte

### Eidgenössische Strafprozessordnung

Neben den ordentlichen Geschäften musste sich das Strafgericht im Jahre 2010 auf allen Ebenen sehr intensiv mit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) per Anfangs 2011 befassen, die sowohl in juristischer als auch in organisatorischer Hinsicht zahlreiche Änderungen zur Folge hat. Wir verweisen dazu auch auf den Jahresbericht 2009 des Strafgerichts.

In gesetzlicher Hinsicht sind 2010 mit der Verabschiedung des Einführungsgesetzes (EG) zur StPO und einiger Änderungen im Gerichtsorganisationsgesetz verschiedene politische Entscheide im Hinblick auf die neue StPO getroffen worden. Für die Zuständigkeit des Strafgerichts bedeuten diese Entscheide u.a., dass bei Beschwerden gegen Verfügungen im Vorverfahren und gegen Einstellungsbeschlüsse nicht – wie ursprünglich im Entwurf des EG vorgesehen – Präsidentinnen und Präsidenten sowie Richterinnen und Richter sowohl des Straf- als auch des Appellationsgerichts im Beschwerdegericht zum Einsatz kommen, sondern dass diese Beschwerden vom Appellationsgericht als Einzelgericht entschieden werden. Im Weiteren bleibt die Kompetenz des Strafgerichts als Einzelgericht unverändert bei 12 Monaten Freiheitsstrafe bzw. 360 Tagen Geldstrafe; die eidg. StPO hat es den Kantonen überlassen, ob sie die Kompetenz des Einzelgerichts auf 24 Monate Freiheitsstrafe ausdehnen wollen, wovon der Kanton Basel-Stadt keinen Gebrauch gemacht hat.

Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden neu vom Zwangsmassnahmengericht als Einzelgericht angeordnet. Die Kompetenzen des Zwangsmassnahmengerichts entsprechen in etwa denjenigen des bisherigen Haftrichters. Allerdings werden die mündlichen Verhandlungen, wie sie unter Geltung der alten StPO durchgeführt worden sind, seltener werden. Stattdessen werden häufiger Entscheide im schriftlichen Verfahren gefällt werden. Obligatorisch ist die Durchführung einer mündlichen Verhandlung nur noch bei Anordnung der Untersuchungshaft und bei Haftentlassungsgesuchen, wobei die beschuldigte Person allerdings auf eine mündliche Verhandlung verzichten kann.

Durch die neue StPO wird auch das bisherige strenge Unmittelbarkeitsprinzip, das die baselstädtische StPO für das erstinstanzliche Hauptverfahren vorsah, aufgehoben. Neu kann das Gericht grundsätzlich auf die entsprechend den Vorschriften der StPO im Vorverfahren erhobenen Beweise abstellen und ist nicht mehr verpflichtet, diese in der Hauptverhandlung nochmals zu relevieren. Soweit allerdings die unmittelbare Kenntnisnahme eines Beweises durch das Gericht erforderlich erscheint, wird sich das Strafgericht indes auch in Zukunft nicht damit begnügen, Beweisergebnisse aus dem Vorverfahren bloss nachzuvollziehen. Wichtige Beweise werden auch künftig in der Hauptverhandlung erhoben. So wird es auch unter der Geltung der neuen StPO unerlässlich sein, dass sich das Gericht aufgrund des unmittelbaren Eindrucks ein eigenes Bild von Opfer-Zeuginnen und -Zeugen machen kann. Daher wird in der Regel in einem solchen Fall zusätzlich zur Befragung im Vorverfahren auch eine Einvernahme in der Hauptverhandlung erfolgen; Ausnahmen werden bei jugendlichen Zeuginnen und Zeugen gemacht werden, von deren Befragung im Vorverfahren die Jugendanwaltschaft eine Bild- und Tonaufzeichnung angefertigt hat.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	60.3	58.1	54.1	52.0	52.9
Total Fälle (Klagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	28'413	23'595	30'828	31'170	37'595
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	1'013	1'136	1'072	926	1'052
Betreibungen für Bussen, Verfahrenskosten, Urteilsgebühren	Anz	1'565	3'675	1'386	3'063	3'208
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	5'089'400	4'112'001	5'663'649	3'837'689	3'238'625

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	10'508.5	10'005.4	10'104.5	503.1	5.0 <sup>1</sup>
31 Sachaufwand	3'515.0	3'129.8	3'331.7	385.2	12.3 <sup>2</sup>
33 Abschreibungen Finanzvermögen	5'089.4	5'510.0	4'112.0	-420.6	-7.6
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>19'112.9</b>	<b>18'645.1</b>	<b>17'548.2</b>	<b>467.7</b>	<b>2.5</b>
42 Vermögenserträge	-1.6	-2.0	-1.9	0.4	21.4
43 Entgelte	-8'945.0	-9'776.7	-8'061.1	831.6	8.5 <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-8'946.6</b>	<b>-9'778.7</b>	<b>-8'062.9</b>	<b>832.1</b>	<b>8.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>10'166.3</b>	<b>8'866.5</b>	<b>9'485.2</b>	<b>1'299.8</b>	<b>14.7</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

### Kommentar

- Die Differenz beim Personalaufwand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass seit Inkrafttreten des neuen PK-Gesetzes den vor dem Erreichen des 63. Altersjahres zurückgetretenen Präsidenten ein Ruhegehalt ausgerichtet wird, das zu Lasten der jeweiligen Dienststelle geht (vgl. §24a Lohngesetz). Dass die Präs. Dres. Stephenson und Thiriet per Ende 2009 zurücktreten werden und dass dementsprechend diese ab 2010 ein Ruhegehalt beziehen werden, war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt; es konnte deshalb auch kein Ruhegehalt budgetiert werden.
- Die Differenz beim Sachaufwand ist wegen des Kontos 318610 (Offizialverteidigerhonorare) entstanden. Dieser Posten kann nie genau budgetiert werden, da zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht abgeschätzt werden kann, in welcher Höhe solche Honorare im nächsten Jahr anfallen werden, und das Strafgericht darauf auch keinen Einfluss nehmen kann. Im zweiten Tertiäl ist bei den UV-Honoraren ein längerer Mordprozess mit vier Angeklagten besonders ins Gewicht gefallen, mussten doch alleine in jenem Prozess an die vier Verteidiger über 85'000 Franken an Honoraren ausgerichtet werden.
- Der Grund für die Abweichung gegenüber dem Budget sind die Mindereinnahmen bei den Urteilsgebühren (Konto 431020), weil die Zahl der bisher in diesem Jahr ausgestellten Strafbefehle rund 25% unter dem langjährigen Durchschnitt liegt. Die Zahl der ausgestellten Strafbefehle ist von uns nicht beeinflussbar, sondern hängt davon ab, wie viel Verzeigungen bei uns eingehen. Für die Mindereinnahmen bei den Bussen (Konto 437000) gilt das Gleiche wie bei den Urteilsgebühren. Die Mindereinnahmen beim Konto 439100, auf das in einem Strafprozess eingezogene Geldbeträge gebucht werden, hängen damit zusammen, dass in diesem Jahr bisher weniger Vermögenswerte eingezogen worden sind als angenommen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung lässt sich nicht genau abschätzen, in welchem Ausmass im folgenden Jahr Geldbeträge eingezogen werden; dies kann vom Strafgericht auch in keiner Weise beeinflusst werden. Es ist deshalb jeweils nur eine Schätzung aufgrund der Zahlen der Vorjahre möglich. Wie aus den Rechnungen der letzten Jahre entnommen werden kann, schwanken diese Einnahmen von Jahr zu Jahr stark.

Von 2011 an wird das Strafgericht ausserdem sämtliche Verhandlungen auf Tonträger aufzeichnen. So kann im Einverständnis der Parteien auf ein Vorlesen der in der Hauptverhandlung protokollierten Aussagen, wie es die neue StPO an sich vorschreibt, verzichtet werden. Die Tonaufnahme hat auch den Vorteil, dass neben dem Protokoll eine vollständige Tonaufzeichnung der erstinstanzlichen Verhandlung zur Verfügung steht, die es erlaubt, wichtige Teile z.B. im Rechtsmittelverfahren unmittelbar nochmals nachzuvollziehen.

### Platzprobleme im Straf- und Massnahmenvollzug

Beschäftigt hat das Strafgericht im Jahre 2010 auch der Mangel an Vollzugsplätzen, der im Berichtsjahr verstärkt evident geworden ist. Dies zeigt sich u.a. auch darin, dass die Wartezeiten im Untersuchungsgefängnis zwischen der Verurteilung und dem Antritt des Straf- bzw. Massnahmenvollzugs in vielen Fällen übermässig lang waren und sich deutlich mehr Insassen im Waaghof im Vollzug befanden, als dieser über Vollzugsplätze verfügt. Bei Verurteilten, die in eine offene Strafan-

stalt eingewiesen werden, besteht dieses Problem allerdings kaum, da in den offenen Anstalten in der Regel permanent einige Plätze frei sind. Lange Wartezeiten bestehen hingegen einerseits bei solchen Inhaftierten, die in eine geschlossene Anstalt (Bostadel, Lenzburg, Thorberg) eingewiesen werden müssen, d.h. bei Personen, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, sowie bei ausländischen Staatsangehörigen, bei denen Fluchtgefahr vorliegt. Andererseits müssen zu einer stationären psychiatrischen Massnahme gemäss Art. 59 StGB verurteilte Personen zwischen sechs Monaten und einem Jahr im Untersuchungsgefängnis auf einen Platz in einer geeigneten Institution warten. Abgesehen davon, dass ein derartiger Zustand aus rechtsstaatlichen Gründen bedenklich ist, stellt er nicht zuletzt für das Personal des Untersuchungsgefängnisses, das für eine Betreuung von psychisch auffälligen Straftätern nicht speziell geschult ist, eine ganz erhebliche Belastung dar. Zudem kann während der Zeit, in der diese Personen im Untersuchungsgefängnis auf einen frei werdenden Platz in einer geschlossenen Massnahmenvollzugsinstitution warten müssen, mit der eigentlichen Therapie, wie sie gemäss Urteil eigentlich vorgesehen und dringend nötig wäre, noch nicht begonnen werden.

Die Problematik der fehlenden Plätze im Straf- und Massnahmenvollzug wurde vom Strafgericht im Berichtsjahr mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement erörtert. Dabei hat sich herausgestellt, dass nicht nur der Kanton Basel-Stadt, sondern auch alle anderen dem Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz angehörenden Kantone unter dem Mangel an Vollzugsplätzen leidet. Es ist zwar geplant, in geschlossenen Anstalten zumindest einmal zusätzliche Plätze für den stationären Massnahmenvollzug zu schaffen – entsprechende interkantonale Gespräche haben bereits stattgefunden und weitere werden stattfinden –, doch wird das Problem des Mangels an Vollzugsplätzen in geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzugsanstalten die Gerichte und die zuständigen Behörden zweifellos noch längere Zeit beschäftigen, da in der absehbaren Zukunft kaum mit einer wesentlichen Veränderung beim Bedarf an Vollzugsplätzen in geschlossenen Anstalten zu rechnen sein wird.

### **Administratives**

Die laufenden Geschäfte wurden im Berichtsjahr in einer Plenargerichtssitzung und sieben Präsidentenkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch die vorsitzende Präsidentin und den Verwaltungschef erledigt.

Per 1. Januar 2010 hat die vormalige Statthalterin lic. iur. Kathrin Giovannone ihr Amt als Präsidentin angetreten. Als neuer Statthalter amtiert seit 1. Januar 2010 lic. iur. Dominik Kiener.

Infolge Inkrafttretens der eidgenössischen Strafprozessordnung ist die Kompetenz zur Ausstellung von Strafbefehlen per 1. Januar 2011 auf die Staatsanwaltschaft übergegangen. Das Amt des Strafbefehlsrichters beim Strafgericht wurde deshalb per Ende 2010 aufgehoben. Die bisherige Strafbefehlsrichterin lic. iur. Barbara Pauen Borer und die bisherigen Strafbefehlsrichter lic. iur. Georg Maurer und lic. iur. Gerhard Weber arbeiten ab 1. Januar 2011 wieder ausschliesslich als Gerichtsschreiber, wobei deren Beschäftigungsgrad im Umfang des bisherigen Strafbefehlsrichterpensums erhöht wurde.

## Statistiken

### 1. Strafgericht (öffentliche Anklagen)

Fälle	2010	2009
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	427	486
Neu eingegangene Fälle	741	905
<b>Total Fälle</b>	<b>1'168</b>	<b>1'391</b>
<b>Unerledigte Fälle per 31. Dezember</b>	<b>289</b>	<b>427</b>
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>879</b>	<b>964</b>

Personen	2010	2009
<b>Zur Beurteilung gekommene Personen</b>	<b>1'100</b>	<b>1'129</b>

	Fälle	Fälle	Sitzungs- Halbtage	Sitzungs- Halbtage
	2010	2009	2010	2009
Verhandlungen				
Einzelrichter/in	690	749		
Dreiergericht	169	186		
Kammer	12	21		
<b>Total</b>	<b>871</b>	<b>956</b>	<b>884</b>	<b>981</b>

### 2. Privatklagen

Fälle	2010	2009
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	122	111
Neu eingegangene Fälle	378	393
<b>Total Fälle</b>	<b>500</b>	<b>504</b>
<b>Unerledigte Fälle per 31. Dezember</b>	<b>116</b>	<b>122</b>
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>384</b>	<b>382</b>

### Sitzungshalbtage

Sitzungshalbtage	2010	2009
<b>Total Sitzungshalbtage</b>	<b>39</b>	<b>32</b>

### 3. Verzeigungen (Strafbefehle und Einzelrichter in Verzeigungssachen)

Fälle	2010	2009
Unerledigte per Ende Vorjahr	3'599	6'807
Neu eingegangene Fälle	24'814	22'249
<b>Total Fälle</b>	<b>28'413</b>	<b>29'056</b>
Diese Verzeigungen wurden wie folgt erledigt:		
1. Nicht-Haftfälle:		
Strafbefehle	24'082	23'836
90 (123) Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen	319	775
2. Haftfälle:		
Strafbefehle	732	794
Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen	48	52
3. Rückweisungen		
	0	0
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>25'181</b>	<b>25'457</b>
<b>Unerledigte Fälle per 31. Dezember</b>	<b>3'232</b>	<b>3'599</b>

### 4. Total ausgesprochene Sanktionen, Freisprüche

	2010	2009
Bedingte Freiheitsstrafen	187	154
Teilbedingte Freiheitsstrafen	27	25
Unbedingte Freiheitsstrafe	167	125
Bedingte Geldstrafen	3'141	3'643
Teilbedingte Geldstrafen	6	4
Unbedingte Geldstrafen	402	371
Nur Geldbussen	21'448	21'013
Bedingte gemeinnützige Arbeit	1	3
Teilbedingte gemeinnützige Arbeit	0	0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	398	150
Umgangnahme von Strafe	31	39
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe	2	2
Stationäre Massnahmen	17	18
Ambulante Massnahmen	3	5
Verwahrung	0	0
Freisprüche	149	180
Einstellungen	311	330

### 5. Rekurskammer

Fälle	2010	2009
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	50	64
Neu eingegangene Fälle	81	78
<b>Total Fälle</b>	<b>131</b>	<b>142</b>
<b>Unerledigte Fälle per 31. Dezember</b>	<b>43</b>	<b>50</b>
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>88</b>	<b>92</b>
Hievon wurden behandelt:		
vom Präsidenten/von der Präsidentin der Rekurskammer	55	47
von der Rekurskammer (als Gesamtbehörde)	33	45
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>88</b>	<b>92</b>

## 6. Haftrichter

Erstmalige Vorführung	2010	2009
Haftanordnung	318	311
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	16	23
Zoll Haftrichtersachen / Haftanordnung	0	0
Zoll Haftrichtersachen / Haftentlassung	0	0
<b>Total</b>	<b>334</b>	<b>334</b>

Verlängerungen	2010	2009
mit Verhandlung:		
Haftverlängerung	124	131
Haftentlassung	9	11
Zoll Haftrichtersachen / Haftverlängerung	0	0
<b>Insgesamt mit Verhandlung</b>	<b>133</b>	<b>142</b>
ohne Verhandlung:		
Haftverlängerung	71	62
Haftentlassung	0	0
<b>Insgesamt ohne Verhandlung</b>	<b>71</b>	<b>62</b>

Haftanordnungs- und Verlängerungsverhandlungen nach Überweisung der Akten ans Strafgericht	2010	2009
Haftanordnung	2	1
Haftverlängerung	60	26
Haftentlassung	6	1
<b>Total</b>	<b>68</b>	<b>28</b>

## 7. Wichtige Zahlen

in Franken	2010	2009
An Geldbussen wurden ausgesprochen:		
a) durch das Strafgericht	227'900.00	123'480.00
b) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagen	7'325.00	10'600.00
c) im Verzeigungsverfahren	4'727'927.00	4'516'475.50
<b>Total</b>	<b>4'963'152.00</b>	<b>4'650'555.50</b>
An Geldstrafen wurden ausgesprochen:		
c) durch das Strafgericht	268'426.00	151'630.00
d) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagen	6'850.00	19'020.00
c) im Verzeigungsverfahren	635'935.00	517'530.00
<b>Total</b>	<b>911'211.00</b>	<b>688'180.00</b>
Ausgerichtet wurden:		
a) Unentgeltliche Verteidigungen/Opfervertretungen	1'792'768.63	1'776'853.70
b) Parteientschädigungen	462'747.75	284'833.35
Eingeleitet wurden:	2010	2009
a) Betreibungen	1'565	3'675
b) Bussenumwandlungsverfahren	139	919
c) Vollzugsverf. n. neuem StGB inf. nicht bez. Bussen/Geldstrafen	11'039	3'804

## Jugendstrafgericht

Das Jugendstrafgericht ist erste kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die im Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwälte fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Jurisprudenz, Medizin, Psychologie und Pädagogik. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendstrafgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Jugendstrafprozessordnung vom 15. November 2006 (JStPO). Der Präsident des Jugendstrafgerichts ist unter anderem mittels Präsidialverfügungen zuständig für vorsorgliche Verfügungen. Die Organisation des Jugendstrafgerichts ist unter dem Begriff Jugendrat (Jugendstrafgericht und Jugendschutzkammer) in den §§6 ff des Gesetzes über die Vormundschaftsbehörde und den behördlichen Jugendschutz vom 13. April 1944 geregelt.

## Tätigkeiten und Projekte

### Jahresstatistik 2010

	2006	2007	2008	2009	2010
Durch das Jugendstrafgericht beurteilte Personen / Sachentscheide	35	39	42	38	31
Präsidialentscheide	16	30	33	32	36
<b>Total</b>	<b>51</b>	<b>69</b>	<b>75</b>	<b>70</b>	<b>67</b>

Insgesamt wurden in 31 Verhandlungen 31 Personen beurteilt (2009: 38; 2008: 40), wobei in 5 Fällen den ganzen Tag (2009: 6) verhandelt wurde. Die Vielfalt der Sanktionsmöglichkeiten spiegelt sich auch in den Urteilen wider. Bei den Verurteilungen wurden insgesamt zehn unterschiedliche Sanktionen ausgesprochen. 9 Personen wurden mit einer Strafe (in 7 Fällen Freiheitsentzug) sanktioniert (2009: 10), gegen 4 Personen wurden Schutzmassnahmen und Strafen (Dualismus) ausgesprochen (2009: 5) und in 6 Fällen wurde bei der Verhängung einer Schutzmassnahme von einer Strafe abgesehen (2009: 3). In 4 Fällen wurde eine Schutzmassnahme abgeändert (2009: 2). In 3 Fällen erfolgte eine Aufhebung der Schutzmassnahme (2009: 12). In 2 Fällen wurde eine persönliche Leistung in Freiheitsentzug umgewandelt, in 1 Fall wurde von einer Sanktion abgesehen, in 1 Fall separat über die Honorarforderung entschieden und in 1 Fall festgestellt, dass der Rekurrent nicht rekurslegitimiert ist. Die Reduktion der Gesamtfälle ist also im Wesentlichen auf den Rückgang der Aufhebungen von 12 auf 3 Fälle zurückzuführen.

Gegen Entscheide des Jugendstrafgerichts wurden 2010 wie auch 2009 keine Beschwerden erhoben, so dass alle Entscheide in Rechtskraft erwachsen.

2010 wurden 22 Personen von der Jugendanwaltschaft dem Jugendstrafgericht zur Beurteilung überwiesen. Dies waren zwar sechs mehr als 2009, aber immer noch deutlich weniger als in den Jahren 2008 (32) und 2007 (28).

**Ausblick** 2010 war das letzte Jahr, in welchem die kantonalen Strafprozessordnungen zur Anwendung kamen. Wie gross die Veränderungen mit der Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung und der eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung (JStPO) per 1. Januar 2011 sein werden, ist noch offen. Fest steht, dass die Zuständigkeit des Jugendgerichts, so lautet die neue Bezeichnung, sich ändern wird. Die Jugendanwaltschaft erhält durch die JStPO die Kompetenz, Freiheitsentzüge bis 90 Tage (bisher 30 Tage) auszusprechen, ambulante Schutzmassnahmen anzuordnen (bisher lag dafür die Zuständigkeit beim Jugendstrafgericht) und Schutzmassnahmen aufzuheben bzw. von schwereren in leichtere umzuwandeln (gemäss der kantonalen Jugendstrafprozessordnung war dafür das Jugendstrafgericht zuständig). Aus der Sicht des Jugendgerichts ist es zu bedauern, dass für die Aufhebung von Schutzmassnahmen neu die Jugendanwaltschaft als Vollzugsbehörde zuständig wird. Das Gericht konnte sich bisher aufgrund der Akten und in der Verhandlung direkt ein Bild über den Erfolg oder Nichterfolg der von ihm angeordneten Schutzmassnahmen machen und allfällige Schlüsse für andere Verfahren ziehen. Für die Jugendlichen bedeutete die Gerichtsverhandlung zudem eine Art „Schliessen eines Kreises“.



Per 1. Januar 2011 wird der Vollzug aller Strafen und Schutzmassnahmen von der Abteilung Kindes und Jugendschutz des Erziehungsdepartements an die Jugendanwaltschaft übergehen. Neu wird das Jugendgericht gemäss dem kantonalen Jugendstrafvollzugsgesetz für die Behandlung von Beschwerden gegen Vollzugsentscheide der Jugendanwaltschaft zuständig werden.

**Richterliche Behörde** Der Vormundschafts- und Fürsorgerat sowie die Jugendschutzkammer, die zusammen mit dem Jugendstrafgericht den Jugendrat bilden, tagt als richterliche Behörde der Vormundschaftsbehörde und entscheidet über Anträge auf Obhutsentzüge von Unmündigen bzw. fürsorgliche Freiheitsentzüge von Erwachsenen. Der diesbezügliche Jahresbericht mit den damit verbundenen Kennzahlen, welche auch für das Jugendstrafgericht gelten, findet sich im Jahresbericht des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Basel-Stadt bei der Vormundschaftsbehörde.

## Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge sowie das Recht der Handelsgesellschaften. Das Zivilgericht ist auch einzige Instanz zur Beurteilung von immaterialgüterrechtlichen Streitigkeiten (Patentrecht, Markenrecht usw.). Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz den Richter für zuständig erklärt.

Drei Zivilgerichtspräsidenten bilden die Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt sind dem Zivilgericht angegliedert. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemein** Im Berichtsjahr wurden insgesamt wiederum mehr Fälle anhängig gemacht als im Vorjahr. In der Abteilung Einzelgericht sind die Fallzahlen von 1'993 im Vorjahr auf 2'120 Fälle erneut angestiegen. Beim Dreiergericht ist ein aussergewöhnlich starker Anstieg zu verzeichnen. Hier sind 827 neue Fälle (09: 570) eingegangen; beim Gewerblichen Schiedsgericht (ab 2011 Arbeitsgericht) waren es dagegen mit 383 Fällen etwas weniger als im 2009 (423). Insbesondere in der Abteilung Familienrecht ist mit 909 Begehren (09: 864) inkl. Scheidungen ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Bei den materiellen Kammerprozessen wurden 292 neue Klagen eingereicht (09: 273). Beim Einzelgericht in Familiensachen wurden 422 Fälle gegenüber 461 im Vorjahr verhandelt. Die Zahl der Rechtshilfebegehren (Requisitionen) ist im Berichtsjahr auf 761 (09: 915) zurückgegangen. Dabei hat aber die Zahl der für ausländische Gerichte vorgenommenen Zeugeneinvernahmen zugenommen. Die Betreibungsstatistik weist für das Berichtsjahr eine leicht sinkende Tendenz auf. Gegenüber dem Vorjahr (73'327) mussten im Berichtsjahr 72'940 Betreibungen eingeleitet werden. Die Zahl der Verlustscheine ist demgegenüber jedoch von 31'390 auf 32'890 gestiegen. Gleich geblieben ist die Zahl der Konkursöffnungen mit 524. Das Erbschaftsamt weist für 2010 ebenfalls eine konstant hohe Zahl von obligatorischen Inventarisierungen aus (2'156).

**Verwaltung und Rechtsprechung** Das oberste Leitungsgremium des Zivilgerichts ist die Präsidentenkonferenz bestehend aus den sieben Präsidentinnen und Präsidenten sowie beisitzend dem Verwaltungschef des Zivilgerichts und die Amtsleiter des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Erbschaftsamtes. Zur Erledigung der Führungsaufgaben wurden im Berichtsjahr 13 Sitzungen, wovon eine Sitzung als ganztägige Retraite abgehalten. Dazu wurden vom Zivilgericht drei eigene Ausbildungsveranstaltungen mit Richtern und Mitarbeitenden zur Vorbereitung auf die neue ZPO durchgeführt. Nebst den ordentlichen Geschäften aus der Gerichtspraxis und der Gerichtsorganisation bildete die Vorbereitung auf die neue schweizerische ZPO einen wichtigen thematischen Schwerpunkt in den Diskussionen.

**Personelles** Die neue ZPO entfaltet im Berichtsjahr einige Vorwirkungen. Um am ersten Januar 2011 bereit zu sein, mussten nebst organisatorischen auch personelle Massnahmen getroffen werden. Der ausgewiesene Stellenmehrabbedarf insbesondere an Gerichtsschreiber- und Kanzleistellen musste frühzeitig geplant werden und es mussten Stellen ausgeschrieben und Bewerber evaluiert werden. Neu hatte das Zivilgericht eine Schlichtungsbehörde einzurichten, die in der Lage ist, sämtliche materiellen Klagen in einem ersten Verfahrensschritt zu verhandeln, bevor allenfalls eine ordentliche Klage beim Gericht anhängig gemacht werden kann. Es wurde dafür eine vierte Kanzlei eingerichtet

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	136.9	130.9	138.5	134.2	134.7
Hängige Verfahren	Anz	6'607	6'017	5'646	5'448	5'431
Zahlungsbefehle	Anz	72'940	73'327	69'327	72'563	71'831
Konkurseröffnungen	Anz	524	524	422	355	406
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	1'200'600	966'894	319'324	485'000	660'725

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	18'810.9	19'473.3	18'221.0	-662.4	-3.4
31 Sachaufwand	7'301.4	7'475.0	7'210.7	-173.5	-2.3
32 Passivzinsen	0.0	8.0	0.0	-8.0	-99.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'200.6	613.0	966.9	587.6	95.8 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>27'312.9</b>	<b>27'569.3</b>	<b>26'398.6</b>	<b>-256.4</b>	<b>-0.9</b>
42 Vermögenserträge	-65.9	-771.5	-291.4	705.6	91.5 <sup>2</sup>
43 Entgelte	-21'725.0	-22'791.5	-21'897.0	1'066.5	4.7 <sup>3</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-21'790.9</b>	<b>-23'563.0</b>	<b>-22'188.4</b>	<b>1'772.1</b>	<b>7.5</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>5'522.0</b>	<b>4'006.3</b>	<b>4'210.2</b>	<b>1'515.7</b>	<b>37.8</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

### Kommentar

- Das Konto Debitorenverluste wurde um 416'000 Franken überschritten. Das Delkredere des Zivilgerichts musste infolge Systemumstellung angepasst werden. In der neuen Fallbuchhaltung Juris werden die Kostenvorschussanforderungen ebenfalls als OP geführt und die alten Anforderungen, die hinfällig sind, wurden zum Teil noch nicht storniert.
- Die budgetierten 750'000 Franken in Konto 420100 konnten nicht erreicht werden. Aufgrund der Wirtschaftslage wurde dem Zivilgericht von der Finanzverwaltung lediglich 50'000 Franken gutgeschrieben.
- Die Einnahmen aus Gebühren sind wie jedes Jahr stark abhängig von der Art der Gerichtsfälle und vom Zivilgericht nur schätzbar. Im 2010 sind sie deutlich tiefer ausgefallen als erwartet.

(Kanzlei Schlichtungsbehörde) und es wurden die Schlichtungspersonen gewählt. Im Hinblick darauf, dass der Grosse Rat für das Zivilgericht zusätzlich zwei Präsidien à je 50% bewilligen würde, wurde auch die Geschäftsverteilung für 2011 angepasst. Dies im Sinne einer Staffelung zumal mit einer Besetzung der Stellen realistischerweise erst auf die zweite Jahreshälfte 2011 gerechnet werden kann.

### Räumliches

Die Einrichtung der neuen Kanzlei Schlichtungsbehörde bedingte bauliche Anpassungen im Gerichtsgebäude (neuer Schalterbereich, Büroeinheit) und es musste in einer anderen Phase eine ehemalige Hauswartwohnung in Büros umgewandelt werden. Diese baulichen Anpassungen konnten termingerecht umgesetzt werden. Zur Deckung des weitem Bedarfs, insbesondere auch des Appellationsgerichts, ist für 2011 ein grösserer Dachstockausbau an der Bäumlengasse 1 geplant.

**Ablösung der Fallverwaltungssoftware** Per Oktober des Berichtjahres ist die Ablösung des veralteten Fallverwaltungssystems GEVOR durch die in Organen der Rechtspflege verbreitete Applikation JURIS erfolgt. Die Umstellung war mit zahlreichen Komplikationen verbunden und hat Techniker und Anwender ausserordentlich gefordert. Bis zum Zeitpunkt der vorliegenden Berichterstattung stehen zahlreiche Einzelprobleme an, die noch gelöst werden müssen.

## Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

## Tätigkeiten und Projekte

1. Die Zahl der Falleingänge ist insgesamt etwa gleich geblieben wie im Vorjahr; eine Zunahme erfolgte insbesondere in den Bereichen Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge und Krankenversicherung. Bei der Invalidenversicherung gingen die Eingänge erneut zurück; die Gründe dafür sind nach wie vor nicht vollständig klar. Die IV-Stelle hat jedenfalls berichtet, dass bei ihr 2011 mit einem Pendenzenabbau zu rechnen ist; damit werden im Bereich IV die Fallzahlen wieder ansteigen.

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass die Zahl der mit wenig Aufwand zu erledigenden Routinefälle zurückgeht; dafür benötigen die verbleibenden Fälle vielfach schon im Stadium der Instruktion einen ganz erheblichen Arbeitsaufwand. Verglichen mit früheren Jahren erfolgt damit eine Verwesentlichung der Arbeit des Gerichts.

2. Einen enormen Zeitaufwand und sehr viel Energie verbrauchte die Einführung des neuen Fallverwaltungssystems „Juris“. Das System hat die hoch gesteckten Erwartungen bis heute in keiner Weise erfüllt: Es ist wesentlich komplizierter als das Vorgängersystem, benutzerunfreundlich und überaus störungsanfällig. Die Einführung gestaltete sich alles andere als ideal; sie ist im übrigen auch am Sozialversicherungsgericht selbst nach 9 Monaten noch längst nicht abgeschlossen.

3. Die administrativen Belange wurden an neun Präsidentenkonferenzen besprochen.

**Finanzen** Im Berichtsjahr wurden Gebühren im Gesamtbetrag von Fr. 110'215.– (Berichtsperiode 2009: Fr. 246'243.85) gesprochen. Im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege gelangten in der Berichtsperiode Honorare von total Fr. 110'847.– (Berichtsperiode 2009: Fr. 222'671.45) zur Auszahlung.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 2006
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.9	11.1	8.5	9.1	8.5
Hängige Verfahren	Anz	561	690	948	843	765
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	193'500	80'007	80'666	0	4'075

### Finanzen

in 1000 Franken, GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10/B10	%
30 Personalaufwand	2'385.9	2'682.1	2'537.9	-296.2	-11.0
31 Sachaufwand	450.8	571.0	506.0	-120.1	-21.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	193.5	85.0	80.0	108.5	127.6 <sup>1</sup>
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3'030.3</b>	<b>3'338.1</b>	<b>3'123.9</b>	<b>-307.8</b>	<b>-9.2</b>
42 Vermögenserträge	-0.3	-0.2	-0.2	-0.1	-55.7
43 Entgelte	-181.2	-326.0	-269.6	144.8	44.4 <sup>2</sup>
<b>4 Ertrag</b>	<b>-181.5</b>	<b>-326.2</b>	<b>-269.8</b>	<b>144.7</b>	<b>44.4</b>
<b>Ordentlicher Nettoaufwand</b>	<b>2'848.8</b>	<b>3'011.9</b>	<b>2'854.1</b>	<b>-163.1</b>	<b>-5.4</b>

davon Produktgruppe(n):

Keine Daten

### Kommentar

- 1 Vor der Übernahme der neuen Fallbuchhaltung am 17.05.2010 wurden die Fälle bereinigt. Die z. T. älteren und wegen Kostenlosigkeit des Verfahrens von Gesetzes wegen stets uneinbringlichen Debitoren (darunter auch Expertise - Kosten, Übersetzungen etc.) wurden abgeschrieben, was eine einmalige Erhöhung des Debitorenverlustes zur Folge hatte.
- 2 Die Gebühreneinnahmen für 2010 (fast ausschliesslich die Fälle der Invalidenversicherung, IV, betreffend) fielen tiefer aus, weil 2010 im Bereich IV weniger Fälle eingingen und zu erledigen waren als zur Zeit der Budgetierung (Juni 2009) gestützt auf die Zahlen der Vorperiode erwartet.

### Erledigungsstatistik über die Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

	Pendent per 1.1.2010	Eingänge ab 1.1. - 31.12.2010	Total hängig	Total Erledigungen 1.1. - 31.12.2010	Total Pendenzen per 31.12.2010
AHV	2	7	9	6	3
AL	11	47	58	37	21
BV	13	30	43	19	24
EL	3	10	13	9	4
EO	0	1	1	1	0
FZ	1	4	5	3	2
IV	91	208	299	201	98
KV	16	39	55	35	20
MV	0	0	0	0	0
SG	1	3	4	1	3
UV	23	48	71	44	27
D	0	3	3	3	0 <sup>1</sup>
<b>Total</b>	<b>161</b>	<b>400</b>	<b>561</b>	<b>359</b>	<b>202</b>

### Kommentar

- 1 Fälle, die bei Eingang keinem Rechtsgebiet zugeordnet werden konnten

## Erledigungsstatistik über die Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 Details

### Erledigungsarten

Gremium	Entscheidart	AH	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	MV	SG	UV	D	Total
Kammer	Gutheissen	0	6	3	0	0	0	32	5	0	0	5	0	51
Kammer	Teilweise Gutheissung	0	1	1	0	0	0	7	1	0	0	4	0	14
Kammer	Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	1	1	0	0	0	0	18	0	0	0	3	0	23
Kammer	Abweisung	2	17	5	5	0	2	81	10	0	0	24	0	146
Kammer	Nichteintreten	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Einzelrichter/-in	Gutheissung	0	0	2	0	0	0	17	1	0	0	0	0	20
Einzelrichter/-in	Teilweise Gutheissung	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	2
Einzelrichter/-in	Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	1	0	1	0	0	8	1	0	0	1	0	12
Einzelrichter/-in	Abweisung	0	5	1	1	1	1	1	3	0	0	1	0	14
Einzelrichter/-in	Abschreibung zufolge Vergleichs vor Kammer oder Einzelrichter/-in	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0	4
Einzelrichter/-in	Nichteintreten	2	1	0	2	0	0	23	9	0	0	2	1	40
Einzelrichter/-in	Abschreibung (zufolge Rückzug oder Aufhebung des vorinstanzlichen Entscheides)	1	4	5	0	0	0	13	3	0	0	4	2	32
<b>Total</b>		<b>6</b>	<b>37</b>	<b>19</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>201</b>	<b>35</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>44</b>	<b>3</b>	<b>359</b>



## 9 Die Funktionale Gliederung



## 9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung

Die in diesem Kapitel veröffentlichte Funktionale Gliederung ist nach Eidgenössischen Richtlinien dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Einnahmenpositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und bietet damit eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Sicht der institutionellen Gliederung nach Departementen und Dienststellen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit vorangehenden Ausführungen im Kapitel 2.2 - Inhaltliche Akzente und Finanzen der Departemente und Kapitel 3 - Die Laufende Rechnung - nicht durchwegs gegeben. Beim Vergleich mit dem Budget ist zudem zu berücksichtigen, dass es bei Verschiebungen von Aufgaben durch Reorganisationen zu Anpassungen bei den Funktionszuteilungen kommen kann. Das erschwert dann auch einen Vorjahresvergleich.

Im Folgenden wird die Funktionale Gliederung in aggregierter Form auf der Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt und kommentiert. Eine Detailansicht befindet sich im Anhang zum Bericht (im Internet). Dort werden Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung auf allen Ebenen der dreistufigen Funktionalen Gliederung ausgeführt und mit dem Budget verglichen.

## 9.2 Ergebnis Rechnung 2010

in Mio. Franken	Rechnung 2010			Rechnung 2009			Abweichung	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Aufwand	Ertrag	Saldo LR		%
0 Allgemeine Verwaltung	777.7	573.6	-204.1	519.3	293.0	-226.3	-22.2	9.8
1 Öffentliche Sicherheit	360.9	128.7	-232.3	347.8	126.4	-221.4	10.8	-4.9
2 Bildung	977.5	206.2	-771.3	962.7	205.3	-757.4	13.9	-1.8
3 Kultur und Freizeit	204.1	36.2	-167.9	195.0	32.0	-163.0	4.9	-3.0
4 Gesundheit	1.0892	724.6	-364.6	1.0648	701.9	-362.9	1.8	-0.5
5 Soziale Wohlfahrt	812.3	238.2	-574.1	786.7	241.2	-545.5	28.7	-5.3
6 Verkehr	233.3	48.0	-185.4	188.0	47.8	-140.1	45.2	-32.3
7 Umwelt und Raumordnung	102.8	86.8	-16.0	91.7	92.8	1.1	17.1	...
8 Volkswirtschaft	50.6	31.4	-19.1	29.8	26.6	-3.1	16.0	-508.6
9 Finanzen und Steuern	294.5	3.1068	2.8123	179.6	2.8244	2.6449	-167.5	-6.3
<b>Summe</b>	<b>4.9030</b>	<b>5.1805</b>	<b>277.5</b>	<b>4.3653</b>	<b>4.5915</b>	<b>226.2</b>	<b>-51.4</b>	<b>-22.7</b>

### 0 Allgemeine Verwaltung

Die meisten in der Rechnung enthaltenen Sonderfaktoren sind der Funktion Allgemeine Verwaltung zugeteilt, da sie meist nicht eindeutig zuordenbar sind. Die Sonderfaktoren sind es, die Aufwand- wie auch Ertragseitig jeweils zu grossen Schwankungen von Jahr zu Jahr führen. Die Rechnung 2010 enthält eine ganze Reihe von Sonderfaktoren, auf die in Kapitel 2.1 Finanzielle Eckwerte näher eingegangen wird. Von der gesamten Abnahme von 22.2 Mio. Franken können 21.2 Mio. Franken den Sonderfaktoren (wie Ausbuchung PK-Ausfinanzierung, Ausbuchung Restrückstellung PK-Sanierung, der Einbuchung IWB-Darlehen oder der Ausfinanzierung und Sanierung der PK IWB etc.) zurückgeführt werden.

Die übrigen dieser Funktion zugeordneten Aufwendungen und Erträge gleichen sich in Summe fast aus. Den erstmals vereinnahmten Konzessionsgebühr der IWB von 10.4 Mio. Franken (total 11.0 Mio. Franken abzüglich die Anteile der Einwohnergemeinden) stehen höhere Aufwendungen an anderen Stellen gegenüber.

## 1 Öffentliche Sicherheit

Die Kosten der Funktion Öffentliche Sicherheit steigen um 10.8 Mio. oder 4.9% auf total 232.3 Mio. Franken an. Mit tieferen Einnahmen und höheren Ausgaben (Debitorenverluste und Kostenerlasse) trägt das Zivilgericht ebenso bei wie der Bereich Rettung, wo höhere Personalkosten tieferen Gebühreneinnahmen entgegenstehen. Eine deutliche Kostenzunahme hier ist auch bei der Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration festzustellen. Dort sind v.a. höhere Sachaufwendungen, aber auch höhere Abschreibungen für die Kostensteigerung verantwortlich. Im Vorjahr konnten der Rechnung aber auch 1.6 Mio. Franken an „Minusabschreibungen“ aus erhaltenen Investitionsbeiträgen gutgeschrieben werden.

## 2 Bildung

Die Kosten (netto) im Bereich Bildung belaufen sich auf 771.3 Mio. Franken und liegen damit um 13.9 Mio. Franken oder 1.8% über Vorjahr. Während die Einnahmen hier mit 206.2 Mio. Franken praktisch konstant bleiben (Vorjahr 205.3 Mio. Franken), steigt die Aufwandseite entsprechend. Der grösste Zuwachs ergibt sich beim Globalbeitrag an die Uni (plus 9.0 Mio. Franken auf 148.7 Mio. Franken). Zum Ergebnis Bildung steuern aber auch die Spitäler ihre Anteile bei. Während die Kosten der Funktion Bildung beim FPS und der UPK auf Vorjahreshöhe verharren, steigen sie beim Universitätsspital von 49.7 Mio. auf 53.1 Mio. Franken an. Zugenommen haben auch die Kosten für die Schwerpunktmassnahmen bei den Volksschulen.

## 3 Kultur und Freizeit

Die Funktion Kultur und Freizeit nimmt um 4.9 Mio. Franken auf 167.9 Mio. Franken zu. Von der Zunahme entfallen 1.5 Mio. Franken auf die Kulturförderung (total 113.2 Mio. Franken) sowie 3.2 Mio. Franken auf den Bereich Denkmalpflege und Heimatschutz. Rund die Hälfte der Zunahme bei der Kulturförderung entfällt auf die Museen, die hier Kosten von insgesamt 51.4 Mio. Franken beisteuern. Der Rest entfällt auf die Bibliotheken und auf die Übrige Kulturförderung. Die Mehrkosten bei der Denkmalpflege und dem Heimatschutz wird hauptsächlich durch höhere Abschreibungen bei den (gegebenen) Investitionsbeiträgen verursacht.

## 4 Gesundheit

Aufwand und Ertrag im Bereich Gesundheit steigen in gleichem Ausmasse an. Das Ergebnis von 364.6 Mio. Franken liegt um nur 1.8 Mio. Franken oder 0.5% über dem Wert des Vorjahres. Dennoch gibt es auch in dieser Funktion gegenteilige Entwicklungen. Bei der Gesundheitsversorgung liegen die Eigenen Beiträge mit 118.4 Mio. um 7.5 Mio. Franken über Vorjahr. Hier mussten v.a. im Bereich der Spitalbehandlungen höhere Beiträge geleistet werden. Höchst unterschiedlich sind die Ergebnisse bei den Spitälern. Während sich der Saldo Laufende Rechnung beim Universitätsspital um 10.0 Mio. Franken auf 147.5 Mio. Franken und beim Felix Platter-Spital um 2.2 Mio. auf 38.8 Mio. verringerte, steigt dieser bei der UPK von 36.2 Mio. auf 41.8 Mio. an. Dies sind 5.6 Mio. oder 15.4% mehr als im Vorjahr.

## 5 Soziale Wohlfahrt

Das Ergebnis der Funktion Soziale Wohlfahrt liegt mit 574.1 Mio. Franken um 28.7 Mio. Franken oder 5.3% über dem Vorjahr. Die Zunahme hat unterschiedliche Ursachen. Mit 56.0 Mio. Franken liegen die Kosten der Jugendhilfe um 2.7 Mio. Franken über dem Wert des Vorjahres. Um 4.8 Mio. Franken schlechter fällt die Rechnung bei der Tagesbetreuung an, bei der höheren Aufwendungen gleichzeitig auch tiefere Einnahmen gegenüberstehen (Nettokosten 26.6 Mio. gegenüber 21.8 Mio.

Franken im Vorjahr). Beim Amt für Sozialbeiträge führt die Integration der Wohnheime zu einem höheren Personalaufwand. Dieser steigt in diesem Bereich um 4.5 Mio. auf 30.5 Mio. Franken an. Mit 365.8 Mio. Franken fallen auch die Barunterstützungen (v.a. Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Prämienverbilligungen) an Dritte um 7.4 Mio. Franken höher aus. Bei der Sozialhilfe steigen die Unterstützungsleistungen von 122.0 Mio. Franken im Vorjahr auf 129.3 Mio. Franken an.

Im Bereich der Sozialleistungen stehen den Ausgaben oft auch Einnahmen von Bund, Kantone, Gemeinden und Privaten gegenüber. Eine Übersicht über die Nettokosten ist in Kapitel 3 Die Jahresrechnung (Kontengruppe 36 Eigene Beiträge) zu finden.

## 6 Verkehr

Die Zunahme bei der Funktion Verkehr ist hauptsächlich auf höhere Abschreibungen beim Tiefbauamt zurückzuführen. Dort führten die Landabtretungen der Nationalstrassen an den Bund zu Sonderabschreibungen in der Höhe von 47.1 Mio. Franken (vergl. dazu auch die Ausführungen in Kapitel 3 Die Jahresrechnung (Erläuterungen zu Kontengruppe 33 Abschreibungen). Bei den „regulären“ Abschreibungen dagegen sind Minderaufwendungen zu verzeichnen. Auch kann das TBA Kosteneinsparungen beim Sachaufwand erzielen. Die 21.1 Mio. Franken liegen um 3.2 Mio. Franken unter dem Wert des Vorjahres. Neben dem Tiefbauamt wird die Zunahme aber auch durch die Parkhäuser und die Mobilität verursacht. Bei den Parkhäusern liegen die Abschreibungen (v.a. auf den Marktwerten) mit 1.9 Mio. Franken um 1.7 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Bei der Mobilität schliesslich sind es die Beiträge und Abgeltungen an den regionalen Personenverkehr, welche mit 79.5 Mio. um 4.2 Mio. Franken über Vorjahr liegen.

## 7 Umwelt und Raumordnung

Neben der Dienststelle Gesundheitsschutz wurden auch beim Schlachthof Sonderabschreibungen infolge Übertrag der Sachanlagen auf den Baurechtnehmer verbucht, die aber unterschiedlichen Funktionen zugeordnet werden. Mit 15.8 Mio. Franken liegen die Abschreibungen um 15.0 Mio. Franken über dem Wert des Vorjahres. Im Vorjahr verzeichnete das Amt und Umwelt höhere Einnahmen bei der Abfallrechnung (10.0 Mio. gegenüber 11.1 Mio. Franken im Vorjahr), was fast vollständig die restliche Differenz zu Vorjahr erklärt.

## 8 Volkswirtschaft

Der Saldo dieser Funktion erhöht sich um 16 Mio. Franken auf 19.1 Mio. Franken. Die Zunahme ist fast ausschliesslich durch höhere Abschreibungen verursacht worden. Bei der Finanzverwaltung wurde der Beitrag an die MCH Messe Schweiz AG in der Höhe von 10 Mio. Franken abgeschrieben und beim Gesundheitsschutz die Liegenschaften auf dem Areal des Schlachthofs, die gemäss Vorvertrag per 1.01. unentgeltlich an den Baurechtnehmer übergeben werden, was Abschreibungen von 50 Mio. Franken zur Folge hatte. Von der restlichen Million entfallen 0.9 Mio. Franken auf einen höheren Saldo beim Amt für Wirtschaft und Arbeit.

## 9 Finanzen und Steuern

Detaillierte Angaben zu den Finanzen und Steuern können dem Kapitel 3 „Die Jahresrechnung“ (Kontengruppe 32 Zinsen und Kontengruppe 40 Steuern) entnommen werden. Weitere Informationen enthält auch Kapitel 6.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag [und dort die Dienststelle 403090 Finanzverwaltung (Allgemein)] .

## 9.3 Ergebnis der Investitionsrechnung 2010

Die folgende Tabelle zeigt die Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung für das Berichtsjahr sowie für das Vorjahr.

in Mio. Franken	Rechnung 2010			Rechnung 2009			Abw. Saldo IR	%
	Ausgaben	Einnahmen	Saldo IR	Ausgaben	Einnahmen	Saldo IR		
0 Allgemeine Verwaltung	23.3	-38.9	62.1	21.3	7.9	13.3	-48.8	-365.6
1 Öffentliche Sicherheit	6.1	0.0	6.1	6.7	1.8	4.9	-1.2	-23.7
2 Bildung	29.4	2.3	27.1	39.2	8.5	30.7	3.6	11.7
3 Kultur und Freizeit	37.2	4.1	33.2	36.1	3.5	32.6	-0.5	-1.6
4 Gesundheit	74.3	0.8	73.5	94.3	5.2	89.0	15.5	17.4
5 Soziale Wohlfahrt	1.1	0.0	1.1	2.8	0.0	2.8	1.7	60.3
6 Verkehr	68.6	11.2	57.4	85.3	29.0	56.4	-1.0	-1.9
7 Umwelt und Raumordnung	25.1	3.3	21.8	17.5	15.2	2.3	-19.5	-866.4
8 Volkswirtschaft	10.8	0.0	10.8	9.5	0.0	9.5	-1.3	-13.7
9 Finanzen und Steuern	0.4	0.0	0.4	0.0	0.0	0.0	-0.4	-
<b>Summe</b>	<b>276.3</b>	<b>-17.1</b>	<b>293.5</b>	<b>312.7</b>	<b>71.2</b>	<b>241.5</b>	<b>-51.9</b>	<b>-21.5</b>

Der Saldo der Investitionsrechnung liegt mit 293.5 Mio. Franken um 51.9 Mio. Franken über dem Vorjahreswert von 241.5 Mio. Franken. Die Zunahme gegenüber 2009 ist insbesondere auf die in der Funktion „Allgemeine Verwaltung“ verbuchten Darlehen an die BVB und die Messe Basel mit insgesamt 40.0 Mio. Franken zurückzuführen. Die Zunahme des Saldos „Umwelt und Raumordnung“ basiert auf die im Vorjahr enthaltene Entwidmung des Schlachthofes vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen (14.2 Mio. Franken).



## 10 Die Erläuterungen

## 10.1 Rechnungslegungsgrundsätze

### Gesetzliche Grundlagen

Die Rechnungslegungsgrundsätze basieren auf dem Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz, FHG) vom 16. April 1997, der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 2. November 1999, dem Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz/Globalbudgets), dem Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (Programm und Finanzierung) sowie den vom Regierungsrat jährlich beschlossenen Abschlussweisungen.

Für die Rechnungsführung gelten die allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätze von Jährlichkeit, Klarheit, Wesentlichkeit und Wahrheit, Bruttoverbuchung sowie der qualitativen, quantitativen und der zeitlichen Bindung der im Budget eingestellten Beträge (§8 Abs. 3 FHG).

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Finanzdirektorenkonferenz (FDK-Modell). Es gliedert sich in die Verwaltungsrechnung, bestehend aus Laufender Rechnung und Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung (Bilanz). Die Laufende Rechnung stellt die Erfolgsrechnung des Kantons dar. Die Investitionsrechnung zeigt die Bruttoinvestitionen, die vom Kanton an Dritte bezahlten Investitionsbeiträge sowie die von Dritten erhaltenen Investitionsbeiträge (-Einnahmen) in das staatliche Zweckvermögen (Verwaltungsvermögen).

### Organisation Rechnungswesen Basel-Stadt

Der Jahresabschluss resultiert aus den Buchhaltungen, welche von den einzelnen Dienststellen gemäss einem einheitlichen Kontenplan im System SAP ERP geführt werden. Folgende Dienststellen führen die Buchhaltung auf unabhängigen Systemen: das Universitätsspital Basel (USB), die Universitäre Psychiatrische Kliniken (UPK) und das Felix Platter-Spital (FPS). Diese Dienststellen liefern ihre Buchhaltungsdaten über eine Schnittstelle in das zentrale Rechnungswesen. Der Konsolidierungskreis umfasst sämtliche unselbständige Dienststellen und Betriebe des Kantons. Die Industriellen Werke Basel (IWB) werden im Jahresbericht nur in Kapitel 3.5 Konsolidierung mit Rechnung IWB und in Kapitel 3.6 Antrag des Regierungsrats zur Staatsrechnung konsolidiert gezeigt.

Die Laufende Rechnung der einzelnen Dienststellen und Departemente enthält aufwand- wie ertragsseitig interne Leistungsverrechnungen. Auf Stufe Gesamtstaat erfolgt die Umgliederung dieser Umsätze in die Kontengruppen 39 „Interne Verrechnungen Ausgaben“ und 49 „Interne Verrechnungen Einnahmen“. Kontokorrente zwischen den Dienststellen werden in der Staatsbilanz eliminiert (konsolidiert).

### Aktivierungs- und Abschreibungsregeln / Sachanlagen im Verwaltungsvermögen

Die im SAP-System integrierte Anlagenbuchhaltung ermöglicht eine genaue Kontrolle über die gesamtstaatliche Einhaltung der Aktivierungs- und Abschreibungsregeln. Die Aktivierungsgrenzen für Anlagen sind in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz geregelt.

Wertvermehrende und werterhaltende Grossinvestitionen sowie die vom Kanton an Dritte bezahlten oder von Dritten erhaltenen Investitionsbeiträge (alle grösser 300'000 Franken) werden über die Investitionsrechnung geführt. Die Abschreibungen fliessen in die Laufende Rechnung ein. Dabei werden die werterhaltenden Grossinvestitionen und die vom Kanton Basel-Stadt an Dritte bezahlten Investitionsbeiträge im Jahr der Auszahlung (= Rechnungsjahr) wieder zu 100% abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Nettobuchwerten nach Abzug der kumulierten Abschreibungen bilanziert. Sie werden dabei zu Anschaffungs- oder Herstellkosten bewertet und nach den im Finanzhaushaltsgesetz festgelegten Abschreibungsgrundsätzen abgeschrieben.

Gemäss §15, Abs. 3 FHG hat der Regierungsrat unter Berücksichtigung des Absatzes 2 folgende Abschreibungsgrundsätze festgelegt:

- Grundstücke werden nicht abgeschrieben.
- Hochbauten werden mit 4% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.
- Tiefbauten werden mit 15% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.

- Die übrigen Anlagen werden mit 30% vom Buchwert degressiv abgeschrieben.
- Die werterhaltenden Grossinvestitionen sowie die vom Kanton ausgerichteten Investitionsbeiträge werden zu 100% abgeschrieben.
- Seit der Neuordnung des Bundesfinanzausgleichs (NFA) ab 2007 werden auch Anlagenzugänge im Bereich der Nationalstrassen im Jahre des Zuganges vollständig abgeschrieben. Grund hierfür ist, dass die Strassen unentgeltlich an den Bund abgetreten werden.

Für Altanlagen, welche bereits vor 1995 vorhanden waren, gelten folgende Abschreibungsregeln:

- Grundstücke werden nicht abgeschrieben.
- Liegenschaften werden mit 2% linear vom Anschaffungswert abgeschrieben.
- Die übrigen Anlagen werden mit 10 % linear vom Anschaffungswert abgeschrieben.

Kleininvestitionen zwischen 50'000 und 300'000 Franken im Bereich Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge und IT werden über die Anlagenbuchhaltung geführt. Die Ausgaben hierfür werden zunächst auf technische Konti erfasst, welche dann an eine Anlage im Sachanlagevermögen abgerechnet werden. Die Abschreibungen erfolgen linear über die geschätzte Nutzungsdauer, wobei die Abschreibungen im Sachaufwand (Kontengruppe 31) verbucht werden. Für die einzelnen Anlagekategorien gelten die nachfolgenden Nutzungsdauern und Abschreibungssätze:

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungssatz
Maschinen, Apparate, Anlagen, Mobiliar und Einrichtungen	10 Jahre	10.0%
Hardware	3 Jahre	33.3%
Netzwerke	5 Jahre	20.0%
Gossrechner	4 Jahre	25.0%
Software und Informatiklösungen	10 Jahre	10.0%
Signalanlagen	5 Jahre	20.0%
Fahrzeuge (PWs, LKWs und Spezialfahrzeuge)	5 Jahre	20.0%
Schiffe, Boote	25 Jahre	4.0%

Im Bereich Hoch- und Tiefbau gibt es seit 2007 keine Kleininvestitionen. Ausgaben bis 300'000 Franken werden direkt einer Kostenstelle im Aufwand belastet.

Kleininvestitionen zwischen 2'000 und 50'000 Franken werden nicht über die Anlagebuchhaltung geführt, sondern direkt in der entsprechenden Kostenstelle im Sachaufwand belastet. Zur Vermögenssicherung werden diese Güter aus separaten Inventarlisten geführt, welche der Finanzkontrolle bei der jährlichen Revision der Jahresrechnung vorgelegt werden.

### Sachanlagen im Finanzvermögen

Zugänge von Anlagen im Finanzvermögen werden direkt auf die jeweiligen Bestandeskonti in der Bilanz verbucht. Die Einführung einer Schuldenbremse, die sich in Basel-Stadt als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt definiert, zieht Um- respektive Neubewertungen beim Finanzvermögen nach sich. Die Bewertung dieser Anlagen ist in Artikel 12 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) geregelt. Nach dem Grundsatz der Einzelbewertung dürfen Sachanlagen im Finanzvermögen höchstens zu aktuellen Werten bilanziert werden. Bei den Renditeliegenschaften werden die aktuellen Werte mittels Discounted Cash-Flow-Methode ermittelt. Liegt der aktuelle Wert einer einzelnen Wirtschaftseinheit über dem Anschaffungs- oder Herstellkosten, wird eine erfolgsneutrale Aufwertung gegen Eigenkapital (Staatskapital) verbucht. Liegt der aktuelle Wert unter den Anschaffungs- oder Herstellkosten, wird eine Wertberichtigung auf der entsprechenden Wirtschaftseinheit verbucht. Nicht mehr benötigte Wertberichtigungen werden erfolgswirksam aufgelöst.

### Wertschriften

Wertschriften Verwaltungsvermögen: Bei den Wertschriften werden im Anhang zur Bilanz den Buchwerten auch die aktuellen Werte gegenübergestellt. Bewertet wird nach der Einzelwertmethode.



Liegt der aktuelle Wert unter dem Anschaffungswert, wird eine Wertberichtigung auf diesen Titel zu Lasten der Laufenden Rechnung verbucht. Im Gegenzug wird diese aufgelöst, wenn sie nicht mehr benötigt wird. Aufwertungen über den Anschaffungswert hinaus sind nach Artikel 12 FHG nicht erlaubt.

**Wertschriften Finanzvermögen:** In Anlehnung an Artikel 12 FHG werden die Wertschriften im Finanzvermögen mit Kurswerten zum Steuerkurs gemäss Kursliste der Eidgenössischen Steuerverwaltung bewertet und bilanziert. Liegt der Kurswert unter dem Buchwert, wird eine Abschreibung auf diesen Titel verbucht. Nicht mehr benötigte Abschreibungen, aber auch Aufwertungen über den ursprünglichen Anschaffungspreis hinaus, werden erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht.

**Obligationsanleihen:** Bei den Obligationsanleihen gilt das Nominalprinzip.

### **Abgrenzungsgrundsätze**

Ein Grundsatz zur Ermittlung des Jahresergebnisses ist die Zuordnung zu der bestimmten Rechnungsperiode. Es gelten die nachfolgenden Abgrenzungsgrundsätze:

**Aktive Rechnungsabgrenzungen** Als aktive Rechnungsabgrenzung werden Ausgaben im Berichtsjahr erfasst, welche erst im Folgejahr zu belasten sind. Dazu gehören zum Beispiel vorausbezahlte Miet- und Pachtzinsen, Versicherungsprämien, Steuern, Beiträge u.a., welche erst im Folgejahr als Aufwand der Laufenden Rechnung belastet werden. Ebenfalls abgegrenzt werden Erträge, welche per Abschlussstichtag noch nicht fakturiert werden konnten.

**Passive Rechnungsabgrenzungen** Bei den passiven Rechnungsabgrenzungen wird zwischen ordentlichen und ausserordentlichen passiven Rechnungsabgrenzungen unterschieden.

#### 1. Ordentliche passive Rechnungsabgrenzungen

Als ordentliche passive Rechnungsabgrenzungen gelten bereits im Berichtsjahr bezogene Lieferungen und Leistungen, bei denen die Rechnungsstellung erst im Folgejahr erfolgt. Für Restlieferungen und Restleistungen (unabhängig eingegangener Verpflichtungen), welche erst im Folgejahr erfolgen, dürfen grundsätzlich keine Abgrenzungen vorgenommen werden. Ebenfalls abgegrenzt werden (bereits vereinnahmte) Erträge, welche dem Folgejahr zuzurechnen sind.

#### 2. Ausserordentliche Passive Rechnungsabgrenzungen

Ausserordentliche Passive Rechnungsabgrenzungen dürfen nur für im Rechnungsjahr bewilligte Kredite beantragt werden und es müssen zwingend mindestens eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllt sein:

- Ein Kredit für eine Ausgabe im Folgejahr wird vor dem Beschluss des Grossen Rates über die Kreditübertragungen im April des Folgejahres zwingend benötigt  
und / oder
- Zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses besteht seitens des Grossen Rates keinerlei Handlungsspielraum mehr, da bereits feste Verpflichtungen ohne jegliche Rücktrittsmöglichkeit für die im Folgejahr benötigten Mittel eingegangen wurde.

Ausserordentliche Rechnungsabgrenzungspositionen werden dem Regierungsrat vorgelegt und von diesem bewilligt.

### **Verbuchung der Steuererträge bzw. Steuerforderungen**

Die Laufende Rechnung enthält das Total der veranlagten sowie das Total der bezahlten aber noch nicht veranlagten Steuern von natürlichen und juristischen Personen des betreffenden Rechnungsjahres (=Bezugsjahr). Vorauszahlungen für spätere Bezugsperioden sind in der Laufenden Rechnung nicht enthalten. Sie werden in der Bestandesrechnung (Bilanz) unter FDK 209 „übrige Verpflichtungen“ als Vorauszahlungen passiviert.

### **Verbuchung der Bussen bei der Kantonspolizei**

Mit der Einführung des neuen Bussenbewirtschaftungsprogramms auf den 1. Januar 2006 wurde die Debitorensystematik von vereinnahmten auf vereinbarten Entgelt umgestellt. Aus Gründen der Transparenz wird in der Laufenden Rechnung die Verbuchung für nicht eintreibbare Bussen in derselben Konto-Gruppe 437, auf einem separaten sechsstelligen Konto als Aufwand erfasst.

### **Rückstellungen**

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode.

Die Höhe der Rückstellungen muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwartenden Verlust oder Geld-, Güter- und Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Alle vorhandenen Verlustrisiken müssen per Abschlussstichtag bewertet und entsprechend verbucht sein. Bereits bestehende Rückstellungen sind auf ihre Höhe zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Rückstellungen zum Zwecke der Reservebildung für künftige Aufwendungen, ohne eine zum Bilanzstichtag bestehende Verbindlichkeit gegenüber Dritten sowie überhöhte Rückstellungen sind nicht erlaubt (Art. 3 Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt). Nicht mehr benötigte Rückstellungen sind aufzulösen.

Seit dem Rechnungsabschluss 2007 werden im Kanton Basel-Stadt zudem sämtliche Ferien- und Überzeitguthaben abgegrenzt.

### **Derivative Finanzinstrumente**

Beim Kanton Basel-Stadt werden die derivativen Finanzinstrumenten ausschliesslich für die Bewirtschaftung des Zinsänderungsrisikos im Asset- und Liability-Management (ALM), d.h. zur Absicherung eingesetzt (Fair Value Hedge). Der Einsatz ist im ALM-Reglement festgelegt. Bei den derivativen Finanzinstrumenten handelt es sich grösstenteils um Zinsswaps. Ein Zinsswap ist ein Zinsderivat, bei dem zwei Vertragspartner vereinbaren, zu bestimmten zukünftigen Zeitpunkten Zinszahlungen auf festgelegte Nennbeträge auszutauschen. Die Zinszahlungen werden meist so festgesetzt, dass eine Partei einen bei Vertragsabschluss fixierten (festgesetzten) Festzinssatz zahlt, die andere Partei hingegen einen variablen Zinssatz ("Plain Vanilla Swap"). Für die Vertragspartei, die den festen Zinssatz zu zahlen hat, wird der Swap Payer-Swap genannt. Diese Vertragspartei erhält dafür einen variablen Zinssatz. Für die Vertragspartei, die den festen Zinssatz erhält, wird der Swap Receiver-Swap genannt. Diese Vertragspartei muss dafür den variablen Zinssatz zahlen.

Derivative Finanzinstrumente haben in der Regel keinen oder einen geringen Anschaffungswert. Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert (Marktwert, Fair Value) bewertet. Veränderungen des Zeitwerts (positive- wie negative Wiederbeschaffungswerte) von derivativen Finanzinstrumenten werden über das Eigenkapital erfasst. Bei positiven Wiederbeschaffungswerten handelt es sich um Guthaben (Bilanzkonto 119: Übrige Guthaben), bei negativen um Verpflichtungen (Bilanzposition 209: Übrige Verpflichtungen) des Kantons gegenüber Dritten.

Bei Fälligkeit oder Verkauf eines derivativen Finanzinstruments wird der aufgelaufene Gewinn/Verlust erfolgswirksam (Aufwandposition 322: Zinsen für Mittel- u. Langfristschulden) der Laufenden Rechnung belastet. Als Gegenkonto für die Wertschriftenausbuchung (Bilanzposition 119: Übrige Guthaben) dient das Eigenkapital/Fehldeckung (Bilanzposition 290: Wertschwankungen im Eigenkapital).

Positive Wiederbeschaffungswerte können Ausfallrisiken beinhalten. Dies ist dann der Fall, wenn ein Schuldner Bonitätsschwankungen unterworfen ist (Gegenparteiisiko, Plafondliste ALM-Reglement). Für das Ausfallrisiko können Rückstellungen gebildet werden.

Der Ausweis der offenen positiven und negativen Wiederbeschaffungswerte von derivativen Finanzinstrumenten, bewertet nach dem Fair Value (Zeitwert), erfolgt im Anhang zur Bilanz. Fehlt ein solcher Ausweis, sind per Abschlussstichtag keine derivativen Finanzinstrumenten vorhanden.

### **Bruttoprinzip**

Nach §8 Abs. 3 FHG gilt das Bruttoprinzip. Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung (Saldierung) von Aktiven mit Passiven sowie Aufwand- mit Ertragspositionen. Das Bruttoprinzip erhöht die Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

### **Verpflichtungen für Sonderrechnungen**

Bei den Verpflichtungen für Sonderrechnungen handelt es sich um Mittel, die dem Kanton freiwillig und mit besonderer Zweckbindung und/oder Auflagen zufließen. Darunter fallen primär Gelder aus Stiftungen, Schenkungen und Legaten. Zweckbindungen und Auflagen werden dabei nicht vom Kanton selber, sondern von Dritten festgelegt.

Mit Ausnahme des Verwaltungsaufwandes (Personal- und Sachaufwand), der das Führen eines solchen Fonds mit sich bringt und die Laufende Rechnung betreffend Dienststelle belastet, werden sämtliche Einnahmen (inklusive Initialeinlage) und Ausgaben von solchen Fonds direkt über das entsprechende Fondskonto gebucht. Die Entschädigung für Verwaltungskosten, die einem Fonds belastet werden können, erscheinen in der Laufenden Rechnung im Ertrag.

### **Spezialfinanzierungen**

Eine Spezialfinanzierung liegt dann vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder gleichwertiger Bestimmungen bestimmte zweckgebunden oder allgemeine Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben eingesetzt werden. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet dabei zwischen

- Fonds aus allgemeinen Mitteln und
- Fonds aus zweckgebundenen Mitteln.

Während die Fonds aus allgemeinen Mitteln ausschliesslich durch allgemeine Mittel wie Steuer- und andere Einnahmen geüfnet werden, fliessen dem Kanton bei den Fonds aus zweckgebundenen Mitteln Gelder in Form von Gebühren und Abgaben zu, welche dann den Fonds schliesslich gutgeschrieben werden.

Für beide Arten von Fonds gelten die gleichen Verbuchungsregeln. Dem Bruttoprinzip folgend, werden Ausgaben und Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung erfasst und dann mittels Buchung „Einlage in Spezialfinanzierung“ (FDK-Kontengruppe 38) an Fonds oder Fonds an „Entnahme aus Spezialfinanzierung“ (FDK-Kontengruppe 48) wieder neutralisiert.

### **Offenlegung der zusätzlichen Informationen gemäss §20 Absatz 3 FHG**

Der Anhang zur Bilanz enthält neben Details zu einzelnen Bilanzpositionen auch ausserbilanzielle Informationen. Diese beinhalten neben den Eventualverbindlichkeiten (gegliedert nach Garantie- und Bürgschaftsverpflichtungen) auch Angaben über die Leasingverbindlichkeiten oder die Sachversicherungswerte (gegliedert nach Liegenschaften und übrigen Sachanlagen).

## 10.2 Glossar der finanziellen Fachbegriffe

### Abschreibungen

Es gibt sowohl Abschreibungen auf Guthaben und Anlagen des Finanzvermögens als auch Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens. Abschreibungen bilden den Werteverzehr einer Anlage durch ihren ständigen Gebrauch ab. Es wird zwischen planmässiger und ausserplanmässiger Abschreibungen unterschieden.

Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt (siehe auch Nutzungsdauer).

Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

### Allgemeiner Nettoertrag (ANE)

Der Allgemeine Nettoertrag ist eine strukturelle (finanzielle) Kennzahl im Kanton Basel Stadt. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung setzt sich zusammen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand (ONA), dem Allgemeinen Nettoertrag (ANE) und den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens. Der Allgemeine Nettoertrag bezeichnet den nicht spezifischen, d.h. den allgemeinen Ertrag (z.B. allgemeiner Steuerertrag, Vermögensertrag, Liegenschaftserträge, Anteile an Bundessteuern, Nationalbankgewinne) abzüglich allgemeinem Aufwand (z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens). Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind im ANE nicht enthalten.

### Anhang

Der Anhang ist Teil der Jahresrechnung. Dort werden die für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und das zugrunde liegenden Rechnungsmodells beschrieben. Zudem werden einzelne wichtige Positionen der Jahresrechnung erläutert. Der Anhang enthält weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.

### Anlagen

Anlagen sind langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

### Anlagespiegel

Der Anlagespiegel ist eine detaillierte Informationen im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

### Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen

frei den Verwendungszweck bestimmt.

### **Artengliederung**

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

### **Aufgabenfeld**

Die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, d.h. jene, die direkt Wirkungen für die Bevölkerung haben sollen, werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils inhaltlich ähnliche Produktgruppen. Jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.

### **Aufwand**

Als Aufwand werden Ausgaben der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung) bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300'000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.

### **Beiträge für eigene Rechnung**

Beiträge für eigene Rechnung sind eingehende Laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

### **Benchmarking**

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten. Die Verwaltung vergleicht gleichwertige Dienstleistungen mit jenen anderer Kantone oder jenen des Auslandes.

### **Bilanz**

Die Bilanz ist die Bestandesrechnung und Teil der Jahresrechnung. Sie beinhaltet eine stichtagbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiven) und Verpflichtungen (Passiven). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist wie folgt gegliedert:

Gliederung der Aktiven: Finanz-, Verwaltungsvermögen und Spezialfinanzierungen.

Gliederung der Passiven: Kurzfristiges Fremdkapital, langfristiges Fremdkapital, Spezialfinanzierungen und Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag.

**Bilanzfehlbetrag**

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

**Bonität**

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

**Bruttoprinzip**

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

**Bruttoschulden**

Bruttoschulden sind Fremdkapital (inkl. Spezialfinanzierungen), d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).

**Buchführungsgrundsätze**

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitung für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

**Buchwert**

Als Buchwert wird der nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellte Wert eines Vermögensbestandteiles (Finanz- und/oder Sachanlagen) bezeichnet.

**Budget**

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

**Cash Flow**

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung stehen, werden als Cash Flow bezeichnet. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

### **Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)**

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

### **Dienststelle**

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bestandes-, der Laufenden- und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

### **Eigene Beiträge**

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

### **Eigenkapital**

Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung, aber auch durch Zugänge von Neubewertungsreserven (Umbewertungsreserven). Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.

### **Eigenkapitalveränderungsnachweis**

Der Eigenkapitalveränderungsnachweis ist eine Übersicht, in welcher die Ursachen von Veränderungen einzelner Bestandteile des Eigenkapitals (Staatskapital) aufgezeigt respektive tabellarisch wiedergegeben werden. Der Eigenkapitalveränderungsnachweis wird im Anhang zur Staatsrechnung dargestellt.

### **Einlagen in Spezialfinanzierungen**

Einlagen in Spezialfinanzierungen bedeutet die Reservierung bestimmter Erträge oder allgemeinen Staatsmittel aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften für die vollständige oder teilweise Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dabei werden Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung geführt und dann mittels Fondseinlage dem entsprechenden Fondskonto gutgeschrieben.

### **Einnahmen**

Einnahmen sind Zahlungen von Dritten einschliesslich debitorischer Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

**Entgelte**

Entgelte sind Erträge aus Lieferungen und Leistungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spital- und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), sowie Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.

**Ertrag**

Als Ertrag werden Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte bezeichnet. Beiträge für Investitionen von mehr als 300'000 Franken sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung (Investitionseinnahmen) enthalten.

**Eventualverbindlichkeit**

Eine Eventualverbindlichkeit ist eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Oder es ist eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).

**Fair Presentation**

Die Jahresrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage, der Finanz- und Ertragslage wieder. Synonym von true and fair view.

**Finanzierungsfehlbetrag**

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen wird als Finanzierungsfehlbetrag bezeichnet. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

**Finanzierungssaldo**

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

**Finanzierungsüberschuss**

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).



### **Finanzinstrument**

Unter einem Finanzinstrument ist ein Schuld- bzw. Forderungsverhältnis zu verstehen, das gleichzeitig bei der einen Vertragspartei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der Gegenpartei zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einer Position mit Eigenkapitalcharakter führt (Kredite, derivative Finanzinstrumente, Anleihen, usw.).

### **Finanzplan**

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

### **Finanzrechnung**

Die Finanzrechnung ist die Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

### **Finanzvermögen**

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert, d.h. verkauft werden können. Die Entscheidung über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

### **Flüssige Mittel**

Flüssige Mittel sind Gelder, die jederzeit zur Verfügung stehen und die sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

### **Fonds**

Zuwendungen von Dritten, die dem Kanton unter der Auflage einer Zweckbindung gemacht werden oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen, werden als Fonds bezeichnet. Einnahmen und Ausgaben laufen nicht über die Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung) sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet.

### **Fremdkapital**

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Spezialfinanzierungen.

### **Funktionale Gliederung**

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

### **Geldflussrechnung**

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

### **Globalbudget**

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktgruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktgruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

### **Grossinvestitionen**

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes 300'000 Franken und mehr betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht degressiv gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen sowie in der Kostenrechnung linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

### **Guthaben**

Guthaben sind kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

### **Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)**

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert, die heute noch ihre Gültigkeit hat. Das Handbuch regelt einen einheitlichen Ausgabenbegriff, die Unterteilung der Verwaltungsrechnung in eine Laufende- und eine Investitionsrechnung sowie einen einheitlichen Kontenrahmen. Weiter werden Einnahmen und Ausgaben bestimmten Funktionen zugeordnet (z.B. Öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Soziale Wohlfahrt, Verkehr u.a.).

### **HRM2**

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie

möglich, d.h. innerhalb der kommenden zehn Jahre umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

### **International Financial Reporting Standards (IFRS)**

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsennotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

### **Indikatoren**

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

### **Institutionelle Gliederung**

Die institutionelle Gliederung ordnet die Staatsrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

### **Internes Kontrollsystem (IKS)**

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

### **Interne Verrechnungen**

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

### **Investitionsausgaben**

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsaufgaben (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

**Investitionsbeiträge (an Dritte)**

Investitionsbeiträge (an Dritte) sind aktivierte Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert. In Basel-Stadt wie auch in vielen anderen Kantonen werden diese nach Staatsrecht im Jahr der Auszahlung auf Null abgeschrieben.

**Investitionseinnahmen**

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

**Investitionsrechnung**

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

**International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)**

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants, einer internationalen Vereinigung von Wirtschaftsprüfern erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Die ersten vom IPSASB erlassenen Regelwerke sind praktisch Kopien von bereits früher veröffentlichten Standards des IFRSB. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS.

**Jährlichkeitsprinzip**

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

**Kalkulatorische Positionen**

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

**Kameralistik**

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe“) ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der

Fokus der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzzielen als auf Sachzielen. Bis 2008 noch Rechnungsmodell des Bundes.

### **Kapitalkosten**

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

### **Kennzahlen**

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

### **Kleininvestitionen**

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindesten 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungszeit abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt seit der Harmonisierung der finanziellen Steuerungsgrössen (ONA) ab 2007 keine Kleininvestitionen mehr. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Laufenden Rechnung belastet.

### **Kurzfristige Schulden**

Kurzfristige Schulden sind Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

### **Laufende Rechnung**

Die Laufende Rechnung ist diejenige Rechnung, die sämtliche laufende Aufwands- und Ertragspositionen enthält (Investitionen grösser als 300'000 Franken sind mit den Abschreibungen berücksichtigt). Die Laufende Rechnung entspricht, mit einer etwas anderen Gliederung (Kontenplan), der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft.

### **Laufende Verpflichtungen**

Laufende Verpflichtungen sind alle Verpflichtungen, die kurzfristig fällig sind oder fällig werden können, sowie jene Verbindlichkeiten, welche aus Lieferungen oder Leistungen Dritter an den Kanton entstanden sind.

### **Legislaturplan**

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der

Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. Der Legislaturplan löst ab 2011 den Politikplan ab. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

### **Leistungsverrechnung**

Unter Leistungsverrechnung wird die Interne Verrechnungen und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden.

### **Mittel- und langfristige Schulden**

Mittel- und langfristige Schulden sind zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen zwei und fünf Jahren, Langfristschulden eine solche von über fünf Jahren.

### **Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)**

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind darin nicht enthalten. Neben dem ONA und ANE ist das NIV eine der finanziellen Steuerungsgrössen im Kanton Basel-Stadt.

### **Nettoschuld**

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital (inkl. den Spezialfinanzierungen mit Fremdkapitalcharakter) und dem Finanzvermögen.

### **Neubewertungsreserven**

Neubewertungsreserven sind Aufwertungsgewinne, die durch Neubewertung von Teilen des Finanzvermögens (v.a. Renditeliegenschaften) entstehen und welche direkt in das Eigenkapital (=Staatskapital) und nicht erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht werden. Eine Neubewertungsreserve liegt dann vor, wenn der aktuelle Wert eines Objektes über dem Restbuchwert der (Finanz-)Buchhaltung liegt. Liegt der aktuelle Wert unter dem Restbuchwert der Buchhaltung, wird eine Abschreibung auf dem Objekt verbucht.

### **Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)**

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden.

Die NFA ersetzt ein Gewirr von mehr als 30 Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen durch wenige transparente Instrumente. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten

neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt.

Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

### **Nutzungsdauer**

Synonyme zu Nutzungsdauer sind Lebensdauer oder Lebenszyklus. Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Nutzungsdauer muss nicht gleich sein der Abschreibungsdauer von Anlagenobjekten in der Finanzbuchhaltung.

### **Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)**

Der Ordentliche Nettoaufwand ist der departementsspezifische Aufwand (ohne Abschreibungen auf Investitionen grösser als 300'000 Franken) abzüglich departementsspezifischer Ertrag. Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag (v.a. Steuererträge, Passivzinsen, Aufwand und Ertrag des Finanzvermögens und Anteile an nicht zweckgebundenen Bundeseinnahmen) sind im ONA nicht enthalten. Eine der wichtigsten Steuerungsgrössen der Finanzen im Kanton Basel-Stadt.

### **Passivzinsen**

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

### **Periodengerechtigkeit**

Periodengerechtigkeit wird auch Accrual Accounting genannt. Bei der periodengerechten Buchhaltung werden Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst, wenn sie auftreten und nicht, wenn ein Zahlungsmittel eingeht oder bezahlt wird. Sie werden in derjenigen Periode in der Buchhaltung erfasst und im Abschluss der Periode ausgewiesen, der sie zuzurechnen sind.

### **Personalaufwand**

Personalaufwand umfasst Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

### **Produkte**

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

**Produktgruppe**

Produktgruppen sind Gruppe von einzelnen, relativ homogenen Leistungen, mit welchen möglichst effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Produktgruppen stellen im Rahmen der Planung und des Reportings den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar. Sie bilden die Steuerungsebene der Departemente ab.

**Rechnung**

Die Rechnung ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

**Rechnungsabgrenzung**

Rechnungsabgrenzung ist die Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

**Ressourcenfeld**

Die Ressourcenfelder enthalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen (v.a. Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen). Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Leistungen in den Aufgabenfeldern. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.

**Restatement**

Neubewertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Bewertungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung.

**Rückstellungen**

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode. Die Höhe der Rückstellung muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwarteten Verlust oder Geld-, Güter- oder Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt. Nicht mehr benötigte Rückstellungen müssen nach Finanzhaushaltsgesetz (FHG) aufgelöst werden.

**Sachaufwand**

Sachaufwand ist Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.

**Saldo Vollkosten (SVK)**

Saldo Vollkosten ist der Ordentliche Nettoaufwand der Aufgabenfelder zuzüglich kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Abschreibung und Zinsen auf den Grossinvestitionen) und Umlagen von Querschnittsleistungen (primär mittels eines Umlageschlüssels umgelegten Vollkosten der



Ressourcenfelder).

### **Schuldenbremse**

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Seit der Einführung hat sich der Schuldenstand ungefähr stabilisiert und die Verschuldungsquote ist rückläufig. Inzwischen verfügen auch viele Kantone über ein solches Steuerungsinstrument.

Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

### **Selbstfinanzierung**

Die Selbstfinanzierung ist die Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sowie der Veränderung des zweckgebundenen Eigenkapitals (Spezialfinanzierungen mit Eigenkapitalcharakter). Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

### **Selbstfinanzierungsgrad**

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

### **Spezialfinanzierungen**

Eine Spezialfinanzierung liegt vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften bestimmte Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe eingesetzt werden (Zweckbindung) müssen.

### **Stetigkeit**

Als Stetigkeit wird Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

### **Transitorische Aktiven oder aktive Rechnungsabgrenzungen**

Transitorische Aktiven sind kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

**Transitorische Passiven oder passive Rechnungsabgrenzungen**

Transitorische Passiven sind kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

**Umlageschlüssel**

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

**Vermögenserträge**

Vermögenserträge sind Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inklusive Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

**Verwaltungsvermögen**

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen und über mehrere Rechnungsjahre genutzt werden und daher nicht zum Verkauf bestimmt sind. Darunter fallen Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Waldungen, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

**Vollkostenrechnung**

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

**Wertberichtigung**

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für eingetretene Entwertungen. Bei den Sachanlagen ist es das Gegenkonto zu den (indirekt verbuchten) Abschreibungen.

**Wesentlichkeit**

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild des Kantons Haushaltes vermittelt.

**Wirtschaftlichkeit**

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz

§6 verankert.

## **11 Die gesonderten Berichte**

## 11.1 Staatsanwaltschaft

### 11.1.1 Allgemeines

Das Berichtsjahr war wesentlich geprägt durch die im Hinblick auf das Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) sowie der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) per 1. Januar 2011 nötigen Vorbereitungen. Dazu gehörte zunächst die Erarbeitung von Grundlagen für die jeweiligen Einführungsgesetze sowie einer Vielzahl von Verordnungen und internen Weisungen, die es den neuen Prozessordnungen anzupassen galt. Weil im Bereich des Erwachsenenstrafrechts wesentliche Aufgaben wie das Verzeigungsverfahren mit rund 30'000 Strafbefehlen und das Privatklageverfahren mit bis zu 500 Anzeigen pro Jahr künftig nicht mehr den Gerichten obliegen, sondern der Staatsanwaltschaft, war ausserdem die erforderliche Infrastruktur zu schaffen in räumlicher und personeller Hinsicht sowie vor allem auch bezüglich der notwendigen Informatikunterstützung der künftigen Aufgaben. Während die organisatorische Einbindung des neuen, die Strafbefehlsabteilung des Strafgerichts ablösenden Strafbefehlsdezernates und dessen Unterbringung im Gebäude der Staatsanwaltschaft reine Planungsarbeiten waren, gestaltete sich die Personalrekrutierung bereits schwieriger. Besondere Herausforderungen ergaben sich jedoch im Zusammenhang mit den Informatikaufgaben, welche die Implementierung eines bisher in der Staatsanwaltschaft nicht verwendeten Systems zur Erfassung und Bearbeitung sowie der automatischen Verwaltung bis hin zu Rechnungsstellung und Mahnwesen im Strafbefehlsverfahren erforderlich machten.

Auch die Jugendanwaltschaft musste nebst den allgemeinen Regeln der StPO und der JStPO mit der Übernahme der vollen Verantwortlichkeit für das Vollzugsverfahren neue Aufgaben in den bisherigen Betrieb implementieren. Dies erforderte anspruchsvolle Planungs- und Anpassungsarbeiten. Allein damit wurden in allen Abteilungen der Staatsanwaltschaft personelle Kräfte gebunden. Zudem galt es noch, die Mitarbeitenden auf die neuen Rechtsgrundlagen und Aufgaben vorzubereiten und entsprechend auszubilden. Dabei waren nicht nur diejenigen, welche die Ausbildung durchzuführen hatten, in hohem Mass gefordert, denn die neuen Gesetze sind alles andere als einfach und selbsterklärend. Vielmehr mussten auch die übrigen Mitarbeitenden eine beträchtliche Zusatzleistung erbringen, um neben dem Tagesgeschäft den umfangreichen Lehrstoff zu verarbeiten. Ob all diese Anstrengungen genühten, um die neuen Herausforderungen mehr oder weniger problemlos zu bewältigen, wird sich jedoch erst nach einiger Zeit der Anwendung der StPO und der JStPO weisen. Insbesondere wird sich zeigen, ob die vom Parlament bewilligte erste Tranche der beantragten personellen Mittel für die Auftrags Erfüllung ausreicht oder ob und, wenn ja, wann die zweite Tranche nachgeschoben werden muss. Schon jetzt steht allerdings fest, dass viele vom Gesetzgeber offen gelassene Fragen oder ungenügend bzw. widersprüchlich geregelte Problemfelder künftig zu Diskussionen führen werden, die eine erst zu entwickelnde Gerichtspraxis klären muss.

Die Zahl der sogenannten „Rückstände“ (Strafuntersuchungen mit mehr als sechs Monaten Verfahrensdauer) ist mit 454 (440) nur leicht gestiegen.

### 11.1.2 Abteilungen

#### Kriminalkommissariat

**Allgemeines** Erneut war ein zumindest politisch brisantes Problem die Aufarbeitung der im Zusammenhang mit dem Staatsschutz aufgeworfenen Fragen. Zwar sollte eine kantonale Verordnung neu den Rahmen für die Kontrolle der zuständigen Fachgruppe definieren. Die diesbezüglich erforderliche Übereinstimmung der Vorgehensweisen mit dem Bund verlief aber teilweise kontrovers. Erst im Dezember wurde schliesslich ein möglicher Konsens aufgezeigt, der hoffen lässt, dass sich die bestehenden Differenzen künftig vermeiden lassen.

Der bereits im Vorjahr bei der Kriminaltechnischen Abteilung (KTA) thematisierte Personalengpass wurde durch weitere Abgänge noch verschärft. Zwar liessen sich die Vakanzen teilweise schnell ersetzen. Da neue Mitarbeiter aber erst nach einer entsprechenden Ausbildung voll zum Einsatz

kommen können, lag die Last insbesondere des Pikettdienstes wieder auf den erfahrenen Kräften. Um diese einigermaßen zu schonen und nicht zusätzliche krankheitsbedingte Ausfälle zu riskieren, war daher das Dienstleistungsangebot der KTA zu reduzieren und die Fälle, in denen zur Spurenerhebung auszurücken ist, auf wesentliche Ereignisse zu beschränken. Dadurch wurde und wird allerdings das von jeder Kriminalpolizei anzustrebende Ziel einer möglichst hohen Aufklärungsquote im Bereich der gesamten Kriminalität gefährdet. Diese unbefriedigende Situation ist daher so schnell wie möglich zu beheben.

Ebenfalls unbefriedigend ist die Lage im Büro für Datenverarbeitung. Die zu bearbeitenden Datenmengen werden allein schon durch gesetzliche Vorgaben immer grösser, die personellen Mittel bleiben aber gleich bzw. reduzieren sich, und die Anspruchshaltung der Kunden steigt. So verlangt allein schon die schweizerische polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zwingend ein Qualitätsmanagement, das neben der normalen Datenerfassung einen sehr hohen Zusatzaufwand erfordert. Weitere Mehrleistungen sind daher nur mit zusätzlichem Personal erbringbar.

Auch in Bezug auf die für den Ermittlungsauftrag zur Verfügung stehenden Personalressourcen zeigte sich, dass diese sehr knapp bemessen sind. Wenige krankheitsbedingte Ausfälle wirken sich bereits merklich auf Effizienz und Qualität aus. Und das im Hinblick auf das Inkrafttreten der schweizerischen StPO erforderliche Engagement der Kader und des Ermittlungspersonals hatte zur Folge, dass die Bearbeitung einer Vielzahl von Verfahren zurückgestellt werden musste.

**Kriminalitätslage** Zwar lassen sich definitive Analysen über die Kriminalitätsentwicklung erst mit der im März 2011 erscheinenden PKS durchführen. Eine erste Grobauswertung der vorliegenden Zahlen mag jedoch zumindest gewisse Trends aufzeigen. Nachdem die Zahl der Anzeigen ab 1978 mit rund 17'000 zunächst stetig zugenommen und 2004 das Maximum von 30'395 erreicht hatte, war nicht nur in Basel ein deutlicher Abwärtstrend zu verzeichnen. Dieser setzte sich auch im Berichtsjahr mit 21'933 (22'859) erfassten Anzeigen und damit einem Rückgang um 4.1% fort. Die Gründe dafür sind nicht ersichtlich. Auch verläuft die Entwicklung nicht in allen Deliktsbereichen gleich. Während teilweise signifikante Abnahmen vorliegen, nehmen die Anzeigen in anderen Bereichen ebenso signifikant zu.

**Leib und Leben** Obwohl die absolute Zahl der versuchten und vollendeten Tötungsdelikte mit 10 (10) bzw. 2 (6) erfassten Fällen gering ist, hat sie eine wichtige Bedeutung für das Sicherheitsempfinden. Neben der im Gegenteil zu früheren Jahren – mit Zunahmen um bis zu 33.3% (2008) – für die Tötungsdelikte insgesamt ausgewiesenen Abnahme um 25% ist aber vor allem wesentlich, dass sämtliche Täter ermittelt werden konnten. Auch bei den Anzeigen wegen Körperverletzung, Tötlichkeit und Gefährdung des Lebens ist ein Rückgang um 3.1% auf 1'097 (1'131) Anzeigen zu registrieren. Dies ist allerdings immer noch 6.5% mehr als 2008 (1'031). Ebenso relativiert sich der Rückgang der Delikte gegen die öffentliche Gewalt, namentlich auch der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, mit 12.7% auf 172 (197) Fälle beim Blick auf die Vorjahre, die teilweise deutlich weniger Anzeigen ausweisen. Abgesehen davon, dass allein schon auf Grund dieser Zahlen noch immer von einer deutlich zu hohen Gewaltproblematik auszugehen ist, was auch die nachfolgend kommentierte Entwicklung beim Raub indiziert, wird diese durch die Qualität der registrierten Taten immer wieder klar dokumentiert.

**Vermögensdelikte** Während die Vermögensdelikte bereits im Vorjahr einen Rückgang um 6.4% zu verzeichnen hatten, betrug er im Berichtsjahr mit 14'885 (15'678) Anzeigen erneut 5.1%. Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil dieser Delikte von bisher um 70% auf 67.8% aller Straftaten.

Nach einem starken Anstieg in den Vorjahren gingen die Anzeigen wegen Einbruchdiebstahls um 12.5% auf 1'206 (1'379) zurück. Im Fünfjahresmittel entspricht dieser Rückgang aber dennoch einer Zunahme um 4.1%.

Ebenfalls rückläufig sind die Zahlen bei den Ladendiebstählen. Mit 1'971 (2'253) Anzeigen beträgt die Abnahme ebenfalls 12.5%. Der Rückgang um 19.8% im Fünfjahresmittel indiziert, dass vermutlich weniger ein verändertes Anzeigeverhalten als die Wahrnehmung der Selbstverantwortung der Geschädigten durch Einrichtung effizienter Überwachungsanlagen ihre Früchte trägt.

Im Gegenteil liegen allerdings die Anzeigen wegen Taschendiebstahls und Diebstahls aus Fahrzeugen, die mit 943 (876) und 452 (297) Fällen Zunahmen um 7.6% und 52% zu verzeichnen haben.

Dasselbe gilt für die Computerdelikte mit einer Steigerung um 26% auf 236 (187) Anzeigen. Hier wird das 2007 ausgewiesene Maximum von 544 Anzeigen allerdings noch deutlich nicht erreicht.

Ebenfalls gegenläufig zur Gesamtentwicklung sind die Anzeigen wegen Raubes. Nach Zunahmen um 3.2% und 10.7% in den beiden letzten Jahren ist es bedenklich, dass mit 225 (217) Anzeigen erneut eine Steigerung um 3.7% und im Vergleich der letzten 5 Jahre gar eine solche von mehr als 16% zu verzeichnen ist.

**Sexualdelikte** Erfreulich erscheint der Rückgang um 38% bei den Vergewaltigungen auf 18 (29) Anzeigen. Unklar ist allerdings, wieweit dies mit einem bestimmten Anzeigeverhalten zusammenhängt. Die Tatsache nämlich, dass bei den übrigen Sexualdelikten eine Zunahme um 9.6% auf 183 (167) Anzeigen registriert wird, indiziert nicht eine wirkliche Trendwende in diesem Deliktsbereich.

**Betäubungsmittel** Mit 1'967 (1'947) Anzeigen ist nach einer Abnahme um 8.5% im Vorjahr wieder eine leichte Zunahme festzustellen. Diese wäre allerdings vernachlässigbar, wenn die Lage im Drogenbereich nicht durch andere Faktoren erschwert würde. So lassen sich etwa die vermehrt auftretenden schwarzafrikanischen Asylbewerber, die aus verschiedenen Regionen in der Schweiz nach Basel kommen, um hier als Kleindealer mit Kokain zu handeln, kaum durch polizeiliche Massnahmen an ihren Aktivitäten hindern; Ausschaffungen sind zudem nur selten möglich. Auch bereits verurteilte und in die Heimatländer ausgeschaffte Drogenhändler aus Serbien und dem Kosovo kehren – offenbar unbeeindruckt von den verbüssten Strafen – zurück, um das Geschäft erneut aufzunehmen. Die Ermittlungen gegen beide Gruppierungen gestalten sich nicht nur aus sprachlichen Gründen ausserordentlich aufwendig und binden unverhältnismässig viel Personal.

## Allgemeine Abteilung

Im Berichtszeitraum gingen bei der Allgemeinen Abteilung insgesamt 1'772 (1'667) neue Verfahren (+6.3 %) ein, die teilweise mehrere Anzeigen umfassten. Erledigt werden konnten 1'626 (1'811) Verfahren (-11.4%). Am Jahresende waren noch 627 (481) pendent.

Der Rückgang bei den Erledigungen ist namentlich auf drei Faktoren zurückzuführen: Nachdem die Verfahrenseingänge während der Jahre 2008 und 2009 kontinuierlich abgenommen hatten, war im Berichtszeitraum erstmals wieder eine spürbare Zunahme festzustellen. Ferner mussten mit Blick auf die im am 1. Januar 2011 in Kraft tretende StPO und die damit verbundenen umfangreichen Vorbereitungsarbeiten weiterhin zwei Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung als Vorsitzender bzw. Mitglied der Projektgruppe „Stawa 2011“ von allen anderen Verpflichtungen freigestellt werden, wobei sich das Fehlen dieser Mitarbeitenden mit langer Berufserfahrung bei der Bewältigung des Tagesgeschäfts spürbar auswirkte. Schliesslich war auch das übrige Personal durch die ab Spätsommer 2010 prioritäre und sich in den letzten Monaten des Jahres fortlaufend intensivierende Ausbildung und Schulung mit Blick auf die neue StPO stark gefordert, wobei es das erklärte Ziel war, alle Mitarbeitenden mit der umfangreichen Materie hinreichend vertraut zu machen, um sie per 1. Januar 2011 in die Lage zu versetzen, mit den auf sie zukommenden Herausforderungen souverän umzugehen. Hierzu gehörte nicht nur der Besuch diverser interner und externer Schulungsanlässe, sondern auch das Absolvieren mehrerer schriftlicher Prüfungen und praktischer Übungen in Lerngruppen, welche vorgängig allesamt durch die Abteilungsleitungen erstellt und vorbereitet werden mussten. Dass angesichts dieser erheblichen Zusatzbelastung namentlich der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Fallerledigung mit total 1'626 Verfahren absolut gesehen immer noch 12.8% höher ausfiel als im Jahr 2006 (1'441), das ebenfalls durch eine bevorstehende, allerdings erheblich weniger Vorbereitungsaufwand generierende Gesetzesrevision geprägt gewesen war, relativiert den Rückgang bei den Erledigungszahlen.

In personeller Hinsicht konnte das Team der Allgemeinen Abteilung mit dem Eintritt von zwei Untersuchungsbeamtinnen, die ihren beiden per Ende 2009 pensionierten Kollegen nachfolgten, wieder komplettiert werden. Die Abteilung verzeichnete zum Jahresende jedoch den Abgang von zwei Staatsanwälten sowie einer Staatsanwältin – drei langjährig bewährte Mitarbeitende, welche auf die

im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der neuen StPO staatsanwaltschaftsintern zusätzlich geschaffenen Stellen des Leiters und der stellvertretende Leiterin des Strafbefehlsdezernats sowie eines Staatsanwalts bei der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft wechselten.

### **Abteilung Wirtschaftsdelikte**

Einen bedeutenden personellen Einschnitt erfuhr die Abteilung Wirtschaftsdelikte mit der Pensionierung des bisherigen, äusserst erfahrenen Leitenden Staatsanwalts per Ende September 2010. Er konnte jedoch unter Vermeidung einer längeren Vakanz aus den eigenen Reihen ersetzt werden, was die nahtlose Weiterführung des Dienstbetriebes ermöglichte.

Das Berichtsjahr 2010 gestaltete sich erneut äusserst arbeitsintensiv: Neben der erfolgreichen Vertretung von teilweise sehr grossen und entsprechend langwierigen Wirtschaftsstraffällen vor den Gerichten des Kantons Basel-Stadt kam es zur Eröffnung von 200 (109) neuen Strafverfahren. Der signifikante Anstieg um 83.5% ist auf zwei Hauptgründe zurückzuführen: Einerseits kam es im Rahmen eines Verfahrens mit sechs Hauptangeschuldigten zur Ausdehnung auf 25 weitere Personen, die allesamt noch im Jahre 2010 angeklagt werden konnten. Andererseits führte die intensivierete Zusammenarbeit der Abteilung Wirtschaftsdelikte mit anderen Verwaltungseinheiten des Staates zu einem spürbaren Anstieg von Anzeigen. Trotz dieser deutlich erhöhten Belastung konnte – neben dem Abbau von hängigen Verfahren aus den Vorjahren – eine grosse Anzahl der im Berichtsjahr eröffneten Verfahren bereits erledigt werden, so dass sich die Zahl der per Ende Jahr offenen Verfahren vergleichsweise gering um lediglich 32.4% auf 98 (74) erhöhte.

Spürbar angestiegen sind auch die von der Abteilung Wirtschaftsdelikte zu bearbeitenden Fälle im Gebiet der Internationalen Rechtshilfe: Waren 2009 noch 54 Rechtshilfeersuchen eingegangen, stieg diese Zahl im Berichtsjahr um 24% auf 67 an. Wie in den Vorjahren betraf die überwiegende Zahl der Rechtshilfeersuchen solche aus der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von denjenigen aus den Benelux-Staaten. Massiv zugenommen hat der Aufwand zur Bewältigung dieser Ersuchen: Kam es in den Vorjahren primär zur Abklärung von Bankkonten, mussten 2010 diverse zeit- und personalintensive Zwangsmassnahmen, insbesondere Hausdurchsuchungen und Einvernahmen durchgeführt werden. Dennoch ist die Anzahl der im Berichtsjahr erledigten Fälle mit 62 ausserordentlich hoch.

Auch die Abteilung Wirtschaftsdelikte bereitete sich ab der zweiten Hälfte des Jahres 2010 parallel zur täglichen Arbeit intensiv auf das Inkrafttreten der neuen StPO vor: Zusätzlich zu den Ausbildungsblöcken, die sämtliche Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft besuchten, kam es zu spezifisch auf die Belange der Abteilung Wirtschaftsdelikte ausgerichteten internen Weiterführungsveranstaltungen, so dass der Einstieg ins neue Gesetzeswerk gut vorbereitet wurde.

Im Frühling 2010 schloss bereits der vierte Kriminalist der Abteilung den vom Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der HSW Luzern durchgeführten berufsbegleitenden Weiterbildungskurs für Polizeibeamte in Financial Investigation mit einer guten Prüfungsnote ab. Ein Staatsanwalt der Abteilung Wirtschaftsdelikte engagiert sich momentan ebenfalls berufsbegleitend im Studiengang zum MAS ECI (Master of Advanced Studies in Economic Crime Investigation). Der Abschluss ist im Frühjahr 2011 vorgesehen.

### **Jugendanwaltschaft**

#### **Allgemeines**

Im März 2009 beschlossen die eidgenössischen Räte die JStPO. Diese trat zusammen mit der StPO ebenfalls per 1. Januar 2011 in Kraft. Für die Jugendanwaltschaft ergab sich aus ihr nebst den prozessrechtlichen Bestimmungen mit der Pflicht zur Übernahme des Vollzugs auch der Schutzmassnahmen eine zusätzliche Änderung. Die Vorbereitungen zu beiden Teilen konnten plangemäss abgeschlossen werden. Die Ausarbeitung der notwendigen kantonalen Gesetze, die Rekrutierung des zusätzlichen Personals, die Definition der neuen Abläufe, die Definition der erforderlichen internen



und externen Schnittstellen, die Ausarbeitung neuer Formulare und die Schulung der Mitarbeitenden waren eine umfassende Gesamtaufgabe. Dabei mitgewirkt haben auch verschiedene externe Stellen, bei denen bisher Teile der zu übernehmenden Aufgaben angesiedelt waren.

Entgegen dem steten Eindruck aus Medienberichten ist im Jugendbereich von einer recht ruhigen Kriminalitätslage noch unter dem ohnehin tiefen Vorjahresniveau auszugehen. Dieser Befund lässt sich allerdings erst nach Vorliegen der PKS detailliert mit Zahlen über die eingegangenen Anzeigen belegen.

### **Verfahrenserledigung**

**Unmündige als Angeschuldigte** Abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 1'285 (1'315) Verfahren mit 1'725 (1'902) Anzeigen und 1'405 (1'416) Angeschuldigten. Unerledigt waren zum Jahresende 90 (146) Verfahren mit 143 (190) Angeschuldigten und 197 (292) Anzeigen.

Die Jugendanwältin und die Jugendanwälte führten 208 (201) einzelrichterliche Verhandlungen mit 265 (247) Kindern und Jugendlichen durch. Nach formeller Befragung ohne Verhandlung kam es bei 156 (158) Angeschuldigten in 94 (106) Fällen zu einem Schuldspruch und bei 149 (99) Angeschuldigten zu einer Verfahrenseinstellung. Überdies wurden 432 (475) Strafbefehle erlassen. 22 (15) Angeschuldigte wurden dem Jugendstrafgericht zur Beurteilung überwiesen. Zudem wurden 81 (Vorjahr 83) vertiefte Abklärungen zur Person durch den Sozialbereich eingeleitet.

**Unmündige als Opfer von Sexualdelikten und Kindsmisshandlungen** Die Opferbefragungsgruppe befragte 82 (74) mögliche Opfer und 25 (31) Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung 26 (21), wegen sexuellen Handlungen/Vergewaltigung und sexueller Nötigung 34 (44) und wegen Kindsmisshandlungen 22 (18) Opfer, die Auskunft gaben. Hinzu kamen 16 Anzeigen, bei denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 50 (71) Einvernahmen mit Videoaufzeichnungen durchgeführt. Die Zahl der Aufträge des Kriminalkommissariates lag bei 88.

**Vorläufige Festnahmen** Im Berichtsjahr nahm die Jugendanwaltschaft Basel-Stadt 158 (162) Jugendliche fest. 58, d.h. 36,7% (37,7%) waren im Kanton Basel-Stadt wohnhaft; die restlichen Jugendlichen stammten aus den umliegenden Kantonen und dem nahen Ausland. Alleine in Frankreich permanent oder vorübergehend wohnhaft waren 32 der Festgenommenen (wovon 24 Zigeuner). 25 kamen aus dem Kanton Basel-Landschaft.

**Entwicklungen im Jugendbereich** Im Unterschied zu früheren Jahren kann sich die Einschätzung der Entwicklungen im Jahresbericht wegen späterem Erscheinen der PKS nicht mehr an detaillierten Zahlen orientieren. Insbesondere lässt sich nicht verlässlich definieren, in welchen Bereichen es zu auffälligen Veränderungen kam. Festzustellen ist aber ein, auch an Gewaltdelikten gemessen, ruhiges Jahr. Einen deutlichen Unterschied zum Vorjahr gab es sicherlich bei der Einbruchskriminalität von Zigeunern, die den Kanton Basel-Stadt im Berichtsjahr deutlich mieden.

Ein neues, mit viel ermittlungstechnischem Aufwand verbundenes Phänomen bildet das Ausnützen von „Sturmfrei-Parties“ zu massiven Sachbeschädigungen am Inventar der Gastgeber. Als Trend feststellbar ist zudem, dass Delikte zunehmend von Jugendlichen verübt werden, die im grenznahen Frankreich sesshaft sind.

## 11.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen

**Rechtsgrundlagen** In Anwendung von Art. 202 Abs. 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung und §3 EG GIG besteht eine dem Zivilgericht bzw. der Personalrekurskommission vorgeschaltete Schlichtungsstelle. Sie berät die Parteien und versucht, eine Einigung herbeizuführen, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann.

**Konstituierung und Zusammensetzung der Schlichtungsstelle** Die Schlichtungsstelle ist doppelt paritätisch zusammengesetzt (Vertreter/-innen von Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden, kantonaler Verwaltung/Personen beider Geschlechter). Sie tagt in Dreierbesetzung unter dem Vorsitz der Präsidentin oder der Vizepräsidentin in Anwesenheit der Schreiberin.

**Verhandlungen und Beratungen** Zu Jahresbeginn war ein sistiertes Verfahren pendent (2009: drei sistierte, drei laufende Verfahren). Hinzu kamen vier neue Fälle (2009: drei Fälle). Gegenstand der neuen Verfahren waren ausnahmslos privatrechtliche Arbeitsverhältnisse, von welchen drei bereits gekündigt waren.

Sistiert ist weiterhin der Fall 2/08 betreffend sexuelle Belästigung wegen eines hängigen Strafverfahrens.

Der Fall 1/10 betraf ein laufendes Arbeitsverhältnis und konnte nach einem Rückzug des Schlichtungsgesuchs im Oktober 2010 als erledigt abgeschrieben werden. Die Parteien hatten einen Vergleich vor dem Gewerblichen Schiedsgericht abgeschlossen. Der Fall 2/10 wurde im November 2010 verhandelt. Thema waren Lohndiskriminierung und diskriminierende Kündigung. Der von der Schlichtungsstelle vorgeschlagene Vergleich wurde widerrufen. Der dritte Fall des Jahres 2010 betrifft sexuelle Belästigung und wurde wegen eines hängigen Strafverfahrens in gleicher Sache bis zu dessen Erledigung sistiert. Im Fall 4/2010 geht es um eine diskriminierende Kündigung. Der Fall ist pendent. Die Schlichtungsstelle hat wiederum Ratsuchende in Gleichstellungsfragen beraten. Die Anzahl Beratungen war gegenüber dem Vorjahr etwas rückläufig (ca. zehn Beratungsgespräche).

**Erfahrungsaustausch** Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schlichtungsstellen und den Gleichstellungsbüros der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde auch in diesem Jahr fortgeführt. Am 18. November 2010 fand in Frauenfeld die Tagung der Schweizerischen Konferenz der Schlichtungsstellen nach Gleichstellungsgesetz SKS statt.

**Aktuelles** Am 1. Januar 2011 ist die Schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft getreten. Für die Schlichtungsstelle gelten deren Bestimmungen, die Bestimmungen des neuen kantonalen EG ZPO und des revidierten EG GIG.

## 11.3 Rekurskommissionen

### 11.3.1 Baurekurskommission

Im Berichtsjahr gingen 93 neue Rekurse ein (2009: 103). Die Zahl der bearbeiteten Rekurse (Überhangfälle aus 2009 plus neu eingegangene Rekurse) beläuft sich auf 126 (137). Die Baurekurskommission (BRK) fällte wie im Vorjahr 40 Kommissionsentscheide und 4 Präsidialentscheide. Von den Kommissionsentscheiden gingen 9 aus Nachbarrekursen hervor. 31 Entscheide betrafen Rekurse der Bauherrschaft. Erneut stagniert haben die Rekursentscheide über Mobilfunkantennen (gleich wie Vorjahr, 2). Noch einmal leicht angestiegen sind im Berichtsjahr die Anzahl Entscheide über Fragen des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (Teilabbrüche, Umnutzungen, Wohnungszusammenlegungen) (7, Vorjahr 6). Erwähnenswert sind drei Präsidialentscheide, mit denen Bauentscheide in Zulassungsverfahren an das Bauinspektorat zurückgewiesen werden mussten, damit vollständige Prüfverfahren durchgeführt wurden. 9 der im Jahr 2010 gefällten Entscheide (14) wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen, wobei vier Rekurse bereits wieder zurückgezogen worden sind. Von den durch das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr entschiedenen Verfahren sind drei Rekurse abgewiesen und zwei gutgeheissen worden, auf ein Verfahren wurde nicht eingetreten. Auch die durch das Bundesgericht beurteilte Beschwerde wurde abgewiesen.

Die im Berichtsjahr abgeschlossenen Rekursverfahren dauerten im Durchschnitt 3 (5) Monate. Dabei wurden die Verfahren ohne Entscheid durchschnittlich nach 1.6 (4) Monaten abgeschlossen. Die Verfahren mit Entscheid dauerten durchschnittlich 5 (9) Monate von der Rekursanmeldung bis zum Versand des Entscheids. Zwischen Fällung des Entscheids und Versand des begründeten Entscheids lagen durchschnittlich 1.3 (2.5) Monate.

### 11.3.2 Psychiatrie-Rekurskommission

Im Jahr 2010 gingen bei der aus 24 Mitgliedern bestehenden Psychiatrie-Rekurskommission 126 Rekurse (2009: 122) gegen die Anordnung einer fürsorglichen Freiheitsentziehung sowie fünf (8) Beschwerden gegen die medikamentöse Behandlung ein. Weiter reichten die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) 23 (24) Anträge auf Verlängerung der von der Rekurskommission in vorangehenden Entscheiden angeordneten Maximaldauer der Hospitalisation gegen den Willen der betroffenen Patientinnen oder Patienten ein.

Von den insgesamt 154 (148) eingegangenen Rekursen, Verlängerungsanträgen und Beschwerden wurden 42 (44) ohne Kommissionsentscheide erledigt (Austritt des/der PatientIn vor der Verhandlung der Rekurskommission oder Rückzug des Rekurses). Über 84 (79) Rekurse, 23 (23) Verlängerungsanträge sowie fünf (8) Beschwerden gegen die medikamentöse Behandlung entschied die Psychiatrie-Rekurskommission an insgesamt 50 (53) Sitzungen. 75 (69) Rekurse wurden von der Kommission abgelehnt, wobei jeweils die maximal zulässige Dauer des Aufenthalts gegen den Willen der Betroffenen festgelegt wurde. Neun (8) Rekurse wurden gutgeheissen. Von den 23 zu behandelnden Verlängerungsanträgen hiess die Kommission - bei gleichzeitiger Befristung der weiteren Hospitalisationsdauer - 19 (20) gut; drei (1) Verlängerungsanträge wies die Kommission ab. Ein (1) weiterer Verlängerungsantrag wurde durch einen Abschreibungsentscheid erledigt. Von den insgesamt fünf (8) von der Rekurskommission behandelten Beschwerden gegen die medikamentöse Behandlung wurden zwei (8) abgewiesen und drei (0) gutgeheissen.

### 11.3.3 Steuerrekurskommission

Im Berichtsjahr sind bei der Steuerrekurskommission 168 Rekurse und Beschwerden eingegangen. Diese Zahl bestätigt den über die letzten Jahre leicht steigenden Trend, relativiert jedoch auch die hohe Anzahl Eingänge aus dem Vorjahr. Die Erlassverfahren, welche mitunter im Vorjahr zu einem signifikanten Anstieg der Rekurse geführt haben, belaufen sich im Berichtsjahr auf 23 Rekurs- und Beschwerdeverfahren.

	Berichtsjahr 2007	Berichtsjahr 2008	Berichtsjahr 2009	Berichtsjahr 2010	
Kategorie A	148	171	231	168	<sup>1</sup>

**Kommentar**

<sup>1</sup> Kategorie A : Anzahl der eingegangenen Rekurs- und Beschwerdeverfahren in der Berichtsperiode

Die Steuerrekurskommission fällte im Berichtsjahr (inklusive den zusammengelegten Verfahren) 95 Rekurs- und Beschwerdeentscheide (Vorjahr 84). In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind die Verfahren, welche das Präsidium der Steuerrekurskommission mit Abschreibebeschlüssen (infolge Rückzugs, Wiedererwägung durch die Steuerverwaltung, Nichtleistung des Kostenvorschusses und dergleichen) erledigt hat.

Im Laufe des Berichtsjahres konnte die Steuerrekurskommission, wie schon in den Vorjahren nicht alle entscheidungsreifen Fälle beurteilen. Grund für den Anstieg der Pendenzen, ist vornehmlich auf die hohe Anzahl an Rekurs- bzw. Beschwerdeeingängen in der Vorperiode zurückzuführen, welche nun zur Beurteilung anstehen. Daneben ist der administrative Aufwand leicht gestiegen (z.B. Personalrekrutierung, Anpassung des Steuergesetzes und der Verordnung). Die Arbeiten am Ratschlag zur Effizienzsteigerung wurden erfolgreich abgeschlossen und die Gesetzesänderung angenommen. Das juristische Sekretariat war im Berichtsjahr mit einer Vollzeitstelle und mit einer Volontariatsstelle besetzt.

Per 1. Januar 2011 lassen sich bei der Steuerrekurskommission folgende Pendenzen feststellen:

	Berichtsjahr 2007 per 31.12.2007	Berichtsjahr 2008 per 31.12.2008	Berichtsjahr 2009 per 31.12.2009	Berichtsjahr 2010 per 31.12.2010	
Kategorie B	17	24	77	89	<sup>2</sup>
Kategorie C	12	32	72	88	<sup>3</sup>

**Kommentar**

- <sup>2</sup> Kategorie B : Rekurse / Beschwerden mit abgeschlossenem Schriftenwechsel, über welche die Steuerrekurskommission noch nicht entschieden hat.
- <sup>3</sup> Kategorie C : Rekurse / Beschwerden, welche von der Steuerrekurskommission entschieden worden sind jedoch noch schriftlich motiviert werden müssen.

## 11.4 Ombudsstelle

### Statistik 2010

Wie in den Vorjahren veröffentlichen wir einige statistische Zahlen der Ombudsstelle.

#### Dossiers/Fallzahlen

Die Dossiers zählen wir wie in den Vorjahren (Eröffnung eines Falles nach persönlichem Kontakt). Im Vergleich zum Jahr 2009 hat die Zahl der neu eröffneten Dossiers wenig zugenommen; 47 Fälle aus den Vorjahren wurden ebenfalls bearbeitet. Die Zahl der bearbeiteten Dossiers bei 571. Nimmt man die telefonisch beantworteten Anfragen und die schriftlich erledigten brieflichen und Mail Anfragen hinzu, ergibt wurden 670 Fälle bearbeitet. Insgesamt etwas weniger als im Jahr 2009.

Alle in Klammern angegebenen Zahlen betreffen das Jahr 2009.

#### Neue und aus dem Vorjahr übernommene Dossiers

Dossiers aus dem Vorjahr	47	(55)
Neue Dossiers 2010	524	(515)
<b>Total bearbeitete Dossiers 2010</b>	<b>571</b>	<b>(570)</b>
<b>Anfragen per Telefon</b>		
Telefonisch erledigte Anfragen	66	(65)
<b>Anfragen per Mail oder Brief</b>		
Per Mail oder Brief erledigte Anfragen / Antworten	33	(54)
<b>Total Fälle 2010</b>	<b>670</b>	<b>(689)</b>

#### Abgeschlossene und offene Dossiers Ende 2010

Aus den Vorjahren abgeschlossen	39	(51)
Aus dem laufenden Jahr abgeschlossen	461	(472)
<b>Total abgeschlossene Dossiers 2010</b>	<b>500</b>	<b>(523)</b>
Offene Dossiers Ende Jahr	71	(47)
<b>Total Dossiers</b>	<b>571</b>	<b>(570)</b>

#### Interventionen der Ombudsstelle (500 abgeschlossene Dossiers)

Im Jahre 2010 konnten wir 500 Dossiers abschliessen (39 Dossiers aus den Vorjahren und 461 aus dem laufenden Jahr).

#### Interventionsarten

Bei 29% haben wir die Verwaltungstätigkeit überprüft (31%)	132 Dossiers
Bei 24% haben wir vermittelt (20%)	111 Dossiers
Bei 37% waren wir beraterisch tätig (43%)	169 Dossiers
Bei 10% handelte es sich um komplexe Mischformen (6%)	49 Dossiers

#### 29% der Arbeit 'Verwaltungstätigkeiten überprüfen' :

**132 Dossiers**

Dabei stellen wir fest, dass bei	
74% die Verwaltungstätigkeit korrekt war	98 Dossiers
14% eine individuelle Korrektur nötig war	19 Dossiers
5% eine teilweise Korrektur nötig war	6 Dossiers
7% eine grundsätzliche Korrektur nötig war	9 Dossiers

<b>24% der Arbeit 'Vermittlungs- / Deeskalationstätigkeit zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung'</b>	<b>111 Dossiers</b>
Dabei waren wir bei	
60% der Vermittlungen erfolgreich	67 Dossiers
35% der Vermittlungen teilweise erfolgreich	39 Dossiers
5% der Vermittlungen erfolglos	5 Dossiers
<b>37% der Arbeit 'Beratungen von Personen'</b>	<b>169 Dossiers</b>
Dabei fallen	
75% unter Beratungen in Angelegenheiten Bevölkerung/Verwaltung	126 Dossiers
25% unter personalrechtliche Beratung Angestellte/Verwaltung	43 Dossiers
<b>10% der Fälle 'komplexe Mischformen'</b>	<b>49 Dossiers</b>
Mischform unserer Tätigkeit (Beratung/Vermittlung/Überprüfung)	

### Wartezeit bis zum Erstgespräch (524 neue Dossiers im 2010)

Es ist uns wichtig, die Wartezeit bis zum ersten persönlichen Gespräch auf der Ombudsstelle möglichst kurz zu halten und bei brieflichen oder E-Mail-Anfragen rasch zu antworten. Das Erstgespräch soll in der Regel innert einer Arbeitswoche stattfinden. Die Prioritätensetzung hat zur Folge, dass wir nach dem Erstgespräch – falls Abklärungen und Interventionen nötig sind – eine starke Selektion nach Dringlichkeit vornehmen. So kann es bei manchen Anliegen etwas länger dauern, bis wir uns um sie kümmern.

4% Erstgespräch am Tag der Kontaktaufnahme (5%)	22 Dossiers
78% Erstgespräch innerhalb von 10 Tagen (85%)	408 Dossiers
18% Erstgespräch nach 10 Tagen (10%)	94 Dossiers

### Bearbeitungsdauer für die aus dem laufenden Jahr abgeschlossenen Dossiers (461)

Wie der obigen Statistik entnommen werden kann, erhalten Personen, die sich an uns wenden, meistens sehr kurzfristig einen Termin. Wie schnell wir ein Dossier jeweils wieder schliessen können, hängt jedoch nicht nur von unseren zeitlichen Ressourcen ab. Gerade bei der Kategorie „komplexe Mischformen“ sind meist aufwendige Abklärungen notwendig, die längere Zeit in Anspruch nehmen können.

#### Abschlüsse der Dossiers:

32% innert 10 Tagen (39%)	147 Dossiers
28% innert 30 Tagen (26%)	129 Dossiers
24% innert 90 Tagen (23%)	109 Dossiers
16% über 90 Tage (12%)	76 Dossiers

### Aktivitäten pro Dossier der 2010 eröffneten Fälle (524)

Um ein besseres Bild von der Arbeit der Ombudsstelle zu ermöglichen, haben wir auch die Aktivitäten in den 2010 neu eröffneten Fällen erfasst.

152 Fälle waren im Jahre 2010 sehr arbeitsintensiv, d.h. sie erforderten 11 – 50 Aktivitäten. 13 Fälle waren sogar extrem arbeitsintensiv mit über 50 Arbeitsaktivitäten.

18% einmalige Gespräche bis zum Abschluss (20%)	93 Dossiers
51% 2 bis 10 Aktivitäten bis zum Abschluss (53.5%)	266 Dossiers
29% 11 bis 50 Aktivitäten bis zum Abschluss (26%)	152 Dossiers
2% mehr als 50 Aktivitäten bis zum Abschluss (0.5%)	13 Dossiers

### Neue Dossiers intern/extern

Wie bereits erwähnt, wenden sich auf der einen Seite Personen an uns, die Fragen oder Beschwerden im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung haben. Diese Dossiers bezeichnen wir als „externe Dossiers“. Sie machen 84% unserer Arbeit aus. Bei den sogenannten „internen Dossiers“ handelt es sich um Dossiers im Zusammenhang mit personalrechtlichen Fragen von Mitarbeitenden der Verwaltung und anderen staatlichen Institutionen, die zum Wirkungsbereich der Ombudsstelle gehören. Dieser Personen möchten in der Regel durch ein Gespräch auf der Ombudsstelle abklären, was ihre Möglichkeiten, ihre Rechte und Pflichten sind bzw. ob das Handeln ihres Arbeitgebers rechtlich korrekt ist.

84% der neuen Dossiers sind extern (Bevölkerung/Verwaltung) (81%)	389 Dossiers
16% der neuen Dossiers sind intern (personalrechtliche Fälle) (19%)	72 Dossiers

### Neue Dossiers nach Departementen und anderen öffentlich-rechtlichen Organisationen (524 Dossiers)

#### BVD Bau- und Verkehrsdepartement: 4%

Externe Dossiers	18 Dossiers
Interne Dossiers	3 Dossiers
<b>Total</b>	<b>21 Dossiers</b>

#### ED Erziehungsdepartement: 9%

Externe Dossiers	32 Dossiers
Interne Dossiers	17 Dossiers
<b>Total</b>	<b>49 Dossiers</b>

#### FD Finanzdepartement: 12%

Externe Dossiers	64 Dossiers
Interne Dossiers	1 Dossiers
<b>Total</b>	<b>65 Dossiers</b>

#### GD Gesundheitsdepartement: 7%

Externe Dossiers	15 Dossiers
------------------	-------------

Interne Dossiers	21 Dossiers
<b>Total</b>	<b>36 Dossiers</b>

**JSD Justiz- und Sicherheitsdepartement: 23%**

Externe Dossiers	111 Dossiers
Interne Dossiers	8 Dossiers
<b>Total</b>	<b>119 Dossiers</b>

**WSU Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt: 29%**

Externe Dossiers	142 Dossiers
Interne Dossiers	10 Dossiers
<b>Total</b>	<b>152 Dossiers</b>

**PD Präsidialdepartement: 2%**

Externe Dossiers	3 Dossiers
Interne Dossiers	6 Dossiers
<b>Total</b>	<b>9 Dossiers</b>

**Andere öffentlich-rechtliche Institutionen: 14%**

(Pensionskasse, BVB, IV Ausgleichskasse, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Uni, FHNW, Finanzkontrolle, Jugendanwaltschaft, Motorfahrzeugprüfstation)

Externe Dossiers	60 Dossiers
Interne Dossiers	13 Dossiers
<b>Total</b>	<b>73 Dossiers</b>

**Alterskategorie neue Dossiers (515)**

1% bis 20 Jahre alt (1%)	6 Personen
9% zwischen 21 - 30 Jahre alt (11.5%)	48 Personen
45.5% zwischen 31 - 50 Jahre alt (39%)	237 Personen
28% zwischen 51 - 65 Jahre alt (23.5%)	147 Personen
9% über 65 Jahre alt (7%)	47 Personen
7.5% keine Altersangabe (18%)	39 Personen



---

**Geschlechterverteilung neue Dossiers (515)**

---

47% Frauen (48%)	245 Frauen
52% Männer (49%)	272 Männer
1% Paare/Juristische Personen (3%)	7 Paare/JP

---

**Weiterverweisungen**

Wie auch im letzten Jahr haben wir einen Teil der Arbeit unserer Sekretariats-Mitarbeiterinnen in unsere Statistik aufgenommen. Ihre Aufgabe ist, im Gespräch am Telefon oder bei unangemeldetem Erscheinen auf der Ombudsstelle herauszufinden, ob wir für die Angelegenheit zuständig sind oder nicht. Diese Tätigkeit erfordert viel Zeit und Fingerspitzengefühl. Die Zuständigkeit liegt oft nicht auf der Hand.

Es ist unser grosses Anliegen, die Leute möglichst an die richtigen Institutionen weiterzuweisen. Uns ist es wichtig, dass sie mit ihrem Anliegen an den richtigen Ort gelangen.

**203 Personen**, die telefonisch, schriftlich oder persönlich Anfragen stellten mussten mangels Zuständigkeit der Ombudsstelle an andere Stellen weitergewiesen werden (225 Anfragen im Jahre 2009)

Angemeldete und aufgenommene, aber nicht erschienene Klienten (neu) **57 Personen**.

## 11.5 Immobilienbericht Finanzvermögen

Kategorie	Anzahl	Anzahl	Marktwert	Marktwert	Veränderung (M10-M09)
	2010	2009	31.12.2010 in Mio.Fr.	31.12.2009 in Mio.Fr.	
Baurechte	332	330	628.8	621.0	7.8
Liegenschaften	245	245	742.2	718.0	24.2
Grünflächen	532	535	105.1	103.6	1.4
<b>Total</b>	<b>1'109</b>	<b>1'110</b>	<b>1'476.1</b>	<b>1'442.6</b>	<b>33.5</b>

### Kommentar

Bei der Anzahl handelt es sich um die Anzahl Wirtschaftseinheiten (1 WE kann mehrere Gebäude beinhalten).

Der Gesamtportfoliowert der Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2010 1'476.1 Mio. Franken und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 33.5 Mio. Franken gestiegen. Der Zuwachs erfolgte vor allem durch Investitionen in den Bestand sowie durch neue und angepasste Baurechte.

Der Wert der Kategorie Baurechte steigt aufgrund von neuen und angepassten Baurechtszinsen auf 628.8 Mio. Franken. Dies entspricht einer Wertzunahme von 7.8 Mio. Franken. Der Wert der Liegenschaften stieg per Ende 2010 vor allem aufgrund von Neuzugängen und Sanierungen um 24.2 Mio. auf 742.2. Franken an. Die Grünflächen sind aufgrund von Bereinigungen um 1.4 Mio. auf 105.1 Mio. Franken gestiegen.

Budgetvergleich (in 1000 Franken)	Rechnung	Budget	Rechnung	Abweichung	R10/B10
	2010	2010	2009	absolut	%
Einnahmen Brutto-Soll	84'975	83'741	85'633	1'233	1.5%
Leerbstände	1'200	3'597	2'831	-2'397	-66.6%
Ertragsausfälle	129	300	114	-171	-57.0%
<b>Brutto-Ist-Ertrag</b>	<b>83'646</b>	<b>79'845</b>	<b>82'688</b>	<b>3'801</b>	<b>4.8%</b>
Betriebskosten	9'327	12'448	13'557	-3'121	-25.1%
Ordentlicher Unterhalt	6'479	6'966	6'220	-487	-7.0%
Werterhaltende Investitionen	11'301	21'230	12'888	-9'929	-46.8%
<b>Immobilienenerfolg</b>	<b>56'538</b>	<b>39'201</b>	<b>50'023</b>	<b>17'337</b>	<b>44.2%</b>
Realisierte Verkaufsgewinne	3'630	0	201	3'630	
<b>Cashflow vor Wertvermehrung</b>	<b>60'169</b>	<b>39'201</b>	<b>50'224</b>	<b>20'968</b>	<b>53.5%</b>
<b>Netto-Cashflow-Rendite</b>	<b>4.2%</b>	<b>2.7%</b>	<b>3.6%</b>	<b>1.5%</b>	<b>56.0%</b>
Wertvermehrende Investitionen	14'392	14'132	15'131	260	1.8%
<b>Wertänderung</b>	<b>15'830</b>	<b>21'230</b>	<b>30'383</b>	<b>-5'400</b>	<b>-25.4%</b>
<b>Wertänderungsrendite</b>	<b>0.9%</b>	<b>1.5%</b>	<b>2.2%</b>	<b>-0.5%</b>	<b>-37.6%</b>
<b>Reingewinn total</b>	<b>75'999</b>	<b>60'431</b>	<b>80'607</b>	<b>15'567</b>	<b>25.8%</b>
<b>Total Return</b>	<b>5.1%</b>	<b>4.1%</b>	<b>5.8%</b>	<b>1.0%</b>	<b>23.2%</b>
<b>Total Investitionen</b>	<b>25'694</b>	<b>35'362</b>	<b>28'019</b>	<b>-9'669</b>	<b>-27.3%</b>

Die Einnahmen Brutto-Soll liegen ca. 0.66 Mio. Franken unter dem Vorjahr aber um 1.23 Mio. Franken höher als budgetiert. Der Grund liegt im 2009 mehrmals gesenkten Referenzzinssatz von 3.5% auf 3.0%, der an die Mieterschaft weitergegeben wurde.

Der Immobilienenerfolg liegt vor allem aufgrund der zum Budget höheren Einnahmen Brutto-Soll und tieferen Leerständen, Betriebskosten und werterhaltenden Investitionen deutlich über Budget. Der Immobilienenerfolg ist höher als im Vorjahr.

Die Wertänderung beträgt 15.83 Mio. Franken. Sie berechnet sich aus den veränderten Marktbe-

wertungen und wird insbesondere durch operative Verbesserungen bei Kosten und Erträgen sowie durch die getätigten Investitionen ermöglicht. Die Wertänderungsrendite beträgt 0.9%. Somit beträgt der Total Return 5.1 %.

## **12 Die weiteren Berichte zur Rechnung im Internet**

Diesen und auch weitere Berichte zur Jahresrechnung (und Budget) können im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente>

### Inhaltsverzeichnis

1	Anhang zur Staatsrechnung
1.1	Kostenartengliederung
1.1.1	Gesamtkanton
1.1.2	Grobübersicht Departemente
1.1.3	Detailübersicht Departemente
1.1.4	Detailübersicht Dienststellen
1.2	Institutionelle Gliederung
1.3	Inhaltliche Gliederung
1.4	Funktionale Gliederung
2	Spezialberichte
2.1	Langsamverkehr
2.2	Statistik Gerichte
2.3	Rechtsprechung
2.4	Strafgericht

# Basel-Stadt in Zahlen 2011

**Herausgeber:** Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

## Kultur, Bildung, Politik

Kulturreinrichtungen	2009	2010	Δ
Besucher in Basler Museen	1 647 456	1 279 498	-22,3%
Fondation Beyeler	325 759	385 146	18,2%
Kunstmuseum Basel	665 233	217 945	-67,2%
Museum Tinguely	117 356	121 116	3,2%
Museum der Kulturen	25 274	22 518	-10,9%
Naturhistorisches Museum	90 028	97 064	7,8%
Besucher im Theater Basel	176 166	178 716	1,4%
Oper	75 820	67 235	-11,3%
Ballett/Tanztheater	27 733	38 848	40,1%

Ausbildung	2008	2009	Δ
Lernende an öff. und privaten Schulen	30 958	30 815	-0,5%
Studierende an der Universität Basel	11 836	12 109	2,3%
Schweiz	9 111	9 172	0,7%
Ausland	2 725	2 937	7,8%
Studierende an der FHNW	7 435	8 172	9,9%
Schweiz	6 844	7 432	8,6%
Ausland	591	740	25,2%

Sitzverteilung im Grossen Rat	2004*	2008	Δ
Freisinnig-Demokratische Partei	13	11	-15,4%
Liberal-demokratische Partei	10	9	-10,0%
Evangelische Volkspartei	5	4	-20,0%
Sozialdemokratische Partei	36	32	-11,1%
Christlichdemokratische Volkspartei	8	8	0,0%
Grünes Bündnis	11	13	18,2%
Grünliberale Partei	...	5	...
Demokratisch-Soziale Partei	4	3	-25,0%
Schweizerische Volkspartei	12	14	16,7%
Aktives Bettingen	1	1	0,0%

\* Wahlergebnisse 2004 wurden von 130 auf 100 Sitze umgerechnet.

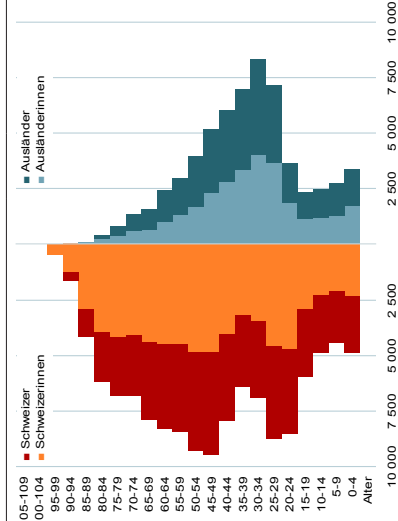
## Geografische Angaben

Geografische Lage, Koordinaten	östl. Länge	nörtl. Breite
Nordpunkt (Landesgrenzstein 63)	7°41'37,2" 47°36'08,3"	
Ostpunkt (Landesgrenzstein 64)	7°41'38,9" 47°36'07,7"	
Südpunkt (Kantonsgrenzstein 88)	7°35'42,1" 47°31'14,4"	
Westpunkt (Landesgrenzstein 16)	7°33'17,8" 47°33'56,7"	

Fläche, Grenzen, Ausdehnung	absolut	Anteil
Gesamtfläche Kanton Basel-Stadt in ha	3 695,71	100,0%
Stadt Basel	2 386,10	64,6%
Gemeinde Riehen	1 087,12	29,4%
Gemeinde Bettingen	222,49	6,0%
Gesamtlänge der Kantonsgrenze in m	43 172	100,0%
Kantonsgrenze zu Basel-Landschaft	15 778	36,5%
Landesgrenze zu Deutschland	22 224	51,5%
Landesgrenze zu Frankreich	5 170	12,0%

Höchster Punkt: St. Chrischona, Terrasse in m ü. M. 522,03  
 Tiefster Punkt: Rheinufer, Landesgrenze Kleinmünningen 244,75  
 Grösste Länge Ost-West in m 10 460  
 Grösste Breite Nord-Süd in m 9 093

## Bevölkerung nach Heimat und Alter Ende 2010



Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt  
 Birmingersstr. 6, Postfach, 4001 Basel  
 www.statistik.bs.ch

Teil: 061 267 87 27  
 Fax: 061 267 87 37  
 E-Mail: stata@bs.ch

Besuchen Sie uns doch einmal im Internet: [www.statistik.bs.ch](http://www.statistik.bs.ch)

### Wohnbevölkerung\*

Bevölkerungsentwicklung	2009	2010	Δ
Gesamtbevölkerung	190 045	190 333	0,2%
Schweiz	128 368	128 201	-0,1%
Frauen	70 028	69 779	-0,4%
Männer	58 340	58 422	0,1%
Ausland	61 677	62 132	0,7%
Frauen	29 201	29 577	1,3%
Männer	32 476	32 555	0,2%
Wanderungssaldo	1 666	263	-84,2%
Zugezogene	13 472	13 589	0,9%
Weggezogene	11 806	13 326	12,9%
<b>Altersstruktur</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>Δ</b>
0-6 Jahre	10 959	11 249	2,6%
7-14 Jahre	11 582	11 536	0,1%
15-24 Jahre	20 693	20 417	-1,3%
25-39 Jahre	44 404	44 507	0,2%
40-64 Jahre	63 862	64 098	0,4%
65-79 Jahre	25 421	25 216	-0,8%
80 Jahre und älter	13 178	13 310	1,0%
Jugendquotient (Verhältnis <20/20-64-J.)	25,7%	25,7%	...
Altersquotient (Verhältnis >64/20-64-J.)	32,0%	31,9%	...

### Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft

Wohnungsmarkt	2009	2010	Δ
Wohnungsbestand	105 064	105 272	0,2%
Leerstandsquote in % (Stichtag 1. Juni)	0,9	0,7	...
<b>Beschäftigung</b>	<b>2005</b>	<b>2008</b>	<b>Δ</b>
Beschäftigte	153 734	159 206	3,6%
Frauen	69 096	72 420	4,8%
Männer	84 638	85 786	2,5%
2. Sektor	33 595	35 207	4,8%
3. Sektor	120 065	123 938	3,2%
Vollzeitäquivalente	129 047	134 400	4,1%
Arbeitsstätten	10 608	10 736	1,2%
<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>Δ</b>
Arbeitslose im Jahresdurchschnitt	3 712	3 927	5,8%
Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt	3,8%	4,0%	...
Stellensuchende im Jahresdurchschnitt	5 356	5 692	6,3%
Offene Stellen im Jahresdurchschnitt	255	337	32,0%
Grenzgänger im 4. Quartal	30 708	32 439	5,6%
aus Deutschland	14 595	15 549	6,5%
aus Frankreich	15 973	16 740	4,8%

### Verkehr, Umwelt, Energie

Verkehr, Tourismus	2009	2010	Δ
Motorfahrzeugbestand	77 523	78 123	0,8%
Personenwagen auf 1000 Einwohner	319,1	321,6	0,8%
Im Monatsmittel verkaufte U-Abos in BS	71 582	71 698	0,2%
Passagiere auf dem EuroAirport	3 850 378	4 125 486	7,1%
Hotelübernachtungen	1 030 342	1 071 081	4,0%
Auslandsgäste	716 309	767 450	7,1%
Anteil Auslands Gäste	69,5%	71,7%	3,1%
Durchschnittlich verfügbare Zimmerzahl	3 531	3 714	5,2%
Zimmerbelegung	60,6%	61,1%	0,8%

### Witterung

Witterung	2009	2010	Δ
Jahresmittel der Temperatur in °C	11,0	9,9	-10,0%
absolutes Minimum	-15,8	-11,0	...
absolutes Maximum	35,1	35,5	...
Sonnenscheindauer in Stunden	1 804	1 644	-8,9%
Niederschlagsmenge in mm	818	867	6,0%
Tage ohne Sonnenschein	53	72	35,8%
Tage mit Nebel	17	22	29,4%
Tage mit guter Luftqualität	325	321	-1,2%

### Ver- und Entsorgung

Ver- und Entsorgung	2008	2009	Δ
Energieverbrauch in 1000 kWh	6 801 989	6 479 810	-4,7%
Mittlerer Tagesverbrauch	18 635,6	17 752,9	-4,7%
Anteil erneuerbare Energie	7,0%	8,6%	...
Wasserverbrauch in 1000 m³	26 160	26 772	2,3%
Mittl. Tagesverbrauch pro Kopf in Liter	352	358	1,7%
Gasverbrauch in Mio. kWh	2 001,1	1 813,0	-9,4%
Haushaltsabfälle in Tonnen	32 460	35 448	9,2%
Recycling der Haushalte in Tonnen	34 872	33 976	-2,6%
Recycling pro Kopf in kg	184,1	177,7	-3,5%

### Wirtschaft, Preise, Steuern

Wirtschaft, Preise, Steuern	2009	2010	Δ
Reales BIP Basel-Stadt in Mio. Fr.	29 130	30 041	3,1%
Reales BIP Schweiz in Mio. Fr.	483 508	495 845	2,6%
Reales BIP Basel-Stadt pro Kopf in Fr.	155 032	159 970	3,2%
Reales BIP Schweiz pro Kopf in Fr.	62 101	63 112	1,6%
Jahresmittel Basler Index (Dez 05 = 100)	103,2	104,0	0,8%
Basler Index im November (Dez 05 = 100)	103,9	104,4	0,5%
Mietpreisindex im November (Dez 05 = 100)	107,9	108,9	0,9%
Steuereinnahmen nat. Personen in Mio. Fr.	1 511,0	1 751,4	15,9%
Steuereinnahmen jurist. Personen in Mio. Fr.	700,6	770,8	10,0%

\* Stichtagsauswertungen Einwohnerregister per Ende Jahr, ohne Nachträge und Bereinigungen.

## **Jahresbericht 2010**

### **Anhang 1 zur Staatsrechnung Kostenartengliederungen**

---

#### **Inhaltsverzeichnis**

- Kostenartengliederung
  - Gesamtkanton
  - Grobübersicht Departemente
  - Detailübersicht Departemente
  - Detailübersicht Dienststellen
- Institutionelle Gliederung
- Inhaltliche Gliederung
- Funktionale Gliederung



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,397,040,565	1,389,577,959	1,371,360,996	7,462,606	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	79,042,962	79,592,110	77,896,306	549,149-	1-
304 Personalvers.beiträge	204,333,946	210,106,617	201,283,373	5,772,671-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	20,682,183	21,219,576	20,596,963	537,392-	3-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	7,364,868	6,996,010	7,594,558	368,858	5
307 Rentenleistungen	91,216	15,000		76,216	508
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	13,805,221	10,559,715	12,320,304	3,245,506	31
309 Übriger Personalaufwand	16,546,135	16,329,533	23,689,630	216,602	1
	<b>1,738,907,096</b>	<b>1,734,396,520</b>	<b>1,714,742,132</b>	<b>4,510,576</b>	<b>0</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	19,145,890	20,892,656	18,584,586	1,746,766-	8-
311 Abschreibungen GWG	6,746,899	7,751,484	7,391,412	1,004,584-	13-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	41,406,769	41,902,361	40,414,510	495,592-	1-
313 Verbrauchsmaterialien	203,533,746	198,566,947	196,086,230	4,966,799	3
314 Baulicher Unterhalt	74,943,319	61,778,264	65,859,861	13,165,055	21
315 Übriger Unterhalt	81,053,181	92,147,320	88,432,250	11,094,139-	12-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	36,347,623	34,456,946	30,905,787	1,890,677	5
317 Spesenentschädigungen	6,185,375	6,674,513	5,772,959	489,138-	7-
318 Dienstleistungen und Honorare	197,714,728	223,710,329	192,591,214	25,995,601-	12-
319 Übriger Sachaufwand	445,477,355	5,527,687	89,911,848	439,949,668	*999
	<b>1,112,554,884</b>	<b>693,408,507</b>	<b>735,950,656</b>	<b>419,146,377</b>	<b>60</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen	1,108	1,000	34,340	108	11
321 Kurzfr. Schulden	23,383	3,679,100	174,738	3,655,717-	99-
322 Mittel- & lfr Schuld	75,147,659	74,066,050	78,442,428	1,081,609	1
323 Sonderrechnungen	285,512	2,000,000	406,923	1,714,488-	86-
329 übrige Passivzinsen					
	<b>75,457,661</b>	<b>79,746,150</b>	<b>79,058,428</b>	<b>4,288,489-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	135,919,376	61,272,570	71,025,944	74,646,806	122
	<b>135,919,376</b>	<b>61,272,570</b>	<b>71,025,944</b>	<b>74,646,806</b>	<b>122</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
360 Bund	4,208,018	4,400,000	4,253,113	191,982-	4-
361 Kantone	131,977,711	136,300,566	135,477,645	4,322,855-	3-
362 Gemeinden	8,961,427	7,004,000	6,922,221	1,957,427	28
363 Eigene Anstalten	283,793,542	282,363,400	268,620,765	1,430,142	1
365 Private Institutionen	340,870,132	360,122,008	330,276,643	19,251,876-	5-
366 Beiträge an private HH	552,459,889	580,217,915	534,449,545	27,758,026-	5-
	<b>1,322,270,720</b>	<b>1,370,407,889</b>	<b>1,279,999,931</b>	<b>48,137,169-</b>	<b>4-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	63,505,946	63,144,500	71,542,638	361,446	1
382 Einlagen in Rücklagen	3,385,870		1,734,433	3,385,870	Neu
	<b>66,891,815</b>	<b>63,144,500</b>	<b>73,277,071</b>	<b>3,747,315</b>	<b>6</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>39 Interne Verrechnungen</b>					
390 IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10,130,342	10,006,975	10,070,986	123,367	1
391 IVR Aufwand Kommunikation	7,194,799	7,000,000	7,236,353	194,799	3
392 IVR Aufwand Personalentwicklung	563,440	476,000	834,863	87,440	18
393 IVR Aufwand Güter	8,191,770	7,400,000	8,599,299	791,770	11
394 IVR Aufwand Kapital	1,925,607	1,992,510	2,073,479	66,903-	3-
396 IVR Aufwand Liegenschaften	146,514,258	145,529,828	147,963,099	984,430	1
398 IVR Übriger Aufwand	64,394,459	45,358,037	61,305,942	19,036,422	42
	<b>238,914,674</b>	<b>217,763,350</b>	<b>238,084,021</b>	<b>21,151,324</b>	<b>10</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4,690,916,226</b>	<b>4,220,139,486</b>	<b>4,192,138,182</b>	<b>470,776,740</b>	<b>11</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
400 Einkommens- & Verm.steuer	1,751,358,782-	1,485,600,000-	1,511,037,687-	265,758,782-	18-
401 Gewinn- & Kapitalsteuer	770,809,548-	637,000,000-	700,562,265-	133,809,548-	21-
402 Grundsteuer	12,017,134-	15,100,000-	21,874,410-	3,082,866	20
403 Vermögensgewinnsteuer	31,126,225-	28,000,000-	35,097,747-	3,126,225-	11-
404 Vermögensverkehrssteuer	29,291,467-	35,000,000-	30,335,458-	5,708,533	16
405 Erbschaft/Schenksteuer	53,004,139-	30,000,000-	24,997,932-	23,004,139-	77-
406 Besitz- & Aufwandsteuer	31,500,052-	31,630,000-	31,451,800-	129,948	0
	<b>2,679,107,346-</b>	<b>2,262,330,000-</b>	<b>2,355,357,298-</b>	<b>416,777,346-</b>	<b>18-</b>
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
410 Regalien	2,312,901-	2,307,832-	2,310,079-	5,069-	0-
412 Patente und Abgaben	20,700-	27,000-	23,650-	6,300	23
413 Nationalbankgewinn	41,181,346-	41,516,000-	41,516,163-	334,654	1
418 Period. Abgr. Regalien & Konzess.					
	<b>43,514,947-</b>	<b>43,850,832-</b>	<b>43,849,892-</b>	<b>335,885</b>	<b>1</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	1,083,716-	1,666,309-	1,044,131-	582,593	35
422 Anlagen Finanzvermögen	5,510,813-	504,215-	769,485-	5,006,598-	993-
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	103,293,553-	105,898,119-	106,260,698-	2,604,566	2
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	18,124,052-		43,763,292-	18,124,052-	Neu
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	451,617-	6,699,823-	515,063-	6,248,206	93
426 Beteiligung Verwaltungsvermögen	103,950,466-	111,407,050-	134,781,178-	7,456,584	7
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	3,920,616-	3,216,060-	3,279,492-	704,556-	22-
429 Übrige Vermögenserträge	375,103	68,398	59,135	306,705	448
	<b>235,959,730-</b>	<b>229,323,178-</b>	<b>290,354,204-</b>	<b>6,636,552-</b>	<b>3-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	17,260,796-	16,675,000-	26,887,799-	585,796-	4-
431 Gebühren für Amtshandlung	75,295,471-	74,837,886-	77,041,171-	457,585-	1-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	638,220,370-	615,347,646-	615,153,837-	22,872,724-	4-
433 Schulgelder	5,647,842-	5,263,960-	5,492,687-	383,882-	7-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	197,737,816-	197,931,592-	187,384,844-	193,776	0
435 Verkaufsertrag	45,684,177-	39,683,270-	39,920,782-	6,000,907-	15-
436 Rückerstattungen	57,398,136-	55,050,862-	56,087,944-	2,347,274-	4-
437 Bussen	21,150,583-	26,639,000-	19,462,605-	5,488,417	21
439 Übrige Entgelte	393,365,044-	4,227,800-	73,492,171-	389,137,244-	*999-
	<b>1,451,760,235-</b>	<b>1,035,657,016-</b>	<b>1,100,923,841-</b>	<b>416,103,218-</b>	<b>40-</b>
<b>44 Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</b>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen	198,539,125-	194,372,971-	230,559,449-	4,166,154-	2-
445 Gemeindebeiträge	4,631,984-	4,353,000-	4,352,496-	278,984-	6-
	<b>203,171,109-</b>	<b>198,725,971-</b>	<b>234,911,945-</b>	<b>4,445,138-</b>	<b>2-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	184,935,373-	182,763,208-	181,997,620-	2,172,165-	1-
461 Kantone	55,045,083-	116,770,563-	55,848,466-	61,725,481	53
462 Gemeinden	6,191,942-	8,969,480-	9,846,922-	2,777,537	31
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	66,236,033-	12,310,085-	66,174,934-	53,925,948-	438-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	4,397,435-	2,976,900-	3,966,690-	1,420,535-	48-
	<b>316,805,866-</b>	<b>323,790,236-</b>	<b>317,834,632-</b>	<b>6,984,370</b>	<b>2</b>
<b>48</b> <u>Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a. Spez. finanzierungen	9,819,069-	11,281,148-	10,094,916-	1,462,079	13
482 Entnahmen aus Rücklagen	1,445,348-	115,000-	96,641-	1,330,348-	*999-
	<b>11,264,417-</b>	<b>11,396,148-</b>	<b>10,191,557-</b>	<b>131,731</b>	<b>1</b>
<b>49</b> <u>Interne Verrechnungen</u>					
490 IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10,130,342-	10,006,975-	10,070,986-	123,367-	1-
491 IVR Ertrag Kommunikation	7,194,799-	7,000,000-	7,236,353-	194,799-	3-
492 IVR Ertrag Personalentwicklung	563,440-	476,000-	834,863-	87,440-	18-
493 IVR Ertrag Güter	8,191,770-	7,400,000-	8,599,299-	791,770-	11-
494 IVR Ertrag Kapital	1,925,607-	1,992,510-	2,073,479-	66,903	3
496 IVR Ertrag Liegenschaften	146,514,258-	145,529,828-	147,963,099-	984,430-	1-
498 IVR Übriger Ertrag	64,394,459-	45,358,037-	61,305,942-	19,036,422-	42-
	<b>238,914,674-</b>	<b>217,763,350-</b>	<b>238,084,021-</b>	<b>21,151,324-</b>	<b>10-</b>
Summe Ertrag	<b>5,180,498,322-</b>	<b>4,322,836,731-</b>	<b>4,591,507,390-</b>	<b>857,661,592-</b>	<b>20-</b>
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	<b>489,582,096-</b>	<b>102,697,245-</b>	<b>399,369,208-</b>	<b>386,884,851-</b>	<b>377-</b>
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	212,056,545	172,284,665	173,204,313	39,771,880	23
	<b>212,056,545</b>	<b>172,284,665</b>	<b>173,204,313</b>	<b>39,771,880</b>	<b>23</b>
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	<b>212,056,545</b>	<b>172,284,665</b>	<b>173,204,313</b>	<b>39,771,880</b>	<b>23</b>
Summe Abschreibungen	<b>212,056,545</b>	<b>172,284,665</b>	<b>173,204,313</b>	<b>39,771,880</b>	<b>23</b>
Saldo Laufende Rechnung	<b>277,525,551-</b>	<b>69,587,420</b>	<b>226,164,896-</b>	<b>347,112,971-</b>	<b>499-</b>
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>50</b> <u>Sachgüter</u>					
500 Grundstücke	474,151		1,562,816	474,151	Neu
501 Tiefbauten	88,915,635		92,945,547	88,915,635	Neu
503 Hochbauten	106,210,372	11,250,000	131,608,379	94,960,372	844

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	60,937,898		68,003,509	60,937,898	Neu
509 Übrige Sachgüter		307,540,000		307,540,000-	100-
	256,538,056	318,790,000	294,120,251	62,251,944-	20-
<u>51 Interne Verrechnung Aufwand IR</u>					
510 Interne Verrechnung Aufwand IR	454,766			454,766	Neu
	454,766			454,766	Neu
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
563 Beiträge an eigene Anstalten	10,128,720		10,203,244	10,128,720	Neu
566 Beiträge an private Institutionen	9,120,323		8,213,788	9,120,323	Neu
567 Beiträge ans Ausland	70,000		184,943	70,000	Neu
	19,319,044		18,601,975	19,319,044	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	276,311,866	318,790,000	312,722,226	42,478,134-	13-
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>60 Abgang von Sachgütern</u>					
600 Abgang von Grundstücken			26,911,397-	5-	Neu
			26,911,397-	5-	Neu
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	11,665,217-	14,500,000-	26,740,968-	2,834,783	20
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung	29,844-		129,359-	29,844-	Neu
662 Gemeindebeiträge eigene Rechnung	112,588-		20,136-	112,588-	Neu
663 Beiträge Eigene Anstalten	2,521,184-	11,250,000-	9,460,909-	8,728,816	78
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	4,094,095-		6,390,123-	4,094,095-	Neu
	18,422,927-	25,750,000-	42,741,495-	7,327,073	28
<u>68 Beiträge Spezialfinanzierung</u>					
680 Beiträge Spezialfinanzierung	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	21,724,668-	25,750,000-	70,997,597-	4,025,332	16
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	254,587,197	293,040,000	241,724,629	38,452,803-	13-
<u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
<u>5 Ausgaben Darlehen u. Beteilig.</u>					
<u>52 Darlehen und Beteiligungen</u>					
523 Darl & Beteil eig. Anst.	10,000,000	18,000,000		8,000,000-	44-
525 Darl & Beteil an priv. Instit.	30,000,000	15,000,000		15,000,000	100
	40,000,000	33,000,000		7,000,000	21
Summe Ausgaben Darlehen u. Beteilig.	40,000,000	33,000,000		7,000,000	21

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Darlehen u. Beteilig.</u>					
62 <u>Rückzahlung Darl. u. Beteilig.</u>					
624 Gemischtwirtschaftl. Unternehmen	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Einnahmen Darlehen u. Beteilig.	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Darlehen und Beteiligungen	38,871,377	33,000,000	214,169-	5,871,377	18
Saldo Investitionsrechnung	293,458,575	326,040,000	241,510,461	32,581,425-	10-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b><u>GESAMTRESULTAT</u></b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	489,582,096-	102,697,245-	399,369,208-	386,884,851-	377-
33 Abschreibungen	212,056,545	172,284,665	173,204,313	39,771,880	23
Saldo Laufende Rechnung	277,525,551-	69,587,420	226,164,896-	347,112,971-	499-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	254,587,197	293,040,000	241,724,629	38,452,803-	13-
Darlehen und Beteiligungen	38,871,377	33,000,000	214,169-	5,871.377	18
Saldo Investitionsrechnung	293,458,575	326,040,000	241,510,461	32,581,425-	10-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>ERZIEHUNGSDEPARTEMENT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	849,304,546	865,868,070	831,103,692	16,563,524-	2-
33 Abschreibungen	4,707,429	4,729,900	7,312,286	22,471-	0-
Saldo Laufende Rechnung	854,011,975	870,597,970	838,415,978	16,585,995-	2-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,733,816	4,040,000	6,678,241	693,816	17
Saldo Investitionsrechnung	4,733,816	4,040,000	6,678,241	693,816	17
<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	142,539,364	142,215,142	139,496,420	324,223	0
33 Abschreibungen	2,551,027	1,415,156	2,529,023	1,135,871	80
Saldo Laufende Rechnung	145,090,391	143,630,297	142,025,444	1,460,094	1
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,116,714	4,600,000	2,351,895	483,286-	11-
Saldo Investitionsrechnung	4,116,714	4,600,000	2,351,895	483,286-	11-
<b>FINANZDEPARTEMENT (BETRIEB)</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	56,433,835	62,330,949	58,844,230	5,897,114-	9-
33 Abschreibungen	6,263,816	7,258,833	6,081,617	995,017-	14-
Saldo Laufende Rechnung	62,697,651	69,589,782	64,925,847	6,892,131-	10-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	5,920,127	40,900,000	6,023,354	34,979,873-	86-
Saldo Investitionsrechnung	5,920,127	40,900,000	6,023,354	34,979,873-	86-
<b>FINANZDEPARTEMENT (ÜBRIGE DIENSTSTELLEN)</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	112,199,704	89,050,103-	80,095,751-	201,249,807	226
33 Abschreibungen	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Saldo Laufende Rechnung	123,011,990	78,310,103-	69,348,771-	201,322,093	257
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	114,088,524	129,700,000	140,056,674	15,611,476-	12-
Darlehen und Beteiligungen		33,000,000		33,000,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung	114,088,524	162,700,000	140,056,674	48,611,476-	30-
<b>JUSTIZ- UND SICHERHEITSDEPARTEMENT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	177,095,119	177,945,277	170,267,043	850,157-	0-
33 Abschreibungen	5,781,975	5,804,848	4,350,311	22,873-	0-
Saldo Laufende Rechnung	182,877,095	183,750,125	174,617,354	873,030-	0-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	3,990,765		357,754	3,990,765	Neu
Saldo Investitionsrechnung	3,990,765		357,754	3,990,765	Neu
<b>BAU- UND VERKEHRSDEPARTEMENT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	151,222,899	159,370,170	150,087,870	8,147,271-	5-
33 Abschreibungen	97,928,240	44,018,741	54,411,050	53,909,499	122
Saldo Laufende Rechnung	249,151,138	203,388,911	204,498,920	45,762,227	23
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	82,824,263	76,800,000	72,542,758	6,024,263	8
Saldo Investitionsrechnung	82,824,263	76,800,000	72,542,758	6,024,263	8

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>GESUNDHEITSDEPARTEMENT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	513,286,481	492,496,544	482,827,859	20,789,937	4
33 Abschreibungen	28,700,469	34,940,233	35,252,360	6,239,764-	18-
Saldo Laufende Rechnung	541,986,949	527,436,777	518,080,219	14,550,173	3
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	30,633,672	37,000,000	12,906,791	6,366,328-	17-
Saldo Investitionsrechnung	30,633,672	37,000,000	12,906,791	6,366,328-	17-
<b>DEP. FÜR WIRTSCHAFT, SOZIALES UND UMWELT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	408,274,566	446,880,000	393,705,367	38,605,434-	9-
33 Abschreibungen	5,346,103	10,171,108	4,409,298	4,825,005-	47-
Saldo Laufende Rechnung	413,620,669	457,051,108	398,114,665	43,430,439-	10-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	3,518,807		5,572,945	3,518,807	Neu
Saldo Investitionsrechnung	3,518,807		5,572,945	3,518,807	Neu
<b>GERICHTE</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	24,833,673	22,038,614	22,717,486	2,795,059	13
33 Abschreibungen	639,882	24,847	423,202	615,035	*999
Saldo Laufende Rechnung	25,473,555	22,063,461	23,140,689	3,410,094	15
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Saldo Investitionsrechnung	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
<b>BEHÖRDEN UND REGIERUNGSRAT</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	11,006,273	12,118,550	11,551,600	1,112,277-	9-
Saldo Laufende Rechnung	11,006,273	12,118,550	11,551,600	1,112,277-	9-
<b>KONSOLIDIERUNG</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF					
Saldo Laufende Rechnung					
<b>ALLG. NETTOERTRAG (FINANZDEPARTEMENT)</b>					
Laufende Rechnung					
Zwischensaldo ONA / ANE / SF	2,935,778,556-	2,394,910,457-	2,579,875,026-	540,868,099-	23-
33 Abschreibungen	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Saldo Laufende Rechnung	2,886,453,238-	2,341,729,457-	2,532,186,839-	544,723,781-	23-
Investitionsrechnung					
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,935,275		6,515,782-	4,935,275	Neu
Darlehen und Beteiligungen	38,871,377		214,169-	38,871,377	Neu
Saldo Investitionsrechnung	43,806,652		6,729,950-	43,806,652	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	368,307,424	368,627,869	364,669,564	320,446-	0
303 Sozialversicherungsbeiträge	21,434,279	21,831,563	21,423,789	397,285-	2-
304 Personalvers.beiträge	64,125,714	67,113,553	63,830,504	2,987,839-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	5,411,252	5,478,695	5,488,808	67,443-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	283,467	314,368	323,912	30,902-	10-
307 Rentenleistungen	91,216	15,000		76,216	508
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	2,041,654	2,440,692	2,855,952	399,039-	16-
309 Übriger Personalaufwand	1,840,013	2,518,544	1,827,206	678,530-	27-
	<b>463,535,018</b>	<b>468,340,285</b>	<b>460,419,735</b>	<b>4,805,267-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	9,871,206	10,758,327	10,439,428	887,121-	8-
311 Abschreibungen GWG	445,102	548,000	393,096	102,898-	19-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	6,852,586	6,882,700	6,758,986	30,114-	0-
313 Verbrauchsmaterialien	12,014,011	11,208,856	12,557,488	805,155	7
314 Baulicher Unterhalt	8,541,635	9,005,000	8,742,996	463,365-	5-
315 Übriger Unterhalt	10,312,040	10,531,879	10,014,857	219,839-	2-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	70,773,760	70,749,371	70,958,829	24,389	0
317 Spesenentschädigungen	2,238,366	2,349,500	2,093,779	111,134-	5-
318 Dienstleistungen und Honorare	20,089,526	21,359,828	19,014,685	1,270,302-	6-
319 Übriger Sachaufwand	1,359,675	1,209,050	5,625,599	150,625	12
	<b>142,497,908</b>	<b>144,602,511</b>	<b>146,599,740</b>	<b>2,104,603-</b>	<b>1-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	1,303	4,000	1,407	2,697-	67-
	<b>1,303</b>	<b>4,000</b>	<b>1,407</b>	<b>2,697-</b>	<b>67-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	379,664	4,000	6,853	375,664	*999
	<b>379,664</b>	<b>4,000</b>	<b>6,853</b>	<b>375,664</b>	<b>*999</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	50,315,246	49,682,154	49,444,404	633,092	1
362 Gemeinden	175,588		131,760	175,588	Neu
363 Eigene Anstalten	177,660,850	177,418,500	168,367,933	242,350	0
365 Private Institutionen	91,921,335	93,243,958	87,788,368	1,322,623-	1-
366 Beiträge an private HH	70,911,514	68,104,400	64,274,043	2,807,114	4
	<b>390,984,533</b>	<b>388,449,012</b>	<b>370,006,508</b>	<b>2,535,521</b>	<b>1</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
382 Einlagen in Rücklagen	1,885,870		1,734,433	1,885,870	Neu
	<b>1,885,870</b>		<b>1,734,433</b>	<b>1,885,870</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>999,284,297</b>	<b>1,001,399,808</b>	<b>978,768,676</b>	<b>2,115,511-</b>	<b>0-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	1,074-	330-	919-	744-	226-
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	20,283-	35,000-	21,871-	14,717	42
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	108,632-	113,000-	103,188-	4,368	4
429 Übrige Vermögenserträge	1,780-		1,554-	1,780-	Neu
	<b>131,769-</b>	<b>148,330-</b>	<b>127,532-</b>	<b>16,561</b>	<b>11</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	263,735-	238,800-	266,147-	24,935-	10-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	92,579-	10,000-	52,215-	82,579-	826-
433 Schulgelder	4,250,282-	4,039,860-	4,235,031-	210,422-	5-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	14,446,856-	13,384,100-	16,201,386-	1,062,756-	8-
435 Verkaufsertrag	14,555,136-	12,904,900-	13,341,362-	1,650,236-	13-
436 Rückerstattungen	12,754,185-	12,311,678-	12,263,494-	442,507-	4-
437 Bussen	4,000-			4,000-	Neu
439 Übrige Entgelte	3,213,088-	1,150,000-	6,070,377-	2,063,088-	179-
	<b>49,579,861-</b>	<b>44,039,338-</b>	<b>52,430,012-</b>	<b>5,540,523-</b>	<b>13-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	19,769,196-	17,128,655-	17,129,273-	2,640,541-	15-
461 Kantone	75,677,461-	70,858,035-	73,567,356-	4,819,425-	7-
462 Gemeinden	3,562,407-	2,489,480-	3,202,110-	1,072,927-	43-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	1,076,872-	867,900-	1,208,702-	208,972-	24-
	<b>100,085,935-</b>	<b>91,344,070-</b>	<b>95,107,441-</b>	<b>8,741,865-</b>	<b>10-</b>
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
482 Entnahmen aus Rücklagen	182,186-			182,186-	Neu
	<b>182,186-</b>			<b>182,186-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>149,979,750-</b>	<b>135,531,738-</b>	<b>147,664,984-</b>	<b>14,448,013-</b>	<b>11-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>849,304,546</b>	<b>865,868,070</b>	<b>831,103,692</b>	<b>16,563,524-</b>	<b>2-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	4,707,429	4,729,900	7,312,286	22,471-	0-
	<b>4,707,429</b>	<b>4,729,900</b>	<b>7,312,286</b>	<b>22,471-</b>	<b>0-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>4,707,429</b>	<b>4,729,900</b>	<b>7,312,286</b>	<b>22,471-</b>	<b>0-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>4,707,429</b>	<b>4,729,900</b>	<b>7,312,286</b>	<b>22,471-</b>	<b>0-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>854,011,975</b>	<b>870,597,970</b>	<b>838,415,978</b>	<b>16,585,995-</b>	<b>2-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5     <u>Ausgaben Investitionen</u></b>					
<b>50     <u>Sachgüter</u></b>					
503   Hochbauten					
506   Maschinen,Mobilien,Fahrz.,Einr.	4,166,266		3,493,800	4,166,266	Neu
509   Übrige Sachgüter		4,040,000		4,040,000-	100-
	4,166,266	4,040,000	3,493,800	126,266	3
<b>56     <u>Eigene Beiträge</u></b>					
566   Beiträge an private Institutionen	567,550		3,184,440	567,550	Neu
	567,550		3,184,440	567,550	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	4,733,816	4,040,000	6,678,241	693,816	17
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,733,816	4,040,000	6,678,241	693,816	17
Saldo Investitionsrechnung	4,733,816	4,040,000	6,678,241	693,816	17

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	41,764,726	40,972,429	39,971,412	792,297	2
303 Sozialversicherungsbeiträge	2,503,169	2,404,599	2,521,195	98,570	4
304 Personalvers.beiträge	7,228,120	7,242,817	7,238,826	14,697-	0-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	632,021	627,673	645,985	4,348	1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	20,615	41,100	42,752	20,485-	50-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	438,780	46,000	566,767	392,780	854
309 Übriger Personalaufwand	305,403	326,033	322,682	20,630-	6-
	<b>52,892,833</b>	<b>51,660,650</b>	<b>51,309,618</b>	<b>1,232,183</b>	<b>2</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	3,482,452	3,204,960	2,829,334	277,492	9
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,181,626	1,662,750	1,715,511	481,124-	29-
313 Verbrauchsmaterialien	1,773,878	2,417,617	1,287,158	643,739-	27-
314 Baulicher Unterhalt	927,895	876,800	956,926	51,095	6
315 Übriger Unterhalt	2,717,543	2,745,898	2,689,106	28,355-	1-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	12,808,631	12,697,360	12,977,878	111,271	1
317 Spesenentschädigungen	674,869	673,757	625,914	1,112	0
318 Dienstleistungen und Honorare	19,987,784	13,711,694	15,228,558	6,276,091	46
319 Übriger Sachaufwand	166,535	98,700	165,913	67,835	69
	<b>43,721,214</b>	<b>38,089,536</b>	<b>38,476,297</b>	<b>5,631,678</b>	<b>15</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	41,984	5,600	6,469	36,384	650
	<b>41,984</b>	<b>5,600</b>	<b>6,469</b>	<b>36,384</b>	<b>650</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	64,002,797	64,874,750	63,983,594	871,953-	1-
366 Beiträge an private HH	1,701,252	1,703,000	1,678,020	1,748-	0-
	<b>65,704,049</b>	<b>66,577,750</b>	<b>65,661,614</b>	<b>873,701-</b>	<b>1-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>162,360,080</b>	<b>156,333,536</b>	<b>155,453,998</b>	<b>6,026,544</b>	<b>4</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
412 Patente und Abgaben	3,080-	10,000-	3,560-	6,920	69
	<b>3,080-</b>	<b>10,000-</b>	<b>3,560-</b>	<b>6,920</b>	<b>69</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	4,483-	5,771-	1,383-	1,288	22
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	327,869-	317,260-	237,040-	10,609-	3-
429 Übrige Vermögenserträge	4,694-	6,602-	10,187-	1,908	29
	<b>337,047-</b>	<b>329,633-</b>	<b>248,610-</b>	<b>7,414-</b>	<b>2-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	337,891-	359,100-	332,713-	21,209	6
433 Schulgelder	9,492-	4,000-	2,280-	5,492-	137-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	10,353,278-	7,406,437-	9,141,956-	2,946,841-	40-
435 Verkaufsertrag	2,300,846-	3,048,000-	2,106,106-	747,154	25
436 Rückerstattungen	1,215,173-	606,517-	1,258,440-	608,656-	100-
437 Bussen	10,605-	10,000-	15,580-	605-	6-
439 Übrige Entgelte	384,398-		32,278-	384,398-	Neu
	14,611,683-	11,434,054-	12,889,353-	3,177,629-	28-
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	495,028-	458,707-	667,033-	36,321-	8-
461 Kantone	433,702-	86,000-	539,876-	347,702-	404-
462 Gemeinden		100,000-		100,000	100-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	2,679,576-	1,585,000-	1,516,607-	1,094,576-	69-
	3,608,306-	2,229,707-	2,723,516-	1,378,599-	62-
<u>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</u>					
482 Entnahmen aus Rücklagen	1,260,600-	115,000-	92,539-	1,145,600-	996-
	1,260,600-	115,000-	92,539-	1,145,600-	996-
Summe Ertrag	19,820,715-	14,118,394-	15,957,578-	5,702,321-	40-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	142,539,364	142,215,142	139,496,420	324,223	0
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	2,551,027	1,415,156	2,529,023	1,135,871	80
	2,551,027	1,415,156	2,529,023	1,135,871	80
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	2,551,027	1,415,156	2,529,023	1,135,871	80
Summe Abschreibungen	2,551,027	1,415,156	2,529,023	1,135,871	80
Saldo Laufende Rechnung	145,090,391	143,630,297	142,025,444	1,460,094	1
<u>INVESTITIONSRECHNUNG</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	3,417,625		1,785,336	3,417,625	Neu
509 Übrige Sachgüter		4,600,000		4,600,000-	100-
	4,631,368	4,600,000	2,610,954	31,368	1
Summe Ausgaben Investitionen	4,631,368	4,600,000	2,610,954	31,368	1

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
669 <u>Übrige Beiträge eigene Rechnung</u>	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
Summe <u>Einnahmen Investitionen</u>	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
Summe <u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>	4,116,714	4,600,000	2,351,895	483,286-	11-
Saldo <u>Investitionsrechnung</u>	4,116,714	4,600,000	2,351,895	483,286-	11-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	52,418,089	52,725,649	51,088,598	307,559-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	3,105,911	3,168,951	3,056,978	63,040-	2-
304 Personalvers.beiträge	9,658,126	9,872,619	9,371,807	214,493-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	788,022	822,389	779,879	34,367-	4-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	38,178	63,500	29,888	25,322-	40-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	375,552	16,023	161,391	359,529	*999
309 Übriger Personalaufwand	1,760,737	1,984,180	2,284,100	223,443-	11-
	<b>68,144,615</b>	<b>68,653,311</b>	<b>66,772,641</b>	<b>508,695-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	1,541,571	1,700,250	1,581,209	158,679-	9-
311 Abschreibungen GWG	105,787	139,700	73,921	33,913-	24-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	492,335	463,000	485,648	29,335	6
313 Verbrauchsmaterialien	87,226	12,000	34,015	75,226	627
314 Baulicher Unterhalt	172,982	191,600	165,031	18,618-	10-
315 Übriger Unterhalt	2,332,934	3,060,470	3,518,349	727,536-	24-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	6,699,480	6,947,446	6,673,868	247,966-	4-
317 Spesenentschädigungen	243,631	274,280	223,600	30,649-	11-
318 Dienstleistungen und Honorare	14,448,341	15,618,135	14,304,259	1,169,794-	7-
319 Übriger Sachaufwand	72,595	36,100	43,036	36,495	101
	<b>26,196,883</b>	<b>28,442,982</b>	<b>27,102,937</b>	<b>2,246,099-</b>	<b>8-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen			13,809		
			<b>13,809</b>		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>94,341,498</b>	<b>97,096,292</b>	<b>93,889,388</b>	<b>2,754,794-</b>	<b>3-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
400 Einkommens- & Verm.steuer					
403 Vermögensgewinnsteuer					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	7-			7-	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	13,261-	10,000-	13,293-	3,261-	33-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	11,600-	12,000-	11,600-	400	3
	<b>24,868-</b>	<b>22,000-</b>	<b>24,893-</b>	<b>2,868-</b>	<b>13-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	7,123,700-	5,950,000-	6,444,874-	1,173,700-	20-
433 Schulgelder	313,289-	340,000-	236,673-	26,711	8
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	28,005,909-	26,579,812-	25,802,248-	1,426,097-	5-
435 Verkaufsertrag	133,709-	33,000-	29,705-	100,709-	305-
436 Rückerstattungen	2,279,992-	1,840,531-	2,432,169-	439,461-	24-
439 Übrige Entgelte	26,196-		74,597-	26,196-	Neu
	<b>37,882,796-</b>	<b>34,743,343-</b>	<b>35,020,265-</b>	<b>3,139,453-</b>	<b>9-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
44 <u>Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</u>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen					
Summe Ertrag	37,907,663-	34,765,343-	35,045,158-	3,142,320-	9-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	56,433,835	62,330,949	58,844,230	5,897,114-	9-
33 <u>Abschreibungen</u>					
33 <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
33 <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	6,263,816	7,258,833	6,081,617	995,017-	14-
	6,263,816	7,258,833	6,081,617	995,017-	14-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6,263,816	7,258,833	6,081,617	995,017-	14-
Summe Abschreibungen	6,263,816	7,258,833	6,081,617	995,017-	14-
Saldo Laufende Rechnung	62,697,651	69,589,782	64,925,847	6,892,131-	10-
<u>INVESTITIONSRECHNUNG</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen,Mobilien,Fahrz.,Einr.	5,465,360		6,023,354	5,465,360	Neu
509 Übrige Sachgüter		41,900,000		41,900,000-	100-
	5,465,360	41,900,000	6,023,354	36,434,640-	87-
51 <u>Interne Verrechnung Aufwand IR</u>					
510 Interne Verrechnung Aufwand IR	454,766			454,766	Neu
	454,766			454,766	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	5,920,127	41,900,000	6,023,354	35,979,873-	86-
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung		1,000,000-		1,000,000	100-
		1,000,000-		1,000,000	100-
Summe Einnahmen Investitionen		1,000,000-		1,000,000	100-
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	5,920,127	40,900,000	6,023,354	34,979,873-	86-
Saldo Investitionsrechnung	5,920,127	40,900,000	6,023,354	34,979,873-	86-



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	471,901	8,330,500-	4,061,134	8,802,401	106
303 Sozialversicherungsbeiträge	13,797	30,250	47,067	16,453-	54-
304 Personalvers.beiträge	22,897,118-	22,110,000-	21,501,711-	787,118-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	283,945	214,500	193,043	69,445	32
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	94			94	Neu
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	38,850	55,000	29,838	16,150-	29-
309 Übriger Personalaufwand	1,282,429	200,000	9,259,727	1,082,429	541
	<b>20,806,102-</b>	<b>29,940,750-</b>	<b>7,910,902-</b>	<b>9,134,648</b>	<b>31</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	5,982	15,000	15,202	9,018-	60-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	3,279,987	1,400,439	1,809,007	1,879,548	134
314 Baulicher Unterhalt	24,005,268	19,900,000	19,021,848	4,105,268	21
315 Übriger Unterhalt	8,736,921	8,500,000	8,442,472	236,921	3
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	13,385,153	13,712,950	12,999,979	327,797-	2-
317 Spesenentschädigungen	708		419	708	Neu
318 Dienstleistungen und Honorare	8,645,861	7,145,000	8,379,704	1,500,861	21
319 Übriger Sachaufwand	364,931,093	3,190,000	717,655	361,741,093	*999
	<b>422,990,972</b>	<b>53,863,389</b>	<b>51,386,285</b>	<b>369,127,583</b>	<b>685</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	565		291	565	Neu
	<b>565</b>		<b>291</b>	<b>565</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
362 Gemeinden	840,402	850,000	840,541	9,598-	1-
363 Eigene Anstalten	600,000		1,450,000	600,000	Neu
	<b>1,440,402</b>	<b>850,000</b>	<b>2,290,541</b>	<b>590,402</b>	<b>69</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	40,217,200	41,575,000	41,588,000	1,357,800-	3-
	<b>40,217,200</b>	<b>41,575,000</b>	<b>41,588,000</b>	<b>1,357,800-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>443,843,037</b>	<b>66,347,639</b>	<b>87,354,215</b>	<b>377,495,398</b>	<b>569</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			0		
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen					
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	143,749,710-	142,112,492-	145,226,751-	1,637,218-	1-
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>143,749,710-</b>	<b>142,112,492-</b>	<b>145,226,751-</b>	<b>1,637,218-</b>	<b>1-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	5,910,170-	6,000,000-	6,126,613-	89,830	2
435 Verkaufsertrag	553,878-	550,000-	660,087-	3,878-	1-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
436 Rückerstattungen	449,551-	402,250-	465,205-	47,301-	12-
439 Übrige Entgelte	171,139,878-		7,747,601-	171,139,878-	Neu
	178,053,477-	6,952,250-	14,999,507-	171,101,227-	*999-
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	9,835,184-	6,333,000-	7,221,708-	3,502,184-	55-
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	4,963-		2,000-	4,963-	Neu
	9,840,146-	6,333,000-	7,223,708-	3,507,146-	55-
Summe Ertrag	331,643,333-	155,397,742-	167,449,965-	176,245,591-	113-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	112,199,704	89,050,103-	80,095,751-	201,249,807	226
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Summe Abschreibungen	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Saldo Laufende Rechnung	123,011,990	78,310,103-	69,348,771-	201,322,093	257
<u>INVESTITIONSRECHNUNG</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	826		90,952	826	Neu
503 Hochbauten	97,816,172	11,250,000	127,760,640	86,566,172	769
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	8,919,139		13,521,261	8,919,139	Neu
509 Übrige Sachgüter		129,700,000		129,700,000-	100-
	106,736,137	140,950,000	141,372,854	34,213,863-	24-
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
563 Beiträge an eigene Anstalten	10,000,000		10,000,000	10,000,000	Neu
	10,000,000		10,000,000	10,000,000	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	116,736,137	140,950,000	151,372,854	24,213,863-	17-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung			1,119,000-		
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung			122,811		
663 Beiträge Eigene Anstalten	2,416,009-	11,250,000-	9,460,909-	8,833,991	79
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	231,604-		859,082-	231,604-	Neu
	2,647,613-	11,250,000-	11,316,180-	8,602,387	76
Summe Einnahmen Investitionen	2,647,613-	11,250,000-	11,316,180-	8,602,387	76
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	114,088,524	129,700,000	140,056,674	15,611,476-	12-
<u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
5 <u>Ausgaben Darlehen u. Beteilig.</u>					
52 <u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
523 Darl & Beteil eig. Anst.		18,000,000		18,000,000-	100-
525 Darl & Beteil an priv. Instit.		15,000,000		15,000,000-	100-
		33,000,000		33,000,000-	100-
Summe Ausgaben Darlehen u. Beteilig.		33,000,000		33,000,000-	100-
Summe Darlehen und Beteiligungen		33,000,000		33,000,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung	114,088,524	162,700,000	140,056,674	48,611,476-	30-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	167,204,788	169,839,665	164,571,519	2,634,877-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	9,992,455	10,141,019	9,780,688	148,564-	1-
304 Personalvers.beiträge	28,542,597	29,752,212	28,038,669	1,209,615-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	2,579,766	2,704,051	2,557,421	124,285-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	1,581,386	1,579,790	1,838,827	1,596	0
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	111,363	185,000	249,716	73,637-	40-
309 Übriger Personalaufwand	4,232,355	3,896,862	3,675,570	335,493	9
	<b>214,244,711</b>	<b>218,098,599</b>	<b>210,712,412</b>	<b>3,853,888-</b>	<b>2-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	2,506,195	2,585,561	2,395,260	79,366-	3-
311 Abschreibungen GWG	1,491,732	1,617,929	1,565,945	126,197-	8-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	2,270,773	2,304,850	2,302,531	34,077-	1-
313 Verbrauchsmaterialien	3,264,546	3,214,451	2,914,909	50,095	2
314 Baulicher Unterhalt	1,921,252	1,618,300	1,517,839	302,952	19
315 Übriger Unterhalt	7,629,198	9,354,957	8,992,337	1,725,759-	18-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	16,763,575	15,937,739	14,918,179	825,836	5
317 Spesenentschädigungen	637,716	624,935	571,308	12,781	2
318 Dienstleistungen und Honorare	44,193,484	42,229,582	39,855,963	1,963,902	5
319 Übriger Sachaufwand	445,855	289,337	480,909	156,518	54
	<b>81,124,324</b>	<b>79,777,640</b>	<b>75,515,180</b>	<b>1,346,684</b>	<b>2</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen	1,108		20	1,108	Neu
	<b>1,108</b>		<b>20</b>	<b>1,108</b>	<b>Neu</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,097,879	1,256,700	1,107,548	158,821-	13-
	<b>1,097,879</b>	<b>1,256,700</b>	<b>1,107,548</b>	<b>158,821-</b>	<b>13-</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	920,310	900,000	613,018	20,310	2
365 Private Institutionen	1,434,584	1,508,900	1,547,478	74,316-	5-
366 Beiträge an private HH	100,407	13,000	3,245	87,407	672
	<b>2,455,301</b>	<b>2,421,900</b>	<b>2,163,740</b>	<b>33,401</b>	<b>1</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	135,920	1,396,000	151,415	1,260,080-	90-
	<b>135,920</b>	<b>1,396,000</b>	<b>151,415</b>	<b>1,260,080-</b>	<b>90-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>299,059,244</b>	<b>302,950,839</b>	<b>289,650,315</b>	<b>3,891,595-</b>	<b>1-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
406 Besitz- & Aufwandsteuer	30,829,993-	31,000,000-	30,803,717-	170,007	1
	<b>30,829,993-</b>	<b>31,000,000-</b>	<b>30,803,717-</b>	<b>170,007</b>	<b>1</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>41</b> <u>Regalien &amp; Konzessionen</u>					
412 Patente und Abgaben					
<b>42</b> <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	32,697-	4,500-	6,387-	28,197-	627-
422 Anlagen Finanzvermögen		50,000-	98,179-	50,000	100-
429 Übrige Vermögenserträge	12,718-		50,232-	12,718-	Neu
	<b>45,415-</b>	<b>54,500-</b>	<b>154,797-</b>	<b>9,085</b>	<b>17</b>
<b>43</b> <u>Entgelte</u>					
430 Ersatzabgaben	5,217,110-	4,580,000-	5,162,720-	637,110-	14-
431 Gebühren für Amtshandlung	28,042,500-	26,497,586-	26,885,723-	1,544,914-	6-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	5,520,456-	4,120,000-	5,279,605-	1,400,456-	34-
433 Schulgelder	693,505-	388,000-	482,294-	305,505-	79-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	21,668,931-	23,694,020-	21,802,800-	2,025,089	9
435 Verkaufsertrag	1,063,031-	823,750-	908,680-	239,281-	29-
436 Rückerstattungen	9,596,613-	10,109,369-	10,005,625-	512,756	5
437 Bussen	15,098,885-	20,394,000-	14,023,024-	5,295,115	26
439 Übrige Entgelte	486,845-	50,000-	452,750-	436,845-	874-
	<b>87,387,875-</b>	<b>90,656,725-</b>	<b>85,003,220-</b>	<b>3,268,850</b>	<b>4</b>
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	2,587,659-	2,286,168-	2,291,274-	301,491-	13-
461 Kantone	1,015,657-	1,008,169-	1,086,397-	7,488-	1-
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	500-			500-	Neu
	<b>3,603,816-</b>	<b>3,294,337-</b>	<b>3,377,671-</b>	<b>309,479-</b>	<b>9-</b>
<b>48</b> <u>Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a. Spez. finanzierungen	97,024-		43,867-	97,024-	Neu
	<b>97,024-</b>		<b>43,867-</b>	<b>97,024-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>121,964,124-</b>	<b>125,005,562-</b>	<b>119,383,272-</b>	<b>3,041,438</b>	<b>2</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>177,095,119</b>	<b>177,945,277</b>	<b>170,267,043</b>	<b>850,157-</b>	<b>0-</b>
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	5,781,975	5,804,848	4,350,311	22,873-	0-
	<b>5,781,975</b>	<b>5,804,848</b>	<b>4,350,311</b>	<b>22,873-</b>	<b>0-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>5,781,975</b>	<b>5,804,848</b>	<b>4,350,311</b>	<b>22,873-</b>	<b>0-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>5,781,975</b>	<b>5,804,848</b>	<b>4,350,311</b>	<b>22,873-</b>	<b>0-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>182,877,095</b>	<b>183,750,125</b>	<b>174,617,354</b>	<b>873,030-</b>	<b>0-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5     <u>Ausgaben Investitionen</u></b>					
<b>50     <u>Sachgüter</u></b>					
506    Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	3,990,765		1,970,915	3,990,765	Neu
	3,990,765		1,970,915	3,990,765	Neu
<b>56     <u>Eigene Beiträge</u></b>					
566    Beiträge an private Institutionen			43,867		
			43,867		
Summe Ausgaben Investitionen	3,990,765		2,014,782	3,990,765	Neu
<b>6     <u>Einnahmen Investitionen</u></b>					
<b>66     <u>Beiträge für eigene Rech.</u></b>					
660    Bundesbeiträge eigene Rechnung			1,657,028-		
			1,657,028-		
Summe Einnahmen Investitionen			1,657,028-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	3,990,765		357,754	3,990,765	Neu
Saldo Investitionsrechnung	3,990,765		357,754	3,990,765	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	89,077,961	91,595,521	87,486,463	2,517,560-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	5,309,524	5,502,489	5,221,954	192,964-	4-
304 Personalvers.beiträge	15,441,399	16,056,395	14,928,215	614,996-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	1,376,024	1,465,071	1,370,114	89,048-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	851,885	673,070	692,657	178,815	27
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	684,515	806,000	461,391	121,485-	15-
309 Übriger Personalaufwand	1,027,471	1,075,990	985,961	48,519-	5-
	<b>113,768,780</b>	<b>117,174,536</b>	<b>111,146,754</b>	<b>3,405,756-</b>	<b>3-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	817,262	1,111,819	997,597	294,557-	26-
311 Abschreibungen GWG	1,220,870	1,235,204	1,422,918	14,334-	1-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	3,190,080	3,898,400	3,532,702	708,320-	18-
313 Verbrauchsmaterialien	8,085,975	6,943,000	8,114,920	1,142,975	16
314 Baulicher Unterhalt	9,381,100	9,690,441	13,971,332	309,341-	3-
315 Übriger Unterhalt	6,290,731	5,777,183	6,900,751	513,548	9
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	9,557,037	8,777,408	9,192,893	779,629	9
317 Spesenentschädigungen	526,990	385,867	489,625	141,123	37
318 Dienstleistungen und Honorare	20,080,705	22,363,004	26,659,025	2,282,299-	10-
319 Übriger Sachaufwand	441,076	209,300	219,237	231,776	111
	<b>59,591,825</b>	<b>60,391,626</b>	<b>71,500,999</b>	<b>799,801-</b>	<b>1-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
322 Mittel- & lfr Schuld	1		2	1	Neu
	1		2	1	Neu
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	21,899	110,500	233,674	88,601-	80-
	<b>21,899</b>	<b>110,500</b>	<b>233,674</b>	<b>88,601-</b>	<b>80-</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	89,571	92,000	84,426	2,429-	3-
362 Gemeinden	92,916	75,000	102,090	17,916	24
363 Eigene Anstalten	79,542,704	79,744,900	75,383,969	202,196-	0-
365 Private Institutionen	2,566,500	2,696,000	2,587,479	129,500-	5-
366 Beiträge an private HH	64,642	87,000	14,239	22,358-	26-
	<b>82,356,333</b>	<b>82,694,900</b>	<b>78,172,203</b>	<b>338,567-</b>	<b>0-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	347,793	20,000	3,021,966	327,793	*999
	<b>347,793</b>	<b>20,000</b>	<b>3,021,966</b>	<b>327,793</b>	<b>*999</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>256,086,630</b>	<b>260,391,562</b>	<b>264,075,599</b>	<b>4,304,932-</b>	<b>2-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	11,972-		34,580-	11,972-	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	1,393,489-	1,407,000-	1,404,827-	13,511	1
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	22,668-	250,500-	66,154-	227,832	91
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	628,710-	657,000-	757,523-	28,290	4
429 Übrige Vermögenserträge	165-		60-	165-	Neu
	<b>2,057,004-</b>	<b>2,314,500-</b>	<b>2,263,144-</b>	<b>257,496</b>	<b>11</b>
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	347,793-		3,021,966-	347,793-	Neu
431 Gebühren für Amtshandlung	8,452,883-	9,927,000-	11,295,859-	1,474,117	15
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	70,918,437-	70,801,712-	74,591,797-	116,725-	0-
435 Verkaufsertrag	10,792,386-	7,666,720-	8,674,826-	3,125,666-	41-
436 Rückerstattungen	2,135,444-	1,517,960-	2,035,202-	617,484-	41-
439 Übrige Entgelte	221,546-		369,735-	221,546-	Neu
	<b>92,868,490-</b>	<b>89,913,392-</b>	<b>99,989,385-</b>	<b>2,955,098-</b>	<b>3-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	6,296,249-	5,940,000-	6,218,795-	356,249-	6-
461 Kantone	2,414,061-	2,274,500-	2,511,500-	139,561-	6-
462 Gemeinden	280,000-	280,000-	280,000-		
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	497,236-	299,000-	297,236-	198,236-	66-
	<b>9,487,546-</b>	<b>8,793,500-</b>	<b>9,307,531-</b>	<b>694,046-</b>	<b>8-</b>
<b>48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen</b>					
480 Entnahmen a.Spez.finanzeungen	450,692-		2,427,670-	450,692-	Neu
	<b>450,692-</b>		<b>2,427,670-</b>	<b>450,692-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>104,863,731-</b>	<b>101,021,392-</b>	<b>113,987,729-</b>	<b>3,842,339-</b>	<b>4-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>151,222,899</b>	<b>159,370,170</b>	<b>150,087,870</b>	<b>8,147,271-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	97,928,240	44,018,741	54,411,050	53,909,499	122
	<b>97,928,240</b>	<b>44,018,741</b>	<b>54,411,050</b>	<b>53,909,499</b>	<b>122</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>97,928,240</b>	<b>44,018,741</b>	<b>54,411,050</b>	<b>53,909,499</b>	<b>122</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>97,928,240</b>	<b>44,018,741</b>	<b>54,411,050</b>	<b>53,909,499</b>	<b>122</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>249,151,138</b>	<b>203,388,911</b>	<b>204,498,920</b>	<b>45,762,227</b>	<b>23</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
500 Grundstücke	474,151		1,562,816	474,151	Neu
501 Tiefbauten	87,052,664		90,962,531	87,052,664	Neu
503 Hochbauten	949,043		826,030	949,043	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	5,206,095		4,984,850	5,206,095	Neu
509 Übrige Sachgüter		90,300,000		90,300,000-	100-
	93,681,952	90,300,000	98,336,227	3,381,952	4
<b>56 Eigene Beiträge</b>					
563 Beiträge an eigene Anstalten	128,720		203,244	128,720	Neu
566 Beiträge an private Institutionen	6,169,166		3,977,278	6,169,166	Neu
567 Beiträge ans Ausland	70,000		184,943	70,000	Neu
	6,367,886		4,365,464	6,367,886	Neu
<b>Summe Ausgaben Investitionen</b>	100,049,839	90,300,000	102,701,691	9,749,839	11
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>66 Beiträge für eigene Rech.</b>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	10,328,396-	13,500,000-	23,269,941-	3,171,604	23
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung	29,844-		252,170-	29,844-	Neu
662 Gemeindebeiträge eigene Rechnung	112,588-		20,136-	112,588-	Neu
663 Beiträge Eigene Anstalten	105,175-			105,175-	Neu
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	3,347,837-		5,271,982-	3,347,837-	Neu
	13,923,840-	13,500,000-	28,814,229-	423,840-	3-
<b>68 Beiträge Spezialfinanzierung</b>					
680 Beiträge Spezialfinanzierung	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
<b>Summe Einnahmen Investitionen</b>	17,225,576-	13,500,000-	30,158,934-	3,725,576-	28-
<b>Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	82,824,263	76,800,000	72,542,758	6,024,263	8
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	82,824,263	76,800,000	72,542,758	6,024,263	8

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	562,765,975	557,320,695	549,942,958	5,445,280	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	29,863,811	29,841,728	29,322,630	22,083	0
304 Personalvers.beiträge	82,620,965	82,352,777	80,341,656	268,187	0
305 Unfall & Krankenvers.beitr	7,947,459	8,219,806	7,963,860	272,347-	3-
306 Zulage Kleider,Verpfl,Whg	4,491,115	4,227,100	4,577,194	264,015	6
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	8,887,604	6,067,000	7,351,950	2,820,604	46
309 Übriger Personalaufwand	5,391,623	5,047,302	4,987,684	344,321	7
	<b>701,968,551</b>	<b>693,076,408</b>	<b>684,487,932</b>	<b>8,892,143</b>	<b>1</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	6,735,353	6,732,700	6,169,822	2,653	0
311 Abschreibungen GWG	3,247,281	4,050,028	3,744,242	802,747-	20-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	16,387,341	17,668,600	16,399,663	1,281,259-	7-
313 Verbrauchsmaterialien	177,047,225	173,746,123	170,445,353	3,301,102	2
314 Baulicher Unterhalt	14,476,136	12,536,700	12,688,646	1,939,436	15
315 Übriger Unterhalt	24,724,960	22,448,050	27,489,423	2,276,910	10
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	47,494,654	46,887,448	47,520,049	607,206	1
317 Spesenentschädigungen	872,481	911,500	779,074	39,019-	4-
318 Dienstleistungen und Honorare	49,354,358	49,236,952	47,263,522	117,406	0
319 Übriger Sachaufwand	1,335,365	346,600	611,648	988,765	285
	<b>341,675,154</b>	<b>334,564,701</b>	<b>333,111,445</b>	<b>7,110,453</b>	<b>2</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen			37		
321 Kurzfr. Schulden		15,000		15,000-	100-
322 Mittel- & lfr Schuld	807,982	810,700	859,254	2,718-	0-
	<b>807,982</b>	<b>825,700</b>	<b>859,290</b>	<b>17,718-</b>	<b>2-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	22,489,642	2,170,344	2,538,111	20,319,298	936
	<b>22,489,642</b>	<b>2,170,344</b>	<b>2,538,111</b>	<b>20,319,298</b>	<b>936</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	470,000	425,000	455,836	45,000	11
362 Gemeinden	5,335,164	5,700,000	5,486,906	364,836-	6-
363 Eigene Anstalten	14,019,987	13,230,000	9,358,863	789,987	6
365 Private Institutionen	61,122,593	63,683,500	59,073,545	2,560,907-	4-
366 Beiträge an private HH	121,492,603	114,814,000	120,402,731	6,678,603	6
	<b>202,440,346</b>	<b>197,852,500</b>	<b>194,777,880</b>	<b>4,587,846</b>	<b>2</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	59,988			59,988	Neu
	<b>59,988</b>			<b>59,988</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1,269,441,664</b>	<b>1,228,489,653</b>	<b>1,215,774,658</b>	<b>40,952,011</b>	<b>3</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
406 Besitz- & Aufwandsteuer	670,059-	630,000-	648,083-	40,059-	6-
	<b>670,059-</b>	<b>630,000-</b>	<b>648,083-</b>	<b>40,059-</b>	<b>6-</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	18,676-	121,200-	55,435-	102,525	85
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	2,843,805-	2,116,800-	2,170,142-	727,005-	34-
429 Übrige Vermögenserträge	394,461	75,000	200,725	319,461	426
	<b>2,468,020-</b>	<b>2,163,000-</b>	<b>2,024,852-</b>	<b>305,020-</b>	<b>14-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	4,487,699-	3,509,500-	4,476,198-	978,199-	28-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	625,077,311-	606,448,213-	604,728,229-	18,629,098-	3-
433 Schulgelder	381,274-	492,100-	536,409-	110,827	23
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	13,310,670-	13,792,643-	12,983,555-	481,973	3
435 Verkaufsertrag	24,077,895-	21,954,900-	22,503,621-	2,122,995-	10-
436 Rückerstattungen	13,598,367-	14,345,210-	13,160,916-	746,843	5
437 Bussen			300-		
439 Übrige Entgelte	6,344,134-	2,438,800-	4,062,030-	3,905,334-	160-
	<b>687,277,348-</b>	<b>662,981,366-</b>	<b>662,451,259-</b>	<b>24,295,982-</b>	<b>4-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	375,300-	3,326,658-	248,251-	2,951,358	89
461 Kantone	1,933,886-	57,382,000-	4,201,419-	55,448,114	97
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	63,430,571-	9,510,085-	63,372,934-	53,920,486-	567-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung					
	<b>65,739,757-</b>	<b>70,218,743-</b>	<b>67,822,604-</b>	<b>4,478,987</b>	<b>6</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>756,155,184-</b>	<b>735,993,109-</b>	<b>732,946,798-</b>	<b>20,162,074-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>513,286,481</b>	<b>492,496,544</b>	<b>482,827,859</b>	<b>20,789,937</b>	<b>4</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	28,700,469	34,940,233	35,252,360	6,239,764-	18-
	<b>28,700,469</b>	<b>34,940,233</b>	<b>35,252,360</b>	<b>6,239,764-</b>	<b>18-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>28,700,469</b>	<b>34,940,233</b>	<b>35,252,360</b>	<b>6,239,764-</b>	<b>18-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>28,700,469</b>	<b>34,940,233</b>	<b>35,252,360</b>	<b>6,239,764-</b>	<b>18-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>541,986,949</b>	<b>527,436,777</b>	<b>518,080,219</b>	<b>14,550,173</b>	<b>3</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
503 Hochbauten	2,509,877		2,010,929	2,509,877	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	28,898,590		30,445,697	28,898,590	Neu
509 Übrige Sachgüter		37,000,000		37,000,000-	100-
	31,408,467	37,000,000	32,456,626	5,591,533-	15-
Summe Ausgaben Investitionen	31,408,467	37,000,000	32,456,626	5,591,533-	15-
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>60 Abgang von Sachgütern</b>					
600 Abgang von Grundstücken			19,384,835-		
			19,384,835-		
<b>66 Beiträge für eigene Rech.</b>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	774,795-		165,000-	774,795-	Neu
	774,795-		165,000-	774,795-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	774,795-		19,549,835-	774,795-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	30,633,672	37,000,000	12,906,791	6,366,328-	17-
Saldo Investitionsrechnung	30,633,672	37,000,000	12,906,791	6,366,328-	17-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	77,776,777	79,036,896	73,055,244	1,260,119-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	4,630,282	4,560,978	4,301,413	69,304	2
304 Personalvers.beiträge	13,387,224	13,464,069	12,342,026	76,845-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	1,208,293	1,226,294	1,148,000	18,000-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	41,679	42,581	36,985	903-	2-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	1,134,589	771,000	618,264	363,589	47
309 Übriger Personalaufwand	1,086,892	1,455,722	1,006,019	368,831-	25-
	<b>99,265,736</b>	<b>100,557,541</b>	<b>92,507,951</b>	<b>1,291,806-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	953,375	968,959	872,108	15,584-	2-
311 Abschreibungen GWG	176,204	100,700	127,118	75,504	75
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,205,195	859,500	769,827	345,695	40
313 Verbrauchsmaterialien	1,225,837	1,005,100	1,008,930	220,737	22
314 Baulicher Unterhalt	3,454,431	1,487,250	1,889,326	1,967,181	132
315 Übriger Unterhalt	2,838,665	3,863,850	2,781,227	1,025,185-	27-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	10,302,006	8,771,564	9,198,252	1,530,442	17
317 Spesenentschädigungen	370,060	539,574	341,828	169,514-	31-
318 Dienstleistungen und Honorare	28,214,873	29,374,510	31,196,430	1,159,637-	4-
319 Übriger Sachaufwand	265,318	130,500	452,434	134,818	103
	<b>49,005,963</b>	<b>47,101,507</b>	<b>48,637,480</b>	<b>1,904,456</b>	<b>4</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,435,418	941,600	921,047	493,818	52
	<b>1,435,418</b>	<b>941,600</b>	<b>921,047</b>	<b>493,818</b>	<b>52</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
360 Bund	4,208,018	4,400,000	4,253,113	191,982-	4-
361 Kantone	16,564,654	3,891,000	13,805,528	12,673,654	326
363 Eigene Anstalten	11,970,000	11,970,000	14,060,000		
365 Private Institutionen	119,822,324	134,114,900	115,296,180	14,292,576-	11-
366 Beiträge an private HH	358,158,471	395,446,515	348,064,768	37,288,044-	9-
	<b>510,723,466</b>	<b>549,822,415</b>	<b>495,479,589</b>	<b>39,098,949-</b>	<b>7-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	22,704,173	20,103,500	26,712,308	2,600,673	13
	<b>22,704,173</b>	<b>20,103,500</b>	<b>26,712,308</b>	<b>2,600,673</b>	<b>13</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>683,134,756</b>	<b>718,526,563</b>	<b>664,258,375</b>	<b>35,391,807-</b>	<b>5-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
412 Patente und Abgaben	17,620-	17,000-	20,090-	620-	4-
	<b>17,620-</b>	<b>17,000-</b>	<b>20,090-</b>	<b>620-</b>	<b>4-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>42</b> <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	15,662-	2,000-	17,790-	13,662-	683-
422 Anlagen Finanzvermögen					
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	1,124,453-	1,200,000-	1,085,647-	75,547	6
	<b>1,140,115-</b>	<b>1,202,000-</b>	<b>1,103,437-</b>	<b>61,885</b>	<b>5</b>
<b>43</b> <u>Entgelte</u>					
430 Ersatzabgaben	11,695,893-	12,095,000-	18,703,113-	399,107	3
431 Gebühren für Amtshandlung	2,340,780-	1,920,900-	2,235,586-	419,880-	22-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	7,530,025-	4,769,433-	5,093,788-	2,760,592-	58-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	52,442,633-	53,961,992-	43,116,536-	1,519,358	3
435 Verkaufsertrag	264,128-	56,500-	220,943-	207,628-	367-
436 Rückerstattungen	14,937,475-	13,382,124-	14,177,891-	1,555,351-	12-
437 Bussen	112,040-	50,000-	48,885-	62,040-	124-
439 Übrige Entgelte	1,220,558-	3,000-	3,128,727-	1,217,558-	*999-
	<b>90,543,532-</b>	<b>86,238,949-</b>	<b>86,725,469-</b>	<b>4,304,583-</b>	<b>5-</b>
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	145,576,758-	147,290,020-	148,221,286-	1,713,262	1
461 Kantone	23,113,945-	16,742,447-	17,520,574-	6,371,498-	38-
462 Gemeinden	2,349,535-	6,100,000-	6,364,811-	3,750,465	61
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	2,800,000-	2,800,000-	2,800,000-		
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	75,771-	25,000-	182,360-	50,771-	203-
	<b>173,916,009-</b>	<b>172,957,467-</b>	<b>175,089,032-</b>	<b>958,542-</b>	<b>1-</b>
<b>48</b> <u>Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a. Spez. finanzierungen	9,240,352-	11,231,148-	7,610,879-	1,990,795	18
482 Entnahmen aus Rücklagen	2,562-		4,102-	2,562-	Neu
	<b>9,242,914-</b>	<b>11,231,148-</b>	<b>7,614,981-</b>	<b>1,988,233</b>	<b>18</b>
Summe Ertrag	<b>274,860,190-</b>	<b>271,646,563-</b>	<b>270,553,008-</b>	<b>3,213,627-</b>	<b>1-</b>
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	<b>408,274,566</b>	<b>446,880,000</b>	<b>393,705,367</b>	<b>38,605,434-</b>	<b>9-</b>
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	5,346,103	10,171,108	4,409,298	4,825,005-	47-
	<b>5,346,103</b>	<b>10,171,108</b>	<b>4,409,298</b>	<b>4,825,005-</b>	<b>47-</b>
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	<b>5,346,103</b>	<b>10,171,108</b>	<b>4,409,298</b>	<b>4,825,005-</b>	<b>47-</b>
Summe Abschreibungen	<b>5,346,103</b>	<b>10,171,108</b>	<b>4,409,298</b>	<b>4,825,005-</b>	<b>47-</b>
Saldo Laufende Rechnung	<b>413,620,669</b>	<b>457,051,108</b>	<b>398,114,665</b>	<b>43,430,439-</b>	<b>10-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
501 Tiefbauten	648,402		1,066,446	648,402	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	1,048,824		4,028,296	1,048,824	Neu
	1,697,226		5,094,742	1,697,226	Neu
<b>56 Eigene Beiträge</b>					
566 Beiträge an private Institutionen	2,383,607		1,008,204	2,383,607	Neu
	2,383,607		1,008,204	2,383,607	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	4,080,833		6,102,945	4,080,833	Neu
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>66 Beiträge für eigene Rech.</b>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	3,518,807		5,572,945	3,518,807	Neu
Saldo Investitionsrechnung	3,518,807		5,572,945	3,518,807	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	29,110,034	29,294,605	28,479,282	184,571-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,712,401	1,632,789	1,629,283	79,612	5
304 Personalvers.beiträge	4,901,483	5,074,208	4,759,896	172,725-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	375,021	383,599	376,982	8,577-	2-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	46,452	46,300	42,551	152	0
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	79,847	173,000	25,035	93,153-	54-
309 Übriger Personalaufwand	123,046	182,480	114,040	59,434-	33-
	<b>36,348,284</b>	<b>36,786,980</b>	<b>35,427,070</b>	<b>438,696-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	432,082	449,600	386,500	17,518-	4-
311 Abschreibungen GWG	59,923	59,923	64,173	0	
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	107,692	128,500	111,162	20,808-	16-
313 Verbrauchsmaterialien	42,049	33,500	38,988	8,549	26
314 Baulicher Unterhalt	66,363	108,844	83,440	42,481-	39-
315 Übriger Unterhalt	752,895	926,393	944,057	173,498-	19-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,775,033	2,807,012	2,626,722	31,979-	1-
317 Spesenentschädigungen	21,943	20,000	15,442	1,943	10
318 Dienstleistungen und Honorare	9,146,308	8,896,485	9,282,882	249,823	3
319 Übriger Sachaufwand	4,000	4,600	4,000	600-	13-
	<b>13,408,287</b>	<b>13,434,857</b>	<b>13,557,366</b>	<b>26,570-</b>	<b>0-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
322 Mittel- & lfr Schuld	26	8,000		7,974-	100-
329 übrige Passivzinsen					
	<b>26</b>	<b>8,000</b>		<b>7,974-</b>	<b>100-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	6,518,738	6,258,000	5,222,062	260,738	4
	<b>6,518,738</b>	<b>6,258,000</b>	<b>5,222,062</b>	<b>260,738</b>	<b>4</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>56,275,336</b>	<b>56,487,837</b>	<b>54,206,498</b>	<b>212,502-</b>	<b>0-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	68,326-	774,300-	293,907-	705,974	91
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>68,326-</b>	<b>774,300-</b>	<b>293,907-</b>	<b>705,974</b>	<b>91</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	24,243,604-	26,435,000-	25,090,847-	2,191,397	8
435 Verkaufsertrag	42,636-	5,500-	4,132-	37,136-	675-
436 Rückerstattungen	370,478-	513,423-	240,563-	142,945	28
437 Bussen	5,925,053-	6,185,000-	5,374,816-	259,947	4
439 Übrige Entgelte	791,566-	536,000-	484,746-	255,566-	48-
	<b>31,373,337-</b>	<b>33,674,923-</b>	<b>31,195,105-</b>	<b>2,301,586</b>	<b>7</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>31,441,663-</b>	<b>34,449,223-</b>	<b>31,489,011-</b>	<b>3,007,560</b>	<b>9</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>24,833,673</b>	<b>22,038,614</b>	<b>22,717,486</b>	<b>2,795,059</b>	<b>13</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	639,882	24,847	423,202	615,035	*999
	639,882	24,847	423,202	615,035	*999
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	639,882	24,847	423,202	615,035	*999
Summe Abschreibungen	639,882	24,847	423,202	615,035	*999
Saldo Laufende Rechnung	25,473,555	22,063,461	23,140,689	3,410,094	15
<u>INVESTITIONSRECHNUNG</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Saldo Investitionsrechnung	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	7,959,809	8,064,830	7,552,401	105,021-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	417,672	450,879	549,552	33,207-	7-
304 Personalvers.beiträge	1,168,522	1,214,850	1,825,905	46,328-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	64,385	68,303	61,582	3,918-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	7,987	8,200	8,136	213-	3-
309 Übriger Personalaufwand	59,269	118,160	56,870	58,891-	50-
	<b>9,677,645</b>	<b>9,925,222</b>	<b>10,054,445</b>	<b>247,577-</b>	<b>2-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	158,305	222,900	164,140	64,595-	29-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	4,315	6,500	4,575	2,185-	34-
313 Verbrauchsmaterialien	1,487	1,000	958	487	49
314 Baulicher Unterhalt	118,658	108,500	112,350	10,158	9
315 Übriger Unterhalt	50,586	110,500	177,013	59,914-	54-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	345,581	394,148	325,738	48,567-	12-
317 Spesenentschädigungen	517,427	884,500	581,159	367,073-	42-
318 Dienstleistungen und Honorare	271,014	561,100	361,214	290,086-	52-
319 Übriger Sachaufwand	9,816	13,000	16,442	3,184-	24-
	<b>1,477,189</b>	<b>2,302,148</b>	<b>1,743,588</b>	<b>824,959-</b>	<b>36-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>11,154,834</b>	<b>12,227,370</b>	<b>11,798,033</b>	<b>1,072,535-</b>	<b>9-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	2,220-	2,220-	2,220-		
	<b>2,220-</b>	<b>2,220-</b>	<b>2,220-</b>		
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	95,475-	90,000-	204,437-	5,475-	6-
435 Verkaufsertrag	820-		350-	820-	Neu
436 Rückerstattungen	50,024-	16,600-	34,964-	33,424-	201-
439 Übrige Entgelte	22-		4,463-	22-	Neu
	<b>146,341-</b>	<b>106,600-</b>	<b>244,213-</b>	<b>39,741-</b>	<b>37-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>148,561-</b>	<b>108,820-</b>	<b>246,433-</b>	<b>39,741-</b>	<b>37-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>11,006,273</b>	<b>12,118,550</b>	<b>11,551,600</b>	<b>1,112,277-</b>	<b>9-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>11,006,273</b>	<b>12,118,550</b>	<b>11,551,600</b>	<b>1,112,277-</b>	<b>9-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
309 Übriger Personalaufwand	563,440-	476,000-	834,863-	87,440-	18-
	<b>563,440-</b>	<b>476,000-</b>	<b>834,863-</b>	<b>87,440-</b>	<b>18-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	7,501,515-	6,998,520-	7,431,147-	502,995-	7-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	5,409,388	5,506,111	5,564,934	96,723-	2-
313 Verbrauchsmaterialien	8,489-	14,700-	316,488-	6,212	42
315 Übriger Unterhalt	16,513-	60,500-	26,622-	43,987	73
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	154,720,699-	153,266,232-	156,599,933-	1,454,467-	1-
318 Dienstleistungen und Honorare	30,044,171-	28,880,411-	32,787,767-	1,163,760-	4-
	<b>186,881,998-</b>	<b>183,714,252-</b>	<b>191,597,024-</b>	<b>3,167,746-</b>	<b>2-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	448-	15,000-	734-	14,552	97
322 Mittel- & lfr Schuld	1,925,160-	1,977,510-	2,072,745-	52,350	3
	<b>1,925,607-</b>	<b>1,992,510-</b>	<b>2,073,479-</b>	<b>66,903</b>	<b>3</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	49,543,629-	31,580,588-	43,578,655-	17,963,041-	57-
	<b>49,543,629-</b>	<b>31,580,588-</b>	<b>43,578,655-</b>	<b>17,963,041-</b>	<b>57-</b>
<b>39 Interne Verrechnungen</b>					
390 IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10,130,342	10,006,975	10,070,986	123,367	1
391 IVR Aufwand Kommunikation	7,194,799	7,000,000	7,236,353	194,799	3
392 IVR Aufwand Personalentwicklung	563,440	476,000	834,863	87,440	18
393 IVR Aufwand Güter	8,191,770	7,400,000	8,599,299	791,770	11
394 IVR Aufwand Kapital	1,925,607	1,992,510	2,073,479	66,903-	3-
396 IVR Aufwand Liegenschaften	146,514,258	145,529,828	147,963,099	984,430	1
398 IVR Übriger Aufwand	64,394,459	45,358,037	61,305,942	19,036,422	42
	<b>238,914,674</b>	<b>217,763,350</b>	<b>238,084,021</b>	<b>21,151,324</b>	<b>10</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	448	15,000	734	14,552-	97-
422 Anlagen Finanzvermögen	1,925,160	1,977,510	2,072,745	52,350-	3-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	146,514,258	145,529,828	147,963,099	984,430	1
	<b>148,439,865</b>	<b>147,522,338</b>	<b>150,036,578</b>	<b>917,527</b>	<b>1</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	32,739,410	31,260,424	35,869,489	1,478,986	5
435 Verkaufsertrag	8,191,770	7,400,000	8,599,299	791,770	11
	<b>40,931,180</b>	<b>38,660,424</b>	<b>44,468,788</b>	<b>2,270,756</b>	<b>6</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
461 Kantone	49,543,629	31,580,588	43,578,655	17,963,041	57
	<b>49,543,629</b>	<b>31,580,588</b>	<b>43,578,655</b>	<b>17,963,041</b>	<b>57</b>
<b>49</b> <u>Interne Verrechnungen</u>					
490 IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10,130,342-	10,006,975-	10,070,986-	123,367-	1-
491 IVR Ertrag Kommunikation	7,194,799-	7,000,000-	7,236,353-	194,799-	3-
492 IVR Ertrag Personalentwicklung	563,440-	476,000-	834,863-	87,440-	18-
493 IVR Ertrag Güter	8,191,770-	7,400,000-	8,599,299-	791,770-	11-
494 IVR Ertrag Kapital	1,925,607-	1,992,510-	2,073,479-	66,903	3
496 IVR Ertrag Liegenschaften	146,514,258-	145,529,828-	147,963,099-	984,430-	1-
498 IVR Übriger Ertrag	64,394,459-	45,358,037-	61,305,942-	19,036,422-	42-
	<b>238,914,674-</b>	<b>217,763,350-</b>	<b>238,084,021-</b>	<b>21,151,324-</b>	<b>10-</b>
Summe Ertrag					
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF					
Saldo Laufende Rechnung					

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	183,081	430,301	482,421	247,219-	57-
303 Sozialversicherungsbeiträge	59,661	26,866	41,756	32,795	122
304 Personalvers.beiträge	156,914	73,117	107,580	83,797	115
305 Unfall & Krankenvers.beitr	15,995	9,196	11,290	6,800	74
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,010		1,657	2,010	Neu
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	12,468			12,468	Neu
309 Übriger Personalaufwand	336	260	4,633	76	29
	<b>430,465</b>	<b>539,739</b>	<b>649,338</b>	<b>109,274-</b>	<b>20-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	143,622	141,100	165,133	2,522	2
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,025,451	1,121,011	959,964	95,560-	9-
314 Baulicher Unterhalt	11,877,600	6,254,829	6,710,128	5,622,771	90
315 Übriger Unterhalt	14,683,221	24,888,640	16,509,279	10,205,419-	41-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	163,412	40,732	113,334	122,680	301
317 Spesenentschädigungen	81,184	10,600	50,811	70,584	666
318 Dienstleistungen und Honorare	13,326,646	42,094,450	13,832,740	28,767,804-	68-
319 Übriger Sachaufwand	76,446,027	500	81,574,975	76,445,527	*999
	<b>117,747,162</b>	<b>74,551,862</b>	<b>119,916,364</b>	<b>43,195,300</b>	<b>58</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen		1,000	34,283	1,000-	100-
321 Kurzfr. Schulden	22,527	3,675,100	174,064	3,652,573-	99-
322 Mittel- & lfr Schuld	76,264,809	75,224,860	79,655,917	1,039,949	1
323 Sonderrechnungen	285,512	2,000,000	406,923	1,714,488-	86-
329 übrige Passivzinsen					
	<b>76,572,848</b>	<b>80,900,960</b>	<b>80,271,188</b>	<b>4,328,112-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	103,933,587	50,525,826	60,976,079	53,407,761	106
	<b>103,933,587</b>	<b>50,525,826</b>	<b>60,976,079</b>	<b>53,407,761</b>	<b>106</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	113,161,559	112,891,000	114,653,088	270,559	0
362 Gemeinden	2,517,358	379,000	360,923	2,138,358	564
366 Beiträge an private HH	31,000	50,000	12,500	19,000-	38-
	<b>115,709,917</b>	<b>113,320,000</b>	<b>115,026,511</b>	<b>2,389,917</b>	<b>2</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	40,871	50,000	68,949	9,129-	18-
382 Einlagen in Rücklagen	1,500,000			1,500,000	Neu
	<b>1,540,871</b>	<b>50,000</b>	<b>68,949</b>	<b>1,490,871</b>	<b>*999</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>415,934,850</b>	<b>319,888,387</b>	<b>376,908,427</b>	<b>96,046,464</b>	<b>30</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
400 Einkommens- & Verm.steuer	1,751,358,782-	1,485,600,000-	1,511,037,687-	265,758,782-	18-
401 Gewinn- & Kapitalsteuer	770,809,548-	637,000,000-	700,562,265-	133,809,548-	21-
402 Grundsteuer	12,017,134-	15,100,000-	21,874,410-	3,082,866	20
403 Vermögensgewinnsteuer	31,126,225-	28,000,000-	35,097,747-	3,126,225-	11-
404 Vermögensverkehrssteuer	29,291,467-	35,000,000-	30,335,458-	5,708,533	16
405 Erbschaft/Schenksteuer	53,004,139-	30,000,000-	24,997,932-	23,004,139-	77-
	<b>2,647,607,293-</b>	<b>2,230,700,000-</b>	<b>2,323,905,498-</b>	<b>416,907,293-</b>	<b>19-</b>
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
410 Regalien	2,312,901-	2,307,832-	2,310,079-	5,069-	0-
413 Nationalbankgewinn	41,181,346-	41,516,000-	41,516,163-	334,654	1
418 Period. Abgr. Regalien & Konzess.					
	<b>43,494,247-</b>	<b>43,823,832-</b>	<b>43,826,242-</b>	<b>329,585</b>	<b>1</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	931,267-	773,208-	634,464-	158,059-	20-
422 Anlagen Finanzvermögen	7,435,973-	2,431,725-	2,744,051-	5,004,248-	206-
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	100,760,131-	103,278,899-	103,754,711-	2,518,768	2
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	18,124,052-		43,763,292-	18,124,052-	Neu
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	408,666-	6,414,323-	427,038-	6,005,657	94
426 Beteiligung Verwaltungsvermögen	103,950,466-	111,407,050-	134,781,178-	7,456,584	7
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	2,764,548-	3,417,336-	2,736,348-	652,788	19
429 Übrige Vermögenserträge			79,557-		
	<b>234,375,102-</b>	<b>227,722,541-</b>	<b>288,920,641-</b>	<b>6,652,561-</b>	<b>3-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	2,680-		13,225-	2,680-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	13,324,867-	13,481,300-	13,283,005-	156,433	1
435 Verkaufsertrag	91,482-	40,000-	70,269-	51,482-	129-
436 Rückerstattungen	10,833-	5,200-	13,475-	5,633-	108-
439 Übrige Entgelte	209,536,813-	50,000-	51,064,867-	209,486,813-	*999-
	<b>222,966,675-</b>	<b>13,576,500-</b>	<b>64,444,841-</b>	<b>209,390,175-</b>	<b>*999-</b>
<b>44 Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</b>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen	198,539,125-	194,372,971-	230,559,449-	4,166,154-	2-
445 Gemeindebeiträge	4,631,984-	4,353,000-	4,352,496-	278,984-	6-
	<b>203,171,109-</b>	<b>198,725,971-</b>	<b>234,911,945-</b>	<b>4,445,138-</b>	<b>2-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	67,980-	200,000-	761,785-	132,020	66
	<b>67,980-</b>	<b>200,000-</b>	<b>761,785-</b>	<b>132,020</b>	<b>66</b>
<b>48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen</b>					
480 Entnahmen a.Spez.finanzeierungen	31,000-	50,000-	12,500-	19,000	38
	<b>31,000-</b>	<b>50,000-</b>	<b>12,500-</b>	<b>19,000</b>	<b>38</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>3,351,713,406-</b>	<b>2,714,798,844-</b>	<b>2,956,783,453-</b>	<b>636,914,562-</b>	<b>23-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>2,935,778,556-</b>	<b>2,394,910,457-</b>	<b>2,579,875,026-</b>	<b>540,868,099-</b>	<b>23-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Summe Abschreibungen	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Saldo Laufende Rechnung	2,886,453,238-	2,341,729,457-	2,532,186,839-	544,723,781-	23-
<u>INVESTITIONSRECHNUNG</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
503 Hochbauten	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu
	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>60 Abgang von Sachgütern</u>					
600 Abgang von Grundstücken			7,526,562-		5- Neu
			7,526,562-		5- Neu
Summe Einnahmen Investitionen			7,526,562-		5- Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,935,275		6,515,782-	4,935,275	Neu
<u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
<u>5 Ausgaben Darlehen u. Beteilig.</u>					
<u>52 Darlehen und Beteiligungen</u>					
523 Darl & Beteil eig. Anst.	10,000,000			10,000,000	Neu
525 Darl & Beteil an priv. Instit.	30,000,000			30,000,000	Neu
	40,000,000			40,000,000	Neu
Summe Ausgaben Darlehen u. Beteilig.	40,000,000			40,000,000	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Darlehen u. Beteilig.</u>					
62 <u>Rückzahlung Darl. u. Beteilig.</u>					
624 Gemischtwirtschaftl. Unternehmen	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Einnahmen Darlehen u. Beteilig.	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Darlehen und Beteiligungen	38,871,377		214,169-	38,871,377	Neu
Saldo Investitionsrechnung	43,806,652		6,729,950-	43,806,652	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>201 ZENTRALE DIENSTE U.GENERALSEKR.</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	25,173,082	25,733,568	24,831,210	560,486-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,509,266	1,527,641	1,491,948	18,375-	1-
304 Personalvers.beiträge	3,641,280	3,978,831	3,586,773	337,551-	8-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	394,214	396,071	389,288	1,857-	0-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	30,732	39,300	51,873	8,568-	22-
307 Rentenleistungen	91,216	15,000		76,216	508
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	37,551	90,000	85,447	52,449-	58-
309 Übriger Personalaufwand	248,861	366,080	236,419	117,219-	32-
	<b>31,126,202</b>	<b>32,146,491</b>	<b>30,672,958</b>	<b>1,020,289-</b>	<b>3-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	361,220	433,000	415,655	71,780-	17-
311 Abschreibungen GWG	277,224	267,800	261,030	9,424	4
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	6,487,736	6,513,000	6,388,892	25,265-	0-
313 Verbrauchsmaterialien	10,178,637	9,266,400	10,384,314	912,237	10
314 Baulicher Unterhalt	7,331,924	7,848,600	7,449,658	516,676-	7-
315 Übriger Unterhalt	4,395,546	4,377,300	3,886,294	18,246	0
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	9,259,636	8,968,966	9,422,599	290,670	3
317 Spesenentschädigungen	64,798	108,300	46,316	43,502-	40-
318 Dienstleistungen und Honorare	3,084,250	2,328,056	2,593,006	756,194	32
319 Übriger Sachaufwand	29,205	32,500	119,486	3,295-	10-
	<b>41,470,176</b>	<b>40,143,922</b>	<b>40,967,249</b>	<b>1,326,254</b>	<b>3</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	1,264	4,000	1,407	2,737-	68-
	<b>1,264</b>	<b>4,000</b>	<b>1,407</b>	<b>2,737-</b>	<b>68-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	339,075		45,197-	339,075	Neu
	<b>339,075</b>		<b>45,197-</b>	<b>339,075</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen			10,060		
			<b>10,060</b>		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>72,936,717</b>	<b>72,294,413</b>	<b>71,606,478</b>	<b>642,304</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	269-		296-	269-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	14,460-	10,000-	12,936-	4,460-	45-
429 Übrige Vermögenserträge	1,780-		1,554-	1,780-	Neu
	<b>16,508-</b>	<b>10,000-</b>	<b>14,786-</b>	<b>6,508-</b>	<b>65-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	7,000-	4,000-	7,600-	3,000-	75-
433 Schulgelder					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	10,296,051-	10,696,400-	9,602,189-	400,349	4
435 Verkaufsertrag	12,949,108-	11,360,500-	12,033,626-	1,588,608-	14-
436 Rückerstattungen	716,307-	629,317-	713,049-	86,990-	14-
439 Übrige Entgelte	8,487-		53,235-	8,487-	Neu
	<b>23,976,952-</b>	<b>22,690,217-</b>	<b>22,409,699-</b>	<b>1,286,735-</b>	<b>6-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone	98,905-		124,238-	98,905-	Neu
462 Gemeinden	32,000-	32,000-	32,000-		
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	86,712-		227,941-	86,712-	Neu
	<b>217,617-</b>	<b>32,000-</b>	<b>384,180-</b>	<b>185,617-</b>	<b>580-</b>
Summe Ertrag	24,211,077-	22,732,217-	22,808,665-	1,478,860-	7-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	48,725,640	49,562,196	48,797,813	836,556-	2-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	3,901,892	3,742,000	3,787,864	159,892	4
	3,901,892	3,742,000	3,787,864	159,892	4
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3,901,892	3,742,000	3,787,864	159,892	4
Summe Abschreibungen	3,901,892	3,742,000	3,787,864	159,892	4
Saldo Laufende Rechnung	52,627,532	53,304,196	52,585,677	676,664-	1-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
503 Hochbauten					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	4,166,266		3,493,800	4,166,266	Neu
509 Übrige Sachgüter		4,040,000		4,040,000-	100-
	4,166,266	4,040,000	3,493,800	126,266	3
Summe Ausgaben Investitionen	4,166,266	4,040,000	3,493,800	126,266	3
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,166,266	4,040,000	3,493,800	126,266	3
Saldo Investitionsrechnung	4,166,266	4,040,000	3,493,800	126,266	3

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>220 LEITUNG BILDUNG</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	19,999,576	21,176,942	18,619,648	1,177,366-	6-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,073,474	1,161,851	1,000,883	88,378-	8-
304 Personalvers.beiträge	3,022,723	3,278,620	2,805,731	255,896-	8-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	264,925	268,306	249,591	3,381-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	161,824	178,700	200,852	16,876-	9-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	172,219	90,500	178,540	81,719	90
309 Übriger Personalaufwand	429,366	626,781	469,811	197,416-	32-
	<b>25,124,107</b>	<b>26,781,701</b>	<b>23,525,056</b>	<b>1,657,594-</b>	<b>6-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	1,492,273	1,825,600	2,053,271	333,328-	18-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	13,697	17,000	10,358	3,303-	19-
313 Verbrauchsmaterialien	165,690	383,400	384,699	217,710-	57-
314 Baulicher Unterhalt	129,813	129,000	120,213	813	1
315 Übriger Unterhalt	2,250,410	2,503,500	2,236,605	253,090-	10-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,377,238	2,329,851	2,342,021	47,387	2
317 Spesenentschädigungen	1,540,896	1,636,000	1,459,427	95,104-	6-
318 Dienstleistungen und Honorare	3,735,827	4,345,010	4,118,598	609,183-	14-
319 Übriger Sachaufwand	598,686	673,500	576,344	74,814-	11-
	<b>12,304,530</b>	<b>13,842,861</b>	<b>13,301,536</b>	<b>1,538,331-</b>	<b>11-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	3			3	Neu
	<b>3</b>			<b>3</b>	<b>Neu</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	313		49,719	313	Neu
	<b>313</b>		<b>49,719</b>	<b>313</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	21,189,041	20,218,154	20,624,473	970,887	5
362 Gemeinden	52,416		41,760	52,416	Neu
365 Private Institutionen	11,561,108	11,919,000	11,736,220	357,892-	3-
366 Beiträge an private HH	21,683,526	23,635,400	20,895,184	1,951,874-	8-
	<b>54,486,091</b>	<b>55,772,554</b>	<b>53,297,636</b>	<b>1,286,463-</b>	<b>2-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>91,915,043</b>	<b>96,397,116</b>	<b>90,173,947</b>	<b>4,482,073-</b>	<b>5-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	282-	300-	253-	18	6
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	43,997-	40,000-	42,514-	3,997-	10-
	<b>44,279-</b>	<b>40,300-</b>	<b>42,768-</b>	<b>3,979-</b>	<b>10-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	3,051-		1,050-	3,051-	Neu
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	9,435-	10,000-	9,358-	565	6
433 Schulgelder	198,451-	305,300-	315,618-	106,849	35
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	999,037-	771,000-	1,111,220-	228,037-	30-
435 Verkaufsertrag	10,021-	18,200-	14,000-	8,179	45
436 Rückerstattungen	1,620,817-	1,317,850-	1,462,057-	302,967-	23-
437 Bussen	4,000-			4,000-	Neu
439 Übrige Entgelte	1,105,799-	1,050,000-	1,646,350-	55,799-	5-
	<b>3,950,610-</b>	<b>3,472,350-</b>	<b>4,559,653-</b>	<b>478,260-</b>	<b>14-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	15,217,907-	13,968,855-	13,698,129-	1,249,052-	9-
461 Kantone	14,369,061-	15,845,834-	14,465,529-	1,476,773	9
462 Gemeinden	808,482-	487,500-	801,050-	320,982-	66-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	487,087-	371,000-	444,921-	116,087-	31-
	<b>30,882,538-</b>	<b>30,673,189-</b>	<b>29,409,630-</b>	<b>209,349-</b>	<b>1-</b>
Summe Ertrag	<b>34,877,427-</b>	<b>34,185,839-</b>	<b>34,012,050-</b>	<b>691,588-</b>	<b>2-</b>
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	57,037,617	62,211,277	56,161,897	5,173,661-	8-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	69,934	69,900	99,906	34	0
	69,934	69,900	99,906	34	0
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	69,934	69,900	99,906	34	0
Summe Abschreibungen	69,934	69,900	99,906	34	0
Saldo Laufende Rechnung	57,107,551	62,281,177	56,261,803	5,173,626-	8-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.					
Summe Ausgaben Investitionen					
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)					
Saldo Investitionsrechnung					

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>230 VOLKSSCHULEN</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	169,081,050	167,114,996	166,709,829	1,966,054	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	9,828,019	9,938,277	9,857,589	110,258-	1-
304 Personalvers.beiträge	30,077,870	31,301,020	29,951,324	1,223,150-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	2,518,215	2,545,584	2,558,219	27,369-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	20,411	19,900	11,283	511	3
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	8,562	46,651	96,754	38,089-	82-
309 Übriger Personalaufwand	273,518	364,885	230,791	91,368-	25-
	<b>211,807,644</b>	<b>211,331,313</b>	<b>209,415,789</b>	<b>476,331</b>	<b>0</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	3,978,112	4,026,162	3,984,796	48,050-	1-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial		500	292	500-	100-
313 Verbrauchsmaterialien	305,427	370,906	347,155	65,479-	18-
314 Baulicher Unterhalt	1,249	1,500	4,076	252-	17-
315 Übriger Unterhalt	323,959	381,064	333,739	57,105-	15-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	35,224,349	35,465,222	35,368,441	240,873-	1-
317 Spesensschädigungen	78,266	55,500	73,758	22,766	41
318 Dienstleistungen und Honorare	5,794,395	7,609,724	5,917,380	1,815,329-	24-
319 Übriger Sachaufwand	24,413	12,900	2,214,974	11,513	89
	<b>45,730,170</b>	<b>47,923,478</b>	<b>48,244,611</b>	<b>2,193,308-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	10,758		9,921	10,758	Neu
	<b>10,758</b>		<b>9,921</b>	<b>10,758</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone					
362 Gemeinden	123,172		90,000	123,172	Neu
366 Beiträge an private HH	55,268	46,500	39,256	8,768	19
	<b>178,439</b>	<b>46,500</b>	<b>129,256</b>	<b>131,939</b>	<b>284</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>257,727,011</b>	<b>259,301,291</b>	<b>257,799,578</b>	<b>1,574,280-</b>	<b>1-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	142-			142-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	4,992-	3,500-	4,992-	1,492-	43-
	<b>5,134-</b>	<b>3,500-</b>	<b>4,992-</b>	<b>1,634-</b>	<b>47-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	1,918-		640-	1,918-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	385,378-	350,000-	529,064-	35,378-	10-
435 Verkaufsertrag	20,791-	10,000-	5,498-	10,791-	108-
436 Rückerstattungen	3,628,326-	2,923,000-	3,676,637-	705,326-	24-
439 Übrige Entgelte	45,757-		53,002-	45,757-	Neu
	<b>4,082,170-</b>	<b>3,283,000-</b>	<b>4,264,840-</b>	<b>799,170-</b>	<b>24-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone	11,971,861-	10,688,754-	11,969,571-	1,283,107-	12-
462 Gemeinden	331,365-	608,500-	523,277-	277,135	46
	12,303,226-	11,297,254-	12,492,848-	1,005,972-	9-
Summe Ertrag	16,390,530-	14,583,754-	16,762,681-	1,806,775-	12-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	241,336,482	244,717,537	241,036,897	3,381,055-	1-
Saldo Laufende Rechnung	241,336,482	244,717,537	241,036,897	3,381,055-	1-
<b>240 ALLGEMEINB. WEITERFÜHRENDE SCHULEN</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	55,971,242	54,990,610	54,783,187	980,632	2
303 Sozialversicherungsbeiträge	3,246,496	3,247,824	3,200,629	1,328-	0
304 Personalvers.beiträge	10,168,885	10,629,516	10,054,152	460,631-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	791,402	797,372	790,577	5,971-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	3,930	7,280	4,414	3,350-	46-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	2,739		108,805	2,739	Neu
309 Übriger Personalaufwand	47,027	76,667	106,751	29,640-	39-
	70,231,720	69,749,270	69,048,516	482,451	1
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	1,258,342	1,161,878	1,140,163	96,464	8
313 Verbrauchsmaterialien	4,143	10,730	9,279	6,587-	61-
314 Baulicher Unterhalt	668			668	Neu
315 Übriger Unterhalt	237,757	194,835	200,683	42,922	22
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	8,243,409	8,234,740	8,254,875	8,669	0
317 Spesenentschädigungen	94,585	105,333	111,173	10,748-	10-
318 Dienstleistungen und Honorare	863,678	762,811	733,273	100,867	13
319 Übriger Sachaufwand	4,190	4,745	1,133,468	555-	12-
	10,706,771	10,475,072	11,582,915	231,699	2
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	999		300	999	Neu
	999		300	999	Neu
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
366 Beiträge an private HH	63,930	69,700	58,750	5,770-	8-
	63,930	69,700	58,750	5,770-	8-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	81,003,420	80,294,042	80,690,481	709,379	1

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	2,088-	300-	350-	1,788-	596-
433 Schulgelder	318,920-	240,000-	316,150-	78,920-	33-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	884-	500-	71,071-	384-	77-
435 Verkaufsertrag	347,367-	10,445-	8,463-	336,922-	*999-
436 Rückerstattungen	503,352-	819,300-	561,548-	315,948	39
439 Übrige Entgelte	0		968-	0	Neu
	<b>1,172,610-</b>	<b>1,070,545-</b>	<b>958,550-</b>	<b>102,065-</b>	<b>10-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone	743,110-	563,000-	517,369-	180,110-	32-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	39,009-	121,495-	191,808-	82,486	68
	<b>782,118-</b>	<b>684,495-</b>	<b>709,178-</b>	<b>97,623-</b>	<b>14-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,954,729-</b>	<b>1,755,040-</b>	<b>1,667,727-</b>	<b>199,689-</b>	<b>11-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>79,048,691</b>	<b>78,539,002</b>	<b>79,022,754</b>	<b>509,690</b>	<b>1</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>79,048,691</b>	<b>78,539,002</b>	<b>79,022,754</b>	<b>509,690</b>	<b>1</b>
<b>245 BERUFSBILDENDE SCHULEN</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	70,293,342	71,380,826	72,195,141	1,087,484-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	4,135,179	4,286,957	4,245,367	151,778-	4-
304 Personalvers.beiträge	12,357,839	12,814,495	12,618,751	456,656-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	1,021,415	1,026,579	1,073,195	5,164-	1-
306 Zulage Kleider,Verpfl,Whg	46,033	35,888	39,760	10,145	28
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	1,520,104	1,916,541	2,119,425	396,437-	21-
309 Übriger Personalaufwand	480,524	694,399	488,355	213,875-	31-
	<b>89,854,436</b>	<b>92,155,685</b>	<b>92,779,994</b>	<b>2,301,249-</b>	<b>3-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	2,024,413	2,496,587	2,130,579	472,174-	19-
311 Abschreibungen GWG	134,330	250,000	102,008	115,670-	46-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	40,771	49,000	39,984	8,229-	17-
313 Verbrauchsmaterialien	904,823	737,570	992,900	167,253	23
314 Baulicher Unterhalt	566,602	606,300	657,333	39,698-	7-
315 Übriger Unterhalt	2,260,732	2,284,565	2,486,140	23,833-	1-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	12,471,369	12,557,404	12,507,021	86,035-	1-
317 Spesenentschädigungen	167,732	175,067	182,901	7,335-	4-
318 Dienstleistungen und Honorare	2,476,144	1,997,873	1,982,391	478,271	24
319 Übriger Sachaufwand	27,354	24,405	908,226	2,949	12
	<b>21,074,271</b>	<b>21,178,771</b>	<b>21,989,482</b>	<b>104,500-</b>	<b>0-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	22,334		662	22,334	Neu
	<b>22,334</b>		<b>662</b>	<b>22,334</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	24,704,574	24,264,235	23,967,452	440,339	2
366 Beiträge an private HH	1,205			1,205	Neu
	24,705,779	24,264,235	23,967,452	441,544	2
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	135,656,820	137,598,691	138,737,589	1,941,871-	1-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	45,183-	59,500-	42,746-	14,317	24
	45,183-	59,500-	42,746-	14,317	24
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	1,879-	16,300-	5,886-	14,421	88
433 Schulgelder	3,383,030-	3,167,560-	3,229,082-	215,470-	7-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	2,516,109-	1,388,600-	4,639,574-	1,127,509-	81-
435 Verkaufsertrag	1,010,538-	1,379,355-	1,142,393-	368,817	27
436 Rückerstattungen	839,100-	1,095,293-	908,741-	256,193	23
439 Übrige Entgelte	15,932-		105,278-	15,932-	Neu
	7,766,588-	7,047,108-	10,030,953-	719,481-	10-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	997,472-	50,000-		947,472-	*999-
461 Kantone	24,322,466-	22,281,800-	22,711,632-	2,040,666-	9-
462 Gemeinden	16,050-	96,000-		79,950	83
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	421,064-	375,405-	333,531-	45,659-	12-
	25,757,052-	22,803,205-	23,045,163-	2,953,847-	13-
<b>Summe Ertrag</b>	33,568,823-	29,909,813-	33,118,862-	3,659,010-	12-
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	102,087,997	107,688,878	105,618,727	5,600,881-	5-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	120,056	120,000	171,508	56	0
	120,056	120,000	171,508	56	0
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	120,056	120,000	171,508	56	0
<b>Summe Abschreibungen</b>	120,056	120,000	171,508	56	0
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	102,208,053	107,808,878	105,790,235	5,600,826-	5-



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>265 BERUFSBERATUNG, BERUFS- UND ERW.BILDUNG</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,208,070	3,575,167	3,358,759	367,096-	10-
303 Sozialversicherungsbeiträge	185,542	193,335	188,659	7,793-	4-
304 Personalvers.beiträge	588,448	602,728	593,995	14,280-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	45,265	51,461	49,480	6,197-	12-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	4,369	6,500	5,125	2,131-	33-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte					
309 Übriger Personalaufwand	32,546	45,680	49,641	13,134-	29-
	<b>4,064,240</b>	<b>4,474,871</b>	<b>4,245,659</b>	<b>410,631-</b>	<b>9-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	104,412	113,400	134,381	8,988-	8-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	4,790	14,700	5,512	9,910-	67-
313 Verbrauchsmaterialien		1,700	735	1,700-	100-
314 Baulicher Unterhalt	53,899	53,600	53,166	299	1
315 Übriger Unterhalt	23,291	18,900	46,548	4,391	23
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	296,555	300,900	286,064	4,345-	1-
317 Spesenentschädigungen	12,546	18,100	14,566	5,554-	31-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,319,985	1,307,891	1,046,664	12,094	1
319 Übriger Sachaufwand	66,650	55,000	53,465	11,650	21
	<b>1,882,128</b>	<b>1,884,191</b>	<b>1,641,102</b>	<b>2,063-</b>	<b>0-</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	6,362,525	5,914,000	5,889,703	448,525	8
365 Private Institutionen	9,541,703	6,905,000	6,398,578	2,636,703	38
366 Beiträge an private HH	1,662,881	1,357,800	1,000,861	305,081	22
	<b>17,567,110</b>	<b>14,176,800</b>	<b>13,289,142</b>	<b>3,390,310</b>	<b>24</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>23,513,477</b>	<b>20,535,862</b>	<b>19,175,903</b>	<b>2,977,615</b>	<b>15</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	204,431-	188,000-	214,596-	16,431-	9-
433 Schulgelder		27,000-	39,508-	27,000	100-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	14,111-	6,100-	8,622-	8,011-	131-
435 Verkaufsertrag	17,211-	17,200-	16,440-	11-	0
436 Rückerstattungen	70,051-	50,200-	20,266-	19,851-	40-
439 Übrige Entgelte					
	<b>305,804-</b>	<b>288,500-</b>	<b>299,431-</b>	<b>17,304-</b>	<b>6-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	324,962-	386,800-	387,771-	61,838	16
461 Kantone	142,000-	70,000-	8,500-	72,000-	103-
	<b>466,962-</b>	<b>456,800-</b>	<b>396,271-</b>	<b>10,162-</b>	<b>2-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>772,766-</b>	<b>745,300-</b>	<b>695,702-</b>	<b>27,466-</b>	<b>4-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>22,740,712</b>	<b>19,790,562</b>	<b>18,480,201</b>	<b>2,950,150</b>	<b>15</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>22,740,712</b>	<b>19,790,562</b>	<b>18,480,201</b>	<b>2,950,150</b>	<b>15</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>271 HOCHSCHULEN</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	992,863	951,661	925,645	41,201	4
303 Sozialversicherungsbeiträge	56,991	56,373	57,811	618	1
304 Personalvers.beiträge	181,829	180,294	181,306	1,535	1
305 Unfall & Krankenvers.beitr	13,743	13,904	14,240	161-	1-
309 Übriger Personalaufwand	1,174	10,680	5,168	9,506-	89-
	<b>1,246,600</b>	<b>1,212,912</b>	<b>1,184,170</b>	<b>33,687</b>	<b>3</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	12,624	23,300	17,145	10,676-	46-
315 Übriger Unterhalt	55,906	109,500	56,337	53,594-	49-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	79,017	78,048	79,089	969	1
317 Spesenentschädigungen	6,196	9,200	6,922	3,004-	33-
318 Dienstleistungen und Honorare	37,521	176,259	54,739	138,738-	79-
319 Übriger Sachaufwand	253,287	381,000	432,070	127,713-	34-
	<b>444,551</b>	<b>777,307</b>	<b>646,302</b>	<b>332,756-</b>	<b>43-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	37			37	Neu
	<b>37</b>			<b>37</b>	<b>Neu</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	3		542	3	Neu
	<b>3</b>		<b>542</b>	<b>3</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	10,949,227	10,250,000	10,670,195	699,227	7
363 Eigene Anstalten	177,660,850	177,418,500	168,367,933	242,350	0
365 Private Institutionen	849,630	868,000	791,574	18,370-	2-
366 Beiträge an private HH	11,695,304	12,500,000	11,568,464	804,696-	6-
	<b>201,155,011</b>	<b>201,036,500</b>	<b>191,398,165</b>	<b>118,511</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>202,846,202</b>	<b>203,026,719</b>	<b>193,229,179</b>	<b>180,518-</b>	<b>0</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	322-		294-	322-	Neu
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	20,283-	35,000-	21,871-	14,717	42
	<b>20,605-</b>	<b>35,000-</b>	<b>22,165-</b>	<b>14,395</b>	<b>41</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung		200-		200	100-
435 Verkaufsertrag	40-		10-	40-	Neu
436 Rückerstattungen	37,445-	79,900-	34,077-	42,455	53
439 Übrige Entgelte	271,000-		3,160-	271,000-	Neu
	<b>308,485-</b>	<b>80,100-</b>	<b>37,247-</b>	<b>228,385-</b>	<b>285-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	606,000-	600,000-	610,000-	6,000-	1-
461 Kantone					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung					
	606,000-	600,000-	610,000-	6,000-	1-
Summe Ertrag	935,090-	715,100-	669,412-	219,990-	31-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	201,911,112	202,311,619	192,559,767	400,508-	0-
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	47,997	48,000	2,485,007	3-	0
	47,997	48,000	2,485,007	3-	0
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	47,997	48,000	2,485,007	3-	0
Summe Abschreibungen	47,997	48,000	2,485,007	3-	0
Saldo Laufende Rechnung	201,959,109	202,359,619	195,044,774	400,511-	0-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>56</b> <u>Eigene Beiträge</u>					
566 Beiträge an private Institutionen			2,416,440		
			2,416,440		
Summe Ausgaben Investitionen			2,416,440		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)			2,416,440		
Saldo Investitionsrechnung			2,416,440		

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>290 JUGEND, FAMILIE UND SPORT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	23,588,198	23,704,099	23,246,146	115,901-	0-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,399,314	1,419,306	1,380,902	19,992-	1-
304 Personalvers.beiträge	4,086,840	4,328,049	4,038,473	241,210-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	362,073	379,418	364,218	17,345-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	16,168	26,800	10,604	10,632-	40-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	300,479	297,000	266,981	3,479	1
309 Übriger Personalaufwand	326,997	333,370	240,270	6,373-	2-
	<b>30,080,069</b>	<b>30,488,042</b>	<b>29,547,593</b>	<b>407,973-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	639,810	678,400	563,439	38,590-	6-
311 Abschreibungen GWG	33,548	30,200	30,058	3,348	11
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	305,592	288,500	313,949	17,092	6
313 Verbrauchsmaterialien	455,291	438,150	438,405	17,141	4
314 Baulicher Unterhalt	457,480	366,000	458,549	91,480	25
315 Übriger Unterhalt	764,441	662,215	768,510	102,226	15
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,822,187	2,814,240	2,698,719	7,947	0
317 Spesenentschädigungen	273,347	242,000	198,715	31,347	13
318 Dienstleistungen und Honorare	2,777,726	2,832,204	2,568,633	54,478-	2-
319 Übriger Sachaufwand	355,888	25,000	187,566	330,888	*999
	<b>8,885,312</b>	<b>8,376,909</b>	<b>8,226,543</b>	<b>508,403</b>	<b>6</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	6,183	4,000	9,093-	2,183	55
	<b>6,183</b>	<b>4,000</b>	<b>9,093-</b>	<b>2,183</b>	<b>55</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	11,814,453	13,300,000	12,260,033	1,485,547-	11-
365 Private Institutionen	45,264,319	49,287,723	44,884,485	4,023,404-	8-
366 Beiträge an private HH	35,749,401	30,495,000	30,711,528	5,254,401	17
	<b>92,828,173</b>	<b>93,082,723</b>	<b>87,856,046</b>	<b>254,550-</b>	<b>0-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
382 Einlagen in Rücklagen	1,885,870		1,734,433	1,885,870	Neu
	<b>1,885,870</b>		<b>1,734,433</b>	<b>1,885,870</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>133,685,606</b>	<b>131,951,674</b>	<b>127,355,522</b>	<b>1,733,932</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	61-	30-	76-	31-	102-
	<b>61-</b>	<b>30-</b>	<b>76-</b>	<b>31-</b>	<b>102-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	43,369-	30,000-	36,025-	13,369-	45-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	83,144-		42,857-	83,144-	Neu
433 Schulgelder	349,881-	300,000-	334,674-	49,881-	17-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	235,287-	171,500-	239,647-	63,787-	37-
435 Verkaufsertrag	200,061-	109,200-	120,931-	90,861-	83-
436 Rückerstattungen	5,338,787-	5,396,818-	4,887,119-	58,031	1
439 Übrige Entgelte	1,766,113-	100,000-	4,208,385-	1,666,113-	*999-
	<b>8,016,641-</b>	<b>6,107,518-</b>	<b>9,869,638-</b>	<b>1,909,123-</b>	<b>31-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	2,622,854-	2,123,000-	2,433,373-	499,854-	24-
461 Kantone	24,030,059-	21,408,647-	23,770,516-	2,621,412-	12-
462 Gemeinden	2,374,509-	1,265,480-	1,845,783-	1,109,030-	88-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	43,000-		10,500-	43,000-	Neu
	<b>29,070,422-</b>	<b>24,797,127-</b>	<b>28,060,171-</b>	<b>4,273,296-</b>	<b>17-</b>
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
482 Entnahmen aus Rücklagen	182,186-			182,186-	Neu
	<b>182,186-</b>			<b>182,186-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>37,269,310-</b>	<b>30,904,675-</b>	<b>37,929,885-</b>	<b>6,364,635-</b>	<b>21-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>96,416,296</b>	<b>101,047,000</b>	<b>89,425,637</b>	<b>4,630,703-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	567,550	750,000	768,000	182,450-	24-
	<b>567,550</b>	<b>750,000</b>	<b>768,000</b>	<b>182,450-</b>	<b>24-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>567,550</b>	<b>750,000</b>	<b>768,000</b>	<b>182,450-</b>	<b>24-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>567,550</b>	<b>750,000</b>	<b>768,000</b>	<b>182,450-</b>	<b>24-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>96,983,846</b>	<b>101,797,000</b>	<b>90,193,637</b>	<b>4,813,153-</b>	<b>5-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>56 Eigene Beiträge</b>					
566 Beiträge an private Institutionen	567,550		768,000	567,550	Neu
	<b>567,550</b>		<b>768,000</b>	<b>567,550</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ausgaben Investitionen</b>	<b>567,550</b>		<b>768,000</b>	<b>567,550</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>567,550</b>		<b>768,000</b>	<b>567,550</b>	<b>Neu</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>567,550</b>		<b>768,000</b>	<b>567,550</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>320 GENERALSEKRETARIAT PD</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,380,489	2,305,853	2,210,763	74,636	3
303 Sozialversicherungsbeiträge	141,585	134,949	135,904	6,637	5
304 Personalvers.beiträge	442,267	428,006	534,529	14,261	3
305 Unfall & Krankenvers.beitr	34,481	33,888	33,614	593	2
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	4,249	3,500	138	749	21
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		10,000		10,000-	100-
309 Übriger Personalaufwand	33,833	41,000	80,564	7,167-	17-
	<b>3,036,903</b>	<b>2,957,196</b>	<b>2,995,512</b>	<b>79,708</b>	<b>3</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	40,771	61,000	44,903	20,229-	33-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial			2,448		
313 Verbrauchsmaterialien	4,431	10,000	5,058	5,569-	56-
314 Baulicher Unterhalt	110,395		104,176	110,395	Neu
315 Übriger Unterhalt	718,591	1,113,892	732,148	395,301-	35-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	173,360	173,284	166,185	76	0
317 Spesenentschädigungen	103,864	55,317	45,826	48,547	88
318 Dienstleistungen und Honorare	334,174	341,864	354,250	7,690-	2-
319 Übriger Sachaufwand	13,883	16,000	13,788	2,117-	13-
	<b>1,499,470</b>	<b>1,771,357</b>	<b>1,468,781</b>	<b>271,888-</b>	<b>15-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen					
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4,536,373</b>	<b>4,728,553</b>	<b>4,464,293</b>	<b>192,180-</b>	<b>4-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	5,594-		14,763-	5,594-	Neu
436 Rückerstattungen	17,744-	5,000-	18,669-	12,744-	255-
439 Übrige Entgelte	28,068-		30,179-	28,068-	Neu
	<b>51,406-</b>	<b>5,000-</b>	<b>63,611-</b>	<b>46,406-</b>	<b>928-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>51,406-</b>	<b>5,000-</b>	<b>63,611-</b>	<b>46,406-</b>	<b>928-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>4,484,967</b>	<b>4,723,553</b>	<b>4,400,682</b>	<b>238,586-</b>	<b>5-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>4,484,967</b>	<b>4,723,553</b>	<b>4,400,682</b>	<b>238,586-</b>	<b>5-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
509 Übrige Sachgüter		4,600,000		4,600,000-	100-
		4,600,000		4,600,000-	100-
Summe Ausgaben Investitionen		4,600,000		4,600,000-	100-
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)		4,600,000		4,600,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung		4,600,000		4,600,000-	100-
<u>321 GLEICHSTELLUNG UND INTEGRATION</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,151,171	1,244,357	1,202,128	93,186-	7-
303 Sozialversicherungsbeiträge	71,206	72,836	73,925	1,629-	2-
304 Personalvers.beiträge	226,083	228,732	216,674	2,650-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	18,712	19,403	19,072	691-	4-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	836	1,700	2,422	864-	51-
309 Übriger Personalaufwand	25,388	28,640	45,779	3,252-	11-
	1,493,396	1,595,668	1,560,000	102,272-	6-
<u>31 Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	70,030	44,800	57,164	25,230	56
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	4,062	3,000	2,084	1,062	35
313 Verbrauchsmaterialien	2,066	4,000	4,097	1,934-	48-
314 Baulicher Unterhalt	12,383	30,000	4,241	17,617-	59-
315 Übriger Unterhalt	7,764	7,200	23,869	564	8
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	89,240	75,664	96,578	13,576	18
317 Spesenentschädigungen	40,617	58,600	34,159	17,983-	31-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,676,682	1,392,393	1,934,416	284,289	20
319 Übriger Sachaufwand	4,038	3,000	2,478	1,038	35
	1,906,882	1,618,657	2,159,085	288,224	18
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen			11		
			11		
<u>36 Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	680,000	680,000	680,000		
	680,000	680,000	680,000		
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	4,080,278	3,894,325	4,399,096	185,952	5

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.		1,500-		1,500	100-
435 Verkaufsertrag	28-	2,000-	517-	1,972	99
436 Rückerstattungen	62,743-	36,000-	57,719-	26,743-	74-
439 Übrige Entgelte			1,069		
	<b>62,771-</b>	<b>39,500-</b>	<b>57,167-</b>	<b>23,271-</b>	<b>59-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	275,304-	441,207-	247,398-	165,903	38
461 Kantone	363,702-	15,000-	469,876-	348,702-	*999-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	1,217-			1,217-	Neu
	<b>640,223-</b>	<b>456,207-</b>	<b>717,274-</b>	<b>184,016-</b>	<b>40-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>702,993-</b>	<b>495,707-</b>	<b>774,441-</b>	<b>207,286-</b>	<b>42-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>3,377,285</b>	<b>3,398,618</b>	<b>3,624,655</b>	<b>21,334-</b>	<b>1-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>3,377,285</b>	<b>3,398,618</b>	<b>3,624,655</b>	<b>21,334-</b>	<b>1-</b>
<b>330 STAATSKANZLEI</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,073,195	3,228,135	3,174,721	154,940-	5-
303 Sozialversicherungsbeiträge	185,029	192,450	185,589	7,421-	4-
304 Personalvers.beiträge	527,240	582,502	528,409	55,262-	9-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	46,565	50,712	47,689	4,147-	8-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	3,026	3,700	3,299	674-	18-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	37,582		48,022	37,582	Neu
309 Übriger Personalaufwand	13,714	46,760	14,789	33,046-	71-
	<b>3,886,351</b>	<b>4,104,259</b>	<b>4,002,516</b>	<b>217,908-</b>	<b>5-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	513,607	377,100	685,794	136,507	36
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	93,519	65,100	50,692	28,419	44
313 Verbrauchsmaterialien	22,601	966,100	13,502	943,499-	98-
314 Baulicher Unterhalt	18,316	45,100	15,757	26,784-	59-
315 Übriger Unterhalt	76,802	123,300	77,314	46,498-	38-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	426,983	365,320	419,995	61,663	17
317 Spesenentschädigungen	253,291	261,640	243,918	8,349-	3-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,514,998	1,643,562	1,432,003	128,564-	8-
319 Übriger Sachaufwand	8,557	14,400	10,900	5,843-	41-
	<b>2,928,673</b>	<b>3,861,622</b>	<b>2,949,875</b>	<b>932,949-</b>	<b>24-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	4,775	5,400	2,400	625-	12-
	<b>4,775</b>	<b>5,400</b>	<b>2,400</b>	<b>625-</b>	<b>12-</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
366 Beiträge an private HH	1,260	3,000	1,120	1,740-	58-
	1,260	3,000	1,120	1,740-	58-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	6,821,058	7,974,281	6,955,911	1,153,222-	14-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	2,362-	5,200-	0-	2,838	55
	2,362-	5,200-	0-	2,838	55
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	327,913-	337,000-	320,734-	9,087	3
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	271,059-	242,727-	252,890-	28,332-	12-
435 Verkaufsertrag	41,132-	1,083,000-	87,556-	1,041,868	96
436 Rückerstattungen	116,330-	104,495-	63,203-	11,835-	11-
437 Bussen	10,605-	10,000-	15,580-	605-	6-
439 Übrige Entgelte	3,437-		147-	3,437	Neu
	770,475-	1,777,222-	740,110-	1,006,747	57
Summe Ertrag	772,837-	1,782,422-	740,110-	1,009,585	57
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	6,048,221	6,191,859	6,215,800	143,637-	2-
Saldo Laufende Rechnung	6,048,221	6,191,859	6,215,800	143,637-	2-
<b>340 AUSSENBEZ. UND STANDORT-MARKETING</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,337,894	1,380,769	1,276,305	42,875-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	81,437	82,421	74,024	984-	1-
304 Personalvers.beiträge	238,352	244,910	233,308	6,558-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	21,250	21,581	19,153	331-	2-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	4,288	3,000	3,348	1,288	43
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte					
309 Übriger Personalaufwand	12,462	18,853	17,215	6,391-	34-
	1,695,683	1,751,535	1,623,353	55,851-	3-
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	49,163	46,500	42,453	2,663	6
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	79,192	502,800	568,019	423,608-	84-
313 Verbrauchsmaterialien	1,332	2,000	4,913	668-	33-
314 Baulicher Unterhalt	14,935	16,000	10,529	1,065-	7-
315 Übriger Unterhalt	6,560	13,000	15,110	6,440-	50-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	284,547	297,008	321,207	12,461-	4-
317 Spesenentschädigungen	15,143	25,000	22,570	9,857-	39-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
318 Dienstleistungen und Honorare	3,657,048	2,866,207	2,277,418	790,842	28
319 Übriger Sachaufwand	11,188	2,000	19,455	9,188	459
	4,119,109	3,770,515	3,281,676	348,594	9
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	4,891			4,891	Neu
	4,891			4,891	Neu
<u>36 Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	1,017,344	1,206,000	1,016,602	188,656-	16-
366 Beiträge an private HH	1,650,000	1,650,000	1,649,000		
	2,667,344	2,856,000	2,665,602	188,656-	7-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	8,487,028	8,378,049	7,570,631	108,978	1
<u>4 Ertrag</u>					
<u>41 Regalien &amp; Konzessionen</u>					
412 Patente und Abgaben	3,080-	10,000-	3,560-	6,920	69
	3,080-	10,000-	3,560-	6,920	69
<u>42 Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel			1-		
			1-		
<u>43 Entgelte</u>					
431 Gebühren für Amtshandlung	1,400-	500-	450-	900-	180-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,483,202-	3,315,000-	3,115,306-	168,202-	5-
435 Verkaufsertrag	91,088-	3,000-	100,942-	88,088-	*999-
436 Rückerstattungen	40,452-	5,000-	27,553-	35,452-	709-
439 Übrige Entgelte	2,073-		2,073-	2,073-	Neu
	3,618,215-	3,323,500-	3,244,251-	294,715-	9-
Summe Ertrag	3,621,295-	3,333,500-	3,247,812-	287,795-	9-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	4,865,732	5,044,549	4,322,819	178,817-	4-
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	28,253	28,253	40,362	0	
	28,253	28,253	40,362	0	
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	28,253	28,253	40,362	0	
Summe Abschreibungen	28,253	28,253	40,362	0	
Saldo Laufende Rechnung	4,893,985	5,072,802	4,363,180	178,817-	4-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>350 KANTONS- UND STADTENTWICKLUNG</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,427,325	1,689,783	1,166,164	262,459-	16-
303 Sozialversicherungsbeiträge	81,893	94,629	65,366	12,736-	13-
304 Personalvers.beiträge	268,426	309,001	216,166	40,576-	13-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	20,524	24,228	16,461	3,704-	15-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,717		300	2,717	Neu
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		10,000		10,000-	100-
309 Übriger Personalaufwand	1,436	600	9,842	836	139
	<b>1,802,320</b>	<b>2,128,241</b>	<b>1,474,300</b>	<b>325,921-</b>	<b>15-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	138,938	64,000	311,068	74,938	117
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	2,486		1,862	2,486	Neu
313 Verbrauchsmaterialien	7,361	7,557	7,172	196-	3-
314 Baulicher Unterhalt	13,380	15,000	8,354	1,620-	11-
315 Übriger Unterhalt	9,476	9,000	19,713	476	5
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	83,714	67,488	55,202	16,226	24
317 Spesenentschädigungen	18,940	2,000	11,527	16,940	847
318 Dienstleistungen und Honorare	844,573	595,107	338,226	249,466	42
319 Übriger Sachaufwand	750	2,000	1,710	1,250-	63-
	<b>1,119,618</b>	<b>762,152</b>	<b>754,835</b>	<b>357,466</b>	<b>47</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	215			215	Neu
	<b>215</b>			<b>215</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	1,080,000	1,080,000	1,080,000		
366 Beiträge an private HH	49,992	50,000	27,900	8-	0
	<b>1,129,992</b>	<b>1,130,000</b>	<b>1,107,900</b>	<b>8-</b>	
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4,052,145</b>	<b>4,020,393</b>	<b>3,337,034</b>	<b>31,752</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
435 Verkaufsertrag	3,000-			3,000-	Neu
436 Rückerstattungen	30,749-	4,500-	343-	26,249-	583-
439 Übrige Entgelte	4,093-			4,093-	Neu
	<b>37,843-</b>	<b>4,500-</b>	<b>343-</b>	<b>33,343-</b>	<b>741-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>37,843-</b>	<b>4,500-</b>	<b>343-</b>	<b>33,343-</b>	<b>741-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>4,014,302</b>	<b>4,015,893</b>	<b>3,336,691</b>	<b>1,591-</b>	<b>0</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	407,478	620,794	283,641	213,316-	34-
	407,478	620,794	283,641	213,316-	34-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	407,478	620,794	283,641	213,316-	34-
Summe Abschreibungen	407,478	620,794	283,641	213,316-	34-
Saldo Laufende Rechnung	4,421,781	4,636,687	3,620,332	214,906-	5-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
Saldo Investitionsrechnung	1,213,743		825,618	1,213,743	Neu
<u>360 STATISTISCHES AMT</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,279,612	1,956,335	1,948,623	323,277	17
303 Sozialversicherungsbeiträge	134,286	116,489	120,049	17,797	15
304 Personalvers.beiträge	416,989	356,446	364,099	60,543	17
305 Unfall & Krankenvers.beitr	34,905	30,482	31,917	4,423	15
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte			1,024		
309 Übriger Personalaufwand	11,597	17,880	7,773	6,283-	35-
	2,877,388	2,477,632	2,473,486	399,756	16
<u>31 Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	89,647	95,000	68,995	5,354-	6-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	7,919	8,000	8,355	81-	1-
313 Verbrauchsmaterialien	1,159		645	1,159	Neu
314 Baulicher Unterhalt	13,863	15,000	13,874	1,137-	8-
315 Übriger Unterhalt	54,435	123,500	132,867	69,065-	56-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	147,047	132,208	154,247	14,839	11
317 Spesenentschädigungen	7,193	9,000	8,400	1,807-	20-
318 Dienstleistungen und Honorare	503,978	516,780	514,138	12,802-	2-
319 Übriger Sachaufwand	9,805	2,300	1,200	7,505	326
	835,045	901,788	902,721	66,743-	7-
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	12		326	12	Neu
	12		326	12	Neu
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	42,000	42,000	40,000		
	42,000	42,000	40,000		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,754,445</b>	<b>3,421,420</b>	<b>3,416,533</b>	<b>333,025</b>	<b>10</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			0-		
			0-		
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	793,608-	297,000-	420,406-	496,608-	167-
435 Verkaufsertrag	3,478-	8,000-	24,085-	4,522	57
436 Rückerstattungen	27,103-	10,326-	37,143-	16,777-	162-
439 Übrige Entgelte					
	824,189-	315,326-	481,635-	508,863-	161-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	16,000-	15,000-	8,000-	1,000-	7-
461 Kantone		1,000-		1,000	100-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung					
	16,000-	16,000-	8,000-		
<b>Summe Ertrag</b>	<b>840,189-</b>	<b>331,326-</b>	<b>489,635-</b>	<b>508,863-</b>	<b>154-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>2,914,257</b>	<b>3,090,094</b>	<b>2,926,898</b>	<b>175,837-</b>	<b>6-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>2,914,257</b>	<b>3,090,094</b>	<b>2,926,898</b>	<b>175,837-</b>	<b>6-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>370 KULTUR</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,688,732	1,288,066	1,301,115	400,666	31
303 Sozialversicherungsbeiträge	97,219	76,518	78,938	20,701	27
304 Personalvers.beiträge	252,267	246,068	236,981	6,199	3
305 Unfall & Krankenvers.beitr	19,498	19,298	19,400	200	1
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	15,756	6,000	0-	9,756	163
309 Übriger Personalaufwand	19,927	20,640	7,979	713-	3-
	<b>2,093,399</b>	<b>1,656,590</b>	<b>1,644,411</b>	<b>436,809</b>	<b>26</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	369,211	389,000	356,424	19,790-	5-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	3,215	1,000	1,862	2,215	221
313 Verbrauchsmaterialien	1,026	1,000	9,861	26	3
314 Baulicher Unterhalt	12,728	3,000	10,952	9,728	324
315 Übriger Unterhalt	12,567	27,000	16,600	14,433-	53-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	115,812	109,524	111,855	6,288	6
317 Spesenentschädigungen	69,472	75,000	85,719	5,528-	7-
318 Dienstleistungen und Honorare	965,871	964,870	999,720	1,001	0
319 Übriger Sachaufwand	32,736	31,500	28,567	1,236	4
	<b>1,582,636</b>	<b>1,601,894</b>	<b>1,621,561</b>	<b>19,258-</b>	<b>1-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	6			6	Neu
	<b>6</b>			<b>6</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	61,178,453	61,861,750	61,161,992	683,297-	1-
	<b>61,178,453</b>	<b>61,861,750</b>	<b>61,161,992</b>	<b>683,297-</b>	<b>1-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>64,854,495</b>	<b>65,120,234</b>	<b>64,427,964</b>	<b>265,740-</b>	<b>0-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	21-	60-	25-	39	64
	<b>21-</b>	<b>60-</b>	<b>25-</b>	<b>39</b>	<b>64</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,747-	67,000-	44,758-	63,253	94
435 Verkaufsertrag	9,322-		166-	9,322-	Neu
436 Rückerstattungen	261,811-	61,697-	58,702-	200,114-	324-
439 Übrige Entgelte	14,162-			14,162-	Neu
	<b>289,041-</b>	<b>128,697-</b>	<b>103,626-</b>	<b>160,344-</b>	<b>125-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone	70,000-	70,000-	70,000-		

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
462 Gemeinden		100,000-		100,000	100-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	306,054-	250,000-	290,537-	56,054-	22-
	376,054-	420,000-	360,537-	43,946	10
Summe Ertrag	665,116-	548,757-	464,188-	116,359-	21-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	64,189,378	64,571,477	63,963,776	382,099-	1-
Saldo Laufende Rechnung	64,189,378	64,571,477	63,963,776	382,099-	1-
<b>371 KUNSTMUSEUM BASEL</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	8,607,731	7,847,272	7,666,023	760,459	10
303 Sozialversicherungsbeiträge	511,162	456,029	577,604	55,134	12
304 Personalvers.beiträge	1,440,730	1,352,787	1,486,012	87,943	7
305 Unfall & Krankenvers.beitr	130,308	119,935	146,259	10,373	9
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,669	21,600	29,949	18,931-	88-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	320,110	15,000	502,619	305,110	*999
309 Übriger Personalaufwand	59,519	24,800	28,778	34,719	140
	11,072,229	9,837,423	10,437,244	1,234,806	13
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	1,412,449	1,397,000	487,995	15,449	1
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	412,127	440,000	456,390	27,873-	6-
313 Verbrauchsmaterialien	1,117,051	1,026,550	792,093	90,501	9
314 Baulicher Unterhalt	197,625	195,000	228,018	2,625	1
315 Übriger Unterhalt	686,328	500,350	544,449	185,978	37
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,561,234	2,559,592	2,564,352	1,642	0
317 Spesenentschädigungen	33,441	53,000	44,854	19,559-	37-
318 Dienstleistungen und Honorare	3,650,938	2,950,500	2,491,072	700,438	24
319 Übriger Sachaufwand	62,295	9,000	9,606	53,295	592
	10,133,488	9,130,992	7,618,827	1,002,496	11
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	31,004		1,124	31,004	Neu
	31,004		1,124	31,004	Neu
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	21,236,720	18,968,415	18,057,195	2,268,306	12
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	580-		317-	580-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	116,667-	140,000-	28,068-	23,333	17
429 Übrige Vermögenserträge	3,891-	5,602-	8,845-	1,711	31
	121,137-	145,602-	37,231-	24,465	17

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,410,588-	2,585,000-	2,788,324-	825,588-	32-
435 Verkaufsertrag	1,608,832-	1,615,000-	1,335,932-	6,168	0
436 Rückerstattungen	178,334-	193,000-	620,489-	14,666	8
439 Übrige Entgelte	245,727-		1,710-	245,727-	Neu
	5,443,480-	4,393,000-	4,746,455-	1,050,480-	24-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	806,012-	750,000-	632,239-	56,012-	7-
	806,012-	750,000-	632,239-	56,012-	7-
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
482 Entnahmen aus Rücklagen	1,260,600-	115,000-		1,145,600-	996-
	1,260,600-	115,000-		1,145,600-	996-
Summe Ertrag	7,631,230-	5,403,602-	5,415,925-	2,227,628-	41-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	13,605,491	13,564,813	12,641,270	40,678	0
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
Summe Abschreibungen	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
Saldo Laufende Rechnung	14,714,253	13,564,813	13,724,314	1,149,441	8
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	1,623,416		1,342,103	1,623,416	Neu
	1,623,416		1,342,103	1,623,416	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	1,623,416		1,342,103	1,623,416	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	514,654-		259,059-	514,654-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
Saldo Investitionsrechnung	1,108,763		1,083,044	1,108,763	Neu
<b>372 ANTIKENMUSEUM BASEL</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,893,641	2,987,240	2,911,416	93,599-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	173,494	175,050	173,564	1,556-	1-
304 Personalvers.beiträge	505,200	525,887	503,689	20,687-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	43,994	45,596	44,627	1,601-	4-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	7,184		8,675	7,184	Neu
309 Übriger Personalaufwand	8,694	5,840	3,370	2,854	49
	3,632,207	3,739,612	3,645,341	107,405-	3-
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	97,354	50,300	56,160	47,054	94
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	110,845	100,000	140,898	10,845	11
313 Verbrauchsmaterialien	41,239	38,000	27,179	3,239	9
314 Baulicher Unterhalt	126,433	126,000	121,967	433	0
315 Übriger Unterhalt	350,614	96,800	108,613	253,814	262
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,145,179	1,141,628	1,229,424	3,551	0
317 Spesenentschädigungen	29,667	13,500	19,043	16,167	120
318 Dienstleistungen und Honorare	1,427,493	171,300	336,270	1,256,193	733
319 Übriger Sachaufwand	1,520	1,500	65,685	20	1
	3,330,343	1,739,028	2,105,238	1,591,315	92
33 <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	3,066-		769	3,066-	Neu
	3,066-		769	3,066-	Neu
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	6,959,484	5,478,640	5,751,349	1,480,844	27
4 <u>Ertrag</u>					
42 <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	1,314-	511-	892-	803-	157-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	5,700-	20,000-	12,780-	14,300	72

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
429 Übrige Vermögenserträge	248-	1,000-	547-	752	75
	7,262-	21,511-	14,219-	14,250	66
<b>43 Entgelte</b>					
433 Schulgelder	2,520-	4,000-	2,280-	1,480	37
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	159,031-	90,500-	218,338-	68,531-	76-
435 Verkaufsertrag	132,022-	54,500-	177,965-	77,522-	142-
436 Rückerstattungen	222,939-	17,000-	38,897-	205,939-	*999-
439 Übrige Entgelte	85,521-			85,521-	Neu
	602,033-	166,000-	437,479-	436,033-	263-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	1,067,002-		59,000-	1,067,002-	Neu
	1,067,002-		59,000-	1,067,002-	Neu
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,676,297-</b>	<b>187,511-</b>	<b>510,699-</b>	<b>1,488,786-</b>	<b>794-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,283,188</b>	<b>5,291,129</b>	<b>5,240,650</b>	<b>7,942-</b>	<b>0-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>5,283,188</b>	<b>5,291,129</b>	<b>5,240,650</b>	<b>7,942-</b>	<b>0-</b>
<b>373 HISTORISCHES MUSEUM BASEL</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	5,361,810	5,211,382	5,304,276	150,429	3
303 Sozialversicherungsbeiträge	320,533	308,695	314,849	11,838	4
304 Personalvers.beiträge	867,742	879,247	847,837	11,505-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	82,293	81,616	82,038	678	1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	292	800	703	508-	63-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte			4,260		
309 Übriger Personalaufwand	36,291	43,040	37,902	6,749-	16-
	6,668,962	6,524,780	6,591,866	144,182	2
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	142,679	195,000	184,834	52,321-	27-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	222,620	277,000	231,656	54,380-	20-
313 Verbrauchsmaterialien	106,694	101,000	107,867	5,694	6
314 Baulicher Unterhalt	140,412	155,000	145,098	14,588-	9-
315 Übriger Unterhalt	354,938	359,030	333,770	4,092-	1-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,570,998	2,582,448	2,595,728	11,450-	0-
317 Spesenentschädigungen	20,145	22,200	22,582	2,055-	9-
318 Dienstleistungen und Honorare	592,538	514,200	320,580	78,338	15
319 Übriger Sachaufwand	4,470	5,000	3,945	530-	11-
	4,155,493	4,210,878	3,946,060	55,385-	1-
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	3,450			3,450	Neu
	3,450			3,450	Neu
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>10,827,905</b>	<b>10,735,658</b>	<b>10,537,926</b>	<b>92,248</b>	<b>1</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	26-		31-	26-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	33,527-	22,000-	37,843-	11,527-	52-
	<b>33,553-</b>	<b>22,000-</b>	<b>37,874-</b>	<b>11,553-</b>	<b>53-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	5,643-	10,500-	8,454-	4,857	46
433 Schulgelder	6,972-			6,972-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	253,761-	217,000-	306,252-	36,761-	17-
435 Verkaufsertrag	125,863-	75,500-	93,291-	50,363-	67-
436 Rückerstattungen	78,629-	60,000-	86,103-	18,629-	31-
439 Übrige Entgelte			750-		
	<b>470,868-</b>	<b>363,000-</b>	<b>494,851-</b>	<b>107,868-</b>	<b>30-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	148,938-	187,000-	56,000-	38,062	20
	<b>148,938-</b>	<b>187,000-</b>	<b>56,000-</b>	<b>38,062</b>	<b>20</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>653,359-</b>	<b>572,000-</b>	<b>588,725-</b>	<b>81,359-</b>	<b>14-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>10,174,546</b>	<b>10,163,658</b>	<b>9,949,201</b>	<b>10,889</b>	<b>0</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	244,220	134,100	199,996	110,120	82
	<b>244,220</b>	<b>134,100</b>	<b>199,996</b>	<b>110,120</b>	<b>82</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>244,220</b>	<b>134,100</b>	<b>199,996</b>	<b>110,120</b>	<b>82</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>244,220</b>	<b>134,100</b>	<b>199,996</b>	<b>110,120</b>	<b>82</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>10,418,766</b>	<b>10,297,758</b>	<b>10,149,197</b>	<b>121,008</b>	<b>1</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen,Mobilien,Fahrz.,Einr.	1,137,375		183,398	1,137,375	Neu
	<b>1,137,375</b>		<b>183,398</b>	<b>1,137,375</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ausgaben Investitionen</b>	<b>1,137,375</b>		<b>183,398</b>	<b>1,137,375</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>1,137,375</b>		<b>183,398</b>	<b>1,137,375</b>	<b>Neu</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>1,137,375</b>		<b>183,398</b>	<b>1,137,375</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>374 NATURHISTORISCHES MUSEUM BASEL</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,976,660	3,996,520	4,132,995	19,861-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	244,026	229,240	250,112	14,786	6
304 Personalvers.beiträge	708,113	696,025	711,300	12,088	2
305 Unfall & Krankenvers.beitr	60,374	57,733	62,532	2,640	5
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	2,169		1,220	2,169	Neu
309 Übriger Personalaufwand	31,122	18,280	21,075	12,842	70
	<b>5,022,464</b>	<b>4,997,799</b>	<b>5,179,234</b>	<b>24,665</b>	<b>0</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	97,445	103,660	97,871	6,215-	6-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	121,191	133,850	119,124	12,659-	9-
313 Verbrauchsmaterialien	181,337	147,510	147,259	33,827	23
314 Baulicher Unterhalt	155,765	154,600	157,505	1,165	1
315 Übriger Unterhalt	135,800	127,365	392,604	8,435	7
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,857,401	1,864,682	1,880,621	7,281-	0-
317 Spesenentschädigungen	53,756	53,000	49,533	756	1
318 Dienstleistungen und Honorare	753,400	553,707	480,880	199,693	36
319 Übriger Sachaufwand	2,520	5,700	2,734	3,180-	56-
	<b>3,358,614</b>	<b>3,144,074</b>	<b>3,328,131</b>	<b>214,540</b>	<b>7</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8,381,078</b>	<b>8,141,873</b>	<b>8,507,365</b>	<b>239,205</b>	<b>3</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	55,435-	46,860-	46,985-	8,575-	18-
429 Übrige Vermögenserträge	368-		818-	368-	Neu
	<b>55,803-</b>	<b>46,860-</b>	<b>47,803-</b>	<b>8,943-</b>	<b>19-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	327,274-	265,410-	374,398-	61,864-	23-
435 Verkaufsertrag	180,011-	141,000-	154,854-	39,011-	28-
436 Rückerstattungen	87,745-	39,400-	136,354-	48,345-	123-
439 Übrige Entgelte	150-			150-	Neu
	<b>595,181-</b>	<b>445,810-</b>	<b>665,606-</b>	<b>149,371-</b>	<b>34-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	349,348-	253,000-	256,623-	96,348-	38-
	<b>349,348-</b>	<b>253,000-</b>	<b>256,623-</b>	<b>96,348-</b>	<b>38-</b>
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
482 Entnahmen aus Rücklagen			92,539-		
			<b>92,539-</b>		
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,000,332-</b>	<b>745,670-</b>	<b>1,062,571-</b>	<b>254,662-</b>	<b>34-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>7,380,746</b>	<b>7,396,203</b>	<b>7,444,794</b>	<b>15,457-</b>	<b>0-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	48,100			48,100	Neu
	48,100			48,100	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	48,100			48,100	Neu
Summe Abschreibungen	48,100			48,100	Neu
Saldo Laufende Rechnung	7,428,846	7,396,203	7,444,794	32,642	0
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	197,580			197,580	Neu
	197,580			197,580	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	197,580			197,580	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	197,580			197,580	Neu
Saldo Investitionsrechnung	197,580			197,580	Neu
<u>375 MUSEUM DER KULTUREN BASEL</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,428,189	3,582,041	3,587,674	153,852-	4-
303 Sozialversicherungsbeiträge	203,247	212,363	215,685	9,116-	4-
304 Personalvers.beiträge	564,049	623,076	599,922	59,027-	9-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	52,628	56,317	57,149	3,689-	7-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	473	4,000	531	3,527-	88-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	12,846	5,000	948	7,846	157
309 Übriger Personalaufwand	25,702	25,140	17,446	562	2
	4,287,134	4,507,936	4,479,355	220,803-	5-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	127,539	118,100	129,579	9,439	8
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	79,936	100,000	94,598	20,064-	20-
313 Verbrauchsmaterialien	284,572	112,800	164,734	171,772	152
314 Baulicher Unterhalt	97,489	107,000	120,500	9,511-	9-
315 Übriger Unterhalt	153,818	111,300	166,324	42,518	38
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,219,453	2,197,576	2,239,246	21,877	1
317 Spesenentschädigungen	15,190	30,000	24,535	14,810-	49-
318 Dienstleistungen und Honorare	458,531	584,074	622,178	125,543-	21-
319 Übriger Sachaufwand	10,870	2,000	1,615	8,870	443
	<b>3,447,396</b>	<b>3,362,850</b>	<b>3,563,307</b>	<b>84,546</b>	<b>3</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	14		1,809	14	Neu
	14		1,809	14	Neu
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	7,734,544	7,870,786	8,044,472	136,242-	2-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	181-		115-	181-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	97,670-	88,400-	92,495-	9,270-	10-
429 Übrige Vermögenserträge	187-		55	187-	Neu
	<b>98,038-</b>	<b>88,400-</b>	<b>92,555-</b>	<b>9,638-</b>	<b>11-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	56,153-	101,000-	83,331-	44,847	44
435 Verkaufsertrag	73,612-	38,300-	93,371-	35,312-	92-
436 Rückerstattungen	22,434-	15,000-	25,605-	7,434-	50-
439 Übrige Entgelte	230-		561-	230-	Neu
	<b>152,429-</b>	<b>154,300-</b>	<b>202,868-</b>	<b>1,871</b>	<b>1</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	1,005-	145,000-	222,052-	143,995	99
	1,005-	145,000-	222,052-	143,995	99
Summe Ertrag	251,472-	387,700-	517,475-	136,228	35
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	7,483,072	7,483,086	7,526,997	15-	
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	528,466	400,000	694,732	128,466	32
	528,466	400,000	694,732	128,466	32
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	528,466	400,000	694,732	128,466	32
Summe Abschreibungen	528,466	400,000	694,732	128,466	32
Saldo Laufende Rechnung	8,011,538	7,883,086	8,221,729	128,452	2

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	140,513			140,513	Neu
	140,513			140,513	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	140,513			140,513	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	140,513			140,513	Neu
Saldo Investitionsrechnung	140,513			140,513	Neu
<u>376 STAATSARCHIV</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,771,215	1,808,097	1,753,241	36,882-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	111,771	107,492	110,484	4,279	4
304 Personalvers.beiträge	324,279	328,179	327,977	3,900-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	29,111	28,662	28,965	449	2
309 Übriger Personalaufwand	13,014	19,120	12,396	6,106-	32-
	2,249,389	2,291,549	2,233,062	42,160-	2-
<u>31 Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	107,963	84,000	103,795	23,963	29
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	44,227	31,500	37,433	12,727	40
313 Verbrauchsmaterialien	3,009	1,100	2,778	1,909	174
314 Baulicher Unterhalt	4,210	5,500	4,878	1,290-	23-
315 Übriger Unterhalt	96,199	82,961	73,922	13,238	16
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	788,492	789,770	790,246	1,278-	0-
317 Spesenentschädigungen	7,827	7,500	6,855	327	4
318 Dienstleistungen und Honorare	276,542	278,809	304,205	2,267-	1-
319 Übriger Sachaufwand	2,720	3,000	3,171	280-	9-
	1,331,188	1,284,140	1,327,284	47,048	4
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	683	200	30	483	241
	683	200	30	483	241
<u>36 Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	5,000	5,000	5,000		
	5,000	5,000	5,000		
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	3,586,260	3,580,889	3,565,376	5,371	0

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
429 Übrige Vermögenserträge	0-		32-	0-	Neu
	0-		32-	0-	Neu
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	2,935-	11,100-	3,075-	8,165	74
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	214,480-	201,000-	226,710-	13,480-	7-
435 Verkaufsertrag	23,272-	17,500-	22,421-	5,772-	33-
436 Rückerstattungen	20,397-	14,400-	44,543-	5,997-	42-
439 Übrige Entgelte	936-			936-	Neu
	262,020-	244,000-	296,749-	18,020-	7-
Summe Ertrag	262,020-	244,000-	296,781-	18,020-	7-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	3,324,239	3,336,889	3,268,595	12,650-	0-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	185,747	232,009	227,249	46,262-	20-
	185,747	232,009	227,249	46,262-	20-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	185,747	232,009	227,249	46,262-	20-
Summe Abschreibungen	185,747	232,009	227,249	46,262-	20-
Saldo Laufende Rechnung	3,509,987	3,568,898	3,495,843	58,911-	2-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	318,741		259,835	318,741	Neu
	318,741		259,835	318,741	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	318,741		259,835	318,741	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	318,741		259,835	318,741	Neu
Saldo Investitionsrechnung	318,741		259,835	318,741	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>377 ARCHÄOLOGISCHE BODENFORSCHUNG</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,387,063	2,446,579	2,335,969	59,516-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	146,281	145,439	145,103	842	1
304 Personalvers.beiträge	446,384	441,951	431,923	4,433	1
305 Unfall & Krankenvers.beitr	37,379	38,222	37,109	843-	2-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,065	2,800	2,061	735-	26-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	43,133			43,133	Neu
309 Übriger Personalaufwand	12,705	15,440	17,774	2,735-	18-
	<b>3,075,008</b>	<b>3,090,431</b>	<b>2,969,939</b>	<b>15,423-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	225,659	179,500	202,297	46,159	26
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	287	500	92	213-	43-
314 Baulicher Unterhalt	9,963	9,600	11,078	363	4
315 Übriger Unterhalt	53,651	51,200	51,803	2,451	5
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	345,172	341,168	352,993	4,004	1
317 Spesenentschädigungen	6,324	8,000	6,391	1,676-	21-
318 Dienstleistungen und Honorare	3,331,019	338,321	2,823,203	2,992,698	885
319 Übriger Sachaufwand	1,185	1,300	1,058	115-	9-
	<b>3,973,259</b>	<b>929,589</b>	<b>3,448,916</b>	<b>3,043,670</b>	<b>327</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7,048,267</b>	<b>4,020,020</b>	<b>6,418,854</b>	<b>3,028,247</b>	<b>75</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	18,870-		18,870-	18,870-	Neu
	<b>18,870-</b>		<b>18,870-</b>	<b>18,870-</b>	<b>Neu</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	1,374,782-	23,300-	1,296,480-	1,351,482-	*999-
435 Verkaufsertrag	9,188-	10,200-	15,006-	1,012	10
436 Rückerstattungen	47,762-	40,699-	43,116-	7,063-	17-
	<b>1,431,731-</b>	<b>74,199-</b>	<b>1,354,602-</b>	<b>1,357,532-</b>	<b>*999-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	203,725-	2,500-	411,635-	201,225-	*999-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung			155-		
	<b>203,725-</b>	<b>2,500-</b>	<b>411,790-</b>	<b>201,225-</b>	<b>*999-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,654,326-</b>	<b>76,699-</b>	<b>1,785,261-</b>	<b>1,577,627-</b>	<b>*999-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,393,941</b>	<b>3,943,321</b>	<b>4,633,594</b>	<b>1,450,620</b>	<b>37</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>5,393,941</b>	<b>3,943,321</b>	<b>4,633,594</b>	<b>1,450,620</b>	<b>37</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>401 GENERALSEKRETARIAT FD</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,838,424	1,864,738	1,797,994	26,315-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	115,145	110,506	113,991	4,639	4
304 Personalvers.beiträge	285,346	300,698	262,643	15,352-	5-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	29,827	28,206	26,720	1,621	6
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	48	5,500	112	5,452-	99-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	112,879	10,000	18,369	102,879	*999
309 Übriger Personalaufwand	46,968	92,540	196,484	45,572-	49-
	<b>2,428,638</b>	<b>2,412,188</b>	<b>2,416,313</b>	<b>16,449</b>	<b>1</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	31,316	26,000	30,979	5,316	20
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	101,772	103,000	77,614	1,228-	1-
313 Verbrauchsmaterialien	64,711	6,000	24,283	58,711	979
314 Baulicher Unterhalt	31,531	30,000	31,751	1,531	5
315 Übriger Unterhalt	163,613	342,500	258,998	178,887-	52-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	222,922	230,300	217,602	7,378-	3-
317 Spesenentschädigungen	10,360	9,000	9,682	1,360	15
318 Dienstleistungen und Honorare	395,451	691,543	149,494	296,092-	43-
319 Übriger Sachaufwand	12,479	12,000	11,929	479	4
	<b>1,034,154</b>	<b>1,450,343</b>	<b>812,332</b>	<b>416,189-</b>	<b>29-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,462,792</b>	<b>3,862,531</b>	<b>3,228,645</b>	<b>399,739-</b>	<b>10-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	28,613-	50,000-	10,437-	21,387	43
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	197,419-	205,000-	221,910-	7,581	4
435 Verkaufsertrag	100,079			100,079	Neu
436 Rückerstattungen	57,302-	27,031-	32,779-	30,271-	112-
439 Übrige Entgelte	17,357-			17,357-	Neu
	<b>400,769-</b>	<b>282,031-</b>	<b>265,127-</b>	<b>118,738-</b>	<b>42-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>400,769-</b>	<b>282,031-</b>	<b>265,127-</b>	<b>118,738-</b>	<b>42-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>3,062,023</b>	<b>3,580,500</b>	<b>2,963,518</b>	<b>518,478-</b>	<b>14-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	6,829		9,756	6,829	Neu
	<b>6,829</b>		<b>9,756</b>	<b>6,829</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>6,829</b>		<b>9,756</b>	<b>6,829</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>6,829</b>		<b>9,756</b>	<b>6,829</b>	<b>Neu</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>3,068,852</b>	<b>3,580,500</b>	<b>2,973,274</b>	<b>511,648-</b>	<b>14-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
509 <u>Übrige Sachgüter</u>		41,900,000		41,900,000-	100-
		41,900,000		41,900,000-	100-
Summe Ausgaben Investitionen		41,900,000		41,900,000-	100-
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 <u>Bundesbeiträge eigene Rechnung</u>		1,000,000-		1,000,000	100-
		1,000,000-		1,000,000	100-
Summe Einnahmen Investitionen		1,000,000-		1,000,000	100-
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)		40,900,000		40,900,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung		40,900,000		40,900,000-	100-
<u>403 FINANZVERWALTUNG (BETRIEB)</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,992,980	4,139,947	4,054,185	146,967-	4-
303 Sozialversicherungsbeiträge	236,054	246,292	238,971	10,238-	4-
304 Personalvers.beiträge	767,473	796,550	766,146	29,077-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	57,612	62,802	59,350	5,190-	8-
309 Übriger Personalaufwand	74,215	91,560	65,023	17,345-	19-
	5,128,334	5,337,151	5,183,674	208,818-	4-
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	43,030	49,000	42,545	5,970-	12-
311 Abschreibungen GWG	105,787	139,700	73,921	33,913-	24-
315 Übriger Unterhalt	36,966	80,000	51,771	43,034-	54-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,024,989	1,017,588	1,163,328	7,401	1
317 Spesenentschädigungen	14,417	17,540	22,417	3,123-	18-
318 Dienstleistungen und Honorare	2,529,043	2,431,006	2,425,132	98,037	4
319 Übriger Sachaufwand	150	300	4,711	150-	50-
	3,754,382	3,735,134	3,783,825	19,248	1
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	8,882,716	9,072,285	8,967,499	189,569-	2-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
4 <u>Ertrag</u>					
42 <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel					
43 <u>Entgelte</u>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	4,057,829-	3,235,686-	3,726,561-	822,143-	25-
436 Rückerstattungen	59,101-	17,000-	64,162-	42,101-	248-
439 Übrige Entgelte			457-		
	4,116,930-	3,252,686-	3,791,181-	864,244-	27-
Summe Ertrag	4,116,930-	3,252,686-	3,791,181-	864,244-	27-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	4,765,786	5,819,599	5,176,319	1,053,813-	18-
33 <u>Abschreibungen</u>					
33 <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
33 <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	78,603	80,000	109,428	1,397-	2-
	78,603	80,000	109,428	1,397-	2-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	78,603	80,000	109,428	1,397-	2-
Summe Abschreibungen	78,603	80,000	109,428	1,397-	2-
Saldo Laufende Rechnung	4,844,389	5,899,599	5,285,747	1,055,211-	18-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.			20,466		
			20,466		
Summe Ausgaben Investitionen			20,466		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)			20,466		
Saldo Investitionsrechnung			20,466		

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>404 STEUERVERWALTUNG (BETRIEB)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	23,810,955	23,317,498	23,664,382	493,458	2
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,414,162	1,412,406	1,414,780	1,756	0
304 Personalvers.beiträge	4,422,520	4,422,650	4,409,475	130-	
305 Unfall & Krankenvers.beitr	363,448	370,444	367,438	6,996-	2-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	8,808	10,000		1,192-	12-
309 Übriger Personalaufwand	223,440	317,080	348,324	93,640-	30-
	<b>30,243,333</b>	<b>29,850,077</b>	<b>30,204,398</b>	<b>393,256</b>	<b>1</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	931,712	1,058,000	941,379	126,288-	12-
311 Abschreibungen GWG					
315 Übriger Unterhalt	535,806	660,000	1,138,270	124,194-	19-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,420,981	2,323,232	1,728,649	97,749	4
317 Spesenentschädigungen	61,227	60,000	57,574	1,227	2
318 Dienstleistungen und Honorare	3,888,701	3,738,150	3,795,995	150,551	4
319 Übriger Sachaufwand	625			625	Neu
	<b>7,839,052</b>	<b>7,839,382</b>	<b>7,661,867</b>	<b>330-</b>	
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>38,082,385</b>	<b>37,689,459</b>	<b>37,866,265</b>	<b>392,926</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
400 Einkommens- & Verm.steuer					
403 Vermögensgewinnsteuer					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	7-			7-	Neu
	<b>7-</b>			<b>7-</b>	<b>Neu</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	7,095,087-	5,900,000-	6,434,437-	1,195,087-	20-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	346,558-	279,000-	305,799-	67,558-	24-
435 Verkaufsertrag	26,125-	25,000-	23,004-	1,125-	5-
436 Rückerstattungen	219,017-	272,000-	292,861-	52,983	19
	<b>7,686,786-</b>	<b>6,476,000-</b>	<b>7,056,101-</b>	<b>1,210,786-</b>	<b>19-</b>
<b>44 Anteile &amp; Beiträge o. Zweckbind.</b>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen					
<b>Summe Ertrag</b>	<b>7,686,793-</b>	<b>6,476,000-</b>	<b>7,056,101-</b>	<b>1,210,793-</b>	<b>19-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>30,395,592</b>	<b>31,213,459</b>	<b>30,810,165</b>	<b>817,867-</b>	<b>3-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	826,706	719,518	1,027,883	107,188	15
	826,706	719,518	1,027,883	107,188	15
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	826,706	719,518	1,027,883	107,188	15
Summe Abschreibungen	826,706	719,518	1,027,883	107,188	15
Saldo Laufende Rechnung	31,222,299	31,932,977	31,838,048	710,679-	2-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	389,774			389,774	Neu
	389,774			389,774	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	389,774			389,774	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	389,774			389,774	Neu
Saldo Investitionsrechnung	389,774			389,774	Neu
<u>405 IMMOBILIEN BASEL-STADT</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	5,458,760	5,565,976	5,266,747	107,216-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	322,870	331,247	311,778	8,378-	3-
304 Personalvers.beiträge	1,042,219	1,063,589	982,757	21,370-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	80,922	84,686	76,840	3,765-	4-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	21,288	35,000	22,546	13,712-	39-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	157,176	50,000	67,849	107,176	214
309 Übriger Personalaufwand	153,193	257,040	377,034	103,847-	40-
	7,236,429	7,387,539	7,105,551	151,110-	2-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	112,898	102,750	107,723	10,148	10
312 Wasser, Energie & Heizmaterial					
313 Verbrauchsmaterialien		6,000		6,000-	100-
314 Baulicher Unterhalt	39	10,100	1,503	10,061-	100-
315 Übriger Unterhalt	54,085	68,100	78,652	14,015-	21-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	552,172	543,816	713,707	8,355	2
317 Spesenentschädigungen	95,857	104,000	61,973	8,143-	8-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,814,835	1,882,540	2,126,663	67,705-	4-
319 Übriger Sachaufwand	13,650	12,000	12,747	1,650	14
	<b>2,643,536</b>	<b>2,729,306</b>	<b>3,102,968</b>	<b>85,770-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9,879,965</b>	<b>10,116,845</b>	<b>10,208,519</b>	<b>236,880-</b>	<b>2-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	9,845,987-	9,869,245-	9,999,224-	23,258	0
436 Rückerstattungen	52,306-	23,000-	146,940-	29,306-	127-
439 Übrige Entgelte	150-		50,000-	150-	Neu
	<b>9,898,443-</b>	<b>9,892,245-</b>	<b>10,196,164-</b>	<b>6,198-</b>	<b>0</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>9,898,443-</b>	<b>9,892,245-</b>	<b>10,196,164-</b>	<b>6,198-</b>	<b>0</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>18,478-</b>	<b>224,600</b>	<b>12,355</b>	<b>243,078-</b>	<b>108-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	487,231	485,000	276,366	2,231	0
	<b>487,231</b>	<b>485,000</b>	<b>276,366</b>	<b>2,231</b>	<b>0</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>487,231</b>	<b>485,000</b>	<b>276,366</b>	<b>2,231</b>	<b>0</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>487,231</b>	<b>485,000</b>	<b>276,366</b>	<b>2,231</b>	<b>0</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>468,753</b>	<b>709,600</b>	<b>288,721</b>	<b>240,847-</b>	<b>34-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen,Mobilien,Fahrz.,Einr.	14,244		1,576,886	14,244	Neu
	<b>14,244</b>		<b>1,576,886</b>	<b>14,244</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ausgaben Investitionen</b>	<b>14,244</b>		<b>1,576,886</b>	<b>14,244</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>	<b>14,244</b>		<b>1,576,886</b>	<b>14,244</b>	<b>Neu</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>14,244</b>		<b>1,576,886</b>	<b>14,244</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>406 ZENTRALE INFORMATIKDIENSTE</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	12,031,755	12,100,271	11,675,774	68,517-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	711,342	726,650	712,774	15,309-	2-
304 Personalvers.beiträge	2,170,038	2,204,272	2,121,265	34,234-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	179,655	188,049	182,669	8,394-	4-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	938-	4,000	1,072-	4,938-	123-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	105,496	10,000	133,831	95,496	955
309 Übriger Personalaufwand	362,160	371,920	402,309	9,760-	3-
	<b>15,559,509</b>	<b>15,605,163</b>	<b>15,227,550</b>	<b>45,654-</b>	<b>0-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	233,252	257,000	239,049	23,748-	9-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	389,773	340,000	377,787	49,773	15
313 Verbrauchsmaterialien	22,515		9,732	22,515	Neu
314 Baulicher Unterhalt	78,581	81,500	73,796	2,919-	4-
315 Übriger Unterhalt	1,403,388	1,662,400	1,634,714	259,012-	16-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,988,206	2,330,110	2,400,511	341,904-	15-
317 Spesenentschädigungen	39,919	46,100	46,823	6,181-	13-
318 Dienstleistungen und Honorare	4,486,509	4,195,798	4,645,698	290,711	7
319 Übriger Sachaufwand	41,241	8,800	8,242	32,441	369
	<b>8,683,384</b>	<b>8,921,708</b>	<b>9,436,353</b>	<b>238,324-</b>	<b>3-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen			13,809		
			<b>13,809</b>		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24,242,893</b>	<b>24,526,871</b>	<b>24,677,712</b>	<b>283,979-</b>	<b>1-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	0			0	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	13,261-	10,000-	13,293-	3,261-	33-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	11,600-	12,000-	11,600-	400	3
	<b>24,861-</b>	<b>22,000-</b>	<b>24,893-</b>	<b>2,861-</b>	<b>13-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	9,796,592-	9,545,381-	9,944,653-	251,211-	3-
435 Verkaufsertrag	6,755-	7,000-	6,702-	245	4
436 Rückerstattungen	1,808,159-	1,489,200-	1,853,402-	318,959-	21-
439 Übrige Entgelte	165-			165-	Neu
	<b>11,611,671-</b>	<b>11,041,581-</b>	<b>11,804,757-</b>	<b>570,090-</b>	<b>5-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>11,636,532-</b>	<b>11,063,581-</b>	<b>11,829,650-</b>	<b>572,951-</b>	<b>5-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>12,606,360</b>	<b>13,463,290</b>	<b>12,848,062</b>	<b>856,930-</b>	<b>6-</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	4,602,719	5,391,476	4,456,930	788,757-	15-
	4,602,719	5,391,476	4,456,930	788,757-	15-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4,602,719	5,391,476	4,456,930	788,757-	15-
Summe Abschreibungen	4,602,719	5,391,476	4,456,930	788,757-	15-
Saldo Laufende Rechnung	17,209,079	18,854,766	17,304,992	1,645,687-	9-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	4,779,729		4,009,800	4,779,729	Neu
	4,779,729		4,009,800	4,779,729	Neu
<u>51 Interne Verrechnung Aufwand IR</u>					
510 Interne Verrechnung Aufwand IR	454,766			454,766	Neu
	454,766			454,766	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	5,234,495		4,009,800	5,234,495	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	5,234,495		4,009,800	5,234,495	Neu
Saldo Investitionsrechnung	5,234,495		4,009,800	5,234,495	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>409 ZENTRALER PERSONALDIENST (BETRIEB)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	5,285,216	5,737,218	4,629,516	452,003-	8-
303 Sozialversicherungsbeiträge	306,338	341,850	264,686	35,511-	10-
304 Personalvers.beiträge	970,528	1,084,859	829,522	114,331-	11-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	76,557	88,202	66,862	11,645-	13-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	8,973	9,000	8,302	28-	0-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		53,977-	58,658-	53,977	100-
309 Übriger Personalaufwand	900,762	854,040	894,926	46,722	5
	<b>7,548,374</b>	<b>8,061,192</b>	<b>6,635,155</b>	<b>512,818-</b>	<b>6-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	189,363	207,500	219,534	18,137-	9-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	791	20,000	30,247	19,210-	96-
314 Baulicher Unterhalt	62,832	70,000	57,981	7,168-	10-
315 Übriger Unterhalt	139,076	247,470	355,944	108,394-	44-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	490,211	502,400	450,071	12,189-	2-
317 Spesenentschädigungen	21,851	37,640	25,132	15,789-	42-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,333,801	2,679,098	1,161,278	1,345,297-	50-
319 Übriger Sachaufwand	4,450	3,000	5,407	1,450	48
	<b>2,242,374</b>	<b>3,767,108</b>	<b>2,305,593</b>	<b>1,524,734-</b>	<b>40-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9,790,748</b>	<b>11,828,300</b>	<b>8,940,748</b>	<b>2,037,553-</b>	<b>17-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
433 Schulgelder	313,289-	340,000-	236,673-	26,711	8
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,761,524-	3,445,500-	1,604,099-	316,024-	9-
435 Verkaufsertrag	750-	1,000-		250	25
436 Rückerstattungen	84,109-	12,300-	42,024-	71,809-	584-
439 Übrige Entgelte	8,524-		24,140-	8,524-	Neu
	<b>4,168,196-</b>	<b>3,798,800-</b>	<b>1,906,936-</b>	<b>369,396-</b>	<b>10-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>4,168,196-</b>	<b>3,798,800-</b>	<b>1,906,936-</b>	<b>369,396-</b>	<b>10-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,622,551</b>	<b>8,029,500</b>	<b>7,033,812</b>	<b>2,406,949-</b>	<b>30-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	261,728	582,839	201,254	321,111-	55-
	<b>261,728</b>	<b>582,839</b>	<b>201,254</b>	<b>321,111-</b>	<b>55-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>261,728</b>	<b>582,839</b>	<b>201,254</b>	<b>321,111-</b>	<b>55-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>261,728</b>	<b>582,839</b>	<b>201,254</b>	<b>321,111-</b>	<b>55-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>5,884,279</b>	<b>8,612,339</b>	<b>7,235,066</b>	<b>2,728,060-</b>	<b>32-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	281,613		416,201	281,613	Neu
	281,613		416,201	281,613	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	281,613		416,201	281,613	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	281,613		416,201	281,613	Neu
Saldo Investitionsrechnung	281,613		416,201	281,613	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>409 ZPD (SOZIALLEISTUNGEN)</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	672,416	519,500	872,163	152,916	29
303 Sozialversicherungsbeiträge	13,797	30,250	47,067	16,453-	54-
304 Personalvers.beiträge	107,463	125,000	145,256	17,537-	14-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	283,945	214,500	193,043	69,445	32
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	94			94	Neu
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	38,850	55,000	29,838	16,150-	29-
309 Übriger Personalaufwand	67,429	200,000	72,010	132,571-	66-
	<b>1,183,994</b>	<b>1,144,250</b>	<b>1,359,377</b>	<b>39,744</b>	<b>3</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	5,982	15,000	15,202	9,018-	60-
317 Spesenentschädigungen	708		419	708	Neu
318 Dienstleistungen und Honorare	188,294	200,000	118,936	11,706-	6-
	<b>194,984</b>	<b>215,000</b>	<b>134,557</b>	<b>20,016-</b>	<b>9-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>1,378,978</b>	<b>1,359,250</b>	<b>1,493,935</b>	<b>19,728</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.			160,000-		
436 Rückerstattungen	328,323-	152,250-	347,510-	176,073-	116-
	<b>328,323-</b>	<b>152,250-</b>	<b>507,510-</b>	<b>176,073-</b>	<b>116-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>328,323-</b>	<b>152,250-</b>	<b>507,510-</b>	<b>176,073-</b>	<b>116-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>1,050,654</b>	<b>1,207,000</b>	<b>986,425</b>	<b>156,346-</b>	<b>13-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>1,050,654</b>	<b>1,207,000</b>	<b>986,425</b>	<b>156,346-</b>	<b>13-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>420 LIEGENSCHAFTEN (VERW.V.)EIGENNUTZUNG</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>31 Sachaufwand</b>					
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	3,279,987	1,400,439	1,809,007	1,879,548	134
314 Baulicher Unterhalt	21,176,895	19,900,000	18,807,284	1,276,895	6
315 Übriger Unterhalt	8,736,921	8,500,000	8,442,472	236,921	3
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	13,385,153	13,712,950	12,999,979	327,797-	2-
317 Spesenentschädigungen					
318 Dienstleistungen und Honorare	2,046,429	900,000	447,309	1,146,429	127
319 Übriger Sachaufwand					
	48,625,385	44,413,389	42,506,050	4,211,996	9
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	564		291	564	Neu
	564		291	564	Neu
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	48,625,949	44,413,389	42,506,341	4,212,560	9
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			0		
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	143,749,710-	142,112,492-	145,226,751-	1,637,218-	1-
429 Übrige Vermögenserträge					
	143,749,710-	142,112,492-	145,226,751-	1,637,218-	1-
<b>43 Entgelte</b>					
435 Verkaufsertrag	553,878-	550,000-	660,087-	3,878-	1-
436 Rückerstattungen	121,228-	250,000-	117,696-	128,772	52
439 Übrige Entgelte					
	675,106-	800,000-	777,783-	124,895	16
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	4,963-		2,000-	4,963-	Neu
	4,963-		2,000-	4,963-	Neu
Summe Ertrag	144,429,778-	142,912,492-	146,006,534-	1,517,286-	1-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	95,803,830-	98,499,103-	103,500,193-	2,695,274	3
Saldo Laufende Rechnung	95,803,830-	98,499,103-	103,500,193-	2,695,274	3

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	826		90,952	826	Neu
503 Hochbauten	97,816,172	11,250,000	127,760,640	86,566,172	769
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	2,049,493		2,761,772	2,049,493	Neu
509 Übrige Sachgüter		129,700,000		129,700,000-	100-
	99,866,491	140,950,000	130,613,364	41,083,509-	29-
Summe Ausgaben Investitionen	99,866,491	140,950,000	130,613,364	41,083,509-	29-
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung			1,119,000-		
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung			122,811		
663 Beiträge Eigene Anstalten	2,416,009-	11,250,000-	9,460,909-	8,833,991	79
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	231,604-		859,082-	231,604-	Neu
	2,647,613-	11,250,000-	11,316,180-	8,602,387	76
Summe Einnahmen Investitionen	2,647,613-	11,250,000-	11,316,180-	8,602,387	76
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	97,218,878	129,700,000	119,297,184	32,481,122-	25-
Saldo Investitionsrechnung	97,218,878	129,700,000	119,297,184	32,481,122-	25-
<u>410 ALLGEMEINE VERWALTUNG</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	200,514-	8,850,000-	3,188,970	8,649,486	98
304 Personalvers.beiträge	23,004,581-	22,235,000-	21,646,967-	769,581-	3-
309 Übriger Personalaufwand	1,215,000		9,187,717	1,215,000	Neu
	21,990,095-	31,085,000-	9,270,280-	9,094,905	29
<u>31 Sachaufwand</u>					
314 Baulicher Unterhalt	2,828,373		214,564	2,828,373	Neu
318 Dienstleistungen und Honorare	6,411,137	6,045,000	7,813,459	366,137	6
319 Übriger Sachaufwand	364,931,093	3,190,000	717,655	361,741,093	*999
	374,170,603	9,235,000	8,745,677	364,935,603	*999

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1		0	1	Neu
	1		0	1	Neu
<b>36</b> <u>Eigene Beiträge</u>					
362 Gemeinden	840,402	850,000	840,541	9,598-	1-
363 Eigene Anstalten	600,000		1,450,000	600,000	Neu
	1,440,402	850,000	2,290,541	590,402	69
<b>38</b> <u>Einlagen in Spez.Finanzierungen</u>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	40,217,200	41,575,000	41,588,000	1,357,800-	3-
	40,217,200	41,575,000	41,588,000	1,357,800-	3-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	393,838,111	20,575,000	43,353,939	373,263,111	*999
<b>4</b> <u>Ertrag</u>					
<b>42</b> <u>Vermögenserträge</u>					
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen					
<b>43</b> <u>Entgelte</u>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	5,910,170-	6,000,000-	5,966,613-	89,830	2
439 Übrige Entgelte	171,139,878-		7,747,601-	171,139,878-	Neu
	177,050,048-	6,000,000-	13,714,214-	171,050,048-	*999-
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	9,835,184-	6,333,000-	7,221,708-	3,502,184-	55-
	9,835,184-	6,333,000-	7,221,708-	3,502,184-	55-
Summe Ertrag	186,885,232-	12,333,000-	20,935,922-	174,552,232-	*999-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	206,952,879	8,242,000	22,418,017	198,710,879	*999
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Summe Abschreibungen	10,812,286	10,740,000	10,746,979	72,286	1
Saldo Laufende Rechnung	217,765,166	18,982,000	33,164,997	198,783,166	*999

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	6,869,646		10,759,489	6,869,646	Neu
	6,869,646		10,759,489	6,869,646	Neu
56 <u>Eigene Beiträge</u>					
563 Beiträge an eigene Anstalten	10,000,000		10,000,000	10,000,000	Neu
	10,000,000		10,000,000	10,000,000	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	16,869,646		20,759,489	16,869,646	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	16,869,646		20,759,489	16,869,646	Neu
<u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
5 <u>Ausgaben Darlehen u. Beteilig.</u>					
52 <u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
523 Darl & Beteil eig. Anst.		18,000,000		18,000,000-	100-
525 Darl & Beteil an priv. Instit.		15,000,000		15,000,000-	100-
		33,000,000		33,000,000-	100-
Summe Ausgaben Darlehen u. Beteilig.		33,000,000		33,000,000-	100-
Summe Darlehen und Beteiligungen		33,000,000		33,000,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung	16,869,646	33,000,000	20,759,489	16,130,354-	49-



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>501 GENERALSEKRETARIAT JSD</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,518,397	1,356,723	1,527,601	161,674	12
303 Sozialversicherungsbeiträge	88,889	80,046	88,527	8,842	11
304 Personalvers.beiträge	253,713	243,120	247,750	10,593	4
305 Unfall & Krankenvers.beitr	20,809	19,703	19,966	1,107	6
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	43	1,000	177	957-	96-
309 Übriger Personalaufwand	28,315	31,600	10,590	3,285-	10-
	<b>1,910,166</b>	<b>1,732,192</b>	<b>1,894,612</b>	<b>177,974</b>	<b>10</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	17,324	15,750	25,965	1,574	10
313 Verbrauchsmaterialien	169	500	28	331-	66-
315 Übriger Unterhalt	1,946	4,000	3,952	2,054-	51-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	22,062	15,000	23,213	7,062	47
317 Spesenentschädigungen	8,712	15,500	13,988	6,788-	44-
318 Dienstleistungen und Honorare	320,586	313,507	400,593	7,079	2
319 Übriger Sachaufwand	70,668	72,300	72,564	1,632-	2-
	<b>441,466</b>	<b>436,557</b>	<b>540,302</b>	<b>4,909</b>	<b>1</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	1,434,584	1,508,900	1,547,478	74,316-	5-
	<b>1,434,584</b>	<b>1,508,900</b>	<b>1,547,478</b>	<b>74,316-</b>	<b>5-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,786,216</b>	<b>3,677,649</b>	<b>3,982,392</b>	<b>108,567</b>	<b>3</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	32,454-	4,500-	6,079-	27,954-	621-
422 Anlagen Finanzvermögen		50,000-	98,179-	50,000	100-
	<b>32,454-</b>	<b>54,500-</b>	<b>104,258-</b>	<b>22,046</b>	<b>40</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	100-		100-	100-	Neu
433 Schulgelder	1,240-		1,200-	1,240-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	380,482-	364,520-	304,153-	15,961-	4-
435 Verkaufsertrag	700-		20-	700-	Neu
436 Rückerstattungen	3,326-	3,000-	2,286-	326-	11-
	<b>385,848-</b>	<b>367,520-</b>	<b>307,760-</b>	<b>18,327-</b>	<b>5-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone					
<b>Summe Ertrag</b>	<b>418,301-</b>	<b>422,020-</b>	<b>412,017-</b>	<b>3,719</b>	<b>1</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>3,367,915</b>	<b>3,255,629</b>	<b>3,570,375</b>	<b>112,286</b>	<b>3</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>3,367,915</b>	<b>3,255,629</b>	<b>3,570,375</b>	<b>112,286</b>	<b>3</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>501 SERVICES</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	7,181,377	7,278,910	7,293,738	97,533-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	433,559	435,450	426,027	1,892-	0-
304 Personalvers.beiträge	1,310,883	1,312,716	1,265,230	1,833-	0-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	112,578	116,358	109,925	3,780-	3-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	5,174	7,070	6,136	1,896-	27-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	4,712			4,712	Neu
309 Übriger Personalaufwand	147,286	172,520	186,167	25,234-	15-
	<b>9,195,568</b>	<b>9,323,024</b>	<b>9,287,223</b>	<b>127,456-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	47,900	57,500	64,445	9,600-	17-
311 Abschreibungen GWG	8,358	1,000	1,000	7,358	736
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	553,660	576,316	562,617	22,656-	4-
313 Verbrauchsmaterialien	148,362	153,220	119,356	4,858-	3-
314 Baulicher Unterhalt	379,513	482,000	332,662	102,487-	21-
315 Übriger Unterhalt	781,529	358,000	877,885	423,529	118
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,625,085	1,681,325	946,251	56,240-	3-
317 Spesenentschädigungen	21,130	15,000	12,878	6,130	41
318 Dienstleistungen und Honorare	1,836,680	1,198,799	1,279,722	637,881	53
319 Übriger Sachaufwand	2,300	1,500	1,534	800	53
	<b>5,404,515</b>	<b>4,524,660</b>	<b>4,198,349</b>	<b>879,855</b>	<b>19</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen	569		20	569	Neu
	<b>569</b>		<b>20</b>	<b>569</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>14,600,652</b>	<b>13,847,684</b>	<b>13,485,592</b>	<b>752,968</b>	<b>5</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	120-		120-	120-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	1,457,704-	1,415,000-	1,613,207-	42,704-	3-
435 Verkaufsertrag	107,239-		30-	107,239-	Neu
436 Rückerstattungen	171,981-	56,000-	303,366-	115,981-	207-
439 Übrige Entgelte	1,133-		11,648-	1,133-	Neu
	<b>1,738,177-</b>	<b>1,471,000-</b>	<b>1,928,371-</b>	<b>267,177-</b>	<b>18-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,738,177-</b>	<b>1,471,000-</b>	<b>1,928,371-</b>	<b>267,177-</b>	<b>18-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>12,862,475</b>	<b>12,376,684</b>	<b>11,557,222</b>	<b>485,791</b>	<b>4</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>12,862,475</b>	<b>12,376,684</b>	<b>11,557,222</b>	<b>485,791</b>	<b>4</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>501 RECHT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,126,490	3,101,480	3,028,983	25,010	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	187,079	185,196	179,262	1,883	1
304 Personalvers.beiträge	550,475	561,823	524,383	11,349-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	48,407	48,557	46,699	150-	0-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,452		1,998	2,452	Neu
309 Übriger Personalaufwand	12,078	23,320	16,271	11,242-	48-
	<b>3,926,980</b>	<b>3,920,376</b>	<b>3,797,596</b>	<b>6,604</b>	<b>0</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	253,420	202,637	285,900	50,783	25
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	4,164	4,710	4,164	546-	12-
313 Verbrauchsmaterialien	2,083		391	2,083	Neu
314 Baulicher Unterhalt	57,757			57,757	Neu
315 Übriger Unterhalt	58,774	10,800	54,343	47,974	444
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	93,630	81,794	180,116	11,836	14
317 Spesenentschädigungen	14,940	67,651	11,748	52,711-	78-
318 Dienstleistungen und Honorare	242,509	173,290	96,356	69,219	40
319 Übriger Sachaufwand	31,333	200	1,060	31,133	*999
	<b>758,608</b>	<b>541,082</b>	<b>634,079</b>	<b>217,526</b>	<b>40</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	19,429	20,000	36,299	571-	3-
	<b>19,429</b>	<b>20,000</b>	<b>36,299</b>	<b>571-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>4,705,017</b>	<b>4,481,457</b>	<b>4,467,975</b>	<b>223,560</b>	<b>5</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	3,227,482-	2,873,929-	3,012,803-	353,553-	12-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	1,675-			1,675-	Neu
435 Verkaufsertrag	62,160-	65,000-	77,567-	2,840	4
436 Rückerstattungen	4,403-	5,060-	40,091-	657	13
439 Übrige Entgelte	1,040-	500-	391-	540-	108-
	<b>3,296,759-</b>	<b>2,944,489-</b>	<b>3,130,851-</b>	<b>352,270-</b>	<b>12-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>3,296,759-</b>	<b>2,944,489-</b>	<b>3,130,851-</b>	<b>352,270-</b>	<b>12-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>1,408,258</b>	<b>1,536,968</b>	<b>1,337,124</b>	<b>128,710-</b>	<b>8-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>1,408,258</b>	<b>1,536,968</b>	<b>1,337,124</b>	<b>128,710-</b>	<b>8-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>506 KANTONSPOLIZEI</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	94,198,913	96,567,709	92,201,239	2,368,796-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	5,717,518	5,835,635	5,541,540	118,117-	2-
304 Personalvers.beiträge	15,809,793	16,811,916	15,442,432	1,002,123-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	1,489,107	1,575,913	1,464,173	86,806-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	1,069,268	1,020,000	1,334,121	49,268	5
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	74,494	95,000	61,837	20,506-	22-
309 Übriger Personalaufwand	2,997,289	2,634,322	2,737,034	362,967	14
	<b>121,356,381</b>	<b>124,540,494</b>	<b>118,782,376</b>	<b>3,184,113-</b>	<b>3-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	686,201	878,000	747,090	191,799-	22-
311 Abschreibungen GWG	1,175,203	1,219,000	1,203,227	43,797-	4-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	545,135	552,165	521,177	7,030-	1-
313 Verbrauchsmaterialien	1,136,066	1,233,000	1,117,117	96,934-	8-
314 Baulicher Unterhalt	608,179	429,000	486,536	179,179	42
315 Übriger Unterhalt	3,492,879	6,071,200	4,172,903	2,578,321-	42-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	5,615,097	4,693,101	4,689,679	921,996	20
317 Spesenentschädigungen	491,974	382,684	401,036	109,290	29
318 Dienstleistungen und Honorare	8,823,205	8,997,527	8,133,572	174,322-	2-
319 Übriger Sachaufwand	97,782	57,850	94,766	39,932	69
	<b>22,671,721</b>	<b>24,513,527</b>	<b>21,567,103</b>	<b>1,841,806-</b>	<b>8-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen	539			539	Neu
	<b>539</b>			<b>539</b>	<b>Neu</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	208,092	145,000	224,977	63,092	44
	<b>208,092</b>	<b>145,000</b>	<b>224,977</b>	<b>63,092</b>	<b>44</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen		1,316,000		1,316,000-	100-
		<b>1,316,000</b>		<b>1,316,000-</b>	<b>100-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>144,236,732</b>	<b>150,515,021</b>	<b>140,574,457</b>	<b>6,278,289-</b>	<b>4-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
406 Besitz- & Aufwandsteuer	30,829,993-	31,000,000-	30,803,717-	170,007	1
	<b>30,829,993-</b>	<b>31,000,000-</b>	<b>30,803,717-</b>	<b>170,007</b>	<b>1</b>
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
412 Patente und Abgaben					

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>42</b> <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	61-		57-	61-	Neu
429 Übrige Vermögenserträge	12,520-		49,959-	12,520-	Neu
	<b>12,581-</b>		<b>50,016-</b>	<b>12,581-</b>	<b>Neu</b>
<b>43</b> <u>Entgelte</u>					
431 Gebühren für Amtshandlung	12,630,945-	12,547,500-	11,746,370-	83,445-	1-
433 Schulgelder	328,583-	315,000-	328,154-	13,583-	4-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	7,754,062-	10,499,250-	7,571,705-	2,745,188	26
435 Verkaufsertrag	79,908-	60,000-	71,518-	19,908-	33-
436 Rückerstattungen	2,365,169-	2,641,000-	2,017,310-	275,831	10
437 Bussen	15,002,535-	20,300,000-	13,927,879-	5,297,465	26
439 Übrige Entgelte	340,563-		294,137-	340,563-	Neu
	<b>38,501,764-</b>	<b>46,362,750-</b>	<b>35,957,073-</b>	<b>7,860,986</b>	<b>17</b>
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	994,841-	876,600-	846,100-	118,241-	13-
	<b>994,841-</b>	<b>876,600-</b>	<b>846,100-</b>	<b>118,241-</b>	<b>13-</b>
Summe Ertrag	<b>70,339,179-</b>	<b>78,239,350-</b>	<b>67,656,906-</b>	<b>7,900,171</b>	<b>10</b>
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	<b>73,897,553</b>	<b>72,275,671</b>	<b>72,917,551</b>	<b>1,621,882</b>	<b>2</b>
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	3,306,889	3,829,000	3,400,023	522,111-	14-
	<b>3,306,889</b>	<b>3,829,000</b>	<b>3,400,023</b>	<b>522,111-</b>	<b>14-</b>
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	<b>3,306,889</b>	<b>3,829,000</b>	<b>3,400,023</b>	<b>522,111-</b>	<b>14-</b>
Summe Abschreibungen	<b>3,306,889</b>	<b>3,829,000</b>	<b>3,400,023</b>	<b>522,111-</b>	<b>14-</b>
Saldo Laufende Rechnung	<b>77,204,442</b>	<b>76,104,671</b>	<b>76,317,574</b>	<b>1,099,771</b>	<b>1</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>50</b> <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	2,047,121		1,308,152-	2,047,121	Neu
	<b>2,047,121</b>		<b>1,308,152-</b>	<b>2,047,121</b>	<b>Neu</b>
Summe Ausgaben Investitionen	<b>2,047,121</b>		<b>1,308,152-</b>	<b>2,047,121</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>66 Beiträge für eigene Rech.</b>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung			84,984-		
			84,984-		
Summe Einnahmen Investitionen			84,984-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	2,047,121		1,393,136-	2,047,121	Neu
Saldo Investitionsrechnung	2,047,121		1,393,136-	2,047,121	Neu
<b>509 RETTUNG</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	26,533,987	25,713,885	25,831,004	820,101	3
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,580,641	1,549,327	1,534,863	31,313	2
304 Personalvers.beiträge	4,600,318	4,597,881	4,519,877	2,437	0
305 Unfall & Krankenvers.beitr	411,127	416,976	404,874	5,849-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	436,968	471,200	437,565	34,232-	7-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte			8,486		
309 Übriger Personalaufwand	608,735	610,720	388,508	1,985-	0-
	34,171,775	33,359,989	33,125,178	811,787	2
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	104,928	118,500	127,573	13,572-	11-
311 Abschreibungen GWG	240,500	260,665	214,823	20,165-	8-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	798,596	801,768	835,157	3,172-	0-
313 Verbrauchsmaterialien	718,591	706,251	600,969	12,340	2
314 Baulicher Unterhalt	310,604	349,000	369,524	38,396-	11-
315 Übriger Unterhalt	2,096,070	1,841,500	2,625,583	254,570	14
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	4,147,335	4,280,170	4,163,808	132,835-	3-
317 Spesenentschädigungen	65,023	64,600	89,900	423	1
318 Dienstleistungen und Honorare	2,814,805	2,639,911	2,465,292	174,895	7
319 Übriger Sachaufwand	63,801	67,855	51,641	4,054-	6-
	11,360,254	11,130,220	11,544,269	230,034	2
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	709,627	831,500	574,825	121,873-	15-
	709,627	831,500	574,825	121,873-	15-
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
366 Beiträge an private HH	97,024			97,024	Neu
	97,024			97,024	Neu
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	135,920	80,000	151,415	55,920	70
	135,920	80,000	151,415	55,920	70
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	46,474,600	45,401,709	45,395,688	1,072,892	2

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			78-		
429 Übrige Vermögenserträge	100-		70-	100-	Neu
	100-		147-	100-	Neu
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	5,217,110-	4,580,000-	5,162,720-	637,110-	14-
431 Gebühren für Amtshandlung	688,467-	606,000-	670,166-	82,467-	14-
433 Schulgelder	363,682-	73,000-	152,940-	290,682-	398-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	11,688,682-	11,250,500-	12,117,518-	438,182-	4-
435 Verkaufsertrag	172,923-	154,500-	167,963-	18,423-	12-
436 Rückerstattungen	6,245,121-	6,778,000-	6,863,454-	532,879	8
437 Bussen	85,230-	80,000-	80,480-	5,230-	7-
439 Übrige Entgelte	90,209-	11,500-	52,855-	78,709-	684-
	24,551,422-	23,533,500-	25,268,096-	1,017,922-	4-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	733,952-	609,568-	606,831-	124,384-	20-
461 Kantone	811,863-	808,169-	836,783-	3,694-	0-
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	500-			500-	Neu
	1,546,314-	1,417,737-	1,443,614-	128,577-	9-
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
480 Entnahmen a. Spez. finanzierungen	97,024-		43,867-	97,024-	Neu
	97,024-		43,867-	97,024-	Neu
<b>Summe Ertrag</b>	26,194,860-	24,951,237-	26,755,724-	1,243,623-	5-
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	20,279,740	20,450,472	18,639,963	170,732-	1-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	1,545,441	1,081,391	1,285,046	464,050	43
	1,545,441	1,081,391	1,285,046	464,050	43
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	1,545,441	1,081,391	1,285,046	464,050	43
<b>Summe Abschreibungen</b>	1,545,441	1,081,391	1,285,046	464,050	43
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	21,825,181	21,531,863	19,925,009	293,319	1

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>50</b> <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	1,608,651		2,436,071	1,608,651	Neu
	1,608,651		2,436,071	1,608,651	Neu
<b>56</b> <u>Eigene Beiträge</u>					
566 Beiträge an private Institutionen			43,867		
			43,867		
Summe Ausgaben Investitionen	1,608,651		2,479,938	1,608,651	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	1,608,651		2,479,938	1,608,651	Neu
Saldo Investitionsrechnung	1,608,651		2,479,938	1,608,651	Neu
<b>510 BEVÖLKERUNGSDIENSTE UND MIGRATION</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3</b> <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<b>30</b> <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	20,891,668	21,612,519	21,046,212	720,851-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,180,253	1,214,998	1,205,627	34,745-	3-
304 Personalvers.beiträge	3,426,321	3,536,766	3,473,433	110,445-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	310,294	327,724	320,000	17,430-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	59,184	68,520	50,345	9,336-	14-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	32,158	90,000	37,967	57,843-	64-
309 Übriger Personalaufwand	144,787	144,260	95,951	527	0
	26,044,664	26,994,787	26,229,534	950,123-	4-
<b>31</b> <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	1,176,621	1,118,174	1,014,051	58,447	5
311 Abschreibungen GWG	16,764	16,764	16,764	0-	
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	249,415	239,891	257,373	9,524	4
313 Verbrauchsmaterialien	1,230,870	1,081,480	1,044,289	149,390	14
314 Baulicher Unterhalt	206,571	153,300	276,802	53,271	35
315 Übriger Unterhalt	592,119	563,390	799,450	28,729	5
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	3,209,165	3,178,249	2,974,978	30,916	1
317 Spesenentschädigungen	29,779	73,500	36,445	43,721-	59-
318 Dienstleistungen und Honorare	27,060,421	26,502,448	24,581,159	557,973	2
319 Übriger Sachaufwand	137,443	25,132	236,833	112,311	447
	33,909,168	32,952,328	31,238,144	956,840	3
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	77,651	80,200	76,919	2,549-	3-
	77,651	80,200	76,919	2,549-	3-



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>36</b> <u>Eigene Beiträge</u>					
361 Kantone	920,310	900,000	613,018	20,310	2
366 Beiträge an private HH	3,383	13,000	3,245	9,617-	74-
	<b>923,693</b>	<b>913,000</b>	<b>616,263</b>	<b>10,693</b>	<b>1</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>60,955,177</b>	<b>60,940,315</b>	<b>58,160,860</b>	<b>14,862</b>	<b>0</b>
<b>4</b> <u>Ertrag</u>					
<b>42</b> <u>Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	182-		173-	182-	Neu
429 Übrige Vermögenserträge	99-		203-	99-	Neu
	<b>281-</b>		<b>376-</b>	<b>281-</b>	<b>Neu</b>
<b>43</b> <u>Entgelte</u>					
431 Gebühren für Amtshandlung	7,909,282-	7,034,203-	7,910,336-	875,079-	12-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	5,520,456-	4,120,000-	5,279,605-	1,400,456-	34-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	332,360-	112,950-	140,976-	219,410-	194-
435 Verkaufsertrag	627,254-	536,250-	590,574-	91,004-	17-
436 Rückerstattungen	683,366-	498,309-	664,272-	185,057-	37-
439 Übrige Entgelte	42,014-	33,000-	88,223-	9,014-	27-
	<b>15,114,732-</b>	<b>12,334,712-</b>	<b>14,673,986-</b>	<b>2,780,020-</b>	<b>23-</b>
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	858,867-	800,000-	838,343-	58,867-	7-
461 Kantone	203,794-	200,000-	249,613-	3,794-	2-
	<b>1,062,661-</b>	<b>1,000,000-</b>	<b>1,087,957-</b>	<b>62,661-</b>	<b>6-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>16,177,674-</b>	<b>13,334,712-</b>	<b>15,762,318-</b>	<b>2,842,962-</b>	<b>21-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>44,777,503</b>	<b>47,605,603</b>	<b>42,398,542</b>	<b>2,828,100-</b>	<b>6-</b>
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	825,735	763,457	483,200-	62,278	8
	<b>825,735</b>	<b>763,457</b>	<b>483,200-</b>	<b>62,278</b>	<b>8</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>825,735</b>	<b>763,457</b>	<b>483,200-</b>	<b>62,278</b>	<b>8</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>825,735</b>	<b>763,457</b>	<b>483,200-</b>	<b>62,278</b>	<b>8</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>45,603,238</b>	<b>48,369,060</b>	<b>41,915,343</b>	<b>2,765,822-</b>	<b>6-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	334,994		842,996	334,994	Neu
	334,994		842,996	334,994	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	334,994		842,996	334,994	Neu
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
66 <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung			1,572,044-		
			1,572,044-		
Summe Einnahmen Investitionen			1,572,044-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	334,994		729,047-	334,994	Neu
Saldo Investitionsrechnung	334,994		729,047-	334,994	Neu
<u>520 STAATSANWALTSCHAFT</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	13,753,957	14,208,439	13,642,742	454,482-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	804,518	840,367	804,842	35,849-	4-
304 Personalvers.beiträge	2,591,095	2,687,990	2,565,564	96,895-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	187,444	198,821	191,783	11,377-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	8,298	12,000	8,486	3,702-	31-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte			141,427		
309 Übriger Personalaufwand	293,866	280,120	241,048	13,746	5
	17,639,177	18,227,737	17,595,892	588,560-	3-
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	219,801	195,000	130,236	24,801	13
311 Abschreibungen GWG	50,907	120,500	130,131	69,593-	58-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	119,803	130,000	122,042	10,197-	8-
313 Verbrauchsmaterialien	28,405	40,000	32,759	11,595-	29-
314 Baulicher Unterhalt	358,628	205,000	52,315	153,628	75
315 Übriger Unterhalt	605,881	506,067	458,222	99,814	20
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	2,051,201	2,008,100	1,940,135	43,101	2
317 Spesenentschädigungen	6,159	6,000	5,312	159	3
318 Dienstleistungen und Honorare	3,095,278	2,404,100	2,899,269	691,178	29

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
319 Übriger Sachaufwand	42,528	64,500	22,511	21,972-	34-
	6,578,592	5,679,267	5,792,932	899,325	16
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	83,080	180,000	194,527	96,920-	54-
	83,080	180,000	194,527	96,920-	54-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	24,300,849	24,087,004	23,583,352	213,845	1
<u>4 Ertrag</u>					
<u>43 Entgelte</u>					
431 Gebühren für Amtshandlung	3,586,105-	3,435,954-	3,545,828-	150,151-	4-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	53,966-	51,800-	55,241-	2,166-	4-
435 Verkaufsertrag	12,847-	8,000-	1,008-	4,847-	61-
436 Rückerstattungen	123,248-	128,000-	114,846-	4,752	4
437 Bussen	11,120-	14,000-	14,665-	2,880	21
439 Übrige Entgelte	11,887-	5,000-	5,497-	6,887-	138-
	3,799,173-	3,642,754-	3,737,085-	156,419-	4-
Summe Ertrag	3,799,173-	3,642,754-	3,737,085-	156,419-	4-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	20,501,676	20,444,250	19,846,266	57,425	0
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	103,910	131,000	148,442	27,090-	21-
	103,910	131,000	148,442	27,090-	21-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	103,910	131,000	148,442	27,090-	21-
Summe Abschreibungen	103,910	131,000	148,442	27,090-	21-
Saldo Laufende Rechnung	20,605,585	20,575,250	19,994,709	30,335	0

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>601 GENERALSEKRETARIAT BVD</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	7,300,848	7,229,352	7,387,221	71,496	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	434,100	444,964	435,023	10,864-	2-
304 Personalvers.beiträge	1,289,546	1,325,168	1,281,944	35,622-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	110,963	116,687	113,928	5,724-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	11,481	2,670	2,501	8,811	330
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		50,000		50,000-	100-
309 Übriger Personalaufwand	203,080	237,144	258,677	34,064-	14-
	<b>9,350,018</b>	<b>9,405,984</b>	<b>9,479,294</b>	<b>55,966-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	110,414	138,800	159,333	28,386-	20-
311 Abschreibungen GWG	58,344	58,000	58,344	344	1
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	159,240	168,000	171,699	8,760-	5-
313 Verbrauchsmaterialien	89,713	116,000	96,287	26,287-	23-
314 Baulicher Unterhalt	519,974	60,000	2,490,711	459,974	767
315 Übriger Unterhalt	795,763	793,000	939,796	2,763	0
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,525,816	1,218,088	1,456,173	307,728	25
317 Spesenentschädigungen	223,198	72,100	252,212	151,098	210
318 Dienstleistungen und Honorare	2,467,268	2,859,501	3,578,130	392,233-	14-
319 Übriger Sachaufwand	42,734	52,200	71,146	9,466-	18-
	<b>5,992,466</b>	<b>5,535,689</b>	<b>9,273,831</b>	<b>456,777</b>	<b>8</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	40-		1,400	40-	Neu
	<b>40-</b>		<b>1,400</b>	<b>40-</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	89,571	90,000	84,426	429-	0-
363 Eigene Anstalten					
	<b>89,571</b>	<b>90,000</b>	<b>84,426</b>	<b>429-</b>	<b>0-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	322,393		3,021,966	322,393	Neu
	<b>322,393</b>		<b>3,021,966</b>	<b>322,393</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>15,754,407</b>	<b>15,031,673</b>	<b>21,860,918</b>	<b>722,734</b>	<b>5</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	12,602-		48,252-	12,602-	Neu
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>12,602-</b>		<b>48,252-</b>	<b>12,602-</b>	<b>Neu</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	322,393-		3,021,966-	322,393-	Neu
431 Gebühren für Amtshandlung	50,770-	39,000-	47,630-	11,770-	30-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,843,022-	3,379,000-	3,430,821-	464,022-	14-
435 Verkaufsertrag	104,378-	90,000-	100,726-	14,378-	16-
436 Rückerstattungen	176,648-	71,750-	87,057-	104,898-	146-
439 Übrige Entgelte	65-		1,236-	65-	Neu
	<b>4,497,275-</b>	<b>3,579,750-</b>	<b>6,689,436-</b>	<b>917,525-</b>	<b>26-</b>
<b>48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen</b>					
480 Entnahmen a. Spez. finanzierungen	450,692-		2,427,670-	450,692-	Neu
	<b>450,692-</b>		<b>2,427,670-</b>	<b>450,692-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>4,960,569-</b>	<b>3,579,750-</b>	<b>9,165,358-</b>	<b>1,380,819-</b>	<b>39-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>10,793,838</b>	<b>11,451,923</b>	<b>12,695,561</b>	<b>658,084-</b>	<b>6-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	582,362	602,226	638,276	19,864-	3-
	<b>582,362</b>	<b>602,226</b>	<b>638,276</b>	<b>19,864-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>582,362</b>	<b>602,226</b>	<b>638,276</b>	<b>19,864-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>582,362</b>	<b>602,226</b>	<b>638,276</b>	<b>19,864-</b>	<b>3-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>11,376,200</b>	<b>12,054,149</b>	<b>13,333,836</b>	<b>677,948-</b>	<b>6-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
500 Grundstücke			9,586		
501 Tiefbauten	3,301,736		1,335,120	3,301,736	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	10,606		300,344	10,606	Neu
509 Übrige Sachgüter		63,000,000		63,000,000-	100-
	<b>3,312,342</b>	<b>63,000,000</b>	<b>1,645,049</b>	<b>59,687,658-</b>	<b>95-</b>
<b>Summe Ausgaben Investitionen</b>	<b>3,312,342</b>	<b>63,000,000</b>	<b>1,645,049</b>	<b>59,687,658-</b>	<b>95-</b>
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>66 Beiträge für eigene Rech.</b>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung		10,500,000-		10,500,000	100-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
669 <u>Übrige Beiträge eigene Rechnung</u>					
		10,500,000-		10,500,000	100-
68 <u>Beiträge Spezialfinanzierung</u>					
680 <u>Beiträge Spezialfinanzierung</u>	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
	3,301,736-		1,344,705-	3,301,736-	Neu
<u>Summe Einnahmen Investitionen</u>	3,301,736-	10,500,000-	1,344,705-	7,198,264	69
<u>Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>	10,606	52,500,000	300,344	52,489,394-	100-
<u>Saldo Investitionsrechnung</u>	10,606	52,500,000	300,344	52,489,394-	100-
<b>602 BAUINSPEKTORAT</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,412,591	2,348,111	2,350,668	64,480	3
303 Sozialversicherungsbeiträge	142,598	142,909	139,522	310-	0-
304 Personalvers.beiträge	444,105	436,297	419,841	7,808	2
305 Unfall & Krankenvers.beitr	36,865	38,312	37,185	1,447-	4-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	9,769	9,000	8,075	769	9
309 Übriger Personalaufwand	25,966	42,000	25,492	16,034-	38-
	3,071,894	3,016,629	2,980,783	55,265	2
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	124,782	185,500	133,612	60,718-	33-
313 Verbrauchsmaterialien	47			47	Neu
315 Übriger Unterhalt	710	3,400	902	2,690-	79-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	129,116	137,572	130,968	8,456-	6-
317 Spesenentschädigungen	3,838	3,000	1,908	838	28
318 Dienstleistungen und Honorare	2,039,992	2,194,109	2,282,289	154,117-	7-
319 Übriger Sachaufwand	6,425	1,000	11,807	5,425	543
	2,304,910	2,524,581	2,561,485	219,671-	9-
33 <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	8,143	35,000	76,027	26,857-	77-
	8,143	35,000	76,027	26,857-	77-
36 <u>Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	40,000	40,000	40,000		
	40,000	40,000	40,000		
<u>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>	5,424,947	5,616,210	5,658,295	191,263-	3-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	609-		308-	609-	Neu
	609-		308-	609-	Neu
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	4,395,067-	5,209,000-	4,695,037-	813,933	16
436 Rückerstattungen	63,138-	18,100-	25,627-	45,038-	249-
439 Übrige Entgelte	3,553-		39,130-	3,553-	Neu
	4,461,758-	5,227,100-	4,759,793-	765,342	15
Summe Ertrag	4,462,367-	5,227,100-	4,760,101-	764,733	15
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	962,581	389,110	898,194	573,470	147
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	14,411	15,000	20,588	589-	4-
	14,411	15,000	20,588	589-	4-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	14,411	15,000	20,588	589-	4-
Summe Abschreibungen	14,411	15,000	20,588	589-	4-
Saldo Laufende Rechnung	976,992	404,110	918,781	572,882	142
<b>614 STADTGÄRTNEREI</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	17,390,279	17,243,432	16,833,550	146,847	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,032,251	1,033,996	1,003,556	1,745-	0-
304 Personalvers.beiträge	2,884,604	2,898,971	2,812,263	14,367-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	274,288	280,610	268,113	6,322-	2-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	312,677	192,500	233,408	120,177	62
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	36,147	100,000	36,877	63,853-	64-
309 Übriger Personalaufwand	193,483	128,796	138,332	64,687	50
	22,123,729	21,878,305	21,326,099	245,424	1
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	125,345	180,900	219,247	55,555-	31-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
311 Abschreibungen GWG	264,692	301,900	390,589	37,208-	12-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	784,756	641,500	769,223	143,256	22
313 Verbrauchsmaterialien	2,778,941	2,652,700	2,841,984	126,241	5
314 Baulicher Unterhalt	2,056,679	2,570,500	2,691,570	513,821-	20-
315 Übriger Unterhalt	1,261,782	1,150,600	1,090,412	111,182	10
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	2,237,066	2,079,680	2,222,158	157,386	8
317 Spesenentschädigungen	154,447	138,000	123,446	16,447	12
318 Dienstleistungen und Honorare	2,552,946	2,413,858	6,777,444	139,088	6
319 Übriger Sachaufwand	235,442	63,700	40,468	171,742	270
	<b>12,452,098</b>	<b>12,193,338</b>	<b>17,166,540</b>	<b>258,760</b>	<b>2</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
322 Mittel- & lfr Schuld	1		2	1	Neu
	1		2	1	Neu
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	16,969	32,500	80,575	15,532-	48-
	16,969	32,500	80,575	15,532-	48-
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
362 Gemeinden	92,916	75,000	102,090	17,916	24
365 Private Institutionen	471,000	450,000	450,000	21,000	5
366 Beiträge an private HH	64,642	87,000	14,239	22,358-	26-
	628,558	612,000	566,329	16,558	3
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	25,400	20,000		5,400	27
	25,400	20,000		5,400	27
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	35,246,753	34,736,143	39,139,544	510,610	1
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	523-		953-	523-	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	1,393,489-	1,400,000-	1,390,167-	6,511	0
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	22,668-	250,500-	66,154-	227,832	91
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	73,404-	58,000-	69,730-	15,404-	27-
429 Übrige Vermögenserträge	33-		60-	33-	Neu
	1,490,116-	1,708,500-	1,527,064-	218,384	13
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	25,400-			25,400-	Neu
431 Gebühren für Amtshandlung	9,919-		7,099-	9,919-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	7,191,156-	8,862,500-	11,997,996-	1,671,344	19
435 Verkaufsertrag	2,878,931-	2,003,500-	3,237,330-	875,431-	44-
436 Rückerstattungen	428,506-	595,300-	517,321-	166,794	28
439 Übrige Entgelte	185,179-		170,123-	185,179-	Neu
	10,719,091-	11,461,300-	15,929,870-	742,209	6
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	80,190-	85,000-	90,750-	4,810	6
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung					
	80,190-	85,000-	90,750-	4,810	6
Summe Ertrag	12,289,397-	13,254,800-	17,547,684-	965,403	7
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	22,957,356	21,481,343	21,591,861	1,476,013	7



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	2,684,070	2,611,700	3,301,482	72,370	3
	2,684,070	2,611,700	3,301,482	72,370	3
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	2,684,070	2,611,700	3,301,482	72,370	3
Summe Abschreibungen	2,684,070	2,611,700	3,301,482	72,370	3
Saldo Laufende Rechnung	25,641,426	24,093,043	24,893,343	1,548,383	6
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	3,682,059		3,563,783	3,682,059	Neu
503 Hochbauten			510,715		
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	387,360			387,360	Neu
	4,069,419		4,074,498	4,069,419	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	4,069,419		4,074,498	4,069,419	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,069,419		4,074,498	4,069,419	Neu
Saldo Investitionsrechnung	4,069,419		4,074,498	4,069,419	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>617 TIEFBAUAMT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	36,888,310	38,414,682	37,844,897	1,526,372-	4-
303 Sozialversicherungsbeiträge	2,213,163	2,298,226	2,278,316	85,063-	4-
304 Personalvers.beiträge	6,240,984	6,461,335	6,171,545	220,351-	3-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	577,886	620,119	601,813	42,234-	7-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	437,650	419,300	367,706	18,350	4
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	617,794	506,000	424,243	111,794	22
309 Übriger Personalaufwand	389,137	486,470	326,522	97,333-	20-
	<b>47,364,923</b>	<b>49,206,132</b>	<b>48,015,042</b>	<b>1,841,209-</b>	<b>4-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	232,506	306,400	283,830	73,894-	24-
311 Abschreibungen GWG	826,139	815,300	935,355	10,839	1
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,951,701	3,056,900	2,539,726	1,105,199-	36-
313 Verbrauchsmaterialien	5,078,807	4,077,200	5,048,915	1,001,607	25
314 Baulicher Unterhalt	6,215,154	6,894,941	8,621,102	679,787-	10-
315 Übriger Unterhalt	3,262,152	2,461,020	3,049,711	801,132	33
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	3,431,888	3,382,440	3,469,024	49,448	1
317 Spesenentschädigungen	62,965	91,667	47,020	28,702-	31-
318 Dienstleistungen und Honorare	8,598,354	9,317,686	8,563,020	719,332-	8-
319 Übriger Sachaufwand	41,038	23,300	29,075	17,738	76
	<b>29,700,704</b>	<b>30,426,854</b>	<b>32,586,778</b>	<b>726,150-</b>	<b>2-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	5,210-	40,000	63,921	45,210-	113-
	<b>5,210-</b>	<b>40,000</b>	<b>63,921</b>	<b>45,210-</b>	<b>113-</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone		2,000		2,000-	100-
		<b>2,000</b>		<b>2,000-</b>	<b>100-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>77,060,417</b>	<b>79,674,986</b>	<b>80,665,742</b>	<b>2,614,569-</b>	<b>3-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	1,738-		2,261-	1,738-	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen		7,000-	14,660-	7,000	100-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	420,042-	468,000-	536,676-	47,958	10
429 Übrige Vermögenserträge	96-			96-	Neu
	<b>421,876-</b>	<b>475,000-</b>	<b>553,597-</b>	<b>53,124</b>	<b>11</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	515,931-	861,000-	2,888,193-	345,069	40
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	50,246,005-	47,698,430-	49,962,496-	2,547,575-	5-
435 Verkaufsertrag	7,187,161-	5,094,220-	4,594,769-	2,092,941-	41-
436 Rückerstattungen	1,226,888-	572,599-	1,114,147-	654,289-	114-
439 Übrige Entgelte	30,291-		105,974-	30,291-	Neu
	<b>59,206,276-</b>	<b>54,226,249-</b>	<b>58,665,579-</b>	<b>4,980,027-</b>	<b>9-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	6,194,059-	5,790,000-	6,079,159-	404,059-	7-
461 Kantone		13,500-		13,500	100-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	130,000-	130,000-	130,000-		
	6,324,059-	5,933,500-	6,209,159-	390,559-	7-
Summe Ertrag	65,952,211-	60,634,749-	65,428,334-	5,317,462-	9-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	11,108,206	19,040,237	15,237,407	7,932,031-	42-
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	80,130,428	26,568,775	38,148,396	53,561,653	202
	80,130,428	26,568,775	38,148,396	53,561,653	202
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	80,130,428	26,568,775	38,148,396	53,561,653	202
Summe Abschreibungen	80,130,428	26,568,775	38,148,396	53,561,653	202
Saldo Laufende Rechnung	91,238,634	45,609,012	53,385,804	45,629,622	100
<b>Investitionsrechnung</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>50</b> <u>Sachgüter</u>					
500 Grundstücke	474,151		1,553,231	474,151	Neu
501 Tiefbauten	59,471,541		67,058,339	59,471,541	Neu
503 Hochbauten	495,445			495,445	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	4,420,776		2,916,231	4,420,776	Neu
	64,861,913		71,527,801	64,861,913	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	64,861,913		71,527,801	64,861,913	Neu
<b>6</b> <u>Einnahmen Investitionen</u>					
<b>66</b> <u>Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	10,258,396-		23,269,941-	10,258,396-	Neu
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung	12,444-		1,000-	12,444-	Neu
662 Gemeindebeiträge eigene Rechnung	112,588-			112,588-	Neu
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung	3,347,837-		5,271,982-	3,347,837-	Neu
	13,731,265-		28,542,923-	13,731,265-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	13,731,265-		28,542,923-	13,731,265-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	51,130,647		42,984,878	51,130,647	Neu
Saldo Investitionsrechnung	51,130,647		42,984,878	51,130,647	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>631 GRUNDBUCH- UND VERMESSUNGSAMT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	5,032,417	5,205,834	4,956,299	173,417-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	298,110	310,308	296,762	12,198-	4-
304 Personalvers.beiträge	912,392	955,058	909,677	42,666-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	74,865	79,854	75,923	4,989-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	10,012	7,000	18,148	3,012	43
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	30,575	150,000		119,426-	80-
309 Übriger Personalaufwand	45,147	44,280	56,258	867	2
	<b>6,403,517</b>	<b>6,752,334</b>	<b>6,313,067</b>	<b>348,817-</b>	<b>5-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	20,347	52,000	19,409	31,653-	61-
311 Abschreibungen GWG	7,008	7,004	7,004	4	0
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	3,369	3,000	3,458	369	12
313 Verbrauchsmaterialien	42,756	36,000	67,457	6,756	19
315 Übriger Unterhalt	327,336	531,263	559,040	203,927-	38-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	751,526	526,112	470,363	225,414	43
317 Spesenentschädigungen	7,875		7,213	7,875	Neu
318 Dienstleistungen und Honorare	558,647	458,654	511,274	99,993	22
319 Übriger Sachaufwand	20,116	4,000	6,640	16,116	403
	<b>1,738,980</b>	<b>1,618,033</b>	<b>1,651,858</b>	<b>120,947</b>	<b>7</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	2,014	3,000	3,751	986-	33-
	<b>2,014</b>	<b>3,000</b>	<b>3,751</b>	<b>986-</b>	<b>33-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>8,144,510</b>	<b>8,373,367</b>	<b>7,968,676</b>	<b>228,857-</b>	<b>3-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	513-		17-	513-	Neu
429 Übrige Vermögenserträge	36-			36-	Neu
	<b>549-</b>		<b>17-</b>	<b>549-</b>	<b>Neu</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	3,467,078-	3,810,000-	3,653,000-	342,922	9
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,994,022-	3,606,000-	4,040,258-	388,022-	11-
435 Verkaufsertrag			400-		
436 Rückerstattungen	91,734-	91,000-	86,989-	734-	1-
439 Übrige Entgelte	243-		10,599-	243-	Neu
	<b>7,553,076-</b>	<b>7,507,000-</b>	<b>7,791,246-</b>	<b>46,076-</b>	<b>1-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	22,000-	65,000-	48,886-	43,000	66
	<b>22,000-</b>	<b>65,000-</b>	<b>48,886-</b>	<b>43,000</b>	<b>66</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>7,575,625-</b>	<b>7,572,000-</b>	<b>7,840,149-</b>	<b>3,625-</b>	<b>0</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>568,885</b>	<b>801,367</b>	<b>128,527</b>	<b>232,482-</b>	<b>29-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	47,268	47,300	67,533	32-	0
	47,268	47,300	67,533	32-	0
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	47,268	47,300	67,533	32-	0
Summe Abschreibungen	47,268	47,300	67,533	32-	0
Saldo Laufende Rechnung	616,153	848,667	196,060	232,514-	27-
<u>641 DENKMALPFLEGE</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,312,037	2,377,747	2,421,972	65,710-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	140,032	141,563	139,493	1,532-	1-
304 Personalvers.beiträge	403,312	436,011	428,848	32,699-	8-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	33,010	35,659	35,094	2,649-	7-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	8,893	7,600	8,653	1,293	17
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte			271		
309 Übriger Personalaufwand	23,289	5,800	6,327	17,489	302
	2,920,573	3,004,381	3,040,656	83,807-	3-
<u>31 Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	90,647	109,800	104,792	19,153-	17-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	23,495	20,000	23,594	3,495	17
313 Verbrauchsmaterialien	14,904	23,600	21,294	8,696-	37-
314 Baulicher Unterhalt	49,854	43,000	46,628	6,854	16
315 Übriger Unterhalt	30,718	25,400	21,750	5,318	21
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	547,901	547,884	547,884	17	
317 Spesenentschädigungen	31,687	17,100	22,552	14,587	85
318 Dienstleistungen und Honorare	286,177	264,291	254,413	21,886	8
319 Übriger Sachaufwand	3,075	1,900	3,438	1,175	62
	1,078,459	1,052,975	1,046,344	25,484	2
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	2		100	2	Neu
	2		100	2	Neu
<u>36 Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	15,000			15,000	Neu
	15,000			15,000	Neu
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	4,014,034	4,057,356	4,087,100	43,322-	1-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	0		0-	0	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	122,262-	130,000-	102,465-	7,739	6
429 Übrige Vermögenserträge					
	122,262-	130,000-	102,465-	7,738	6
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	198-		40-	198-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	110,633-	90,200-	81,364-	20,433-	23-
435 Verkaufsertrag	16,263-	27,000-	21,216-	10,737	40
436 Rückerstattungen	19,928-	38,100-	13,958-	18,172	48
439 Übrige Entgelte	1,566-		120-	1,566-	Neu
	148,588-	155,300-	116,698-	6,712	4
Summe Ertrag	270,850-	285,300-	219,163-	14,450	5
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	3,743,184	3,772,056	3,867,937	28,871-	1-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	3,253,833	3,200,000	1,997,278	53,833	2
	3,253,833	3,200,000	1,997,278	53,833	2
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3,253,833	3,200,000	1,997,278	53,833	2
Summe Abschreibungen	3,253,833	3,200,000	1,997,278	53,833	2
Saldo Laufende Rechnung	6,997,017	6,972,056	5,865,215	24,962	0
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>56 Eigene Beiträge</b>					
563 Beiträge an eigene Anstalten					
566 Beiträge an private Institutionen	3,253,833		1,997,278	3,253,833	Neu
	3,253,833		1,997,278	3,253,833	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	3,253,833		1,997,278	3,253,833	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	3,253,833		1,997,278	3,253,833	Neu
Saldo Investitionsrechnung	3,253,833		1,997,278	3,253,833	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>650 HPA / BAUKOSTENBEITRÄGE</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	2,915,333	2,000,000	1,980,000	915,333	46
	2,915,333	2,000,000	1,980,000	915,333	46
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	2,915,333	2,000,000	1,980,000	915,333	46
Summe Abschreibungen	2,915,333	2,000,000	1,980,000	915,333	46
Saldo Laufende Rechnung	2,915,333	2,000,000	1,980,000	915,333	46
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
566 Beiträge an private Institutionen	2,915,333		1,980,000	2,915,333	Neu
	2,915,333		1,980,000	2,915,333	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	2,915,333		1,980,000	2,915,333	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	2,915,333		1,980,000	2,915,333	Neu
Saldo Investitionsrechnung	2,915,333		1,980,000	2,915,333	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>651 HOCHBAU- UND PLANUNGSAMT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	14,685,000	15,835,035	13,105,932	1,150,035-	7-
303 Sozialversicherungsbeiträge	870,084	968,274	775,639	98,190-	10-
304 Personalvers.beiträge	2,680,235	3,021,549	2,396,545	341,314-	11-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	222,452	251,775	198,235	29,322-	12-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	51,142	23,000	43,942	28,142	122
309 Übriger Personalaufwand	117,645	89,000	113,212	28,645	32
	<b>18,626,558</b>	<b>20,188,632</b>	<b>16,633,505</b>	<b>1,562,074-</b>	<b>8-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	103,479	119,219	59,869	15,740-	13-
311 Abschreibungen GWG	11,640	35,000	11,640	23,360-	67-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	9,188	9,000	24,777	188	2
313 Verbrauchsmaterialien	42,009	37,500	38,983	4,509	12
314 Baulicher Unterhalt	6,704	2,000	4,883	4,704	235
315 Übriger Unterhalt	547,588	591,500	775,390	43,912-	7-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	790,034	748,140	758,480	41,894	6
317 Spesenentschädigungen	29,287	49,000	10,439	19,713-	40-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,900,969	3,180,648	3,173,411	1,279,679-	40-
319 Übriger Sachaufwand	73,103	44,000	35,539	29,103	66
	<b>3,514,001</b>	<b>4,816,007</b>	<b>4,893,410</b>	<b>1,302,006-</b>	<b>27-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	22		7,900	22	Neu
	<b>22</b>		<b>7,900</b>	<b>22</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	931,000	946,000	883,000	15,000-	2-
	<b>931,000</b>	<b>946,000</b>	<b>883,000</b>	<b>15,000-</b>	<b>2-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>23,071,581</b>	<b>25,950,639</b>	<b>22,417,815</b>	<b>2,879,058-</b>	<b>11-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	8,590-		31,041-	8,590-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	400-	1,000-	400-	600	60
	<b>8,990-</b>	<b>1,000-</b>	<b>31,441-</b>	<b>7,990-</b>	<b>799-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	29-		160-	29-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	4,393,330-	6,042,978-	3,839,166-	1,649,648	27
435 Verkaufsertrag	566,670	452,000-	719,254-	114,670-	25-
436 Rückerstattungen	90,516-	113,111-	178,885-	22,595	20
439 Übrige Entgelte	585-		7,063-	585-	Neu
	<b>5,051,131-</b>	<b>6,608,089-</b>	<b>4,744,527-</b>	<b>1,556,958</b>	<b>24</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>5,060,121-</b>	<b>6,609,089-</b>	<b>4,775,968-</b>	<b>1,548,968</b>	<b>23</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>18,011,460</b>	<b>19,341,550</b>	<b>17,641,847</b>	<b>1,330,090-</b>	<b>7-</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	769,924	903,740	845,221	133,816-	15-
	769,924	903,740	845,221	133,816-	15-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	769,924	903,740	845,221	133,816-	15-
Summe Abschreibungen	769,924	903,740	845,221	133,816-	15-
Saldo Laufende Rechnung	18,781,384	20,245,290	18,487,068	1,463,906-	7-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	847,163		127,453	847,163	Neu
503 Hochbauten	453,598		315,315	453,598	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.			14,409		
	1,300,760		457,177	1,300,760	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	1,300,760		457,177	1,300,760	Neu
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung			251,170-		
662 Gemeindebeiträge eigene Rechnung			20,136-		
			271,306-		
Summe Einnahmen Investitionen			271,306-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	1,300,760		185,871	1,300,760	Neu
Saldo Investitionsrechnung	1,300,760		185,871	1,300,760	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>661 MOBILITÄT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,056,479	2,941,328	2,585,924	115,150	4
303 Sozialversicherungsbeiträge	179,186	162,249	153,643	16,937	10
304 Personalvers.beiträge	586,222	522,007	507,550	64,215	12
305 Unfall & Krankenvers.beitr	45,694	42,055	39,823	3,639	9
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	10,261	12,000	10,224	1,739-	14-
309 Übriger Personalaufwand	29,726	42,500	61,143	12,774-	30-
	<b>3,907,567</b>	<b>3,722,139</b>	<b>3,358,308</b>	<b>185,428</b>	<b>5</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	9,742	19,200	17,506	9,458-	49-
311 Abschreibungen GWG	53,046	18,000	19,986	35,046	195
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	258,330		225	258,330	Neu
313 Verbrauchsmaterialien	38,797			38,797	Neu
314 Baulicher Unterhalt	532,734	120,000	116,439	412,734	344
315 Übriger Unterhalt	64,682	221,000	463,751	156,318-	71-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	143,690	137,492	137,844	6,198	5
317 Spesenentschädigungen	13,693	15,000	24,834	1,307-	9-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,676,351	1,674,257	1,519,044	2,094	0
319 Übriger Sachaufwand	19,143	19,200	21,124	57-	0-
	<b>2,810,209</b>	<b>2,224,149</b>	<b>2,320,753</b>	<b>586,060</b>	<b>26</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6,717,776</b>	<b>5,946,288</b>	<b>5,679,061</b>	<b>771,488</b>	<b>13</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	13,893-	8,000-	4,700-	5,893-	74-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	1,032,402-	1,017,604-	914,489-	14,798-	1-
435 Verkaufsertrag	38,983-		1,130-	38,983-	Neu
436 Rückerstattungen	38,086-	18,000-	11,219-	20,086-	112-
439 Übrige Entgelte	65-			65-	Neu
	<b>1,123,429-</b>	<b>1,043,604-</b>	<b>931,537-</b>	<b>79,825-</b>	<b>8-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung		2,000-		2,000	100-
		<b>2,000-</b>		<b>2,000</b>	<b>100-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,123,429-</b>	<b>1,045,604-</b>	<b>931,537-</b>	<b>77,825-</b>	<b>7-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,594,347</b>	<b>4,900,684</b>	<b>4,747,523</b>	<b>693,663</b>	<b>14</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	840,000		592,227	840,000	Neu
	840,000		592,227	840,000	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	840,000		592,227	840,000	Neu
Summe Abschreibungen	840,000		592,227	840,000	Neu
Saldo Laufende Rechnung	6,434,347	4,900,684	5,339,750	1,533,662	31
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	1,934,994		529,755	1,934,994	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	387,353		1,753,866	387,353	Neu
	2,322,347		2,283,620	2,322,347	Neu
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
567 Beiträge ans Ausland	70,000		184,943	70,000	Neu
	70,000		184,943	70,000	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	2,392,347		2,468,563	2,392,347	Neu
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung				17,400-	Neu
661 Kantonsbeiträge eigene Rechnung	17,400-			17,400-	Neu
	17,400-			17,400-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	17,400-			17,400-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	2,374,948		2,468,563	2,374,948	Neu
Saldo Investitionsrechnung	2,374,948		2,468,563	2,374,948	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>661 ÖFFENTLICHER VERKEHR (GLOBALBUDGET)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
363 Eigene Anstalten	79,542,704	79,744,900	75,383,969	202,196-	0-
365 Private Institutionen	1,109,500	1,260,000	1,214,479	150,500-	12-
	80,652,204	81,004,900	76,598,448	352,696-	0-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	80,652,204	81,004,900	76,598,448	352,696-	0-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	107,866-	105,000-	325,208-	2,866-	3-
439 Übrige Entgelte			35,491-		
	107,866-	105,000-	360,699-	2,866-	3-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone	2,414,061-	2,261,000-	2,511,500-	153,061-	7-
462 Gemeinden	280,000-	280,000-	280,000-		
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	367,236-	167,000-	167,236-	200,236-	120-
	3,061,297-	2,708,000-	2,958,736-	353,297-	13-
Summe Ertrag	3,169,163-	2,813,000-	3,319,435-	356,163-	13-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	77,483,041	78,191,900	73,279,013	708,859-	1-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	6,690,611	8,070,000	6,820,050	1,379,389-	17-
	6,690,611	8,070,000	6,820,050	1,379,389-	17-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6,690,611	8,070,000	6,820,050	1,379,389-	17-
Summe Abschreibungen	6,690,611	8,070,000	6,820,050	1,379,389-	17-
Saldo Laufende Rechnung	84,173,652	86,261,900	80,099,063	2,088,248-	2-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	17,815,171		18,348,082	17,815,171	Neu
509 Übrige Sachgüter		27,300,000		27,300,000-	100-
	17,815,171	27,300,000	18,348,082	9,484,829-	35-
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
563 Beiträge an eigene Anstalten	128,720		203,244	128,720	Neu
	128,720		203,244	128,720	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	17,943,891	27,300,000	18,551,326	9,356,109-	34-
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	70,000-	3,000,000-		2,930,000	98
663 Beiträge Eigene Anstalten	105,175-			105,175-	Neu
669 Übrige Beiträge eigene Rechnung					
	175,175-	3,000,000-		2,824,825	94
Summe Einnahmen Investitionen	175,175-	3,000,000-		2,824,825	94
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	17,768,716	24,300,000	18,551,326	6,531,284-	27-
Saldo Investitionsrechnung	17,768,716	24,300,000	18,551,326	6,531,284-	27-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>701 GENERALSEKRETARIAT GD</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,770,520	3,862,284	3,499,002	91,764-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	213,241	226,970	203,270	13,729-	6-
304 Personalvers.beiträge	646,316	698,207	613,678	51,891-	7-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	53,055	57,197	50,472	4,142-	7-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	1,251	3,300	9,410	2,049-	62-
309 Übriger Personalaufwand	40,566	138,880	116,748	98,314-	71-
	<b>4,724,949</b>	<b>4,986,838</b>	<b>4,492,579</b>	<b>261,889-</b>	<b>5-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	38,088	56,900	39,387	18,812-	33-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	14,115	18,100	18,376	3,985-	22-
313 Verbrauchsmaterialien	7,534	9,350	8,994	1,816-	19-
314 Baulicher Unterhalt	8,223	7,200	8,426	1,023	14
315 Übriger Unterhalt	94,378	434,000	340,252	339,622-	78-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	298,698	298,652	303,271	46	0
317 Spesenentschädigungen	123,788	147,800	119,910	24,012-	16-
318 Dienstleistungen und Honorare	673,256	1,577,728	599,531	904,472-	57-
319 Übriger Sachaufwand	197,861	321,400	180,007	123,539-	38-
	<b>1,455,941</b>	<b>2,871,130</b>	<b>1,618,154</b>	<b>1,415,189-</b>	<b>49-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	300		37	300	Neu
	<b>300</b>		<b>37</b>	<b>300</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	32,137	32,000	31,889	137	0
	<b>32,137</b>	<b>32,000</b>	<b>31,889</b>	<b>137</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6,213,327</b>	<b>7,889,968</b>	<b>6,142,659</b>	<b>1,676,641-</b>	<b>21-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	600-	500-	1,200-	100-	20-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	133,765-	132,500-	107,651-	1,265-	1-
435 Verkaufsertrag	1,319-	200-	2,695-	1,119-	560-
436 Rückerstattungen	48,559-	25,768-	16,264-	22,791-	88-
439 Übrige Entgelte			326-		
	<b>184,244-</b>	<b>158,968-</b>	<b>128,135-</b>	<b>25,276-</b>	<b>16-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>184,244-</b>	<b>158,968-</b>	<b>128,135-</b>	<b>25,276-</b>	<b>16-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>6,029,083</b>	<b>7,731,000</b>	<b>6,014,524</b>	<b>1,701,917-</b>	<b>22-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>6,029,083</b>	<b>7,731,000</b>	<b>6,014,524</b>	<b>1,701,917-</b>	<b>22-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
509 <u>Übrige Sachgüter</u>		37,000,000		37,000,000-	100-
		37,000,000		37,000,000-	100-
Summe Ausgaben Investitionen		37,000,000		37,000,000-	100-
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)		37,000,000		37,000,000-	100-
Saldo Investitionsrechnung		37,000,000		37,000,000-	100-
<u>702 GESUNDHEITSDIENSTE</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	6,235,204	6,349,111	6,337,331	113,907-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	370,826	388,706	373,947	17,880-	5-
304 Personalvers.beiträge	1,137,326	1,160,780	1,122,741	23,454-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	91,765	100,553	95,059	8,788-	9-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	23,466	18,100	17,105	5,366	30
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	92,992	5,000	21,755	87,992	*999
309 Übriger Personalaufwand	96,716	84,864	126,202	11,852	14
	8,048,295	8,107,114	8,094,141	58,819-	1-
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	195,872	207,600	205,449	11,728-	6-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	53,396	36,500	34,053	16,896	46
313 Verbrauchsmaterialien	421,955	692,200	927,103	270,245-	39-
314 Baulicher Unterhalt	93,789	94,900	91,801	1,111-	1-
315 Übriger Unterhalt	253,044	222,950	257,188	30,094	14
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	601,533	545,236	556,897	56,297	10
317 Spesenentschädigungen	22,933	26,300	37,078	3,367-	13-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,762,495	3,353,400	2,301,477	1,590,905-	47-
319 Übriger Sachaufwand	9,945	6,000	8,992	3,945	66
	3,414,962	5,185,086	4,420,036	1,770,124-	34-
33 <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	5		8	5	Neu
	5		8	5	Neu
36 <u>Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	5,509,050	5,393,000	4,869,000	116,050	2
366 Beiträge an private HH	3,766,348	4,264,000	4,522,881	497,652-	12-
	9,275,398	9,657,000	9,391,881	381,602-	4-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	20,738,660	22,949,200	21,906,066	2,210,540-	10-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			1-		
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	11,400-	11,400-	11,400-		
429 Übrige Vermögenserträge					
	11,400-	11,400-	11,401-		
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	52,330-	44,000-	55,040-	8,330-	19-
433 Schulgelder	27,500-		28,860-	27,500-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	879,975-	1,005,000-	1,585,525-	125,025	12
435 Verkaufsertrag	18,925-	15,200-	17,520-	3,725-	25-
436 Rückerstattungen	156,039-	25,300-	61,601-	130,739-	517-
437 Bussen			300-		
439 Übrige Entgelte	133,818-			133,818-	Neu
	1,268,587-	1,089,500-	1,748,846-	179,087-	16-
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	375,300-	375,300-	248,251-		
461 Kantone	870,000-	1,000,000-	850,000-	130,000	13
	1,245,300-	1,375,300-	1,098,251-	130,000	9
Summe Ertrag	2,525,287-	2,476,200-	2,858,498-	49,087-	2-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	18,213,373	20,473,000	19,047,568	2,259,627-	11-
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	190,658		359,367	190,658	Neu
	190,658		359,367	190,658	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	190,658		359,367	190,658	Neu
Summe Abschreibungen	190,658		359,367	190,658	Neu
Saldo Laufende Rechnung	18,404,032	20,473,000	19,406,935	2,068,968-	10-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	190,658		359,367	190,658	Neu
	190,658		359,367	190,658	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	190,658		359,367	190,658	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	190,658		359,367	190,658	Neu
Saldo Investitionsrechnung	190,658		359,367	190,658	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>706 GESUNDHEITSSCHUTZ</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	11,332,467	11,179,763	10,856,786	152,704	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	666,636	638,282	651,275	28,354	4
304 Personalvers.beiträge	1,928,832	1,913,002	1,887,864	15,830	1
305 Unfall & Krankenvers.beitr	154,536	162,784	158,030	8,249-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	9,276	32,200	14,948	22,924-	71-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		60,000		60,000-	100-
309 Übriger Personalaufwand	110,447	73,062	114,654	37,385	51
	<b>14,202,194</b>	<b>14,059,093</b>	<b>13,683,557</b>	<b>143,101</b>	<b>1</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	83,583	98,600	94,130	15,017-	15-
311 Abschreibungen GWG	384,356	295,798	384,871	88,558	30
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	245,136	190,000	241,053	55,136	29
313 Verbrauchsmaterialien	1,087,882	977,500	1,282,459	110,382	11
314 Baulicher Unterhalt	267,711	189,000	237,435	78,711	42
315 Übriger Unterhalt	1,126,018	720,750	1,241,483	405,268	56
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,340,725	1,231,636	1,212,828	109,089	9
317 Spesenentschädigungen	108,614	64,000	78,322	44,614	70
318 Dienstleistungen und Honorare	715,333	1,105,128	672,034	389,795-	35-
319 Übriger Sachaufwand	9,643	13,300	7,062	3,657-	28-
	<b>5,369,001</b>	<b>4,885,712</b>	<b>5,451,677</b>	<b>483,289</b>	<b>10</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	4,988,490	30,800	256,912	4,957,690	*999
	<b>4,988,490</b>	<b>30,800</b>	<b>256,912</b>	<b>4,957,690</b>	<b>*999</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	20,482		5,848	20,482	Neu
	<b>20,482</b>		<b>5,848</b>	<b>20,482</b>	<b>Neu</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	59,988			59,988	Neu
	<b>59,988</b>			<b>59,988</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>24,640,155</b>	<b>18,975,605</b>	<b>19,397,994</b>	<b>5,664,550</b>	<b>30</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
406 Besitz- & Aufwandsteuer	670,059-	630,000-	648,083-	40,059-	6-
	<b>670,059-</b>	<b>630,000-</b>	<b>648,083-</b>	<b>40,059-</b>	<b>6-</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	1-		1-	1-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	494,120-	440,000-	441,247-	54,120-	12-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
429 Übrige Vermögenserträge	0			0	Neu
	494,120-	440,000-	441,248-	54,120-	12-
<u>43 Entgelte</u>					
431 Gebühren für Amtshandlung	4,393,154-	3,434,000-	4,386,123-	959,154-	28-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	2,476,979-	2,678,163-	2,535,138-	201,184	8
435 Verkaufsertrag	11,323-	400-	4,278-	10,923-	*999-
436 Rückerstattungen	168,320-	117,042-	151,541-	51,278-	44-
439 Übrige Entgelte	9,629-		1,449-	9,629-	Neu
	7,059,405-	6,229,605-	7,078,529-	829,800-	13-
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
461 Kantone	94,161-	318,000-	316,250-	223,839	70
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	228,486-			228,486-	Neu
	322,647-	318,000-	316,250-	4,647-	1-
Summe Ertrag	8,546,231-	7,617,605-	8,484,110-	928,626-	12-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	16,093,924	11,358,000	10,913,884	4,735,924	42
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	162,065	268,933	158,626	106,868-	40-
	162,065	268,933	158,626	106,868-	40-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	162,065	268,933	158,626	106,868-	40-
Summe Abschreibungen	162,065	268,933	158,626	106,868-	40-
Saldo Laufende Rechnung	16,255,988	11,626,933	11,072,510	4,629,056	40
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.			408,758		
			408,758		
Summe Ausgaben Investitionen			408,758		

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
60 <u>Abgang von Sachgütern</u>					
600 Abgang von Grundstücken			5,146,203-		
			5,146,203-		
Summe Einnahmen Investitionen			5,146,203-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)			4,737,445-		
Saldo Investitionsrechnung			4,737,445-		
<b>709 SCHLACHTHOF BASEL</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
3 <u>Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
30 <u>Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	357,650	325,617	360,235	32,033	10
303 Sozialversicherungsbeiträge	20,526	19,303	21,934	1,223	6
304 Personalvers.beiträge	57,711	61,289	66,174	3,579-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	4,998	4,788	5,615	211	4
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	25,312	5,000	23,051	20,312	406
309 Übriger Personalaufwand	992	8,480	2,414	7,488-	88-
	467,189	424,478	479,423	42,711	10
31 <u>Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	12,451	16,500	14,816	4,049-	25-
311 Abschreibungen GWG		95,174	36,184	95,174-	100-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,437,611	1,950,000	1,422,455	512,389-	26-
313 Verbrauchsmaterialien	138,925	193,000	149,236	54,075-	28-
314 Baulicher Unterhalt	313,649	336,000	218,131	22,351-	7-
315 Übriger Unterhalt	723,515	448,000	664,733	275,515	62
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	3,066	57,500	50,864	54,434-	95-
317 Spesenentschädigungen	5,360	7,000	1,334	1,640-	23-
318 Dienstleistungen und Honorare	130,866	187,128	159,280	56,262-	30-
319 Übriger Sachaufwand	540		300	540	Neu
	2,765,984	3,290,302	2,717,333	524,318-	16-
32 <u>Passivzinsen</u>					
321 Kurzfr. Schulden		15,000		15,000-	100-
322 Mittel- & lfr Schuld	737,160	734,700	775,445	2,460	0
	737,160	749,700	775,445	12,540-	2-
33 <u>Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	15,841,523	647,544	842,393	15,193,979	*999
	15,841,523	647,544	842,393	15,193,979	*999
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	19,811,855	5,112,024	4,814,594	14,699,831	288

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	448-		734-	448-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	81,173-	70,000-	76,950-	11,173-	16-
	81,620-	70,000-	77,684-	11,620-	17-
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,316,662-	3,123,480-	2,681,663-	193,182-	6-
435 Verkaufsertrag	1,548,455-	2,016,000-	1,998,683-	467,545	23
436 Rückerstattungen	11,032-	13,000-	46,931-	1,968	15
439 Übrige Entgelte			9,748-		
	4,876,149-	5,152,480-	4,737,024-	276,331	5
Summe Ertrag	4,957,769-	5,222,480-	4,814,708-	264,711	5
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	14,854,086	110,456-	115-	14,964,542	*999
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.			115		
			115		
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen			115		
Summe Abschreibungen			115		
Saldo Laufende Rechnung	14,854,086	110,456-		14,964,542	*999
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>6 Einnahmen Investitionen</b>					
<b>60 Abgang von Sachgütern</b>					
600 Abgang von Grundstücken			14,238,632-		
			14,238,632-		
Summe Einnahmen Investitionen			14,238,632-		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)			14,238,632-		
Saldo Investitionsrechnung			14,238,632-		

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>720 ÖFFENTL. ZAHNKLINIKEN BS</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	9,345,828	10,150,057	9,462,098	804,229-	8-
303 Sozialversicherungsbeiträge	550,222	603,447	566,703	53,225-	9-
304 Personalvers.beiträge	1,518,581	1,619,987	1,549,814	101,407-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	137,027	155,501	143,868	18,474-	12-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	72,296	67,800	75,976	4,496	7
309 Übriger Personalaufwand	50,201	82,216	53,583	32,015-	39-
	<b>11,674,154</b>	<b>12,679,009</b>	<b>11,852,041</b>	<b>1,004,855-</b>	<b>8-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	54,459	43,800	55,049	10,659	24
311 Abschreibungen GWG	47,077	54,378	54,380	7,301-	13-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	89,615	94,000	97,480	4,385-	5-
313 Verbrauchsmaterialien	890,962	785,800	751,925	105,162	13
314 Baulicher Unterhalt	1,722	2,200	686	478-	22-
315 Übriger Unterhalt	300,243	385,600	328,562	85,357-	22-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	487,891	508,520	499,031	20,629-	4-
317 Spesenentschädigungen	8,726	12,900	9,262	4,174-	32-
318 Dienstleistungen und Honorare	768,795	419,893	642,303	348,902	83
319 Übriger Sachaufwand	2,890	3,900	2,600	1,010-	26-
	<b>2,652,380</b>	<b>2,310,991</b>	<b>2,441,278</b>	<b>341,389</b>	<b>15</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	81,217	44,500	92,735	36,717	83
	<b>81,217</b>	<b>44,500</b>	<b>92,735</b>	<b>36,717</b>	<b>83</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
366 Beiträge an private HH	2,952,523	2,700,000	2,938,247	252,523	9
	<b>2,952,523</b>	<b>2,700,000</b>	<b>2,938,247</b>	<b>252,523</b>	<b>9</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>17,360,273</b>	<b>17,734,500</b>	<b>17,324,301</b>	<b>374,227-</b>	<b>2-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	2,467-	600-	1,027-	1,867-	311-
	<b>2,467-</b>	<b>600-</b>	<b>1,027-</b>	<b>1,867-</b>	<b>311-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	33,377-	24,000-	26,851-	9,377-	39-
432 Spital- und Heimplatz, Kostgelder	9,643,738-	10,328,000-	9,961,538-	684,262	7
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	590,219-	587,600-	635,110-	2,619-	0-
435 Verkaufsertrag	1,092,513-	945,500-	897,608-	147,013-	16-
436 Rückerstattungen	195,565-	279,000-	205,553-	83,435	30
439 Übrige Entgelte	18,979-	20,800-	20,486-	1,821	9
	<b>11,574,392-</b>	<b>12,184,900-</b>	<b>11,747,146-</b>	<b>610,508</b>	<b>5</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>11,576,859-</b>	<b>12,185,500-</b>	<b>11,748,173-</b>	<b>608,641</b>	<b>5</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,783,414</b>	<b>5,549,000</b>	<b>5,576,129</b>	<b>234,415</b>	<b>4</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	3,428	136,300	610,530	132,872-	97-
	3,428	136,300	610,530	132,872-	97-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3,428	136,300	610,530	132,872-	97-
Summe Abschreibungen	3,428	136,300	610,530	132,872-	97-
Saldo Laufende Rechnung	5,786,842	5,685,300	6,186,658	101,543	2
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.			605,632		
			605,632		
Summe Ausgaben Investitionen			605,632		
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)			605,632		
Saldo Investitionsrechnung			605,632		
<u>730 GESUNDHEITSVERSORGUNG</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,450,963	2,573,380	2,059,846	122,418-	5-
303 Sozialversicherungsbeiträge	144,550	153,016	125,412	8,466-	6-
304 Personalvers.beiträge	448,643	488,841	395,907	40,197-	8-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	36,463	38,858	30,946	2,395-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	5,050	7,700	5,049	2,650-	34-
309 Übriger Personalaufwand	34,319	16,120	27,655	18,199	113
	3,119,989	3,277,916	2,644,814	157,927-	5-
<u>31 Sachaufwand</u>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	18,794	28,300	17,320	9,506-	34-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	2,168	3,000	2,212	832-	28-
314 Baulicher Unterhalt	6,330	5,400	5,907	930	17
315 Übriger Unterhalt	8,583	51,250	26,895	42,667-	83-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	172,949	145,448	119,129	27,501	19
317 Spesenentschädigungen	8,880	9,500	5,397	620-	7-
318 Dienstleistungen und Honorare	490,194	926,886	349,339	436,692-	47-
319 Übriger Sachaufwand	6,018	2,000	5,766	4,018	201
	713,915	1,171,784	531,964	457,869-	39-
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	470,000	425,000	455,836	45,000	11
362 Gemeinden	5,335,164	5,700,000	5,486,906	364,836-	6-
363 Eigene Anstalten	14,019,987	13,230,000	9,358,863	789,987	6
365 Private Institutionen	55,512,853	58,200,500	54,005,569	2,687,647-	5-
366 Beiträge an private HH	114,773,732	107,850,000	112,941,602	6,923,732	6
	190,111,736	185,405,500	182,248,777	4,706,236	3
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	193,945,639	189,855,200	185,425,554	4,090,439	2
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	27,950-	24,000-	25,765-	3,950-	16-
435 Verkaufsertrag	100-			100-	Neu
436 Rückerstattungen	8,537-	7,200-	72,017-	1,337-	19-
439 Übrige Entgelte			3,634-		
	36,587-	31,200-	101,415-	5,387-	17-
Summe Ertrag	36,587-	31,200-	101,415-	5,387-	17-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	193,909,052	189,824,000	185,324,139	4,085,052	2
Saldo Laufende Rechnung	193,909,052	189,824,000	185,324,139	4,085,052	2
<b>731 UNIVERSITÄTSSPITAL</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	402,104,506	393,948,000	396,007,658	8,156,506	2
303 Sozialversicherungsbeiträge	20,565,428	20,254,000	20,377,570	311,428	2
304 Personalvers.beiträge	57,275,835	55,779,000	55,954,327	1,496,835	3
305 Unfall & Krankenvers.beitr	5,579,466	5,723,000	5,627,767	143,534-	3-
306 Zulage Kleider,Verpfl,Whg	3,742,096	3,466,000	3,769,554	276,096	8
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	4,650,402	3,375,000	4,203,050	1,275,402	38
309 Übriger Personalaufwand	3,538,243	3,208,000	3,067,761	330,243	10
	497,455,976	485,753,000	489,007,688	11,702,976	2
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	5,207,998	4,762,000	4,399,757	445,998	9

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
311 Abschreibungen GWG	1,603,400	2,110,000	1,782,615	506,600-	24-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	11,336,088	11,800,000	11,348,333	463,913-	4-
313 Verbrauchsmaterialien	159,935,618	156,875,000	152,883,345	3,060,618	2
314 Baulicher Unterhalt	9,447,806	8,100,000	8,399,760	1,347,806	17
315 Übriger Unterhalt	18,561,233	17,627,000	20,498,158	934,233	5
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	30,930,027	31,888,000	31,590,002	957,973-	3-
317 Spesensschädigungen	462,202	469,000	419,582	6,798-	1-
318 Dienstleistungen und Honorare	31,682,836	29,736,000	31,533,108	1,946,836	7
319 Übriger Sachaufwand	1,054,798		202,649-	1,054,798	Neu
	<b>270,222,007</b>	<b>263,367,000</b>	<b>262,652,011</b>	<b>6,855,007</b>	<b>3</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen			37		
322 Mittel- & lfr Schuld	70,823	76,000	83,809	5,177-	7-
	<b>70,823</b>	<b>76,000</b>	<b>83,845</b>	<b>5,177-</b>	<b>7-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,504,564	1,289,000	1,026,276	215,564	17
	<b>1,504,564</b>	<b>1,289,000</b>	<b>1,026,276</b>	<b>215,564</b>	<b>17</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen			118,672		
			<b>118,672</b>		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>769,253,369</b>	<b>750,485,000</b>	<b>752,888,492</b>	<b>18,768,369</b>	<b>3</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	8,410-	114,000-	44,688-	105,590	93
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	1,940,597-	1,396,000-	1,468,399-	544,597-	39-
429 Übrige Vermögenserträge	396,011	75,000	200,725	321,011	428
	<b>1,552,996-</b>	<b>1,435,000-</b>	<b>1,312,361-</b>	<b>117,996-</b>	<b>8-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	8,238-	7,000-	6,984-	1,238-	18-
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	500,260,067-	481,448,000-	482,534,429-	18,812,067-	4-
433 Schulgelder	312,454-	455,000-	454,434-	142,547	31
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,805,224-	4,798,000-	3,748,196-	992,776	21
435 Verkaufsertrag	20,206,554-	17,859,000-	18,597,697-	2,347,554-	13-
436 Rückerstattungen	9,498,864-	10,578,000-	8,913,236-	1,079,136	10
439 Übrige Entgelte	5,141,464-	2,418,000-	1,676,272-	2,723,464-	113-
	<b>539,232,864-</b>	<b>517,563,000-</b>	<b>515,931,249-</b>	<b>21,669,864-</b>	<b>4-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
461 Kantone		56,064,000-		56,064,000	100-
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	54,298,239-		55,605,404-	54,298,239-	Neu
	<b>54,298,239-</b>	<b>56,064,000-</b>	<b>55,605,404-</b>	<b>1,765,761</b>	<b>3</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>595,084,099-</b>	<b>575,062,000-</b>	<b>572,849,014-</b>	<b>20,022,099-</b>	<b>3-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>174,169,270</b>	<b>175,423,000</b>	<b>180,039,478</b>	<b>1,253,730-</b>	<b>1-</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	26,438,306	28,509,000	27,095,788	2,070,694-	7-
	26,438,306	28,509,000	27,095,788	2,070,694-	7-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	26,438,306	28,509,000	27,095,788	2,070,694-	7-
Summe Abschreibungen	26,438,306	28,509,000	27,095,788	2,070,694-	7-
Saldo Laufende Rechnung	200,607,576	203,932,000	207,135,266	3,324,424-	2-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
503 Hochbauten	2,509,877		2,010,929	2,509,877	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	27,407,774		24,284,157	27,407,774	Neu
	29,917,651		26,295,086	29,917,651	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	29,917,651		26,295,086	29,917,651	Neu
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	774,795-		165,000-	774,795-	Neu
	774,795-		165,000-	774,795-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	774,795-		165,000-	774,795-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	29,142,856		26,130,086	29,142,856	Neu
Saldo Investitionsrechnung	29,142,856		26,130,086	29,142,856	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>733 FELIX PLATTER-SPITAL</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	52,427,762	53,447,787	55,986,697	1,020,025-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	2,998,196	3,114,895	3,196,189	116,699-	4-
304 Personalvers.beiträge	8,301,169	8,636,453	8,701,026	335,284-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	791,783	800,320	849,775	8,537-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	605,014	602,000	610,331	3,014	1
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	4,115,484	2,627,000	3,127,145	1,488,484	57
309 Übriger Personalaufwand	390,327	520,280	522,264	129,953-	25-
	<b>69,629,734</b>	<b>69,748,735</b>	<b>72,993,428</b>	<b>119,001-</b>	<b>0-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	663,404	856,000	791,182	192,596-	23-
311 Abschreibungen GWG	72,725	181,678	333,623	108,953-	60-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,451,380	1,597,000	1,465,587	145,620-	9-
313 Verbrauchsmaterialien	8,052,305	7,503,773	8,529,066	548,532	7
314 Baulicher Unterhalt	1,269,254	980,000	670,922	289,254	30
315 Übriger Unterhalt	1,655,533	1,638,000	1,720,129	17,533	1
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	5,540,916	4,907,456	5,307,470	633,460	13
317 Spesenentschädigungen	79,791	151,000	96,467	71,209-	47-
318 Dienstleistungen und Honorare	4,949,683	5,247,300	5,097,397	297,617-	6-
319 Übriger Sachaufwand					
	<b>23,734,990</b>	<b>23,062,207</b>	<b>24,011,842</b>	<b>672,783</b>	<b>3</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	98,503	38,500	217,354	60,003	156
	<b>98,503</b>	<b>38,500</b>	<b>217,354</b>	<b>60,003</b>	<b>156</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
365 Private Institutionen	48,071	58,000	42,567	9,929-	17-
	<b>48,071</b>	<b>58,000</b>	<b>42,567</b>	<b>9,929-</b>	<b>17-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>93,511,298</b>	<b>92,907,442</b>	<b>97,265,190</b>	<b>603,856</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	3,662-	3,600-	3,795-	62-	2-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	289,223-	169,400-	145,122-	119,823-	71-
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>292,884-</b>	<b>173,000-</b>	<b>148,917-</b>	<b>119,884-</b>	<b>69-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	49,846,922-	48,339,942-	52,073,411-	1,506,980-	3-
433 Schulgelder	41,320-	37,100-	53,115-	4,220-	11-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	385,269-	297,900-	344,278-	87,369-	29-
435 Verkaufsertrag	121,703-	131,100-	107,134-	9,397	7
436 Rückerstattungen	2,411,833-	2,139,500-	2,389,233-	272,333-	13-
439 Übrige Entgelte					
	<b>52,807,047-</b>	<b>50,945,542-</b>	<b>54,967,171-</b>	<b>1,861,505-</b>	<b>4-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
461 Kantone			2,073,490-		
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	610,491-	607,900-	610,730-	2,591-	0-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung					
	610,491-	607,900-	2,684,220-	2,591-	0-
Summe Ertrag	53,710,423-	51,726,442-	57,800,308-	1,983,981-	4-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	39,800,875	41,181,000	39,464,882	1,380,125-	3-
<b>33</b> <u>Abschreibungen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<b>33</b> <u>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	809,485	2,236,000	3,524,589	1,426,515-	64-
	809,485	2,236,000	3,524,589	1,426,515-	64-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	809,485	2,236,000	3,524,589	1,426,515-	64-
Summe Abschreibungen	809,485	2,236,000	3,524,589	1,426,515-	64-
Saldo Laufende Rechnung	40,610,360	43,417,000	42,989,472	2,806,640-	6-
<b>Investitionsrechnung</b>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<b>5</b> <u>Ausgaben Investitionen</u>					
<b>50</b> <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	351,034		3,351,079	351,034	Neu
	351,034		3,351,079	351,034	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	351,034		3,351,079	351,034	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	351,034		3,351,079	351,034	Neu
Saldo Investitionsrechnung	351,034		3,351,079	351,034	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>735 UNIVERSITÄRE PSYCHIATR. KLINIKEN</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	74,741,076	75,484,696	65,373,304	743,620-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	4,334,184	4,443,108	3,806,330	108,924-	2-
304 Personalvers.beiträge	11,306,553	11,995,218	10,050,126	688,665-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	1,098,365	1,176,804	1,002,328	78,439-	7-
306 Zulage Kleider,Verpfl,Whg	7,356	25,000	51,771	17,644-	71-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	28,726			28,726	Neu
309 Übriger Personalaufwand	1,129,811	915,400	956,403	214,411	23
	<b>92,646,072</b>	<b>94,040,226</b>	<b>81,240,261</b>	<b>1,394,154-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	460,703	663,000	552,733	202,297-	31-
311 Abschreibungen GWG	1,139,723	1,313,000	1,152,570	173,277-	13-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,757,834	1,980,000	1,770,114	222,166-	11-
313 Verbrauchsmaterialien	6,512,043	6,709,500	5,913,227	197,457-	3-
314 Baulicher Unterhalt	3,067,652	2,822,000	3,055,578	245,652	9
315 Übriger Unterhalt	2,002,413	920,500	2,412,024	1,081,913	118
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	8,118,849	7,305,000	7,880,558	813,849	11
317 Spesenentschädigungen	52,189	24,000	11,722	28,189	117
318 Dienstleistungen und Honorare	8,180,898	6,683,489	5,909,053	1,497,409	22
319 Übriger Sachaufwand	53,670		609,570	53,670	Neu
	<b>31,345,976</b>	<b>28,420,489</b>	<b>29,267,149</b>	<b>2,925,487</b>	<b>10</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	24,960-	120,000	102,398	144,960-	121-
	<b>24,960-</b>	<b>120,000</b>	<b>102,398</b>	<b>144,960-</b>	<b>121-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>123,967,088</b>	<b>122,580,715</b>	<b>110,609,808</b>	<b>1,386,373</b>	<b>1</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	3,689-	3,000-	5,190-	689-	23-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	27,293-	30,000-	27,024-	2,707	9
429 Übrige Vermögenserträge	1,550-			1,550-	Neu
	<b>32,532-</b>	<b>33,000-</b>	<b>32,214-</b>	<b>468</b>	<b>1</b>
<b>43 Entgelte</b>					
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	65,326,583-	66,332,271-	60,158,851-	1,005,688	2
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	1,694,627-	1,146,000-	1,320,230-	548,627-	48-
435 Verkaufsertrag	1,077,003-	987,500-	878,007-	89,503-	9-
436 Rückerstattungen	1,099,617-	1,160,400-	1,304,541-	60,783	5
439 Übrige Entgelte	1,040,244-		2,350,115-	1,040,244-	Neu
	<b>70,238,074-</b>	<b>69,626,171-</b>	<b>66,011,744-</b>	<b>611,903-</b>	<b>1-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund		2,951,358-		2,951,358	100-
461 Kantone	969,725-		961,679-	969,725-	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	8,293,355-	8,902,185-	7,156,800-	608,830	7
	9,263,080-	11,853,543-	8,118,479-	2,590,463	22
Summe Ertrag	79,533,685-	81,512,714-	74,162,437-	1,979,029	2
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	44,433,403	41,068,001	36,447,370	3,365,402	8
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	1,096,527	3,790,000	3,503,345	2,693,473-	71-
	1,096,527	3,790,000	3,503,345	2,693,473-	71-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1,096,527	3,790,000	3,503,345	2,693,473-	71-
Summe Abschreibungen	1,096,527	3,790,000	3,503,345	2,693,473-	71-
Saldo Laufende Rechnung	45,529,930	44,858,001	39,950,715	671,929	2
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
5 <u>Ausgaben Investitionen</u>					
50 <u>Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	949,124		1,436,703	949,124	Neu
	949,124		1,436,703	949,124	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	949,124		1,436,703	949,124	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	949,124		1,436,703	949,124	Neu
Saldo Investitionsrechnung	949,124		1,436,703	949,124	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>801 GENERALSEKRETARIAT WSU</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,168,298	3,408,141	2,636,833	239,844-	7-
303 Sozialversicherungsbeiträge	177,291	178,065	156,485	775-	0-
304 Personalvers.beiträge	509,594	528,348	449,369	18,754-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	45,459	46,948	41,246	1,488-	3-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	7,233	7,700	5,554	467-	6-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	164,974	171,000	179,192	6,026-	4-
309 Übriger Personalaufwand	74,823	74,840	33,922	17-	0
	<b>4,147,671</b>	<b>4,415,042</b>	<b>3,502,601</b>	<b>267,370-</b>	<b>6-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	62,180	55,400	39,584	6,780	12
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	86,964	90,000	87,015	3,036-	3-
313 Verbrauchsmaterialien	31,662	5,000	12,782	26,662	533
314 Baulicher Unterhalt	161,167	160,000	176,942	1,167	1
315 Übriger Unterhalt	516,489	510,500	188,423	5,989	1
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	580,552	413,128	516,252	167,424	41
317 Spesenentschädigungen	23,119	10,350	20,287	12,769	123
318 Dienstleistungen und Honorare	1,415,381	1,300,825	1,312,636	114,556	9
319 Übriger Sachaufwand	65,669	800	2,341	64,869	*999
	<b>2,943,183</b>	<b>2,546,003</b>	<b>2,356,262</b>	<b>397,180</b>	<b>16</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	86		289	86	Neu
	<b>86</b>		<b>289</b>	<b>86</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	5,000	5,000			
363 Eigene Anstalten	470,000	470,000	260,000		
365 Private Institutionen					
	<b>475,000</b>	<b>475,000</b>	<b>260,000</b>		
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>7,565,940</b>	<b>7,436,045</b>	<b>6,119,152</b>	<b>129,896</b>	<b>2</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	5,010-	2,100-	3,480-	2,910-	139-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	10,491,767-	11,118,000-	455,899-	626,233	6
435 Verkaufsertrag	54,811-	500-	34,397-	54,311-	*999-
436 Rückerstattungen	120,682-	19,914-	26,998-	100,768-	506-
439 Übrige Entgelte	103,187-		100,238-	103,187-	Neu
	<b>10,775,456-</b>	<b>11,140,514-</b>	<b>621,011-</b>	<b>365,058</b>	<b>3</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	2,800,000-	2,800,000-	2,800,000-		
	<b>2,800,000-</b>	<b>2,800,000-</b>	<b>2,800,000-</b>		
<b>Summe Ertrag</b>	<b>13,575,456-</b>	<b>13,940,514-</b>	<b>3,421,011-</b>	<b>365,058</b>	<b>3</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>6,009,516-</b>	<b>6,504,469-</b>	<b>2,698,141</b>	<b>494,953</b>	<b>8</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>6,009,516-</b>	<b>6,504,469-</b>	<b>2,698,141</b>	<b>494,953</b>	<b>8</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>806 AMT FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (AWA)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	17,845,847	19,510,150	17,331,066	1,664,303-	9-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,066,389	1,170,281	1,024,749	103,893-	9-
304 Personalvers.beiträge	3,094,705	3,383,035	2,957,923	288,330-	9-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	281,400	317,101	274,023	35,701-	11-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	8,773	8,600	10,608	173	2
309 Übriger Personalaufwand	220,482	438,240	277,775	217,758-	50-
	<b>22,517,596</b>	<b>24,827,407</b>	<b>21,876,145</b>	<b>2,309,811-</b>	<b>9-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	217,440	216,600	133,091	840	0
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	78,832	147,500	82,720	68,668-	47-
313 Verbrauchsmaterialien	10,532	11,200	15,869	668-	6-
314 Baulicher Unterhalt	2,004,394	170,000	323,247	1,834,394	*999
315 Übriger Unterhalt	37,353	544,900	575,260	507,547-	93-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,756,502	1,680,600	1,628,745	75,902	5
317 Spesenentschädigungen	96,683	105,200	71,366	8,517-	8-
318 Dienstleistungen und Honorare	6,331,074	7,741,260	7,521,366	1,410,186-	18-
319 Übriger Sachaufwand	35,052	22,000	102,734	13,052	59
	<b>10,567,862</b>	<b>10,639,260</b>	<b>10,454,399</b>	<b>71,397-</b>	<b>1-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	49,155	31,600	30,686	17,555	56
	<b>49,155</b>	<b>31,600</b>	<b>30,686</b>	<b>17,555</b>	<b>56</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
360 Bund	4,206,362	4,400,000	4,250,362	193,638-	4-
361 Kantone	770,880	1,626,000	7,500	855,120-	53-
365 Private Institutionen	2,838,424	2,722,300	2,750,560	116,124	4
366 Beiträge an private HH	49,155	45,000		4,155	9
	<b>7,864,821</b>	<b>8,793,300</b>	<b>7,008,422</b>	<b>928,479-</b>	<b>11-</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	11,106,020	8,095,000	8,094,473	3,011,020	37
	<b>11,106,020</b>	<b>8,095,000</b>	<b>8,094,473</b>	<b>3,011,020</b>	<b>37</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>52,105,455</b>	<b>52,386,567</b>	<b>47,464,125</b>	<b>281,112-</b>	<b>1-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
430 Ersatzabgaben	105,740-	95,000-	94,393-	10,740-	11-
431 Gebühren für Amtshandlung	1,064,514-	660,300-	954,625-	404,214-	61-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	3,402,592-	2,834,592-	2,812,466-	568,000-	20-
435 Verkaufsertrag	21,562-		6,027-	21,562-	Neu
436 Rückerstattungen	571,187-	414,940-	577,578-	156,247-	38-
437 Bussen	112,040-	50,000-	48,885-	62,040-	124-
439 Übrige Entgelte	932,759-		1,238,675-	932,759-	Neu
	<b>6,210,394-</b>	<b>4,054,832-</b>	<b>5,732,650-</b>	<b>2,155,562-</b>	<b>53-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	19,998,929-	18,003,000-	16,923,964-	1,995,929-	11-
	19,998,929-	18,003,000-	16,923,964-	1,995,929-	11-
<u>48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a.Spez.finanzeungen	7,444,904-	9,394,948-	5,816,219-	1,950,043	21
482 Entnahmen aus Rücklagen	2,562-		4,102-	2,562-	Neu
	7,447,466-	9,394,948-	5,820,321-	1,947,481	21
Summe Ertrag	33,656,790-	31,452,779-	28,476,935-	2,204,010-	7-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	18,448,665	20,933,788	18,987,191	2,485,122-	12-
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	750,000			750,000	Neu
	750,000			750,000	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	750,000			750,000	Neu
Summe Abschreibungen	750,000			750,000	Neu
Saldo Laufende Rechnung	19,198,665	20,933,788	18,987,191	1,735,122-	8-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
566 Beiträge an private Institutionen	750,000			750,000	Neu
	750,000			750,000	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	750,000			750,000	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	750,000			750,000	Neu
Saldo Investitionsrechnung	750,000			750,000	Neu



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>807 AMT FÜR SOZIALBEITRÄGE</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	24,276,857	21,130,529	20,705,780	3,146,328	15
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,446,001	1,244,396	1,244,173	201,605	16
304 Personalvers.beiträge	4,079,181	3,657,748	3,416,930	421,433	12
305 Unfall & Krankenvers.beitr	382,390	338,597	334,314	43,793	13
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,900	5,000	3,909	2,100-	42-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	41,720		57,519	41,720	Neu
309 Übriger Personalaufwand	278,660	204,920	199,343	73,740	36
	<b>30,507,710</b>	<b>26,581,190</b>	<b>25,961,969</b>	<b>3,926,519</b>	<b>15</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	220,295	200,875	225,175	19,420	10
311 Abschreibungen GWG	94,991		12,412	94,991	Neu
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	158,467	187,000	184,656	28,533-	15-
313 Verbrauchsmaterialien	764,850	640,700	662,407	124,150	19
314 Baulicher Unterhalt	334,815	170,750	182,307	164,065	96
315 Übriger Unterhalt	893,030	1,055,550	641,526	162,520-	15-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,940,528	1,594,372	1,671,054	346,156	22
317 Spesenentschädigungen	154,673	362,424	164,943	207,751-	57-
318 Dienstleistungen und Honorare	1,420,088	1,375,520	1,630,047	44,568	3
319 Übriger Sachaufwand	60,237	3,500	62,818	56,737	*999
	<b>6,041,974</b>	<b>5,590,691</b>	<b>5,437,344</b>	<b>451,283</b>	<b>8</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,237,091	870,000	808,707	367,091	42
	<b>1,237,091</b>	<b>870,000</b>	<b>808,707</b>	<b>367,091</b>	<b>42</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
360 Bund	1,656		2,751	1,656	Neu
361 Kantone	14,019,685		12,189,736	14,019,685	Neu
363 Eigene Anstalten	11,500,000	11,500,000	13,800,000		
365 Private Institutionen	109,072,105	123,001,500	104,457,088	13,929,395-	11-
366 Beiträge an private HH	231,198,607	261,631,515	227,910,189	30,432,908-	12-
	<b>365,792,054</b>	<b>396,133,015</b>	<b>358,359,764</b>	<b>30,340,961-</b>	<b>8-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>403,578,828</b>	<b>429,174,896</b>	<b>390,567,784</b>	<b>25,596,068-</b>	<b>6-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	9,374-		10,150-	9,374-	Neu
	<b>9,374-</b>		<b>10,150-</b>	<b>9,374-</b>	<b>Neu</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	500-		500	500-	Neu
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	7,530,025-	4,769,433-	5,093,788-	2,760,592-	58-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	40,731-	3,000-	11,959-	37,731-	*999-
435 Verkaufsertrag	3,947-	1,000-	2,833-	2,947-	295-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
436 Rückerstattungen	13,460,878-	12,735,000-	12,933,271-	725,878-	6-
439 Übrige Entgelte	22,792-		1,618,710-	22,792-	Neu
	21,058,872-	17,508,433-	19,660,063-	3,550,439-	20-
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	114,919,608-	118,937,020-	120,730,260-	4,017,412	3
461 Kantone	14,675,501-	12,932,447-	12,922,828-	1,743,054-	13-
462 Gemeinden	2,346,647-	1,600,000-	1,925,898-	746,647-	47-
463 Beiträge von Eigenen Anstalten					
	131,941,756-	133,469,467-	135,578,986-	1,527,711	1
Summe Ertrag	153,010,002-	150,977,900-	155,249,198-	2,032,102-	1-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	250,568,826	278,196,996	235,318,586	27,628,170-	10-
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	312,664		252,469	312,664	Neu
	312,664		252,469	312,664	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	312,664		252,469	312,664	Neu
Summe Abschreibungen	312,664		252,469	312,664	Neu
Saldo Laufende Rechnung	250,881,490	278,196,996	235,571,056	27,315,506-	10-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	431,514		901,104	431,514	Neu
	431,514		901,104	431,514	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	431,514		901,104	431,514	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	431,514		901,104	431,514	Neu
Saldo Investitionsrechnung	431,514		901,104	431,514	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>821 VORMUNDSCHAFTSBEHÖRDE</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	7,293,465	7,118,438	6,961,414	175,027	2
303 Sozialversicherungsbeiträge	423,570	405,820	411,343	17,751	4
304 Personalvers.beiträge	1,343,576	1,276,389	1,247,729	67,187	5
305 Unfall & Krankenvers.beitr	105,826	104,383	104,512	1,443	1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	1,700	500	970	1,200	240
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	4,698		61,888	4,698	Neu
309 Übriger Personalaufwand	46,021	54,880	91,275	8,859-	16-
	<b>9,218,857</b>	<b>8,960,410</b>	<b>8,879,131</b>	<b>258,446</b>	<b>3</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	50,997	51,884	59,181	887-	2-
313 Verbrauchsmaterialien	4,802	8,000	14,248	3,198-	40-
315 Übriger Unterhalt	166,092	125,500	99,757	40,592	32
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	562,200	555,918	566,317	6,282	1
317 Spesenentschädigungen	8,651	8,400	6,685	251	3
318 Dienstleistungen und Honorare	229,281	205,906	240,208	23,376	11
319 Übriger Sachaufwand	11,488	3,400	30,801	8,088	238
	<b>1,033,511</b>	<b>959,008</b>	<b>1,017,195</b>	<b>74,503</b>	<b>8</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	14,521		4,591	14,521	Neu
	<b>14,521</b>		<b>4,591</b>	<b>14,521</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
366 Beiträge an private HH	348,609	330,000	301,562	18,609	6
	<b>348,609</b>	<b>330,000</b>	<b>301,562</b>	<b>18,609</b>	<b>6</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>10,615,497</b>	<b>10,249,418</b>	<b>10,202,478</b>	<b>366,080</b>	<b>4</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	1,049,249-	1,060,000-	1,126,724-	10,751	1
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	966,613-	950,000-	964,097-	16,613-	2-
435 Verkaufsertrag	25,558-	25,000-	24,129-	558-	2-
436 Rückerstattungen	207,619-	93,000-	187,756-	114,619-	123-
439 Übrige Entgelte	2,143-		38,923-	2,143-	Neu
	<b>2,251,182-</b>	<b>2,128,000-</b>	<b>2,341,629-</b>	<b>123,182-</b>	<b>6-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>2,251,182-</b>	<b>2,128,000-</b>	<b>2,341,629-</b>	<b>123,182-</b>	<b>6-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>8,364,315</b>	<b>8,121,418</b>	<b>7,860,849</b>	<b>242,897</b>	<b>3</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	11,408	11,408	16,297	0-	
	11,408	11,408	16,297	0-	
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	11,408	11,408	16,297	0-	
Summe Abschreibungen	11,408	11,408	16,297	0-	
Saldo Laufende Rechnung	8,375,723	8,132,826	7,877,146	242,897	3
<b>822 SOZIALHILFE</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	18,207,568	20,555,280	18,368,656	2,347,712-	11-
303 Sozialversicherungsbeiträge	1,101,204	1,134,847	1,048,488	33,643-	3-
304 Personalvers.beiträge	3,086,459	3,278,361	3,023,545	191,902-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	288,295	308,098	286,957	19,803-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	11,363	12,481	2,536	1,118-	9-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	923,196	600,000	319,665	323,196	54
309 Übriger Personalaufwand	408,680	590,142	325,787	181,463-	31-
	24,026,765	26,479,210	23,375,633	2,452,445-	9-
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	205,449	247,000	254,082	41,551-	17-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	861,764	410,000	368,759	451,764	110
313 Verbrauchsmaterialien	173,534	177,000	103,623	3,466-	2-
314 Baulicher Unterhalt	888,371	865,000	1,157,326	23,371	3
315 Übriger Unterhalt	513,966	841,500	490,419	327,534-	39-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	4,659,281	3,698,790	4,119,993	960,491	26
317 Spesenentschädigungen	30,992	11,500	41,354	19,492	169
318 Dienstleistungen und Honorare	2,142,480	1,256,000	2,867,219	886,480	71
319 Übriger Sachaufwand	34,777	60,000	221,799	25,223-	42-
	9,510,613	7,566,790	9,624,573	1,943,823	26
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	117,340	40,000	69,507	77,340	193
	117,340	40,000	69,507	77,340	193
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	1,769,089	2,260,000	1,608,292	490,912-	22-
365 Private Institutionen	930,709	898,000	568,528	32,709	4
366 Beiträge an private HH	126,562,099	133,440,000	119,853,018	6,877,901-	5-
	129,261,897	136,598,000	122,029,837	7,336,103-	5-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	162,916,615	170,684,000	155,099,551	7,767,385-	5-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	6,247-	2,000-	7,627-	4,247-	212-
422 Anlagen Finanzvermögen					
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	1,124,453-	1,200,000-	1,085,647-	75,547	6
	<b>1,130,700-</b>	<b>1,202,000-</b>	<b>1,093,274-</b>	<b>71,300</b>	<b>6</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	20-			20-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	116,598-	135,000-	118,502-	18,403	14
435 Verkaufsertrag	27,114-	30,000-	13,997-	2,886	10
436 Rückerstattungen	487,651-	81,000-	268,214-	406,651-	502-
439 Übrige Entgelte	151,601-	3,000-	116,580-	148,601-	*999-
	<b>782,983-</b>	<b>249,000-</b>	<b>517,294-</b>	<b>533,983-</b>	<b>214-</b>
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>					
460 Bund	10,317,740-	10,100,000-	9,800,422-	217,740-	2-
461 Kantone	8,425,191-	3,800,000-	4,582,475-	4,625,191-	122-
462 Gemeinden		4,500,000-	4,436,361-	4,500,000	100-
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	37,271-		44,950-	37,271-	Neu
	<b>18,780,202-</b>	<b>18,400,000-</b>	<b>18,864,209-</b>	<b>380,202-</b>	<b>2-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>20,693,886-</b>	<b>19,851,000-</b>	<b>20,474,776-</b>	<b>842,886-</b>	<b>4-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>142,222,729</b>	<b>150,833,000</b>	<b>134,624,775</b>	<b>8,610,271-</b>	<b>6-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>142,222,729</b>	<b>150,833,000</b>	<b>134,624,775</b>	<b>8,610,271-</b>	<b>6-</b>
<b>831 AMT FÜR UMWELT UND ENERGIE</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	6,984,742	7,314,358	7,051,494	329,616-	5-
303 Sozialversicherungsbeiträge	415,828	427,569	416,175	11,742-	3-
304 Personalvers.beiträge	1,273,709	1,340,188	1,246,530	66,479-	5-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	104,923	111,166	106,947	6,244-	6-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	9,710	8,300	13,408	1,410	17
309 Übriger Personalaufwand	58,225	92,700	77,917	34,475-	37-
	<b>8,847,137</b>	<b>9,294,282</b>	<b>8,912,471</b>	<b>447,145-</b>	<b>5-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	197,013	197,200	160,996	187-	0-
311 Abschreibungen GWG	81,213	100,700	114,705	19,487-	19-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	19,168	25,000	46,677	5,833-	23-
313 Verbrauchsmaterialien	240,458	163,200	200,001	77,258	47
314 Baulicher Unterhalt	65,684	121,500	49,504	55,816-	46-
315 Übriger Unterhalt	711,734	785,900	785,844	74,166-	9-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	802,944	828,756	695,891	25,812-	3-
317 Spesenentschädigungen	55,943	41,700	37,193	14,243	34

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
318 Dienstleistungen und Honorare	16,676,568	17,495,000	17,624,954	818,432-	5-
319 Übriger Sachaufwand	58,095	40,800	31,942	17,295	42
	18,908,819	19,799,756	19,747,707	890,937-	5-
<u>33 Abschreibungen</u>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	17,226		7,267	17,226	Neu
	17,226		7,267	17,226	Neu
<u>36 Eigene Beiträge</u>					
365 Private Institutionen	6,981,086	7,493,100	7,520,004	512,014-	7-
	6,981,086	7,493,100	7,520,004	512,014-	7-
<u>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</u>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	11,598,153	12,008,500	18,617,835	410,347-	3-
	11,598,153	12,008,500	18,617,835	410,347-	3-
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	46,352,420	48,595,638	54,805,284	2,243,218-	5-
<u>4 Ertrag</u>					
<u>41 Regalien &amp; Konzessionen</u>					
412 Patente und Abgaben	17,620-	17,000-	20,090-	620-	4-
	17,620-	17,000-	20,090-	620-	4-
<u>42 Vermögenserträge</u>					
420 Geldmittel	41-		13-	41-	Neu
	41-		13-	41-	Neu
<u>43 Entgelte</u>					
430 Ersatzabgaben	11,590,153-	12,000,000-	18,608,720-	409,847	3
431 Gebühren für Amtshandlung	221,486-	198,500-	151,258-	22,986-	12-
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	37,424,334-	38,921,400-	38,753,612-	1,497,066	4
435 Verkaufsertrag	131,136-		139,560-	131,136-	Neu
436 Rückerstattungen	89,459-	38,270-	184,073-	51,189-	134-
439 Übrige Entgelte	8,076-		15,600-	8,076-	Neu
	49,464,644-	51,158,170-	57,852,822-	1,693,526	3
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
460 Bund	340,481-	250,000-	766,641-	90,481-	36-
461 Kantone	13,253-	10,000-	15,271-	3,253-	33-
462 Gemeinden	2,889-		2,552-	2,889-	Neu
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	38,500-	25,000-	137,410-	13,500-	54-
	395,122-	285,000-	921,873-	110,122-	39-
<u>48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a.Spec.finanzeungen	1,795,448-	1,836,200-	1,794,660-	40,752	2
	1,795,448-	1,836,200-	1,794,660-	40,752	2
Summe Ertrag	51,672,874-	53,296,370-	60,589,459-	1,623,496	3
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	5,320,454-	4,700,732-	5,784,175-	619,722-	13-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	4,272,032	10,159,700	4,140,532	5,887,668-	58-
	4,272,032	10,159,700	4,140,532	5,887,668-	58-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4,272,032	10,159,700	4,140,532	5,887,668-	58-
Summe Abschreibungen	4,272,032	10,159,700	4,140,532	5,887,668-	58-
Saldo Laufende Rechnung	1,048,422-	5,458,968	1,643,643-	6,507,390-	119-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
501 Tiefbauten	648,402		1,066,446	648,402	Neu
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	617,310		3,127,193	617,310	Neu
	1,265,712		4,193,638	1,265,712	Neu
<u>56 Eigene Beiträge</u>					
566 Beiträge an private Institutionen	1,633,607		1,008,204	1,633,607	Neu
	1,633,607		1,008,204	1,633,607	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	2,899,319		5,201,842	2,899,319	Neu
<u>6 Einnahmen Investitionen</u>					
<u>66 Beiträge für eigene Rech.</u>					
660 Bundesbeiträge eigene Rechnung	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	562,026-		530,000-	562,026-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	2,337,293		4,671,842	2,337,293	Neu
Saldo Investitionsrechnung	2,337,293		4,671,842	2,337,293	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>111 APPELLATIONSGERICHT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	3,729,257	3,686,856	3,666,857	42,400	1
303 Sozialversicherungsbeiträge	205,520	203,259	200,703	2,261	1
304 Personalvers.beiträge	624,448	636,674	611,554	12,226-	2-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	44,039	43,654	43,705	386	1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	4,796	1,500	4,177	3,296	220
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte					
309 Übriger Personalaufwand	34,949	54,240	36,666	19,291-	36-
	<b>4,643,009</b>	<b>4,626,183</b>	<b>4,563,661</b>	<b>16,826</b>	<b>0</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	118,958	95,600	102,849	23,358	24
311 Abschreibungen GWG	20,191	20,192	20,192	0	
313 Verbrauchsmaterialien	136		121	136	Neu
315 Übriger Unterhalt	522,876	626,451	748,945	103,575-	17-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	639,506	656,020	483,645	16,514-	3-
317 Spesenentschädigungen	1,386	1,500	1,063	114-	8-
318 Dienstleistungen und Honorare	833,963	854,797	1,148,157	20,834-	2-
319 Übriger Sachaufwand	4,000	4,600	4,000	600-	13-
	<b>2,141,016</b>	<b>2,259,160</b>	<b>2,508,970</b>	<b>118,143-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	35,277	50,000	63,160	14,723-	29-
	<b>35,277</b>	<b>50,000</b>	<b>63,160</b>	<b>14,723-</b>	<b>29-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>6,819,303</b>	<b>6,935,343</b>	<b>7,135,790</b>	<b>116,040-</b>	<b>2-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	516-	600-	420-	84	14
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>516-</b>	<b>600-</b>	<b>420-</b>	<b>84</b>	<b>14</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	432,211-	710,000-	895,180-	277,789	39
435 Verkaufsertrag	200-		50-	200-	Neu
436 Rückerstattungen	39,071-	45,751-	18,171-	6,680	15
437 Bussen	50,690-	25,000-	36,080-	25,690-	103-
439 Übrige Entgelte			17,976-		
	<b>522,172-</b>	<b>780,751-</b>	<b>967,458-</b>	<b>258,579</b>	<b>33</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>522,688-</b>	<b>781,351-</b>	<b>967,878-</b>	<b>258,663</b>	<b>33</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>6,296,614</b>	<b>6,153,992</b>	<b>6,167,912</b>	<b>142,623</b>	<b>2</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	628,107		406,380	628,107	Neu
	628,107		406,380	628,107	Neu
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	628,107		406,380	628,107	Neu
Summe Abschreibungen	628,107		406,380	628,107	Neu
Saldo Laufende Rechnung	6,924,721	6,153,992	6,574,292	770,730	13
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Nettoinvestitionen VV (NIV)</u>					
<u>5 Ausgaben Investitionen</u>					
<u>50 Sachgüter</u>					
506 Maschinen, Mobilien, Fahrz., Einr.	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
Saldo Investitionsrechnung	174,765-		1,750,000	174,765-	Neu
<u>112 GERICHT FÜR STRAFSACHEN</u>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<u>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</u>					
<u>30 Personalaufwand</u>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	8,428,758	7,972,867	8,149,675	455,891	6
303 Sozialversicherungsbeiträge	531,474	435,092	452,680	96,382	22
304 Personalvers.beiträge	1,425,524	1,411,293	1,385,026	14,231	1
305 Unfall & Krankenvers.beitr	98,324	96,937	97,378	1,387	1
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	4,563	6,000	5,584	1,437-	24-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte		50,000		50,000-	100-
309 Übriger Personalaufwand	19,837	33,200	14,149	13,363-	40-
	10,508,480	10,005,389	10,104,492	503,091	5

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	56,819	66,500	60,659	9,681-	15-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	35,064	40,000	36,000	4,936-	12-
313 Verbrauchsmaterialien	11,450	8,000	9,429	3,450	43
314 Baulicher Unterhalt	45,441	47,844	44,508	2,403-	5-
315 Übriger Unterhalt	75,769	88,000	46,365	12,231-	14-
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	489,349	489,256	493,564	93	0
317 Spesenentschädigungen	9,087	8,500	12,043	587	7
318 Dienstleistungen und Honorare	2,792,014	2,381,654	2,629,114	410,360	17
319 Übriger Sachaufwand					
	<b>3,514,994</b>	<b>3,129,754</b>	<b>3,331,681</b>	<b>385,240</b>	<b>12</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	5,089,410	5,510,000	4,112,001	420,590-	8-
	<b>5,089,410</b>	<b>5,510,000</b>	<b>4,112,001</b>	<b>420,590-</b>	<b>8-</b>
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	19,112,885	18,645,143	17,548,174	467,742	3
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	1,573-	2,000-	1,875-	427	21
	<b>1,573-</b>	<b>2,000-</b>	<b>1,875-</b>	<b>427</b>	<b>21</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	2,214,304-	2,890,000-	2,190,451-	675,696	23
435 Verkaufsertrag	2,695-	5,000-	3,852-	2,305	46
436 Rückerstattungen	76,393-	196,650-	72,816-	120,257	61
437 Bussen	5,874,363-	6,160,000-	5,338,736-	285,637	5
439 Übrige Entgelte	777,264-	525,000-	455,213-	252,264-	48-
	<b>8,945,018-</b>	<b>9,776,650-</b>	<b>8,061,068-</b>	<b>831,632</b>	<b>9</b>
Summe Ertrag	8,946,591-	9,778,650-	8,062,944-	832,059	9
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	10,166,294	8,866,493	9,485,230	1,299,801	15
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	6,173	6,173	8,819	0	
	<b>6,173</b>	<b>6,173</b>	<b>8,819</b>	<b>0</b>	
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6,173	6,173	8,819	0	
Summe Abschreibungen	6,173	6,173	8,819	0	
Saldo Laufende Rechnung	10,172,467	8,872,666	9,494,050	1,299,801	15

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>113 ZIVILGERICHT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	15,060,162	15,461,709	14,652,064	401,547-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	870,933	891,176	857,803	20,244-	2-
304 Personalvers.beiträge	2,519,104	2,680,389	2,410,586	161,285-	6-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	210,296	220,627	210,073	10,331-	5-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	36,293	38,000	31,991	1,707-	4-
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	56,768	100,000	526-	43,232-	43-
309 Übriger Personalaufwand	57,312	81,400	59,059	24,088-	30-
	<b>18,810,866</b>	<b>19,473,301</b>	<b>18,221,050</b>	<b>662,435-</b>	<b>3-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	221,756	247,500	196,011	25,744-	10-
311 Abschreibungen GWG	39,731	39,731	43,981	0	
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	64,780	80,000	66,833	15,220-	19-
313 Verbrauchsmaterialien	28,531	23,500	27,242	5,031	21
314 Baulicher Unterhalt	17,496	56,000	33,305	38,504-	69-
315 Übriger Unterhalt	148,448	192,942	142,617	44,494-	23-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	1,478,959	1,494,518	1,482,295	15,559-	1-
317 Spesenentschädigungen	10,870	9,500	1,836	1,370	14
318 Dienstleistungen und Honorare	5,290,865	5,331,293	5,216,569	40,428-	1-
319 Übriger Sachaufwand					
	<b>7,301,436</b>	<b>7,474,984</b>	<b>7,210,689</b>	<b>173,548-</b>	<b>2-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
322 Mittel- & lfr Schuld	26	8,000		7,974-	100-
329 übrige Passivzinsen					
	<b>26</b>	<b>8,000</b>		<b>7,974-</b>	<b>100-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,200,556	613,000	966,894	587,556	96
	<b>1,200,556</b>	<b>613,000</b>	<b>966,894</b>	<b>587,556</b>	<b>96</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>27,312,883</b>	<b>27,569,285</b>	<b>26,398,633</b>	<b>256,402-</b>	<b>1-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	65,926-	771,500-	291,424-	705,574	91
429 Übrige Vermögenserträge					
	<b>65,926-</b>	<b>771,500-</b>	<b>291,424-</b>	<b>705,574</b>	<b>91</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	21,476,609-	22,515,000-	21,768,605-	1,038,391	5
435 Verkaufsertrag	525-	500-	230-	25-	5-
436 Rückerstattungen	235,701-	265,022-	116,585-	29,321	11
439 Übrige Entgelte	12,150-	11,000-	11,557-	1,150-	10-
	<b>21,724,986-</b>	<b>22,791,522-</b>	<b>21,896,977-</b>	<b>1,066,536</b>	<b>5</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>21,790,911-</b>	<b>23,563,022-</b>	<b>22,188,401-</b>	<b>1,772,111</b>	<b>8</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>5,521,972</b>	<b>4,006,263</b>	<b>4,210,232</b>	<b>1,515,709</b>	<b>38</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>5,521,972</b>	<b>4,006,263</b>	<b>4,210,232</b>	<b>1,515,709</b>	<b>38</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>114 SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	1,891,857	2,173,172	2,010,687	281,315-	13-
303 Sozialversicherungsbeiträge	104,475	103,262	118,097	1,213	1
304 Personalvers.beiträge	332,406	345,851	352,730	13,445-	4-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	22,363	22,382	25,826	19-	0
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	800	800	800		
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	23,079	23,000	25,561	79	0
309 Übriger Personalaufwand	10,948	13,640	4,167	2,692-	20-
	<b>2,385,929</b>	<b>2,682,107</b>	<b>2,537,867</b>	<b>296,179-</b>	<b>11-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	34,548	40,000	26,982	5,452-	14-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	7,848	8,500	8,329	652-	8-
313 Verbrauchsmaterialien	1,933	2,000	2,197	67-	3-
314 Baulicher Unterhalt	3,427	5,000	5,627	1,573-	31-
315 Übriger Unterhalt	5,802	19,000	6,130	13,198-	69-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	167,218	167,218	167,218		
317 Spesenentschädigungen	600	500	500	100	20
318 Dienstleistungen und Honorare	229,466	328,741	289,042	99,275-	30-
319 Übriger Sachaufwand					
	<b>450,841</b>	<b>570,959</b>	<b>506,026</b>	<b>120,118-</b>	<b>21-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	193,495	85,000	80,007	108,495	128
	<b>193,495</b>	<b>85,000</b>	<b>80,007</b>	<b>108,495</b>	<b>128</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,030,265</b>	<b>3,338,066</b>	<b>3,123,900</b>	<b>307,801-</b>	<b>9-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	311-	200-	187-	111-	56-
	<b>311-</b>	<b>200-</b>	<b>187-</b>	<b>111-</b>	<b>56-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	120,480-	320,000-	236,611-	199,520	62
435 Verkaufsertrag	39,216-			39,216-	Neu
436 Rückerstattungen	19,313-	6,000-	32,991-	13,313-	222-
439 Übrige Entgelte	2,152-			2,152-	Neu
	<b>181,161-</b>	<b>326,000-</b>	<b>269,602-</b>	<b>144,839</b>	<b>44</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>181,472-</b>	<b>326,200-</b>	<b>269,788-</b>	<b>144,728</b>	<b>44</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>2,848,793</b>	<b>3,011,866</b>	<b>2,854,112</b>	<b>163,073-</b>	<b>5-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<u>33 Abschreibungen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
<u>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</u>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	5,602	18,673	8,003	13,071-	70-
	5,602	18,673	8,003	13,071-	70-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	5,602	18,673	8,003	13,071-	70-
Summe Abschreibungen	5,602	18,673	8,003	13,071-	70-
Saldo Laufende Rechnung	2,854,395	3,030,540	2,862,115	176,145-	6-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>402 FINANZKONTROLLE</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,171,916	2,330,046	2,167,294	158,130-	7-
303 Sozialversicherungsbeiträge	118,906	136,593	120,536	17,687-	13-
304 Personalvers.beiträge	415,136	475,144	414,008	60,008-	13-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	27,369	30,869	28,330	3,500-	11-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	7,987	8,200	8,136	213-	3-
309 Übriger Personalaufwand	30,544	53,640	42,358	23,096-	43-
	<b>2,771,857</b>	<b>3,034,492</b>	<b>2,780,662</b>	<b>262,635-</b>	<b>9-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	16,781	27,400	20,989	10,619-	39-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	2,660	5,000	3,136	2,340-	47-
313 Verbrauchsmaterialien	1,487	1,000	958	487	49
314 Baulicher Unterhalt	16,557	17,500	15,875	944-	5-
315 Übriger Unterhalt	24,263	36,000	11,847	11,737-	33-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	158,666	158,280	158,564	386	0
317 Spesenentschädigungen	3,897	5,000	5,411	1,103-	22-
318 Dienstleistungen und Honorare	84,926	224,600	86,929	139,674-	62-
319 Übriger Sachaufwand	4,171	4,000	6,945	171	4
	<b>313,407</b>	<b>478,780</b>	<b>310,654</b>	<b>165,373-</b>	<b>35-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,085,264</b>	<b>3,513,272</b>	<b>3,091,316</b>	<b>428,008-</b>	<b>12-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	2,220-	2,220-	2,220-		
	<b>2,220-</b>	<b>2,220-</b>	<b>2,220-</b>		
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	95,475-	90,000-	185,940-	5,475-	6-
435 Verkaufsertrag	516-		350-	516-	Neu
436 Rückerstattungen	35,233-	13,200-	22,996-	22,033-	167-
439 Übrige Entgelte	22-		4,463-	22-	Neu
	<b>131,246-</b>	<b>103,200-</b>	<b>213,749-</b>	<b>28,046-</b>	<b>27-</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>133,466-</b>	<b>105,420-</b>	<b>215,969-</b>	<b>28,046-</b>	<b>27-</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>2,951,799</b>	<b>3,407,852</b>	<b>2,875,347</b>	<b>456,053-</b>	<b>13-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>2,951,799</b>	<b>3,407,852</b>	<b>2,875,347</b>	<b>456,053-</b>	<b>13-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>410 GROSSER RAT UND PARLAMENTSDIENST</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,415,816	2,233,130	2,186,044	182,687	8
303 Sozialversicherungsbeiträge	134,649	142,564	122,595	7,915-	6-
304 Personalvers.beiträge	168,463	157,274	154,012	11,189	7
305 Unfall & Krankenvers.beitr	14,085	13,287	13,249	798	6
309 Übriger Personalaufwand	12,518	27,600	3,420	15,082-	55-
	<b>2,745,531</b>	<b>2,573,855</b>	<b>2,479,319</b>	<b>171,676</b>	<b>7</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	104,069	151,000	115,835	46,931-	31-
314 Baulicher Unterhalt	102,101	91,000	96,475	11,101	12
315 Übriger Unterhalt	17,734	29,500	41,872	11,766-	40-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	111,897	162,500	108,710	50,603-	31-
317 Spesenentschädigungen	506,110	864,500	569,013	358,390-	41-
318 Dienstleistungen und Honorare	125,220	212,600	209,322	87,380-	41-
319 Übriger Sachaufwand	1,787	2,000	5,626	213-	11-
	<b>968,918</b>	<b>1,513,100</b>	<b>1,146,854</b>	<b>544,182-</b>	<b>36-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>3,714,449</b>	<b>4,086,955</b>	<b>3,626,172</b>	<b>372,506-</b>	<b>9-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.			16,697-		
435 Verkaufsertrag	304-			304-	Neu
436 Rückerstattungen	8,769-		6,948-	8,769-	Neu
	<b>9,073-</b>		<b>23,645-</b>	<b>9,073-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>9,073-</b>		<b>23,645-</b>	<b>9,073-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>3,705,376</b>	<b>4,086,955</b>	<b>3,602,527</b>	<b>381,578-</b>	<b>9-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>3,705,376</b>	<b>4,086,955</b>	<b>3,602,527</b>	<b>381,578-</b>	<b>9-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>410 OMBUDSSTELLE</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	442,558	445,016	391,153	2,459-	1-
303 Sozialversicherungsbeiträge	26,109	26,726	23,892	617-	2-
304 Personalvers.beiträge	78,636	82,664	68,993	4,027-	5-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	7,027	7,290	6,512	263-	4-
309 Übriger Personalaufwand	11,256	12,280	4,232	1,024-	8-
	<b>565,586</b>	<b>573,976</b>	<b>494,782</b>	<b>8,390-</b>	<b>1-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	16,462	15,500	11,831	962	6
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	1,656	1,500	1,438	156	10
315 Übriger Unterhalt	5,842	20,000	1,648	14,158-	71-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	33,816	36,000	33,552	2,184-	6-
317 Spesenentschädigungen	2,855	5,000	2,135	2,145-	43-
318 Dienstleistungen und Honorare	18,269	45,000	26,116	26,731-	59-
319 Übriger Sachaufwand	928	2,000	940	1,072-	54-
	<b>79,827</b>	<b>125,000</b>	<b>77,661</b>	<b>45,173-</b>	<b>36-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>645,413</b>	<b>698,976</b>	<b>572,443</b>	<b>53,563-</b>	<b>8-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
436 Rückerstattungen	1,529-		1,492-	1,529-	Neu
	<b>1,529-</b>		<b>1,492-</b>	<b>1,529-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>1,529-</b>		<b>1,492-</b>	<b>1,529-</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>643,884</b>	<b>698,976</b>	<b>570,951</b>	<b>55,092-</b>	<b>8-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>643,884</b>	<b>698,976</b>	<b>570,951</b>	<b>55,092-</b>	<b>8-</b>



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>410 REGIERUNGSRAT</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	2,487,340	2,561,321	2,455,344	73,981-	3-
303 Sozialversicherungsbeiträge	111,322	115,526	263,779	4,204-	4-
304 Personalvers.beiträge	425,289	422,819	1,129,848	2,470	1
305 Unfall & Krankenvers.beitr	9,221	9,335	8,889	114-	1-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg					
309 Übriger Personalaufwand		360		360-	100-
	3,033,171	3,109,360	3,857,859	76,189-	2-
<b>31 Sachaufwand</b>					
318 Dienstleistungen und Honorare	3,073	3,900	4,232	827-	21-
	3,073	3,900	4,232	827-	21-
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	3,036,245	3,113,260	3,862,091	77,016-	2-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
436 Rückerstattungen	3,384-	3,400-	3,528-	16	0
	3,384-	3,400-	3,528-	16	0
<b>Summe Ertrag</b>	3,384-	3,400-	3,528-	16	0
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	3,032,861	3,109,860	3,858,563	77,000-	2-
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	3,032,861	3,109,860	3,858,563	77,000-	2-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>410 DATENSCHUTZAUF SICHTSSTELLE</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	442,179	495,317	352,566	53,137-	11-
303 Sozialversicherungsbeiträge	26,686	29,470	18,751	2,784-	9-
304 Personalvers.beiträge	80,999	76,950	59,044	4,049	5
305 Unfall & Krankenvers.beitr	6,683	7,522	4,602	839-	11-
309 Übriger Personalaufwand	4,952	24,280	6,861	19,328-	80-
	561,500	633,539	441,824	72,039-	11-
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	20,993	29,000	15,484	8,007-	28-
315 Übriger Unterhalt	2,747	25,000	121,646	22,253-	89-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	41,202	37,368	24,912	3,834	10
317 Spesenentschädigungen	4,567	10,000	4,600	5,433-	54-
318 Dienstleistungen und Honorare	39,525	75,000	34,615	35,475-	47-
319 Übriger Sachaufwand	2,930	5,000	2,930	2,070-	41-
	111,964	181,368	204,188	69,404-	38-
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	673,463	814,907	646,012	141,443-	17-
<b>4 Ertrag</b>					
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.			1,800-		
436 Rückerstattungen	1,110-			1,110-	Neu
	1,110-		1,800-	1,110-	Neu
<b>Summe Ertrag</b>	1,110-		1,800-	1,110-	Neu
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	672,353	814,907	644,212	142,554-	17-
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	672,353	814,907	644,212	142,554-	17-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>410 KONSOLIDIERUNG</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
309 Übriger Personalaufwand	563,440-	476,000-	834,863-	87,440-	18-
	<b>563,440-</b>	<b>476,000-</b>	<b>834,863-</b>	<b>87,440-</b>	<b>18-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	7,501,515-	6,998,520-	7,431,147-	502,995-	7-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	5,409,388	5,506,111	5,564,934	96,723-	2-
313 Verbrauchsmaterialien	8,489-	14,700-	316,488-	6,212	42
315 Übriger Unterhalt	16,513-	60,500-	26,622-	43,987	73
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten	154,720,699-	153,266,232-	156,599,933-	1,454,467-	1-
318 Dienstleistungen und Honorare	30,044,171-	28,880,411-	32,787,767-	1,163,760-	4-
	<b>186,881,998-</b>	<b>183,714,252-</b>	<b>191,597,024-</b>	<b>3,167,746-</b>	<b>2-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	448-	15,000-	734-	14,552	97
322 Mittel- & lfr Schuld	1,925,160-	1,977,510-	2,072,745-	52,350	3
	<b>1,925,607-</b>	<b>1,992,510-</b>	<b>2,073,479-</b>	<b>66,903</b>	<b>3</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	49,543,629-	31,580,588-	43,578,655-	17,963,041-	57-
	<b>49,543,629-</b>	<b>31,580,588-</b>	<b>43,578,655-</b>	<b>17,963,041-</b>	<b>57-</b>
<b>39 Interne Verrechnungen</b>					
390 IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10,130,342	10,006,975	10,070,986	123,367	1
391 IVR Aufwand Kommunikation	7,194,799	7,000,000	7,236,353	194,799	3
392 IVR Aufwand Personalentwicklung	563,440	476,000	834,863	87,440	18
393 IVR Aufwand Güter	8,191,770	7,400,000	8,599,299	791,770	11
394 IVR Aufwand Kapital	1,925,607	1,992,510	2,073,479	66,903-	3-
396 IVR Aufwand Liegenschaften	146,514,258	145,529,828	147,963,099	984,430	1
398 IVR Übriger Aufwand	64,394,459	45,358,037	61,305,942	19,036,422	42
	<b>238,914,674</b>	<b>217,763,350</b>	<b>238,084,021</b>	<b>21,151,324</b>	<b>10</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	448	15,000	734	14,552-	97-
422 Anlagen Finanzvermögen	1,925,160	1,977,510	2,072,745	52,350-	3-
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	146,514,258	145,529,828	147,963,099	984,430	1
	<b>148,439,865</b>	<b>147,522,338</b>	<b>150,036,578</b>	<b>917,527</b>	<b>1</b>
<b>43 Entgelte</b>					
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	32,739,410	31,260,424	35,869,489	1,478,986	5
435 Verkaufsertrag	8,191,770	7,400,000	8,599,299	791,770	11
	<b>40,931,180</b>	<b>38,660,424</b>	<b>44,468,788</b>	<b>2,270,756</b>	<b>6</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>46</b> <u>Beiträge für eigene Rechnung</u>					
461 Kantone	49,543,629	31,580,588	43,578,655	17,963,041	57
	<b>49,543,629</b>	<b>31,580,588</b>	<b>43,578,655</b>	<b>17,963,041</b>	<b>57</b>
<b>49</b> <u>Interne Verrechnungen</u>					
490 IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10,130,342-	10,006,975-	10,070,986-	123,367-	1-
491 IVR Ertrag Kommunikation	7,194,799-	7,000,000-	7,236,353-	194,799-	3-
492 IVR Ertrag Personalentwicklung	563,440-	476,000-	834,863-	87,440-	18-
493 IVR Ertrag Güter	8,191,770-	7,400,000-	8,599,299-	791,770-	11-
494 IVR Ertrag Kapital	1,925,607-	1,992,510-	2,073,479-	66,903	3
496 IVR Ertrag Liegenschaften	146,514,258-	145,529,828-	147,963,099-	984,430-	1-
498 IVR Übriger Ertrag	64,394,459-	45,358,037-	61,305,942-	19,036,422-	42-
	<b>238,914,674-</b>	<b>217,763,350-</b>	<b>238,084,021-</b>	<b>21,151,324-</b>	<b>10-</b>
Summe Ertrag					
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF					
Saldo Laufende Rechnung					

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>403 FINANZVERWALTUNG (ALLGEMEIN)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>31 Sachaufwand</b>					
314 Baulicher Unterhalt	6,742,117		1,520,868	6,742,117	Neu
318 Dienstleistungen und Honorare	1,043,593	29,880,000	479,601	28,836,407-	97-
319 Übriger Sachaufwand	76,253,177		79,303,706	76,253,177	Neu
	<b>84,038,886</b>	<b>29,880,000</b>	<b>81,304,175</b>	<b>54,158,886</b>	<b>181</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
321 Kurzfr. Schulden	22,527	3,675,100	174,064	3,652,573-	99-
322 Mittel- & lfr Schuld	75,076,809	73,982,050	78,358,617	1,094,759	1
323 Sonderrechnungen	285,512	2,000,000	406,923	1,714,488-	86-
	<b>75,384,848</b>	<b>79,657,150</b>	<b>78,939,605</b>	<b>4,272,302-</b>	<b>5-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	287,690		332,980	287,690	Neu
	<b>287,690</b>		<b>332,980</b>	<b>287,690</b>	<b>Neu</b>
<b>36 Eigene Beiträge</b>					
361 Kantone	113,161,559	112,891,000	114,653,088	270,559	0
362 Gemeinden	2,517,358	379,000	360,923	2,138,358	564
366 Beiträge an private HH	31,000	50,000	12,500	19,000-	38-
	<b>115,709,917</b>	<b>113,320,000</b>	<b>115,026,511</b>	<b>2,389,917</b>	<b>2</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	40,871	50,000	68,949	9,129-	18-
	<b>40,871</b>	<b>50,000</b>	<b>68,949</b>	<b>9,129-</b>	<b>18-</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>275,462,213</b>	<b>222,907,150</b>	<b>275,672,219</b>	<b>52,555,063</b>	<b>24</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
404 Vermögensverkehrssteuer	523		3,344	523	Neu
	<b>523</b>		<b>3,344</b>	<b>523</b>	<b>Neu</b>
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
410 Regalien	55,069-	50,000-	52,247-	5,069-	10-
413 Nationalbankgewinn	41,181,346-	41,516,000-	41,516,163-	334,654	1
	<b>41,236,415-</b>	<b>41,566,000-</b>	<b>41,568,410-</b>	<b>329,585</b>	<b>1</b>
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	906,932-	763,208-	608,931-	143,724-	19-
422 Anlagen Finanzvermögen	7,397,316-	2,431,725-	2,704,051-	4,965,591-	204-
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	6,919,226-		34,219,724-	6,919,226-	Neu
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	408,666-	6,414,323-	427,038-	6,005,657	94

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
426 Beteiligung Verwaltungsvermögen	103,950,466-	111,407,050-	134,781,178-	7,456,584	7
429 Übrige Vermögenserträge			79,319-		
	119,582,606-	121,016,306-	172,820,242-	1,433,700	1
<u>43 Entgelte</u>					
439 Übrige Entgelte	200,040,896-	50,000-	49,189,862-	199,990,896-	*999-
	200,040,896-	50,000-	49,189,862-	199,990,896-	*999-
<u>44 Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</u>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen	57,837,311-	54,372,971-	59,364,858-	3,464,340-	6-
445 Gemeindebeiträge	4,631,984-	4,353,000-	4,352,496-	278,984-	6-
	62,469,295-	58,725,971-	63,717,354-	3,743,324-	6-
<u>46 Beiträge für eigene Rechnung</u>					
469 Übrige Beitr. für eigene Rechnung	67,980-	200,000-	761,785-	132,020	66
	67,980-	200,000-	761,785-	132,020	66
<u>48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen</u>					
480 Entnahmen a.Spez.finanzeungen	31,000-	50,000-	12,500-	19,000	38
	31,000-	50,000-	12,500-	19,000	38
Summe Ertrag	423,427,669-	221,608,277-	328,066,810-	201,819,392-	91-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	147,965,456-	1,298,873	52,394,591-	149,264,329-	*999-
Saldo Laufende Rechnung	147,965,456-	1,298,873	52,394,591-	149,264,329-	*999-
<u>Investitionsrechnung</u>					
<u>Darlehen und Beteiligungen</u>					
<u>5 Ausgaben Darlehen u. Beteilig.</u>					
<u>52 Darlehen und Beteiligungen</u>					
523 Darl & Beteil eig. Anst.	10,000,000			10,000,000	Neu
525 Darl & Beteil an priv. Institut.	30,000,000			30,000,000	Neu
	40,000,000			40,000,000	Neu
Summe Ausgaben Darlehen u. Beteilig.	40,000,000			40,000,000	Neu
<u>6 Einnahmen Darlehen u. Beteilig.</u>					
<u>62 Rückzahlung Darl. u. Beteilig.</u>					
624 Gemischtwirtschaftl. Unternehmen	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Einnahmen Darlehen u. Beteilig.	1,128,623-		214,169-	1,128,623-	Neu
Summe Darlehen und Beteiligungen	38,871,377		214,169-	38,871,377	Neu
Saldo Investitionsrechnung	38,871,377		214,169-	38,871,377	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>404 STEUERVERWALTUNG (ALLGEMEIN)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
309 Übriger Personalaufwand					
<b>31 Sachaufwand</b>					
317 Spesenentschädigungen					
318 Dienstleistungen und Honorare					
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	92,831,291	50,000,000	49,060,592	42,831,291	86
	92,831,291	50,000,000	49,060,592	42,831,291	86
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV	92,831,291	50,000,000	49,060,592	42,831,291	86
<b>4 Ertrag</b>					
<b>40 Steuern</b>					
400 Einkommens- & Verm.steuer	1,751,358,782-	1,485,600,000-	1,511,037,687-	265,758,782-	18-
401 Gewinn- & Kapitalsteuer	770,809,548-	637,000,000-	700,562,265-	133,809,548-	21-
402 Grundsteuer	12,017,134-	15,100,000-	21,874,410-	3,082,866	20
403 Vermögensgewinnsteuer	31,126,225-	28,000,000-	35,097,747-	3,126,225-	11-
404 Vermögensverkehrssteuer	29,291,990-	35,000,000-	30,338,802-	5,708,010	16
405 Erbschaft/Schenksteuer	53,004,139-	30,000,000-	24,997,932-	23,004,139-	77-
	2,647,607,816-	2,230,700,000-	2,323,908,842-	416,907,816-	19-
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung					
439 Übrige Entgelte	5,828,393-			5,828,393-	Neu
	5,828,393-			5,828,393-	Neu
<b>44 Anteile &amp; Beiträge o.Zweckbind.</b>					
440 Anteile an Bundeseinnahmen	140,701,814-	140,000,000-	171,194,591-	701,814-	1-
445 Gemeindebeiträge					
	140,701,814-	140,000,000-	171,194,591-	701,814-	1-
Summe Ertrag	2,794,138,024-	2,370,700,000-	2,495,103,434-	423,438,024-	18-
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	2,701,306,733-	2,320,700,000-	2,446,042,842-	380,606,733-	16-
Saldo Laufende Rechnung	2,701,306,733-	2,320,700,000-	2,446,042,842-	380,606,733-	16-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>411 INAKTIV DREISPITZVERWALTUNG (FIN.VERM.)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>31 Sachaufwand</b>					
316 Mieten,Pachten & Benützungskosten			2,500		
318 Dienstleistungen und Honorare			389,246		
319 Übriger Sachaufwand			37,734		
			429,481		
Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV			429,481		
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			15,581-		
			15,581-		
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung			9,586-		
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.			490-		
436 Rückerstattungen			4,188		
439 Übrige Entgelte			601,303-		
			615,567-		
Summe Ertrag			631,148-		
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF			201,667-		
Saldo Laufende Rechnung			201,667-		



T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>412 PARKHÄUSER BASEL-STADT (FIN.VERM.)</b>					
<u>Laufende Rechnung</u>					
<u>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</u>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	370,144	377,401	386,706	7,257-	2-
303 Sozialversicherungsbeiträge	22,225	22,666	22,845	441-	2-
304 Personalvers.beiträge	60,540	61,317	58,726	777-	1-
305 Unfall & Krankenvers.beitr	5,998	6,196	6,191	198-	3-
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg			378		
309 Übriger Personalaufwand	336	160	2,613	176	110
	<b>459,243</b>	<b>467,739</b>	<b>477,459</b>	<b>8,496-</b>	<b>2-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	28,434	60,000	43,348	31,566-	53-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	437,788	445,000	303,984	7,212-	2-
314 Baulicher Unterhalt	396,162	543,749	324,752	147,587-	27-
315 Übriger Unterhalt	2,388,645	5,237,150	1,793,710	2,848,505-	54-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	24,104	24,104	11,368		
317 Spesenentschädigungen	167	100	698	67	67
318 Dienstleistungen und Honorare	2,375,848	2,351,285	2,275,776	24,563	1
319 Übriger Sachaufwand	45,352		3,949	45,352	Neu
	<b>5,696,500</b>	<b>8,661,388</b>	<b>4,757,586</b>	<b>2,964,888-</b>	<b>34-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
322 Mittel- & lfr Schuld	1,188,000	1,242,810	1,297,300	54,810-	4-
329 übrige Passivzinsen					
	<b>1,188,000</b>	<b>1,242,810</b>	<b>1,297,300</b>	<b>54,810-</b>	<b>4-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	1,878,554	186,000	156,336	1,692,554	910
	<b>1,878,554</b>	<b>186,000</b>	<b>156,336</b>	<b>1,692,554</b>	<b>910</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>9,222,296</b>	<b>10,557,937</b>	<b>6,688,682</b>	<b>1,335,641-</b>	<b>13-</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel			3-		
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	545,287-	522,000-	532,375-	23,287-	4-
429 Übrige Vermögenserträge			238-		
	<b>545,287-</b>	<b>522,000-</b>	<b>532,616-</b>	<b>23,287-</b>	<b>4-</b>
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	40-		100-	40-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	13,028,284-	13,182,400-	13,014,289-	154,116	1
436 Rückerstattungen	1,452-	2,000-	1,324-	548	27
439 Übrige Entgelte	328		178-	328	Neu
	<b>13,029,447-</b>	<b>13,184,400-</b>	<b>13,015,891-</b>	<b>154,953</b>	<b>1</b>
<b>Summe Ertrag</b>	<b>13,574,735-</b>	<b>13,706,400-</b>	<b>13,548,506-</b>	<b>131,665</b>	<b>1</b>
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	<b>4,352,439-</b>	<b>3,148,463-</b>	<b>6,859,825-</b>	<b>1,203,976-</b>	<b>38-</b>
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	<b>4,352,439-</b>	<b>3,148,463-</b>	<b>6,859,825-</b>	<b>1,203,976-</b>	<b>38-</b>

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>415 LIEGENSCHAFTEN (FIN.VERM.)</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	188,047-	42,500	91,813	230,547-	542-
303 Sozialversicherungsbeiträge	36,632	3,600	18,328	33,032	918
304 Personalvers.beiträge	94,247	11,000	47,386	83,247	757
305 Unfall & Krankenvers.beitr	9,780	2,800	4,945	6,980	249
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg	2,010		1,291	2,010	Neu
308 Entschädigung temp. Arbeitskräfte	12,468			12,468	Neu
309 Übriger Personalaufwand		100	2,021	100-	100-
	<b>32,910-</b>	<b>60,000</b>	<b>165,783</b>	<b>92,910-</b>	<b>155-</b>
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen	115,188	80,200	121,784	34,988	44
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	807,877	746,011	200,436	61,866	8
314 Baulicher Unterhalt	3,647,799	4,471,080	3,763,847	823,281-	18-
315 Übriger Unterhalt	11,607,819	18,310,690	13,539,807	6,702,871-	37-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	13,054	10,628	14,409	2,426	23
317 Spesenentschädigungen	80,745	10,000	48,254	70,745	707
318 Dienstleistungen und Honorare	6,934,987	6,720,002	7,243,248	214,985	3
319 Übriger Sachaufwand	107,176	500	2,225,863	106,676	*999
	<b>23,314,646</b>	<b>30,349,111</b>	<b>27,157,649</b>	<b>7,034,465-</b>	<b>23-</b>
<b>32 Passivzinsen</b>					
320 Laufende Verpflichtungen		1,000	34,283	1,000-	100-
322 Mittel- & lfr Schuld					
		<b>1,000</b>	<b>34,283</b>	<b>1,000-</b>	<b>100-</b>
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	8,858,532	299,826	11,438,974	8,558,706	*999
	<b>8,858,532</b>	<b>299,826</b>	<b>11,438,974</b>	<b>8,558,706</b>	<b>*999</b>
<b>38 Einlagen in Spez.Finanzierungen</b>					
382 Einlagen in Rücklagen	1,500,000			1,500,000	Neu
	<b>1,500,000</b>			<b>1,500,000</b>	<b>Neu</b>
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	<b>33,640,268</b>	<b>30,709,937</b>	<b>38,796,688</b>	<b>2,930,331</b>	<b>10</b>
<b>4 Ertrag</b>					
<b>41 Regalien &amp; Konzessionen</b>					
410 Regalien	2,257,832-	2,257,832-	2,257,832-	0	
418 Period. Abgr. Regalien & Konzess.					
	<b>2,257,832-</b>	<b>2,257,832-</b>	<b>2,257,832-</b>	<b>0</b>	
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	23,346-	10,000-	9,945-	13,346-	133-
422 Anlagen Finanzvermögen	38,657-		40,000-	38,657-	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	64,882,153-	60,718,899-	64,048,259-	4,163,254-	7-
424 Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	11,204,826-		9,543,568-	11,204,826-	Neu
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	2,764,548-	3,417,336-	2,736,348-	652,788	19
429 Übrige Vermögenserträge					
	78,913,530-	64,146,235-	76,378,120-	14,767,295-	23-
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	2,180-		2,819-	2,180-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	143,003-	147,000-	132,164-	3,997	3
435 Verkaufsertrag	91,482-	40,000-	65,109-	51,482-	129-
436 Rückerstattungen	9,298-	3,000-	7,846-	6,298-	210-
439 Übrige Entgelte	3,507,949-		1,242,149-	3,507,949-	Neu
	3,753,912-	190,000-	1,450,087-	3,563,912-	*999-
<b>Summe Ertrag</b>	84,925,274-	66,594,067-	80,086,039-	18,331,207-	28-
<b>Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>	51,285,006-	35,884,130-	41,289,350-	15,400,876-	43-
<b>Saldo Laufende Rechnung</b>	51,285,006-	35,884,130-	41,289,350-	15,400,876-	43-
<b>420 LIEGENSCHAFTEN (VERW.V.)DRITTNUTZUNG</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>					
<b>Zwischensaldo ONA / ANE / SF</b>					
<b>3 Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>					
<b>30 Personalaufwand</b>					
301 Löhne Personal Verw & Betr	984	10,400	3,902	9,416-	91-
303 Sozialversicherungsbeiträge	804	600	583	204	34
304 Personalvers.beiträge	2,127	800	1,468	1,327	166
305 Unfall & Krankenvers.beitr	217	200	154	17	8
306 Zulage Kleider, Verpfl, Whg			12-		
	4,132	12,000	6,096	7,868-	66-
<b>31 Sachaufwand</b>					
310 Büro- & Schulmat., Drucksachen		900		900-	100-
312 Wasser, Energie & Heizmaterial	220,214-	70,000-	455,543	150,214-	215-
314 Baulicher Unterhalt	1,091,522	1,240,000	1,100,661	148,478-	12-
315 Übriger Unterhalt	686,756	1,340,800	1,175,763	654,044-	49-
316 Mieten, Pachten & Benützungskosten	126,253	6,000	85,057	120,253	*999
317 Spesenentschädigungen	272	500	1,859	228-	46-
318 Dienstleistungen und Honorare	2,972,218	3,143,163	3,444,869	170,945-	5-
319 Übriger Sachaufwand	40,322		3,721	40,322	Neu
	4,697,130	5,661,363	6,267,474	964,233-	17-
<b>33 Abschreibungen</b>					
330 Abschreibungen Finanzvermögen	77,520	40,000	12,803-	37,520	94
	77,520	40,000	12,803-	37,520	94
<b>Summe Aufwand ohne Abschreibungen VV</b>	4,778,782	5,713,363	6,260,766	934,581-	16-

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
<b>4 Ertrag</b>					
<b>42 Vermögenserträge</b>					
420 Geldmittel	989-		5-	989-	Neu
423 Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	35,332,690-	42,038,000-	39,174,077-	6,705,310	16
427 Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.					
429 Übrige Vermögenserträge					
	35,333,678-	42,038,000-	39,174,082-	6,704,322	16
<b>43 Entgelte</b>					
431 Gebühren für Amtshandlung	460-		720-	460-	Neu
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	153,580-	151,900-	136,062-	1,680-	1-
435 Verkaufsertrag			5,160-		
436 Rückerstattungen	83-	200-	116-	117	58
439 Übrige Entgelte	159,903-		31,376-	159,903-	Neu
	314,026-	152,100-	173,434-	161,926-	106-
Summe Ertrag	35,647,705-	42,190,100-	39,347,517-	6,542,395	16
Summe Zwischensaldo ONA / ANE / SF	30,868,923-	36,476,737-	33,086,750-	5,607,814	15
<b>33 Abschreibungen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
<b>33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>					
331 Abschreibungen Verwaltungsverm.	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Summe Abschreibungen Verwaltungsvermögen	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Summe Abschreibungen	49,325,318	53,181,000	47,688,186	3,855,682-	7-
Saldo Laufende Rechnung	18,456,395	16,704,263	14,601,436	1,752,132	10
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Nettoinvestitionen VV (NIV)</b>					
<b>5 Ausgaben Investitionen</b>					
<b>50 Sachgüter</b>					
503 Hochbauten	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu
	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu
Summe Ausgaben Investitionen	4,935,280		1,010,780	4,935,280	Neu

T E X T	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
6 <u>Einnahmen Investitionen</u>					
60 <u>Abgang von Sachgütern</u>					
600 Abgang von Grundstücken	5-		7,526,562-	5-	Neu
	5-		7,526,562-	5-	Neu
Summe Einnahmen Investitionen	5-		7,526,562-	5-	Neu
Summe Nettoinvestitionen VV (NIV)	4,935,275		6,515,782-	4,935,275	Neu
Saldo Investitionsrechnung	4,935,275		6,515,782-	4,935,275	Neu

# Institutionelle Gliederung

23.03.2011

(Dienststellen nach Departementen mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10 / B10	
				TCHF	%
<b>Erziehungsdepartement</b>					
201 Zentrale Dienste	48'725.6	49'562.2	48'797.8	-836.6	-1.7
220 Leitung Bildung	57'037.6	62'211.3	56'161.9	-5'173.7	-8.3
230 Volksschulen	241'336.5	244'717.5	241'036.9	-3'381.1	-1.4
240 Allgemeinb. weiterführende Schulen	79'048.7	78'539.0	79'022.8	509.7	0.6
245 Berufsbildende Schulen	102'088.0	107'688.9	105'618.7	-5'600.9	-5.2
265 Berufs- und Erwachsenenbildung	22'740.7	19'790.6	18'480.2	2'950.1	14.9
271 Hochschulen	201'911.1	202'311.6	192'559.8	-400.5	-0.2
290 Jugend, Familie und Sport	96'416.3	101'047.0	89'425.6		
<b>TOTAL</b>	<b>849'304.5</b>	<b>865'868.1</b>	<b>831'103.7</b>	<b>-16'563.5</b>	<b>-1.9</b>
<b>Präsidialdepartement</b>					
320 Generalsekretariat PD	4'485.0	4'723.6	4'400.7	-238.6	-5.1
321 Gleichstellung und Chancengleichheit	3'377.3	3'398.6	3'624.7	-21.3	-0.6
330 Staatskanzlei	6'048.2	6'191.9	6'215.8	-143.6	-2.3
340 Aussenbez. und Standort-Marketing	4'865.7	5'044.5	4'322.8	-178.8	-3.5
350 Kantons- und Stadtentwicklung	4'014.3	4'015.9	3'336.7	-1.6	-0.0
360 Statistisches Amt	2'914.3	3'090.1	2'926.9	-175.8	-5.7
370 Kultur	64'189.4	64'571.5	63'963.8	-382.1	-0.6
371 Kunstmuseum Basel	13'605.5	13'564.8	12'641.3	40.7	0.3
372 Antikenmuseum Basel	5'283.2	5'291.1	5'240.7	-7.9	-0.2
373 Historisches Museum Basel	10'174.5	10'163.7	9'949.2	10.9	0.1
374 Naturhistorisches Museum Basel	7'380.7	7'396.2	7'444.8	-15.5	-0.2
375 Museum der Kulturen Basel	7'483.1	7'483.1	7'527.0	0.0	-0.0
376 Staatsarchiv	3'324.2	3'336.9	3'268.6	-12.6	-0.4
377 Archäologische Bodenforschung	5'393.9	3'943.3	4'633.6	1'450.6	36.8
<b>TOTAL</b>	<b>142'539.4</b>	<b>142'215.1</b>	<b>139'496.4</b>	<b>324.2</b>	<b>0.2</b>
<b>Finanzdepartement ONA</b>					
401 Generalsekretariat FD	3'062.0	3'580.5	2'963.5	-518.5	-14.5
403 Finanzverwaltung (Betrieb)	4'765.8	5'819.6	5'176.3	-1'053.8	-18.1
404 Steuerverwaltung	30'395.6	31'213.5	30'810.2	-817.9	-2.6
405 Immobilien Basel-Stadt	-18.5	224.6	12.4	-243.1	-108.2
406 Zentrale Informatikdienste	12'606.4	13'463.3	12'848.1	-856.9	-6.4
409 Zentraler Personaldienst	6'673.2	9'236.5	8'020.2	-2'563.3	-27.8
420 Liegenschaften (Verw.V.)Eigennutzung	-95'803.8	-98'499.1	-103'500.2	2'695.3	2.7
<b>TOTAL</b>	<b>-38'319.3</b>	<b>-34'961.2</b>	<b>-43'669.5</b>	<b>-3'358.2</b>	<b>-9.6</b>
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>					
501 Generalsekretariat JSD	3'367.9	3'255.6	3'570.4	112.3	3.4
501 Services	12'862.5	12'376.7	11'557.2	485.8	3.9
501 Recht	1'408.3	1'537.0	1'337.1	-128.7	-8.4
506 Kantonspolizei	73'897.6	72'275.7	72'917.6	1'621.9	2.2
509 Rettung	20'279.7	20'450.5	18'640.0	-170.7	-0.8
510 Bevölkerungsdienste und Migration	44'777.5	47'605.6	42'398.5	-2'828.1	-5.9
520 Staatsanwaltschaft	20'501.7	20'444.3	19'846.3	57.4	0.3
<b>TOTAL</b>	<b>177'095.1</b>	<b>177'945.3</b>	<b>170'267.0</b>	<b>-850.2</b>	<b>-0.5</b>

# Institutionelle Gliederung

23.03.2011

(Dienststellen nach Departementen mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10 / B10	
				TCHF	%
					+ = ungünstig - = günstig
<b>Bau- und Verkehrsdepartement</b>					
601 Generalsekretariat BVD	10'793.8	11'451.9	12'695.6	-658.1	-5.7
602 Bauinspektorat	962.6	389.1	898.2	573.5	147.4
614 Stadtgärtnerei	22'957.4	21'481.3	21'591.9	1'476.0	6.9
617 Tiefbauamt	11'108.2	19'040.2	15'237.4	-7'932.0	-41.7
621 Abfallbewirtschaftung	0.0	0.0	0.0	0.0	-
631 Grundbuch- und Vermessungsamt	568.9	801.4	128.5	-232.5	-29.0
641 Denkmalpflege	3'743.2	3'772.1	3'867.9	-28.9	-0.8
651 Hochbau- und Planungsamt	18'011.5	19'341.6	17'641.8	-1'330.1	-6.9
661 Mobilität	5'594.3	4'900.7	4'747.5	693.7	14.2
661 Öffentlicher Verkehr (Globalbudget)	77'483.0	78'191.9	73'279.0	-708.9	-0.9
<b>TOTAL</b>	<b>151'222.9</b>	<b>159'370.2</b>	<b>150'087.9</b>	<b>-8'147.3</b>	<b>-5.1</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>					
701 Generalsekretariat GD	6'029.1	7'731.0	6'014.5	-1'701.9	-22.0
702 Gesundheitsdienste	18'213.4	20'473.0	19'047.6	-2'259.6	-11.0
706 Gesundheitsschutz	16'093.9	11'358.0	10'913.9	4'735.9	41.7
709 Schlachthof	14'854.1	-110.5	-0.1	14'964.5	13'547.9
720 Oeffentliche Zahnkliniken	5'783.4	5'549.0	5'576.1	234.4	4.2
730 Gesundheitsversorgung	193'909.1	189'824.0	185'324.1	4'085.1	2.2
731 Universitätsspital Basel	174'169.3	175'423.0	180'039.5	-1'253.7	-0.7
733 Felix Platter-Spital	39'800.9	41'181.0	39'464.9	-1'380.1	-3.4
735 Universitäre Psychiatr. Kliniken	44'433.4	41'068.0	36'447.4	3'365.4	8.2
<b>TOTAL</b>	<b>513'286.5</b>	<b>492'496.5</b>	<b>482'827.9</b>	<b>20'789.9</b>	<b>4.2</b>
<b>Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>					
801 Generalsekretariat WSU	-6'009.5	-6'504.5	2'698.1	495.0	7.6
806 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	18'448.7	20'933.8	18'987.2	-2'485.1	-11.9
807 Amt für Sozialbeiträge	250'568.8	278'197.0	235'318.6	-27'628.2	-9.9
813 Rheinschiffahrtsdirektion	0.0	0.0	0.0	0.0	-
821 Vormundschaftsbehörde	8'364.3	8'121.4	7'860.8	242.9	3.0
822 Sozialhilfe	142'222.7	150'833.0	134'624.8	-8'610.3	-5.7
831 Amt für Umwelt und Energie	-5'320.5	-4'700.7	-5'784.2	-619.7	-13.2
<b>TOTAL</b>	<b>408'274.6</b>	<b>446'880.0</b>	<b>393'705.4</b>	<b>-38'605.4</b>	<b>-8.6</b>
<b>Allgemeine Verwaltung</b>					
Allgemeine Verwaltung	206'952.9	8'242.0	22'418.0	198'710.9	2'411.0
<b>TOTAL</b>	<b>206'952.9</b>	<b>8'242.0</b>	<b>22'418.0</b>	<b>198'710.9</b>	<b>2'411.0</b>
<b>Gerichte</b>					
111 Appellationsgericht	6'296.6	6'154.0	6'167.9	142.6	2.3
112 Gericht für Strafsachen	10'166.3	8'866.5	9'485.2	1'299.8	14.7
113 Zivilgericht	5'522.0	4'006.3	4'210.2	1'515.7	37.8
114 Sozialversicherungsgericht	2'848.8	3'011.9	2'854.1	-163.1	-5.4
<b>TOTAL</b>	<b>24'833.7</b>	<b>22'038.6</b>	<b>22'717.5</b>	<b>2'795.1</b>	<b>12.7</b>
<b>Behörden</b>					
402 Finanzkontrolle	2'951.8	3'407.9	2'875.3	-456.1	-13.4
410 Grosser Rat u. Parlamentsdienste	3'705.4	4'087.0	3'602.5	-381.6	-9.3
410 Ombudsstelle	643.9	699.0	571.0	-55.1	-7.9
410 Regierungsrat	3'032.9	3'109.9	3'858.6	-77.0	-2.5
410 Datenschutzaufsichtsstelle	672.4	814.9	644.2	-142.6	-
<b>TOTAL</b>	<b>11'006.3</b>	<b>12'118.5</b>	<b>11'551.6</b>	<b>-1'112.3</b>	<b>-9.2</b>

# Institutionelle Gliederung

23.03.2011

(Dienststellen nach Departementen mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009	Abweichung R10 / B10	
				TCHF	%
					+ = ungünstig - = günstig
<b>Finanzdepartement (Allgemeiner Nettoertrag)</b>					
403 Finanzverwaltung (Allgemein)	-147'965.5	1'298.9	-52'394.6	-149'264.3	-11'491.8
404 Steuerverwaltung (Allgemein)	-2'701'306.7	-2'320'700.0	-2'446'042.8	-380'606.7	-16.4
411 Dreispitzverwaltung (Fin. Verm.)	0.0	0.0	-201.7	0.0	-
412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin. Verm.)	-4'352.4	-3'148.5	-6'859.8	-1'204.0	-38.2
415 Liegenschaften FV	-51'285.0	-35'884.1	-41'289.4	-15'400.9	-42.9
420 Liegenschaften VV	-30'868.9	-36'476.7	-33'086.8	5'607.8	15.4
Nicht zug. Profit Center(n/e)	0.0	0.0	0.0	0.0	-
<b>TOTAL</b>	<b>-2'935'778.6</b>	<b>-2'394'910.5</b>	<b>-2'579'875.0</b>	<b>-540'868.1</b>	<b>-22.6</b>
<b>Gesamtergebnis vor Abschreibungen im V</b>	<b>-489'582.1</b>	<b>-102'697.2</b>	<b>-399'369.2</b>	<b>-386'884.9</b>	<b>-376.7</b>



# Inhaltliche Gliederung

23.03.2011

(Produktgruppen nach Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung R10 zum B10	
	TCHF	TCHF	TCHF	%
<b>D2 AF Erziehungsdepartement</b>				
<b>AF Erziehungsdepartement</b>				
PG Unterhalt Schul- u. Verw. -infrastruk	21'603.9	23'040.0	-1'436.0	-6.2
PG Leitung Geschäftsbereich Bildung	-15'820.4	-13'109.9	-2'710.5	-20.7
PG Musikal. Bildung im nichtberufl. Bere	12'315.7	12'679.9	-364.2	-2.9
PG Schulische Tagesbetreuungsangebote	5'844.3	6'588.8	-744.4	-11.3
PG Zentrum für Lehrpersonen	11'412.0	11'862.5	-450.6	-3.8
PG Sonderpädagogisches Angebot	35'719.2	36'446.8	-727.6	-2.0
PG Pädagogische Dienste	7'566.9	7'743.2	-176.3	-2.3
PG Allgemeine Bildung Primarstufe	105'875.1	108'557.1	-2'682.0	-2.5
PG Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	119'205.2	120'044.9	-839.7	-0.7
PG Schulische Tagesbetreuungsangebote	743.3	879.4	-136.1	-15.5
PG Verstärkte Massnahmen	15'512.9	15'236.1	276.7	1.8
<b>TOTAL</b>	<b>319'978.0</b>	<b>329'968.8</b>	<b>-9'990.8</b>	<b>-3.0</b>
<b>3.2 Weiterführende Schulbildung und Beru</b>				
PG Gym. Bildung u. Bildung an der FMS	79'048.7	78'539.0	509.7	0.6
PG Berufliche Vor- und Grundbildung	78'651.2	81'770.4	-3'119.2	-3.8
PG Berufsberatung und Berufsbildung	21'764.5	18'854.8	2'909.6	15.4
<b>TOTAL</b>	<b>179'464.4</b>	<b>179'164.3</b>	<b>300.1</b>	<b>0.2</b>
<b>3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterb</b>				
PG Höhere Berufsbildung u. Weiterbildung	23'436.8	25'918.5	-2'481.7	-9.6
PG Erwachsenenbildung	976.2	935.7	40.5	4.3
PG Universitäre Ausbildg, Forschung, DL	149'406.8	149'192.1	214.7	0.1
PG FH Ausbildung, Forschung, DL	40'000.7	39'740.2	260.5	0.7
PG Allgemeine Erwachsenenbildung	632.5	671.3	-38.8	-5.8
PG Ausbildungsbeiträge	11'871.1	12'708.0	-836.9	-6.6
<b>TOTAL</b>	<b>226'324.1</b>	<b>229'165.8</b>	<b>-2'841.6</b>	<b>-1.2</b>
<b>3.4 Sport</b>				
PG St. Jakobshalle	3'725.7	3'379.4	346.4	10.2
PG Sport	3'503.1	3'352.2	150.9	4.5
PG Betrieb Sportinfrastruktur	9'950.8	8'983.1	967.7	10.8
<b>TOTAL</b>	<b>17'179.7</b>	<b>15'714.7</b>	<b>1'465.0</b>	<b>9.3</b>
<b>3.5 Kinder, Jugendliche und Familien</b>				
PG Prävention und Förderung	8'638.4	9'672.7	-1'034.3	-10.7
PG Abklärung, Beratung, Intervention	57'112.3	60'026.0	-2'913.7	-4.9
PG Ausserschulische Tagesbetreuung	27'162.4	27'996.1	-833.6	-3.0
<b>TOTAL</b>	<b>92'913.1</b>	<b>97'694.8</b>	<b>-4'781.6</b>	<b>-4.9</b>
<b>TOTAL AF Erziehungsdepartement</b>	<b>835'859.4</b>	<b>851'708.4</b>	<b>-15'848.9</b>	<b>-1.9</b>

# Inhaltliche Gliederung

23.03.2011

(Produktgruppen nach Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung R10 zum B10	
	TCHF	TCHF	TCHF	%
<b>D3 AF Präsidialdepartement</b>				
<b>1.1 Kulturförderung</b>				
PG Stabsleistungen Abteilung Kultur	1'848.1	1'642.4	205.7	12.5
PG Förderung des Kunstschaffens	62'341.3	62'929.1	-587.8	-0.9
PG Leistungen Kunstmuseum, MGK	13'605.5	13'564.8	40.7	0.3
PG Leistungen Antikenmuseum Basel	5'283.2	5'291.1	-7.9	-0.2
PG Leistungen Historisches Museum Basel	10'174.5	10'163.7	10.9	0.1
PG Leistungen Naturhistorisches Museum B	7'380.7	7'396.2	-15.5	-0.2
PG Leistungen Museum der Kulturen Basel	7'483.1	7'483.1	0.0	-0.0
PG Staatsarchiv	3'324.2	3'336.9	-12.6	-0.4
PG Sicherung, Erforschung d. archäolog.E	5'393.9	3'943.3	1'450.6	36.8
<b>TOTAL</b>	<b>116'834.6</b>	<b>115'750.6</b>	<b>1'084.0</b>	<b>0.9</b>
<b>1.2 Kantonsentwicklung</b>				
PG Kantons- und Stadtentwicklung	4'014.3	4'015.9	-1.6	-0.0
PG Statistik und Analyse	2'914.3	3'090.1		
<b>TOTAL</b>	<b>6'928.6</b>	<b>7'106.0</b>	<b>-177.4</b>	<b>-2.5</b>
<b>1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarkt</b>				
PG Standortmarketing	3'604.4	3'300.1	304.2	9.2
PG Trinationale Zusammenarbeit	1'261.4	1'744.4	-483.1	-27.7
<b>TOTAL</b>	<b>4'865.7</b>	<b>5'044.5</b>	<b>-178.8</b>	<b>-3.5</b>
<b>1.4 Gleichstellung und Chancengleichheit</b>				
PG Gleichstellungsförderung	1'709.2	1'728.4	-19.2	-1.1
PG Integration	1'668.1	1'670.2	-2.1	-0.1
<b>TOTAL</b>	<b>3'377.3</b>	<b>3'398.6</b>	<b>-21.3</b>	<b>-0.6</b>
<b>TOTAL AF Präsidialdepartement</b>	<b>132'006.2</b>	<b>131'299.7</b>	<b>706.4</b>	<b>0.5</b>
<b>D4 AF Finanzdepartement</b>				
<b>4.1 Steuererhebung</b>				
PG Erhebung der nicht per. dir. Steuern	3'325.6	3'482.9	-157.4	-4.5
PG Erhebung der period. direkten Steuern	27'070.0	27'730.5	-660.5	-2.4
<b>TOTAL</b>	<b>30'395.6</b>	<b>31'213.5</b>	<b>-817.9</b>	<b>-2.6</b>
<b>TOTAL AF Finanzdepartement</b>	<b>30'395.6</b>	<b>31'213.5</b>	<b>-817.9</b>	<b>-2.6</b>
<b>D5 AF Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>				
<b>6.1 Sicherheit und Ordnung</b>				
PG Sicherheitspolizei	45'694.5	46'680.0	-985.5	-2.1
PG Spezialformationen	19'627.2	20'705.1	-1'077.9	-5.2
PG Verkehrsmanagement	-19'674.7	-24'229.3	4'554.6	18.8
PG Prävention	3'256.9	3'607.1	-350.3	-9.7
PG Katastrophenvorsorge /-einsatz	1'244.5	1'375.3	-130.8	-9.5
PG Querschnittsdienstleistungen	23'749.2	24'137.5	-388.3	-1.6
<b>TOTAL</b>	<b>73'897.6</b>	<b>72'275.7</b>	<b>1'621.9</b>	<b>2.2</b>
<b>6.2 Rettung</b>				
PG Sanität	3'156.6	3'458.0	-301.5	-8.7
PG Führungsunterstützung	33.3	30.9	2.5	8.0
PG Einsatzunterstützung	10'303.7	10'699.4	-395.7	-3.7
PG Feuerwehr	3'997.1	3'536.8	460.3	13.0
PG Einsatzkoordination	2'789.1	2'725.4	63.7	2.3
<b>TOTAL</b>	<b>20'279.8</b>	<b>20'450.5</b>	<b>-170.7</b>	<b>-0.8</b>
<b>6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und I</b>				

# Inhaltliche Gliederung

23.03.2011

(Produktgruppen nach Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung R10 zum B10	
	TCHF	TCHF	TCHF	%
PG Stabs- und Rechtsdienste	229.2	242.7	-13.5	100.0
PG Einwohner- und Zivilstandsamt	3'368.4	3'705.0	-336.7	-9.1
PG Migrationsamt	3'106.8	4'231.6	-1'124.8	-26.6
PG Gefängnisse	10'416.4	12'466.8	-2'050.4	-16.4
<b>TOTAL</b>	<b>17'120.8</b>	<b>20'646.1</b>	<b>-3'525.3</b>	<b>-17.1</b>
<b>6.4 Straf- und Massnahmenvollzug</b>				
PG Strafen und Massnahmen	27'656.7	26'959.5	697.2	100.0
<b>TOTAL</b>	<b>27'656.7</b>	<b>26'959.5</b>	<b>697.2</b>	<b>2.6</b>
<b>6.5 Strafverfolgung</b>				
PG Stawa Ermittlungen	20'093.1	19'783.6	309.6	100.0
PG Stawa Entscheide	408.5	660.7	-252.2	-38.2
<b>TOTAL</b>	<b>20'501.7</b>	<b>20'444.3</b>	<b>57.4</b>	<b>0.3</b>
<b>TOTAL AF Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	<b>159'456.5</b>	<b>160'776.0</b>	<b>-1'319.5</b>	<b>-0.8</b>
<b>D6 AF Bau- und Verkehrsdepartement</b>				
<b>2.1 Raumplanung</b>				
PG Raumentwicklung und Städtebau	3'714.0	3'420.3	293.7	8.6
<b>TOTAL</b>	<b>3'714.0</b>	<b>3'420.3</b>	<b>293.7</b>	<b>8.6</b>
<b>2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinf.</b>				
PG Grundbuch und amtliche Vermessung	-1'077.4	-470.4	-606.9	-129.0
PG Geodateninfrastruktur (GDI)	1'646.3	1'271.8	374.4	29.4
PG Bau- und Betriebssicherheit	962.6	389.1	573.5	147.4
<b>TOTAL</b>	<b>1'531.5</b>	<b>1'190.5</b>	<b>341.0</b>	<b>28.6</b>
<b>2.3 Öffentlicher Raum</b>				
PG Allmendnutzung	-5'047.2	-2'389.6	-2'657.6	-111.2
PG Sauberkeit	2'953.9	-	2'953.9	#DIV/0!
PG Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2'003.8	1'849.4	154.4	8.3
PG Stadtreinigung	17'730.2	22'239.4	-4'509.1	-20.3
PG Stadtgrün	22'957.4	21'481.3	1'476.0	6.9
PG Abfallbewirtschaftung	-1'285.2	-994.0	-291.3	-29.3
<b>TOTAL</b>	<b>39'312.9</b>	<b>42'186.6</b>	<b>-2'873.7</b>	<b>-6.8</b>
<b>2.4 Mobilität</b>				
PG Mobilität	5'594.3	4'900.7	693.7	14.2
PG Tram und Bus Globalbudget ÖV	54'704.6	55'042.0	-337.4	-0.6
PG Regio S-Bahn Globalbudget ÖV	2'660.1	2'779.9	-119.8	-4.3
PG Tarife und Verbände Globalbudget ÖV	20'118.3	20'370.0	-251.7	-1.2
<b>TOTAL</b>	<b>83'077.4</b>	<b>83'092.6</b>	<b>-15.2</b>	<b>-0.0</b>
<b>2.5 Stadtbild und Baukultur</b>				
PG Qualitätssicherung bei Um- und Neubau d. öffentl. Hand	285.4	292.0	-6.6	-2.3
PG Erhaltung des baulichen Erbes	3'743.2	3'772.1	-28.9	-0.8
PG Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	-44.5	-53.7	9.2	17.1
<b>TOTAL</b>	<b>3'984.1</b>	<b>4'010.4</b>	<b>-26.3</b>	<b>-0.7</b>
<b>TOTAL AF Bau- und Verkehrsdepartement</b>	<b>131'619.8</b>	<b>133'900.3</b>	<b>-2'280.5</b>	<b>-1.7</b>

# Inhaltliche Gliederung

23.03.2011

(Produktgruppen nach Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung R10 zum B10	
	TCHF	TCHF	TCHF	%
<b>D7 AF Gesundheitsdepartement</b>				
<b>5.1 Gesundheitsschutz</b>				
PG Anlagensicherheit + Konsumentenschutz	6'340.2	6'063.2	277.0	4.6
PG Bewält. Katastrophen, ABC, a.o. Ereign.	1'956.0	2'051.3	-95.3	-4.6
PG Rechtsmedizinische Dienste	2'480.0	2'510.8	-30.8	-1.2
PG Kontrolle/Überw. v. Tiere/Tierprodukt	5'317.7	732.7	4'585.1	625.8
PG Betrieb des Schlachthofes	14'854.1	-110.5	14'964.5	13'548.0
<b>TOTAL</b>	<b>30'948.0</b>	<b>11'247.5</b>	<b>19'700.5</b>	<b>175.2</b>
<b>5.2 Gesundheitsdienste</b>				
PG Gesundheitsdienste	18'213.4	20'473.0	-2'259.6	-11.0
<b>TOTAL</b>	<b>18'213.4</b>	<b>20'473.0</b>	<b>-2'259.6</b>	<b>-11.0</b>
<b>5.3 Gesundheitsversorgung</b>				
PG Bedarfs-/kostenger. Langzeitpflege	99'167.0	101'152.9	-1'985.9	-2.0
PG Medizinische Versorgung im USB	115'380.0	121'123.7	-5'743.7	-4.7
PG Medizinische Versorgung L.Einkauf	94'742.0	88'671.1	6'070.9	6.8
PG Medizinische Versorgung im UPK	41'430.3	40'105.3	1'325.0	3.3
PG Medizinische Versorgung im FPS	39'321.5	40'685.9	-1'364.4	-3.4
PG Zahnmedizinische Betreuung	5'783.4	5'549.0	234.4	4.2
<b>TOTAL</b>	<b>395'824.2</b>	<b>397'287.9</b>	<b>-1'463.6</b>	<b>-0.4</b>
<b>5.4 Klinische Lehre und Forschung</b>				
PG Med. Lehre + Forschung USB	58'789.3	54'299.3	4'490.0	8.3
PG Med. Lehre + Forschung FPS	479.4	495.1	-15.7	-3.2
PG Med. Lehre + Forschung UPK	3'003.1	962.7	2'040.4	211.9
<b>TOTAL</b>	<b>62'271.8</b>	<b>55'757.1</b>	<b>6'514.7</b>	<b>11.7</b>
<b>TOTAL AF Gesundheitsdepartement</b>	<b>507'257.4</b>	<b>484'765.5</b>	<b>22'491.9</b>	<b>4.6</b>
<b>D8 AF Dep. f. Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>				
<b>7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt</b>				
PG Eingliederung in Arbeitsmarkt	12'663.3	14'424.9	-1'761.5	-12.2
PG Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	1'758.4	2'568.6	-810.3	-31.5
PG Standortförderung Wirtschaft	4'027.0	3'940.3	86.7	2.2
PG Beteiligungen Betriebe	-12'759.4	-13'244.5	485.1	3.7
<b>TOTAL</b>	<b>5'689.3</b>	<b>7'689.3</b>	<b>-2'000.0</b>	<b>-26.0</b>
<b>7.2 Soziale Sicherheit</b>				
PG Behindertenhilfe	71'775.9	75'283.4	-3'507.5	-4.7
PG Vormundschaftswesen	8'364.3	8'121.4	242.9	3.0
PG Bedarfsabhängige Sozialleistungen	178'792.9	202'913.6	-24'120.7	-11.9
PG Allgemeine Sozialhilfe	133'733.1	140'674.4	-6'941.3	-4.9
PG Migration	8'489.6	10'158.6	-1'669.0	-16.4
<b>TOTAL</b>	<b>401'155.9</b>	<b>437'151.4</b>	<b>-35'995.5</b>	<b>-8.2</b>
<b>7.3 Umwelt und Energie</b>				
PG Umwelt	-5'370.1	-5'064.0	-306.1	-6.0
PG Energie	49.6	363.2	-313.6	-86.3
<b>TOTAL</b>	<b>-5'320.5</b>	<b>-4'700.7</b>	<b>-619.7</b>	<b>-13.2</b>
<b>TOTAL AF Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>	<b>401'524.7</b>	<b>440'140.0</b>	<b>-38'615.3</b>	<b>-8.8</b>

# Inhaltliche Gliederung

23.03.2011

(Produktgruppen nach Aufgaben- und Ressourcenfelder mit Ordentlichem Nettoaufwand)

(in TCHF)	Rechnung 2010	Budget 2010	Abweichung R10 zum B10	
	TCHF	TCHF	TCHF	%
<b>JU Judikative</b>				
<b>8.1 Rechtssprechung (Gerichte)</b>				
Gerichte	24'833.7	22'038.6	2'795.1	12.7
<b>TOTAL</b>	<b>24'833.7</b>	<b>22'038.6</b>	<b>2'795.1</b>	<b>12.7</b>
<b>8.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabh.RK)</b>				
PG Rekurskommissionen	337.5	185.0	152.5	82.5
PG Urteile Psychiatrie-Rekurskommission	339.4	518.9	-179.5	-34.6
PG Baurekurskommission	236.4	256.8	-20.3	-7.9
<b>TOTAL</b>	<b>913.4</b>	<b>960.7</b>	<b>-47.3</b>	<b>-4.9</b>
<b>TOTAL JU Judikative</b>	<b>25'747.0</b>	<b>22'999.3</b>	<b>2'747.8</b>	<b>11.9</b>
<b>Ressourcenfelder</b>				
<b>9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste</b>				
PG Interne Finanzdienstleistungen	763.5	1'174.0	-410.5	-35.0
PG SAP Betrieb und Entwicklung	1'312.8	1'686.6	-373.8	-22.2
PG Controlling u.Beratungsdienstleistg.	2'689.4	2'959.0	-269.6	-9.1
Immobilienleistungen	-95'822.3	-98'274.5	2'452.2	2.5
<b>TOTAL</b>	<b>-91'056.5</b>	<b>-92'454.9</b>	<b>1'398.4</b>	<b>1.5</b>
<b>9.2 Zentrale Personaldienste</b>				
PG Zentrales Personalmanagement	5'622.6	8'029.5	-2'406.9	-30.0
Sozialstellenplan	1'050.7	1'207.0	-156.3	-13.0
<b>TOTAL</b>	<b>6'673.2</b>	<b>9'236.5</b>	<b>-2'563.3</b>	<b>-27.8</b>
<b>9.3 Zentrale Informatik- und Telefond.</b>				
PG Informatik-Betrieb	2'151.5	2'113.8	37.7	1.8
PG Datendienste	3'189.5	3'726.1	-536.6	-14.4
PG Informatik-Infrastruktur	3'867.2	3'851.2	16.0	0.4
PG Anwendungen, Services, Projekte (ASP)	3'398.2	3'772.2	-374.0	-9.9
<b>TOTAL</b>	<b>12'606.4</b>	<b>13'463.3</b>	<b>-856.9</b>	<b>-6.4</b>
<b>9.4 Bau und Unterhalt</b>				
PG Hochbaudienste	12'008.3	13'779.8	-1'771.6	-12.9
PG Tiefbaudienste	-7'533.8	-6'286.6	-1'247.3	-19.8
PG Regiebetriebe	4'290.4	6'471.0	-2'180.7	-33.7
<b>TOTAL</b>	<b>8'764.8</b>	<b>13'964.3</b>	<b>-5'199.5</b>	<b>-37.2</b>
<b>9.5 Zentrale Materialdienste</b>				
RF Zentrale Materialdienste	353.3	646.2	-292.8	-45.3
<b>TOTAL</b>	<b>353.3</b>	<b>646.2</b>	<b>-292.8</b>	<b>-45.3</b>

# Funktionale Gliederung

23.03.2011

(Gesamtkanton nach 3-stelligen Funktionen mit Laufender Rechnung LR)

(in TCHF)	Rechnung 2010			Rechnung 09	Abw. LR R10 zu R09	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Saldo LR	TCHF	%
011 Legislative	3.7	0.0	-3.7	-3.7	-0.0	-0.9
012 Exekutive	3.0	0.0	-3.0	-3.9	0.8	21.4
<b>01 Legislative und Exekutive</b>	<b>6.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.8</b>	<b>-7.6</b>	<b>0.8</b>	<b>10.5</b>
020 Finanz- und Steuerverw.	167.7	58.6	-109.1	-109.2	0.1	0.1
029 Uebr. allg. Verwaltung	560.4	658.2	97.8	78.7	19.1	24.3
<b>02 Allgemeine Verwaltung</b>	<b>728.2</b>	<b>716.8</b>	<b>-11.4</b>	<b>-30.5</b>	<b>19.2</b>	<b>62.8</b>
090 Nicht aufteilb. Aufgaben	42.7	-143.3	-186.0	-188.2	2.3	1.2
<b>09 Nicht aufteilbare Aufgaben</b>	<b>42.7</b>	<b>-143.3</b>	<b>-186.0</b>	<b>-188.2</b>	<b>2.3</b>	<b>1.2</b>
<b>0 Allgemeine Verwaltung</b>	<b>777.7</b>	<b>573.6</b>	<b>-204.1</b>	<b>-226.3</b>	<b>22.2</b>	<b>9.8</b>
100 Grundbuch/Mass u.Gewicht	8.2	7.6	-0.6	-0.2	-0.4	-180.0
101 Uebr. Rechtspflege	54.3	37.5	-16.7	-17.1	0.4	2.1
<b>10 Rechtsaufsicht</b>	<b>62.5</b>	<b>45.1</b>	<b>-17.4</b>	<b>-17.3</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.3</b>
110 Strassenverkehrsamt	3.6	9.1	5.5	4.9	0.6	11.3
112 Verkehrspolizei	18.8	18.9	0.1	-0.4	0.5	132.3
113 Polizeikorps	87.8	6.0	-81.8	-79.8	-1.9	-2.4
119 Uebr. Polizeiaufgaben	40.5	5.8	-34.7	-34.0	-0.7	-2.1
<b>11 Polizei</b>	<b>150.7</b>	<b>39.9</b>	<b>-110.9</b>	<b>-109.3</b>	<b>-1.6</b>	<b>-1.5</b>
120 Rechtssprechung	69.4	17.5	-51.9	-48.0	-3.8	-8.0
<b>12 Rechtssprechung</b>	<b>69.4</b>	<b>17.5</b>	<b>-51.9</b>	<b>-48.0</b>	<b>-3.8</b>	<b>-8.0</b>
130 Strafanstalt	37.9	6.9	-31.0	-27.3	-3.7	-13.7
139 Uebr. Strafvollzug	5.4	2.3	-3.1	-3.0	-0.1	-4.5
<b>13 Strafvollzug</b>	<b>43.3</b>	<b>9.2</b>	<b>-34.1</b>	<b>-30.2</b>	<b>-3.9</b>	<b>-12.8</b>
140 Feuerwehr	27.1	16.2	-10.8	-11.9	1.1	8.9
<b>14 Feuerwehr</b>	<b>27.1</b>	<b>16.2</b>	<b>-10.8</b>	<b>-11.9</b>	<b>1.1</b>	<b>8.9</b>
150 Verw.Mil.Landesverteidig.	0.6	0.1	-0.5	-0.5	-0.0	-6.8
152 Materielle Kriegsarb.	0.2	0.0	-0.2	-0.1	-0.1	-140.1
<b>15 Militär. Landesverteidigung</b>	<b>0.8</b>	<b>0.1</b>	<b>-0.7</b>	<b>-0.5</b>	<b>-0.1</b>	<b>-25.9</b>
160 Zivilschutz	7.2	0.7	-6.6	-4.2	-2.4	-57.9
<b>16 Zivile Landesverteidigung</b>	<b>7.2</b>	<b>0.7</b>	<b>-6.6</b>	<b>-4.2</b>	<b>-2.4</b>	<b>-57.9</b>
<b>1 Öffentliche Sicherheit</b>	<b>360.9</b>	<b>128.7</b>	<b>-232.3</b>	<b>-221.4</b>	<b>-10.8</b>	<b>-4.9</b>
200 Kindergärten	35.3	3.2	-32.1	-31.9	-0.2	-0.7
<b>20 Kindergärten</b>	<b>35.3</b>	<b>3.2</b>	<b>-32.1</b>	<b>-31.9</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.7</b>
210 Primarstufe	74.2	25.5	-48.6	-46.0	-2.7	-5.8
211 Sekundarst., Grundanspr.	69.5	5.2	-64.3	-62.0	-2.3	-3.7
212 Sekundarst.,mittl. Anspr.	52.8	0.8	-52.0	-49.6	-2.4	-4.9
213 Sekundarst.,gehob. Anspr.	56.9	3.5	-53.3	-51.8	-1.6	-3.0
214 Musikschulen	6.0	0.9	-5.0	1.0	-6.0	-599.9
219 Nicht Aufteilb.,Volksch.	37.5	7.3	-30.2	-31.3	1.1	3.4
<b>21 Volksschule</b>	<b>296.8</b>	<b>43.2</b>	<b>-253.6</b>	<b>-239.6</b>	<b>-13.9</b>	<b>-5.8</b>
220 Sonderschulen	72.5	14.3	-58.2	-64.3	6.0	9.4
<b>22 Sonderschulen</b>	<b>72.5</b>	<b>14.3</b>	<b>-58.2</b>	<b>-64.3</b>	<b>6.0</b>	<b>9.4</b>
230 Land- u. forstw. Berufe	0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-0.9
231 Industr.-gewerbl. Berufe	57.6	22.3	-35.2	-38.4	3.1	8.1
232 Kaufmännische Berufe	33.7	6.5	-27.2	-25.5	-1.7	-6.8
233 Pflege- u. Sozialberufe	30.4	15.6	-14.8	-15.9	1.1	6.7
239 übr. berufl. Bildungsw.	26.6	2.0	-24.6	-27.4	2.8	10.3

# Funktionale Gliederung

23.03.2011

(Gesamtkanton nach 3-stelligen Funktionen mit Laufender Rechnung LR)

(in TCHF)	Rechnung 2010			Rechnung 09	Abw. LR R10 zu R09	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Saldo LR	TCHF	%
					+ = ungünstig	- = günstig
<b>23 Berufsausbildung</b>	<b>148.4</b>	<b>46.4</b>	<b>-102.0</b>	<b>-107.2</b>	<b>5.3</b>	<b>4.9</b>
240 Unterseminarien	2.3	0.2	-2.1	-2.4	0.3	12.5
241 Oberseminarien	1.0	0.1	-0.9	-1.0	0.1	11.5
<b>24 Lehrerausbildung</b>	<b>3.3</b>	<b>0.4</b>	<b>-3.0</b>	<b>-3.4</b>	<b>0.4</b>	<b>12.2</b>
250 Maturitätsschulen	46.3	7.1	-39.2	-41.4	2.2	5.3
259 Andere allgemb. Schulen	17.3	3.7	-13.6	-12.6	-1.0	-8.3
<b>25 Allgemeinbildende Schulen</b>	<b>63.6</b>	<b>10.8</b>	<b>-52.8</b>	<b>-53.9</b>	<b>1.1</b>	<b>2.1</b>
261 Wirtschaftsschulen	0.2	0.4	0.2	0.2	-0.0	-
<b>26 Höhere Berufsbildung</b>	<b>0.2</b>	<b>0.4</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-</b>
270 Bundeshochschulen	0.3	0.0	-0.2	-0.2	-0.0	-0.9
271 Kantonale Hochschule	275.4	64.4	-211.0	-201.2	-9.8	-4.9
273 Fachhochschulen	43.3	16.4	-26.8	-26.5	-0.3	-1.2
<b>27 Hochschulen und Forschung</b>	<b>319.0</b>	<b>80.8</b>	<b>-238.1</b>	<b>-228.0</b>	<b>-10.1</b>	<b>-4.4</b>
290 Verwaltung	28.9	3.3	-25.6	-23.2	-2.4	-10.4
291 Berufsberatung	4.0	1.1	-2.9	-2.9	-0.0	-1.5
292 Erwachsenenbildung	5.5	2.3	-3.2	-3.1	-0.1	-2.5
<b>29 Übriges Bildungswesen</b>	<b>38.3</b>	<b>6.7</b>	<b>-31.7</b>	<b>-29.1</b>	<b>-2.5</b>	<b>-8.7</b>
<b>2 Bildung</b>	<b>977.5</b>	<b>206.2</b>	<b>-771.3</b>	<b>-757.4</b>	<b>-13.9</b>	<b>-1.8</b>
300 Bibliotheken	5.5	0.1	-5.4	-5.1	-0.3	-5.9
301 Museen	63.4	12.0	-51.4	-50.6	-0.7	-1.4
302 Theater, Konzerte	50.4	0.0	-50.4	-50.4	-0.0	-0.0
309 Uebr. Kulturförderung	6.2	0.2	-6.0	-5.6	-0.5	-8.3
<b>30 Kulturförderung</b>	<b>125.5</b>	<b>12.3</b>	<b>-113.2</b>	<b>-111.7</b>	<b>-1.5</b>	<b>-1.3</b>
310 Denkmalpflege/Heimatschutz	16.6	2.3	-14.3	-11.1	-3.2	-29.2
<b>31 Denkmalpflege und Heimatschutz</b>	<b>16.6</b>	<b>2.3</b>	<b>-14.3</b>	<b>-11.1</b>	<b>-3.2</b>	<b>-29.2</b>
330 Parkanl. u. Wanderwege	25.8	4.1	-21.7	-21.0	-0.8	-3.6
<b>33 Parkanlagen und Wanderwege</b>	<b>25.8</b>	<b>4.1</b>	<b>-21.7</b>	<b>-21.0</b>	<b>-0.8</b>	<b>-3.6</b>
340 Sport	34.5	15.3	-19.1	-19.8	0.7	3.6
<b>34 Sport</b>	<b>34.5</b>	<b>15.3</b>	<b>-19.1</b>	<b>-19.8</b>	<b>0.7</b>	<b>3.6</b>
350 Uebr. Freizeitgestaltung	1.8	2.2	0.4	0.5	-0.1	-19.3
<b>35 Übrige Freizeitgestaltung</b>	<b>1.8</b>	<b>2.2</b>	<b>0.4</b>	<b>0.5</b>	<b>-0.1</b>	<b>-19.3</b>
<b>3 Kultur und Freizeit</b>	<b>204.1</b>	<b>36.2</b>	<b>-167.9</b>	<b>-163.0</b>	<b>-4.9</b>	<b>-3.0</b>
400 Spitäler	873.5	623.3	-250.2	-252.7	2.5	1.0
<b>40 Spitäler</b>	<b>873.5</b>	<b>623.3</b>	<b>-250.2</b>	<b>-252.7</b>	<b>2.5</b>	<b>1.0</b>
410 Kranken- u. Pflegeheime	0.3	0.3	0.0	0.0	-0.0	-150.2
<b>41 Kranken- u. Pflegeheime</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-150.2</b>
420 Psychiatrische Kliniken	112.1	70.3	-41.8	-36.2	-5.5	-15.3
<b>42 Psychiatrische Kliniken</b>	<b>112.1</b>	<b>70.3</b>	<b>-41.8</b>	<b>-36.2</b>	<b>-5.5</b>	<b>-15.3</b>
440 Ambulante Krankenpflege	26.3	0.0	-26.3	-26.8	0.6	2.1
<b>44 Ambulante Krankenpflege</b>	<b>26.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-26.3</b>	<b>-26.8</b>	<b>0.6</b>	<b>2.1</b>
450 Alkohol- u. Drogenmissbrauch	12.1	1.3	-10.7	-11.2	0.5	4.1
<b>45 Krankheitsbekämpfung</b>	<b>12.1</b>	<b>1.3</b>	<b>-10.7</b>	<b>-11.2</b>	<b>0.5</b>	<b>4.1</b>
460 Schulgesundheitsdienst	8.9	6.7	-2.2	-2.8	0.6	21.1
<b>46 Schulgesundheitsdienst</b>	<b>8.9</b>	<b>6.7</b>	<b>-2.2</b>	<b>-2.8</b>	<b>0.6</b>	<b>21.1</b>
470 Lebensmittelkontrolle	1.7	0.0	-1.7	-2.0	0.3	16.1
<b>47 Lebensmittelkontrolle</b>	<b>1.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.7</b>	<b>-2.0</b>	<b>0.3</b>	<b>16.1</b>
490 Uebr. Gesundheitswesen	54.4	22.7	-31.7	-31.0	-0.7	-2.2
<b>49 Übriges Gsundheitswesen</b>	<b>54.4</b>	<b>22.7</b>	<b>-31.7</b>	<b>-31.0</b>	<b>-0.7</b>	<b>-2.2</b>
<b>4 Gesundheit</b>	<b>1'089.2</b>	<b>724.6</b>	<b>-364.6</b>	<b>-362.9</b>	<b>-1.8</b>	<b>-0.5</b>

# Funktionale Gliederung

23.03.2011

(Gesamtkanton nach 3-stelligen Funktionen mit Laufender Rechnung LR)

(in TCHF)	Rechnung 2010			Rechnung 09	Abw. LR R10 zu R09	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Saldo LR	TCHF	%
						+ = ungünstig - = günstig
500 Altersversicherung	0.0	0.0	0.0	1.6	-1.6	-100.0
<b>50 Altersversicherung</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>1.6</b>	<b>-1.6</b>	<b>-100.0</b>
520 Krankenversicherung	123.8	51.5	-72.2	-73.4	1.2	1.6
<b>52 Krankenversicherung</b>	<b>123.8</b>	<b>51.5</b>	<b>-72.2</b>	<b>-73.4</b>	<b>1.2</b>	<b>1.6</b>
530 Ergänzungsleist. AHV	132.1	30.6	-101.4	-95.3	-6.2	-6.5
531 Ergänzungsleist. IV	112.7	45.5	-67.1	-59.6	-7.6	-12.7
532 Arbeitslosenversicherung	3.7	3.6	-0.2	-0.2	0.1	29.5
533 Familienausgleichskasse	0.0	0.0	0.0	-2.4	2.5	101.6
<b>53 Sonstige Sozialversicherungen</b>	<b>248.5</b>	<b>79.7</b>	<b>-168.7</b>	<b>-157.5</b>	<b>-11.3</b>	<b>-7.2</b>
540 Jugendschutz	130.5	36.4	-94.1	-87.0	-7.1	-8.2
<b>54 Jugendschutz</b>	<b>130.5</b>	<b>36.4</b>	<b>-94.1</b>	<b>-87.0</b>	<b>-7.1</b>	<b>-8.2</b>
550 Invalidität	74.9	22.4	-52.5	-69.4	17.0	24.4
<b>55 Invalidität</b>	<b>74.9</b>	<b>22.4</b>	<b>-52.5</b>	<b>-69.4</b>	<b>17.0</b>	<b>24.4</b>
560 Sozialer Wohnungsbau	3.2	0.0	-3.2	-2.3	-0.9	-41.5
<b>56 Sozialer Wohnungsbau</b>	<b>3.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-3.2</b>	<b>-2.3</b>	<b>-0.9</b>	<b>-41.5</b>
570 Altersheime	0.1	0.0	-0.1	-1.2	1.0	89.0
<b>57 Altersheime</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.1</b>	<b>-1.2</b>	<b>1.0</b>	<b>89.0</b>
581 Armenunterstützung	0.1	0.0	-0.1	0.0	-0.0	-45.3
582 Arbeitsämter	39.3	24.5	-14.8	-15.5	0.7	4.2
589 Uebrige Fürsorge	190.3	23.2	-167.2	-140.5	-26.7	-19.0
<b>58 Fürsorge</b>	<b>229.7</b>	<b>47.6</b>	<b>-182.1</b>	<b>-156.0</b>	<b>-26.0</b>	<b>-16.7</b>
590 Hilfsaktionen im Inland	1.6	0.4	-1.2	-0.2	-1.0	-401.0
<b>59 Hilfsaktionen</b>	<b>1.6</b>	<b>0.4</b>	<b>-1.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>-1.0</b>	<b>-401.0</b>
<b>5 Soziale Wohlfahrt</b>	<b>812.4</b>	<b>238.2</b>	<b>-574.2</b>	<b>-545.5</b>	<b>-28.7</b>	<b>-5.3</b>
600 Nationalstrassen	48.6	0.4	-48.2	-6.3	-41.9	-660.4
<b>60 Nationalstrassen</b>	<b>48.6</b>	<b>0.4</b>	<b>-48.2</b>	<b>-6.3</b>	<b>-41.9</b>	<b>-660.4</b>
610 Kantonsstrassen	80.6	29.7	-50.9	-55.2	4.3	7.8
<b>61 Kantonsstrassen</b>	<b>80.6</b>	<b>29.7</b>	<b>-50.9</b>	<b>-55.2</b>	<b>4.3</b>	<b>7.8</b>
621 Parkhäuser	9.2	13.6	4.4	6.9	-2.5	-36.6
<b>62 Gemeindestrassen</b>	<b>9.2</b>	<b>13.6</b>	<b>4.4</b>	<b>6.9</b>	<b>-2.5</b>	<b>-36.6</b>
651 Nahverkehrsbetrieb	88.1	3.2	-84.9	-80.8	-4.1	-5.1
<b>65 Regionalverkehr</b>	<b>88.1</b>	<b>3.2</b>	<b>-84.9</b>	<b>-80.8</b>	<b>-4.1</b>	<b>-5.1</b>
690 Uebriger Verkehr	6.8	1.1	-5.7	-4.6	-1.0	-22.5
<b>67 Luftfahrt</b>	<b>6.8</b>	<b>1.1</b>	<b>-5.7</b>	<b>-4.6</b>	<b>-1.0</b>	<b>-22.5</b>
<b>6 Verkehr</b>	<b>233.3</b>	<b>48.0</b>	<b>-185.4</b>	<b>-140.1</b>	<b>-45.2</b>	<b>-32.3</b>
700 Wasserversorgung	0.5	1.6	1.1	0.9	0.2	22.0
<b>70 Wasserversorgung</b>	<b>0.5</b>	<b>1.6</b>	<b>1.1</b>	<b>0.9</b>	<b>0.2</b>	<b>22.0</b>
710 Abwasserbeseitigung	31.6	44.9	13.4	14.3	-0.9	-6.4
<b>71 Abwasserbeseitigung</b>	<b>31.6</b>	<b>44.9</b>	<b>13.4</b>	<b>14.3</b>	<b>-0.9</b>	<b>-6.4</b>
720 Abfallbeseitigung	28.0	25.9	-2.1	-2.5	0.4	14.7
<b>72 Abfallbeseitigung</b>	<b>28.0</b>	<b>25.9</b>	<b>-2.1</b>	<b>-2.5</b>	<b>0.4</b>	<b>14.7</b>
730 Schlachthöfe	20.0	5.5	-14.5	0.1	-14.6	-14'964.2
<b>73 Schlachthöfe</b>	<b>20.0</b>	<b>5.5</b>	<b>-14.5</b>	<b>0.1</b>	<b>-14.6</b>	<b>-14'964.2</b>
740 Friedhof und Bestattung	9.6	6.7	-2.9	-2.6	-0.3	-11.2
<b>74 Friedhof und Bestattung</b>	<b>9.6</b>	<b>6.7</b>	<b>-2.9</b>	<b>-2.6</b>	<b>-0.3</b>	<b>-11.2</b>
770 Naturschutz	0.5	0.1	-0.4	-0.1	-0.3	-518.9
<b>77 Naturschutz</b>	<b>0.5</b>	<b>0.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.3</b>	<b>-518.9</b>
781 Tierkörperbeseitigung	0.1	0.1	0.0	0.0	-0.0	-329.0
789 Uebrige Immissionen	5.2	0.7	-4.6	-3.9	-0.7	-16.6
<b>78 Übriger Umweltschutz</b>	<b>5.4</b>	<b>0.8</b>	<b>-4.6</b>	<b>-3.9</b>	<b>-0.7</b>	<b>-16.9</b>
790 Raumplanung	7.0	1.1	-5.9	-5.1	-0.8	-15.6
792 Allgemeiner Wohnungsbau	0.2	0.2	0.0	0.0	-0.0	-74.6
<b>79 Raumordnung</b>	<b>7.2</b>	<b>1.4</b>	<b>-5.8</b>	<b>-5.0</b>	<b>-0.8</b>	<b>-4.2</b>
<b>7 Umwelt und Raumordnung</b>	<b>102.8</b>	<b>86.8</b>	<b>-16.0</b>	<b>1.1</b>	<b>-17.1</b>	<b>-1'526.3</b>



# Funktionale Gliederung

23.03.2011

(Gesamtkanton nach 3-stelligen Funktionen mit Laufender Rechnung LR)

(in TCHF)	Rechnung 2010			Rechnung 09	Abw. LR R10 zu R09	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Saldo LR	TCHF	+ = ungünstig - = günstig %
800 Verwaltung	0.1	0.0	0.0	0.0	-0.0	-24.0
803 Tierseuchenbekämpfung	8.5	3.5	-5.0	-0.3	-4.7	-1'596.6
<b>80 Landwirtschaft</b>	<b>8.6</b>	<b>3.5</b>	<b>-5.1</b>	<b>-0.3</b>	<b>-4.7</b>	<b>-1'438.3</b>
810 Forstwirtschaft	0.5	0.2	-0.3	-0.3	0.0	0.2
<b>81 Forstwirtschaft</b>	<b>0.5</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.2</b>
820 Jagd und Fischerei	0.7	0.4	-0.3	-0.3	0.0	10.5
<b>82 Jagd und Fischerei</b>	<b>0.7</b>	<b>0.4</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>10.5</b>
830 Tourismus	2.8	3.4	0.6	-1.9	2.5	132.3
<b>83 Tourismus</b>	<b>2.8</b>	<b>3.4</b>	<b>0.6</b>	<b>-1.9</b>	<b>2.5</b>	<b>132.3</b>
840 Industrie, Gew., Handel	24.0	9.1	-14.9	-1.3	-13.6	-1'061.7
<b>84 Industrie, Gewerbe, Handel</b>	<b>24.0</b>	<b>9.1</b>	<b>-14.9</b>	<b>-1.3</b>	<b>-13.6</b>	<b>-1'061.7</b>
862 Fernwärme	0.5	0.6	0.1	0.2	-0.1	-45.2
869 Uebrige Energie	13.4	14.2	0.9	0.8	0.1	7.5
<b>86 Energie</b>	<b>13.8</b>	<b>14.8</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-2.5</b>
870 Sonstige gew. Betriebe	0.2	0.0	-0.2	0.0	-0.1	-418.2
<b>87 Sonstige gew. Betriebe</b>	<b>0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.1</b>	<b>-418.2</b>
<b>8 Volkswirtschaft</b>	<b>50.6</b>	<b>31.4</b>	<b>-19.1</b>	<b>-3.1</b>	<b>-16.0</b>	<b>-508.6</b>
900 Steuern	92.8	2'825.0	2'732.1	2'476.8	255.3	10.3
<b>90 Steuern</b>	<b>92.8</b>	<b>2'825.0</b>	<b>2'732.1</b>	<b>2'476.8</b>	<b>255.3</b>	<b>10.3</b>
921 Kanton - Gemeinden	0.0	1.0	1.0	1.1	-0.0	-
922 Kanton - Gemeinden	2.5	4.6	2.1	4.0	-1.9	-
<b>92 Finanzausgleich</b>	<b>2.5</b>	<b>5.6</b>	<b>3.1</b>	<b>5.0</b>	<b>-1.9</b>	<b>-</b>
930 Kantonsant. an Bundesein.	0.0	21.5	21.5	18.9	2.6	13.6
<b>93 Einnahmenanteile</b>	<b>0.0</b>	<b>21.5</b>	<b>21.5</b>	<b>18.9</b>	<b>2.6</b>	<b>13.6</b>
940 Zinsen	75.9	154.0	78.1	101.2	-23.1	-22.8
941 Emissionskosten	77.0	0.0	-77.0	-0.3	-76.7	-25'180.9
942 Liegenschaft. d. Finanzverm.	46.3	100.8	54.5	43.1	11.3	26.3
<b>94 Vermögens-u. Schuldenverwaltung</b>	<b>199.2</b>	<b>254.7</b>	<b>55.6</b>	<b>144.1</b>	<b>-88.5</b>	<b>-61.4</b>
<b>9 Finanzen und Steuern</b>	<b>294.5</b>	<b>3'106.8</b>	<b>2'812.3</b>	<b>2'644.9</b>	<b>167.5</b>	<b>6.3</b>
					-	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>4'903.0</b>	<b>5'180.5</b>	<b>277.5</b>	<b>226.2</b>	<b>51.3</b>	<b>22.7</b>

## **Jahresbericht 2010**

### **Anhang 2 zur Staatsrechnung Spezialberichte**

---

#### **Inhaltsverzeichnis**

- Spezialberichte
  - Langsamverkehr
  - Statistik Gerichte
  - Rechtsprechung
  - Strafgericht

## **Rechenschaftsbericht 2010, Rahmenkredite Fuss- und Veloverkehr**

Das Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt hat sich im 2010 im Besonderen der Planung und Projektierung grosser Veloprojekte sowie der Thematik der Behindertengleichstellung (Behindertengleichstellungsgesetz BehiG) gewidmet.

### **Rahmenkredit zur Förderung des Zu Fuss Gehens, Ausgaben 2010**

*Aus dem Rahmenkredit zur Förderung des zu Fuss Gehens wurden im 2010 Ausgaben für folgende im 2009 gestarteten Bauprojekte getätigt:*

- Bettingerstrasse (diverse Massnahmen)
- Hochstrasse, Solothurnerstrasse (Trottoirnasen)
- Schützenmattstrasse, Schützengraben (neue LSA-Querung)

*Aus dem Rahmenkredit zur Förderung des zu Fuss Gehens wurden im 2010 Ausgaben für folgende neuen Projekte getätigt:*

- Bäumlhofstrasse (Mittelinsel, Trottoirnase)
- Gellertstrasse, Gellertpark (Trottoir)
- Im tiefen Boden (Trottoir)
- Missionsstrasse, Hegenheimerstrasse (Trottoirfläche und -nase)
- Neubadstrasse (Trottoirnase und -überfahrt)
- Rütimyerstrasse (Trottoirnase)
- Strassburgerallee, div. Massnahmen (Trottoirüberfahrt, Begegnungszone)
- Begegnungszonen (weitere Umsetzung)
- BehiG-Anpassungen ÖV-Haltestellen, Grundlagenstudie
- Diverse Kleinmassnahmen (Verkehrssicherheit, Anpassungen für Mobilitätsbehinderte)
- Dringende Massnahmen in der Innenstadt (Anpassungen für Mobilitätsbehinderte)

Die Ausgaben 2010 betragen gesamthaft rund CHF 810'000.

Weitere Verbesserungen für den Fussverkehr wurden im Rahmen von Grossprojekten umgesetzt (z.B. Sanierung Heuwaageviadukt, Umgestaltung Auf der Lyss).

### **Fussverkehr, Arbeiten 2010 und 2011**

*2010 wurden folgende Projekte bearbeitet:*

- Allschwilerstrasse (Trottoirüberfahrten)
- Begegnungszonen (weitere Begehren)
- Elsässer-/Mülhauserstrasse (Petition)
- Inzlingerstrasse (Trottoirüberfahrten)
- Strassburgerallee, Burgfelderstrasse (FG-Inseln)
- Tödistrasse (Trottoirüberfahrten)
- Wanderrouen BS (Ausführungsprojekt Neusignalisation Wanderrouen)

*Für folgende Massnahmen zulasten Rahmenkredit zur Förderung des zu Fuss Gehens ist eine Umsetzung im 2011 geplant:*

- Allschwilerstrasse (Trottoirüberfahrten)

- Begegnungszonen (weitere Umsetzungen)
- Diverse Kleinmassnahmen (Verkehrssicherheit, Anpassungen für Mobilitätsbehinderte)
- Dringende Massnahmen in der Innenstadt (Anpassungen für Mobilitätsbehinderte)
- Inzlingerstrasse (Trottoirüberfahrten)
- Wanderrouen BS (Umsetzung Neusignalisation)

Zahlreiche weitere Verbesserungen für den Fussverkehr werden im Rahmen von Grossprojekten geplant und umgesetzt (z.B. Sanierungen Baselstrasse und Morgartenring, Rheinuferspromeade St. Johann) oder mit separaten Krediten finanziert (z.B. Birskopfstege).

### **Velo-Rahmenkredit , Ausgaben 2010**

*Aus dem Velorahmenkredit wurden 2010 Ausgaben für folgende im 2009 gestarteten Projekte getätigt:*

- Schützenmattstrasse (Radstreifen)
- Vortrittsregelung zugunsten Veloverkehr (kein Vortritt statt Stop)

*Aus dem Velorahmenkredit wurden 2010 Ausgaben für folgende neuen Projekte getätigt:*

- Erlenmatt Nord (prov. Veloführung)
- Kleinmassnahmen (div. Verbesserungen)
- Markthallenbrücke (Radstreifen)
- St. Jakobs-Strasse, Grosspeter-Zeughausstrasse (Abfahrt, Radstreifen)
- St. Jakobs-Strasse, Anschluss Hexenweglein (Rampe)
- Veloabstellplätze (Verbesserungen an über 30 Standorten)
- Veloabstellplätze, Bike&Ride Eglisee
- Velogegeverkehr (Einführung Rechtsvortritt)

*Die Ausgaben zulasten Velorahmenkredit im 2010 setzen sich wie folgt zusammen:*

- Veloroutennetz	ca. CHF	790'000
- Velogegeverkehr	ca. CHF	75'000
- Veloabstellplätze	ca. CHF	165'000
- Datenmanagement	ca. CHF	45'000
- Öffentlichkeitsarbeit	ca. CHF	5'000
Gesamtausgaben 2010	ca. CHF	<u>1'080'000</u>

Weitere Verbesserungen für den Veloverkehr wurden im Rahmen von Grossprojekten umgesetzt (z.B. Sanierung Heuwaageviadukt, Umgestaltung Auf der Lyss).

### **Veloverkehr, Arbeiten 2010 und 2011**

*2010 wurden folgende Projekte bearbeitet:*

- Badweglein (Öffnung für Veloverkehr)
- Birsuferweg (Anzug, Variantenstudium)
- Burgfelderstrasse, Theodor-Herzl-Strasse - Grenze (Verbesserung Veloroute)
- Einbahnstrassen (Prüfung Zulassung Velogegeverkehr)

- Friedrich Miescher-Strasse (Verbindung zu Burgfelderstrasse)
- Gellertstrasse (Radstreifen, -weg)
- Grenzacherstrasse, Allmendstrasse – Hörnli Grenze (Radstreifen)
- Strassburgerallee (Radstreifen)
- St. Jakobs – Strasse, Hexenweglein (LSA-Querung, Velofurt)
- St. Jakobs – Strasse, Güterbhf. Wolf (Radstreifen)
- St. Jakobs – Strasse, Unterführung Zeughaus (Radweg)
- Teilrichtplan Velo
- Tierpark Lange Erlen (Radweg)
- Veloabstellplatzkonzept (Wirkungskontrolle und Aktualisierung)
- Velogegenverkehr (Überprüfung Vortrittsänderung)
- Veloparkierung Bahnhof SBB (Wirkungskontrolle, Erweiterung)
- Veloparkierung Bad. Bahnhof (Erschliessungsstudie)
- Velorouten in Tempo 30-Zonen (Verbesserungen)
- Velostadtplan (Neuaufgabe)
- Veloverleihsystem (Anzug, Konzept)
- Velowegweisung (Erfassung, Neukonzeption)

*Für folgende Massnahmen zulasten Velorahmenkredit ist eine Umsetzung im 2011 geplant:*

- Div. Einbahnstrassen (Zulassung Velogegenverkehr)
- Gellertstrasse (Radstreifen, -weg)
- Kleinmassnahmen (diverse Verbesserungen)
- Müllheimer-, Feldbergstrasse (Zulassung Velogegenverkehr, LSA-Anpassung)
- Solothurner-, Dornacherstrasse (Zulassung Velogegenverkehr, LSA-Anpassung)
- St. Jakobs – Strasse, Hexenweglein (LSA-Querung, Velofurt)
- Veloabstellplätze (Verbesserungen im Gebiet EuroVile und an div. Abstellplätzen)
- Velogegenverkehr (Einführung Rechtsvortritt)
- Velorouten in Tempo 30-Zonen (Verbesserungen)
- Velostadtplan (Neuaufgabe)
- Velowegweisung (Neusignalisation)

Zahlreiche weitere Verbesserungen für den Radverkehr werden im Rahmen von Grossprojekten (z.B. Luzerneriring / Wasgenring, Rheinuferpromenade St. Johann, Elsässerstrasse / Hüningerstrasse) geplant und umgesetzt oder mit separaten Krediten finanziert (z.B. Birskopfstege).

## Ausführliche Statistik des Appellationsgerichts 2010

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten zehn Jahren präsentiert sich wie folgt:

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Zivilsachen	42	40	38	65	42	53	39	45	47	36	47
Strafsachen	144	105	109	102	94	98	83	80	77	88	78
Verzeigungssachen	14	16	23	12	18	18	12	20	10	17	27
Verwaltungs-, Verfassungs-, Disziplinar- und Lohnrekurse	291	159	174	168	195	178	157	158	189	176	140
Beschwerden	124	113	122	123	152	150	124	136	132	149	123
Haftbeschwerden	35	19	19	19	21	27	32	34	22	15	24
Diverse Eingaben und Geschäfte	781	923	736	665	727	672	670	610	873	454	538
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	94	192	248	138	149	131	127	169	243	276
<b>Total</b>	<b>1512</b>	<b>1469</b>	<b>1413</b>	<b>1402</b>	<b>1387</b>	<b>1345</b>	<b>1248</b>	<b>1210</b>	<b>1519</b>	<b>1178</b>	<b>1253</b>

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahr 2010 (2009) insgesamt 81 (94) Entscheide getroffen. Davon ergingen 75 (90) in 60 (64) Sitzungen, während 6 (4) Fälle ohne Verhandlung beurteilt wurden.

Monate 2009	Sitzungen	Fälle
Januar	6	9 (6)
Februar	6	6 (10)
März	5	5 (9)
April	4	8 (9)
Mai	6	8 (6)
Juni	5	8 (7)
Juli	4	4 (9)
August	6	6 (9)
September	7	9 (1)
Oktober	3	3 (10)
November	1	1 (11)
Dezember	7	8 (3)
<b>Total</b>	<b>60</b>	<b>75 (90)</b>

Insgesamt wurde 55 (59) mal vom Migrationsamt angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft. Davon erwiesen sich 48 (56) Fälle als zulässig; in 7 (3) Fällen wurde die Ausschaffungshaft als unzulässig beurteilt. Weiter standen 12 (22) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 11 (22) bewilligt und 1 (0) nicht bewilligt wurden. In 6 (3) Fällen wurde Vorbereitungshaft genehmigt, in 0 (0) Fällen wurde sie nicht genehmigt. 0 (2) Haftentlassungsgesuche wurden abgewiesen und 1 (2) Haftentlassungsgesuche als gegenstandslos erklärt. Sodann wurden 4 (2) Rekurse gegen Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügungen erhoben. 2 (1) wurden abgewiesen, 2 (1) wurden gegenstandslos erklärt. In 1 (1) Fall wurde die angeordnete Durchsetzungshaft bestätigt. In 2 (3) Fällen wurde die Verlängerung der Durchsetzungshaft genehmigt. In 0 (0) Fällen wurde der Antrag abgewiesen. Von den 81 (94) beurteilten Fällen betrafen 79 (85) Männer und 2 (9) Frauen. Das Bundesgericht hatte im Berichtsjahr 4 (3) Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide der Einzelrichterin und des Einzelrichters zu beurteilen. Eine Beschwerde wurde abgeschrieben und auf drei Beschwerden wurde nicht eingetreten.

Sechsmal (4) tagte im Berichtsjahr die Präsidentenkonferenz, einmal (1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

Im Berichtsjahr fanden 143 (149) Sitzungen statt, wovon 45 (43) auf die drei Kammern, 38 (41) auf den Ausschuss und 60 (64) auf die Einzelrichterninnen und Einzelrichter entfielen. 0 (1) tagte die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte.

28 (23) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 28 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 59 (64) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten registriert und 27 (26) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es waren 0 (9) Gesuche von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz zu behandeln. In 14 (9) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.

	Fälle 2010	Fälle 2009	Fälle 2010	Fälle 2009	Fälle 2010	Fälle 2009
Unerledigt wurden aus dem Vorjahr übernommen:						
Zivilsachen	30	(21)				
Strafsachen	74	(74)				
Verzeigungssachen	13	(10)				
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	72	(82)				
Beschwerden	63	(51)				
Haftbeschwerden	1	(0)	253	(238)		

Im Berichtsjahr gingen ein:

Zivilsachen	42	(40)		
Strafsachen	144	(105)		
Verzeigungssachen	14	(16)		
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	291	(159)		
Beschwerden	124	(113)		
Haftbeschwerden	35	(19)		
Diverse Eingaben und Geschäfte	781	(923)		
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	(94)	1512 (1469)	1765 (1707)

Ende 2010 waren hievon zurückgezogen, zurückgewiesen,  
verglichen, gegenstandslos geklärt, dahingefallen, nicht  
eingetreten oder sonstwie erledigt:

Zivilsachen	24	(9)		
Strafsachen	51	(47)		
Verzeigungssachen	7	(4)		
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	123	(79)		
Beschwerden	58	(48)		
Haftbeschwerden	7	(6)	270 (193)	

Unerledigt blieben am 31. Dezember 2010

Zivilsachen	34	(29)		
Strafsachen	111	(74)		
Verzeigungssachen	12	(11)		
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	142	(72)		
Beschwerden	63	(58)		
Haftbeschwerden	3	(1)	365 (245)	635 (438)

Die erledigten Fälle verteilen sich auf:

Zivilsachen	14	(22)		
Strafsachen	56	(58)		
Verzeigungssachen	8	(11)		
Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarrekurse	98	(92)		
Beschwerden	67	(57)		
Haftbeschwerden	25	(12)		
Diverse Eingaben und Geschäfte	781	(923)		
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	(94)	1130 (1269)	

In den 14 (22) Zivilsachen wurde das erstinstanzliche Urteil

bestätigt in	6	(15)	Fällen
abgeändert in	8	(7)	Fällen
zusammen	14	(22)	Fälle



In den 56 (58) Strafsachen wurden 60 (68) Personen beurteilt.

Es erfolgte:

Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	bei	24	(35) Beurteilten
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten der Beurteilten	bei	22	(24) Beurteilten
resp. zuungunsten der Beurteilten	bei	14	(09) Beurteilten
zusammen		<u>60</u>	<u>(08) Beurteilte</u>

In den 8 (11) Verzeigungssachen wurden 8 (11) Personen beurteilt.

Es erfolgte:

Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	bei	5	(6) Beurteilten
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten der Beurteilten	bei	3	(5) Beurteilten
resp. zuungunsten der Beurteilten	bei	0	(0) Beurteilten
zusammen		<u>8</u>	<u>(11) Beurteilte</u>

Die erledigten Verwaltungs-, Verfassungs- und Disziplinarreurse verteilen sich wie folgt:

	2010	2009
Regierungsrat	7	7
Steuerrekurskommission	3	7
Finanzdepartement	0	1
Baurekurskommission	5	4
Bau- und Verkehrsdepartement	4	5
Justiz- und Sicherheitsdepartement	31	24
Präsidialdepartement	2	0
Justizkommission	0	1
Vormundschaftsbehörde	2	1
Vormundschaftsrat	4	3
Aufsichtskommission über die Advokaten	0	1
Gesundheitsdepartement	2	2
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	9	9
Amt für Sozialbeiträge	4	1
Personalrekurskommission	2	3
Rekurskommission Universität	2	2
Erziehungsdepartement	2	2
Erziehungsdepartement, AKJS	4	5
Bürgergemeinde Basel-Stadt	0	1
Gemeinde Riehen	1	9
Gemeinde Bettingen	1	0
Jugendschutzkammer	0	1
Kommission für Denkmalsubvention	0	1
Grosser Rat	1	0
Fürsorgerat	1	2
Strafgericht, Abt. Vollzug	10	0
Universitätsspital Basel	1	0
<b>Total</b>	<b>98</b>	<b>92</b>

Von den 98 (85) behandelten Rekursen wurden 22 (14) gutgeheissen und 76 (71) abgewiesen.

Von den 67 (57) behandelten Beschwerden gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 15 (18) gutgeheissen und 52 (39) abgewiesen.

Von den 25 (13) behandelten Haftbeschwerden wurden 1 (0) gutgeheissen und 24 (13) abgewiesen.

## Bundesgericht

	Beschwerde in Zivilsachen		Beschwerde in Strafsachen		Beschwerde in öffentlichrechtlichen Angelegenheiten		Verfassungsbeschwerde	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Am 1. Januar 2009 waren pendent	7	7	8	14	9	8	2	2
Im Berichtsjahr gingen ein	13	15	28	34	26	25	4	8
<b>zusammen</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>48</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>10</b>
Zurückgezogen, nicht eingetreten	4	6	2	11	8	16	4	5
gutgeheissen	2	1	3	3	3	0	0	1
abgewiesen	4	7	22	25	9	10	0	1
unerledigt blieben	10	8	9	9	15	7	2	3
<b>zusammen</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>48</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>6</b>	<b>10</b>

## Kassenbericht

Die Einnahmen betragen	2010 CHF	2009 CHF
Geldbussen –Strafen	50'690.00	36'080.00
Advokaten- und Kanzleigebühen	46'762.00	48'238.00
Gerichts- und Urteilsgebühren	384'759.00	838'485.00
	482'211.00	922'803.00
Ausgewiesene Advokatenhonorare (Zivil- und Verwaltungssachen)	76'128.80	60'393.88
Advokatenhonorare (Strafsachen)	304'515.20	343'391.31
	380'644.00	403'785.19

## **Aus der Rechtsprechung des Appellationsgerichts im Jahr 2010:**

### **1. Urteil des Appellationsgerichts als Verwaltungsgericht VD.2009.685 vom 17. März 2010 betr. kantonale Einkommenssteuer**

*§ 39 Abs. 1 des Steuergesetzes (StG, SG 640.100) sieht u.a. für die Besteuerung von Kapitalleistungen nach § 23 Abs. 1 und 2 StG, d.h. aus der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge, soweit sie nicht zum Einkauf in eine Einrichtung der beruflichen Vorsorge verwendet werden, eine vom Einkommen getrennte Besteuerung zu einem besonderen (ermässigten) Tarif vor. Diese privilegierte Regelung gilt nach § 39 Abs. 3 StG jedoch nur, wenn die Kapitalleistung an den Vorsorgenehmer oder die Vorsorgenehmerin selbst, an den überlebenden Ehegatten, an die direkten Nachkommen oder an Personen, für deren Unterhalt die verstorbene Person zur Hauptsache aufgekommen ist, ausgerichtet wird. In allen andern Fällen erfolgt zwar eine getrennte Besteuerung der betreffenden Zahlung, doch gelangt der übliche Einkommenssteuersatz nach § 36 StG zu Anwendung.*

*Die Auszahlung einer Kapitalleistung an die Eltern eines verstorbenen Vorsorgenehmers wird demnach nur dann zum niedrigeren Spezialtarif besteuert, wenn er nachweislich ihren Unterhalt zur Hauptsache finanziert hat. Diese Voraussetzung war im vorliegenden Fall nicht erfüllt.*

#### **Sachverhalt**

Am 1. Februar 2006 verstarb A.X., der Sohn des Ehepaars B. und C.X.. Durch den Tod von A.X. wurden aus der Vorsorgeeinrichtung seines Arbeitgebers (2. Säule) ein Betrag von CHF 1'101'167.– und aus einer gebundenen Vorsorgepolice (Säule 3a) ein Betrag von CHF 131'089.70, insgesamt somit CHF 1'232'276.70, zugunsten des Ehepaars B. und C.X. zur Auszahlung fällig. C.X. verstarb am 1. Juni 2006. In der Steuererklärung für das Jahr 2006 deklarierte B.X. den Betrag von CHF 1'232'276.70 als Kapitalzahlung aus Vorsorge.

Gestützt auf § 39 Abs. 3 des kantonalen Steuergesetzes (StG) besteuerte die Steuerverwaltung Basel-Stadt die deklarierte Kapitalleistung separat vom übrigen Einkommen nach dem ordentlichen Einkommenssteuertarif von § 36 StG und erhob mit Veranlagungsverfügung vom 21. Juni 2007 darauf eine Steuer von CHF 328'462.20. Dagegen erhob B.X. Einsprache, die mit Entscheid vom 18. Dezember 2007 von der Steuerverwaltung abgewiesen wurde. Begründet war die Ablehnung mit dem Argument, die Steuerverwaltung habe die Kapitalleistung nach § 39 Abs. 3 zu Recht nach dem Einkommenssteuertarif von § 36 StG besteuert, da die Eltern des Verstorbenen nicht zum privilegierten Kreis der Begünstigten in § 39 Abs. 3 StG gehörten. Einen hiergegen erhobenen Rekurs wies die Steuerrekurskommission mit Entscheid vom 19. Juni 2008 ebenfalls ab.

Hiergegen hat B.X. rechtzeitig beim Verwaltungsgericht Rekurs eingereicht und beantragt, den Entscheid der Steuerrekurskommission vom 19. Juni 2008 aufzuheben. Die Steuerverwaltung und die Steuerrekurskommission beantragen unter Verweis auf die Ausführungen im angefochtenen Entscheid sowie die Vorakten die Abweisung des Rekurses. Auf die Einzelheiten der Standpunkte wird in den nachfolgenden Erwägungen Bezug genommen, soweit sie für den Entscheid von Bedeutung sind. Der vorliegende Entscheid ist auf dem Zirkulationsweg ergangen.

## **Erwägungen**

### **1.**

**1.1** Gegen die Entscheide der Steuerrekurskommission als vom Regierungsrat gewählter Kommission kann gestützt auf § 10 Abs. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG; SG 270.100) Rekurs an das Verwaltungsgericht erhoben werden. Dieses ist somit zur Beurteilung des vorliegenden Rekurses funktionell wie auch sachlich zuständig. Nach § 13 Abs. 1 VPRG ist zum Rekurs berechtigt, wer durch die angefochtene Verfügung berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an ihrer Aufhebung oder Änderung hat. Diese Voraussetzungen sind im Falle der Rekurrentin offensichtlich erfüllt, so dass auf ihren Rekurs einzutreten ist.

**1.2** Die Kognition des Verwaltungsgerichtes richtet sich nach der allgemeinen Bestimmung von § 8 Abs. 1 des VPRG, da das Steuergesetz keine speziellen Vorschriften über das Rekursverfahren vor dem Verwaltungsgericht enthält (vgl. §§ 171 und 179 Abs. 3 StG). Demnach ist zu prüfen, ob die Verwaltung öffentliches Recht nicht oder nicht richtig angewendet, den massgeblichen Sachverhalt unrichtig festgestellt, wesentlich Form- und Verfahrensvorschriften verletzt oder ihr Ermessen überschritten oder missbraucht hat.

**1.3** Das Urteil kann auf dem Zirkulationsweg gefällt werden, da Steuersachen keine zivilrechtlichen Ansprüche im Sinne von Art. 6 EMRK beinhalten (Entscheid des Bundesgerichts vom 10. Juni 2003, 2P. 451/2002, Erw. 5 und dort zitierte Rechtsprechung: RDAF 1998 II 187/8).

### **2.**

**2.1** Der Sachverhalt ist im vorliegenden Fall unbestritten. Es geht einzig um die Rechtsfrage, ob die aufgrund des Todes des Sohnes an die Eltern ausbezahlte Todesfallsumme nach § 39 Abs. 3 StG zwar separat vom übrigen Einkommen, jedoch zum ordentlichen Einkommenssteuertarif von § 36 oder gemäss § 39 Abs. 1 StG zum besonderen Tarif zu besteuern ist.

**2.2** Der Wortlaut von § 39 Abs. 3 StG ist klar: Demnach werden Kapitalzahlungen aus Vorsorge gemäss § 23 Abs. 1 und 2 StG, welche nicht dem Vorsorgenehmer, dem überlebenden Ehegatten, den direkten Nachkommen oder einer Person, für deren Unterhalt der Verstorbene zur Hauptsache aufkam, zufließen, zwar getrennt

vom übrigen Einkommen, jedoch zum ordentlichen Einkommenssteuertarif von § 36 StG besteuert. Dies trifft vorliegend zu. Begünstigte der Vorsorgeleistung sind die Eltern. Dass der verstorbene Sohn zur Hauptsache für die Eltern aufgekommen wäre, wird nicht behauptet und ist auch nicht ersichtlich. Angesichts des klaren Wortlautes von § 39 Abs. 3 StG hat die Steuerverwaltung die Einsprache der Rekurrentin gegen die Besteuerung zum ordentlichen Einkommenssteuertarif abgewiesen. In ihrer Vernehmlassung vom 14. März 2008 zum dagegen erhobenen Rekurs führt sie detailliert aus, dass diese Lösung dem klaren Willen des Gesetzgebers entspreche, welcher entgegen dem Ratschlag des Regierungsrates, der die Streichung von Abs. 3 von § 39 StG beantragte, an dieser Bestimmung festgehalten habe. Der Grosse Rat sei damit der Auffassung seiner Wirtschafts- und Abgabekommission gefolgt, die im Gegensatz zum Regierungsrat die getroffene Regelung als mit dem Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) vereinbar hielt (vgl. Ziff. 3, S. 2 f. der Vernehmlassung der Steuerverwaltung von 14. März 2008). Dieser Auffassung ist auch die Steuerrekurskommission gefolgt, wobei sie insbesondere ausführt, dass Art. 11 Abs. 3 StHG zwar eine getrennte Besteuerung von Kapitalzahlungen aus Vorsorge, nicht aber einen privilegierte Tarif vorschreibe (Entscheid der Steuerrekurskommission Ziff. 4 lit. c, S. 5).

**2.3** Hiergegen macht die Rekurrentin erneut geltend, dass § 39 Abs. 3 StG sachlich unrichtig und bundesrechtswidrig sei. Die Rekurrentin bringt für ihren Standpunkt eine Reihe von Argumenten vor, welche nachfolgend zu prüfen sind.

**2.3.1** Dem Argument, wonach § 39 Abs. 3 StG die Vorgaben des StHG verletze, ist entgegenzuhalten, dass Art. 11 Abs. 3 StHG zwar vorschreibt, dass Kapitalleistungen aus Vorsorge separat zu versteuern sind und einer vollen Jahressteuer unterliegen, sich aber über den anzuwendenden Tarif ausschweigt. Das ist keine Unterlassung, sondern die Folge der Tatsache, dass die Tarifhoheit auch nach Erlass des StHG bei den Kantonen liegt. Art. 129 Abs. 2 BV hält bezüglich Reichweite und Grenzen der Steuerharmonisierung ausdrücklich fest: „Die Harmonisierung erstreckt sich auf Steuerpflicht, Gegenstand und zeitliche Bemessung der Steuern, Verfahrensrecht und Steuerstrafrecht. Von der Harmonisierung ausgenommen bleiben insbesondere die Steuertarife, die Steuersätze und die Steuerfreibeträge“. Bestimmungen der Bundesgesetzgebung, die in die Tarifhoheit der Kantone eingreifen, sind somit verfassungswidrig, und die Verfassung wird mit Abs. 3 von Art. 11 StHG zumindest geritzt (Richner/Frei/Kaufmann/Meuter, Kommentar zum harmonisierten Zürcher Steuergesetz, 2.A. N 1 zu § 37 unter Hinweis auf Reich, Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht I/1 N 3 f. zu Art. 11 StHG). Aufgrund dieser Ausgangslage ist Art. 11 Abs. 3 StHG restriktiv auszulegen. Die Bestimmung sagt explizit nichts darüber aus, zu welchem Tarif die getrennte Besteuerung der Kapitalleistung erfolgen soll. Es gilt nach dem Dargelegten somit in dieser Frage kantonales Recht. Eine andere Schlussfolgerung ergibt sich auch nicht aus dem Zweck des StHG: Das Ziel der Steuerharmonisierung verlangt nicht, dass die Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsor-

ge in allen Kantonen gleich geregelt ist (Reich, a.a.O., N 2 ff. und N 37 ff. zu Art. 11 StHG sowie N 30 ff. zu Vorbem. Art. 1/2 StHG; ders. in ASA 61 [1992/93] S. 336).

**2.3.2** Die Rekurrentin macht ferner geltend, dass die Besteuerung der Kapitalleistung zum normalen Einkommenssteuertarif gegen den verfassungsmässigen Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichheit der Besteuerung sowie der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstosse. Allgemeinheit und Gleichheit der Besteuerung bedeuten, dass nicht einzelne Personen oder Personengruppen trotz im wesentlichen gleichen tatsächlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen von der Besteuerung ausgenommen oder einer solchen Gruppe eine im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit erheblich grössere Last auferlegt werden darf (BGE 99 Ia S. 638 E. 9 S. 653; BGE 114 Ia 221 E. 2 S. 223 f.; BGE 133 I 206 E. 6 S. 215). Eine un gerechtfertigte Befreiung besonderer Personengruppen bei der Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorge steht hier nicht zur Diskussion. Geltend gemacht wird eine Ungleichbehandlung der Eltern gegenüber den gemäss § 39 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 3 StG privilegierten Ehegatten und Nachkommen sowie den Nichtverwandten, die der Verstorbene unterhalten hat. Eine Verletzung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit im Steuerrecht liegt indessen nur dann vor, wenn eine Unterscheidung gemacht wird, für die sich keine ernsthaften sachlichen Gründe finden lassen (BGE 114 Ia 221 E. 2 S. 223). Die Rekurrentin rügt, dass die von § 39 Abs. 3 getroffene Unterscheidung sachlich nicht gerechtfertigt sei, da es sich in allen Fällen um Vorsorgeleistungen handle und die Besteuerung nicht von der Beziehung des Empfängers zum Verstorbenen abhängig sein dürfe. Insbesondere rügt sie die unterschiedliche Behandlung von Ehegatten und Eltern sowie der nicht verwandten Personen, für die der Verstorbene zur Hauptsache aufkam. Diese Rüge geht fehl. Gerade weil es sich nicht um einen Erbanfall von Vermögen des Verstorbenen, sondern um Kapital handelt, das für die Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge des Verstorbenen mit seinen Beiträgen sowie diejenigen seines Arbeitgebers geüfnet worden ist, können Unterscheidungen gerechtfertigt sein. Das BVG selbst trifft solche Unterscheidungen. So sind für Hinterlassenenleistungen zwingend anspruchsberechtigt der Ehegatte und die Kinder. Weitere Begünstigte können, müssen aber nicht, im Reglement vorgesehen werden (Art. 20a BVG). Im Hinblick auf den Zweck der Vorsorge ist es daher nicht unvernünftig oder sachwidrig, wenn Empfänger, die wie Kinder und Ehegatten zum engsten Kreis der Begünstigten gehören, anders besteuert werden als diejenigen, die nach Art. 20a BVG begünstigt werden können, wobei der Steuergesetzgeber nicht verpflichtet ist, die Regelung des BVG zu kopieren. Die Unterscheidung zwischen Eltern auf der einen Seite und Nachkommen, Ehegatten und unterstützten Personen auf der anderen Seite, ist sachlich auch deshalb vertretbar, weil die Ersteren im Gegensatz zu den Letzteren in der Regel nicht vom Einkommen des Verstorbenen vor dessen Tod gelebt haben. Wäre dies dennoch der Fall gewesen, würden auch die Eltern nach der Regelung des StG zur steuersatzmässig privilegierten Kategorie zählen. Dass Nichtverwandte, für die der Verstorbene zur Hauptsache aufkam, privilegiert besteuert werden, ist ebenfalls sachgerecht, entspricht

dies doch dem Vorsorgezweck der ausbezahlten Kapitalleistung. Eltern würden von dieser Privilegierung, wie dargelegt, ebenfalls profitieren, wenn der Verstorbene für sie zur Hauptsache aufgekommen wäre, was aber vorliegend nicht der Fall ist.

**2.3.3** Gemäss dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit soll jede Person entsprechend den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs beitragen (BGE 133 I 206 E. 7 S. 217 m.w.H., insbes. auf BGE 99 Ia S. 638; Kathrin Klett, in ZSR 111 (1992) II S. 92 f. und 107 ff.). Dieses Prinzip ist nun allerdings in erster Linie bei der allgemeinen Einkommens- und Vermögenssteuer relevant und dient dort der Rechtfertigung der progressiven Besteuerung. Erwerbs- und Kapitaleinkommen sowie Vermögen sind die nachhaltigen Quellen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die auch Gewähr bieten für eine nachhaltige Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs (BGE 99 Ia 638 E. 6 S. 647; BGE 114 Ia 221 E. 2c S. 225). Der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurde denn auch anhand der Einkommenssteuertarife entwickelt und überprüft (Reichtumssteuer: BGE 99 Ia 638 E. 6 ff. S. 647 ff.; degressiver Steuertarif im Kt. Obwalden: BGE 133 I S. 206). Bei Kapitalzahlungen aus Vorsorge fehlt es - wie auch bei Schenkungen und Erbanfall - an einer solchen Nachhaltigkeit und damit auch an der Bedeutung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die horizontale Gleichbehandlung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Rekurrentin wird durch die Besteuerung nach dem Einkommenssteuertarif nicht beeinträchtigt. Dies wäre höchstens dann der Fall gewesen, wenn die Kapitalzahlung zusammen mit dem laufenden Einkommen besteuert und damit die Steuer in eine durch das laufende Einkommen nicht gerechtfertigte Progressionsstufe heraufgesetzt worden wäre, was jedoch durch die getrennte Besteuerung verhindert wird. Darin, dass die aufgrund der Kapitalzahlung vorübergehend erhöhte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch eine gegenüber den privilegiert Besteuerten höhere Steuerlast geringer ausfällt, kann keine Verletzung des Grundsatzes der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gesehen werden. Andernfalls wäre auch eine Differenzierung nach Verwandtschaftsgrad bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht zulässig.

### **3.**

Aus dem Dargelegten ergibt sich, dass der Rekurs abzuweisen ist. Bei diesem Ausgang des Verfahrens trägt die Rekurrentin gemäss § 30 Abs. 1 VRPG die Kosten des Verfahrens.

#### **Demgemäss erkennt das Verwaltungsgericht:**

://: Der Rekurs wird abgewiesen.

Die Rekurrentin trägt die ordentlichen Kosten des Verfahrens mit einer Gebühr von CHF 3'000.--, einschliesslich Auslagen.

## **2. Urteil des Appellationsgerichts AZ.2009.17 vom 17. März 2010 betr. hälftige Teilung der Vorsorgeguthaben bei Scheidung**

*Gemäss Art. 122 ZGB hat jeder Ehegatte im Falle der Scheidung Anspruch auf die Hälfte der nach dem Freizügigkeitsgesetz für die Ehedauer zu ermittelnden Austrittsleistung des andern Ehegatten. Diese Teilung der Vorsorgeguthaben kann das Gericht nach Art. 123 Abs. 2 ZGB ausnahmsweise ganz oder teilweise verweigern, wenn sie aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung offensichtlich unbillig wäre. Darüber hinaus bleibt das Verbot des Rechtsmissbrauchs vorbehalten. Nach der Rechtsprechung kann aber unter diesem Gesichtspunkt eine Teilung des Vorsorgeguthabens nur verweigert werden, wenn sie sich als absolut stossend, äusserst ungerecht oder völlig unhaltbar erweist. Dies ist bei bloss ehewidrigem Verhalten nicht der Fall.*

*Im konkreten Verfahren hatte die Ehefrau den Ehemann während längerer Zeit finanziell unterstützt und sich deshalb verschuldet, während er trotz zweimaliger richterlicher Ermahnung, sich intensiv um eine Erwerbstätigkeit zu bemühen, bloss zeitweise erwerbstätig gewesen war. Dementsprechend hatte er während der Ehedauer lediglich ein zu teilendes Guthaben von rund CHF 900.– erworben, während die Ehefrau über ein solches in Höhe von rund CHF 58'000.– verfügte. Angesichts der ausserordentlich hohen Anforderungen an die Annahme eines Rechtsmissbrauchs genügten diese Umstände nicht, ihm den hälftigen Anteil am Vorsorgeguthaben der Ehefrau zu verweigern.*

### **Sachverhalt**

A.X. und B.X. heirateten am 24. April 2003 in Basel. Die Ehe blieb kinderlos. Mit Verfügungen vom 10. November 2004 sowie infolge Gesuchsrückzugs der Ehefrau erneut am 13. April 2006 bewilligte der Einzelrichter in Familiensachen der Ehefrau das Getrenntleben. Am 6. Mai 2008 beantragte die Ehefrau die Scheidung der Ehe. Am 21. August 2008 schlossen die Ehegatten eine Vereinbarung über sämtliche Nebenfolgen der Scheidung ab. Am 28. Oktober widerrief der Ehemann die Vereinbarung, weil er (lediglich) mit dem vereinbarten Verzicht auf eine hälftige Teilung der Pensionskassenguthaben nicht einverstanden sei. Die Ehefrau erklärte am 20. Januar 2009, dass sie die hälftige Teilung der Pensionskassenguthaben ablehne und an den Rechtsbegehren gemäss Klage festhalte.

Mit Urteil des Ehegerichtspräsidenten vom 17. März 2009 wurde die Ehe der Parteien geschieden. Es wurde festgestellt, dass gegenseitig keine Unterhaltsbeiträge geschuldet sind und dass kein Ausgleich von Guthaben aus beruflicher Vorsorge statfinde. Ferner wurde der Beklagte verurteilt, der Klägerin CHF 4'208.– zuzüglich Zins von 5 % seit dem 1. März 2002 aus Güterrecht zu bezahlen. Im Übrigen wurde festgestellt, dass die Parteien güterrechtlich vollständig auseinandergesetzt sind. Die ordentlichen Kosten wurden beiden Parteien je zur Hälfte auferlegt, gingen jedoch zufolge Kostenerlasses an beide Parteien zu Lasten des Staates. Die ausserordentli-



chen Kosten wurden wettgeschlagen. Für beide Parteien wurden Honorare für unentgeltliche Verbeiständung festgesetzt.

Gegen dieses Urteil hat der Beklagte am 26. März 2009 Appellation erklärt. Mit der schriftlichen Appellationsbegründung hat er die teilweise Aufhebung von Ziffer 3 des erstinstanzlichen Urteils und demgemäss die hälftige Teilung der Guthaben aus beruflicher Vorsorge der Parteien beantragt, unter o/e Kostenfolge. Ferner hat er wiederum um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege ersucht. Die Klägerin hat in der schriftlichen Appellationsantwort vom 20. Oktober 2009 Abweisung der Appellation und vollumfängliche Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils und ausserdem die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege beantragt.

Auf Antrag der Klägerin hat das Appellationsgericht am 20. Mai 2010 eine Teilrechtskraftbescheinigung erstellt und diese an die Parteien und die involvierten Behörden versandt. Darin wurde festgestellt, dass das Urteil des Ehegerichtspräsidenten bezüglich Scheidung am 18. September 2009 in Rechtskraft erwachsen ist (vgl. die Anzeige vom 20. Mai 2010 im Verhandlungsprotokoll).

In der Verhandlung des Appellationsgerichts vom 7. Mai 2010 sind die Parteien befragt worden und ihre Rechtsvertreter zum Vortrag gelangt. Die Einzelheiten der Standpunkte ergeben sich, soweit sie für den Entscheid von Bedeutung sind, aus den nachfolgenden Erwägungen.

## **Erwägungen**

### **1.**

**1.1** Gemäss Art. 148 Abs. 1 ZGB hemmt die Einlegung eines Rechtsmittels den Eintritt der Rechtskraft nur im Umfang der Anträge. Vorliegend ist mit der Appellationsbegründung des Beklagten einzig noch der Verzicht auf die Teilung der Vorsorgeguthaben angefochten worden (Ziffer 3 des erstinstanzlichen Urteils). Mit Ausnahme dieses Punktes ist das erstinstanzliche Urteil am 18. September 2009 in Rechtskraft erwachsen.

**1.2** Vorliegend ist fraglich, ob die Zuständigkeit des Einzelrichters gemäss § 16 Abs. 4 Satz 2 GOG gegeben war, darf doch das Zivilgerichtspräsidium gemäss § 184 Abs. 1 ZPO lediglich in kleineren sowie in einfachen oder dringlichen Fällen die Scheidung sofort zur mündlichen Verhandlung weisen. Die Frage der Zuständigkeit der Vorinstanz ist eine Rechtsfrage und von Amtes wegen zu prüfen, auch wenn dies von den Parteien nicht konkret gerügt wurde. Für den Fall, dass der Einzelrichter für die Fällung des Scheidungsurteils nicht zuständig gewesen ist, müsste das vorinstanzliche Urteil jedoch aufgehoben werden. Dies würde vorliegend über den Streitgegenstand hinausgehen, da das Scheidungsurteil mit Ausnahme von Ziffer 3 des Dispositivs nicht angefochten wurde. Im Hinblick hierauf ist auf das (übrige) Scheidungsurteil nicht mehr zurückzukommen und daher auf die rechtzeitig erhobene Appellation einzutreten.

## 2.

**2.1** Der Beklagte macht einzig geltend, die Vorinstanz habe zu Unrecht und entgegen Art. 123 ZGB die Teilung der Vorsorgeguthaben verweigert. Die Vorinstanz führt aus, das Gericht könne die Teilung gemäss Art. 123 Abs. 2 ZGB ausnahmsweise ganz oder teilweise verweigern, wenn sie aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung offensichtlich unbillig wäre. Daneben gelte das allgemeine Verbot des Rechtsmissbrauchs nach Art. 2 Abs. 2 ZGB. Auch bei zurückhaltender Anwendung der Ausnahmeregelung sei festzuhalten, dass eine Teilung der Vorsorgeguthaben vorliegend zu einem unbilligen Resultat führen würde. Allein der Beklagte würde davon profitieren, habe er doch ein zu teilendes Guthaben von rund CHF 900.–, während die Klägerin über ein solches in Höhe von rund CHF 58'000.– verfüge. Die Klägerin habe den Beklagten nach dem Kennenlernen im Jahr 1999 die ersten drei Jahre des Zusammenlebens, auch als er sich anfangs noch illegal in der Schweiz aufhielt, sowie nach der Heirat grösstenteils finanziell unterstützt, mit Ausnahme des Arbeitseinsatzes des Beklagten auf dem Bau. Die Klägerin habe sich sogar verschulden müssen. Es sei nicht einzusehen, weshalb der Beklagte nicht in gleicher Weise wie auf dem Bau weitergearbeitet habe, habe sie doch dem Beklagten in der Schweiz eine Plattform zum Aufbau einer Existenz geboten. Wenn der Beklagte heute wieder eine Anstellung hat, sei dies in erster Linie auf die Unterstützung der Klägerin zurückzuführen (Urteil S. 7). Eine Verweigerung der Teilung sei gerechtfertigt, wenn ein Ehegatte dem anderen mit seinem Erwerbseinkommen eine Ausbildung bezahlt habe und es zur Scheidung komme, so dass dieser Ehegatte für sein weiteres Fortkommen von der Erwerbstätigkeit des anderen profitiere und nunmehr seine Vorsorge problemlos aufbauen könne, während der andere Ehegatte keine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage erfahren habe. Hier wäre eine Teilung daher offenbar rechtsmissbräuchlich und es würde „jede wirtschaftliche Balance zwischen den Parteien verunmöglich“ (Urteil S. 8). Sie sei daher zu verweigern.

**2.2** Der Beklagte bringt vor, die Teilung der Vorsorgeguthaben sei gemäss Art. 122 ZGB durchzuführen, selbst wenn die Klägerin den Beklagten vor und während der Ehe finanziell unterstützt haben sollte, was er, abgesehen von der güterrechtlich bereits rechtskräftig beurteilten Forderung der Klägerin in Höhe von CHF 4'208.–, bestreitet (Appellationsbegründung S. 5 ff.). Art. 123 ZGB habe nicht die Funktion, ein Fehlverhalten während der Ehe zu sanktionieren. Sogar dann, wenn ein Ehegatte seinen Unterhaltspflichten während der Ehe in keiner Weise nachgekommen ist, sei eine Verweigerung der Teilung nicht zu rechtfertigen. Ehewidriges Verhalten würde den Tatbestand des offenbaren Rechtsmissbrauchs noch nicht erfüllen. Eine Teilung finde, wie auch bei der hälftigen Teilung der Errungenschaft, grundsätzlich voraussetzungslos statt. Der Beklagte bestreitet zudem, dass die Klägerin ihm einen neunmonatigen Deutschkurs bezahlt habe, der ihm für sein weiteres Fortkommen so gedient habe, dass er dank ihrer Erwerbstätigkeit nun seine eigene Vorsorge problemlos aufbauen könne (Appellationsbegründung S. 6). Dieser Deutschkurs sei von der

Sozialhilfe bezahlt worden (Protokoll S. 3). Er habe weder von der Erwerbstätigkeit der Klägerin für sein weiteres Fortkommen profitiert, noch könne er dadurch und durch seine bisherigen Arbeitseinsätze eine relevante eigene Altersvorsorge aufbauen. Eine Parallele zur in der Rechtsprechung zu findenden Kasuistik zu ziehen, welche eine Verweigerung der Teilung allenfalls zu begründen vermöge, scheitere (Appellationsbegründung S. 7 f.). Es sei auch nicht ersichtlich, wie die Klägerin anders als durch das lediglich behauptete Bezahlen eines Deutschkurses eine Plattform für den Appellanten geschaffen haben solle, die eine Verweigerung der Teilung rechtfertigen würde (Appellationsbegründung S. 8). Auch das Alter der Parteien stehe der Teilung nicht entgegen. Weder sei ein Ehegatte bereits rentenberechtigt oder stehe der Berechtigte kurz vor der Pensionierung und habe eine höhere Rente in Aussicht. Der 48-jährigen, 15 Jahre älteren Klägerin stehe noch genügend Zeit zum weiteren Aufbau ihrer Altersversorgung zur Verfügung (Appellationsbegründung S. 8).

**2.3** Die Klägerin lässt ausführen, dass der Beklagte, der zu Beginn der Beziehung illegal in der Schweiz war, seit Oktober 1999 bei ihr gewohnt habe und keiner Arbeit nachgegangen sei, da er keine Arbeitsbewilligung hatte. Die voreheliche Unterstützung habe nicht nur im Betrag von CHF 4'208.– stattgefunden, sondern auch im „Alltäglichen“, wofür naturgemäss keine Beweise vorlägen (Appellationsantwort S. 3). Der Beklagte habe von Juni 2003 bis Mitte Dezember 2003 auf dem Bau und von Juli bis August 2004 bei der Abfallentsorgung gearbeitet, und später habe er einen Deutschkurs besucht. Die Klägerin habe sich bereits kurz nach Eheschluss an das Gericht gewandt, „da sie mit der Aufgabenteilung bzw. Art und Weise des Zusammenlebens nicht einverstanden war“ (Appellationsantwort S. 5). Er sei dann anlässlich der Eheschutzverhandlung im November 2004 aufgefordert worden, sich umgehend intensiv um Arbeit zu bemühen, ebenso nach der definitiven Trennung im April 2006 (Verfahrensprotokoll Vorakten S. 10). Das Einkommen der Klägerin habe nicht ausgereicht und sie habe sich verschulden müssen. Der Beklagte habe nichts vorgebracht oder nachgewiesen, wonach er nicht auf ihre Unterstützung angewiesen gewesen sei. Er habe die B-Bewilligung erhalten und sei von der Klägerin finanziell unterstützt worden. Eine Teilung würde damit „fundamental gegen das Gerechtigkeitsgefühl“ verstossen und eine Ausnahme gemäss Art. 123 Abs. 2 ZGB darstellen (Appellationsantwort S. 5). Der Beklagte habe von ihr nur profitiert. Wenn er sodann die Chance nicht genutzt habe, die sie ihm mittels einer Plattform, eine Existenz aufzubauen, geboten habe, könne dies nicht zu ihren Lasten gehen (Appellationsantwort S. 6). Das Beharren auf einer Teilung sei daher rechtsmissbräuchlich.

**2.4** Die Ehegatten haben grundsätzlich einen voraussetzungslosen Anspruch auf je die Hälfte der während der Ehe geäußerten Austrittsleistungen ihrer beruflichen Vorsorge (Art. 122 ZGB; vgl. BGer, 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.1). Gemäss Art. 123 Abs. 2 ZGB kann das Gericht die Teilung von Vorsorgeguthaben jedoch ganz oder teilweise verweigern, „wenn sie aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung offensichtlich unbillig wäre“. Art. 123 Abs. 2 ZGB ist restriktiv anzuwenden, damit der gesetz-

lich vorgesehene Grundsatz der hälftigen Teilung der Austrittsleistungen gewahrt bleibt (BGer, 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.1). Der offenbare Rechtsmissbrauch wird als Verweigerungsgrund nicht erwähnt (vgl. BGE 133 III 497 E. 4.4 S. 501 mit Hinweisen). Das Bundesgericht hat jedoch mit BGE 133 III 497 entschieden, dass die Teilung auch gestützt auf Art. 2 Abs. 2 ZGB verweigert werden darf. Mit ausführlicher Begründung hat es ausgeführt, dass eine reine Billigkeitsrechtsprechung zwar ausgeschlossen ist (BGE 133 III 497 E. 4.6 S. 505; vgl. zuvor insbesondere BGE 129 III 577 E. 4.2.2 S. 578), die Teilung der Austrittsleistungen aber nicht nur dann ganz oder teilweise verweigert werden kann, wenn sie aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung oder der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Scheidung offensichtlich unbillig wäre, sondern auch dann, wenn die Teilung im konkreten Einzelfall und bei Vorliegen eines dem gesetzlichen vergleichbaren oder ähnlichen Tatbestands gegen das Verbot des offenbaren Rechtsmissbrauchs verstösst (Art. 2 Abs. 2 ZGB). Für weitere Verweigerungsgründe bleibt hingegen kein Raum (BGE 133 III 497 E. 4.7 S. 505). Eine Teilung ist allerdings nicht offensichtlich unbillig, wenn sie sich weder als absolut stossend noch als äusserst ungerecht oder völlig unhaltbar erweist (vgl. zum Begriff BGer, 5A\_623/2007 vom 4. Februar 2008, E. 5.6; 5C.49/2006 vom 24. August 2006, E. 3.1 = in: FamPra.ch 2006 S. 930). Das Bundesgericht hat seither betont, dass der Verweigerungsgrund des offenbaren Rechtsmissbrauchs „ne doit être appliqué qu’avec une grande réserve“ (BGE 135 III 153 E. 6.1 S. 155; vgl. CJ GE, FamPra.ch 2002, S. 366, 367 f.), mithin nur mit grosser Zurückhaltung anzuwenden ist. Dieselbe Auffassung wird auch in der Lehre vertreten (vgl. z.B. HAUSHEER/GEISER/AEBI-MÜLLER, Das Familienrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 4. Aufl., Bern 2010, N 10.67 mit Hinweisen: „grosse Zurückhaltung“; FamKomm/BAUMANN/LAUTERBURG, Art. 123 ZGB N 49: „Es herrscht Einigkeit darin, dass der Ausschluss nur mit äusserster Zurückhaltung ausgesprochen werden soll“; GEISER, Übersicht über die Rechtsprechung zum Vorsorgeausgleich, FamPra.ch 2008, S. 309, 314 f.: „äusserste Zurückhaltung“, als Beispiel eines möglichen Verweigerungsgrunds wird der „Mordversuch“ genannt). Entsprechend wurden in der Rechtsprechung selbst Aggressionen, Jähzorn mit Todesdrohungen oder eine Nötigung der Ehefrau durch den Ehemann, am PC Bilder von Exekutionen im Irak anzuschauen, verbunden mit der Drohung, er könne ihr ein Auge herausnehmen, nicht als Verweigerungsgrund angenommen, der – selbst im Falle einer analogen Anwendbarkeit im Rahmen von Art. 123 Abs. 2 ZGB – mit Art. 125 Abs. 3 Ziff. 3 ZGB vergleichbar wäre und ausreichen würde (BGer, 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.4.2). Ehwidriges Verhalten lässt demgemäss in der Regel keine Verweigerung der Teilung der Austrittsleistungen zu (BGer, 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.4.3 mit Hinweis).

## 2.5

**2.5.1** Den von der Vorinstanz angenommenen Verweigerungsgrund eines fundamentalen Verstosses gegen das Gerechtigkeitsgefühl kennt das materielle Vorsorgeteilungsrecht so nicht. Vorliegend kommt einzig der oben dargelegte, von der Rechtsprechung entwickelte Verweigerungsgrund des Verbots des offenbaren Rechts-

missbrauchs in Betracht, geht es doch nicht um die in Art. 123 Abs. 2 ZGB explizit genannten Gründe, insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien nach der Scheidung. Zu prüfen ist daher, ob ausnahmsweise die Teilung der Austrittsleistungen auf Grund offenbaren Rechtsmissbrauchs infolge qualifizierten ehewidrigen Verhaltens des Beklagten während der Ehe verweigert werden darf.

**2.5.2** Die Parteien sind seit 1999 ein Paar und seit April 2003 verheiratet. Der zu Beginn illegal in der Schweiz weilende Beklagte und die Klägerin lebten bereits vor der Heirat zusammen, wobei diese jenen insbesondere mangels Arbeitsbewilligung zumindest teilweise finanziell unterstützt hat. Nach Erhalt der Arbeitsbewilligung war der Beklagte, der sich als kamerunischer Staatsbürger ohne spezifische Ausbildung zuerst Deutschkenntnisse aneignen musste (angefochtenes Urteil S. 7), zwischenzeitlich unbestritten erwerbstätig. So arbeitete er etwa zwei Mal auf dem Bau, aber auch bei der Abfallentsorgung oder zuletzt in einem Tenniscenter (Appellationsantwort S. 3; Akte 8). Die Klägerin stellte derweil mittels ihres teilzeitlichen Arbeitserwerbs (vgl. Beilage 6 der Eingabe der Klägerin vom 30. März 2006) die finanzielle Basis der Ehegatten sicher.

Zwar erwirkte die Klägerin Anfang November 2004 ein Annäherungsverbot und beantragte unter anderem Eheschutzmassnahmen in dem Sinne, dass ihr die Trennung zu bewilligen sei und der Beklagte gerichtlich zu ermahnen sei, Art. 163 ZGB nachzuleben und sich auch an den ehelichen Lasten zu beteiligen. Dies wurde entsprechend verfügt. Im Protokoll der Eheschutzverhandlung vom 10. November 2004 wurde aber auch festgehalten, dass es sich „hier nicht um eine Scheinehe“ handle (Verfahrensprotokoll Vorakten S. 4). Mit Eingabe vom 16. November und mit Bestätigung vom 1. Dezember 2004 beantragte die Klägerin zudem wieder die Aufhebung des Annäherungsverbots und der „offiziellen Trennung“, weil sie dem Beklagten nochmals eine Chance geben wollte (vgl. die Eingaben in den Vorakten sowie das Verfahrensprotokoll Vorakten, S. 7). Im April 2006 wurde den Ehegatten jedoch erneut das Getrenntleben bewilligt und der Beklagte unter anderem „nochmals nachdrücklich aufgefordert, sich intensiv um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu bemühen“. Wie die Klägerin hierzu richtig ausführt, ist trotz zweimaliger richterlicher Ermahnung, sich intensiv um eine Erwerbstätigkeit zu bemühen, lediglich von einer zeitweisen Erwerbstätigkeit des Beklagten auszugehen. Immerhin hat er aber insbesondere auf dem Bau fast CHF 5'000.– pro Monat und damit zeitweise mehr als die Klägerin verdient, und während ungetrennter Ehe gut ein Drittel der Zeit gearbeitet (vgl. Protokoll S. 2). Selbst wenn aber sein Verhalten insgesamt nicht darauf schliessen lässt, dass er alles unternommen hat, um seinen Teil der finanziellen Lasten der Eheleute zu tragen und insoweit eine partnerschaftliche Ehe zu führen, ist damit noch nicht erstellt, dass dieses Verhalten auch den Tatbestand eines offenbaren Rechtsmissbrauchs erfüllt. Im Lichte der dargestellten höchstrichterlichen Grundsätze muss die Frage denn auch verneint werden. Eine Teilung der Austrittsleistung mag von der Klägerin vor dem Hintergrund des zumindest teilweise ehewidrigen Verhaltens des Beklagten als gegen das Gerechtigkeitsgefühl verstossend empfunden werden. Wie

das Bundesgericht aber ausführt, setzt offener Rechtsmissbrauch zwar voraus, dass auch der Gerechtigkeitsgedanke in grober Weise verletzt worden ist, es bedeutet aber umgekehrt nicht jede grobe Verletzung des Gerechtigkeitsgedankens offenbaren Rechtsmissbrauch (so BGE 133 III 497 E. 5.2 S. 506). Im Verhältnis zwischen Privaten wird für den offenbaren Rechtsmissbrauch vielmehr als charakteristisch angesehen, dass eine Partei die andere zu einem bestimmten Verhalten verleitet, um daraus treuwidrig Vorteile zu ziehen. Ein offener Rechtsmissbrauch könnte z.B. bei einer Scheinehe – was hier aufgrund der Akten (vgl. oben) auszuschliessen ist – vorliegen, oder wenn die Ehe gar nicht gelebt bzw. ein gemeinsamer Haushalt nie aufgenommen wurde, aber trotzdem auf der Teilung beharrt wird. Als Regel gilt jedoch wie dargelegt, dass ehewidriges Verhalten grundsätzlich den Tatbestand des offenbaren Rechtsmissbrauchs nicht erfüllt und nicht zur Verweigerung der Teilung führen kann (SUTTER/FREIBURGHaus, Art. 123 ZGB N 16; BGE 133 III 497 E. 5.2 S. 506; BGer, 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.4.3). Der Gesetzgeber hat denn auch Art. 125 Abs. 3 Ziff. 1 ZGB, wonach eine grobe Verletzung der Unterhaltspflicht die Verweigerung von Unterhaltsleistungen rechtfertigen kann, im Zusammenhang mit der Teilung der Austrittsleistungen nicht übernommen (BGE 133 III 497 E. 5.2 S. 506 f.). Wenn schliesslich gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung sogar eine strafrechtliche Verurteilung des Ehemannes wegen Nötigung der Ehefrau und häuslicher Gewalt nicht die erforderliche Schwere erreicht und die vom Ehemann selbstverschuldete Aufgabe einer Stelle lediglich unbeachtliches ehewidriges Verhalten bedeutet (Urteil 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.4), bzw. wenn es auf die behauptete Scheidungsschuld eines Ehegatten nicht ankommen kann (BGer, 5C.240/2002 vom 31. März 2003, E. 6.2), sind die Vorsorgegelder auch im vorliegenden Fall zu teilen. Eine Vorsorgeteilung wäre im Übrigen nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung auch bei einer Doppelbelastung der Pflichtigen mit Arbeitserwerb und Haushaltsführung bzw. Kinderbetreuung, während der Berechtigte keiner oder zeitlich nur beschränkt einer Arbeit nachging, nicht zu verweigern (vgl. BGE 133 III 497 D. 5.2 S. 506).

**2.5.3** Daran ändert auch nichts, dass die Klägerin vorbringt, dem Beklagten insbesondere durch Bezahlung eines Deutschkurses eine Plattform geboten zu haben, sich in der Schweiz zu etablieren und sich zukünftig den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Abgesehen davon, dass diese Behauptung bestritten und nicht weiter belegt wurde, wäre dieser Fall nicht mit demjenigen vergleichbar, in welchem eine Ehefrau ihrem Ehemann ein Studium oder einen (längeren) Ausbildungsgang mit Berufsabschluss finanziert hat und deshalb eine Vorsorgeteilung als offensichtlich unbillig anzusehen wäre (vgl. FamKomm/BAUMANN/LAUTERBURG, Art. 123 ZGB N 54; BGer 5C.286/2006 vom 12. April 2007, E. 3.1 mit Hinweis auf BBl 1996 I S. 105). Dieser Einwand ist damit ebenfalls unbehelflich.

**2.5.4** Auch der Altersunterschied von rund 15 Jahren – der Beklagte ist heute 33, die Klägerin 48 Jahre alt – vermag keine offensichtliche Unbilligkeit der Teilung der Vorsorgeguthaben zu rechtfertigen, zumal die Klägerin nicht kurz vor der Pensionie-

nung steht und selbst noch rund 15 Jahre Zeit hat, ihre Vorsorge weiter zu äufnen (vgl. FamKomm/BAUMANN/LAUTERBURG, Art. 123 ZGB N 63 f. mit Hinweis; vgl. BGer, 5C.176/2006 vom 27. Oktober 2006, E. 3.2).

**2.5.5** Dass der heutige, vielfach als starr und streng empfundene sowie wenig Spielraum lassende rechtliche Rahmen dennoch als vorerst weiter geltendes Recht einzuhalten ist, erhellt schliesslich auch daraus, dass der Bundesrat die Regelung in heutiger Form nicht mehr aufrecht erhalten möchte. Der im Dezember 2009 veröffentlichte Vorentwurf betreffend Vorsorgeausgleich klärt und lockert insbesondere die Voraussetzungen, damit das Gericht oder die Ehegatten vom Grundsatz der hälftigen Teilung der während der Ehe erworbenen Vorsorgemittel abweichen dürfen (vgl. BBl 2009, S. 9151). Dies ist heute jedoch, wie ausgeführt, noch nicht der Fall.

### 3.

Dem Appellationsgericht liegen schliesslich keine aktuellen und seitens des Beklagten allenfalls keine vollständigen Auszüge (Protokoll S. 2) betreffend Austrittsleistungen vor. Es legt deshalb lediglich das hälftige Teilungsverhältnis fest und überweist die Sache von Amtes wegen dem Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt zur Abklärung und Berechnung der Austrittsleistungen (vgl. FamKomm/BAUMANN/LAUTERBURG, Art. 142 ZGB N 12 ff.).

### 4.

Bei diesem Ausgang des Verfahrens unterliegt die Klägerin. Es sind ihr daher die ordentlichen Kosten des zweitinstanzlichen Verfahrens aufzuerlegen, welche sich ausgehend von einem Streitwert von CHF 35'000.– (sinngemäss im Sinne des Rechtsbegehrens Ziff. 2) auf CHF 3'375.– belaufen (CHF 2'250.– mal 1.5; vgl. § 1 i.V.m. § 11 Ziff. 2 Gebührenverordnung, SG 154.810). Zuzugewandte teilweise Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung an die Klägerin gehen diese zu Lasten des Staates. Da auch dem Beklagten die unentgeltliche Prozessführung bewilligt worden ist, sind die ausserordentlichen Kosten wettzuschlagen und ist den Parteivertretern für das zweitinstanzliche Verfahren ein angemessenes Honorar aus der Gerichtskasse auszurichten. Dabei ist wiederum von einem Streitwert von rund CHF 35'000.– auszugehen, was interpoliert ein Grundhonorar von rund CHF 4'200.– ergibt. Davon ist für das Verfahren vor zweiter Instanz ein Drittel abzuziehen (§ 11 Honorarordnung, SG 291.400), womit für beide Parteivertreterinnen von einem Honorar von je CHF 2'800.– auszugehen ist. Die Vertreterin der Klägerin wird dabei im Umfang von CHF 650.– auf den Selbstbehalt verwiesen (erstinstanzlicher Selbstbehalt von CHF 1'000.– abzüglich um CHF 350.– reduziertes Alimenteneinkommen, Protokoll S. 2). Hinzu kommen jeweils die effektiven Auslagen gemäss eingereichter Honorarnoten sowie die Mehrwertsteuer.

**Demgemäss erkennt das Appellationsgericht,** in Abänderung des erstinstanzlichen Urteils:

://: Ziffer 3 des erstinstanzlichen Urteils wird in Gutheissung der Appellation aufgehoben und lautet neu wie folgt:

Die Guthaben aus beruflicher Vorsorge beider Parteien sind je hälftig zu teilen.

Nach Eintritt der Rechtskraft dieses Urteils gehen die Akten zum Entscheid an das Sozialversicherungsgericht zwecks Berechnung des Anspruchs des Beklagten aus hälftiger Teilung der Vorsorgeguthaben.

Die ordentlichen Kosten des zweitinstanzlichen Verfahrens mit einer Gebühr von CHF 3'375.–, einschliesslich Auslagen, werden der Klägerin auferlegt. Infolge Bewilligung des teilweisen Kostenerlasses an die Klägerin gehen diese Kosten zu Lasten des Staates.

Die ausserordentlichen Kosten werden wettgeschlagen.

Der Vertreterin der Klägerin im teilweisen Kostenerlass, lic. iur. Margrit Wenger, Advokatin, wird für das zweitinstanzliche Verfahren ein Honorar von CHF 2'800.–, zuzüglich CHF 26.75 Auslagen und CHF 214.85 MWSt, aus der Gerichtskasse zugesprochen. Dafür wird sie auf den Selbstbehalt der Klägerin von CHF 650.– verwiesen und es werden ihr CHF 2'391.60 aus der Gerichtskasse ausgewiesen.

Der Vertreterin des Beklagten im Kostenerlass, lic. iur. Myriam Ryhiner, wird für das zweitinstanzliche Verfahren ein Honorar von CHF 2'800.–, zuzüglich CHF 132.20 Auslagen und CHF 222.85 MWSt, aus der Gerichtskasse zugesprochen.

### **3. Urteil des Appellationsgerichts als Verwaltungsgericht VD.2009.647 vom 5. Februar 2010 betr. Totalrevision der Nutzungsplanung Bettingen**

*Die Zuweisung eines Grundstücks zur Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse (Nöl) führt zu einer Eigentumsbeschränkung, die mit der Eigentumsgarantie vereinbar ist, wenn sie sich auf eine klare gesetzliche Grundlage stützt, im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, verhältnismässig ist und voll entschädigt wird, sofern sie einer Enteignung gleichkommt. Diese Grundsätze gelten auch für den Entscheid, womit die Belassung eines Grundstücks in der Zone Nöl angeordnet wird.*

*Das Verwaltungsgericht hat diese Voraussetzungen im Falle einer Liegenschaft in Bettingen als erfüllt erachtet, welche im Rahmen einer Überprüfung nach dem massgeblichen Richtplan im Hinblick auf eine mögliche Nutzung für öffentliche Zwecke in der Zone Nöl belassen wurde. Als gesetzliche Grundlagen wurde auf § 39 des kantonalen Bau- und Planungsgesetzes (BPG) sowie auf Art. 18 des Raumplanungsgesetzes des Bundes (RPG) hingewiesen.*



*Das öffentliche Interesse an der Belassung der Liegenschaft in Zone Nöl erkannte das Verwaltungsgericht darin, dass die Gemeinde die Liegenschaft im Interesse einer möglichen Erweiterung der Primarschulanlagen frei halten will. Nach den Feststellungen am Augenschein erwies sich das bestehende historische Gebäude für diesen Zweck jedenfalls nicht als von vornherein ungeeignet, und zwar selbst dann, wenn es entsprechend dem Antrag der Gemeinde unter Denkmalschutz gestellt werden sollte. Dass bezüglich der Erneuerungsbestrebungen im Schulwesen, die einen erhöhten Platzbedarf zur Folge haben werden, politisch eine gewisse Unsicherheit besteht, stand der Belassung in der Zone Nöl ebenfalls nicht entgegen, denn nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist keine kurzfristig zu erwartende Realisierung des öffentlichen Werkes, für das die betreffende Zone festgelegt wird, notwendig. Bei der Bestimmung von sachgerechten Standorten für die im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen darf das Gemeinwesen langfristig planen und ist es insbesondere nicht an den Planungshorizont von 15 Jahren gemäss Art. 15 RPG gebunden.*

*Auch unter den Gesichtspunkten der Verhältnismässigkeit sowie des Grundsatzes von Treu und Glauben wurde die Belassung des Grundstücks in Zone Nöl als zulässig erachtet. Es konnte jedenfalls nicht gesagt werden, die Gemeinde wolle sich in unzulässiger Weise mit Landreserven auf Vorrat ohne konkretes Vorhaben grösstmögliche Handlungsfreiheit für die raumplanerische Gestaltung des Gemeindegebiets sichern. Erst recht nicht erkennbar war, dass es der Gemeinde mit dem angefochtenen Zonen-Entscheid darum gegangen sein könnte, sich möglichst günstiges Land zu sichern.*

## **Sachverhalt**

Der geltende Zonenplan für das Gebiet der Gemeinde Bettingen stammt aus dem Jahr 1986. Angesichts seiner altersbedingten Revisionsbedürftigkeit beschloss die Gemeinde auf der Grundlage ihrer mit dem Bau- und Planungsgesetz (BPG) neu begründeten Zuständigkeit, den Zonenplan einer Totalrevision zu unterziehen. Die öffentliche Planaufgabe des Entwurfs fand vom 23. April – 22. Mai 2008 statt. Gegen diesen Plan erhob X. als Eigentümerin einer Parzelle im Grundbuch Bettingen Einsprache. Diese Liegenschaft ist bisher der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse (Nöl) gemäss § 39 BPG zugewiesen, worin sie gemäss Entwurf verbleiben soll. Die Einsprecherin hat mit ihrer Einsprache beantragt, die Parzelle sei stattdessen gesamthaft der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone zuzuweisen; eventuell sei der untere Teil mit dem bestehenden "X.-Haus" der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone, der unbebaute obere Teil dagegen der Stadt- und Dorfbild-Schonzone, respektive der Zone 2a, zuzuweisen. Der Gemeinderat hat der Gemeindeversammlung beantragt, die Einsprache sei abzuweisen und der Zonenplan anzunehmen. Diesem Antrag ist die Gemeindeversammlung mit Beschluss vom 2. Dezember 2008 mit grossem Mehr gegen eine Stimme gefolgt. Der Beschluss ist der Einsprecherin mit Schreiben und Verfügung vom 5. Januar 2009 mitgeteilt worden. In der Folge hat das Bau- und Ver-

kehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt mit Beschluss vom 1. Juli 2009 die Zonenplanrevision mit einem hier nicht relevanten Vorbehalt genehmigt.

X. hat mit Eingaben vom 19. Januar und 8. April 2009 gegen den Zonenplanbeschluss und die Abweisung ihrer Einsprache Rekurs an den Regierungsrat erheben und begründen lassen. Sie hält damit an den Anträgen gemäss ihrer Einsprache fest. Der Regierungsrat hat den Rekurs mit Schreiben vom 22. April 2009 dem Verwaltungsgericht zum Entscheid überwiesen. Die Gemeinde Bettingen beantragt mit Eingabe vom 15. Juli 2009 die kostenfällige Abweisung des Rekurses. Die Verhandlung vor Appellationsgericht fand am 5. Februar 2010 statt, wobei vorgängig ein Augenschein durchgeführt wurde. Daran haben der Sohn der Rekurrentin, deren Rechtsvertreter, die Gemeinderäte Patrick Götsch und Thomas V. Müller von Bettingen, der Rechtsvertreter der Gemeinde Bettingen sowie der Denkmalpfleger Dr. Thomas Lutz teilgenommen. Für sämtliche Ausführungen wird auf das Verhandlungs- und das Augenscheinprotokoll verwiesen.

## **Erwägungen**

### **1.**

**1.1** Anfechtungsobjekt ist der Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung Bettingen vom 2. Dezember 2008 betreffend die Totalrevision des Nutzungsplans Bettingen, beziehungsweise die Abweisung der Einsprache gegen den aufgelegten Entwurf. Gemäss § 113 Abs. 1 BPG kann gegen Verfügungen und Entscheide im Planfestsetzungsverfahren nach den allgemeinen Bestimmungen Rekurs erhoben werden. Gestützt auf § 26 Abs. 1 Gemeindegesetz kann gegen letztinstanzliche Verfügungen der Gemeindebehörden gemäss den Bestimmungen des Organisationsgesetzes (OG) beim Regierungsrat rekurriert werden. Dieser kann den Rekurs gestützt auf § 42 OG zum Entscheid an das Verwaltungsgericht überweisen, von welcher Befugnis er vorliegend Gebrauch gemacht hat. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts gemäss § 12 VRPG ist somit gegeben.

**1.2** Das Baudepartement hat den totalrevidierten Zonenplan Bettingen am 1. Juli 2009 mit einem hier nicht relevanten Vorbehalt gemäss § 114 BPG und Art. 26 RPG genehmigt (Kantonsblatt vom 25. Juli 2009). Eine solche Gutheissung ist gemäss Urteil 1C\_357/2008 des Bundesgerichts vom 5. Dezember 2008 (betreffend Auhaldenweg, Riehen) Voraussetzung für einen Entscheid der letzten kantonalen Rechtsmittelinstanz (VGE 607 - 610/2008 vom 23. Januar 2009).

**1.3** Der Rekurs wurde rechtzeitig angemeldet und begründet. Gemäss § 13 Abs. 1 VRPG i.V.m. § 113 Abs. 1 BPG ist zum Rekurs legitimiert, wer durch den angefochtenen Entscheid berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an dessen Aufhebung oder Änderung hat. Die Rekurrentin ist als Eigentümerin einer planbetroffenen Par-

zelle, deren Umzonung sie im vorinstanzlichen Verfahren beantragt hat, zum Rekurs legitimiert.

## **2.**

### **2.1** Die Rekurrentin beanstandet die Belassung ihrer Parzelle in der Zone Nöl.

Mit dem Bebauungsplan Dorf werden die in der Zone Nöl gelegenen Grundstücke des vorliegend betreffenden Gebiets A der Nutzung für Bildungseinrichtungen gewidmet (RBB 12). Der Gemeinderat begründet die Zuweisung zur Zone Nöl mit dem nach wie vor bestehenden öffentlichen Interesse an einer Primarschulerweiterung. Es habe sich gezeigt, dass die laufenden Bildungsreformen einen erheblichen Einfluss auf den Bettinger Schulraumbedarf hätten. Mittlerweile lägen diesbezüglich quantitative Prognosen des Erziehungsdepartementes vor, wonach sich der Schulraumbedarf in Bettingen nahezu verdoppeln werde. Es bestehe daher sowohl hinsichtlich der baulichen Strukturen als auch des Flächenbedarfs ein ausgewiesener Bedarf für die Belassung der Parzelle in der Zone Nöl. Einerseits müssten die Schuladministration und die Nebenräume aus dem Primarschulhaus in ein nahe gelegenes Gebäude verlegt werden, wobei auch das "X.-Haus" auf der fraglichen Parzelle in Betracht komme. Damit sollen Unterrichtskapazitäten im bestehenden Schulhaus freigespielt werden. Andererseits bestehe darüber hinaus ein Erweiterungsbedarf der bestehenden Primarschule um mindestens sieben Unterrichtsräume und Tagesstrukturen, welche aus grundrisslichen Gründen praktisch nur ostseitig geschaffen werden könnten, also im oberen Teil der Parzelle (RAB 10 Ziff. 3.2 4).

**2.2** Die Zuweisung des Grundstücks der Rekurrentin zur Zone Nöl führt zu einer öffentlichrechtlichen Eigentumsbeschränkung, die mit der Eigentumsgarantie vereinbar ist, wenn sie sich auf eine klare gesetzliche Grundlage stützt, im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, verhältnismässig ist und voll entschädigt wird, sofern sie einer Enteignung gleichkommt (BGE 119 Ia 362 E. 3a; 114 Ia 335 [Romanshorn] E. 2 S. 338; 113 Ia 132 E. 7, 364 E. 2; 111 Ia 26f. E. 3, 96 E. 2 je mit Hinweisen). Die gesetzliche Grundlage für die Anordnung einer Zone Nöl findet sich in § 39 BPG und Art. 18 RPG.

Entgegen der Auffassung der Rekursgegnerin bewirkt auch die Belassung einer Parzelle, die bereits bisher in der Zone Nöl lag, eine Eigentumsbeschränkung, wenn das öffentliche Interesse an der Reservierung der Parzelle für den bisher angestrebten Zweck aufgrund veränderter Verhältnisse weggefallen ist (BGE 114 Ia 335 E. 2 S. 338 [Romanshorn]).

## **3.**

**3.1** Die Rekurrentin macht zunächst geltend, die Belassung ihrer Parzelle zur Zone Nöl widerspreche dem behördenverbindlichen Richtplan Bettingen vom 25. November 2003, weshalb ihr die gesetzliche Grundlage fehle.

Der Richtplan Bettingen wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 22. Juni 2004 genehmigt. Im Rahmen der "Massnahmen Siedlung" ist darin gemäss Ziff. S6 für das Gebiet Schulhaus vorgesehen, dass "für diejenigen Bereiche der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse beim Schulhaus, die nicht für Erweiterungen geeignet sind, die Umzonung geprüft" werden soll. Dies wird für die zur Diskussion stehende Parzelle insoweit ausdrücklich festgehalten, als im Plan "Siedlung Bild 1" zu ebendieser Parzelle auf die soeben zitierte Ziff. S6 verwiesen wird. Die Rekurrentin macht nun geltend, dass die Rekursgegnerin trotz der Verbindlichkeit dieser Vorgabe die Umzonung der Parzelle im Zuge der Revision der Nutzungsplanung nicht genügend geprüft habe. Nach Auffassung der Rekurrentin ergibt sich der Mangel daraus, dass die Rekursgegnerin bei gehöriger Prüfung hätte feststellen müssen, dass die Liegenschaft für Bildungseinrichtungen offensichtlich nicht geeignet sei. Das Vorgehen und der Entscheid seien daher willkürlich.

**3.2** Der Richtplan ist das planungsrechtliche Instrument zur behördenverbindlichen Abstimmung und Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten aller mit Planungsaufgaben beauftragten Hoheitsträger, insbesondere des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (WALDMANN/HÄNNI, Raumplanungsgesetz, Bern 2006, Vorbem. zu Art. 6 - 12 N 7). Neben der Koordination hat der Richtplan auch die Funktion einer Nutzungsrichtplanung (FELDGES/BARTHE, in: BUSER, Neues Handbuch des Staats- und Verwaltungsrechts des Kantons Basel-Stadt, Basel 2008, S. 773). Gemäss Art. 6 Abs. 3 RPG gibt der Richtplan Aufschluss über den Stand und die anzustrebende Entwicklung der Besiedlung und des Verkehrs, der Versorgung sowie der öffentlichen Bauten und Anlagen. Richtpläne sind für die Behörden verbindlich (Art. 9 Abs. 1 RPG). Die Verbindlichkeit gilt indessen nicht vorbehaltlos: Die bundesgerichtliche Rechtsprechung lässt Abweichungen vom Richtplan zu, wenn sie sachlich gerechtfertigt sowie von untergeordneter Bedeutung sind und es nach den Umständen unzumutbar erscheint, vorher den Richtplan förmlich zu ändern. Ferner können neue Erkenntnisse ein Abweichen vom Richtplan rechtfertigen (BGE 119 Ia 367 [Retschwil]). Haben sich die Verhältnisse geändert, stellen sich neue Aufgaben oder ist eine gesamthaft bessere Lösung möglich, so werden die Richtpläne überprüft und nötigenfalls angepasst, was in der Regel alle 10 Jahre geschieht (Art. 9 Abs. 2 und 3 RPG; vgl. auch VGE 625/2006 vom 24. August 2007 [Mittelfeld] und 5 - 8/2007 vom 23. Januar 2009 [Bosenhalde]).

**3.3** Der Richtplan Bettingen verlangt einzig eine Überprüfung der Eignung der in Frage stehenden Parzelle für eine Erweiterung des Schulhauses und damit ihrer Zuordnung zur Zone NöI. Wie den eingereichten Unterlagen zu entnehmen ist, hat eine solche Überprüfung stattgefunden. Mit Schreiben vom 17. Oktober 2007 hat die Gemeindeverwaltung die Rekurrentin darüber informiert, dass mit Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2007 im Rahmen der Genehmigung des Zonenplanes und des Bebauungsplans Dorf beschlossen worden sei, die fragliche Liegenschaft in

die Schutzzone zu überführen (RBB 8). Auf dem Zonenplanentwurf für die Vorprüfung und Mitwirkung wird der untere Teil der Parzelle der Schutzzone und der obere der Zone Nöl zugewiesen (RBB 9). Mit Schreiben vom 26. März 2008 unterrichtete der Gemeinderat die Rekurrentin sodann darüber, dass "aufgrund der neuen politischen Situation (Kommunalisierung Primarschule mit zusätzlichen neuen Aufgaben)" die Parzelle in der Zone Nöl belassen werden soll (RBB 10). Daraufhin folgten, wie die Rekurrentin selber ausführt, Verhandlungen mit der Gemeinde. Aus dem Planungsbericht gemäss Art. 47 RPV der Firma metron vom 30. September 2008 geht hervor, dass sich "durch die am 23. September 2007 beschlossene Kommunalisierung des Primarschulwesens und die gleichzeitige Konkretisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz (...) resp. die gesamtschweizerischen Vereinheitlichungsbestrebungen (HarmoS)" die bereits erwähnte Bedarfsprognose nach einer Verdoppelung des bestehenden Schulraumes abzeichne. Mit Schreiben vom 25. November 2008 teilte die Gemeinde der Rekurrentin mit, dass sie sich vorstellen könne, die Schulleitung, die Bibliothek und Besprechungsräume für Einzel- und Gruppenunterricht im "X.-Haus" unterzubringen (RBB 14).

Aus dem Gesagten folgt, dass die Zuordnung der Parzelle der Rekurrentin zur Zone Nöl sehr wohl Gegenstand einer Überprüfung gewesen ist, wie es der Richtplan verlangt. Ob diese Überprüfung zu einem sachrichtigen und gesetzeskonformen Zonenplanentscheid geführt hat, ist dagegen eine Frage der materiellen Prüfung, nicht der Richtplankonformität des angefochtenen Entscheides; darauf wird nachstehend einzugehen sein.

#### **4.**

**4.1** Die Rekurrentin macht im Zusammenhang mit dem Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage geltend, ihre Parzelle sei aufgrund der Schutzwürdigkeit des "X.-Hauses" nicht für die Nutzung für Bildungseinrichtungen geeignet. Die Gemeinde selber habe die Eintragung des "X.-Hauses" ins Denkmalregister beantragt. Einerseits sei das "X.-Haus" ungeeignet, um die Bibliothek, die Schulleitung und Besprechungsräume darin unterzubringen. Dies ergebe sich aus der Einteilung des Hauses und der Raumhöhe, welche es Personen von durchschnittlicher Körpergrösse nicht erlaube, sich in aufrechtem Gang darin zu bewegen. Andererseits sei eine Nutzung des nördlichen Parzellenteils für Schulhausbauten aufgrund der Geländeneigung und des mit der beantragten Unterschutzstellung des "X.-Hauses" verbundenen Umgebungsschutzes nicht möglich.

**4.2** Dazu ist zunächst festzuhalten, dass das "X.-Haus" zurzeit nicht unter Denkmalschutz steht. Die Schutzwürdigkeit des X.-Hauses wird von der Rekurrentin denn auch explizit bestritten (RB Ziff. 2.4). Gleichwohl ist gestützt auf das Koordinationsgebot im Nutzungsplanverfahren auch einer allfälligen Schutzwürdigkeit und möglichen Unterschutzstellung des "X.-Hauses" Rechnung zu tragen.

**4.2.1** Das "X.-Haus" wurde 1553/54 als Bauernhaus erbaut. Mit der um 1606 erstellten Scheune und der freistehenden Trotte oder Remise gilt es als ältestes Haus in Bettingen. Als damit auch ältestes Beispiel frühneuzeitlicher Bauernansiedlung in Bettingen ist es daher nach Auffassung des Gemeinderates zu schützen, weshalb er einen Unterschutzstellungsantrag gestellt hat (RBB 8). Diesem Antrag hat sich der Denkmalrat in seiner Sitzung vom 10. Juni 2008 angeschlossen und aufgrund des insbesondere bauhistorischen, hauskundlichen und heimatgeschichtlichen Zeugniswertes der Liegenschaft den Antrag beim Regierungsrat auf Aufnahme ins kantonale Denkmalverzeichnis beschlossen (RBB 15). Der Denkmalrat hat dazu befunden, "dass eine Denkmalschutzmassnahme nur mit dem Ziel einer möglichst integralen Erhaltung des überlieferten Originalbestandes sinnvoll" sei. Die Denkmalpflege sei daher beauftragt worden, "bei einem allfälligen 'Rettungsprojekt' diesem konservatorischen Aspekt unbedingt Priorität gegenüber nutzungsbedingten Kriterien einzuräumen." Daraus erhellt, dass im Falle einer Unterschutzstellung auch unter Belassung der bestehenden Raumeinteilung die Unterbringung der Schulleitung, der Bibliothek sowie von Besprechungsräumen für Einzel- und Gruppenunterricht, wie sie der Gemeinderat in Aussicht nimmt, problematisch, aber nicht zum vornherein ausgeschlossen erscheint. Dazu ist festzuhalten, dass im Kanton Basel-Stadt die Nutzung denkmalgeschützter ehemaliger Wohnräume zu Verwaltungszwecken notorischerweise häufig vorkommt, und zwar insbesondere in Situationen, in welchen eine fernere Nutzung gemäss dem ursprünglichen Zweck wenig tunlich erscheint. Solches ist auch beim "X.-Haus" der Fall, kann das Gebäude doch heute nicht mehr sinnvoll landwirtschaftlich genutzt werden, und erscheint es doch auch zu Wohnzwecken nurmehr wenig geeignet. Einer Nutzung für Primarschulzwecke, und damit für die Arbeit mit Kindern, stehen auf der andern Seite auch geringe Raumhöhen nicht zwingend entgegen. Am Augenschein des Verwaltungsgerichts hat sich gezeigt, dass eine Person von 1,80 m Körpergrösse im Erdgeschoss immerhin aufrecht stehen kann. Eine Nutzung des Wohnhauses als Bibliothek und als Aufenthaltsraum für Kinder im Primarschulalter erscheint daher zumindest nicht zum vornherein ausgeschlossen. Zur angebauten Scheune sodann hat der Denkmalpfleger anlässlich des Augenscheins bemerkt, angesichts des Erhaltungszustandes und des Originalitätsgrades sei bei einer allfälligen Renovation hier eine weit höhere Eingriffsintensität gerechtfertigt als beim Wohnhaus. Eingedenk dessen sowie des beachtlichen Volumens der Scheune fällt es auch dem architektonischen Laien nicht schwer, sich eine sinnvolle Nutzung der Baute zur Einrichtung etwa von Seminar- und Schulleitungsräumen vorzustellen, wobei ein durchaus erfreuliches Erscheinungsbild zu erwarten ist.

**4.2.2** Grundlage für den Umgebungsschutz im Denkmalschutzrecht bildet § 19 Abs. 1 DSchG. Danach dürfen eingetragene Denkmäler durch bauliche Veränderungen in ihrer Umgebung nicht beeinträchtigt werden. Als Umgebung in diesem Sinne gilt der nähere Sichtbereich des Denkmals. Die Auslegung des Begriffs des Beeinträchtigtens hat nach objektiven, allgemein gültigen Kriterien zu erfolgen. Das subjek-

tive Empfinden Einzelner muss demnach ohne Berücksichtigung bleiben, weshalb es nicht massgeblich sein kann, wenn ein besonders sensibler Betrachter am Projekt Anstoss nimmt. Festzuhalten ist, dass nicht jede noch so geringfügige Beeinträchtigung, die schon allein durch die ungewohnte Veränderung eines vertrauten Umgebungsbildes entstehen kann, die Abweisung eines Baugesuches zu rechtfertigen vermag. Auf der anderen Seite reicht eine Beeinträchtigung aus, und es ist keine eigentliche Verunstaltung des Denkmals notwendig. Damit kommt zum Ausdruck, dass der Gesetzgeber das öffentliche Interesse an der ungestörten Wirkung der Denkmäler bzw. der historisch oder künstlerisch wertvollen Bausubstanz hoch einstuft (vgl. zum Ganzen VGE 713/2000 vom 19. Oktober 2001 und vom 1. Oktober 1982 i.S. H.A.-W.). Beim Entscheid darüber, ob eine Bebauung des oberen Teils der Parzelle mit Schulbauten zulässig wäre, ist eine Interessenabwägung vorzunehmen (VGE 713/2000 vom 19. Oktober 2001). Abzuwägen ist im vorliegenden Fall zwischen dem öffentlichen Interesse an der unveränderten Erhaltung des vertrauten Blickfeldes rund um das "X.-Haus" und dem ebenfalls öffentlichen Interesse an einer Erweiterung der Schulhausbauten (VGE 718/2008 vom 26. Juni 2009 [Lautengartenstrasse]). Diese Abwägung kann nur anhand eines konkreten Bauprojekts erfolgen. Zu beachten ist dabei, dass eine Schulhauserweiterung hinter dem "X.-Haus" den Blick vom Dorf auf die Baute nicht hindern kann. Zum vornherein ausgeschlossen ist die Wahrung des Umgebungsschutzes bei gleichzeitiger Schulhauserweiterung jedenfalls nicht.

Daraus folgt, dass heute nicht gesagt werden kann, dass sich das Grundstück nicht zur Überbauung für eine Erweiterung der Schulhausbauten eignen würde. Sollte sich eine solche Erkenntnis nach erfolgter Unterschutzstellung des "X.-Hauses" aber dennoch durchsetzen, so wäre die Zonierung dannzumal erneut zu überprüfen.

## 5.

**5.1** Die Rekurrentin bestreitet das öffentliche Interesse an der Belassung ihrer Parzelle in der Zone Nöl. Sie bestreitet den geltend gemachten Bedarf für eine Erweiterung der Schulhausbauten im Zusammenhang mit der Kommunalisierung der Primarschulen in den Landgemeinden. Die Einführung eines Bildungsraums Nordwestschweiz und das HarmoS-Konkordat hätten beide eine ungewisse politische Zukunft. Dadurch würden in Bettingen weder neue Klassen geschaffen noch mehr Kinder eingeschult. Aufgrund des vom Regierungsrat wohl zu genehmigenden Schulvertrages der Gemeinden Riehen und Bettingen vom 6. Januar 2009 sei es zudem möglich, dass Bettinger Kinder in Riehen zur Schule gingen, sofern dies nötig sein sollte. Der Schulvertrag verbiete es der Gemeinde Bettingen sogar, ihre Schule zu erweitern. Weder das Projekt Bildungsraum Nordwestschweiz noch das HarmoS-Konkordat würden eine bestimmte Form von Tagesstrukturen vorschreiben, weshalb auch auf Tagesfamilien oder bestehende Strukturen, wie den Pausenhof oder eine Turnhalle, zurückgegriffen werden könne. Zudem erweitere sich das Raumangebot aufgrund der vorgesehenen Verlegung des Kindergartens aus einem Haus neben

dem Schulhaus heraus, und es sei der Einfluss der Blockzeiten zu prüfen. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder sei rückläufig, was bis 2030 andauern werde. Aufgrund fehlender Baulandreserven und begrenzter Möglichkeiten einer inneren Verdichtung werde dies auch so bleiben. Der Bedarf nach Tagesstrukturen sei in Bettingen zudem unterdurchschnittlich, und der Bedarf nach zusätzlichen Flächen im Primarschulbereich könne gemäss dem Planungsbericht vom 2. April 2008 erst mittelfristig abgeschätzt werden. Schliesslich begründe die Gemeinde nicht, weshalb die ins Auge gefasste Schulhauserweiterung gerade auf ihrem Grundstück Platz greifen soll. Daraus folge, dass das Interesse an der Inanspruchnahme der Parzelle für eine Erweiterung der Bildungseinrichtungen rein hypothetischer Natur sei.

**5.2** An der Ausscheidung von Zonen für Nutzungen im öffentlichen Interesse gemäss § 39 BPG für die Errichtung von Werken, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, besteht ganz allgemein ein öffentliches Interesse (Art. 3 Abs. 4 RPG; WALDMANN/HÄNNI, a.a.O., Art. 18 N 20). Wie das Bundesgericht feststellt, schliesst auch eine kurzfristig nicht zu erwartende Realisierung des öffentlichen Werkes, für welches die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen festgesetzt wird, das öffentliche Interesse an der Landsicherung nicht aus. Es entspricht vielmehr der Aufgabe der Raumplanung, die zweckmässige Nutzung des Bodens auf weite Sicht festzulegen, um zu einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Gestaltung der Siedlungen zu gelangen (Art. 75 und 108 BV; Art. 1 und 3 RPG). Insbesondere sollen für die öffentlichen oder im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen sachgerechte Standorte bestimmt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass Einrichtungen wie Schulen und Freizeitanlagen für die Bevölkerung gut erreichbar sind (Art. 3 Abs. 4 RPG). Das Gemeinwesen ist bei dieser Planung auch nicht an den Planungshorizont der kommenden 15 Jahre gemäss Art. 15 RPG gebunden, sondern darf seine Planung auf einen weit längeren Zeithorizont ausrichten (BGE 114 Ia 335 E. 2c S. 339 m.H. [Romanshorn]). Voraussetzung zur Festsetzung einer Zone für öffentliche Bauten und Anlagen ist aber dennoch, dass das geltend gemachte zukünftige Bedürfnis genügend konkretisiert ist. Das Bedürfnis ist vom Gemeinwesen so genau wie möglich anzugeben, und die Errichtung der öffentlichen Baute bzw. Anlage muss mit einiger Sicherheit zu erwarten sein (BGE 114 Ia 335 E. 2d S. 340 [Romanshorn]; 102 Ia 369f. E. 3; 94 I 136 E. 7b). Als unzulässig müsste die Schaffung von Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen bezeichnet werden, wenn diese Zonenfestsetzung einzig ein Vorwand dafür wäre, dass sich das Gemeinwesen ausgedehnte Landflächen sichern wollte, um über eine möglichst grosse Handlungsfreiheit für die raumplanerische Gestaltung des Gemeindegebietes zu verfügen (BGE 88 I 295). Steht jedoch aufgrund sorgfältiger Analysen und Prognosen, welche gemäss den heute anerkannten Methoden der Raumplanung durchgeführt werden (siehe hiezu MARTIN LENDI/HANS ELSASSER, Raumplanung in der Schweiz, eine Einführung, 2. Aufl. 1986, insbesondere S. 243ff.), fest, dass der geltend gemachte Landbedarf für bestimmte öffentliche Bedürfnisse ausgewiesen ist, so ist die Festsetzung der Zone für öffentli-



che Bauten und Anlagen nicht zu beanstanden (BGE 114 Ia 335 E. 2d S. 340 [Romanshorn]).

### 5.3

**5.3.1** Im Sinne dieser Vorgaben ist vorliegend das Bedürfnis an der Freihaltung von Raumreserven zur Erweiterung der auf der benachbarten Parzelle bestehenden Schulhausbauten ausgewiesen. Zwar ist notorisch, dass das politische Schicksal des Vorhabens Bildungsraum Nordwestschweiz und der kantonalen Umsetzung des HarmoS-Konkordates derzeit ungewiss erscheint. Wohl haben die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn inzwischen auf einen Staatsvertrag zur Bildung eines Bildungsraums Nordwestschweiz verzichtet und sich auf den Abschluss einer Regierungs- resp. Zusammenarbeitsvereinbarung beschränkt, womit sie sich auf das Fortführen der inhaltlichen Zusammenarbeit konzentrieren wollen. Dagegen ist das HarmoS-Konkordat (Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule [HarmoS] vom 14. Juni 2007 [<http://www.bs.ch/mm/2009-12-18-ed-001.htm>]) am 1. August 2009 für diejenigen Kantone in Kraft getreten, die es ratifiziert haben. Derzeit gehören dem Konkordat 11 Kantone an ([http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/harmos/liste\\_rat\\_df.pdf](http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/harmos/liste_rat_df.pdf)). Der Kanton Basel-Stadt ist dem Konkordat zwar noch nicht beigetreten, seine Regierung verfolgt dieses Ziel aber erklärermassen. Es steht damit fest, dass die Bemühungen um eine Harmonisierung der Volksschule in den Kantonen weitergehen. Dazu gehört sowohl die Verlängerung der heutigen Dauer der Primarschule von 4 um zwei auf 6 Jahre (vgl. Art. 6 Abs. 1 HarmoS-Konkordat) als auch die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler ausserhalb der Unterrichtszeit, also sogenannter Tagesstrukturen (Art. 11 Abs. 2 HarmoS-Konkordat). Die Gemeinde Bettingen als Trägerin der dortigen Primarschule ist daher weiterhin und wohl heute mehr denn je gehalten, die mit einem Beitritt des Kantons zum HarmoS-Konkordat verbundenen Veränderungen im Primarschulwesen auch bei der Zonenplanung zu berücksichtigen. Darauf hat die Gemeinde im Planungsverfahren denn auch verschiedentlich und insbesondere im Planungsbericht vom 30. September 2008 (RAB 9, S. 22 f.) in bestimmter Weise hingewiesen, und sie hat die entsprechenden Projekte im Einzelnen hinreichend konkret dargestellt. Dabei wird der Bedarf dahingehend konkretisiert, dass "die Schuladministration und Nebenräume aus dem Primarschulhaus in ein nahegelegenes Gebäude (z.B. "X.-Haus") ausgelagert werden" müssten, "um Unterrichtskapazitäten im bestehenden Gebäude freizuspielen". Darüber hinaus bestehe zusätzlich noch "Erweiterungsbedarf der bestehenden Primarschule um mindestens 7 Unterrichtsräume und Tagesstrukturen", welche "aus grundrisslichen Gründen praktisch nur ostseitig (d.h. oberer Teil Parz. ) und weder nach Norden noch nach Süden" realisiert werden könnten. Entgegen der Auffassung der Rekurrentin kommt der Gemeinde Bettingen ein weiter Spielraum beim Entscheid über die Art und Weise der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung eines allfälligen Beitritts zum HarmoS-Konkordat zu. Sie ist unter Vorbehalt der Anwendung des Verhältnismässigkeitsprinzips nicht

gehalten, auf bestimmte raumwirksame Formen der Aufgabenerfüllung generell zu verzichten, um mögliche Eingriffe in die Eigentumsfreiheit von Grundeigentümern zum vornherein zu vermeiden. Entgegen der Auffassung der Rekurrentin braucht sie sich also nicht darauf zu beschränken, die Schaffung von Tagesstrukturen mittels Rückgriff auf Tagesfamilien zu realisieren oder den Mittagstisch in der Turnhalle abzuhalten. Ebenso wenig verpflichtet der Schulvertrag die Gemeinde, künftig – immerhin ca. einen Drittel der primarschulpflichtigen – Bettinger Kinder in der Nachbargemeinde Riehen beschulen zu lassen. Selbst wenn den Anforderungen allenfalls auch auf diese Art und Weise genügt werden könnte, steht es der Gemeinde frei, diesen oder aber eben auch einen anderen Weg zu gehen. Etwas anderes ergibt sich auch aus der Praxis des Bundesgerichts nicht. Dieses erwog zwar in einem Entscheid betreffend Diepflingen BL, dass die Realisierung der geplanten dezentralen Kindergärten auch auf anderen Parzellen in der Zone für öffentliche Bauten als auf jener der Beschwerdeführer möglich sei. Für den Schluss auf die Unzulässigkeit der Einzonung einer neuen Parzelle zu diesem Zweck war aber nicht dieser Umstand wesentlich, sondern die Erwägung, dass für eine derart kleine Gemeinde auch langfristig kein Bedarf für drei Kindergärten zu erwarten war (BGer 1P.542/1992 vom 10. März 1995 [Diepflingen BL], ZBI 1996 115 ff.). Im vorliegenden Fall kann demgegenüber nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass die Schaffung neuer Klassen und von Tagesstrukturen mit Sicherheit allein auf der mit den bestehenden Schulhausbauten belegten Parzelle realisiert werden könnte. Auf der Parzelle der Rekurrentin ist vielmehr ein Erweiterungsbau vorgesehen, der durch einen Verbindungstrakt mit dem bestehenden Schulhaus verbunden werden soll. Diese Vorstellungen zeugen von einer beabsichtigten konkreten und bedarfsgerechten Nutzung.

**5.3.2** Eine Beschränkung ihres entsprechenden Handlungsspielraums hat sich die Gemeinde entgegen der Auffassung der Rekurrentin auch nicht mit dem Vertrag betreffend die Zusammenarbeit der Gemeinden Bettingen und Riehen für den Betrieb und die Finanzierung ihrer Schulen (Schulvertrag) vom 6. Januar 2009 ([http://www.riehen.ch/dl.php/de/4a4b2ea455e07/Schulvertrag\\_Bettingen\\_-\\_Riehen.pdf](http://www.riehen.ch/dl.php/de/4a4b2ea455e07/Schulvertrag_Bettingen_-_Riehen.pdf)) auferlegt. Dieser Vertrag sieht in § 3 Abs. 1 - 3 zwar vor, dass in Bettingen "ein Schulstandort mit Kindergarten und Primarschule gewährleistet" wird, während Riehen über mehrere Schulstandorte verfügt und "im Interesse einer optimalen Auslastung der Schulhäuser ... Schülerinnen und Schüler auch einem Schulstandort in der jeweils anderen Gemeinde zugewiesen werden" können. Daraus folgt aber entgegen der Auffassung der Rekurrentin nicht, dass es der Gemeinde Bettingen gerade im Zusammenhang mit einer möglichen Verlängerung der Primarschule verwehrt wäre, den gewährleisteteten Standort auszubauen; vielmehr handelt es sich bei der Bestimmung um eine Art Notventil für Überbelegungssituationen. Die Auffassung, dass die Gemeinde "bloss eine Art Besitzstand" geniesse, der es ihr nicht gestatte, auf ihrem Gebiet eine Erweiterung der Schule vorzunehmen, respektive, dass die Bedarfsanpassung zwingend in Riehen erfolgen müsste, wie die Rekurrentin im Plädoyer vortragen liess, findet im genannten Schulvertrag keine Stütze.

**5.3.3** Anzufügen bleibt, dass die Schulbibliothek zurzeit aus Platznot im Foyer des Schulhauses eingerichtet ist, wie sich am Augenschein des Verwaltungsgerichts gezeigt hat. Dieses ist daher als solches nicht mehr nutzbar. Um dies zu ändern, soll die Bibliothek nächstens "eingemottet" werden, in welchem Zustand sie allerdings niemandem nützt. Naheliegend erscheint in diesem Zusammenhang in der Tat die entsprechende Nutzung des "X.-Hauses". Platzbedarf ergibt sich also auch aus dieser Perspektive. Insgesamt erscheint daher der Bedarf der Gemeinde nach Erweiterung des Schulraumangebotes durch "sachbezügliche präzise Nachweise" (BGer 1P.293, 295/1994 vom 20. Dezember 1994, E. 6e [Binningen], in: ZBI 1996 37 ff.) hinreichend klar nachgewiesen, und es kann nicht gesagt werden, die Gemeinde wolle sich in unzulässiger Weise und mit Landreserven sozusagen auf Vorrat grösstmögliche Handlungsfreiheit für die raumplanerische Gestaltung des Gemeindegebiets sichern.

**5.4** Dem ist beizufügen, dass es sich entgegen der Darstellung der Rekurrentin bei der Parzelle respektive deren oberem, noch nicht überbauten Teil keineswegs um eine Baulücke handelt. Baulücken sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts einzelne unüberbaute Parzellen, die unmittelbar an das überbaute Land angrenzen, in der Regel bereits erschlossen sind und eine relativ geringe Fläche aufweisen. Die Nutzung der Baulücke wird vorwiegend von der sie umgebenden Überbauung geprägt; das unüberbaute Land muss also zum geschlossenen Siedlungsbereich gehören, an der Siedlungsqualität teilhaben und von der bestehenden Überbauung so stark geprägt sein, dass sinnvoller Weise nur die Aufnahme in die Bauzone in Frage kommt (BGE 132 II 218 E. 4.2.1 S. 223; 121 II 417 E. 5a S. 424; Urteil 1A.159/2001 vom 16. April 2002, E. 2.1, publ. in: ZBI 2002 658, je mit Hinweisen; VGE 625/2006 vom 24. August 2007 ["Mittelfeld"]).

Die vorliegend fragliche Parzelle befindet sich am Siedlungsrand und wird westlich durch die Schulhausbauten, nördlich durch die Grünzone – teils mit Schrebergärten – und nur östlich und südlich durch Bauten in der Dorfbild-Schon- resp. Schutzzone begrenzt. Entgegen der Auffassung der Rekurrentin stellen weder die wenigen kleinen Schrebergartenhäuschen noch das an die Grünzone angrenzende Schulhaus Bauten dar, die bei der Beurteilung der Baulückenfrage zu berücksichtigen wären; sie stehen nämlich nicht auf als solches eingezontem Bauland. Ihre Parzelle ist daher im Sinne der angeführten Praxis weder Teil einer geschlossenen Siedlung noch überwiegend durch Siedlungsbau geprägt, und stellt daher im Rechtssinne keine Baulücke dar.

## 6.

**6.1** Die Rekurrentin rügt eine Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit. Die Parzelle sei bereits im Jahr 1962 für einen Schulhausbau reserviert und der privaten Nutzung entzogen worden. Der geltend gemachte Erweiterungsbedarf kön-

ne eine Eigentumsbeschränkung nicht mehr rechtfertigen. Es bestünden genügend andere Möglichkeiten für einen allfälligen Erweiterungsbau, etwa auch auf der bereits mit Schulhausanlagen bebauten Parzelle selber. Zudem stünden der weiteren Reservierung auch raumplanerische Interessen entgegen, wie etwa das Gebot der haushälterischen Bodennutzung. Schliesslich sei die Sicherung von übermässig vielen Landreserven insbesondere dann unzulässig, wenn es der Gemeinde darum gehe, sich günstiges Land zu sichern.

**6.2** Es trifft zu, dass die fragliche Parzelle bereits seit längerer Zeit für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben freigehalten worden ist, ohne dass sie für diese Zwecke genutzt worden wäre. Sie befand sich im Zonenplan 1939 noch teils in der Zone 2 mit Gewerbefreiheit, teils in der Zone 2a. Am 10. Mai 1962 wurde sie zum landschaftlichen Schutz der Bettinger Hanglagen der damaligen Zone Grünfläche zugeteilt. Diese Zone wurde im Rahmen der Zonenplanung 1986 aufgeteilt, und zwar ausserhalb des Baugebiets in die Grünzone und innerhalb des Baugebiets in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (Planungsbericht, RAB 9 S. 22). Damit steht zwar fest, dass die Parzelle seit bald 47 Jahren nicht mehr gewöhnlich baulich genutzt werden darf. Die Widmung für öffentliche Zwecke ist aber erst vor 23 Jahren erfolgt. Zudem besteht nach wie vor ein aktuelles Freihaltungsinteresse. Damit steht fest, dass die Freihaltung bisher nicht länger als der Planungshorizont für eine Zone für öffentliche Bauten gedauert hat (vgl. oben E. 5.2), sodass zum vornherein nicht von einer unverhältnismässig langen Freihaltung für öffentliche Zwecke gesprochen werden kann. Der Fall ist vergleichbar mit dem Sachverhalt in BGE 114 Ia 335 (Romanshorn).

## 7.

**7.1** Die Rekurrentin rügt weiter eine Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben gemäss Art. 5 Abs. 3 und Art. 9 BV. Sie macht geltend, die Verwaltungsbehörden dürften einen einmal in einer bestimmten Angelegenheit eingenommenen Standpunkt nicht ohne sachlichen Grund wechseln.

**7.2** Wie das Bundesgericht in dem von der Rekurrentin zitierten BGE 132 II 218 E. 6.1 S. 228f. mit Hinweis auf seine Rechtsprechung festgestellt hat, kann der Vorgeschichte einer Nutzungsplanfestsetzung ein solches Gewicht zukommen, dass sich daraus die begründete Erwartung der Einweisung von Land in eine Bauzone ergibt (BGE 125 II 431 E. 6 S. 438; 119 Ib 397 E. 6e S. 410; 118 Ia 151 E. 5a S. 159). Namentlich die Erschliessungsplanung oder durchgeführte Baulandumlegungen vermögen das Vertrauen zu wecken, davon erfasstes Land werde im neu zu erlassenden Zonenplan der Bauzone zugewiesen. Auch wenn keine konkreten Zusicherungen vorliegen, die nach dem Grundsatz von Treu und Glauben eine Pflicht zur Einzonung begründen, kann sich eine solche aus den der Nutzungsplanung vorangehenden besonderen Umständen herleiten (BGE 118 Ia 151 E. 5a S. 159).

Das Bundesgericht hält aber auch fest, dass die Vorgeschichte und der Vertrauensschutz einem Grundeigentümer – gleich wie eine vollständige Erschliessung – keinen unbedingten Anspruch auf Zuteilung seiner Parzelle zu einer RPG-konformen Bauzone verleihen (BGE 119 Ib 124 E. 4c/aa S. 136 f.; Urteil 1P.580/1994, E. 7c/cc, publ. in: ZBI 97/1996 S. 272). Das Bundesgericht anerkennt, dass die Verwirklichung der Raumplanungsgrundsätze Vorrang vor der Beständigkeit eines altrechtlichen Plans hat (BGE 118 Ia 151 E. 5c S. 160). Wesentlich ist zunächst, ob die Vorgeschichte eine Abfolge von Ereignissen umfasst, die auf die Einzonung des Gebietes ausgerichtet war (BGE 115 Ia 358 E. 3f/dd S. 361). Die Berufung auf Vertrauensschutzinteressen setzt weiter voraus, dass keine Kollision zum Interesse an der richtigen Durchsetzung des objektiven Rechts absehbar war (vgl. BGE 125 II 431 E. 6 S. 439; BGE 119 Ib 229 E. 3d S. 236). Zu beachten ist denn auch, dass im zitierten Urteil nicht ein Entscheid betreffend einen Nutzungsplan, sondern betreffend die Entschädigung nach erfolgter Nichteinzonung zu überprüfen war.

**7.3** Vorliegend bezieht sich die Rekurrentin darauf, dass ihr die Gemeinde noch mit Brief vom 17. Oktober 2007 mitgeteilt habe, dass der Gemeinderat den Zonenplan und den Bebauungsplan Dorf mitsamt der darin vorgesehenen Zuweisung ihrer Parzelle zur Schutzzone genehmigt habe. Erst mit dem Auflageprojekt vom 2. April 2008 sei er unter Bezugnahme auf die neue politische Situation im Zusammenhang mit der Kommunalisierung der Primarschule auf diesen Beschluss zurückgekommen. Spätestens seit dem Referendumsentscheid vom 23. September 2007 seien aber sowohl die Kommunalisierung der Primarschule als auch die bereits im Mai 2007 abgegebene Absichtserklärung der Regierungen zur Bildung des Bildungsraums Nordwestschweiz bekannt gewesen. Noch im Planungsbericht vom 2. April 2008 (RBB 16) werde der obere Teil der Parzelle in Ziff. 5.1 ausdrücklich als baureifes Grundstück bezeichnet, das längerfristig für die Überbauung im Rahmen der inneren Verdichtung zur Verfügung stehe.

**7.4** Diese Vorgeschichte der Planung vermag kein Vertrauen im angeführten Rechtssinne zu begründen. Die Rekurrentin führt nämlich lediglich Mitteilungen und Verfahrensentscheide im laufenden Planungsverfahren ins Feld; dies im Unterschied zu den vom Bundesgericht genannten Akten, wie etwa einer Erschliessungsplanung oder durchgeführten Baulandumlegungen. Allfällige gültige und raumwirksame Beschlüsse des Gemeinderates oder der Planungskommission, worauf die Rekurrentin ihr Vertrauen begründen könnte, liegen nicht vor. Bei dem von der Gemeinde Bettingen mit Schreiben vom 17. Oktober 2007 mitgeteilten "GRB" handelt es sich entgegen der Behauptung der Rekurrentin auch nicht um einen Grossrats-, sondern um einen Gemeinderatsbeschluss. Damit liegen keine verbindlichen Entscheide von Planungsbehörden vor. Da der Entscheid über den Zonenplan der Einwohnerversammlung vorbehalten ist, und diese deshalb den aufgelegten und ihr als Entwurf vorgelegten Plan auch aus eigenen Stücken abändern könnte, ist es auch dem Gemeinderat als antragstellende Behörde unbenommen, im Laufe des Planungsverfahrens

seine Haltung zu ändern. Die Rekurrentin konnte daher zum vornherein nicht darauf vertrauen, dass die Gemeindeversammlung in dem vom Gemeinderat ursprünglich beabsichtigten Sinne entscheiden würde. Ihre "Hoffnung ... auf eine Wertsteigerung durch eine Einzonung anlässlich der Revision der Nutzungsplanung" vermag daher keinen rechtlichen Schutz zu begründen. Daran ändert nichts, dass der Hinweis auf eine längerfristig zur Verfügung stehende Reserve eines baureifen Grundstücks auf dem oberen Teil der Parzelle im Planungsbericht vom 2. April 2008 vor dem Hintergrund der bereits im Auflageprojekt vorgesehenen Beibehaltung der Einzonung des gesamten Grundstücks in der Zone Nöl nicht verständlich ist. Dieser Fehler ist nicht geeignet, die gesetzlich zuständige Planungsbehörde bei ihrem pflicht- und gesetzesgemässen Entscheid einzuschränken.

**7.5** Nichts abzuleiten vermag die Rekurrentin schliesslich auch aus der Festsetzung des bisherigen Steuerwertes der Parzelle. Dieser beruhte bereits bisher auf deren Einzonung in der Zone Nöl und kann von der Rekurrentin angefochten werden, falls sie diesen auf der Grundlage der geltenden und erneuten zonenrechtlichen Zuordnung bestreiten will. Sie kann daher im vorliegenden Zusammenhang auch aus dem Umstand, dass die Gemeinde heute nicht bereit zu sein scheint, ihr das Grundstück zu diesem Steuerwert abzukaufen, nichts zu ihren Gunsten ableiten.

**7.6** Ob schliesslich eine Nutzung des "X.-Hauses" als Museum zonenkonform wäre, was die Rekurrentin unter dem Titel einer Verletzung des Vertrauensschutzes ebenfalls bestreitet, kann offen gelassen werden, da eine solche Absicht vorliegend nicht zur Diskussion steht.

## **8.**

Nach dem Gesagten ist der Rekurs vollumfänglich abzuweisen. Es ergibt sich insbesondere in Anbetracht der Ausführungen zum "X.-Haus" und des ausgewiesenen Bedarfs nach Erweiterung des Schulraumes kein Raum für die eventualiter angekehrte Belassung nur eines Teils der fraglichen Parzelle in der Zone Nöl.

## **9.**

Bei diesem Ausgang des Verfahrens hat die Rekurrentin die Kosten zu tragen. Entgegen dem Antrag der Gemeinde Bettingen als verfügender Behörde ist ihr jedoch ungeachtet ihres Obsiegens und ihrer anwaltschaftlichen Vertretung keine Parteientschädigung zuzusprechen (§ 30 Abs. 1 VRPG).

### **Demgemäss erkennt das Verwaltungsgericht:**

**://:** Der Rekurs wird abgewiesen.

Die Rekurrentin trägt die Kosten des Rekursverfahrens mit einer Gebühr von CHF 3'500.–, einschliesslich Auslagen.

Parteientschädigungen werden keine zugesprochen.

#### **4. Urteil des Appellationsgerichts als Verwaltungsgericht VD.2009.696 vom 8. Dezember 2009 betr. Widerruf der Niederlassungsbewilligung und Wegweisung aus der Schweiz**

*Nach Art. 63 Abs. 1 lit. a in Verbindung mit Art. 62 lit. b des Ausländergesetzes (AuG) kann eine Niederlassungsbewilligung widerrufen werden, wenn die Ausländerin oder der Ausländer zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Als längerfristige Strafe gilt nach der Praxis des Bundesgerichts eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr.*

*Diese Voraussetzung war im vorliegenden Fall erfüllt, da der betroffene Ausländer, welcher im Januar 2008 aus nichtigem Anlass auf dem Bahnhof SBB gegen einen älteren Mann gewalttätig geworden war, am 14. Oktober 2009 wegen schwerer und einfacher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren verurteilt worden war. Zudem war er mehrfach und teilweise einschlägig vorbestraft, so dass mit dem Urteil vom 14. Oktober 2009 eine ursprünglich bedingt ausgesprochene Freiheitsstrafe von 12 Monaten wegen versuchter schwerer Körperverletzung als vollziehbar erklärt wurde.*

*Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung rechtfertigt sich aber ein Widerruf der Bewilligung nur dann, wenn die in jedem einzelnen Fall vorzunehmende Interessenabwägung die entsprechende Massnahme auch als verhältnismässig erscheinen lässt. Namentlich sind die Schwere des Verschuldens, der Grad der Integration bzw. die Dauer der bisherigen Anwesenheit sowie die dem Betroffenen und seiner Familie drohenden Nachteile zu berücksichtigen. Im konkreten Fall war das Tatverschulden des straffällig gewordenen Ausländers als sehr schwer zu bewerten und musste ihm aufgrund seiner Vorstrafen und seiner sonstigen persönlichen Verhältnisse eine schlechte Prognose in Bezug auf die Gefahr weiterer Delinquenz gestellt werden. Dabei musste aufgrund der Tatsache, dass der Ausländer die Gewalttat im öffentlichen Raum gegenüber einem ihm vorher unbekanntem Mann begangen hatte, auch von einer erheblichen Gefährdung der Allgemeinheit ausgegangen werden. Unter diesen Umständen bestand ein grosses Interesse der Öffentlichkeit, den betreffenden Ausländer aus der Schweiz wegzuweisen. Dieses öffentliche Interesse konnten die entgegenstehenden privaten Interessen des Betroffenen, der bereits im Alter von 4 Jahren in die Schweiz gekommen war, gut deutsch spricht und dessen Eltern und Geschwister nach wie vor hier leben, nicht überwiegen. Dies galt umso mehr, als er insgesamt trotz seines langjährigen Aufenthalts in der Schweiz nur mangelhaft integriert war, indem er die meiste Zeit keine Erwerbstätigkeit ausübte, sondern von der Sozialhilfe lebte und überdies laufend Schulden machte. Schliesslich war auch der Umstand, dass er während des ausländerrechtlichen Verfahrens eine Gewalttherapie begonnen hatte, kein Grund, auf den Widerruf der Niederlassungsbewilligung zu ver-*

*zichten, zumal seine Therapiebereitschaft angesichts seiner eigenen Äusserungen zweifelhaft erschien.*

## **Sachverhalt**

Mit Verfügung vom 23. Juni 2008 widerrief der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration (BdM) die Niederlassungsbewilligung von X. und wies diesen auf den Zeitpunkt seiner Entlassung aus dem Strafvollzug aus der Schweiz weg, wobei einem allfälligen Rekurs die aufschiebende Wirkung entzogen wurde. Einen dagegen erhobenen Rekurs hiess das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) in Bezug auf den Kostenerlass gut, bestätigte im Weiteren jedoch die ergangene Verfügung einschliesslich Entzugs der aufschiebenden Wirkung.

Gegen diesen Entscheid hat X. rechtzeitig an den Regierungsrat rekuriert, welcher den Rekurs am 19. August 2009 gemäss § 42 des Organisationsgesetzes (OG) dem Verwaltungsgericht zum Entscheid hat überweisen lassen. Der Rekurrent beantragt, es sei der angefochtene Entscheid aufzuheben und es sei dem Rekurs die aufschiebende Wirkung zuzuerkennen. Das JSD schliesst in seiner Rekursbeantwortung auf Abweisung des Rekurses, während der Rekurrent in der Replik an seinem Antrag festhält. Die Einzelheiten der Parteistandpunkte ergeben sich, soweit sie für den vorliegenden Entscheid von Bedeutung sind, aus den nachfolgenden Erwägungen. Mit Verfügung vom 8. September 2009 hat der Referent unter Hinweis auf die auf den 14. Oktober 2009 angesetzte Verhandlung des Appellationsgerichts im Strafverfahren des Rekurrenten dem Rekurs vorläufig aufschiebende Wirkung zuerkannt. Der vorliegende Entscheid ist auf dem Zirkulationsweg ergangen.

## **Erwägungen**

### **1.**

Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts zur Beurteilung des Rekurses ergibt sich aus dem Überweisungsbeschluss des Präsidialdepartements sowie den §§ 10 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) und § 42 OG. Gemäss § 8 VRPG hat das Verwaltungsgericht zu prüfen, ob das JSD den Sachverhalt unrichtig festgestellt, wesentliche Form- oder Verfahrensvorschriften verletzt, öffentliches Recht nicht oder nicht richtig angewendet oder sein Ermessen überschritten hat. Der Rekurrent ist als Adressat des angefochtenen Entscheides von diesem unmittelbar berührt und hat ein Interesse an dessen Aufhebung oder Abänderung; er ist deshalb gemäss § 13 VRPG zum Rekurs legitimiert.

### **2.**

Bei der Prüfung der Frage, ob eine Ausweisung anzuordnen sei, sind nach konstanter Rechtsprechung des Bundesgerichts letztinstanzlich auch Tatsachen zu berücksichtigen, die erst nach Fällung des angefochtenen Entscheides eingetreten sind



(BGE 118 Ib 145 E. 2a S. 148 f., 114 Ib 1 E. b S. 4, 105 Ib 165 E. 6b S. 169, 98 Ib 177 E. 2c S. 178, je mit Hinweisen). Auch das Verwaltungsgericht, welches grundsätzlich bloss eine nachträgliche Verwaltungskontrolle ausübt (vgl. statt vieler VGE 729/2007 vom 15. April 2008), hat erkannt, bei der Frage der Ausweisung sei die Zulassung von Noven im Interesse eines sachlich richtigen Entscheides angezeigt (VGE 630/2004 vom 9. Dezember 2004). Es ist somit nachfolgend auf die aktuellen Umstände abzustellen, weshalb sowohl das durch das Appellationsgericht am 14. Oktober 2009 bestätigte Urteil des Strafgerichts vom 19. Juni 2008 in Sachen des Rekurrenten als auch die von diesem geltend gemachte neu begonnene Gewalttherapie zu berücksichtigen sind.

### **3.**

**3.1** Der Rekurrent macht geltend, die Vorinstanz habe zu Unrecht die Voraussetzungen von Art. 63 Abs. 1 lit. a i.V. mit Art. 62 lit. b des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) bejaht. Unter Hinweis auf BGE 125 II 521 ist er der Meinung, nach heutiger Praxis sei unter einer längerfristigen Freiheitsstrafe eine solche von zwei oder mehr Jahren zu verstehen. Dabei seien nur unbedingt ausgesprochene Strafen massgeblich, denn es würde dem Prinzip der Gewaltenteilung und dem Legalitätsprinzip widersprechen, wenn ein Strafgericht eine Person auf Bewährung in Freiheit leben lasse und somit implizit eine gute Prognose einräume bzw. keine Gefahr für Mitmenschen sehe, ausländerrechtlich diese Person aber als Gefährdung der öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Ordnung eingestuft werde. In seinem Fall sei die mit Urteil vom 4. September 2001 wegen Raubes und mehrfacher Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz ausgesprochene achtmonatige bedingte Gefängnisstrafe rechnerisch nicht mehr zu berücksichtigen, weil er während eines Zeitraums von mehr als fünf Jahren nicht mehr deliktisch in Erscheinung getreten sei. Die mit Urteil vom 19. März 2007 ausgefallte einjährige Freiheitsstrafe sei ebenfalls bedingt ausgesprochen worden. Schliesslich sei die mit Urteil vom 19. Juni 2008 ausgefallte Strafe nicht rechtskräftig, basiere auf keinerlei stichhaltigen Beweisen und falle ausländerrechtlich ausser Betracht.

**3.2** Die Einwendungen des Rekurrenten sind unzutreffend. Weshalb ein im Schweizerischen Strafregister noch nicht gelöscht Urteil keine Berücksichtigung mehr finden darf, begründet er nicht. Es ist auch kein Grund hiefür ersichtlich. Wie lange das ergangene Urteil zurückliegt und ob sich eine Person seither allenfalls wohl verhalten hat, sind Fragen, die bei der Prüfung der Verhältnismässigkeit zu berücksichtigen sind. Der vom Rekurrenten angerufene Bundesgerichtsentscheid befasst sich ferner weder mit der Frage nach der für eine Ausweisung notwendigen Dauer der ausgesprochenen Strafe noch damit, ob eine solche nur bei unbedingtem Vollzug gerechtfertigt erscheint, sondern macht Ausführungen dazu, wie vorzugehen ist, wenn im Strafurteil als Sanktion anstelle von Strafe eine Arbeitserziehung angeordnet worden ist. Das Bundesgericht hat sich unter Geltung des AuG allerdings tatsächlich bereits dazu geäussert, ab wann eine ausgesprochene Strafe als „längerfris-

tig“ im Sinne von Art. 62 lit. b erster Satzteil gilt. In BGer 2C\_295/2009 vom 25. September 2009 hat es festgehalten, ein Widerrufsgrund liege vor, wenn gegen eine ausländische Person eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr ausgesprochen wurde. Nur bei Ausländern, die mit einer Schweizer Bürgerin oder einem Schweizer Bürger verheiratet sind, hat es die Grenze der Freiheitsstrafe auf zwei Jahre festgelegt und ausgeführt, dies impliziere in jedem Fall einen sehr schwerwiegenden Verstoss gegen die schweizerische Rechtsordnung. Dass diese ein- beziehungsweise zweijährige Freiheitsstrafe überdies unbedingt ausgesprochen werden müsse, hat das Bundesgericht nicht verlangt. Dies zu Recht, spricht doch das Gesetz lediglich von einer „längerfristigen Freiheitsstrafe“, weshalb die Schwere des Verschuldens die gegebene Gefährdung indizieren und in fremdenpolizeilicher Hinsicht für den Widerrufsgrund massgeblich sein soll. So hat das Bundesgericht denn auch die Abgrenzung zwischen den Strafsanktionen der Geldstrafe und der Freiheitsstrafe als wesentlich erachtet, während es auf die Frage der (un)bedingten Freiheitsstrafe nicht weiter eingegangen ist. Im zitierten Fall hat das Bundesgericht aber weiterhin klar unterschieden zwischen dem *grundsätzlichen Vorliegen eines Widerrufgrundes* und der in jedem Fall vorzunehmenden zusätzlichen Prüfung der *Verhältnismässigkeit* der Ausweisung. Erst bei letzterer Beurteilung spielt die Prognose des künftigen Verhaltens des Ausländers eine Rolle. Was den Einwand des Rekurrenten betrifft, das Urteil des Strafgerichts vom 19. Juni 2008 könne nicht berücksichtigt werden, da es noch nicht rechtskräftig sei, so ist dem entgegen zu halten, dass inzwischen mit dem Entscheid des Appellationsgerichts die formelle Rechtskraft eingetreten ist (vgl. hiezu BGer 6B\_440/2008 vom 11. November 2008). Selbst wenn der Rekurrent das Strafgericht ans Bundesgericht weiterziehen sollte, verfängt sein Argument somit nicht. Damit kann offen bleiben, ob bereits die Vorinstanz das damalige Urteil des Strafgerichts in ihre Beurteilung hat einfliessen lassen können, weshalb lediglich in aller Kürze festzuhalten ist, dass deren diesbezüglichen Ausführungen zu überzeugen vermögen. Denn entgegen der Meinung des Rekurrenten war die Aktenlage bereits ausgesprochen klar und war bereits aufgrund der bestehenden Akten nicht zweifelhaft, dass dieser einen ihm fremden, körperlich weit unterlegenen Mann zu Fall gebracht und schwer verletzt hat. Fragen waren einzig noch offen über den genauen Handlungsablauf.

**3.3** Der Rekurrent wurde mit Urteil des Strafgerichts vom 4. September 2001 wegen Raubes und mehrfacher Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz zu 8 Monaten Gefängnis mit bedingtem Strafvollzug verurteilt, was zu einer fremdenpolizeilichen Verwarnung führte. Am 19. März 2007 folgte eine Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung zu 12 Monaten Freiheitsstrafe bei einer erhöhten Probezeit von drei Jahren. Schliesslich verurteilte ihn das Strafgericht am 19. Juni 2008 wegen schwerer und einfacher Körperverletzung zu 2 Jahren Freiheitsstrafe und erklärte die mit Urteil vom 19. März 2007 ausgesprochene bedingte Strafe für vollziehbar. Das Appellationsgericht hat dieses Urteil am 14. Oktober 2009 bestätigt. Damit ist der Rekurrent insgesamt zu 44 Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden, wovon

36 Monate zu vollziehen sind. Bei dieser Situation ist die Voraussetzung für den Widerruf der Niederlassungsbewilligung nach Art. 62 lit. b AuG offensichtlich erfüllt. Ob auch die ungenügende wirtschaftliche Integration des Rekurrenten in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist beziehungsweise eine mutwillige Nichterfüllung der öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Verpflichtungen gemäss Art. 80 der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit vorliegt, kann dementsprechend offen bleiben.

#### **4.**

**4.1** Wie das Bundesgericht immer wieder betont, rechtfertigt sich ein Widerruf der Bewilligung nur dann, wenn die in jedem einzelnen Fall vorzunehmende Interessenabwägung die entsprechende Massnahme auch als verhältnismässig erscheinen lässt. Dabei sind namentlich die Schwere des Verschuldens, der Grad der Integration bzw. die Dauer der bisherigen Anwesenheit sowie die dem Betroffenen und seiner Familie drohenden Nachteile zu berücksichtigen (vgl. BGer 2C\_295/2009 vom 25. September 2009 mit weiteren Hinweisen).

**4.2** Das Appellationsgericht hat das Verschulden des Rekurrenten bezüglich der Tat vom 26. Januar 2008 wie bereits die Vorinstanz als sehr schwer beurteilt. Der damals 30-jährige Rekurrent hat aus nichtigem Grund einen 76-jährigen Rentner zuerst provoziert und anschliessend gejagt und brutal niedergeschlagen, was u.a. eine Schädelknochenfraktur mit einer bleibenden Anosmie und einer Persönlichkeitsveränderung zur Folge hatte. Was das zukünftige Verhalten betrifft, so ist dem Rekurrenten eine schlechte Prognose gestellt worden, was auch zum Widerruf der Vorstrafe geführt hat. Der Rekurrent ist als uneinsichtig und ohne Reue beurteilt worden, der sich weder durch eine einschlägige Vorstrafe noch durch den bisherigen Vollzug der Strafe hat beeindruckt lassen, hat er doch bereits innerhalb des ersten Jahres einer ihm auferlegten Probezeit erneut delinquent und ist er während laufendem Vollzug gegenüber einem Mitgefangenen gewalttätig geworden. Indem der Angriff vom 26. Januar 2008 im öffentlichen Raum (Zug, Bahnhof) stattgefunden und einen dem Rekurrenten völlig unbekanntem Menschen getroffen hat, ist vorliegend die öffentliche Sicherheit zudem in ihrem Kernbereich tangiert. Bei diesem auffallend schweren Verschulden des Rekurrenten und der von ihm auch in Zukunft ausgehenden Gefährdung der gesamten Bevölkerung müsste der Rekurrent ganz aussergewöhnliche gewöhnliche Gründe vorbringen können, um sein Interesse an einem weiteren Verbleib in der Schweiz höher gewichten zu können als dasjenige der Öffentlichkeit an seiner Wegweisung. Solche kann er nicht nachweisen. Als unverhältnismässig rügt er eine Rückkehr, obwohl er seit früher Kindheit in der Schweiz lebt. Es trifft zu, dass je länger ein Ausländer in der Schweiz anwesend war, desto strengere Anforderungen grundsätzlich an die Wegweisung zu stellen sind. Dabei ist auch das Alter bei der Einreise zu beachten. Doch selbst bei einem Ausländer, der in der Schweiz geboren worden ist und sein ganzes bisheriges Leben hier verbracht hat, ist eine Ausweisung nicht ausgeschlossen (BGE 125 II 523). Der Rekurrent reiste am 15. August

1982 und damit als vierjähriges Kind zusammen mit seiner Mutter in die Schweiz ein. Dies ist sicherlich ein sehr langer, prägender Aufenthalt. Allerdings hat die Vorinstanz zutreffend festgestellt, dass die Mutter des Rekurrenten kaum Deutsch spricht, weshalb sich der Rekurrent mit Sicherheit gut auf Türkisch verständigen kann. Der Bruder des Rekurrenten hat denn auch bestätigt, dass im Elternhaus Türkisch gesprochen wird. Dass er auch die deutsche Sprache mühelos beherrscht, ist bei seiner Aufenthaltsdauer zu erwarten, spricht aber für sich alleine noch nicht für eine erfolgreiche Integration. Auch wenn eine Rückkehr in die Türkei am Anfang für ihn wohl nicht einfach sein dürfte, wird er doch zumindest entgegen der Mehrheit von Migranten keine sprachlichen Probleme haben. Die Kenntnis der deutschen Sprache kann ihm überdies auch in der Heimat bei der Stellensuche dienlich sein. Als unverhältnismässig erachtet der Rekurrent seine Wegweisung auch deshalb, weil seine Eltern, sein Bruder, dessen Partnerin und deren Tochter in der Schweiz leben. Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass der Rekurrent 31 Jahre alt ist. Es kann daher eine besondere Abhängigkeit oder Unterstützungsbedürftigkeit ausgeschlossen werden, weshalb eine Berufung auf Art. 8 Ziff. 1 EMRK entfällt. Im Übrigen ist festzustellen, dass ihm die Eltern nicht den nötigen Halt haben geben und er sich nie in die hiesige Gesellschaft hat integrieren können. Er ist immer wieder negativ aufgefallen, so schon in der Schule durch Disziplinlosigkeit, später durch das Anhäufen von Schulden und durch Sozialhilfeabhängigkeit, was entgegen seiner Darstellung nicht erst als Folge der Haft geschehen ist sondern bereits sehr viel früher. Dass er einen Monat vor seiner Verhaftung eine Anstellung angetreten hat, ist nicht von erheblichem Gewicht für seinen Standpunkt, da er lange Zeit davor keiner regelmässigen Arbeit nachging und deshalb beruflich nicht als integriert gelten kann. An seiner Gewalttätigkeit und der Schuldenmacherei hat sich auch nichts geändert, obschon er zwei Mal (im Juni 2002 und im September 2007) fremdenpolizeilich verwarnt und auf die möglichen Folgen seiner Handlungsweisen hingewiesen worden ist. Spätestens nach der zweiten Verwarnung, welche auch wegen seiner Verurteilung vom 19. März 2007 erfolgt ist, hätte er sich dessen, was auf dem Spiel steht, bewusst sein können und seine Probleme sowohl persönlicher als auch finanzieller Art angehen müssen. Dies hat er nicht getan, sondern weitere Schulden angehäuft (vgl. die Ausführungen in der Rekursantwort) sowie lediglich rund 5 Monate später erneut ein Gewaltdelikt begangen. Insofern ist der Vorinstanz durchaus beizupflichten wenn sie ausführt, der Gesinnungswandel des Rekurrenten, der nunmehr sein Gewaltproblem angehen möchte, erfolge reichlich spät. Die als neue Tatsache geltend gemachte neu angefangene Gewalttherapie des Rekurrenten vermag nicht, die von ihm ausgehende Gefährdung derart zu minimieren, dass eine Ausweisung unverhältnismässig erschiene. Seine angebliche Bereitschaft, sich ernsthaft mit der Problematik der Gewaltanwendung auseinandersetzen zu wollen, überzeugt schon deshalb nicht, weil der Rekurrent in der gleichen Rechtsschrift, in der er sich diesbezüglich einsichtig zeigt, auch ausführen lässt: „Die behauptete Gewaltbereitschaft des Rekurrenten ist nicht bewiesen und höchst fraglich“ (vgl. Rekursbegründung S. 6). Wer solches sagt, kann in Wirklichkeit

nicht therapiebereit sein, sondern unternimmt diese Bemühungen lediglich im Hinblick auf das Strafverfahren und das vorliegende Rekursverfahren.

**4.3** Aufgrund der obigen Ausführungen ist zusammenfassend festzustellen, dass das öffentliche Interesse an der Fernhaltung des Rekurrenten, der sich hier nie richtig integriert hat, dessen Interesse an einem weiteren Verbleib in der Schweiz auch nach einer hiesigen Anwesenheit von rund 27 Jahren, wobei auch der grösste Teil der Kindheit hier verbracht worden ist, überwiegt. Der Widerruf der Niederlassungsbewilligung und die daraus folgende Wegweisung sind somit rechtmässig erfolgt und zu bestätigen.

## 5.

Nach dem Gesagten erweist sich der Rekurs als unbegründet und ist abzuweisen. Der Rekurrent hat dem Ausgang des Verfahrens entsprechend dessen Kosten zu tragen, wobei diese zu Folge des ihm bewilligten Kostenerlasses zu Lasten des Staates gehen. Sein Vertreter ist angemessen aus der Gerichtskasse zu entschädigen.

### **Demgemäss erkennt das Verwaltungsgericht:**

*://*: Der Rekurs wird abgewiesen.

Der Rekurrent trägt die ordentlichen Kosten des Rekursverfahrens mit einer Gebühr von CHF 1'200.–, einschliesslich Auslagen. Zuzugewilligung des Kostenerlasses gehen diese zu Lasten des Staates.

Dem Vertreter des Rekurrenten im Kostenerlass, lic. iur. Philippe Häner, werden für das Rekursverfahren ein Honorar von CHF 900.– und Auslagen von CHF 50.– zuzüglich 7,6 % MwSt von CHF 72.20 aus der Gerichtskasse ausgewiesen.

## APPELLATIONSGERICHT BASEL-STADT

**Der betroffene Ausländer hat dieses Urteil an das Schweizerische Bundesgericht weitergezogen. Dieses hat mit Entscheid vom 9. November 2010 die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten abgewiesen, soweit darauf eingetreten wurde (BGer 2C\_262/2010).**

**Die Wegweisung wurde Anfang 2011 nach der Strafverbüssung vollzogen.**

## **5. Urteil des Appellationsgerichts BE.2009.940 vom 25. Januar 2010 betr. Forderung aus Kauf- und Vermittlungsvertrag**

*Der Beklagte hatte an einer Verkaufsparty einen Kaufvertrag über ein Weiterbildungspaket (bestehend aus schriftlichen Unterlagen und dem Besuch von Semina-*

ren) zum Preis von fast CHF 6'000.– abgeschlossen und gleichzeitig einen Vermittlungsvertrag, womit ihm eine Provision von je CHF 1'000.– für die Vermittlung weiterer Käufer des Weiterbildungspakets versprochen wurde.

Die von der Verkäuferin erhobene Forderung auf Zahlung des Kaufpreises für das Weiterbildungspaket wurde vom Zivilgericht wegen Sittenwidrigkeit des Vertrags abgewiesen, was das Appellationsgericht im Beschwerdeverfahren geschützt hat. Nach Art. 3 lit. h des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) handelt unlauter, wer den Kunden durch besonders aggressive Verkaufsmethoden in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Dabei geht es um Fälle, bei welchen der Konsument in eine Lage versetzt wird, in der er sich aus inneren Gefühlen (Angst, Dankbarkeit, Anstand, Peinlichkeit) zu einem Kauf verpflichtet fühlt, weil er sich in einer psychologischen Zwangssituation befindet, und somit nicht mehr der frei gebildete Wille für den Vertragsabschluss massgebend ist. Dies ist u.a. bei Ausübung von psychischem Druck bei Verkäufen an der Haustür, auf Werbefahrten oder auf Partys der Fall.

Die Kauf- und Vermittlungsverträge der Klägerin wurden an Veranstaltungen abgeschlossen, an denen nicht über das Weiterbildungsangebot gesprochen, sondern bei lauter Musik und Animation im Falle der Eingehung der Verträge sehr gute Verdienstmöglichkeiten mit Einkommen von monatlich bis zu CHF 30'000.– in Aussicht gestellt wurden. Solche Einkünfte waren allerdings nur dann zu erzielen, wenn es den Käufern bzw. Agenten gelang, weitere Abnehmer anzuwerben, was durch hohe Provisionen honoriert wurde. Auch bestand die Möglichkeit des Aufstiegs in der Vermittlerhierarchie, wenn die vom Agenten vermittelten weiteren Agenten unterer Charge ihrerseits Weiterbildungspakete verkauften. An den Verkaufsveranstaltungen wurden in der Folge eindringliche Einzelgespräche geführt mit dem Ziel, die Teilnehmenden zum Vertragsabschluss zu motivieren. Dabei mussten die Vertragsformulare an Ort unterzeichnet werden; eine Mitnahme nach Hause zum Studieren war nicht erlaubt. Aufgrund dieser Umstände entstand für die Teilnehmenden eine psychologische Zwangslage, in der sie die fraglichen Verträge eingingen. Damit waren sie nach der Beurteilung des Appellationsgerichts durch unlautere Methoden im Sinne des UWG zustande gekommen und deshalb nichtig. Dementsprechend war die daraus abgeleitete Forderung auf Zahlung des Kaufpreises nicht durchsetzbar, was zur Abweisung der Klage führte.

Ob das umstrittene Rechtsgeschäft zudem ein den Lotterien gleichgestelltes und damit verbotenes „Schneeballsystem“ resp. eine lotterieähnliche Unternehmung im Sinne des Lotteriegengesetzes des Bundes war, konnte das Appellationsgericht offen lassen. Dazu hatte die Lotterie- und Wettbewerbskommission in einem Gutachten festgestellt, dass die rechtlichen Voraussetzungen einer lotterieähnlichen Unternehmung in Bezug auf die Kriterien der Leistung eines Einsatzes oder des Abschlusses eines Rechtsgeschäfts, der Gewinnaussicht, der Planmässigkeit und des Zufalls erfüllt seien. Die weitere Frage, ob ein Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung, d.h. hier dem Kaufpreis und dem Wert des Weiterbildungspakets, bestehe, hätte jedoch nur durch ein Gutachten geklärt werden können, worauf verzichtet wur-

*de. Ein solches war auch im vorliegenden zivilrechtlichen Klageverfahren nicht erforderlich, da eben die Forderung schon zufolge Sittenwidrigkeit abgewiesen wurde.*

## **Sachverhalt**

Die X. GmbH hat mit Klage vom 20. April 2009 beim Zivildreiergericht die Anträge gestellt, der Beklagte sei zu verpflichten, ihr CHF 5'970.– nebst 5 % Zins seit 9. Februar 2008 sowie CHF 70.– Betreuungskosten in der Betreuung 8031335 / BA Basel zu bezahlen, und den Rechtsvorschlag in der nämlichen Betreuung aufzuheben; unter o/e Kostenfolge. Das Zivildreiergericht hat mit Urteil vom 18. Juni 2009 die Klage abgewiesen und die Betreuung aufgehoben; unter Kostenfolge zulasten der Klägerin. Hiergegen richtet sich die Beschwerde der Klägerin vom 24. Juni 2009, womit sie die vor erster Instanz gestellten Begehren erneuert; eventualiter sei die Sache an die Vorinstanz zur Neuurteilung zurückzuweisen, unter o/e Kostenfolge zulasten des Beschwerdegegners. Dieser hat sich nicht vernehmen lassen. Die Vorinstanz beantragt mit Vernehmlassung vom 11. Mai 2009 die Abweisung der Beschwerde. Mit Replik vom 4. Januar 2010 hält die Beschwerdeführerin an ihren Begehren fest. Die Einzelheiten der Standpunkte ergeben sich, soweit erforderlich, aus den nachfolgenden Erwägungen.

## **Erwägungen**

### **1.**

**1.1** Gegen den inappellablen Endentscheid des Dreiergerichts ist die Beschwerde an das Appellationsgericht im Sinne der §§ 242ff. ZPO zulässig. Auf die rechtzeitig erhobene Beschwerde ist einzutreten.

**1.2** Die Kognition des Appellationsgerichts ist gemäss § 242a Abs. 1 Ziff. 3 ZPO in Verbindung mit § 220 Abs. 1 ZPO nur dann frei, wenn der beschwerdeführenden Partei durch den angefochtenen Entscheid ein Nachteil von mehr als CHF 8'000.– entstanden ist. Hierbei ist unter "Nachteil" die quantitative Beschwer ("Gravamen") zu verstehen. Eingeklagt ist vorliegend eine Forderung von CHF 5'970.–; das erforderliche Gravamen ist somit nicht erreicht. Das Appellationsgericht hat deshalb nur in beschränkter Kognition das Vorliegen von Willkür oder eines wesentlichen Verfahrensmangels als zulässige Beschwerdegründe zu prüfen. Willkürlich ist ein Entscheid nicht bereits dann, wenn eine andere Lösung ebenfalls vertretbar erscheint oder gar vorzuziehen wäre, sondern erst, wenn er offensichtlich unhaltbar ist, zur tatsächlichen Situation in klarem Widerspruch steht, eine Norm oder einen unumstrittenen Rechtsgrundsatz krass verletzt oder in stossender Weise dem Gerechtigkeitsgedanken zuwiderläuft. Willkür liegt sodann nur vor, wenn nicht bloss die Begründung eines Entscheides, sondern auch das Ergebnis unhaltbar ist (BGE 132 I 13, 17 E. 5.1 m. H.; STAEHELIN/SUTTER, Zivilprozessrecht, Zürich 1992, § 21 Rz 87). Das Appellati-

onsgericht ist nicht an die rechtliche Begründung der Vorinstanz gebunden (AGE 994/2004 vom 11. Juni 2009 E. 2 m.w.H.).

## **2.**

**2.1** Die Beschwerdeführerin begründet ihre Beschwerde im Wesentlichen damit, dass sie mit dem Inkasso von Forderungen der in der Karibik domizilierten Y. beauftragt sei. Die Y. sei im Weiterbildungsbereich tätig und biete ein Weiterbildungspaket an, das unter anderem aus sechs Seminartagen bestehe und verschiedene Weiterbildungsunterlagen umfasse, so das Lehrbuch A. zum Selbststudium sowie das Lehrbuch B.; diese beiden als Ordner aufgemachten Lehrbücher legt die Beschwerdeführerin ins Recht. Weiter führt sie aus, dass die Y. Informationsveranstaltungen durchführe, an welchen ihr Angebot vorgestellt werde. Der Beschwerdegegner habe am 26. November 2007 an einer solchen Veranstaltung teilgenommen. Im Anschluss daran habe er schriftlich den Antrag auf Besuch der zweiten Informationsveranstaltung gestellt und bestätigt, dass er am Weiterbildungsangebot interessiert sei. An der zweiten Veranstaltung am 27. November 2007 habe er dann teilgenommen und im Anschluss daran den Kaufvertrag betreffend das Weiterbildungspaket sowie die allgemeinen Geschäftsbedingungen persönlich unterzeichnet. Der Preis für das ganze Paket habe CHF 5'970.– betragen, zahlbar bis zum 25. Dezember 2007. Der Beschwerdegegner habe das Lehrbuch "Ich bin ..." ausgehändigt erhalten und sich verbindlich für die sechs Seminare an bestimmten Daten angemeldet. Die Beschwerdeführerin habe dem Beschwerdegegner am 4. Dezember 2007 die Rechnung über CHF 5'970.– zugestellt. In der Folge sei die Zahlung ausgeblieben. Die Vorinstanz habe die Forderung aus Kaufvertrag als sittenwidrig erachtet, weil sie mit dem Vermittlervertrag verknüpft gewesen sei. Eine solche Verknüpfung mit einem Vermittlervertrag habe tatsächlich gar nicht bestanden. Selbst wenn sie bestanden hätte, wäre dies nicht als sittenwidrig zu qualifizieren.

**2.2** Die Vorinstanz beantragt die Abweisung der Beschwerde. Sie hält zusammenfassend fest, die Beschwerdeführerin vermittle zwar den Eindruck, dass sie den Kunden Weiterbildungsseminare offeriere. Angeworben würden die Kunden jedoch auf ganz andere Weise. Ihnen würden Nebenverdienstmöglichkeiten im grossen Stil angeboten. Mit einem grossen Animationsprogramm und Musik würden die Kunden gelockt. Anlässlich der zweiten Informationsveranstaltung würden die Kunden im Einzelgespräch zum Kauf des Seminarpaketes gedrängt. Gleichzeitig werde den Kunden die Unterzeichnung eines Vermittlervertrags angeboten. Dieser ermögliche es, eine Provision von CHF 1'000.– zu kassieren, wenn die Vermittler in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis neue "Mitspieler" fänden, die sie zum Kauf eines Seminarpaketes bewegen könnten. Gleichzeitig könnten sie in der Hierarchie aufsteigen, indem sie auch dann eine Provision erhielten, wenn Vermittler unterer Chargen ein Seminarpaket verkauften. Es handle sich um ein typisches Schneeballsystem. Der an der erstinstanzlichen Gerichtsverhandlung durch seine Ehefrau vertretene Beschwerdegegner habe den Kauf- und den Vermittlervertrag ausschliesslich wegen der verlo-



ckenden Verdienstmöglichkeiten unterzeichnet. Er verstehe schlecht Deutsch, weshalb er an den Seminaren nicht teilgenommen habe. Seine Ehefrau habe telefonisch versucht, den Vertrag rückgängig zu machen, aber den zuständigen Verkäufer nicht erreicht. Der Beschwerdegegner habe den Vertrag in der Folge schriftlich, aber mit uneingeschriebener Sendung gekündigt, indem er sich auf Übervorteilung und Sittenwidrigkeit berufen habe. Die Beschwerdeführerin habe anlässlich der Verhandlung den Empfang einer Kündigung bestritten. Die Verkaufspraktiken der Y. hätten bei den Konsumentenschutzorganisationen Wellen geschlagen. Die Stiftung für Konsumentenschutz habe die Beschwerdeführerin wegen Verstosses gegen das Lotteriegelgesetz angezeigt. Das Obergericht des Kantons Bern habe die Angeklagte jedoch freigesprochen, weil nicht nachgewiesen sei, dass das Seminarpaket keinerlei Wert habe. Sittenwidrig sei vor allem das Zustandekommen des Vertrags. Die Kundschaft bestehe aus bildungsfernen Personen, die auf dem Arbeitsmarkt schlecht verankert seien und sich ein Einkommen erhofften. Diese liessen sich bei den Informationsveranstaltungen leicht durch einpeitschende Musik und gekonnte Animation verführen. In dieser angeheizten Stimmung würden sie dann ihre Unterschrift unter den Vertrag setzen. Sie realisierten dabei nicht, dass sie zuerst eine grosse Investition tätigen müssten, bevor sie etwas Geld verdienen könnten. Das vertraglich vorgesehene Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften nähmen die Meisten zu spät wahr. Ein solches Verhalten des Veranstalters, das auf die Naivität der Kundschaft abstellt, sei rechtswidrig. Entgegen der Behauptung der Beschwerdeführerin seien der Kauf- und der Vermittlungsvertrag gekoppelt. Ein Vermittlungsvertrag ohne Kaufvertrag werde einem Kunden wohl nie angeboten, weil das System sonst nicht funktionierte. Die Seminarunterlagen seien nach Einschätzung der Vorinstanz für die Teilnehmenden kaum oder nur von sehr geringem Nutzen.

**2.3** Dem repliziert die Beschwerdeführerin, die Vorinstanz verletze die Verhandlungsmaxime, indem sie sich auf Berichte in den Medien stütze statt auf die von den Parteien beigebrachten Akten. Die Zeitschrift "Beobachter" ergreife die Partei des Konsumentenschutzes und sei daher einseitig und unzutreffend. Das Marketingkonzept der Y. habe nichts mit einer lotterieähnlichen Unternehmung oder einem Schneeballsystem zu tun, sondern es handle sich um Multi-Level-Marketing (MLM). Dabei vertreibe ein Unternehmer seine Produkte über verschiedene selbständig tätige Vertriebspartner an Endkunden, wobei diese gleichzeitig wiederum Vertriebspartner werden könnten. Schon in der Antike hätten sich Geschäftsreisende und Handwerker der persönlichen Empfehlung durch ihre Kunden zur Ausweitung ihres Geschäftes bedient. MLM sei heute weit verbreitet, so würden etwa die Produkte von "Tupperware" nach diesem System vertrieben. MLM habe viele Vorteile: Es entfielen die Kosten für konventionelle Werbung, für ein Filialnetz und für Personal. Die eingesparten Kosten flossen an die Vermittler in Form von vergleichsweise hohen Provisionen. Letztlich fielen dieselben Kosten an wie bei konventionellem Vertrieb, aber auf anderer Stufe. Der Erfolg hänge massgeblich von der Professionalität des Auftritts und der Präsentation sowie von rhetorisch begabten Repräsentanten ab; insofern

bestehe kein Unterschied zum konventionellen Vertriebssystem. MLM sei in den USA bekannt, in der Schweiz weniger. Es sei legal, erfreue sich wachsender Beliebtheit und werde an den Hochschulen als alternative Vertriebsform angepriesen. Bei MLM seien Provisionen von 50 – 70 % des Umsatzes üblich und systemimmanent. Das Berner Obergericht sowie die Lotterie- und Wettbewerbskommission hätten das Vorliegen eines illegalen Schneeballsystems in einem andern die Beschwerdeführerin betreffenden Verfahren verneint. Die Sachverhaltsfeststellung der Vorinstanz sei willkürlich, weil der Beschwerdegegner an der vorinstanzlichen Verhandlung nicht zugegen gewesen sei und daher auch nicht gesagt werden könne, er verstehe schlecht Deutsch. Es treffe nicht zu, dass sich bildungsferne Personen angesprochen fühlten, die sich leicht durch einpeitschende Musik verführen liessen; eine solche Sachverhaltsfeststellung verletze die Verhandlungsmaxime. Die Erwägung der Vorinstanz, der Abschluss eines Vermittlervertrags setze jenen eines Kaufvertrags voraus, sei eine unzutreffende Mutmassung. Die Unabhängigkeit der Verträge sei in denselben selber in klarem Wortlaut festgehalten. Die angebotenen Seminare würden tatsächlich auch stattfinden, und Tausende von Teilnehmenden seien damit äusserst zufrieden.

### **3.**

**3.1** Die Ehefrau des Beschwerdegegners, die letzteren an der vorinstanzlichen Verhandlung vertreten hat, hat zu Protokoll gegeben, dass er nicht gut Deutsch spricht. Dieser Umstand ist wohl auch der Grund, weshalb er sich durch sie vertreten liess. Die Annahme der Vorinstanz, der Beschwerdegegner spreche nicht gut Deutsch, ist vor diesem Hintergrund nachvollziehbar und entgegen der Auffassung der Beschwerdeführerin jedenfalls nicht willkürlich.

**3.2** Dass die Y. in die Kritik der Medien und Konsumentenschutzorganisationen geraten ist, ist notorisch. Notorische Tatsachen, d.h. Tatsachen, die der Allgemeinheit bekannt sind bzw. gerichtsnotorische Tatsachen, d.h. Tatsachen, die dem Gericht allgemein bekannt sind, müssen weder behauptet noch bewiesen werden (BJM 1987 S. 100; STAEHELIN/SUTTER, Zivilprozessrecht, Zürich 1992, § 11 N 23). Dieser Prozessgrundsatz dient der materiellen Wahrheit und der Vermeidung unbilliger Entscheide und wird auch in der eidgenössischen ZPO gelten (STAEHELIN/STAEHELIN/GROLIMUND, Zivilprozessrecht, Zürich 2008, § 10 N 23). In diesem Sinne war es der Vorinstanz auch unbenommen, auf dem Internet veröffentlichte Beiträge der Zeitschriften "Beobachter" und "K-Tipp" heranzuziehen. Die Berufung der Beschwerdeführerin auf die Verhandlungsmaxime geht insoweit an der Sache vorbei. Dies umso mehr, als sie gemäss den diesbezüglich unwidersprochen gebliebenen Ausführungen der Vorinstanz anlässlich der Verhandlung das Urteil des Obergerichts des Kantons Bern vom 25. Mai 2007 aufgelegt hat, welches sich gerade mit der Zulässigkeit des Vertriebssystems der Y. befasst (BB 15). Das Bild, welches die Vorinstanz in ihrer Vernehmlassung davon zeichnet, wird durch die Akten bestätigt: Die Ehefrau des Beschwerdegegners gab anlässlich der erstinstanzlichen Verhandlung

zu Protokoll, das Ganze sei eine Hirnwäsche. Es gehe darum, möglichst viele Leute dazu zu bringen, CHF 6'000.– zu bezahlen. "Sie machen alles mögliche, Leute davon zu überzeugen, dass sie mitmachen" (Protokoll). Dieses Bild wird nicht nur durch die von der Vorinstanz zu den Akten genommenen Internetausdrücke ("Beobachter" und "K-Tipp") bestätigt. Das zur Notorietät Gesagte gilt nämlich nicht nur für das Zivil-, sondern auch für das Appellationsgericht: Das massgebliche Stichwort liefert im Internet auf google.ch eine beeindruckende Zahl von Ergebnissen, von denen hier nur wenige aufgegriffen werden sollen. Zunächst fällt auf, dass von über zahlreichen Beiträgen auf dem Diskussionsforum von saldo.ch eine weit überwiegende Mehrheit kritischer Natur sind – positiv äussern sich bloss Exponenten der Y. selber. "Es kam mir vor wie in einer Sekte", hat eine Teilnehmerin an einer Informationsveranstaltung etwa berichtet (20 Minuten Online). Dass bei den Veranstaltungen laute Musik läuft, ergibt sich aus der Einblendung eines Livemitschnitts einer solchen Veranstaltung, der im Rahmen eines TV-Beitrags zu sehen war. Wenn nun die Beschwerdeführerin einwendet, es handle sich um einseitige Berichterstattung aus konsumentenschützerischer Optik, so ist dem entgegenzuhalten, dass dies erstens wohl einige, nicht aber alle Beiträge betrifft. Zweitens liegt in der Optik der Berichterstattung kein Grund, die der Berichterstattung zugrunde liegenden Fakten nicht zu berücksichtigen. Inwiefern die Vorinstanz anders verfahren wäre, legt die Beschwerdeführerin nicht dar und ist auch nicht ersichtlich. Aus dem Ganzen ergibt sich, dass die Vorinstanz weder die Verhandlungsmaxime noch eine Beweiswürdigungsregel verletzt hat, noch bei der Sachverhaltsfeststellung in Willkür verfallen ist.

#### 4.

**4.1** Fest steht, dass der Beschwerdegegner am 26. November 2007 an einer ersten Informationsveranstaltung der Y. teilgenommen hat. Im Hinblick auf die Teilnahme an der zweiten Informationsveranstaltung am nächsten Tag hatte er einen vorgedruckten Antrag zu unterzeichnen (BB 4). Darin hat er angekreuzt, er interessiere sich für die Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung, insbesondere für das Seminarangebot. Weiter hat er angekreuzt, er interessiere sich für die Möglichkeit, für die Y. als Vermittler respektive Agent tätig zu sein und die diesbezüglichen Verdienstmöglichkeiten zu nutzen. Am nächsten Tag, dem 27. November 2007, hat er die zweite Informationsveranstaltung besucht, anlässlich welcher er den Kaufvertrag betreffend das "Y. Weiterbildungspaket" (BB 5) unterzeichnet hat. Gemäss diesem Vertrag besteht die Leistung der Y. aus Weiterbildungsunterlagen und aus 6 Seminartagen zu je acht Stunden. Im Weiteren findet sich die Klausel, dass der Abschluss dieses (Kauf-) Vertrages nicht den Abschluss anderer Verträge voraussetzt. Interessanterweise wird im Rahmen der Gerichtsstandsklausel festgehalten, die Y. habe das Recht, den Agenten (sic) – also nicht den Käufer – an seinem Wohnsitz zu belangen. Schon aus dieser Formulierung wird also deutlich, dass dem Käufer gleichzeitig die Funktion eines Agenten zukommt. Sodann steht in Ziff. 8 der allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Kaufvertrag (BB 6), Mitarbeiter, Vermittler, Handelsreisende oder andere Personen, welche[r] sich dieY, zur Vertretung und zum Verkauf

ihrer Produkte bedient, seien nicht berechtigt, im Namen der Y. verbindliche Erklärungen abzugeben – auch diese Klausel richtet sich also an den Käufer in seiner Funktion als Agent. Passend hierzu hat der Beschwerdegegner neben diesem "Kaufvertrag" denn auch gleichzeitig einen Vermittlungsvertrag abgeschlossen (BB 14). Schliesslich ist festzuhalten, dass die Beschwerdeführerin in ihrer Replik die Darstellung der Vorinstanz nicht bestreitet, wonach ein "Aufstieg" in der Vermittlerhierarchie möglich sei, wenn die vom Agenten vermittelten weiteren Agenten unterer Charge Seminarpakete verkaufen (vgl. BB 16, S. 1 unten; S. 2 oben).

## **4.2**

**4.2.1** Die Lotterie- und Wettkommission (comlot) hat zuhanden einer Rechtsschutzversicherung die Vorgehensweise der Y. unter lotterierechtlichen Aspekten begutachtet (BB 16). Sie hat insbesondere geprüft, ob ein den Lotterien gleichgestelltes und damit verbotenes Schneeballsystem, respektive eine lotterieähnliche Unternehmung vorliegt. Die comlot hat sich dabei auf die Praxis des Bundesgerichts gestützt. Gemäss BGE 123 IV 225, 228 ergibt sich die "Strafbarkeit der Durchführung von lotterieähnlichen Unternehmungen aus dem Lotteriesgesetz selbst, nämlich aus Art. 56 Abs. 2 i.V.m. Art. 4 und Art. 38 LG. Allerdings wird der Begriff der lotterieähnlichen Unternehmung, anders als der Lotteriebegriff (siehe Art. 1 Abs. 2 LG), im Gesetz nicht definiert und werden darin auch keine Beispiele für lotterieähnliche Unternehmungen aufgeführt. Der Begriff der lotterieähnlichen Unternehmung ist zwar weit gefasst, er ist aber ausreichend bestimmt. Seine Auslegung hat sich am Lotteriebegriff, wie er in Art. 1 Abs. 2 LG definiert wird, zu orientieren. Der Richter kann und muss nicht nur prüfen, ob die von ihm zu beurteilende Veranstaltung die Merkmale einer vom Bundesrat einer Lotterie gleichgestellten Unternehmung gemäss Art. 43 LV aufweist, sondern er kann und muss auch prüfen, ob die Veranstaltung einer Lotterie im Sinne von Art. 1 Abs. 2 LG ähnlich ist. Eine lotterieähnliche Unternehmung gemäss Art. 56 Abs. 2 LG ist eine Veranstaltung, welche dieses oder jenes Merkmal der Lotterie im Sinne von Art. 1 Abs. 2 LG nicht in gleichem Masse bzw. nicht in gleicher Art und Weise wie die Lotterie aufweist. Dabei ist für die Abgrenzung gerade das Kriterium des Zufalls entscheidend; denn in Bezug auf die übrigen Merkmale der Lotterie – Leistung eines Einsatzes oder Abschluss eines Rechtsgeschäfts, Gewinnaussicht, Planmässigkeit – sind Unterscheidungen bzw. Abstufungen nicht möglich; sie sind entweder gegeben oder nicht vorhanden".

**4.2.2** Die comlot hat nun in Bezug auf die Y. das Merkmal der Gewinnaussicht als offensichtlich bejaht, weil die Agenten eine Provision erhalten. Ebenfalls bejaht hat die comlot die Lotterie-Planmässigkeit, weil nicht der Unternehmer, sondern die Teilnehmer das Risiko tragen. Weiter bejaht hat die comlot das Merkmal der Leistung eines Einsatzes oder des Abschlusses eines Rechtsgeschäfts (Kaufzwang). Zu diesem Kriterium führt die comlot aus, dass zwar weder durch den Kaufvertrag noch den Vermittlungsvertrag allein ein Kaufzwang entstehe, wohl aber durch die Kombination der beiden Verträge: "Den Teilnehmern wird in der Veranstaltung, vor dem Abschluss

der Verträge, erklärt, sie könnten innert kurzer Zeit hohe Gewinne erzielen. Das erhoffte schnelle Geld können die Teilnehmer jedoch nicht allein mit dem Besuch der Weiterbildungsseminare und mit der Lektüre des Ordners verdienen, sondern primär mit der Weitervermittlung dieses Pakets an neue Teilnehmer. Der Kaufvertrag wird also im Hinblick darauf abgeschlossen, den Vermittlervertrag zu unterzeichnen und so am 'Spiel' teilnehmen zu können, nämlich das Weiterbildungspaket vermitteln zu dürfen. Der Abschluss des Kaufvertrags dient also eher als (teures) Mittel zum Zweck. Beide Verträge werden am gleichen Tag abgeschlossen, zu einem Zeitpunkt also, da der Teilnehmer noch gar nicht weiss, von welcher Qualität das zu vermittelnde Produkt ist. Er hat erst in der Veranstaltung davon gehört und weder die Seminare besucht noch den Ordner studiert. Das Hauptziel der Teilnehmer ist offensichtlich darauf gerichtet, neue Teilnehmer anzuwerben, um Provisionen zu kassieren. Das Weiterbildungspaket steht eher im Hintergrund. Wäre dem nicht so, würde der Agenturvertrag erst nach intensivem Studium des Weiterbildungspakets unterzeichnet. [...] Die Teilnehmer werden in den Veranstaltungen offensichtlich in einen Zustand versetzt, in welchem sie davon ausgehen, dass sie, bevor sie das Paket vermitteln dürfen, den Kaufvertrag abschliessen müssen. Entsprechende Bestimmungen im Vermittlervertrag, der Vertragspartner sei nicht verpflichtet, selbst Produkte der Y. zu erwerben (Vermittlervertrag Art. 5.2) sind daher nicht geeignet, von der Existenz eines Kaufzwangs abzulenken. Die beiden Verträge zwischen der Y. und ihren 'Kunden' erscheinen aus den oben genannten Gründen als Vertragseinheit." Auch das Kriterium des Zufalls hat die comlot schliesslich bejaht, da der Markt irgendwann gesättigt ist und die Käufer das Ausmass der Sättigung des Marktes nicht einschätzen können.

**4.2.3** Als letztes Kriterium hat die comlot die Voraussetzungen von Art. 43 Ziff. 1 Lotterieverordnung (SR 935.511) geprüft. Danach ist eine Veranstaltung den Lotterien gleichgestellt, wenn die Lieferung von Waren, die Ausrichtung von Prämien oder andere Leistungen zu Bedingungen in Aussicht gestellt werden, die für die Gegenpartei des Veranstalters nur dann einen Vorteil bedeuten, wenn es ihr gelingt, weitere Personen zum Abschluss gleicher Geschäfte zu veranlassen. Dazu hat die comlot folgendes festgehalten: "Beim System der Y. werden beide Verträge am selben Tag abgeschlossen. Der Kauf des Weiterbildungspakets hängt offenbar stark davon ab, dass den 'Kunden' in der Veranstaltung vom schnellen Geld erzählt wird. Dies weist darauf hin, dass es beim System der Y. primär um das Weitervermitteln des Pakets durch das Anwerben neuer Teilnehmer und das Erlangen des schnellen Geldes geht und weniger der Wert des Weiterbildungspakets im Vordergrund steht. Um den tatsächlichen Wert des Weiterbildungspakets der Y. festzustellen, müsste ein Gutachten erstellt werden, welches den Wert des Weiterbildungspakets ermittelt und das angebotene Weiterbildungspaket mit Angeboten anderer Anbieter vergleicht. Sollte das Gutachten zum Schluss kommen, dass das Weiterbildungspaket der Y. völlig überteuert ist, so dass zwischen Leistung (Kaufpreis) und Gegenleistung (Weiterbildungspaket) ein objektives Missverhältnis besteht und deshalb ein grosser Anreiz zur

Weitervermittlung entsteht, wäre das System der Y. als illegales Schneeballsystem zu qualifizieren."

**4.3** Die unter Ziff. 4.2 dargestellten Ausführungen der Fachkommission comlot überzeugen. Sie wurden von der Beschwerdeführerin selber ins Recht gelegt (BB 16), und sie selber schliesst sich in ihrer Replik den Ausführungen der comlot in rechtlicher Sicht vollständig an. Wenn sie den Sachverhalt, von dem die comlot ausgeht, "teilweise bestreitet", so ist eine solche Bestreitung weder substantiiert noch in irgendwelcher Weise nachvollziehbar, deckt sich die Sachverhaltsdarstellung bezüglich der Geschäftspraktiken doch völlig mit der Darstellung des Beschwerdegegners vor Vorinstanz und der Darstellung in den Medien (Ziff. 3.2, 5.2). Auf die zutreffenden Ausführungen der comlot ist somit abzustellen. Die Interpretation des Gutachtens der comlot, der Tatbestand des illegalen Schneeballsystems würde klar verneint, erweist sich nach den Ausführungen unter Ziff. 4.2 hingegen als unzutreffend. Von der langen Liste der Kriterien sind bis auf eines alle erfüllt. Dass dieses eine auch erfüllt sei, hat die comlot nicht etwa verneint, sondern offen lassen müssen: Zur Klärung der Frage wäre ein Gutachten nötig, das aber nicht erstellt wurde. Das Appellationsgericht schliesst sich der Einschätzung der comlot an, dass eine Durchsicht der Schulungsunterlagen (BB 2b, 2c) keinen eindeutigen Schluss zulässt, ob das Produkt völlig überteuert oder nicht völlig überteuert ist. Da auch im vorliegenden zivilrechtlichen Verfahren kein Gutachten zu dieser Frage erstellt wurde, muss auch hier die vorfrageweise zu prüfende Frage offen bleiben, ob der umstrittene Kaufvertrag im Rahmen eines illegalen Schneeballsystems, mithin eines Verstosses gegen das Lotterierecht, zustande gekommen und damit als rechtswidrig zu qualifizieren ist oder nicht.

**4.4** Schliesslich weist die comlot in ihrem Gutachten noch auf den Vorentwurf für eine UWG-Revision bezüglich der Schneeballsysteme hin. Dieser wurde zwischenzeitlich im Wesentlichen in die Botschaft vom 2. September 2009 (BBl. 2009 S. 6176 ff.) übernommen. Art. 3b Abs. 1 des Vorentwurfs lautet im Entwurf als Art. 3 lit. r nun so: "Unlauter handelt insbesondere, wer die Lieferung von Waren, die Ausrichtung von Prämien oder andere Leistungen zu Bedingungen in Aussicht stellt, die für diesen hauptsächlich durch die Anwerbung weiterer Personen einen Vorteil bedeuten und weniger durch den Verkauf oder Verbrauch von Waren oder Leistungen (Schneeball-, Lawinen- oder Pyramidensystem)." Art. 3b Abs. 2 des Vorentwurfs sah eine Beweislastumkehr vor, falls ein System aus einem Katalog von sechs Kriterien deren zwei erfüllt. Die Beweislastumkehr wurde nun zwar aus strafrechtlichen Gründen sowie zwecks Harmonisierung mit dem Europarecht (Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken), ABl. L 149 vom

11.06.2005, S. 22 ff.) nicht in den Entwurf übernommen; wohl aber übernimmt die Botschaft den Kriterienkatalog mit einigen Anpassungen als Auslegungshilfe für Art. 3 lit. r des Entwurfs: "Ein weiteres typisches Merkmal von illegalen Schneeballsystemen liegt darin, dass diese zumeist so angelegt sind, dass sich die Zahl der Teilnehmer schnell und unkontrollierbar erhöht. Weitere Kriterien, die bei der Beurteilung eines Schneeballsystems dienlich sein können, sind:

- Die Teilnehmenden erhalten einen vermögensrechtlichen Vorteil für die blosser Anwerbung von neuen Personen.
- Die Teilnehmenden müssen eine beträchtliche Eintrittsinvestition leisten.
- Die Teilnehmenden haben kein Recht, die nicht verkauften Produkte gegen Erstattung des Erwerbspreises zurückzugeben.
- Die Struktur des Systems oder die Berechnung der Provisionen sind intransparent.
- Die Produkte können nur innerhalb des Systems von Teilnehmenden an andere Teilnehmende verkauft werden, oder sie sind aufgrund ihrer Eigenschaften oder der Teilnahmeregeln des Anbieters ausserhalb des Systems kaum absetzbar."

Bei Art. 3 lit. r E-UWG handelt es sich nicht um geltendes Recht, weshalb eine abschliessende Prüfung der genannten Kriterien im vorliegenden Zusammenhang unterbleiben kann. Immerhin fällt bei auch nur summarischer Betrachtung auf, dass das System der Y. die Mehrzahl dieser Kriterien erfüllt. Sie ist so angelegt, dass sich die Zahl der Teilnehmer schnell und unkontrollierbar erhöht; die Teilnehmenden erhalten sodann einen vermögensrechtlichen Vorteil für die blosser Anwerbung von neuen Personen, und sie müssen eine beträchtliche Eintrittsinvestition leisten; schliesslich können die Produkte nur innerhalb des Systems von Teilnehmenden an andere Teilnehmende verkauft werden, und sie sind aufgrund ihrer Eigenschaften ausserhalb des Systems kaum absetzbar. Die Y. stellt somit die Ausrichtung von Prämien oder andere Leistungen zu Bedingungen in Aussicht, die für die Teilnehmer hauptsächlich durch die Anwerbung weiterer Personen einen Vorteil bedeuten und weniger durch den Verkauf oder Verbrauch von Waren oder Leistungen. Ein unlauteres Schneeballsystem wäre unter der Herrschaft dieser neuen Bestimmungen also voraussichtlich gegeben.

**4.5** Als Fazit folgt aus dem Gesagten, dass gemäss den Bestimmungen des Entwurfs UWG bei der vorliegenden Beweislage voraussichtlich von einem unlauteren Schneeballsystem auszugehen wäre. Unter dem geltenden Recht dagegen kann über das Vorliegen eines Schneeballsystems ohne die Anfertigung eines Gutachtens nicht entschieden werden. Daraus folgt, dass das Vertriebssystem der Y. zum heutigen Zeitpunkt unter dem Gesichtspunkt des verbotenen Schneeballsystems nicht als unlauter qualifiziert werden kann.

## 5.

Die Vorinstanz hat bezüglich des umstrittenen Kaufvertrags Sittenwidrigkeit angenommen und bezieht diese primär auf das Zustandekommen des Vertrags. Das Lauterkeitsrecht enthält eine Bestimmung über Verkaufsmethoden; darauf ist vorab einzugehen.

**5.1** Gemäss Art. 3 lit. h UWG handelt unlauter, wer den Kunden durch besonders aggressive Verkaufsmethoden in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Das Bundesgericht führt zu dieser Bestimmung im Urteil 6S.357/2002 vom 18. Dezember 2002 folgendes aus (E. 3.1): "Art. 3 lit. h UWG erfasst nur Verkaufsmethoden, nicht auch Werbemethoden. Die Bestimmung ist aber nicht nur anwendbar, wenn infolge der besonders aggressiven Verkaufsmethode tatsächlich ein Rechtsgeschäft zustande gekommen ist. Entscheidend ist, dass das Vorgehen an sich dazu geeignet ist, unmittelbar zum Vertragsabschluss zu führen, was auch der Fall sein kann, wenn der Adressat als Offerent auftritt. Entgegen dem durch den Wortlaut vermittelten Eindruck (".... in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt") genügt es, dass die besonders aggressive Verkaufsmethode zur Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit des Adressaten geeignet ist (siehe zum Ganzen nicht publiziertes Bundesgerichtsurteil 6S.677/2001 vom 16. März 2002 E. 4b/cc; PEDRAZZINI/PEDRAZZINI, Unlauterer Wettbewerb UWG, 2. Aufl., 2002, § 7 N 7.02, 7.05, 7.11, 7.18, 7.20, 7.22).

Art. 3 lit. h UWG erfasst nach den Ausführungen in der Botschaft des Bundesrates zur Totalrevision des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Fälle, bei welchen der Konsument in eine Lage versetzt wird, in der er sich aus inneren Gefühlen (Angst, Dankbarkeit, Anstand, Peinlichkeit) zu einem Kauf verpflichtet fühlt, weil er sich in einer psychologischen Zwangssituation befindet, und somit nicht mehr der frei gebildete Wille für den Vertragsabschluss massgebend ist. In der Botschaft werden beispielsweise die folgenden Sachverhalte genannt: Hinweis auf gesundheitliche Gefährdung beim Nichterwerb eines Produktes; Vorspiegelung einer angeblich einmaligen Kaufgelegenheit; Ausübung von psychischem Druck bei Verkäufen an der Haustür, auf Werbefahrten oder auf Partys (siehe zum Ganzen Botschaft des Bundesrates, BBl 1983 II 1009 ff., 1067 f.).

Art. 3 lit. h UWG setzt allerdings nicht eine persönliche Ansprache von Angesicht zu Angesicht voraus, wie sie etwa bei den in der Botschaft im Besonderen erwähnten Verkäufen an der Haustür etc. gegeben ist. Auch die persönliche, direkte Ansprache etwa auf dem telefonischen oder schriftlichen Weg kann unter den Anwendungsbereich der Bestimmung fallen (siehe CARL BAUDENBACHER, a.a.O., Art. 3 lit. h UWG N 27, 51; PEDRAZZINI/PEDRAZZINI, a.a.O., § 7 N 7.35).

Art. 3 lit. h UWG erfasst Methoden, welche eine psychologische Zwangslage schaffen. Der Adressat wird durch Überraschung, Überrumpelung, Druck, Zwang oder Belästigung in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Er schliesst den Vertrag nicht



in erster Linie aus Interesse am Vertragsgegenstand ab, sondern vor allem deshalb, weil er sich durch die auf ihn angewandte Methode zum Vertragsabschluss gedrängt, genötigt fühlt (siehe zum Ganzen, CARL BAUDENBACHER, a.a.O., Art. 3 lit. h UWG N 40 ff.; PEDRAZZINI/PEDRAZZINI, a.a.O., § 7 N 7.17 ff.). Auch die Verlockung mittels aleatorischer Reize kann unter Umständen eine besonders aggressive Verkaufsmethode im Sinne von Art. 3 lit. h UWG sein (siehe nicht publiziertes Bundesgerichtsurteil 6S.677/2001 vom 16. März 2002, E. 4b/ee; PEDRAZZINI/PEDRAZZINI, § 4 N 4.47, § 7 N 7.51)." Dieser Sichtweise schliesst sich die neuere Lehre an (SCHWENNINGER, in: GEISER/KRAUSKOPF/MÜNCH, Schweizerisches und europäisches Wettbewerbsrecht, Basel/Genf/München 2005, Rz 5. ff.)."

**5.2** Der Ablauf der Informationsveranstaltungen der Y. wurde vorstehend bereits ansatzweise dargestellt; darauf ist zu verweisen (Ziff. 3.2, 4.2, 4.3). Ausgangspunkt ist die Darstellung der Ehefrau des Beschwerdegegners vor Vorinstanz, das Ganze sei eine Hirnwäsche. Es gehe darum, möglichst viele Leute dazu zu bringen, CHF 6'000.– zu bezahlen. "Sie machen alles mögliche, um Leute davon zu überzeugen, dass sie mitmachen" (Protokoll). Diese Darstellung deckt sich mit der Berichterstattung der Medien über die Informationsveranstaltungen, womit sich diesbezüglich ein einheitliches Bild ergibt: Bei lauter Musik und viel Animation finden Vorträge statt, bei denen offenbar das Geldverdienen im Vordergrund steht und Einkommen von bis zu CHF 30'000.– versprochen wird; dies monatlich. Danach führen die Verkäufer mit den Teilnehmenden eindringliche Einzelgespräche, welche anlässlich der zweiten Informationsveranstaltung in die Unterzeichnung des Vermittler- und des Kaufvertrags münden sollen. Aus dem genannten Kassensturz-Beitrag geht hervor, dass es offenbar nicht erlaubt ist, die Verträge nach der Veranstaltung mit nach Hause zu nehmen, um die Sache noch einmal zu überschlafen und zu überdenken, und allenfalls die Verträge am nächsten Tag unterzeichnet zurückzusenden. Die Unterzeichnung soll sofort erfolgen. Wer sich dem widersetzt, wird verbal massiv unter Druck gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass die Informationsveranstaltungen auch im vorliegenden Fall im Wesentlichen wie dargestellt abgelaufen sind. Dass die Y. auch von diesem Ablauf völlig verschiedene Informationsveranstaltungen durchführen würde und an den fraglichen Terminen tatsächlich durchgeführt hätte, ist unwahrscheinlich und behauptet sie selber nicht. Bezeichnend ist denn auch, dass der Beschwerdegegner die Verträge anlässlich der zweiten Informationsveranstaltung tatsächlich unterschrieben hat, was das Vorhandensein eines Drucks im genannten Sinne unterstreicht, der auf ihm gelastet haben muss; hätte er die Verträge nach Hause nehmen und nach reiflicher Überlegung allenfalls unterzeichnet zurücksenden dürfen, so hätte er dies wohl nicht getan: Tatsächlich hat er am nächsten Tag seine Unterschrift bereits bereut, und die Verträge – allerdings erfolglos – zu kündigen versucht.

**5.3** Diese Informationsveranstaltungen stellen besonders aggressive Verkaufsmethoden gemäss Art. 3 lit. h UWG dar; die Veranstaltungen sind geeignet, die Teil-

nehmenden in ihrer Entscheidungsfreiheit zu beeinträchtigen. Dabei nützt es der Y. nichts, wenn sie die Teilnehmer am Ende des ersten Tags in einem vorgedruckten Formular ankreuzen lässt, sie interessierten sich für die Teilnahme der Veranstaltung am zweiten Tag: Erstens kommt die Unterzeichnung dieses Formulars unter dem Eindruck genau derselben, hier besprochenen aggressiven Verkaufsmethoden zustande wie die Unterzeichnung der Verträge am zweiten Tag, und ist daher ebenfalls unlauter im Sinne von Art. 3 lit. h UWG. Zweitens kann Art. 3 lit. h UWG im Sinne der angeführten Rechtsprechung und Praxis auch zur Anwendung kommen, wenn der Adressat als Offerent auftritt. Und schliesslich besteht der mittelbare Zweck dieses Formulars, zwingendes Recht des Konsumentenschutzes und des Wettbewerbsrechts – insbesondere Art. 3 lit. h UWG – ausser Kraft zu setzen, und ist daher widerrechtlich (KRAMER, in: Berner Kommentar zu Art. 19/20 OR, N 137; vgl. dazu nachfolgend Ziff. 5.4).

Die Gesamtheit der Veranstaltungen, insbesondere auch die Einzelgespräche, versetzen die Teilnehmenden regelmässig in eine Lage, in der sie sich aus inneren Gefühlen (Angst, Dankbarkeit, Anstand, Peinlichkeit) zur Vertragsunterzeichnung verpflichtet fühlen, weil sie sich in einer psychologischen Zwangssituation befinden, und somit nicht mehr der frei gebildete Wille für den Vertragsabschluss massgebend ist. Hierfür spricht insbesondere auch die Situation, dass die Verträge nicht mit nach Hause genommen werden dürfen, um sich die Sache in Ruhe noch einmal zu überlegen, sondern sofort zu unterzeichnen sind. Typisch ist gerade auch die Partysituation. Insgesamt wird eine psychologische Zwangslage geschaffen, in welcher die Teilnehmer durch Überraschung, Überrumpelung, Druck, Zwang oder Belästigung in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt werden. Sie schliessen den Vertrag nicht in erster Linie aus Interesse an den Ordnern und Seminaren ab, sondern vor allem deshalb, weil sie sich durch die auf sie angewandte Methode zum Vertragsabschluss gedrängt, genötigt fühlen. In dieser Situation liegt gerade auch in der Verlockung mittels aleatorischer Reize – und solche verwendet die Y. ja eben auch (vorstehend Ziff. 4.2.2) – eine besonders aggressive Verkaufsmethode, also Unlauterkeit im Sinne von Art. 3 lit. h UWG. Der Wirkung dieser Methode konnte sich vorliegend auch der Beschwerdegegner nicht entziehen und unterzeichnete die ihm vorgelegten Verträge.

**5.4** Nicht eindeutig geklärt ist das rechtliche Schicksal, welches Verträgen zuteil werden soll, die unter dem Eindruck besonders aggressiver Verkaufsmethoden im Sinne von Art. 3 lit. h UWG zustande gekommen sind. STREULI-YOUSSEF bezeichnet es als offen (in: VON BÜREN/DAVID, Wettbewerbsrecht, Basel 1998, S. 107), während KRAMER die Rechtsfolge der Nichtigkeit nach Art. 19/20 OR verneint, da die Unlauterkeit nicht den Vertragsinhalt, sondern bloss die Umstände des Vertragsabschlusses betrifft; er verweist daher auf das prozessrechtliche Instrumentarium des UWG (Berner Kommentar zu Art. 19/20 OR, N 142). Demgegenüber weist SCHWENNINGER (in: GEISER/KRAUSKOPF/MÜNCH, Schweizerisches und europäisches Wettbewerbsrecht, Rz. 5.21) darauf hin, dass jede im Sinne von Art. 2 und 3 UWG gegen Treu

und Glauben verstossende Kommunikationsmassnahme unlauter und damit auch widerrechtlich ist. Die Widerrechtlichkeit ist nach diesem Kommentator keine spezielle, zusätzliche Tatbestandsvoraussetzung. Sie ist nicht Voraussetzung, sondern Folge der Unlauterkeit. Von der Widerrechtlichkeit und damit Nichtigkeit im Sinne von Art. 19/20 OR geht auch HUGUENIN (in: BK zu Art. 19/20 OR, N 18) aus. Danach ergibt sich die Unzulässigkeit aus der negativen Wirkung auf den Wettbewerb, sodass nicht nur die Interessen der Vertragsparteien, sondern auch jene von Wirtschaft, Konsumenten und Allgemeinheit zu berücksichtigen sind. SCHWENZER (OR AT, 5. Aufl., N 32.10) weist auf die jüngste bundesgerichtliche Rechtsprechung hin, welche dieser Argumentation folgt. So hält das Bundesgericht in BGE 134 III 438 S. 442f. zum Kartellrecht fest, dass dieses bezweckt, den Wettbewerb im Interesse einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung zu fördern. Vertragsabreden, die die den Wettbewerb unzulässig beschränken, sollen nicht durchgesetzt werden können. Es ergebe sich aus diesem Zweck, dass rechtswidrige vertragliche Abreden insoweit nichtig seien, als das vertragsgemässe Verhalten den wirksamen Wettbewerb unzulässig beschränke. Es liegt nun auf der Hand, diese bundesgerichtliche Rechtsprechung auf vorliegendem Fall anzuwenden, denn auch hier bezweckt Art. 3 lit. h UWG die Förderung des Wettbewerbs. Der Kaufvertrag als unzulässige Beschränkung des Wettbewerbs durch die besonders aggressiven Verkaufsmethoden der Beschwerdeführerin soll demnach nicht durchgesetzt werden können. Daraus folgt im vorliegenden Zusammenhang die Nichtigkeit des Kaufvertrags, und zwar zumindest hinsichtlich der vorliegend umstrittenen Bezahlung des Kaufpreises. Indessen ist eine allfällige Teilnichtigkeit im Rahmen des vorliegenden Beschwerdeverfahrens nicht weiter zu prüfen. Die Nichtigkeitsfolge gilt umso mehr, als das Bundesgericht den genannten BGE 134 III 438 in seiner Entscheidung 4A\_404/2008 vom 18. Dezember 2008 bestätigt hat. Darin führt es in E. 5.6.1 aus: "Nach Art. 20 Abs. 1 OR ist ein Vertrag, der einen widerrechtlichen Inhalt hat, nichtig. Widerrechtlich im Sinne von Art. 20 OR ist ein Vertrag nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts, wenn sein Gegenstand, sein Abschluss mit dem vereinbarten Inhalt oder sein mittelbarer Zweck gegen objektives schweizerisches Recht verstösst. Voraussetzung der Nichtigkeit ist dabei stets, dass diese Rechtsfolge ausdrücklich im betreffenden Gesetz vorgesehen ist oder sich aus Sinn und Zweck der verletzten Norm ergibt (BGE 134 III 438 E. 2.2)." Mit Blick auf die mietrechtliche Bestimmung des Art. 266k OR hält das Bundesgericht weiter fest, dieser Bestimmung zuwiderlaufende Abreden "laufen der zwingenden Ordnung zum Schutz der Konsumenten zuwider, was der Richter von Amtes wegen zu berücksichtigen hat (vgl. BGE 123 III 60 E. 3b), und daher die Nichtigkeitsfolge rechtfertigt." Vorliegend dient Art. 3 lit. h UWG nebst der Förderung des wirksamen Wettbewerbs, auf die bereits eingegangen wurde, insbesondere auch dem Schutz des Konsumenten, und zwar gerade vor übereilten Vertragsschlüssen aufgrund besonders aggressiver Verkaufsmethoden (STREULI-YOUSSEF, a.a.O., S. 100ff.). Angesichts der bundesgerichtlichen Rechtsprechung rechtfertigt sich die Widerrechtlichkeit mit Nichtigkeitsfolge also vorliegend nicht nur aufgrund wettbewerbsrechtlicher Überlegungen, sondern darüber hinaus auch aufgrund der zwin-

genden Bestimmungen des Konsumentenschutzes. Die Durchsetzung sowohl des Lauterkeits- als auch des Konsumentenschutzrechts würde illusorisch, wollte man Rechtsgeschäfte trotz ihres manifest unlauteren und konsumentenschutzrechtswidrigen Zustandekommens als gültig anerkennen.

**5.5** Die Vorinstanz hat auf Nichtigkeit wegen Sittenwidrigkeit nach Art. 19/20 OR geschlossen. Darin liegt eine leicht unterschiedliche rechtliche Würdigung des Sachverhalts, woran das Appellationsgericht im Rahmen der Kognition jedoch nicht gebunden ist (Ziff. 1.2). Damit ergibt sich, dass die Vorinstanz mit ihrem Urteil im Ergebnis jedenfalls nicht in Willkür verfallen und die Beschwerde abzuweisen ist. Ob der umstrittene Kaufvertrag auch wegen Sittenwidrigkeit oder Übervorteilung nichtig ist oder an Willensmängeln leidet, kann demnach offen bleiben.

## 6.

Bei diesem Ausgang des Verfahrens wird die Beschwerdeführerin kostenpflichtig.

### **Demgemäss erkennt das Appellationsgericht (Ausschuss):**

*://:* Die Beschwerde wird abgewiesen.

Die Beschwerdeführerin trägt die ordentlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens mit einer Gebühr von CHF 750.–, einschliesslich Auslagen.

## **6. Urteil des Appellationsgerichts als Verwaltungsgericht VD.2009.746 vom 10. November 2010 betr. Änderung des Verkehrsregimes in der Elsässerstrasse**

*Gestützt auf Art. 3 Abs. 4 SVG hat die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei eine verkehrspolizeiliche Anordnung erlassen, wonach in bestimmten Abschnitten der Elsässerstrasse ein Fahrverbot für Lastwagen besteht, mit gewissen Ausnahmen für Zubringerdienste. Diese Regelung erfolgte im Rahmen des Schwerverkehrskonzeptes Grossbasel Nord nach Eröffnung der Nordtangente. Eine solche funktionelle Verkehrsbeschränkung stellt eine sog. Allgemeinverfügung dar und kann von Personen angefochten werden, die in einer besonderen, nahen Beziehung zum Streitgegenstand stehen und daher vom angefochtenen Entscheid mehr betroffen sind als beliebige Dritte oder die Allgemeinheit. Dabei muss die rekurrierende Partei eine gewisse Erheblichkeit der eigenen Betroffenheit substantiieren und belegen können. Diese Voraussetzungen waren im Fall der an der Schlachthofstrasse befindlichen Firma Lottner AG, die im Entsorgungs- sowie Recyclinggeschäft tätig ist und Waren mit Lastwagen transportiert, erfüllt, so dass auf den Rekurs eingetreten werden konnte. Die angeordnete verkehrspolizeiliche Massnahme bezweckt eine Lenkung der Schwerverkehrsströme in Richtung Basel-Nord auf eine festgelegte Schwerverkehrsrouten (von der Innenstadt über Schanzen-, Klingelberg- Schönbeinstrasse und weiter*

*auf die Achse Missions-, Burgfelderstrasse, Luzerner- und Wasgenring), so dass insbesondere die Strassen um den Voltaplatz für den Durchgangs-Lastwagenverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies soll die negativen Auswirkungen des Schwerverkehrs für einen Grossteil der Anwohner im St. Johann-Quartier verringern. Die dagegen erhobenen Einwendungen der Rekurrentin erachtete das Verwaltungsgericht als nicht schlüssig: Deren Vorbringen, wonach ihr durch das neue Verkehrsregime längere Fahrtwege und damit höhere Material- und Personalkosten entstünden, war durch keinerlei detaillierte Angaben konkretisiert und erst recht nicht nachgewiesen. Zudem erkannte das Verwaltungsgericht unter Berücksichtigung der nach der neuen Regelung offen stehenden Lastwagen-Routen zum und vom Betrieb der Rekurrentin keine relevanten Nachteile, welche unmittelbare Folge der Schwerverkehrsmassnahmen sein könnten. Darüber hinaus hielt das Verwaltungsgericht fest, dass selbst wenn solche Nachteile bestünden, diese das gewichtige öffentliche Interesse an der Umsetzung des Schwerverkehrskonzeptes nicht überwiegen würden. Aus diesen Gründen war die angeordnete Massnahme sowohl unter dem Gesichtspunkt der durch die Bundesverfassung garantierten Grundrechte der Rekurrentin, d.h. der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsgarantie, als auch unter demjenigen der Verhältnismässigkeit nicht zu beanstanden.*

## **Sachverhalt**

Die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei publizierte am 27. Februar 2008 im Kantonsblatt eine verkehrspolizeiliche Anordnung „im Zusammenhang mit der Einführung des Schwerverkehrskonzeptes Grossbasel-Nord“, welche in bestimmten Abschnitten der Elsässerstrasse ein Verbot für Lastwagen vorsieht, mit gewissen Ausnahmen für Zubringerdienste. Die an der Schlachthofstrasse ansässige Lottner AG, ein Anbieter von Entsorgungs- und Recycling-Dienstleistungen, erhob dagegen mit Schreiben vom 8. März 2008 Rekurs an das Sicherheitsdepartement. Hierbei wurde beantragt, die Anordnungen insoweit abzuändern, dass die Durchfahrt durch die Elsässerstrasse für den Zubringerdienst von und zur Schlachthofstrasse gestattet sei. Das Sicherheitsdepartement wies den Rekurs mit Entscheid vom 30. Dezember 2008 ab, soweit es darauf eintrat.

Dagegen richtet sich der mit Eingaben vom 9. Januar und vom 25. November 2009 erhobene und begründete Rekurs der Lottner AG an den Regierungsrat. Beantragt wird im Hauptpunkt wiederum, die Anordnung der Verkehrsabteilung sei insoweit abzuändern, dass die Durchfahrt durch die Elsässerstrasse für den Zubringerdienst von und zur Schlachthofstrasse gestattet sei. Der Regierungsrat hat den Rekurs dem Verwaltungsgericht zum Entscheid überwiesen. Das in der Zwischenzeit in der Sache zuständige BVD schliesst in der Rekursantwort auf Abweisung des Rekurses. Die Rekurrentin hat repliziert und die Durchführung einer öffentlichen Verhandlung beantragt. Diesem Antrag ist entsprochen worden. In der Verhandlung des Verwaltungsgerichts vom 10. November 2010 sind die Lottner AG durch Dr. Peter Lottner und

das BVD durch Dr. Claudius Gelzer vertreten gewesen. Die Parteien haben an den in den Rechtsschriften gestellten Anträgen festgehalten. Für die Einzelheiten der Standpunkte wird auf das Verhandlungsprotokoll verwiesen.

## **Erwägungen**

### **1.**

Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts zur Beurteilung des vorliegenden Rekurses ergibt sich aus § 42 des Organisationsgesetzes (OG; SG 153.100) und den §§ 10 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG; SG 270.100). Die Kognition des Verwaltungsgerichts richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften von § 8 VRPG und umfasst die Prüfung, ob die Verwaltung das massgebliche öffentliche Recht nicht oder nicht richtig angewendet, den Sachverhalt unrichtig festgestellt, wesentliche Form- oder Verfahrensvorschriften verletzt oder ihr Ermessen überschritten oder missbraucht hat.

### **2.**

**2.1** Bei der vorliegend beanstandeten Massnahme handelt es sich um eine funktionelle Verkehrsbeschränkung gemäss Art. 3 Abs. 4 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG; SR 1.01). Die erlassene verkehrspolizeiliche Anordnung regelt einen konkreten, örtlich begrenzten Sachverhalt, richtet sich aber nicht an einen oder mehrere bestimmte Adressaten, sondern an eine unbestimmte Zahl von Personen. Das Anfechtungsobjekt ist somit eine Allgemeinverfügung (vgl. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 6. Aufl., Zürich 2010, Rz. 923). Die Rekurslegitimation bestimmt sich nach § 13 Abs. 1 VRPG. Danach ist zum Rekurs an das Verwaltungsgericht befugt, wer durch die angefochtene Verfügung berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung oder Änderung hat, ferner wer durch besondere Vorschriften zum Rekurs ermächtigt wird. Diese Norm stimmt mit den Voraussetzungen überein, wie sie gemäss § 44 Abs. 1 OG für den Rekurs an den Regierungsrat gelten. Verlangt wird bei der Anfechtung von Verkehrsbeschränkungen, dass ein Rekurrent in einer besonderen, nahen Beziehung zum Streitgegenstand steht und daher vom angefochtenen Entscheid mehr betroffen ist als ein beliebiger Dritter oder die Allgemeinheit, womit die unerwünschte Form einer Popularbeschwerde ausgeschlossen wird (vgl. VGE 678/2002 vom 18. Juni 2003). Dabei muss die rekurrierende Partei eine gewisse Erheblichkeit der eigenen Betroffenheit substantiieren und belegen können (vgl. STAMM, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Neues Handbuch des Staats- und Verwaltungsrechts des Kantons Basel-Stadt, Basel 2008, S. 498).

**2.2** Die Rekurrentin betätigt sich unter anderem im Handel mit Industrieabfällen und ihr Standort ist an der Schlachthofstrasse 18. Durch das Fahrverbot in der Elsäasserstrasse werden ihren Lastwagen die Zu- und Wegfahrt in östlicher Richtung untersagt, weshalb diese stets über die Schlachthofstrasse in westlicher Richtung auf

die Autobahn und in die Stadt fahren müssen. Damit ist die Rekurrentin durch die angefochtene Massnahme offensichtlich stärker betroffen als die Allgemeinheit und hat ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung oder Abänderung. Sie ist somit zum Rekurs befugt, weshalb darauf einzutreten ist.

### **3.**

**3.1** Wie dem angefochtenen Entscheid entnommen werden kann, ist die angeordnete verkehrspolizeiliche Massnahme Bestandteil des „Schwerverkehrskonzepts Grossbasel Nord nach Eröffnung der Nordtangente“, welche im Jahre 2007 erfolgt ist. Dieses beruht seinerseits auf einem Beschluss des Regierungsrates aus dem Jahre 1993, welcher flankierende Massnahmen mit einem Schwerverkehrs- und Verkehrsberuhigungskonzept für die spätere Inbetriebnahme der Nordtangente vorsieht. Das „Schwerverkehrskonzept Grossbasel Nord nach Eröffnung der Nordtangente“ vom Januar 2005 fördert unter anderem die Erschliessung des nördlichen Stadtgebiets primär via Schlachthofverbindung. Dabei soll die direkte Zufahrt von Süden her unterbunden werden, indem die Schwerverkehrsströme auf Hauptverkehrsachsen gebündelt werden, wobei gleichzeitig die Zu- und Wegfahrmöglichkeiten für Lastwagen gewährleistet bleiben sollen. Damit soll die Situation insbesondere für die Anwohner im Gebiet St. Johann verbessert beziehungsweise die Schwerverkehrsbelastung in lärmempfindlichen Zonen verringert werden, was mit einer Lenkung der Schwerverkehrsströme in Richtung Basel-Nord auf eine festgelegte Schwerverkehrsrouten (von der Innerstadt über Schanzen-, Klingelberg- Schönbeinstrasse und weiter auf die Achse Missions-, Burgfelderstrasse, Luzerner- und Wasgenring) bewirkt werden soll. Damit würden insbesondere die Strassen um den Voltaplatz für den Durchgangs-Lastwagenverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen, was die negativen Auswirkungen des Schwerverkehrs für einen Grossteil der Anwohner im St. Johann-Quartier verringern würde.

**3.2** Die Rekurrentin hält dieses Konzept für „widersinnig, unverhältnismässig und unzumutbar“. Widersinn erkennt sie darin, dass der Verkehr von der Autobahn her mit enormem Kostenaufwand in einen Tunnel verlegt worden sei und der Voltaplatz kreuzungsfrei überquert werden könne, sie selbst aber aufgrund der getroffenen Massnahmen gezwungen sei, ihre Lastwagen zum Luzernerring fahren zu lassen, um dort auf den an dieser Stelle wieder an die Oberfläche gelangenden Verkehrsstrom zu treffen. Das führe zu Staus und nicht zu der den Anwohnern des Luzernerrings versprochenen Verkehrsberuhigung. Die Massnahmen seien auch unverhältnismässig, weil sie für die Rekurrentin mit wesentlichen Umwegen verbunden seien, was Mehrkosten zur Folge habe, da für die gleichen Dienstleistungen mehr LKW und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden müssten. Ein Fahrverbot mit Zubringerdienst für Lastwagen bis zur Schlachthofstrasse erweise sich als ausreichend. Der Eingriff stehe nicht in einem vernünftigen Verhältnis zum Ergebnis, da die Massnahme keine oder nur eine ganz geringe Verbesserung der Wohnlichkeit der Stadt bewirke. Die Bewohner der Elsässerstrasse würden zwar weniger, die Bewohner des

Luzernerrings und der anschliessenden Strassen jedoch mehr Verkehr erhalten. Die Massnahmen seien auch ökologisch nachteilig, da sie zu längeren Transportwegen und grösserem Staurisiko führten. Dies resultiere vor allem aus der geplanten Linksabbiegemöglichkeit vom Luzernerring in die Burgfelderstrasse bei der Fahrt in Richtung Innerstadt.

**3.3** Damit rügt die Rekurrentin sinngemäss eine unzulässige Beeinträchtigung der Wirtschaftsfreiheit nach Art. 27 BV sowie der Eigentumsgarantie nach Art. 26 BV. Auf beide Freiheitsrechte können sich sowohl natürliche als auch juristische Personen berufen (vgl. HÄFELIN/HALLER/KELLER, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 7. Aufl., 2008, Rz 656, 613). Durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung anerkannt ist, dass sich Anstösser gegen ein Verkehrsregime unter Berufung auf die Wirtschaftsfreiheit und die Eigentumsgarantie zur Wehr setzen können, wenn die bisherige Nutzung einer öffentlichen Sache im Gemeingebrauch aufgehoben oder eingeschränkt wird resp. wenn die bestimmungsgemässe Nutzung des Grundeigentums verunmöglicht oder übermässig erschwert wird (vgl. dies., a.a.O., Rz. 597a; HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, a.a.O., Rz. 2389). Die Rekurrentin kann daher vor Verwaltungsgericht sowohl eine Verletzung der Wirtschaftsfreiheit als auch der Eigentumsgarantie geltend machen.

**3.4** Nach Art. 36 BV bedürfen staatliche Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsgarantie als Bestandesgarantie einer genügenden gesetzlichen Grundlage sowie eines öffentlichen Interesses; sie müssen überdies verhältnismässig sein.

Zu Recht bestreitet die Rekurrentin das Vorliegen einer genügend bestimmten gesetzlichen Grundlage nicht. Die angefochtenen verkehrspolizeilichen Massnahmen beruhen denn auch auf Art. 3 Abs. 4 SVG und können sich somit auf eine formell gesetzliche Grundlage in einem Bundesgesetz abstützen. Bei den erfolgten Eingriffen in die Freiheitsrechte handelt es sich offensichtlich um leichte Beschränkungen (vgl. Art. 36 Abs. 1 BV). So weist die Rekurrentin einzig auf längere Fahrtwege hin, welche Folge des neuen Verkehrsregimes seien, was zu höheren Material- und Personalkosten führe. Abgesehen davon, dass diese in keiner Weise substantiiert werden, ist damit keine wesentliche Beschränkung des Eigentums oder der Wirtschaftsfreiheit verbunden. Der Rekurrentin wird als Anstösserin und Grundeigentümerin jedenfalls kein bisheriger oder künftig voraussehbarer Gebrauch ihrer Sache untersagt oder besonders schwer eingeschränkt, weil ihr eine wesentliche, aus dem Eigentum fliessende Befugnis entzogen würde. Es ist auch nicht von einem schweren Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit auszugehen, zumal die Anbindung an das Strassennetz sichergestellt bleibt.

Zu prüfen sind jedoch die Einwände der Rekurrentin, die Massnahmen seien unverhältnismässig. Sie würden zu einem erheblichen Umweg führen und dadurch für sie



Mehrkosten für Personal und LKW verursachen. In der Verhandlung des Verwaltungsgerichts ist diesbezüglich bloss ausgeführt worden, dass die angeordneten Massnahmen die Anschaffung zweier zusätzlicher Camions erforderlich machen würden, ohne jedoch weiter darzulegen, worin diese Mehrkosten im Einzelnen bestehen würden. Auch wenn die Vorinstanz und die Rekurrentin davon ausgehen, dass die angeordneten Massnahmen für die Rekurrentin mit längeren Fahrten verbunden sind, liegt es diesfalls an der Rekurrentin, diese Mehrkilometer und die damit verbundenen Mehrkosten mit konkreten Angaben zu unterlegen und zu substantiieren. Hierfür können die erhobenen Behauptungen nicht ausreichen, die Massnahme verursache der Rekurrentin „wesentliche Umwege“ (Rekursbegründung, S. 2) oder für dieselbe Arbeit müssten mehr Lastwagen und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Auch die Vorbringen, sie habe dadurch „erheblich mehr Kosten“ und sei „wesentlich in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt“ sind zu wenig konkretisiert (S. 2). Damit genügt die Rekurrentin ihrer Substantiierungs- und Begründungslast bezüglich der sie treffenden Nachteile nicht. Die relevanten Tatsachen müssen dermassen behauptet und dargelegt werden, dass sie nachvollziehbar und überprüfbar sind und eine Abwägung der sich entgegenstehenden Interessen erlauben. Aber auch diejenigen Einwände, bezüglich welcher eine Abklärung des Sachverhalts von Amtes wegen ohne Weiteres möglich ist, erweisen sich als nicht stichhaltig. Der Stadtplan zeigt nämlich für die Route vom Sitz der Rekurrentin an der Schlachthofstrasse 18 bis zum Spalentor sowohl über die Burgfelder- als auch über die Elsässerstrasse praktisch identische Distanzen. Es kommt hinzu, dass die Streckenwahl via Missionsstrasse, Burgfelderstrasse und den Luzernerring aufgrund der breiteren Strassen erwartungsgemäss weniger Zeit beansprucht als jene durch die enge Elsässerstrasse. Es ist daher weder nachvollziehbar noch ersichtlich, dass die Rekurrentin für Fahrten von ihrem Sitz an der Schlachthofstrasse 18 zur Innenstadt über den Luzernerring und die Burgfelderstrasse gegenüber bisherigen Fahrten durch die Elsässerstrasse erhebliche zusätzliche Aufwendungen haben wird. Der Weg über die Burgfelderstrasse bietet im Übrigen den Vorteil, dass für Fahrten in das Gebiet Basel Süd und Ost eine offensichtlich kürzere Strecke zur Verfügung steht: Im Falle der Benützung der Elsässerstrasse müsste die ganze Innenstadt im Gegenuhrzeigersinn umfahren werden, was sich mit einer Fahrt durch die Burgfelderstrasse abkürzen lässt. Der Einwand der Rekurrentin, die neue Route habe den Nachteil, dass sich der Verkehr aufgrund der neuen Linksabbiegespur vom Luzernerring in die Burgfelderstrasse bis in den Autobahntunnel hinein stauen würde, ist nicht belegt. Eine erhebliche Veränderung als Folge der Massnahmen ist in diesem Bereich nicht wahrscheinlich, nachdem die Vorinstanz unbestritten ausführt, primär seien die Rekurrentin und die ansässige Coop von der bezweckten Verlagerung betroffen, weshalb keine wesentliche Mehrbelastung der fraglichen Route zu erwarten sei. Für die Rekurrentin entstehende relevante Nachteile, welche als direkte Folge der Schwerverkehrsmassnahmen erscheinen, sind somit nicht erkennbar. Ohnehin könnten sie das gewichtige öffentliche Interesse an der Umsetzung des Schwerverkehrskonzeptes, welches eine Kanalisierung des Schwerverkehrs und eine Entlastung des St.Johann-Quartieres

bezweckt, nicht überwiegen. Die angeordnete Massnahme ist daher unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit nicht zu beanstanden.

Die Rekurrentin bringt noch vor, dass die Bewohner des Luzernerrings, der Burgfelder- und der Missionsstrasse mit der angefochtenen Massnahme durch die Fahrten der der Rekurrentin gehörenden LKW und durch weiteren Schwerverkehr gegenüber dem gegenwärtigen Zustand mehr belastet würden. Insoweit ist allerdings auf das oben Ausgeführte zu verweisen, wonach eine erhebliche Zunahme des Schwerverkehrs nicht belegt ist. Es kommt hinzu, dass, auch wenn von einer solchen zusätzlichen Belastung ausgegangen werden müsste, eine solche in Kauf zu nehmen wäre, da sie dem Schwerverkehrskonzept in dem Sinne entspricht, als die Schwerverkehrsströme gebündelt werden und damit eine Verbesserung der Wohnqualität im Bereich Elsässerstrasse bezweckt wird.

#### 4.

Die Rekurrentin macht zu Recht nicht geltend, die Verkehrsanordnungen würden das Strassverkehrsgesetz verletzen. Art. 3 Abs. 4 SVG konkretisiert einen Kompetenzvorbehalt für die Kantone und ermöglicht den Erlass von Fahrverboten, Verkehrsbeschränkungen und Anordnungen zur Regelung des Verkehrs: „Andere Beschränkungen oder Anordnungen können erlassen werden, soweit der Schutz der Bewohner oder gleichermassen Betroffener vor Lärm und Luftverschmutzung, die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, die Sicherheit, die Erleichterung oder die Regelung des Verkehrs, der Schutz der Strasse oder andere in den örtlichen Verhältnissen liegende Gründe dies erfordern.“ Aus den genannten Gründen können insbesondere in Wohnquartieren der Verkehr beschränkt und das Parkieren besonders geregelt werden. Die erlassenen Fahrverbote für Lastwagen verfolgen ein öffentliches Interesse. Sie dienen insbesondere dem Schutz der Bewohner vor der vom Schwerverkehr ausgehenden Lärmbelastung sowie der damit verbundenen Schadstoffbelastung der Luft, weshalb sie durch die gesetzliche Grundlage offensichtlich abgedeckt werden. Indem der LKW-Verkehr nicht mehr durch die Elsässerstrasse zirkulieren darf, wird die dortige Bevölkerung vor Lärm und Luftverschmutzung geschützt.

#### 5.

Die Rekurrentin hat in der Verhandlung des Verwaltungsgerichts ausgeführt, mit ihr sei im Gegensatz zu andern vom Fahrverbot ebenfalls betroffenen Anstössern nicht das Gespräch gesucht worden vor dessen Erlass. Damit wird sinngemäss eine Verletzung des rechtlichen Gehörs gerügt.

Das Bundesgericht räumt denjenigen Personen einen Anspruch auf rechtliches Gehör ein, welche durch eine Allgemeinverfügung wesentlich schwerwiegender betroffen sind als die übrige Vielzahl der Adressaten (vgl. BGE 121 I 230 E. 2c S. 232 f.; HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, a.a.O., Rz. 925). Dies ist bei der Rekurrentin als Anstös-

serin nach dem Gesagten der Fall. Der Vertreter des BVD hat anlässlich der Verhandlung des Verwaltungsgerichts klargestellt, dass seitens der Behörden Gesprächsbereitschaft vorhanden gewesen sei und dass auf Antrag der Rekurrentin gar eine Sistierung des Verfahrens erfolgt sei. Diese habe damals signalisiert, an einer einvernehmlichen Lösung interessiert zu sein. Damit hatte die Rekurrentin offensichtlich ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme vor dem Erlass des Fahrverbotes, weshalb keine Verletzung des Anspruchs auf das rechtliche Gehör ersichtlich ist.

## **6.**

Als Ergebnis ist somit festzuhalten, dass sich der Rekurs in allen Teilen als unbegründet erweist und daher abzuweisen ist. Bei diesem Ausgang des Verfahrens trägt die Rekurrentin dessen ordentliche Kosten.

### **Demgemäss erkennt das Verwaltungsgericht:**

**://:** Der Rekurs wird abgewiesen.

Die Rekurrentin trägt die Kosten des Rekursverfahrens mit einer Gebühr von CHF 1'800.—, einschliesslich Auslagen.

## II. Gericht für Strafsachen

### *Eidgenössische Strafprozessordnung*

Neben den ordentlichen Geschäften musste sich das Strafgericht im Jahre 2010 auf allen Ebenen sehr intensiv mit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) per anfangs 2011 befassen, die sowohl in juristischer als auch in organisatorischer Hinsicht zahlreiche Änderungen zur Folge hat. Wir verweisen dazu auch auf den Jahresbericht 2009 des Strafgerichts.

In gesetzlicher Hinsicht sind 2010 mit der Verabschiedung des Einführungsgesetzes (EG) zur StPO und einiger Änderungen im Gerichtsorganisationsgesetz verschiedene politische Entscheide im Hinblick auf die neue StPO getroffen worden. Für die Zuständigkeit des Strafgerichts bedeuten diese Entscheide u.a., dass bei Beschwerden gegen Verfügungen im Vorverfahren und gegen Einstellungsbeschlüsse nicht – wie ursprünglich im Entwurf des EG vorgesehen – Präsidentinnen und Präsidenten sowie Richterinnen und Richter sowohl des Straf- als auch des Appellationsgerichts im Beschwerdegericht zum Einsatz kommen, sondern dass diese Beschwerden vom Appellationsgericht als Einzelgericht entschieden werden. Im Weiteren bleibt die Kompetenz des Strafgerichts als Einzelgericht unverändert bei 12 Monaten Freiheitsstrafe bzw. 360 Tagen Geldstrafe; die eidg. StPO hat es den Kantonen überlassen, ob sie die Kompetenz des Einzelgerichts auf 24 Monate Freiheitsstrafe ausdehnen wollen, wovon der Kanton Basel-Stadt keinen Gebrauch gemacht hat.

Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden neu vom Zwangsmassnahmengericht als Einzelgericht angeordnet. Die Kompetenzen des Zwangsmassnahmengerichts entsprechen in etwa denjenigen des bisherigen Haftrichters. Allerdings werden die mündlichen Verhandlungen, wie sie unter Geltung der alten StPO durchgeführt worden sind, seltener werden. Stattdessen werden häufiger Entscheide im schriftlichen Verfahren gefällt werden. Obligatorisch ist die Durchführung einer mündlichen Verhandlung nur noch bei Anordnung der Untersuchungshaft und bei Haftentlassungsgesuchen, wobei die beschuldigte Person allerdings auf eine mündliche Verhandlung verzichten kann.

Durch die neue StPO wird auch das bisherige strenge Unmittelbarkeitsprinzip, das die baselstädtische StPO für das erstinstanzliche Hauptverfahren vorsah, aufgehoben. Neu kann das Gericht grundsätzlich auf die entsprechend den Vorschriften der StPO im Vorverfahren erhobenen Beweise abstellen und ist nicht mehr verpflichtet, diese in der Hauptverhandlung nochmals zu relevieren. Soweit allerdings die unmittelbare Kenntnisnahme eines Beweises durch das Gericht erforderlich erscheint, wird sich das Strafgericht indes auch in Zukunft nicht damit begnügen, Beweisergebnisse aus dem Vorverfahren bloss nachzuvollziehen. Wichtige Beweise werden auch künftig in der Hauptverhandlung erhoben. So wird es auch unter der Geltung der neuen StPO unerlässlich sein, dass sich das Gericht aufgrund des unmittelbaren Eindrucks ein eigenes Bild von Opfer-Zeuginnen und -Zeugen machen kann. Daher wird in der Regel in einem solchen Fall zusätzlich zur Befragung im Vorverfahren auch eine Einvernahme in der Hauptverhandlung erfolgen; Ausnahmen werden bei jugendlichen Zeuginnen und Zeugen gemacht werden, von deren Befragung im Vorverfahren die Jugendanwaltschaft eine Bild- und Tonaufzeichnung angefertigt hat.

## Gerichte

Von 2011 an wird das Strafgericht ausserdem sämtliche Verhandlungen auf Tonträger aufzeichnen. So kann im Einverständnis der Parteien auf ein Vorlesen der in der Hauptverhandlung protokollierten Aussagen, wie es die neue StPO an sich vorschreibt, verzichtet werden. Die Tonaufnahme hat auch den Vorteil, dass neben dem Protokoll eine vollständige Tonaufzeichnung der erstinstanzlichen Verhandlung zur Verfügung steht, die es erlaubt, wichtige Teile z.B. im Rechtsmittelverfahren unmittelbar nochmals nachzuvollziehen.

### *Platzprobleme im Straf- und Massnahmenvollzug*

Beschäftigt hat das Strafgericht im Jahre 2010 auch der Mangel an Vollzugsplätzen, der im Berichtsjahr verstärkt evident geworden ist. Dies zeigt sich u.a. auch darin, dass die Wartezeiten im Untersuchungsgefängnis zwischen der Verurteilung und dem Antritt des Straf- bzw. Massnahmenvollzugs in vielen Fällen übermässig lang waren und sich deutlich mehr Insassen im Waaghof im Vollzug befanden, als dieser über Vollzugsplätze verfügt. Bei Verurteilten, die in eine offene Strafanstalt eingewiesen werden, besteht dieses Problem allerdings kaum, da in den offenen Anstalten in der Regel permanent einige Plätze frei sind. Lange Wartezeiten bestehen hingegen einerseits bei solchen Inhaftierten, die in eine geschlossene Anstalt (Bostadel, Lenzburg, Thorberg) eingewiesen werden müssen, d.h. bei Personen, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, sowie bei ausländischen Staatsangehörigen, bei denen Fluchtgefahr vorliegt. Andererseits müssen zu einer stationären psychiatrischen Massnahme gemäss Art. 59 StGB verurteilte Personen zwischen sechs Monaten und einem Jahr im Untersuchungsgefängnis auf einen Platz in einer geeigneten Institution warten. Abgesehen davon, dass ein derartiger Zustand aus rechtsstaatlichen Gründen bedenklich ist, stellt er nicht zuletzt für das Personal des Untersuchungsgefängnisses, das für eine Betreuung von psychisch auffälligen Straftätern nicht speziell geschult ist, eine ganz erhebliche Belastung dar. Zudem kann während der Zeit, in der diese Personen im Untersuchungsgefängnis auf einen frei werdenden Platz in einer geschlossenen Massnahmenvollzugsinstitution warten müssen, mit der eigentlichen Therapie, wie sie gemäss Urteil eigentlich vorgesehen und dringend nötig wäre, noch nicht begonnen werden.

Die Problematik der fehlenden Plätze im Straf- und Massnahmenvollzug wurde vom Strafgericht im Berichtsjahr mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement erörtert. Dabei hat sich herausgestellt, dass nicht nur der Kanton Basel-Stadt, sondern auch alle anderen dem Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz angehörenden Kantone unter dem Mangel an Vollzugsplätzen leidet. Es ist zwar geplant, in geschlossenen Anstalten zumindest einmal zusätzliche Plätze für den stationären Massnahmenvollzug zu schaffen – entsprechende interkantonale Gespräche haben bereits stattgefunden und weitere werden stattfinden –, doch wird das Problem des Mangels an Vollzugsplätzen in geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzugsanstalten die Gerichte und die zuständigen Behörden zweifellos noch längere Zeit beschäftigen, da in der absehbaren Zukunft kaum mit einer wesentlichen Veränderung beim Bedarf an Vollzugsplätzen in geschlossenen Anstalten zu rechnen sein wird.

## Gerichte

### *Administratives*

Die laufenden Geschäfte wurden im Berichtsjahr in einer Plenargerichtssitzung und sieben Präsidentenkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch die vorsitzende Präsidentin und den Verwaltungschef erledigt.

Per 1. Januar 2010 hat die vormalige Statthalterin lic. iur. Kathrin Giovannone ihr Amt als Präsidentin angetreten. Als neuer Statthalter amtiert seit 1. Januar 2010 lic. iur. Dominik Kiener.

Infolge Inkrafttretens der eidgenössischen Strafprozessordnung ist die Kompetenz zur Ausstellung von Strafbefehlen per 1. Januar 2011 auf die Staatsanwaltschaft übergegangen. Das Amt des Strafbefehlsrichters beim Strafgericht wurde deshalb per Ende 2010 aufgehoben. Die bisherige Strafbefehlsrichterin lic. iur. Barbara Pauen Borer und die bisherigen Strafbefehlsrichter lic. iur. Georg Maurer und lic. iur. Gerhard Weber arbeiten ab 1. Januar 2011 wieder ausschliesslich als Gerichtsschreiber, wobei deren Beschäftigungsgrad im Umfang des bisherigen Strafbefehlsrichterpensums erhöht wurde.

**1. Strafgericht**

(öffentliche Anklagen)

<i>Fälle</i>	2010	2009
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr .....	427	486
Im Berichtsjahr neu eingegangene Fälle .....	741	905
<b>Total .....</b>	<b>1'168</b>	<b>1'391</b>

Erledigte Fälle im Berichtsjahr .....	879	964
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr .....	289	427
<b>Total .....</b>	<b>1'168</b>	<b>1'391</b>

<i>Personen</i>	2010	2009
Zur Beurteilung gekommene Personen .....	1'100	1'129

<i>Verhandlungen</i>	Anzahl Fälle		Sitzungs- Halbtage	
	2010	2009	2010	2009
Einzelrichter/in .....	690	749		
Dreiergericht .....	169	186		
Kammer .....	12	21		
<b>Total .....</b>	<b>871</b>	<b>956</b>	<b>884</b>	<b>981</b>

<i>Erledigungsarten</i>	2010	2009
Bedingte Freiheitsstrafen .....	187	154
Teilbedingte Freiheitsstrafen .....	27	25
Unbedingte Freiheitsstrafen .....	137	112
Bedingte Geldstrafen .....	494	577
Teilbedingte Geldstrafen .....	5	4
Unbedingte Geldstrafen .....	53	43
Nur Geldbussen .....	23	27
Bedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	2
Teilbedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit .....	10	16
Umwandlung gemeinnütziger Arbeit in Geldstrafe, Freiheitsstrafe oder Busse .....	0	0
Umgangnahme von Strafe .....	7	3
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe .....	0	0
Stationäre Massnahmen .....	17	18
Nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme .....	0	0
Ambulante Massnahmen .....	3	5
Verwahrung .....	0	0
Wiederaufnahme des Verfahrens gemäss § 189 StPO .....	0	0
Freisprüche .....	81	80
Einstellungen .....	32	37
Selbständige Konfiskationsverfahren .....	0	3
Selbständige Vollzugs-, Widerrufs- und Bussenumwandlungsverfahren sowie Aufhebung von Massnahmen, Verlängerung von ambulanten und stationären Massnahmen .....	24	23

## Gerichte

<i>Angeklagte Delikte</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
Leib und Leben (StGB Art. 111 - 136) .....	362	430
Vermögen (StGB Art. 137 - 172) .....	470	463
Sexuelle Integrität (StGB Art. 187 - 212) .....	61	70
übrige StGB-Artikel .....	576	629
Betäubungsmitteldelikte .....	261	238
übrige Gesetze .....	275	255
 <i>Unentgeltliche Verteidigungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen</i>	 316	 317

## 2. Privatklagen

<i>Fälle</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr .....	122	111
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle .....	378	393
<b>Total</b> .....	<b>500</b>	<b>504</b>

Erledigte Fälle im Berichtsjahr .....	384	382
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr .....	116	122
<b>Total</b> .....	<b>500</b>	<b>504</b>

<i>Sitzungshalbtage</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
<b>Gesamt</b> .....	<b>39</b>	<b>32</b>

<b><i>Erledigungsarten</i></b>	<b><i>2010</i></b>	<b><i>2009</i></b>
Bedingte Freiheitsstrafen .....	0	0
Teilbedingte Freiheitsstrafen .....	0	0
Unbedingte Freiheitsstrafen .....	1	2
Bedingte Geldstrafen .....	34	25
Teilbedingte Geldstrafen .....	0	0
Unbedingte Geldstrafen .....	7	5
Nur Geldbussen .....	14	11
Bedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	1
Teilbedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	0
Umgangnahme von Strafe .....	0	1
Freisprüche (inkl. Klagabweisungen) .....	10	10
Vergleiche .....	14	12
Einstellungen .....	279	293
Abtretungen .....	25	22



### 3. Verzeigungen

(Strafbefehle und Einzelrichter in Verzeigungssachen)

<i>Fälle</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr .....	3'599	6'807
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle .....	24'814	22'249
<b>Total .....</b>	<b>28'413</b>	<b>29'056</b>

Diese 28'413 Verzeigungen wurden wie folgt erledigt:

1. Nicht-Haftfälle:		
- Strafbefehle .....	24'082	23'836
- 90 (123) Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen .....	319	775
2. Haftfälle:		
- Strafbefehle .....	732	794
- Sitzungen des Einzelrichters in Verzeigungssachen .....	48	52
3. Rückweisungen .....	0	0
<b>Total .....</b>	<b>25'181</b>	<b>25'457</b>

Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr .....	3'232	3'599
---	-------	-------

<b><i>Erledigungsarten</i></b>	<b><i>2010</i></b>	<b><i>2009</i></b>
Bedingte Freiheitsstrafen .....	0	0
Teilbedingte Freiheitsstrafen .....	0	0
Unbedingte Freiheitsstrafen .....	30	23
Bedingte Geldstrafen .....	2'647	3'066
Teilbedingte Geldstrafen .....	1	0
Unbedingte Geldstrafen .....	359	328
Nur Geldbussen .....	21'395	20'970
Bedingte gemeinnützige Arbeit .....	1	1
Teilbedingte gemeinnützige Arbeit .....	0	0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit .....	388	134
Umgangnahme von Strafe .....	24	36
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe .....	2	2
Freisprüche .....	68	100
Rückzug der Verzeigung, Abtretung usw .....	266	798

Dem Strafgericht, Verzeigungen, wurden vom BAKOM/von der Zollverwaltung 16 (7) Fälle von Fiskal/Zollbussen wegen Uneinbringlichkeit zur Umwandlung in Haft überwiesen.

## 4. Rekurskammer

<i>Fälle</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr .....	50	64
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle .....	81	78
<b>Total</b> .....	<b>131</b>	<b>142</b>

Erledigte Fälle im Berichtsjahr .....	88	92
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr .....	43	50
<b>Total</b> .....	<b>131</b>	<b>142</b>

*Hievon wurden behandelt:*

vom Präsidenten/von der Präsidentin der Rekurskammer .....	55	47
von der Rekurskammer (als Gesamtbehörde) .....	33	45
<b>Total</b> .....	<b>88</b>	<b>92</b>

*Die erledigten Geschäfte betrafen:*

57(60)	Rekurse gegen die Einstellung des Verfahrens
2( 8)	Rekurse gegen den Kostenentscheid bei Verfahrenseinstellung
1( 2)	Rekurs gegen die Verwarnung und den Kostenentscheid
6( 2)	Entschädigungsforderungen für Strafverfolgungsmassnahmen
1( 2)	Rekurs gegen die teilweise Ablehnung der Parteientschädigung
7( 4)	Rekurse gegen Beschlagnahmeverfügung
1( 0)	Rekurse gegen die Verweigerung der Akteneinsicht
6( 3)	Rekurse gegen das Nichteintreten auf Anzeige
3( 2)	Verfahrensbeschwerden
0( 1)	Rekurs gegen die Verweigerung einer Besuchbewilligung
0( 1)	Rekurs gegen die Kontensperre
1( 3)	Rekurs gegen die Motive im Einstellungsbeschluss
0( 1)	Rekurs gegen die Verweigerung einer Konfrontation
0( 2)	Rekurs gegen die Verweigerung von Verteidigerrechte
0( 1)	Rekurs gegen die Verweigerung der Vernichtung des erkennungsdienstlichen Materials
2(0)	Rekurs gegen die Verweigerung der Entfernung eines Einvernahmeprotokolls
1(0)	Rekurs gegen das Notifikationsverbot

## 5. Haftrichter

<i>Erstmalige Vorführung</i>	2010	2009
Haftanordnung .....	318	311
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam .....	16	23
Zoll Haftrichtersachen/Haftanordnung .....	0	0
Zoll Haftrichtersachen/Haftentlassung .....	0	0
<b>Total .....</b>	<b>334</b>	<b>334</b>

<i>Verlängerungen</i>	2010	2009
mit Verhandlung:		
Haftverlängerung .....	124	131
Haftentlassung .....	9	11
Zoll Haftrichtersachen/Haftverlängerung .....	0	0
Insgesamt mit Verhandlung .....	133	142
ohne Verhandlung:		
Haftverlängerung .....	71	62
Haftentlassung .....	0	0
Insgesamt ohne Verhandlung .....	71	62
<b>Total .....</b>	<b>204</b>	<b>204</b>

Haftanordnungs- und Verlängerungsverhandlungen nach Überweisung der Akten ans Strafgericht	2010	2009
Haftanordnung .....	2	1
Haftverlängerung .....	60	26
Haftentlassung .....	6	1
<b>Total .....</b>	<b>68</b>	<b>28</b>

<i>Haftentlassungsgesuche</i>	2010	2009
Gutheissung .....	3	4
Ablehnungen .....	27	17
Rückzug .....	2	2
<b>Total .....</b>	<b>32</b>	<b>23</b>

<i>Beschwerden an den Einzelrichter des Appellationsgerichts</i>	2010	2009
Nichteintreten .....	1	4
gegenstandslos abgeschrieben .....	5	2
Gutheissung .....	1	1
Abweisung .....	26	10
<b>Total .....</b>	<b>33</b>	<b>17</b>

## Gerichte

<i>Anträge auf Bewilligung der unentgeltlichen Verteidigung</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
bewilligt .....	199	180
abgelehnt .....	9	16
<b>Total .....</b>	<b>208</b>	<b>196</b>

<i>Anträge auf Bewilligung des vorläufigen Straf-/Massnahmenvollzuges</i>	<i>2010</i>	<i>2009</i>
bewilligt .....	7	7
abgelehnt .....	11	5
widerrufen .....	0	0
<b>Total .....</b>	<b>18</b>	<b>12</b>

### *Bewilligung von Überwachungen, Entsiegelungen / Friedensbürgschaften*

36	(33)	Gesuche um Bewilligung der Post- und Telefonüberwachung usw.
15	(12)	Gesuch um Verlängerung der Telefonüberwachung
11	(9)	Gesuche um Bewilligung der Überwachung mittels GPS
13	(3)	Gesuch um Verlängerung der Überwachung mittels GPS
4	(2)	Gesuch um Bewilligung des Einsatzes eines V-Mannes
0	(0)	Gesuch um Verlängerung des Einsatzes eines V-Mannes
92	(73)	Gesuche um Bewilligung von Randdatenerhebungen
6	(1)	Gesuche um Bewilligung der Videoüberwachung
4	(0)	Gesuche um Verlängerung der Videoüberwachung
9	(44)	Gesuche um Bewilligung der Verwendung nachträglicher Erkenntnisse/ Zufallsfunde
0	(2)	Gesuch um Bewilligung einer E-Mail-Überwachung
0	(5)	Gesuche um Bewilligung der Notsuche (Standortbestimmung)

**6. Kassabericht**

	<b>2010 CHF</b>	<b>2009 CHF</b>
An Geldbussen wurden ausgesprochen:		
a) durch das Strafgericht .....	227'900.00	123'480.00
b) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagesachen .....	7'325.00	10'600.00
c) im Verzeigungsverfahren .....	4'727'927.00	4'516'475.50
<b>Total</b> .....	<b>4'963'152.00</b>	<b>4'650'555.50</b>

An Geldstrafen wurden ausgesprochen:		
c) durch das Strafgericht .....	268'426.00	151'630.00
d) durch den/die Einzelrichter/in in Privatklagesachen .....	6'850.00	19'020.00
c) im Verzeigungsverfahren .....	635'935.00	517'530.00
<b>Total</b> .....	<b>911'211.00</b>	<b>688'180.00</b>

Ausgewiesen wurden:		
a) Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen	1'792'768.63	1'776'853.70
b) Parteientschädigungen .....	462'747.75	284'833.35

Eingeleitet wurden:		
a) Betreibungen .....	1'565	3'675
b) Bussenumwandlungsverfahren nach altem StGB .....	139	919
c) Vollzugsverfügungen nach neuem StGB infolge nicht bezahlter Bussen / Geldstrafen .....	11'039	3'804